
3 1761 07373000 4

Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe

Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs

Der Kampf um das Wahlrecht

X. Heft

der Reden und Aufsätze von

Victor Adler

gesammelt und zusammengestellt von Dr. Gustav Pollatschek

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

VICTOR ADLER
DER PARTEIMANN

Reden und Aufsätze von

Victor Adler

gesammelt und zusammengestellt von

Dr. Gustav Pollatschek

5. Der Kampf um das Wahlrecht

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

F. Skaret-Dr. R. Danneberg
Wien VI, Gumpendorferstraße 18



Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile 97

Vorwort.

Wie im Vorwort zu dem ersten Band über Victor Adler den Parteimann angekündigt war, erscheint nun der Band über den Kampf um das Wahlrecht. Es handelt sich dabei um zwei Epochen des Kampfes: Die erste Epoche umfaßt den Kampf, den das vom Wahlrecht vollkommen ausgeschlossene Proletariat von den ersten Anfängen der Bewegung an für dieses wichtigste proletarische Recht führte; ein Kampf, der in der Taaffeschen Wahlreform einen Erfolg zu erreichen schien, bis sich zeigte, daß die privilegierten Klassen ihre Privilegien nicht so ohne weiteres preiszugeben bereit seien und durch die Koalition aller Feinde des gleichen Wahlrechtes den Grafen Taaffe, der im Besitz der kaiserlichen Huld unerschütterlich festzustehen schien, zu Fall brachten. Man kann jetzt auch schon ruhig zugeben, daß die Art, wie Graf Taaffe das Wahlrecht erweitern wollte, indem er die Bourgeoisie — und das war damals vornehmlich die deutsche Bourgeoisie — zwischen zwei Mühlsteine zwängen und sich damit Ruhe von der deutschliberalen Opposition verschaffen wolte, eben wegen ihrer Unehrlichkeit nicht zum Ziele führen konnte, und man wird die Haltung der Sozialdemokratie, die dem Ministerpräsidenten des Ausnahmszustandes nicht die ehrliche Absicht zutraute, wirklich das gleiche Wahlrecht zu geben, und die darum auch zögerte, ihre ganze Kraft für die Taaffesche Wahlreform einzusetzen, leichter verstehen, als es damals von vielen Genossen geschah. Diese erste Epoche endete mit der Badenischen Wahlreform, die, wie sie der Arbeiterschaft das gleiche Wahlrecht schuldig blieb, dem Staate statt der Klammer, die die auseinanderstrebenden Teile zusammenhielte — wie sie Bismarck dem deutschen Volke durch das allgemeine Wahlrecht verschafft hatte — ein Sprengmittel in das Parlament brachte, das mit dem Parlament schließlich auch den Staat in die Luft sprengte. Wenn wir jetzt rückschauend fragen, warum es dem Staate nicht gelungen ist, den nationalen Frieden zwischen den Völkern oder wenigstens einen Modus für ihr Zusammenleben zu schaffen, warum dem allgemeinen gleichen Wahlrecht, das ja dann doch geschaffen wurde, die national ausgleichende Wirkung, die man von ihm mit Recht erwarten konnte, versagt blieb, so müssen wir erkennen, daß die vornehmlichste Ursache — gewiß nicht die einzige, denn eine zweite liegt in der ungelösten ungarischen Frage, die wieder mit der südslawischen Frage eng zusammenhängt — in der fünften Kurie Badenis liegt, die die bürgerlichen Parteien hinderte, miteinander den nationalen Frieden zu schließen, weil sie

sie zwang, sich für den Kampf gegen die Sozialdemokraten in der fünften Kurie eigene demagogische Schwindelparteien zu gründen, die sich sowohl in nationalen wie in sozialen Fragen überradikal gebärden mußten. Selbstverständlich konnte die fünfte Kurie, die der Arbeiterschaft nur ein so schmähliches Stückchen Wahlrechtes gab, den Kampf um das Wahlrecht nur für eine kurze Zeit unterbrechen. Und so brach ein Jahrzehnt nach dem Höhepunkt des ersten Wahlrechtskampfes der zweite Wahlrechtskampf aus, der dann mit der Erringung des gleichen Rechtes endete. Es mögen wohlmeinende Politiker und Gelehrte den „Volkskaiser" Franz Josef als den Schöpfer oder gar als den Spender des allgemeinen Wahlrechtes preisen. Wer diese Zeit miterlebt hat, oder wer unvoreingenommen auch nur die Blätter dieses Buches lesen wird, wird wissen oder erkennen, daß dieser Kampf um das Wahlrecht ein wahrhaft revolutionärer Kampf war, und daß ohne die Entschlossenheit der Arbeiterschaft, zum äußersten Mittel, das ist vor allem zum Massenstreik, dann aber auch zu weiteren Mitteln zu greifen, der Volkskaiser seinen Frieden mit den österreichischen Grafen und mit den österreichischen Kapitalisten geschlossen hätte, wie er ihn mit den ungarischen Grafen und den ungarischen Nationalisten geschlossen hat. Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist der österreichischen Arbeiterschaft nicht geschenkt, sondern von ihr erobert worden.

Freilich konnte die Arbeiterschaft, wenn sie einen Erfolg haben wollte, weder ständig auf der Straße stehen, noch ständig mit der Straße drohen. Selbstverständlich mußte sie den bestehenden Machtverhältnissen, vor allem auch den parlamentarischen, ganz besonders neben den Machtverhältnissen der Klassen auch den Machtverhältnissen der Nationen, ja sogar der Parteien Rechnung tragen. So ist jenes Wahlgesetz zustande gekommen, das wohl in seinem Prinzip das allgemeine Wahlrecht statuiert, aber dieses sofort durch die Seßhaftigkeit zuungunsten der Arbeiterschaft verkürzt; das allerdings in seinem Prinzip das gleiche Wahlrecht festlegt, aber dabei doch in dem Verhältnis nicht nur zwischen den Klassen, sondern mehr noch zwischen den Nationen die Gleichheit des Wahlrechtes stark einschränkt. So wurden die besitzenden Klassen schon durch die Verschiedenheit der Wahlkreise wesentlich gegenüber dem Proletariat begünstigt. Aber das Proletariat, das bisher nur das klägliche Badenische Wahlrecht hatte, konnte da um des Prinzips willen leicht der Mandatsgier der bürgerlichen Parteien, ja der einzelnen bürgerlichen Parteiführer entgegenkommen. Schwieriger war es schon in den Machtverhältnissen der Nationen einen Ausgleich zu schaffen: einen Modus zu finden, der die deutsche Bourgeoisie vor nationaler Überstimmung sicherte, indem er den anderen, bisher benachteiligten Nationen wohl eine Annäherung an das gleiche Recht brachte, aber nicht das volle Recht, weil das die jetzt an der Macht befindliche deutsche Bourgeoisie mit ihren Verbündeten zu verhindern stark genug war. Hier hat Friedrich

Austerlitz, der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, unter dem Pseudonym A. Friedrich in Pernerstorfers „Deutschen Worten“ die Lösung gefunden, daß man zwar das gleiche Wahlrecht für die einzelnen Bürger einführen, aber im Verhältnis zwischen den Nationen, was sich technisch im Verhältnis der Wahlkreise ausdrückt, die Steuerkraft berücksichtigen solle. Diesem Gedanken konnten auch die Tschechen zustimmen. So erst war es möglich, über die theoretische Anerkennung des gleichen Wahlrechtes hinaus, den praktischen Weg zu einem Kompromiß zwischen den Nationen zu finden.

Hier haben wir auch die Grenze zu ziehen, die wir für die Tätigkeit Adlers als Taktiker und als Politiker ziehen müssen. Während in der ersten Epoche die Wahlrechtsbewegung zum größten Teil das taktische Werk Adlers ist — bis zur Taaffeschen Wahlreform und auch noch bis zur Koalition ausschließlich, nachher vornehmlich —, kann man in der zweiten Epoche ihm dieses Verdienst nur zum Teil zusprechen. Dagegen ist der parlamentarische Teil des Kampfes von dem Zeitpunkt an, da er in das Parlament gewählt wurde, ausschließlich sein Werk.

Bei der Sammlung des Materials hat sich nun die Schwierigkeit ergeben, daß gerade für die erste Epoche das Material sehr spärlich vorliegt, da die „Arbeiter-Zeitung“ ja erst vom 1. Jänner 1895 an täglich erschien und vorher für Versammlungsberichte nur sehr wenig Raum bot, auch bei den Artikeln der Autor nur sehr selten verläßlich festzustellen ist. So kommt es, daß wir für die erste Epoche nur sehr wenig sicheres Material haben, für die zweite Epoche aber ziemlich viel. Eine andere Schwierigkeit ergab sich für diesen Band auch dadurch, daß die Frage des Generalstreikes, die ja mit der Taktik im Wahlrechtskampf eng zusammenhängt, hier nicht mehr behandelt werden konnte, weil sie schon im siebenten Band im Rahmen der internationalen Taktik behandelt wurde.

Wenn man sich diese Schwierigkeiten, mit denen der Herausgeber, der diesen Band zusammenstellte, zu kämpfen hatte, vor Augen hält, wird man den Fehlern, die er etwa beging, etwas mehr Nachsicht angedeihen lassen und seine Arbeit vielleicht besser zu würdigen vermögen.

Was etwa in diesem Bande noch übersehen wurde, soll in einem weiteren Bande nachgetragen werden, der vielleicht auch in absehbarer Zeit erscheinen wird, und der Ergänzungen und Nachträge auch zu den früheren Bänden bringen soll.

Wenn der Herausgeber also für den vorliegenden wie für die früheren Bände um etwas Nachsicht bitten muß, so bittet er für jenen angekündigten folgenden Band um eifrige Mitarbeit, damit jeder, dem etwas in diesen Bänden fehlt, ihm ermögliche, es dann nachzutragen oder richtigzustellen.

Wie bei den früheren Bänden, so muß auch bei diesem Band besonders auf die Fußnoten aufmerksam gemacht werden. Die

Einzelheiten des Wahlrechtskampfes sind auch dem, der die letzten Jahrzehnte Österreichs miterlebt hat, schon zu wenig mehr gegenwärtig, als daß er ohne Erklärungen diese Reden und Aufsätze Adlers vollkommen und in jeder Anspielung verstehen könnte. Aber auch darüber hinaus sollen die Fußnoten in groben Umrissen eine Geschichte der österreichischen Wahlrechtsbewegung bieten und damit der jungen Generation von heute ein Bild jener heroischen Kämpfe des österreichischen Proletariats um seine Rechte geben. Zugleich soll damit eine Vorarbeit für die Geschichte der Wahlrechtsbewegung geliefert sein, die erst noch von einem Berufeneren zu schreiben wäre, von einem, der selbst aktiv und bestimmend in diese großen Kämpfe eingegriffen hat.

Wien, anfangs Mai 1929.

Dr. Gustav Pollatschek.

Von Taaffe bis Badeni.

Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und das Wahlunrecht in Oesterreich*).

Vorwort.

Die vorliegende Broschüre soll Material für die Wahlrechtsagitation liefern. Die Lücken und Mängel des Schriftchens erkennt niemand mehr, als der Verfasser. Wenn aber auf Vollständigkeit kein Anspruch gemacht werden kann, die schon durch die Notwendigkeit, den Umfang zu beschränken, ausgeschlossen war, so ist die Richtigkeit der angeführten Tatsachen, insbesondere der Ziffern, dadurch gewährleistet, daß sie sämtlich der amtlichen Statistik entnommen oder aus derselben berechnet sind. Eine genaue Darstellung aber des in Österreich geltenden Wahlunrechtes würde ein umfangreiches Buch erfordern.

Am 16. März 1893 brachte der Abgeordnete Slavik namens der Jungtschechen einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts ein, und zwar in einer Form, welche nicht nur das Prinzip, sondern auch die Einzelbestimmungen soweit feststellt, daß die Grundlage für ernste Diskussion gegeben ist. Der Antrag wurde wenig beachtet.

In der zweiten Woche des April erkämpfte das Proletariat Belgiens das allgemeine Wahlrecht.

Am 1. Mai zeigte eine gewaltige Demonstration der österreichischen Arbeiterschaft, daß sie entschlossen ist, für das allgemeine Wahlrecht zu kämpfen. Der Wahlsieg der deutschen Sozialdemokratie am 15. Juni wurde am 18. Juni von Hunderttausenden ihrer Genossen in Österreich in öffentlichen Versammlungen ge-

*) Am 1. August 1893 erschien als viertes Heft der von L. A. Bretschneider herausgegebenen „Wiener Politischen Volksbibliothek" diese Broschüre (Preis 20 Kreuzer). Der Staatsanwalt fand zunächst nichts zu beanständen. Erst als sie bei der großen Wahlrechtsversammlung, die am 20. August im Prater stattfand, stark verbreitet wurde, wurde sie konfisziert, und zwar zuerst zur Gänze, dann an 32 Stellen. Gegen die Konfiskation erhob Adler Einspruch. Über die Einspruchsverhandlung ist im zweiten Heft dieser Schriften (Seite 305) berichtet. Selbstverständlich wurde der Einspruch abgewiesen. Die weiteren Hefte der „Wiener Politischen Volksbibliothek" enthielten folgende Abhandlungen: 1. Nutzen und Bedeutung der Gewerkschaften, von Emil Kralik (1891): 2. Der Paragraph 23 des österreichischen Preßgesetzes, von Dr. Viktor Adler (1891)

feiert. In Prag und Brünn floß Blut; Blut, das freilich nicht für die Erringung des Wahlrechts, sondern zur Verteidigung des Versammlungsrechtes vergossen wurde.

Am 9. Juli standen mehr als 50.000 Männer und Frauen in und vor dem Rathaus zu Wien und verlangten das allgemeine Wahlrecht. An diesem Tage hörten die Tauben den Ruf des Volkes, sahen die Blinden ein, daß die Wahlreform von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden werde, bis Österreich statt seiner ständischen Verfassung ein modernes, europäisches Wahlrecht hat, bis wenigstens dieses eine politische Privilegium der Besitzenden verschwunden ist.

Statt jeder weiteren Vorrede wiederholen wir hier die

Resolution vom 9. Juli:

Die erste Vorbedingung jeden politischen und wirtschaftlichen Fortschrittes in Österreich ist die Beseitigung der heutigen, auf das Monopol der Besitzenden gegründeten Verfassung. Großgrundbesitz und Großkapital sind nicht nur im alleinigen Besitz des Herrenhauses, sondern sie sind durch ihre Wahlprivilegien auch die eigentlichen Beherrscher des Abgeordnetenhauses. Die gesamte Gesetzgebungsmaschine steht im Dienste einer kleinen Gruppe von Meistbesitzenden, welche das arbeitende Volk nicht nur als einzelne Unternehmer wirtschaftlich ...*), sondern es auch als Klasse politisch knechten.

---

3. Die Lebensmittelteuerung, von Karl Höger (1892); 5. Herr Alfred Ebenhoch auf der Bauernjagd, von Dr. Wilhelm Ellenbogen (1894).

*

Um schon hier einen Überblick über den Inhalt der Broschüre zu geben, sei das Inhaltsverzeichnis, das im Text nicht mitabgedruckt ist, hier mitgeteilt:

*) In der „Arbeiter-Zeitung“ vom 14. Juli 1893, in der über die Versammlung vom 9. Juli berichtet wird, steht folgende Glosse, aus der man auch erfährt, was in der Resolution fehlt:

Die Versammlung erkennt das rückständige und .....*) Wahlsystem Österreichs als Grundursache der politischen Versumpfung des Reiches und als Wurzel des sinnlosen, maßlosen und fruchtlosen Nationalitätenhaders und der kläglichen staatsrechtlichen Wirren.

Die heutige Versammlung protestiert gegen jenes Wahlsystem, welches Österreich zu einer traurigen Ausnahmestellung in Europa verurteilt. Sie protestiert gegen die Ausschließung von mehr als zwei Dritteln des Volkes vom Wahlrecht in Stadt und Land und Gemeinde, und verlangt als Grundlage und Vorbedingung einer ernsten Geltendmachung der Volksinteressen die Aufhebung der politischen Vorrechte aller privilegierten Interessengruppen und das **allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht** für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 21. Lebensjahr an.

Die heutige Versammlung protestiert auch aufs entschiedenste gegen jene ....**) und verhängnisvollen Einschränkungen des Versammlungsrechtes, die in Brünn und Prag zum Blutvergießen führten, durch welche aber der Kampf um das Volksrecht wohl verbittert, niemals aber verhindert werden kann.

Die große Masse der Besitzlosen hat es satt, sich von einer verschwindenden Minderheit gängeln und übervorteilen zu lassen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft insbesondere verlangt das politische Wahlrecht als Grundlage der Organisation des Proletariats, als das vornehmste Mittel politischer Bildung, als wichtigste

---

Konfisziert hat der Polizeikommissär im Arkadenhof die **Verrottung,** die **Ungesetzlichkeit** und die **Ausbeutung.** (Die Unterstreichung ist von uns.) Wir fürchten, daß diese Konfiskation so wenig helfen wird als alle anderen und daß diese drei Mächte weiter bestehen wie bisher. Amüsant ist, daß, was in deutscher Sprache konfiskabel erschien, in tschechischer Sprache erlaubt wurde. In der Volkshalle wurde über unsere Resolution samt den drei Worten ohne Anstand abgestimmt. Standen denn wirklich so wenige Detektivs zum Verkehr zwischen Rathaus und Polizeipräsidium zu Gebote, daß man nicht wenigstens eine Gleichmäßigkeit des Vorgehens erzielen konnte? Aus Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des Verkehrs wurde die Versammlung auf dem Rathausplatz bekanntlich untersagt. Die Möglichkeit des Verkehrs wurde durch unsere Ordner aufrechterhalten, zugleich aber kontrolliert, wie stark dieser Verkehr war. Nun denn, es fuhren über den Rathausplatz in der Zeit von ½9 Uhr vormittags zwei Einspänner, ein Sodawasserwagen, ein Postwagen und ein Radfahrer. Diesen fünf Vehikeln zuliebe wurde das Versammlungsrecht von tausenden Personen eingeschränkt.

Man erfuhr also schon aus der Zeitung, wenn man sich nur etwas anstrengte, daß man in der Resolution nicht sagen durfte, daß die Besitzenden das arbeitende Volk als Unternehmer wirtschaftlich **ausbeuten,** daß das Wahlsystem nicht nur rückständig, sondern auch **verrottet** war und daß die Einschränkungen des Versammlungsrechtes, die in Brünn und Prag zu Blutvergießen führten, nicht nur verhängnisvoll, sondern auch **ungesetzlich** waren. So waren damals die Polizeikommissäre! Und so geistreich war der Staatsanwalt!

Das fehlende Wort hier soll also heißen ausbeuten.

Siehe übrigens später Adlers Rede in der Versammlung am 9. Juli, unter dem Titel: „Das erste Wahlrechtsmeeting."

*) verrottete.

**) ungesetzlichen.

Waffe im Kampfe gegen Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Bevormundung.

Die heutige Versammlung erklärt es als Pflicht jedes Rechtdenkenden, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß endlich die Verfassung den Grundsatz: „Gleiches Recht für alle" auch wirklich zur Wahrheit mache,

sie erklärt, nicht ruhen und vor keinem Opfer, das dem Volke auferlegt wird, zurückschrecken zu wollen, bis das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erkämpft ist.

Allgemeines.

Die politischen Zustände Österreichs waren immer unleidliche; sie sind nunmehr unmögliche geworden. Das arbeitende Volk, wie überall, wo der Kapitalismus herrscht, steht unter einem unerträglichen wirtschaftlichen Druck, preisgegeben der Ausbeutung durch Grundbesitz und Kapital. Und das Bewußtsein dieses Zustandes wird täglich deutlicher, und täglich stärker der Wille, ihn zu ändern. Aber während in allen modernen Staaten Europas die Bestrebungen des Proletariats wie der untersinkenden Schichten des Kleinbürgertums und der Bauernschaft einen politischen Ausdruck gefunden haben, weiß die offizielle Politik in Österreich von diesen Klassen nichts. Zwei Drittel des Volkes sind im Parlament ohne Vertretung. Der Groll, die Unzufriedenheit, ja die Verzweiflung wächst. Sie wird gefördert durch eine Klassengesetzgebung im einseitigen Interesse der Besitzenden. Sie wird verbittert dadurch, daß sie nicht jenen Ausdruck finden kann, den die heutige Auffassung vom „Rechtsstaat" jedem Staatsbürger als heiliges, unantastbares und unveräußerliches Recht zugesteht: die Teilnahme an Gesetzgebung und Verwaltung durch die Wahl von Volksvertretern.

Die wirtschaftliche Ausbeutung ist allen vom Kapitalismus ergriffenen Staaten gemeinsam; die politische Unterdrückung ist eine notwendige Folge davon und geht überall mit der Ausbeutung Hand in Hand. Das einzige Gegengewicht, die einzige Waffe gegen politischen und ökonomischen Druck ist das politische Recht. In Österreich, und in Österreich allein unter allen modernen Staaten, fehlt den Besitzlosen auch dieses. Die Besitzlosen sind rechtlos in Österreich. Dadurch aber entsteht jener unmögliche Zustand, daß in den unteren Klassen ein politisches Leben voll Energie und Zielsicherheit anwächst, das stumm bleiben muß, während eine Minorität der Bevölkerung höchst geräuschvoll Politik macht, die aber unfruchtbar bleiben muß, und fortwährend ins Stocken gerät. Jetzt eben steckt infolge der böhmischen Wirren*) der Staatskarren wieder im Sumpfe und alle Klein-

*) Am 17. Mai 1893 brach im böhmischen Landtag die Obstruktion der Jungtschechen aus. Die Session wurde geschlossen. Am nächsten Tag folgten tschechischnationale Straßendemonstrationen in Prag. Am 13. September wurde der Ausnahmezustand über Prag und Umgebung verhängt. Dann folgten große Demonstrationen und Zusammenstöße mit der Polizei, später, im Jänner und Februar 1894, der „Omladina-Prozeß", der mit der

künste der Fortwurstelei und des Fortfrettens[*]) dürften ihn nicht so leicht freimachen. Und wenn es gelingt, dann bleibt er beim nächsten Schritt unrettbar wieder stecken. Der Nationalitätenstreit der oberen Zehntausend, der angefacht und geschürt wird vom Großgrundbesitz, welcher sich an demselben Feuer, das Österreichs Völkern unheilbare Wunden brennt, seine Suppe kocht; der Hader der einzelnen Cliquen, in die sich die Besitzenden teilen, und der Vorwände nimmt, wo er sie findet —, das gibt sich in Österreich für Politik aus, während es tatsächlich das Hindernis aller ernstlichen politischen Betätigung ist.

Aber nicht nur unfruchtbar ist der österreichische Parlamentarismus, er ist auch, und vor allem, u n w a h r. Die Völker Österreichs haben ganz andere Schmerzen, als den Kampf ums böhmische Staatsrecht, den lächerlichen Zank um die Einteilung der Gerichtsbezirke in Böhmen, die Amtssprache in Unter-Steiermark und Krain, und was der „großen" Angelpunkte der österreichischen Politik mehr sind. Wenn unser Parlament der Ausdruck der berechtigten Masseninteressen sein wird, wie es heute nur das Sprachrohr der unberechtigten Cliqueninteressen ist, dann wird es sich zeigen, daß unter der täuschenden Oberfläche des elenden Gezänkes von heute ganz andere Gegensätze sich entwickelt haben. Der K l a s s e n k a m p f wird an Stelle der nationalen Quälereien treten, die ihn heute verhüllen und f ä l s c h e n. Der Klassenkampf aber v e r e i n i g t, was zusammengehört; er macht den partikularistischen Lächerlichkeiten ein Ende, er macht ein Ende der tragikomischen Maskerade und den unnatürlichen Bündnissen.

Als Bismarck im Jahre 1867 den norddeutschen Reichstag schuf, das erste deutsche Parlament, da oktroyierte er das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. Aber nicht aus Liebe zum Volke, aus Neigung für demokratische Einrichtungen tat er es, er m u ß t e zum allgemeinen Wahlrecht greifen, um den Partikularismus zu überwinden, um ein gewaltiges Gegengewicht zu schaffen gegen die egoistischen und kleinlichen Interessengruppen in den Einzelstaaten und Stätchen. Dieses Gegengewicht sollte freilich die Dynastie bilden. Bismarck wußte, daß sie das nicht kann, und vielleicht hat er es in Österreich gelernt, wie wenig die „Loyalität gegen die Dy-

---

Verurteilung von dreizehn der sechzig Angeklagten zu je acht Jahren schweren Kerkers endete. (Siehe Bd. VII, Seite 95, Note.)

[*]) Mit diesen beiden wienerischen Worten — Fortwursteln und Fortfretten — bezeichnete Graf T a a f f e selbst die Art seines Regierens. Als man ihm das im Parlament einmal vorwarf, sagte Graf Taaffe — am 9. März 1889 —, wenn er sich frage, was er mit dem geringen Betrag des Dispositionsfonds, den man ihm bewillige, anfangen solle, so sage er mit einem Ausdruck des Wiener Lokalwitzes: „Ich werde trachten, mich in dieser Beziehung durchzufretten." Und er fügte hinzu: „Das ist ein Ausdruck, auf den man sich berufen kann, nicht aber auf einen anderen Ausdruck, den man mir nur in den Mund gelegt hat, jenen vom Fortwursteln." — Nichtsdestoweniger sind diese beiden Ausdrücke für die Regierungsmethoden Taaffes so bezeichnend, daß sie trotz seines Einspruches auch weiter im Gebrauch geblieben sind.

nastie" genügt, um ein Reich zu bauen. Alle triefen sie förmlich von „Loyalität" und „dynastischer Treue", während sie einander in die Haare fahren, die Vertreter der Kronlandsinteressen, die Grafen, die Pfaffen und die Advokaten der Bourgeoisie. Ein wirksames Gegengewicht gegen die kleinen aber mächtigen Gruppen der Privilegierten liegt nur in der Gemeinsamkeit der Interessen der Massen des Volkes, freilich damit auch der Klassen. An Stelle des kleinlichen Gezänkes von nebeneinander stehenden und sich reibenden Volkssplittern mußte zum Bewußtsein kommen die Schichtung der übereinander gelagerten Klassen; der isolierende Landlpatriotismus mußte überwunden werden durch das vereinigende Klasseninteresse. Die „Vaterlandsliebe" der Baiern, Sachsen, Hannoveraner bis hinab zu dem Nationalstolz der Reuß-Greiz-Schleiz-Lobensteiner*) konnte nur überwunden werden durch die gemeinsamen Interessen der deutschen Bourgeoisie und die Solidarität der deutschen Arbeiterklasse. Freilich konnte Bismarck das einigende Band der Klasseninteressen nicht zum Aufbau des Deutschen Reiches verwenden, ohne zugleich den Klassenkampf zu entfesseln. Die deutsche Sozialdemokratie, obwohl oder vielmehr gerade weil sie eine internationale Partei ist, wurde die erste „Reichspartei" in Deutschland; gerade sie, die so bald „reichsfeindlich" heißen sollte. Kurz, den gemeinsamen Interessen der Deutschen konnte nur ein Volkshaus auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes Ausdruck verschaffen. Darum mußte Bismarck dem deutschen Parlament diese Grundlage geben, wollte er ein Deutsches Reich schaffen. Hätte Österreich Staatsmänner, statt Wurstler und Fretter, so hätten sie längst begriffen, daß es für Österreich aus den nationalen und staatsrechtlichen Wirren nur einen Ausweg gibt: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Aber überlassen wir den Stützen des Staates die Sorge um ihren Staat. Wäre die heutige Wahlordnung Österreichs nur die Wurzel der staatlichen Misere — was hätte das die Arbeiterklasse zu bekümmern, was ihre politische Vertretung, die Sozialdemokratie! Denn das allgemeine Wahlrecht ist keine sozialdemokratische Forderung, es ist eine Forderung des bürgerlichen Liberalismus, eines seiner Grundprinzipien, das er in Österreich schmählich verriet, wie

---

*) Die beiden Fürstentümer Reuß ältere Linie oder Reuß-Greiz und Reuß jüngere Linie oder Reuß-Schleiz-Lobenstein waren bis zum Umsturz selbständige Fürstentümer und Bundesstaaten des Deutschen Reiches. Sie waren unter die zwei Zweige des fürstlichen Hauses Reuß geteilt. Reuß-Greiz war 316, Reuß-Schleiz 827 Quadratkilometer groß. Durch einige Jahrhunderte war Reuß j. L. in vier Teile geteilt, die erst 1848 vereinigt wurden. Die Reuße mußten, weil ihr Ahnherr von Heinrich VI. belehnt wurde, alle Heinrich heißen, und die Numerierung ging bei einzelnen Nebenlinien sogar bis zum 42. ja bis zum 74. Der letzte Reuß ä. L., Heinrich XXIV., war unheilbar geisteskrank und für ihn führte Heinrich XXVII. von der jüngeren Linie die Regentschaft. Obwohl das Bestehen und die Trennung der beiden Länder nur dynastischen Interessen entsprang, waren die beiderseitigen Untertanen der „Zaunkönige" von überquellendem Landespatriotismus erfüllt. Jetzt sind beide Länder Teile des Freistaates Thüringen.

er das Recht der freien Meinungsäußerung feige im Stiche ließ. Aber wenn das allgemeine Wahlrecht keine sozialdemokratische Forderung ist, so ist es doch ein Lebensbedürfnis der Sozialdemokratie, der politischen Entwicklung der Arbeiterklasse. Es ist eine Waffe für den Klassenkampf, die sie braucht und darum muß und wird sie sie erobern; darum auch verlangt unser Hainfelder Programm:

„die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes und vom 20. Lebensjahr an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt) als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation."

Wenn wir darangehen, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten, ergreift uns Beschämung. Wir sollen mit vielen Argumenten beweisen, was sonnenklar; wir sollen mit Eifer verfechten, was kein Vernünftiger, kein Ehrlicher bestreitet. Das unveräußerliche Recht jedes erwachsenen Staatsangehörigen, und zwar sowohl jedes Mannes als jeder Frau — an der Gesetzgebung teilzunehmen, ist selbstverständlich und nicht weiter zu beweisen. Die Last des Beweises hat, wer dieses Recht einem Staatsbürger nehmen will. Die Gewährung des Wahlrechtes ist keine Wohltat; die Entziehung desselben ist ein Verbrechen, für das es keine Entschuldigung, höchstens eine geschichtliche Erklärung gibt. In Österreich aber ist wie die Freiheit der Staatsbürger, so ihre „Gleichheit vor dem Gesetz" ein leeres Wort.

Das wichtigste für den Staatsbürger ist das Wahlgesetz. Ja, in Wahrheit macht erst das Wahlrecht, das Recht, in irgendeiner Form an der Gesetzgebung und der Kontrolle, der Verwaltung in Reich, Land und Gemeinde teilzunehmen, aus dem „Untertanen" einen Staatsbürger.

Wir wollen hier einem Manne das Wort geben, der keineswegs Sozialdemokrat, sondern ein Vertreter des bürgerlichen Liberalismus ist, dem Engländer John Stuart Mill. In seinen „Betrachtungen über Repräsentativ-Regierung" findet sich folgende Darlegung:

„Der Taglöhner, dessen Beschäftigung ein eintöniges Einerlei ist, die seine Lebensweise mit keiner reichen Mannigfaltigkeit der Ideen, Verhältnisse und Eindrücke in Berührung bringt, erfährt durch die politische Erörterung, daß tiefer liegende Ursachen und Ereignisse, die in weiter Ferne stattfinden, eine sehr fühlbare Wirkung selbst auf seine persönlichen Interessen äußern, und durch die politische Erörterung sowie durch gemeinsames Handeln lernen alle diejenigen, deren Tagewerk sonst ihre Interessen ausschließlich auf den nächsten Kreis ihrer Umgebung konzentrieren würde, mit ihren Mitbürgern und für ihre Mitbürger fühlen und werden bewußte Mitglieder des Gemeinwesens. Aber politische Erörterungen werden wirkungslos an dem Ohre derjenigen vorbeischwirren, die kein Stimmrecht haben und nicht darnach streben, es zu erwerben. Ihre Lage im Vergleich zu den Wählern ist dieselbe wie die der Zuhörerschaft in einem Gerichtshof im Vergleich zu der der zwölf Männer in der Loge der Geschwornen. Sie sind es nicht, von denen man die Entscheidung erwartet, es ist nicht ihre Meinung, die man zu beeinflussen sucht; die sie hören, die Gründe, die geltend gemacht werden, sind an andere Personen

gerichtet als an sie, nichts hängt von dem Urteil ab, das sie sich bilden, und es liegt gar keine Notwendigkeit und sehr wenig Veranlassung für sie vor, sich überhaupt eins zu bilden. Jeder, der unter einer sonst volkstümlichen Regierung des Stimmrechtes entbehrt und keine Aussicht hat, es zu erhalten, wird entweder zu den ständigen Malkontenten gehören, oder wird sich als ein Mensch fühlen, dem die allgemeinen Angelegenheiten der Gesellschaft gleichgültig sind, der sie durch andere für sich besorgen läßt, der „mit dem Gesetz nichts zu schaffen hat, als ihm zu gehorchen" und der da, wo es sich um öffentliche Interessen und Geschäfte handelt, die Rolle eines Zuschauers spielt. Was er von diesem Standpunkt aus von ihnen wissen und beachten wird, kann man ungefähr nach dem bemessen, was eine Durchschnittsfrau der mittleren Klassen im Vergleich mit ihrem Mann oder ihren Brüdern von der Politik versteht oder daran interessant findet.

Ganz abgesehen von all diesen Erwägungen ist es eine persönliche Ungerechtigkeit, irgend jemand, sofern es nicht die Verhütung größerer Übel gilt, das gewöhnliche Recht vorzuenthalten, bei der Entscheidung von Angelegenheiten mitzusprechen, die ihn ebensosehr interessieren wie andere Leute. Wenn er genötigt wird zu zahlen, vielleicht genötigt wird zu kämpfen, wenn man von ihm unbedingten Gehorsam verlangt, so sollte er gesetzlich berechtigt sein zu erfahren, welchem Zwecke er damit dient, sollte um seine Meinung gefragt werden und versichert sein können, daß sie bei der Entscheidung für gerade so viel als sie wert ist, obgleich nicht für mehr mitgezählt werden wird. In einem vollentwickelten und zivilisierten Gemeinwesen sollte es keine Parias geben, keine Personen, die ohne ihr Verschulden die politischen Rechte entbehren müssen. Jedermann wird herabgewürdigt, mag er selbst es fühlen oder nicht, wenn andere Leute, ohne ihn zu fragen, mit unbeschränkter Machtvollkommenheit über sein Geschick entscheiden. Und selbst in einem weit fortgeschritteneren Zustande, als ihn der menschliche Geist bis jetzt irgendwo erreicht hat, würde es nicht in der Natur der Dinge liegen, daß derjenige, über den man in dieser Weise verfügt, dieselbe unparteiische Gerechtigkeit zu erwarten hätte wie der, welcher mitzusprechen berechtigt ist. Herrscher und herrschende Klassen sind genötigt, die Interessen und Wünsche derjenigen zu berücksichtigen, die stimmberechtigt sind: ob sie aber die der Ausgeschlossenen berücksichtigen wollen oder nicht, steht ganz bei ihnen, und mögen sie auch noch so wohlmeinend sein, so sind sie doch meistenteils durch das, was sie notwendig beachten müssen, zu sehr in Anspruch genommen, um viel an das zu denken, was sie ungestraft außer acht lassen können. Keine Anordnung des Stimmrechtes kann deshalb dauernd befriedigen, bei der irgendwelche Personen oder Klassen ein für allemal ausgeschlossen sind, und bei welcher das Wahlrecht nicht allen erwachsenen Personen zugänglich ist, die es zu erhalten wünschen."

Wir können es uns nicht versagen, hier festzustellen, daß das eben zitierte Buch desselben J. St. Mill in einer Parlamentsdebatte gegen das allgemeine Wahlrecht und für die österreichische Ständeverfassung ins Feld geführt wurde. Diese freche Fälschung wurde von niemand geringerem begangen, als vom Abgeordneten Rud. Auspitz*) in der Sitzung am 28. Jänner 1881, welche Schö-

*) Dr. Rudolf Auspitz war liberaler Abgeordneter von Nikolsburg. Seine Wahl war bereits einmal, am 27. März 1890, wegen krasser Wahlbestechungen annulliert worden.

nerers*) Antrag auf allgemeines Wahlrecht zu Grabe trug. Herr Auspitz begnügte sich nicht damit, zu sagen: „Die Besitzenden haben die Macht und wollen sie behalten! Basta!“ Er gehört zu den „gelehrten“ Klopffechtern des Liberalismus und verlangte mehr von sich. Er mußte beweisen, daß, wie die kapitalistische Wirtschaftswelt die beste aller Welten, so die österreichische Verfassung die beste aller möglichen Verfassungen sei. Um das zu beweisen, zitierte er Mill, welcher wünscht, daß das Wahlrecht an die Kenntnis des Lesens und Schreibens gebunden sei; Mill meint, daß eine solche Einrichtung sehr bald die Analphabeten verschwinden machen würde und hat für England recht. Er hat Galizien nicht gekannt, wo bei Einführung des Bildungszensus die Stanczyken einen Grund mehr hätten, die Verbreitung der Volksbildung zu hindern.

Was folgt aber aus Mills Forderung? Doch natürlich: — Allgemeines Stimmrecht mit Bildungszensus! — o nein, Herr Auspitz sagt, daraus folgt die Notwendigkeit der Ausschließung von zwei Dritteln des Volkes vom Wahlrecht. Mill meint, höhere Einsicht in die Staatswirtschaft sollte ein „mehrfaches“ Wahlrecht bedingen. Er schlägt vor, daß das Ablegen gewisser Prüfungen das Recht geben soll, zwei oder selbst drei Stimmen abzugeben; begreiflicherweise ein reines Ehrenrecht. Denn Mill erklärt es für „durchaus unzulässig, die Überlegenheit des Einflusses von der Rücksicht auf das Vermögen abhängig zu machen“; aber auch in bezug auf das von ihm vorgeschlagene Pluralvotum für höher Gebildete sagt er: „die an sich ganz gerechte Unterscheidung zugunsten der Bildung darf nicht so weit gehen, daß sie dem Gebildeten möglich macht, eine Klassengesetzgebung zu üben“; ja er betont ausdrücklich, daß dieses Pluralvotum „jedem, auch dem ärmsten Individuum offenstehen müßte, sobald es nachzuweisen vermöchte, daß es sich trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse den Bildungsgrad angeeignet hat, der dafür vorausgesetzt wird“. Und dieser Mann muß es sich gefallen lassen, von dem liberalen Fälscher Auspitz für das österreichische Wahlsystem als Autorität ins Feld geführt zu werden; denn, so meint dieser Herr, in Österreich sei das Wahlrecht — ganz wie Mill es wünsche — „nach der Intelligenz abgestuft!“ Mögen sich die Millionen von Rechtlosen bei dem liberalen Parlamentarier für das Kompliment bedanken und ebenso die Millionen von Wählern in den Städten und Landgemeinden. Er schätzte die Intelligenz der städtischen Wähler dreißigmal, die der ländlichen hundertachtundvierzigmal geringer als die der Großgrundbesittzer, jener Klasse, bei welcher das nicht allzu seltene Vorkommen von erblichem „standesgemäßen Schwachsinn“ der Prozeß Waldstein gerichtsordnungsmäßig festgestellt hat.

---

*) Die Alldeutschen, die später das allgemeine Wahlrecht so fanatisch bekämpften, hatten in den achtziger Jahren selbst wiederholt Anträge für das allgemeine Wahlrecht eingebracht; so auch Schönerer selbst, wie weiter unten in der Broschüre noch dargelegt werden wird.

Einiges über Geschichte und Wesen der Verfassung.

Es kann nicht unsere Absicht sein, hier auch nur im gedrängtesten Abriß eine Geschichte der österreichischen Verfassung zu geben. Aber es muß gesagt werden, weil es immer vergessen wird: Die heutige Verfassung Österreichs knüpft an vormärzliche ständische Formen an. Was 1848 mit dem Blute der Arbeiter und Studenten erobert wurde, blieb preisgegeben und hat die Verfassung Schmerlings nicht zurückerobert. Die am 25. April 1848 erlassene „Verfassungsurkunde des österreichischen Kaiserstaates“ verwies den Großgrundbesitz in die erste Kammer, den Senat. Die zweite Kammer sollte auf Grund des gleichen, freilich nicht des allgemeinen Wahlrechtes gewählt werden. Der anfänglich geplante Steuerzensus wurde aufgegeben, aber noch sollten alle vom Tag- oder Wochenlohn Lebenden und die Dienstleute vom Wahlrecht ausgeschlossen bleiben. Aber am 15. Mai rückte die akademische Legion auf den Burgplatz, und Tausende von Arbeitern zogen aus den Vorstädten herein. Die in dieser Form überreichte „Petition“ wurde sehr rasch erledigt. Die Beseitigung des Senats und der Beschränkungen des Wahlrechts wurden sofort bewilligt. Die Wahlen zum konstituierenden Reichstag wurden auf Grund eines nahezu allgemeinen Wahlrechts (nur die Dienstleute blieben noch immer rechtlos) durchgeführt. Kaum war aber dies Bürgertum zur Konstituante versammelt, als es sein Werk mit der Ausschließung der Besitzlosen vom Wahlrecht begann. Der Verfassungsentwurf des Kremsierer Reichstages nahm wieder den Zensus auf; das Wahlrecht für das „Volkshaus“ sollte nur jener 24jährige Staatsbürger erhalten, der eine direkte Steuer in einem vom Wahlgesetz (aber nicht höher als 5 fl. C. M.*) zu bestimmenden Minimum entrichtet oder einen Pacht- oder Mietzins zahlt, von dem eine direkte Steuer gleichen Betrages entfällt. Zudem sollte neben der Volkskammer eine von den Landtagen und Kreistagen zu wählende Länderkammer stehen.

Während die Wiener Proletarier den Kanonen des Windischgrätz gegenüberstanden, wurden sie ihres Bürgerrechtes beraubt. Der Kremsierer Reichstag vernichtete, was der Maisturm erobert hatte; er fühlte sich als die Vertretung der Bourgeoisie, er wollte, wie Violand**) sich ausdrückt, „den Besitz zum Regulator aller Verhältnisse, zur alleinigen Herrschaft erheben“. Aber immerhin, er war

*) 5 fl. C. M. heißt 5 Gulden Konventionsmünze. Der Gulden war damals in sechzig Kreuzer geteilt. Er war etwa 1 Gulden 5 Kreuzer (1 fl. 5 kr.) österreichischer Währung wert, die bekanntlich später eingeführt wurde und bis zur Einführung der Kronenwährung in Österreich bestand.

**) Ernst v. Violand, der bekannte Abgeordnete des österreichischen Reichstages im Jahre 1848, der dann von der Reaktion aus Österreich vertrieben und gleich Kudlich, Goldmark und Fuster steckbrieflich verfolgt wurde. Er schrieb unter anderem das Werk: „Die soziale Geschichte der Revolution in Österreich.“ Er ist im Jahre 1875 in Amerika gestorben.

konsequent; das gleiche Wahlrecht wurde nicht angetastet; die Stände blieben begraben. — Am 7. März 1849 wurde der Reichstag gesprengt und die oktroyierte „Reichsverfassung für das Kaisertum Österreich" kundgemacht, welche das Wahlrecht für das Unterhaus noch weiter einschränkte und den Zensus auf 5 Gulden, in den Städten über 10.000 Seelen aber auf 10 bis 20 Gulden festsetzte. Während aber die Gleichheit des Wahlrechtes für das Unterhaus unangetastet blieb, wurde für das Oberhaus die „Interessenvertretung" eingeführt, das heißt, es wurde an die Höchstbesteuerten ausgeliefert, die 130 Mandate gegenüber 40 von den Landtagen zu wählenden Mitgliedern erhalten sollten. Diese Reichsverfassung trat nie ins Leben. Der Fall der Revolution in Ungarn machte bald jede Maske überflüssig. Das totgeborene Kind wurde am 31. Dezember 1851 mit einem Patent begraben, welches sie zugleich mit den Grundrechten außer Kraft setzte. Der Absolutismus war in aller Form wiederhergestellt.

Als die Niederlage von Solferino 1859 den Ruin des Reiches enthüllte und man Geld und Kredit brauchte, dachte man wieder an „zeitgemäße Verbesserungen in Gesetzgebung und Verwaltung" (Manifest vom 15. Juli 1859). Der aus ernannten Mitgliedern bestehende verstärkte Reichsrat wurde einberufen und bald erschien das Oktoberdiplom (20. Oktober 1860), welches eine Verfassung ankündigte. Das Schwergewicht der Gesetzgebung sollte in die Landtage fallen, welche 100 Delegierte in eine aus einer einzigen Kammer bestehende, im übrigen zu ernennende Reichsvertretung zu entsenden hätten. Aber bevor noch dieses föderalistische Experiment versucht werden konnte, fand abermals ein Systemwechsel statt. Schmerling wurde Minister und erließ das Februarpatent (26. Februar 1861), die eigentliche Grundlage der heute geltenden Verfassung. Das Februarpatent zerlegte die vom Oktoberdiplom geplante Reichsvertretung in zwei Kammern: das Herrenhaus, in welchem aber nun neben den vom Kaiser zu ernennenden Mitgliedern die Vertreter des Großgrundbesitzes als erbliche Pairs sitzen; und das „Haus der Abgeordneten", dessen Mitglieder von den Landtagen nach einem bestimmten Verteilungsmodus aus den einzelnen Kurien derselben zu wählen sind. Das Haus sollte aus 343 Mitgliedern bestehen, wovon 223 den „engeren Reichsrat" der Länder des späteren Zisleithanien bilden, 120 Mitglieder auf die Länder der ungarischen Krone entfallen sollten. Da diese Verfassung von Ungarn nie anerkannt wurde, kam nur der „engere Reichsrat" zustande.

In bezug auf unseren Gegenstand liegt das Schwergewicht der Schmerlingschen Verfassung in den im Anhang an das Februarpatent erlassenen Landesordnungen und Landtagswahlordnungen. In diesen wird die noch heute bestehende Grundlage des Wahlrechtes geschaffen, wird weit hinter die Verfassung vom Jahre 1848, ja selbst hinter die vom Monarchen oktroyierte Märzverfassung von 1849 zurückgegriffen; die Beschränkung des Wahlrechtes durch den Zensus wird selbstverständlich aufgenommen, aber auch die Gleichheit des Wahlrechtes wird aufgehoben und die Privilegien der vormärzlichen Stände wieder hergestellt. Die Wahlen in die Landtage geschehen in den Kurien des Großgrundbesitzes, der Handelskammern, der Städte und der Landgemeinden. Um eine „verfassungstreue" Majorität zu schaffen, werden Wahlkreise von ganz naturwidriger Gestalt herausgeschnitzelt und so für das „Deutschtum", das heißt für die deutschliberale Bürokratie und Bourgeoisie, eine künstliche Majorität hergestellt.

Der Widerstand der Ungarn gegen die zentralistische Verfassung machte die feudalen Kavaliere stark genug, das Werk Schmerlings zu beseitigen. Im Juli 1865 fiel Schmerling und am 20. September 1865 wurde von Belcredi die Verfassung sistiert. Keine Hand rührte sich zu ihrem Schutz; wer hätte auch für diesen Ausdruck engherzigsten Kastengeistes sich echauffieren sollen? Die „Verfassungstreuen"? Die Bourgeoisie war längst feige geworden und das Proletariat hatte wahrlich keinen Grund dazu.

So gab es wieder einmal keine Reichsvertretung in Österreich, bis die Schlacht bei Königgrätz die Nützlichkeit einer solchen Einrichtung nahelegte. Als dann der Ausgleich mit Ungarn zustande gekommen war, schuf die Dezemberverfassung (Gesetz vom 21. Dezember 1867) den österreichischen Reichsrat, welcher zunächst nichts anderes war als der durch den Verlust der italienischen Provinzen auf 203 Abgeordnete zusammengeschmolzene „engere Reichsrat" Schmerlings. Der Widerstand der Föderalisten, insbesondere die Abstinenz der Tschechen, legte es nahe, den Reichsrat von den Landtagen unabhängiger zu machen und im Jahre 1873 wurden endlich die direkten Reichsratswahlen eingeführt. Die Zahl der Abgeordneten wurde auf 353 vermehrt, aber die Kurienwahl, das Prinzip der „Interessenvertretung", wurde unverändert aus den Landtagswahlordnungen herübergenommen. Unberührt blieb dieses Prinzip des österreichischen Wahlunrechtes auch durch die Wahlreform des Jahres 1882, welches für die Größten der Großen, für den böhmischen Fideikommißadel, ein neues Monopol, einen besonderen Wahlkörper schuf und, um diesen Vorgang dem größeren Publikum annehmbar zu machen, den Zensus auf fünf Gulden herabsetzte.

Die „verfassungsmäßige Ära" in Österreich ist also in ihrer Gesamtheit nichts anderes als eine Periode der Reaktion, welche die Errungenschaften des Jahres 1848 preisgibt. Das verehrliche

Bürgertum macht seinen Frieden mit dem hohen Adel zum Schaden der ungeheuren Mehrheit des Volkes, welches rechtlos bleibt.

So sehen wir denn, wie es in Österreich mit dem wichtigsten Rechte des Staatsbürgers aussieht. Das heutige Wahlsystem mit seinem hohen Zensus und mit seinen Gruppen macht aus dem Wahlrecht ein höchst ungleich verteiltes Monopol der Besitzenden. Es beraubt nicht nur zwei Drittel des Volkes aller politischen Rechte, es liefert auch das bevorrechtete Drittel in die Hände von ein paar tausend Großgrundbesitzern, welche faktisch die Herrschenden sind in Österreich. Nicht nur, daß die gesetzlich gewährleistete und traditionell geübte Macht der Krone in Österreich eine so überwiegend große ist, wie in keinem anderen konstitutionellen Lande, muß jedes Gesetz auch noch das Herrenhaus passieren, jenen prompt wirkenden Hemmungsapparat für jede volkstümliche oder auch nur freisinnige Maßregel. Es genügt zu erwähnen, wie das Herrenhaus zusammengesetzt ist, um zu wissen, was es leistet. Das Herrenhaus besteht derzeit (nach einer Feststellung von 1891) aus 21 Erzherzogen, 66 erblichen Pairs und 125 lebenslänglichen Mitgliedern. Daß die erblichen Mitglieder ausschließlich dem Feudaladel angehören, versteht sich von selbst; aber auch unter den lebenslänglichen, also ernannten Mitgliedern des Herrenhauses befinden sich 4 Fürsten, 48 Grafen, 22 kirchliche Würdenträger; den Rest bilden 51 Herren geringeren Ranges (Barone, Generale, Bankiers, Professoren usw.). Da überdies die Zahl der Herrenhausmitglieder unbeschränkt ist, kann jede Regierung eine beliebige Anzahl ernennen und jederzeit die Majorität durch einen „Pairsschub“ in die Minorität verwandeln. Das Herrenhaus bildet also nur eine nochmalige Umschreibung der Macht der Regierung respektive der Krone, welche ja durch Verweigerung der Sanktion stets in der Lage ist, jedes vom Abgeordnetenhaus beschlossene Gesetz am Inslebentreten zu hindern.

Die Gefährlichkeit des Herrenhauses für jeden Fortschritt tritt aber in Österreich sehr wenig hervor, und zwar aus dem höchst einfachen Grunde, weil das Abgeordnetenhaus nicht viel besser ist. In Österreich kann das Herrenhaus das Volkshaus nicht hemmen, weil es kein Volkshaus gibt. Dieselben Elemente, vornehmlich der Großgrundbesitz, welche im Herrenhaus herrschen, haben die Macht im Abgeordnetenhaus, und so ist das angeblich „konstitutionelle“ Österreich tatsächlich eine Ständemonarchie mit parlamentarischem Aufputz.

Die Ausdehnung des Wahlrechtes.

Will man sich eine deutliche Vorstellung von der Ausdehnung des Wahlrechtes in Österreich machen, so gibt es dazu zwei Wege. Man kann das Verhältnis der Zahl der Wahlberechtigten zur Einwohnerzahl vergleichen mit diesem Verhältnis in jenen Ländern, welche das allgemeine Wahlrecht oder ein diesem nahekommendes Wahlsystem besitzen. Dieses Verhältnis, die relative Wahlberechtigung, zeigt folgende Tabelle:

Relative Wahlberechtigung.

Staaten	Bevölkerung	Wähler	Auf 1000 Bewohner entfallen Wähler
Frankreich . . .	38,343.192 (1891)	10,387.330 (1889)	271
Schweiz (Kanton Zürich*) . . .	337.183 (1888)	83.586 (1893)	248
Griechenland . .	1,979.433 (1879)	460.163 (1881)	232
Deutschland . .	49,428.470 (1890)	10,145.877 (1890)	217
Belgien bisher .	6,147.041 (1890)	135.236 (1891)	22
Belgien nach dem neuen Gesetz .	6,147.041 (1890)	zirka 1,300.000	zirka 210
Großbritannien und Irland . .	37,888.153 (1891)	6,173.668 (1891)	163
Dänemark . . .	2,185.335 (1890)	304.585 (1880)	139
Italien	30,158.408 (1891)	2,826.055 (1890)	97
Norwegen . . .	1,526.871 (1891)	139.690 (1891)	91
Österreich . . .	**23,608.062 (1890)**	**1,732.057 (1892)**	**72**
Ungarn	17,349.398 (1890)	zirka**) 840.000 (1890)	zirka 48

Dieser Vergleich wird natürlich dadurch erschwert, daß die Bedingungen der Wahlfähigkeit in verschiedenen Ländern verschieden sind, wobei am meisten ins Gewicht fällt, daß das Lebensalter, mit welchem die Wahlfähigkeit beginnt, ein verschiedenes ist. Während in Österreich das 24. Lebensjahr der Beginn der Wahlberechtigung ist, ist es in Deutschland das 25., in Frankreich das 21., in der Schweiz das 20. Auf 100 Einwohner entfallen in Frankreich 27·1 Wahlberechtigte, in Deutschland 21·7, in England mit seinem noch immer beschränkten Wahlsystem 16·3, in Österreich aber nur 7·2 Wahlberechtigte. Das wahlfähige Alter kommt in Deutschland dem Österreichs am nächsten, und wenn man annimmt, daß der Aufbau der Altersklassen in Österreich und Deutschland annähernd derselbe ist, so kommt man zum Schluß, daß sich die Ausdehnung des Wahlrechtes in Österreich zu der in Deutschland verhält wie 7·2 : 21·7, also ungefähr wie 1 : 3, daß somit bei Einführung derselben Wahlgesetzgebung wie in Deutschland sich die Zahl der Wähler in Österreich verdreifachen würde.

Aber es gibt einen viel direkteren Weg. Aus den bisher veröffentlichten vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung des Jahres 1890 läßt sich die Zahl der Männer über 24 Jahren mit annähernder Genauigkeit auf 5,716.000 berechnen. Die Zahl der Wahlberechtigten bei den letzten Wahlen, im Frühjahr 1891, war 1,732.057. Hieraus ergibt sich, daß von je 1000 Männern über 24 Jahren das Wahlrecht in Österreich nur 303 hatten, also erheblich weniger als **ein Drittel.**

Es ist somit ziffermäßig erwiesen, daß mehr

*) Die Ziffern für die Gesamtschweiz konnten wir leider nicht erlangen: die Ausdehnung des Wahlrechtes ist aber wesentlich dieselbe in allen Kantonen und die für Zürich geltende Verhältniszahl darum auch für die Eidgenossenschaft anzunehmen. (v. a.)

**) Wir konnten die genaue Ziffer nicht in Erfahrung bringen. (v. a.)

als **zwei Drittel** der Bevölkerung, 697 Männer von je 1000, in Österreich **politisch rechtlos** sind.

Aber dieses an und für sich schon im höchsten Grade ungerechte Verhältnis wird von Jahr zu Jahr ungünstiger, und zwar nach zwei Richtungen. Erstens wird die Zahl der Rechtlosen größer mit der fortschreitenden Volksvermehrung, weil die besitzlosen Volksklassen erfahrungsgemäß sich schneller vermehren als die Besitzenden. Zweitens aber, und dieser Umstand gibt erst die rechte Beleuchtung für unser Wahlsystem, das Wahlrecht ist ein Monopol und die Zahl der Monopolisten wird immer geringer, weil das Monopol an den Besitz geknüpft ist, der Besitz sich aber immer mehr in den Händen von immer weniger Leuten konzentriert. Der Kreis der Bevorrechteten im Verhältnis zur Zahl der Bevölkerung wird ein immer kleinerer, die Zahl der Rechtlosen eine immer größere. Wir haben seit dem Jahre 1873 in Österreich direkte Wahlen; bis zu jener Zeit wurden die Reichsratsabgeordneten aus den Landtagen gewählt, und die Ziffern sind schwer zu erheben. Im Jahre 1873 und 1879 fanden Wahlen nach den alten Bestimmungen des Zehngulden- beziehungsweise Zwanzigguldenzensus statt. Bei den Wahlen im Jahre 1885 und 1891 wählten die Fünfguldenmänner mit. Vergleicht man die ersten beiden Wahlen miteinander, so findet man, daß auf 1000 Einwohner entfielen im Jahre 1873 63 Wahlberechtigte, im Jahre 1879 nur mehr 59. Vier früher Wahlberechtigte auf je 1000 Einwohner waren verschwunden. Im Jahre 1885 entfielen auf 1000 Einwohner noch 73 Wahlberechtigte, im Jahre 1891 nur mehr 72, wieder ist in sechs Jahren ein Wahlberechtigter auf je 1000 Einwohner verschwunden, und wir werden diese Ziffern noch genauer würdigen können, wenn wir sie nach den Wahlkörpern unterscheiden. Wir erfahren dann (auch diese Ziffern beruhen durchweg auf offiziellen Angaben), daß in den Städtewahlbezirken auf 1000 Einwohner im Jahre 1885 70 Wahlberechtigte kamen, im Jahre 1891 nur mehr 61; also 9 Wähler, nicht weniger als 12·8 Prozent sind verschwunden; in den Landgemeinden ist das Verhältnis ein weniger ausgeprägtes, aber noch immer deutliches. Die Wählerzahl auf 1000 Einwohner fällt von 77 im Jahre 1885 auf 75 im Jahre 1891, mehr als 2·5 Prozent der Wähler sind verschwunden.

Auf 1000 Einwohner kommen Wähler:

	In den Städtewahlbezirken	Landgemeinden
1873	48	71
1879	46·1	61·3
1885	70	77
1891	61	75

Auf 1000 Einwohner kamen Wähler überhaupt:

1873	63
1879	59
1885	73
1891	72

In dem kurzen Zeitraum von nur sechs Jahren haben von hundert Wählern in den Landbezirken mehr als **zwei**, in den Stadtbezirken mehr als **zwölf** aufgehört, Wähler zu sein, sie sind ins Proletariat hinabgesunken.

Es gibt wohl nicht leicht eine Ziffer, die gleich klar und handgreiflich zeigt, wie die Mittelstände im Zugrundegehen begriffen sind. Der Abfall in den Wählerzahlen vom Jahre 1873 bis 1879 wird von den offiziellen Statistiken auf die Folgen des Krachs zurückgeführt. Aber der weitere Verlauf zeigt sehr klar, daß es sich nicht um die Folgen eines einmaligen, einschneidenden Ereignisses, sondern um einen chronischen, andauernden Prozeß handelt, und dieser Prozeß ist kein anderer als der der zunehmenden Proletarisierung, der Expropriation der Mittelklassen. Das ist jedoch ein Gegenstand, der uns hier nicht beschäftigt, wohl aber haben wir hervorzuheben, daß mit der Enteignung durch die ökonomische Entwicklung auch die Entrechtung durch unsere politische Gesetzgebung erfolgt. Der Kreis derer, die noch soweit ihre wirtschaftliche Selbständigkeit haben, daß sie auch nur 5 Gulden direkte Abgaben zahlen, wird ein immer kleinerer und mit der wirtschaftlichen Selbständigkeit geht das politische Recht verloren. Wie sich dieser Prozeß in den einzelnen Kronländern äußert, zeigt folgende Tabelle:

Auf 1000 Einwohner entfielen Wähler:

in	Stadtbezirke				Landbezirke			
	1873	1879	1885	1891	1873	1879	1885	1891
Niederösterreich	48	46	69	60*)	78	77	78	84*)
Oberösterreich	44	44	63	62	48	42	101	99
Salzburg	56	55	70	68	87	80	90	89
Steiermark	40	44	65	52	59	56	80	82
Kärnten	31	34	68	45	48	40	63	64
Krain	44	39	63	53	64	58	92	88
Triester Gebiet	50	58	50	47	—	—	—	—
Görz und Gradiska	44	53	45	52	40	38	66	65
Istrien	53	55	68	76	54	55	78	77
Tirol	46	48	55	59	69	65	68	67
Vorarlberg	105	109	102	85	80	79	97	106
Böhmen	47	49	74	68	42	38	57	59
Mähren	42	44	74	72	64	63	63	60
Schlesien	47	49	64	63	38	43	54	51
Galizien	67	68	70	68	89	92	92	85
Bukowina	65	76	79	72	95	103	109	86
Dalmatien	—	119	101	91	—	97	110	104
In ganz Österreich	48	46	70	61	71	61	77	75

*) Bei der Wahl 1885 wählten die beiden Bezirke Sechshaus und Hernals noch mit den Landgemeinden, 1891 aber bereits mit den Städten. Da in Sechshaus auf 1000 Einwohner nur 42, im Bezirk Hernals gar nur 40 Wähler kommen, mußte diese Änderung die Verhältniszahl der Einwohner zu den Wählern für die Städte Niederösterreichs stark herabdrücken, für die Landgemeinden stark hinaufschnellen. (v. a.) Inzwischen war nämlich die Eingemeindung der Vororte erfolgt.

Das Wahlrecht ist also in Österreich das Monopol eines immer kleiner werdenden, ein Drittel nicht erreichenden Bruchteiles der Bevölkerung.

Das Reichsratswahlrecht schließt sich an das Wahlrecht zum Landtag beziehungsweise das Gemeindewahlrecht an und seine Ausdehnung zeigt deshalb in den verschiedenen Kronländern gewisse nicht unbedeutende Verschiedenheiten, die durch den einheitlichen Zensus von 5 Gulden keineswegs gänzlich aufgehoben werden, auf welche einzugehen aber hier ganz unmöglich ist*).

Seit dem Bestehen des gegenwärtigen Wahlsystems, seit 1862, hat nur eine einzige und höchst bescheidene Erweiterung des Wählerkreises stattgefunden. Die Einbeziehung der Fünfguldenmänner 1882 hat die Zahl der Wähler auf je 1000 Einwohner nur von 63 auf 76 vermehrt. Die absoluten Zahlen sind folgende:

Zahl der Wähler bei den Wahlen:

	1873**)	1879	1885	1891
Großgrundbesitzer	4.931	4.768	5.119	5.402
Handelskammern	499	515	593	583
Städte, Märkte usw.	186.323	196.993	298.793	338.500
Landgemeinden	1,062.259	1,088.457	1,369.536	1,387.572
Zusammen	1,254.012	1,290.733	1,674.041	1,732.057

Vergleichen wir mit diesem Schneckengang die Entwicklung des Wahlrechtes in zwei Ländern, die auch ihrerseits noch heute nicht beim allgemeinen Wahlrecht angelangt sind. In England verdoppelte die Reformbill von 1867 die Zahl der Wähler; aber schon 15 Jahre später führte die Wahlreform von 1884 (People Act) eine abermalige Verdoppelung der Wählerzahl herbei. Bis zur Reformbill kamen nur etwa 40 Wähler auf 1000 Einwohner, heute 162; das Wahlrecht hat in 25 Jahren den vierfachen Umfang gewonnen.

Wahlberechtigte in Großbritannien und Irland.

Jahr	England	Schottland	Irland	Vereinigtes Königreich	Auf 1000 Einw. Wähler
1846	845.000	93.000	129.000	1,067.000	38
1871	2,066.000	260.000	227.000	2,553.000	78
1881	2,538.000	310.000	229.000	3,077.000	87
1889	4,502.000	572.000	763.000	5,837.000	157
1891	4,838.080	593.877	741.711	6,173.668	162

*) Es sei nur angeführt, daß beispielsweise in Galizien die Wahlkörper sowohl in den Städten als in den Landgemeinden auf folgende Art gebildet werden: die zur Wahl des Gemeinderates Berechtigten werden nach der Höhe der von ihnen gezahlten direkten Steuern, angefangen vom Höchstbesteuerten, aneinandergereiht; die ersten zwei Dritteile dieser Liste haben dann das Wahlrecht für Landtag und Reichsrat, gleichgültig, ob sie das Minimum von fünf Gulden zahlen oder weniger. Die Erteilung des Wahlrechtes an die Fünfguldenmänner bewirkt darum in den galizischen Landgemeinden keine Vermehrung der Wähler; im Jahre 1885 entfielen wie 1879 auf 1000 Einwohner 92 Wähler. (v. a.)

**) Ohne Dalmatien, wofür die Angaben fehlen. (v. a.)

Und in Italien, das noch immer ein sehr beschränktes Wahlrecht hat, ist die Wählerzahl seit 1870 beinahe verfünffacht worden. Die Wahlreform von 1882 allein hat sie verdreifacht. So engherzig der italienische Zensus ist, wenigstens hat das Wahlrecht dort jeder Mann, der zwei Jahre unter der Fahne gestanden ist. Man empfindet es dort als schreiendes Unrecht, dem Manne, dessen Blut man fordert, sein Bürgerrecht zu versagen.

Italien.

Jahr	Zahl der Wähler	Auf 1000 Einwohner Wähler
1870	530.018	19·8
1874	571.939	21·3
1876	605.007	20·9
1879	621.896	21·5

Gesetz vom 24. September 1882.

Jahr	Zahl der Wähler	Auf 1000 Einwohner Wähler
1882	2,144.159	74·1
1883	2,428.980	83·9
1885	2,480.897	87·5
1889	2,756.347	95·2
1890	2,826.055	97·6

Nur in Österreich rührt sich nichts. Aber das Beispiel Belgiens hat jüngst gezeigt, daß die Völker mitunter in einer Woche nachzuholen wissen, was die Herrschenden durch Jahrzehnte versäumten.

Die Verteilung des Wahlrechtes.

Das Wahlrecht soll das gleiche sein.

Diese Forderung bedeutet, daß jeder einzelne Wahlberechtigte das gleiche Maß von Einfluß auf die Zusammensetzung des gesetzgebenden Körpers haben soll. Vollständig wird diese Forderung nie, auch bei gesetzlicher Fixierung des gleichen und allgemeinen Wahlrechtes nicht, erreicht werden. Die verschiedene Ausdehnung der Wahlkreise bewirkt, daß in dem einen weit mehr Wahlberechtigte einen Abgeordneten wählen, wie in einem anderen. Und nur eine jedesmalige Richtigstellung der Wahlkreise würde diesem Übel insoweit abhelfen, daß wenigstens kein einschneidender Unterschied bestünde. In Deutschland hat dieser Umstand im Gefolge, daß das Maß des Wahlrechtes sich immer mehr zuungunsten des Proletariats verschiebt. Die großen städtischen Wahlbezirke, die schneller wachsen und in welchen die Zahl der Wahlberechtigten rapid zunimmt, verlieren von Jahr zu Jahr an dem Maße des Wahlrechtes für jeden einzelnen Wähler. Immer mehr Wähler haben nach wie vor einen Abgeordneten zu wählen; im Gegensatz zu den ländlichen Bezirken, deren Bevölkerung abnimmt oder doch in geringerem Grade wächst.

Was wir aber in Österreich an Ungleichheit des Wahlrechtes sehen, ist mit diesen Mißständen, die alle Länder mehr oder weniger aufweisen, nicht zu vergleichen. Die Ungleichheit und Ungerechtig-

keit des Wahlrechtes ist das eigentliche Grundgesetz des Staates, sie ist seine Verfassung. Viel mehr noch als die Ausdehnung des Wahlrechtes auf jene zwei Drittel der Bevölkerung, die heute rechtlos sind, wird die Beseitigung der Ungleichheit des Wahlrechtes eine politische Umwälzung in Österreich bedeuten. Das gleiche Wahlrecht fürchten die Privilegierten noch weit mehr als das allgemeine.

Das Abgeordnetenhaus zählt **353** Abgeordnete; davon entfallen Abgeordnete:

auf die Wählerklasse des Großgrundbesitzes	85
der Handelskammer	21
der Städte, Märkte und Industrialorte	118
der Landgemeinden	129

Die Wählerklasse des Großgrundbesitzes umfaßt in den meisten Kronländern den land- oder lehentäflichen Grundbesitz, in Dalmatien die Höchstbesteuerten, in Tirol den adeligen Großgrundbesitz, in Vorarlberg und Triest existiert diese Gruppe überhaupt nicht.

Auch für die Einreihung in diese Wählerklasse gibt es in den verschiedenen Kronländern verschiedene Bedingungen.

Während in Böhmen nur Besitzer landtäflicher Güter, die mindestens 250 Gulden Realsteuern (davon 200 Gulden Grundsteuer) zahlen, genügt in Galizien eine Realsteuer von 100 Gulden, in Görz und Gradiska gar von nur 50 Gulden. Dafür wird der böhmische Grundadel aber auch anders behandelt und schon auf je 19 dieser Fürsten und Grafen entfällt ein Abgeordneter, während sich die 444 Angehörigen des Görzer Großgrundbesitzerpöbels alle zusammen mit einem einzigen Abgeordneten begnügen müssen. Zudem aber hat das Gesetz Zeithammer*) 1882 bestimmt, daß von den 452 berufenen Groß-

*) Da auf die Wahlreform vom Jahre 1883 immer wieder Bezug genommen wird, sei hier kurz ihre Geschichte erzählt: Am 10. Dezember 1880 brachten die Deutschnationalen (nachmaligen Alldeutschen) Schönerer und Fürnkranz sowie die Demokraten Kronawetter und Steudel einen Antrag ein, der das Wahlrecht für jeden 24 Jahre alten Staatsbürger verlangte. Der Antrag war zunächst nicht einmal genügend unterstützt und fand erst auf die Anfrage des Präsidenten die genügende Unterstützung. Ende Jänner 1881 lehnte es das Abgeordnetenhaus ab, den Antrag an einen Ausschuß zu verweisen. Darauf brachte Kronawetter den Antrag ein, jedem Steuerzahler — also auch denen unter zehn Gulden Steuer — das Wahlrecht zu geben und die indirekten Wahlen in den Landgemeinden abzuschaffen. Zum Verständnis sei bemerkt, daß die Wiener Vororte damals noch nicht mit Wien vereinigt, sondern gesonderte Landgemeinden waren. (Die Vereinigung Wiens mit den Vororten erfolgte erst Ende 1890 gegen den Widerstand der Christlichsozialen und namentlich Luegers.) Zur Leopoldstadt (dem zweiten Bezirk) gehörte damals und noch lange nachher auch der heutige zwanzigste Bezirk, die Brigittenau. (Siehe darüber die Bemerkungen beim Artikel „Die Liberalen und das allgemeine Wahlrecht" in der „Arbeiter-Zeitung" vom 31. Oktober 1890.) Zu gleicher Zeit beantragte auch der Klerikale Hofrat Lienbacher das

grundbesitzern Böhmens eine kleine Gruppe der allergrößten auserwählt wurde: der fideikommissarische Großgrundbesitz mit seinen jetzt **45** Mitgliedern wählt für sich allein **5** Abgeordnete; auf **9** Fideikommissare entfällt schon ein Abgeordneter. Als dieser Antrag im Abgeordnetenhaus verhandelt wurde, jammerte der Minoritätsberichterstatter Dr. Herbst*) von den damals 38 Fideikommißbesitzern Böhmens säßen 25 als erbliche Mitglieder im Herrenhaus, eine weitere Anzahl seien ernannte Herrenhausmitglieder und nun wolle man ihnen noch so eine starke Vertretung im Abgeordnetenhaus geben! Mit Fug und Recht wurde seine Theorie verlacht, welche den Großgrundbesitz nur als „ungeteilte Korporation“ als „historisch berechtigt“ anerkennen wollte. Das Privilegium des Großgrundbesitzes beruht nicht auf „historischem Rechte“, sondern auf historischem Unrecht und auf gehäuftem dazu. Das aber anzuerkennen ist die liberale Bourgeoisie zu feig; sie ist „verfassungstreu“, das heißt untreu den Prinzipien der Gleichheit, untreu den Interessen des Volkes, ja untreu aus Feigheit den Interessen ihrer eigenen Klasse.

Der Großgrundbesitz nimmt also volle **24** Prozent, fast ein Viertel des Abgeordnetenhauses in Anspruch und dadurch ent-

---

Wahlrecht allen Bürgern zu geben, die entweder fünf Gulden direkte Steuer zahlen oder nach der Gemeindewahlordnung auch bei geringerer Steuerzahlung wahlberechtigt sind. Am 10. Mai beantragte der Alttscheche Zeithammer, um dem sogenannten verfassungstreuen, das ist zentralistisch gesinnten mit den Deutschen gehenden Adel in der Großgrundbesitzerkurie im konservativen, mit den Tschechen gehenden Adel ein Gegengewicht zu schaffen, die Großgrundbesitzerkurie in Böhmen in eine Gruppe der Fideikommißbesitzer und in eine der Nichtfideikommißbesitzer zu teilen. Die Nichtfideikommißbesitzer sollten überdies noch in fünf Wahlkreise geteilt werden. Alle Anträge blieben im Ausschuß liegen, bis die Ergänzungswahlen für den böhmischen Großgrundbesitz nahten. Nun erklärte der Ministerpräsident Graf Taaffe, daß er den Antrag Zeithammer akzeptiere, während er sich über den Antrag Lienbacher sehr unbestimmt äußerte. Der Ausschuß beschloß nun die Wahlreform, die den böhmischen Großgrundbesitz teilte und den Fünfguldenmännern das Wahlrecht gab, womit der Einfluß der Konservativen sowohl in der Großgrundbesitzerkurie wie in der Städtekurie gesteigert wurde. Erst dadurch konnten auch die Kleingewerbetreibenden auf die Gesetzgebung Einfluß gewinnen. Die Neuwahlen des Jahres 1885, die zum erstenmal unter dem Fünfguldenzensus stattfanden, brachten den Liberalen einen Verlust von fünfzehn Mandaten. In Wien siegten die Demokraten und auch ein Antisemit. In der Provinz drangen neben klerikalen auch einige radikale Männer durch, so auch Pernerstorfer, Steinwender sowie mehrere Jungtschechen. Auch Lueger wurde damals zum erstenmal — allerdings noch als Demokrat — gewählt. Herbst unterlag in zwei deutschböhmischen Wahlbezirken und mußte eine Wahl im ersten Wiener Bezirk annehmen.

Über die Anträge auf allgemeines Wahlrecht siehe weiter unten in der Broschüre selbst.

*) Dr. Eduard Herbst, der Führer der Deutschliberalen, ehemaliger Justizminister im „Bürgerministerium“.

scheidet eine kleine Anzahl von leicht beeinflußbaren Herren über die Majorität des Parlaments. Bald bewerkstelligt, wie 1873, eine Finanzclique, ein „Chabrus*)", durch einige Güterkäufe die Verschiebung der Majorität; bald ist es, wie 1889, das Machtwort der Krone, das die paar Dutzend Grundherren veranlaßt, die von oben gewünschte Politik durch die Wahlen zu ermöglichen. „Das Ministerium Taaffe verdankt seine Majorität einer schwachen Stunde des böhmischen Großgrundbesitzes", erklärte der Abgeordnete v. Plener in der Sitzung vom 14. Dezember 1880. Und trotz der so bezeugten klaren Erkenntnis der Schmach für das Volk Österreichs, ja sogar für die österreichische Bourgeoisie, die er vertritt, ist der Mann noch heute „verfassungstreu" und zieht es vor, daß die Gesetzgebung und Verwaltung abhänge von der Laune von ein paar Dutzend böhmischer Landlords, als von dem Willen der Mehrheit des Volkes.

In der zweiten Kurie der **Handels- und Gewerbekammern** besteht wieder der Unterschied, daß die meisten von ihnen ihre Abgeordneten allein wählen, die von Wien, Prag, Reichenberg, Brünn sogar je zwei; die Mitglieder anderer Handelskammern, zum Beispiel Troppau, Laibach, Rovereto, Salzburg, Innsbruck usw., wählen mit den städtischen Wählern, haben also auch ein doppeltes Wahlrecht, welches aber natürlich noch lange nicht so ausschlaggebend ist, wie das der Mitglieder der erstgenannten Handelskammern. Wie wichtig es aber noch immer ist, ergibt sich daraus, daß zum Beispiel bei der letzten Nachwahl in Troppau der gewählte Kandidat nur eine Minorität von den städtischen Wählern bekam, durch die Mitglieder der Handelskammer aber, welche ihr zweites Wahlrecht ausübten, zur Majorität kam. Auch eine Sorte von Pluralvotum!

Die Vertretung der Handels- und Gewerbekammern ist ein besonderes Privilegium für die Großindustrie und das große Geldkapital. Denn diese beherrschen alle Kammern absolut, trotz der Masse der Kleingewerbetreibenden und Kleinkaufleute, welche

*) Vor den Wahlen zum böhmischen Landtag im Jahre 1872 (bis zum Jahre 1873 wurde der Reichsrat aus den Landtagen gewählt) hatten sich Gesellschaften gebildet, um landtäfliche Güter aufzukaufen, um so Stimmen für die Regierungspartei — damals regierte das „liberale" Ministerium Adolf Auersperg — zu gewinnen. Diese Gesellschaften nannte man mit einem jüdischen Worte „Chabrus". Übrigens gab es neben den liberalen „Chabrus" auch konservative, die wieder Güter für die Konservativen aufkauften.

Bei den Wahlen zum böhmischen Landtag im Jahre 1889 und bei den weiteren Nachwahlen erlitten die Alttschechen eine große Niederlage, so daß die Jungtschechen, die früher nur wenige Mandate hatten, nun die Mehrheit der tschechischen Abgeordneten bildeten. Die Großgrundbesitzerkurie hatte nur Feudale gewählt.

Die Liberalen nannten sich „verfassungstreu", weil sie für die Verfassung vom Jahre 1867 und gegen das böhmische Staatsrecht waren.

ihre Wählerschaft bilden. Als Abgeordnete der Handelskammern werden auch häufig nicht Fabrikanten oder Kaufleute, sondern die berufsmäßigen Politiker des Liberalismus, die Verfechter der Kapitalistenklasse gewählt. (Plener, Neuwirth, Dumreicher usw.) Es ist also auch ganz unrichtig, wenn die 21 Mandate der Handelskammern, wie das gewöhnlich geschieht, der Vertretung der städtischen Bevölkerung zugerechnet werden. Sie vertreten vielmehr nur die oberste, reichste Schicht der Bourgeoisie und verhalten sich zur städtischen Bevölkerung ungefähr wie die Vertreter des Großgrundbesitzes zur bäuerlichen Bevölkerung oder, wenn man lieber will, wie der Hecht zum Weißfisch.

Die Wählerschaft der **Städte, Märkte und Industrialorte** ist heute überall, mit Ausnahme von Triest, abgegrenzt durch die Zugehörigkeit zum ersten oder zweiten Gemeindewahlkörper oder den Steuersatz von wenigstens 5 Gulden. In Triest wählte der erste Wahlkörper, dann der zweite und dritte Wahlkörper und schließlich der vierte Wahlkörper samt den Wahlberechtigten des Gebietes von Triest je einen Abgeordneten.

Daß auch hier große Verschiedenheiten bestehen, ist klar. Neben Riesenbezirken (wie Hernals mit 268.445 Einwohnern und 10.890 Wählern) finden sich Zwergbezirke (zum Beispiel innere Stadt Graz mit 15.604 Einwohnern und 917 Wählern); aber außerdem gibt es eine Anzahl von Wahlbezirken, die das Privilegium haben, nicht einen, sondern mehrere Abgeordnete in einem Wahlgang zu wählen. Die Innere Stadt Wien wählt 4, Linz, Brünn, Krakau und Lemberg je 2 Abgeordnete. Diese Auszeichnung verdanken jene Wählerschaften aber nicht etwa der Zahl ihrer Einwohner oder Wähler (der I. Bezirk Wien rangiert mit 67.029 Einwohnern erst an siebenter Stelle, wenn man die neun alten Bezirke nach der Volkszahl ordnet, und auch die Wählerzahl 8019 wird nicht nur von Hernals, Sechshaus, sondern auch vom II. Bezirk übertroffen), sondern ausschließlich der Qualität ihrer Wähler. Es ist die wohlhabende Bourgeoisie, die hier zu dem bereits in Form der Handelskammermandate erhaltenen Übergewicht noch ein separates Präsent erhält.

In den **Landgemeinden** wird das Wahlrecht, welches bekanntlich ein indirektes ist, ebenso durch die 5 Gulden direkter Steuern bestimmt. Auf je 500 Einwohner einer Gemeinde entfällt ein Wahlmann. Eine Ausnahme bildet unter anderem Galizien, und zwar nach zwei Richtungen. Erstens werden die Wahlmänner von einem Wahlkörper gewählt, welcher ganz anders zusammengesetzt ist, und zwar so: Es werden sämtliche Gemeindewähler nach der Höhe ihrer in der Gemeinde gezahlten direkten Steuern, angefangen vom Höchstbesteuerten, aneinandergereiht, und jene Gemeindewähler, welche in die ersten zwei Drittel der gesamten Liste hineinfallen, bilden den Wahlkörper für die Wahlmänner. (In anderen Kronländern gilt diese Bestimmung nur für Gemeinden, die weniger als drei Wahlkörper besitzen.) Zweitens aber haben in Galizien, wie an anderer Stelle ausgeführt wird, die Besitzer

selbständiger Gutsgebiete, die nicht so hoch besteuert sind, um in die Gruppe der Großgrundbesitzer zu gehören, das Recht, gleich als Wahlmänner zu fungieren.

Das indirekte Wahlsystem wollen wir an anderer Stelle näher besprechen; seine Verwerflichkeit ist bereits ziemlich einstimmig anerkannt; nur die „edlen Polen" weigern sich noch hartnäckig, die Bauern aus ihrer Vormundschaft zu entlassen und die liberale Linke scheint geneigt, ihnen die Möglichkeit der Wahlbeeinflussung auch weiterhin garantieren und erhalten zu wollen.

Die Größe der Landeswahlbezirke variiert zwischen Karolinenthal mit 263.930 Einwohnern und 11.759 Wählern, Stanislau mit gar 300.685 Einwohnern und 26.929 Wählern auf der einen Seite und Cattaro mit 33.358 Einwohnern und 3856 Wählern, Gradiska mit 51.395 Einwohnern und nur 1386 Wählern auf der anderen Seite.

Dieser in sehr allgemeinen Zügen gehaltenen Darstellung wird man schon zur Genüge entnehmen, wie verwickelt der Weichselzopf der Wahlrechtsbestimmungen Österreichs ist. Und die Zahl der Ausnahmen und Abstrusitäten ließe sich noch bedeutend vermehren, wenn wir auf die künstlichen Abzirkelungen, die sogenannte Wahlkreisgeometrie, eingingen, welche die Schmerlingsche Verfassung erfand, um den „Deutschen", das heißt der deutsch-liberalen Clique, die Majorität in den Landtagen und dann später im Reichsrat zu verschaffen.

Wichtiger als die einzelnen Bestimmungen sind für uns die Folgen derselben für das Ausmaß des Wahlrechtes für die einzelnen Gruppen der Wählerschaft. Die Intensität des Wahlrechtes, das Maß des politischen Einflusses, den der einzelne Wähler faktisch ausübt, wird bestimmt durch die Zahl der Wähler, auf welche ein Abgeordneter entfällt. Versuchen wir uns hier zunächst einen Gesamtüberblick über die Verhältnisse bei den letzten Wahlen zu verschaffen, so ergibt sich die Tabelle auf nächster Seite, welche für jedes einzelne Kronland zeigt, sowohl wie viele Einwohner als auch wie viele Wähler auf einen Abgeordneten entfallen.

Diese interessante Tafel verdient von den glücklichen Bewohnern der einzelnen Kronländer genau studiert zu werden; sie ist unerschöpflich an den interessantesten Einzelheiten. Wir wollen aber nur die Hauptzahlen für das Reich zusammenstellen und dabei die vier bisher vollzogenen direkten Reichsratswahlen ins Auge fassen:

Ein Abgeordneter entfiel auf Wähler:

	1868	1879	1885	1891
Großgrundbesitz	58	56	60	63
Handelskammern	23	25	28	27
Landwahlbezirk	1606	1698	2.574	2.592
Stadtwahlbezirk	8108	8309	10.454	10.918

Statistik der Reichsratswahlen 1891.

Länder	Großgrundbesitz			Handelskammern			Stadtwahlbezirke				Landwahlbezirke			
	Zahl der Abgeordneten	Zahl der Wahlberechtigten	1 Abgeordneter kommt auf Wahlberechtigte	Zahl der Abgeordneten	Zahl der Wahlberechtigten	1 Abgeordneter entfällt auf Wahlberechtigte	Zahl der Abgeordneten	Zahl der Wahlberechtigten	1 Abgeordneter entfällt auf Wahlberechtigte	1 Abgeordneter entfällt auf Bewohner	Zahl der Abgeordneten	Zahl der Wahlberechtigten	1 Abgeordneter entfällt auf Wahlberechtigte	1 Abgeordneter entfällt auf Bewohner
Niederösterreich . . .	8	219	26	2	48	24	19	88.936	4681	77.461	8	96.842	12.105	144.832
Oberösterreich	3	134	44	1	34	34	6	12.711	2118	34.072	7	57.122	8.160	82.228
Salzburg	1	260	260	—	—	—	2	3.720	1860	27.171	2	10.513	5.256	58.791
Steiermark	4	209	52	2	64	32	8	14.637	1829	35.418	9	81.566	9.063	110.146
Kärnten	1	111	111	1	26	26	3	3.561	1187	26.097	4	17.740	4.435	69.750
Krain	2	100	50	—	—	—	3	3.690	1230	23.202	5	37.402	7.480	85.417
Triest und Gebiet. .	—	—	—	1	37	37	3	7.320	2440	51.823	—	—	—	—
Görz und Gradiska .	1	444	444	—	—	—	1	2.788	2788	54.001	2	10.660	5.330	82.577
Istrien	1	107	107	—	—	—	1	7.431	7431	98.140	2	16.253	8.126	105.420
Tirol	5	256	51	—	—	—	5	9.306	1861	31.645	8	43.321	5.415	80.823
Vorarlberg	—	—	—	—	—	—	1	2.155	2155	25.296	2	9.548	4.774	45.172
Böhmen	23	452	19	7	186	26	32	92.841	2901	42.659	30	263.460	8.782	148.125
Mähren	9	179	19	3	84	28	13	37.352	2873	40.131	11	106.436	9.675	161.120
Schlesien	3	54	18	—	—	—	4	8.555	2138	33.786	3	22.368	7.456	146.144
Galizien	20	2177	108	3	88	29	13	32.838	2526	37.237	27	517.163	19.154	224.826
Bukowina	3	152	50	1	16	16	2	5.918	2959	40.925	3	48.520	16.173	187.065
Dalmatien	1	548	548	—	—	—	2	4.741	2370	25.987	6	48.658	8.109	78.342
Summe, bzw. Durchschnitt . . .	85	5402	63	21	583	27	118	338,500	2918	44.854	129	1,387.572	10.592	142.754

Hiebei*) ergibt sich also, daß **63 Großgrundbesitzer denselben politischen Einfluß haben, wie 2918 städtische Wähler und wie 10.592 Wähler in den Landgemeinden,** oder mit anderen Worten: **168 wahlberechtigte Bauern haben so viel politischen Einfluß wie 46 wahlberechtigte Städter oder wie ein einziger Großgrundbesitzer.**

In Österreich beherrschen durch diesen Wahlmodus die 5000 Familien der Großgrundbesitzer nicht nur das Parlament, sondern durch das Parlament die Verwaltung. Zwei Drittel der Bevölkerung sind vollständig ausgeschlossen, von dem privilegierten dritten Drittel aber muß die ungeheure Mehrzahl den Löwenanteil des politischen Einflusses an die Großgrundbesitzer abtreten. Hieraus allein schon kann man ermessen, mit welchem Recht sich die Großgrundbesitzer heutzutage als die Vertreter des kleinen Mannes, als die Vertreter der Bauernschaft aufspielen.

Noch ein Anderes aber ergibt sich aus den beiden letztangeführten Tabellen, wenn man sie daraufhin betrachtet, wie sich die beiden Gruppen von Wählern vor der Erweiterung des Wahlrechtes auf die Fünfguldenmänner und nach derselben zueinander verhalten. Als im Jahre 1883 von Lienbacher namens der Klerikalen und der feudalen Großgrundbesitzer der Antrag auf Erweiterung des Wahlrechtes, auf Herabsetzung des Zensus bis auf fünf Gulden gestellt wurde, da schlugen sich die Antragsteller und Befürworter als Vertreter des Volkes, als Demokraten an die Brust, und noch heute wollen sie mit jener Großtat renommieren. Es ist eine der Hauptanklagen gegen die liberale Partei, daß sie diese Maßregel durch allerlei Ränke zu hintertreiben suchte, und die Feudalen rechnen sich ihre Befürwortung als hohes Verdienst zu.

Wenn nun auch der Vorwurf der Engherzigkeit gegen die Liberalen vollständig mit Recht erhoben wird und sie sich bei dieser Gelegenheit, wie stets, als ganz bornierte Politiker gezeigt haben, so besteht anderseits keinerlei Verdienst auf seiten jener, welche die Erweiterung des Wahlrechtes durchsetzten. Denn die feudale Gruppe der Großgrundbesitzer hat bei dieser Erweiterung des Wahlrechtes absolut nichts verloren; es war ein Präsent, welches sie selbst nichts kostete, dagegen alle Aussichten bot, ihnen zu nützen. Die Zahl der Wahlberechtigten hat durch diese Maßregel in den Städten um zirka 100.000, in den Landbezirken um zirka 300.000 Wähler zugenommen. Die Zahl der Abgeordneten der Städte sowie der Landgemeinden wurde aber nicht vermehrt. Der überwiegende Einfluß des Großgrundbesitzes in unserem Parlament ist also dadurch in gar nichts vermindert worden, sondern — es hat sich sein Ausdruck erheblich

*) Die Gruppe der Handelskammer wollen wir aus dieser Betrachtung vollständig ausscheiden, und zwar darum, weil sie einfach eine Form des indirekten Wahlrechtes ist: die zu einer Handelskammer Wahlberechtigten haben ein doppeltes Wahlrecht für den Reichsrat: eines, welches sie direkt, und eines, welches sie indirekt, auf dem Wege über die Handelskammer ausüben. (v. a.)

verschärft. Während bei der Wahl im Jahre 1879 200 Städter und 500 Bauern so viel Wahlrecht hatten wie ein Großgrundbesitzer, hatten bei der Wahl im Jahre 1885 300 Städter und 800 Bauern so viel Wahlrecht als ein Großgrundbesitzer. Die Intensität des Wahlrechtes hat sich durch diese Maßregel zugunsten der Großgrundbesitzer verändert. Zu gewinnen aber war für sie, daß in einzelnen städtischen Wahlbezirken — und ihre Berechnung hat sie nicht getäuscht — die unteren Schichten des Kleinbürgertums gegen die Großbourgeoisie ausgespielt werden konnten. Will man aber vollständig klar werden über die wirklichen Motive jener großherzigen feudalen Reform, dann braucht man nur zu prüfen, wie sich diese Parteien dem Gegenantrag, welchen der Abgeordnete Georg Ritter v. Schönerer einbrachte und der auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht abzielte, gegenüber verhielten. Sie stimmten ihn nieder, ohne auch nur den Mund aufzutun. Und auch der bescheidene Antrag Doktor Kronawetters, das Wahlrecht wenigstens auf alle direkt Steuerzahlenden auszudehnen, wurde von Liberalen und Feudalen in holdem Verein niedergestimmt.

So haben wir denn in Österreich eine „Gleichheit vor dem Gesetz", welche nicht nur zwei Drittel des Volkes vom Wahlrecht ausschließt, sondern die im Durchschnitt **63** Großgrundbesitzern dasselbe Maß von politischem Recht verleiht, das eine städtische Bevölkerung von **44.854** Einwohnern oder eine ländliche Bevölkerung von **142.754** Einwohnern besitzt. Die **45** Fideikommißbesitzer Böhmens aber wählen fünf Abgeordnete und üben dadurch einen politischen Einfluß aus, der gleich schwer in die Wagschale fällt, wie der, den die Bewohner von fünf böhmischen Landbezirken zusammen, die, wie zum Beispiel Karolinental, Smichow, Raudnitz, Jičin und Pilsen, mit einer Gesamtbevölkerung von **923.814 Bewohnern** und mit **50.201 Wählern** haben. Mit dieser Tatsache, die zeigt, daß ein einziger hochgeborener Fideikommissar unserer „Verfassung" so viel gilt, wie **1115** schwer arbeitende und mit dem Wahlrecht begnadete Bauern, wollen wir unsere Betrachtung über das gleiche Wahlrecht schließen.

Die indirekten Wahlen in den Landgemeinden.

Unserem famosen Wahlsystem genügt es nicht, den Bauern in den Landgemeinden ein so verdünntes Wahlrecht zu erteilen, daß dagegen sogar die städtischen Wähler als sehr bevorzugt erscheinen, die Landbevölkerung wird noch durch ein ganz besonderes Wahlverfahren unter eine spezielle Kuratel gestellt. Sie wählt nicht Abgeordnete, sondern Wahlmänner; es wird ihr nicht die Klugheit zugemutet, zu erkennen, welcher Mann ihr Interesse im Reichsrat vertreten wird, sondern eine doppelte Siebung wird als notwendig erachtet. In jeder Gemeinde wird auf je 500 Einwohner ein Wahlmann gewählt, und erst die Wahlmänner des ganzen Bezirkes haben so viel Grütze zur Verfügung, daß sie würdig erachtet werden, den richtigen Abgeordneten zu finden.

Dieses System ist anerkannt, und zwar von allen Seiten anerkannt, das schlechteste, das sich überhaupt erdenken läßt. Es wagt ernstlich niemand mehr dafür etwas vorzubringen. Nur die polnischen Großgrundbesitzer haben noch die Stirne, dafür einzutreten, unter dem Vorwand, daß ihren Bauern bei der Größe der Wahlbezirke der Weg zum Wahllokal zu weit sei. Das allgemeine Wahlrecht würde auch diesem Übelstand abhelfen, die Wahlbezirke würden bedeutend kleiner und den galizischen Bauern würde es möglich, die Schlachzizen, die ihre Interessen zu Tode vertreten, endlich abzuschütteln. Traurig aber ist es und bezeichnend für die ganze Borniertheit und Feigheit der deutsch-liberalen Partei, daß sie wohl nicht mehr wagt, sich der Beseitigung der indirekten Wahl zu widersetzen, ja sie vielfach in ihrem eigenen Interesse finden muß, den galizischen Landlords aber die Konzession machen will, daß für Galizien und Bukowina diese niederträchtige Institution aufrecht bleibe.

Die indirekte Wahl hat vor allem jenen großen Nachteil, welchem bereits vor vielen Jahren John Stuart Mill in unübertrefflicher Weise Ausdruck gegeben hat. „Durch die Zuteilung der indirekten Wahl wird für die Urwähler einer der Hauptzwecke vereitelt, um deretwillen sie überhaupt ein Wahlrecht besitzen. Die politische Verrichtung, zu der sie dann noch berufen sind, ist nicht mehr geeignet, Geist oder politische Einsicht bei ihnen zu entwickeln, ihr Interesse für öffentliche Angelegenheiten zu erwecken und ihre geistigen Fähigkeiten zu üben." In der Tat gibt es kein geeigneteres System als das der indirekten Wahlen, um den Stumpfsinn für öffentliche Fragen aufrechtzuerhalten. Und gerade das wird gewollt. Kein System ist nämlich besser geeignet zu der bei uns beliebten Methode der Wahlmache durch einige Bezirksgrößen und Drahtzieher in den Zentren. Die Gemeindevorsteher in kleinen Orten sind willfährige Marionetten in den Händen der Großgrundbesitzer und Großindustriellen, und in ihrer Hand liegt der Ausfall der Wahlen. Anstatt, daß die großen Interessen des Volkes bei der Entscheidung in den Vordergrund treten, wird die Wahl zu einem Streit um lokale und persönliche Fragen. Machenschaften aller Art, persönliche Bekanntschaft, Freundschaft und erzwungene Gefälligkeit spielen die Hauptrolle. Das geht so weit, daß es selbst in hochentwickelten Wahlbezirken, wie in Böhmen, möglich ist, daß die Urwähler in ihrer großen Mehrzahl gar nicht wissen, daß sie ein Wahlrecht besitzen, daß es vorkommt, daß die guten Leute glauben, sie seien durch das Gesetz verpflichtet, den Gemeindevorsteher, den Sekretär oder etwa gar den Bezirkshauptmann, wenn einer da ist, als Wahlmänner aufzustellen. Man kann sich vorstellen, wie erst die Dinge in Galizien aussehen. Dort besteht noch eine ganz besondere Bestimmung, die Zeugnis gibt von der Unerschöpflichkeit unserer Wahlordnung an Absurditäten. In den Landbezirken Galiziens haben nämlich die Besitzer selbständiger Gutsgebiete die Begünstigung, ihr Wahlrecht, insofern die Höhe ihrer Steuerleistung nicht ausreicht, um sie in die Wählergruppe des Großgrundbesitzes

einzureihen, in den Landgemeinden als Wahlmänner auszuüben; mit anderen Worten, ein solcher mittlerer Großgrundbesitzer übt unmittelbar dasselbe Recht aus, welches 500 Einwohner mit allen möglichen Beschränkungen und Erschwerungen auszuüben haben. Nun meine man aber nicht, daß die Zahl dieser Leute klein ist und daß das keinen Einfluß habe. Bei den Wahlen des Jahres 1885 zum Beispiel betrug die Zahl solcher Wahlmänner 1570 und machte über 10 Prozent der sämtlichen Wahlmänner Galiziens aus. Die Betrachtung der einzelnen Bezirke zeigt, wie einschneidend die Sache ist. Es gibt allerdings Bezirke, wo nur 5 Prozent der Wahlmänner solche „Gutsgebietsbesitzer" sind, wie Przemysl, Jaroslau, Kalusz usw., aber schon im Landbezirk Lemberg bilden sie 9 Prozent der Wahlmänner, im Landbezirk Sandec über 12 Prozent, im Landbezirk Krakau 13 Prozent, im Landbezirk Neu-Sandec 14 Prozent, im Landbezirk Bochnia 26 Prozent aller Wahlmänner. Man kann sich denken, was da aus dem Wahlrecht wird. Es braucht aber gar nicht eines so hohen Prozentsatzes dieser eigentümlichen Wahlmänner, um die Tatsache zu erklären, daß in Galizien jedes Mandat seinen Preis hat, einen Preis, welcher durch Einführung der direkten Wahlen allerdings höher werden würde. Wir meinen zwar, daß die galizischen Abgeordneten auch bei Zahlung eines bedeutend höheren Preises mit ihren Mandaten noch immer ein gutes Geschäft*) machen würden, aber sie sind so schmutzig, ihn nicht zahlen zu wollen.

Ein weiterer Nachteil der indirekten Wahlen ist, daß die Wahl faktisch keine geheime, sondern eine öffentliche ist. Sagt ja doch die Reichsratswahlordnung selbst, daß die Wahl in den Landgemeinden mündlich oder mit Stimmzetteln stattfinden soll, je nachdem die Gesetze des betreffenden Landes für die Landtagswahlen verfügen. Es gibt also auch eine Anzahl Kronländer, wo die mündliche, also öffentliche Wahl im Gesetz vorgesehen ist, zum Beispiel Kärnten, Krain, Galizien, Bukowina, Mähren, Oberösterreich.

Aber auch wo die Wahl, wie in Böhmen, Niederösterreich usw., gesetzlich eine schriftliche sein soll, ist sie keine geheime, und zwar darum nicht, weil zunächst selbst in Böhmen die Bestimmung der schriftlichen Wahl vielfach umgangen wird und einfach die erschienenen Wähler von dem Herrn Gemeindevorstand mit einer kleinen Ansprache begrüßt werden, welche damit endet: „Ich glaube, wir wählen halt die und die", worauf mit Akklamation die bewährten Großbauern, welche auch sonst die Geschäfte der Gemeinde in Händen haben, zu Wahlmännern gewählt werden. Aber auch wo die Formalität der schriftlichen Wahl erfüllt wird, bleibt die Wahl nicht geheim, weil die Zahl der Wählenden an dem be-

*) Die politischen Sitten in Galizien, das bekanntlich bis zu den Friedensverträgen zu Österreich gehörte, waren derart, daß die Ausnützung des Mandats zu persönlichen und geschäftlichen Zwecken bei den galizischen Abgeordneten und, nachdem das Wahlrecht ausgedehnt wurde, bei den bürgerlichen und adeligen galizischen Abgeordneten ganz üblich war — was die vielen aufgedeckten Korruptionsaffären bewiesen.

treffenden Orte eine sehr geringe ist und sich der als Wahlmann Kandidierende die Überzeugung zu verschaffen weiß, ob seine Freunde ihm auch Treue gehalten haben. Die Beeinflussung der Wähler bei der Wahl der Wahlmänner ist eine ganz ungeheure.

Das Wichtigste ist aber, wie gesagt, daß der Wert der Wahl als politisches Bildungsmittel verlorengeht und das Interesse an der Ausübung des Wahlrechtes aufhört. Beweis dafür ist die geringe Wahlbeteiligung, welche die Landgemeinden aufweisen.

Von 100 Wahlberechtigten übten ihr Stimmrecht aus:

im Jahre	1873	1879	1885	1891
Stadtbezirke	60	57	63·5	66·8
Landbezirke	—*)	32	30·4	30·9

Wir sehen also, daß im Durchschnitt des ganzen Reiches nicht einmal ein Drittel der Urwähler zur Urne geht, während die direkt wählenden Städtebezirke immerhin eine fast doppelt so große Wahlbeteiligung aufweisen.

Die Altersgrenze für die Wahlfähigkeit.

In Österreich beginnt das wahlfähige Alter mit dem vollendeten 24. Jahre. Hierin ist nur die deutsche Gesetzgebung und die schwedische noch rückständiger als Österreich. In Deutschland bildet das 25., in Schweden das 30. Jahr die Vorbedingung der Wahlfähigkeit. Das sozialdemokratische Programm verlangt das Wahlrecht vom 20. Lebensjahr an und hat hiezu seine guten Gründe. Vor allem sagen wir mit Recht, daß der Mann, welcher klug genug dazu ist, um die Flinte zu tragen, der reif genug dazu ist, sich „für das Vaterland" zum Krüppel schießen zu lassen, auch reif sein muß, sein Bürgerrecht auszuüben. Zweitens aber ist vielleicht das Bourgeoissöhnchen, das verwöhnt und verweichlicht aufwuchs und den Ernst des Lebens nicht kennenlernte, mit 20 Jahren nicht reif und wird es vielleicht mit 24 ebensowenig sein. Der Proletarier jedoch, der Arbeiter, der junge Bauer, der von Kindesbeinen mitten im harten Kampfe steht, welcher sich von Jugend auf seiner Haut wehren muß, ist tatsächlich mit zwanzig Jahren ein erwachsener Mann. Und schließlich konsumiert die Arbeiterklasse ihr Leben in einer viel schnelleren Zeit als die Besitzenden. Mit dem 20. Jahr ist der Arbeitende erwachsen, mit dem 40. ist er ein Greis. Man bedenke, daß alle Staatswerkstätten und die meisten großen Fabriken im Privatbesitz Arbeiter nicht mehr aufnehmen, die 36 Jahre alt sind; sie sind ihnen „zu alt", und nicht mehr leistungsfähig. In einer jüngst veröffentlichten Broschüre „Zur Lage der deutschen Drechslerarbeiter", welche die Verhältnisse von 2200 Arbeitern umfaßt, wird festgestellt, daß von ihnen nicht weniger als 73 Prozent unter 30 Jahre alt sind, daß weitere 18 Prozent zwischen 30 und 40 Jahren stehen, und nur die restlichen 9 Prozent ein höheres Alter erreichen. Die englische Berufsstatistik hat festgestellt, daß das durchschnittliche Lebensalter in

*) Wurde nicht erhoben. (v. a.)

den höheren Klassen 44 Jahre, in den arbeitenden Klassen aber nur 22 Jahre beträgt, und Caspar*) hat gezeigt, daß von 1000 zu gleicher Zeit geborenen Menschen 695 das 40. Jahr erreichen, wenn sie wohlhabend sind, aber nur 396 Arme; das 50. Jahr 557 Wohlhabende, aber nur 283 Arme. Das Proletariat muß also mit der Ausübung der politischen Rechte zeitlich beginnen, denn später fällt sein Leben der Ausbeutung jener zum Opfer, die ihm nicht nur das Leben, sondern auch sein Recht verkürzen.

Das Stimmrecht der Frauen.

Das Programm der Sozialdemokratie in allen Ländern verlangt für die Frauen dieselben politischen Rechte wie für die Männer. Eine Begründung dieser Forderung ist eigentlich nicht nötig, ebensowenig wie für die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes überhaupt. Zu begründen wäre nur das Gegenteil, der heutige Zustand. Gegen das Stimmrecht der Frauen werden auch dieselben Scheingründe und Lügen vorgebracht wie gegen das Stimmrecht des Proletariats. Die Frau sei nicht reif, die Frau sei nicht selbständig und überdies gehöre die Frau nicht ins politische Leben, sondern an den häuslichen Herd. Die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft aber hat bewirkt, daß der Frau tatsächlich größere Lasten auferlegt werden als den Männern. Millionen von Frauen werden in den Fabriken ausgebeutet — in Österreich zählt man dreieinhalb Millionen erwerbstätige Frauen — andere Millionen haben bei der bloßen Führung ihrer engen Wirtschaft einen Scharfsinn aufzuwenden, den wir manchem Hofrat wünschen würden. Wenn die Frau reif ist für die Ausbeutung, wenn die Frau reif ist für die Fabrikarbeit, wenn sie reif ist für jede Pflicht, dann muß sie auch reif sein für jedes Recht. Und wären die Frauen politisch unreif, so müßten sie das Wahlrecht erhalten, um reif zu werden. Es wird einer der größten Fortschritte in der politischen Erziehung des Volkes sein, wenn alle Mütter mit dem Wahlrecht auch die Notwendigkeit des politischen Urteils und der Anteilnahme an politischen Interessen gewinnen.

Schließlich sagt man, die Frauen trügen die Blutsteuer nicht, sie würden nicht Soldaten. Aber die Frauen haben eine Pflicht und eine Last zu tragen, die mehr blutige Opfer von ihnen fordert als der Krieg von den Männern. Wieviel Schmerzen, Krankheiten und schließlich wieviel Leben der Geburtsakt kostet, läßt sich kaum ermessen, und das ist eine Bürde, die der Frau allein zukommt.

Wenn wir in Österreich heute die Forderung des Frauenstimmrechtes tatsächlich in zweite Linie stellen, so tun wir es nur darum, weil wir eben in Österreich, in einem rückständigen Lande leben. Nirgends in Europa und nur in einzelnen Staaten Nordamerikas ist bis heute das Frauenstimmrecht durchgesetzt, obwohl eine ganz bedeutende Agitation dafür, insbesondere in England, Frankreich

*) Diese Statistik zitiert Adler nach G. Fr. Kolb, „Statistik der Neuzeit", Leipzig 1883, Seite 403.

und Deutschland, existiert. Aber wir in Österreich müssen genügsam sein; weit entfernt, von diesem Staat zu verlangen, daß er an der Spitze der Zivilisation marschiere, müssen wir zufrieden sein, wenn er sich nicht im Nachtrab zu sehr verspätet. Wie oft das der Fall ist, zeigt unsere ganze politische Gesetzgebung. Haben aber die Männer das Wahlrecht erkämpft, haben die Frauen redlich mitgeholfen, wie sie es tun werden, dann wird der nächste Schritt die Erlangung des Stimmrechtes für die Frauen sein.

Dauer der Legislaturperiode.

In Österreich werden die Abgeordneten auf sechs Jahre gewählt. Ihre Mandatsdauer ist länger als in irgendeinem anderen Lande, mit Ausnahme von England. In England aber, wo sie sieben Jahre dauert, erreicht sie fast niemals ihr gesetzliches Ende, sondern das Haus wird aufgelöst und Neuwahlen vorgenommen, wenn seine Majorität mit der Regierung, die am Ruder ist, in irgendeinem wichtigen Punkte in Widerspruch gerät. Dieser Fall ereignet sich in Österreich so gut wie nie, weil erstens jede Regierung in der Lage ist, sich ihr Parlament zusammenzusetzen, wie sie es braucht, hauptsächlich durch die Einflußnahme auf die Wahlen im Großgrundbesitz, zweitens aber, weil, wenn das Unmögliche geschieht, daß die Majorität des Hauses mit dem Ministerium in Konflikt gerät, nicht die Regierung zu Kreuze kriecht, sondern das Parlament. Die außerordentliche Länge der Mandatsdauer hat eine Reihe von üblen Wirkungen. Erstens verliert das Wahlrecht um so mehr an Wert, je seltener es ausgeübt wird. Alle reaktionären Parteien wünschen allerdings möglichste Ruhe und verabscheuen nichts so sehr als die Notwendigkeit, an die Urne zu treten. Die Sozialdemokratie ist hingegen immer prinzipiell für höchstens zweijährige Wahlperioden eingetreten, weil sie in der Ausübung des Wahlrechtes in erster Linie ein erzieherisches Mittel des Volkes sieht und weil sie ein Interesse daran hat, daß der politische Schlaf der großen Masse so oft als möglich gestört werde. Aber zweitens ist die lange Mandatsdauer auch eine Beeinträchtigung des Wahlrechtes, welches nichts anderes ist, als ein Ersatz für das dem Volke direkt zustehende Recht, Gesetze zu geben. Abgeordneten aber auf so lange Jahre hinaus ein unwiderrufbares Mandat zu geben, heißt den Volkswillen an eine kleine Zahl von Leuten abtreten und jedem Mißbrauch des Vertrauens Tür und Tor öffnen. Die Erfahrung zeigt auch, daß die Abgeordneten am Ende ihrer Mandatsdauer immer viel gewissenhafter ihre Pflicht zu erfüllen suchen als am Anfang derselben, wo sie sich noch für lange Zeit ihrer Stellung sicher fühlen. Bismarck hat, um sich einen gefügigeren Reichstag zu schaffen ohne das Wahlrecht zu ändern, was er nicht wagte, sein Ziel erreicht, indem er die Mandatsdauer für die Reichstagsmitglieder von drei auf fünf Jahre verlängerte. In Österreich, wo die Parlamente ausleben bis zur Altersschwäche, ist die Forderung nach einer zweijährigen Legislaturperiode mit allem Nachdruck zu erheben.

Das Gemeindewahlrecht.

Während das Wahlrecht zu den Landtagen annähernd ähnlich gestaltet ist, wie das zum Reichsrat, zeigt das Gemeindewahlrecht mit seinen drei Wahlkörpern ein ganz besonderes Bild, welches wohl einer eingehenden Schilderung wert wäre, zu dessen liebevoller Ausführung aber an dieser Stelle Zeit und Raum fehlen. Nur einige Ziffern von den Wiener Verhältnissen wollen wir beibringen, um zu zeigen, wie hier das mit dem Besitz wachsende Wahlprivilegium der Besitzenden unverhüllt von allen „historischen" Flausen, die das Reichsratswahlrecht umgeben, nackt und brutal auftritt.

Bei den Gemeinderatswahlen im Jahre 1890*) besaßen von den in Wien anwesenden 209.666 Männern über 24 Jahre das Wahlrecht — 53.948, also **25·84 Prozent.** Genau ein Viertel der Männer im wahlfähigen Alter hatten das Wahlrecht; drei Viertel sind rechtlos in der Gemeinde, wie sie rechtlos im Lande, wie sie rechtlos im Reiche sind.

Das Wahlrecht ist an die direkte Steuer gebunden oder — was in Wien in Betracht kommt — an die „Intelligenz"; Geistliche, Beamte, Lehrer, Advokaten, Ärzte usw. haben ohne Rücksicht auf Steuerleistung das Wahlrecht. In der allergrößten Zahl der Fälle ist aber mit der „Intelligenz" ein Einkommen verknüpft, welches größer ist als jenes Minimum, welches zur Zahlung direkter Steuern verpflichtet und zum Wählen berechtigt.

Die Zahl der Wähler, die ihr Privilegium nur ihrer Bildung oder Stellung verdanken, ist eine verschwindend geringe. Man kann also auch in Wien sagen, daß der Besitz respektive das Einkommen, das Wahlrecht bedinge.

Nun sehe man sich die letzte Rubrik der folgenden Tabelle an. Man wird finden, daß die Zahl der Wahlberechtigten in den einzelnen Bezirken in geradem Verhältnis zur Wohlhabenheit seiner Bewohner steht. Während im ganzen **25·8** Prozent der Volljährigen Wähler sind, also ein Viertel derselben, finden wir im I. Bezirk, dem Sitz des Reichtums, daß die Wählerschaft **48·39** Prozent, also fast die Hälfte der Volljährigen, ausmacht. Im X. Bezirk hingegen gibt es unter 100 Volljährigen nur **10·85** Wähler, also nur ein Zehntel!

Noch ärger erscheint die Sache, wenn man die Zahl der Wähler in den Wahlkörpern ins Auge faßt. Bekanntlich sind die Gemeindewähler nach ihrer Steuerleistung in drei Wahlkörper gruppiert, deren jeder nach der 1890 geltenden Wahlordnung zusammen 40 Gemeinderäte zu wählen hatte. Die 4350 Hausherren und sonstigen Standespersonen des I. Wahlkörpers verfügen über ebensoviel Stimmen im Gemeinderat wie die 36.286 Kleingewerbe-

*) Diese Ziffern beziehen sich also noch auf die alten zehn Bezirke Wiens. Ohne Zweifel sind die Gegensätze im vergrößerten Stadtgebiet noch krasser. Aber das im Jahre 1893 erschienene Statistische Jahrbuch der Stadt Wien behandelt das Jahr 1890, und da wir prinzipiell nur offizielles Material benützen, mußten wir uns mit den Daten von 1890 begnügen. (v. a.)

Die Wiener Gemeinderatswahlen im Jahre 1890.

Bezirk	Gesamtzahl der bei der Volkszählung 1890 gezählten Männer über 24 Jahre	Zahl der Wahlberechtigten im Wahlkörper				Auf 100 volljährige Männer entfallen Wahlberechtigte
		I	II	III	I—III	
I	16.606	1318	2799	3831	7948	48·39
II	40.805	408	1320	6341	8069	19·72
III	28.673	423	2318	4194	6935	29·90
IV	14.980	418	1266	3273	4957	32·47
V	21.566	193	794	3115	4102	19·28
VI	16.076	383	830	3781	4994	31·57
VII	17.634	515	1139	4418	6072	34·13
VIII	12.686	277	1196	2504	3977	30·80
IX	20.844	323	1236	3292	4851	24·22
X	19.606	92	414	1537	2043	10·85
I bis X	209.666	4350	13312	36186	53948	25·84

treibenden des III. Wahlkörpers; der reiche Mann hat also einen neunmal so großen Einfluß auf die Stadtverwaltung als der vielumworbene „kleine Mann“, der ja seinerseits auch schon zu dem privilegierten obersten Viertel gehört. Die folgenden Tabellen zeigen das im einzelnen, und aus der letzten ist zu ersehen, daß, während die Gemeinderatsmandate innerhalb jedes Wahlkörpers auf die zehn Bezirke nicht allzu ungleichmäßig verteilt sind, die Abstufung in der Intensität des Wahlrechtes nach den Wahlkörpern in allen Bezirken hervortritt. Überall und für ganz Wien ergibt sich das Verhältnis 1 : 3 : 9, das heißt, der Wähler des I. Wahlkörpers hat dreimal so viel Wahlrecht als der des II. Wahlkörpers und neunmal so viel als der des III. Wahlkörpers.

Die Zahl der Gemeinderäte Wiens 1890.

Wahlkörper	im Bezirke										
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	Zusammen
I	11	4	5	4	2	3	5	2	3	1	40
II	5	5	4	4	3	3	4	4	4	4	40
III	5	6	5	3	4	4	4	3	4	2	40
I bis III	21	15	14	11	9	10	13	9	11	7	120

Es entfielen auf einen Gemeinderat:

im Bezirke	Wahlberechtigte (1890) im Wahlkörper I	II	III	in allen drei Wahlkörpern zusammen
I	119	559	766	378
II	102	264	1056	537
III	84	579	838	495
IV	104	316	1091	450
V	96	264	778	455
VI	127	276	945	499
VII	103	286	1104	467
VIII	138	299	834	441
IX	107	309	823	441
X	92	103	768	291
I bis X	108	332	907	449

Wien — und das gilt von allen anderen Gemeinden Österreichs ebenso — hat keine Gemeindevertretung, sowenig Österreich eine Volksvertretung hat.

Dort wie hier läßt sich eine kleine, privilegierte Minorität das Joch einer noch kleineren Zahl von Protzen gefallen, nur um ihr Privilegium nicht aufgeben zu müssen.

Die Folgen sind in der Gemeindeverwaltung dieselben wie im Staate: gänzliche Ohnmacht, rettungslose Versumpftheit, borniertestes Cliquenwesen, brutalster Egoismus.

Die „Gefahren“ des allgemeinen Wahlrechts für die Sozialdemokratie.

Fassen wir noch kurz die Einwürfe zusammen, die gegen das allgemeine Wahlrecht gemacht werden. In erster Linie müssen wir uns mit einem Standpunkt abfinden, der von Leuten geltend gemacht wird, die insofern uns nahestehen, als sie, gleich der Sozialdemokratie, Gegner der heutigen Wirtschaftsordnung sind, die Herbeiführung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung wünschen und sich einbilden, in viel mehr revolutionärer Weise dazu beizutragen als wir. Wir schließen hier von vornherein die verschiedenen Gruppen der Anarchisten aus, insofern sie mit ihren Bestrebungen die Anwendung terroristischer Mittel verbinden oder solche gutheißen. Der Terrorismus ist mit Recht aus der Mode gekommen; er beruhte auf einer falschen Schätzung der Machtverhältnisse und einer falschen Beurteilung der geistigen Zustände der Arbeiterklasse in Westeuropa. Aber außer den Anarchisten gibt es bekanntlich Gruppen, die, auf dem Boden der Sozialdemokratie emporgewachsen, sich von ihr losgetrennt haben und sich „Junge“, „unabhängige Sozialisten“*) und dergleichen nennen. Ihre Bedeutung für die proletarische Bewegung ist eine ziemlich unerhebliche, aber ihre Stimme ist laut und wird verstärkt durch die Resonanz, welche ihr die bürgerlichen Parteien und deren Presse in ihrem wohlverstandenen Interesse an einer Zersplitterung des Proletariats zu geben lieben. Hier müssen wir aber schon wieder unterscheiden. Die „Unabhängigen“ in Deutschland erklären sich gegen den parlamentarischen Kampf, also gegen die Teilnahme an den Wahlen, insbesondere gegen die Teilnahme an den parlamentarischen Verhandlungen. Sie halten das alles für korrumpierend für die Partei, wie es ja wohl nicht leicht ein Wort gibt, mit welchem ein ärgerer Mißbrauch getrieben wird, als mit dem Wort „Korruption“. Alles mögliche, was einem oder dem anderen unangenehm oder ihm nachteilig ist, wird kurzweg als „Korruption“ bezeichnet. Aber immerhin, diese deutschen „Unabhängigen“ haben unseres Wissens stets nur die Ausnützung des Wahlrechtes verworfen, niemals aber das Wahlrecht selbst.

Die eigentümlichen Verhältnisse Österreichs haben aber einer Richtung Raum gegeben, welche doktrinär und sonderbar genug

*) Siehe im Band VI dieser Schriften (Aufbau der Sozialdemokratie) die Kapitel „Spaltungsversuche“ und „Die Unabhängigen in Deutschland“ (Bd. VI, Seite 109 bis 175).

ist, nicht nur die Teilnahme an den parlamentarischen Verhandlungen und die Ausübung des Wahlrechtes, sondern das Wahlrecht selbst als etwas unserer Bewegung Schädliches zu erklären und den Kampf für das Wahlrecht als ein die Sozialdemokratie schwächendes, wie der hier gebrauchte Ausdruck lautet, „verflachendes“ und selbstverständlich „korrumpierendes“ Moment zu bezeichnen. Wenn wir auch die Entstehung dieser Anschauung geschichtlich zu erklären wissen, ebenso wie ihr Verschwinden, so müssen wir doch gestehen, daß von allen unklaren Behauptungen diese wohl die unklarste ist. Es ist schließlich noch begreiflich, wenn einer großen und mächtigen, nach Millionen zählenden Partei als Mittel der Geltendmachung, als Protest gegen die heutigen Zustände die Enthaltung von der Wahl empfohlen wird. Das Mittel ist unserer Ansicht nach schlecht, führt nicht zum Ziel, aber man kann sich immerhin vorstellen, daß es halbwegs vernünftige Leute gibt, die auf einen solchen Plan verfallen. Anders liegt aber die Sache, wenn es sich um die Erlangung des Wahlrechtes handelt. Auch diejenigen, welche Wahlenthaltung predigen, suchen in der Wahlenthaltung nur eine besondere Form der Ausnützung des Wahlrechtes zur Agitation. Um das aber zu können, muß man es vor allem haben. Und es gehört eine äußerste Begriffsverwirrung dazu, das Recht zu wählen an sich als schädlich zu erachten, an sich als verflachend anzusehen. Ein einziger Standpunkt ist es, der etwa noch dafür spricht. In Österreich und in allen Ländern mit Zensus bildet das Wahlrecht eine scharfe und in die Augen springende Scheidung zwischen dem Proletariat und den Besitzenden. Der Gegensatz in der ökonomischen Lage tritt auch für jedes Auge klar in dem Ausmaß der politischen Rechte hervor. Es wurde zwar dieser Standpunkt nie geltend gemacht, aber ein vernünftiger Verfechter jener Theorie könnte sagen, daß nichts den Klassengegensatz dem allgemeinen Bewußtsein schärfer einpräge, als die politische Rechtlosigkeit der unteren Schichten. Auch dieser Einwand aber wäre falsch. Denn das Fehlen des Wahlrechtes ist zugleich die Ursache, daß dieser Gegensatz nie ausdrücklich zum Bewußtsein kommt und noch weniger sich zur Äußerung bringt; es läßt die Massen stumpf und dumpf und vor allem vollständig verständnislos allen politischen Konflikten gegenüberstehen. Wenn wir aber in irgendeinem Punkt einig sein müßten und wenn irgendein Punkt vollständig über jeden Zweifel erhaben ist, so ist es der, daß unsere allererste und wichtigste Aufgabe die Aufrüttelung der Massen überhaupt ist, wobei es zunächst in zweiter Reihe steht, nach welcher Richtung dies geschieht. Wir gehen darin so weit, daß auch jede Äußerung des Klassenbewußtseins bei den Besitzenden, insbesondere aber bei den Kleinbürgern uns erwünscht ist, vor allem darum, weil je offener, ja, je brutaler der Klassenstandpunkt von unseren Gegnern betont wird, um so rascher um so energischer das Klassenbewußtsein des Proletariats erweckt wird und zur Wirkung kommt.

Den guten Leuten und schlechten Musikanten jedoch, welche gar so ängstlich besorgt sind, daß durch das Wahlrecht die Sozialdemokratie zugrunde gerichtet würde, welche meinen, daß das

Wählen von Abgeordneten, die parlamentarische Vertretung einer Partei schade, denen möchten wir einen Vorschlag machen: Sie mögen ihre Theorie, die so grau ist wie keine, nicht uns predigen, wo sie praktisch gar kein Feld haben — denn wir haben ja das Wahlrecht nicht —, sondern sie mögen gefälligst zu den Großgrundbesitzern, zu den Liberalen, zu den Klerikalen gehen und diese aufmerksam machen, wie sie durch ihr Wahlrecht sich schädigen, und sie werden dort gewiß — ausgelacht werden. Das Wahlrecht wird der Arbeiterklasse in Österreich gerade darum hartnäckig vorenthalten, und es wird der allergrößten Energie und einer ganzen Summe von begünstigenden Umständen bedürfen, um es zu erlangen, weil die bürgerlichen Parteien sehr genau wissen, welche schneidige und ausgezeichnete Waffe dieses Wahlrecht in den Händen der Arbeiterklasse wäre. Sehen wir doch hinaus nach Deutschland, wo Bismarck durch gewisse politische Motive gezwungen war, das Wahlrecht zu oktroyieren. Nach zweiundzwanzigjährigem Bestand des allgemeinen Wahlrechtes zittern sämtliche bürgerlichen Parteien vor der Sozialdemokratie und alle zerbrechen sich die Köpfe, wie es zu machen wäre, der Sozialdemokratie diese Waffe aus der Hand zu nehmen, das Wahlrecht einzuschränken. Freilich wagen sie das nicht, weil es seine Schwierigkeiten hat, einem mit scharfem Schwert ausgerüsteten Gegner dieses Schwert wegzunehmen, wenn man auch noch so sehr einsieht, daß gerade dieses ihn gefährlich macht.

Übrigens halten wir es für ausgeschlossen, daß in der österreichischen Arbeiterschaft noch einmal sich ein Streit um das Wahlrecht erhebt, wie es einst der Fall war. Die Überschätzung des allgemeinen Wahlrechtes liegt nahe, wie man das Gut immer überschätzt, welches man entbehrt. Aber gerade auch die Erfahrung an Deutschland hat uns gelehrt, das Wahlrecht weder zu unterschätzen noch zu überschätzen. Und weil wir wissen, daß wir an dem Wahlrecht nichts anderes haben als das beste Mittel der Agitation, das beste Mittel, unsere Ansichten zu verbreiten, das beste Mittel zur Organisation, das beste Mittel, die Genossen aneinanderzufügen, aus einer dumpfen Masse eine kampfbereite und kampffähige Armee zu machen, werden wir es mit aller Macht zu erlangen trachten. Aber niemals werden wir uns einbilden, mit dem Stimmzettel in der Hand den Kapitalismus aus der Welt hinauswählen zu können, niemals werden wir uns einbilden, daß eine parlamentarische Majorität an und für sich eine Macht sei, der sich die Besitzenden fügen werden. Der Parlamentarismus ist eine Form der Klassenherrschaft und wird mißbraucht zur Täuschung des arbeitenden Volkes. Wir machen aus dem Parlamentarismus ein Mittel zur Befreiung und gebrauchen es zur Aufklärung des Proletariats. In klassischer Weise hat Engels das ausgedrückt: „Und endlich herrscht die besitzende Klasse direkt mittels des allgemeinen Stimmrechtes. Solange die unterdrückte Klasse, also in unserem Falle das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche er-

kennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maße aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maße konstituiert sie sich als eigene Partei, wählt ihre eigenen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staate; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechtes den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind."

Konservative Einwände.

Hauptsächlich von konservativer Seite wird das Wahlrecht, wie wir es wünschen, bekämpft, nicht sowohl weil es ein allgemeines, sondern weil es ein gleiches Wahlrecht sein soll. Die konservativen und reaktionären Parteien schelten die Zersetzung der feudalen Stände in moderne Klassen als „Atomisierung" der Gesellschaft, und sie wollen den einzelnen „Atomen", den Individuen, nicht das Recht einräumen, ihren Willen politisch zur Geltung zu bringen. Hinter dieser Anschauung verbirgt sich aber nichts anderes als der Ärger darüber, daß die Atome eben nicht vereinzelt bleiben, sondern, vom Klassengefühl ergriffen, als Klassen politisch handeln. Jene Theorie will den einzelnen Gruppen der Gesellschaft, dem Großgrundbesitz, der Industrie, der Bauernschaft, den Handwerkern, einen abgezirkelten politischen Einfluß geben, das Proletariat wird natürlich ignoriert. Es wird aber weiters die Voraussetzung gemacht, daß jede dieser Interessengruppen als solche ein gleiches Maß politischen Einflusses verdiene. Nicht das Individuum, sondern das „Interesse" soll vertreten sein. Auf diese Weise wird die Brutalität und Ungerechtigkeit eines Zustandes verschleiert und aufgeschminkt, in welchem der Mensch als solcher, das Individuum, nichts gilt — er ist ein verächtliches „Atom" —, dagegen alles der Besitz, welchen er hat, ein politischer Zustand, welcher seine ausschweifendsten Orgien im österreichischen Wahlsystem feiert, wo eine Handvoll Großgrundbesitzer mehr politischen Einfluß hat als Zehntausende von Bauern und als Millionen von Arbeitern. Es wird von konservativer Seite die entsetzliche Befürchtung ausgesprochen, die große Masse der Individuen würde die kleine aber edle Gruppe der Großgrundbesitzer majorisieren, und es wird dabei vorausgesetzt, daß der Großgrundbesitz als solcher, daß das Großkapital als solches das Recht einer politischen Vertretung hat. Dem ist entgegenzuhalten, daß das Individuum als solches, abgesehen von seinem Besitz, ein Interesse hat und darum auch ein Recht haben muß, es geltend zu machen. Und wenn man dem Standpunkt der Gerechtigkeit überhaupt Rücksicht gewähren will, dann müßte das Wahlsystem das geradezu umgekehrte sein, als es heute in Österreich ist. Dem Proletarier und dem Kleinbauer müßte ein mehrfaches Stimmrecht eingeräumt werden gegenüber dem Großgrundbesitz und Kapitalisten; denn Großgrundbesitz und Kapital repräsentieren auch

ohne Stimmzettel eine ganz gewaltige politische Macht, und es bedarf sehr vieler Stimmzettel auf seiten der wirtschaftlich Ohnmächtigen, um dieser Übermacht irgendwie das Gleichgewicht zu halten. Wenn Herr Rothschild oder Schwarzenberg von ihrem Stimmrecht niemals Gebrauch machten, ja wenn die Verfassung sie ausdrücklich des aktiven und passiven Wahlrechtes entkleidete, würden sie immer noch durch ihr ökonomisches Übergewicht mehr politische Macht haben als Zehntausende von Proletariern. Also vom Standpunkt der Gerechtigkeit ist zum allerwenigsten zu verlangen: Jeder Mann eine Stimme.

Mitunter tritt der feudale Junkeregoismus auch in moderner Maske auf und versteckt sich hinter das Schlagwort des „Schutzes der Minoritäten". Gewiß, wir haben allen Respekt vor der Gerechtigkeit, welche hindern will, daß die Minderheit von der Mehrheit vergewaltigt werde, welche ein Wahlsystem verlangt, welches der Minorität gestattet, im Parlament den ihrer Zahl entsprechenden Ausdruck zu finden. Ein vernünftiges Proportionalwahlsystem gehört mit zu den Forderungen unserer Partei.

Aber man darf darüber nicht vergessen, daß wir in Österreich leben, wo es sich zunächst nicht um diese Feinheiten handeln kann. Vor dem Schutze des Rechtes der Minorität kommt noch der Schutz des Rechtes der Majorität, und die Majorität, die überwiegende Majorität, ist rechtlos in Österreich. Den zarten Seelen, welche in den konservativen Zeitungen über die „rohe Macht der Zahl" Krokodilstränen vergießen, sind wir gebunden zu erklären, daß, wenn schon die Vergewaltigung einer Minderheit durch die Mehrheit ein Unrecht ist, ein dreifach ärgeres Unrecht die Vergewaltigung der Majorität durch eine kleine Minorität ist, jenes System, auf welchem die österreichische Verfassung sich aufbaut.

Alle jene Vorschläge, die Erneuerung einer ständischen Verfassung auf „Berufsgenossenschaften" zu gründen, sind nichts als Flausen, welche den eigentlichen Zweck, die Konservierung der Privilegien der Krautjunker und Schlotbarone, hinter „sozialpolitischer" Wichtigtuerei verbergen sollen.

Liberale Einwände.

Aber, heißt es, die heute vom Wahlrecht ausgeschlossenen Klassen, das ländliche und das städtische Proletariat, sind nicht „reif". Eigentlich muß man zugeben, daß dieses Schlagwort ziemlich verschwunden ist. So unverschämt unsere Gegner sind, sie haben doch nicht Lust, sich lächerlich zu machen, und angesichts der rettungslosen Versumpfung unserer bürgerlichen Parteien, angesichts der unverkennbaren und allgemein anerkannten Klarheit der proletarischen Bewegung wagt man nicht mehr von Unreife zu sprechen. Übrigens wäre es gar nicht übel, sich darüber zu erkundigen, was eigentlich politische Reife bedeute. Unreif werden diejenigen Parteibestrebungen genannt und diejenigen Strömungen

im Volke, die den Herren unangenehm sind. Legt man aber einen anderen Maßstab an, versteht man unter politischer Reife das klare Erkennen des Zieles, das unverbrüchliche Festhalten an ihm und seine energische Verfolgung, dann wird man zugeben müssen, daß die Unreife in den besitzlosen Klassen verschwunden ist, daß aber die Besitzenden sich in einem Stadium der Überreife, der Fäulnis, befinden.

Wenn man das Wahlrecht austeilen sollte nach dem Maße der politischen Reife einer Klasse, dann würden gewiß die Arbeiter nicht zu kurz dabei kommen, wohl aber würde ein sehr beträchtlicher Teil des Bürgertums das Wahlrecht verlieren müssen.

Übrigens ist es selbstverständlich eine Heuchelei, wenn dieses Argument angeführt wird, denn nicht nach der Reife, sondern nach der Dicke des Geldsackes ist das Wahlrecht verteilt.

Als sich Herr v. Plener zuletzt im Parlament über den jungtschechischen Antrag äußerte, hat er auch von der politischen Reife nicht mehr offen gesprochen, hat die industrielle Arbeiterschaft außer Spiel gelassen und nur der Besorgnis Ausdruck gegeben, daß durch das allgemeine Wahlrecht ein Überwiegen der Vertreter des „ländlichen Taglöhners“ zustande käme. Man muß sich bei Herrn v. Plener immer hüten, vorauszusetzen, daß hinter seinen Worten konkrete Vorstellungen zu suchen seien. Wir sind überzeugt, daß es sich ihm auch diesmal rein um ein Schematisieren handelt, daß er sich die Tatsachen, von denen er spricht, absolut nicht klargemacht hat. Vor allem könnte Herr v. Plener von Deutschland lernen, daß das Überwiegen des ländlichen Arbeiters leider durchaus nicht Wahlen zuwege bringt, welche ihm eine Vertretung sichern. Die Wahlbezirke östlich der Elbe schicken nicht etwa Taglöhner in den Deutschen Reichstag, sondern Krautjunker, dieselben Krautjunker, die wir in unserem Reichsrat sitzen haben ohne allgemeines Wahlrecht. Es ist vielmehr zu befürchten, daß in jenen Bezirken, wo der Großgrundbesitz überwiegt, auch nach Einführung des allgemeinen Wahlrechtes noch nach geraumer Zeit das Resultat der Wahl ganz dasselbe sein werde wie heute. In Galizien wird der Schlachziz, welcher den Ehrgeiz hat, Abgeordneter zu sein, möglicherweise anstatt wie jetzt zehntausend Gulden deren zwanzigtausend aufwenden müssen, aber er wird einen großen Teil seiner Wahlbezirke behaupten. Das wirtschaftliche Übergewicht ist der Macht des Stimmzettels gewachsen. Wie man also sieht, hat Plener leider unrecht. Uns wäre der ländliche Taglöhner im Reichsrat entschieden lieber als die Schwarzenberge und die polnischen Edelleute, deren ebenso bornierter wie brutaler Kastenegoismus das größte Hindernis für jeden Fortschritt in Österreich ist. Aus dem ländlichen Taglöhner kann ein tüchtiger Vertreter der Interessen des Proletariats werden durch Aufklärung und Aneignung von Wissen; aus dem Fürsten Schwarzenberg aber und aus allen den Herren auf ski wird niemals mehr etwas Vernünftiges.

Das „nationale Interesse".

Herr v. Plener hat auch gemeint, das allgemeine Wahlrecht sei in Österreich unmöglich wegen der nationalen Verschiedenheiten, und er hatte die Kühnheit, zu behaupten, das allgemeine Wahlrecht würde den Nationalitätenzwist verschärfen. Die Wahrheit ist, daß nur die Ausschließung der großen Mehrheit des Volkes von den politischen Rechten den Nationalitätenkampf in seiner heutigen Form und Hitze möglich macht. Die bevorrechteten Klassen haben heute ein leichtes Spiel, sie provozieren einen Streit um Dinge, die das Volk nicht interessieren. Die Frage, ob die deutschen Bourgeois oder die tschechischen Bourgeois für ihre Söhne mehr Beamtenstellen ergattern sollen, wird zu einer Angelegenheit aufgebauscht, welche die Kräfte des Staates lähmt. Der Großgrundbesitz insbesondere lebt geradezu vom Nationalitätenstreit, ebenso wie die Advokatenclique, welche der Bourgeoisie parlamentarische Vertreterdienste leistet. Die Großgrundbesitzer verkleiden sich als Deutsche oder als Tschechen, je nach Bedürfnis; sie kompromisseln, brechen Verträge, erfinden neue Streitpunkte und gebärden sich als die eigentlichen Vertreter des Volkes. Der Krone gegenüber spielen sie sich als solche auf, und selbst den breiten Schichten des Bürgertums Sand in die Augen zu streuen, gelingt ihnen häufig. Ist das allgemeine Wahlrecht eingeführt, sind die täuschenden Masken und Theaterkulissen beseitigt, dann werden wir ein Volkshaus bekommen, in welchem allerdings noch immer die Mehrheit des Volkes von einer Minderheit vertreten ist, aber wo die eigentlichen Gegensätze und die eigentlichen Ziele des Kampfes klar im Vordergrund stehen werden. Jedem Sehenden ist es unzweifelhaft, daß dann der nationale Zwist, wie er ja heute tatsächlich nur künstlich geschürt und auf der Höhe seiner Heftigkeit gehalten wird, in den Hintergrund tritt*), sobald mit dem Einzug der Vertreter der breiten Volksmasse ins Parlament der Kampf um die Klasseninteressen auf die Tagesordnung gesetzt würde, wie sich ja auch heute schon in allen wirtschaftlichen Fragen die Parteien nicht nach Nationalitäten, sondern nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gruppieren.

Wir wissen sehr wohl, daß das allgemeine Wahlrecht den Nationalitätenstreit nicht sofort aus der Welt schaffen wird; aber es bildet die notwendige Vorbedingung zum nationalen

*) Wer etwa meint, daß Adler hier falsch prophezeit hat, der vergißt, daß durch die Einführung der Badenischen fünften Kurie der Staat selbst die bürgerlichen Schwindelparteien geschaffen hat, die das allgemeine Wahlrecht verfälschten und den nationalen Kampf vergifteten (siehe u. a. die beiden Parteitagsreden Adlers vom Jahre 1902 über den Zusammenbruch der Schwindelparteien [Bd. VIII, Seite 439] und über die bürgerlichen Verfälschungen der Arbeiterbewegung [Bd. VIII, Seite 444]); der vergißt aber auch, was Adler immer wieder gesagt hat, daß das allgemeine Wahlrecht nicht das Ende, sondern der Anfang der Reform sein müsse (siehe Bd. VIII, Seite 243 f., 251, 290, 330 und viele andere Stellen). Übrigens sagt Adler ja gleich selbst das Entscheidende dazu.

Frieden. Es wird ermöglichen, ja erzwingen, daß Angehörige aller Volksstämme sich auf dem gemeinsamen Boden ihrer politischen und wirtschaftlichen, ihrer Klasseninteressen zusammenfinden und gemeinsam zu kämpfen lernen. In einer wirklichen Volksvertretung wird trotz der nationalen Gegensätze sich zusammenfinden, was zusammengehört und dadurch ein ehrlicher nationaler Friedensschluß möglich werden. Alle „Ausgleiche" der Volksverderber werden aber niemals zum Frieden führen und wenn sie noch so fein ausgetüftelt und der Pakt mit noch so feinem Champagner begossen wird.

Es ist nicht zu zweifeln, der Nationalitätenstreit ist ein bewußtes und mit größter Raffiniertheit gehandhabtes Mittel, um alle Völker Österreichs zugleich zu unterdrücken. Es ist das „Divide et impera", „Teile und herrsche", der alten Staatskunst. Die Völker werden mit Absicht in hypnotischer Gebundenheit gehalten. Das alte hypnotische Experiment erlebt hier seine groteske Wiederholung im großen. Man nehme ein Huhn, lege es auf den Boden, ziehe ihm mit der Kreide einen Strich über den Schnabel und auf dem Boden weiter und halte es nur eine halbe Minute fest, dann kann man es ruhig auslassen; wie gelähmt liegt es da, rührt sich nicht und sieht nur immer hin auf den Kreidestrich. Man kann es stoßen und schütteln, man kann es sogar rupfen, es ist wehrlos, es ist hypnotisiert. So werden die Völker Österreichs, Deutsche und Tschechen, Italiener und Slowenen, Polen und Ruthenen, alle miteinander hypnotisiert durch den dicken Kreidestrich des „nationalen Gedankens", der ihnen über die Nase gezogen wird, und während sie hinstarren auf dieses eine Phantom, sind sie wehrlos und man kann sie rupfen alle miteinander — und man rupft sie.

Aber man vergißt bei der plumpen Nachahmung des alten Scherzes nur ein Moment; die Hypnose ist wirksam, aber sie hat eine zeitliche Begrenzung; endlich erwachen die Völker doch aus ihrem Schlaf und erkennen, daß man sie getäuscht. Dann aber, wehe den frivolen Hypnotiseuren!

Übrigens begreifen wir nicht, wie man wagen kann, die Korruption des heutigen Wahlsystems als ein nationales Interesse für die Deutschen respektive für die Polen hinzustellen. Die Leute, die das tun, haben die Frechheit, das Interesse ihrer Clique, das Interesse einer verschwindenden Minorität des Volkes mit dem Interesse der ganzen Nation zu verwechseln. Was insbesondere die Deutschen angeht, muß es jeden, der wirklich Liebe zu seinem Volk empfindet, anekeln, wenn er ansehen muß, wie die brutalste Gewalt entschuldigt und beschönigt wird, als ausgeübt in seinem angeblichen Interesse. „Im nationalen Interesse der Deutschen" werden zwei Drittel der deutschen Bevölkerung in Österreich vom Wahlrecht ausgeschlossen und werden ihre Angelegenheiten ausgeliefert den reaktionären Grafen, den Leuten von der Richtung Chlumecky*), welche für alles, was Volksinteresse ist, weder

*) Johann Freiherr v. Chlumecky, Abgeordneter des mährischen Großgrundbesitzes, ein Führer der Liberalen, wurde nach dem Rücktritt des

Verständnis noch Herz haben. Nein, gerade auch im nationalen Interesse, welches kein anderes ist als das internationale, muß das allgemeine Wahlrecht verlangt werden, denn die Nation umfaßt nicht nur ein paar Privilegierte und Protzen, und sowohl Deutsche wie Slawen bedanken sich schönstens dafür, ihre Interessen von diesen vertreten zu sehen.

Es ist ganz bezeichnend, daß die eigentlich nationalen Parteien, weil sie volkstümliche Parteien sind, von dem allgemeinen Wahlrecht so wenig befürchten, daß sie ganz energisch dafür eintreten. Schönerer*), Pernerstorfer sind von jeher seine Vorkämpfer gewesen und die deutschnationale Vereinigung (Steinwender) hat sich erst kürzlich dafür erklärt, ebenso auf der anderen Seite die extrem nationalen Jungtschechen, Jungpolen und Jungruthenen. Aber die „Verfassungstreuen", Schwarzgelben, wie die Plener, Jaques und Auspitz, entdecken ihr deutschnationales Herz, sobald das allgemeine Wahlrecht in Frage kommt, und treffen da mit den Alttschechen, dem böhmischen Feudaladel und der galizischen Schlachta in dem glühenden Wunsche zusammen, „nationale Interessen" zu schützen. Wir denken, solche Maskenfreiheit gestattet selbst der politische Karneval in Österreich nicht. Der Schwindel ist denn doch zu durchsichtig.

Die Nationalitätenfrage in Österreich wird gelöst werden auf Grundlage der gemeinsamen Interessen aller Völker, welche sich vereinigen werden, um die Privilegien des Geldsackes und des Großgrundbesitzes abzuschütteln. Heute schon existiert in der klassenbewußten Arbeiterschaft eine nationale Frage nicht; es gibt nicht einen Sprachstamm in Österreich, welcher nicht sein Kontingent zur Sozialdemokratie stellte, und trotzdem gibt es keinen Nationalitätenzwist, trotzdem stehen Sozialdemokraten aller Zungen in Österreich geeint und fest gegen ihre gemeinsamen Feinde.

Die „Steuerträger".

Für den Zensus wird neben der politischen Reife der oberen Klassen noch ins Feld geführt, daß sie die eigentlichen „Steuerträger" seien und daß das Maß ihrer politischen Rechte dem Maße ihrer Leistungen für den Staat entspreche. Ist unser ganzes Wahlsystem eine Fälschung, so ist diese Begründung desselben die gröbste Lüge. Die ordentlichen Ausgaben des österreichischen Staatshaushaltes bezifferten sich 1890 auf zirka 560 Millionen Gulden**). Hievon werden im Wege direkter Steuern nur zirka

---

Polen Smolka am 20. März 1893 zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt und war es bis zum Jahre 1897, bis zur Schaffung der fünften Kurie.

*) Schönerer und die Deutschnationalen sind später, als die Sozialdemokratie groß wurde, die heftigsten Feinde des allgemeinen Wahlrechts geworden und haben das ebenfalls mit nationalen Interessen begründet. Pernerstorfer ist später Sozialdemokrat geworden.

**) Ein Gulden (1 fl.), gleich später zwei Kronen. 1 K = etwa S 1·50. Natürlich war die Kaufkraft eines Guldens weit höher als die von drei Schilling.

107·7 Millionen Gulden hereingebracht und hievon sind noch abzuziehen der größte Teil der Gebäudesteuer und der Erwerbsteuer, welche beide prompt auf die gesamte Bevölkerung überwälzt werden. Nicht der Hausherr, welcher die Steuer aufs Steueramt trägt, sondern der Mieter der Wohnung bezahlt die Steuer. Es bleiben dann nur etwa 66 Millionen übrig an direkter Steuer. Der ganze Rest sind indirekte Abgaben und Erträgnisse aus den Monopolen und Zöllen. Davon machen die Verzehrungssteuern allein über 94 Millionen aus. Dazu das Erträgnis des Salzmonopols mit 17 Millionen, des Tabakmonopols mit 51 Millionen gerechnet, kommen wir auf Abgaben von Dingen, welche jeder konsumiert, welche die allerärmsten Klassen treffen und den gesamten Ertrag der direkten Einnahmen um mehr als das Doppelte überragen. Aber das ist noch lange nicht alles. Es ist festgestellt, daß, je geringer das Einkommen ist, es um so mehr mit indirekten Abgaben belastet ist, und hauptsächlich ist das durch die Verzehrungssteuern bewirkt. Nach dem sogenannten „Ernährungsgesetz“, das der Statistiker Engel feststellte, werden die Ernährungsausgaben einer Familie zu einem um so größeren Teil der Gesamtausgaben, je kleiner ihre Einnahmen sind. Und es ist eine weitere bekannte Tatsache, daß auch der Mietzins und mit ihm die Steuern von demselben einen um so höheren Prozentsatz von dem Einkommen der Familie in Anspruch nehmen, je geringer dieses Einkommen ist. Während der Wohlhabende für Nahrung und Wohnung etwa die Hälfte seines Einkommens verbraucht, muß der Arbeiter 75 Prozent, ja in den am schlechtesten gezahlten Schichten bis zu 90 Prozent dafür ausgeben und somit von 90 Prozent seines Einkommens indirekte Abgaben leisten. Ein gewiß unverdächtiger Zeuge, der Sekretär des Industriellenklubs in Wien, Herr G. Raunig, hat in einem sehr wertvollen Aufsatz*) aus den ihm vorliegenden Budgets einiger Arbeiterfamilien die indirekten Steuern berechnet, die sie zu zahlen haben. Er kam zu dem Resultat, daß eine sechsköpfige Familie mit dem außerordentlich hohen Einkommen von 1200 Gulden an indirekten Abgaben nicht weniger als 11 Prozent zahlt, daß aber eine Familie von fünf Köpfen, die jährlich 626 Gulden 70 Kreuzer ausgibt, an indirekten Abgaben 106 Gulden 13 Kreuzer oder etwa 17 Prozent bezahlt. Hievon zahlt diese Familie 38 Gulden 33 Kreuzer = 6 Prozent allein an Verzehrungssteuern von ihrer Nahrung. Wieviel müßte ein Rothschild verfressen, wenn er 6 Prozent seines Einkommens an Verzehrungssteuer zahlen sollte? Nun ist aber zu bedenken, daß ein Einkommen von 600 Gulden noch lange nicht die unterste Grenze des Einkommens einer Familie ist, sondern daß man leider sagen kann, daß die Mehrheit der Arbeiterbevölkerung ein Jahreseinkommen von 300 Gulden nicht erreicht. In demselben Maße aber steigert sich der Prozentsatz aller Beiträge zu den Staatslasten noch weit über diese 17 Prozent hinaus.

*) Erschienen in Pernerstorfers „Deutschen Worten“, Märzheft 1892, unter dem Titel: „Ein Wiener Haushalt in Beziehung zu den indirekten Steuerlasten.“ (v. a.)

Ist es schon aus dieser Darlegung klar, wer der eigentliche „Steuerträger“ ist, so muß eine weitere Betrachtung ergeben, daß das arbeitende Volk nicht nur der bedeutendste, sondern auch der ausschließliche Steuerträger ist. Denn jene direkten Abgaben, welche der Grundbesitz und der Kapitalbesitz zahlt, sind ja tatsächlich nichts anderes als ein Teil des Arbeitsproduktes, welches dem eigentlichen Produzenten abgenommen wurde. Was die Ausbeuterklassen an Arbeit leisten, steht in gar keinem Verhältnis zu ihrem Einkommen oder bestenfalls in dem Verhältnis des Einkommens von Rothschild zu dem seines Bergwerkdirektors oder des Einkommens des Fürsten Schwarzenberg zu dem seines Verwalters.

Wenn also tatsächlich die Deckung der Bedürfnisse des Staates aufgebracht wird von der Arbeiterklasse im weitesten Sinne, so ergibt sich, daß die Wahlgesetzgebung Österreichs der Gerechtigkeit geradezu ins Gesicht schlägt. In demselben Maße, als eine Klasse mehr beiträgt zu den Staatslasten, in demselben Maße verliert sie an politischem Einfluß, und diejenige Klasse, die am meisten leistet, ist vollständig rechtlos.

Aber es gibt noch eine Last, schwerer als alle anderen. Nicht nur sein Gut schuldet das Volk dem „Vaterlande“, sondern auch sein B l u t, und auch diese Last ist selbst heute, unter dem System der allgemeinen Wehrpflicht, in höchst ungleicher Weise verteilt. Für die Meistbesitzenden, für den hohen Adel und die Plutokratie, ist der Militärstand eine Ehre, eine angenehme Ausrede für ihre Existenz, jedenfalls ein Mittel, ihr Leben angenehmer zu machen. Für die Sprößlinge unseres Geburts- und Geldadels sind die hohen Offiziersstellen und die militärischen Sinekuren reserviert. Bei der Arcièrenleibgarde*) dient es sich entschieden angenehmer als beim Infanterieregiment. Auch die Bourgeoisie hat eine Form gefunden, ihren Söhnen den Militärdienst erträglich zu machen, die Einrichtung der Einjährig-Freiwilligen. Nur auf dem Arbeiter, dem Bauer und einem Teil des unteren Mittelstandes lastet mit voller Schwere die dreijährige Dienstpflicht. Dabei darf man nicht vergessen, was das Opfer des Militärdienstes auch wirtschaftlich für die Arbeiterfamilie oder Bauernfamilie bedeutet. Aber derselbe Mann, der selbst gedient und vielleicht in einer Schlacht Wunden davongetragen hat, der seine Söhne als Kanonenfutter zur Verfügung stellen muß, ist unwürdig des Wahlrechtes. So wie er in der Armee von dem geborenen Herrscher, dem adeligen oder gutbürgerlichen Offizier, sein Kommando erhielt, so empfängt er im zivilen Leben vom Adel und von der Bourgeoisie seine Gesetze; hier wie dort hat er z u p a r i e r e n und z u k u s c h e n.

Bisherige Versuche einer Wahlreform.

Das Wahlrecht in Österreich, dessen Schönheiten wir geschildert haben, wurde von den rechtlosen Volksklassen stets als ein drückendes Unrecht empfunden.

*) Die aus alten hohen Offizieren bestehende Leibgarde des Kaisers.

Mit dem Erwachen einer Arbeiterbewegung in Österreich hat auch sofort die Agitation für das allgemeine Wahlrecht begonnen, ist wiederholt zurückgetreten hinter drängenderen Forderungen und immer wieder stärker und allgemeiner geworden. Die Methode war zu verschiedenen Zeiten verschieden. Tausende von Petitionen mit vielen Zehntausenden von Unterschriften frißt der Staub des Archivs im Abgeordnetenhaus. Heute freilich petitioniert die Arbeiterschaft nicht mehr; sie hat gewußt, sich Gehör zu verschaffen auch ohne dieses Mittel, und sie wird verstehen, ihren Willen durchzusetzen, ob die Herren da drinnen gutwillig sich fügen oder nicht.

Aber auch aus der Mitte des Parlaments selbst kamen wiederholt Reformvorschläge, deren Schicksale folgende Zusammenstellung erzählt:

1. Antrag **Rechbauer***). Art. I. Der Reichsrat besteht aus dem Länderhaus und Volkshaus.

Art. II. Das Länderhaus besteht aus den kaiserlichen Prinzen, Herrenhausmitgliedern und aus den vom Landtag zu entsendenden Abgeordneten.

Art. III. Das Volkshaus wird gebildet durch unmittelbar direkte Wahlen der sämtlichen steuerzahlenden Bevölkerung des Reiches in der Art, daß auf 50.000 Einwohner ein Vertreter entfällt und ein Drittel der sämtlichen Volksvertreter von den Bewohnern der Städte und Märkte, zwei Drittel von den übrigen Bewohnern des Reiches direkt und unmittelbar gewählt werden.

In der 40. Sitzung der V. Session vom 30. März 1870 wurde der Antrag der „geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugeführt“, das heißt er verschwand spurlos.

2. Antrag **Schönerer,** Kronawetter, Fürnkranz und Steudl, eingebracht am 10. Dezember 1880: Das Abgeordnetenhaus soll aus 400 Abgeordneten bestehen, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, vom 24. Lebensjahre an. Auf je 50.000 Seelen entfällt ein Abgeordneter, unter tunlichster Berücksichtigung des Grundsatzes, „daß die Bewohner des Wahlkreises derselben Nation angehören“. Der Antrag kam zur ersten Lesung am 29. Jänner 1881 und wurde nach längerer Debatte (Auspitz namens der Liberalen dagegen) mit großer Majorität abgelehnt.

3. Antrag **Kronawetter,** Schönerer, Fürnkranz und Steudl (Gegenantrag zu Lienbachers Vorschlag der Einbeziehung der Fünfguldenmänner), am 28. Jänner 1881: Direkte Wahlen; wahlberechtigt in der Wählerklasse der Stadt- und Landgemeinden ist jedermann, der eine direkte Steuer zu entrichten hat. Erste Lesung am 18. Februar 1881, dem Wahlreformausschuß zugewiesen. Der Ausschußbericht (Hohenwart, Zeithammer) beantragt Übergang zur Tages-

*) Dr. Karl Rechbauer war Abgeordneter von Graz, gehörte der sogenannten deutschen Autonomistenpartei an; ein aufrechter Demokrat gleich Fischhof.

ordnung, der auch in der Sitzung vom 20. März 1882 beschlossen wird.

Dem Antrag Lienbacher auf Einbeziehung der Fünfguldenmänner stellte die Linke ein Minoritätsvotum (Berichterstatter Herbst) gegenüber, welches für die Städte 5 Gulden, für die Landgemeinden 2 Gulden (beides mit Einbeziehung der Staatszuschläge) beantragte. Der Antrag fiel mit 150 gegen 167 Stimmen, während der Antrag Zeithammer-Lienbacher mit 178 gegen 118 Stimmen, in dritter Lesung mit 162 gegen 124 Stimmen, also mit einfacher Majorität angenommen wurde. (20. März 1882.) Die Ausdehnung des Wahlrechtes war in dem Antrag der Rechten mit der Teilung des böhmischen Großgrundbesitzes in die Gruppen des fideikommissarischen und nichtfideikommissarischen verknüpft, und um diesen Punkt handelte es sich eigentlich hauptsächlich.

4. Antrag **Kronawetter,** Kreuzig, Lueger am 16. April 1886: „Die Regierung wird aufgefordert, mit tunlichster Beschleunigung einen Gesetzesvorschlag einzubringen über die Änderung der Verfassung durch Bildung eines auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes und die Beseitigung der privilegierten Kurien zu wählenden Volkshauses.“ Kam nie zur ersten Lesung.

Am 12. Dezember 1888, gelegentlich der Annahme des Wehrgesetzes, verlangte Abgeordneter Lažansky*), daß der Antrag auf die Tagesordnung gestellt werde. Präsident Smolka erwiderte: „Er werde den Augenblick wahrnehmen, wo dies wird geschehen können.“ Dieser „Augenblick“ ist nie eingetreten.

5. Antrag **Plener,** Exner, Wrabetz**), am 5. Oktober 1886: auf Errichtung von Arbeiterkammern und von diesen zu wählenden neun Reichsratsabgeordneten. Erste Lesung am 1. Februar 1887 (107. Sitzung), einem besonderen Ausschuß übergeben; Enquete vom 23. bis 26. Februar 1889. Der Antrag wurde in der letzten Session mit unwesentlichen Abänderungen wieder eingebracht am 25. Mai 1891.

6. Antrag **Fürnkranz,** Schönerer, Fiegl und Türk am 8. Oktober 1886: Unter Belassung der Kurien Ausdehnung des Wahlrechtes auf alle, die eine direkte Steuer entrichten und das 30. Lebensjahr zurückgelegt haben. Direkte Wahlen. — Der Antrag wurde „geschäftsordnungsmäßig behandelt“, verschwand also spurlos.

7. Anträge auf Einführung direkter Wahlen in den Landgemeinden wurden eingebracht: Von Tilšer***) am 20. April 1891, von Plener an demselben Tage.

*) Graf Leopold Lažansky, ein Jungtscheche. (Das ž wird gesprochen wie „j“ im Wort Journal.)

**) Über diesen Antrag der Liberalen siehe später.

***) Dr. Franz Tilšer, Obmann des Jungtschechenklubs. (š wird wie „sch“ gesprochen.)

Fürnkranz erneuert seinen Antrag (siehe oben) am 24. April 1891.

Am gleichen Tage bringt Geßmann einen ähnlichen Antrag ein.

8. Antrag **Pernerstorfer** am 8. Oktober 1891: Es sei ein vierundzwanziggliedriger Ausschuß aus dem ganzen Hause zu wählen, welcher diesem Vorschläge zu erstatten hat bezüglich der Änderung der Verfassung durch Bildung einer auf Grund des allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrechtes zu schaffenden Volksvertretung an Stelle des gegenwärtigen auf Steuerzensus und Privilegien beruhenden Abgeordnetenhauses. — Kam nie auf die Tagesordnung.

9. Antrag **Slavik***) am 16. März 1893 (Antrag der Jungtschechen).

Der Antrag der Jungtschechen beginnt mit der obligaten „Rechtsverwahrung“, welche zum jungtschechischen Zeremonial gehört und lautet:

Die Vertreter des tschechischen Volkes haben wiederholt und insbesondere neuerdings in der ersten Sitzung dieser Sessionsperiode erklärt, daß die gegenwärtige Verfassung und die auf Grund derselben bestehende Reichsvertretung den unverjährbaren Rechten der Länder der böhmischen Krone, wie dieselben durch Krönungseide, grundlegende Staatsakte und königliche Zusicherungen gewährleistet sind, durchaus widerspricht, daher diese Verfassung für die Vertreter des tschechischen Volkes keine rechtliche Geltung haben kann. Gestützt auf diese Rechtsüberzeugung, welche auch in der a. h. Thronrede vom Jahre 1879 Anerkennung fand, und unter Wahrung der vollsten Aktionsfreiheit, mit allen gesetzlichen Mitteln diese Verfassung zu bekämpfen und die Restituierung der Rechte der Länder der böhmischen Krone in integrum anzustreben, nehmen die Gefertigten an den Arbeiten der Reichsvertretung teil. Insolange aber jenes staatsrechtliche Ziel nicht erreicht ist, halten es die Gefertigten für ihre pflichtgemäße Aufgabe, im Geiste der fortschrittlichen Tendenzen, welche die tschechische freisinnige Nationalpartei in ihren programmatischen Erklärungen bereits des öfteren formuliert und veröffentlicht hat, wie in den Landtagen so nicht minder in diesem hohen Hause zu wirken, also auch dahin zu streben, daß zum mindesten der bestehende Wahlmodus auf eine der Gerechtigkeit entsprechende Basis gestellt werde. Diese Basis erblicken die Gefertigten in dem allgemeinen Stimmrecht und stellen daher den Antrag: Das hohe Haus wolle dem beiliegenden Gesetzentwurf seine Genehmigung erteilen.

In formaler Beziehung ist dieser Antrag dem Wahlreformausschuß zuzuweisen.

Der Gesetzentwurf lautet:

„Gesetz, betreffend die Wahl der Abgeordneten in das Abgeordnetenhaus des Reichrates.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen wie folgt:

Artikel 1, §§ 6 und 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867, Nr. 141 R.-G.-Bl., werden hiemit außer Kraft gesetzt und es tritt an deren Stelle nachstehende Bestimmung:

*) „v“ wird wie „w“ ausgesprochen.

§ 6. In das Haus der Abgeordneten kommen durch Wahl 400 Mitglieder, und zwar in der für die einzelnen Königreiche und Länder auf folgende Art festgesetzten Zahl: Für das Königreich Böhmen 98, für die Markgrafschaft Mähren 38, für das Herzogtum Ober- und Niederschlesien 10, für das Königreich Galizien und Lodomerien mit dem Herzogtum Krakau 110, für das Herzogtum Bukowina 11, für das Königreich Dalmatien 9, für die Markgrafschaft Istrien 5, für die Stadt Triest mit ihrem Gebiet 3, für die gefürstete Grafschaft Görz und Gradiska 4, für das Herzogtum Krain 8, für das Herzogtum Steiermark 21, für das Herzogtum Kärnten 6, für die gefürstete Grafschaft Tirol 14, für das Land Vorarlberg 2, für das Herzogtum Salzburg 3, für das Erzherzogtum Österreich unter der Enns 45, für das Erzherzogtum Österreich ob der Enns 13.

Artikel 2. Die Reichsratswahlordnung vom 2. April 1873, R.-G.-Bl. Nr. 41, samt deren Anhang sowie die sämtlichen Gesetze, wodurch dieselbe abgeändert und ergänzt wird, treten außer Kraft.

Artikel 3. Reichsratswahlordnung.

§ 1. Aktiv wahlberechtigt im allgemeinen für das Abgeordnetenhaus des Reichsrates ist jeder eigenberechtigte österreichische Staatsbürger, welcher das 24. Lebensjahr vollstreckt hat und von diesem Wahlrecht nicht ausgeschlossen ist.

§ 2. Vom aktiven Wahlrecht sind ausgeschlossen: 1. diejenigen, welche unter Vormundschaft oder Kuratel stehen; 2. diejenigen, über deren Vermögen der Konkurs eröffnet ist, solange derselbe nicht aufgehoben wurde; 3. diejenigen, welche eine Armenversorgung aus öffentlichen Mitteln genießen oder in dem der Wahl unmittelbar vorangegangenen Jahre genossen haben. Die Bestimmungen des § 6 des Gesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 31*), bleiben aufrecht.

§ 3. Für Personen des Soldatenstandes des Heeres und der Marine ruht das aktive Wahlrecht so lange, als dieselben sich bei der Fahne befinden.

§ 4. Jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur persönlich und nur in einem Wahlbezirk ausüben.

§ 5. Wählbar ist jeder in den Wahllisten eingetragene Wähler, welcher das 30. Lebensjahr vollstreckt hat und seit mindestens drei Jahren das österreichische Staatsbürgerrecht besitzt.

§ 6. Zum Zwecke der Wahl wird jedes der Königreiche und Länder in Wahlbezirke geteilt, von denen jeder nur einen Abgeordneten zu wählen hat. Die Stimmenabgabe geschieht womöglich in Ortsgemeinden, bei volkreichen Ortsgemeinden in Unterabteilungen. Mit Ausschluß der Enklaven müssen die Wahlbezirke zusammenhängend und geographisch tunlichst abgerundet sein und haben mindestens 50.000, höchstens 70.000 Seelen der Bevölkerungszahl zu enthalten.

§ 7. Jeder Wähler kann sein Wahlrecht nur in dem Wahlbezirk ausüben, in welchem derselbe zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz hat.

§ 8. In jeder Ortsgemeinde, in welcher die Stimmenabgabe erfolgen soll, sind Wahllisten anzulegen, in welchen die zum Wählen Berechtigten nach Zu- und Vornamen, Alter, Beschäftigung und Wohnort eingetragen werden. Diese Listen sind spätestens vier Wochen vor dem zur Wahl bestimmten Tage zu jedermanns Einsicht aufzulegen, und

*) Dieses Gesetz enthält die Bestimmungen über die Folgen der Verurteilung wegen Verbrechen.

ist dieser zuvor unter Hinweisung auf das Reklamationsrecht bekanntzumachen.

§ 9. Die Wahl erfolgt geheim mittels Stimmzettel.

§ 10. Als gewählt erscheint derjenige, welcher die absolute Majorität aller in einem Wahlbezirk abgegebenen Stimmen hat. Stellt bei einer Wahl eine absolute Stimmenmehrheit sich nicht heraus, so ist nur unter den Kandidaten zu wählen, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los.

§ 11. Über die Gültigkeit der Wahl entscheidet das Abgeordnetenhaus des Reichsrates. Einwendungen gegen die Wahl müssen längstens binnen drei Tagen nach dem Zusammentritt des Abgeordnetenhauses des Reichsrates demselben überreicht werden.

§ 12. Die allgemeinen Wahlen sind in jedem einzelnen Königreich oder Lande an einem Tage, und zwar an einem Sonntag, vorzunehmen.

§ 13. Die Anordnungen bezüglich der Feststellung der Wahlbezirke, des Verfassens der Wählerlisten, des Reklamationsverfahrens und der Vornahme der Wahl werden im Wege der Landesgesetzgebung bestimmt.

§ 14. Das vorliegende Gesetz tritt erst dann in Kraft, nachdem die im § 13 angeführten, von den Landtagen der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder geschlossenen Bestimmungen in Gesetzeskraft erwachsen sind.

§ 15. Mit der Durchführung dieses Gesetzes wird Mein Minister des Innern beauftragt.

Gewiß ist der vorliegende Gesetzentwurf keineswegs einwandfrei. Er trägt alle Kennzeichen des Machwerks einer Bourgeoispartei. Vor allem haben die Jungtschechen natürlich das Alter der Wahlfähigkeit auf derselben Höhe — 24 Jahre — belassen, welche nicht den Verhältnissen der Arbeiterschaft, wohl aber den Bedürfnissen der Bourgeoisie angepaßt ist. Weiter ist der Punkt 3 des § 2 auf das entschiedenste zu verwerfen. Es ist eine richtige Protzenidee, daß die armen Menschen, welche die Opfer der Wirtschaftsordnung sind und vom heutigen Staate mit einem elenden Almosen, „Armenunterstützung“ genannt, abgefertigt werden, ihrer Rechte als Staatsbürger verlustig erklärt werden sollen. Das Verbrechen der Gesellschaft, welches Tausende auf die elende „öffentliche Wohltätigkeit“ anweist, wird so nicht an den Verübern des Verbrechens, sondern an seinen Opfern gerächt. Wenn aber gesagt wird, diesen Leuten fehle die nötige „Unabhängigkeit“, um frei und unabhängig zu wählen, so ist das gedankenlose Faselei. Jeder „Vagabund“, der heimatlos von Ort zu Ort zieht um Arbeit zu suchen, ist politisch unabhängiger als der erbgesessene Spießbürger, der nicht einmal einen Versuch wagt, gegen die Gevatterschaft in Opposition zu treten, als der wohlhabende Kaufmann, der Rücksicht auf seine Kundschaft nimmt, und gewiß unabhängiger als der Staats- oder Privatbeamte, dessen Chef sich den Stimmzettel zeigen läßt. Auch ist nicht einmal die Befürchtung, daß das Ergebnis der Wahl durch die Stimmen der Armenunterstützung Genießenden erheblich beeinflußt werden könnte, das eigentliche Motiv dieser Bestimmung, sondern vielmehr der Hochmut der Besitzenden ist es, welcher sich sträubt,

die politische Gleichstellung seiner werten Person mit dem „Armen" anzuerkennen. Diese Bourgeoisie vergißt, daß sie selbst die eigentliche Klasse der „Pfründner" ist, und daß sie mitsamt dem hohen Adel zum guten Teil das Wahlrecht verlöre, wenn jeder davon ausgeschlossen wäre, der von fremder Arbeit lebt.

Aber der jungtschechische Antrag enthält noch eine Bestimmung, die gänzlich unannehmbar ist, weil sie geeignet erscheint, den ganzen Entwurf, selbst für den Fall seiner Annahme, dazu zu verurteilen, toter Buchstabe zu bleiben. Im § 13 werden alle Einzelheiten über die Durchführung der Wahl, insbesondere aber die Feststellung der Wahlbezirke den Landtagen überlassen. Dann aber würde es von jedem der 17 Landtage abhängen, wann und ob das allgemeine Wahlrecht in Kraft tritt. Der Kampf um die Einteilung der Wahlbezirke würde gerade auf jenen Schauplatz verlegt werden, wo er am hitzigsten sein muß, weil sich die Parteien unmittelbar und allein gegenüberstehen. Es würde aber auch eine so wichtige Sache gerade den Körperschaften überlassen bleiben, die womöglich noch reaktionärer sind als der Reichsrat, und schließlich gäbe es wahrscheinlich so viele Wahlordnungen als „Königreiche und Länder" in unserem lieben Österreich. Die Änderung der Reichsratswahlordnung würde in jeder Session jedes Landtages wieder neu auf der Tagesordnung stehen und die Einteilung der Wahlbezirke würde wechseln mit der wechselnden Majorität. Nein, die Reichsratswahlordnung bis in alle Einzelheiten ist Sache der Reichsgesetzgebung, das ist so klar, daß es selbst die Jungtschechen einsehen müssen. Wenn sie das Gegenteil in ihrem Entwurf vorgesehen haben, so muß man geradezu auf den Verdacht kommen, daß ihr Antrag für sie nur ein Mittel der Agitation, nur ein Mittel, für sich im Volke Stimmung zu machen, ist, daß sie es aber nicht ernst meinen mit dem allgemeinen Wahlrecht.

Nun denn, die Sozialdemokratie hat dafür gesorgt, daß der Antrag auf allgemeines Wahlrecht mehr geworden ist, als ein demagogischer Schachzug der Jungtschechen. Die Wahlrechtsbewegung ist stärker angewachsen als ihnen lieb ist und alle ihre „staatsrechtlichen" Schmerzen und der dazu gehörige Spektakel treten dagegen in den Hintergrund und verblassen vollständig.

Schließlich ist an dem Antrag der Jungtschechen noch auszusetzen, daß die Zahl der Abgeordneten eine auf 400 fixierte ist. Das richtige Prinzip, daß auf jeden Wahlkreis, welcher 50.000 bis 70.000 Einwohner umfaßt, ein Abgeordneter entfallen soll, wird dadurch auf die Dauer unmöglich, weil in dem Maße, wie die Bevölkerung wächst, und zwar in verschiedenen Kreisen mit ungleicher Schnelligkeit, dieses Verhältnis verschoben wird, wenn nicht durch Vermehrung der Wahlkreise und der Zahl der Abgeordneten immer wieder eine gleichmäßige Verteilung hergestellt wird. Wie die Handhabung in der im Antrag vorgeschlagenen Weise wirkt, sehen wir in Deutschland, wo die Verschiedenheit der Wahlkreise eine so ungeheure ist, daß sie zu den größten Ungerechtigkeiten führt.

So große Mängel aber der jungtschechische Entwurf haben mag, so sind sie durchaus leicht zu beseitigen, und wir verwahren uns von vornherein dagegen, daß der erprobte Pharisäismus der Deutschliberalen und der Feudalen sich auf diese Mängel berufe, um den Antrag abzulehnen. Auch wenn er in seiner heutigen Gestalt angenommen würde, wäre es noch ein ganz ungeheurer Fortschritt gegen das heute geltende Wahlsystem. Jeder Abgeordnete, der es irgendwie ernst meint mit dem Volksrecht, der sich nicht der Anteilnahme an der Aufrechterhaltung der heutigen ungerechten, den Volksinteressen ins Gesicht schlagenden Zuständen schuldig machen will, hat darum die Pflicht, zunächst für den jungtschechischen Antrag zu stimmen und hernach zu suchen, ihn durch Beseitigung seiner Mängel zu verbessern.

Um dem jungtschechischen Antrag entgegenzutreten, verstecken sich die Gegner des allgemeinen Wahlrechtes, insbesondere die Deutschliberalen, hinter das Argument, daß einzelne Kronländer, insbesondere aber Galizien, einen bedeutenden Zuwachs an Abgeordneten dadurch erhielten und ihr Übergewicht auf die Gesetzgebung zuungunsten der anderen Länder vermehrt würde. Wie sich das stellen würde, ergibt folgende Tabelle:

Verteilung nach Kronländern und Kurien.

Kronland	Großgrundbesitz	Handelskammern	Stadtbezirke	Landbezirke	Zusammen	Hievon aus der Bevölkerung gewählt (abgerechnet Großgrundbesitz und Handelskammern)	Nach dem Antrag der Jungtschechen würden aufs Kronland entfallen
Niederösterreich . .	8	2	19	8	37	**27**	45
Oberösterreich . .	3	1	6	7	17	**13**	13
Salzburg	1	.	2	2	5	**4**	3
Steiermark	4	2	8	9	23	**17**	21
Kärnten	1	1	3	4	9	**7**	6
Krain	2	.	3	5	10	**8**	8
Triest und Gebiet .	.	1	3	.	4	**3**	3
Görz und Gradiska .	1	.	1	2	4	**3**	4
Istrien	1	.	1	2	4	**3**	5
Tirol	5	.	5	8	18	**13**	14
Vorarlberg	.	.	1	2	3	**3**	2
Böhmen	23	7	32	30	92	**62**	98
Mähren	9	3	13	11	36	**24**	38
Schlesien	3	.	4	3	10	**7**	10
Galizien	20	3	13	27	63	**40**	110
Bukowina	3	1	2	3	9	**5**	11
Dalmatien	1	.	2	6	9	**8**	9
Zusammen . .	85	21	118	129	353	**247**	400

Es zeigt sich, daß allerdings die Zahl der Abgeordneten für einige Kronländer vermindert und für Galizien erheblich vermehrt würde. Den größten Zuwachs wird Galizien, Niederösterreich und Böhmen erfahren, während sich für Oberösterreich, Steiermark und Tirol eine Verminderung ergibt. Allerdings würde sich demnach das Zahlenverhältnis zuungunsten der innerösterreichischen

Länder verschieben. Wenn man aber bedenkt, daß nicht nur das allgemeine, sondern auch das gleiche Wahlrecht eingeführt werden soll, daß also die Gruppe der Großgrundbesitzer und der Handelskammern wegfiele, die heute durchaus nicht die Vertreter der Interessen der Bevölkerung des Kronlandes, sondern ausschließlich der Interessen ihrer kleinen Clique sind, so ergibt sich ein ganz anderes Bild. Vergleicht man nämlich, wie wir in der obigen Tabelle getan haben, die Zahl der Abgeordneten, welche die Kronländer heute haben, ohne die beiden Kurien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern dazuzurechnen, mit der Zahl der Abgeordneten, die sie nach dem Antrag der Jungtschechen zu bekommen haben, so ergibt sich ein ganz erklecklicher Zuwachs der Abgeordneten, die aus dem Volke gewählt sind. Dazu kommt, daß, während die 40 Abgeordneten, welche heute Galizien aus den Städten und Landgemeinden in den Reichsrat schickt, in den Klauen der Großgrundbesitzer stecken und im Polenklub, welcher mit seinen 63 Abgeordneten als eine geschlossene, reaktionäre Körperschaft dasteht, einfach Order zu parieren haben, nach Einführung des allgemeinen Wahlrechtes die 110 galizischen Abgeordneten naturgemäß nicht nur in Polen und Ruthenen, sondern auch in Vertreter der städtischen und landwirtschaftlichen Interessen zerfallen würden. Diese einzelnen Gruppen würden sich an die verwandte Interessengruppe in anderen Kronländern anschließen und die Herrschaft der polnischen Delegation wäre gebrochen. Die Vermehrung der Abgeordneten aus Galizien bedeutet also tatsächlich nicht eine Verstärkung des Einflusses der Schlachta, wie uns die Liberalen glauben machen wollen, sondern eine Schwächung derselben, ja seine Vernichtung.

Der „Bildungszensus".

Einige deutschliberale Parteigänger hat die öffentlich an sie gestellte Frage, wie sie sich zum allgemeinen Wahlrecht verhielten, in arge Verlegenheit gebracht. Dafür einzutreten, erlaubt ihnen der Plener nicht; dagegen zu sein, bringt sie in Gefahr, den Rest von politischer Reputation zu verlieren, den sie etwa noch besitzen. Sie wählten den Ausweg zu erklären, daß sie wohl mit dem allgemeinen Wahlrecht einverstanden seien, aber daß ihr Gewissen nicht zulasse, den Reichsrat an die Analphabeten Galiziens, der Bukowina, Dalmatiens usw. auszuliefern. Darum seien sie für den „Bildungszensus", das heißt das Wahlrecht solle an die Kenntnis des Lesens und Schreibens gebunden sein.

Das klingt ganz hübsch und es ließe sich nicht viel dagegen einwenden, wenn der Mann, der es nicht der Mühe wert hält, sich diese einfachsten Kenntnisse zu verschaffen, der aus eigenem Wollen Analphabet geblieben ist, als eine Art Selbstverstümmler vom Wahlrecht ausgeschlossen bliebe. Stehen aber die Dinge so? Keineswegs. Die Analphabeten sind die Opfer unserer Zustände in Staat und Gesellschaft. Sie sind dem Fluch der Unwissenheit verfallen aus denselben Gründen, aus welchen sie der Unterdrückung und dem Elend verfallen sind. Unsere Volksschulgesetzgebung ist

überdies nur eine halbe Tat gewesen; sie hat die Lasten der Schule den armen, von den Grundherren ausgesaugten Dorfgemeinden aufgewälzt und darum ist sie in Galizien und der Bukowina, in Krain und Dalmatien zum großen Teile auf dem Papier geblieben. Die polnischen Magnaten, die im Landtag regieren, sind schuld an der Unwissenheit wie an dem Elend im Lande. Es wäre also die größte Ungerechtigkeit, die armen Leute, die man gewaltsam von den notwendigen Kenntnissen ausgeschlossen hat, auch noch vom Wahlrecht auszuschließen, sie mit gebundenen Händen wehrlos ihren Peinigern auszuliefern.

So notwendig übrigens die Volksschulbildung für das politische Urteil ist, unentbehrlich ist sie durchaus nicht und mancher in schwerer Lebenserfahrung geprüfte Bauer, der weder schreiben noch lesen kann, wird seine Interessen vielleicht ganz gut verstehen und gewiß vernünftiger wählen als sein Herr Graf, dem seine „Bildung" ausschließlich dazu dient, die Liste der startenden Rennpferde und, wenn es hoch kommt, den Kurszettel zu studieren.

Leider würde aber die Erteilung des Wahlrechtes auch ohne jede Einschränkung an der heutigen Vertretung dieses Landes wenig ändern. Wir können die besorgten Liberalen beruhigen, ihre Lieblinge, die polnischen Grafen, kämen ziemlich alle wieder in den Reichsrat. Dafür spricht die Erfahrung in Ostpreußen und Posen, wo trotz des allgemeinen Wahlrechtes genau dieselbe Sorte von Leuten in den Reichstag gewählt wird wie in Galizien. Wir haben also kaum Hoffnung, daß daran zunächst sich viel ändern werde. Jede Änderung aber wäre ein Fortschritt. Der analphabetische Bauer, der etwa gewählt würde, wäre gewiß ein geringeres Hindernis für eine vernünftige Gesetzgebung als die Gruppe von politischen Analphabeten und verbissenen Gegnern jedes Fortschrittes, die heute im Polenklub das Parlament beherrscht.

Wir finden es nur verwunderlich, daß die Herren, welche so ängstlich die Analphabeten vom Wahlrecht ausschließen wollen, auf diese Idee erst verfallen, wenn vom allgemeinen Wahlrecht die Rede ist und warum sie diese Maßregel nicht längst für die heutige Wahlordnung beantragt haben. Die Zahl der Analphabeten, denen das Gesetz die politische „Reife" voll zuerkennt, ist nämlich in den in Frage kommenden Provinzen auch heute eine sehr beträchtliche. Sehen wir einmal zu.

Von je 100 über 6 Jahre alten Personen konnten weder lesen noch schreiben:

	1880		1890	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Krain	46˙10	45˙02	34˙12	32˙97
Küstenland	52˙63	61˙08	43˙26	50˙80
Galizien	74˙24	79˙92	64˙87	71˙60
Bukowina	84˙22	90˙79	75˙45	83˙10
Dalmatien	82˙06	92˙68	75˙75	89˙91

Das furchtbare Gewicht dieser Zahlen wird dadurch einigermaßen gemildert, daß die Zahl der Analphabeten in allerdings lang-

samem Sinken begriffen ist und daß sie hauptsächlich die höheren Lebensalter umfaßt.

Aus einer Tabelle des Österreichischen statistischen Handbuches für 1892 geht hervor, daß für das ganze Reich fast die Hälfte aller Männer, die 1890 schreiben und lesen konnten, unter 24 Jahre alt waren, also noch nicht in wahlfähigem Alter standen. Gerade für die analphabetenreichen Kronländer ist dieser Prozentsatz gewiß ein noch höherer. Betrachten wir nun die Ziffern, welche die letzte Volkszählung über die Zahl der des Lesens und Schreibens Kundigen angibt und vergleichen wir sie mit der Wählerzahl, so erfahren wir:

in	Galizien	Bukowina	Dalmatien
gab es des Lesens und Schreibens kundige Männer	736.333	61.344	51.145
davon in wahlfähigem Alter höchstens	368.000	30.000	25.000
Wahlberechtigte aber	550.000	54.438	53.400
analphabetische Wähler also mindestens	**182.000**	**14.000**	**28.400**

Wir finden also, daß bei dem heutigen Wahlgesetz in der Bukowina mehr als ein Viertel, in Galizien mehr als ein Drittel, in Dalmatien über die Hälfte der Wahlberechtigten Analphabeten sind, ohne daß es jemals den liberalen Politikern eingefallen wäre, an der Vorzüglichkeit dieser famosen Wahlordnung oder an der Tauglichkeit der von den Analphabeten gewählten Abgeordneten auch nur im geringsten zu zweifeln.

Die angebliche Furcht vor den Analphabeten ist also erst aufgetaucht, um als Ausrede zu dienen und die Wahlrechtsagitation zu verwirren. Was aber nicht gelingen wird.

Arbeiterkammern.

Die Bewegung für das allgemeine Wahlrecht hat auch wieder ein halbverschollenes Schlagwort der Vergessenheit entrissen. Im Jahre 1886 empfand die liberale Partei das Bedürfnis, sich billig bei der Arbeiterschaft populär zu machen und die Herren Plener, Exner und Wrabetz brachten einen Antrag auf Errichtung von 26 Arbeiterkammern ein, welchen — allen zusammen — 9, sage und schreibe neun Abgeordnetenmandate gewährt werden sollten. Der Antrag wurde nach den Neuwahlen wieder eingebracht, die Christlichsozialen (Liechtenstein-Pattai) stimmten ihm zu, aber man hörte nichts weiter von ihm. Am Tage der Rathausversammlung in Wien verkündeten offiziöse Blätter, daß die Regierung sich mit einem Gesetzentwurf über Arbeiterkammern beschäftige und seither spukt dieser Plan in allen möglichen Formen in den Blättern.

Es ist hier nicht der Platz, ausführlich darauf einzugehen, welche Aufgabe „Arbeiterkammern", wie sie im Jahre 1872 von der österreichischen Arbeiterschaft gewünscht wurden, haben und

wie sich die liberalen Vorschläge dazu verhalten. Gesagt sei nur, daß der Antrag Plener-Exner-Wrabetz eine Einrichtung vorschlägt, gebildet auf Grund eines engherzigen Wahlrechtes, ausgestattet ausschließlich mit Scheinbefugnissen, kurz Einrichtungen, lediglich dazu bestimmt, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen. Dies vom sozialpolitischen Standpunkt.

Vom eigentlichen politischen Standpunkt gesehen, als Wahlreform, würden diese Arbeiterkammern eine lächerlich geringe Zahl von Mandaten, aber kein Wahlrecht gewähren; der Wert des Wahlrechtes für die Agitation und Organisation ginge gänzlich verloren. Dieser „Ausbau der Interessenvertretung", sofern er überhaupt ernstlich gemeint ist, sollte nur dazu dienen, das gegenwärtige Wahlunrecht zu konservieren, indem seine gröbste Ungerechtigkeit wohl nicht beseitigt, aber überkleistert wird. Die Arbeiter sollen ein „Wahlrecht" erhalten, ohne daß die Mandate der heutigen Abgeordneten gefährdet werden, ja ohne daß sie um sie mit den Arbeitern kämpfen müßten. Und überdies — die Millionen von Arbeitern sollen genau so viel Abgeordnete wählen dürfen wie die 179 Großgrundbesitzer Mährens, ja fast doppelt so viel als die 45 fideikommissarischen Großgrundbesitzer Böhmens! Das ist ein Hohn, nicht einmal eine „Abschlagszahlung".

Dazu kommt noch, daß selbst dieser elende Schwindel von Wahlrechtszuteilung nicht einmal politisch möglich ist. Von den 5,700.000 Männern im wahlfähigen Alter haben heute nur 1,730.000 das Wahlrecht. Vier Millionen sind rechtlos. Das Wahlrecht für die Arbeiterkammern sollen männliche, versicherungspflichtige Arbeiter im Alter von über 24 Jahren haben. Deren Zahl ist aber nach der heutigen Sachlage geringer als eine Million. Es würden noch immer über drei Millionen Männer übrigbleiben, die nicht einmal jenen Schatten von Recht hätten wie die versicherungspflichtigen Arbeiter. Unter diesen vollständig Rechtlosen befänden sich aber die Bauern und Kleingewerbetreibenden, die weniger als 5 Gulden Steuer zahlen, und diese kämen somit, wenigstens dem äußeren Anschein nach, in eine ungünstigere Lage als die Lohnarbeiter. Das aber ist eine politische Unmöglichkeit, die sich weder durchsetzen, noch gar festhalten läßt, und diese Konsequenz des Vorschlages, der heute von den Liberalen, den Christlichsozialen und der Regierung mit vorgeblichem Ernst ins Auge gefaßt wird, enthüllt ihn als politische Finte, die ebenso reaktionär als ungeschickt ist.

Als im Jahre 1886 der Arbeiterkammerschwindel zum erstenmal auftrat, faßte die Arbeiterschaft in mehreren Versammlungen ihr Urteil in einer **Resolution** zusammen, welche noch heute alles Nötige sagt und die also lautet:

„In Erwägung, daß eine korporative Vertretung der Lohnarbeiter nur dann einen ausgedehnten Wert hat, wenn dieselbe ausgerüstet ist mit ausgedehnten Befugnissen zur Erhebung der Lage der arbeitenden Klasse, zur bestimmenden Einflußnahme auf die Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre ehrliche Durchführung, auf die Ernennung und Kon-

trolle der Gewerbeinspektoren und mit der Machtvollkommenheit, sich der Organe der staatlichen und kommunalen Verwaltung zu diesen Zwecken zu bedienen;

in Erwägung, daß eine zielbewußte Vertretung der Arbeiterschaft nur zustande kommen kann, wenn durch die vorbereitende Tätigkeit von Gewerkvereinen und Arbeiterverbänden das Klassenbewußtsein ein allgemeines und deutliches geworden ist;

in Erwägung, daß der von liberaler Seite eingebrachte Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern diesen Voraussetzungen keineswegs entspricht, seine einzelnen Bestimmungen, sowohl was die Kompetenzgrenzen der Kammern, als was das aktive und passive Wahlrecht in dieselben anbelangt, vom engherzigsten Bourgeoisstandpunkt und von laienhaftem Dilettantismus diktiert sind; daß Parteien, welche die bei uns geübte Handhabung des Vereins- und Koalitionsgesetzes zustimmend oder stillschweigend zulassen, der ernste Wille zur Ermöglichung einer Organisation der Arbeiterschaft überhaupt nicht zuzutrauen ist;

in schließlicher Erwägung, daß das winzige Ausmaß von parlamentarischer Vertretung, welches der Gesetzentwurf den Arbeitern gönnt, durch den indirekten Wahlmodus nicht geeignet ist, den wichtigsten und wesentlichsten Vorteil des allgemeinen Stimmrechtes — die Ermöglichung der politischen Erziehung und der freien Diskussion zu erfüllen;

erklärt die heutige Volksversammlung, daß der am 5. Oktober eingebrachte Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern in keiner Weise den Anforderungen, welche an eine zweckdienliche Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter gestellt werden müssen, entspricht und daß das Proletariat seine bestimmte, immer und immer wiederholte Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht niemals für das Linsengericht eines dürftigen Zubaues an die gegenwärtige Interessenvertretung aufgeben werde."

Schlußwort.

Welches Schicksal der jungtschechische Antrag auf allgemeines Wahlrecht im Abgeordnetenhaus haben wird, läßt sich natürlich nicht voraussehen. Soviel aber können wir mit Sicherheit vorhersagen: Das „objektive Verfahren", mittels welchem das Präsidium gewöhnlich unangenehme Anträge konfisziert und dem Papierkorb überantwortet, wird sich diesmal nicht anwenden lassen. Herr Baron Chlumecky wird den jungtschechischen Antrag auf die Tagesordnung setzen müssen, ob es ihm genehm ist oder nicht. Und zwar bald. Noch wäre die Schwierigkeit zu erörtern, ob nicht die Annahme des Antrages eine Zweidrittelmehrheit erfordere. Die Wahlreform Zeithammer, welche den böhmischen Fideikommissaren neue Privilegien gab, die Wahlreform Lienbacher, welche den Fünfguldenmännern das Wahlrecht verschaffte, sie kam mit einfacher Majorität zustande. Wie die Herren Staatsweisen darüber entscheiden mögen und ob sich dafür innerhalb des Parlaments eine Mehrheit finde: Für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gibt es bereits eine Zweidrittelmehrheit **außerhalb** des Parlaments, die Zweidrittelmehrheit des arbei-

tenden Volkes, die Zweidrittelmehrheit der bisher Rechtlosen. Und diese Zweidrittelmehrheit wird ihre Stimmen geltend zu machen wissen. Das allgemeine Wahlrecht wird auch in Österreich durchgesetzt werden, so oder — so.

Die Frage der Arbeiterkammern in Hainfeld.

Parteitag Hainfeld 1888*).

Über den vorliegenden Gegenstand der Tagesordnung haben sich die Arbeiter Österreichs vor mehr als anderthalb Jahren in ganz klarer und unzweideutiger Weise in Dutzenden von Versammlungen ausgesprochen. Die Arbeiter sind schon von vornherein der Ansicht gewesen, daß die Arbeiterkammern nur dann

*) In dem Bruderkampf zwischen „Radikalen" und „Gemäßigten", der durch die Einigung in Hainfeld ein Ende fand, hatte die Frage des Wahlrechtes eine große Rolle gespielt. Während die „Gemäßigten" das allgemeine Wahlrecht nach .den deutschen Erfahrungen als ein wichtiges Mittel der Erweckung der Arbeiterschaft ansahen, wobei seine Bedeutung gewiß oft übertrieben wurde, lehnten es die „Radikalen" entschieden ab. Die Liberalen suchten nun die Arbeiter für sich zu gewinnen, indem sie ihnen wohl das allgemeine Wahlrecht nicht bewilligen, aber statt dessen eine Vertretung im Parlament durch „Arbeiterkammern" geben wollten, die von den Arbeitern als eine Institution zur Vertretung der sozialen Interessen der Arbeiter gefordert worden war. (Darüber ist in der vorher abgedruckten Wahlrechtsbroschüre Adlers das wichtigste gesagt.) Auf dem Parteitag in Hainfeld wurde sowohl in der Debatte über die Prinzipienerklärung wie in der über die „politischen Rechte" selbstverständlich auch über das allgemeine Wahlrecht gesprochen. In der Prinzipienerklärung" ist ausdrücklich folgender Punkt enthalten:

> 3. Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

Selbstverständlich hat auch Adler in seiner Rede zur Prinzipienerklärung vom allgemeinen Wahlrecht gesprochen, das er ja noch gegen die Argumente der „Radikalen" verteidigen mußte. (Siehe darüber seine Rede im Bd. VI, Seite 51 f. und besonders Seite 52 und 54.)

Auch beim nächsten Punkt: „Die politischen Rechte", wurde natürlich über das allgemeine Wahlrecht gesprochen und es ist in der Resolution über die politischen Rechte folgende Forderung nach dem Wahlrecht enthalten:

> 4. Die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar vom 20. Lebensjahr an, wo die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen...

einen Wert haben, wenn sie einen Schritt in der Organisation der Arbeiter bedeuten und daß sie, wenn sie diese Funktionen nicht erfüllen, einfach wertlos sind. Freilich hat noch — und da möchte ich ein Moment aus der Geschichte der Arbeiterkammern herausgreifen — zu jener Zeit, als der Gedanke der Errichtung derselben in Österreich überhaupt aufgetaucht ist, die Idee einer Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament einen gewissen Reiz gehabt, und es hat daher auch die Idee, Arbeiterabgeordnete auf dem Wege der Arbeiterkammern dorthin zu entsenden, vielen Anklang gefunden.

Man hat zu jener Zeit eben noch den Parlamentarismus überschätzt, indem man erwartet hat, daß von diesen Abgeordneten bei dem heutigen Parlamentarismus etwas für die Arbeiterklasse Vernünftiges durchgesetzt werden könne. Heute wissen wir, daß für

---

Adler legte in seiner Begründung dieser Resolution seine Anschauungen nur in einer kurzen Polemik dar. (Siehe Bd. VI, Seite 64 und 65.)

Aber daneben wurde auch noch ein eigener Punkt: „Arbeiterkammern“, auf die Tagesordnung gestellt, worüber Heinrich Gehrke referierte. In der Debatte dazu sprach auch Adler. Das nähere über diese Frage enthält schon die Wahlrechtsbroschüre vom Jahre 1893, die wir oben abdrucken, in dem Kapitel „Arbeiterkammern“. Auch die dort abgedruckte Resolution der Protestversammlungen gegen den am 5. Oktober 1886 eingebrachten Antrag Plener ist im wesentlichen mit der von Gehrke beantragten Resolution gleich. Adler hat übrigens schon 1886 über die Arbeiterkammern eine eigene Broschüre geschrieben, „Die Arbeiterkammern und die Arbeiter“, die in dem fünften Heft dieser Adler-Schriften „Victor Adler über Fabrikinspektion, Sozialversicherung und Arbeiterkammern“ (Bd. V, Seite 155 bis 181) abgedruckt ist. Dort sind auch mehrere Artikel abgedruckt, die Adler in der „Gleichheit“ über diese Frage geschrieben hat, und zwar „Arbeiterversammlungen über die Arbeiterkammern“ („Gleichheit“ vom 15. Jänner 1887), „Die erste Lesung des Gesetzentwurfes“ („Gleichheit“ vom 5. Februar 1887), „Kritik der ersten Lesung“ („Gleichheit“ vom 12. Februar 1887), „Die parlamentarische Enquete über Arbeiterkammern“ (1. März 1889) und schließlich der Artikel „Konservative Utopien“ vom 8. März 1889, der sich mit den christlichsozialen Anschauungen zu dieser Frage beschäftigte. Bekanntlich sind nach der Revolution in der Republik Deutschösterreich von dem ersten Minister für soziale Verwaltung, Ferdinand Hanusch, wirkliche Arbeiterkammern — „Kammern für Arbeiter und Angestellte“ — in allen Bundesländern geschaffen worden.

Die von Gehrke erwähnte Petition, auf die dann auch Adler zu sprechen kommt, wurde am 26. August 1872 von einer großen Volksversammlung beim Schwender beschlossen. Diese Petition verlangte aber wirkliche Arbeiterkammern für sozialpolitische Aufgaben, nicht Wahlkorporationen.

Heinrich Gehrke, der der Referent war, wurde 1835 in Hannover geboren, kam 1854 als Sattler nach Wien, war nach 1867 in dem Arbeiterbildungsverein Ausschußmitglied; er gehörte damals der Lassalleschen Richtung an. Bei der großen Demonstration vor dem Parlament am 13. Dezember 1869, die der Arbeiterschaft das Koalitionsrecht brachte, gehörte er der Deputation an den Grafen Taaffe an, wurde in dem großen Hochverratsprozeß nach sieben Monaten Untersuchungshaft zu zwei Monaten schweren Kerkers verurteilt. Am 8. März 1917 ist er, 82 Jahre alt, gestorben.

uns nicht das Gewähltwerden, sondern nur das Wählen selbst einen Vorteil bietet, und wenn man uns das Wahlrecht nehmen und etwa, wie dies schon heute im Herrenhaus der Fall ist, eine Anzahl von Abgeordneten einfach durch Ernennung in das Abgeordnetenhaus berufen würde, so wäre uns das völlig gleichgültig. Uns handelt es sich nur um die organisatorische Seite des Wahlrechtes, aber nicht um diejenige Seite, welche vom Boden des Parlaments viel erwartet. Wenn aber die Arbeiterkammern zur Organisation der Arbeiter etwas beitragen sollen, ist vor allem notwendig, daß die Zusammensetzung und die Wahl in die Arbeiterkammern in einer Weise erfolgt, welche eine solche Organisation ermöglicht. In diesem Gesetzentwurf ist aber gerade dieser Punkt, ich möchte sagen, mit den raffiniertesten Mitteln hinausgemaßregelt worden.

Alle Paragraphe, die etwa eine solche Organisation anbahnen könnten, sind aus dem Gesetzentwurf entfallen. Derselbe stellt weiters Bezirke von einer Größe auf, die eine ordentliche Wahlagitation unmöglich machen, er spr.cht nämlich von einem Handelskammerbezirk, und weiter beschränkt er das Wahlrecht auf jene Arbeiter, welche durch zwei Jahre fortwährend in Arbeit gewesen sind, und Sie wissen am besten, welch eine Beschränkung das an und für sich bietet. (Sehr richtig!) Es sind dadurch einfach alle ungelernten Arbeiter und von den gelernten sehr viele, die nicht zu dem Stocke der Arbeiter gehören, die schließlich jede Fabrik haben muß, einfach ausgeschlossen. In dem Gesetzentwurf ist in keiner Weise dafür vorgesorgt, daß Arbeiterwählerversammlungen sowie die Wählerversammlungen für den Reichsrat unbehindert tagen können.

Es können also auch solche Wählerversammlungen auf Grund unseres famosen Versammlungsgesetzes verboten werden, so wie dies mit allen unseren übrigen Versammlungen geschieht, und wenn dies alles noch nichts wäre, so ist die Bestimmung des Gesetzentwurfes, daß die Wahl in der Weise erfolgen soll, daß jeder Arbeiterwähler seinen Wahlzettel mit seiner Namensunterschrift einreicht, vollständig genügend, um den Gesetzentwurf zu charakterisieren. (Gewiß.) Man beruft sich hiebei auf die Handels- und Gewerbekammer. Ja, dort geht er ganz gut, denn der Fabrikant oder Gewerbsmann wird nicht gemaßregelt, ob er nun für einen liberalen oder zünftlerischen Handelskammerabgeordneten stimmt. Etwas anderes aber wäre es bei den Arbeitern, und es wäre eine ganz famose Geschichte, wenn der Regierungsvertreter, der ja bei dem Skrutinium dabei sitzt, eine Liste jener Arbeiter bekäme, die für einen Kandidaten zu stimmen gewagt haben, der vielleicht nach oben unangenehm ist. Außerdem könnte — und auch in dieser Richtung ist nichts vorgesehen — ein solcher glücklich gewählter Arbeiterkammerrat (Heiterkeit) auf Grund des Ausnahmsgesetzes oder sonst eines unserer vielen Gesetze ausgewiesen werden und diejenigen, die ihn gewählt haben, würden jedenfalls Unannehmlichkeiten haben. Wir kennen ja das, ich brauche das gar nicht weiter auszuführen.

Wie nun ein solcher Gesetzentwurf für unsere Organisation irgendeinen Wert haben soll, ist absolut nicht abzusehen. Mit einem solchen Gesetz kommen auf einmal jene Leute, die das Vereins- und Versammlungsgesetz und die Ausnahmsgesetze gemacht haben, dieselben Leute, die heute während aller parlamentarischen Verhandlungen nicht ein Wort für die Maßregelungen der Arbeiter haben, und glauben, wir werden das ernst nehmen. Die Leute halten uns geradezu für Kinder. (Heiterkeit.)

Nun ist es aber unbedingt nötig auszusprechen, daß wir diesen Gesetzentwurf nicht ernst nehmen, daß wir die Leute, die dahinter stehen, klar durchschauen und wissen, was sie wollen. Sie glauben, daß die Arbeiter heute noch so leicht zu gewinnen sind, wie vor 20 Jahren. Es ist kein Zweifel, wenn zur Zeit, wo die vom Genossen Gehrke erwähnte Petition eingebracht wurde, ein solcher Gesetzentwurf unterbreitet worden wäre, würde man das immerhin als eine bedeutende Errungenschaft und als ein Entgegenkommen der betreffenden Partei gegenüber der Arbeiterschaft angesehen haben. Aber warum wäre das geschehen? Weil die Arbeiterschaft Österreichs zu jener Zeit weder die liberale noch die konservative Partei in Österreich gekannt hat. Heute aber kennen die Arbeiter diese Parteien, ihre Ziele — von Personen wollen wir gar nicht reden — und wissen, was sie von ihnen zu erwarten haben. Heute ist daher ihrer Liebe Müh' umsonst.

Ich möchte Ihnen auch mitteilen, in welcher Weise der Gesetzentwurf im Parlament behandelt wurde. Erst einige Monate oder gar ein Jahr, nachdem der Gesetzentwurf eingebracht worden war, wurde ein Ausschuß niedergesetzt, dieser Ausschuß hat binnen einem Jahre ein Subkomitee gewählt, dieses Subkomitee hat einen neuen Gesetzentwurf ausgearbeitet, hat wieder an den Ausschuß referiert (Heiterkeit), und die Regierung, das muß ich konstatieren, hat bis heute nicht den Mund aufgemacht. Bis heute hat sie noch nicht gesagt, ob sie die Arbeiterkammern will oder ob sie sie nicht will. Nun könnte uns das gleichgültig sein, aber wir leben in Österreich und in Österreich geschieht vom Parlament nur das, was die Regierung will. Wenn das Parlament der Regierung nicht paßt, wird es nach Hause geschickt, das nennt man bei uns Parlamentarismus. (Heiterkeit.) In anderen Ländern, wo noch eine ernstere Auffassung auch über die bourgeoisparlamentarische Vertretung herrscht, muß sich das Ministerium nach dem Parlament richten. Bei uns hat jede Regierung es in der Hand, das Parlament sich so zuzurichten, wie sie es braucht. Das wissen wir, und ob wir je Arbeiterkammern haben werden, hängt einfach davon ab, ob die Regierung sie will oder nicht. Darüber hat sie sich, wie gesagt, noch nicht ausgesprochen. Sie hat nur gesagt, daß es schwer sein wird, vor Durchführung der Krankenkassenorganisation herauszubringen, wieviel Arbeiter überhaupt unter das Gesetz fallen. Als nämlich das Subkomitee den Entwurf fertiggestellt hat und nun die Möglichkeit vorgelegen wäre, die Sache vor dem Parlament zu einer endgültigen Beschlußfassung zu bringen, hat ein Mitglied der

Regierungspartei den schlauen Gedanken gehabt, den Handelsminister zu ersuchen, ihm im Einvernehmen mit dem Minister des Innern doch mitzuteilen, wieviel Tischler, Schuhmacher, Schlosser, Spinner usw. es gibt, damit man doch klar wisse, was man beschließe. Denn die Herren beschließen bekanntlich nie etwas, bevor sie nicht klar wissen, welche Konsequenzen das hat. (Heiterkeit.) Durch diese ausgezeichnete Idee war der Handelsminister in der Lage, die einzige Erklärung abzugeben, die er überhaupt abgegeben hat, daß er das nicht weiß (Heiterkeit), und das müssen wir ihm aufs Wort glauben. Er hat gesagt, man muß warten, bis das ganze Krankengesetz durchgeführt ist. (Rufe: Da können wir lange warten!) Sie werden mir zugeben, wenn man nicht früher Arbeiterkammern einführt, so brauchen wir uns mit unseren Verhandlungen gerade nicht sehr zu beeilen. (Heiterkeit.) Für uns ist es aber ebenso notwendig zu sagen, daß die Arbeiterkammern in dieser Form ein purer Schwindel sind. (Sehr richtig!) Wir haben keinen Anlaß, uns zu genieren, die Herren genieren sich uns gegenüber auch nicht. (Sehr gut!)

Notwendig ist es aber zu sagen, daß wir wohl wissen, welche Arbeiterkammern wir wollen. Wir wollen Arbeiterkammern, welche hervorgegangen sind aus dem Wahlrecht der Arbeiter in den abgegrenzten kleinen Bezirken, welche aus geheimer Stimmabgabe hervorgegangen sind und in welchen nun die wirklichen Interessen der Arbeiterschaft in ernster Weise erwogen und bestimmt werden können. Wir wollen Arbeiterkammern, welchen die Durchführung der Arbeiterschutzmaßregeln ernsthaft zugewiesen ist.

Nicht der Bezirkshauptmann und die Statthalterei und das Ministerium soll die Erlaubnis haben, unsere Arbeiterschutzmaßregeln nach ihrer Willkür einzuschränken, sondern wir wollen, daß diese Funktionen den Arbeiterkammern zufallen. Wir wollen weiter, daß von diesen Arbeiterkammern gewählte Inspektoren oder vielmehr Kommissionen im Verein mit vom Staate ernannten und besoldeten Fachorganen — daß diese die Inspektion und Durchführung der Gewerbeordnung vornehmen. Wenn man uns hierauf — wir können da ja noch eine kleine Konzession machen — etwa sagen sollte: man kann die Verlängerung des Arbeitstages nicht nur von der Arbeiterkammer abhängig machen, die Unternehmer haben auch Interessen dabei — da haben wir gar nichts dagegen, wenn die Sache etwa so formuliert würde: Überschreitung der elfstündigen Arbeitszeit ist nur dann möglich, wenn sowohl die Gewerbekammer als die Arbeiterkammer einverstanden sind. Wenn die Arbeiterkammer einverstanden ist mit einer Verlängerung und die Handels- und Gewerbekammer dagegen ist, dann soll sie nicht geschehen. (Heiterkeit.) Aber wir dürfen auch nicht verkennen, daß die Arbeiterkammern auf dieser Basis einen ganz außerordentlichen Wert für uns hätten. Ich möchte behaupten, sie hätten einen größeren Wert als alle übrigen politischen Rechte, die wir haben. Wenn wir das Recht hätten, in einem Kreis von, sagen wir, 400.000

oder 500.000 Einwohnern eine Arbeiterkammer zu haben, in die jeder Arbeiter alle Jahre — alle zwei Jahre wollen wir sagen — wählt, die Versammlungen abhält, diese Arbeiterkammer mit ihren Wählern in stetem Kontakt — dann hätten wir die Anbahnung einer Organisation erreicht, welche um so wertvoller wäre, als unsere Fachvereinsorganisation bis jetzt wenig ausgebildet ist. Hätten wir eine bedeutende Fachvereinsorganisation, ließe sich über diese Arbeiterkammern auch noch reden. Aber den zersplitterten, unorganisierten Arbeitern gegenüber, die in öffentlicher Stimmabgabe in so großen Bezirken ohne ordentliche Wählerversammlungen wählen sollen — eine solche Organisation hängt in der Luft und ist zunächst wertlos.

Als im Jahre 1872 darüber im Abgeordnetenhaus debattiert wurde, hat der Ausschuß über diese Petition, in dem Plener Referent war, klar gesagt: Wir können die Sache nicht gut machen, weil der Unterbau von Fachvereinen fehlt. Diesen Unterbau, den verkürzen sie uns heute fortwährend, machen ihn ganz unmöglich, und das müssen Sie zugeben: wenn wir durch ausdauernde Arbeit in der letzten Zeit wieder ein paar Vereine in die Höhe brachten — sie können übermorgen alle mit einem Federstrich weggestrichen werden — wer von uns kann das hindern? Aber mit solchen Institutionen uns ernstlich einzulassen, ist ganz unmöglich. Ich glaube, wir werden einfach sagen, was wir wollen, vergleiche man damit, was hier geboten ist, und daraus wird das Urteil über ihre Institutionen klar hervorgehen.

Es wird nicht lange dauern, da wird eine Enquête im Abgeordnetenhaus*) tagen — eine Anzahl Arbeiter werden berufen sein, ihr Urteil abzugeben; über die Zusammensetzung der Enquête wollen wir nicht sprechen. Wenn die Brünner Genossen noch da wären — wenn die steirischen da wären, könnten sie erzählen, wie da vorgegangen wurde**). Man hat für ganz Mähren, ganz Steiermark absolut keine Vertretung zugelassen, und für Mähren einen Mann zugelassen, der von den Arbeiterkammern so viel versteht, als ihm der Graf Belcredi darüber erzählt — (Zurufe: Seine Stellung!) seine Stellung zu charakteriseren, das kommt mir nicht zu — ein Brünner Genosse könnte das tun — er soll in direkt abhängiger Stellung von Belcredi sein. (Zurufe: Hat keine Fühlung mit der Arbeiterschaft!)

Es wird der Enquête ein Fragebogen vorgelegt werden — wir wollen den Mitgliedern der Enquête nicht vorgreifen — sie werden

*) Siehe den bereits zitierten Artikel der „Gleichheit“ vom 1. März 1889: „Die parlamentarische Enquete über Arbeiterkammern“ (Bd. V, Seite 201).

**) Für die steirischen Delegierten erzählte dann Gans (Graz), daß für ganz Steiermark, Kärnten, Krain und Istrien als angeblicher Arbeitervertreter ein gewisser Kunz ernannt wurde, weil er im Jahre 1872, als die Frage der Arbeiterkammern auftauchte, Arbeiter und Sozialdemokrat war, der aber jetzt Meister und Christlichsozialer sei.

ihre Meinung schon sagen. Aber wir wollen hier sagen, wie wir es beantworten würden, wenn wir gefragt worden wären.

Da heißt es: Erste Frage: Erscheint die im Gesetzentwurf in Aussicht genommene Institution als eine richtige und wünschenswerte Form der Vertretung der wirtschaftlichen und politischen Interessen der arbeitenden Klasse?

Darauf antwortete unsere Resolution: „Der Parteitag erklärt, daß der Gesetzentwurf weder wirtschaftlich noch politisch entspricht."

Damit ist die erste Frage erledigt und das ist die Hauptfrage.

Zweite Frage: Ist die zunächst ins Auge gefaßte Übereinstimmung zu der Zahl und dem Gebietsumfang der bestehenden Handels- und Gewerbekammern zu empfehlen?

Wir haben uns ja darüber geäußert, daß dieser Gebietsumfang ein viel zu großer ist, mitunter ein ganz unvernünftiger, weil in diesen Bezirken Industrien auseinandergerissen und nicht zusammengehörige vereinigt werden in ganz überflüssiger, unklarer und die Bedeutung einer solchen Institution geradezu fälschender Weise.

Dritte Frage: Ist die Begründung des aktiven Wahlrechtes durch die Mitgliedschaft in einer Krankenkasse zutreffend?

Ich glaube, ich meinerseits — die berufenen Genossen werden es besser verstehen — ich meinerseits weiß das nicht. Wenn das Krankenkassengesetz vollständig ausgeführt ist, wird es dem ungefähr entsprechen.

Vierte Frage: Wie wäre eine Gruppierung nach Berufskategorien durchzuführen?

Auf diesen Punkt möchte ich Sie aufmerksam machen, hier liegt etwas darunter.

Im Ausschusse nämlich — beide Parteien sind nämlich riesig arbeiterfreundlich — wenn die Linke einen solchen Gesetzentwurf einbringt, so ist es der Rechten von vornherein unmöglich zu sagen: nein; nicht einmal die Linke hat zum Arbeiterschutzgesetz absolut nein gesagt, sondern nur: man muß die Sache vernünftig machen. (Heiterkeit.) Die Rechte sagte ebenso nicht gleich: die Kammern passen uns nicht, sondern sie sagte: wir wollen das Ding ordentlich machen; wir wollen die korporative Gliederung der Gesellschaft hier ihren Anfang machen lassen — davon werden Sie im „Vaterland" gelesen haben; „wir wollen die Genossenschaften benützen, eine Gruppierung nach Berufen." Da kommen die Genossenschaften zu ihrer politischen Ausnützung. Sie wissen nun, was das bedeutet. Wir sind ganz dafür, daß in den von uns gewünschten Arbeiterkammern eine solche Gliederung auf Grundlage von Fachvereinen stattfindet. Aber diese Genossenschaften*)

*) Gemeint sind hier die Zwangsgenossenschaften der Gewerbetreibenden, bei denen auch eine Gehilfenvertretung war. Die Gehilfenversammlungen und die Gehilfenausschüsse wurden unter dem Ausnahmezustand oft ausgenützt, um einen Ersatz für die verbotenen Organisationen zu bilden.

mit ihrer absoluten Rechtlosigkeit der Gehilfen gegenüber den Meistern — die sind nicht geeignet, eine Basis dafür zu bieten. Sie sind heute im Schlepptau von der Arbeiterklasse geradezu entgegengesetzten Interessen. Es gibt allerdings auch Genossenschaften — wo die Arbeiterpartei überhaupt lebt, ist es auch möglich, einzelne der Gehilfenversammlungen herüberzuziehen und ihnen ihre wirklichen Interessen zu zeigen — aber im allgemeinen ist das durchaus nicht der Fall.

Es gehört eine ungeheure Organisation unsererseits dazu, die wir nicht haben, um die Genossenschaften für uns auszunützen. Heute, wo alle Vereine zusammengeworfen sind, die Versammlungen aufgelöst werden, sind wir oft gezwungen, eine solche Gehilfenversammlung zu benützen, um für uns auch einmal zu agitieren, wie wir eben alles, was wir haben, benützen.

Fünfte Frage: Empfiehlt sich für den Wahlakt das Listenskrutinium?

Eine zu spezielle Frage, auf die wir uns nicht einlassen. Aber hiebei weisen wir auf die offene Wahl hin, die Zettel werden ebenso viele Denunziationen an die Polizei sein.

Sechste Frage: Erscheint die vorgeschlagene Kompetenz der Arbeiterkammern richtig begrenzt und sind die Bestimmungen über die Bestellung der Funktionäre gutzuheißen?

Darüber haben wir gesprochen. Eine Kompetenz haben die Arbeiterkammern nämlich überhaupt nicht.

Die Kompetenz der Arbeiterkammern ist, Dinge in Beratung zu ziehen und darüber Resolutionen zu fassen — das können wir in unseren Versammlungen auch — daß hernach irgend Jemand auf diese gefaßten Beschlüsse irgend etwas gebe, das ist nirgends gesagt und es wird darauf wahrscheinlich ebensowenig gegeben werden wie auf unsere Resolutionen. Es ist weiter gesagt, die Arbeiterkammern haben das Recht, Fragen zu stellen und Untersuchungen einzuleiten über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter — es ist aber nirgends gesagt, daß auch die Behörden und ihre Organe darauf antworten müssen und daß die Fabrikanten darauf antworten müssen, ist schon gar nicht gesagt. Und sie werden auch keine Antwort erhalten, es wird also nicht möglich sein, ordentliche Untersuchungen in dieser Richtung zu machen. Dann weiter ist diesen Arbeiterkammern nirgends eine Exekutive gegeben, es ist unmöglich, die Untersuchung irgendeines gewerblichen Etablissements durchzuführen — wenn die Arbeiterkammer nur eine Resolution darüber fassen kann, so nützt das absolut nichts. Unsere Ausführungsorgane, die Gewerbebehörden, sind ja zu dieser ihrer Funktion erst vor nicht gar langer Zeit gelangt, sie verstehen daher davon so gut wie nichts und bei den meisten fehlt auch der gute Wille — einzelne Ausnahmen wollen wir ja gelten lassen. Auch sind sie viel zu sehr überbürdet mit Arbeiterangelegenheiten, sie haben fortwährend Untersuchungen über die Zustände der Arbeiter zu pflegen, ob nicht etwa irgendwo die Ruhe und Ordnung gestört wird, auch haben sie zu viel zu tun mit der

Untersuchung des Arbeitsbuches*) — das ist nämlich der einzige Punkt unserer Gewerbeordnung, der durchgeführt wird, und zwar drakonisch — als daß sie noch Zeit hätten für etwas die Arbeiter wirklich Interessierendes. Nun, wie jeder von Ihnen weiß, fiel diese Bestimmung, welche den Arbeiterkammern wirklich einen Wert verleihen würde, im Entwurf, und man muß wirklich zu der Frage gelangen, ob die Arbeiterschaft Österreichs nicht einfach sagen soll: behaltet euch eure Arbeiterkammern, wir pfeifen darauf.

Das wäre allerdings sehr einfach, wir sind aber verpflichtet, nicht nur zu sagen, was wir nicht wollen, sondern auch zu sagen, was wir wollen, verpflichtet, nicht etwa deswegen, weil wir glauben, daß wir dann das erreichen, was wir angesprochen haben, sondern, weil wir der Arbeiterschaft, die noch nicht organisiert ist, die sich noch nicht in unseren Bahnen bewegt, auch beweisen und erklären müssen, warum wir das gerade nicht wollen und weil wir auch die Ziele angeben müssen, denen wir zusteuern. Eine solche Organisation, die ich Ihnen früher nur in einzelnen Zügen geschildert habe, ist in dem ausgezeichneten Arbeiterschutzgesetzentwurf, welchen unsere Genossen im Deutschen Reichstag eingebracht haben, in allen Einzelheiten ausgeführt; sie hätte für uns einen ungeheuren Wert, und daß dies auch unsere Gegner anerkennen, beweist eine Szene im Deutschen Reichstag, die etwa folgendermaßen verlief: Abgeordneter Bebel, der auseinandersetzte, wie eine solche Organisation beschaffen sein müßte, sagte unter anderem: das wollen wir und sonst nichts von euch, worauf ihm Minister Böttcher zurief: „das glauben wir, dann seid ihr fertig!" Dann sind eben die Vorbereitungen geschaffen, um alles zu erreichen, was wir wollen, wenn wir in Bezirke abgeteilt sind, wenn wir unsere Angelegenheiten selbständig verwalten, wenn wir Gelegenheit haben, unsere Leute zu schulen in der Verwaltung und ihre Interessen mit einer gewissen Autorität zu wahren — dann sollen sich die Gewerbebehörden und andere darauf gefaßt machen, daß die Interessen der Arbeiterschaft eine sehr gute Vertretung haben werden. Ich habe nur einzelnes fragmentarisch angedeutet, aber das Eine glaube ich noch sagen zu dürfen, daß alle diejenigen, welche unseren Verhandlungen beigewohnt haben, die Überzeugung mitnehmen werden, daß diese Frage von der Arbeiterschaft ganz objektiv und ruhig verhandelt wird; der einzige Gesichtspunkt, der uns leitet, ist eben der, was für die Organisation der Arbeiterschaft nützlich und förderlich ist, alles übrige interessiert uns nicht. (Lebhafter Beifall.)

*

Ich möchte nur noch ein paar Worte dem beifügen, was Genosse K ö r b e r aus Prag erzählt hat**). Ich zweifle gar nicht, und das

*) Ohne Arbeitsbuch durfte kein Arbeiter aufgenommen werden. Das Arbeitsbuch wurde oft durch geheime Zeichen als Steckbrief gegen die Arbeiter ausgenützt.

**) Nach Adler sprach dann Eduard R i e g e r (Kratzau), der nachmalige Abgeordnete, dann Wilhelm K ö r b e r (Prag), der erzählte, daß die Jung-

zeigt, wie es heute in unserem Parlament und mit unseren Parteien aussieht, daß die tschechischen Abgeordneten, sowohl die Alt- als die Jungtschechen ganz dafür wären, daß die Arbeiterkammern eingeführt werden, obwohl sie sich an der Debatte seinerzeit sehr wenig beteiligt haben und ihre Wortführer nur allerlei Flausen gemacht haben. Aber dem möchte ich entgegentreten, daß sich unter den Genossen die Ansicht bildet, daß, wenn die Arbeiter zu den Arbeiterkammern nein sagen, sie dann nicht eingeführt werden. Wir werden uns durch solche Redensarten nicht bestimmen lassen. Die Arbeiter sagen seit 20 Jahren nein zu unserem Vereinsrecht, nein zu unserem Versammlungsgesetz und sie schreien nein zu unseren Ausnahmsgesetzen, und trotzdem haben wir alle diese Gesetze. Glauben Sie mir, es ist der Regierung völlig gleichgültig, wie wir darüber urteilen. Den Parteien liegt ebensowenig wie der Regierung an der Einführung der Arbeiterkammern, sie wollen nur, daß sie sie in Vorschlag bringen, um unter der Arbeiterschaft für sich eine günstige Meinung zu erzeugen. Es handelt sich also um einen Gimpelfang. Es fehlen dazu eben nur die Gimpel. (Lebhafter Beifall.)

So ist die Sache, und das muß auch, das soll auch gesagt werden. Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter einen Einfluß hätten auf die Gesetzgebung, auch nur in der Weise, daß man ihre Wünsche irgendwie berücksichtigte. Das ist nicht wahr. Wenn das wahr wäre, dann müßte die Regierung nach unseren Versammlungen und unserem Parteitag nicht sagen, wir wollen die Arbeiterkammern nicht, sondern sie müßte sagen: dann werden wir den Arbeiterkammern einen ordentlichen Inhalt geben. Das tut die Regierung nicht, und die Wünsche der Arbeiter haben auf sie absolut keinen Einfluß.

Daß die Agitation in Prag so betrieben wird von den tschechischen Abgeordneten, ist höchst interessant. Es zeigt, daß sie ebenso wie die deutschen einen Brücke suchen, ein Mittel mit den Arbeitern in irgendeine Berührung zu treten, und gerade in Prag ist das ungeheuer wichtig — ich hoffe, ich werde keinem der anwesenden slawischen Arbeiter nahetreten, er wird wissen, was ich meine und worauf ich anspiele — es ist wahr, daß die slawischen Arbeiter gerade auch in Prag bis zu einem hohen Grade bis in letzter Zeit im Schlepptau der jungtschechischen Partei waren (Körber: waren). Gerade noch in Resolutionen der letzten Zeit ist ein gewisses Vertrauen zur jungtschechischen Partei zum Vorschein gekommen — noch immer die alte Illusion der Petitionen! — oft in

---

tschechen wie die Alttschechen sich bemühen, die Arbeiter für die Arbeiterkammern zu gewinnen, dann Dr. Adolf Braun, der bekannte Theoretiker und Praktiker des Gewerkschaftswesens, der Schwager Victor Adlers, der schon an der „Gleichheit" mitarbeitete und später Redakteur der „Arbeiter-Zeitung", dann Redakteur in Nürnberg und schließlich, nach dem Umsturz, Mitglied des Deutschen Reichstags war.

Dann kam wieder Adler zu Wort.

ganz merkwürdigen Formen — ich habe gelesen, daß eine Versammlung von Arbeitern beschloß, eine Petition an das Abgeordnetenhaus zu richten, gelegentlich der Feier des 40jährigen Jubiläums das allgemeine Wahlrecht einzuführen. (Körber: Das ist eine Fälschung!) Also ist das erlogen gewesen.

Aber es kommen auch Züge von solch rührender Naivität vor, daß wir uns darüber wundern müssen. Durch die rührige Agitation und durch die energische Arbeit unserer slawischen Genossen fangen die tschechischen Arbeiter an, sich der Fühlung mit den Jungtschechen allmählich zu entziehen — sie verlieren allmählich die Fühlung, und nach und nach gibt es eine selbständige tschechische sozialdemokratische Partei, welche von den jungtschechischen Abgeordneten nichts wissen will, wie die deutschen Arbeiter nichts von ihren Abgeordneten. Dies merken die tschechischen Abgeordneten und benützen jedes Mittel, um sie wiederum in ihre Schlingen hineinzubringen; es ist gut hier darauf aufmerksam zu machen. Genosse Resel*) macht mich darauf aufmerksam, daß hier nicht erwähnt wurde, daß auch ein Passus vorkommt: „daß diejenigen, die in Untersuchungs- oder Strafhaft sind, von der Wählbarkeit ausgeschlossen sind." Nun, Genossen, das ist ein sehr wichtiger Paragraph. Sie wissen, daß man bei uns mit der Untersuchungshaft nicht viel Umstände macht. Es wäre sehr gut, besonders wie es in Böhmen üblich ist, wie seinerzeit bei Verhängung des Ausnahmezustandes einfach alle Listen der Ausschüsse der Fachvereine hergenommen wurden und die Leute von A bis Z ausgewiesen wurden — ohne zu fragen, was sie getan haben — man fragte einfach, ob er nach Wien zuständig ist, oder nicht; — ebenso können dann, wenn eine solche Liste aufgestellt wird, 25 bis 30 Leute in Untersuchungshaft gesteckt werden, wenn es gerade nicht paßt, daß sie gewählt werden. (Sehr richtig!) Und ich bin überzeugt, daß wir noch Richter dafür finden werden; denn bei jedem findet sich doch ein Anhaltspunkt. Vielleicht hat er eine Nummer des »Rovnost« oder »Věk Svobody«**) bei sich. Dies genügt. Der Geheimbund wird dann schon gesucht werden. Nach der Wahl entläßt man sie wieder und das Recht ist wieder hergestellt. (Gelächter.) Ich selbst bei meinem Geheimbundprozeß bemühe mich jetzt, bei drei oder vier Vernehmungen zu erfahren, warum der Prozeß gemacht wird; man nennt mir immer einen Paragraph. Ich sage: Aber auf Grund welcher Tatsachen? Da erwidert man mir: Ja, die Tatsachen, die suchen wir eben. (Heiterkeit.) Gerade so gut könnte es da sein. Mich sperrt man nicht ein. Ich bin ein Doktor, den sperrt man nicht gern ein. Aber da könnte man die ganze Kandidatenliste einsperren. Daß sie überhaupt auf dieselbe Liste geschrieben wurde, für eine Wahl, alle zusammen, das ist schon ein sehr wichtiges Indizium, daß ein Geheimbund existiert.

*) Hans Resel, der nachmalige Abgeordnete von Graz, vertrat damals noch St. Pölten. Er ist im Jahre 1928 gestorben.

**) Zwei tschechische Parteiblätter.

Die Liberalen und das allgemeine Wahlrecht.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 31. Oktober 1890*).

v. a. Es geschehen Zeichen und Wunder. Die Liberalen Österreichs fangen an für das allgemeine Wahlrecht zu schwärmen. Es ist noch nicht lange her, daß Herr von Plener offiziell und feierlich sich gegen jede derartige Ausdehnung des Wahlrechtes ausgesprochen und seine Stellungnahme unter anderem damit motivierte, daß in England gerade das „verrottetste Wahlsystem“ die größten Staatsmänner gezeugt. Herr von Plener rechnet sich offenbar darum zu den „größten Staatsmännern“, weil er auch seinen Parlamentssitz einem so verrotteten Wahlsystem verdankt**). Aber die ganze liberale Staatsmännerei erlebt böse Tage. Gegen ihren Willen hat der Kleinbürger das Wahlrecht bekommen und nützt es nun gegen sie aus. Ein städtischer Bezirk um den anderen geht an die „Antiliberalen“ verloren. Die letzten Landtagswahlen in Niederösterreich haben die Liberalen eine erhebliche Anzahl von den Sitzen gekostet***), und wenn der nationale Rummel in Böhmen, der zum letzten Male sein Spektakelstück aufführt, vorüber sein wird, werden auch dort die sozialen Gegensätze in den Vordergrund treten.

Die nächsten Reichsratswahlen werden wahrscheinlich den Liberalen noch mehr ernstliche Verluste bringen und einer ganz erklecklichen Anzahl von „Antisemiten“, „Antiliberalen“, „Deutschnationalen“ oder „Christlichsozialen“, oder welche Namen der kleinbürgerliche Wurstkessel sonst noch führt, zu Parlamentssitzen verhelfen. Was nützt aber die Liberalen ihr Monopol auf das Wahlrecht, wenn andere davon profitieren? Not lehrt beten, in der Todesangst werden die Liberalen — liberal. Eine Anzahl von Vereinen, von liberalen Zeitungen fängt an, das allgemeine Wahlrecht zu erörtern, ja die „Neue Freie Presse“ in höchsteigener Person hat — so um die Zeit des 1. Mai herum — davon zu sprechen nicht unter ihrer Würde gehalten. Der Arbeiter, der kluge,

*) Die Liberalen, die eigentliche Partei des Großbürgertums, die bei jeder Wahlrechtserweiterung Mandate einbüßten, waren die borniertesten Feinde des allgemeinen Wahlrechts. Da sie aber auch die intellektuellen Schichten vertraten, mußten sie manchmal so tun, als ob sie für das allgemeine Wahlrecht wären. Das taten sie gewöhnlich so, daß sie für die Volksrechte in — anderen Ländern eintraten. Da mußte sie Adler annageln. Siehe auch den Artikel vom 2. Juni 1893 über die gleiche Frage.

**) Ernst v. Plener war Abgeordneter der Handelskammer von Eger. Die „Neue Freie Presse“ nannte ihn im Februar 1889 bewundernd den „Führer mit dem Helmbusch“. Das Wort blieb als Spottwort.

***) Im Oktober 1890 fanden die Wahlen zum Landtag statt, bei denen zum erstenmal die Fünfguldenmänner wählten. Die Liberalen behielten nur noch 5 Mandate in den Landgemeinden, 18 in den Städten (von 28 Land- und 29 Stadtmandaten) sowie die Mandate in den Handelskammern und im Großgrundbesitz.

der verständige, der aufgeklärte Arbeiter. Da diese Leute vom ganzen politischen Leben nichts sehen als den „Antisemitismus", genau wie das hypnotisierte Huhn einzig den Kreidestrich, vergessen sie alles über der unleugbaren Tatsache, daß der Arbeiter den Antisemiten ebenso feindlich gegenübersteht wie ihnen selber, und sie suchen aus der gemeinsamen Gegnerschaft eine Freundschaft oder wenigstens die Möglichkeit eines Bündnisses herauszutüfteln. Sie spüren in der Arbeiterbewegung etwas, was ihnen gänzlich abgeht; Jugend, Mut, Kraft, Begeisterung — und sie wären nicht abgeneigt, an diesem Feuer ihre Suppe zu kochen.

Nicht allein die Furcht der Liberalen aber ist es, was das allgemeine Wahlrecht nach und nach zum Gegenstand der öffentlichen Diskussion macht. Noch eine andere Tatsache wirkt mächtig in demselben Sinne. Das Rumpfparlament, welches sich österreichisches Abgeordnetenhaus nennt, war niemals eine Volksvertretung. Aber es hat Zeiten gegeben, wo es sich bei einiger Phantasie wenigstens einbilden konnte, es zu sein. Heute aber ist die Arbeiterklasse Österreichs erwacht. Mit Kraft und Entschiedenheit tritt sie auf den Kampfplatz; die Sozialdemokratie macht täglich gewaltige Fortschritte; der Klassenkampf fängt an, deutlich zu werden und europäische Formen anzunehmen. Immer häufiger wiederholt sich die Erscheinung, daß die parlamentarischen Redeübungen an Wichtigkeit im öffentlichen Bewußtsein weit zurücktreten gegen das, was da draußen vorgeht; immer deutlicher wird es, daß die Arbeiterklasse ein Machtfaktor im politischen Leben Österreichs geworden ist. Immer klarer wird es also auch, daß die Bezeichnung des Abgeordnetenhauses als „Volksvertretung" eine heute von niemand geglaubte konventionelle Lüge ist. Das ist es, was bei allen Parteien jenes Gefühl der Unsicherheit und Unbehaglichkeit erzeugt, woran sie alle kranken. Und diese Umstände bringen auch das allgemeine Wahlrecht zur Diskussion und werden es nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden lassen.

Dazu kommt noch, daß soeben in Belgien unter ganz eigentümlichen Verhältnissen ein Teil der Liberalen sich mit den Sozialisten verbündet hat, um gemeinsam die klerikale Majorität zu stürzen, um das allgemeine Wahlrecht zu gewinnen. Da mag denn den Liberalen Österreichs ein ähnliches Bündnis als Ziel vorschweben.

Das Wahlrecht ist ein Kampfmittel, welches die österreichische Arbeiterschaft schmerzlich entbehrt. Für die sozialdemokratische Agitation, für die Organisation der Arbeiterklasse wäre mit der Erreichung des allgemeinen Wahlrechts sehr Erhebliches gewonnen, und es verlohnt deshalb der Mühe, uns die Leute näher anzusehen, die uns dieses kostbare Geschenk anbieten. Wir, für unsere Person, gestehen offen, daß wir ein ehrliches, offenes und klares Bündnis zur Erreichung ganz bestimmter politischer Ziele durchaus nicht von vornherein verwerfen; dazu sind wir nicht doktrinär genug. Es ist sehr wohl möglich, daß zwei verschiedene Parteien ein begrenztes Stück Weges zusammengehen, ohne ihrer Würde irgend etwas zu vergeben.

Aber zu einem politischen Vertrag, wie zu jedem anderen, gehören vor allem zwei Dinge: jeder Teil muß überzeugt sein, daß der andere *ehrlich* will, was er verspricht, und ebenso, daß er *leisten kann*, was er verspricht.

Was nun die *Ehrlichkeit* anbelangt. Daß der österreichische Liberalismus die verlogenste Erscheinung im modernen politischen Leben ist, haben wir nicht erst zu beweisen, sondern nur in dem einzelnen Falle darzutun. Seine Doppelzüngigkeit wird nur noch von seiner Gedankenlosigkeit überboten. In demselben Augenblick, wo die liberale Presse sich an die Arbeiterklasse heranbiedert und vom allgemeinen Wahlrecht zu sprechen beginnt, tobt im böhmischen Landtag der Kampf um den sogenannten „Ausgleich", der nichts anderes zur Voraussetzung hat als die *Verewigung der Vorrechte des Großgrundbesitzes*, als die feierliche Einsetzung einer Handvoll Feudalherren zu Schiedsrichtern zwischen zwei Völkern. Derselbe Liberalismus, der es wagt, das allgemeine Wahlrecht im Munde zu führen, setzt sich dort für das erbliche Privilegium des Grundadels ein, will es erweitern und kräftigen.

Aber Böhmen ist weit. Was geschieht in Wien? Hier wird ein Gemeindestatut für die künftige Großkommune ausgearbeitet*). Die Regierung zeigt plötzlich ein sehr verdächtiges Bedürfnis nach „Fortschritt". Die Liberalen „wittern Morgenluft" und die Regierung verfolgt großartige militärische Pläne, worüber Lueger weislich schweigt. Davon ein andermal. Aber das neue Statut bedingt eine neue Wahlordnung. Und in denselben Blättern, die sich den Schein geben, das allgemeine Wahlrecht zu befürworten, wird schamlos und unverhüllt für die Beibehaltung der Wahlkörper und für alle die wahlgeometrischen Künsteleien und Kniffe eingetreten, welche den Liberalen die Majorität sichern sollen. Und da soll irgendein Mensch an die politische Ehrlichkeit dieser Kumpane glauben!

Aber nehmen wir einen Moment an, die liberalen Wortführer wären ebenso aufrichtig als sie verlogen sind, sie wären politische Naturburschen, die in ihrer Naivität ihre eigenen Widersprüche nicht merken, und prüfen wir, was sie leisten könnten, wenn sie wollten. Da wäre es denn eine gänzliche Verkennung der politischen Verhältnisse Österreichs und ihrer Geschichte, zu glauben, die liberale Partei hätte die Macht, eine so gründliche Veränderung im Staatsleben herbeizuführen, wie sie die Einführung des allgemeinen

*) Es handelte sich um die Vereinigung der Vororte mit den bisherigen zehn Wiener Bezirken zu einer Gemeinde Groß-Wien mit neunzehn Bezirken. Am 14. Oktober 1890 hatte die Regierung das neue Statut für Groß-Wien dem Landtag vorgelegt. Am 20. Dezember wurde es sanktioniert.
Im Jahre 1899 wurde dann vom zweiten Bezirk (Leopoldstadt) die Brigittenau als zwanzigster Bezirk losgetrennt und am 10. Jänner 1905 kam dann Floridsdorf als einundzwanzigster Bezirk zu Wien. (Siehe die Rede in der Sitzung des niederösterreichischen Landtages vom 16 .Juli 1902 über die damals unterbliebene Eingemeindung von Floridsdorf.)

Wahlrechtes bedeuten würde. Österreich wird nicht vom Parlament regiert. Nicht das Parlament macht die Regierung, sondern die Regierung, die jeweilig das „Vertrauen der Krone“ genießt, macht sich ihr Parlament zurecht. Und wer ist so naiv, zu glauben, irgendeine Regierung würde freiwillig auf ein so bequemes Instrument verzichten, wie es der österreichische Parlamentarismus mit seinen allzeit getreuen und zimmerrein gedrillten Großgrundbesitzern ist. Nein, die ohnmächtige Schwäche des Liberalismus ist der einzige, aber allerdings schwerwiegende Milderungsgrund, den er bei der Beurteilung seiner Verbrechen geltend machen kann. Aber da dem so ist, welchen Wert haben die liebenswürdigen Versprechungen der Liberalen? Was hat die Arbeiterschaft davon, daß der Liberalismus plötzlich sein demokratisches Herz entdeckt hat? „Was kannst du armer Teufel bieten?“

Nein, die Arbeiterklasse Österreichs muß die ganze Arbeit allein besorgen. Sie, und sie allein wird sich das Wahlrecht erkämpfen; sie wird zu einer Macht heranwachsen, der man die Tore des Parlaments wird einfach nicht mehr versperren können. Über die Trümmer der alten Parteien, der liberalen wie der antiliberalen, geht ihr Weg. Ihr Wachstum, ihr Erstarken wird der Anlaß werden, daß endlich die leblosen Überbleibsel der vergangenen Zeiten des Feudalstaates in die längst verdiente Rumpelkammer wandern und der Boden geebnet wird für den Kampf unserer Zeit. Die Arbeiterschaft Österreichs wird sich politische Rechte erzwingen müssen, niemals wird man sie ihr gewähren.

Sollten aber die Liberalen wirklich das Bedürfnis fühlen, eine Probe abzulegen von der Echtheit ihrer Gesinnung, so wollen wir ihnen eine prächtige Gelegenheit dazu verraten. Wir hoffen, daß Dr. Kronawetter*), der sich mit einigen mehr oder minder aufrichtigen Schwärmern für die Ideale der alten, ehrlichen, bürgerlichen Demokratie bemüht, seinen alten Antrag auf Revision der Verfassung im Sinne des allgemeinen Wahlrechtes, den er vor jetzt fünf Jahren eingebracht, auf die Tagesordnung wird setzen lassen. Da mögen denn die Herren ihre Künste auf dem frischgespannten liberalen Seile zeigen. Aber wir fürchten, Pleners Helmbusch weht dann — im Buffet.

Ist ihnen aber diese Probe zu hart, so gibt es weit billigere Methoden, die Waschechtheit des Liberalismus zu zeigen. Es gibt eine Anzahl von Reformen, die so dringend sind, deren Notwendigkeit so selbstverständlich und allgemein anerkannt ist, daß, wenn die Liberalen ernstlich wollen, niemand zu widersprechen wagen wird.

Wir nennen nur: die Aufhebung der Ausnahmeverfügungen, die Freigebung der Kolportage, die Aufhebung des objektiven Verfahrens. Lauter Dinge, die durchaus dem liberalen Programm entsprechen, und die selbst in diesem Abgeordnetenhaus durchzusetzen sind, wenn sie wollen.

*) Über Kronawetter Näheres Seite 107, Fußnote.

Ein wirksameres Wahlmanöver können wir den Liberalen nicht empfehlen.

Berichte an die Internationale*).

An den internationalen Sozialistenkongreß zu Brüssel 1891.

Wenige Monate vor dem Internationalen Arbeiterkongreß zu Paris, in den ersten Tagen des Jahres 1889, vollzog sich auf dem Parteitag zu Hainfeld die Neukonstituierung der österreichischen Arbeiterpartei. Nach einigen Jahren des Stillstandes, ja des Rückganges, hatte die Partei sich wiedergefunden; die Spaltungen innerhalb der sozialistisch denkenden Arbeiterschaft hatten wieder einer festen, einheitlichen Organisation mit klaren, genau umschriebenen Prinzipien und einem wohldurchdachten Arbeitsprogramm Platz gemacht. Der in einem politisch zurückgebliebenen, despotisch regierten Lande so begreifliche und naheliegende Irrtum, auf jede politische Tätigkeit zu verzichten und die ganze Hoffnung auf den Ausbruch der durch äußersten Druck zur Verzweiflung gesteigerten Unzufriedenheit des Volkes zu setzen, war überwunden und alle Elemente der klassenbewußten Arbeiterschaft hatten sich auf dem Boden der sozialdemokratischen Prinzipien, welchen Karl Marx die theoretische Grundlage gegeben, zusammengefunden. Eine politische Partei, welche weiß, daß ihr revolutionäres Endziel, der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes, der Abschluß einer notwendigen geschichtlichen Entwicklung ist, deren Träger nur das klassenbewußte Proletariat selbst sein kann, muß, wie unser Hainfelder Programm es ausdrückt, seine eigentliche Aufgabe darin sehen, „das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten“.

Neben der eigentlichen prinzipiellen sozialdemokratischen Propaganda ist also der Kampf um die Erringung von politischer Macht

*) Im Gegensatz zu dem Bericht an den Londoner Internationalen Sozialistenkongreß vom Jahre 1896, der sich vornehmlich mit der Wahlrechtsbewegung beschäftigt, ist in diesen beiden ersten Berichten nach Brüssel und nach Zürich vom Wahlrechtskampf direkt weniger die Rede. Trotzdem aber sollen auch diese beiden Berichte hier ihre Stelle finden — einmal, weil sie uns den Zustand Österreichs schildern, in dem die Arbeiter in den Wahlrechtskampf eintraten, dann auch, weil da doch einiges vorweggenommen ist, was zum Verständnis des Kampfes später erklärt werden müßte.

Der Internationale Sozialistenkongreß in Brüssel fand vom 16. bis 22. August 1891 statt. (Siehe den Artikel „Zum Brüsseler Kongreß“ in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 28. August 1891. Bd. VII, Seite 64 ff.) Der Züricher Kongreß war vom 6. bis 12. April 1893. (Siehe Bd. VII, Seite 5 ff. und 11 ff.), der Kongreß in London war vom 27. Juli bis 1. August 1896. (Bd. VII, Seite 69 ff.)

Der Bericht an den Londoner Kongreß wird an seiner Stelle (Seite 186 ff.) eingeschaltet werden.

durch das Proletariat und der Kampf für die bessere Gestaltung der physischen Lebensbedingungen für die unmittelbare Gegenwart zu führen und alle drei Momente sind untrennbar miteinander verknüpft. In jeder dieser Richtungen begegnet die Sozialdemokratie in Österreich Schwierigkeiten, die gewiß in keinem anderen Staat Europas größer sind. Von der Verschiedenheit der Nationalität wollen wir nicht sprechen; sie bewirkt nur eine technische Schwierigkeit, welche in dem Grade überwunden ist, daß es heute nur eine einzige österreichische sozialdemokratische Partei gibt, in welcher die klassenbewußten Proletarier deutscher, tschechischer, polnischer, italienischer und slowenischer Zunge brüderlich vereinigt sind. Nationaler Chauvinismus, der den Lebensinhalt der Bourgeoispolitik Österreichs ausmacht, hat unsere Partei niemals gehemmt; sie war stets eine internationale Partei im besten Sinne des Wortes.

Größer ist die Schwierigkeit, welche in der Verschiedenheit der Stufe ökonomischer Entwicklung liegt. Neben großen Gebieten, wo die Ausbeutung mit den modernsten Formen großkapitalistischer Produktion arbeitet, finden wir andere, in welchen noch der Feudalismus seine patriarchalischen Ausbeutungsmethoden üben kann, und solche, wo ein Bauernstand, der noch halb in der Naturalwirtschaft steckt, eben erst beginnt vom Kapitalismus bedrängt zu werden. Dem entspricht der politische Zustand Österreichs. Neben Elementen einer Bourgois-Konstitution liberalen Zuschnitts finden sich feudale Reste von solcher Macht und Ausdehnung, daß Österreich politisch nicht als moderner europäischer Staat bezeichnet werden kann.

Die herrschenden Klassen, Feudaladel und Bourgeoisie, haben zur Verteidigung ihrer Klasseninteressen gegen das erwachende Proletariat nicht nur die Waffen des modernen Liberalismus, sondern ebenso das ganze Arsenal des Polizeistaates, wie die Fesseln, in welchen die jahrhundertelange Herrschaft der Kirche das Volk erhielt, zu ihrer Verfügung. Alle Mittel der Propaganda und Organisation, Vereinsrecht, Versammlungsrecht, Preßfreiheit, Koalitionsrecht, sind nur in so beschränkter und überdies zweideutiger Form gegeben, daß sie von der im Dienste der Ausbeuterklassen stehenden Verwaltung ohne weiteres aus einem Hebel der Befreiung in Werkzeuge der Verknechtung umgefälscht werden können. In Einzelheiten an dieser Stelle einzugehen, wäre gänzlich wertlos, da es unmöglich ist, dem Ausländer die Kette von Polizeikniffen klarzumachen, als welche die berühmte „Freiheit wie in Österreich*)" sich

*) Der Spruch „Freiheit wie in Österreich" stammt aus dem Jahre 1861, aus dem preußischen Verfassungskonflikt. Österreich hatte den Krieg in Italien und damit die blühende Provinz Lombardei verloren. Das Budget für 1860 hatte ein Defizit von 280 Millionen Gulden. Franz Josef suchte die Öffentlichkeit, die eine Verfassung verlangte, zuerst mit dem Schwindel des verstärkten Reichsrates und seinen ernannten Mitgliedern zu übertölpeln, dann mit dem Oktoberdiplom vom 20. Oktober 1860, das den Schwerpunkt in die Landtage verlegte. Aber die Kapitalisten, die dem

in Wirklichkeit darstellt. Dazu aber kommt, daß wir in Österreich jenes wichtigsten Mittels der Agitation, jenes wertvollsten Maßstabes der eigenen Kraft entbehren, welches im Wahlrecht liegt. Das Wahlrecht ist an eine direkte Abgabe von 5 Gulden geknüpft und schließt den eigentlichen Lohnarbeiter vollständig aus. Dadurch wird es notwendig, daß in dem Programm der österreichischen Sozialdemokratie Forderungen Platz finden, die in anderen Ländern als selbstverständliche und eingelebte Bedingungen des öffentlichen Lebens längst verwirklicht sind.

Die fortwährend schwankende Politik der Regierung nahm der Arbeiterbewegung gegenüber in den Jahren 1883 bis 1886 einen grausamen, ja geradezu blutdürstigen Charakter an. Einige anarchistische Gewaltakte, denen später mehrere kindische „Dynamitattentate" und dergleichen folgten, deren harmlose Verüber offenkundig die naiven Opfer von Lockspitzeln waren, gaben den Anlaß, dem Parlament ohne namhaften Widerstand die Genehmigung von zwei Ausnahmeverordnungen*) abzugewinnen, deren eine alle „anarchistischen Delikte" den Schwurgerichten entzog und besonderen Ausnahmsgerichtshöfen zuteilte, deren zweite für Wien und die Industriebezirke Niederösterreichs alle politischen Rechte suspendierte und insbesondere die Ausweisung ohne richterliches Urteil, auf bloßen Ukas der Polizei hin, ermöglichte. In Wien, dem einen großen Zentrum der Arbeiterbewegung, wurde nun die Organisation auf Grund dieser Regierungsverordnung mit einem Schlage zertrümmert, Hunderte von Arbeitern ausgewiesen, die Fachvereine aufgelöst oder zur freiwilligen Sistierung gezwungen. In dem anderen größten Industriezentrum, in Böhmen, geschah ganz dasselbe, ohne auch nur das Feigenblatt der „gesetzlichen" Be-

---

bankrotten Staate Geld borgen sollten, wollten, daß ihre Klassengenossen die Finanzen Österreichs kontrollieren. Dazu kam, daß Franz Josef nach dem Verlust der Lombardei wieder in Deutschland seine Macht zu verstärken suchte. Um Preußen im Ansehen des deutschen Bürgertums zu verdrängen, da im Jahre 1861 nach dem Tode des geisteskranken Friedrich Wilhelm IV. der neue König Wilhelm I. eine liberale Regierung berufen hatte, entschloß sich Franz Josef, auch eine Regierung des Großbürgertums einzusetzen. Am 4. Februar 1861 wurde Freiherr v. Schmerling, der 1848 in Frankfurt Reichsminister gewesen war, Ministerpräsident und am 26. Februar wurde mit dem Februarpatent die Verfassung kundgemacht, die einen von den Landtagen gewählten Reichsrat einsetzte und das Wahlrecht für die Landtage den vier Kurien übertrug, die bis zur Badenischen fünften Kurie bestanden; nur war in den beiden letzten Kurien das Wahlrecht an eine Steuerleistung von 10 bis 20 Gulden geknüpft, so daß nur die großen Steuerzahler das Wahlrecht hatten.

Die österreichische Großbourgeoisie feierte Schmerling als Vater der Verfassung, die preußische Bourgeoisie, die bald danach von Bismarck im Verfassungskonflikt an die Wand gedrückt wurde, beneidete ihre österreichischen Klassengenossen und sehnte sich nach der „Freiheit wie in Österreich" — die in Wirklichkeit eine Scheinfreiheit auch für die Bourgeoisie war, wie die Verfassung eine Scheinverfassung.

*) Siehe im sechsten Bande dieser Schriften („Aufbau der Sozialdemokratie") das Kapitel „Der Kampf gegen den Terror", Seite 31 ff.

stimmungen für nötig zu finden. Dort wurden Hunderte von Arbeitern, deren ganzes Verbrechen oft nur im Besitz eines öffentlich erscheinenden Arbeiterblattes bestand, gefesselt nach Prag geschleppt, um dort nach monatelanger Untersuchungshaft vor einen Gerichtshof gestellt zu werden, der, trotzdem er von der noch heute geltenden Fiktion eines über ganz Österreich sich erstreckenden sozialistischen Geheimbundes ausging, oft nicht imstande war, zu verurteilen. Dabei wurden von Zeit zu Zeit größere „Anarchistenprozesse" arrangiert, deren Hauptheldeu es gewöhnlich gelang, rechtzeitig zu entfliehen, während ihre armen, verführten „Mitschuldigen", die sie ans Messer geliefert, ihre Leichtgläubigkeit mit acht-, zehn-, zwölf-, ja zwanzigjähriger Kerkerstrafe büßen mußten. Die Mehrzahl dieser Unglücklichen, die durchaus in dem Glauben gehandelt, der Sache des Proletariats zu nützen, sind bereits an Gefängnisskorbut und Tuberkulose zugrunde gegangen. Es gibt Leute, welche für den Versuch der Verbreitung aufreizender Flugschriften auf diese Weise der trockenen Guillotine verfallen sind.

Von den herrschenden Parteien war selbstverständlich nicht die geringste Hilfe zu erwarten. Was in Österreich innere Politik heißt, ist der Kampf der drei Faktoren: Hochadel, Kirche und Bourgeoisie, um jenen Rest von Macht, welchen der alles übersteigende Einfluß der Krone übrig läßt. Dabei werden die nationalen Streitigkeiten als Maske benützt und durch zeitweilige Bündnisse die Sachlage noch mehr verdunkelt. Die Bauernschaft ist politisch der Schwanz der Klerikalen; das Kleinbürgertum befindet sich auf dem Wege zur Proletarisierung in jener Phase, wo es, vor sich den Abgrund sehend, Hilfe in der Vergangenheit sucht, reaktionär wird und jedem reaktionären Schlagwort willenlos anheimfällt.

Alle diese Faktoren gebärden sich „arbeiterfreundlich", stehen aber allen Forderungen der Arbeiter und insbesondere ihrer Organisation feindlich gegenüber. Untereinander in grimmigster Fehde, bilden sie dem Proletariat gegenüber in der Tat nur „eine einzige reaktionäre Masse". Die Sozialdemokraten Österreichs waren ganz allein auf sich selbst angewiesen. Auch für die liberale Bourgeoisie Österreichs bildet die politische Freiheit längst keinen ernstlichen Programmpunkt mehr.

Unter solchen Umständen war die doppelte Aufgabe der Agitation für das neu festgestellte Programm unserer Partei und die Wiederaufrichtung und den Ausbau der Organisation der Arbeiterschaft eine schwere Aufgabe und wir dürfen mit freudigem Stolz darauf hinweisen, daß wir ernstliche Erfolge aufzuweisen haben.

Wir wollen hier gleich den politischen Teil vorwegnehmen und in ganz wenigen Strichen die Fortschritte kennzeichnen. Es ist uns vor allem gelungen, indem wir durch breiteste Öffentlichkeit der ganzen Agitation dafür sorgten, daß die Bevölkerung nicht nur unsere Prinzipien, sondern auch unsere Taktik kennenlernte, die Ausnahmeverordnungen ad absurdum zu führen. Sie sind gefallen, weil sie zum öffentlichen Gespötte geworden. Die früher zahllosen Ge-

heimbundprozesse hatten jeden Anhaltspunkt verloren; es ging einfach nicht mehr, Männer als Geheimbündler zu verurteilen, die in Dutzenden von Zeitungen, in zahllosen Versammlungen öffentlich ihr Programm aussprachen. Freilich ging das alles nicht ohne zahlreiche Opfer ab. Als der bekannte Tramwaystreik im Juni 1889*) die Bevölkerung Wiens erregte, als die Sozialdemokraten es verstanden, die Tramwaybediensteten zu organisieren und ihnen trotz aller ungesetzlichen Eingriffe der Behörden, der Polizei, des Militärs auch die Sympathien des Publikums und wesentliche Erfolge zuzuwenden, wurde das Wiener Parteiorgan, die „Gleichheit“, als „anarchistisch“ unterdrückt, ihr Redakteur als „Anarchist“ prozessiert und eingesperrt. Ebenso werden in Böhmen, in Steiermark, in Triest, in Galizien, wo es sich zu regen beginnt, unausgesetzt Verfolgungen inszeniert. Aber die Bewegung wird dadurch nicht gehindert und die Behörden bequemen sich endlich dazu, fatalistisch zu resignieren und einzusehen, daß auch in Österreich die sozialdemokratische Partei als politischer Faktor existiert.

Am deutlichsten wird der Fortschritt an der Entwicklung unserer **Presse** sichtbar. Neben der Zensur ist unsere Presse auch noch durch das Verbot der Kolportage**) belastet und die Schwierigkeit der Redaktion wird überboten durch jene der Verbreitung. Unter diesen Umständen gewinnen folgende Zahlen an Wert. Anfang 1889 hatten wir sechs politische Blätter (wöchentlich und halbmonatlich erscheinend), davon erschienen zwei in tschechischer, eines in polnischer Sprache. Sie hatten insgesamt 15.400 Abnehmer. Dem Parteitag in Wien Ende Juni 1891, also zweiundeinhalb Jahre später, konnte berichtet werden, daß wir 7 deutsche, 5 tschechische, 2 polnische, 1 italienisches, 1 slowenisches Blatt, zusammen 16 Zeitungen mit 56.000 Abnehmern haben. Dazu kommen aber noch „Fachblätter“, für einzelne Branchen berechnet, aber durchaus auf sozialdemokratischem Standpunkt stehend; dieselben haben sich in diesem Zeitraum von 4 auf 19 (6 tschechische) vermehrt und ihre Abonnentenzahl ist von 6000 auf 44.000 gestiegen. Insgesamt hat heute die sozialdemokratische Presse Österreichs eine Auflage von 128.000 Exemplaren; 1889 betrug dieselbe 22.000 Exemplare; ihre Verbreitung hat sich also in zweiundeinhalb Jahren versechsfacht.

Ein weiterer Beleg für die Entwicklung unserer Partei ist es, daß wir die Reichsratswahlen***) im März dieses Jahres zu

*) Der Streik begann am 4. April 1889. Siehe den dritten Band dieser Schriften: „Victor Adler über Arbeiterschutz und Sozialreform“, und zwar das Kapitel „Die Auflehnung der Tramwaysklaven“, Seite 36 ff., sowie Julius Deutsch: „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“, Seite 146.

**) Der § 23 des Preßgesetzes verbot die freie Kolportage. (Siehe die im nächsten Band abgedruckte Broschüre „Der Paragraph 23 des Preßgesetzes“ aus dem Jahre 1891.

***) Am 23. Jänner 1891 war der Reichsrat aufgelöst worden und die sozialdemokratische Partei trat trotz dem bestehenden Zensuswahlrecht

wirksamer Propaganda benützen konnten. Wie erwähnt, ist das Wahlrecht in Österreich an den Zensus geknüpft; es war also von vornherein vollständig ausgeschlossen für uns, Mandate zu erlangen. Aber wir ergriffen die Gelegenheit, das sozialdemokratische Programm in unzähligen Wählerversammlungen auseinanderzusetzen, ein Wahlflugblatt in allen Sprachen des Landes in Millionen von Exemplaren zu verbreiten und gewissermaßen, wenn auch als höchst ungeladene Gäste, bei den bürgerlichen Parteien unsere Visitkarte abzugeben. Die Sache hatte einen ausgezeichneten Erfolg. Nicht die zirka 6000 Stimmen, welche für Sozialdemokraten abgegeben wurden, kommen in Betracht, sondern die Wirksamkeit der Propaganda in uns sonst fernstehenden Kreisen und das steigende Selbstvertrauen unserer eigenen Parteigenossen. Wir haben damit zugleich energisch gegen unser reaktionäres Wahlsystem protestiert und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auf die Tagesordnung gesetzt, von der wir es nicht wieder verschwinden lassen werden.

Indem wir nun zum **Vereinswesen** übergehen, verlassen wir das eigentliche politische Gebiet. Das österreichische Gesetz unterscheidet strenge zwischen politischen und nichtpolitischen Vereinen. Die ersteren dürfen mit anderen Vereinen nicht in Verbindung treten, müssen ihre Mitglieder der Behörde anmelden usw. Und die Polizei benützt diese sachlich ganz unmögliche Unterscheidung, um unbequeme Organisationen zu beseitigen. Von einigen wenigen jungen politischen Vereinen abgesehen, vollzieht sich die Organisation der Arbeiterschaft also in nichtpolitischen Vereinen, die mit der Sozialdemokratie an sich gar nichts zu tun haben und deren Gründer, Vorstände und Mitglieder nur zufällig Sozialdemokraten sind. Diese Vereine sind Fachvereine oder, was bei uns dasselbe bedeutet, Gewerkschaften und Bildungs- und Lesevereine. Nach einer, wohlgemerkt, unvollständigen Statistik betrug ihre Zahl Ende 1888 104, Mitte 1891 230; in derselben Zeit stieg die Mitgliederzahl von 15.600 auf 48.000. Dabei ist zu bemerken, daß unser Gewerkschaftswesen sich gerade jetzt im raschesten Aufschwung befindet; fast jede Woche bringt die Gründung neuer Vereine, die schnell an Mitgliedern zunehmen. Der Einfluß der Organisationen reicht übrigens stets über die eigentlichen Mitgliedschaften hinaus, welche, wo es zum Lohnkampf kommt, nur die allerdings entscheidenden Kerntruppen bilden. Für die österreichischen Gewerkschaftsorganisationen ist charakteristisch, daß sie mit großem Erfolg die weiblichen Arbeiter in die Bewegung ziehen und ebenso, daß sie die ungelernten Arbeiter nicht nur zulassen, sondern mit aller Kraft in die Organisation einzube-

---

in den Wahlkampf ein. Sie konnte zwar kein Mandat, auch nicht sehr viele Stimmen erhalten, aber sie benützte die Wahlbewegung, bei der sie in der politischen Agitation weniger gehindert war als sonst, zur Aufklärung über ihre Ideen und zur Aufzeigung des Wahlunrechts.

Siehe übrigens zu den Angaben dieses Berichtes auch noch das Referat, das Adler auf dem Parteitag 1891 über die Parteitätigkeit seit Hainfeld erstattet hat. (Bd. VI, Seite 88 ff.)

ziehen suchen. Wie wichtig beides nicht nur für die näheren Ziele, sondern auch politisch ist, liegt auf der Hand. Die eigentlichen Unterstützungszwecke (Kranken-, Invalidenunterstützung usw.) werden von den jüngeren Vereinen nicht mehr verfolgt und sind in unserer Statistik die Arbeitervereine, die sich damit ausschließlich befassen und deren Mitglieder nach hunderttausenden zählen, nicht mit aufgenommen. Dagegen wird Arbeitslosen- und Reiseunterstützung gepflegt. Einen besonders schwierigen Punkt bildet die Ansammlung von Widerstandsfonds, da die Behörden in Österreich sich auch in die innere Organisation und Gebarung der Vereine einmengen und ein größerer Barschatz stets für sie den Anreiz bildet, unter irgendeinem Vorwand den Verein aufzulösen. Aber auch diese Schwierigkeit wird umgangen. Sosehr in Österreich die Notwendigkeit einer durchgängigen Zentralisation der Gewerkschaft anerkannt wird, so unpraktisch wäre eine solche, solange die Gefahr besteht, daß die Behörde dann mit einem Streich den ganzen Bau vernichtet. Wir sind also gezwungen, uns mit lokalen Vereinen zu behelfen, die erst nach und nach in Provinzialorganisationen zusammengefaßt werden, zwischen welchen wieder eine regelmäßige Verbindung durch alljährliche Kongresse („Tage")*) hergestellt wird. Solche Kongresse haben Ende 1890 und Anfang 1891 mit größtem Erfolg abgehalten: die Drechsler, Tischler, Hutmacher, Schuhmacher, Textilarbeiter, Berg- und Hüttenarbeiter, Metallarbeiter, Gerber, Bäcker, Bauarbeiter, und demnächst werden die Schneider zusammentreten.

In den Zielen aller dieser Organisationen steht voran: Die Abkürzung der Arbeitszeit. Obwohl Österreich den gesetzlichen elfstündigen Normalarbeitstag, freilich mit zahlreichen Ausnahmen, bereits besitzt, wird er mangels genügender staatlicher Inspektion noch immer nur mangelhaft durchgeführt. Überdies gilt das Gesetz nur für die Fabrikindustrie und schließlich sind auch elf Stunden ein viel zu großes Zugeständnis an die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Keine Forderung ist mehr lebendig in der österreichischen Arbeiterschaft als die nach dem gesetzlichen Achtstundentag, ihr und der Erhöhung der elenden Löhne gilt der energischeste Kampf. Es ist auch in den letzten Jahren vielfach gelungen, die Arbeitszeit in einzelnen Branchen zu reduzieren; aber auch in der Metallindustrie, der überall am weitesten vorgeschrittenen, wird noch nirgends weniger als zehn Stunden gearbeitet und nur die Buchdrucker sind bis zu neuneinhalb Stunden gelangt; ihre heroische Anstrengung im letzten Streik, bis auf neun Stunden zu kommen, blieb leider vorläufig ohne Erfolg.

Ein weiteres Ziel der gewerkschaftlichen Organisation ist die Verhinderung aussichtsloser Streiks, dafür aber die planmäßige und machtvolle Anwendung dieses Kampfmittels, wo die Bedingungen dafür vorhanden sind. Gerade das Jahr 1890 hat in Österreich wie

*) Siehe Deutsch „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung", Seite 171 ff.

überall eine Reihe von Arbeitseinstellungen gebracht, die, wenn auch angesichts der unglaublich niedrigen Löhne und ungünstigen Arbeitsbedingungen durchaus berechtigt, doch, weil mit unzulänglichen materiellen und geistigen Mitteln unternommen, vielfach erfolglos bleiben mußten. Wenn auch stellenweise ganz erhebliche Vorteile erzielt wurden, so drängte sich doch die Notwendigkeit eines planmäßigen Vorgehens auf Grund einer festen Organisation um so mehr auf, als auch in Österreich die Unternehmer beginnen, in ihren Kartellen neben der systematischen Übervorteilung des Konsumenten die Organisation gegenüber ihren Lohnsklaven sehr energisch ins Auge zu fassen. Und gerade hier ist es, wo das Bedürfnis darauf hinweist, daß der bloß nationale Verband nicht einmal mehr den Zwecken der Information, der Übersicht des Weltmarktes der Arbeit genügt, daß hier eine internationale Verbindung regelmäßig und geregelt einzutreten hat. Und das ist der Punkt, wo vom Brüsseler Kongreß wertvolle und praktische Resultate erwartet werden.

Es wäre noch unsere Aufgabe, mitzuteilen, inwiefern denn die Anregung, welche der für die Arbeiterbewegung in allen Ländern so fruchtbringende Pariser Sozialistenkongreß 1889 den Regierungen gegeben hat und die zur famosen Berliner Arbeiterschutzkonferenz*) führte, auf die österreichische Gesetzgebung gewirkt hat. Wir können kurz sein: Der österreichische Arbeiterschutz hat auch nicht den geringsten Fortschritt gemacht; die Regierung begnügt sich damit, auf den Lorbeeren zu ruhen, welche das Gesetz vom Jahre 1885 ihr in Berlin eingetragen hat, meint warten zu können, bis die andern Staaten ihren vermeintlichen Vorsprung eingeholt hätten und sucht zu verheimlichen, daß in vielen Beziehungen der österreichische Arbeiterschutz weit hinter dem Auslande zurückbleibt, vor allem, weil ihm seine wichtigste Garantie, wirkliches Koalitionsrecht, fehlt. So wird der internationale Arbeiterschutz, im Munde der Unternehmer zur Phrase geworden, der Feind des nationalen Arbeiterschutzes; aus dem internationalen Arbeiterschutz wird internationaler Ausbeuterschutz.

Dagegen wird sehr eifrig an der Fesselung der Arbeiterschaft in Zwangsorganisationen von Staats wegen gearbeitet. Die sogenannten „Genossenschaften“ für das Kleingewerbe, welche das verlorene Ideal der Zünfte wieder heraufbeschwören sollten, sind freilich, wo sie überhaupt zustande kamen, dank der Tatkraft und Klugheit der Arbeiter, entweder unschädlich gemacht oder zu wirksamen Waffen für die Arbeiter umgeschmiedet worden. Nun sollen auch die Arbeiter der Großindustrie und des Bergbaues mit ähnlichen Einrichtungen beglückt werden**). Die klassenbewußten

*) Über die von Kaiser Wilhelm II. für den März 1890 einberufene „Internationale Arbeiterschutzkonferenz“, die praktisch keinen Erfolg hatte, siehe Bd. VI, Seite 178 f.

**) Die Zünftler wollten die Einrichtung der Zwangsgenossenschaften, die nach der Gewerbeordnung für das Kleingewerbe bestand, auch auf die Großindustrie und den Bergbau ausdehnen.

Arbeiter Österreichs, tüchtig geschult im Geiste der Sozialdemokratie, werden auch damit fertig zu werden wissen.

Sowenig von dem internationalen Zusammengehen der herrschenden Klassen und der ihre Geschäfte führenden Regierungen zu erwarten war, soviel hat der internationale Sozialistenkongreß zu Paris 1889 für die Entwicklung der Arbeiterbewegung selbst geleistet. Gilt das von den Vereinbarungen prinzipieller Natur in hohem Grade, so mindestens ebensosehr von jenem praktischen Beschluß die M a i f e i e r*) betreffend. Wir haben diesen Gegenstand bisher geflissentlich übergangen, um ihm mit einiger Ausführlichkeit den Schluß unseres Berichtes zu widmen. Denn namentlich die österreichische Arbeiterbewegung verdankt der großartigen Idee eines internationalen Arbeiterfesttages ganz außerordentlich viel. Die Demonstration zugunsten des gesetzlichen Achtstundentages, welche in Paris beschlossen wurde, hat eine Wirkung weit über den beabsichtigten Rahmen hinaus gehabt und ist von geschichtlicher Bedeutung. Wenn man sich an unsere oberflächliche Skizze der politischen Zustände Österreichs erinnert, wird man es begreiflich finden, daß wir angesichts des Beschlusses, die Feier „den Verhältnissen jedes Landes gemäß" zu gestalten, uns in einiger Verlegenheit befanden. Umzüge, Versammlungen, Feste, das alles war dem einfachen Verbot durch die Polizei nach aller Voraussicht verfallen; in einem Staate wie Österreich gab und gibt es nur ein einziges, was möglich ist: die Arbeitsruhe, der Festtag von Volkes wegen. Wir wußten sehr wohl, daß man uns auch in Österreich mit dem albernen Einwurf des „Kontraktbruches" kommen werde; daß dieselben Leute, welche leichten Herzens Tausende von Arbeitern für Monate aufs Pflaster werfen, wenn deren weitere Ausbeutung nicht einträglich ist, die ohne weiteres „halbe Zeit arbeiten" lassen, wenn es ihnen bequem ist, die bereit sind, zum Zwecke der byzantinischen Verherrlichung des Festes irgendeines Potentaten die Arbeiter feiern zu lassen; wir wußten, daß diese Leute über „Kontraktbruch" schreien würden, über Schädigung der heiligen Interessen der „nationalen Arbeit", wenn der Arbeiter einmal im Jahre wenige Stunden seinen höchsten Aufgaben widmen will. Wir wußten ebenso, daß die Staatsgewalt, wie stets, bereitwillig das Gesetz handhaben wird, wo es zugunsten der Ausbeuter gedeutet werden kann. Trotzdem gelang das Werk. Monatelang vorher wurde durch die Arbeiterpresse das Proletariat aufgefordert, seines Festes zu gedenken; zahllose Versammlungen dienten diesem Zwecke; Hunderttausende von Flugblättern wurden verteilt. Wider ihren Willen half uns die gegnerische Presse, die erst frech spottete, dann, als sie sah, daß es Ernst wurde, für den 1. Mai das Ende der Welt weissagte.

Die Agitation griff so tief in die noch indifferente Masse der Arbeiterschaft ein, wie noch keine zuvor. Es gab buchstäblich keinen weltfernen Winkel Österreichs, wo die Kunde vom 1. Mai,

*) Siehe im sechsten Band dieser Schriften das Kapitel „Der Streit um die Maifeier". (Bd. VI, Seite 176 ff.)

dem Arbeiterfeiertag, nicht mit freudigem Staunen, mit hoffender Erwartung vernommen worden wäre. Und das Wichtigste ist, daß zugleich mit der Idee der Maifeier überall der sozialistische Gedanke und der internationale Gedanke verbreitet wurde.

Wir brauchen hier nicht zu schildern, wie der 1. Mai 1890 in Österreich verlaufen. Die wahrhaft erhebende, überwältigend große Demonstration brachte aller Welt zum Bewußtsein, daß das klassenbewußte Proletariat Österreichs das Recht habe, mit in den ersten Reihen zu marschieren.

War die Agitation, die Rüstung, schon fruchtbringend für die Sache der Sozialdemokratie, so war es erst recht der Erfolg, der glorreiche Sieg und die umfassende und tiefgreifende Organisationsarbeit der letzten Jahre hat vielfach direkt an die Maibewegung anknüpfen können.

Im Jahre 1891 waren die Schwierigkeiten größer geworden. Der Geschäftsgang war schlechter, der Tag, ein Freitag, noch weniger günstig als 1890 der Donnerstag; die Unternehmer entschlossener zum Widerstand; die Behörden mißgünstig wie immer und gereizt durch unsern ihnen höchst unbequemen Erfolg im Vorjahre. Trotzdem wurde an der Arbeitsruhe festgehalten und überall zeigte sich, daß sie auch heuer durchgeführt wurde. Es ist wahr, daß der Glanz fehlte, den dem Feste 1890 seine unerhörte Neuheit und die sich verkriechende Feigheit der Bourgeoisie verliehen hatte. Aber der Charakter der Feier war ein gleich ernster und sie umfaßte in diesem Jahre Proletarierschichten, die noch im Vorjahr fehlten. Freilich, die Opfer waren größere. An einzelnen Orten: Warnsdorf, Bielitz-Biala, Jägerndorf, erfolgten Aussperrungen von Tausenden von Arbeitern, die, trotzdem sie nur wenige Tage dauerten, empfindlich genug waren. Ebenso erforderten zahlreiche Maßregelungen einzelner Genossen außerordentliche Hilfsmaßregeln. Aber die Arbeiter Österreichs halten dafür, daß diese Opfer durch den Wert der Maifeier voll und ganz aufgewogen werden und beschlossen auf dem sozialdemokratischen Parteitage zu Wien, Ende Juni 1891, an dem Arbeiterfeiertag am 1. Mai unter allen Umständen festzuhalten.

Allerdings — und das muß an dieser Stelle gesagt werden, wie es von uns in Brüssel unverblümt ausgesprochen werden wird — die Maifeier verliert die Hälfte des Wertes, wenn sie ihres internationalen Charakters als Weltfeiertag des Proletariats entkleidet wird. Und das geschieht, wenn nicht nur die Art der Feier, was in Paris vorgesehen wurde, sondern wenn auch der Tag der Feier ein verschiedener ist. Die Genossen in Deutschland und England mögen wohlerwogene Gründe haben, die Maifeier auf den Sonntag zu verlegen; wir werden sie hören und würdigen. So fern uns eine ungebührliche Einmischung liegt, werden wir aber doch geltend machen müssen, daß hier nicht ausschließlich lokale Verhältnisse, sondern auch internationale Verpflichtungen gar sehr ins Gewicht fallen. Die Verschiebung in Deutschland und England

hat nicht nur den idealen Gehalt, die moralische Wirkung der Maifeier beeinträchtigt, sie hat auch ihre an sich schwere Durchführung in Österreich noch ganz bedeutend erschwert. Die österreichischen Delegierten sind darum beauftragt, auf dem Brüsseler Kongreß energisch für eine einheitliche Gestaltung der Maifeier einzutreten.

Zum Schluß kommend, fassen wir unseren Bericht dahin zusammen, daß die Sozialdemokratie Österreichs ihrer Aufgabe nach Kräften nachzukommen bemüht ist. Der Revolutionierung der Wirtschaft, dem Fortschreiten des Kapitalismus folgt Schritt für Schritt die Revolutionierung der Geister durch die Sozialdemokratie. Den Gegensatz zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten zu einem bewußten zu machen, aus der willenlosen Masse von verelendeten Lohnsklaven ein organisiertes Heer von Streitern für die Emanzipation der Arbeiterklasse zu gestalten, diese Armee physisch kampffähig zu machen, ihr geistige Waffen zuzuführen, das ist das große Werk, dem wir dienen. Wir haben das Bewußtsein, daß es vorwärts geht. Wir fühlen, daß den Elenden, den Geknechteten überall der erhabene Gedanke aufgeht, daß an ihrer eigenen Befreiung arbeiten, bedeute, für die Zukunft des Menschengeschlechts kämpfen; und daß sie nicht nur Genossen im Unglück und in der Schmach, sondern, daß sie auch Genossen im Kampf haben in allen Ländern des kultivierten Erdballes. In unserm Parteiprogramm heißt es: „Der Kampf gegen die Ausbeutung muß international sein, wie die Ausbeutung selbst“, und in diesem Sinne begrüßen wir den Kongreß zu Brüssel, wünschen seiner Arbeit Erfolg und rufen: Hoch die Vereinigung des Proletariats aller Länder! Hoch die internationale Sozialdemokratie!

An den Internationalen Sozialistischen Arbeiterkongreß Zürich 1893.

Als vor zwei Jahren der Brüsseler Kongreß zusammentrat, da konnten wir unsern Freunden und Kampfgenossen im Ausland über die Neukonstituierung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich berichten; heute, nach zwei weiteren Jahren, sind wir in der Lage, bedeutende Fortschritte zu verzeichnen.

Die Schwierigkeiten, welche unserer Partei in Österreich entgegenstehen, sind in dem letzten Bericht ausführlich gewürdigt worden. Langsam nur vollzieht sich in unserem Lande der Übergang von feudalen Verhältnissen zu moderner kapitalistischer Produktion. Neben großen Industriezentren mit für die Sozialdemokratie reifem und empfänglichem Proletariat gibt es weite Länderstrecken, wo rückständige Wirtschaftsformen vorwiegen. Dementsprechend ist der politische Charakter Österreichs durch die absolute Übermacht des Feudaladels bestimmt, der sich halbmoderner parlamentarischer Formen bedient und seine Herrschaft nur notgedrungen mit der Bourgeoisie teilt. Je mehr freilich auch der Großgrundbesitz gezwungen ist, zu kapitalistischer Produktion überzugehen, um so deutlicher wird die Verschmelzung der Klassen-

interessen von Grundadel und Bourgeoisie, und dem Proletariat gegenüber gehen sie bereits einträchtig zusammen. Jener Wetteifer zwischen Konservativen und Liberalen, der gleichwie in England auch in Österreich seine Zeit hatte, die Arbeiterschaft dem Gegner abzujagen durch billige Konzessionen — auf politischem Gebiet von seiten der letzteren, auf dem Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung durch die ersteren — ist verschwunden, seitdem Liberale wie Konservative immer mehr wesentlich dieselben wirtschaftlichen Interessen haben, seit sie sich beide der organisierten Arbeiterklasse als einer selbstbewußten Macht gegenübersehen, die ebensowenig zu kaufen als einzuschüchtern ist. Beide reaktionäre Parteien wenden nunmehr ihre eigennützige Liebe dem kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Element zu, welches aber seinerseits, die unvermeidliche Proletarisierung vor Augen, allerdings reaktionären Experimenten zugänglich ist, aber immer mehr seine eigenen Wege des kleinbürgerlichen Radikalismus geht. Überall zeigt sich auch in Österreich, daß diese kleinbürgerliche, vielfach in antisemitischen Formen auftretende Bewegung den Händen ihrer feudalen Protektoren entgleitet und schließlich der Sozialdemokratie die Wege ebnet.

Die bürgerliche Revolution ist in Österreich in den Anfängen stecken geblieben, sie ist verkrüppelt und verfälscht. Das modern-konstitutionelle Gewand, mit welchem der Parlamentarismus den Polizeistaat notdürftig deckt, existiert selbst als Maske ausschließlich für die besitzenden Klassen; sämtliche politischen Rechte sind darauf zugeschnitten, für sie ein Monopol zu bilden. So muß denn die Arbeiterklasse sich die allernotwendigsten Waffen für den Klassenkampf, die ihr in europäischen Ländern der Sieg der Bourgeoisie geliefert, erst selbst erkämpfen. Mögen sich unsere französischen und englischen Genossen eine sozialdemokratische Bewegung vorstellen ohne Preßfreiheit, eine gewerkschaftliche Bewegung ohne Koalitionsfreiheit; mögen die deutschen Genossen sich eine politische Bewegung ohne Wahlrecht vorstellen. Und doch sind das die Bedingungen, unter welchen wir in Österreich zu kämpfen haben.

Ein ganz beträchtlicher Teil unserer Arbeit mußte darum zunächst der Erringung vernünftiger P r e ß z u s t ä n d e gewidmet werden. Im Winter 1892 wurde eine sehr lebhafte und wirksame Agitation entfaltet, die insbesondere die Beseitigung der Hindernisse, welche das heutige Preßgesetz der V e r b r e i t u n g unserer Druckschriften in den Weg legt, zum Ziele hatte. Dieses geradezu lächerliche Monstrum von Gesetz bildet ein großes Hindernis für unsere Agitation und macht vor allem die Entwicklung unserer P a r t e i p r e s s e unmöglich, so daß wir bisher kein einziges täglich erscheinendes Blatt besitzen. In unserm Kampfe stehen wir gänzlich allein; die bürgerliche Presse ist mit ihrem Monopol zufrieden und trägt ihm zuliebe gern die Schmach der Zensur, welche sie freilich nicht besonders drückt. Trotzdem gelang es uns, durch eine eifrige Agitation das Abgeordnetenhaus zu veranlassen, die

Preßreform*) bis zu einem von der Kommission angenommenen Entwurf zu fördern, der zwar durchaus nicht vollkommen ist, dessen Annahme aber die ärgsten Mißstände abstellen würde. Der Energie unserer Partei wird es vorbehalten bleiben, das Parlament zu zwingen, diesen kleinen Schritt nach vorwärts auch wirklich zu machen und damit eines der wesentlichsten Hindernisse für unsere Agitation zu beseitigen.

Mindestens ebenso bedeutungsvoll ist der Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, der mit erneuter Kraft von unserer Partei geführt wird. Die österreichische „Verfassung" drückt zwei Dritteln der Bevölkerung die Schmach der politischen Rechtlosigkeit auf. Nur ein schwaches Drittel hat das Wahlrecht, und zwar so verteilt, daß der Löwenanteil des politischen Einflusses einer kleinen Clique von Großgrundbesitzern und Kapitalisten zufällt, welche ihr Privilegium dazu gebrauchen, die besitzlosen Volksklassen unter das Joch einer brutalen Klassengesetzgebung zu beugen und eine volksfeindliche Verwaltung und Justiz mit Gewalt aufrechtzuerhalten. Längst war das Widersinnige dieses Zustandes erkannt. Aber das Erstarken der Sozialdemokratie machte es auch den Gegnern klar, daß er fernerhin einfach unmöglich ist. Die Arbeiterschaft ist anerkanntermaßen die zielbewußteste, politisch reifste Klasse in Österreich; ihre Organisation wird respektiert und gefürchtet und sie hat sich eine Geltung erworben, welche alle fühlen, die aber im Parlament nicht zum Ausdruck kommt, welches, weit entfernt davon eine Volksvertretung zu sein, die zahlreichste und politisch tüchtigste Klasse ausschließt. Diese Tatsache wird immer empörender für die Rechtlosen, aber auch immer unbehaglicher für die Privilegierten.

So lagen die Dinge, als im April 1893 unsere belgischen Parteigenossen durch einen heldenmütigen Vorstoß der Kammer das allgemeine Stimmrecht abzuzwingen wußten. Wie ein Blitzstrahl wirkte dieses Ereignis in Österreich, dem Lande, das nunmehr das politisch rückständigste in Europa geworden war. Nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern die breitesten Volksschichten wußten sofort, daß nunmehr der Kampf ums Wahlrecht auch bei uns entbrennen würde. Ja selbst die Sippe des Grundadels und der Bourgeoisie packte die Ahnung an, daß ihr Monopol unhaltbar geworden sei. Unter diesen Umständen gestaltete sich die Maifeier 1893 im ganzen Reiche zu einer großartigen Manifestation, nicht nur

*) Im November 1892 wurde zwar im Preßausschuß die Aufhebung des Kolportageverbotes mit allen gegen die Stimmen der Klerikalen beschlossen, aber die Regierung erklärte, darauf nicht eingehen zu können und so wurde erst im Jahre 1894 die Kautionspflicht der Zeitungen aufgehoben. Außerdem wurde die Entschädigungspflicht des Staates für aufgehobene Konfiskationen geregelt und der freie Verkauf von Zeitungen in den der Behörde angezeigten Räumen zugelassen. Am 7. Juli 1894 wurde dieses Gesetz sanktioniert. Siehe übrigens Adlers Broschüre: „Der § 23 des österreichischen Preßgesetzes" aus dem Jahre 1891.

für den Achtstundentag, sondern auch für das allgemeine Wahlrecht. In Wien marschierten 150.000 Männer und Frauen in militärisch geordneten Reihen auf und, was vorher unerhört gewesen, auf allen Plätzen, vor den Palästen des Adels, in der Hofburg selbst ertönten die donnernden Rufe: „Hoch die internationale Sozialdemokratie! Hoch der Achtstundentag! Hoch das allgemeine Wahlrecht!" Und wenige Wochen später wurden die Wahlsiege der deutschen Sozialdemokratie in allen Provinzen in einer Reihe von großartigen Meetings gefeiert, die den Entschluß zu kämpfen wiederholten. Als nun am 9. Juli im Rathaus zu Wien, im Herzen der Hauptstadt, 50.000 Arbeiter und Arbeiterinnen erschienen, um zu erklären, „nicht ruhen und vor keinem Opfer zurückschrecken zu wollen" bis das Wahlrecht erkämpft sei, da war endlich das Wahlrecht auf die Tagesordnung in Österreich gesetzt und Mittelpunkt der politischen Diskussion geworden. Die Sozialdemokratie hat unbestritten die Führung in diesem Kampf übernommen; sie ist die einzige Partei, die den Mut dazu besitzt, und sie wird unerschrocken bis ans Ende gehen.

Über diesen politischen Kämpfen wurde jedoch unsere wichtigste Aufgabe: die Erweckung und Organisation des Proletariats, keineswegs vernachlässigt. Breite, bisher gänzlich indifferente Schichten wurden der Sozialdemokratie zugeführt und die furchtbare Not, die unerhörte Ausdehnung der Arbeitslosigkeit, die im Winter 1891/92 den Bankrott der herrschenden Ordnung offenbar machte, führte uns neue Scharen zu, die erkennen, daß nur eine revolutionäre Partei, welche die Ausbeutung beseitigt, das Besitzmonopol aufhebt, dem mörderischen Bruderkrieg des Menschen gegen den Menschen ein Ende macht, einen vernünftigen sozialen Zustand schaffen kann; daß aber auch einzig und allein das organisierte Proletariat selbst den Kampf führen kann und wird. Unsere Agitation drang weit über das städtische Proletariat hinaus und fängt an, auch auf dem flachen Land Erfolge zu haben, trotz der Hindernisse, welche in einem durch Jahrhunderte systematisch in geistiger Knechtschaft gehaltenen Land insbesondere die Macht der klerikalen Partei bereitet, welche die Religion als Mantel für ihr Bedürfnis, zu herrschen und auszubeuten benutzt.

Daß dieser Kampf auch Opfer kostet, ist selbstverständlich; stets sind eine ganze Anzahl unserer Genossen in Haft und eben jetzt stehen in Prag allein 53, in Brünn 36 Genossen vor Gericht wegen des „Verbrechens", daß sie die Säbelhiebe der Polizisten und Soldaten gelegentlich einer von der Behörde widergesetzlich verbotenen Versammlung nicht stillschweigend hingenommen haben*).

) Es handelte sich um die blutigen Zusammenstöße nach den Versammlungen vom 18. Juni 1893. In Brünn wurden deshalb 46 Personen zu insgesamt 17 Jahren, 3 Monaten und 3 Tagen Kerker und Arrest verurteilt. Es wird darüber später berichtet. (Siehe Seite 114).

Zeugnis von den Fortschritten der sozialdemokratischen Agitation gibt das Entstehen zahlreicher politischer Vereine und das Erstarken unserer Presse. Gegenwärtig besitzt unsere Partei 13 deutsche, 8 tschechische und 2 polnische politische Zeitungen (von den Fachblättern abgesehen), die freilich sämtlich nur wöchentlich oder halbmonatlich erscheinen können, deren Verbreitung aber von Monat zu Monat zunimmt. Die in Wien erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ hat eine Auflage von 19.000 Exemplaren, die Wiener „Volkstribüne“ von 9000, die „Arbeiterinnenzeitung“ von mehr als 4000 Exemplaren. Insbesondere das Gedeihen des letzterwähnten, von unseren braven Genossinnen im Jänner 1892 gegründeten Blattes ist ein gutes Zeichen für unsere Erfolge.

Der wichtigste Fortschritt, den die Sozialdemokratie in Österreich seit dem Brüsseler Kongreß machte, besteht in dem Ausbau ihrer Parteiorganisation. In Österreich ist gerade dieser Punkt einer der schwierigsten, da die zweideutigen Bestimmungen eines verzopften Vereinsgesetzes einerseits, die Klippe nach Belieben dehnbarer Geheimbundparagraphen anderseits, vermieden werden mußten. Zudem standen die Behörden und die Gerichte auf dem Standpunkt, die Sozialdemokratie an sich sei „staatsgefährlich“, und die Zugehörigkeit zu ihr eine strafbare Handlung. Noch vor wenigen Jahren wurden Parteigenossen auf die bloße Tatsache hin, daß sie „geständig“ waren, ein sozialdemokratisches Blatt zu abonnieren, als „Geheimbündler“ monatelang in Untersuchungshaft gehalten und „rechtskräftig“ verurteilt. Die Verfolgung jedes Ansatzes zur Organisation nahm mitunter geradezu wahnsinnige Formen an und die Verfolger verfügen in Österreich über Gesetze von solcher Kautschuknatur, daß sie sich zu jedem Henkerdienst gebrauchen lassen. Wenn unser **III. Parteitag**, der zu Pfingsten 1892 in Wien tagte, trotzdem eine Parteiorganisation schuf, die seither wirklich ins Leben trat, trotz aller hier kurz angedeuteten Hindernisse, so ist das nur der unüberwindlichen Kraft zuzuschreiben, die unserer Partei aus den Verhältnissen selbst zuströmt. Die österreichische Bürokratie sah sich eben einer augenfälligen Tatsache gegenübergestellt, der Tatsache, daß die Arbeiterschaft, vom sozialdemokratischen Geist erfüllt, als ein bewußter, einheitlicher und kraftvoll wollender Organismus dasteht und sie fügte sich dieser Tatsache. Die Durchführung der Organisation begegnete verhältnismäßig wenig Hindernissen; sie wurde von den Behörden stillschweigend anerkannt und sie funktioniert in zufriedenstellender Weise.

Der Wiener Parteitag 1892 nahm als Grundlage der Organisation die vollste Öffentlichkeit an. Die Teilung der Organisationsgebiete schließt sich an die politische Einteilung in Kronländer und Bezirke an. Die einzelnen Orte bilden Lokalorganisationen, deren Vertrauensmänner die Bezirks- respektive Provinzialvertretung bilden. Mindestens alljährlich soll die Landeskonferenz, mindestens alle zwei Jahre der Parteitag zusammen-

treten. Der Parteitag wählte auch — zum erstenmal in Österreich — eine aus neun Mitgliedern bestehende Parteivertretung, welche die Geschäfte der Partei zu besorgen hat und dem Parteitag verantwortlich ist.

Unsere Organisation gewährt jeder Gruppe von Parteigenossen die weitgehendste Selbständigkeit, macht es aber möglich, die Kraft der Partei zusammenzufassen, planmäßig zu arbeiten und die Mittel der Partei jenen Punkten zuzuführen, wo sie am notwendigsten gebraucht werden.

Noch sei erwähnt, daß die Organisation auf die Sprachgrenzen gebührende Rücksicht nimmt, und daß die tschechischen und polnischen Genossen ihre volle Autonomie bewahren, obwohl sie vollständig im Rahmen der Gesamtorganisation stehen. In demselben vielsprachigen Österreich, dessen bürgerliche Parteien vom nationalen Zwist zerklüftet und gelähmt werden, steht einzig die Sozialdemokratie da als eine jede nationale Eigenart achtende, dabei aber einheitliche, streng international organisierte Partei.

An dieser Stelle sei konstatiert, daß die Bewegung unserer Genossen tschechischer und polnischer Zunge mit großer Energie und bewundernswertem Mut unter den schwierigsten Verhältnissen geführt wird. Die tschechische und die polnische Sozialdemokratie stehen auf höchst exponiertem Posten und wissen ihn trotz aller Hindernisse zu behaupten.

Bedeutungsvoll wurde eine Reihe von Beschlüssen des III. Parteitages, welche Gleichstellung der weiblichen Parteimitglieder im Programm, Organisation und Agitation bezweckten. Die sozialdemokratische Frauenbewegung hat in der Tat ganz beachtenswerte Fortschritte gemacht. Sie ist wesentlich aufgebaut auf der Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Gewerkschaften; ihr nächster Ausdruck ist aber bereits, daß überall auch in den politischen Organisationen unsere Genossinnen tatkräftig und mit großem Erfolg eingreifen. Die gefährlichste Klippe für eine gesunde sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung, welche in der Verquickung mit den bürgerlichen Anläufen zur „Frauenemanzipation" besteht, wurde in Österreich durch die von allem Anfang an kräftige Betonung ihres proletarischen Charakters vermieden.

Auch die gewerkschaftliche Organisation wurde in den letzten beiden Jahren ganz wesentlich gefördert, und das trotz des verbissenen Widerstandes der Unternehmerschaft, welcher die Bürokratie, die Polizei und das Militär zur Verfügung steht. Der enge Rahmen unserer Vereinsgesetze schränkt das Koalitionsrecht ohnehin sehr ein. Aber noch viel ärger ist die Willkür der Exekutive, die Brutalität, mit welcher der einzelne Beamte das dem Arbeiter in kümmerlichem Ausmaß gesetzlich gewährleistete Recht mit Füßen tritt. Da mußte jeder Zollbreit Boden erst erobert werden und wir, die revolutionäre Partei, sind gezwungen, mit Hilfe unserer Presse Bezirk um Bezirk, Provinz um Provinz

dem Gesetz zu unterwerfen und die k. k. Beamten Achtung vor dem Gesetz zu lehren. Mit welcher zügellosen Schamlosigkeit die Staatsbehörden in Österreich dem Geldsack Schergendienste leisten, möge daran bemessen werden, daß in gewissen Kronländern (Böhmen, Galizien, Steiermark) fast bei jeder Arbeitseinstellung den streikenden Arbeitern von der politischen Behörde gedroht wird, sie als arbeitslose „Vagabunden" abzuschieben. Und in sehr vielen Fällen wird diese Infamie auch tatsächlich vollbracht.

Trotz solcher asiatischer Verhältnisse ist es gelungen, für die wichtigsten Industriezweige gewerkschaftliche Organisationen zu schaffen, die sich über das ganze Reich erstrecken. Jährliche Fachkonferenzen und zahlreiche Fachblätter befestigen den Zusammenhalt. Die internationalen Gewerkschaftskongresse, die in Zürich zugleich mit dem Sozialistenkongreß stattfinden, werden von Österreich aus zahlreich beschickt werden und von den Fortschritten unserer Gewerkschaftsorganisationen sich überzeugen.

Wenn wir nunmehr zum Schlusse dem internationalen Momente der sozialdemokratischen Bewegung einige Worte widmen, so müssen wir der Maifeier in erster Linie gedenken, welche ihr deutlichster, populärster und darum wichtigster Ausdruck geworden ist. Für Österreich ist sie ein Hebel der Agitation geworden, wie vielleicht in keinem andern Lande. Der 1. Mai ist der Tag des klassenbewußten Proletariats, der Tag, an welchem es sich selbst seine Stärke und seine Hoffnungen zum Bewußtsein bringt, der Tag, an welchem es den herrschenden Klassen das Wachstum seiner Macht zeigt. Der Hauptwert der Maifeier liegt aber darin, daß sie ein Weltfeiertag des Proletariats ist, daß sie in allen Ländern zugleich und möglichst in derselben Weise dem weltbefreienden Gedanken der Sozialdemokratie Ausdruck geben werde. Für uns Österreicher gehört die Arbeitsruhe unbedingt zur Maifeier und wir haben sie auch 1893, allerdings nicht ohne schwere Opfer, aber mit Erfolg durchgesetzt. Nun meinen wir in aller Bescheidenheit, was uns, der schwachen und jungen Partei, möglich ist, muß auch den alten, sturmerprobten Kämpfern in Deutschland, Frankreich und England erreichbar sein. Der Beschluß des Brüsseler Kongresses, wenigstens das Datum des 1. Mai einzuhalten, wurde leider von den Arbeitern Englands nicht befolgt und mit der Arbeitsruhe, die überall, wo sie „nicht unmöglich" ist, eingehalten werden sollte, blieben die Österreicher 1892 ziemlich ganz allein. Das erschwert nicht nur unsere ohnehin schwierige Lage im eigenen Lande noch mehr, es schwächt auch ganz entschieden die internationale Bedeutung der Feier ab. Die österreichischen Delegierten wurden deshalb beauftragt, im Interesse ihrer eigenen wie der internationalen Organisation in Zürich wiederholt auf eine einheitliche Gestaltung der Maifeier zu dringen.

Indem wir diese trockene Aufzählung von Tatsachen schließen, begrüßen wir unsere Bruderparteien in allen Ländern und ver-

sichern sie unserer Solidarität. Die Sozialdemokratie Österreichs sucht die schwere Aufgabe, die ihr gestellt ist, nach Kräften zu erfüllen und ihren Platz in den Reihen des kämpfenden Proletariats mit Ehren auszufüllen. In demselben Maße als der Kapitalismus die Wirtschaft umwälzt, folgt ihm die Revolutionierung des Proletariats durch die Sozialdemokratie. Heute schon steht in jedem Lande ein kampfbereites, opfermutiges, siegesgewisses Heer von klassenbewußten Proletariern und Proletarierinnen bereit. Möge der Züricher Kongreß die internationale Vereinigung befördern, möge seine Arbeit erfolgreich sein und uns dem Tage näherbringen, wo der Ruf unseres Lehrers und Vorkämpfers: Proletarier aller Länder vereinigt euch! zur Tatsache geworden und die Befreiung der Arbeiterklasse von den Fesseln des Klassenstaates und der Ausbeutung vollendet ist.

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Taaffes Sturz und die Koalition.

Parteibericht — Parteitag 1894*).

Genossen und Genossinnen! Wenn die Parteivertretung ihrer Pflicht genügt, über die Tätigkeit der Partei in den letzten Jahren seit dem letzten Parteitag Bericht zu erstatten, so sind eigentlich

*) Gleich nachdem das neugewählte Abgeordnetenhaus im April 1891 zusammengetreten war, wurden Anträge auf Änderung der Wahlordnung eingebracht: meist solche auf Reformen bei Aufrechterhaltung des Zensuswahlrechts; aber immerhin auch schon solche auf allgemeines Wahlrecht. Am 25. Mai wurde ein Wahlreformausschuß gewählt, dem alle diese Anträge zugewiesen wurden. Am 8. Oktober 1891 brachte Pernerstorfer seinen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts ein. Wieder geschah nichts. Aber die Arbeiterschaft rief auf jeder Versammlung nach dem Wahlrecht. Aber dieses und auch das nächste Jahr hatte die Arbeiterschaft genug zu tun, um ihre Organisation in Ordnung zu bringen und die Gefahr der Spaltung — die durch die Affäre Hanser nahegerückt war — zu bannen. Endlich hatte die Sozialdemokratie ihre Organisation gefestigt und konnte nun zur Aktion übergehen.

Am 16. März 1893 brachte der Jungtscheche Dr. Slavik im Namen seiner Partei den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts ein. (Der Antrag ist oben in der Wahlrechtsbroschüre, Seite 55, abgedruckt.) Der Antrag Slavik wurde gerade im rechten Augenblick eingebracht. Der nationale Streit war eben auf seinem Höhepunkt angelangt. Taaffe hatte vergeblich versucht, einen nationalen Frieden der bürgerlichen Parteien herbeizuführen. Die Agitation der Sozialdemokratie für das allgemeine Wahlrecht fand eine lebhafte Unterstützung auch dadurch, daß zu gleicher Zeit das belgische Proletariat den gleichen Kampf führte. Am 26. Februar hatten die radikalen Parteien in Brüssel eine Volksabstimmung über das allgemeine Wahlrecht veranstaltet. Von 111.700 Wählern nahmen 60.279 daran teil und von diesen sprachen sich 48.660 für das allgemeine Wahlrecht vom 21. Jahre an aus. Aber die klerikale Regierung Beernaert widersetzte sich dem allgemeinen gleichen Wahlrecht und am 12. April lehnte die Deputiertenkammer mit 115 gegen 26 Stimmen den Antrag

nur wenige Ausführungen nötig, da wir diesmal, wie der letzte Parteitag uns beauftragt hat, Ihnen einen gedruckten Überblick in die Hand geben. Er ist allerdings noch höchst unvollständig; unvollständig in bezug auf die Organisation, denn in dieser Beziehung waren wir vollständig abhängig von dem, was uns die einzelnen Land- und Bezirksorganisationen eingesendet haben, er ist unvollständig in bezug auf den allgemeinen Teil, denn es ist nicht möglich, die Summe von Arbeit, die Summe von lebendigem Leben, das unsere Partei gerade in den letzten zwei Jahren in Österreich entfaltet hat, in einem kurzen Bericht wiederzugeben. Mit einem Wort, die Sozialdemokratie hat sich tatsächlich seit diesen letzten zwei Jahren erst als organisierte Partei konstituiert. Sie ist erst in diesen zwei Jahren dazu gelangt, als eine einheitlich organisierte Partei auch aufzutreten.

Wir dürfen sagen: Bis zum letzten Parteitag war alles nur Vorbereitung, nur die Ziehung der Grundlinien eines Programms, das war nur ein vorläufiger Aufbau. Die Möglichkeit, unsere Organisation anzuwenden, zu sehen, wie sie wirkt, haben wir erst in den letzten zwei Jahren gehabt. Parteigenossen! Es ist notwendig, daß wir heute den Blick hinwegrichten über die Einzelheiten der Agita-

---

Janson auf allgemeines Wahlrecht ab. Am 13. April beschloß der Generalrat der Arbeiterpartei den sofortigen Generalstreik, der erst sein Ende nahm, als am 18. April die Kammer mit 86 gegen 47 Stimmen den Antrag Nyssens annahm, wonach jeder 25jährige Belgier mit einjähriger Seßhaftigkeit das Wahlrecht erhalten solle, außerdem sollte allerdings eine Mehrstimme erhalten, wer 35 Jahre alt, verheiratet ist und 5 Franken jährlich Steuer zahlt, nach dem 25. Lebensjahr wer mindestens liegende Güter im Katasterwert von 2000 Franken oder das Gymnasium absolviert hatte. Trotz dieser Pluralität war immerhin das allgemeine Wahlrecht erobert.

Dieser — wenn auch nicht volle — Erfolg der belgischen Arbeiter feuerte die österreichischen Arbeiter an und man erklärte auch hier, daß man „belgisch reden“ werde — ähnlich wie man später drohte, „russisch“ zu reden.

Die Maifeier stand ganz im Zeichen des belgischen Sieges und Victor Adler erklärte in seiner Mairede, „die Sozialdemokraten würden nicht rasten, als bis der Antrag der Jungtschechen auf der Tagesordnung des Parlaments erscheine und würden nicht dulden, daß dieser Antrag so ohne weiteres von der Tagesordnung verschwinde“. (Siehe Brügel, „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“, Bd. IV, Seite 184.)

Das ist die Vorgeschichte des Wahlrechtskampfes, der im Jahre 1893 anhob und über dessen einzelne Phasen später berichtet werden wird. Am 10. Oktober hat dann Taaffe seinen Wahlreformentwurf eingebracht.

Auf dem vierten österreichischen Parteitag, der vom 25. bis 31. März 1894 in Schwenders Kolosseum in Wien stattfand, gab Adler in seinem Parteibericht eine Darstellung des Wahlrechtskampfes, die wir hier abdrucken. Auf der Tagesordnung stand dann noch als besonderer Punkt: „Das allgemeine Wahlrecht und der Generalstreik“, worüber Dr. Ellenbogen referierte. Die Rede, die Adler dabei hielt, ist im siebenten Heft dieser Schriften (Seite 80) abgedruckt, wo auch die Geschichte des Wahlrechtskampfes dargelegt ist.

tion, über die kleinen und großen Zufälle in der Politik, auf das Ziel unserer Partei, daß wir ins Bewußtsein bringen, was die Sozialdemokratie in Österreich ist und was sie in aller Welt ist. Die Sozialdemokratie ist in Österreich die Organisation des Proletariats als Klasse, welche um ihre Befreiung kämpft. Dieser Klassenkampf des Proletariats nimmt zu verschiedenen Zeiten verschiedene Formen an. Dieser Klassenkampf zerfällt in eine Reihe von Einzelkämpfen, in eine Periode der Stagnation und des Aufschwunges, von Siegen und Niederlagen; manchmal auch ein Konzentrieren auf einen bestimmten Punkt, aber niemals darf die Partei, niemals wird die Partei dessen uneingedenk sein, daß alle politischen Kämpfe nur dienen der ökonomischen Befreiung des Proletariats, der Beseitigung des eigentlichen Klassenstaates. Nun, Genossen, wenn w i r daran vergessen würden, die Gegner ließen uns nicht daran vergessen. Immer und immer wieder wird von den Gegnern das Moment des Klassenkampfes in den Vordergrund gebracht, wird uns gezeigt, daß wir die Organisation der Bourgeoisie und der Feudalen als herrschende Klassen gegen uns haben; das haben wir zu spüren in der politischen Verwaltung, in der Gesetzgebung, in der Justiz. Darüber helfen alle Phrasen nicht hinweg. Ich erwähne es ausdrücklich, weil die bürgerliche Presse immer und immer wieder darauf hinarbeitet, immer nach einem Symptom hascht, als ob die österreichische Sozialdemokratie oder irgendeine auf dem Kontinent sich zu jener Reformpartei umwandeln würde, wie sie uns gern hätten. Dieser sagen wir: Wenn wir so pflichtvergessen wären, wenn wir unser Programm vergessen würden, ihr treibt uns dazu, ihr zwingt uns dazu, uns auf den einzig richtigen, den klassenrevolutionären Standpunkt zu stellen. (Sehr gut!) Nun, Genossen! Wir werden uns im Verlauf dieses Parteitages mit einer Reihe von einzelnen Dingen zu beschäftigen haben, von einzelnen Maßregeln und einzelnen taktischen Schritten; alle diese aber verlieren jeden Sinn, jeden Zusammenhang, wenn wir uns nicht fühlen als die Vertreter des klassenbewußten Proletariats, als die revolutionäre Partei.

Nun, Genossen, als der letzte Parteitag auseinanderging, hatte er die Grundlinien einer Organisation geschaffen, von der — das können wir ja offen sagen — wir zu jener Zeit nicht wußten, ob sie Fleisch und Leben haben werde. Vielfache Zweifel mußten aufsteigen, ob das Netz der Organisation, wie es aufgerichtet war, auch den festen Zusammenhang bis in die entferntesten Provinzen herstellen könne. Und Sie müssen sagen, es ist gelungen über Erwarten. Wir wissen sehr gut, wie lückenhaft die Organisation noch ist. Wir wissen sehr gut, wieviel noch auszufüllen ist, wie das Netz noch durchaus weitmaschig ist, wie es noch Schichten des industriellen Proletariats gibt, wo wir noch nicht eindringen.

Aber unsere Organisation ist so weit gekommen, das können wir sagen, daß in den allermeisten Provinzen, ganz wenige Bezirke ausgenommen, durch die Vertrauensmänner und Bezirksorganisationen die Möglichkeit geschaffen wurde, Anknüpfungspunkte zu finden.

und überall sind die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Partei auch die Vertrauensmänner der Arbeiterbevölkerung. Die Organisation hat zur Grundlage die Selbständigkeit aller einzelnen Organisationen und die Zusammenfassung zu einer gemeinsamen Aktion und die Möglichkeit einer Zusammenfassung in der Parteivertretung. Die Parteivertretung hat zum ersten Male in diesem Zeitraum in Österreich überhaupt funktioniert. Ich zweifle nicht, daß hier in vielen Beziehungen berechtigte Vorwürfe werden gemacht werden, ich zweifle nicht, daß sie vielleicht vieles anders hätten machen müssen und können. Aber die Parteivertretung ist sich bewußt, daß unter sehr schwierigen Verhältnissen, in einer Zeit, wo die Partei einen sehr raschen Aufschwung genommen hat, sie den Ereignissen gewissermaßen mehr nachfolgen mußte, als sie ihnen vorangehen konnte. Es hat sich nicht gehandelt um eine Leitung, sondern die Parteivertretung hat sich gefühlt als die Exekutive der gesamten Partei. Als solche hat sie sich gefühlt, und als solche hat sie gehandelt.

Als vor zwei Jahren der Parteitag auseinanderging, hatte die Sozialdemokratie in Österreich allerdings eine politische Bedeutung, sie hatte diese Bedeutung und ihre Ausdehnung verdankt hauptsächlich dem Umstand, daß sie jederzeit sich gefühlt hat als das Sprachrohr des gesamten Proletariats. Aber die politische Bedeutung, welche die Sozialdemokratie in Österreich heute hat, ist eine ganz andere. Wenn Sie zurückdenken an die Zeit vor zwei Jahren, da war Österreich ein Sumpf, auf dem sich nichts regte, da gab es in Österreich politisches Leben eigentlich sehr wenig. Sie erinnern sich, daß die Politik des Fortwurstelns und Fortfrettens die Signatur war. Den Forderungen des arbeitenden Volkes stand diese Politik abweisend, negativ und vor allem schweigend gegenüber. Wir hatten weniger zu überwinden den aktiven Druck, der immer auch ausgeübt wurde, als den absoluten, passiven Widerstand, das Ignorieren alles dessen, was im Proletariat vorging. Die Zeiten haben sich geändert, die Sozialdemokratie ist heute nicht mehr eine Fraktion innerhalb der Arbeiterschaft, die Lärm macht, die Sozialdemokratie ist heute bewußt nicht nur für sich, sondern für die gesamte Arbeiterschaft, ja noch mehr, für die gesamten besitzlosen Volksklassen in Österreich die anerkannte Führerin in ihrem Kampfe. Heute wissen die gesamten besitzlosen Volksklassen, daß sie, mögen sie mit unseren theoretischen Überzeugungen einverstanden sein oder nicht, in allen praktischen Fragen, in allen aktuellen Fragen der Politik dieser besitzlosen Volksklassen nur einen Anwalt haben, nur ein Sprachrohr, nur einen, der ihnen vorangeht, das ist die Sozialdemokratie. Diese Anerkennung hat sich die Sozialdemokratie in diesen zwei Jahren erkämpft, das macht, daß sie heute ein politischer Faktor geworden ist. Nun, Genossen, wie ist das gekommen? Ich übergehe die organisatorische Arbeit und die Ausbildung unserer Presse.

Das wichtigste ist, daß die österreichische Sozialdemokratie in der Lage war, in einer Lebensfrage für die ganze fernere Ent-

wicklung des Volkes, das in Österreich wohnt, führend vorzugehen. Für die Rechtlosen in Österreich, zwei Drittel des gesamten Volkes, war der Druck dieser Rechtlosigkeit seit Jahren gleich groß. Die Grundlage unserer Verfassung sind Privilegien der Besitzenden, die Grundlage dessen, was man in Österreich die Staatsgrundgesetze, liberale und freisinnige Gesetzgebung nennt, die Grundlagen sind Rechtlosigkeit der Besitzlosen; geändert hat sich darin nur, daß die Besitzlosen eine Stimme gefunden haben, und es war, das läßt sich als geschichtliche Tatsache nicht leugnen, das Zusammentreffen des Aufschwunges und Vorwärtsgehens der Sozialdemokratie mit der belgischen Arbeiterbewegung, mit dem Siege der belgischen Genossen im Kampfe um das Wahlrecht, welches einen großen Anstoß für Österreich gegeben hat. (Sehr richtig!) Das ist eine geschichtliche Tatsache, die ebenso sicher ist, wie daß im Jahre 1848 der Anstoß zur Revolution in Österreich und Deutschland aus Paris gekommen ist. Die Folgen dieses Ereignisses zeigten sich sofort. Die belgischen Genossen haben genau so wie die Österreicher viele Jahre um das Wahlrecht gekämpft, sie haben einen sehr intensiven Kampf insbesondere in den letzten acht Jahren geführt. Die belgischen Genossen haben im April 1893 nicht die erste Schlacht, sondern nur die entscheidende Schlacht gewonnen. Aber während die früheren Schlachten des belgischen Proletariats an der österreichischen Arbeiterschaft vorbeigingen, ohne einen Widerhall zu finden, ohne eine Wirkung hier hervorzurufen, war diese Schlacht im Jahre 1893 eine Bewegung von ganz anderer Wirkung, weil in Österreich bereits die Vorbedingung vorhanden war, um dieser Bewegung einen Widerhall zu geben. Daß dies allgemein in ganz Österreich empfunden wurde, hat der 1. Mai 1893 gelehrt. Die Feier unterschied sich überall dadurch von der vorhergegangenen, daß die frühere Maifeier ein proletarischer allgemeiner Protest, eine proletarische allgemeine Demonstration war, während diesmal die Maifeier durchaus die aktuelle Spitze auf das Wahlrecht richtete. Man muß die Massen in Wien gesehen und gehört haben, als sie aus dem Prater kamen. Jeder, der sie hörte, und man hörte bis in die Hofburg hinein den Ruf: „Es lebe die Sozialdemokratie, es lebe das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht!“ wußte in dem Moment: Es hat eine neue Ära in Österreich begonnen. (Beifall.) Was bis dahin nur die Unterdrückten dumpf als Unrecht empfunden, das ist heute anerkannt von allen Faktoren, die überhaupt politisch denken und beschließen, ist anerkannt als politische Unmöglichkeit. An diesem Tage wurde es klar, daß die heutige Verfassung in Österreich nicht mehr zu halten ist, weil das Verbrechen zur Unmöglichkeit geworden.

Nun, Genossen, der 1. Mai 1893 war gleichzuhalten einer Abstimmung, einer unmittelbaren Volksabstimmung des gesamten Proletariats in Österreich. Und diese Willensäußerung in Formen zu bringen, ihr die Möglichkeit zum Durchbruch zu geben, war die Aufgabe der Parteivertretung. Wir hätten unsere Aufgabe schlecht verstanden, wenn wir nicht unmittelbar nach dem 1. Mai jenes

bekannte Rundschreiben an die Landesorganisationen erlassen hätten. Hier muß ich einen Umstand erwähnen, den ich noch nicht berührt habe. Es lag dem Parlament ja schon seit Anfang des Jahres 1893 ein Antrag vor auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes von seiten der Jungtschechen. Es lag ferner eine Anzahl von Anträgen vor, die ebenso weit und noch weiter gingen, aber nicht so ausgearbeitet waren. Erinnern Sie sich, daß das Einbringen dieser Anträge, obwohl sie von einer parlamentarischen Fraktion getragen und unterstützt wurden, eine politische Bedeutung tatsächlich n i c h t hatte, während in dem Moment, wo die österreichische Arbeiterschaft diese Forderung in die Hand nahm, sofort auch diese Anträge Leben bekamen. Die Massenversammlungen, die zu dieser Zeit stattfanden, haben für unsere Parteigenossen nichts Neues bringen können, aber die indifferenten Massen sind dadurch herangezogen worden, wir sind ins flache Land dadurch eingedrungen. Wir hatten eine Gelegenheit, um diesen Massen zu zeigen, wie man mit ihnen umspringt, wir haben uns dadurch Bundesgenossen geschaffen, die auch für die Folge von großem Wert sein werden. In der Politik gilt zwar nur die Macht, aber auch das Gefühl, daß Unrecht geschieht, ist eine Macht, und diese Macht im Volke geweckt zu haben, ist das Verdienst der Wahlrechtsagitation. Wie stets die österreichische Regierung glaubte, eine Bewegung zu beseitigen, indem man einem „Schreier" einen Knebel in den Mund steckte, so versuchte die Regierung auch diese Wahlrechtsbewegung auf kurzem Wege abzutun. Und in keinem Kronland ist derart „energisch" und „schneidig" vorgegangen worden als in Böhmen. (Lebhafter Beifall.) Die Regierung hatte ihre Gründe dazu. Es hatte sich dort eine kleinbürgerliche und kleinbäuerliche Opposition herausgebildet, die ihre Vertretung in den Jungtschechen hat. Sie sind vielleicht nicht besser als die Jungdeutschen, aber sie sind jedenfalls klüger und machten wenigstens den Versuch, die besitzlosen Volksklassen hinter sich zu bekommen, ein Versuch, der nicht gelingen konnte, weil in diesen Massen schon der Geist des klassenbewußten Proletariats steckte. Aber die Möglichkeit war vorhanden, daß eine Verbindung der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Opposition mit den proletarischen Elementen in den tschechischen Gebieten stattfinden könnte. Gerade in Böhmen ist aber der Sitz der mächtigsten Schichte, der eigentlichen Herrschergewalt in Österreich, des Feudaladels. Diese Leute aber waren durch jene Opposition in ihren eigensten, persönlichsten, materiellsten Interessen getroffen, und noch mehr durch die Gefahr einer Verbindung mit dem Proletariat. Daher kam es, daß dort in Böhmen rücksichtsloser über alles hinweggegangen wurde als irgendwo anders.

In Böhmen und Galizien existieren einzelne Beamte, die sich nur als Beamte der Adelsoligarchie ansehen. (So ist es!) Daher kommt es, daß in Böhmen Blut geflossen ist, daß man dort gegen die jungtschechische Bewegung einen Ausnahmezustand annonciert

hat, um ihn gegen das Proletariat auszunützen. (Beifall.) In Österreich haben wir nicht einen Feind, nicht einen geschlossenen Gegner, wir müssen eben bei der verschiedenen Entwicklung der Länder unseren Kampf den Verhältnissen jedes Landes anpassen. Es ist nicht möglich, in Böhmen, in Prag oder einem böhmischen Bergwerksbezirk, zum Beispiel Kladno, mit denselben Mitteln zu arbeiten wie in Wien oder Galizien, wo der Bezirkshauptmann eine Macht hat, die er in Innerösterreich wirklich bereits verloren hat. Nun komme ich auf die Demonstration am 9. Juli 1893*) in Wien vor dem Rathaus zu sprechen. Wir wissen, daß diese Demonstration, trotzdem sie von allen Instanzen, den kommunalen, staatlichen und polizeilichen, verboten, doch abgehalten wurde. Die Regierung hätte die Macht gehabt sie zu unterdrücken, man hätte, wie heute Budapest**), Wien militärisch besetzen können, aber sie wußte, wie auch wir, daß die Weltgeschichte nicht aufhört, wenn geschossen wird. Es ist zwar unangenehm, niedergeschossen zu werden, aber auch verdammt unangenehm, schießen zu müssen. Wir Sozialdemokraten gewinnen aber von Tag zu Tag an Macht, gewinnen immer mehr an Boden, ohne daß geschossen wird. Unsere Taktik ist nicht, an die Gewalt zu appellieren, wir haben ja keine, wir haben die leere Hand, aber wir haben heute in einem gewissen Grade schon die Macht, die sich stets vermehrt und vom 9. Juli bis zum 10. Oktober 1893***) gewaltig vermehrt hat, bis zu dem Tage, an dem schwarz auf weiß von der Gesamtregierung, der Krone anerkannt werden mußte: Die heute bestehende Verfassung ist ein Unrecht, eine Unmöglichkeit. Zu dieser Ansicht wurde aber die Regierung nicht plötzlich erleuchtet; daß diese Erleuchtung über sie gekommen ist, war das Resultat der Agitation des Proletariats.

Der 10. Oktober 1893 hat uns eine mangelhafte Wahlreform gebracht, die Vorlage erklärte vom Wahlrecht nur jene ausgeschlossen, die nicht lesen und schreiben können. Aber was folgte dieser Vorlage? Alle bürgerlichen Parteien traten zusammen und es kam die Koalition zustande, die gegenüber dem früheren Zustand sich durch nichts als eine andere Form unterscheidet.

Die latente Form, die gelegentliche Koalition aller bürgerlichen Parteien oder vielmehr der Bourgeoisie mit der Feudalklasse gegen die Arbeiter ist immer ins Leben getreten, wenn es sich um eine bestimmte Aktion, um einen bestimmten Gesetzentwurf gehandelt hat. Aber der Entschluß des Ministeriums

*) Siehe später den Bericht über diese Versammlung, aber auch die Bemerkungen in Adlers Wahlrechtsbroschüre.

**) Am 20. März 1894 starb Ludwig Kossuth in Turin und die ganze öffentliche Meinung Ungarns verlangte, daß der Diktator der Republik, der im April 1849 auf dem Reichstag von Debreczin Habsburg abgesetzt hatte, nach Ungarn gebracht und auf Staatskosten beigesetzt werde. Tatsächlich war ganz Budapest schwarz beflaggt. Am 23. März kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Bis zum 30. März, wo die Leiche Kossuths in Budapest eintraf, war die Stadt förmlich vom Militär besetzt. Am 1. April wurde Kossuths Leiche feierlich auf Kosten der Stadt beigesetzt.

***) Der Tag der Einbringung der Taaffeschen Wahlreform.

Taaffe, endlich eine in einigen Punkten vernünftige Wahlreform zu geben, bewirkte, daß die Parteien alles Schamgefühl fallen ließen, das bewirkte, daß Graf Hohenwart erklären konnte: „Es ist notwendig, daß die Besitzenden zusammentreten zur gemeinsamen Abwehr gegen die Besitzlosen", und der liberale Plener sagte: „Ja, wir wollen mit euch diese Abwehr machen und wir verlangen als Trinkgeld nur zwei Ministerportefeuilles." (Sehr gut!) Es kam das Koalitionsministerium und — da muß ich ein Wort sagen über die Ruhe, die nach dem 10. Oktober eintrat.

Diese Ruhe ist vielfach mißverstanden worden, und zwar nicht allein von den Gegnern, sondern auch von solchen Parteien, die uns freundlich gesinnt waren, und selbst von eigenen Parteigenossen. Es hat sich gehandelt um den Kampf zwischen Taaffe und der neuen Koalition, und da war allerdings die Versuchung sehr groß, für die Wahlreform des Grafen Taaffe gegen die Koalition einzutreten. Ich kann es hier sagen, daß die einzige Oppositionspartei im Abgeordnetenhause, die Jungtschechen, es gar nicht begriffen haben, warum wir in diesem Moment nicht mit großem Ansturm gegen die Koalition losgegangen sind.

Sie, Parteigenossen, werden es verstehen, warum wir unmöglich unser Programm einer Augenblicksaktion zuliebe aufs Spiel setzen konnten; wir konnten einer Regierung zuliebe, welche den Ausnahmezustand in Wien und in Prag auf dem Gewissen hat, nicht die Kastanien aus dem Feuer holen, und wenn wir auch sehr wohl wissen, daß die Regierung Plener-Windischgrätz nicht um ein Haar besser ist als das Ministerium Taaffe. Es wäre geradezu ein politischer Selbstmord gewesen, wenn wir dies getan hätten, und die Kosten hätten wir bezahlt. Es wäre doch verdammt naiv gewesen, auf die Gesinnungstüchtigkeit und Festigkeit jener Regierung zu bauen. Diese Herren Schönborn, Falkenhayn, Bacquehem usw. haben nicht einmal dem Grafen Taaffe Wort gehalten, wie hätten sie uns Wort gehalten? Wir hätten uns durch ein derartiges Vorgehen kompromittiert, wir wären in die Gefahr gekommen, eine zu Regierungszwecken ausgenützte Partei zu sein, wir hätten das Proletariat in Mißverständnisse geleitet. Wir mußten uns sagen: wir können nichts anderes als warten, was die neue Regierung tun wird, wir müssen zunächst einen Angriffspunkt haben, wenn wir angreifen sollen. Wir haben die beiden Parteikonferenzen einberufen, deren Resultat Sie kennen. Der Kampf um das Wahlrecht wird ein langer sein; wir werden nicht allein mit Flugschriften, mit Versammlungen und in der Presse kämpfen können; es wird wahrscheinlich notwendig sein, alle jene Mittel, die das Proletariat überhaupt zur Verfügung hat, nacheinander in Anwendung zu bringen. Es mußten daher alle diese Mittel auch erwogen werden und da hat die Parteivertretung daran denken müssen, den Parteigenossen auch den Generalstreik oder Massenstreik in Erwägung zu geben. Es wurde darüber sehr viel geschrieben und wurde diese Aktion der Partei-

vertretung in der bürgerlichen Presse und unter den Genossen verschieden beurteilt; es scheint mir aber, daß diese Aktion im wesentlichen nicht richtig aufgefaßt wurde. Niemals hat die Parteivertretung den Generalstreik empfohlen, niemals hat sie die Parole dazu ausgegeben. Dies wäre ja eine Kompetenzüberschreitung gewesen.

Das wäre etwas gewesen, wozu die Parteivertretung gar nicht das Recht hat.

Die Parteivertretung hatte aber die Pflicht, die Parteigenossen aufzufordern, diese Angelegenheit beizeiten zu erörtern, um dann der einzig kompetenten Stelle, dem Parteitag, die Frage in einer diskussionsfähigen Form vorzulegen. Die Meinung, daß bei uns eine Parteivertretung derlei anordnen kann, können die Bourgeoisparteien haben, wo wirklich der einzelne Führer handelt, dem die Herde nur nachgeht. Die Parteivertretung hatte nicht einmal die Aufgabe, sich selbst vollständig einig und klar zu sein, ob der Massenstreik anzuwenden sei oder nicht. Es hat Leute unter uns gegeben, die gemeint haben, die Möglichkeit dazu sei näher, es hat Leute gegeben, die gemeint haben, der Massenstreik sei nicht möglich und zunächst wenigstens nicht anwendbar. Aber darüber, daß dieses Mittel diskutiert werde, darüber war die Parteivertretung einig. Parteigenossen! Die Situation für unsere Partei ist heute folgende: Wir haben gegen uns eine Regierung, welche zwei Lebensäußerungen von sich gegeben hat, wie sie der Arbeiterklasse gegenüber denkt. Die eine Äußerung war jener Wahlreformentwurf, über den Sie sich in einem anderen Punkt der Tagesordnung zu äußern haben werden. Die andere Äußerung, die den meisten von Ihnen nicht bekannt ist, war eine neue Preßordonnanz, die seit dieser Woche ins Leben getreten ist. Der Justizminister Schönborn als Mitglied des konservativen Ministeriums Taaffe glaubte, nicht so gegen die Presse vorgehen zu müssen als der Justizminister Schönborn als Mitglied des liberalen Ministeriums der Koalition. Das ist die Situation. Wir haben heute vor uns einheitlich geschlossen die ganzen besitzenden Klassen. In der klerikalen Partei bröckelt es ab, und die armen Landpfarrer, die selbst Proletarier und Proletariersöhne sind, machen mitunter schüchterne Versuche, das Joch, das auf ihnen lastet, abzuschütteln. Es kommt vor, daß irgendwelche kleine Teile der klerikalen Partei sich knirschend wehren, wenn sie zu feudalen Interessen ausgebeutet werden sollen. Aber diese kleinen Regungen werden unterdrückt, denn in dieser Partei wird ein eisernes Regime geführt, das mehr für sich hat als die anderen, denn sie können nicht nur Eisenbahnen vergeben und Straßen, sie können auch einen Gewissensdruck ausüben, und wir müssen gefaßt sein, daß wir vollständig isoliert unseren Kampf zu führen haben.

Die Koalition steht fest, und es ist ein Erfolg der Sozialdemokratie in Österreich, daß allen den Ausbeuterparteien mit einem Male die Maske heruntergerissen wurde; nun wissen es alle jene, die es bis jetzt nicht wußten, daß das österreichische Proletariat

nur sich selbst etwas zu verdanken haben wird, und daß es nur einen bewußten, einen politischen Ausdruck hat in Österreich, und das ist die Sozialdemokratie.

Genossen! Beurteilen Sie die Tätigkeit der Parteivertretung streng, wenden Sie aber dieselbe rücksichtslose, phrasenlose Beurteilung auf sich selbst an und seien Sie, wie wir es mit gutem Gewissen sagen können, bewußt der Verantwortlichkeit, die die Leitung zu tragen hat, die nicht mehr Hunderttausende, sondern Millionen von Menschen in einen Kampf zu führen hat. Diese Verantwortlichkeit ist keine leichte, wir tragen nicht nur die Verantwortlichkeit für das, was wir etwa unberechtigt, unvorsichtigerweise tun, sondern wir tragen auch die Verantwortung dafür, was wir etwa unberechtigt unterlassen. In diesem Gefühl glauben wir unsere Pflicht getan zu haben, in diesem Gefühl wollen Sie prüfen und selbst entscheiden. (Lebhafter Beifall.)

Das allgemeine Wahlrecht und die Liberalen.

„Arbeiter-Zeitung" vom 2. Juni 1893*).

Die Arbeiter Österreichs haben den ernstlichen Entschluß gefaßt, die Frage des Wahlrechtes nicht mehr einschlafen und sie nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden zu lassen. Die Mittel, die uns in diesem Kampfe zur Verfügung stehen, liegen zunächst allerdings in unserer eigenen Kraft, in unserer eigenen Organisation. Wie fühlbar dieselbe den Gegnern und der Regierung geworden ist, davon bringt jeder Tag Beweise. Aber das Werkzeug, durch welches schließlich und endlich die Entscheidung herbeizuführen ist, das sind nicht die wenn auch noch so zahlreichen Stimmen der Arbeiter, sondern die Stimmen der privilegierten Vertreter der privilegierten Wählerschaft. Ein recht zurückgebliebenes Werkzeug, welches zu wenig vernünftigen Dingen zu gebrauchen ist, aber leider das einzige, das derzeit zur Verfügung steht. Dieses muß nun so gut es geht brauchbar und vor allem gefügig gemacht werden. Es handelt sich in der Tat darum, daß auch der Vertretung der Bourgeoisie klargemacht werde, daß ihre gegen das allgemeine

*) Siehe dazu auch den Artikel der „Arbeiter-Zeitung" vom 31. Oktober 1890 über die gleiche Frage. Er ist oben bereits abgedruckt.

Der Anlaß zu diesem Artikel war, wie unten dargelegt wurde, die vom Sozialpolitischen Verein einberufene Versammlung vom 25. Mai für das allgemeine Wahlrecht, in der auch Adler sprach. Leider ist über die Rede Adlers kein ausreichender Bericht erhalten.

In derselben Nummer der „Arbeiter-Zeitung" vom 2. Juni, in der dieser Artikel erschien, war auch eine Mitteilung, daß die von der Parteileitung gegebene Anregung, die Agitation für das allgemeine Wahlrecht nun eifrig in die Hand zu nehmen, in allen Provinzen auf den günstigsten Boden gefallen sei und daß überall große Versammlungen unter freiem Himmel geplant seien — meist für den 18. Juni.

Wahlrecht ablehnende Haltung nicht einmal mehr dem Willen ihrer eigenen Wählerschaft, geschweige des Volkes entspricht. Unter diesem Gesichtspunkt haben wir alle Zeichen des Fortschritts, wie den Antrag der Jungtschechen und die dem Wahlrecht günstigen Äußerungen der Antisemiten als bemerkenswerte Ereignisse konstatiert, und wir sind nunmehr in der Lage festzustellen, daß der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe endlich auch Mitglieder der Vereinigten Linken anfangen, sich in Bewegung zu setzen.

In einer allgemeinen Wählerversammlung, welche der junge Sozialpolitische Verein im ersten Bezirk Wiens am 25. Mai einberufen hatte, stand das allgemeine Wahlrecht auf der Tagesordnung, und man mußte erwarten, daß eine Wählerschaft, die noch vor wenigen Monaten dem Dr. Kronawetter ein Mandat gegeben*), wenn auch bekannterweise dabei mehr rassenpolitische

*) Es ist hier vielleicht der Anlaß, einiges über Ferdinand Kronawetter zu erzählen, den bürgerlichen Demokraten, der allezeit ein aufrichtiger Freund der Arbeiter war und ihnen jahrzehntelang als einziger Vertreter neben Pernerstorfer im Parlament zur Seite stand. Kronawetter wurde am 27. Februar 1838 in Wien als Kind eines kleinbürgerlichen Hauses geboren. Die Märzrevolution machte auf den zehnjährigen Knaben einen unauslöschlichen Eindruck. Nach Beendigung seiner Universitätsstudien trat der junge Jurist in den Dienst der Wiener Gemeindeverwaltung, in dem er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1902 verblieb. Sowohl unter der liberalen wie später unter der christlichsozialen Herrschaft war er trotz der heftigen politischen Gegensätze wegen seiner fabelhaften Kenntnis jedes einzelnen Verwaltungsdetails sehr geschätzt. Schon in den sechziger Jahren war er in der demokratischen Bewegung sehr geschätzt und hatte auch frühzeitig ein Interesse an der Arbeiterbewegung gefunden. Im „Kommunalkalender" für das Jahr 1869 veröffentlichte er bereits eine 34 Seiten lange Studie über „Die Arbeiterbewegung in Wien vom Jahre 1866 bis Mitte 1868", die trotz aller Sachlichkeit seine Sympathien so wenig verbirgt, daß die Redaktion des Kalenders in einer Anmerkung ausdrücklich erklärte, daß es dem Verfasser überlassen bleibe, seine Auffassung der Frage zu vertreten. Bald kam Kronawetter auch in persönliche Berührung mit der Arbeiterbewegung.

Als im Jahre 1873 die Abgeordneten des Reichsrats nicht mehr von den Landtagen, sondern zum erstenmal von den Wählern direkt gewählt wurden, wenn auch auf Grund eines Zensuswahlrechtes von 10 Gulden, wurde er vom achten Wiener Bezirk (Josefstadt) in das Parlament entsendet — mit ihm zusammen in Wien noch zwei andere Demokraten (in Margareten Steudel, am Neubau Dr. Schrank), dann als damals noch sehr radikaler Fortschrittler in Mariahilf Dr. Kopp. In den ersten Jahren galt sein Kampf vornehmlich der Korruption der liberalen „Verfassungspartei", für die er die Bezeichnung „Verwaltungsratspartei" erfand, die alsbald ein geflügeltes Wort im politischen Kampfe wurde, aber neben ihrer Korruption auch ihrer Halbschlächtigkeit in allen Freiheitsfragen, so auch in Kultur- und Kirchenfragen ... Im Jahre 1876 überreichte er im Parlament die Wahlrechtspetitionen der Arbeiter, und von da an war er im Parlament der Wortführer der Arbeiter gegen die Unterdrückung durch die Staatsgewalt. Wegen seines Kampfes gegen die Korruption und für die Arbeiter und eine demokratische Wahlreform wurde von den Liberalen eine infame Hetze gegen ihn veranstaltet, die auch vor seinem Privatleben nicht zurückschreckte. (Als Anlaß wurde eine Pfründe genommen, die seine

Motive als solche freisinniger Art maßgebend gewesen waren, man mußte erwarten, daß eine derartige Wählerschaft sich für die Frage des Wahlrechtes doch bis zu einem gewissen Grade interessieren würde. Der Verein hatte seine Schuldigkeit getan; nicht weniger als 7200 Einladungen waren ausgegeben, und sämtliche Mandatsträger der Inneren Stadt in Parlament, Landtag und Gemeinderat waren speziell eingeladen worden. Als die Versammlung beisammen war, konnte ein Redner konstatieren, daß nicht einmal ganz fünf Promille der eingeladenen Wähler erschienen waren. Wir geben zu, daß hieran nicht nur die Qualität der Liberalen, sondern auch die Art der Einberufung Schuld trug, und wir sind überzeugt, daß, wenn die Vereinsleitung weniger bescheiden gewesen wäre, sondern Vorträge von Reichsratsabgeordneten angekündigt hätte, die

---

Mutter von der Gemeinde bezog und auf die sie als Witwe nach einem „Bürger“ Anspruch hatte.) Es gelang dieser Hetze, ihn zum Rücktritt zu zwingen und ihm das Mandat abzunehmen, aber bei den allgemeinen Wahlen im Jahre 1885 — die bereits unter dem niedrigeren Zensus stattfanden — wurde er von den Fünfguldenmännern wieder gewählt, mit ihm in Margareten noch als Demokrat auch Dr. Lueger (allerdings gegen den wirklichen Demokraten Steudel), übrigens in Wiener-Neustadt auch Pernerstorfer.

Bei den Wahlen im Jahre 1891 standen einander Lueger und Kronawetter bereits als Feinde gegenüber, da der ehrgeizige Lueger seinen Übergang zu den Klerikalen vollzogen hatte, die damals unter dem Decknamen der „Vereinigten Christen“ ihren Eroberungszug in Wien begannen. Die „Vereinigten Christen“ stellten Kronawetter in seinem Stammbezirk Josefstadt den Professor Schlesinger gegenüber und Kronawetter, den die dortigen „Demokraten“ fallen ließen, trat nun im Wiener Vorortewahlbezirk Hernals (zu dem damals auch drei andere Wiener Vororte Ottakring, Währing und Döbling gehörten) gegen den von den „Vereinigten Christen“ oder „Christlichsozialen“, wie sie sich auch bereits nannten, kandidierten Prinzen Alois Liechtenstein auf, der früher als Erzklerikaler die Bauern des steirischen Bezirkes Hartberg vertreten hatte und nun als Christlichsozialer in Wien kandidierte, weil die Bauern keinen Fürsten mehr wollten.

Die Sozialdemokratie gab die Parole aus, mit aller Kraft für Kronawetter einzutreten: „Der durchlauchtigste Vorkämpfer der Dummheit, der frivole Jesuit darf nicht siegen; der tapfere Verfechter des Volksrechtes, der unermüdliche Bekämpfer der Polizeiwillkür darf nicht fallen!“ hieß es in dem Aufruf, der die wahlberechtigten Arbeiter, die im ersten Wahlgang ihre Stimmen für Jakob Reumann abgegeben hatten, aufforderte, in der Stichwahl für Kronawetter zu stimmen. Für die übrigen Stichwahlen hatte die Partei die Parole der Wahlenthaltung ausgegeben, da es gleichgültig sei, „ob ein liberaler Schwätzer mehr oder weniger im Parlament sitzt“. Trotz der Unterstützung der Sozialdemokraten fiel Kronawetter und es siegte Liechtenstein, der dann bis zu den Juniwahlen des Jahres 1911 dem Parlament angehörte.

Der bisherige Vertreter des Bezirkes Hernals war der in diesem Artikel ebenfalls genannte Professor Dr. Wilhelm Exner gewesen, ein Liberaler, der in der Inneren Stadt gewählt wurde, später im Herrenhaus war.

Als nach dem Tode des Liberalen Dr. Eduard Herbst (des ehemaligen Ministers) in der Inneren Stadt in Wien ein Mandat frei wurde, wurde es von den Liberalen Kronawetter angeboten, weil er im Kampf gegen die

Herren Wähler, zwar weder aus Pflichtgefühl noch aus sachlichem Interesse, aber aus Neugierde erschienen wären. Immerhin aber ist der klägliche Ausfall der Versammlung nur dadurch zu erklären, daß die Wähler der Inneren Stadt der wohlhabenden Bourgeoisie angehören, und für diese hört mit Anfang Mai jede Politik auf, denn da geht sie aufs Land. Die Wahlrechtsagitation wird, wie es scheint, in Wien auf diejenigen angewiesen sein, deren Mittel es nicht erlauben, aufs Land zu gehen. Nun zur Versammlung selbst.

Wir übergehen einige recht interessante Zwischenfälle, die sich um das Andenken Schmerlings drehen, der am selben Tage begraben wurde; wir übergehen auch einige gute Reden, von denen die Pernerstorfers die beste war. Schließlich ist es bekannt, daß die Mitglieder der sogenannten demokratischen Partei sowie

---

Antisemiten unterlegen war. (Das sind die hier zitierten „rassenpolitischen Motive".) Er wurde auch gewählt. Das war allerdings nicht ganz nach dem Herzen der dortigen liberalen Clique, die später, als Kronawetter für die Taaffesche Wahlreform eintrat, ihn — allerdings vergeblich — zu beseitigen versuchte. 1897 wurde Kronawetter wieder gewählt, 1901 verzichtete er auf eine Kandidatur und sein Mandat bekam dann Dr. Ofner, der bekannte Jurist. Im Jahre 1896 wurde Kronawetter zusammen mit den „Sozialpolitikern" Professor Philippovich und Dr. Ofner von der Inneren Stadt in den Landtag entsendet. Im Jahre 1902 schied er ganz aus der aktiven Politik aus und starb am 31. Jänner 1913.

Obwohl Kronawetter kein Sozialdemokrat war, wurde er von den Arbeitern immer als einer ihrer treuesten Freunde angesehen. Schon seit dem Jahre 1880 wurden die Reden, die er im Parlament hielt, von der Sozialdemokratie als Broschüren herausgegeben und gehörten zu den wichtigsten Agitationsschriften der Partei: so besonders die Reden, die er und Pernerstorfer am 26. und 27. März 1886 über die Staatspolizei hielten, dann die Rede über die Geheimbündelei und das objektive Verfahren im Jahre 1888, in der er die böhmische Klassenjustiz geißelte, seine Rede vom März 1889 über die Greuel des Ausnahmezustandes („Die Staatspolizei vor dem österreichischen Parlament").

In der Nummer der „Gleichheit" vom 12. Februar 1887 (abgedruckt im Bd. VIII, Seite 339 und 340) hat Adler Kronawetter und sein Verhältnis zur Sozialdemokratie mit folgenden treffenden Worten gekennzeichnet:

> Er ist aufgewachsen in den Begriffen von politischen Idealen der bürgerlichen Demokratie, deren Vertreter heute nur noch der Kleinbürger ist; später lernte er den Sozialismus kennen, von dem in seinen älteren Reden noch keine Spur zu finden ist. Trotz seiner Begabung scheint es ihm aber unmöglich zu sein, sich zu einer klaren Durchdringung des wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Geschichtsauffassung durchzuarbeiten. So bringt er jedesmal bürgerlich-revolutionäre Vorstellungen, „die Prinzipien von 1789" mit sozialistischen Utopien in buntem Gemisch vor ... Wenn Dr. Kronawetter von den Arbeitern geachtet, ja vielfach verehrt wird, so hat dies keineswegs seinen Grund darin, daß sie ihn für einen Parteigenossen halten. Sie ehren und schätzen ihn, weil er ein ehrlicher Mann ist, der den Mut hat, die Wahrheit darüber zu sagen, wie es mit unseren „sogenannten staatsbürgerlichen Rechten" eigentlich bestellt ist.

Siehe übrigens auch Adlers Rede bei Kronawetters sechzigstem Geburtstag am 27. Februar 1898.

Pernerstorfer Anhänger des allgemeinen Wahlrechtes sind. Recht interessant war, daß einer der Redner, wir glauben, es war der Vorsitzende der Versammlung, Herr v. Neumann, sofort von dem Rechte der Minoritäten sprach und das Proportionalwahlsystem empfahl. Wir sind gewiß für das Proportionalwahlsystem, wir meinen aber, daß es heute in Österreich ziemlich verfrüht ist, es auf die Tagesordnung zu stellen; es handelt sich heute nicht um den Schutz der Minoritäten, in Österreich handelt es sich vor allem um den Schutz der Majorität, jener kolossalen Majorität von zwei Dritteln der Bevölkerung, welche recht- und schutzlos ist.

Aber bemerkenswerter waren die Äußerungen des Herrn Abgeordneten Exner und des Herrn Stadtrats Noske. Sie hatten etwas Gemeinsames darin, daß sie im Schweiße ihres Angesichts für das allgemeine Wahlrecht einzutreten versprachen, dabei aber alle Einwendungen, die gegen das Wahlrecht irgendwie vorgebracht werden können, in ausführlicher Rede darlegten. Herr Exner erklärte ausdrücklich, daß er nur für seine Person und nicht im Namen seiner Partei spreche, welcher Umstand weiter dadurch illustriert wurde, daß der Abgeordnete Baernreither zwar anwesend war, aber schwieg. Herr Exner, so warme Töne er zugunsten des allgemeinen Wahlrechtes fand, er geriet gerade in eine Art von Begeisterung, als er schilderte, wie so viele seiner Freunde für das Wahlrecht nicht zu haben seien, weil sie für den Besitzstand der deutschen Nation fürchten. Und obwohl er auch am Schluß erklärte, ihn vermöge dieses Argument nicht zu überzeugen, vermißten wir doch eine Widerlegung dessen aus seinem Munde, die der Abgeordnete Pernerstorfer hierauf, und zwar nicht nur vom allgemeinen, sondern auch vom nationalen Standpunkt beibrachte. Für uns hat das Vorgehen des Abgeordneten Exner bei dieser Gelegenheit um so mehr Bedeutung, als wir darin das Vorbild für seine gesamte Partei haben. Es gibt vielleicht wenig Angehörige der Vereinigten Linken, bei denen das nationale Element so wenig in den Vordergrund tritt, wie beim Abgeordneten Exner, und seiner ganzen Entwicklung und Stellung nach gehört er zum internationalen Liberalismus.

Wenn sich also schon solche Leute hinter das nationale Interesse verschanzen, so ist es absolut sicher, daß wir diesem Schlagwort auf der ganzen Linie begegnen werden, um so mehr, da neuerdings die deutschliberale Partei die angeblichen Interessen des Deutschtums zum Deckmantel und zur Maske ihrer Klassen- und Cliqueninteressen mehr als sonst macht.

Der Herr Stadtrat Noske erklärte sich bereit, die Suppe des allgemeinen Wahlrechtes hinunterzuschlucken, obwohl er ein Haar darin gefunden, nämlich „die bedrohliche Herrschaft der gedankenlosen Menge, welche durch die Analphabeten insbesondere in den östlichen Provinzen repräsentiert werde“. Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß diese Ausführungen des Herrn Noske mit kaum durch die Höflichkeit gemildertem Hohngelächter aufgenommen wurden. Aber dieser Herr ist überhaupt nicht ernst zu nehmen. Er ist

bekanntlich ein ganz ordinärer Prixhusar[*]), das heißt ein Mitglied und williges Werkzeug jener Gemeinderatsclique, welche ihre persönlichen Interessen mit liberalem Anstrich und bedingungsloser Untertänigkeit gegenüber dem liberalen Klüngel zu verbinden weiß. Als Genosse Adler, der direkt gezwungen wurde, das Wort zu ergreifen, Herrn Noske fragte, wie er sich zur Aufhebung der Wahlkörper bei der Wiener Gemeindevertretung verhalte, war der bärbeißige Mann des Fortschrittes gezwungen, sich verlegen hinter den Ohren zu krauen.

Trotzdem also die Versammlung nicht überreich an Ergiebigkeit war, möchten wir ihr nicht jede Bedeutung absprechen. Es ist immerhin ein Beweis dafür, daß die Idee des allgemeinen Wahlrechtes ihren Siegeslauf auch in der privilegierten Wählerschaft begonnen hat, wenn Leute, wie Exner und Noske, deren Nasen darauf dressiert sind, zu erkennen, woher der Wind weht, sich gezwungen sehen, wenn auch in noch so verlegenen Redewendungen für das Wahlrecht einzutreten, und wenn andererseits Abgeordnete, die dazu vorläufig keine Lust haben, wie die Herren Jaques und Kopp, es vorziehen, zu Hause zu bleiben. Wir zweifeln nicht, daß die Zeit kommen wird, wo sich kein Abgeordneter einer Partei findet, der sich nicht schämte, gegen das Wahlrecht aufzutreten. Aber das genügt nicht, wir müssen es so weit bringen, daß sich jeder fürchtet, anders als für das Wahlrecht zu stimmen. Herr Exner hat die Frage, wie er sich dem jungtschechischen Antrag gegenüber verhalte, vorläufig nicht beantwortet; und die Antwort, die er feierlich versprach, wird er wohl erst zu geben Gelegenheit haben, wenn die Wähler von ihren Villen wieder eingerückt sind. Wir denken, bis dahin wird die Situation eine wesentlich andere sein. Antisemiten und christlichsoziale Abgeordnete, das heißt solche Abgeordnete, in deren Wählerkreisen das Kleinbürgertum organisiert ist und die Majorität bildet, wagen schon heute nicht gegen das allgemeine Wahlrecht aufzutreten, und wir sind überzeugt, daß sie in der Folge gezwungen sein werden, bei einer Abstimmung ihr Ja zu sagen. Die Agitation, welche die Sozialdemokratie den Sommer über entwickeln wird, wird dazu beitragen, auch in solchen Bezirken, wo sich die Liberalen heute noch sicher fühlen, eine Bewegung für das allgemeine Wahlrecht zu erzielen, welche so manchen Liberalen zwingen wird, wenn auch mit süßsaurer Miene, für den jungtschechischen Antrag zu stimmen.

Anknüpfend an diese Versammlung wurde vielfach von „die Klassengegensätze überbrückenden Annäherungen“ zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum gesprochen. Abgeordneter Pernerstorfer selbst sprach sich in einer begeisterten Rede dafür aus, daß die besseren Elemente des Bürgertums, wenn sie auch das soziale Programm der Arbeiterschaft nicht unterschreiben könnten, mindestens ihre politischen Forderungen zu den ihrigen machen müßten. Wir müssen leider gestehen, daß wir hievon wenig oder

[*]) Dr. Prix war der liberale Bürgermeister von Wien.

nichts erwarten. Nicht die Liebe zu den Menschen, nicht die Idee der Gerechtigkeit wird die österreichische Besitzerklasse dazu bringen, ihre Privilegien aufzugeben, sondern einzig und allein die Furcht. Das rechtlose Proletariat hat die Zahl für sich und die Masse, es muß zeigen, daß es auch eine Macht ist; der Macht werden sie sich beugen, und sie werden sich nicht einen Moment früher beugen, als sie sich beugen müssen. An uns ist es, das Herannahen dieser Stunde zu beschleunigen.

Eine Frage an die Rechtlosen.

„Arbeiter-Zeitung", 9. Juni 1893*).

Warum seid ihr rechtlos? Warum seid ihr nicht Wähler? Warum dürfen Leute, die von einem schwachen Drittel der Bevölkerung gewählt sind, im Namen des ganzen Volkes Gesetze machen und den Staat, das Land, die Gemeinde verwalten?? Seht nach Deutschland hinüber; da seht ihr heute ein mächtiges Ringen des ganzen Volkes gegen die Übermacht des Militarismus. Der ärmste Proletarier, so machtlos er sein mag, er darf seine Stimme erheben als Protest gegen die Zumutung, daß dem Volke neue Lasten an Gut und Blut aufgebürdet werden sollen. Habt ihr eine ähnliche Volksbewegung je in Österreich erlebt? Unser Redehaus, das Parlament, bewilligt stets und alles, was man von ihm begehrt. Das Volk weiß nichts von unseren Volksvertretern und sie wissen nichts vom Volke.

In Österreich gibt es sechs Millionen Männer von über 24 Jahren; noch nicht zwei Millionen von ihnen haben das Wahlrecht. Vier Millionen erwachsener Männer haben alle Lasten zu tragen, die ihnen Staat und Gemeinde auferlegen, haben mit ihrem Blute das Reich zu schützen, das sie nicht wert hält, vollberechtigte Bürger zu sein. Vier Millionen sind rechtlos.

Aber, so sagen die Gesetzesmacher, wir Wähler sind die „Steuerzahler". Nun, von den über 400 Millionen Gulden, die der Staat alljährlich nimmt, werden 300 durch indirekte Steuern aufgebracht, die ihr alle zahlt, Männer und Frauen, bei jedem Bissen, den ihr eßt, bei jedem Schluck, den ihr trinkt, ihr zahlt Steuer für die dumpfe Luft sogar in euren engen Wohnungen. Und die direkten Steuern? Zahlen sie denn die Reichen aus ihrer Tasche oder nicht vielmehr aus eurer? Eure Arbeit, euer Schweiß ist es, was sie aufs Steueramt tragen.

---

*) Dieser Artikel, der am 9. Juni 1893 in der „Arbeiter-Zeitung" erschien, wurde kurz vor den Massenversammlungen, die am 18. Juni in ganz Österreich veranstaltet wurden und in mehreren Orten, zum Beispiel in Brünn und Prag, zu blutigen Zwischenfällen führten, in einer Auflage von 400.000 Exemplaren auch als Flugblatt verbreitet. Die Verbreitung erfolgte am 15. Juni, an dem Tage, an dem die deutsche Arbeiterschaft zur Wahlurne schritt. (Siehe Brügel, Bd. IV, Seite 184 f., wo das Flugblatt ebenfalls abgedruckt ist.)

Ihr habt zu zahlen und zu schweigen. Und ihr habt um so mehr zu zahlen, weil ihr schweigen müßt. Eure Rechtlosigkeit kommt euch teuer zu stehen. Ohne euch wird regiert und nur zu oft gegen euch.

Aber, heißt es, ihr seid politisch unreif. Reif seid ihr, Schätze anzuhäufen für die anderen, reif seid ihr, eure Haut zu Markte zu tragen für das Vaterland — reif seid ihr für jede schwere Pflicht, aber wenn es gilt, Bürgerrechte auszuüben, zu verwalten, was ihr dem Staate gebt, Gesetze zu machen, denen ihr blind gehorchen müßt, dann seid ihr — unreif.

Nicht Charakter, Intelligenz, Bildung, nicht Opfermut und fleißige Arbeit macht politisch reif in Österreich — der Geldsack allein macht reif, gibt politisches Recht. Je mehr Geld, desto mehr Recht. Je mehr Arbeit, desto mehr Lasten; je mehr Lasten, desto weniger Rechte.

Und nun noch eine Frage, ihr Rechtlosen. Wie lange wollt ihr diesen unwürdigen Zustand noch dulden? Wie lange noch wollt ihr einer Minderheit erlauben, in eurem Namen „Volksvertretung“ zu spielen. Meint ihr nicht, daß es Zeit sei, der Schmach ein Ende zu machen? Wenn ja, dann schließt euch der Sozialdemokratie an und ihrem Kampfe gegen die politische Ungleichheit und Bevormundung. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die rücksichtslos die wirtschaftliche Ausbeutung bekämpft, ebenso wie die politische Unterdrückung.

Auf! Vereinigt euch mit der Armee der sozialdemokratischen Arbeiterschaft und zeigt, daß dem Volk, das erwacht ist und will, Nichts und Niemand widerstehen kann.

Und nun eine Frage an die Bevorrechteten, die Wähler!

Ihr genießt das Privilegium, Vertreter zu wählen für Parlament, Landtag und Gemeinde. Seid ihr zufrieden mit euren Vertretern? Oder müßt ihr, Kleinbürger und Bauern, nicht vielmehr erfahren, daß ganz andere Interessen gewahrt werden, als die der Masse des Volkes? Warum ist das so? Weil euer Wahlrecht verdünnt ist und nicht weiter geht, als euer Geldsack, der täglich dünner wird. Ganz andere Leute regieren, als ihr, arme Fünfguldenmänner.

Die 5000 Großgrundbesitzer wählen 85 Abgeordnete. Ein Abgeordneter entfällt schon auf 63 dieser hohen Herren, aber erst auf 2918 Bürger und gar erst auf 10.500 Bauern. Ihr seht, die 5 Gulden direkter Steuer, die euch zu Wählern machen, geben euch nur ein Scheinrecht.

Und dabei müßt ihr zusehen, wie euch eure Brüder, die große Masse des Volkes, rechtlos zur Seite stehen. Das ist schmachvoll, ebenso für euch wie für sie. Ein Privilegium entehrt die Privilegierten ebenso, wie die vom Privilegium Ausgeschlossenen.

Und das Privilegium rächt sich. Schwach, wie ihr seid, da die Masse des Volkes fernsteht, müßt ihr sehen, wie die öffentlichen Angelegenheiten des Landes rettungslos in einen Sumpf geraten sind; wie eure Vertreter mit unfruchtbarem, kleinlichem Nationali-

tätengezänk ihre Zeit und euer Geld totschlagen — derweilen die eigentlich Mächtigen im Trüben fischen und alle Schafe scheren.

In eurer großen Mehrzahl gehört ihr selbst zu den Schwachen und Armen, gehört ihr zum Volke. Verlangt es da nicht eure Ehre sowohl wie euer Interesse, daß ihr mithelft, das Unrecht gut zu machen; daß ihr helft, eure Brüder zu Bürgern zu machen, daß ihr mitkämpft für das Wahlrecht!

Darum, Rechtlose und Bevorrechtete, Arbeiter und Bürger, soweit ihr Herz und Kopf am rechten Flecke habt — stimmt ein mit den Sozialdemokraten in den Ruf: Hoch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht!

Wenn ihr ernstlich wollt, so muß es euch gelingen, muß auch in Österreich gewährt werden, was alle modernen Staaten haben: gleiches politisches Recht. Was die belgischen Arbeiter vor wenigen Monaten erkämpft*), auch wir in Österreich werden es erkämpfen. Wir wollen hoffen, daß die Mächtigen einsichtig genug sind, es an dem Kampfe mit gesetzlichen Mitteln genug sein zu lassen.

Wir aber wollen nicht ruhen, nicht rasten, durch nichts und durch niemand uns abschrecken lassen, bis das Volk erlangt hat, was sein natürliches Recht ist —
das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht!

Das erste Wahlrechtsmeeting.

Versammlung im Rathaus am 9. Juli 1893**).

Wir sind nicht als Fremde ins Rathaus gekommen, wir nehmen unser Recht in Anspruch, wenn wir hieher kommen. Wir sind nicht als Bittende gekommen, wir haben in Anspruch genommen, was

*) Im April hatten, wie bereits oben, bei Adlers Rede auf dem Parteitag 1894 („Taaffes Sturz und die Koalition"), dargelegt wurde, die belgischen Arbeiter nach einem Generalstreik das allgemeine Wahlrecht erlangt.

**) Für den 18. Juni waren in ganz Österreich Massenversammlungen für das Wahlrecht einberufen worden. In Wien sollten die Versammlungen in der Volkshalle des Rathauses, im Arkadenhof und auf dem Rathausplatz stattfinden. Die Wiener Versammlungen wurden aber wegen Tagens der Delegationen dann auf den 9. Juli verschoben. In Prag und Brünn, wo man die Versammlungen verbot, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Polizei und Militär. In Wien wurde Sonntag den 9. Juli die Versammlung auf dem Rathausplatz von der Polizei verboten, die beiden anderen Versammlungsräume wieder vom Stadtrat verweigert, nachträglich aber vom Gemeinderat bewilligt. Die Zahl der Teilnehmer wurde selbst von den bürgerlichen Blättern auf 40.000 bis 50.000 geschätzt. Die Versammlungen verliefen in musterhafter Ordnung — weshalb die „Neue Freie Presse" die Kundgebung höhnisch als „Galaparade" bezeichnete. Im Arkadenhof sprach zuerst Adler, dann Schuhmeier, Pernerstorfer, Adelheid Dworschak (Popp), Ellenbogen. — Lueger hatte sich mit Krankheit entschuldigt, sich aber für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen, ebenso der Alldeutsche Hauck. (Siehe übrigens den Bericht in der Wahlrechtsbroschüre.)

uns mit Unrecht verweigert wird. So wie dieses Haus dem Volke von Wien gehört, so gehört jenes Haus, das Parlament, dem Volke von Österreich von Rechts wegen. Wir mußten um diese Räume kämpfen — es war nur der erste Schritt für einen größeren und wichtigeren Kampf. Wir haben das Wahlrecht nie als Endziel unserer Wünsche angesehen, aber als Vorbedingung für jeden Fortschritt in Österreich, als die wichtigste Waffe, womit das Volk seinen weiteren Weg machen kann, an dessen Ende steht das Ende der Ausbeutung, das Ende der Unterdrückung, das Ende der systematischen Verdummung. (Großer Beifall.) Die heutigen politischen Zustände stinken schon so zum Himmel, daß jeder einsieht, nur das Volk selbst könne die Verrottung beseitigen. Ein Staatsanwalt, Herr Lienbacher, sagte einst: „Wie das Wahlrecht ist, so ist die Reichsvertretung, und wie die Reichsvertretung, so sind die Reichsgesetze." So verrottet, so beschränkt, so engherzig, so nur für die obersten Schichten angepaßt, so sehr nur dem egoistischen Sinne der Obersten, der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten unsere Wahlordnung ist, so ist auch unsere Gesetzgebung einfach eine Gesetzgebung zugunsten von einigen Wenigen, während über die eigentlich arbeitende Klasse einfach zur Tagesordnung übergegangen wird. (Beifall.) Im Jahre 1881 stellte Schönerer mit Kronawetter, Fürnkranz und Steudel den Antrag auf allgemeines Wahlrecht — Übergang zur Tagesordnung. Im Jahre 1886 stellte Kronawetter mit Kreuzig und Lueger den Antrag auf allgemeines Wahlrecht — wieder Papierkorb. Durch sechs Jahre ist ein gleicher Antrag in der letzten Wahlperiode nicht einmal zur ersten Lesung gekommen. Nun kommen die Jungtschechen. Aber in dem schönen Hause, wo die Hüter und Fabrikanten des Gesetzes sitzen, findet sich niemand, der sich des Kindes annimmt. Wenn es aber die Abgeordneten nicht durchsetzen können, daß der Antrag auf allgemeines Wahlrecht auf die Tagesordnung kommt, wird das arbeitende Volk draußen dafür sorgen. In Prag und Brünn hat man auf die Forderung des Volkes so geantwortet, wie man gern überall antworten möchte, wenn man sich getraute. Wir protestieren heute gegen die Vergewaltigung unserer Genossen in Prag und Brünn, wir protestieren gegen die Verkürzung des heute bereits errungenen Versammlungsrechtes durch die Prager und Brünner Behörden.

Man sucht das Wahlrecht mit allen Mitteln so lange als möglich zu verweigern, wenn dies nicht mehr möglich ist, sucht man zu fälschen. Angefangen haben die Liberalen durch den Vorschlag, Arbeiterkammern mit politischem Wahlrecht. Die eine Fraktion der Antiliberalen Liechtenstein-Pattai hat das akzeptiert. Wo es was zu fälschen gibt, darf auch eine andere Instanz nicht fehlen; nun hat sich auch die Regierung eingestellt. Durch den Mund eines ihrer offiziösen Journalisten*) hat sie heute offiziös aus-

*) Gemeint war das „Wiener Tagblatt". Dessen Redakteur Moritz Szeps tat dann in dem Blatt sehr beleidigt über diese Bezeichnung, wurde aber von Adler in der nächsten Nummer der „Arbeiter-Zeitung" mit der

gesprochen, sie werde selbst einen Antrag auf parlamentarische Vertretung der Arbeiterschaft durch Arbeiterkammern einbringen. (Gelächter.) Es soll Ihnen so gut gehen wie den Handelskammern. Wenn es gut geht, sollen die Millionen von Arbeiter so viel Vertreter haben wie die 139 Großgrundbesitzer in Mähren. (Pfuirufe und Gelächter.) Wir haben nichts gegen ehrliche Arbeiterkammern als Erhebungs- und Kontrollinstitute. Diese wären sehr notwendig. Aber wir können es nicht brauchen, daß man sie benützen will zur Verfälschung des Wahlrechtes, um das Volk abzuspeisen. Wir pfeifen auf dieses Geschenk. (Rauschender Beifall und Heiterkeit.) Wir empfehlen Ihnen folgende Resolution zur Annahme:

Resolution*).

Die im Rathaus zu Wien am 9. Juli 1893 tagende Volksversammlung erklärt:

Die erste Vorbedingung jeden politischen und wirtschaftlichen Fortschrittes in Österreich ist die Beseitigung der heutigen auf das Monopol der Besitzenden gegründeten Verfassung. Großgrundbesitz und Großkapital sind nicht nur im alleinigen Besitz des Herrenhauses, sondern sie sind durch ihre Wahlprivilegien auch die eigentlichen Beherrscher des Abgeordnetenhauses. Die gesamte Gesetzgebungsmaschine steht im Dienste einer kleinen Gruppe von Meistbesitzenden, welche das arbeitende Volk nicht nur als einzelne Unternehmer wirtschaftlich ..., sondern es auch als Klasse politisch knechten.

Die Versammlung erkennt das rückständige und ... Wahlsystem Österreichs als Grundursache der politischen Versumpfung des Reiches und als Wurzel des sinnlosen, maßlosen und fruchtlosen Nationalitätenhaders und der kläglichen staatsrechtlichen Wirren.

Die heutige Versammlung protestiert gegen jenes Wahlsystem, welches Österreich zu einer traurigen Ausnahmsstellung in Europa verurteilt. Sie protestiert gegen die Ausschließung von mehr als zwei Dritteln des Volkes vom Wahlrecht in Stadt, Land und Gemeinde, und verlangt als Grundlage und Vorbedingung einer ernsten Geltendmachung der Volksinteressen die Aufhebung der politischen Vorrechte aller privilegierten Interessengruppen und das **allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht** für alle Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes vom 21. Lebensjahr an.

Die heutige Versammlung protestiert auch aufs Entschiedenste gegen jene ... und verhängnisvollen Einschränkungen des Versammlungsrechtes, die in Brünn und Prag zu Blutvergießen führten, durch welche aber der Kampf um das Volksrecht wohl verbittert, niemals aber behindert werden kann.

Die große Masse der Besitzlosen hat es satt, sich von einer verschwindenden Minderheit gängeln und übervorteilen zu lassen. Die sozial-

---

Bemerkung abgefertigt, daß die Beziehungen zwischen dem „Wiener Tagblatt" und dem Preßbüro notorisch seien; übrigens sei bei dieser Verbindung die Unehre entschieden auf seiten des Grafen Taaffe.

*) Zu den hier ausgelassenen Stellen der Resolution siehe die Bemerkungen bei der Wahlrechtsbroschüre, wo die Resolution im Vorwort ebenfalls abgedruckt ist. (Seite 11.)

Das erste fehlende Wort heißt danach: **„ausbeuten"**, das zweite: **„verrottete"**, das dritte: **„ungesetzlichen"**.

demokratische Arbeiterschaft insbesondere verlangt das politische Wahlrecht als Grundlage der Organisation des Proletariats, als das vornehmste Mittel politischer Bildung, als wichtigste Waffe im Kampfe gegen Ausbeutung, Rechtlosigkeit und Bevormundung.

Die heutige Versammlung erklärt es als Pflicht jedes Rechtdenkenden, mit aller Kraft dahin zu wirken, daß endlich die Verfassung den Grundsatz: „Gleiches Recht für alle" auch wirklich zur Wahrheit mache,

sie erklärt nicht ruhen und vor keinem Opfer, das dem Volke auferlegt wird, zurückschrecken zu wollen, bis das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht erkämpft ist.

Nun, Genossen, diese Resolution ist für alle bestimmt, die wollen, daß dem Volk sein Recht nicht vorenthalten werde. Wir aber haben noch weitere Ziele. So ruhig und kaltblütig, aber auch so unerschütterlich wir bisher gekämpft haben für den Achtstundentag, für das Wahlrecht, so werden wir weiter kämpfen für unsere Endziele. Hoch die internationale Sozialdemokratie! (Donnernde Hochrufe. Lebhafter Beifall.)

Taaffes Wahlreform.

Versammlung im Sophiensaal am 16. Oktober 1893*).

Nach mehr als 25 Jahren unaufhörlicher Arbeit und harten Kampfes steht die Arbeiterbewegung heute endlich zum ersten Male

*) Am 10. Oktober 1893, als das Parlament nach den Sommerferien zu seiner Herbsttagung zusammentrat, überraschte Graf Taaffe die Abgeordneten und die Öffentlichkeit mit einem Wahlreformentwurf, der die Kurien bestehen ließ, aber in den Kurien der Steuerzahler, in der Städte- und der Landgemeindenkurie, den Zensus aufhob. Das Wahlrecht in diesen Kurien solle jeder Staatsbürger haben, der vor dem Feinde gestanden, zum Tragen der Kriegsmedaille berechtigt ist, das Zertifikat für ausgediente Unteroffiziere erworben hat, den erforderlichen Bildungsnachweis (Kenntnis des Lesens und Schreibens) oder den Nachweis über die erfüllte Stellungspflicht zu erbringen vermag. — Die Kurien hatte Graf Taaffe (oder vielmehr der eigentliche Anreger, der Finanzminister Dr. Emil Steinbach) deshalb belassen, weil sie sonst die zur Abschaffung der Kurien notwendige Zweidrittelmehrheit gebraucht hätten, während sie die einfache Mehrheit leicht zu erhalten hofften. Die Bindung des Wahlrechtes an die Militärpflicht wurde deshalb gewählt, um den Kaiser zu gewinnen.

Aber unmittelbar nach der Einbringung der Vorlage vereinigten sich die in ihrem Besitzstand bedrohten Parteien — die Liberalen unter der Führung Pleners, die Konservativen unter der Führung des Grafen Hohenwart und die Polen unter der Führung des R. v. Jaworski — zum Sturz der Regierung. Als am 23. Oktober die erste Lesung der Vorlage — und zugleich der anderen Wahlreformanträge — begann, war Taaffe ein gefallener Mann. Am 28. Oktober wurde das Parlament vertagt. Am 11. November wurde die Regierung offiziell enthoben und zugleich Fürst Alfred Windischgrätz zum Ministerpräsidenten des Koalitionsministeriums ernannt.

Am 16. Oktober fand nun die Versammlung im Sophiensaal statt, in der Adler das Referat hatte.

beim Beginn eines Erfolges. Die Millionen von Rechtlosen, die in Österreich in politischen Dingen bisher nichts dreinzureden hatten, sie haben frischen Mut gefaßt am 1. Mai 1893, als durch das ganze Reich der Ruf ging: was in Belgien geworden, in Österreich muß es werden (Beifall), und es scheint, Genossen, daß es wird.

Die ungeheuren Schwierigkeiten, die sich gerade in Österreich der Wahlreform entgegensetzen, haben wir niemals unterschätzt. Wir haben gewußt, daß ein Großgrundbesitz, ein Feudaladel da ist, der sich noch nicht an den Gedanken gewöhnen kann, daß auch seiner Herrschaft ein Ende gemacht werde, und eine Bourgeoisie, die feig und faul ist, von der wir nichts zu erwarten haben. Wir haben gewußt, daß alles, was erreicht werden kann, einzig zu erreichen ist durch die Arbeiterklasse selbst, durch den Ernst, den das Proletariat aufzubringen imstande sein wird. Und seit Jahren, wo die Arbeiterpartei gewachsen ist, und seit dem 1. Mai und seit dem 9. Juli in Wien weiß man es in Österreich überall, mit diesem Proletariat darf man nicht scherzen, wie mit der Bourgeoisie. In diesem Sinne, Genossen, ist die Wahlreformvorlage zu betrachten, die der Ministerpräsident am 10. Oktober eingebracht hat, eine Vorlage, die in jedem anderen Lande als ein Werk der Reaktion angesehen werden müßte, weil sie, wenn durchgeführt, beinahe ein Dritteil des Parlaments, 106 Sitze von 353, an den Großgrundbesitz und an die Handelskammern in Generalpacht gibt, und nur den Rest der Parlamentssitze überhaupt den Wahlen zugänglich macht; denn in Handelskammern und im Großgrundbesitz wird nicht gewählt, sondern ernannt. Eine Wahlreform weiter, welche in dem weitaus größten Teil der Wahlbezirke, in den ländlichen, das indirekte Wahlsystem aufrechterhält, ein System, das verurteilt ist vom gesunden Menschenverstand und von der Geschichte der Wahlen; eine Wahlreform, die sich allgemeines Wahlsystem nennt und trotzdem diejenigen ausschließt, welche am schwersten zu leiden haben unter dem Fluche der Unbildung. Und trotzdem — dieses verzopfte Gebilde, diese Mißgeburt in jedem europäischen Lande, in Österreich ist sie ein riesiger Fortschritt (so ist es!), der erste Schritt zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht und, ich sage es gleich hier, ein erster Schritt, dem andere folgen müssen. Am 10. Oktober hat zum ersten Male in Österreich wieder die Logik gesprochen, und die Logik wird bei diesem Gesetz nicht stehenbleiben, dafür werden wir sorgen. Wenn wir fragen, warum hat die Regierung diese Wahlreformvorlage eingebracht, so müssen wir uns vor allem gestehen, daß diese Frage eigentlich nicht ein Kompliment für die Regierung ist, denn vernünftigerweise müssen wir doch fragen, warum wurde diese Wahlreform nicht schon längst eingebracht, w a r u m e r s t j e t z t? Warum ist dem Grafen Taaffe erst jetzt diese Idee gekommen?

Das war der 1. Mai, das war der 9. Juli, das war in allen Provinzen, wo es Arbeiter gibt, das unaufhaltsame Drängen, das sich selbst hinstellte als ein Anfang und lange noch nicht als das Ende. (Ruf von der Galerie: „Das ist eine Utopie.“ Große Unruhe.) Bitte, wenn der Herr etwas wünscht, so kann er nach mir sprechen.

(Beifall.) Die Wahlreform des Grafen Taaffe, gerade in diesem Moment, ist das direkte Erzeugnis der Bewegung, die in der Arbeiterschaft in den letzten Monaten entstanden, sie ist das direkte Erzeugnis der Verlegenheit, vor der endlich die Regierung steht, der Verlegenheit, daß die große Majorität des Volkes etwas verlangt, was jedermann für vernünftig ansehen muß.

Es ist klar, daß die Regierung anfängt, die Folgen zu fürchten, wenn sie in einem Widerstand beharrt, dessen Folgen sie nicht absehen kann. Die Regierung mußte weiter einsehen, daß es doch nicht angeht, das Volk, das man regiert, so gut man es zuwege bringt, ausschließlich, fortwährend mit Ausnahmezuständen zu füttern. Die Regierung hat vielleicht begriffen, daß sie die Macht hat, die Leute zu knebeln für den Moment, daß aber die Geknebelten an Macht gewinnen. Die jungtschechische Partei ist keine sozialistische, und wie weit sie demokratisch ist, wird sich noch zeigen. Aber es ist sicher, daß die Geschicklichkeit, mit der die Jungtschechen in diesem Jahre den Antrag auf allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht eingebracht haben, ihnen sehr große Sympathien zugeführt hat, und die Regierung mußte sich sagen: Gerade diejenige Partei, gegen welche wir angeblich den Ausnahmezustand erlassen, ist es, der das Volk am meisten wohl will, weil sie sich zur Trägerin einer der Hauptforderungen des Volkes machte. Und außerdem — es wird immer schwerer, zu regieren in Österreich, es ist im Parlament durchaus nicht mehr so gemütlich, wie es einmal war. Welche Debatte immer geführt wird, kein Tag vergeht, ohne daß einzelne der Wellen hineinschlagen vom großen Strome der Unzufriedenheit da draußen. Sie fühlen sich schon lange nicht mehr sicher, weder die Minister auf ihren Fauteuils, noch die Abgeordneten auf ihren Sitzen. Da sieht denn die Regierung plötzlich, wie Graf Taaffe ausdrücklich sagte, es sei notwendig geworden, die Wahlreform nicht länger hinauszuschieben. Diese „Notwendigkeit“ haben wir erzeugt, Genossen, diese Notwendigkeit ist das Ergebnis einer langen, stillen, aber unausgesetzten Arbeit. Wie Sie hier sind, und Zehntausende draußen in den Provinzen, Sie können sagen: Wir haben ein gut Stück dazu beigetragen, daß es so geworden ist, wir sind ein Stück jener Notwendigkeit, welcher sich die Regierung beugen mußte. Freilich, wir haben die Leute*), [die heute an der Regierung sind, niemals als besonders ernste Leute angesehen, und es ist so wahr, daß sie als solche nicht anzusehen sind, daß es noch heute viele Stimmen gibt, die sagen: „Das ist ein Scherz des Grafen Taaffe, ein billiges Auskunftsmittel, um über die Minute hinwegzukommen, frivol, wie er ist, wird er auch wissen, seinen Antrag zu beseitigen, wie er ihn hervorgezaubert hat.“ Es mag sein, daß Graf Taaffe frivol ist, ich habe nie daran gezweifelt, es mag sein, daß dieser Antrag in mancher Stunde etwa als ein Spiel gemeint war, aber das österreichische Proletariat ist nicht frivol, das österreichische Proletariat spielt nicht] und läßt nicht

*) Die Stellen zwischen den eckigen Klammern waren im Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ konfisziert.

mit sich spielen. Und heute schon ist es sicher, ist es im Bewußtsein aller, ob Freund oder Feind, eingegraben: Diese Vorlage ist ein Anfang, aber dieser Anfang ist heute schon Tatsache. Hinter diesen Anfang erlaubt die österreichische Arbeiterschaft der Regierung nicht zurückzugehen, und wenn sie wollte, sie könnte es nicht, das Proletariat in Österreich verbietet es. Die Katze ist aus dem Sack, und wenn er es versuchen würde, sie wieder zu fangen, es gelingt ihm nicht...

Es werden nach ziemlich genauen Berechnungen zu den heute vorhandenen 1,770.000 Wählern hinzukommen 2,230.000, das gibt eine Gesamtzahl von über vier Millionen Wählern. Es werden noch immer beinahe dreiviertel Millionen sein, die das Wahlrecht nicht haben. Das sind diejenigen, die nicht lesen und schreiben können, obwohl sie, wie die Regierung offenbar meint, so schöne Gelegenheit dazu gehabt hätten, da sie das Glück hatten, zu einer Zeit ihre Jugend zuzubringen, wo die Neuschule bereits bestand.

Aber, Genossen, Sie wissen alle, und insbesondere jene, die auf dem flachen Lande zu Hause sind, wie viele von Ihnen, die ein- und zweiklassige Schulen, dieses berühmte Geschenk der Liberalen, besucht haben und wie sie, wenn sie dann 5 bis 6 Jahre von der Schule weg waren, schon wenn sie zum Militär gekommen, nichts mehr davon wußten. Diese Unwissenheit ist eine Folge und eine Form des sozialen Elends. Und dieselbe Logik, die den Armen auf den Schub schickt und den Verbrecher aus Not bestraft, anstatt den Räuber zu bestrafen, der ihn zum Bettler und Verbrecher gemacht hat, macht für die Unkenntnis verantwortlich das Opfer dieser elenden Schulzustände, statt jene, die zwar Millionen hergeben für Repetiergewehre, aber noch lange nicht so viele Hunderttausende für die Schulen.

In dem Entwurf steht auch ein Satz, auf den ich sehr wenig Wert lege, er ist reiner Aufputz. Diejenigen sollen das Wahlrecht haben, die erstens vor dem Feinde gestanden, beziehungsweise zum Tragen der Kriegsmedaille berechtigt sind oder ein Zertifikat als ausgediente Unteroffiziere erbringen. Dieser Paragraph ändert an dem Wahlrecht außerordentlich wenig; von diesen Leuten wird es nur wenige geben, die nicht lesen und schreiben können. Aber er zeigt, wie ungerecht die Bestimmung bezüglich des Lesens und Schreibens ist. Der Mann, der zum Flintentragen verwendet wird, kriegt das Wahlrecht nicht, wenn er außer unter dem Militarismus auch noch unter den galizischen Schulverhältnissen gelitten hat. Aber das ist noch lange nicht das ärgste. Es findet sich im Gesetzentwurf eine Bestimmung, die ich für gefährlicher halte, als selbst den „Bildungszensus". Das ist die Bestimmung, daß diejenigen nur das Wahlrecht bekommen, welche durch ein Arbeits- oder Dienstbuch ausweisen können, daß sie in einem bestimmten Beruf eine ständige Beschäftigung finden. In dieser Form ist der Paragraph unannehmbar, denn er ist geeignet, die Bestimmungen über das Wahlrecht in die Hand jedes Gemeindepaschas oder Bezirkshauptmannes zu legen. Wir aber haben kein Vertrauen zu unseren Bezirkshauptleuten und wir

kennen unsere Magistrate. Diese Bestimmung muß klar ersetzt werden. Wenn es denn schon sein muß, daß Dokumente verlangt werden, so muß sich jeder über seine Identität ausweisen. Das ist aber auch alles, was verlangt werden kann. In Deutschland selbst heißt es: „Jeder Deutsche, der das 25. Jahr zurückgelegt hat, ist Wähler", und zwar dort, wo er seinen Wohnsitz hat, außer wenn er gestohlen hat oder unter Kuratel steht. Diese Bestimmung des Entwurfes ist also gefährlich und muß fallen.

Wir jubeln also nicht, Genossen, wir bewundern nicht die Staatskunst und noch viel weniger die Liebe des Grafen Taaffe zum Volke. Wir wissen, daß der Mann weniger tut, als er tun sollte; und daß er knapp tut, was er tun muß. Aber, Genossen, diese Wahlreform ist aus dem Grunde so wichtig, weil mit ihr die Beseitigung der heutigen Verfassung gegeben ist. Ein Parlament, in dem eine auch noch so geringe Anzahl von Sozialdemokraten drinnen sitzt, welches zu zwei Dritteln getragen ist von den Volksmassen, ein solches Parlament verträgt nicht Abgeordnete, die von 45 Großgrundbesitzern gewählt sind. Die Gegensätze, die in dieses Parlament hineingetragen werden, müssen es sprengen und werden es sprengen.

Und darum begrüßen wir diese Wahlreform. Nicht als ob sie das Endziel unserer Wünsche wäre, aber sie ist die erste Sprosse auf der Leiter, und diese Leiter wird beschritten werden müssen bis ans Ende.

Wie wurde denn diese Wahlreform aufgenommen? Ich war bisher der Wichtigkeit und der Würde der Sache angemessen ernst. Wenn ich von nun an nicht mehr so ernst sein kann, so verzeihen Sie: Sie lachen ja selbst schon. Diese Wahlreform wurde aufgenommen nicht etwa, wie man von vernünftigen Menschen erwarten sollte, mit dem Rufe: „Endlich etwas Vernünftiges von der Regierungsbank!" Diese Wahlreform wurde aufgenommen mit dem Gefühl der Verblüffung, der Angst, der Zerknirschung. Wer unsere liberale Partei nicht am Dienstag den 10. Oktober im Parlament gesehen hat, der hat noch nichts Lächerlich-Feiges gesehen. Wer nicht gesehen hat, wie diese „Staatsmänner" geknickt waren, wie sie herumgingen, jeder einzelne, als hätte man seinen Vater ermordet, wie sie verzweifelt und erstaunt zugleich waren, wer nicht die Wiener Presse gelesen in den letzten Tagen, wer nicht die vier oder fünf Leitartikel der „Neuen Freien Presse"*) gelesen, der weiß nicht, was der Liberalismus in Österreich ist, der kann nicht wissen, welche enge Verknüpfung mit dem Schmocktum er hat. Es ist kein Zweifel, diese Wahlreform tut der liberalen Partei wehe. Wir begreifen den ersten Schmerzensschrei, wir gestehen aber offen, daß wir trotz der sehr geringen Meinung, die wir von dieser Partei

*) Am Tage nach Einbringung der Taaffeschen Wahlreform begann der Leitartikel der „Neuen Freien Presse" mit den Worten: „Das haben sich die Herren Adler, Schuhmeier, Ellenbogen ... nicht träumen lassen ..." Noch berühmter ist aber der Anfang des Leitartikels vom 12. Oktober geworden: „Graf Taaffe hat auf sein ergrauendes Haar die phrygische Mütze gesetzt und tanzt vor den erstaunten Völkern Österreichs die Carmagnole ..."

haben, doch erwartet haben, daß sie sich schneller fassen und eine halbwegs würdige Haltung einnehmen werde. Die liberale Partei mußte wissen, daß, sobald dieser Antrag eingebracht ist, er nicht mehr zurückgezogen und nicht mehr abgelehnt werden kann. Und anstatt eine würdige Haltung einzunehmen, zerrissen sie ihre Kleider und streuten Asche auf ihr Haupt. Was verliert denn eigentlich die liberale Partei so furchtbar viel? (Zwischenruf: Sie hat nichts mehr zu verlieren!) Gewiß, sie hat nichts mehr zu verlieren im Respekt des Volkes, sie hat nichts mehr zu verlieren in der Liebe des Volkes, nicht mehr in der Achtung des Volkes, aber hundertzehn Mandate hat sie zu verlieren. (Heiterkeit.) Und diese hundertzehn Mandate verliert sie lange nicht alle, davon ist gar keine Rede. Graf T a a f f e ist kein Feind der Bourgeoisie, ist nicht feindlich dem politischen Monopol des Kapitals. Er hat ihnen den Großgrundbesitz aufrecht gelassen, und man vergesse ja nicht, daß von den 85 Mandaten des Großgrundbesitzes die Liberalen mindestens 30 haben, und daß weitere 10 sich im liberalen Schlepptau befinden, und die Handelskammern werden auch keine Antisemiten und keine Sozialdemokraten wählen. Die Vereinigte Linke hat auch hier zwölf feste, garantierte Mandate. Ja, und will sie denn gar nicht streiten um ihr Leben, ist es ihr gar nichts wert, so weiß die Linke — oh, sie weiß es sehr gut, und bei der ersten Wahl unter dem neuen Wahlsystem werden wir es spüren —, daß das allgemeine Wahlrecht noch lange nicht eine f r e i e Wahl bedeutet. Weiß die Linke nicht, aber sie wird zeigen, daß sie es weiß, daß man in Deutschland neben die Wahlurne die Hungerpeitsche aufpflanzt, und die Vereinigte Linke wird von dieser Hungerpeitsche Gebrauch machen, verlassen Sie sich darauf. Um ihre Existenz geht es noch lange nicht; die Herren, [die imstande sind, in ganzen Bezirken alle behördlichen Autoritäten so in die Hand zu bekommen, die imstande sind, die Bezirkshauptleute zu Lakaien des Fabrikanten zu machen, diese Herren werden wirklich wissen, wie sie bei den Wahlen] ihren Einfluß geltend zu machen haben. Aber so b e q u e m wird es ihnen nicht mehr werden wie heute ... Die Liberalen haben bekanntlich schon seit vielen Jahren als Antwort auf die unaufhörlichen Rufe nach dem Wahlrecht einen Antrag auf A r b e i t e r k a m m e r n eingebracht. Es waren das die Herren P l e n e r, E x n e r und W r a b e t z; der Herr W r a b e t z, der jetzt, nachdem das Unglück geschehen ist, gesagt haben soll, er habe es ja immer gesagt, man solle lieber das allgemeine Wahlrecht geben. Aber leider ist sein Ruf unerhört geblieben in seiner Partei, und er wird nach außen auch nicht besonders laut gerufen haben. Nun, in diesem Schwindelantrag über Arbeiterkammern sollten die Arbeiter neun Mandate bekommen, und zwar neun Mandate, welche die Liberalen nicht herzugeben brauchen, sondern die zu den heutigen 353 Abgeordneten hinzuzufügen wären. Und nachdem dieser Antrag von der Arbeiterschaft mit Hohn zurückgewiesen wurde, gingen die Liberalen weiter, und ihr Spezialgelehrter für Sozialpolitik, Abgeordneter Dr. B a e r n r e i t h e r, machte sich an die Arbeit, um etwas Neues zu schaffen. Er kam gerade um eine Woche zu spät.

Jetzt hat man sich nämlich beeilt, diesen Antrag einzubringen. Nicht mehr die Arbeiterkammern, nicht mehr das indirekte Wahlrecht für die Arbeiter, nein, ein direktes Wahlrecht, nicht mehr 9 Mandate, sondern 20. Die „Kurie der Sozialdemokraten" haben sie es genannt, und die liberalen Blätter rechnen uns vor, daß wir Sozialdemokraten doch furchtbar dumm sind, wenn wir nicht nach diesen 20 Mandaten greifen, wo wir doch nicht sicher wissen, ob wir auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechtes diese 20 Mandate bekämen. Ich bin überzeugt, wir kriegen lange nicht 20 Mandate beim allgemeinen Wahlrecht. Aber wenn wir auf dem Wege des allgemeinen Wahlrechtes auch nicht ein einziges Mandat bekommen würden, so wäre uns das allgemeine Wahlrecht mehr wert als die geschenkten 20 Mandate. (Stürmischer Beifall.)

Uns ist es nämlich zum Unterschied von den Liberalen durchaus nicht um Mandate, sondern nur um den Wahlkampf zu tun, während die Liberalen nur die Mandate wünschen und ihnen der Wahlkampf eine höchst zuwidere Angelegenheit ist.

Redner kritisiert nun ausführlich den Antrag Baernreither und fährt dann fort: ... Die Liberalen werden dem Antrage der Regierung energisch Widerstand leisten. Der erste, der dagegen auftrat, war das Haupt der Ausbeuter im Handelskammerbezirk Reichenberg, der berühmte Baron Leitenberger*), der zweite war der liberale Preßknecht, Herr Strache**) von Warnsdorf. Die Liberalen lassen sich nämlich alles bieten von der Regierung, einen Ausnahmezustand, zwei Ausnahmezustände, drei Ausnahmezustände, sie erklären schließlich, sie hätten kein Recht, sich dagegen zu wehren. Die Konfiskation der politischen Rechte überall, das stecken sie ein; sie lassen sich gefallen, daß jede Preßreform verschoben und verschleppt wird; sie trifft es ja nicht. Die „Neue Freie Presse" wird nicht konfisziert, die „Neue Freie Presse" geniert es nicht, daß man sie nicht kolportieren darf, ihre Leser sind fähig, ein Jahres- oder Monatsabonnement auf einmal zu bezahlen; sie mucksen also nicht. Aber sie sind nicht nur „liberal", sie sind ja auch „deutsch". Und sie vertragen als Deutsche nach ihrer Behauptung viel. Nach ihrer Behauptung sind sie ja die langen Jahre immer geknechtet worden, aber sie sind darum nicht in Opposition gegangen; man hat ihren Liberalismus getreten, sie haben es mit Demut getragen, man hat ihr Deutschtum getreten, sie haben es über sich gebracht, zu schweigen, zu kuschen, den Stiefel zu küssen, der sie getreten. Aber nun, wenn die Regierung sich anschickt, sagen wir, mindestens einer Million ihrer „deutschen Stammesbrüder" das Wahlrecht zu geben, das verträgt ihr Liberalismus nicht mehr, das verträgt ihr Deutschtum nicht mehr. Da empören sie sich, da greifen sie, wie die „Neue Freie Presse" gesagt hat, „in die Tiefen"; aus der Tiefe des Volkes soll es aufbrausen; ja aufbrausen wird in den Tiefen die Verachtung, die dieses Pack verschlingen wird, etwas anderes gibt

*) Ein großer Industrieller in Reichenberg.

**) Eduard Strache war der Herausgeber des liberalen Blattes „Abwehr" in Warnsdorf, ein Typus des erzreaktionären Liberalen.

es in den Tiefen nicht für diese Leute. Und diese Leute glauben noch immer, es sei die Zeit der Diplomatie. Die liberale Partei hat in ihrer Geschichte viele Blätter, die mit Schmach und Feigheit bedeckt sind, aber ein Blatt, das mit einer so grenzenlosen Dummheit beschrieben wäre, wie jene Erklärung, welche die Vereinigte Linke am Freitag abgegeben hat*), findet sich selbst in der Geschichte der liberalen Partei nicht. Die liberale Partei, welche dem Ausnahmezustand bisher mit stiller Gewogenheit und „Objektivität" gegenübergestanden, welche in ihren schwarzgelbsten dynastischesten Gefühlen tief erschüttert und entschlossen war, anzuhören, was man ihr da vorbringen werde, diese liberale Partei ist beinahe auf dem Sprunge, den Ausnahmezustand nicht zu bewilligen. Was muß geschehen sein, wenn die österreichischen Liberalen den Prager Ausnahmezustand nicht bewilligen? Nichts anderes als eine Erweiterung des Wahlrechtes kann es sein, die sie zu solcher Empörung hinreißt. Sie erklären, sie würden sich auch da „objektiv" verhalten, aber sie erklären bei der Debatte über den Ausnahmezustand, wo hievon keine Rede war, daß sie von nun an diesen Angriff der Regierung auf das deutsche Bürger- und Bauerntum entschieden zurückweisen würden. W e l c h e n Angriff? Die Angriffe etwa, welche diese reaktionäre Regierung seit fünfzehn Jahren unaufhörlich macht? Nein, das bringt sie nicht in Entrüstung. Etwa jener Ausnahmezustand, von dem ein sehr gemäßigter Liberaler und überdies deutschnationaler Mann, der Abgeordnete B a e r n r e i t h e r, erklärt hat, daß seine Partei dafür nicht stimmen könne, weil das hieße „die nationale Fahne beschmutzen"? Der Ausnahmezustand hat sie nicht in Entrüstung gebracht, sie beschmutzen ruhig ihre Fahne, das sind sie gewohnt, das ist ihre Beschäftigung, davon lebt ja die liberale Partei. Nein, erst die Aussicht, daß sie nunmehr um ihre Alleinherrschaft in den städtischen Bezirken kommen werden, daß sie werden um ihre Mandate kämpfen müssen, das empört sie. Und doch handelt es sich lange nicht um ihre Existenz; 30 bis 40 Mandate für sie im allerärgsten Falle sind es, um die es sich handelt, ich glaube nicht einmal so viel; aber freilich das Geschäftemachen wird hernach nicht so einfach sein, und das spüren sie auch. Einige von ihnen werden nicht wiederkommen, und die kommen, werden ein saures Leben haben, denn es werden Leute da sein, die ihnen auf die Finger schauen und zu geeigneter Zeit sehr laut rufen werden: „Haltet den Dieb!" Wir begreifen also, daß es ihnen unangenehm ist, aber was wir nicht begreifen, ist, daß sie nicht von der Tugend Gebrauch machen, die ihnen in Fleisch und Blut übergegangen ist, daß sie nicht — h e u c h e l n. Sind sie schon so auseinander, daß sie nicht einmal mehr zu heucheln verstehen?

Die anderen Parteien werden voraussichtlich einen großen und erheblichen Widerstand nicht leisten. Die Polen verlieren ja wahr-

*) Auch Dr. Kolmer schreibt in seinem Werk „Parlament und Verfassung" über diesen Zusammenhang. Das Haus bereitete sich vor, die Vorlage der Regierung über die Fortdauer des Ausnahmezustandes in Prag und Umgebung zurückzuweisen. Es begann eine obstruktionistische Stimmung vorzuwalten.

scheinlich einige Mandate, aber sie vertrauen auf die galizischen Institutionen, sie verlassen sich darauf, daß, wenn heute ein Mandat sie 10.000 Gulden gekostet hat, es künftighin höchstens 15.000 Gulden kosten wird.

Die Klerikalen dürfen einen ernstlichen Widerstand nicht machen, weil sie gerade in letzter Zeit den Anschein einer volkstümlichen Partei angenommen haben. Da sie tatsächlich in breiten Schichten fußen, sind sie nicht in der Lage, einem volkstümlichen Antrag entgegenzutreten. Von den Jungtschechen brauche ich nicht zu sprechen, die sind selbstverständlich dafür. Aber mögen nun die Liberalen, mögen andere verschleppen, wie sie wollen, wir sind auch da. Wenn übrigens die Liberalen den Antrag der Regierung schlecht finden und auf einmal die Privilegien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern für reaktionär erklären — das ist ja ganz unsere Ansicht —, so müssen sie logischerweise in erster Linie für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, also den Antrag der Jungtschechen, stimmen. Wenn aber dieser Antrag abgelehnt werden sollte, dann gibt es keine Ausflucht mehr, dann muß jeder, der den Fortschritt will, für den Regierungsantrag stimmen.

Der Antrag der Regierung ist der Abschluß einer riesigen Agitationsperiode für das Proletariat, aber er bedeutet auch einen Anfang. Für unsere Genossen beginnt jetzt erst eine neue Zeit weiterer energischer Arbeit. Wir haben zwei Dinge zu machen: Erstens hinter ihnen her zu sein und sie nicht zu Atem kommen zu lassen, bis etwas geschehen ist. Zweitens, sicher wie wir sind, daß es geschehen wird, daß das allgemeine Wahlrecht kommen muß, uns darauf vorzubereiten.

Das allgemeine Wahlrecht bedeutet für uns in erster Linie nicht Mandate, sondern eine neue Grundlage für unsere Organisation, eine moderne Form der Agitation. (Beifall.) Diese Umwandlung unserer ganzen Tätigkeit ist eine schwere Arbeit, der wir alle Anstrengung widmen müssen, die mehr Opfer, mehr Überwindung, mehr Kraft von uns fordert, als alles Bisherige. Zu dieser Arbeit laden wir euch ein, Parteigenossen, und sind überzeugt, daß ihr alle kommen werdet, Männer wie Frauen. (Stürmische Rufe: Alle! Alle!) Wir werden zeigen, daß die österreichische Arbeiterschaft, die stark und kräftig genug ist, sich das Wahlrecht zu erobern, auch kräftig genug sein wird, es auszunützen nach jeder Richtung. Und nun erlaube ich mir in einer Resolution in wenigen Worten zusammenzufassen, was hier ausgeführt wurde.

Resolution.

Die heutige Versammlung sieht in der Wahlreformvorlage der Regierung das ihr endlich abgezwungene Bekenntnis, daß die heute bestehende Verfassung nicht nur eine .....*) Ungerechtigkeit gegen zwei Drittel des Volkes ist, sondern auch, daß es gegenüber der von der organisierten Arbeiterschaft geführten Bewegung unmöglich ist, fernerhin die politischen Privilegien der Besitzenden aufrechtzuerhalten.

Die Versammlung erklärt aber weiter, daß die Regierungsvorlage gänzlich ungenügend ist; sie protestiert entschieden gegen die Aufrecht-

*) Die fehlende Stelle ist unbekannt.

erhaltung der Privilegien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern und verurteilt das Festhalten an den indirekten Wahlen in den Landgemeinden sowie den sogenannten Bildungszensus.

Trotzdem betrachtet die Versammlung die Regierungsvorlage als den allerersten Beginn einer Reform, die mit Notwendigkeit zur gründlichen Umgestaltung der Verfassung führen muß. Die Versammlung fordert schließlich die Abgeordneten aller Parteien auf, in erster Linie für den jungtschechischen Antrag im Sinne des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechtes zu stimmen, warnt sie aber ernstlich davor, falls dieser Antrag abgelehnt würde, dem Durchdringen der Regierungsvorlage aus borniertem Klassenegoismus Hindernisse zu bereiten.

Die Versammlung erklärt schließlich, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft von nun an mit noch größerer Energie als bisher nicht nur für das allgemeine, sondern auch das gleiche und das direkte Wahlrecht eintreten und vor keinem zweckdienlichen Mittel zurückschrecken wird, bis dieses Ziel erreicht ist.

... Nun, Parteigenossen, Sie werden nicht zurückschrecken, und man weiß heute in ganz Österreich, daß die Arbeiterschaft nicht zurückschrecken wird. Und daß man das weiß, das ist das Verdienst des wirkenden Prinzips, des Geistes des Proletariats, der internationalen Sozialdemokratie. Diesem Geiste, der internationalen Sozialdemokratie, bringe ich ein dreimaliges Hoch! (Hochrufe, anhaltender Beifall*).

* * *

Genossen! Ich glaube eine der besten Reden, die heute hier gehalten wurden, — — — — — — — — — — — — **Konfisziert! Konfisziert!** — — — — — — — — — — — — — —**) (Beifall.) Der Genosse da hat im Namen der Million von Bürgern gesprochen, die das Wahlrecht auch nach dieser Vorlage nicht bekommen. Sie können ruhig sein, wenn der erste Schritt gemacht ist, dann haben wir eine Waffe in der Hand, und wir werden diese Waffe nicht rosten lassen, wir werden dafür sorgen, daß diese Schmach auch hinweggetilgt werde. Nun, Genossen, erlauben Sie, daß ich noch auf eines hinweise, was heute noch nicht erwähnt wurde. Ist es nicht eigentümlich, daß in Österreich jeder Fortschritt auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet tatsächlich von den reaktionären Parteien und der Regierung herkommt? Es ist traurig, aber es ist so. Die Fünfguldenmänner sind von den Klerikalen gekommen.

*) Dann sprachen Pernerstorfer, Schrammel, Dr. Ellenbogen, Hofer, Reumann, Leuthner, Leitner (Wiener-Neustadt), Hueber und dann wieder Adler.

) Die konfiszierte Stelle lautet: **„hat mein unmittelbarer Vorredner gehalten. Das war der Aufschrei des gequälten Volkes, das man der Bildung in grausam tückischer, niederträchtiger Weise von jeher beraubt hat und dem man diesen Raub zur bewußten Entrechtung macht“ ...

Der Vorredner war Hueber.

Wir lassen den Text so, wie er in der zweiten Auflage zu lesen war, um ein Bild zu geben, wie eine konfiszierte Zeitung aussah. Erst im Kriege wurden dann die weißen Flecke erfunden, weil dann die zensurierten Stellen im letzten Augenblick ausgekratzt wurden.

Die Gewerbereform mit dem Maximalarbeitstag, so elend schlecht und durchlöchert er ist, aber immerhin ist es ein Arbeiterschutz, der Besseres schafft, als wie es früher war, auch das ist von der rechten Seite des Hauses gekommen; nicht von den Liberalen. Die Liberalen haben den größten Widerstand geleistet, mit Klauen und Zähnen sich zur Wehr gesetzt, um den Maximalarbeitstag zu verhindern. Wir wollen nicht darauf eingehen, wie die Klerikalen und Polen dann die ursprüngliche Idee gefälscht haben; diese Verschlechterungen waren ebensoviele Konzessionen an die Liberalen. Was folgt daraus? Etwa, wie offiziöse Blätter uns heute schon nahe legen, daß auf dieser rechten Seite und insbesondere bei unserem hohen Ministerium ein besonders hoher Grad von Wohlwollen vorhanden ist? Keineswegs. Graf Taaffe ist ein Reaktionär vom Scheitel bis zur Zehe. Aber welche Reaktionäre müssen die Liberalen sein, wenn Graf Taaffe ihnen gegenüber noch Fortschrittsmann sein kann? Und noch eines. Es fallen Andeutungen perfidester Natur. Man spielt an, als ob Graf Taaffe da einen Coup gemacht im halben Einverständnis mit der Arbeiterschaft.

Herr Strache hat es merkwürdig gefunden, daß am 10. Oktober soviel Sozialdemokraten im Parlamente waren: man sagte, es handelte sich um einen Streich des Cäsarismus, das Bestreben der Regierung, mit Hilfe des Proletariats das Bürgertum zu beherrschen und Proletariat und Bürgertum zugleich zu treten. Der Cäsarismus ist ein schweres Kunststück und Graf Taaffe ist kein Julius Cäsar. Aber selbst wenn er die Qualität dazu hätte — man spielt den Cäsar auf dem Rücken eines bewußtlosen Pöbels, einer Menge, die nicht denkt, die nicht weiß, was sie will, aber wo eine bewußte Arbeiterschaft dasteht, gibt es keinen Cäsarismus. (Beifall.) Die Vorlage ist gewiß nicht nur ein Produkt der eisernen Notwendigkeit, sie ist außerdem gewiß auch ein Versuch, das Proletariat zu gewinnen. Vielleicht findet der Herr Kriegsminister, daß er in eine sonderbare Lage kommt, wenn er Soldaten herbeirufen muß, die keine Wähler sind. Vielleicht auch meint man mit uns zu spielen. Man hat es schon einmal versucht auf anderem Gebiet. Ich erinnere Sie daran, daß man mit den Genossenschaften glaubte, der Arbeiterschaft ein Netz über den Kopf geworfen zu haben. Diese Zwangsgenossenschaften sind in den Händen der organisierten Arbeiter eine Waffe geworden, um die den Gegnern schon längst leid ist. Eines ist der große politische Vorteil dieser Reform, noch bevor sie Gesetz geworden.

Bereits in der ersten Sitzung, die unter ihrem Eindrucke stattfand, war von der berühmten lex Trautenau keine Rede mehr, keine Rede ist mehr von den nationalen Quertreibereien und Stänkereien, die bisher für österreichische Politik ausgegeben worden sind. Auch eine andere Komödie von heute wird bald vorbei sein. Es lohnt sich nicht mehr der Mühe, die Kleingewerbetreibenden, die Fünfguldenmänner, mit dem Befähigungsnachweis zu fangen; die Stellung des Kleingewerbes ist ein Geschäft, dem viel Abbruch getan wird durch die Wahlreform. Sie ist zu Wahlzwecken be-

trieben worden. In dem Momente, wo das allgemeine Wahlrecht auf den Plan tritt, hören diese Faxen auf.

Das sind die Folgen, die schon heute sich geltend machen; die wichtigsten Konsequenzen haben wir daraus zu ziehen, wir haben aus der Vorlage etwas Vernünftiges zu machen, so unvernünftig sie ist. Und wir haben vor allem dafür zu sorgen, daß sie Gesetz wird, und sie wird Gesetz werden, mögen ganze Ströme von Tinte dagegen vergossen werden. Auf jedes Tintenfaß, das da ausgeschrieben wird, stehen wir, wenn es notwendig ist, gegen die Tinte mit unserem Blut. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Vor dem Sturz Taaffes.

Schwender-Versammlung am 30. Oktober 1893*).

Seit vielen Jahren stand Österreich nicht an einem ähnlichen Wendepunkt seines Schicksals wie heute. Das Österreich, unter dem wir alle leben, ist eine alte verzopfte Stände-Monarchie, gegen deren

*) Am 23. Oktober 1893 begann im Abgeordnetenhaus die erste Lesung der Wahlreformvorlage der Regierung und gleichzeitig damit der Wahlreformanträge Pernerstorfer, Slavik und Baernreither. Das Schicksal der Wahlreform war nach den Erklärungen der Parteien nicht mehr zweifelhaft. Trotzdem wirkte die provokatorische Art, wie namentlich der Vertreter des Polenklubs über die Arbeiter sprach, aufreizend. Der Abgeordnete Graf Eduard Stadnicki sagte am 24. Oktober unter anderem:

> Ich befürchte, daß die Wählerschichten, die nach der Wahlreform der Regierung zum öffentlichen Leben berufen werden sollten, eine Brutstätte für die Anarchie werden könnten, weil die Dienstboten und Arbeiter, alle die Schichten, die nach dieser Vorlage zur Wahlurne schreiten möchten, das Gefühl haben würden, daß sie dem souveränen Volk angehören und selbstverständlich — ein Mitglied des souveränen Volkes ist nicht berufen, irgend jemand zu gehorchen...
>
> Die Wahlreformvorlage kann in unserem nationalen Leben einen entschiedenen Umschwung bedeuten; es kann dadurch in Galizien eine Verschiebung stattfinden zugunsten von Volksschichten, unter denen sich auch solche vorfinden könnten, die gerade **keinen Sinn und kein Verständnis besitzen für ideale Güter der Menschheit, bei denen der Wahlspruch „Brot und Arbeit“ oder „Brot ohne Arbeit“ ein allgemeiner zu sein pflegt,** bei denen die Worte „nationaler Geist, historische Individualität, Landesgrenze, Staatsgrenze“ keinen Sinn haben, **bei denen leider Vaterland, Ehre, Patriotismus Worte ohne Bedeutung sind, bei denen der Spruch, den wir leider schon einmal vernommen haben, Anklang finden kann: Zwar nicht ehrenhaft, aber gesund.**

Diese Worte erregten natürlich in den Arbeiterversammlungen die größte Empörung, und sooft der Name Stadnicki genannt wurde, ertönten stürmische Pfuirufe, so daß Stadnicki dann allgemein als „Graf Pfui“ bezeichnet wurde. Die Bemerkungen Stadnickis waren um so unverschämter, als die Worte „Zwar nicht ehrenhaft, aber gesund!“ ein in den Kreisen der polnischen Adeligen üblicher Spruch waren, der polnisch lautet: „Nie honorowo ale zdrowo“.

reaktionäres Grundprinzip keine Partei einen Angriff machte, außer der klassenbewußten Arbeiterschaft. Nun berichten heute die Blätter von einem Systemwechsel. Graf Taaffe soll abgedankt haben. Wir weinen ihm keine Träne nach — unter jeder Ausnahmsverordnung steht der Name des Grafen Taaffe, an seinen Namen knüpft sich die größte .... der Arbeiterschaft. Wir werden aber trotzdem, wenn er auch gehen sollte, nicht illuminieren wie die Wähler des Herrn Abgeordneten Swoboda. Denn an seine Stelle träte dann ein liberal-feudales Ministerium, das die Quintessenz aller reaktionären Instinkte unserer Bourgeoisie und unserer Aristokratie ist. Wir haben dabei weder etwas zu gewinnen, noch etwas zu verlieren, aber trotzdem begrüßen wir dieses neue Dreigestirn, und sagen: Bravo, nun haben wir sie endlich beisammen, diese politischen Gaukler. Wir haben sie gezwungen, sich selbst die Maske vom Gesicht zu reißen. Die Liberalen wollten zur Schüssel, mag es sein, mit wem immer, sei es mit dem Teufel. Und die Konservativen, die Heiligen, Frommen, auch sie koalieren sich mit dem Teufel, mit dem Liberalismus selbst. So stehen denn vor uns die geeinten Vertreter der besitzenden und privilegierten Klassen, die sich rüsten zur Abwehr gegen den Ansturm des Proletariats. So soll es sein; dem Blindesten muß die Binde vom Auge fallen. Endlich einmal handelt es sich auch in Österreich um den Klassenkampf; verschwunden ist seit vier Wochen die Frage des Trautenauer Bezirksgerichtes, der Nationalitätenschwindel. Und wie kam das? Die Regierung mußte eine Sünde begehen, die kein Liberaler verzeiht, und sie hat die Sünde begangen, freilich nur, weil sie mußte; sie erklärte, nicht in freudiger Überzeugung, nicht mit Begeisterung, den rechtlosen Massen muß das Wahlrecht gegeben werden; das genügte, um aus den Kastraten Leute zu machen, die so tun, als wären sie Männer. Die Parteien wurden stramm, weil sie die Sozialdemokratie noch mehr fürchteten, als selbst die Regierung. Die liberalen Salonbauern und die feudalen Grafen erklärten einmütig, daß man nicht den Klassenkampf in die ländliche Bevölkerung dürfe hineintragen lassen. Am meisten gefiel mir die Rede des Abgeordneten Stadnicki. (Lebhafte Pfuirufe auf Stadnicki.)

Am 28. Oktober wurde das Parlament vertagt.

Am 30. Oktober fanden in Wien mehrere Versammlungen statt, die alle massenhaft besucht waren und geteilt werden mußten. Im überfüllten Amorsaal in Schwenders Kolosseum sprach. Adler.

Am 11. November wurde Graf Taaffe enthoben und der Kaiser setzte zur Verhandlung der Wahlreform das Koalitionsministerium Windischgrätz ein.

Wegen dieser Versammlung vom 30. Oktober sowie wegen der Versammlung vom 5. November wurde Adler angeklagt und vom Bezirksgericht Rudolfsheim wegen Beleidigung der Regierung zu einem Monat Arrest verurteilt. Das Urteil wurde auch vom Landesgericht bestätigt. Siehe darüber den Bericht im zweiten Band dieser Sammlung „Adler vor Gericht". (Bd. II, Seite 111, „Die verkleinerten Delikte".)

Lassen Sie doch! Stadnicki ist unbezahlbar für uns. Diesen Mann brauchen wir als Zeugen dafür, welche Leute das österreichische Proletariat beherrschen; wir brauchen einen Kerl, den wir als corpus delicti auf den Gerichtstisch der Geschichte niederlegen können. Herr Graf Stadnicki ist ein Mitglied des Polenklubs, welcher der Ausschuß einer Aktiengesellschaft von polnischen Grundherren ist, welche Streifzüge unternimmt gegen die Millionen ruthenischer und polnischer Bauern, und jede Frage vom Standpunkt des Profites betrachtet. Von sich und seiner Sippschaft aber sprach Graf Stadnicki als von „nationalen Idealisten“, die alles für das „Land“ opfern, die ihr Vermögen verschleudern für ihre Nation. Diese Leute haben, als es sich darum handelte, polnische Revolutionäre vor der Auslieferung an die russischen Henkersknechte zu bewahren, es rundweg abgeschlagen, etwas zu tun für ihre „polnische Nationalidee“. Dieses ruppige Gesindel kennen wir, und diese Stadnicki haben die Infamie, von den Rechtlosen zu sagen, sie hätten keinen Sinn und kein Gefühl für ideale Güter. (Bewegung und Pfuirufe.) Dieser Mensch, der noch keinen Tropfen Schweiß bei ehrlicher Arbeit vergossen hat, wirft den Arbeitern vor, daß sie „Brot und Arbeit, lieber noch Brot ohne Arbeit“ haben wollen. (Pfuirufe.) So sehen die Leute aus, die jetzt an die Regierung kommen sollen, mit den Liberalen Arm in Arm. Aber auch diese eventuelle neue reaktionäre Regierung muß von vornherein erklären, daß die Wahlreform nicht von der Tagesordnung verschwinden könne. Sie werden die Absperrung der klassenbewußten Arbeiterschaft von der übrigen Bevölkerung bezwecken wollen. Sie sind so dumm, zu glauben, irgend etwas in der Welt könnte den Bazillus der Sozialdemokratie unter Sturzgläsern halten; dieselben Leute, welche durch ihre Wirtschaft Sozialisten fabrizieren, glauben, die Sozialdemokratie an der Verbreitung hindern zu können. Was immer kommen möge, für uns ist es nur Gutes. Ein liberalreaktionäres, feudalreaktionäres und klerikalreaktionäres Ministerium ist gut, weil wir die politische Klarheit über alles wünschen, weil das Klassenbewußtsein der Besitzlosen am raschesten geweckt wird durch eine solche Phalanx von liberalen und schwarzen Ausbeutern. Niemand wird sich mehr finden, den Liberalen oder den Klerikalen die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Jedenfalls wird auch die Frage der Verfassung nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden. Jetzt schon erklären alle Parteien, daß jede Wahlreform heute nur ein Übergangsstadium sein kann zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. Der Glaube an die Festigkeit der Verfassung ist beim Teufel. Unsere Aufgabe ist, zu sorgen, daß die Sache schneller geht. Wir hätten ganz andere Dinge zu tun, als Österreich seine Verfassung zu flicken, als das erst zu vollbringen, was die Bourgeoisie aus Feigheit und Dummheit unterlassen hat. Jeder von uns fühlt, daß wir die eigentlichen sozialistischen Dinge mehr in zweite Linie stellen müssen, um eine Waffe zu erhalten. Obwohl wirtschaftlich unterdrückt, obwohl politisch rechtlos, hat sich in sechs Monaten

die Arbeiterklasse Österreichs ein Stück politischer Macht erobert, und mit diesem wird es sich eine Waffe erobern, um in einem langen Kampf auf Leben und Tod auch die wirtschaftliche Emanzipation durchzusetzen. Wir sind endlich in Österreich durch die politische Tätigkeit der Arbeiterklasse aus der Versumpfung unserer politischen Zustände herausgekommen. Auch bei uns wird bei jedem Gesetz, bei jeder Ministerzusammensetzung erwogen, wie das auf die Arbeiterklasse wirken wird. Vielleicht werden sie jetzt wieder blind sein und glauben, man könne noch einmal das Proletariat foppen. Wenn sie blind sein wollen, die Herren in jenem Blindeninstitut, dann wird die Arbeiterschaft ihnen den Star stechen.

Die Zukunft ist noch nicht klar. Aber für uns handelt es sich heute nicht darum, was sie tun werden, wir müssen nur wissen, was wir wollen. Die Herren mögen tun, was sie wollen; wir appellieren nicht an die Gewalt; aber wenn man dem Mann, der am Boden liegt, das Knie auf die Brust setzt und ihn erdrücken will, dann darf man sich nicht wundern, wenn er sich um jeden Preis erhebt. Ich will kurz den Inhalt meiner Rede in folgender Resolution zusammenfassen:

Resolution.

Die heutige Versammlung verurteilt aufs schärfste die Haltung der drei großen Parlamentsparteien in der Frage der Wahlreform und konstatiert, daß die liberale Reaktion nunmehr schamlos ein unverhülltes Bündnis mit der klerikalen und feudalen Reaktion eingegangen ist, und zwar zum Zwecke der Bekämpfung des Volkes, welches sein Recht fordert. Die zahlreichen Anträge zur Wahlreform, die eingebracht wurden, sind lächerliche Versuche, die Wahlreform zu verschleppen, zu versumpfen und das bestehende Wahlunrecht zu konservieren.

Die Versammlung erklärt weiter, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft dieses volksfeindliche Bündnis der drei reaktionären Parteien nicht fürchtet und daß die vereinigte reaktionäre Masse die von der revolutionären Sozialdemokratie geführte Bewegung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes nicht aufhalten wird.

Möge die gegenwärtige Regierung oder irgendeine ihr folgende alle Mittel der Gewalt anwenden — das arbeitende Volk ist entschlossen, rücksichtslos und unerschrocken an die Eroberung seines Rechtes zu schreiten.

Mögen die Herren anwenden, was sie wollen — dieser Satz steht nicht umsonst hier. Wenn wir diese neue Regierung bekommen, ist sicher, daß die vereinigte Reaktion in der Machtausübung gegenüber der Arbeiterklasse nicht um ein Haar besser sein wird, als das Regiment Taaffes. Wenn Taaffe die Sozialdemokraten mit Ruten gepeitscht hat, wird eine liberalfeudalklerikale Regierung sie mit Skorpionen züchtigen. Das war immer so. Wenn wir ein feudalliberales Ministerium bekommen, wird es nicht weniger Opfer für uns geben, sondern wir müssen gefaßt sein auf schärfere Kämpfe und wenn ich das sage, glaube ich damit

keinen von euch abzuschrecken, oder einzuschüchtern (tausendstimmiger Ruf: Keinen!), wir wissen, daß ihr entschlossen seid, dem neuen wie dem alten Ministerium gegenüber den Ruf zu erheben: Es lebe das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Begeisterte Zustimmung und Hochrufe.)

*

Genosse Hofer*) hat gesagt, daß in der österreichischen Arbeiterschaft eine solche Erbitterung herrscht, daß eine solche Entschlossenheit vorwärts zu gehen besteht, daß man nur auf das Losungswort derer wartet, die das Vertrauen der Genossen genießen. Glauben Sie uns allen, daß wir das ganz genau wissen. Man nennt uns Hetzer und Schürer, während wir diejenigen sind, die zur Ruhe, Besonnenheit und Klugheit auffordern müssen. Wir müssen kaltes Blut bewahren. Wir müssen jetzt Gewehr bei Fuß stehen und sehen, was die Herren da auskochen werden. Erst wenn sie mit etwas kommen, und die Frage sein wird, was wir dazu sagen, dann werden wir ihnen eine deutliche Antwort geben. Hofer hat recht, es erfaßte jeden Erbitterung, wenn man die Leute da drinnen debattieren hörte, wie groß das Stück Recht sein dürfe, das man dem Volke gibt. Wer sind denn diese Leute, daß sie**) [über das Volk, über seine Reife oder über sein Recht abzuurteilen wagen?? (Ein Zuhörer ruft: Gauner!) Nein — sie sind die Vertreter ihrer Klasseninteressen. Die einzige Gaunerei besteht darin, daß sie, die Vertreter der engherzigsten Cliqueninteressen, sich als Vertreter des Volkes ausgeben. Und sie haben die Macht dazu, durch die Hungerpeitsche, auf die sie sich stützen. Gewiß muß das entrüsten, erbittern. Aber diese Entrüstung, diese Erbitterung soll jeder umsetzen in fortwährende Arbeit für die Aufklärung der Arbeiterklasse. Daran ist noch sehr viel zu arbeiten. Wir wissen sehr gut, daß, so groß die Fortschritte der Sozialdemokratie sind, die Masse der Indifferenten noch eine gewaltige ist. Wir stehen erst am Anfang unserer Agitation und Organisation, wir sind noch nicht bei der Ernte, sondern erst bei der Aussaat. Wir wollen uns nicht selbst täuschen, und aus Selbstüberschätzung unsere Organisation gefährden. Genossen! Wir werden in den nächsten Tagen wiederholt zusammenkommen; wir werden den ganzen Prozeß verfolgen, und lernen; es ist lehrreich, die Gegner im adamitischen Kostüm zu sehen. Mögen sie sich weiterhin mit irgendwelchem Flitter behängen, dem Volke wird unvergeßlich sein, das Bild des nackten „Liberalen", des nackten „Christen", des nackten „Adeligen". Wir gehen an die weitere Arbeit der Agitation, und jeder Akt der Verbreitung von Aufklärung ist eine revolutionäre Tat. Den Grimm, den Abscheu, die Verachtung für das, was das Volk heute büttelt und knechtet,

*) Nach Adler hatte Hofer, der Vertrauensmann der Geschäftsdiener, gesprochen. Nach ihm sprach wieder Adler.

**) Die eingeklammerten Stellen waren im Bericht der „Arbeiter-Zeitung" konfisziert.

bewahren wir uns, das häufen wir und die Stunde kommt, wo wir es werden brauchen können*). (Stürmischer Beifall.)

Regierung, Parlament und Wahlreform.

Versammlung am 5. November 1893**).

Er gab eine kurze Darstellung der politischen Situation und konstatierte, daß die Arbeiterschaft am Ministerium Windischgrätz ebensowenig gewinne, als sie am Ministerium Taaffe verloren habe. Die Koalition der drei reaktionären Parteien sei um so schamloser, als sie einzig und allein von den Führern gemacht wurde, die nicht einmal die Klubmitglieder befragten; die Wählerschaften seien verschachert worden wie die willenlosen Schafe. Daß sie sich das gefallen lassen, sei eine Folge der Korruption und politischen Fäulnis, die durch die Parteiführer gezüchtet werden. Insbesondere deutlich sei der Verfall der liberalen Partei, wofür die letzten Ereignisse bei Ronacher, die Redner eingehend schildert, ein Zeugnis seien. Daß die Liberalen an der politischen Freiheit Verrat übten, war längst bekannt; seit 14 Tagen wissen wir, daß sie für zwei Ministerportefeuilles ihre „Schulfreundlichkeit" opfern und mit den Schwarzen einen Pakt schließen; seit der Affäre Ronacher haben sie sich als Polizeiliberale***) entpuppt. Die Arbeiter hätten

*) Die „Arbeiter-Zeitung" schloß ihren Bericht folgendermaßen:

Genosse Hueber schließt die Versammlung mit den Worten: Gedenken Sie des Namens Stadnicki, Genossen, der die Arbeiter Österreichs aufs tiefste beleidigt hat. Graf Stadnicki hält heute die Peitsche über seine Untergebenen; vielleicht dreht sich der Stiel einmal um. Er hat uns alle beleidigt, und die Liberalen, die Volksfreunde, haben kein Wort gefunden zur Verteidigung der Rechtlosen. Dieser liberalen Partei ist die Maske der Volksfreundlichkeit vom Gesicht gerissen, und hinter dieser Maske wie hinter der polnischen, wie hinter der konservativen, hat die Fratze der Ausbeutung gesteckt. Wir sind froh, daß wir es einmal mit dieser vereinigten Bande aufnehmen können. Ich schließe mit einem „Nieder mit der liberalen Partei!"

Die Tausende von Anwesenden brechen in ein oftmaliges „Nieder mit den Liberalen", „Nieder mit der reaktionären Bande", „Hoch die Sozialdemokratie" aus. Bei Verlassen des Saales ertönt das „Wahlrechtslied".

**) Sonntag den 5. November fand in Hambergers Saal „Zur Weintraube" im fünften Wiener Bezirk eine von mehr als zweitausend Personen besuchte Versammlung statt, in der Adler über das Thema „Regierung, Parlament und Wahlreform" sprach.

Wegen dieser Rede wurde Adler angeklagt und zusammen mit der Rede bei der Schwender-Versammlung zu einem Monat Arrest verurteilt. (Siehe Bd. II, Seite 111.)

***) Bei einer Versammlung, die die Liberalen im „Etablissement Ronacher" gegen die Wahlreform abhielten, hatte sich die Polizei brutal gegen die Arbeiter benommen. Adler wurde geklagt, weil er gesagt haben soll: „Die Liberalen haben die Polizei gekauft." Darin erblickte die Anklage eine Beleidigung der Polizei. Als Adler in der Verhandlung sagte, eine solche Äußerung wäre unsinnig gewesen, da die Liberalen es nicht

dasselbe Recht gehabt, auf der Straße für das Wahlrecht zu demonstrieren wie die feigen Liberalen im Saale gegen das Wahlrecht. Die Demonstration sei keineswegs aus einer von der Partei gegebenen Losung entsprungen, wie die feile Presse lügt, sondern aus dem höchst begreiflichen, ganz spontanen Wunsche einzelner, und zwar nicht bloß Arbeiter, sich die liberalen Herren einmal zu besehen. Redner kritisiert gebührend das Eingreifen der Wachleute, welche nach dem eigenen Geständnis der bürgerlichen Presse harmlose Leute mit dem Säbel traktierten. Die Verantwortung für das vergossene Blut habe nicht die Partei und nicht die auf der Straße Versammelten zu tragen, sondern jene Leute, welche die Polizisten herbeiriefen... Das allgemeine Wahlrecht sei der Block, welchen die Arbeiterschaft auf den Weg jeder kommenden Regierung gewälzt habe; keine könne darum herumkommen.

Unsere Taktik müsse sich notwendigerweise danach richten, was nun geschehen werde. Es sei der neuen Regierung und den herrschenden Parteien in ihrem eigensten Interesse zu raten, halbwegs vernünftige Politik zu machen. Die Arbeiterschaft wartet und wird die entsprechenden Konsequenzen zu ziehen wissen.

Der Berliner „Vorwärts" über Österreich.

„Arbeiter-Zeitung" vom 14. November 1893.

Die Geschicke des österreichischen Proletariats, die Entscheidungen, welche von der österreichischen Sozialdemokratie in den bedeutungsvollen Zeiten, die wir durchleben, gefordert werden, lenken natürlicherweise die gespannteste Aufmerksamkeit unserer Bruderparteien im Ausland auf sich. Daß niemand mit wärmerem Interesse, mit herzlicheren Wünschen für unseren Erfolg die Vorgänge in Österreich und ihre Wirkungen auf das Proletariat beobachtet als unsere deutschen Genossen, ist selbstverständlich. Gerade aber weil vom Ausland aus die Dinge viel schwerer zu erkennen sind, weil eine genaue und intime Kenntnis aller Verhältnisse dazu gehört, um einen klaren Blick zu erhalten, weil insbesondere die Vorgänge innerhalb der Massen der Arbeiterschaft, ihre Stimmungen und Willensäußerungen sehr schwer von den außenstehenden, wenn auch noch so eng befreundeten Genossen beurteilt werden können, ist es eine allgemeine Regel, deren Nichtbefolgung sich gewöhnlich schwer straft, daß Urteile über die

notwendig hatten, die Polizei zu kaufen, die ihnen ganz umsonst zur Verfügung stehe, dehnte der staatsanwaltschaftliche Funktionär die Anklage auf diese Äußerung aus, denn die Polizei stehe nur der Regierung zur Verfügung. Doch wurde Adler dann von dieser neuen Anklage freigesprochen, da die Anklage wieder dem Landesgericht hätte zugewiesen werden müssen und das Gericht das vermeiden wollte. Hatte doch Adler verlangt, daß er nicht wegen Beleidigung der Polizei, sondern wegen Aufreizung zu Haß und Verachtung geklagt werde, welches Delikt vor die Geschwornen gehörte, und die Gefahr bestand, daß am Ende doch, wenn noch ein zweites Delikt dazu käme, das Ganze vor die Geschwornen käme.

Taktik vom Ausland aus nur mit größter Vorsicht gefällt, jeder Versuch eines Eingreifens aber vermieden werden soll. Es ist gar nicht zu umgehen, daß man sich im Ausland vielfach von der gegnerischen Presse dahin beeinflussen läßt, ein falsches und vor allem ein übertriebenes Bild von den Vorgängen zu bekommen. Je weiter man vom Schauplatz der Ereignisse ist, um so ängstlicher wird man, und je näher einem die Dinge gehen, je ausgesprochener das Solidaritätsbewußtsein ist, um so größer wird die freundschaftliche Besorgnis. So kann auch die enge Freundschaft eine Quelle falscher Beurteilungen werden.

Eine Illustration zu dieser allgemeinen Bemerkung ist der Artikel, welchen unser Bruderorgan, der Berliner „Vorwärts“, unter dem Titel: „Die neue Ära Windischgrätz in Österreich“ bringt. Nachdem in diesem Artikel das Ministerium Windischgrätz und die Koalition der Parteien nach Verdienst geschildert sind, fährt der Artikel also fort:

Warum gerade ihm, warum gerade jetzt?

Äußerlich richtet sich die Koalition der großen Parteien gegen Taaffe, aber ihrem inneren Wesen nach ist sie die Organisation der Besitzenden ohne Unterschied der Partei und Nationalität gegen das mächtig aufstrebende Proletariat. Der Schritt Taaffes in der Richtung zum allgemeinen Wahlrecht brachte dem Feudaladel und der Bourgeoisie zum Bewußtsein, daß die Sozialdemokratie in Österreich zu einer starken und gefährlichen Macht geworden ist. Ja, im ersten Schrecken, der noch jetzt nicht der ruhigen Überlegung gewichen ist, wurde die tatsächliche Macht der österreichischen Sozialdemokratie von den Gegnern phantastisch überschätzt.

Die Furcht einigte sie, die Furcht trieb sie zu einem Windischgrätz, die Furcht ließ sie wünschen, daß der Enkel seinem Großvater nachahme.

Vierzehn Jahre Taaffescher Versöhnungspolitik führten zum Prager Belagerungszustand, drei Monate Windischgrätz'schen Regimes werden, so heißt es in parlamentarischen Wiener Kreisen, zum Belagerungszustand über Wien führen. Es handelt sich hiebei um mehr als ein Scherzwort.

Die Situation in Österreich ist übermäßig gespannt.

Die Parteienkoalition will das von Taaffe den Arbeitern gegebene Versprechen nicht einlösen, sie will die Sozialdemokraten mit einem Wahlrecht der Krankenkassenmitglieder oder etwas Ähnlichem abspeisen, sie will sich wohl auch Garantien verschaffen, daß die eigentlichen Vertrauensmänner der Arbeiter das passive Wahlrecht nicht erhalten.

Wer könnte es den Arbeitern verübeln, daß sie sich dieses Attentat nicht ruhig gefallen lassen wollen? Ihr Kampfesmut wird entflammt, ihr Haß wird erregt, die revolutionären Instinkte werden angestachelt. Dabei läuft so manche Phrase mit unter, der Generalstreik, niemals eine größere Utopie als zur Zeit der gegenwärtigen schweren wirtschaftlichen Krise, wird den Arbeitern empfohlen, ja, man redet von Gewalt gegen Gewalt. Sehr zur Unzeit, wie uns dünkt. Wenn die Machthaber die Gewalt provozieren, wissen sie sich im Besitz der Macht. Und für einen gewaltsamen Konflikt wird von den Gegnern der Moment gewählt werden, der ihnen am passendsten scheint. Daß aber die Bourgeoisie und die Regierungskreise gerade jetzt nichts dagegen hätten, das nationale Mannlichergewehr an der österreichischen Arbeiterschaft zu versuchen, dafür spricht die in Österreich unerhörte Duldung der

schärfsten Reden in den Versammlungen, dafür spricht der Zusammenschluß aller reaktionären Elemente, dafür spricht nicht zum mindesten die Wahl eines Windischgrätz zum Leiter der österreichischen Politik. Der Enkel dessen, der die revolutionären Vorfahren der Wiener Arbeiter und der Prager Jungtschechen standrechtlich erschießen ließ, wird von den Organen des Besitzes und Feudalismus als der Retter in der Not mit Hosianna gepriesen. Mit Freuden würden sie es aufnehmen, wenn der künftige Ministerpräsident an den österreichischen Arbeitern das Exempel statuieren würde, das die Kämpfer für die Befreiung der Bourgeoisie im Jahre 1848 an ihrem Leibe erdulden mußten.

An den österreichischen Arbeitern, vor allem an denen von Wien, liegt es, ohne Überstürzung, kühl und ruhig zu handeln, nichts zu übereilen, die eigene Macht nicht zu überschätzen, die ihrer Todfeinde nicht zu unterschätzen, jede Falle, die ihnen gestellt wird, zu vermeiden, und durch keine Herausforderung, durch keinen Appell an die blinde Leidenschaft aus der unangreifbaren Stellung, die sie sich durch lange, mühevolle, zähe Arbeit errungen haben, sich herauslocken zu lassen.

Es handelt sich heute um mehr als um die Opfer des täglichen Kampfes, es handelt sich um einen Krieg, bei dem der Besiegte aufgerieben werden kann. Was wäre die Folge einer solchen Niederlage für die österreichischen Arbeiter: die Verhängung des Belagerungszustandes, die Unterdrückung der Presse, die Auflösung aller Organisationen, die Unschädlichmachung der Führer. Kurz, die Früchte jahrelanger Arbeit und Tätigkeit gingen zugrunde, und Jahre würde es dauern, bis Neues geschaffen wäre.

Der Tag ist für die österreichischen Arbeiter noch nicht gekommen, wo sie einen Sieg erhoffen können.

Wie man sieht, ist der Artikel ein Beweis von dem intensivsten Interesse, welches die deutsche Bruderpartei für die Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie hat. Er ist aber leider auch ein Beweis dafür, daß man draußen unsere Verhältnisse doch nur ungenügend kennt. Der Grundgedanke des Artikels ist ein dringender Rat an die österreichische Arbeiterschaft, sich nicht provozieren zu lassen. Dieser Rat ist ebenso dankenswert, ebenso wohlgemeint, als zum Glück überflüssig. Die österreichische Sozialdemokratie überschätzt ihre eigene Macht nicht, sie unterschätzt durchaus nicht die Bajonette der Gegner oder deren gute Absicht, sie rücksichtslos zu verwenden. Andererseits ist es ein Irrtum, wenn der „Vorwärts“ davon spricht, daß die Macht der österreichischen Sozialdemokratie von den Gegnern „phantastisch überschätzt“ werde. Richtig ist vielmehr, daß gerade die Feigheit unserer Gegner sie veranlaßt, die Sozialdemokratie „phantastisch“ zu unterschätzen und zu glauben, sie könnten dieselbe durch einige Akte roher Gewalt unterdrücken. Sie drohen mit Gewalt, aus Feigheit und zugleich aus Dummheit.

Wir sind mit dem „Vorwärts“ vollständig darin einverstanden, daß die Gegner gerade jetzt einige Lust bezeugen, die Flinte schießen und den Säbel hauen zu lassen: aber es bedeutet eine uns in der Tat völlig unerwartete und unerklärliche Unkenntnis der Tatsachen, wenn ein Beweis für diese Lust der Gegner, zu provozieren, in einer angeblich „in Österreich unerhörten Redefreiheit“ gesucht wird. Daß man Lust hat, zu provozieren, ist richtig, aber man provoziert in Österreich nicht durch Duldung, sondern man

provoziert durch eine selbst „in Österreich unerhörte“ Unterdrückung. Allerdings ist die Beschränkung der Redefreiheit in Deutschland und Österreich eine sehr verschiedene. Es gibt Dinge, die man in Österreich ungestraft sagen kann, derentwegen man in Deutschland verfolgt werden würde; es gibt aber noch viel mehr Dinge, die man in Österreich absolut nicht erörtern, ja nicht nennen darf, über welche in Deutschland ohne jede Beanstandung in allen Versammlungen und in der Presse in offenster Weise gesprochen wird. Das ist auch einer der Gründe, welche die Beurteilung von außen her erschweren. Aber man sollte meinen, daß auch der Verfasser jenes Leitartikels davon Kenntnis haben müßte, daß niemals in Österreich eine solche Razzia der gerichtlichen Verfolgungen erlebt wurde, als gerade in den letzten Monaten. Es gibt beinahe keinen Genossen, der öffentlich spricht, welcher nicht mit einem Überfluß von Prozessen gesegnet wäre. Die Verurteilungen erfolgen prompt, und trotzdem wird noch lange nicht dem Wunsche der Staatsanwälte, respektive der Regierung, nachgekommen. Dazu der Ausnahmezustand in Prag, welcher, wie der „Vorwärts“ sehr genau weiß, wesentlich auch gegen die tschechische Arbeiterschaft gerichtet ist und offiziell mit dem „Mißbrauch der Versammlungsfreiheit“ motiviert wird. Es genügt, an die blutigen Ereignisse von Brünn und Prag im letzten Juni und Juli zu erinnern, um die „unerhörte Duldung“ genügend zu charakterisieren. Es hat niemals in Österreich eine Zeit gegeben, wo die sozialdemokratische Presse einer solchen Fülle von Konfiskationen ausgesetzt war, und niemals erfolgten so viele subjektive Verfolgungen, als gerade heute. Wenn der „Vorwärts“ von einer „Falle“ spricht, die aufgestellt werde, so kann er versichert sein, daß wir in keine wie immer geartete Falle gehen werden; aber er muß sich nicht die Vorstellung machen, als ob man Speck aufrichten würde, als ob man uns hinein locken würde: nein, höchstens will man uns mit Gewalt hineintreiben.

In dem Artikel findet sich auch eine freundschaftliche und milde, aber doch in manchen Punkten ungerechte und vielleicht nicht ganz zeitgemäße Kritik einzelner Erscheinungen unserer Bewegung. Es wird gesagt, daß bei unserer Agitation „so manche Phrase mit unterläuft“. Das können wir ohne weiteres zugeben; wer sich frei fühlt von Phrasen, werfe den ersten Stein auf uns. Die österreichische Sozialdemokratie kann unmöglich die Verantwortung für jede mehr oder minder kluge, geschickte oder sachgemäße Redewendung ihrer Redner übernehmen. Die Selbstkritik wird in unserer Partei nach Möglichkeit und recht strenge geübt. Was der „Vorwärts“ hier meint, wird im Inland ebenso scharf aber vielleicht etwas wirksamer bekämpft, als dies vom Ausland möglich ist.

Wenn aber der „Vorwärts“ den Generalstreik eine „Phrase“ oder mindestens eine „Utopie“ nennt, so scheint er uns etwas stark über das Ziel zu schießen. Man kann die verschiedenste Ansicht über den Generalstreik haben, man kann ihn für ausführbar oder für unausführbar, für nützlich oder für schädlich halten — aber eine „Phrase“ oder eine „Utopie“ ist der Generalstreik

niemals. Es unterliegt seit geraumer Zeit in der österreichischen Arbeiterschaft der Diskussion (und es kann sein, daß diese Diskussion eine sehr aktuelle wird, das hängt von unseren Herren Gegnern ab), ob der Generalstreik für unsere Verhältnisse ein geeignetes Mittel sei. Wer den Generalstreik empfiehlt, kann vielleicht ein Sanguiniker sein, er mag die Schwierigkeiten unterschätzen, aber man kann von ihm nicht sagen, daß er eine Phrase mache. Die „schwere wirtschaftliche Krise" als Hindernis für den Generalstreik anzusehen, ist aber schon gar nicht angebracht. Vor allem existiert diese Krise in vielen Branchen der Industrie in Österreich überhaupt nicht. Die Textilindustrie zum Beispiel ist sehr gut beschäftigt, und ein Stillstand der Fabriken, auch auf nur kurze Zeit, würde den Herren Fabrikanten im höchsten Grade unangenehm sein. Aber die Krise hat mit dem Generalstreik überhaupt nichts zu tun. Ein Generalstreik hat ja nur dann einen Sinn, und kann nur dann einen Erfolg haben, wenn nicht nur die Kohlengräber, die Textil- und die Metallarbeiter, sondern auch Bäcker, Fleischer, Schuhmacher, Schneider usw. das Werkzeug aus der Hand legen, mit einem Wort, wenn es möglich ist, die gesamte Produktion, insbesondere auch der notwendigsten, unmittelbar verwendeten täglichen Gebrauchsgegenstände, mit einem Male zu unterbrechen und unmöglich zu machen. Ein derartiger Streik aber wäre selbstverständlich von der wirtschaftlichen Konjunktur vollständig unabhängig; und der „Vorwärts" kann versichert sein, daß der Generalstreik in Österreich, welcher der Diskussion des Parteitages eventuell unterliegen wird, nur dann proklamiert werden wird, wenn diese Bedingungen zutreffen. Ob sie zutreffen, ist hier nicht der Ort zu untersuchen. Aber von einer Phrase, von einer Utopie zu sprechen, ist eine tatsächliche Unrichtigkeit.

Ebenso unterschätzt der „Vorwärts" die Klugheit der österreichischen Sozialdemokraten, wenn er meint, „man rede von Gewalt gegen Gewalt". Wir wissen sehr genau, daß die Gewaltanwendung nur dann eine praktikable Sache ist, wenn man die Gewalt hat. Andererseits aber sind wir gezwungen, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen, und haben die Verpflichtung, unseren Genossen zu sagen, daß sie sich auf alles gefaßt machen müssen, daß von unseren Gegnern alles zu erwarten ist, sogar die Gewaltanwendung.

Und wenn heftige Worte fallen, so werden sie uns von der Entrüstung, von der Verletzung des Rechtsgefühls, von der Verachtung der schmählichen Kampfweise unserer Gegner abgepreßt. Niemals aber kann ein Redner, und mögen dem „Vorwärts" seine Worte noch so heftig erscheinen, niemals kann ein Redner auch nur annähernd das Maß von Groll, von Verbitterung, von Haß gegen die heute herrschenden Zustände ausdrücken, die im österreichischen Proletariat lebendig sind. Unsere deutschen Freunde mögen sich einen Zustand vorstellen mit dem Sozialistengesetz, aber ohne Wahlrecht, und sie werden mehr Maß halten im Predigen der Mäßigung.

Der „Vorwärts" schließt seinen Artikel mit den Worten: „Der

Tag ist für die österreichischen Arbeiter noch nicht gekommen, wo sie einen Sieg erhoffen können.“ Wir müssen gestehen, daß wir sehr überrascht waren, als wir diesen Satz lasen. Die österreichischen Arbeiter wissen ganz genau (und wir denken, die Mitarbeiter des „Vorwärts“ müßten das auch wissen), daß unser Sieg, und auch der Sieg der deutschen Sozialdemokratie, überhaupt nicht an einem Tage erfochten werden wird. Wir siegen täglich und jeder Sieg schafft uns neue Aufgaben und macht neue Kämpfe notwendig. Daß der Tag, an welchem die österreichischen Arbeiter das Ziel ihrer Kämpfe erreichen, noch nicht gekommen ist, das wissen wir genau und meinen sogar, daß die deutschen Genossen leider nicht in viel besserer Lage sind. Die Erfolge der österreichischen Arbeiterbewegung aber, die einzelnen Schritte nach vorwärts, die sie gemacht hat, und die mit Notwendigkeit weitere Erfolge und weitere Schritte nach sich ziehen, die will der „Vorwärts“ gewiß am allerwenigsten abschwächen, die will er gewiß nicht verkleinern. In der Frage der Wahlrechtsbewegung selbst hat die österreichische Sozialdemokratie bereits heute einen Erfolg errungen, welcher die Befürchtungen der Gegner bei weitem übertrifft, und es ist eine einfache Verpflichtung der österreichischen Sozialdemokratie, sich den Erfolg nicht aus den Händen winden zu lassen, weder durch allzu hitziges Vordringen, noch durch zu ängstliches Abwägen. Wir sind überzeugt, daß der Pessimismus des „Vorwärts“ nur der freundschaftlichsten Gesinnung entspringt, und wir wissen jene Art von Freundschaft am meisten zu schätzen, die nicht die Fehler des Freundes zu bemänteln sucht, sondern die ehrlich und aufrichtig zu kritisieren versteht. Wir wissen ebenso Kritik zu würdigen, als ihre Motive anzuerkennen, aber wir möchten durchaus nicht, daß unsere deutschen Genossen für uns mehr ängstliche Vorsicht entwickeln, als für sich selbst. Der Kampf, den sie geführt haben, war sehr häufig auf einem Punkte, der den österreichischen Verhältnissen von heute zum Verwechseln ähnlich sah, und wir müssen anerkennen — die deutschen Genossen genießen gerade darum unsere besondere Achtung —, daß sie sich in allen diesen Augenblicken als Männer und als echt revolutionäre Partei bewährt haben. Auch damals mag so manche Phrase mit untergelaufen sein: aber man schlägt die „Phrasen“ nicht tot, indem man sie öffentlich annagelt — im Gegenteil.

Wenn aber der besprochene Artikel des „Vorwärts“ von einer gänzlich falschen Auffassung der Tatsachen ausgeht, so ist er nicht minder bei aller guten Absicht ein taktischer Fehler, weil er der gegnerischen Presse Material zu den infamsten Fälschungen gibt. So wenig wir mit jenem Artikel einverstanden sind, so sind wir doch verpflichtet, an dieser Stelle die niederträchtige Ausschlachtung desselben durch unser ordinärstes Fabrikantenblatt, die „Deutsche Zeitung“, zu konstatieren, und müssen den „Vorwärts“ gegen die gänzlich unverdiente Schmach in Schutz nehmen, daß dieses Organ der österreichischen Ausbeuterschaft frech genug ist, zu behaupten, daß „seine Auffassung vom »Vorwärts« geteilt werde“. Die löbliche „Deutsche Zeitung“ unterschlägt

natürlich vor allem die Kritik, welche der „Vorwärts“ an der Koalition der Parteien übt. Sie unterschlägt den Satz, daß sich um den Fürsten Windischgrätz „bar aller Grundsätze die Führer der Konservativen, Liberalen und Polen einträchtig scharen“, aber sie bringt mit gesperrten Lettern, was der „Vorwärts“ zur Kritik unserer Agitation sagt. Sie fälscht natürlich — ohne das kann sie es nicht tun — und behauptet, daß im „Vorwärts“ ausdrücklich konstatiert sei, daß „jetzt in Österreich in unerhörter Weise die schärfsten Reden in den Versammlungen geduldet werden“, während der „Vorwärts“, allerdings vollständig unrichtig, nur behauptet, daß diese „Duldung“ in Österreich unerhört sei. Die „Deutsche Zeitung“ schließt mit der Albernheit, ihre Verwunderung darüber auszudrücken, daß, obwohl das Organ der sozialdemokratischen Parteileitung Deutschlands so spreche, trotzdem die österreichische Partei von derselben Parteileitung einen sehr erheblichen Betrag zur Befestigung ihrer Presse erhalten habe. Die verehrliche „Deutsche Zeitung“ hat sich nämlich in die Lüge, daß der „Vorwärts“ auf ihrem Standpunkt stehe, so vollständig hineingelogen, daß sie sie selbst schon glaubt. Daß eine gegenseitige geschickte oder gelegentlich auch ungeschickte Kritik die Freundschaft und die Solidarität nicht erschüttern kann und nichts gegen die Freundschaft und Solidarität, sondern alles für sie beweist, das werden die Pensionäre des österreichischen Montanvereines freilich nicht begreifen. Wir haben allen Grund, der Kritik des „Vorwärts“ eine Antikritik entgegenzustellen, aber wir meinen, der Verfasser jenes Artikels ist damit zu schwer gestraft, daß sich ihm die „Deutsche Zeitung“ mit der unqualifizierbaren Lüge an die Rockschöße hängt, ihre eigene verlogene Haltung in der Frage des Wahlrechtes werde von dem „Vorwärts“ geteilt. Diese Nebenwirkung des „Vorwärts“-Artikels hat aber nicht einmal eine besondere Bedeutung, denn er könnte in geradezu entgegengesetztem Sinne geschrieben sein — nichts würde ihn davor schützen, von der „Deutschen Zeitung“ umgelogen zu werden. Immerhin aber mag der Verfasser jenes Artikels daraus erkennen, daß es gut ist, in auswärtigen Dingen vorsichtig zu sein.

Abschließend sagen wir: Wir danken dem „Vorwärts“ für seine freundschaftliche Besorgnis, wir können ihm aber zu seiner Beruhigung die Versicherung geben, daß wir selbst es wissen, daß wir die Pflicht haben, gerade unter den gegenwärtigen Umständen „ohne Überstürzung, kühl und ruhig zu handeln, nichts zu übereilen und jede Falle, die uns gestellt wird, zu vermeiden“. Daß die österreichische Sozialdemokratie ihrer Aufgabe vollständig gewachsen ist, zeigt gerade die namenlose Wut unserer Gegner; gerade das macht, daß ihnen uns gegenüber kein Mittel der Verleumdung zu schlecht ist. Die Koalition der reaktionären Parteien weiß, daß gerade die kaltblütige Ruhe der österreichischen Sozialdemokratie ein Faktor ist, mit dem sie rechnen muß, daß unsere Partei keinen Schritt macht, der nicht wohl überlegt ist, daß sie aber, wenn sie ihn tut, mit ihrer ganzen Macht dahinter steht und daß die österreichische Arbeiterschaft ihrem Rufe folgt.

Massenstreik und Organisation.

Metallarbeiterversammlung, 9. Dezember 1893.

Als zweiter Redner*) legt Genosse Dr. Adler die Geschichte der Wahlrechtsbewegung in Österreich dar und zeigt, daß das, was vor einem Jahre als Utopie hingestellt wurde, von jedem Politiker als unumgänglich betrachtet wird. „Wir haben uns von vornherein auf einen langen Kampf gefaßt gemacht; wenn die Herren meinen, uns zu ermüden, sind sie im Irrtum... Man hat den Wahlreformausschuß um zwölf Mitglieder vermehrt, er ist nicht zusammengetreten. Die Herren haben Wichtigeres zu tun, sie mußten die Landwehrvorlage bewilligen und dem Ausnahmezustand zustimmen. Dann kommen die Weihnachtsferien. Die Ursache dieser Verschleppung liegt darin, daß die Regierung mit dem jetzigen Parlament sehr zufrieden ist, und es auf jeden Fall ausleben lassen will. Es hat noch bis Ende 1896 zu funktionieren; die Leute, die auf dem Aussterbeetat sind, wollen ihre Pensionen noch so lange als möglich verzehren, und deshalb eilt man sich nicht mit der Wahlreform. Wir aber müssen uns sagen, daß wir uns nicht immer allein mit dem Wahlrecht beschäftigen können, wir wollen das Wahlrecht endlich einmal haben, um uns anderen Dingen zuwenden zu können. Aber wir leben in Österreich, wo die klarsten logischen Folgerungen mitunter im Stich lassen können. Wir müssen darum auch für den Fall gefaßt sein, daß die Herrschaften an den Lehren der letzten Monate nicht genug haben und glauben, sie könnten nicht nur verschleppen, sondern auch beschwindeln. Und da müssen wir uns vorsehen. Es wird vom Generalstreik gesprochen. Das bedeutet ein Niederlegen aller Arbeit im ganzen Lande, ein völliges Stehen der gesamten Produktionsmaschinen. Das aber geschieht nicht. (Rufe: Warum nicht?) Ich zweifle nicht, daß Sie, die hier sind, streiken würden; aber glauben Sie wirklich, daß alle Arbeiter Österreichs schon so weit sind? Sehen Sie sich in Ihren Werkstätten um, und Sie werden zugeben, daß es noch nicht so weit ist. (Zustimmung.) Noch weniger bei anderen Branchen, die durch den Kapitalismus noch nicht so revolutioniert sind wie die Metallindustrie. Es kann nur von einem Massenstreik die Rede sein. Ein solches Kampfmittel aber darf man nur benützen, wenn man des Erfolges sicher ist. Die Sozialdemokratie hat ihre Erfolge dadurch errungen, daß sie immer weniger versprochen hat, als sie wirklich geleistet hat. Das wissen die Gegner auch. Wir überlegen, was wir

*) In der Metallarbeiterversammlung im Hernalser Brauhaus referierte Lischka über die Tagesordnung: „Das allgemeine Wahlrecht und der Generalstreik". Er verwies darauf, daß das Parlament bis zum Februar die Wahlreform verschoben habe. Da müsse man den Herrschaften sagen, daß „wir mit der Fopperei nicht einverstanden sind". Wir können es nicht beim Reden belassen, sondern müssen uns vorbereiten, eventuell ernstere Schritte zu unternehmen. Deshalb hätte eigentlich der zweite Punkt der Tagesordnung: „Die Organisation der Metallarbeiter" der erste sein sollen. Wer den Generalstreik will, muß mithelfen, daß die gewerkschaftliche Organisation an Stärke gewinnt. Dann kam Adler zu Wort.

können, bevor wir einen Entschluß fassen. Der Massenstreik wird erst angewendet werden können, wenn er unbedingt unausweichlich, und wenn die Vorbedingungen dazu in der Arbeiterschaft selbst vorhanden sind, und wenn sich die Arbeiter auch der Provinz darüber ausgesprochen haben. Ich empfehle Ihnen, bereiten Sie den Generalstreik vor, indem Sie mithelfen an der Organisation. Wer den Generalstreik organisieren will, der organisiere politisch, der organisiere gewerkschaftlich. Wir haben jetzt einen Kampf nicht mehr gegen das absolute Nein, sondern einen zähen, ermüdenden Kampf gegen die Verschleppung zu führen. Wir werden aber nicht ermüden, und wir sind entschlossen, fortwährend zu agitieren und zu organisieren, und, wenn es nötig ist, auch die letzten Mittel anzuwenden, alle Mittel, die wir haben. Zähe und nüchtern gehen wir an die Arbeit, an die Organisation der Arbeiterschaft, die nicht nur die Möglichkeit des Generalstreiks bedeutet, sondern auch die Sicherheit der Erringung der Ziele der Sozialdemokratie." (Lebhafte Zustimmung.)

*

Genosse Dr. Adler*) freut sich, konstatieren zu können, daß auch Genosse Hueber, der hier als Wortführer der Ungeduldigen aufgetreten ist, der Parteivertretung das Zeugnis ausstellt, daß es ihre Pflicht sei, besonnen zu sein. Wenn es auf die Ungeduld allein ankäme, so kann jeder versichert sein, daß die Mitglieder der Parteivertretung zu den Ungeduldigsten gehören. Aber sie sind durch das

*) In der weiteren Debatte hatte auch Hueber gesprochen, der unter anderem sagte, er sei einer von denen, die schneller vorwärts wollen. Aber die Parteivertretung habe recht, wenn sie gut überlegt, welche Mittel anzuwenden sind und gute Kampfmittel empfiehlt, zugleich aber dafür eintritt, daß besonnen vorgegangen werde. Adler habe heute ganz richtig den Standpunkt gekennzeichnet. Der Massenstreik soll nicht überhudelt werden, er soll nicht morgen, auch nicht am 1. Mai gemacht werden, er wird aber mit elementarer Gewalt ausbrechen, wenn es notwendig sein wird. Ich war der Ansicht, daß die Parteileitung abwiegelt. Wir sehen aber, daß sie sich nur den Verhältnissen anpassen will... Nach meiner Meinung sollte es aber doch schneller gehen als es geht. Die Erbitterung in den Massen ist ganz ungeheuer und es geht nicht an, alles vom rein politischen Standpunkt zu betrachten. Der Parteivertretung wäre nur zu empfehlen, nicht zu lange mit der Einberufung des Parteitages zu warten. Der Parteitag wird auch die wirtschaftliche Lage berücksichtigen müssen; man kann ein guter Politiker sein und doch die Verhältnisse in den Organisationen nicht kennen.

Es gibt Branchen, wo das Elend ungeheuer ist. Die Perlmutterknopfdrechsler sind in einer ganz verzweifelten Lage und alle Besonnenheit und Überlegung hat an der ungeheuren Not eine Grenze. Wenn die Herren im Parlament mit uns spielen wollen, dann sagen wir ihnen: Wir werden den Generalstreik machen und ihn durchführen. (Stürmischer Beifall.) ...Die Leute in der Parteivertretung sind überarbeitet wie die Hunde und können auch nicht alles sehen, und genau wissen, wie es in manchen Schichten der Arbeiterschaft aussieht. Sie mögen die Überzeugung haben, je rascher sie fortschreiten, je energischer sie sind, desto mehr werden sie die gesamte Arbeiterschaft auf ihrer Seite haben. (Lebhafter Beifall.)

Dann kam wieder Adler zu Wort.

Vertrauen der Genossen und die dadurch auferlegten Pflichten in einer ganz anderen Lage. Es ist etwas anderes, ob man als einzelner Genosse in einer Versammlung spricht, oder ob man als Vertrauensmann der Partei entscheidende Beschlüsse faßt. Wir sind der Meinung, daß wir dazu gewählt wurden, um zu überlegen und nur nach Überlegung zu handeln. Was den Parteitag betrifft, ist es nicht richtig, daß Genosse Hueber eine Unterscheidung macht zwischen Politikern und Leuten, die in der Organisation stehen. Der Parteitag ist nur aus Genossen zusammengesetzt, welche das Vertrauen der Masse der Arbeiterschaft dadurch erworben haben, daß sie in den Organisationen am tüchtigsten und fleißigsten gearbeitet haben. Die Besorgnis Huebers, daß der Parteitag etwa zu Ostern zu spät kommen könnte, ist nicht gerechtfertigt, indem die Reichskonferenz im Oktober die Parteivertretung beauftragt hat, wenn es notwendig würde, den Kongreß auch früher einzuberufen, was erforderlichenfalls auch geschehen werde*). Zunächst aber muß notwendigerweise gewartet werden, welche Vorschläge die Regierung machen wird, und Feind und Freund weiß, daß die Arbeiterschaft die entsprechende Antwort darauf finden wird. Wenn angeführt wurde, daß der Generalstreik auch zur Erringung wirtschaftlicher Forderungen eine geeignete Waffe sei, so ist zu erwägen, daß die Durchsetzung wirtschaftlicher Forderungen von wesentlich anderen Bedingungen abhängt, indem in erster Linie die Konjunktur eine Rolle spielt. Es ist kein Zweifel, daß es Branchen gibt, die im größten Elend leben, die aber gerade deshalb am wenigsten entscheidend für einen Massenstreik sind. Je mehr in einem Produktionszweig Arbeitslosigkeit vorherrscht, um so weniger kann ein Streik Aussicht auf Erfolg haben. Die Metallarbeiter sind nächst den Gruben- und den Nahrungsmittelarbeitern diejenigen, auf welche es beim Massenstreik am meisten ankommt. In allen diesen Organisationen aber ist noch sehr viel für die Organisation zu leisten. Je mehr die Metallarbeiter die kleine, alltägliche Arbeit der Organisation fördern, welche die Grundlage der Macht der politischen Partei ist, um so mehr nähern wir uns dem Ziele. Alles, was wir von der Tribüne aus sprechen, wären leere Worte, wenn nicht hinter uns eben diese, mit unendlicher Mühe und in unscheinbarer, unbekannter, ruhmloser Arbeit aufgebaute Organisation stünde. Die Vorredner haben Ihnen geraten, den Generalstreik vorzubereiten; tun Sie es, indem Sie Ihre Organisationen kräftigen, indem Sie die Metallarbeiterschaft wieder auf jenen Standpunkt bringen, wo sie einst stand, daß sie die Vorhut und die bestgegliederte und festeste Organisation der Sozialdemokratie ist. Wenn Sie das tun, werden Sie nicht nur den Generalstreik vorbereiten, sondern ihn vielleicht überflüssig machen. Es ist genau so wie beim Fabrikstreik. Ist die Arbeiterschaft einer Fabrik gut organisiert, dann kommt es viel weniger häufig zum Ausbruch des Streiks, als wenn die Organisation mangelhaft ist oder fehlt. Die Unternehmer wissen auch ohne

*) Der Parteitag fand dann vom 25. bis 31. März 1894 beim Schwender statt.

Streik, daß sie mit den organisierten Arbeitern nicht anbinden dürfen. Die Regierung und die herrschenden Parteien fürchten sich nicht vor unseren Worten, aber sie wissen, daß sie Grund haben, die Tatsache zu berücksichtigen, daß eine große Organisation hinter uns steht, schlagfertig und bereit. Daß diese noch weit schlagfertiger werde, das ist die Aufgabe, die Sie zu besorgen haben, mit oder ohne Massenstreik. (Beifall.)

Gewerkschaft und Wahlrecht.

Erster Gewerkschaftskongreß 1893*).

Ich habe hier eine Erklärung der Parteivertretung bezüglich der Blocks abzugeben. Es wurde darüber gesprochen, ob die politische Partei es nicht als Nachteil empfinden würde, wenn auch die Gewerkschaften die Blocks einführen würden. Ich erkläre Ihnen, daß wir vollständig damit einverstanden sind, und bitte Sie nur, wie Genosse Höger ja bemerkte, sie etwas unterschiedlich zu machen.

In zweiter Linie möchte ich, wie Sie ja voraussetzen werden, über die politische Lage sprechen, wiewohl ich nicht erfreut bin darüber, daß man hier über politische Angelegenheiten gesprochen hat. (Richtig!) Ich meine, daß der Gewerkschaftskongreß sehr viel zu tun hat, um die Organisationen zu fördern. Über die Frage, ob das Wahlrecht ein Recht erster Ordnung, zweiter Ordnung oder dritter Ordnung sei, gibt es keine Debatte; denn wenn das in Zweifel gezogen würde, wie hätte die Arbeiterschaft Österreichs den Ruf nach dem Wahlrecht so intensiv erschallen lassen können. (Sehr richtig!) Und sind Sie dessen versichert, sollte die Regierung oder die herrschenden Klassen das Wahlrecht hintanhalten wollen, die Arbeiter-

*) Auf dem ersten Gewerkschaftskongreß, der zu Weihnachten 1893 stattfand, und der sich vornehmlich mit der Organisation befaßte, hatte Ferdinand Skaret das Referat über „Streiks und Boykotts“. Er schlug namens der Gewerkschaftskommission die Einführung des Blocksystems vor, durch das es möglich wäre, einen Teil der Unterstützungen auf die Schultern der Nichtorganisierten zu laden. Eine Rede und ein Antrag Huebers brachten dann die Frage des Generalstreiks in den Mittelpunkt der Debatte. Hueber und Kořinek stellten nämlich folgenden Antrag:

> Der Gewerkschaftskongreß erklärt, für einen Generalstreik mit den Forderungen 1. allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht und 2. Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich acht Stunden einzutreten.

Es entspann sich nun eine aufgeregte Debatte darüber, welche von beiden Forderungen in den Mittelpunkt des Kampfes zu stellen wäre. In der Debatte sprach auch Adler. Der Gewerkschaftskongreß beschloß schließlich, die Angelegenheit des Generalstreiks dem Parteitag zuzuweisen.

Über den Gewerkschaftskongreß selbst, sowie über die Rede, die Dr. Adler dort über das Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaft hielt, siehe diese Rede im siebenten Band dieser Sammlung (Bd. VII, Seite 169 f.).

schaft Österreichs würde die Antwort darauf geben, so oder so. (Beifall.) Diese feine Spintisiererei, ob das Wahlrecht zuerst und dann die ökonomische Verbesserung und wann der Achtstundentag usw. kommen soll, ja Genossen, das kann man sich zu Hause schön ausmalen, in der lebendigen Wirklichkeit aber ist politische Knechtschaft und ökonomische Ausbeutung dasselbe, und jeder politische Schritt nach vorwärts bringt uns auch ökonomisch vorwärts. Sie Gewerkschafter wissen es am besten, was die Gewerkschaftsbewegung aufhält. Das ist, daß wir keine politischen Rechte haben, daß jede Bezirkshauptmannschaft im Ort die Gewerkschaftsbewegung unmöglich machen kann, und wenn man ihnen das Handwerk legen will, so kann dies nur durch die politische Bewegung geschehen. Wenn man im Parlament selbst alles dies zur Sprache bringen kann, so ist dies nicht nur eine politische, sondern auch eine ökonomische Angelegenheit. Niemand war im Parlament, der die Bruderladenfrage in geeigneter Weise zur Sprache gebracht hätte. Wenn die Bergarbeiter im Parlament vertreten wären, wäre das anders geworden. Ist das nicht ökonomisch? Ich frage die Bergarbeiter, ist es so oder nicht? (Sehr richtig!) Über diese Frage, glaube ich, reden wir nicht weiter. Die Frage, ob es notwendig sein wird, eine revolutionäre Massenbewegung für das Wahlrecht zu inszenieren, wird nicht am grünen Beratungstisch ausgemacht werden, das werden die Massen selbst sich ausmachen, da nützt kein Beschluß für und wider.

Aber eines muß ich noch sagen. Ich möchte nicht, daß eine Äußerung unbeantwortet bleibt. Lesen Sie die Bourgeoisblätter von früh und nachmittags, hauptsächlich die liberalen. Die suchen nicht allein das, was hier gesprochen wird, sondern den Gewerkschaftskongreß an sich auszubeuten. Das eine oder das andere unklare Wort, das der eine oder der andere Genosse gesprochen, die sind sehr geeignet, dieser liberalen Presse als Mittel gegen uns zu dienen. Der Gewerkschaftskongreß hat nicht die Aufgabe, Material zu liefern für diejenigen, die den politischen Fortschritt des Proletariats aufhalten wollen. (Beifall.) Das wollte ich konstatiert haben.

Es wurde hier ausgesprochen vom Genossen Höger, daß das allgemeine Wahlrecht für die Bourgeoisie von Vorteil ist. Ich möchte nur wünschen, daß er zu den Bourgeois geht und ihnen dies plausibel macht und ihnen auseinandersetzt, was für Vorteile es ihnen bietet. Genosse Höger sagt, durch das allgemeine Wahlrecht werde der Erbitterung des Proletariats ein Ausweg verschafft. Ja, wenn jemand geknebelt ist, wird er weniger gefährlich, wenn ich ihm den Knebel aus dem Mund nehme? Ich meine, daß dies eine vollständig neue Ansicht ist, eine Ansicht, von der ich überzeugt bin, daß Genosse Höger die Tragweite derselben nicht überlegt hat. Wenn er die so gewaltige geschichtliche Bewegung für das Wahlrecht, in welcher das österreichische Proletariat nun seit längerem steht und die jetzt ihren Höhepunkt erreicht hat, wenn er die damit abspeist, daß er sagt, das allgemeine Wahlrecht sei für die Besitzenden gut, dann kann ich sagen, daß Genosse

Höger Worte fallen gelassen hat, die er nicht überlegte, die nicht so gemeint waren und woran wir ihn nicht festhalten wollen. Er weiß gerade so wie wir, daß politische Rechte notwendig sind für das wirtschaftliche Recht, daß der Achtstundentag nicht eine Minute früher als das allgemeine Wahlrecht kommt.

Die Debatte hat gezeigt, daß ein Widerspruch zwischen gewerkschaftlicher und politischer Bewegung nicht besteht; dieser Widerspruch besteht nicht und der ihn sucht oder will, der ist ein Feind der gesamten Bewegung; denn es gibt nur eine Bewegung, nur eine Arbeiterbewegung, und wer einen solchen Widerspruch hineintragen will, ist ein Feind der gesamten Arbeiterbewegung. (Beifall und Händeklatschen.)

Die Erklärung der Koalitionsregierung.

Versammlung im Sofiensaal, 3. Dezember 1894*).

Was wir beiläufig vor einem Monat gefordert haben, daß nämlich ein Wahlrechtsausschuß mit der Wahlreformfrage sich befassen solle, ist nun geschehen. Die Regierung habe sich also doch

*) Hier einige Daten über den Wahlrechtskampf im letzten Jahre: Am 23. November 1893 hatte sich nach dem Sturz Taaffes die Regierung Windischgrätz dem Parlament als die Regierung der „Offenheit und Wahrheit" vorgestellt. Aber dieses Programm bewies sie damit, daß sie die versprochene Wahlreform zu verschleppen suchte. Am 21. Februar 1894 demonstrierten die Arbeiter für das allgemeine Wahlrecht. Aber erst am 26. Februar 1894 teilte die Regierung den Klubobmännern streng vertraulich ihr Wahlreformprojekt mit: es sollte im Wesen eine neue Kurie mit 43 Mandaten für die Krankenkassenmitglieder, Steuerzahler und Absolventen einer Mittelschule sein. Am 7. März wurden diese „Grundsätze" auch öffentlich den koalierten Parteien erläutert. Am 17. April begann der Wahlreformausschuß seine Arbeiten. Am 19. April beantragte der Jungtscheche Doktor Brzorad, dem Ausschuß eine Frist zur Berichterstattung zu setzen. Der Antrag wurde abgelehnt. Am 17. Mai warnte der Ackerbauminister Graf Falkenhayn in der Budgetdebatte vor der Agitation für das allgemeine Wahlrecht und den Achtstundentag. Es gebe überhaupt keine Panazee, mit der man den Leuten das Glück bringen kann. Dieses Glück bringe nur die Rückkehr zu Gott. Nachdem der Reichsrat im Juni ergebnislos auseinandergegangen war, beschloß die Partei in einer Ende Juli abgehaltenen Konferenz, die Agitation im Sommer und Herbst zu steigern. Versammlungen im ganzen Reiche, Flugschriftenverteilungen, Massenspaziergänge und Straßendemonstrationen in Wien und in allen größeren Orten folgten. Am 12. August fand im Prater eine Massenversammlung statt, eine zweite am 30. September. Am 16. Oktober trat der Reichsrat zusammen und Pernerstorfer beantragte, sofort den Wahlreformausschuß zu beauftragen, innerhalb vier Wochen dem Hause Bericht zu erstatten. Am 18. Oktober kam es nach der Riesenversammlung im Sofiensaal zu schweren Zusammenstößen zwischen der Polizei und den demonstrierenden Massen, wobei auch zahlreiche Demonstranten verwundet wurden. Am nächsten Tag kam der Antrag Pernerstorfer zur Verhandlung und dabei brachte Pernerstorfer auch den brutalen Überfall der Polizei auf die von der Versammlung heimziehenden Arbeiter zur Sprache. Der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz wußte darauf keine Antwort,

den Argumenten von der Straße, denen sie am 19. Oktober so feierlich Trotz geboten, beugen müssen. Bis heute habe sie Beratungen und Konventikel mit den Vertrauensmännern der Parteien gepflogen, um zum Schluß zu gelangen, daß sie unfähig zur Initiative sei. Auch der Ausschuß werde nicht in der Lage sein, etwas Positives zu schaffen, denn die Parteien gehen von Gesichtspunkten aus, die dem beschränktesten Parteiegoismus entspringen. Die Konservativen wollen die Wahlreform gegen die Liberalen machen, diese hingegen wünschen den Konservativen Abbruch zu tun. Wir aber sagen: Die Wahlreform muß gegen die herrschenden Parteien überhaupt gemacht werden; sie muß aufgezwungen werden, wenn nicht von oben, so von unten! Die Antwort, welche die Sozialdemokratie auf die Erklärung des Fürsten Windischgrätz geben müsse, könne nicht anders lauten als: Du, Regierung, du hast deine Aufgabe, eine Wahlreform durchzuführen, nicht erfüllt! Du hast selbst eingestanden, daß du unfähig dazu bist, du hast also einfach abzutreten. — Und dem Parlament müsse man zurufen: „Du, unfähiges Parlament, du mußt verschwinden!“ Diese Worte riefen einen dröhnenden Beifallssturm hervor.

Der gegenwärtige Stand der Wahlreform.

Schwender-Versammlung, 14. Dezember 1894*).

Wir haben nie einen raschen Verlauf der Wahlreform, auch nie ein vernünftiges Resultat erwartet, aber einen solchen Grad von

---

als daß die Regierung „der Argumente von der Straße nicht bedürfe“.

Wie man aus den von Brügel veröffentlichten Protokollen weiß (Brügel „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie“, Bd. IV, Seite 250), hat Kaiser Franz Josef dem Ministerpräsidenten am 21. Oktober 1894 von Budapest aus folgende Zustimmungsdepesche geschickt:

> Ich bin mit den mittels „Wiener Abendpost“ vorgelegten Ministerreden einverstanden. Sosehr ich die entschlossene Inangriffnahme und Fortsetzung der Wahlgesetzfragen notwendig erachte, ebensosehr empfehle ich, daß mit unnachsichtlicher Strenge und mit mehr Erfolg den Straßendemonstrationen entgegengetreten werde. Der Anschein einer Pression und der Angst vor einer solchen muß absolut vermieden werden.

Aber am 27. November mußte die Regierung doch, den Argumenten der Straße folgend, dem Ausschuß die Aufgabe übertragen, selbst einen Entwurf auszuarbeiten. Es war also jetzt Sache des Parlaments, zu zeigen, was es tun wolle.

Der Ausschuß wählte ein Subkomitee, das geheim beriet und erst im Mai 1895 Bericht erstattete.

Am 3. Dezember fand nun im Sofiensaal eine Massenversammlung statt, die sich mit der Erklärung der Regierung beschäftigte. Über die Rede Adlers liegt nur dieser unzureichende Bericht vor.

*) Im Wahlreformausschuß hatte der Ministerpräsident neuerlich erklärt, daß die Regierung keinem Vorschlag zustimmen werde, der in irgendeiner

borniertem Parteiegoismus und einen solchen Grad von Dummheit hätten wir der Koalition doch nie zugetraut. Das Resultat der langwierigen Beratungen der Regierung, der Vertrauensmänner der Parteien, des Ausschusses ist gleich Null, nur über das eine sind sich alle klar, daß der einzig vernünftige Ausweg, die Dekretierung des allgemeinen Wahlrechtes, nicht einzuschlagen sei. Aber von einer Verschleppung der Wahlreform kann heute nicht mehr die Rede sein. Denn mit derselben Sicherheit, mit der sie vor einem Jahre geglaubt, daß die Massen rechtlos bleiben müssen, mit derselben Sicherheit wissen sie heute, daß dieser Zustand sich nicht aufrechterhalten läßt. Die Wahlreform ist es daher nicht mehr, die sie verschleppen wollen, sondern das Eingeständnis ihrer Impotenz, die Offenbarung ihres politischen Bankrotts. Ihr Schlagwort von der „Erhaltung des Besitzstandes" kennzeichnet so recht, wie tief die Parteien gesunken sind. Es gibt nichts Gemeineres als dieses krampfhafte Anklammern an das Erbeutete, sowohl in der politischen wie in der ökonomischen Welt; es gibt nichts Gemeineres deshalb, weil sie nichts besitzen, was sie nicht geraubt hätten. Redner schildert nun die Einsetzung des Subkomitees und die letzten Vorgänge im Ausschuß. Schwarzenberg habe dem Grafen Taaffe vorgeworfen, daß er aus Ängstlichkeit die Wahlreformfrage zu früh und ohne Not aufgerollt hätte. So dumm und feig, hinter den Kanonen hervor, könne nur ein Junker sprechen. All dem gegenüber könne die Arbeiterschaft gelassen und ruhig mit verschränkten Armen dastehen, denn binnen kurzem müßten die Herren sich zu Ende blamiert haben und gezwungen sein, abzutreten.

*

Zum Schluß*) ergriff Dr. Adler noch einmal das Wort. Er wandte sich zuerst gegen die Ausführungen des Genossen, welcher ein Zusammengehen mit den Jungtschechen befürwortet hatte. Allerdings widerspreche es den Prinzipien unserer Partei nicht, mit einer anderen Partei gegebenenfalls ein Stück Weges zusammen zu gehen. Die Jungtschechen seien aus der Schlachtlinie zurückgewichen. Sollten wir zu ihnen zurückgehen? Dazu haben wir keinen Anlaß. Sollten sie uns nachkommen und in die Reihe neben uns

---

Weise auf dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht fuße. Nur eine solche Reform werde ihre Zustimmung finden, der alle Parteien der Koalition zustimmen. Darüber gab es nun eine lange Debatte, in der der Prinz Karl Schwarzenberg mit einem neuen Entwurf kam, der aber von allen Parteien abgelehnt wurde.

Am 14. Dezember fand eine neuerliche Versammlung beim Schwender statt, in der Adler sprach.

*) Nach Adler hatten noch einige Redner gesprochen, unter anderen Reumann, der meinte, so viele Leute bei der Demonstration auf der Feuerwerkswiese im Prater auch waren, so habe sich doch gezeigt, daß das für einen wirklichen Kampf zu wenig seien und daß die Massen doch fehlten; dann ein Redner, der anschließend daran ein Zusammengehen mit den Jungtschechen zum Zwecke der Erringung des allgemeinen Wahlrechtes verlangte. Ihnen antwortete Adler.

treten, es würde uns zwar freuen, aber wundern. Das werde jedoch kaum geschehen, denn im entscheidenden Moment habe sich sowohl die jungtschechische als auch die christlichsoziale Partei geduckt. Das Proletariat sei auf sich selbst angewiesen und werde allein zu siegen wissen. Reumann habe recht, davor zu warnen, daß wir unsere Kraft überschätzen, aber alle bürgerlichen Parteien würden sich glücklich preisen, wenn sie es uns gleichtun könnten. Wir sind aber so anspruchsvoll und nicht eher befriedigt, bis der letzte Mann des Proletariats in unseren Reihen steht. Übrigens sei sich die Parteileitung der Größe ihrer Verantwortung voll bewußt, und zwar nicht nur der Verantwortung im Falle einer unzeitigen Aktion, sondern auch der Verantwortung im Falle der unzeitigen Unterlassung einer solchen. Wenn es die Verhältnisse erfordern werden, dann werden wir zu allem entschlossen sein.

Vier Vorschläge.

Zehn Versammlungen, 10. Februar 1895*).

Die Notwendigkeit einer Wahlreform werde heute von jedermann anerkannt. Man spricht dies sogar öffentlich aus, ohne sich aber einen Begriff davon zu machen, sonst würde man nicht die Wahlrechtsfrage durch Schaffung einer fünften Kurie lösen wollen. Die Liberalen wünschen, daß in diese Kurie die Fünfguldenmänner hineinkommen, die Klerikalen, die von den Antisemiten vorwärts getrieben werden, versuchen, die direkten Steuerzahler in die zwei bestehenden Wählerkurien hineinzubringen. Der dritte Plan, der die Schaffung von Arbeiterkammern bezweckt, auf deren Umweg die Arbeiter indirekt ins Parlament wählen sollten, ist nicht der Erörterung wert. Jedermann weiß, daß sich die Arbeiterschaft ein solches Wahlrecht nicht bieten lassen wird. Der vierte Vorschlag ist eine Kurie des allgemeinen Wahlrechtes, in welche diejenigen wählen, die jetzt kein Wahlrecht haben, und jene, die als Bürger, Großgrundbesitzer, Handelskammerräte wählen, und die dadurch ein zweites- und drittesmal wählen können.

Es gibt keine größere Anmaßung als diesen Antrag, und doch sage ich, eine Kurie, in der wir mit diesen Herren in den Kampf kommen, und wenn wir kein einziges Mandat dabei erringen, ist mir lieber als eine Kurie, in der Arbeiter allein sind und zwanzig Mandate sicher haben. (Lebhafter Beifall.) Für die politische Bildung des Volkes, für unsere Agitation ist ein Kampf notwendig, nicht ein Privileg. (Sehr richtig!) So niederträchtig egoistisch dieser

*) Das Subkomitee des Wahlreformausschusses tagte noch immer als ein geheimes Konventikel von zehn Vertretern der Regierungsparteien. Vergebens verlangte die gesamte Opposition, daß die Mitglieder des Ausschusses den Sitzungen des Subkomitees beiwohnen durften. Inzwischen hatten vier Vorschläge sich allmählich in den Vordergrund gedrängt. Da nahm die Wiener Sozialdemokratie am 10. Februar 1895 wieder mit zehn Volksversammlungen den Kampf auf. In Schwenders Florasaal sprach Adler.

Plan ist, so wie er das Einbekenntnis der krassesten politischen Selbstsucht ist, unter allen schlechten Wahlreformen ist er derjenige, welcher am wenigsten verrückt und am wenigsten unmöglich ist. Aber gerade darum wird dieser Plan kaum durchdringen, denn die Herren fürchten nicht nur um ihre Mandate, sondern sie fürchten auch das politische Leben an sich.

Der Wahlreformausschuß war unfähig, etwas zu arbeiten; es wurde nicht diskutiert, es wurden Monologe gehalten. Die Leute beschlossen daher, ihre Tätigkeit an einen Ort zu verlegen, wo man sie nicht kontrollieren kann. Sie wählen ein Subkomitee, dessen erste Handlung ist, daß es sich für geheim erklärt, dem kein Auftrag gegeben wurde, welches freie Hand hat, das heißt leere Köpfe, und mit seiner Geheimerklärung endet die letzte Sitzung.

Wenn wir nun an das Parlament herantreten und fragen: Was hast du getan? (Vielstimmige Rufe: Nichts! Nichts!) und an die Regierung: Was hast du getan? (Nichts! Nichts!) Ja, Genossen, Sie sagen die Wahrheit, aber das Parlament wird sagen, wir haben alles getan, wir haben die Besprechungen der Vertrauensmänner gehalten, wir haben einen Wahlreformausschuß gewählt und ein Subkomitee, das wird es schon machen. Gewiß werden sie etwas machen, nicht aber, weil sie es wollen, sondern weil wir es wollen und wann wir es wollen. Wenn die Arbeiterschaft sich auf die Regierung, auf das Parlament verläßt, dann wird nicht nur der Sommer, sondern auch Herbst und Winter vergehen, und sie würden noch immer in den Dunkelkammern des Subkomitees sitzen und sich die angeblichen Köpfe zerbrechen. Wir müssen in unserer Agitation sehr fest und energisch, aber sehr ruhig und vorsichtig vorgehen. Wir haben sie aus einem Schlupfwinkel in den anderen gejagt. Jetzt sind sie in der Sackgasse, aus der sie nicht mehr herauskönnen. Wir haben die Regierug sich blamieren lassen, wir haben den Ausschuß sich blamieren lassen, und jetzt, Genossen, muß unsere Politik darauf gerichtet sein, daß auch das Subkomitee zu Ende sich blamiere. Wenn die Herren glauben, daß sie die Arbeiterschaft werden foppen können, so irren sie sich. Die Arbeiterschaft ist nicht gesonnen, die allgemeinen Wahlen nochmals anzusehen und dabeizustehen. In einigen Wochen findet im III. Bezirk eine Nachwahl statt. Von hundert volljährigen Männern, die wahlberechtigt wären, sind noch nicht dreißig an die Urne berufen. Wir werden dafür sorgen, daß die übrigen siebzig wissen, daß sie eigentlich auch wahlberechtigt sind. Heute würden Neuwahlen nach dem alten System von jedem einzelnen als ein Faustschlag gegen seine Person empfunden werden, und wir werden diesen Faustschlag nicht ruhig einstecken. Die Koalition hat sich das Verdienst verschafft, daß den Arbeitern die Binden von den Augen gefallen sind. Die „liberale" Lüge haben wir abwirtschaften sehen und abgewirtschaftet hat die „christliche" Lüge, die „nationale" Lüge. Aber nicht nur in der Arbeiterschaft ist diese Erkenntnis eingezogen, sondern auch in vielen Kreisen des Kleinbauerntums und Kleinbürgertums. Jeder Ehrliche muß sich sagen, wenn die Sozialdemokraten auch nicht

recht haben, die anderen haben auf jeden Fall unrecht. Dieses Gefühl verbreitet sich in weiten Schichten, heute mehr als je. Wir sind auf dem Platze und sind auf jede Eventualität, auf jeden Zufall gefaßt. Wir verstehen, ruhig abzuwarten, aber wir verstehen auch anzugreifen, wenn man nicht verstehen will. Das ist die Situation. Die Arbeiterschaft braucht das Wahlrecht, und koste es, was es wolle. Wir haben nicht seinen Preis zu bestimmen, das hängt von den Gegnern ab, aber kein Preis wird uns zu hoch sein. In diesem Sinne fordere ich Sie auf, einzustimmen in ein dreimaliges Hoch auf das allgemeine Wahlrecht! (Anhaltende stürmische Hochrufe.)

Die Koalitionssoiree.

Zwölf Versammlungen am 19. Februar 1895*).

Wir haben die heutigen Versammlungen einberufen, um den Reichsrat, der wieder seine „Arbeit aufgenommen" hat, und die Koalition der Volksfeinde zu begrüßen. Die Soiree der Regierung ist zwar abgesagt worden, aber wir haben keinen Grund, deshalb auch unsere Versammlungen abzusagen. (Beifall.) Die ganze Arbeit der Regierung wird darin bestehen, sich am Leben zu erhalten. Das Subkomitee, so heiße es, werde noch diese Woche eine Sitzung abhalten, und warte nur noch auf statistisches Material, das die Regierung zur Verfügung stellen solle. Was können sie aber aus den Ziffern lernen, was die Arbeiterschaft nicht schon längst wisse, nämlich wie groß das Wahlunrecht in Österreich sei. Das sei ihnen aber schon allen klar, daß eine Wahlreform noch vor den Neuwahlen ins Werk gesetzt werden müsse, das wissen sie, daß es nicht mehr möglich sei, an den Wahltagen noch einmal das Unrecht unseres Wahlsystems greifbar den Massen deutlich zu

---

*) Dienstag den 19. Februar 1895 fanden in Wien zwölf Volksversammlungen statt, die am 14. Februar mit folgendem Aufruf angekündigt waren:

Dienstag den 19. Februar vormittags wird der Reichrat wieder eröffnet, jener Reichsrat, der die Wahlreform seit sechzehn Monaten verschleppt.

Am Abend desselben Tages versammelt der Ministerpräsident die Mitglieder der reaktionären Koalition zu einer „Soiree"; geladen sind alle Stützen jener Koalition, die mit aller Gewalt und mit allen Künsten des raffiniertesten Parlamentarismus sich dem allgemeinen Wahlrecht widersetzt.

Parteigenossen und -genossinnen! Auch wir wollen an jenem Dienstag „Soireen" geben. Zu derselben Zeit, wo die Bevorrechteten und Privilegierten in ihren Prachträumen gedankenlos Feste feiern, wollen wir, die Rechtlosen, bekunden, daß wir nicht vergessen, was unsere Pflicht ist, unser Recht durchzusetzen.

Die Tagesordnung der Versammlungen lautete: „Die Koalitionssoiree und die Wahlreform." In der Versammlung beim „Goldenen Widder" in der Taborstraße sprach Adler.

machen. Redner übt nun scharfe Kritik an der bisherigen Tätigkeit der Koalition. Alle Kreise der schaffenden Bevölkerung seien mit dieser reaktionären Verbindung unzufrieden; selbst in der niederen Geistlichkeit beginne sich eine Art Auflehnung gegen die Autorität bemerkbar zu machen. Die Wahlreform habe die Regierung zu ihrer „ersten und dringendsten Aufgabe“ gemacht, und heute stehe sie ihr gerade so ratlos gegenüber wie vor anderthalb Jahren. Mit keinem der Vorschläge könne die Arbeiterschaft einverstanden sein, am allerwenigsten mit den Arbeiterkammern. Denn obwohl ihr da die Mandate sicher seien, würde sie sich eher noch für die Kurie des allgemeinen Wahlrechtes entscheiden, weil sie den Kampf nicht scheut, den die anderen fürchten, weil die Agitation das Element der Sozialdemokratie ist. Die Sozialdemokratie stehe in diesem Kampfe um das Wahlrecht ganz allein, und das rechtlose Volk blicke auf sie. Denn auch die Jungtschechen und Antisemiten seien fahnenflüchtig geworden, auch sie seien um ihre Mandate und um engherzige Klassenprivilegien besorgt. Die Sozialdemokratie aber werde ausharren, sie wird nicht aufhören, den Ruf ertönen zu lassen: Heraus mit dem Wahlrecht! (Andauernder Beifall.)

Die Bilanz der Koalition.

Versammlung am 24. Juni 1895*).

Die einzige Partei, die es wagt, die Bilanz der Koalitionsära zu ziehen, ist die Sozialdemokratie, denn die anderen Parteien dürfen nichts anderes tun, als ihre Schmach verhüllen. Die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, deren Fahne in diesen zwei Jahren unbefleckt blieb und die trotz allen Bedrückungen vorwärtsgekommen ist. Die Koalition war die Ralliierung der Besitzenden gegen die besitzlosen Klassen, ihr Zweck war es, zu verhindern, daß das Volk zu seinem Rechte kommt. Und diese Vereinigung ist

*) Die Versammlung, in der Adler am 24. Juni sprach, fand in den Drei-Engel-Sälen auf der Wieden statt.

Das Subkomitee hatte am 3. Juni 1895 endlich das Machwerk, das in den geheimen Sitzungen verbrochen worden war, veröffentlicht: Zu den bestehenden vier privilegierten Kurien sollte eine fünfte der neuen Wahlberechtigten hinzukommen, die aber wieder aus zwei Wahlkörpern bestand, der erste Wahlkörper aus den Steuerzahlern, die weniger als fünf Gulden Steuer zahlten, der zweite aus den der Krankenversicherungspflicht unterworfenen Industriearbeitern und aus anderen Personen, denen außerdem das Wahlrecht erteilt werden sollte. Beide Wahlkörper sollten 47 neue Mandate erhalten. Die Regierung sollte dazu erst eine Wahlkreiseinteilung ausarbeiten. Im Ausschuß erklärte sich der Ministerpräsident Fürst Windischgrätz mit diesem Entwurf solidarisch, doch wollte er einer kleinen Erhöhung der Mandatszahl nicht entgegentreten.

Es war klar, daß die Regierung der Koalition, die nicht einmal eine Wahlreform zustande brachte, nicht weiter leben könne. Dazu kam noch, daß sie auch die einfachsten nationalen Fragen nicht zu lösen vermochte.

schmählich an ihrer inneren Unmöglichkeit gescheitert. Der Redner bespricht nun die Rolle, die den einzelnen Parteien innerhalb der Koalition zufiel, und charakterisiert in scharfen Worten die Männer der Koalitionsregierung, wobei er dem Grafen Falkenhayn, diesem geschwornen Feinde des arbeitenden Volkes, ein besonderes Kapitel widmet. Alle „Reformen" seien der Koalition mißlungen. Sie mißlangen ihr, weil sie kein Recht hatte, sie zu machen, weil die koalierten Parteien wußten, daß sie dieses Recht nicht haben, daß ihr Parlament ein Rumpfparlament sei. Auch ohne die Obstruktion der Jungtschechen wäre die Steuerreform gescheitert, weil in ihren letzten Teilen die Wahlreformfrage aufgerollt erscheint, und die mußten die koalierten Parteien meiden wie die Pest. Ohne Erweiterung des Wahlrechtes kommt man in Österreich nicht mehr weiter. Die herrschenden Klassen sind total versumpft, sie wissen nicht mehr, was politische Arbeit heißt, sie lassen durch ihr privilegierendes Wahlrecht und durch Gendarmen das verrichten, was sie politische Arbeit nennen. Das politische Resümee dieser Ära gipfelt in den Worten „Wahlreform und Subkomitee", das ökonomische in den Worten „Falkenau, Ostrau, Karwin". Jetzt jammern die Herren von der Linken über das Mißgeschick, das ihnen ein Beamtenministerium gespendet hat, ihnen, die niemals fähig waren, ein starkes parlamentarisches Ministerium auf die Beine zu stellen. Bevor ein parlamentarisches Ministerium da ist, muß ein echtes Parlament da sein, und weil dieses jetzt fehlt, ist das Beamtenministerium eine verhältnismäßig vernünftige Regierungsform. Ein Beamtenministerium kann die Wahlreform machen, wann es will, weil es sie auch gegen die Parteien machen darf. Wir werden abwarten, wie sich diese neuen Männer zu dieser Möglichkeit stellen werden. Wir werden die Wahlreform jedenfalls nicht einschlafen lassen. Wenn die Abgeordneten im Hause zusammentreten, wird die Frage der Wahlreform wieder riesengroß vor ihnen stehen. Nun mögen sie in die Ferien gehen. Für uns gibt es keine Ferien, wir werden den Sommer zu einer ruhigen und stetigen Organisationsarbeit, zur inneren Stärkung benützen, um dann im Herbst mit verstärkter Wucht den Ruf anzustimmen: Was ist's mit der Wahlreform?

Am 11. Juni wurde im Budgetausschuß über die Post von 1500 Gulden für die slowenischen Parallelklassen am deutschen Gymnasium in dem untersteirischen (jetzt zu Jugoslawien gehörenden) Cilli abgestimmt. Obwohl der liberale Finanzminister Ernst v. Plener selbst diese Post in sein Budget eingestellt hatte, stimmten die Deutschliberalen, aber auch die Christlichsozialen, Deutschnationalen und Italiener dagegen. Trotzdem wurde die Post mit 19 gegen 15 Stimmen beschlossen. Die Regierung, die seit dem 23. November 1893 im Amte war und die kleine Zwistigkeit in ihrer Mehrheit nicht hatte beilegen können, mußte am 19. Juni zurücktreten. An ihre Stelle trat ein provisorisches Beamtenkabinett des niederösterreichischen Statthalters Grafen Erich Kielmansegg, das allerdings nur ein Lückenbüßer für das Kabinett des „starken Mannes", des galizischen Statthalters Grafen Kasimir Badeni sein sollte, der noch die galizischen Wahlen durchführen und dann an die Spitze des Staates treten sollte.

Die starke Faust Badenis.

Die Massenversammlung am 15. September 1895 verschoben*).

Genossen! Wir wären am Platze zahlreich genug, wenn wir uns mit dieser Zahl begnügen wollten. Wir sind noch immer mehr Leute beisammen, als alle bürgerlichen Parteien zusammengenommen aufbringen könnten. Aber wir Sozialdemokraten sind anspruchsvoller, wenn es gilt, einer neuen Situation gegenüber Stellung zu nehmen. Gestern hat sich die neue Regierung angekündigt, und zwar durch ein Diner**). Wir wünschen den Herren dazu guten Appetit, wir bemerken aber gleich, daß wir ihnen Gelegenheit geben werden, auch etwas anderes als Appetit zu entwickeln. Dieser Regierung geht der Ruf voraus, daß sie eine starke Faust besitzt. Das mag sein, aber wenn sie nebst der Faust nicht auch Hirn besitzen sollte, wird ihr dasselbe Schicksal bereitet werden wie der Koalitionsregierung. Die „starke Faust" ist in Österreich nichts Neues. Sie brauchen nur das heutige massenhafte Aufgebot an Wache zu sehen, um sich dessen zu erinnern. Aber nach wie vor: die Säbel schrecken uns nicht! Wir wußten, als wir in den Kampf um unser Recht traten, daß er große Opfer kosten werde, wir wußten, daß dieser Kampf nicht mit einem Schlage zu beenden ist. Wir sind aber um so fester entschlossen, diesen Kampf weiterzukämpfen; wir werden nicht aufhören, darauf hinzuweisen, daß die Männer, die für die Herrschenden das Gewehr tragen müssen, rechtlos sind, während die bornierte Horde, die sich reife Bürgerschaft nennt und jetzt im Kampf um den Gemeinderat ihre Reife so glänzend bekundet, im Alleinbesitz aller politischen Rechte ist. Die Koalition hat gezeigt, daß das Bürgertum unfähig ist, zu herrschen, die Ereignisse dieser Tage zeigen uns, daß es nicht einmal fähig ist, von seinen politischen Rechten

*) Für den 15. September war zur Begrüßung Badenis, der schon als Ministerpräsident bestimmt war, eine Massenversammlung auf die Feuerwerkswiese im Prater einberufen worden. Aber das Wetter war so schlecht, daß kaum aus den benachbarten Bezirken die Arbeiter kommen konnten. Vom frühen Morgen an regnete es in Strömen, der Prater war ein Kotmeer. Die Versammlung mußte also auf den nächsten Sonntag verschoben werden. (Siehe unten, Seite 155 f.) Immerhin waren etwa dreitausend Personen erschienen und zu ihnen hielt Adler eine kurze Ansprache.

Trotz dem elenden Wetter, das die Versammlung unmöglich machte, war doch Polizei in Massen aufgeboten. Der Prater war voll von Wachleuten, das Parlament war ein Polizeilager. Die Zugänge zur Stadt waren durch dichte Polizeiketten abgesperrt. Der Rückmarsch der Massen vom Prater vollzog sich unter ständigen Behelligungen durch die berittene Polizei, die unter dem Kommando des wegen seiner Heldentaten vom 9. Juni zum Oberinspektor ernannten Tobias Anger immer wieder in die Arbeiter hineinritt.

**) Von den Zeitungen wurde gemeldet, daß Samstag im „Hofratszimmer" der Westbahnhofrestauration die Mitglieder der Regierung zusammengekommen seien, und es wurde sogar das Menu, das sie zu sich nahmen, mitgeteilt.

Gebrauch zu machen. Wir haben die Aufgabe, sie es zu lehren, und wir werden auch der neuen Regierung deutlich sagen, was sie zu tun hat. Es gibt für sie heute keine Ausrede mehr, sie allein ist verantwortlich für alles Kommende. Wir werden den Kampf für das gute Recht des Volkes führen bis ans Ende. Hoch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! (Stürmische Hochrufe.) Genossen, der mächtigste Mann Deutschlands hat unsere Freunde im Reiche eine „Rotte*)" genannt; wir nehmen den Namen auf: die Rotte dort, die Rotte hier, sie kämpfen geeint für dasselbe Ziel: Hoch die internationale Rotte! (Brausende, dreimal wiederholte Hochrufe.)

Begrüßung Badenis.

Massenversammlung auf der Feuerwerkswiese, 22. September 1895**).

Werte Parteigenossen! Wir sind versammelt, um die neue Regierung, die uns aus Lemberg herüberkommt, festlich zu empfangen, um ihr im vorhinein zu sagen, nicht nur was wir wollen, sondern auch daß wir entschlossen sind, es zu erreichen. Mehr als drei Jahre sind es, seit wir einen opfervollen, mühevollen Kampf

---

*) Am Sedantag hat Kaiser Wilhelm II. davon gesprochen, in die Festesfreude schlage ein Ton hinein, der nicht dazu gehöre. „Eine Rotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten, verewigten Kaisers in den Staub zu ziehen."

**) Am 18. August 1895, an seinem Geburtstag, hatte Kaiser Franz Josef in Ischl den galizischen Statthalter Grafen Kasimir Badeni mit der Bildung der Regierung betraut. Schon lange vorher hatte der Kaiser dem Manne, der in Galizien gegen die Opposition eine „starke Faust" gezeigt hatte, die Regierung übergeben wollen. Als Graf Kielmansegg mit der Bildung einer Beamtenregierung betraut wurde, wurde ausdrücklich in Aussicht genommen, daß er nur so lange bleiben solle, bis die Wahlen für den galizischen Landtag vorüber seien, bei denen man den Grafen Badeni noch brauchte. Aber die Verhandlungen zur Bildung der Regierung dauerten länger, so daß erst am 29. September die Ernennung der Minister erfolgen konnte.

Die Wiener Arbeiter begrüßten den neuen Ministerpräsidenten durch eine Massenversammlung auf der Feuerwerkswiese im Prater, an der gut dreißigtausend Menschen teilnahmen. Hatte schon beim Aufmarsch der Massen die Polizei einzelne Versuche der Behinderung gemacht, so sperrte sie dann plötzlich den heimziehenden Massen die Praterstraße ab und der Oberinspektor Tobias Anger machte sich berühmt durch seine Reiterkunststücke, mit denen er an der Spitze seiner Polizisten immer in die Massen hineinsprengte, wobei aufs Geratewohl Arbeiter verwundet und verhaftet wurden.

In der Versammlung sprachen Adler, Reumann und Němec. Jakob Reumann, der erste sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, Anton Němec, der Redakteur der „Dělnické Listy", des Wiener Organs der tschechischen Sozialdemokratie, nachmaliger Abgeordneter von Prag.

führen für nichts als was unser einfaches Recht ist, gegen die Brutalität derjenigen, die der Masse des Volkes das Recht entziehen, das ihr gebührt. Dreieinhalb Jahre plagen wir uns mit einem Parlament herum, das nicht hören will, das nicht verstehen kann, das nichts will, als sitzen, sitzen und sitzen. Als am 10. Oktober 1893 die Wahlreform des Grafen Taaffe eingebracht wurde, da erhob sich in unseren Reihen nicht etwa ein Schrei des Entzückens, aber doch ein Gefühl der Befriedigung und der Hoffnung, daß man da oben doch wenigstens eine Ahnung davon hat, was Recht ist. Und gegen diesen Anfang von Beseitigung des allergröbsten Unrechtes erhoben sich die Vertreter der Bourgeoisie, die Vertreter des polnischen Adels, die Vertreter der deutschen Pfaffen, die Plener, Stadnicki, Hohenwart. (Pfuirufe.) Eine mächtigere Koalition hat die parlamentarische Geschichte Österreichs nicht gesehen. Alles vereinigte sie, was Intelligenz, Reichtum, Macht und politische Bildung, Einfluß bei Hof bedeutete, auf einem Fleck, um das Volksrecht zu unterdrücken. Und wir sahen, wie dieser mächtigen Koalition Fetzen für Fetzen abgerissen wurde, was etwa noch an Respekt, Achtung vor den großen Parteien vorhanden war. Die Koalition hat sich blutig an ihnen allen gerächt. Wo sind ihre Plener, ihre Richter, ihre Grübl? Schmach und Schande ist über die Liberalen gekommen. Sehen Sie den Grafen Hohenwart, der einst Österreich beherrschte, wie in seinem eigenen Lager Zwietracht aufwächst, weil es sich herausstellt, daß die Gläubigen und Frommen auch essen müssen. Und die Stadnickis! Ich begrüße es als eine der wichtigsten Tatsachen, daß in Galizien die Ärmsten der Armen, die Ausgebeutetsten der Ausgebeuteten, die Geknechtetsten der Geknechteten, die galizischen Bauern, sich zu rühren anfangen. Alle drei Parteien kamen aus der Koalition mit Schmach und Schande bedeckt heraus, sie haben sich ganz und gar unfähig erwiesen, dem heute in seinen Bürgern europäischen, aber in seinen Zuständen, Regierungen und Verwaltungen asiatischen Lande das zu geben, was es am dringendsten braucht, sie haben sich als unfähig erwiesen, über eine Wahlreform, und wäre sie noch so schlecht, sich zu einigen. Aber sie waren nicht imstande, die Bewegung für die Wahlreform zu unterdrücken oder auch nur zu ermüden. Nun kommt eine neue Regierung ans Ruder. Diese Regierung hat eine sehr leichte Aufgabe: W e n n s i e w i l l, k a n n s i e i n v i e r W o c h e n d i e W a h l r e f o r m f e r t i g m a c h e n. Widerstand von den bürgerlichen Parteien gibt es nicht mehr; das Parlament hat sich selbst vernichtet, es steht dort, wo es einem solchen Parlament gebührt. Es ist ohnmächtig, unfähig zu jedem Widerstand, sowohl gegen das Schlechte als gegen das Gute. Vom Grafen Badeni sagt man, daß er eine starke Faust besitze. Wenn er seine starke Faust von seinem Hirn lenken läßt, kann es uns recht sein, wenn er mit diesem Parlament umgeht, wie es das verdient. Wenn Graf Badeni aber die Sitten von Lemberg nach Wien übertragen will, dem Volke gegenüber, dann sagen wir ihm kühl: Wir sind auf alles gefaßt. Wir haben in Wien jahrelang

einen Ausnahmezustand gehabt und die Polizeibüttelei in der schlechtesten Form, und aus dem Ausnahmezustand ist die Sozialdemokratie kräftiger, mächtiger, jünger, tüchtiger und lebendiger herausgegangen. (Brausende Zustimmung.) Wir haben zahllose Bezirkshauptleute, die eine „eiserne Faust" hatten, erzogen. Und wir sagen es nach Lemberg hinüber: Wir fühlen erzieherische Kraft genug in uns, auch den polnischen Ministerpräsidenten zu erziehen. Möge er von vornherein als Europäer kommen, sonst werden die europäischen Arbeiter ihn Gesittung lehren und Gesetzlichkeit zu lehren wissen. Im Februar oder März 1897 müssen spätestens die Neuwahlen für das Parlament stattfinden; wir wissen, daß man dieses Parlament früher auflösen müssen wird, und wir wissen, daß in Österreich unter diesem verrotteten Wahlgesetz, das zwei Drittel des Volkes ausschließt, nicht mehr gewählt werden wird. Wir sind heute hier, um diese Überzeugung auszusprechen. Davon werden wir nicht abweichen.

Die Leute da oben, die meinen, daß die Arbeiterschaft tot und müde, des Kampfes um das Wahlrecht satt sei, würden sich furchtbar täuschen. Satt sind wir, aber in dem Sinne nicht, daß wir den Kampf aufgeben, bevor er beendet ist. Während wir, die an der Spitze sind, von euch die Prügel kriegen, weil wir nach eurer Meinung nicht genug nach vorwärts gehen, glauben die Leute oben, daß wir euch peitschen müssen, und daß ihr nicht gehen wollt. (Zwischenruf: Wir sind ja keine Liberalen!) Wenn die Gegner es vorziehen, anstatt die Wirklichkeit zu sehen, sich in den eigenen Sack hineinzulügen, mit verbundenen Augen zu kämpfen, uns kann es recht sein; wir kennen unsere Gegner, wir zählen ihnen ihre Bajonette nach, wir berechnen ihre Stärke genau und erwägen, wozu sie nicht aus Schlechtigkeit, sondern aus plumper Dummheit fähig sind. Die österreichischen Arbeiter haben Asien satt. Mit Stolz, mit Ruhe, mit Festigkeit erwarten wir die Badeni, wir führen den Kampf bis ans Ende. In nächster Zeit werden in Galizien die Landtagswahlen sein und ebenso in Böhmen. Wir rufen den Arbeitern, den Bauern, die sich als Teile des Volkes fühlen und rühren, herzliche Glückwünsche zu und versichern ihnen, daß wir nicht nur für uns, sondern auch für sie kämpfen und kämpfen werden bis ans Ende. Es lebe die internationale Sozialdemokratie, es lebe das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. (Brausende Hochrufe erschallen dreimal nacheinander, Hüte und Tücher werden geschwenkt.)

Die Antwort des Grafen Badeni.

Versammlung im Florasaal, 14. Dezember 1895*).

Nachdem der Redner in wenigen Sätzen die Geschichte der Wahlreform seit der Taaffeschen Vorlage rekapituliert hatte, erklärt

*) Am 22. Oktober hatte Badeni versprochen in der nächsten Zeit einen Wahlreformentwurf vorzulegen. Am 6. Dezember erinnerte ihn Perner-

er, daß wir gegenwärtig vor einer ganz neuen Situation stehen. Das haben wir bisher noch nie gehabt: Eine Regierung, die sagt: Ich weiß nicht nur, daß eine Wahlreform notwendig ist, sondern ich habe schon ein Projekt fertiggebraut, aber — ich behalte es im Sack. Warum veröffentlicht er sie nicht jetzt? Er meint, das wäre unpraktisch. Während der Weihnachtsferien könne das Parlament damit nichts anfangen, dafür würden die Arbeiter kritisieren, sie würden am Ende kein gutes Haar an dem Entwurf lassen, und das paßt ihm nicht. Er will den Entwurf unbeschädigt und unzerzaust vor das Haus bringen. Die Kritik wird ihm jedenfalls nicht wohltun. Der Standpunkt des Badeni ist für ihn begreiflich, aber das Gegenteil von unserem Standpunkt. Für ihn ist die Bequemlichkeit der Regierung maßgebend, für uns die Frage: „Wie kommt ein besseres Gesetz zustande?" Wenn wir eine Regierung hätten, die ehrlich ist, auch die hätte große Schwierigkeiten, diesem Parlament eine vernünftige Wahlreform abzuringen. Die würde aber einfach dieses Parlament nach Hause schicken und die Taaffesche Wahlreform oktroyieren. Das ist verfassungsmäßig sehr gut möglich, und es ist nicht einzusehen, warum der Ausweg der Ausnahmegesetze immer nur gegen die Arbeiter angewendet werden soll, warum man sie nicht auch einmal im Interesse einer vernünftigen Sache anwenden soll. Ja, qietschen die „Verfassungstreuen", aber das wäre eine Vergewaltigung der Verfassung, ein Staatsstreich! Nun, was weiter! Die Verfassung ist, so lange sie mit dem bisherigen Wahlsystem verknüpft ist, ein beständiger Rechtsbruch, und es wächst kein Recht aus ihr, bevor sie selbst zerbrochen ist.

Graf Badeni veröffentlicht also seinen Entwurf nicht, weil er das Licht der Kritik scheut. Wir wissen genau, daß sie wirklich bereits gedruckt ist und darum glauben wir es dem Badeni. Man weiß beiläufig wie sie aussehen wird. Wir sind daher in der Lage uns schon heute, so unangenehm das auch dem Grafen Badeni sein mag, mit der Wahlreform kritisch zu beschäftigen.

Die Wahlreform bringt das allgemeine, gleiche und zum Teil direkte Wahlrecht. (Ohorufe!) Darüber sollten Sie sich alle freuen. Gewiß, so ist einmal der Badeni! Jeder 24jährige Bürger soll das Wahlrecht erhalten, die neuen wählen mit den alten Wählern zusammen, es soll eine wirkliche Volksvertretung gewählt werden, die aus dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht hervorgegangen ist. Diese Vertretung besteht aus 75 Volksvertretern, es ist die einzige berechtigte wirkliche Volksvertretung. Allein, dann treten die heute privilegierten Wähler nochmals an die Urne und wählen die Interessenvertretung von 353 Abgeordneten, die die Volksvertretung majorisieren. Trotz-

storfer daran und forderte ihn auf, sofort nach Beendigung der Debatte über das Bergbaugesetz die Wahlrechtsvorlage einzubringen. Die Regierung sagte die Einbringung der Vorlage nach den Weihnachtsferien zu. Inzwischen verlautete mancherlei über die Vorlage, die Badeni einbringen wollte.

dem können wir offen zugeben, daß dieser Vorschlag unter allen bisherigen — mit Ausnahme der Taaffeschen Wahlreform — der am wenigsten niederträchtige ist, weil die Arbeiterschaft Gelegenheit hat, mit sämtlichen bürgerlichen Klassen in den Wahlkampf einzutreten. Auf je 300.000 Einwohner soll in der neuen Kurie ein Abgeordneter gewählt werden. Da ist es auch zu befürchten, daß ein großer Teil der neuen Abgeordneten durch indirekte Wahl ins Parlament entsendet werden soll. Gegen die Versuche, die ländliche Arbeiterschaft vom Wahlrecht auszuschließen, wird die sozialdemokratische Partei mit aller Kraft der Agitation eintreten.

Wenn es ein Vorzug des Entwurfes ist, daß man die Arbeiterschaft nicht in einen separaten Käfig sperren wird und ihr theoretisch die Möglichkeit des Kampfes gibt, so verwerflich ist er nach allen übrigen Richtungen; die wahnsinnige Ungerechtigkeit unseres Wahlsystems wird durch ihn noch deutlicher werden, als dies bisher der Fall war. Vier Millionen Wähler sollen 75 Mandate bekommen, während 5000 Großgrundbesitzer 85 Abgeordnete wählen. (Pfuirufe.)

Der Redner bespricht nun die mutmaßliche Stellungnahme der Parteien zur Wahlreform. Von den Liberalen weist er nach, daß sie bei der Taaffeschen Wahlreform viel besser daran gewesen wären und mit ihrer Abweisung sich selbst schwer geschädigt haben. Sie haben ihre Lumpereien begangen ohne jeden Vorteil, gratis. Werde diese Wahlreform Gesetz, dann sei die Wahlreformfrage keineswegs aus der Welt geschafft. Im Gegenteil, eine solche Wahlreform schaffe ein Parlament, das unerhört sei in Europa. Es würden damit Gegensätze geschaffen, die den Rahmen zerreißen müssen, in den man sie bannt, und man dürfe überzeugt sein, daß ein zweitesmal nach einem solchen Gesetz nicht gewählt werden wird.

Der Redner erörtert darauf das Wahlunrecht in der Gemeinde Wien, wo Lueger als ausschließlich privilegierter Volksmann das „Volk von Wien", das heißt die privilegierten Wähler des dritten und zweiten Wahlkörpers vertrete. Auch für die Gemeinde fordert das wirkliche Volk das Wahlrecht, damit endlich einmal der Cliquenkampf durch den Klassenkampf ersetzt werde, damit an Stelle der persönlichen Zänkereien ein ernstes Kommunalprogramm trete. Der Redner legt dar, wie viel es gerade in der Kommune für ernste Arbeitervertreter zu tun gebe, und wie erst, wenn sie im Gemeinderat sitzen, ernstliche Erörterungen kommunaler Fragen an der Tagesordnung sein werden. Wir brauchen eine Wahlreform nicht nur für das Parlament, sondern auch für die Gemeinde und das Land. Letzteres haben die galizischen Landtagswahlen gezeigt. Jetzt eben ist eine Deputation hier, die sich über die schändlichen Wahlbeeinflussungen beklagen will, die unter dem Regiment Badenis in Galizien die Regel waren. Diese armen Bauern, die voll Vertrauen und Zuversicht nach Wien kommen, sie sind die Opfer der Schlachta, deren Häuptling Graf Badeni war und ist. Diesen Bauern wird nur geholfen werden, wenn sie ihren heutigen, zum Teil sehr zweideutigen Führern sich entwinden und sich der

radikalen Partei anschließen, die schon besteht und von der einige wenige Vertreter auch nach Wien gekommen sind; wenn sie gelernt haben werden, sich auf eigene Füße zu stellen, werden sie nicht mehr zu bitten brauchen, sie werden ihr Recht fordern und durchsetzen können*).

Badenis Schlagwort von der Gerechtigkeit.

17 Versammlungen am 21. Februar 1896**).

Graf Badenis Schlagwort von der Gerechtigkeit bedeutet nichts anderes, als daß er doch jenes Minimum von Gehirn hat, das dazu gehört, um sich dem Notwendigen und Unabänderlichen einiger-

*) Über diese Ruthenen-Deputation, die aus 250 Bauern und Geistlichen bestand und die den Kaiser um Schutz gegen die Übergriffe der Schlachta und der Behörden anflehen wollte, sowie über ihre Erlebnisse bei der Audienz ist in dem Artikel Adlers vom 17. Dezember 1895 in der „Arbeiter-Zeitung", der im achten Bande dieser Sammlung („Österreichische Politik", Bd. VIII, Seite 173 ff.) abgedruckt ist, sowie in den dort beigegebenen Bemerkungen Näheres erzählt.

Während der letzten Sätze des Redners traten plötzlich unter brausenden Hochrufen der Versammelten einige Mitglieder der ruthenischen Deputation in den Saal, und zwar der Landtagsabgeordnete Stephan Nowakowski, die Bauern Danilo Mekelita und Hryc Hrabar. Der Vorsitzende, Genosse Witzmann, begrüßte die Gäste, worauf der Bauer Mekelita eine kurze Ansprache hielt, die nach den Angaben ihres Begleiters von Genossen Dr. Adler folgendermaßen übertragen wurde: „Ihr, die wir hier begrüßen, seid Besitzlose. Wir heißen Besitzende, aber wir sind vielleicht noch ärmer als ihr. Wir werden genau so unterdrückt wie ihr, unsere Interessen sind daher die euren. Wir machen den Reichen alles und leben selbst von elendem Brote wir ihr. Ihr und wir, wir gehören zusammen!" Unter stürmischen Hochrufen endete der Redner, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß. Die Versammelten entfernten sich unter Absingung des „Liedes der Arbeit".

Die abziehenden Genossen gingen begreiflicherweise auf der Straße nicht gleich auseinander, sondern begleiteten die Ruthenen eine Strecke und suchten ihnen durch Rufe ihre Sympathie kundzugeben. Die Polizei verhielt sich anfänglich ruhig, änderte jedoch plötzlich ihre Taktik und verhaftete einige jüngere Arbeiter, die nichts getan hatten, als etwas temperamentvoll ihren Gefühlen Ausdruck zu geben. Dadurch kam es zu lebhaften Kontroversen zwischen den Wachleuten und der Menge, die ein größeres Wacheaufgebot zur Folge hatten. Die Menge wurde durch den provozierenden Anblick der Wachleute längere Zeit festgehalten und zerstreute sich nur langsam.

**) Badeni hatte am 22. Oktober 1895 in seiner programmatischen Erklärung gesagt, die Regierung werde als oberstes Prinzip ihrer Wirksamkeit, als unverrückbare Richtschnur ihres Tuns und Lassens die Gerechtigkeit betrachten. In diesem Zeichen werde sie siegen.

Am 15. Februar 1896, nach den Weihnachtsferien, legte er dem Parlament seine Wahlreform vor. Sie enthielt bereits die fünfte Kurie des allgemeinen Wahlrechts mit 72 Mandaten, die an die 353 Mandate der privile-

maßen zu fügen. Die Koalition hat nicht einmal jenes Minimum besessen. Der Redner schildert hierauf den Wahlreformentwurf der Regierung und unterzieht ihn einer vernichtenden Kritik. Er weist nach, daß der Ausschluß des Gesindes nicht nur ungerecht, sondern auch für die „Staatserhaltenden" unpraktisch ist, weil er die Chancen der Sozialdemokratie auf dem Lande noch vermehrt. Ebenso ungerecht sei es, das Wahlrecht vom sechsmonatigen Aufenthalt abhängig zu machen. Der Entwurf sei im allgemeinen ebenso aufreizend, wie es die Rechtlosigkeit war. Im Entwurf werde auch die geheime Wahl nicht festgesetzt. Die Parteien hätten ohne Verletzung ihres Klasseninteresses den Fehler der Ablehnung der Taaffeschen Wahlreform gutmachen können. Aber sie wollen einmal nicht um ihre Mandate kämpfen. Wir erwarteten von Badeni weder Gerechtigkeit noch Vernunft. Was uns seine fünfte Kurie absolut unannehmbar macht, ist der Umstand, daß sie dem Zwecke des Wahlrechtes widerspricht. Wir betrachten das Wahlrecht nicht als eine Maschine zur Abgeordnetenfabrikation, sondern als Mittel der Agitation, und die Agitation wird bei so ausgedehnten Wahlbezirken fast unmöglich. Wenn die Taaffesche Wahlreform ungenügend war, so ist die

gierten Kurien (85 des Großgrundbesitzes, 21 der Handelskammern, 117 der Steuerzahler der Städte und 136 der Landgemeinden) angefügt wurden. Das ländliche Gesinde, das im Haushalt des Bauern wohnte, sollte vom Wahlrecht ausgeschlossen sein. (Diese Bestimmung wurde später fallen gelassen.)

Am 20. Februar fand die erste Lesung statt, in der außer Pernerstorfer auch die Tschechen, Ruthenen und im Namen der Christlichsozialen Prinz Liechtenstein für das allgemeine, gleiche Wahlrecht eintraten.

Die Vorlage wurde dann dem Wahlreformausschuß zugewiesen. Am 20. April begann dann die zweite Lesung.

Am 21. Februar gaben die Wiener Arbeiter in siebzehn Massenversammlungen ihr Urteil über die Badenische Wahlreform ab. In der Resolution, die in allen diesen Versammlungen beschlossen wurde, wurde erklärt, daß die Vorlage in keiner Weise den Wünschen der Arbeiterklasse entspreche, daß sie das allgemeine, gleiche Wahlrecht mißbrauche und fälsche. Dann heißt es:

> Die Regierungsvorlage bietet also eine Karikatur des gerechten Prinzips des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes und liefert das Volksinteresse an die Borniertheit und den Egoismus der Privilegierten aus. Die Versammlung protestiert daher entschieden gegen den Wahlreformvorschlag des Ministeriums Badeni als eine ungeheuerliche Verzerrung der Forderungen der Arbeiterklasse; sie protestiert dagegen, daß das gute Recht der großen Mehrheit des Volkes gebeugt werde zugunsten der Ausbeuterklassen, und erklärt, daß die Wahlrechtsbewegung unter allen Umständen unermüdlich weitergeführt werden muß, bis das Ziel erreicht ist. Die Versammlung brandmarkt aber zugleich die Absicht der alten Koalitionsparteien, die selbst diese Schattenreform zur Befestigung ihres widerrechtlichen Privilegiums auszunützen und die Verhandlungen abermals zu verschleppen versuchen.

In der Versammlung beim Dreher auf der Landstraße referierte Doktor Adler.

Badenische ein Spott, eine Parodie aufs allgemeine Wahlrecht. Der Redner erörtert nun die Stellung der Parteien zum Entwurf. Er verwahrt sich gegen einen eventuellen nochmaligen Verschleppungsversuch der Wahlreform, der unter den obwaltenden Umständen ein Verbrechen wäre. Die Parteien würden uns zu Dank verpflichten, wenn sie den Entwurf ablehnten. Dann wäre die Regierung gezwungen, das Vernünftige zu tun; die Taaffesche Wahlreform zu oktroyieren. Es wäre einmal zur Abwechslung ein Verfassungsbruch, der nicht das Recht, sondern das Unrecht bricht. Wie wir das Parlament bis zur Badenischen Vorlage vorwärtsgetrieben haben, so werden wir es weitertreiben, bis wir unser Recht erlangen. Wir haben weniger Erfolge, als wir verdienen; aber der Schlußerfolg wird unser sein, der Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Die Badenische Wahlreform.

Referat — Parteitag in Prag 1896*).

Wir haben die Aufgabe, wieder über die Wahlreform zu sprechen, aber unsere Lage ist wesentlich anders, als sie vor zwei Jahren im Saale bei Schwender in Wien war. Als wir vor zwei Jahren über die Wahlreform gesprochen haben, sind wir einer anderen Regierung gegenübergestanden, welche die Wahlreform im Munde

*) Auf dem Parteitag auf der Schützeninsel in Prag, der vom 5. bis 11. April 1896 stattfand, referierten Adler und Vaněk (tschechisch) über die Wahlreform. Der Parteitag zu Ostern 1894 hatte die Parteivertretung angewiesen, die gesamte äußere Tätigkeit der Partei zunächst auf die Erringung des Wahlrechtes zu konzentrieren und die innere Organisation möglichst rasch zu fördern, um die Partei schlagfertig zu machen und, wenn nötig, ihre ganze Kraft vereinigen zu können. Im Sommer und Herbst wurden dann im ganzen Reiche Versammlungen, „Massenspaziergänge" und Straßendemonstrationen sowie Flugschriftenverteilungen veranstaltet. Die Massenversammlung vom 18. Oktober im Sofiensaal beauftragte den Abgeordneten Pernerstorfer, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, daß der Wahlreformausschuß binnen drei Wochen zu berichten habe. Der Antrag wurde zwar niedergestimmt, wobei der Ministerpräsident Windischgrätz die bekannte Erklärung abgab, daß er „der Argumente von der Straße nicht bedürfe". Aber am 27. November übertrug die Regierung selbst dem Ausschuß die Aufgabe, einen Entwurf auszuarbeiten. Aber der Ausschuß wählte ein Subkomitee. Am 21. Mai 1895 brachten die Jungtschechen, die Christlichsozialen, die Südslawen und die Deutschnationalen einen Dringlichkeitsantrag ein, der die unverzügliche Berichterstattung des Ausschusses forderte. Erst Anfang Juni wurden die Pläne des Subkomitees bekannt: 13 Mandate für die Krankenkassenmitglieder und 34 Mandate für die kleinen Steuerzahler. Aber am 19. Juni 1895 mußte die Regierung Windischgrätz-Plener zurücktreten: sie fiel über die von der Regierung bewilligten slowenischen Parallelklassen am Gymnasium in Cilli. An ihre Stelle kam ein Beamtenkabinett des niederösterreichischen Statthalters Grafen Kielmansegg, das aber schon am 22. Oktober 1895 von einem Ministerium des galizischen Statthalters Grafen Badeni abgelöst wurde. Als am 15. Februar 1896 das Parlament zusammentrat, legte ihm Badeni, dem Versprechen seiner Programmrede entsprechend, einen Wahlreform-

führte, die aber alles darangesetzt hat, um die Wahlreform zu vereiteln. Es war klar, daß die Regierung des Fürsten Windischgrätz, der Geschäftsausschuß aller besitzenden Klassen in Österreich, seine Aufgabe aussschließlich darin sah, womöglich überhaupt keine Wahlreform zustande kommen zu lassen. Daraus ergab sich für die Sozialdemokratie der Schluß, diese Regierung muß weg, daraus ergab sich für uns die Notwendigkeit, die Wahlreform mit einem solchen Ungestüm zu verlangen, daß es jedermann klar werde, daß es nicht möglich sei, zu regieren, wenn man die Wahlreform auf die lange Bank schiebt. Wollen wir mit wenigen Worten uns nochmals Rechenschaft geben, warum die Sozialdemokratie die Wahlreform derart in den Mittelpunkt stellen mußte, daß in sehr weiten Kreisen außerhalb der Sozialdemokratie dieselbe eine Zeitlang für eine einfache Wahlrechtspartei angesehen wurde. Wir mußten mit aller Gewalt die Wahlreform durchsetzen, weil ohne Wahlrecht die politische Entwicklung der Partei weiterhin nicht mehr möglich war. Die politische Bedeutung der Partei war riesig gewachsen, im Verhältnis zur Möglichkeit, sich zu betätigen. Der Rahmen der Partei war einfach zu eng geworden, wir mußten ihn sprengen. Das war eine Lebensfrage für die Partei. Ich sehe hier von allen Erwägungen der Gerechtigkeit ab, ich sehe ab von der Erwägung der Sittlichkeit, der politischen Vernunft usw. Ich sehe ab von der furchtbaren Tatsache, daß zwei Drittel der Bevölkerung in Österreich rechtlos sind, ich sehe ab von dem Kuriensystem und all der Schmach, die es im Gefolge hat, alle diese Dinge lasse ich beiseite. Wir haben hier eine parteitaktische Frage zu erwägen, wir müssen sagen: wie kommt es, daß die Partei, für welche das Wahlrecht schon seit vielen Jahren, neben sehr vielen anderen Forderungen, auf das Programm gestellt ist, gerade jetzt sich auf diese Frage mit solcher Wucht werfen mußte. Es war notwendig, weil die Partei ohne Wahlrecht nicht mehr vorwärts kommen kann und weil das Bewußtsein, daß der Arbeiterschaft ein Wahlrecht gebühre, auch bei den anderen Klassen bereits in einem hohen Grade Platz gegriffen hat. Also nicht nur wir wußten es, sondern auch die anderen wußten es und das war das Moment, warum wir losschlagen mußten.

Ich will nicht ausführlich berichten, welcher Kampf um das Wahlrecht geführt wurde. Dies ist nicht meine Aufgabe und hätte allenfalls zu dem vorigen Punkt der Tagesordnung gehört. Sie werden es alle wissen: Seit dem 1. Mai 1893 hat die Partei in Österreich einen Kampf geführt, wie demselben wenige politische Feldzüge zur Seite gestellt werden können. Was haben die Gegner getan? Von Anfang an war die Antwort auf die Forderung des

entwurf vor, der eine allgemeine Kurie mit 72 Mandaten den privilegierten vier Kurien mit ihren 353 Mandaten anfügte. Das Wahlrecht hatten alle 24jährigen Staatsbürger männlichen Geschlechts, die sechs Monate in einem Wahlbezirk wohnten. Das ist die sogenannte Seßhaftigkeit. Ausgeschlossen sollte aber das ländliche Gesinde sein, eine Bestimmung, die später fallen gelassen wurde. Die erste Lesung fand noch im Februar statt. Bald nach dem Parteitag, am 20. April 1896, begann die zweite Lesung.

allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes immer die: Ja, den industriellen Arbeitern gebührt ein Wahlrecht und denen wollen wir es geben, und zwar den besser gestellten, den höher qualifizierten Arbeitern. Diese Antwort haben uns die Liberalen schon seit den siebziger Jahren gegeben, sie hat sich in dem alten Arbeiterkammerentwurf und in jenem des Jahres 1886 kristallisiert und sich im Jahre 1891 wiederholt. Nachdem die Wahlbewegung kräftiger geworden war, tauchte gegenüber dem Wahlreformprojekt des Grafen Taaffe sofort wieder das spezifische Arbeiterwahlrecht mit mehr oder weniger Mandaten, mehr oder minder nach unten abgegrenzt, aus der Versenkung. Dem liegt immer der Gedanke zugrunde, die Arbeiter, denen man ein Wahlrecht gibt, von den anderen Klassen abzusondern, sie politisch zu isolieren. Die Arbeiterschaft hat diese Abschließung mit der größten Energie zurückgewiesen, sie hat sie für absolut unmöglich und als etwas den Arbeitern unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr Oktroyierbares erklärt. Und die Träger dieser Anträge, insbesondere die Koalitionsregierung war eine so schwache Regierung, daß wir in der Tat in der Lage waren, sie mitsamt ihren Anträgen über den Haufen zu werfen. Mit dem Sturz der Koalitionsregierung war der Versuch, den Arbeitern ein abgegrenztes Wahlrecht zu geben, was nichts anderes bedeutet hätte, als aus dem Wahlkampf das Moment des Klassenkampfes herauszunehmen und die Arbeiter nur unter sich wählen zu lassen, ihnen *nur Mandate zu geben, nicht aber ein Wahlrecht*, an Stelle eines Wahlrechtes nur die Ernennung von einer Anzahl von Abgeordneten, dieser Versuch, sage ich, war beseitigt. Die Antwort der Arbeiter lautete damals: Es handelt sich uns in erster Linie nicht um die Zahl der Mandate — man hat uns bis zu 25 Mandaten geboten, das war, glaube ich, das höchste Anbot — sondern es handelt sich uns darum, daß wir wählen, daß wir der Arbeiterklasse den Klassenkampf in der Form des politischen Kampfes und des Wahlkampfes ermöglichen. Was nun folgte, ist ja in lebhafter Erinnerung. Ich will mich nunmehr mit dem beschäftigen, was vor uns liegt, und nicht mehr mit der Geschichte.

Nachdem die Koalitionsregierung unter allgemeinem Hohngelächter gefallen war, da kam die Regierung des Grafen Badeni nach einer kurzen Pause an die Reihe, eine Regierung, die man uns als die Regierung der starken Faust und einer ganz besonderen Intelligenz angepriesen hatte. Für Letzteres erwarten wir allerdings noch die Beweise. (Heiterkeit.) Es wurde offiziös angekündigt, die Regierung werde die Wahlreform um jeden Preis machen. Wir müssen sagen: insofern hat sie Wort gehalten, eine Wahlreform hat sie gemacht, hat sie, man kann sagen, dem Parlament aufoktroyiert. Die Wahlreform liegt dem Ausschuß fertig vor und es ist kein Zweifel, daß dieser Entwurf mit ganz unerheblichen Änderungen auch vom Parlament angenommen werden wird. Etwas anderes aber ist es, ob diese Wahlreform, wie sie vorliegt, ein Beweis für die politische Vernunft oder gar

für die „Gerechtigkeit“ der Regierung ist. Das ist sie nicht; die Wahlreform, die vorliegt, ist vielmehr ein Auskunftsmittel schlechtester Art. Sie ist etwas, was unmöglich ist in der Ausführung, unklar im Gedanken, und etwas, was allen Prinzipien sowohl der Gerechtigkeit als der politischen Vernunft geradezu ins Gesicht schlägt. Das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes wird wohl faktisch mit unbeträchtlichen Ausnahmen proklamiert, wie es auch der Antrag Taaffe lange nicht wollte; es bekommt das arbeitende Volk in seiner Gesamtheit das Wahlrecht, aber nur zu dem Zwecke, um dieses Wahlrecht respektive dasjenige, was dabei herauskommen soll, sofort vernichten zu lassen von den alten privilegierten Kurien. (Beifall.)

Es wird ein neues Recht geschaffen, dieses Recht aber sofort zum Unrecht gemacht, indem das alte Unrecht weiter bestehen bleibt. Vergessen Sie nicht, Genossen, daß das Wahlrecht für uns nicht allein eine Maschine ist, um Abgeordnete zu erzeugen, daß das Wahlrecht nicht eine Mandatfabrik ist für die Sozialdemokraten, wie sie das ist für die anderen Parteien; für uns, Genossen, hat das Wahlrecht soviel Wert, weil es uns ein Mittel der Agitation und vor allem der Organisation ist. Weit mehr noch als die Vertreter im Abgeordnetenhaus haben wir ja die Agitationskraft entbehrt, die im Wahlrecht liegt und hat uns die Grundlage für die Organisation gefehlt, die jedes allgemeine Wahlrecht bildet. Wir betrachten das Wahlrecht vor allem als eines der besten Mittel zur Vertretung unserer Grundsätze, als eines der besten Mittel, um die Arbeiterklasse zu erziehen, um sie zu organisieren. Erst in zweiter Linie ist es uns ein Mittel zu einer parlamentarischen Vertretung, so wenig wir das unterschätzen wollen. Wir wissen ja gerade in Österreich sehr gut die Vorteile zu schätzen, um so mehr, als wir in der Lage waren, uns eines oder zweier Abgeordneten*) gleichsam als Sprachrohr zu bedienen, um gewisse Dinge im Abgeordnetenhaus zur Sprache zu bringen, die niemals mit dieser Wirkung durch unsere Presse und durch unsere Redner in die Öffentlichkeit hätten gebracht werden können. Das wichtigste Moment für das Wahlrecht ist aber das Moment der Erziehung des Volkes, das Moment der politischen Bildung, und sehen Sie, gerade dieses Moment wird in der Badenischen Wahlreform wohl nicht gänzlich vernichtet, aber es wird eingeschränkt, verdünnt, vermindert, so daß man sich wirklich fragen muß, ob noch etwas übrig bleibt. Es ist kein Zweifel, es ist ein Behelf für die Organisation, ein Behelf für die Agitation, wenn Leute zusammengerufen werden, um sich politisch zu äußern und zu wählen. Wenn das aber, wie hier, in Wahlkreisen geschieht, die eine halbe Million Einwohner haben, wenn, wie dies ja vorkommt, ein ganzes Land einen einzigen Wahlkreis bildet, da werden Sie zugeben, daß es unter diesen Umständen ungeheuer schwer wird, für die Organisation sowohl als für die Agitation das Wahlrecht auszunutzen und daß der Wert dieser Agitationsmittel ungeheuer vermindert

*) Kronawetter und Pernerstorfer.

wird. Und wenn ich die anderen Seiten dieses Wahlrechtes betrachte, dann kommt ein noch viel kläglicheres Bild heraus. Es handelt sich hier um 72 Mandate. Mögen wir uns nun anstellen, wie wir wollen, wir müssen zugeben, daß wir auch beim allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht einen ziemlich geringen Einfluß ausgeübt hätten, insofern die Majorität im Parlament in Frage kommt. Wir können nicht einmal sagen, ob wir nicht bei einem der Kurienwahlrechte viel mehr Mandate bekommen hätten. Das ist aber eine andere Frage.

Das trifft nicht nur uns, das trifft auch das Bürgertum und die Bauernschaft, die heute im Parlament sitzen und die sich gefallen lassen, daß 5½ Millionen Wähler zusammen 72 Abgeordnete und die 5000 Herren Großgrundbesitzer nach wie vor 85 Abgeordnete bekommen. Während diese Leute in der Lage gewesen wären, und ich klage hier die bürgerlichen Parteien an, nicht, weil ich glaube, daß sie besserungsfähig sind, ich klage sie hier an, daß sie in diesem Moment, in welchem die Arbeiterschaft in Österreich den Kampf angefangen hat, wo sie in der Lage gewesen wären, nachzuholen, was die feigen Kerle im Jahre 1848 und 1867 versäumt haben und sich in unser Gefolge begeben hätten können, wieder verraten haben nicht nur unsere Interessen, aber auch ihre eigenen Interessen. (Lebhafte Zustimmung.) Hätten sie sich uns angeschlossen, dann wäre man in Österreich in der Lage gewesen, einmal mit den alten feudalen Überresten aufzuräumen. Und dabei — ich bin Deutscher und sage dies mit großem Schmerze — sind unsere deutschen Liberalen noch um ein gutes Stück schlechter als die Jungtschechen. (Beifall.)

Wir nehmen den jungtschechischen Antrag auf allgemeines und direktes Wahlrecht nicht so ernst, wie die Jungtschechen es vielleicht wünschen. Ich meine, daß, wenn der Antrag Aussicht gehabt hätte, durchzudringen, sich vielleicht in dem jungtschechischen Lager selbst allenthalben Stimmen dagegen geltend gemacht hätten. Nehmen wir aber selbst an, der ganze Antrag sei eine leere Demonstration, nicht einmal zu dieser leeren Demonstration hat die deutschliberale Partei Kraft und Courage gehabt. (Sehr richtig!) Wir sind gezwungen, das hier zu sagen, wir sind verpflichtet, der Öffentlichkeit und uns selber klar zu machen, daß wir in diesem Kampfe vollständig allein stehen, daß die bürgerlichen Klassen ihre eigenen Interessen verraten, weil sie vor uns Furcht haben. Weil die Klassengegensätze in den tschechischen Bezirken noch nicht so weit entwickelt sind, als in den deutschen Bezirken, darum getrauen sich die Tschechen noch, mit dem Feuer zu spielen, während sich die Deutschen nicht mehr getrauen, weil da die Gegensätze schon zu weit entwickelt sind. Es muß herausgesagt werden, daß wir in allen diesen politischen Kämpfen vollständig allein stehen, daß die Arbeiterklasse auf sich selbst angewiesen ist. Wir haben also eine Wahlreform vor uns, die 5½ Millionen 72 Mandate gibt, den Kurienschwindel aufrecht hält; wir bekommen ein Haus von 353 + 72 Abgeordneten, und nun

fragen wir uns: Ja, warum haben denn die einzelnen Parteien das getan? Ich kann nicht anders, ich muß mich wieder in erster Linie mit der deutschliberalen Partei beschäftigen; ich muß fragen: Warum hat diese Partei, welche die entscheidende in dieser Frage war, gerade diesem elenden Entwurf zum Durchbruch verholfen? Sie selbst profitiert bei dieser Kurie gar nichts. Es ist sicher, daß sie in der neuen Kurie kein einziges Mandat bekommen wird. Die deutschliberale Partei ist für diesen Entwurf deshalb eingetreten, weil sie die richtige und klassenbewußte Vertretung der Bourgeoisie ist. Sie hat immer ihre politischen Interessen auf dem Altar der Interessen ihres Geldsacks zu opfern gewußt. (Beifall.) Sie hat sich geopfert, sie will viel lieber ein paar Mandate verlieren, nur die Sozialdemokratie soll davon keinen Vorteil haben. Daraus bitte ich auch den Schluß zu ziehen, warum wir gerade diese Partei für den klassenbewußtesten, für den gefährlichsten Gegner halten.

Darum richtet sich unsere ganze Kraft von jeher gegen die Liberalen, als die eigentliche bewußte kapitalistische Partei in Österreich. Aber trösten Sie sich; was die Deutschliberalen heute sind, werden die „tschechischen Liberalen" sehr bald sein. Die Industrie schreitet auch in den böhmischen Bezirken ausgezeichnet vor, die wirtschaftliche Entwicklung drängt vorwärts, und das war vielleicht das Belehrendste aus allen Berichten. So wie in Ostrau sich Deutsche und Jungtschechen verbunden haben gegen die Arbeiterschaft, so hat in Triest die schwarzgelbe kaisertreue Polizei sich ruhig mit den Irredentisten verbunden, als es gegen die Arbeiter ging.

Man gibt also den Leuten einen Stimmzettel in die Hand, betrachtet es aber als gleichgültig, welches Gewicht dieser Stimmzettel hat. Dem Stimmzettel wird seine Wirkung genommen, indem man ihn so leicht ausprägt, indem man ihn in ein Meer hineinwerfen läßt, indem man Wahlbezirke von 80.000 und mehr Wählern schafft und Wahlbezirke, die ein halbes Kronland und mehr umfassen. Nehmen wir Böhmen und Niederösterreich — und ich wähle diese Kronländer, weil sie die meistentwickelten sind und hier die Arbeiterschaft eine Macht repräsentiert —, welche ungeheure Bezirke werden da geschaffen, Bezirke, die agitatorisch von uns zu bewältigen beinahe unmöglich ist, allerdings zum Glück, von den anderen noch weniger. (Heiterkeit.) Weiter wird das indirekte Wahlrecht zur Regel gemacht. Graf Badeni hatte die Schlauheit, die eines polnischen Stanczyken wirklich würdig ist; ich muß sagen, die Pfiffigkeit dieses Stanczyken kommt mir vor, als wenn sie eine Kreuzung wäre zwischen polnischen Edelleuten und polnischen Juden. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn er vor der furchtbar schwierigen Frage des direkten Wahlsystems steht, das er für Galizien nicht will und welches er aber für die bereits europäisierte Bevölkerung nicht verhindern kann, wie zieht er sich da aus der Schlinge? Er sagt: Hängt ihr euch gefälligst selbst auf (Heiterkeit), ich wasche meine Hände in Unschuld; ich gestatte euch, euch auf eueren Landtagen die Köpfe

wund zu schlagen über die direkten Wahlen; Galizien wird mir kein direktes Wahlrecht einführen. (Heiterkeit.) Die Frage des direkten Wahlrechtes ist eine der wichtigsten Lebensfragen bei der Wahlreform und wir müssen in dieser Beziehung eine sehr lebhafte Agitation entwickeln, die, wenn das Gesetz angenommen wird, gegen die Landtage gerichtet sein wird, um die indirekten Wahlen zu beseitigen.

Dann kommt aber ein dritter Punkt, von dem man nicht viel spricht, weil man davon nicht viel weiß, der aber nicht unwichtig ist. Die einzelnen Wahlbezirke sind mit dem größten Raffinement zugeschnitten, es wird die industrielle Arbeiterschaft zwischen großen Massen der bäuerlichen Bevölkerung eingeteilt, um womöglich von ihr erdrückt zu werden; das ist in einer großen Reihe von Wahlbezirken der Fall. Das ist nun freilich etwas, worauf man gefaßt sein mußte. Wir haben keine Änderung der Wahlbezirke in Österreich seit Schmerling, und Herr Graf Badeni oder vielmehr Herr v. Rittner, der den Wahlreformentwurf im Schweiße seines Angesichts in Meran zusammengeflickt hat, wird es sich doch nicht nachsagen lassen, daß er die Wahlgeometrie nicht ebensogut versteht, wie sein erlauchter Vorgänger Schmerling. Und so wie Schmerling seinerzeit als Vater der Verfassung angesehen wurde und wie er bejubelt wurde von der ganzen Bourgeoisie — nicht von der tschechischen, denn sie hatte dazu keine Ursache — als Stütze der Verfassung, geradeso haben Graf Badeni und sein Rittner alle Aussicht, demnächst heilig gesprochen zu werden.

Es ist gar kein Zweifel, die herrschenden Parteien sind auf eine perfide, aber sehr geschickte Weise um eine gründliche Wahlreform für den Augenblick herumgekommen. Diese Leute haben nämlich von der Arbeiterklasse ihre eigentümliche Vorstellung: Sie glauben, die Arbeiter wollen ihr Wahlrecht nur haben, um ein paar Mandate zu haben: „Schmeißen wir ihnen ein paar Mandate zu; da habt ihr den Knochen, dann werdet ihr uns einige Zeit unseres Weges ziehen lassen!“ Das ist die Rechnung, die sie machen. Die Leute vergessen aber, daß der ganze Kampf um das Wahlrecht für die Arbeiter nur ein Bestandteil, nur ein verhältnismäßig kleines Rad in dem großen Getriebe ihrer Bewegung ist; daß der Kampf um das Wahlrecht gar nichts anderes ist, als der Kampf um eines der Mittel, ihre Ideen, die weit über das Wahlrecht hinausliegen, zu erzwingen; daß der Kampf um das Wahlrecht einfach nicht zur Ruhe kommen kann, bevor er seinen Zweck erfüllt hat. Es ist lächerlich, wenn man davon spricht, ob die Arbeiter sich mit diesen paar Mandaten „zufrieden“ geben würden. Man fragt, ob wir die Wahlreform Badeni „annehmen“ wollen, das ist Unsinn!

Parteigenossen! Für uns steht die Frage so: Wir stehen im Kampf gegen ein feindliches Heer und sind in der Lage, einen Schritt nach vorwärts zu machen und weiter vorne unsere Fahnen aufzupflanzen. Das ist aber noch lange nicht unser Ziel. Wir fassen von neuem Fuß, um unsere Batterien aufzustellen und erst recht hineinzufeuern. Nicht um einen Vertrag, nicht um einen Waffen-

stillstand handelt es sich, geschweige um Frieden auch nur für einen einzigen Augenblick. Vielmehr ist ganz kühl zu erwägen, was ist der Sache der Sozialdemokratie, was ist der Sache der Revolutionierung des Proletariats nützlich? Wie können wir die jetzige Situation am besten verwerten? Für uns steht die Frage so: Die Wahlreform Badeni ist in den Augen eines jeden vernünftigen politisch klaren Menschen gerichtet sowohl vom Standpunkt der politischen Gerechtigkeit, als auch von dem Standpunkt, daß diese Wahlreform niemals ein Abschluß der Wahlrechtsbewegung sein kann. (Sehr richtig!) Im Gegenteil, diese Wahlreform kann nichts anderes sein, als der Ausgangspunkt einer neuen Wahlrechtsbewegung, als ein Mittel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen. Es ist auch in Genossenkreisen hie und da das Wort gefallen, ob wir diese Wahlreform „anerkennen" sollen oder nicht. Da habe ich nur die eine Frage: Gibt es einen unter Ihnen, der unser Vereinsrecht, unser Versammlungsrecht, unser Preßgesetz „anerkennt"? (Rufe: „Nein!") Nein! Wir wissen, was wir von dem allen zu halten haben, und gerade indem wir es bis aufs äußerste ausnützen, protestieren wir am allerschärfsten gegen seinen Bestand. Wenn man an der Kette zerrt, so daß man sie zerreißt, so ist das ja gewiß im gewissen Sinne eine „Anerkennung" der Fessel; aber wir anerkennen sie nur, um sie zu beseitigen! Wir haben auch nicht auf diese fünfte Kurie gewartet. Im Jahre 1891 sind wir, gerade um gegen das geltende Wahlrecht zu protestieren, in den Wahlkampf eingetreten; und Sie werden sich erinnern, daß gerade dieser Eintritt das Mittel, der Ausgangspunkt der späteren großen Wahlrechtsbewegung geworden ist. Niemand von uns hätte gesagt: „Indem du dich als Kandidaten aufstellen lassest — als unmöglichen und aussichtslosen — erkennst du den Fünf-Gulden-Zensus an." Davon kann also gar keine Rede sein. Wir stehen heute vor einer rein praktischen Frage. Nachdem wir unser Urteil gefällt haben, müssen wir uns fragen: Was werden wir mit dem neuen Dinge machen?

Parteigenossen! Wir hätten uns ja ganz gut auf den Standpunkt stellen können, zu sagen, die Wahlreform des Grafen Badeni liegt jetzt noch dem Reichsrat vor. Am 20. April wird die erste Verhandlung im Plenum beginnen und am 28. April oder irgendeinem andern Tage wird sie fertig sein und sanktioniert wird sie vielleicht erst im Juli. Wir konnten also ganz gut dem Parteitag vorschlagen, sich auf den Standpunkt zu stellen, diese Wahlreform zu verurteilen und gegen sie zu protestieren, ja sie zu verhindern, obgleich wir wissen, daß wir es nicht können. Das hätte freilich nach außen sehr hübsch ausgesehen; aber ich glaube, daß wir damit unsere Pflicht nicht erfüllt hätten, die nicht nur darin besteht, ein Urteil zu fällen, sondern aus den Tatsachen Schlüsse zu ziehen und uns nicht durch Äußerlichkeiten blenden zu lassen. Nach unseren Schlüssen müssen wir dann unsere Haltung nüchtern und praktisch einrichten. Unter den Jungtschechen besteht heute ein großer Streit darüber, ob sie bei der dritten Lesung für oder gegen

die Wahlreform Badeni stimmen sollen. Nun, wir haben ja den Jungtschechen nicht Ratschläge zu erteilen; aber wenn sie ernstlich etwas für die Wahlreform tun wollen, dann sollten sie sich nicht um die dritte Lesung, sondern hauptsächlich um die zweite Lesung des Entwurfes im Parlament kümmern. Bei dieser läßt sich eine große Menge der gröbsten Dinge ausmerzen, und wenn die Jungtschechen bei derselben mit den Antisemiten, mit Pernerstorfer, Kronawetter und noch ein paar anderen Wildlingen sich gehörig einsetzen würden, so könnten sie vielleicht eine Reihe von scheinbar unbedeutenden, tatsächlich aber schwerwiegenden Fehlern beseitigen. Ich erwähne beispielsweise nur einen Punkt, der viel zu wenig beachtet wird, daß nämlich der Sonntag*) zum Wahltag erklärt wird. Es ist anerkennenswert, daß die Jungtschechen so klug waren, nochmals den Slavikschen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes als Minoritätsantrag einzubringen. Dadurch sind sie in die Lage gesetzt, nochmals für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu stimmen, und wenn dieses abgelehnt wird, sich einfach für das zu entscheiden, was vorhanden ist. Es war das ganz klug, aber nicht entscheidend. Uns handelt es sich nicht darum, wie die Partei dem Volke gegenüber feiner und eleganter aussieht, wie sie sich leichter einen Glorienschein verleiht, sondern wie das Wahlrecht aussehen wird. Und da ist vor allem für uns von Bedeutung, daß bei diesem wichtigen Punkte energisch eingesetzt werde.

Es liegt auch ein Minoritätsantrag vor, in bezug auf die Seßhaftigkeit, denn die sechsmonatige Seßhaftigkeit wird so manchen Arbeiter vom Wahlrecht ausschließen und es wird schließlich — wie in Deutschland — darauf ankommen, zu welcher Jahreszeit gewählt wird, ob ein Arbeiter gerade anwesend oder auf der Wanderschaft auswärts als Arbeiter beschäftigt ist. Alle diese Dinge könnten noch in der Spezialdebatte verbessert werden. Aber darüber müssen wir uns klar sein: das heutige Parlament bringt einen Widerstand gegen das Ministerium Badeni nicht mehr auf, weder zum Guten, noch zum Schlechten. Dieses Parlament kann und wird diese Wahlreform nicht mehr verhindern.

Ein zweiter Umstand, auf den wir nicht vergessen dürfen, ist, selbst wenn die Wahlreform nicht zustande käme, der, daß der Parteitag mit Rücksicht darauf, daß wir spätestens im Februar nächsten Jahres Neuwahlen unbedingt haben müssen, verpflichtet ist, diese Neuwahlen und seine Haltung zu ihnen in ruhige und objektive Erwägung zu ziehen.

Der schärfste Protest gegen die Badenische Wahlreform ist berechtigt; sie ist ein Produkt, das würdig ist derer, die es erzeugt haben. Sie ist heuchlerisch bis in das Mark hinein, sie anerkennt ein Prinzip, nur um es herabzuzerren und es zu vernichten.

Wenn wir aber diesen Protest ausgesprochen haben, dann —

*) Der Sonntag wurde erst nach dem Umsturz überall zum Wahltag. Vorher wurde eine solche Forderung geradezu als Versuch einer Sonntagsschändung abgelehnt.

glaube ich — haben wir die Verpflichtung, den Tatsachen ins Auge zu sehen und zu sagen: Was werden wir mit diesem Monstrum, mit dieser Mißgeburt anfangen?

Parteigenossen! Es liegt eine Anzahl von Anträgen aus den Organisationen vor und ich erwähne daraus als ersten den Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation, welcher lautet (liest):

„Der Parteitag möge beschließen: Die Regierungsvorlage betreffend die Wahlreform sei auf das entschiedenste zu bekämpfen und mit allen Mitteln müsse versucht werden, sie unmöglich zu machen."

Ich bin vollständig dieser Ansicht und wenn es jemanden auf diesem Parteitag gibt, der uns ein Mittel nennen kann, noch in diesem Moment die Badenische Wahlreform zu verhindern und anstatt ihrer eine bessere Wahlreform zu schaffen, so werden wir mit Freuden bereit sein, dieses Mittel anzuwenden. Nachdem wir dies aber für eine Illusion halten, sind wir gezwungen, die vorliegende Wahlreform als fertige Tatsache anzusehen.

Der Antrag der Parteivertretung geht also dahin (liest):

„1. Der Parteitag beschließt: Die Wahlreform, die von der Sozialdemokratie der Regierung und dem Parlament abgezwungen wurde, liegt abgeschlossen dem Parlament vor und ihre Annahme ist unzweifelhaft. Sie gewährt dem arbeitenden Volke das allgemeine Wahlrecht, nur, um die Wirkung seines Stimmrechtes zu vernichten. Der gesamte Besitzstand der österreichischen Verfassung an Vergewaltigung, Unterdrückung und Korruption wird unverkürzt erhalten und die fünfte Kurie den Vertretern der besitzenden Klassen zur Majorisierung ausgeliefert. Die ungeheuerliche Größe der Wahlbezirke, das indirekte Wahlrecht, die Bedingung der sechsmonatigen Seßhaftigkeit gestaltet die Wahlreform zu einem wahren Monstrum. Die Badenische Wahlreform entspricht darum in keiner Weise dem Willen und dem Bedürfnis des arbeitenden Volkes, sondern ist ein von der Not des Moments eingegebenes elendes Flickwerk. Der Parteitag protestiert entschieden dagegen, daß in der Anflickung einer fünften Kurie die Erfüllung der in der Wahlrechtsbewegung ausgesprochenen Forderung gesehen werde. Der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes muß darum auch fernerhin mit aller Energie fortgeführt werden.

2. Der Parteitag beschließt weiter: Nachdem die Vergewaltigung durch die fünfte Kurie eine so gut wie vollendete Tatsache geworden, ist es die Pflicht der Partei und ihrer Vertreter, aus diesen gegebenen Tatsachen den größtmöglichen Nutzen zu ziehen und das neue Wahlunrecht als Mittel der Agitation und Organisation, wie insbesondere als Waffe zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, gründlich auszunützen. Die Parteivertretung wird darum beauftragt, nicht erst die Ausschreibung von Neuwahlen abzuwarten, sondern gleich nach dem Inslebentreten der neuen Wahlordnung die Vertrauensmänner einzuladen, an einem geeigneten Orte des Wahlkreises zusammenzutreten, um die Wahlagitation in die Hand zu nehmen und Kreiswahlkomitees zu bilden.

3. In allen Kronländern ist eine kräftige Agitation zu entfalten, um die Landtage zu veranlassen, die indirekten Wahlen zu beseitigen*)."

---

*) Dieser Antrag wurde dann auch mit 101 gegen 9 Stimmen angenommen, nur der dritte Punkt wurde mit Zustimmung des Referenten in folgender von Resel (Graz) beantragten Fassung angenommen:

Es sind nun auch Anträge von mehreren Organisationen eingelaufen und insbesondere ein Antrag der Organisation Wien III, welcher im wesentlichen mit dem Antrag der Parteivertretung übereinstimmt. Er lautet (liest):

„Der Parteitag erklärt das Wahlreformprojekt des Grafen Badeni für unsinnig und ungerecht. Es bedeutet nicht im geringsten eine Erfüllung der Arbeiterforderungen, sondern verschärft noch den Gegensatz zwischen Besitzlosen und Kapitalisten, indem es den ersteren ein Scheinrecht gibt, unbrauchbar in jeder Beziehung. Sollte jedoch dieses Projekt trotz des einmütigen Widerstandes der organisierten Arbeiterschaft Gesetz werden, so beschließt der Parteitag, daß in diesem Falle die Wahlrechtsagitation ungeschwächt fortzusetzen ist. Die vornehmste Parole bei einer etwaigen Wahl hat nach wie vor zu lauten: Beseitigung der Kurien, allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht!"

Die Organisation Wien III faßt also nur die Eventualität einer Wahl ins Auge. Die Parteivertretung ist aber der Ansicht, daß dieses nicht genüge. Da wir nicht in drei Monaten wieder einen Parteitag abhalten können, dürfen wir hier nicht bloß eine prinzipielle Erklärung abgeben, sondern müssen ganz klar beschließen, was wir tun wollen. Heute sind wir beisammen, wir stellen klar und konkret fest, was wir wollen und welche Mittel hiezu in die Hand zu nehmen sind. Darum haben wir beantragt, daß auch Kreiswahlkomitees zu wählen sind, die sich zunächst an die Wahlkreise der fünften Kurie anschließen.

Ein weiterer Antrag der Bezirksorganisation des 9. Bezirkes Wien liegt vor, welcher lautet (liest):

a) „Es seien Kandidaten für die Reichsratswahlen aufzustellen."

Nach dem, was ich gesagt habe, versteht sich das von selbst. Es kommt aber noch Eines dazu. Die Parteien, die heute die fünfte Kurie schaffen, sagen sich: „Wenn wir die Leute in der fünften Kurie beschäftigen, so werden sie uns in der dritten und vierten Kurie Ruhe geben." Aber wir sind ihnen auch in der dritten und vierten Kurie, trotz des Zensus, recht unangenehm geworden. Wir lassen uns von unseren Gegnern nicht foppen und wollen auch sie nicht foppen. Edelmütig wie wir sind, können wir ihnen gleich heute sagen, daß wir, weil wir in der fünften Kurie ein so lumpiges Wahlrecht haben, den Kampf um die anderen Kurien nicht etwa aufgeben werden. (Zustimmung.)

Dieselbe Organisation beantragt (liest):

b) „Sämtliche Kandidaten haben das sozialdemokratische Programm (Hainfelder Programm) zu akzeptieren."

---

3. In allen Kronländern ist eine kräftige Agitation zur Beseitigung des indirekten Wahlrechtes zu entfalten und ist hiezu auch in den Landtagswahlkampf einzutreten.

Nach dem Regierungsentwurf sollte in den Landgemeinden das Wahlrecht durch Wahlmänner, also indirekt, und überdies mündlich vorgenommen werden, außer wo der Landtag diese Wahlart auch für die privilegierte Landgemeindenkurie abschaffte.

Das ist ein Antrag, der sich meiner Ansicht nach ganz von selbst versteht. Die sozialdemokratische Partei stellt selbstverständlich nur Sozialdemokraten als Kandidaten auf. Wer Sozialdemokrat ist, das sagt ja unser Parteiprogramm, und die Sache wäre damit einfach erledigt, wenn wir nicht genau wüßten — und ich will der Frage von vornherein nicht aus dem Wege gehen — daß dieser Antrag sich um eine bestimmte Person dreht. (Rufe: „Pernerstorfer!") Ich bedauere sehr, daß der Abgeordnete Pernerstorfer, der die Absicht gehabt hat, herzukommen, nicht hier ist und hören kann, was die Genossen darüber zu sagen haben. Meines Erachtens ist es nicht die Aufgabe des Parteitages, sich mit einzelnen Kandidaturen zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Dies würde nur eine Störung in die Diskussion bringen. Wir können diese Sache mit voller Beruhigung den Parteigenossen überlassen; aber diesen Antrag muß jeder als einen ganz selbstverständlichen und darum überflüssigen ansehen.

Weiter liegt ein Antrag der Kreisvertretung Westböhmens vor (liest):

„Im Falle die Badenische Wahlreform Gesetz werden sollte, wolle die Parteivertretung ein leichtverständliches Handbuch herausgeben, welches der Arbeiterschaft eine Anleitung und das Verhalten über und zu den Reichsratswahlen klarlegen soll, und zwar zu einem billigen Preis."

Das können wir ja tun. Es ist zwar etwas verfrüht, aber wir können dagegen gar nichts einwenden.

Nun der Antrag des Genossen Feigl*) (liest):

„Bei Zustandekommen irgendeines Wahlreformgesetzes haben sofort die Kreisvertretungen Konferenzen einzuberufen, den Wahlkampf bei denselben auf die Tagesordnung zu setzen und je einen Vertreter zu einer Reichskonferenz zu delegieren, welche von der Parteivertretung einzuberufen ist Diese Reichskonferenz hat die notwendige Vorsorge für die Wahlagitation des gesamten Reiches zu treffen."

Dagegen läßt sich natürlich absolut nichts einwenden; ich meine aber, das Wesentlichste von dem, was die Kreisvertretungen da mit der Reichskonferenz zusammen beschließen sollen, das können wir auch heute schon beschließen. Wir haben — ich sage es offen — zu einer Zeit, wo man noch nicht wußte, in welches Stadium zu Ostern die Badenische Wahlreform gekommen sein wird, einen ähnlichen Antrag selbst beschlossen gehabt. Heute sehen wir die Situation klar, und ich meine, daß es überflüssig ist, dies erst wieder einer solchen Konferenz zu überlassen.

Wichtiger als diese Konferenz ist es, daß der Parteitag deutlich erklärt, was er will. Das ist in unserem Antrag ausgesprochen. Mögen Sie ihn nun annehmen oder ablehnen, wir waren verpflichtet, Ihnen unsere Meinung zu sagen.

Und nun erlauben Sie mir, Eines zu bemerken: Die Wahlreform Badenis ist ganz niederträchtig! Das, was dabei herauskommt, geht

*) Feigl, ein Wiener, vertrat damals die Organisation Gloggnitz. Er ist seither aus der Partei ausgetreten.

darauf hin, der Arbeiterklasse möglichst wenig zu geben und möglichst viel zu nehmen. Aber wir müssen uns sagen, das sehen wir, die wir den ganzen Kampf mitgemacht haben, die wir wissen, was das Wahlrecht sein soll; die großen Massen sehen das aber nicht; für die große Masse der bisher Rechtlosen — und das sind 3.600.000 Menschen — wird die Tatsache, daß sie einen Stimmzettel in die Hand bekommen, daß sie ein politisches Recht ausüben dürfen, das Neue und Wichtige sein. Das weiß aber jeder: Die Wahlreform hat nicht Badeni und hat nicht das Parlament gemacht; diese haben nur das am Gewissen, was an ihr verpfuscht, schlecht und niederträchtig ist. Das ist ihr Werk. Die einzige Tatsache, die daran gut ist, daß diese Rechtlosen ein kleines, beschränktes, verdorbenes, aber immerhin ein Wahlrecht bekommen, diese Tatsache verdanken sie weder der Regierung noch dem Parlament, und das wird das ganze arbeitende Volk in Österreich wissen, das Recht verdanken sie einzig und allein der Sozialdemokratie aller Nationen Österreichs. (Beifall.) Mögen sie dieses Recht noch so sehr einschränken; indem sie uns dieses elende Papier in die Hand gegeben haben, haben sie uns gleichzeitig die Waffe in die Hand gegeben, zu sagen: Daß ihr das Wahlrecht habt, das verdankt ihr uns. Daß ihr ein so schlechtes Wahlrecht habt, das verdankt ihr den anderen. Wenn ihr ein besseres haben wollt, so müßt ihr mit uns gehen.

In dem ursprünglichen Badenischen Wahlreformentwurf hatten die ländlichen Dienstboten kein Wahlrecht. Das waren angeblich 210.000 Menschen, wahrscheinlich sind es viel mehr. Da haben wir aber gesagt: Ihr könnt das schon machen, das ist ganz gut, wenn ihr denen kein Wahlrecht gebt. Dann brechen wir aber in die Dörfer ein, wie die hungrigen Wölfe, und werden den Bauernknechten erzählen: „Ihr seid die einzigen Leute in Österreich, die kein Wahlrecht haben, weil ihr so stumpfe, treue Untertanen seid! Macht doch den Schädel auf!“ Diese Drohung hat selbst die Linke und Graf Badeni verstanden, und nur der Falkenhayn ist so dumm, daß er es nicht verstanden hat. (Rufe: „Der Hagenhofer auch nicht!“) Dem nehme ich es nicht so übel. (Heiterkeit.)

Also, Parteigenossen: Wir schließen die Wahlreformbewegung nicht, wir nehmen nicht an, wir geben uns nicht zufrieden, wir akzeptieren keine Abschlagszahlung, sondern, wenn man uns einen Stein anstatt eines Brotes hinwirft, dann nehmen wir den Stein auf, gehen mit dem Stein vorwärts und schleudern ihn dem Feind ins Gesicht. (Lebhafter Beifall.) Das ist die Taktik, die wir einschlagen müssen, das ist die einzige wirkliche revolutionäre Taktik, die jedes Moment benützt, das benützt werden kann, um der Arbeiterklasse mehr politische Macht zu geben und diese Taktik wird, so hoffe ich auch, von der großen Majorität des Parteitages als richtig erklärt werden. (Lebhafter Beifall.)

Schlußwort.

Die Debatte war lang, aber es ist sehr notwendig, daß der Parteitag mit dem Bewußtsein auseinandergeht, daß hier nichts ver-

borgen geblieben ist, daß niemand im letzten Winkel seines Herzens etwas verborgen habe, was hier nicht zum Ausdruck gebracht werden konnte. Wir sind es den Genossen und uns schuldig, daß volle Klarheit geschaffen werde. Die Anwürfe, welche gegen das Referat und gegen die Anträge der Parteivertretung erhoben wurden, sind alle eigentlich auf einen Punkt zurückzuführen: Die Wahlreform sei schlecht, sie sei eine Beleidigung für die Arbeiterklasse und es sei unserer unwürdig, sich mit ihr zu beschäftigen. Diejenigen, welche meinen, und es gibt auch solche hier, daß man die Badenische Wahlreform noch verhindern kann — das bezweckt der Antrag aus Mittelmähren und der Antrag des Genossen Berst*), — sagen, daß wir alle Mittel in Bewegung setzen müssen, um diese Wahlreform zu verhindern. Ich habe schon in der Einleitung gesagt: Wenn uns jemand ein Mittel dazu angeben kann, so werden wir es anwenden. Aber mit großen Worten ist nichts getan. Wenn Genosse Berstl die 14 Tage oder 4 Wochen — so lange wird es dauern, bis der Entwurf das Abgeordnetenhaus passiert hat — auch noch so sehr ausnützt, um seine Rede zu wiederholen, so wird dadurch die Wahlreform Badenis nicht verhindert werden. Da die Wahlreform nicht zu verhindern ist, so wird ihnen der Parteitag auf diesem Wege nicht folgen. Wir stehen vor einer harten, vor einer unangenehmen Tatsache, aber vor einer Tatsache. Und daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen. Das hat die Parteivertretung gewußt und darum hat sie den Antrag eingebracht, der, wie ich überzeugt bin, auch angenommen werden wird.

Der Antrag der Genossen des 3. Wiener Bezirkes besagt im wesentlichen dasselbe. Der Vertreter dieses Bezirkes hat mich beauftragt, hier zu erklären, daß er seinen Antrag zurückziehe, wenn unserem Antrag beigefügt werde, daß in die Wahlrechtsbewegung unter der Parole der Beseitigung der Kurien eingetreten werden soll. Ich finde, daß dies selbstverständlich ist, und wir sind gern bereit, den Genossen in dieser Beziehung entgegenzukommen.

Es ist weiters eine Reihe von Anträgen eingebracht worden, die allerdings die Badenische Wahlreform als eine Tatsache ansehen, aber zu einem anderen Schluß kommen als wir. Genosse Gerin**) wünscht, daß wir die Mandate niederlegen, wenn wir sie haben. Ich meine, wenn wir sie haben werden, dann werden wir darüber weiter reden. Wir können doch nicht über Mandate, die vorläufig noch andere haben, beschließen. Andere Anträge decken sich mit dem, was die Parteivertretung beantragt hat, oder unterscheiden sich nur wenig. Wir haben gesagt, daß unmittelbar nach Annahme des Gesetzes die Parteivertretung alle Organisationen der zukünftigen Wahlkreise auffordern soll, ihre Vertrauensmänner zu einer Konferenz einzuberufen. Es ist selbstverständlich, daß das

*) Ein Advokat in Neunkirchen, der diesen Bezirk vertrat.

**) Anton Gerin, der italienische Vertreter von Meran und Rovereto.

nicht anders möglich ist als durch unsere Bezirksorganisationen. Aber unsere Kreisorganisationen, wie wir sie heute haben, entsprechen nicht den neuen Wahlkreisen. Es muß speziell für die Wahlorganisation der Kreise ein Wahlkomitee eingesetzt werden, damit die Organisation ausschließlich für den Wahlkampf zentralisiert ist. Diese sind also nicht mit den Kreisvertretungen, die wir heute haben, zu verwechseln. Das ist eine Notorganisation, eine momentane Organisation, die geschaffen werden muß. Die zukünftige Parteivertretung wird sich an die Kreisvertretungen zu wenden haben. Aber ausgehen soll die Sache von der Parteivertretung. Diese hat den Moment zu bestimmen, in welchem eingegriffen werden muß und es ist unmöglich, dies den einzelnen Kreisvertretungen zu überlassen.

Es versteht sich von selbst, daß diese Wahlkreiskomitees, die da gebildet werden sollen, autonom sind und nicht unter der Fuchtel dieser Parteivertretung, die man schrecklich zu fürchten scheint, obwohl ihr der Vorwurf gemacht wird, daß sie nichts tut (Heiterkeit), sondern die Kandidaten aufstellen werden, die sie wollen; es versteht sich ebenso von selbst, daß sie das tun müssen im Einvernehmen mit der Parteivertretung wegen der Einheitlichkeit der Aktion. Die Parteivertretung ist nicht dazu da, Ihnen Kandidaten zu oktroyieren, und selbst, wenn sie das tun wollte, so glaube ich, hat die Energie der heutigen Verhandlung bewiesen, daß Sie kräftig genug sind, um das zu verhindern. Aber die Parteivertretung hat die Pflicht, einheitlich die Sache zu organisieren, zu vermitteln, wo sich Widersprüche zeigen — das ist ihre Aufgabe und darum ist der Antrag Daszynski*) notwendig. Der Antrag Beer**), der noch vorliegt, spricht von einer Kronlandsleitung. Die gibt es aber nicht. (Genosse Beer: Das ist ein Irrtum.) Das meine ich auch! Ich möchte bitten, daß der Genosse seinen Antrag zurückzieht, weil er nur Verwirrung schafft.

Es liegt sodann eine Reihe von Anträgen in bezug auf die Agitation vor. Zwei oder drei Anträge wünschen, daß man in die Landtagswahlen eingreift, um für die Beseitigung der indirekten Wahlen zu agitieren. Ja, Genossen, es gibt aber einige Kronländer, wo in der nächsten Zeit Landtagswahlen gar nicht sein werden, so in Böhmen und Galizien. Wir haben unsere Anträge deshalb etwas allgemein gefaßt und ursprünglich gesagt: Man soll einfach in der nächsten Zeit überhaupt auf die Landtage agitatorischen Einfluß nehmen. Der Zusatzantrag des Genossen Resel***) sagt, man soll außerdem bei den Landtagswahlen das machen; wir sind damit

*) Ignaz Daszynski, der derzeitige polnische Sejm-Marschall, damals Delegierter von Krakau, beantragte, die Aufstellung der Kandidaten sei Sache der Kreisorganisationen, die sich darüber mit der Reichsparteivertretung ins Einvernehmen setzen sollen; sollte dieses Einvernehmen nicht erzielt werden, so solle die Reichskonferenz entscheiden.

**) Heinrich Beer, der Redakteur des „Metallarbeiters", von 1907 bis 1911 Abgeordneter von Dux.

***) Hans Resel, der nachmalige Abgeordnete von Graz.

einverstanden, wenn irgendwo Landtagswahlen sind. Ein weiterer Antrag wünscht, daß für die Bestimmung des Sonntags als Wahltag eine besondere Agitation eingeleitet werde. Es ist sehr wünschenswert, daß dies geschehe; ich möchte Sie aber bitten, daß Sie sich damit sehr beeilen, denn wenn Sie sich 14 Tage oder drei Wochen Zeit lassen, würde es zu spät sein.

Es liegt schließlich ein Antrag vor, welcher sagt, daß man an jenem Tage, wo im Abgeordnetenhaus die Abstimmung über den Wahlreformentwurf stattfindet, überall große Versammlungen abhalten soll, welche gegen diese Wahlreform Protest erheben. Dagegen läßt sich absolut nichts sagen. Aber wollen Sie die Versammlungen nicht überschätzen. Die Versammlungen werden wohl sehr hübsch sein, aber die Abstimmung über die Wahlreform im Abgeordnetenhaus beeinflussen sie dadurch nicht. Und wenn Sie in diesem Sinne die Versammlungen einleiten, ist es sehr gut, daß wir formell an diesem Tage sagen: „Heute beweist du Regierung und du Abgeordnetenhaus, was ihr für Leute seid und wir erklären euch heute: Ihr gebt uns eine Wahlreform, wir kennen euch aber, wer ihr seid und wie euere Wahlreform aussieht." Einen weiteren Einfluß auf das Schicksal der Wahlreform hat dies aber nicht.

Ich hätte mich noch mit dem Antrag Mornik*) zu beschäftigen, aber verzeihen Sie, Parteigenossen, daß ich das nur sehr kurz machen werde. Es ist eine alte Erfahrung, daß man nach zwei Jahren viel klüger ist über die Dinge, die vor zwei Jahren waren, als man es früher war, und der Genosse Mornik und noch eine sehr kleine Anzahl Genossen im 1. Bezirk in Wien, die meinen, daß sie heute unser Verhalten tadeln dürfen, werden nach zwei Jahren ebenso überzeugt sein, daß ihr Urteil, das sie heute fällen, falsch war. Sie werden auch gescheiter werden, ich verzweifle an ihnen durchaus nicht. (Heiterkeit.) Parteigenossen! Ich würde über den Antrag Mornik mich ungeheuer echauffieren, wenn ich glauben würde, daß er sehr ernst zu nehmen sei. Er ist wirklich gar nicht ernst zu nehmen. (Genosse Mornik: Also ein Spaß!) Kein Spaß, er ist Ihnen heute heiliger Ernst, aber auch Sie werden vom Apfel der Erkenntnis essen, wenn er Ihnen auch heute noch zu sauer ist. (Lebhafte Heiterkeit.)

Parteigenossen! Die Parteivertretung war sich vollständig bewußt, daß sie nicht nur die Pflicht hat, die Partei zu führen und die Geschäfte der Partei zu verwalten, sondern auch die Aufgabe hat, der Prügelknabe zu sein für alle Schicksale, welche die Partei während der Zeit erleidet. Wenn wir eine schlechte Wahlreform kriegen, ist das natürlich die Schuld der Parteivertretung. Wenn

*) Mornik hatte beantragt, der Parteivertretung „wegen des zweifelhaften Verhaltens dem Badenischen Wahlreformentwurf gegenüber" das Mißtrauen auszusprechen. Der Antrag wurde mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt. Die Anträge der Parteivertretung wurden übrigens in namentlicher Abstimmung mit 101 gegen 9 Stimmen bei acht Stimmenenthaltungen angenommen. Mornik vertrat den ersten Wiener Bezirk. Der Sonntag wurde erst nach dem Umsturz Wahltag.

wir etwa in der Preßgesetzgebung einen Fortschritt machen, wenn wir etwas in der Berggesetzgebung durchsetzen, ist nicht die Parteivertretung daran schuld, sondern die Genossen. Was vernünftig ist, das machen Sie, was ungeschickt ist, das machen wir. (Lebhafte Heiterkeit.) Wer diese Teilung der Arbeit nicht übernehmen will (Heiterkeit), der soll sich an die Spitze einer Partei, wie die unsrige ist, überhaupt nicht stellen.

Nun erlauben Sie, daß ich mich jetzt mit einem Moment befasse, das in der Debatte wiederholt und in sehr merkwürdiger Weise zum Ausdruck gekommen ist. Mitunter dieselben Genossen, welche die Parteivertretung beschuldigen, daß sie den Wahlrechtskampf nicht auch im letzten halben Jahre mit demselben Eifer fortgeführt habe, wie unter der Koalition — und von dieser Ära hätte man sprechen sollen und nicht von der Zeit der Taaffeschen Vorlage —, dieselben Genossen sagen: „Glaubt ihr denn, man kann immer mit dem Wahlrecht kommen? Wir haben ja auch wirtschaftliche Interessen.“ Dieselben Genossen, und auch Dr. Berstl, die verlangen, daß wir Himmel und Erde in Bewegung setzen sollen, um den Badenischen Reformentwurf unmöglich zu machen. Ich nehme zu seiner Ehre an, daß er so viel Vernunft hat, um zu wissen, daß wir diesen Entwurf nicht verhindern können, anderseits aber wirft er uns vor, daß wir die wirtschaftliche Bewegung vernachlässigen und reine Politiker sind. Das sind wir eben nicht. Wir nehmen die Arbeiterklasse als das, was sie ist, als eine zu politischen Dingen durchaus durch ökonomische Momente bewegte Klasse. Wir wissen genau, warum die Wahlrechtsbewegung bis zu einem gewissen Punkte zu treiben war, wissen aber auch, warum sie nicht weiter zu treiben war; die Arbeiterklasse in Österreich hat das ganz instinktive Bewußtsein gehabt, daß in ihr die Kraft ruht, ein Wahlrecht überhaupt zu bekommen, aber daß sie ohne parlamentarische Vertretung nicht fähig ist, so weit zu kommen, das Aussehen dieser Wahlreform zu bestimmen. In dem Moment, wo die Badenische Wahlreform ihr gesagt hat: Mag sein was will, Stimmzettel bekommt ihr alle, in demselben Moment war die Heftigkeit und Kraft der Wahlrechtsbewegung gebrochen. (Zustimmung.) Glauben Sie mir, das haben nicht wir gemacht. Wir wären ja dann Herrgötter, was wir wirklich nicht sind, aber die Genossen von der Opposition, wenn ich so sagen darf, halten uns dafür. Wir können nicht eine Bewegung machen, wir können nur als Sprachrohr aussprechen, was in den Arbeitermassen steckt, und wenn Sie sagen, daß wir in der „Arbeiter-Zeitung“ weniger gesagt haben, als was die Arbeiterklasse denkt, dann wagen Sie einmal diese Behauptung! Ich glaube, wenn wir uns eines Fehlers schuldig gemacht haben, so haben wir eher, und das wird jeder zugeben müssen, in dieser Beziehung den Wahlrechtskampf schärfer in dem Blatte geführt, als er in den Organisationen und in den Massen der Arbeiterschaft lebendig war. Das ist selbstverständlich, in dem einzelnen Gehirn hat die eine Frage oder die andere die Vorhand. Es ist psychologisch und physisch unmöglich, mit einer Frage

jahrelang die Massen in Bewegung zu halten; wir mußten es, um eine politische Wirkung zu erzielen, aber wir mußten uns auch endlich sagen: Das kommt, das können wir nicht verhindern, darüber hinauszugehen wäre heute eine Kraftvergeudung. Da sagt mir freilich Genosse Berstl, und er hat da ungefähr gesprochen, nicht wie ein sehr radikaler Genosse, sondern wie man das in Bourgeoisblättern zu lesen bekommt und wie es die Fabrikanten uns Sozialdemokraten nachsagen, daß wir hinausgehen aufs Land, die Leute entflammen und dann kommt es zu Streiks, die wir dann nicht unterstützen können. Genosse Berstl hat am allerwenigsten Ursache, in diesem Tone zu sprechen und Genosse Berstl weiß sehr wohl, er weiß es ganz genau, daß die Streiktaktik zu vertreten nicht unser Beruf, aber sein Geschäft ist. (Sehr gut! Genosse Dr. Berstl: Wir sprechen uns noch*)!) So stehen die Dinge, und ich halte es der Öffentlichkeit gegenüber für notwendig, die Parteivertretung gegen solche Beschuldigungen zu verwahren (Beifall), die einfach mit den Tatsachen in gröbstem Widerspruch stehen, die den Kern unserer Agitation mißverständlich auslegen und die Massen, die noch unorganisiert sind, irreleiten. Wenn Sie unseren Genossen solche Dinge vorerzählen, müssen wir auf das energischeste dagegen protestieren, damit die Arbeiterschaft nicht irregeführt werde über uns und unsere Ziele. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Man hat uns schon vor zwei Jahren den Vorwurf gemacht, daß wir im Oktober des Jahres 1893 dem Grafen Taaffe nicht aus der Patsche geholfen haben und daß wir für seine Wahlreform nicht genug Spektakel gemacht haben**). (Rufe: Die wir jetzt haben wollen.) Ganz richtig! Heute können wir dafür sein, weil sie die Regierung nicht will (Heiterkeit), das ist ganz klar. Als die Reform des Grafen Taaffe gekommen ist, was haben wir getan? Wir haben in einer Resolution erklärt: Diese Wahlreform ist eine unvollständige, sie enthält nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, aber sie ist eine Abschlagszahlung, die wir annehmen und für die wir sind. Weiter zu gehen und dem Grafen Taaffe durch Straßenkrawalle etwa gegen den Plener zu helfen, dazu haben wir gar keine Lust gehabt. Ich sage Ihnen ganz offen — es wurde uns das von gewissen Politikern zugemutet und ich habe darauf zur Antwort gegeben: Dem Grafen Taaffe sollen wir die Kastanien aus dem Feuer holen, der uns dann auf der Straße vor dem Parlament abfangen wird, der sagen wird: „Jetzt kommt ihr? Ja, blutige Köpfe, Ausnahmszustand und keine Wahlreform! Ihr habt euch ihrer unwürdig gemacht." In solche Fallen geht die sozialdemokratische Parteivertretung nicht. Wenn von dem kräftigen Widerstand gesprochen wurde, so ist dieser Wider-

*) Adler hat noch in dieser Rede diese Bemerkung abgeschwächt.

**) Siehe darüber im siebenten Band der Adler-Schriften die Rede auf dem Parteitag 1894 („Die Taaffesche Wahlreform und der Generalstreik", Bd. VII, Seite 80) und den Artikel in der „Neuen Zeit", 1894, Nr. 33 und 34 („Die Lage in Österreich und der sozialdemokratische Parteitag", Bd. VII, Seite 91).

stand nicht gegen die Wahlreform des Grafen Taaffe gemacht worden, das ist nicht wahr, er ist gemacht worden gegen die Wahlreform der Koalition und gegen alle Reformen, die unter der Koalition aufgetaucht sind. Der Widerstand gegen die Entwürfe der Koalition war größer als gegen den des Grafen Badeni, weil während der Koalition keine feste Wahlreform in der deutlichen Absicht, sie durchzuführen, aufgetaucht ist. Nicht ein einzigesmal haben Regierung und Parlament gesagt: Diese Wahlreform wollen wir, diese machen wir. Wir haben uns auch nicht gegen eine einzelne oder für eine einzelne echauffiert, wir haben die Leute vorwärtsgepeitscht, bis sie mit ihrem Latein fertig waren und sich unfähig erklären mußten, etwas zu machen. Ein anderer Grund war der, weil alle diese Wahlreformen zur Grundlage gehabt haben die Absperrung der Arbeiter in eine separate Kurie und heute nach dieser langen Debatte, nachdem über die Badenische Wahlreform und von mir nicht zum mindesten gehörig geschimpft worden ist, erkläre ich, daß der große Vorzug der Badenischen Wahlreform vor allen andern Reformen — auch der Taaffeschen — welche alle gesagt haben: Das Wahlrecht haben 1. die Fünfguldenmänner, 2. die beim Militär gedient haben, 3. die zwei Jahre Krankenkasse haben usw. — der ist, daß sie zum erstenmal sagt: Das Wahlrecht hat jeder vierundzwanzigjährige Mann mit den und den kleinen Ausnahmen. Das ist der große Unterschied. Und zweitens ist diese Wahlreform die erste, welche es uns möglich macht, die Wahlbewegung als Klassenkampf auszunützen, die uns nicht Mandate, sondern ein Wahlrecht gibt. Die Sache liegt einfach so: Alle Wahlreformentwürfe, die von Plener abstammen — und das waren ja die Entwürfe der Koalition alle —, alle wollten uns Mandate geben, aber kein Wahlrecht. Die Badenische Wahlreform gibt uns ein Wahlrecht, aber freilich keine Mandate. Wir haben in der Badenischen Wahlreform auf viel weniger Mandate zu rechnen als in irgendeiner anderen Wahlreform, die wir von der Koalition bekommen hätten. Aber wir haben einen Wahlkampf mit allen andern Parteien, sie müssen sich uns stellen zum Gefechte und das ist ein großer Vorzug; wir haben das Recht, in die Hütten einzubrechen, wie Graf Hohenwart gesagt hat, und wir werden in ihre Hütten einbrechen. Das ist der Grund, warum die Parteivertretung etwas den Kampf gemildert hat, das ist der Grund, der die ganze Arbeiterschaft Österreichs veranlaßt hat, ganz anders über die Lage zu denken.

Wenn die Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ angefochten wurde, erlaube ich mir zu bemerken, daß wir beim Punkt „Presse“ noch darauf zurückkommen können. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist das Reservoir, aus dem alle Argumente gegen die Badenische Wahlreform geschöpft wurden. (Widerspruch des Genossen Resel.)

Es tut mir leid, aber ich habe hier auf dem Parteitag und auch früher kein Argument gehört, das ich nicht vorher in der „Arbeiter-Zeitung“ gelesen hätte. (Oho-Rufe.) Ich bitte, es wird mir lieb sein, wenn Sie mich darüber berichtigen. Die „Arbeiter-

Zeitung" hat nicht ein einziges Argument gegen die Badenische Wahlreform ausgelassen und es ist nicht richtig, wenn Sie ihr darin einen Vorwurf machen. Ich glaube, daß wir es mit jedem anderen Blatte in der Bekämpfung des Badeni aufnehmen können.

Und nun, Parteigenossen, erlauben Sie mir eine Bemerkung. Die Sozialdemokratie ist eine Partei ganz eigentümlicher Art. Ihre Wirksamkeit beruht nicht allein darauf, was sie tut, sondern vor allem darauf, was sie ist. Das Vorhandensein der Sozialdemokratie, daß es so viele Sozialdemokraten gibt, das ist das Wirksame. Und, Parteigenossen, diejenigen von Ihnen, die mit einer höchst begreiflichen Ungeduld eine jede Woche, wo die Partei nicht eine große Aktion veranstaltet, für eine verlorene halten, werden sich überzeugen, daß die Partei oft in der Stille mehr wächst als während der größten und lärmendsten Aktion. (Zustimmung.) Die gewerkschaftliche Organisation ist sehr rasch gewachsen, hat vielfach nur äußerlich die Grenzen abgesteckt, aber den Rahmen der Organisation noch nicht ausgefüllt. Die nötigen Kräfte für die Wahlbewegung aufzubringen, wird sehr schwer sein. Wir dürfen nicht glauben, daß wir mit denselben Mitteln arbeiten können, mit denen bisher gearbeitet wurde oder mit welchen andere Parteien bei der Wahlagitation arbeiten. Unsere Agitation wird eine lange vorbereitete sein müssen. Vergessen Sie das nicht. (Zustimmung.) Wir können auch die Organisation für die Wahlen nur dort suchen, wo sie geschaffen wird, nicht von uns, sondern durch die kapitalistische Entwicklung. Diese Organisation werden sie uns nicht nehmen können. Ich weiß nicht, welche Absichten und Pläne Sie beim Punkt Organisation haben. Aber das sage ich Ihnen schon jetzt, daß ich es für eine große Gefahr halten würde, wenn Sie wesentliche und einschneidende Änderungen in der Organisation in einem Moment vornehmen würden, wo wir vor einer großen und umfassenden Aktion stehen. Ich meine, solche Änderungen müssen verschoben werden.

Eine persönliche Bemerkung: Es wurde mir soeben mitgeteilt, daß ich vom Genossen Dr. B e r s t l behauptet hätte, es sei sein „Geschäft", die Streiks zu machen. Das wollte ich nicht sagen. Das versteht sich ja von selbst. Ich wollte dem Charakter des Doktor B e r s t l durchaus nicht nahetreten, sondern habe gemeint, daß er sich damit b e s c h ä f t i g t. (Genosse Dr. B e r s t l: Das ist nicht wahr!) Das ist etwas anderes, aber es ist meine Meinung. Ich sage also: Er beschäftigt sich damit, Streiks zu organisieren, da er weit mehr von ihrer Wirksamkeit hält als wir, die er beschuldigt, für gut halten. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Nun hat eine Anzahl von nordböhmischen Genossen hier gesagt: Das, was ihr wollt, ist vielleicht eine sehr notwendige Sache. Aber wartet doch, bis die Wahlreform Gesetz ist. Das geht nicht. Der Parteitag ist dazu da, um bindende Entschlüsse zu fassen und den Genossen, die uns hiehergeschickt haben, auch etwas Bestimmtes und Präzises zu sagen. (Zustimmung.)

Wir können die Wahlreform nicht erst anerkennen, wenn sie von beiden Häusern des Reichsrates angenommen und von der Krone unterschrieben ist. Wir wissen, daß sehr viele Dinge, die unterschrieben sind, nicht Gesetz werden und andere Dinge, die noch nicht unterschrieben sind, Gesetz werden; und diese Einsicht wollen wir hier benützen.

Es wird der Parteivertretung vorgeworfen, daß sie schon im August oder September gewußt hat, wie die Wahlreform Badenis aussehen werde. Ich hatte, wie Pernerstorfer ganz richtig erraten hat, meine Kenntnisse nur aus den „Národní Listy*)". Wenn aber die Genossen glauben, daß wir so gescheit sein müssen, daß wir alles lange zuvor wissen, dann sollten sie uns auch glauben, daß wir heute bereits wissen, was alle Welt weiß und was die Spatzen auf den Dächern pfeifen, daß die Wahlreformvorlage in ein paar Wochen Gesetz sein wird. Man sagt uns einerseits, wir sind zu vorsichtig gewesen und heute will man von uns, wir sollen kurzsichtig sein.

Mit dem Beschluß, den der Parteitag unzweifelhaft fassen wird, tritt die sozialdemokratische Partei in Österreich in eine neue Epoche, zum erstenmal in einen modernen politischen Kampf mit modernen politischen Mitteln. Ich gebe zu, daß diese Mittel verkümmert sind; sie sind nicht so wirksam wie das gleiche und direkte Wahlrecht. Es wird uns schwer gemacht, sie zu handhaben, durch die Ausdehnung der Wahlbezirke; aber es ist denn doch zum erstenmal ein wirklicher politischer Kampf. Für diesen Kampf, Parteigenossen, gilt es, uns zu rüsten, für diesen Kampf gilt es, mit Bestimmtheit und Entschlossenheit die Vorkehrungen zu treffen, nicht zu fackeln, nicht Hasen nachzulaufen, die wir nicht fangen können. Für uns steht die Frage so: Sollen wir zum Kampfe für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auch die Wahlagitation in der fünften Kurie benützen oder nicht? Wir sagen, das müssen wir tun. Ich glaube, wir können ohne Unbescheidenheit sagen, wenn wir bei unseren elenden Zuständen, wenn wir mit der Preßgesetzgebung, die wir haben, wenn wir mit unserm Versammlungsrecht, mit unserm Vereinsgesetz und ohne jedes Wahlrecht so weit gekommen sind, als wir heute sind, so werden wir mit dem neuen Mittel keinen Rückschritt machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hier sitzt eine Reihe von Genossen, die schon einmal in Prag waren, seitdem aber nicht mehr; es sitzt hier eine Reihe von Ausgewiesenen, die man nur aus Prag ausweisen konnte, weil man sie erst in Ketten hiehergeschleppt hatte, es sitzt hier eine Anzahl von Leuten, die monatelang in Untersuchungshaft gehalten wurden und dann mitunter nur zu einem Monat oder nur zu ein paar Tagen verurteilt wurden, nur um sie ausweisen zu können. Da sitzen Genossen, die auf Grund einer Anklage verurteilt wurden, die, wenn man sie heute liest, wie eine Geschichte aus dem Mittelalter klingt und das ist doch nur 12 bis 14 Jahre her. Gerade diese Partei-

*) „Národní Listy", das jungtschechische Hauptorgan.

genossen werden mir zugeben, wenn sie damals gedacht hätten, daß sie im Jahre 1896 hier in Prag als Delegierte zu einem Parteitag erscheinen werden, daß die Kerle, die sie verurteilt haben, und die heute noch leben, es dulden müssen, daß wir hier aussprechen, daß es in Österreich nur eine vernünftige, zielbewußte und praktische Partei gibt, die Sozialdemokratie, so würden sie im Gefängnis gesagt haben, wir sitzen nicht umsonst da. Es sitzt hier ein Genosse, von dem schon die Rede war, er ist 10 Jahre im Kerker gesessen*). Sagen wir es offen und er wird es nicht leugnen, er ist mit ganz andern Anschauungen von der Welt hineingegangen, als er heute hat. Er hat dem sogenannten „radikalen" Flügel der Partei angehört und er wird selbst einsehen, daß diese Ansichten irrige waren. Wenn man ihm gesagt hätte, daß nach ein paar Monaten, nachdem er herausgekommen ist, hier ein sozialistischer Parteitag sein wird, wären ihm die 10 Jahre ein wenig leichter geworden. Wir lassen uns durch die Geschichte erziehen und das befähigt uns auch, Geschichte zu machen. Die Sozialdemokratie ist eine Partei, der es nicht darum zu tun ist, von der Revolution zu reden, sondern die Revolution zu machen. Wenn man sie aber machen will, dann muß man die Massen bereitstellen für den Kampf, und dazu muß man jedes Mittel benützen, und wir müssen auch den Vorwurf auf uns nehmen, den uns die Träumer machen, daß wir zu praktische Leute sind. Ja, wir sind nüchtern und praktisch; aber wir wissen, daß, wenn wir einen kühlen Kopf haben, dies nicht hindert, daß wir ein warmes Herz haben. Der kühle Kopf wird aber das warme Herz regieren, und so kommen wir zum Siege. (Lebhafter Beifall.)

Die Wahlreformdebatte im Parlament.

Versammlung bei der „Bretzen", 22. April 1896**).

Wenn man sieht, wie die bisherigen Volksvertreter sich benehmen, wenn sie darangehen, den Wunsch des Volkes in ihrer Weise zu erfüllen, dann wird man sich erst klar werden, mit welchen Schwierigkeiten wir hier in Österreich zu kämpfen haben. Nicht das ist Gegenstand der Debatte, daß die Herren sich sagen: Wir begreifen, daß das arbeitende Volk das allgemeine Wahlrecht will, wir haben aber Gründe, nur ein beschränktes Wahlrecht zu gewähren. Sie stehen nicht einmal auf diesem Standpunkt; in jedem Worte zeigen sie, daß ihnen das elende Zugeständnis abgepreßt

*) Schon Schuhmeier hatte beim Parteibericht darauf verwiesen. Es ist das der Schuhmachergehilfe Franz Göpfhardt, der mit Rißmann zusammen um die Mitte der achtziger Jahre in Graz der Gruppe der „Radikalen" angehörte und dann zu zehn Jahren Kerker verurteilt wurde. (Siehe Brügel, III. Bd., Seite 380.)

**) Am 20. April 1896 hatte die zweite Lesung der Badenischen Wahlreform begonnen. Den Bericht des Ausschusses erstattete der Liberale Doktor Götz. In der Debatte sprach auch der Feudale Graf Falkenhayn,

werden muß. Das wenige, was sie tun werden müssen, ist ein widerwilliger Bückling vor der Majestät des Volkes. Was an dieser Wahlreform gut ist, ist das Werk der Arbeiterschaft, was schlecht an ihr ist, ist das niederträchtige Machwerk der Vertreter der besitzenden Klassen. Die Herren entschuldigen sich in der Debatte — nicht etwa für das, was schlecht ist an der Wahlreform —, sondern für das, was gut ist daran. Was fürchten denn diese Leute eigentlich? Diese Wahlreform ist absolut nicht imstande, das Majoritätsverhältnis zu verschieben. Sie hat nichts Gutes, als daß sie den Beginn einer politischen Erziehung der Massen bedeuten wird. Aber das ist es eben, was den Herren ein Dorn im Auge ist, und um das möglichst hinauszuschieben oder zu verhindern, dazu lebt wieder die Koalition auf. Man könnte glauben, daß wenigstens auf diese fünfte Kurie jene Formen angewendet werden würden, die jeder Einsichtsvolle als das notwendige Requisit der Wahlausübung betrachtet. Aber das ist nicht der Fall. Früher war der „Kampf" um das direkte Wahlrecht sogar ein Programmpunkt der Liberalen, und wie schmählich verraten sie jetzt ihr eigenes Programm! Durch die indirekten Wahlen verliert das Wahlrecht als Mittel der politischen Erziehung sehr viel. Außerdem ist die Nominierung der Wahlmänner notwendig, und man kann sich vorstellen, wie viel Maßregelungen daraus fließen werden, wie das der Fälschung Tür und Tor öffnen wird. Die halbwegs anständigen Leute werden sich sagen müssen: Wir stimmen für dieses schlechte Gesetz nur dann, wenn die kleinlichen Beschränkungen fallen, wenn vor allem das Wahlrecht ein direktes ist. Die Jungtschechen müssen, wenn sie wirklich Demokraten sind, sagen, daß sie jeden einzelnen Liberalen in seinem Wahlbezirk annageln werden, wenn er es wagt, für das indirekte Wahlrecht zu stimmen. Der Redner charakterisiert nun die Verhältnisse in Galizien, wo die besitzlose ländliche Bevölkerung rettungslos ihrer Schlachta ausgeliefert sei. Er charakterisiert die Heuchelei und bodenlose Niederträchtigkeit des Polenklubs, die sich gestern im Parlament wieder im vollen Lichte gezeigt habe. Ein ekelhafteres Schauspiel gebe es nicht, als wenn diese korrupte Bande Sittlichkeit predigt und sich dabei gebärdet wie verrückt gewordene Staatsanwälte. Hierauf charakterisiert er das Verhalten der Liberalen, die immer für die direkten Wahlen vor ihren Wählern deklamiert haben, wogegen jetzt Dr. Ruß die Frechheit hat, gegen das direkte Wahlrecht aufzu-

---

der dagegen polemisierte, daß die Sozialdemokraten den Volkswillen für die Quelle des Rechtes erklären. Die Quelle des Rechtes sei einerseits Gott, andererseits die Gesetzgebung des Staates, in letzter Linie der Monarch ...

Am 23. April war die Generaldebatte zu Ende und es wurde über das Prinzip der fünften Kurie abgestimmt. Nur 61 Abgeordnete erklärten sich für das allgemeine, gleiche Wahlrecht, 173 dagegen. Am Abend vor dieser Abstimmung wurden nun in Wien zwei Massenversammlungen abgehalten. Bei der „Bretzen" in Ottakring sprachen Dr. Ellenbogen, Adler und Schuhmeier.

treten. Man kann aber die Herren mit Energie zwingen. Wenn man ihnen droht, daß man ihren Wählern enthüllen wird, was ihre Mandatare für Kerle sind, werden sie hoffentlich doch zur Raison kommen. Der Redner charakterisiert nun den Modus der mündlichen Wahl. Es wäre möglich, dieses elende Gesetz noch ein wenig zu verbessern, wenn die richtigen Männer da wären mit der erforderlichen Energie. Mit solch rücksichtsloser Energie, wie sie die Klerikalen gegen das Gesetz entwickeln. Das sind die ehrlichsten Gegner der Wahlreform; sie gestehen frank und frei, daß sie sich vor dem Eindringen der Sozialdemokratie fürchten. Falkenhayn sagt, die Quelle des Rechtes ist nicht das Volk, sondern Gott. Man kann über Religion denken, wie man will, aber das ist Lästerung, ein Mißbrauch des Gottesbegriffes zur brutalsten Volksunterdrückung. Wir gestehen es dem Falkenhayn zu, daß wir politische Macht wollen. Wir haben uns auch unter harten Kämpfen ein Stückchen davon errungen. Möge diese Wahlreform ausfallen wie sie will, Parteigenossen, für uns ist die Wahlreform, die uns die Gegner gewähren, nichts als ein Stein, den man uns statt Brot gibt, aber ein Stein, den wir den Spendern ins Gesicht schleudern werden, um sie zu zerschmettern. (Beifall.)

Die neue Waffe.

Versammlung beim Dreher, 11. Mai 1896*).

Adler weist beim ersten Punkt der Tagesordnung darauf hin, daß wir eine Anzahl glaubwürdiger Zeugen haben, denen zufolge die Vorfälle im Prater von den Antisemiten in gemeiner Weise provoziert wurden. Leider hat es auch unter uns Leute gegeben, die nicht die nötige Verachtung für dieses Gesindel hatten und sich provozieren ließen. Die antisemitischen Blätter verraten die Ab-

*) Am 7. Mai 1896 war die Badenische Wahlreform im Abgeordnetenhaus in namentlicher Abstimmung mit 234 gegen 19 Stimmen angenommen worden und es war kein Zweifel, daß sie nun Gesetz werden würde.

Tatsächlich wurde sie am 28. Mai auch vom Herrenhaus angenommen und am 14. Juni sanktioniert. Am 10. Mai forderte die Parteivertretung zu den Vorbereitungen für die Wahlen auf, die unter der Parole stattfinden sollten: „Weg mit den privilegierten Kurien! Weg mit der Interessenvertretung!" Am 11. Mai fanden auch bereits mehrere Versammlungen statt, die zu dem neuen Wahlrecht Stellung nahmen. Zugleich wurde aber auch über die Vorfälle bei der Maifeier im Prater gesprochen, was der erste Punkt der Tagesordnung war. Am 1. Mai hatten sich nämlich im Gasthaus „Swoboda" im Prater die Christlichsozialen eingenistet und provozierten von dort aus die Arbeiter, die ihre Maifeier wie gewöhnlich im Prater begingen. Es kam schließlich zu einem Steinbombardement, berittene Polizei, mit dem bekannten Tobias Anger an der Spitze, ritt in die Arbeiter hinein und Bosniaken marschierten auf. Die bürgerliche Presse hatte die Arbeiter in der unerhörtesten Weise beschimpft, so daß sogar bei zwei Blättern die Setzer sich weigerten, die Beschimpfungen, die sich auch gegen sie richteten, zu setzen. Auch zu diesen Verleumdungen und Beschimpfungen

sicht der Provokation, indem sie behaupten, das sei die letzte Maifeier gewesen. Aber die Maifeier hängt nicht ab von der gnädigen Erlaubnis von oben. Die Antisemiten von heute unterscheiden sich überhaupt von denen vor vier Wochen, sie haben eben gelernt, daß man in manchen Vorzimmern die Löwenhäute ablegen muß. Lueger ist regierungsfähig, die antisemitische Presse ist, wie es die liberale schon früher war, polizeifähig geworden. Dieselben Antisemiten, die im Vorjahr so entrüstet waren, daß bei der Bürgermeisterwahl das Militär konsigniert war, finden es gerechtfertigt, daß man Ulanen und Bosniaken in den Prater marschieren ließ. Aber eine Lehre haben wir aus alledem gezogen. Wenn viele Parteigenossen uns vorwerfen, daß die Maifeier einen zu harmlosen Charakter angenommen habe, wenn die Polizeipresse uns höhnt, daß sich die revolutionäre, internationale Maifeier in Spaziergänge auflöse, so werden wir dafür sorgen, daß die nächsten Spaziergänge einen schneidigeren Charakter haben werden. — Zum zweiten Punkte (Wahlreform) erklärt Genosse Adler, daß diese Mißgeburt ihre Unmöglichkeit bei der ersten und letzten Wahl beweisen werde. Wir werden das Wahlrecht benützen, wie wir das Versammlungsgesetz trotz dem Polizeikommissär, das Preßgesetz trotz dem Staatsanwalt benützen, um unsere Organisation zu kräftigen. Graf Badeni wird das Haus so lange weiterbestehen lassen, als er kann. Trotzdem müssen wir bereits jetzt zu arbeiten beginnen. Mit Annahme der Wahlreform schließt ein bewegtes Kapitel der Geschichte der österreichischen Arbeiterpartei vorläufig ab; benützen sie die neue Waffe, die uns da geboten wird, und der endliche Sieg wird nicht ausbleiben.

Bericht an die Internationale.

An den internationalen sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß in London 1896*).

Die geschichtliche Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie ist eine weit schwierigere als die der meisten internationalen Bruder-

wurde in den Versammlungen Stellung genommen. Die Ereignisse beim „Swoboda“ hatten auch den Staatsanwalt in Bewegung gesetzt und 47 Arbeiter wurden zu insgesamt 24 Jahren, 1 1½ Monaten Kerker oder Arrest verurteilt.

In der Versammlung, die beim „Dreher“ auf der Landstraße stattfand, referierte Adler. Leider ist der Bericht, der über seine Rede erschien, nur sehr kurz.

*) Der internationale Kongreß in London hat vom 27. Juli bis 1. August 1896 stattgefunden. (Siehe in den Adler-Schriften, Heft VII, Seite 69 f.) Der internationale Sozialistenkongreß in Brüssel hat vom 14. bis 22. August 1891, der in Zürich vom 6. bis 12. August 1893 getagt. Die Berichte über diese beiden internationalen Kongresse sind bereits oben auf den Seiten 80 bis 97 abgedruckt, weil sie über die Anfänge der Wahlrechtsbewegung Aufschluß geben, während der Bericht an den Kongreß in London sich auf das Endstadium bezieht.

parteien. Klassen und Einrichtungen, die anderswo längst überwunden sind, spielen hier noch eine einflußreiche, ja vielfach ausschlaggebende Rolle, und die Sozialdemokratie hat nicht nur die Arbeiterschaft zum Bewußtsein ihrer Interessen zu erziehen, sondern auch noch die gewaltige Aufgabe zu leisten, die Reste feudaler Herrschaft aus dem Wege zu räumen, die Macht des Polizeigeistes zu brechen, die aus ökonomisch längst überwundenen Zeiten in die österreichische Gegenwart hineinragen. Darum hat die österreichische Sozialdemokratie vor allem gegen die politische Rechtlosigkeit zu kämpfen. Ein freies politisches Leben ist die unerläßliche Grundlage für den ökonomischen Existenzkampf des Proletariats.

Dem Züricher Kongreß wurde über den Beginn des Kampfes um das politische Wahlrecht berichtet. Mit leidenschaftlicher Kraft wurde dieser Kampf begonnen. Schon dem ersten Ansturm der Sozialdemokratie gelang es, die Teilnahmslosigkeit der öffentlichen Meinung zu überwinden und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion zu setzen. Der Erfolg war, daß im Oktober 1893 die Regierung des reaktionären Grafen Taaffe sich veranlaßt sah, einen Wahlreformentwurf einzubringen, der zwar die Vorrechte des Grundbesitzes bestehen ließ, aber ein allgemeines Wahlrecht vorschlug, das die bisher Rechtlosen den Bürgern und Bauern gleichsetzte. Das war die Quittung für die großartige Agitationsarbeit, die die Arbeiterschaft zugunsten ihres obersten politischen Rechtes entfaltet hatte.

Die Kampfesorganisation aller reaktionären Klassen gegen die Sozialdemokratie war zunächst niedergebrochen, und mehr als je war die Erteilung des Wahlrechtes zu einer politischen Notwendigkeit der allernächsten Zeit geworden, sollte nicht die politische Maschine in Österreich gänzlich zum Stillstand gebracht werden.

Die Verblüffung, die Wut, die Verzweiflung, die sich des österreichischen Parlaments sofort bemächtigten, waren nur zu erklärlich. Empört erhoben sich die drei großen reaktionären Parteien, die des Adels, des Klerus und der Großbourgeoisie, und verbanden sich zu einer Koalition gegen den Urheber eines ernsten politischen Gedankens. Graf Taaffe wurde gestürzt, und die bisher einander spinnefeindlichen Parteien vereinigten sich als „reaktionäre Masse" gegen die Forderungen der Arbeiterschaft.

Am 23. November 1893 trat das Ministerium der Koalition vor die Öffentlichkeit. Entstanden aus dem instinktiven Haß der privilegierten Klasse gegen die besitz- und rechtlose und dem Verlangen, die Erfüllung des Wunsches der letzteren nach politischen Rechten zu verweigern, stand diese Koalition anderseits vor der der gesamten Öffentlichkeit klargewordenen Notwendigkeit, eine Wahlreform zu schaffen. Von vornherein war somit das Ministerium Windischgrätz zu einer tückischen, verlogenen, lendenlahmen und unfruchtbaren Politik verurteilt. Die Arbeiterschaft steigerte die Zähigkeit und Heftigkeit ihres Kampfes,

sie versah ihn mit Akzenten, deren Leidenschaft bis dahin in Österreich unerhört war, wenn man bedenkt, daß sie dem Zielbewußtsein auch nicht einen Hauch seiner Klarheit raubte. Eine Ära der maßlosesten Verfolgungen begann. Die Sozialdemokratie antwortete mit der Drohung des Generalstreiks, ohne sich über die Grenzen ihrer Kraft Illusionen hinzugeben. In der heimtückischesten Weise suchten Ministerium und Parlament die Entscheidung in der Wahlrechtsfrage hinauszuschieben, sie schleppten sie vom Ministerrat ins Plenum des Hauses, vom Plenum in den Ausschuß, vom Ausschuß in ein Subkomitee, sie erklärten auch dessen Beratungen für geheim, nichtssagende und unmögliche Entwürfe wurden fabriziert und publiziert, die Sitzungen des Parlaments mit der Beratung der folgenschwersten und umfangreichsten Gesetzentwürfe vertrödelt. Indessen eilte die Agitation der Arbeiterschaft von Versammlung zu Versammlung. Stellenweise kam es zu blutigen Scharmützeln zwischen Arbeitern und Polizei in den Straßen der Hauptstädte. Zugleich aber trat der tötliche Volkshaß der Koalition an allen Ecken zutage. Die Organisationsbestrebungen der maßlos gedrückten Bergarbeiterschaft suchte sie durch erbarmungsloses Niederknallen der Streikenden in Falkenau und Ostrau*) im Blute zu ersticken. Das furchtbare Grubenunglück von Karwin, wobei über 200 Bergarbeiter ums Leben kamen, deckte die mörderische Schlamperei in den Betrieben der reichsten Grundherren auf, kurz die öffentliche Meinung wurde auf allen Seiten von einer unaufhörlich sich steigernden Erbitterung gegen diese schmählichste aller österreichischen Regierungen erfüllt. Und als alle Verschleppungstaktik nichts mehr half, als das Ministerium, von oben und unten zu einer Entscheidung gedrängt, den im ge-

*) Siehe Bd. VII, Seite 113, und Bd. VIII, Seite 403. In Falkenau wurden am 4. Mai 1894 drei Bergarbeiter von den Gendarmen getötet und acht verwundet, und in Polnisch-Ostrau wurden am 9. Mai vierzehn Arbeiter getötet, über zwanzig schwer verletzt. Wegen einer Rede über die Schüsse in Falkenau und Ostrau wurde Adler am 18. Dezember 1894 vom Bezirksgericht Ottakring zu einem Monat Arrest verurteilt. (Siehe den Bericht darüber im Band „Adler vor Gericht", Bd. II, Seite 210.)

Die Grubenkatastrophe in Karwin erfolgte am 15. Juni 1894 auf den Schächten des Grafen Larisch durch schlagende Wetter. Die Opfer waren: **235 Tote** und fünf Schwerverwundete. Das Ostrau-Karwiner Revier war überaus reich an großen Katastrophen; gehörten doch die Gruben den reichsten Aristokraten und dem Erzherzog Friedrich, so daß die Behörden nicht gegen die Übertretung der Sicherheitsvorschriften aufzutreten wagten. Die letzten Katastrophen waren folgende: 1885 Johann-Schacht des Grafen Larisch und Bettina-Schacht des Freiherrn v. Rothschild, **167 Tote;** 1887 Guttmannscher Sophien-Schacht, 14 Tote; 1888 Rothschildscher Tiefbauschacht, **10 Tote;** 3. Jänner 1891 Dreifaltigkeits-Schacht des Grafen Wilczek, **61 Tote;** 16. März 1895 erzherzoglicher Hohenegger-Schacht, **52 Tote;** 14. Jänner 1896 Feuersbrunst im Hermenegild-Schacht der Nordbahn, **16 Tote, 18 Schwerverletzte.** (Ernst Berner: „Die Steinkohlengräber im Ostrau-Karwiner Bergrevier.")

heimen Subkomitee ausgebrüteten Gesetzentwurf publizieren mußte, war seine Schande offenbar, da brach die Koalition unter dem allgemeinen Hohn und der Verachtung der Bevölkerung zusammen.

Das nun folgende Ministerium fand sich mit dieser Notwendigkeit mittels einer Halbheit ab. Das allgemeine Wahlrecht wurde gewährt, aber als Anhängsel zum Privilegienwahlrecht: eine Kurie des allgemeinen Wahlrechts von 72 Sitzen wurde den alten vier Kurien mit 353 Sitzen angeflickt. Badeni gab so wenig als möglich. Aber so widersinnig einzelne Bestimmungen seiner Wahlreform sind, so ungeheuerlich groß die Wahlkreise, so verfälscht und verdünnt das Wahlrecht ist, einen Vorzug hat sie: sie erkennt das Prinzip der Allgemeinheit des Wahlrechts an und bedeutet damit einen Fortschritt. Die Arbeiterschaft hat die Ausnützung dieses Rechts zum Beschluß erhoben. Ihre unermüdliche Zähigkeit, die opfermutige und zielbewußte Begeisterung, die sie bisher an den Tag gelegt, sind verläßliche Bürgschaften dafür, daß sie mit Hilfe des ihr widerwillig, aber notgedrungen gewährten Zugeständnisses sich in nicht allzulanger Zeit das echte allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht erobern wird.

In wenigen Monaten wird die österreichische Sozialdemokratie zum ersten Male im Wahlkampf stehen, den sie unter den schwierigsten Verhältnissen zu führen haben wird. Aber sie hofft trotzdem Erfolge zu erringen und rechnet auf die tatkräftige Sympathie aller Bruderparteien des Auslandes.

Der Kampf ums Wahlrecht hat die Kraft des österreichischen Proletariats erhöht und sein politisches Gewicht vermehrt. Davon gibt auch die Tatsache Zeugnis, daß die politische Verwaltung allmählich gezwungen ist, zu einer europäischen Praxis überzugehen. Stand früher die brutale Unterdrückung der Arbeiterschaft auf der Tagesordnung, sobald sie von einem politischen oder wirtschaftlichen Rechte Gebrauch machen wollte, so hat man sich heute schon im allgemeinen an den Gedanken gewöhnt, daß die Arbeiter ihre Vereine haben und ihre Versammlungen veranstalten, man konfisziert ihre Presse nicht mehr so häufig wie früher, ja selbst bei Streiks finden sich schon manchenorts die Behörden in eine mehr zusehende und vermittelnde Rolle und der große Ziegelarbeiterstreik*) im Jahre 1895 in der Umgebung von Wien erlebte am Schlusse sogar das merkwürdige Schauspiel, daß sich Regierung und Parlament gegen die Unternehmer erklärten — freilich ein Ausnahmsfall, der nur durch die geradezu scheußlichen Verhältnisse, in denen die Unternehmer die Ziegelarbeiter schmachten ließen und wiederum durch die beispiellose Energie, mit der die Gesamtarbeiterschaft sich für ihre Brüder einsetzte, zu erklären ist.

Der Kampf der österreichischen Sozialdemokratie ist aber auch

*) Vom 16. April an. (Siehe Deutsch: „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“, erste Auflage, Seite 221 f.)

wesentlich erschwert durch die nationalen Verhältnisse des Landes. Zwar haben die albernen Zwistigkeiten, die die nationalen Bourgeoisgruppen auszeichnen, in der österreichischen Arbeiterschaft nie eine Rolle gespielt. Der internationale Gedanke war immer in ihr so lebhaft, daß alle Bemühungen der nationalen Parteien, die Arbeiter für ihre Sonderzwecke zu mißbrauchen, regelmäßig kläglich gescheitert sind. Aber die sprachlichen Verschiedenheiten bestehen einmal, und sie werden verschärft durch geographische, intellektuelle und vor allem ökonomische Differenzen. Die deutschen Gebiete sind industriell am weitesten entwickelt. Langsam bildet sich aus dem tschechischen Kleinbürgertum eine Großindustrie heraus. Die Alpenländer sind meist der Sitz einer bäuerlichen Parzellenwirtschaft, die italienischen Arbeiter sind zumeist nomadisierende und taglöhnernde Erdarbeiter, das polnische Bauern- und Industrieproletariat schmachtet in Unwissenheit und tiefster Knechtschaft unter den polnischen Schlachzizen dahin, die kleineren Nationen, Slowenen, Serbokroaten usw. stehen auf der tiefsten Stufe der Intelligenz und sind eine billige Beute des Klerikalismus. Und dennoch ist es der von dem hohen Idealismus ihrer Ziele erfüllten Sozialdemokratie gelungen, selbst diese ungeheuren Schwierigkeiten zu überwinden und die volle Autonomie und Selbständigkeit aller nationalen Gruppen des Proletariats zu sichern und trotzdem eine ganz Österreich umfassende geschlossene, einheitliche, schlagfertige Armee zu bilden. Der letzte Parteitag in Prag (April 1896) hat dieser Tatsache durch eine Organisationsbestimmung Ausdruck verliehen, wonach die großen nationalen Gruppen ihre Exekutivkomitees bilden, die zum Behufe gemeinsamer Aktionen zur Gesamtparteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie sich vereinigen.

Von den Fortschritten der sozialdemokratischen Propaganda gibt die Verbreitung unserer Presse deutlichen Ausdruck. Die Partei verfügt gegenwärtig über 65 Blätter politischen und gewerkschaftlichen Charakters in sechs verschiedenen Sprachen mit einer Auflage von zusammen 229.000 Exemplaren, darunter über den großen Gewinn eines Tagblattes („Arbeiter-Zeitung"), was bei den österreichischen Preßverhältnissen ein gewiß ehrenvoller Beweis für die Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung ist.

Auch die Frauenbewegung schreitet rüstig vorwärts, und zwar sowohl auf politischem als insbesondere auch auf gewerkschaftlichem Gebiet.

Die Maifeier hat von Jahr zu Jahr an Ausbreitung gewonnen. Der 1. Mai wird heute in ganz Österreich als regelmäßiger Feiertag behandelt. Die Unternehmerschaft geht zwar noch vielfach mit Maßregelungen vor, doch vermochte das der Kraft und Einmütigkeit der Demonstration bisher keinen Eintrag zu tun. Die österreichische Arbeiterschaft, die den Arbeiterfeiertag bisher, wie sie mit Stolz von sich sagen kann, am imposantesten

gefeiert hat, hält fest an ihm, sie hat ihm einen großen Teil ihrer Entwicklung zu verdanken.

Auf dem Gebiet der gewerkschaftlichen Organisation ist die Partei um ein ganz gewaltiges Stück nach vorwärts gegangen. Am Ende des Jahres 1895 hatten wir zirka 750 Gewerkschaftsvereine mit einem Mitgliederstand von etwa 90.000 zu verzeichnen, was gegen den Stand zwei Jahre vorher einen Zuwachs von weit über 100 Prozent bedeutet. Sämtliche Gewerkschaften haben sich in der Gewerkschaftskommission und ihrem Sekretariat eine gemeinsame Vertretung gegeben und die Möglichkeit planmäßiger, einheitlicher Arbeit gesichert. Diese starke Entwicklung der gewerkschaftlichen Bewegung ist in erster Linie dem durch die politische Bewegung erwachten Klassenbewußtsein der Arbeiter zu verdanken. Denn in Österreich arbeiten die beiden Ausdrucksformen der proletarischen Bewegung harmonisch miteinander und füreinander. Die Frage, ob nur gewerkschaftlich oder nur politisch, existiert nicht mehr bei uns. Es ist der Arbeiterschaft zum klaren Bewußtsein gekommen, daß nur ein Hand-in-Hand-Arbeiten, ein unaufhörliches Ineinandergreifen der beiden Organisationsformen den Zwecken der Organisation förderlich sein kann. So ist es denn auch gelungen, die Bergarbeiter, die früher der politischen Bewegung mißtrauisch und feindselig gegenüberstanden, von der Notwendigkeit der politischen Betätigung zu überzeugen und sie der Gesamtorganisation als treue Mitkämpfer anzuschließen. Freilich hat dabei die Rückständigkeit und die Unvernunft der österreichischen Behörden wacker mitgeholfen. Die Schüsse von Falkenau und Ostrau haben mit ihrem Donner das schlafende politische Bewußtsein der Bergarbeiter geweckt, und die grausame Anwendung des Heimatsgesetzes, auf Grund dessen jeder um die Verbesserung seiner Lage Ringende, jeder Streikende als Vagabund behandelt und aller Existenzbedingungen beraubt wird, erhält fortwährend in der Gesamtarbeiterschaft das Bewußtsein der Notwendigkeit des Zusammenschlusses zum Zwecke der Erkämpfung politischer Rechte und wirtschaftlicher Bewegungsfreiheit.

So hat die sozialdemokratische Bewegung in den abgelaufenen drei Jahren dem Gedanken der Befreiung der Gesamtheit auf dem Wege des proletarischen Klassenkampfes durch unermüdliche, zähe und opfermutige Arbeit gedient. Sie war in ihrem schwierigen Kampfe gegen die überlieferte österreichische Borniertheit, gegen die Engherzigkeit der besitzenden Klasse und den Stumpfsinn der öffentlichen Meinung erhoben von dem großartigen Gedanken der internationalen Solidarität des Gesamtproletariats. Wiederholt hatte sie Gelegenheit, diesem Gedanken Ausdruck zu verleihen. Sie erwartet auch von dem Londoner Kongreß eine neuerliche tatkräftige Förderung der internationalen Beziehungen unter den Bruderparteien.

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Die Eröffnung des Parlaments und die Reichsratswahlen.

Versammlung beim Dreher, 13. September 1896*).

Über die Aufgaben des nächsten Parlaments zu sprechen, ist schwer; denn das Parlament hat nur eine Aufgabe, das ist, zu verschwinden. Ein Parlament, das selbst anerkennen mußte, allerdings weil man von außen seiner Einsicht etwas nachhalf, daß es nicht zu Recht bestehe, hat nach dieser Anerkennung nichts zu tun, als abzutreten. Aber bei uns in Österreich gehen die Dinge nicht nach Vernunft, sondern nach der Einsicht einer jeweiligen Regierung, und an der Spitze dieser Regierung steht heute ein Minister, der seine Kraft zieht nicht aus der eigenen Einsicht und politischen Erkenntnis, sondern aus dem Unverständnis der Parteien, nicht aus der eigenen Energie, sondern aus der Schwachköpfigkeit und Schwachmütigkeit der Parteien. Darum wird dieses Parlament so lange konserviert, weil es ein bequemeres Werkzeug für eine Regierung gar nicht mehr gibt. Wir haben schon seit jeher die Inhaltslosigkeit der Schlagworte aller großen Parteien erkannt. Wir haben den Liberalen nie geglaubt, daß sie für Fortschritt und Freiheit kämpfen, wir erwarten aber auch nicht von der „christlichen" Partei, daß sie für jene Grundsätze des Christentums eintrete, die sie stets im Munde führt. Aber das Bürgertum hat auch seine eigenen Interessen bei jeder Gelegenheit an die Adeligen, an die Klerikalen verraten, bei jeder Gelegenheit der Regierung einen Bückling gemacht. Österreich ist das einzige Land in Europa, wo es keine bürgerliche Partei mehr gibt, die auch nur den immer steigenden Anforderungen des Militarismus entgegenzutreten wagte. Wenn ein paar Gendarmen bei einem Streik schießen können, so ist das Gefühl der Beruhigung, das Gefühl der Dankbarkeit bei unseren Ausbeutern so groß, daß sie schon deshalb das ganze Armeebudget mit Vergnügen annehmen, um so mehr, als sie ja bei der Lieferung der Kanonen, Flinten, Kleider, Stiefel, selbst die besten Geschäfte machen. Es ist uns gelungen, ein Wahlgesetz zu erzwingen, das aus diesem Parlament gewiß noch keine Volksvertretung macht, das aber doch die Aussicht bietet, daß etwas Hefe, etwas Sauerteig hineinkommt, daß im Parlament ein Spiegel aufgestellt werden wird, worin sich die Herren werden besehen können. Und da sie fürchten, daß sie darin eine sehr schlechte Figur machen werden, und da sie vermuten, daß einsichtige Leute bereits vor den Wahlen das erkennen, darum fürchten sie sich vor diesen Wahlen, und darum, wie in jeder Not, buhlen sie vor allem um die Gunst der Regierung. Heute können wir in der ganzen liberalen Presse ein Jammergeheul bemerken; sie haben nämlich entdeckt, der Badeni ist ein Klerikaler. Redner bespricht nun das Kompromiß

*) Am 1. Oktober 1896 trat das Parlament wieder zusammen und deshalb wurde in den Garten von Dreher auf der Landstraße eine Versammlung einberufen, in der Adler sprach.

in Oberösterreich*), das darin bestehe, daß die „liberalen“ Großgrundbesitzer erklären mußten, klerikal zu sein. Nun schreien die Liberalen: „Das hat der Badeni zustande gebracht, und wir dachten, er ist unser Freund?“ Natürlich, dieses Gesindel, das in der Koalition mit den Klerikalen zusammenging, um eine ehrliche Wahlreform zu verhindern, dieses Gesindel hat, wie da einer aus Galizien kam mit dem Rufe des schlauen Staatsmannes, der verbindliche Händedrücke nach allen Seiten wechselte, gedacht, Händedrücke, das ist etwas Liberales; da hofften sie, er werde Rücksicht auf sie nehmen. Er sucht sich seine Majorität, wo er sie findet, ihm ist vollständig gleichgültig, wer ihm sein Budget apportiert usw. und wenn er die alte, verläßliche schwarze Schar hat, ist ihm das lieber als jede andere. Bei uns ist die Macht der Regierung bei den Wahlen eine ungeheure, nicht nur in Galizien machen die Bezirkshauptleute die Wahlen, daher möchte sich keine Partei die Gunst der Regierung verscherzen. Da existiert eine große, angeblich oppositionelle bürgerliche Partei, eine Partei, die das ganze christliche Volk mit gleicher Liebe umfängt. Erinnern wir uns, wie vor einem Jahre, wie noch vor sechs Monaten die Haltung der Lueger-Partei gegenüber der Regierung war, wie sie damals sich auf die Verfolgte hinausspielte, wie man gegen Badeni das Kleinbürgertum aufbot. Es ist noch kein halbes Jahr vergangen, und die Leute kommen sehr gut aus mit Badeni. Badeni hat in Wien sehr viel gelernt, vor allem, daß der Lueger ein besseres Werkzeug ist als die alten Liberalen. Redner bespricht nun den Bauerntag, der den Bauern die Macht der antisemitischen Partei und ihren guten Willen, ihnen zu helfen, zeigen und ihnen die Parole für die Wahlen geben solle. Da kommt ihnen nun der Badeni, soweit er kann, entgegen. Will der Badeni vielleicht auch, wie der Lueger, der jüdischen Ausbeutung ein Ende machen? Das fällt dem Badeni wirklich nicht ein. Aber er weiß, daß der Lueger der jüdischen und christlichen oder sonst einer Ausbeutung auch nicht ein Haar krümmen wird, und darum sein Entgegenkommen; er ist gescheit genug, zu wissen, daß die Bauern da zusammengeführt werden, um in Regimenter und Kompanien eingeteilt und unter klerikalen Korporälen und Leutnants zu den Wahlen geführt zu werden. Für die nächste Zeit sind die Bauern für diese Politik gewonnen, aber

*) Für die Landtagswahlen in Oberösterreich war durch Vermittlung der Regierung zwischen liberalen und klerikalen Großgrundbesitzern eine Wahlvereinbarung zustande gekommen, wonach von den zehn Mandaten der Großgrundbesitzerkurie zwei den Liberalen zugestanden wurden, unter der Bedingung, daß nur „gemäßigte Liberale“ gewählt werden dürften. Dafür verpflichteten sich die liberalen Großgrundbesitzer, auf den seit zehn Jahren immer wiederholten Protest gegen das — vom Reichsgericht als ungesetzlich erklärte — Wahlrecht der geistlichen Pfründenbesitzer zu verzichten und die beiden zu wählenden Abgeordneten mußten sich verpflichten, „die Autorität der katholischen Kirche jederzeit zu wahren“ und besonders in konfessionellen Fragen den Konservativen nicht entgegenzutreten. Auch im niederösterreichischen Landtag wurde dann in der Großgrundbesitzerkurie eine gemeinsame Liste gewählt.

die rapide wirtschaftliche Entwicklung wird sie dazu bringen, zu erkennen, daß sie nur hintergangen wurden, und daß auf diesem Wege keine Hilfe zu finden ist. Wäre beim Bauerntag eine Diskussion möglich, dann würden wohl viele schon heute auf die Gegensätze aufmerksam. Redner erörtert die Frage des Heimatrechtes und der landwirtschaftlichen Zwangsgenossenschaften. Die Christlichsozialen und Klerikalen werden die Bauern und Kleingewerbetreibenden so lange hinter sich haben, solange diese im Rausche sind; die Sozialdemokratie wird die Leute haben, wenn sie zu Verstand kommen, wenn sie nüchtern geworden sind, wenn sie erkannt haben werden, daß der heutige Bauerntag nur ein Schwindel war, nichts als wirklicher Bauernfang. Während die Christlichsozialen früher nur den Badeni bekämpften, haben sie jetzt einen anderen Feind entdeckt: die Sozialdemokraten. Die christlichsoziale Partei wird sich nach und nach die Sympathien des ganzen Bürgertums erwerben. Das Geldsackjudentum ist heute schon wesentlich beruhigt, und es wird eine Zeit kommen, wo die Antiliberalen werden erkannt und gewürdigt werden als viel bessere, als viel schneidigere Vertreter des internationalen beschnittenen und unbeschnittenen Geldsackes, als die alten Liberalen es waren. Bei allen Lohnkämpfen der letzten Zeit, auch dort, wo sich (wie in Reichenberg) nur arische Arbeiter und jüdische Ausbeuter gegenüberstanden, standen sie auf seiten der Ausbeuter. Lueger weiß, daß er seine Leute nur ohne Programm zusammenhalten kann, es handelt sich ihm nur darum, das Volk nicht zur Besinnung kommen zu lassen. Bei den nächsten Reichsratswahlen handelt es sich uns nicht darum, die zünftlerischen Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern herüberzubekommen, sondern darum, daß die Arbeiterschaft selbst ihre Pflicht tut. Die Schwierigkeit der Organisation der Arbeiterschaft ist groß, aber unsere Organisation hat ihren Stützpunkt dort, wo das Kapital die Arbeiter organisiert und in eine gemeinsame Tretmühle hineinsteckt, damit sie für sie fronen. Die Arbeiter werden in geschlossenen Zügen von den Fabriken zur Wahlurne gehen und dort zeigen, daß sie mit vollem Bewußtsein eintreten für die einzige Partei, die für sie kämpft, für die Sozialdemokratie. (Beifall.)

Der Kampf um das Gemeinde- und Landtagswahlrecht.

Die Sozialdemokratie und die Gemeinderatswahlen.

Versammlung beim Stalehner, 8. September 1895*).

Alle Tage hören wir von den wilden Kämpfen, welche die „reifen" Bürger Wiens in ihren Wählerversammlungen ausfechten. Der Kampf dreht sich um Dinge, die die Arbeiterschaft kalt lassen,

*) Ende Februar 1894 war der liberale Bürgermeister von Wien Doktor Johann Prix, der nach der Vereinigung Wiens mit den Vororten am 23. Juli 1891 zum Bürgermeister von „Groß-Wien" gewählt worden war, plötzlich gestorben. Er erlitt infolge der von Lueger gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und Andeutungen, als ob er eine Million Gulden defraudiert hätte — eine Beschuldigung, die sich darauf reduzierte, daß er eine Million für einen anderen Zweck, als den im Budget bestimmten, verwendet hatte — einen Schlaganfall. Unter seinem Nachfolger Dr. Raimund Grübl vollzog sich der Niedergang der liberalen Herrschaft. Bei den Ersatzwahlen Ende März 1895 hatten die Liberalen wieder eine Niederlage erlitten, so daß ihre Mehrheit nur noch zehn Stimmen betrug. Überdies war die Partei durch innere Streitigkeiten geschwächt, so daß bei der Wahl des ersten Vizebürgermeisters am 14. Mai der Liberale Dr. Albrecht Richter nur noch mit 70 gegen 66 Stimmen, die auf Dr. Karl Lueger entfielen, gewählt wurde, obwohl der Bürgermeister Dr. Grübl und der zweite Vizebürgermeister Josef Matzenauer mit dem Rücktritt gedroht hatten. Darauf lehnte Richter die Wahl ab und Lueger wurde mit 65 gegen 2 Stimmen, die auf Richter entfielen, und gegen 69 leere Stimmzettel gewählt. Lueger versprach in seiner Antrittsrede eine durchgreifende Änderung des Gemeindewahlrechtes. Gleich nach der Wahl legten Grübl und Matzenauer ihre Stellen zurück und am 29. Mai wurde Lueger im dritten Wahlgang zum Bürgermeister gewählt. Er lehnte aber ab. Darauf wurde der Gemeinderat aufgelöst, der Bezirkshauptmann Dr. Hans v. Friebeis mit der Besorgung der Geschäfte betraut und ihm ein Beirat von 15 Gemeinderäten beigegeben. Bei den Wahlen im September eroberten die Christlichsozialen den ganzen dritten Wahlkörper, den Wahlkörper der kleinen Steuerzahler, und durch die Hilfe der Beamten den größten Teil des zweiten Wahlkörpers — des Wahlkörpers der mittleren Steuerzahler und der Intelligenz, der Lehrer und Beamten,

wenigstens solange sie nichts dreinzureden hat. Das ist aber heute noch immer der Fall. Von 280.000 Männern Wiens im wahlfähigen Alter ist kaum ein Drittel wahlberechtigt. Darum besteht auch die verrottete Cliquenwirtschaft. Man streitet nicht darüber, wie die großen kommunalen Arbeiten zu machen sind, sondern wer sie machen, wer den Profit einsacken soll. Der Kampf um die Macht im Gemeinderat von Wien stellt sich dar als ein Kampf zwischen dem Kleinbürgertum und dem Großbürgertum. Die Lage des Kleinbürgertums ist bei uns wie überall eine sehr prekäre. Der Kleingewerbetreibende ist zu gleicher Zeit Lohnarbeiter und Ausbeuter; dem Druck, den er von oben zu erleiden hat, gesellt sich der Druck zu, den ihm die organisierte Arbeiterschaft entgegensetzt, und ohne Zweifel ist sein Schicksal der Untergang. Die Kleinbürger sind auch heute gar nicht mehr fähig, einen ernstlichen wirtschaftlichen Kampf zu führen, sie verstehen es nicht einmal mehr, sich der Kampfmittel, die ihnen das Gesetz darbietet, zu bedienen. Mittels der Genossenschaften hätten sich beispielsweise die Arbeiter, wenn die Gesetzgebung sie für sie geschaffen hätte, eine riesige Organisation aufgebaut. In der Meisterversammlung sind die Gehilfenvertreter völlig ohnmächtig, und die ganze Gehilfenschaft fungiert in den Genossenschaften als Staffage. Und dennoch haben die Meister mit diesem ausgezeichneten Organisationsmittel, das ihnen die Gesetzgebung lieferte, nichts anzufangen gewußt, während die Arbeiterschaft diese eigentlich arbeiterfeindliche Institution auf das äußerste auszunutzen verstanden hat. Die Meister gehören eben einer Klasse an, die nicht mehr zum Kampfe fähig ist. Sie sind aber, wenigstens bei uns, auch unfähig, sich aufzuraffen und sich zu sagen: „Proletarier sind wir morgen, darum wollen wir schon heute mit den Proletariern gehen!“ Aus dem Bestreben der Kleingewerbetreibenden, sich doch als Klasse zu erhalten, erklärt sich ihre Sympathie für den Antisemitismus. Sie denken zu borniert, um die ganze gegenwärtige Wirtschaftsordnung für ihren Niedergang verantwortlich zu machen, und deswegen helfen sie sich mit den Schlagwörtern des Antisemitismus. Der Jude erscheint ihnen als Personi-

---

während der erste Wahlkörper, der Wahlkörper der größten Steuerzahler, noch im Besitz der Liberalen blieb. Bei diesen Wahlen wurden in allen drei Wahlkörpern für die Antisemiten — die vereinigten Christlichsozialen und Deutschnationalen — 43.776, für die Liberalen 22.868 Stimmen abgegeben. Während die Antisemiten die Versammlungen der Liberalen sprengten, suchten die Liberalen ihre wirtschaftliche Macht auszunützen. So hat ein von der „Arbeiter-Zeitung“ enthülltes Zirkular des Dr. Richter, der Obmann des deutschfortschrittlichen Zentralkomitees war, großes Aufsehen erregt, weil er darin die großen Firmen aufforderte, die von ihnen abhängigen Kleinmeister und Lieferanten zur Wahl der Liberalen zu zwingen. Über das Gemeindewahlrecht siehe Seite 40 f.

Um den Standpunkt der Arbeiter zu den Gemeindewahlen zu kennzeichnen, wurde für den 8. September eine Versammlung zum Stalehner einberufen, in der Adler über das Thema „Die Sozialdemokratie und die Gemeindewahlen“ sprach.

fikation ihres Unglücks, während wir genau wissen, daß, wenn alle Juden auf einmal vom Schauplatz verschwänden, damit kein Stein aus dem herrschenden Gesellschaftsgebäude gefallen wäre. Der Redner schildert nun die Versumpfung und den Verfall der liberalen Partei, die es heute nicht einmal mehr wagen darf, unter ihrem Namen vor die Massen zu treten. Sie sind womöglich noch bornierter als ihre Gegner. Ihre ganze Weisheit liegt in ihrem ewigen Geschimpfe auf die Antisemiten. „Die Antisemiten sind dumm, roh, Verleumder", das ist ihr ewiges Gefasel, mehr wissen sie von ihren Gegnern nicht zu erzählen. Der Redner charakterisiert nun die sogenannte „fortschrittliche Gewerbepartei" und die Gruppe der Sozialpolitiker. Die „Gewerbepartei" bestehe aus Leuten, die der Antisemitismus schließlich anwidert, die sich aber unter dem Namen Liberale ebensowenig hinauswagen, wie Leute, die bloß Schwimmhosen anhaben, auf die Gasse gehen würden. Den Sozialpolitikern, den Leuten aus ihren Reihen, die Geist und Wissen besitzen, verweigert die Bourgeoisie den Einfluß, um die Macht ihrer bornierten Größen nicht zu beeinträchtigen. Es ist ein trauriges Zeichen des Niederganges der herrschenden Klassen, daß Leute, die, wie der bekannte Professor Philippovich*), den Mut haben, das zu sagen, was sie wissen, sich zurückziehen müssen, um das Feld den Richters zu räumen. Unsere Stellung zu diesem Wahlkampfe ist bald gegeben. Uns kann es gleichgültig sein, ob die Liberalen oder die Antisemiten als Sieger daraus hervorgehen. Siegen die Antisemiten, so werden sie ebensowenig wie irgendwer anderer imstande sein, die wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen. Aus erzieherischen Gründen wäre es aber sogar sehr wünschenswert, daß Lueger Bürgermeister wird. Der Redner schildert nun das Gemeindewahlsystem, das womöglich noch verrotteter und ungerechter sei als die Reichsratswahlordnung. Auch in der Gemeinde sei die Arbeiterschaft von der Gesetzgebung ausgeschlossen, obwohl auch die Gemeinde gerade von den Steuerleistungen der „Nichtsteuerzahler" lebe. Die Arbeiter erhalten die Gemeinde mit den Zinskreuzern und den Steuerzuschlägen, und der Ruf nach dem allgemeinen Wahlrecht werde sich daher in absehbarer Zeit auch in der Gemeindepolitik geltend machen. Heute sei niemand da, der energisch für die Erweiterung des Gemeindewahlrechtes eintrete. Die Antisemiten tun zwar sehr demokratisch und erklären bei jeder Gelegenheit mit Pathos, daß sie das allgemeine Wahlrecht für den Reichsrat fordern, allein wir wissen, was wir davon zu halten haben. Sie würden am liebsten lebenslänglich für das allgemeine Wahlrecht eintreten. (Heiterkeit.)

Fragen wir nun, welche Stellung die Kommune der Arbeiterschaft gegenüber einnimmt. Als Unternehmerin beute sie den

*) Dr. Eugen v. Philippovich, Professor der Nationalökonomie an der Wiener Universität, der später auch als „Sozialpolitiker" in den niederösterreichischen Landtag gewählt wurde.

Arbeiter aus wie andere Kapitalisten, sie lebe von seinen Steuerkreuzern und gewähre ihm nicht einmal das Heimatsrecht. Die meisten Arbeiter seien F r e m d l i n g e in der Stadt, die von ihnen lebe. Es sei das sehr wichtig zu konstatieren in einer Zeit, wo man der sozialdemokratischen Arbeiterschaft so laut und so heftig „Vaterlandslosigkeit" vorwirft. Die heutige Gesellschaft bietet der Arbeiterschaft kein Vaterland und bringt sie in die Lage, es sich erst erkämpfen zu müssen. Aber wir werden es uns auch zu erkämpfen wissen. Kaiser Wilhelm hat uns in seinem Zorn eine Rotte*) von Menschen genannt. Wir akzeptieren diese Bezeichnung, trotz des feindseligen Beigeschmacks, den ihr unser gekrönter Gegner gegeben hat. Ja, wir sind eine R o t t e, wir werden uns zusammenr o t t e n, um wegzufegen diejenigen, die heute im Alleinbesitz des Vaterlandes sind, um d e n Anteil am Vaterland zu gewinnen, der uns gebührt. Wir führen heute den Kampf um das allgemeine Wahlrecht. Er ist zu wichtig, als daß wir uns durch den Kampf um den Gemeinderat in Wien davon ablenken lassen sollten. Es wird die Zeit kommen, wo wir mit einem selbständigen Kommunalprogramm hervortreten werden. Heute läßt uns dieser Kampf kalt, und wir können es nur mißbilligen, wenn sich Leute wie Genosse B a r d o r f**) von einer oder der anderen Partei als „Wurzen" mißbrauchen lassen. In unserem Kampfe um das Wahlrecht ist jetzt mit Rücksicht auf die Folge der Ereignisse eine notwendige Pause eingetreten, aber in kurzer Zeit werden wir wieder auf dem Platze sein müssen. Wir werden den Badeni ebensowenig fürchten und möglicherweise ebenso schroff zu bekämpfen haben wie den Windischgrätz. (Rufe: Pfui Windischgrätz!) Genossen, lassen Sie die Toten ruhen***), sparen Sie Ihre Pfuirufe, Sie werden sie vielleicht noch brauchen. Am nächsten Sonntag schon werden wir auf der Feuerwerkswiese†) Gelegenheit haben, dem „kommenden Mann" die nötigen Winke zu geben, und er mag im voraus überzeugt sein, daß die Arbeiterschaft entschlossen ist, unentwegt für die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes weiterzukämpfen.

*) Am 2. September 1895 hatte Kaiser Wilhelm die Sozialdemokraten eine R o t t e v o n M e n s c h e n genannt, n i c h t w e r t, d e n N a m e n D e u t s c h e r z u t r a g e n.

**) Josef B a r d o r f, seinerzeit ein Führer der „Gemäßigten", hat sich von den Liberalen eine Stelle in der Arbeitsvermittlung der Gemeinde geben lassen und sich eingeredet, daß das eine sozialpolitische Tat der Liberalen sei. Deshalb ist er in den Kämpfen zwischen Christlichsozialen und Liberalen für die Liberalen eingetreten, die sich übrigens „fortschrittlich" nannten.

***) Das Koalitionsministerium Windischgrätz hat am 29. September Badeni Platz gemacht.

†) Die Versammlung vom 15. September mußte wegen des schlechten Wetters verschoben werden; sie fand dann am 22. September statt. (Siehe Adlers Reden „D i e s t a r k e F a u s t B a d e n i s" und „B e g r ü ß u n g B a d e n i s", Seite 154 f.)

Weder Lueger noch Badeni.

Versammlung bei der „Bretzen“, 26. Dezember 1895*).

Es hat, wie wir wissen, Verwunderung erregt, daß die Sozialdemokraten plötzlich mit Versammlungen hervortreten, wo von Gemeinderatswahlen gesprochen werde. Es ist aber eigentlich

*) Am 29. Oktober 1895 wurde Lueger mit 93 von 137 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Aber Graf Badeni, der am 29. September die Regierung gebildet hatte, verweigerte die Bestätigung, solange er das Reichsratsmandat habe. Am 13. November wurde aber Lueger neuerlich zum Bürgermeister gewählt und darauf der Gemeinderat wieder aufgelöst. Die Christlichsozialen zogen demonstrierend in den Burghof. Ihre kaisertreue Gesinnung hinderte sie nicht, gegen den Kaiser zu demonstrieren, um ihn zum Nachgeben zu zwingen.

Im Februar 1896 fanden neuerlich Gemeindewahlen statt, und am 18. April wurde Lueger mit 96 Stimmen zum drittenmal zum Bürgermeister gewählt. Am 27. April wurde er vom Kaiser in Audienz empfangen, worauf er „vorläufig“ auf sein Bürgermeisteramt verzichtete. Nun wurde am 6. Mai 1896 Josef Strobach als sein Platzhalter zum Bürgermeister und am 22. Mai Dr. Lueger zum ersten und Dr. Neumayer — ein sogenannter Deutschnationaler, der sich aber schon damals und erst recht später in nichts von den Christlichsozialen unterschied; er wurde nach Luegers Tod bekanntlich selbst Bürgermeister, mußte aber schließlich Weiskirchner Platz machen — zum zweiten Vizebürgermeister gewählt. Am 11. März 1897, nach den ersten Wahlen der fünften Kurie, trat Strobach zurück und am 8. April wurde Lueger zum Bürgermeister gewählt und rasch bestätigt.

Bei den Wahlen vom Februar 1896 griff gleich nach der Auflösung des Gemeinderates die Sozialdemokratie ein, um gegen das Wahlunrecht, das die Arbeiter ausschloß, zu protestieren und beide Parteien anzuklagen. Für den 26. Dezember 1895 wurden elf Volksversammlungen einberufen mit der Tagesordnung „Die Gemeinderatswahlen und die Sozialdemokratie“. In einer Resolution, die in diesen Versammlungen beschlossen wurde, hieß es unter anderem:

> Angesichts der neuerlich bevorstehenden Gemeinderatswahlen protestiert die Arbeiterschaft von Wien dagegen, daß mehr als zwei Drittel der Bevölkerung rechtlos sind in der Gemeinde, wie sie es im Staate sind. Der zu wählende Gemeinderat kann nichts anderes sein als die Vertretung einer privilegierten Minorität und wird wie bisher die Gemeindeverwaltung ausschließlich im Interesse der Besitzenden führen. Die Wiener Arbeiterschaft hat mit Genugtuung die endgültige und unwiderrufliche Beseitigung des liberalen Gemeinderegiments, der Willkürherrschaft einer kleinen Clique gesehen, aber sie protestiert mit Entschiedenheit dagegen, daß die größere antisemitische Clique, die nun definitiv ans Ruder gelangt ist, sich als „Volk von Wien“ aufspielt, wozu ihr jede Berechtigung mangelt. Das wirkliche Volk von Wien, die Ausgebeuteten aller Art und jeden Grades, wird die kommenden Gemeinderatswahlen dazu ausnützen, um laut und deutlich sein Recht zu verlangen. Die Arbeiter wollen in der Gemeinde, deren Lasten sie zu tragen haben und deren Größe ihr Werk ist, als heimatsberechtigte Vollbürger den ihnen gebührenden Anteil an der Verwaltung durch Beseitigung der Wahlkörper und Ge-

verwunderlich, daß sie nicht schon lange in einen Gemeinderatswahlkampf eingetreten sind. Man hat geglaubt, daß es für Wien und Österreich keine wichtigere Frage gebe, als ob Dr. Lueger Bürgermeister werde oder nicht; es ist so weit gekommen, daß man in letzter Zeit allen Ernstes davon gesprochen hat, hinter Lueger und seinen Leuten stehe das ganze christliche Volk. Es wäre an der Zeit, daß das wirkliche Volk von Wien sich wehre und sage: „Ihr, die ihr das Volk gespielt, ihr seid nicht das Volk, ihr seid eine kleine Minorität, ihr habt ebensowenig das Recht, im Namen des Volkes zu sprechen, wie die Liberalen, die ihr aus der Ratsstube verdrängt habt." (Beifall.) Die Sozialdemokraten haben sich nicht in die Gemeinderatswahlen eingemischt, weil der Kampf zwischen Liberalen und Antisemiten noch nicht entschieden war. Die Sozialdemokraten wünschten einen Sieg der Antisemiten, damit diese öffentlich beweisen, wie es mit ihren Versprechungen in der Praxis aussehe. Allein Graf Badeni habe einen Strich durch die Rechnung gemacht, eine Torheit und ein Unrecht begangen, Dr. Lueger die Bestätigung versagt, welcher nunmehr als Märtyrer aufzutreten in der Lage sei. Graf Badeni mußte wissen, daß diese Partei am Ruder nichts zu leisten weiß und hat ihr Gelegenheit gegeben, Lärm zu machen und eine Agitation zu entfalten mit dem Motto: „Gegen Badeni, welcher dem vom Volke gewählten Bürgermeister die Bestätigung verweigert hat." In ihrem Übermut haben die Antisemiten sich als Vertreter des Volkes von Wien aufgespielt, und da war für die Sozialdemokraten der Moment gekommen, in den Wahlkampf einzugreifen und zu beweisen, daß hinter den Antisemiten nur ein kleiner Bruchteil des Volkes marschiere. Man wird uns von den Antisemiten verübeln, daß wir in den Wahlkampf eintreten; aber ob wir in den Wahlkampf eintreten oder nicht, verkauft an die Juden sind wir immer. (Heiterkeit.) Man wird uns einwenden: „Warum seid ihr im August nicht in den Wahlkampf eingetreten, und warum erst jetzt?" Im August in den Wahlkampf einzutreten, wäre nicht klug gewesen, weil es sich um eine Machtfrage zwischen Antisemiten und Liberalen handelte. Heute steht die Sache anders, die

---

währung des Wahlrechtes für jeden in Wien wohnenden Inländer ... (Dann wurden die Forderungen an die Gemeinde angeführt und zum Schluß gesagt:) Angesichts der Nichtbestätigung eines vom Gemeinderat gewählten Bürgermeisters fordern wir vor allem: Erweiterung der Gemeindeautonomie nach der Richtung, daß alle gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben werden, die die Gültigkeit der Wahl der Gemeindefunktionäre einschränken und von der kaiserlichen Bestätigung und dem Wohlwollen der Regierung abhängig machen. Die Arbeiterschaft Wiens protestiert energisch gegen die Verschleppung der Wahlreform und wird auch anläßlich der Gemeinderatswahlen ihre Forderung nach dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht erheben, nach der Beseitigung jedes Wahlunrechts in Reich, Land und Gemeinde.
Bei der „Bretzen" sprach Dr. Adler. (Siehe Seite 40 f.)

Antisemiten haben die Herrschaft definitiv, die Majorität ist für die Liberalen vollständig ausgeschlossen, jetzt ist das eine Kapitel aus, es kommt ein anderes. Die Sozialdemokraten werden den Schlagworten der Antisemiten ein Programm entgegenstellen. Jetzt müssen wir den Leuten sagen, was das Volk will. Wir werden Antisemiten und Liberale zwingen, Farbe zu bekennen, und deshalb hat die Partei beschlossen, sich am Wahlkampf zu beteiligen. Wenn die Antisemiten eine Volkspartei sind, müssen sie die Wahlkörper abschaffen und das allgemeine Wahlrecht für den Gemeinderat einführen. Wir glauben, daß der Schuhmachergehilfe heute geradeso reif ist wie sein Meister. Das Interesse für die Beseitigung des Wuchers ist bei beiden gleich. In den Provinzen sitzen schon zahlreiche Parteigenossen in den Gemeindevertretungen, auch wir in Wien müssen uns einsetzen, daß Hechte in den Karpfenteich gelangen. Dr. Lueger hat sich oft als Demokrat deklariert, aber nie klar. Wir glauben auch, daß er für die Aufhebung der Wahlkörper sein würde. Aber ob er dafür ist, daß jeder 24jährige Staatsbürger mit gleichem Rechte wählt, ist eine andere Frage. Wir zweifeln, daß er für das allgemeine und gleiche Wahlrecht sein wird. Liberale und Antiliberale proklamieren stets: Wir Wiener! Und doch sind zwei Drittel der Bevölkerung Wiens Fremde und werden als solche behandelt. Die bisherigen liberalen Gemeindevertreter haben die Frechheit gehabt, gegen eine Reform des Heimatsrechtes*) Stellung zu nehmen. Und doch ist diese Reform für die Arbeiter höchst wichtig. Sie wissen ja, wie man die Arbeiter, nachdem man sie ausgenützt, in ihre Heimatsgemeinden abschiebt, wo sie ihr Armenrecht haben, das Recht zum Betteln. Wie hat sich die Gemeindevertretung in anderen die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten verhalten? Sie wissen, daß der Magistrat richterliche Funktionen in Gewerbeangelegenheiten ausübt. Haben Sie gefunden, daß der Magistrat unparteiisch war? (Stürmisches Nein!) Der Magistrat hat als Gewerbebehörde erster Instanz die Übelstände in den Werkstätten zu beseitigen, hat die Arbeiterschutzgesetze zur Durchführung zu bringen. Haben Sie gehört, daß er seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat? (Allgemeines Nein!) Wir verlangen, daß die Gemeinde eine kommunale Gewerbeinspektion errichtet. Auch die Lösung der Lebensmittelversorgungsfrage ist brennend für die Arbeiter. Ihrer Lösung stehen zwei Faktoren entgegen. Nämlich erstens die großen Fleisch- und Mehlwucherer, die Grundbesitzer und Mühlenbesitzer, und zweitens die kleinen Wucherer: die Fleischer und Bäcker.

*) Im Jahre 1894 hatte die Regierung eine Vorlage eingebracht, die das Heimatsgesetz vom Jahre 1863 abänderte, indem sie jedem nach zehnjährigem Aufenthalt in der Gemeinde das Recht gab, die Zuständigkeit zu verlangen. Als das Gesetz endlich im Jahre 1896 beschlossen wurde, geschah es nicht nur gegen den Widerstand der Liberalen, sondern auch der Christlichsozialen, wenn auch diese den eigentlichen Kampf mehr den Liberalen überließen und sich mit der Abstimmung für den Schubwagen begnügten. Das Gesetz ist erst 1899 in Kraft getreten.

Zwischen diese Lebensmittelproduzenten und die Konsumenten schieben sich als dritte Ausbeutergruppe, als Parasiten, die Zwischenhändler ein. Alle drei Gruppen haben ein Interesse daran, daß die Arbeiter keine billigen und guten Lebensmittel bekommen. Alle diese Ausbeuter sind Wähler in der Gemeinde, die Arbeiter sind es nicht. Die Kommune hat das Recht, den Preis des Brotes und Fleisches zu bestimmen, wagt es aber mit Rücksicht auf ihre jetzigen Verhältnisse nicht zu tun. Die Kommune hat Gemeindeschlachthäuser und Gemeindebäckereien zu errichten und Brot und Fleisch mit Umgehung der Zwischenhändler zu liefern. Da würden aber die Meister Schaden haben! Heute hat die ganze Wiener Bevölkerung den Schaden. Und wie könnte die Kommune die Mittel für diese Institutionen aufbringen? Die Gemeinde läßt reiche Ausbeutergesellschaften, wie die Gas-, die Tramway- und die Transportgesellschaft, sich die Säcke füllen. Wer zahlt die Hauszinssteuer und die Zuschläge? Der Hausbesitzer nicht. Es ist die Masse des arbeitenden Volkes. Auch da treibt man Wucher. Wir sind für eine progressive Einkommen- und Vermögenssteuer. Auch als Arbeitgeber ist die Kommune heute schäbig, und doch sollte sie mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wünschen auch, daß die Kommune gemeinsam mit den Gewerkschaften die Arbeitsvermittlung besorgt. Nachdem Genosse Dr. Adler noch die mangelhafte Sanitäts- und Wohnungspolizei der bisherigen Gemeindevertretung besprochen, erwähnt er die Nichtbestätigung Dr. Luegers, die er als eine Verletzung der Autonomie bezeichnet. Was haben die Antisemiten dagegen getan? Sie haben einigen Lärm gemacht, aber sonst nichts. Die Antisemiten müßten, wenn sie Demokraten wären, jetzt sagen: Weg mit dem § 25 des Gemeindestatuts*)! Die Sozialdemokraten werden dafür sorgen, ihr kommunales Programm zur Diskussion zu bringen. (Lebhafter Beifall.)

Die Rechtlosigkeit in der Gemeinde.

Versammlung im Katharinensaal, 20. Jänner 1896**).

Wir müssen in dem Moment, wo die Erteilung des Wahlrechtes im Reiche nur verschleppt, aber nicht mehr bezweifelt werde, auch die Verhältnisse der Gemeinde zu beeinflussen suchen. Der Redner erörtert das Wahlrecht für den Gemeinderat und bezeichnet die antisemitische Bewegung als die Emanzipation der kleinen Leute und ihren Versuch, sich auf die eigenen Füße zu stellen.

*) Dieser Paragraph bestimmte, daß der Bürgermeister von Wien der Genehmigung des Kaisers bedürfe.

**) Mit sechzehn Volksversammlungen trat am 20. Jänner 1896 die Wiener Arbeiterschaft in die Gemeinderatswahlen ein. Die Tagesordnung lautete: „Unsere Rechtlosigkeit in der Gemeinde." Im Katharinensaal im ersten Bezirk sprach Dr. Adler.

Nur wissen sie nicht, wie sie es anzupacken haben. Die antisemitische Gemeinderatsmajorität bedeutet die Herrschaft der Majorität der Wähler, und diese wollen wir fragen, ob sie auch wünschen, daß der Wille der wirklichen Majorität des Volkes zur Geltung gelange. Wir stellen diese Frage durch unsere Beteiligung am Wahlkampf erst jetzt, weil die Macht der Liberalen gebrochen ist, und weil wir uns in den Streit der Liberalen mit den Antisemiten nicht einmischen wollten. Bei der notwendigen Regelung des Heimatsrechtes wird es sich zeigen, was die Antisemiten unter den Interessen des Volkes verstehen. Wie bisher werden in der Gemeinde die Hausagrarier das Heft in Händen behalten, wie im Parlament die Großgrundbesitzer. Die Wahlaktion wird sicher den Erfolg haben, daß man sich mit der liberalen Phrase von „Freiheit und Fortschritt" und der antisemitischen Phrase vom „christlichen Volk" nicht wird fortfretten können. (Lebhafter Beifall.)

Die Gemeinderatswahlen.

Versammlung im Hotel „Union", 4. Februar 1896*).

Dr. Adler als Referent verwies darauf, daß die Genossen in der Provinz schon früher sich an Gemeinderatswahlen beteiligten. Daß dies in Wien bisher nicht geschehen sei, habe darin seinen Grund, daß wir um das Reichsratswahlrecht kämpften. Nun soll aber auf sechs Jahre gewählt werden, und wir wollen nicht so lange warten, bis wir das politische Wahlrecht erlangt haben, um dann erst das Gemeindewahlrecht anzustreben. Ferner wollten wir die Antisemiten in der Bekämpfung der Liberalen nicht hemmen. Jetzt aber, da die Antiliberalen die Sieger sind, präsentieren wir unser Programm. Es gibt viele Wähler, welche wissen, daß die Antisemiten nur schreien, daß aber das Programm der Sozialdemokraten das Richtige enthält. Wir rechnen indes nicht darauf, daß es so viele sind, daß wir ein Mandat erringen werden. Unser Programm entspricht den tatsächlichen Verhältnissen; Kompromisse enthält es nicht. Alles, was unmittelbar auf den Menschen einwirkt, geht durch die Hand der Gemeinde; sie hat für die Gesundheit der Einwohner zu sorgen. Es genügt vollkommen, daß das, was die Gesundheitswissenschaft verlangt, geschieht. Jetzt sieht man bei uns nur dann auf Reinlichkeit, wenn Epidemien drohen. Wir verlangen, daß ein gesundes Wohnen möglich werde, daß nur Häuser mit gesunden Wohnungen gebaut werden und daß eine Übervölkerung derselben verhindert werde.

*) Siehe die Bemerkungen zu der Rede Adlers bei den Gemeinderatswahlen in der Versammlung bei der „Bretzen" am 26. Dezember 1895. Am 4. Februar fanden eine Reihe von Versammlungen statt. Im Hotel „Union" auf dem Alsergrund sprach Dr. Adler.

Eine Rede, die Adler am 3. Februar 1896 über das kommunale Programm der Sozialdemokratie gehalten hat, ist im dritten Heft dieser Schriften unter dem Titel „Über kommunale Gesundheitspflege" abgedruckt. (Bd. III, Seite 77.)

Die schwerste Verzehrungssteuer ist nicht die auf Fleisch und Wein, sondern die auf Luft, die wir einatmen. Wenn wir in Wien eine nennenswerte Grundsteuer hätten, die gezahlt werden muß, ob der Grund verbaut ist oder nicht, so würden viele Häuser gebaut werden, während jetzt die Bauplätze Gegenstand der Spekulation sind. Die Gemeinde wäre in der Lage, auf den ihr gehörenden Grundstücken Wohnungen zu bauen, statt sie an Private zu verkaufen, die mit denselben glänzende Geschäfte machen. Wenn die Gemeinde heute überfüllte Wohnungen antrifft, delogiert und schubiert sie die Bewohner. In das städtische Werkhaus werden nur Zuständige aufgenommen. In den Arbeiterbezirken sterben von den Kindern bis zu einem Jahre dreimal soviel wie in den reichen, die überlebenden werden die „hungernden Schulkinder". Es ist eine Schande, daß in einer so reichen Stadt viele Kinder auf eine Bettelsuppe angewiesen sind. (Stürmischer Beifall.) Die Stadt hat die Pflicht, die Schulkinder zu verköstigen; in Frankreich geschieht dies jetzt schon in denjenigen Städten, wo die Sozialisten die Majorität haben. Der Referent spricht seine Verwunderung darüber aus, daß Dr. Lueger für das Wahlrecht von dreißig Jahren an eintrete. Der Arbeiter altert mit dreißig Jahren bereits, und wie wenige werden wirklich alt! Nur wenn die Arbeiter in den Gemeinderat kommen werden, wird auch ihr Programm verwirklicht werden. Jetzt ist es aber die Elle, nach der die Kandidaten der Gegner gemessen werden. (Lebhafter Beifall.)

Kandidat im privilegierten Wahlkörper.

Deutschfortschrittliche Versammlung,
24. Februar 1896*).

Dr. Adler erklärt, er wolle sich hier als Kandidat vorstellen, obwohl er bei den Anwesenden kaum Aussicht habe, Stimmen zu erhalten. Er sei auch verpflichtet, zu antworten auf die vielen

*) Am 13. November 1895 war der Wiener Gemeinderat aufgelöst worden und die Wahlen fanden im Februar und März 1896 statt. Nun errangen die Christlichsozialen einen noch größeren Sieg als im September. Am 20. Februar wählte der dritte Wahlkörper und die Antisemiten gewannen 3000, die Liberalen verloren 2000 Stimmen; die Sozialdemokraten, die ebenfalls mit einem eigenen Kommunalprogramm in den Kampf gezogen waren, erhielten 1100 Stimmen. Am 2. März wählte der zweite, am 5. März der erste Wahlkörper; im zweiten Wahlkörper erhielten die Antisemiten 32 gegen 14 liberale Mandate, im ersten die Liberalen 28 gegen 18 antisemitische Mandate. Die Antisemiten gewannen im ersten Wahlkörper vier Mandate. Am 18. April wurde Lueger wieder zum Bürgermeister gewählt.

Für den 24. Februar hatte nun das deutschfortschrittliche Wahlkomitee der Innern Stadt eine Wählerversammlung des ersten und zweiten Wahlkörpers einberufen und die Kandidaten beschäftigten sich vornehmlich mit dem sozialdemokratischen Kommunalprogramm. Dann begründete Doktor Heinrich Friedjung, warum er auf eine Wiederwahl verzichte. Er habe

Äußerungen über das kommunale Programm der Sozialdemokratie. Er wäre eigentlich der Mühe weiterer Ausführungen überhoben durch die Ausführungen des Dr. Friedjung, der mit seiner „sozialpolitischen Vereinigung“ einen Teil unserer Programmpunkte, allerdings in wesentlich abgeschwächter Weise, im Gemeinderat vertreten wollte, aber — und das war sein Fehler — mit der liberalen Partei, während jeder Fortschritt nur zu erzielen ist im Kampfe gegen die liberale Partei. Die Sozialdemokratie vertritt die Interessen der Besitzlosen, im klaren Bewußtsein, daß die Klasse der Besitzenden, deren Ausdruck die bürgerlichen Parteien sind, dem sozialpolitischen Fortschritt Widerstand leisten werde. Die Liberalen haben unser Programm sehr gelobt, aber zugleich erklärt, mit seinen politischen Forderungen seien sie nicht einverstanden und seine sozialen Forderungen seien undurchführbar. Wenn man behauptet, es sei kein Geld da, um hungernden Kindern zu essen zu geben, so sei das einfach eine Bankrotterklärung. (Wähler Heit*): Es gibt keine hungernden Kinder in Wien.) Doktor Adler fortsetzend: Das sagen Sie, obgleich Sie wissen, daß gerade Kinder von Leuten, die von Ihnen abhängig sind, hungern müssen. (Wähler Heit: Ich weiß mehr über das Elend in Wien wie Sie.) Dr. Adler: Dann fällt auch die letzte Entschuldigung für Sie weg, die Ihnen noch Ihre eventuelle Unkenntnis geboten hätte. (Langanhaltender Lärm, Schlußrufe.) Mich stören Sie damit gar nicht, ich werde genau so lange sprechen, als ich es für notwendig halte. — Redner setzt nun auseinander, daß die besitzlosen Klassen weder von den Liberalen noch von den Antisemiten etwas erwarten. (Rufe: Aber den Antisemiten helfen Sie.) Dr. Adler: Denen hat nur Ihre Unfähigkeit geholfen... Wir wünschen, daß die Anti-

als wichtigsten Punkt eines sozialpolitischen Kommunalprogramms verlangt, daß sich die Gemeinde an der Erbauung billiger Arbeiterwohnungen beteilige und das sei trotz dem Wohnungselend nicht durchzusetzen. Dr. Friedjung, der bekannte Geschichtsschreiber, der nachmals so schwarzgelb offiziös wurde, war damals noch Sozialpolitiker. — Dann sprach Adler.

*) Ein großer liberaler Geschäftsmann im Großhandelsviertel der Inneren Stadt.

Der Zwischenruf dieses Wählers mußte um so sonderbarer wirken, als gerade damals der „Zentralverein zur Beköstigung armer Schulkinder“ eine Mitteilung veröffentlicht hatte, daß er im Schuljahr 1893/94 wohl 5292 Schulkinder gespeist hatte, daß aber Anmeldungen von 12.404 Kindern vorgelegen hatten, so daß er also mehr als 7000 hungernde Schulkinder abgewiesen hatte. Die Forderung des sozialdemokratischen Kommunalprogramms nach Schulausspeisung hatte bei den Bürgerlichen allgemeine Entrüstung hervorgerufen und im Gemeinderat hatte bereits am 11. Jänner 1895 der liberale Gemeinderat Boschan dagegen mit dem Argument polemisiert, daß „nicht bloß die Schulkinder hungrig seien, sondern auch die anderen Leute, so daß der Gemeinderat die ganze Bevölkerung ernähren müßte“. Bis zum Umsturz war die öffentliche unentgeltliche Ausspeisung von Schulkindern von den Bürgerlichen als Utopie hingestellt worden.

semiten in den Sattel kommen, damit sie bald dort anlangen, wo Sie heute schon stehen, bei der definitiven Blamage. Sie haben gar kein Recht, sich über die Kampfmethode der Gegner zu beschweren, Sie, eine Partei, die mit „Zirkularen*)" arbeitet. (Furchtbares Geschrei: Frechheit! Schluß! Hinaus!) Aber regen Sie sich nicht so auf, ich bin bald zu Ende. Der Redner schließt nun mit folgenden Worten: Fürchten Sie nichts, falls Sie es erleben sollten, daß Leute aus Ihren Kreisen für uns stimmen. Sie tun es nur, weil sie die liberale und antisemitische Partei gleichmäßig anwidert, und nur so lange, als unsere einschneidenden wirtschaftlichen Forderungen noch entfernt und nicht aktuell sind. Im Augenblick, wo es sich darum handeln wird, den Interessenkampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen ernsthaft auszufechten, werden alle Mitglieder Ihrer Klasse wissen, daß der aufrichtige und bleibende Anwalt des Geldsackes doch nur die Liberalen sind.

*

Ich muß es als eine Beleidigung zurückweisen, daß Herr Doktor Richter**) sich erlaubt hat, seine Kampfesweise mit Zirkularen mit den Lohnkämpfen der Arbeiter auch nur zu vergleichen. Wenn Arbeiter und Unternehmer, um wirtschaftliche Vorteile zu erringen, wirtschaftliche Pressionen anwenden, so ist das etwas anderes, als wenn das wirtschaftliche Übergewicht mißbraucht wird, um abhängige Leute zur Verleugnung ihrer politischen Überzeugung zu zwingen. Empfinden Sie nicht den Unterschied? (Stürmische Rufe: Nein! Nein! Nein! Das ist genau dasselbe!) — Doktor Adler: Dann stehen Sie auf einem unglaublich niedrigen sittlichen Niveau, meine Herren, und sind somit gerichtet.

Die Landtagswahlreform der Christlichsozialen.

Versammlung beim „Heurix", 2. März 1899***).

Die Wichtigkeit des Landtagswahlrechtes ist für die Arbeiter nicht so sinnfällig wie etwa die des Reichsrats- und Gemeindewahlrechtes. Aber das Landtagswahlrecht ist durchaus nicht eine

---

*) Von den Richterschen „Zirkularen", worin die großen Firmen aufgefordert wurden, die von ihnen abhängigen Kleinmeister zur Wahl der Liberalen zu zwingen, ist oben bei der Versammlung vom 8. September 1895 die Rede.

**) Nach Adler hatte Dr. Richter gesprochen und seine „Zirkulare" mit dem „Terrorismus" der Arbeiter zu vergleichen versucht. Mit Mühe konnte dann Dr. Adler das Wort zu einer Berichtigung erhalten.

***) Am 25. Februar 1899 hatte der christlichsoziale Landesausschuß Monsignore Dr. Scheicher dem Landtag den Entwurf einer Landtagswahlreform vorgelegt, der entgegen den Versprechungen der Christlich-

so gleichgültige Sache, wie sie gewöhnlich von uns allen empfunden wird. Es ist für uns schon deshalb wichtig, weil der Schwerpunkt der Schulverwaltung in den Landtagen liegt respektive in den von ihnen gewählten Landesausschüssen. Heute herrscht in Niederösterreich eine Verwaltung, die geradezu gemeingefährlich ist, weil sie uns gerade an den empfindlichsten Punkten trifft, an dem Punkte, der hier wichtiger ist als die Gegenwart, das ist die Zukunft, wichtiger als wir selbst, das sind unsere Kinder. (Beifall.) Aber außer der Schule liegt auch das Armen- und das Sanitätswesen in den Händen des Landtages und des Landesausschusses. Die gegenwärtige Rechtlosigkeit der breiten Massen des Volkes war nicht mehr festzuhalten. Das Problem, das den Christlichsozialen gestellt war, war nun, einerseits den Schein zu erwecken, als ob sie das Unrecht beseitigen wollten, und andererseits das Recht doch nicht zur Geltung kommen zu lassen. Man muß gestehen, daß die Herren diese Aufgabe glänzend gelöst haben. Sie haben den Arbeitern einen Brocken Rechtes in Aussicht gestellt, aber gleichzeitig in die Vorlage eine Reihe von Bestimmungen aufgenommen, von denen sie wissen, daß sie die Liberalen nicht annehmen werden, so daß daran die ganze Vorlage scheitern muß. Als Taaffe seinen Wahlreformantrag einbrachte, da haben die Christlichsozialen dafür sehr geschwärmt, allerdings vielleicht nur deshalb, weil sie wußten, daß er nicht angenommen werden würde, aber sie haben damals die Liberalen und die Klerikalen auf das schärfste angegriffen, weil sie diese Wahlreform bekämpften. Heute, wo sie selbst eine Wahlreform machen sollen, haben sie sich vollständig zu den Anschauungen der Liberalen und der Klerikalen, zu den Anschauungen der Koalition bekehrt. (Pfuirufe.) Das, was sie heute den Arbeitern geben wollen, ist weit schlechter als die Badenische Wahlreform. Alle Fehler und Schlechtigkeiten, die der Badeni begangen hat, sind darin, und alle, die er nicht zu begehen wagte. Wenn wir das allgemeine, gleiche Wahlrecht ver-

---

sozialen das allgemeine Wahlrecht fallen ließ, aber die Zahl der Abgeordneten von 78 auf 90 erhöhte; die drei Virilstimmen, ebenso die 16 Mandate des Großgrundbesitzes sollten bleiben, desgleichen die Städte- und Landgemeindenkurie der Steuerzahler. Nur war in den Städten eine kleine Verschiebung geplant. Wien und die Handelskammer sollten zusammen 25 Abgeordnete wählen, die übrigen Städte- und die Landgemeinden (die bisher gesondert, die Städte 13, die Landgemeinden 21 Abgeordnete gewählt hatten) sollten nun in gemeinsamer Kurie 34 Mandate erhalten. Dazu sollte eine vierte Kurie des allgemeinen Wahlrechts mit 12 Mandaten geschaffen werden. In dieser sollte jeder Steuerzahler, der drei Jahre seßhaft und 24 Jahre alt war, das Wahlrecht haben. In der Wiener Städtekurie sollten die Einkommensteuerzahler entrechtet werden und der Zensus von 8 Kronen nur für die Erwerbsteuerzahler gelten. Diese Landtagswahlreform ist allerdings dann nicht zustande gekommen. Der Entwurf wurde auf Antrag Weiskirchners am 2. Juni abgelehnt und der Landesausschuß beauftragt, einen neuen Entwurf auszuarbeiten. Aber einige Tage danach wurde der Landtag geschlossen.

langen, dann sagt man uns: „Nur Schritt für Schritt! Man kann das alte Unrecht nicht auf einmal zusammenreißen.“ Gut, stellen wir uns auf diesen Standpunkt; aber dann muß die Ware, die uns da verkauft werden soll, wenigstens echt sein, und sie muß vor allem so sein, daß wir sie überhaupt bekommen können. Wenn man uns aber eine schlechte Reform gibt und noch dazu in einer Art, daß wir sie gar nicht bekommen können, so ist das nichts als eine dumme und frivole Demagogie. Wenn man den Dr. Lueger fragte, was es denn mit der Landtags- und Gemeindewahlreform ist — und man mußte sich an den Lueger wenden, denn er ist der Herr der Partei, oder vielmehr er ist nur nach außenhin der Herr, in Wirklichkeit ist er nur der gehorsame Knecht jener Pfaffen und Feudalen, die Niederösterreich in ihren Klauen halten —, dann antwortete er lustig und g'spassig, wie er immer ist: „Ihr werdet es schon erwarten, daß ihr eure Hiebe bekommt.“ Mögen die Herren aber noch so übermütig mit ihrem Sieg vom 9. März*) protzen, sie fürchten uns nach der Niederlage mehr, als sie uns je gefürchtet haben. Wenn sie sich nicht so fürchteten, könnten sie sich den Luxus der Gerechtigkeit gönnen. So schlecht sind sie nicht, daß sie bloß der Schlechtigkeit wegen schlecht wären, sie sind es nur dann, wenn sie etwas dabei profitieren. Mit der Gerechtigkeit protzen, wäre schon schön, aber gescheiter ist es doch, wenn die Sozialdemokraten nicht wählen können. Sicher ist sicher!

Wir werden uns diese Wahlreform nicht ruhig gefallen lassen. Die Arbeiter müssen jetzt in ganz Niederösterreich klar aussprechen, daß sie den jesuitischen Schwindel durchschauten, und zwar den christlichsozialen wie den liberalen Jesuitismus. Die liberalen Jesuiten werden jetzt sagen, daß sie ja sehr gern den Arbeitern zu ihrem Rechte verholfen hätten, aber man könne doch nicht von ihnen verlangen, daß sie sich aufhängen. Das kann man von ihnen gewiß nicht verlangen, aber was wir verlangen, ist, daß im Landtag die Reform in den alten Kurien von der Erweiterung des Wahlrechtes getrennt werde. Zuerst muß von der Erweiterung des Wahlrechtes gesprochen werden. Wenn das erledigt ist, mögen die Herren darum raufen, wie sie die alten Kurien reformieren. Allerdings werden wir uns auch erlauben, zu den Vorlagen des Pater Scheicher noch einige Amendements zu stellen. Aber das müssen wir klar sagen: Wer die Ausdehnung des Wahlrechtes in Verbindung bringt mit der Änderung des Wahlrechtes in den alten Kurien, der ist ein Heuchler und Pharisäer, der den Arbeitern das Wahlrecht vorenthalten will. (Lebhafter Beifall.) Die Arbeiter müssen den Kampf, der ihnen jetzt bevorsteht, mit derselben Zähigkeit, Energie und Unermüdlichkeit führen, wie sie den Kampf um das Reichstagswahlrecht geführt haben. (Stürmischer Beifall.)

*) Die ersten Wahlen der fünften Kurie am 9. März 1897, wo die Christlichsozialen alle fünf Wiener Mandate eroberten. (Siehe Bd. VIII, Seite 367 f.)

Das arbeitende Volk gegen die Luegerei.

Versammlung im Sofiensaal, 5. März 1899*).

Wenn es notwendig gewesen wäre, eine Begründung vorauszuschicken, warum wir uns für das Landtags- und Gemeindewahlrecht so einsetzen wollen, wäre sie durch die Darlegungen meines Vorredners vollauf gegeben. Wir haben hier an ein paar Stichproben erfahren, wie die wichtigsten Garantien der Zukunft bedroht sind von Leuten, von denen man nicht sagen kann, daß sie voreilig wären, daß sie zu viel versprechen und zu wenig halten dort, wo sie die Hand nach der Schule ausstrecken. Die Auslieferung der Schule an die Klerikalen, die Maßregelung von Lehrpersonen, die sich dem widersetzen, die systematische Korruption der Lehrer schon vom Seminar aus, das ist nicht der Abschluß, das ist bloß der Anfang dessen, was uns an reaktionären Schulmaßnahmen zugedacht ist. So schleichen sie bloß heran, die klerikalen Reaktionäre. Dieses wichtige Gebiet ist aber nicht einmal das einzige, das in der Kompetenz des Landtages steht. Da haben wir noch die Armenpflege, da haben wir ferner die Gesundheitspflege. Wie wird die besorgt werden von Leuten, deren wissenschaftliche Einsicht zur Zeit der Pestfälle sich in einem solchen Lichte gezeigt hat, daß es eine Schande vor Europa war!

Es wird immer der Gegensatz zwischen Wien und dem flachen Lande ins Treffen geführt, und da das Land noch mehr unter dem Einfluß der geistlichen Herren steht als die Wiener Spießer, so sucht man es gegen die Bevölkerung von Wien auszuspielen. Ja, heißt es, da draußen walten ganz andere Interessen. Wien hat eine viel größere Bevölkerung und fällt daher mehr ins Gewicht als das ganze übrige Niederösterreich, aber auch dort ist die Bauernschaft

---

*) Während die Christlichsozialen ihre Landtagswahlreform einleiteten, die die auf Grund des neuen Einkommensteuergesetzes zu Wählern gewordenen Arbeiter entrechten sollte, planten sie das gleiche auch für die Gemeinde. Aber zur Luegerei gehörte auch noch der Mißbrauch der Macht gegen die Lehrer und die Klerikalisierung der Schule. Für Freitag den 5. März hatte die Sozialdemokratie in den Sofiensaal eine Massenversammlung einberufen mit der Tagesordnung: 1. Das Attentat der Christlichsozialen auf die Schule und die Stellung der Arbeiter dazu. 2. Die neue Wahlordnung in Niederösterreich für Landtag und Gemeinde. Zu gleicher Zeit fand übrigens auch im Ronachersaal eine Protestversammlung der niederösterreichischen Lehrer gegen ihre Bedrückung statt. Zu der gleichen Zeit hatte Lueger aber auch in die Volkshalle eine Bauernversammlung einberufen, die für die Herabsetzung der Schulpflicht eintreten sollte.

Die Versammlung im Sofiensaal war massenhaft besucht. Die Arbeiter zogen in großen Zügen zur Versammlung und von der Versammlung. Polizei war in Massen aufgeboten, um die Aufmärsche der Arbeiter zu stören.

In der Versammlung referierte über den ersten Punkt Schuhmeier, über den zweiten Adler.

nicht die einzige maßgebende Bevölkerungsschicht, die industrielle Arbeiterschaft hat auch dort ein gewichtiges Wort dreinzureden. Diese Leute, die ihren Kindern eine mangelhafte Schule bieten wollen, arbeiten an der Herabdrückung des Niveaus nicht bloß der ländlichen, sondern auch der industriellen, in letzter Linie aber unserer großstädtischen Bevölkerung, denn viele Tausende von Landbewohnern wandern alljährlich in Wien ein, um sich hier dauernd niederzulassen.

Die Christlichsozialen fragen: Wie kommt es denn, daß ihr euch heute erst so sehr um die Angelegenheiten des Landes und der Gemeinde kümmert, warum nicht schon, solange die Liberalen am Ruder waren? Das erklärt sich sehr einfach. Die Sozialdemokratie ist seit zehn Jahren kolossal gewachsen, eine Menge Fragen mußten ihr anfangs ziemlich fernliegen und konnten nur eine nach der anderen für sie aktuell werden. Sie hatte ja genug zu tun mit dem Ausbau ihrer Organisation und vor allem mit der Eroberung aller politischen Rechte, die uns das Gesetz gewährleistete, deren Anerkennung wir aber dennoch erst der Verwaltung in jahrelangen Kämpfen mühsam abringen mußten. Heute aber sind wir genug vorgeschritten, um uns auch auf dem Gebiete der Landes- und Gemeindepolitik zu betätigen. Wir haben einen jahrelangen Kampf um ein Stückchen Reichsratswahlrecht führen müssen, es steht uns noch ein schwerer Kampf bevor. Der wird aber doch einigermaßen erleichtert werden dadurch, daß alle Welt einsehen muß, daß man mit der Badenischen Wahlreform nichts getan hat, daß das Parlament nun erst recht lebensunfähig ist. Wenn die Thun und Kaizl*) am Ende ihres Latein sein werden, wird man sich entschließen müssen, wieder an eine Volksvertretung zu appellieren, und die wird nicht auf dieses verrottete Kuriensystem begründet sein können, wenn sie in ersprießlicher Weise funktionieren soll.

Die Frage des Landtags- und Gemeindewahlrechtes ist lange genug herumgeschoben worden und alt geworden. Sie war reif in dem Moment, als für den Reichsrat das allgemeine Wahlrecht eingeführt wurde, und sie ist akut geworden und unaufschiebbar heute, wo der Landtag beisammen ist und ihm vom Landesausschuß ein Entwurf vorgelegt wurde. Der Redner bespricht nun die einzelnen Bestimmungen des Wahlreformentwurfes. Wenn die fünfte Kurie des Badeni schon eine Erfindung war, nicht für das Volk, sondern gegen das Volk, wenn sie ein ungenügendes Surrogat war, wenn sie ein riesiger Volksbetrug war, so ist dies, was

*) Am 7. März 1898 war nach dem Rücktritt von Gautsch Graf Franz Thun Ministerpräsident geworden, in dessen Ministerium als Finanzminister der Jungtscheche Dr. Josef Kaizl, als Handelsminister der Deutschliberale Dr. Josef Maria v. Baernreither waren. Baernreither trat schon am 3. Oktober 1898 zurück und sein Nachfolger wurde der klerikale Tiroler Weingutsbesitzer Baron Dipauli. Dieses Ministerium Thun-Kaizl regierte vornehmlich, da es die Obstruktion nicht zu bannen vermochte, mit dem § 14.

Pater Scheicher, der alte demokratische Katholik*), wie er sich genannt hat, gemacht hat, noch zehnmal schlechter und verwerflicher. Es ist schlechter schon im Ausmaß, weil die zwölf Mandate ja nicht einmal relativ so viel Gewicht besitzen wie die 72 des Badeni. Dazu kommt aber noch etwas. Als Taaffe seine Wahlreform vorlegte, da haben die Liberalen, Klerikalen und Polen geschrien, daß ihr politischer Besitzstand angegriffen sei; und die Badenische Reform ist nur deshalb glatt durchgegangen, weil der Besitzstand der alten Parteien nicht angetastet wurde. Aber was tun diesmal die Christlichsozialen? Sie wollen die Gelegenheit benützen, um ihren Besitzstand nicht etwa nur zu erhalten, sondern um ihn noch erheblich zu vermehren. Sie wollen die Herrschaft, die sie bereits im Landtage innehaben, zu einer Alleinherrschaft machen, und sie wollen damit das alte Wahlunrecht verewigen. Wenn der Herr Dr. Lueger einen Augenblick sich seiner demokratischen Vergangenheit erinnert und für den Landtag das allgemeine, gleiche Wahlrecht oder die Taaffesche Wahlreform vorgeschlagen hätte, so hätte das nicht auf mehr Hindernisse stoßen können als diese erbärmliche Fälschung. Man hat heute die Vorlage so gemacht, daß nicht einmal der elende Brocken, den man dem Volke gibt, durchgehen kann. Hätte man aber eine ehrliche Wahlreform gemacht, dann wäre hinter diesem Antrag ein Sturm von Seite der Bevölkerung gekommen, der eine Abweisung unmöglich gemacht hätte. Die Mandate der fünften Kurie sind in Niederösterreich ohne Ausnahme in die Hände der Christlichsozialen gefallen. Und der Herr Dr. Lueger hat uns oft, wenn wir vom Wahlrecht sprachen, siegesgewiß zugerufen: „Könnt ihr es denn nicht erwarten, daß ihr wieder eure Hiebe kriegt?“ Warum sind die Herren jetzt plötzlich so ängstlich? Sollten sie am Ende fürchten, daß ihre Herrschaft über die Wählerschaft nicht mehr auf so festen Füßen ruht wie vor zwei Jahren? Jetzt hat Herr Dr. Lueger die Möglichkeit, uns neue Hiebe zu versetzen. Warum die Angst? Mit allem Raffinement hat man alles so eingerichtet, daß nur ja die Arbeiterschaft möglichst um ihr Recht gebracht wird. Die Wahlkreise sind so eingeteilt, daß die industrielle Arbeiterschaft nirgends die Majorität haben kann. Man hat sogar aus dem Wahlkreise Wiener-Neustadt zwei industrielle Bezirke, Mödling und Baden, herausgerissen und in einen mehr ländlichen Wahlkreis hineingesteckt, nur damit die industriellen Arbeiter in beiden Wahlkreisen unterliegen.

Das stärkste Stück aber ist, daß diese schlechte Wahlordnung auf dem Wege, den uns die Herren führen, gar nicht zu erreichen ist. Die Herren sagen, und wir geben ihnen da Recht, daß das Wahlrecht in den alten Kurien ungerecht ist, daß es der Inneren Stadt und einigen anderen kleinen Bezirken Vorteile bringt zum Nachteile der breiten Massen auf dem Lande. Das ist richtig. Aber ihnen handelt es sich nicht darum, das alte Unrecht zu beseitigen, sondern an die Stelle des

*) Siehe über Scheicher Bd. VIII, Seite 408, Note.

alten Unrechtes ein neues, an die Stelle der Privilegien der anderen ihre eigenen Privilegien zu setzen. (Pfuirufe.)

Sie fühlen sich auch in ihrem alten Besitz nicht mehr sicher und darum werfen sie alle jene, die bloß Einkommensteuer zahlen, die Arbeiter, eine Menge Lehrer, Beamte, Privatangestellte, alle die Leute, die ihre Volksfeindlichkeit durchschauen und ihnen gefährlich werden könnten, aus den alten Kurien hinaus. Dieses Geschäft wollen sie verbinden mit der Einführung dieser jämmerlichen Wahlreform. Natürlich wird diese Wahlreform auch von den anderen Parteien bekämpft, deshalb, weil in den alten Kurien Veränderungen gemacht werden sollen, die diese Parteien einfach umbringen. Wir werden uns in den Streit um die alten Kurien nicht einlassen und nicht entscheiden, was schlechter ist, ob die alten oder die neuen Monopolisten. Wir erklären einfach: Macht in euren alten Kurien, was ihr wollt, aber macht es nicht jetzt, wo einzig das Recht der bisher Rechtlosen auf der Tagesordnung stehen darf. Vor allem muß unsere Rechnung bereinigt sein; bloß Vorspanndienste für eure Zwecke werden wir nicht leisten. Wir weisen die Heuchelei der Christlichsozialen ebenso wie die der Liberalen zurück und verlangen, daß jetzt allein über das allgemeine Wahlrecht entschieden werde. Dabei bemerken wir, die wir jahrelang ehrenvoll gegen die Kapitalistenpartei liberaler Richtung gekämpft haben, daß die neuen Herren nicht weniger kapitalistischen Interessen dienen, dabei aber noch brutaler, gemeiner und bildungsfeindlicher sind als die alten.

Wenn einmal Sozialdemokraten im Landtag wären, würde das die Gewaltherrschaft der Christlichsozialen schon eindämmen. Die ärgsten Gemeinheiten wird man nicht mehr erleben, wenn auch nur ein einziger Vertreter der Arbeiterschaft im Landhaus sitzt. Die Arbeiter werden heute von den Herren ja geradeso gemein behandelt wie früher von den Liberalen. Das Verbrechen der Christlichsozialen ist dabei ein größeres als das der alten Herrscher. Diese übten ihre brutal-kapitalistische Herrschaft in ganz naiver Weise aus, die neuen Herren sind nicht mehr naive, sondern raffinierte Vertreter kapitalistischer Interessen, sie sind Leute, die, in der Maske der Arbeiterfreundlichkeit einherschreitend, ihre kapitalistischen Geschäfte besorgen.

Wir wissen, daß wir noch einige Jahre werden kämpfen müssen, um unser volles Wahlrecht zu erringen, aber unser Programm ist und bleibt es: Weg mit allen Kurien, allgemeines und gleiches Wahlrecht für Landtag und Gemeinde! Da kommen sie uns freilich wieder damit, daß volles Wahlrecht für den Landtag nur dem gebühre, auf dessen Steuern Zuschläge für Landeszwecke gemacht werden können. Als ob nicht jeder Arbeiter mit dem Wohnungszins, mit den Zinskreuzern usw. für Landeszwecke steuerte! Das ist alter liberaler Schwindel, gerade gut genug, daß ihn die Christlichsozialen jetzt wieder aufnehmen. Doch damit

dürfen sie uns nicht kommen, und damit werden sie uns auch bei der Gemeindewahlreform nicht kommen dürfen. Wir werden ihnen auch dort auf die Finger sehen, und Lueger wird sich nicht beklagen dürfen, daß er bei seinem Wirken zu wenig Zuschauer hat. Die Herren werfen uns vor, daß wir uns durch das Landtagswahlrecht vom Kampf gegen den Absolutismus ablenken lassen. Es muß alles zu seiner Zeit geschehen. Auch auf dem Baume, der im Sumpfboden des § 14 wurzelt, werden die Früchte schon reif werden. Bis dieser Zeitpunkt kommt, werden wir es nicht unterlassen, den Baum, auf dessen Ästen der Graf Thun sitzt, zu schütteln. Heute aber ist Lueger auf der Tagesordnung, und wir werden den Moment, mit ihm abzurechnen, nicht versäumen.

Der Redner beantragt nun die Annahme folgender

Resolution:

Die heutige Volksversammlung sieht in der vom niederösterreichischen Landesausschuß beantragten Landtagswahlreform das notgedrungene Geständnis, daß es unmöglich geworden ist, den Massen des Volkes das Wahlrecht in sämtliche Vertretungskörper noch weiter vorzuenthalten:

zugleich aber erkennt sie in diesem Antrag den frevelhaften Versuch, die Rechtlosen zu täuschen und ihnen statt der Gewährung ihres anerkannten guten Rechtes einen jämmerlichen Brocken zu geben, der überdies mit voller Absicht in einer Form dargeboten wird, die die praktische Verwirklichung auch dieser elenden Wahlreform unmöglich macht.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft Niederösterreichs brandmarkt dieses Vorgehen der christlichsozialen Beherrscher des Landes als einen faulen Schwindel, der nichts anderes offenbart als deren brutalen Egoismus und ihre feige Heuchelei.

Die Versammlung erklärt insbesondere, daß jeder Antrag, die Ausdehnung des Wahlrechtes mit Verschiebungen in den privilegierten Kurien zu verbinden, nur ein gleißnerischer Versuch sein kann, den Schein zu retten, die Wahlreform aber zu vereiteln.

Einen weiteren Beweis für die Volksfeindlichkeit der Christlichsozialen sieht die Arbeiterschaft darin, daß der Landesausschuß die Ausdehnung des Gemeindewahlrechtes unter den nichtigsten Vorwänden abgelehnt hat. In Wien selbst wurde die hundertmal verheißene Ausdehnung des Gemeindewahlrechtes durch den Bürgermeister selbst bis heute verschleppt, und was von dem Inhalt seines Vorschlages bekannt ist, läßt erwarten, daß er ebenso wie das Machwerk des Landesausschusses unzulänglich und vom borniertesten Klassenegoismus geleitet sein werde.

Die klassenbewußte Arbeiterschaft erklärt, daß sie angesichts dieser Umtriebe der klerikalen Demagogen an ihrer gerechten Forderung festhält, an dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht in Stadt und Land, und daß sie weiß, daß es niemals dringender und notwendiger war als jetzt, die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen der besitzlosen Volksklassen gegen ihre gefährlichsten Gegner zu verteidigen. Darum wird die Arbeiterschaft in Wien und Niederösterreich diesen Wahlrechtskampf mit rücksichtsloser

Energie führen gegen die Feinde des Rechtes, der Wohlfahrt und der Zukunft der Arbeiterklasse*).

Der Redner schließt nun, indem er sagt: Es ist nicht viel, wenn wir versprechen, für dieses Wahlrecht das zu tun, was wir für das Reichsratswahlrecht taten, wenn wir versprechen, den Kampf zu führen gegen eine Clique, die das Volk und die Jugend vergiften will. Das feudale Regime im Reiche und das christlichsoziale in unserem Kronlande sind innerlich verwandt; wenn wir gegen Lueger kämpfen, so kämpfen wir nicht nur gegen den Verderber von Wien, sondern zugleich gegen die ihm im Wesen so nahestehenden Verderber von ganz Österreich. (Stürmischer Beifall.)

Vorbereitung des Wahlrechtsraubes.

Acht Versammlungen am 13. März 1899**).

Die Wahlreform, die Dr. Lueger eingebracht, ist ein großer Erfolg der Arbeiter Wiens. Aber man anerkennt das Wahlrecht der Arbeiterschaft mit dem Mund und sucht es dann wieder durch

*) Die Resolution wurde selbstverständlich mit großer Begeisterung beschlossen.

**) Am 11. März 1899 hatte Lueger dem Gemeinderat den Entwurf einer Gemeindewahlordnung mit Aufhebung der Wahlkörper, aber mit der fünfjährigen Seßhaftigkeit vorgelegt. Außerdem sollte auch das Gemeindestatut geändert und der Stadtrat abgeschafft werden. Die Geschäftsordnung sollte durch Bestimmungen über die Einsetzung eines Disziplinarausschusses und über die zur Ausschließung von Gemeinderäten (den sogenannten Hausknechtparagraphen) ergänzt werden.

Lueger wollte die Komödie der Einführung des allgemeinen Wahlrechts im Gemeinderat spielen. So wurde sowohl das Gemeindestatut wie die Gemeindewahlreform in zwei Dauersitzungen im Gemeinderat durchberaten und schon am 22. März dem Landtag vorgelegt. Dann fuhr er nach Rom zum Heiligen Vater. Indessen hatte Weiskirchner im Landtag das allgemeine Wahlrecht umzubringen, und tatsächlich wurde schon am 14. April im Ausschuß des Landtages beschlossen, das Wahlkörpersystem beizubehalten und den drei privilegierten Wahlkörpern einen vierten Wahlkörper des allgemeinen Wahlrechts mit fünfjähriger Seßhaftigkeit anzufügen. Auch die Zusammensetzung der Wahlkörper wurde im Interesse der Christlichsozialen geändert. So wurden die Lehrer aus dem zweiten in den dritten Wahlkörper verschoben, dafür der zweite Wahlkörper durch die ernannten „Bürger" gesichert. Überdies wurden die Einkommensteuerzahler entrechtet, indem für sie ein höherer Zensus bestimmt wurde als bei dem Erwerbsteuerzahler.

Das neue Einkommensteuergesetz, das im Jahre 1899 in Kraft getreten war, hatte den Arbeitern auch die Steuer auferlegt und es war die Gefahr, daß die Arbeiter als Einkommensteuerzahler in den proletarischen Bezirken den Christlichsozialen die Mehrheit im dritten Wahlkörper wegnehmen. Das war ja der wirkliche Grund gewesen, warum Lueger die Wahlreform mit der Komödie des allgemeinen Wahlrechts schaffen wollte.

Am 17. Mai legte Weiskirchner dem Ausschuß bereits den neuen Entwurf vor: er enthielt die Entrechtung der Einkommensteuerzahler und den

Winkelzüge zu vereiteln. Dr. Lueger war genötigt, ein allgemeines Wahlrecht in der oder jener Form einzubringen, weil einmal die Arbeiterschaft schon bei den Reichsratswahlen mitgewählt hat, und weil Lueger die privilegierten Wähler lange nicht mehr für so sicher hält wie früher, wenn er sie vielleicht auch für gescheiter hält, als sie sind. Wir müssen aber sagen, diese Wahlreform nimmt alles auf, was, obwohl es vernünftig ist, Lueger nützen kann; sie nimmt aber gar nichts auf, auch wenn es gerecht ist, sobald es ihm schaden kann. Der Vergleich dieser Wahlreform mit der des Grafen Taaffe, der letzthin gemacht wurde, ist falsch. Sie ist der gerade Gegensatz. Die Taaffesche Wahlreform bietet ein allgemeines Wahlrecht, diese aber ein höchst beschränktes. In der Taaffeschen war keine Spur von einem gleichen Wahlrecht, hier wird es gewährt, und gerade darin liegt ihre ganz wesentliche prinzipielle Bedeutung, die wir durchaus nicht verdunkeln, sondern im Gegenteil anerkennen müssen, und für die wir entschieden eintreten müssen. Wenn die Christlichsozialen von dieser Wahlreform nicht so entzückt sind, wie sie verpflichtet wären, so hat das gute Gründe. Sie ahnen, es steckt etwas drinnen, das ihnen zwar heute nicht schadet, sondern sogar nützt, was ihnen aber morgen gefährlich werden kann. Der ersten Wahl ist Lueger sicher, bei der zweiten aber werden auch andere Leute mitzureden haben. Aber er arbeitet mit dem Moment und will den Glanz eines Volksmannes gewinnen. Die Liberalen werden bei dieser Gelegenheit wieder lebendig. Sie zeigen, wie borniert sie sind. Sie glauben, daß diese Wahlreform nicht sanktioniert werden wird, und kämpfen trotzdem gerade gegen das, was populär ist in dieser Vorlage. Vielleicht steckt da

vierten Wahlkörper mit 20 Mandaten, während die drei privilegierten Wahlkörper je 46 Mandate hatten — allerdings war statt der fünfjährigen die zweijährige Seßhaftigkeit eingeführt.

Dieser infame Wahlrechtsraub veranlaßte die Arbeiter zu stürmischen Kundgebungen gegen Lueger, dessen verborgenes Spiel offenkundig war. Am 4. Juni sollte im Musikvereinssaal eine Massenversammlung mit der Tagesordnung: „Wie die Arbeiter Wiens um ihr Wahlrecht betrogen werden" stattfinden; sie wurde aber verboten. Statt der Versammlung hielten die Arbeiter nun einen Demonstrationsspaziergang auf der Ringstraße ab, die von den Rufen „Pfui Lueger!" erdröhnte.

Am 17. Juni beschimpfte Lueger die Arbeiter im Gemeinderat als „Buben", die sich auf der Straße tumultuarisch benehmen — und vor denen er Verachtung habe.

Die Regierung Thun wagte es angesichts des Widerstandes, der sich nicht nur bei den Arbeitern gegen die Wahlordnung erhob, nicht, sie sanktionieren zu lassen. Das war erst Herrn Dr. v. Wittek vorbehalten, der am 21. Dezember 1899 eine provisorische Beamtenregierung bildete, die bis zum 18. Jänner 1900 im Amt blieb. Sie hatte außer der Anwendung des § 14 auch die Sanktionierung des Wahlrechtsraubes vorzunehmen.

Als die acht Versammlungen am 13. März 1899 unmittelbar nach der Einbringung der Luegerschen Wahlreform stattfanden, hatte man natürlich noch keine Ahnung davon, daß Lueger nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern einen Betrug plante.

Beim Dreher auf der Landstraße sprach Adler.

ein Rest von Ehrlichkeit drinnen. Durch die Personaleinkommensteuer wären viele Arbeiter wahlberechtigt geworden, das ist vielleicht mit ein Grund für die Einbringung dieser Wahlreform. Lueger sucht aber die Arbeiter möglichst auszuscheiden und hat da zu einer Idee des Herrn v. Plener gegriffen, wie die Christlichsozialen immer in den abgelegten Kleidern der Liberalen einherstolzieren. Die Einführung des fünfjährigen Wohnsitzes ist aber eine Infamie. (Lebhafter Beifall.) Aus einer Petition der Gemeinde Wien bei der Schaffung des neuen Heimatsgesetzes geht hervor, daß ein Drittel, mindestens aber ein Viertel der Bewohner Wiens vom Wahlrecht ausgeschlossen sein dürfte. Diese Vorlage hat uns auch nicht ein Wahlrecht der Frauen gebracht, trotzdem diese vieles besser als wir verstehen würden von dem, was die Gemeinde besorgen muß. Wenn aber die Regierung, wie die Liberalen hoffen, diese Wahlreform nicht genehmigen wollte, dann wird die Regierung auch noch etwas von uns erleben. In der Vorlage komme noch die Bestimmung vor, daß der Staat der Gemeinde die Kosten des übertragenen Wirkungskreises zahlen, und daß die Regierung auch weniger Einfluß auf den selbständigen Wirkungskreis haben solle. Da kann die Regierung leicht sagen, die Wahlreform gefällt mir sehr gut, aber das andere kann ich nicht annehmen. Wir verlangen, daß das Wahlrecht allein gemacht werde, und über die anderen Dinge werden wir später reden.

Der Sieg des gleichen Wahlrechts.

Ein Jubiläum.

Massenmeeting auf der Praterbahn, 26. Juli 1903*).

Genossen und Genossinnen! Arbeiter und Arbeiterinnen von Wien! Wir feiern heute ein Jubiläum. Zehn Jahre sind es her, daß wir in den Kampf ums Wahlrecht eingetreten sind, zehn Jahre seit jener Versammlung im Rathaus, die für immer denkwürdig bleiben wird in der Geschichte dieses Landes. Wir haben damals den Weg gezeigt, den Österreich gehen muß und wurden verhöhnt und verlacht. Wir haben damals das Wahlrecht als den Ausweg aus den österreichischen Wirren bezeichnet, damals, als noch niemand daran dachte, den Weg zu betreten. Es hat sich damals ein alter Sünder, Graf Taaffe, gefunden, der einen Rest von politischem Verstand zusammengerafft hat und der politischen Vernunft die Bahn ebnen wollte. Da haben sich das Bürgertum, die Bürokratie, der Klerikalismus zu einer starren Koalition zusammengetan und den Versuch erwürgt. Parteigenossen! Man hat uns hernach ein Stück von dem, was wir wollten, gegeben. Wir haben genau gewußt, daß dieses Schwindel- und Scheinwahlrecht, diese Verfälschung des guten Rechtes weder dem Staate noch dem Volke helfen kann. Aber was wir vom ersten Moment an erkannten, dazu hat Österreich sechs Jahre gebraucht. Heute hat auch der Schwindel der fünften Kurie gründlich Bankrott gemacht. Man sehe sich um in Österreich. Alles ist verzweifelt, alles ist rat-

*) Am 25. Juni 1903 hatte Körber, nachdem die Jungtschechen zwei Tage vorher wieder mit der Obstruktion eingesetzt hatten, das Parlament vertagt, um sich wie die erste, so auch die zweite Halbjahrsrate des Budgets mit dem § 14 selbst zu bewilligen. Darauf veröffentlichte am 5. Juli die Gesamtparteivertretung der österreichischen Sozialdemokratie gemeinsam mit dem Abgeordnetenverband ein Manifest, das die Arbeiter zum Kampfe gegen dieses Parlament und gegen die alles korrumpierenden Wahlprivilegien aufforderte. Danach folgte im ganzen Reiche eine große Zahl von Kundgebungen für das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Eine der größten dieser Kundgebungen war die Massenversammlung, die am 26. Juli auf der Radrennbahn im Prater abgehalten wurde. Sie war von mehr als 30.000 Personen besucht und es wurde von drei Tribünen aus gesprochen.

Auch im Reiche fanden stürmische Kundgebungen statt. Nach einer dieser Versammlungen, die am 7. September 1903 in Brünn stattfand, kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei mehr als 20 Personen durch Säbelhiebe verletzt wurden.

los, und weil sie ganz verzweifelt sind, gehen sie in die Bäder, um ein paar Wochen den Jammer hinausschieben zu können. Wenn sie aber zurückkommen, dann beginnt wieder die alte Not, die nicht mehr mit Flickwerk beseitigt werden kann! *Dieser Staat hat nur mehr eine Hilfe: das Volk selbst!* (Brausende Zustimmung.) Will man an das Volk appellieren, dann ist noch eine Möglichkeit einer gesunden Entwicklung da. Um das zu tun, dazu fehlen an den entscheidenden Stellen noch die Einsicht und der Mut. *An der Feigheit und Dummheit seiner Regierer geht dieser Staat zugrunde.* (Stürmischer Beifall.) Die klare Wahrheit liegt deutlich, für jedermann greifbar, da. In einem Staate, der geteilt ist nach Nationen, wo die nationalen Leidenschaften wüten, da gibt es nur eines, das die Nationen bändigen kann: den Kampf der Klassen! Uns verbindet mit den Tschechen da drüben die gemeinsame Not, die gemeinsame Hoffnung, die Notwendigkeit der gemeinsamen Entwicklung. Auch die anderen Klassen haben ihre Gemeinsamkeiten. Das Wahlrecht muß ermöglichen, daß diese Klassengegensätze sich gegenüberstehen. Österreich, das wissen heute schon alle, muß erneuert werden, sonst wird es elender als die Türkei verrecken.

Man hat uns in Verdacht, daß wir dem „*Staatsstreich*" das Wort reden. Nun, wir fürchten uns vor keinem Wort. Die Revolution ist eine Sache, die mitunter auch von oben gemacht wird. Wir sehen gar nicht ein, warum der Absolutismus, der in Österreich nie aufgehört hat zu sein, nur Blödsinn produzieren muß (Heiterkeit), warum er einmal nicht auch etwas Vernünftiges hervorrufen soll. Übrigens hat das Parlament ja noch eine Möglichkeit offen. Wenn es noch einen Funken von Verantwortlichkeitsgefühl und Einsicht besitzt, dann wird es an sich selbst das *Harakiri*, den Selbstmord vollführen. *Will man die Wahlreform nicht machen, dann wird Österreich am Schindanger**) *endigen*, und uns ist es gleichgültig, wer es auf ihn wirft. Die Verfassung ist gemacht worden von einem Bürgertum, das knechtselig und winselnd vor den Feudalen, feig zitternd vor dem Volke war. Wir haben diese Verfassung nicht gemacht, wir haben dieses Österreich nicht geschaffen, wir sind nicht dafür verantwortlich. Von uns aus kann die Weltgeschichte mit Österreich machen, was sie will, uns interessiert daran bloß das Schicksal der Arbeiterklasse. Daß der Weg aus dem Schlamm nicht einfach ist, wissen wir. Dieses Parlament, das gefügig ist für alle Niedertracht und unfähig ist für alles Gute, stirbt an seiner Unfähigkeit, zu sein. Wo sind die Dinge, die für Österreich wirklich notwendig sind? Wo ist seit zehn Jahren ein Fortschritt gemacht worden, der den arbeitenden Klassen nützt? Nicht einmal die *Alters- und Invaliditätsversicherung***) können wir herauskriegen. Aber was

*) Dieses Bild hat Adler wiederholt gebraucht, so zum Beispiel in seinem Referat über Parteitaktik auf dem Parteitag in Graz 1900. (Bd. VIII, Seite 202 ff.)

**) Um die Regierung an das in der Thronrede gegebene Versprechen der Altersversicherung zu erinnern, hatte die Partei einen Petitionssturm

wir bekommen, das waren Wehrgesetze, die dem Kaiser zum Frühstück von dressierten Hunden gebracht wurden, während die Ungarn sich energisch zur Wehre setzen. Was wir bekommen, das sind Zölle, die unsere nötigsten Nahrungsmittel verteuern sollen. Wir sagen: Ein Parlament, das nichts anderes kann, brauchen wir nicht!

Wir feiern heute das Jubiläum eines schweren Kampfes. Wie der Kampf sein wird, in den wir heute eintreten, wissen wir nicht. Ein entscheidender Kampf — vielleicht nicht morgen, vielleicht nicht in einer Woche — wird uns nicht ausbleiben. Wir sind in diesem Staate die einzigen, die sagen, was ist. Die anderen haben die Kanonen, die Polizisten, die Regimenter. Aber eines haben wir, was sie nicht haben: die Vernunft! Die Fähigkeit, zu erkennen, und den Mut, zu tun, was notwendig ist. Sie haben früher Herrn v. Körber abfällig begrüßt. (Heiterkeit.) Der glatte Herr wird sehr verwundert sein, denn er glaubt ja, ein sehr moderner, sehr volksliebender und deshalb sehr volkstümlicher Minister zu sein. (Heiterkeit.) Er wird fragen: Was habe ich denn getan, um diese Begrüßung zu verdienen? Aber das ist ja gerade das Verbrechen, dessen wir ihn beschuldigen, daß er das nicht getan hat, was notwendig ist! (Stürmischer Beifall. Polizeikommissär Pichler unterbricht den Redner. Heftige Pfuirufe in der Versammlung.) Dr. Adler: Gut, ich brauche es nicht mehr sagen, ich habe es schon gesagt. (Heiterkeit.) Wie Sie sehen, gehöre ich nicht zu den Bewunderern des Herrn v. Körber*), ich habe keine allzu große Meinung von seinen politischen Überzeugungen und seinem politischen Mut. Aber das muß ich doch zu seiner Ehrenrettung sagen, so dumm ist der Mann nicht, daß er sich darüber aufhielte, wenn man ihm politische Wahrheiten sagt. (Heiterkeit.) Die Nervosität des Herrn Polizeikommissärs ist wohl noch ein Stück alter Schule, eine alte Krankheit, die wieder zum Ausbruch kommt. Oder — soll man das anders auslegen? Sind das Vorzeichen eines nahenden Endes**)? Wenn die Polizeikommissäre anfangen, Redner zu unterbrechen, oder die Staatsanwälte beginnen zu konfiszieren, so ist gewöhnlich nicht die Arbeiterschaft, sondern das Ministerium in Gefahr. Es wäre ja kein Wunder, wenn Herr v. Körber in seiner Haut nervös würde. Aber ein Minister, der dumm wird, wäre noch rascher fertig als ein gescheiter.

Wir werfen diesem Ministerium vor, daß es einen verbrecherischen Mangel an Mut hat. Die Rettung braucht kein Staatsstreich zu sein, obzwar wir in Österreich nicht wehleidig zu sein brauchen,

---

eingeleitet, außerdem hatte der Verband einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der auch einstimmig beschlossen wurde. Alles war aber vergeblich.

*) Siehe auch das Schlußwort zur Parteitaktik auf dem Parteitag in Aussig 1902, wo Adler ausführlich über das System Körber sprach. (Bd. VIII, Seite 224 ff.)

**) Körber ist erst am 30. Dezember 1904 gefallen. Sein Nachfolger war Gautsch.

der § 14. dieser chronische Staatsstreich, hat uns abgehärtet. Wenn die Verfassung wegen einer Zuckersteuer, wegen militärischer Steuern gebrochen wird, dann wird die alte Vettel, die Verfassung, nicht mucksen dürfen, wenn sie einmal zugunsten des Volkes ausgelegt wird.

Wir stehen vor einem Kampfe, der Mut und vor allem Ausdauer fordern wird. Einen Helfer haben wir neben uns: die geschichtliche Notwendigkeit. Entweder Österreich bekommt ein gleiches Wahlrecht oder es muß zugrunde gehen, wie es seine Herrscher längst, nicht seine Völker verdient haben. Mit diesem Gedanken treten wir in den Kampf, und wir werden sehen, wer stärker ist, der egoistische Wahnwitz oder das Recht des Volkes! Ich schließe mit dem Appell an die Wiener Arbeiterschaft, ihre Pflicht zu tun bis ans Ende! Hoch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! (Begeisterte Bravo- und Hochrufe.)

Massenpsychologische Bedingungen.

Parteitag 1903*).

Die Frage des Wahlrechts muß natürlich bei uns auf der Tagesordnung stehen, denn sie ist die grundlegende Frage der österreichischen Politik. Gerade darum stehen wir vor der Schwierigkeit, daß wir diese Not, die immer da ist, nicht immer zu einer brennenden, großen Agitation machen können. Unser politischer Kampf ist wesentlich ein Kampf ums Wahlrecht; aber Sie können nicht erwarten, irgendeine Bewegung auf längere Zeit in einer Höhe zu erhalten, die die Leidenschaft in gleicher Weise zu entfalten vermag. Das ist psychologisch, auch massenpsychologisch unmöglich. Wir müssen das Bewußtsein von der Elendigkeit unseres Wahlrechts immer lebendig erhalten bei uns, bei den bürgerlichen Parteien, bei der Regierung, aber wir können unmöglich fortwährend den Kampf in jener Siedehitze, auf jener Höhe halten, in die er nur zu gewissen

*) Auf dem Parteitag, der vom 9. bis 13. November 1903 in Wien stattfand, erstattete Vaněk (Brünn) das Referat über die Wahlrechtsbewegung in tschechischer Sprache. Er verwies darauf, daß in Brünn bereits Blut für das Wahlrecht geflossen sei, daß sich aber nirgends, auch nicht in Wien ein Widerhall zeigte. Die Wahlrechtsbewegung sei dadurch auf einen toten Punkt gekommen. Es sei nicht mehr das nötige Feuer da. Die Aufgabe sei es, dem Feuer der Wahlrechtsbewegung eine Nahrung zu geben, daß es bald in ganz Österreich zu einer mächtigen Flamme werde. Darauf antwortet nun Adler.

Die übrigen Reden Adlers auf diesem Parteitag, die er beim parlamentarischen Bericht gehalten hat, sind in der Schriftenreihe „Victor Adler, der Parteimann“ unter dem Titel „Ekel am Staat“ (VIII. Bd., Seite 232) und „Militarismus und Demokratie“ (IX. Bd., Seite 11) abgedruckt; schließlich auch das Referat über den bevorstehenden internationalen Kongreß in Amsterdam (VII. Bd., Seite 23).

Zeiten, bei günstigen Gelegenheiten hinaufgetrieben werden kann. Wenn ich also glaube, daß wir für den Wahlrechtskampf tun, was wir können, möchte ich doch jenen Rednern entgegentreten, die in dem Hinweis in der Resolution, daß das Proletariat schließlich auch noch andere äußerste Mittel zur Verfügung hat, einen nicht opportunen, unerwünschten Hinweis auf den Generalstreik sehen. Wir wissen nicht, ob das österreichische Proletariat zum Generalstreik kommen wird, aber wir wissen ebensowenig, ob er uns erspart sein wird. So gewissenlos es wäre, für die nächste Zeit einen Generalstreik zu politischen Zwecken anzukündigen, ebenso unklug, ja unverantwortlich wäre es, den Generalstreik abzuschwören. Die Erfahrungen des Auslandes geben dazu keinen Anlaß. Der Generalstreik in Belgien war für mich — im Gegensatz zu vielen Genossen — ein Beweis, daß es bei einer tüchtigen Organisation möglich ist, den Generalstreik eintreten zu lassen und, was ich früher für ganz unmöglich hielt, auch zu beendigen. Ich habe den glorreichen Rückzug der belgischen Genossen*) für einen der größten Erfolge der Organisation gehalten, der je da war! Wir wissen alle: Was wir unternehmen, jede Aktion wird erst dann von großer Bedeutung, wenn wir unsere Handlungen bewußt beginnen und auch bewußt beenden können. Das schien beim Generalstreik unmöglich; nun zeigt es sich: er ist in einer vernünftigen, besonnenen, klaren Weise zu Ende zu führen. Darum bin ich nicht dafür, unsere Gegner zu beruhigen, daß sie davor sicher sind. Wir würden in ihnen damit eine gefährliche Illusion nähren. Abschwören wollen wir den Generalstreik nicht. Wann, wie, ob, das steht dahin.

Die Genossinnen von der Frauenkonferenz, die über alles Erwarten gut abgelaufen ist, bringen uns vor den Parteitag die Produkte ihrer Tätigkeit. Wir sollen ihre Resultate zur Kenntnis nehmen. Wir haben ja nichts dagegen, daß das geschieht. Aber die Genossinnen dürfen nicht erwarten, daß wir uns hier, wo wir eine reichliche Tagesordnung zu erledigen haben, auch noch eine Diskussion über das Frauenwahlrecht aufdringen lassen. Wir sind mit unserem Herzen (Heiterkeit) bei ihnen, aber wir haben jetzt aktuellere Dinge zu erledigen.

---

*) Im Jahre 1902 versuchten die belgischen Arbeiter die Beschränkungen des Wahlrechtes, die sie bei dem Generalstreik im Jahre 1893 hatten hinnehmen müssen — vor allem die Pluralstimmen —, durch einen Generalstreik zu beseitigen. Aber obwohl dreihunderttausend Arbeiter daran teilnahmen und obwohl nicht nur die Beteiligung, sondern auch die allgemeine Begeisterung nicht geringer war als 1893, gelang es nicht, der Bourgeoisie und ihrer Regierung auch nur die geringste Konzession abzuzwingen. Henriette Roland-Holst schreibt in ihrem Buch über Generalstreik und Sozialdemokratie: Was den zweiten belgischen Streik für das internationale Proletariat so äußerst wichtig macht, ist die Art, in der die belgischen Arbeiter den Rückzug antraten. Es glückte ihnen, den verlorenen Streik im richtigen Augenblick abzubrechen und die Bewegung in bester Ordnung aufzuheben. Sie vollbrachte, was besiegten Heeren immer als großer Ruhm angerechnet worden ist: sich nach der Niederlage in vollkommenster Disziplin zurückzuziehen. (Zweite Auflage, Seite 60.)

Die Arbeiter und das Privilegienparlament.

Versammlung beim Ronacher, 20. Dezember 1903*).

Ich glaube nicht, daß irgendwo anders und andere Leute, als die hier sind, heute, am Sonntag vor Weihnachten, den merkwürdigen Geschmack haben, sich um Österreich zu kümmern. (Heiterkeit.) Wir stehen vor dem Feste, und wo Österreich ist, da verschwindet jede Freude am Feste; wo der Gedanke an unseren Staat ist, da verschwindet jeder Frohmut. Aber so ist einmal die Arbeiterschaft, und wäre sie nicht so, dann müßte man in der Tat verzweifeln. Keine Klasse gibt es in diesem Lande, an die irgendeine Hoffnung zu knüpfen ist, außer der Arbeiterschaft. Sehen Sie doch hin auf die klerikale Gefahr. Es ist ja der alte Klerikalismus, nur in anderer Tracht; früher war es der große Jesuitenhut, heute ist es der Frack und die goldene Kette. Aber es ist der alte Klerikalismus. Wie war er vom Bürgertum gehaßt und heute ist dies Bürgertum hier in Wien in das klerikale Lager übergelaufen! Sie ergeben sich in ihr Schicksal, sie lassen sich geduldig führen und scheren. (Beifall.) Das Parlament, dessen Entwicklung in den letzten Jahrzehnten uns Pernerstorfer geschildert hat, ist heute in einem wesentlich anderen Zustand, als es noch vor einigen Jahren war. Obstruktion haben wir öfter gehabt, aber was heute ist, ist nicht nur die Unmöglichkeit, auf diesem dürren Boden Gesetze wachsen zu sehen; es ist der Verlust jedes Glaubens an sich selbst, der Verlust der Selbstachtung des Parlaments.

Die einzigen, die dieses Parlament ernst nehmen, sind wir Sozialdemokraten, ernst nehmen in dem Sinne, daß wir ein Parlament, das von sich glaubt, daß es nicht leben und nicht sterben kann, wenigstens zu einer Funktion drängen möchten: zum Krepieren. (Lebhafter Beifall.) Unsere Abgeordneten haben — wir müssen ihnen dafür dankbar sein — mit Selbstüberwindung und mit der Beredsamkeit, die die Überzeugung gibt, und mit der Eindringlichkeit, die die Erkenntnis der Logik der Tatsachen gibt, dem Parlament gesagt: Dringlich ist für dieses Parlament nur das eine, daß es in seiner heutigen Form verschwinde, daß es die Verfassung, an

---

*) Das Parlament war im Laufe des Jahres 1903 immer mehr ein Opfer der schleichenden Obstruktion geworden, so daß Körber am 25. November selbst erklärte, soweit es sich um die Gesetzgebung handle, herrsche die Ruhe des Friedhofs. Am 9. Dezember wurde eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen verhandelt: ein Antrag des Jungtschechen Dr. Forscht auf Einsetzung eines Ausschusses zur Ausarbeitung einer neuen Verfassung und ein Antrag Ellenbogen auf Einsetzung eines 48gliedrigen Ausschusses zur Ausarbeitung eines Entwurfes einer neuen, auf dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht sowie auf der nationalen Autonomie fußenden Verfassung. Der Antrag Ellenbogen wurde — übrigens genau wie der andere — abgelehnt.

In der Versammlung, die darauf am Sonntag vor Weihnachten im Ronachersaal stattfand, sprach zuerst Pernerstorfer, dann Adler.

der dieser Staat krankt, beseitige. Was ist mit diesem Antrag*) geschehen? Man hat unseren Redner reden lassen. Die einen haben, wo er von der Selbständigkeit der Völker gesprochen hat, mit dem Staatsrecht geantwortet und die deutschen Parteien haben gar nicht geantwortet. Die Leute, die im Jahre 1893 der Taaffeschen Wahlreform gegenüber jene verhängnisvolle Koalition geschlossen haben, die Leute, an deren politischen Verbrechen der Staat heute krankt, sie haben auf die einzig wichtige und dringliche Frage des Staates keine Antwort gewußt. Nicht das leiseste Echo hat sich aus diesen verödeten Herzen und vertrockneten Hirnen herauslocken lassen. Und die Regierung? Herr v. Körber ist gewiß ein intelligenter Mann. Es wäre überhaupt unrecht, wenn man uns Österreichern oder unseren Bürokraten den Vorwurf der Dummheit machen würde. Was aber diesem Geschlecht fehlt und woran es auch Herrn v. Körber fehlt, das ist der Mut. Nicht einen Funken von Mut hat er, und so wird man ihm einmal nachsagen: Er war der Mann, der alles weiß, aber gar nichts kann, der Mann, der sehr gut weiß und begreift, wo das Übel steckt, der aber mit einem Blick nach oben und einigen verschämten Liebesblicken nach unten für den morgigen Tag sorgt; wenn er weiß, daß er morgen noch lebt, so ist er zufrieden und um sich von Tag zu Tag zu fristen, opfert er Stück für Stück das Wichtigste.

Wir sind in einem Zustand, wie niemals, so weit ich die Geschichte kenne, ein Staat war. Wenn jemand ein Phantasiegemälde entwerfen wollte von allen Verrücktheiten und Unmöglichkeiten, die in einem Staate auf einem Punkte vereinigt werden könnten, nie könnte er einen Staat konstruieren, wie dieses Österreich ist, nie könnte er sich einen Zustand ausmalen, wie der politische Zustand dieses Landes in diesem Augenblick ist. Wir stecken in einem Staate, der nicht weiß, ob er selbständig ist oder nicht, in einem Staate, der begründet ist auf die Notwendigkeit, alle zehn Jahre einen Selbstmord begehen zu müssen, alle zehn Jahre seine wichtigsten Interessen preisgeben zu müssen, um zu einem Vertrag**) mit einem Lande zu kommen, das ganz recht hat, sich um uns nicht zu kümmern und das mit größter Kaltblütigkeit und Energie seine Wege zur Selbständigkeit geht. Wir sind gezwungen, alle zehn Jahre Ungarn nachzulaufen, und unsere ganze innere Politik ist ja tatsächlich darauf gerichtet, daß alle zehn Jahre die Vertreter der Völker Österreichs Verrat an den Interessen des Volkes üben

*) Mit dem Antrag Ellenbogen, von dem oben die Rede ist.

**) Der „Ausgleich" mit Ungarn mußte alle zehn Jahre neu geschlossen werden und zu diesem unpopulären Zwecke mußten die Parteien im Parlament zusammengekauft werden, da anders eine Mehrheit nicht zu bekommen war. Das brachte das österreichische Parlament in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts immer in Unordnung; da der Ausgleich 1867 begonnen hatte, immer in den Jahren von 2 bis 7 des Jahrzehnts. Statt durch Änderung des Verhältnisses zu Ungarn diesen ständigen Markt im Parlament zu beseitigen, bei dem die Parteien meist für nationale oder wirtschaftliche Konzessionen gekauft wurden, erzeugte man nationale Unruhe

müssen, um jenes widernatürliche Untertänigkeitsverhältnis zu Ungarn aufrechtzuerhalten, an dem keine Klasse ein Interesse hat, nur eine Familie in Österreich ganz allein. (Beifall.)

Aber dieser Wahnwitz könnte nicht aufrechterhalten werden, wenn er nicht ermöglicht würde durch den Wahnwitz unserer inneren Zustände. Wir haben eine Verfassung, die den Existenzbedingungen der Völker Österreichs niemals entsprochen hat, die aber heute gerade mörderisch ist für die Entwicklung, eine Verfassung, die der Fluch dieses Landes ist, die niemandem zugute kommt als einigen feudalen Familien und den Klerikalen, die im Schatten dieser Verfassung ihre schmutzigen Geschäfte machen. (Beifall.) Ein baufälliges Gebäude hat Pernerstorfer diesen Staat genannt, und doch gibt es eine Schicht, die sich in diesem Hause wohl fühlt. In jedem baufälligen Haus fühlt sich das Ungeziefer ganz wohl. (Lebhafter Beifall.) Das ist es, in allen Ritzen stecken sie, die davon leben, daß sich die Völker nicht entwickeln können. Dem Parlament ist nicht zu helfen. Heutzutage ist ein Parlament, das Vertreter des Großgrundbesitzes, der Handelskammern und Vertreter des allgemeinen Wahlrechtes in einem Saale vereinigt, unmöglich, und es wird nie seine Pflicht tun können. Ein solches Parlament ist nicht nur die Frucht der Sünde und des Verbrechens an den Völkern, sondern es ist auch für immer zur Untätigkeit und Unfähigkeit verdammt.

Alle die Künste, die man versucht, um diese Leute zu galvanisieren, zeigen bloß, daß der Verwesungsprozeß zu weit vorgeschritten ist, um auch nur den Anschein eines Lebens zu erzielen. Sie wissen, welche Rezepte man anwenden will. Man behandelt das Parlament ja jetzt wie einen Tobsüchtigen und meint, wenn man die Zwangsjacke einer Geschäftsordnung anwenden würde, so würde der Tobsüchtige zur Ruhe zu bringen sein. Möglich, mit der Zwangsjacke kann man knebeln, kann man zur Ruhe bringen, aber man hat mit ihr noch nie eine Leiche lebendig gemacht, ja noch nicht einmal einen Tobsüchtigen vernünftig.

Ich glaube nicht, daß der Versuch, das Parlament mit einer anderen Geschäftsordnung flott zu machen, diese Zumutung, das Parlament solle sich am eigenen Zopfe aus dem Sumpfe ziehen, sich wiederholen wird. Wir haben dem Parlament den einzigen Weg gewiesen, den es ehrlich gehen kann: Leben kann es nicht in diesem Zustand, leben kann es nicht, wenn es begründet bleibt auf dem Unrecht, auf der Vergewaltigung und Beschwindelung der

---

und statt durch einen nationalen Ausgleich diese zu beseitigen — was nun wieder wegen der Dringlichkeit des parlamentarischen Marktes für den Ausgleich schwer war —, vermehrte man sie noch, wie sich bei den Sprachenverordnungen gezeigt hatte. Und wenn man das Parlament so zerstört hatte, um den Ausgleich im Interesse des Kaisers zu schließen — was immer mit Opfern Österreichs geschehen mußte — glaubte man dann durch eine Geschäftsordnung der Krankheit des Parlaments beikommen zu können: wie 1897, so jetzt und später.

großen Massen. Das einzige, was es könnte, wäre, sich selbst umzubringen, einen ehrenvollen Tod zu sterben. (Lebhafter Beifall.)

Und was nun? Wir müssen zusehen, daß Österreich eine Lächerlichkeit und ein Objekt des Mitleids und der Verachtung für das Ausland wird und müssen zusehen, wie die wirtschaftlichen Interessen der breiten Massen auf das kläglichste mißachtet werden. Wir können daran nichts ändern. Aber welche Hoffnung haben denn die anderen? Es ist ein bezeichnendes Wort von Monsignore Scheicher gesprochen worden. Er hat erzählt: Ja, der Thronfolger, der weiß ganz genau, wie die Sache steht. Wenn wir marschieren*), meint der Thronfolger, dann werden sich die Einigkeit und der Staat schon wieder herstellen lassen! Die Bajonette sind also heute noch, wie wir sehen, die ultima ratio der Politiker, denen die Zukunft dieses Landes schließlich überwiesen werden wird. Herr Scheicher hat dieses Wort sehr bewundert. Er hat es in seiner Jesuitenschule eben nicht anders gelernt. Wir aber wissen, wohin die Bajonette führen und wir wissen, daß die Bajonette alles können, nur nicht einen Staat retten, der dem Untergang geweiht ist. (Lebhafter Beifall.)

Nun nennt man es „Staatsstreich", wenn man davon hört, daß die Verfassung beseitigt und eine neue geschaffen werden soll. Aber ist es weniger Staatsstreich, wenn Stück für Stück vom Parlament weggenommen wird? Ist es weniger Staatsstreich, wenn alles, was im Staate wichtig ist, nicht mehr durch das Parlament, sondern durch die Regierung geschieht, wenn Gesetze von der Regierung gegeben werden, wenn die Verfassung Tag für Tag bei Seite geschoben und in den Staub getreten wird? Ist ein Staatsstreich etwas Schlimmeres als die beständige Verhöhnung und Verneinung dieser Verfassung? Wir leben in einem Zustande, der unhaltbar, unmöglich ist, der den Ekel an allen öffentlichen Angelegenheiten in jedem denkenden Menschen heraufbeschwören muß. Sie werden wahrscheinlich die Empfindung haben, daß ich dieser Regierung zu viel Ehre antue, wenn ich meinte, daß sie eine so vernünftige Sache machen wird, wie es die ist, eine Verfassung, die abgestorben, gemeingefährlich und schädlich geworden ist, zu beseitigen und den Boden für eine neue Verfassung zu schaffen, eine Konstituante einzuberufen und zu sagen: „Das alte Haus ist unbrauchbar. Bauen wir uns ein neues Haus!" Eine so vernünftige, eine so selbstverständliche Sache kann man von einer österreichischen Regierung nicht erwarten. Das kann man doch von Leuten nicht erwarten,

*) Der Thronfolger Franz Ferdinand hatte die Vorstellung, daß man Ungarn unterwerfen müsse. Diese Auffassung wurde in zahllosen Versionen, meist von den Christlichsozialen, die sich als die Popularisierer seiner Anschauungen ansahen, kolportiert. So soll er gesagt haben: „Wir brauchen wieder einen Haynau!" „Ungarn muß alle hundert Jahre einmal unterworfen werden!" „Man muß in Ungarn einmarschieren!"

die uns seit Jahrhunderten beherrschen und uns an alles andere eher gewöhnt haben als an Ehrlichkeit und Mut. (Lebhafter Beifall.) Das wäre eine Überschätzung derer, die uns beherrschen. So lange noch ein anderer Ausweg bleibt, und sei er noch so blödsinnig, sei er noch so verwerflich, sei er politisch noch so niederträchtig: ihn wird man benützen. Aber es kommt die Zeit, wo das nicht mehr geht, wo die eiserne Notwendigkeit den Widerstrebendsten Verstand und Entschlossenheit einpaukt. Ich habe keine Hoffnung auf den Verstand der Herrschenden. Aber ich habe die feste Hoffnung auf die innere Logik und die Notwendigkeit der Dinge. Die Naturgesetze und die Gesetze der Geschichte bestehen doch auch für dieses Land. Wir können zunächst nichts anderes tun als warten, aber diese Zeit müssen wir nützlich ausfüllen zur Aufklärung der Massen. Es wird eine Zeit kommen, wo die Arbeiterschaft lauter, leidenschaftlicher und energischer sprechen wird, als es heute von Nutzen wäre. (Lebhafter Beifall.) Heute müssen wir uns sammeln und unsere Kräfte aufsparen. Ich sehe es als ein gutes Zeichen an, daß wir Sozialdemokraten auch heute hier zusammengekommen sind. Vielleicht gibt es Ihnen wie mir etwas Freude und etwas Hoffnung, daß, wenn alles in diesem Staate wert ist zu verschwinden, wenn alles verfault und zugrunde geht, wenn nichts da ist, das nicht von der Korruption und der Feigheit zerfressen wird, doch in diesem Staate eines lebt und gesund ist: das kämpfende Proletariat, dem alle unsere Hoffnungen gehören. (Lebhafter Beifall.)

Der Wahlrechtskampf beginnt.

Böhmische Landeskonferenz, 23. Juli 1905*).

Es ist für mich eine ernste Freude, namens der Exekutive der sozialdemokratischen Partei in Österreich den böhmischen Landtag des Proletariats begrüßen zu können, der fürwahr mehr das Volk

*) Die Landeskonferenz der Sozialdemokraten Böhmens, auf der Adler diese Begrüßungsrede hielt, hat am 23. Juli 1905 im Saal der Produktenbörse in Prag getagt. Auf der Tagesordnung stand nur die Beratung des Kampfes für das Landtagswahlrecht. Aber über alles Erwarten hinaus wurde diese Konferenz die Einleitung des Kampfes nicht nur für das Landtagswahlrecht, sondern mehr noch für das Wahlrecht zum Reichsrat und in dieser Hinsicht eine historische Tagung. Die Bedeutung der Konferenz zeigte sich schon in der starken Beschickung. 541 Delegierte — 304 Tschechen und 237 Deutsche — waren erschienen; aus Wien waren für die Parteiexekutive Adler, Seitz und Skaret gekommen.

Mit den Landtagen hatte es seine besondere Bewandtnis. Sie waren noch reaktionärere Körperschaften als der Reichsrat, die Landtagswahlordnungen noch viel engherziger als die Reichsratswahlordnung. In den Landtagen — und das gilt ganz besonders für den böhmischen Landtag — waren die Feudalen geradezu die Herren. Aus ihren Kreisen wurde vom Kaiser der Landmarschall ernannt, der selbstherrlich die Tagesordnung bestimmte und ohne ihre Zustimmung konnte keine Änderung der Landes-

Böhmens repräsentiert als die Clique, die sich heute diesen Namen anmaßt. Der Kampf, den Sie nun wieder aufnehmen, ist nicht von heute und Sie dürfen nicht hoffen, daß Sie ihn morgen beenden

ordnung vorgenommen werden. Der böhmische Landtag zählte 242 Abgeordnete; davon 70 aus der Kurie des Großgrundbesitzes (davon wieder 16 vom fideikommissarischen Großgrundbesitz), 87 aus Städten und Handelskammern, 79 aus den Landgemeinden. Außerdem hatten vier Bischöfe und zwei Universitätsrektoren im Landtag Sitz und Stimme. Da nun zu jeder Änderung der Landesordnung die Anwesenheit von mindestens drei Vierteln aller Abgeordneten erforderlich war, hatten es die Großgrundbesitzer in der Hand, jede Änderung der Wahlordnung zu verhindern. Nun war seit einiger Zeit der Landtag durch die Obstruktion der Deutschen arbeitsunfähig gemacht und die Regierung wollte deshalb durch Einführung sogenannter „nationaler Kurien", die in allen nationalen Angelegenheiten ein Vetorecht erhalten sollten (mit ihnen sollte übrigens bezeichnenderweise die Großgrundbesitzerkurie gleichberechtigt sein), den Frieden im Landtag wieder herstellen. Aber eine Änderung der Landesordnung war nicht mehr möglich, ohne daß man zugleich auch den Arbeitern das Wahlrecht gab. Seit dem Jahre 1897 besaßen die Arbeiter das Wahlrecht für den Reichsrat, allerdings bloß in der Form der fünften Kurie. Diese fünfte Kurie, die den Arbeitern ein winziges Stückchen Recht gab und sie um den größten Teil ihres Rechtes betrog, wollte man nun auch in die Landtage verpflanzen. In einigen war das bereits geschehen. Doch hatte Körber das Prinzip aufgestellt, daß die fünfte Kurie im Landtag doppelt so viel Abgeordnete haben müsse, als sie aus jenem Lande in den Reichsrat entsendete. Dadurch wurden auch die riesigen Wahlkreise der Reichsratskurie verkleinert und die Aussichten der Arbeiter, eine Vertretung im Landtag zu erhalten, vergrößert. So hatte zum Beispiel Steiermark im Reichsrat vier Abgeordnete der fünften Kurie, darunter keinen einzigen Sozialdemokraten, im Landtag mit acht Wahlkreisen zwei Sozialdemokraten. Aber Gautsch wollte die Arbeiter selbst um dieses winzige Recht bringen; und er hatte deshalb dem Landtag von Böhmen eine Vorlage angekündigt, die der allgemeinen Kurie bloß 18 Mandate, genau so viel, wie im Reichsrat, geben wollte.

Mit diesem Wechselbalg hatte sich der Landesparteitag zu befassen und er sagte ihm einstimmig den schärfsten Kampf an. Die Konferenz atmete revolutionären Geist. Alle Redner sprachen es aus, daß diese Reform nicht Gesetz werden dürfe und daß in ganz Böhmen eine große Wahlrechtsbewegung, wie sie in den neunziger Jahren für das Reichsratswahlrecht durchgeführt wurde, nun auch für das Landtagswahlrecht einsetzen müsse. Im Namen der Parteileitung versprach Dr. Adler den böhmischen Genossen die stärkste Unterstützung der ganzen Partei, Seitz die Unterstützung im Parlament. Wie die Wahlrechtsbewegung aussehen werde, darüber wurde der Regierung in den Reden, wie auch in der Resolution kein Zweifel gelassen. Schon der erste Referent Nemec (Prag, tschechisch) sagte: „Wir werden um unser Recht mit den Waffen kämpfen, die uns die Regierung aufzwingt... Mit den Argumenten der Straße werden wir den Herren in die Ohren rufen, daß wir das allgemeine, gleiche Wahlrecht wollen." Und ebenso deutlich sprach es der deutsche Referent Seliger (Teplitz) aus, daß die böhmischen Arbeiter nicht nur mit Versammlungen, mit Zeitungsblättern und Flugschriften kämpfen werden, sondern daß sie, wenn es notwendig werden wird, auch auf der Straße sich ihr Recht zu holen gewillt sind. Auch die Referenten über die nun einzuschlagende Taktik, Steiner (Prag,

werden. Hier in Prag*) haben wir im Jahre 1896 über die Niedertracht der Badenischen Kurie das Urteil gesprochen. Wir haben gewarnt, wir haben genau vorausgesehen, welche vergiftende Wirkungen diese fünfte Kurie haben muß. Wir haben vorausgesagt, daß sie nicht nur ein Unrecht an der arbeitenden Klasse ist, sondern daß der Staat selbst daran zugrunde gehen muß. (Lebhafte Zustimmung.) Aber Herr v. Gautsch ist um kein Haar besser, als es Badeni war. Unsere Regierungen haben in diesem Moment, wo dieses Österreich zusammenkracht, wo es in seinen Wurzeln erschüttert ist, keine andere Sorge, als wie hypnotisiert auf die Interessen einer Handvoll Feudalen hinzublicken, und ihre ganze Sorge, wenn sie darangehen, dem Lande Böhmen ein neues Wahlgesetz zu geben, ist, daß nur um des Himmels willen das Privileg und das Veto dieser Handvoll Adeligen nicht tangiert werde. Das ist das Verbrechen dieser österreichischen Staatsmänner ohne Unterschied der Nationalität. Denn die Dummheit ist bei uns eine internationale Einrichtung. (Heiterkeit.)

Der Kampf, den Sie führen, ist ein Kampf, der wahrhaftig nicht Böhmen allein angeht; und es ist kein Zweifel, daß jede politische Angelegenheit, die Böhmen betrifft, und erst recht eine solche Wahlordnung, weit hinaus über die Grenzen des Landes politische Bedeutung hat. Und wenn es Ihnen gelänge, diese Giftwurzel der fünften Kurie wirklich auszureißen, ja, wenn es Ihnen nur gelingen wird, dieses freche Attentat, das die Regierung auf die Ehre der böhmischen Arbeiterschaft vorhat, mit der gebührenden Entschiedenheit zurückzuweisen, dann haben Sie ein Werk getan nicht allein für Böhmen, sondern dann haben Sie für uns alle in Österreich gearbeitet. (Lebhafter Beifall.) Wir sind den Wahlrechtskampf gewöhnt, gewöhnt, hart und mühsam und immer wieder kämpfen zu müssen; aber wenn ein solch entscheidender Moment kommt wie heute, dann darf die Arbeiterschaft von ihren Vertretern erwarten, daß jeder auf seinem Posten sei und jeder

---

tschechisch) und Schäfer (Reichenberg, deutsch) kündigten einen erbitterten Kampf und die Argumente der Straße an.

Eine Resolution sagte dann den schärfsten Kampf an.

Am 24. September fand bereits auf dem Havličekplatz in Prag eine Massenversammlung statt, in der unter anderen auch Masaryk sprach. Am 10. Oktober ruhte in ganz Prag die Arbeit. Nun entschloß sich die Regierung, die Zahl der Mandate zu verdoppeln: statt 18 sollte die allgemeine Wählerklasse 36 Mandate erhalten. Aber die Arbeiter waren damit nicht zu beruhigen.

Inzwischen hatte die russische Revolution Fortschritte gemacht und Franz Josef hatte am 8. September in Ungarn durch Kristoffy und Fejervary das allgemeine Wahlrecht versprochen. Es kam zu der Reichskonferenz vom 22. September, die den Kampf für das allgemeine Wahlrecht proklamierte. (Siehe dazu die Bemerkungen bei Adlers Rede auf der Reichskonferenz, Bd. VIII, Seite 254 ff.)

*) Auf dem Parteitag, der auf der Schützeninsel in Prag vom 5. bis 11. August 1896 stattfand. (Siehe Adlers Rede über Badenis Wahlreform weiter oben, Seite 162 f.)

seine Pflicht tue. Diese Konferenz — eine Konferenz, wie ich noch keine gesehen habe, seitdem ich in der Partei bin — zeigt, daß Sie sich der Wichtigkeit des Moments bewußt sind. (Beifall.) Die Regierung wird uns verstehen, die privilegierten Parteien werden uns verstehen. Und wenn sie uns nicht verstehen wollen, dann werden Sie die Mittel finden, ihnen das Verständnis beizubringen. In diesem Sinne begrüße ich Sie und wünsche Ihren Verhandlungen und dem Kampfe, der Ihnen nun bevorsteht, vollen Erfolg. (Stürmischer Beifall.)

Gruß an die russische Revolution*).

Es ist selbstverständlich, daß wir, nachdem wir die Arbeit, die uns obliegt, in so außerordentlich zufriedenstellender Weise erledigt haben, uns auch dessen erinnern, was heute, wo immer es Proletarier gibt, ihre erste Sorge ist. Uns alle beseelt neben der täglichen mühseligen Arbeit ein Gefühl der Sehnsucht und des Wunsches, des Gebetes, wenn wir beten könnten, für die Revolution in Rußland. Seit fünfzig Jahren und länger wird dieser Kampf geführt und die Älteren von uns werden es sich gestehen müssen, daß wir oft daran gezweifelt haben, ob wir diesen Tag erleben werden, der endlich gekommen ist, den Tag, da die blutige Regierung des Zaren erzittert vor dem Schritte der Revolution. Auch die Bürgerlichen haben ja sehr viel Sympathien dafür, daß es in Rußland zu etwas Liberalismus komme. Was die aber wollen und das, was jene wollen, die seit einem Menschenalter ihr Blut, ihre Freiheit, ihr Leben hinopfern, die in den Verließen der Peter- und Paulsfestung, in den Bleibergwerken am Ural, in den Steppen Sibiriens zugrunde gehen: das ist ein ganz anderes Ideal. Und nicht bloße Sympathie ist es, was wir den Russen und Polen in ihren Kämpfen entgegenbringen. Es ist unser Herzblut, das mit ihnen ist... Es ist das glorreichste Schauspiel, das wir erleben konnten, und es ist hoffentlich der Beginn einer neuen Zukunft für Europa. (Stürmischer Beifall.)

---

*) Nachdem die Resolution über den Wahlrechtskampf unter großem Jubel einstimmig beschlossen worden war, legten Adler und Johanis (tschechisch) folgende Resolution vor:

> Die Vertreter des Proletariats Böhmens beider Nationen blicken mit leidenschaftlicher Bewunderung und aller Hoffnung ihres Herzens auf das revolutionäre Proletariat Rußlands und Polens, das jenen heldenmütigen Kampf gegen den blutigen Zarismus führt, der die Stütze und der Verbündete aller Unterdrücker der Völker Europas ist.
>
> Die Sozialdemokraten Böhmens senden ihren russischen und polnischen Genossen innigsten Gruß brüderlicher Solidarität.

Auch diese Resolution wurde unter den Rufen „Hoch die Revolution!" einstimmig beschlossen und dann die Konferenz geschlossen. (Siehe auch die Rede, die Adler beim Ausbruch der russischen Revolution gehalten hat, Bd. VIII, Seite 271 ff., sowie später die Rede vom 21. Jänner 1906, dem Gedenktag der Revolution", und schließlich auch die vom 17. März 1917 beim Ausbruch der zweiten Revolution.)

Vor 120 Jahren hat die Revolution im Westen begonnen; heute beginnt eine revolutionäre Ära im Osten. Es ist ein geschichtlicher Moment und es kann keine Versammlung von Sozialdemokraten geben, die sich dieses Moments und der Verpflichtung, die das Proletariat ihm gegenüber hat, nicht bewußt wäre. (Neuerlicher Beifall.)

Gautsch und die ungarische Wahlreform.

Wählerversammlung, 11. September 1905.

Die Aufforderung, in diesem Bezirk in den Wahlkampf*) zu treten, ergeht in einem politisch bedeutsamen Moment. Niemals vielleicht mehr als heute war es nötig, daß im Parlament die

*) Am 9. September hatte der ungarische Minister des Innern, Josef Kristoffy, vor seinen Wählern in Nemet-Bogsan in einer Rede als das einzige Mittel, Ordnung in die ungarische Krise zu bringen, das allgemeine Wahlrecht hingestellt. In Ungarn hatte nämlich am Ende des vorigen Jahres die Opposition der Unabhängigkeitspartei das Parlament mit Gewalt zerstört, worauf der größenwahnsinnige Ministerpräsident, Graf Stephan Tisza, in der Überzeugung, die Opposition zu zerschmettern, das Parlament aufgelöst hatte. Ja er soll in dem Vertrauen auf seine zaubergewaltige Erscheinung zum Teil sogar auch die Anwendung des in Ungarn üblichen Mittels der Wahlbeeinflussung eingeschränkt haben. Das Ergebnis war, daß neben 151 Liberalen (Anhängern Tiszas) 159 Mitglieder der 48er-Unabhängigkeitspartei Kossuths und 82 andere Oppositionelle gewählt wurden. Da die Regierung also in der Minderheit war, mußte Tisza zurücktreten. Zum Präsidenten wurde der Führer der Unabhängigkeitspartei Justh gewählt. Aber eine Regierung aus den Parteien der koalierten Opposition zu bilden, war nicht möglich, da sie nicht nur die Zolltrennung von Österreich, sondern auch die selbständige ungarische Armee, zunächst die ungarische Kommandosprache bei den ungarischen Regimentern verlangte.

Verhandlungen des Kaisers mit dem Grafen Andrassy als dem Vertrauensmann der Koalition zerschlugen sich und als am 2. Juni mit großer Mehrheit ein Antrag Kossuth auf Schaffung eines autonomen ungarischen Zolltarifs beschlossen wurde, betraute Franz Josef den früheren Honvedminister (Minister der ungarischen Landwehr) und General der kaiserlichen Trabantenleibgarde, den greisen Baron Geza Fejervary (er ist 1833 geboren und ist 1914, kurz vor dem Kriege, gestorben), mit der Bildung eines Kabinetts. Dieser konnte aber keine Politiker für sein Ministerium gewinnen, sondern nur ungarische Beamte, unter ihnen als Minister des Innern den Obergespan Kristoffy, einen Mann von altem ungarischen Adel, der aber in der Staatsverwaltung den unheilvollen Einfluß der ungarischen Aristokratie kennengelernt hatte, die die ganze staatliche und autonome (Komitats-) Verwaltung beherrschte. Obwohl ein von Fejervary verlesenes königliches Handschreiben erklärte, die Regierung solle nur die Bildung eines parlamentarischen Ministeriums vorbereiten, wurde er von allen Parteien, auch von den Liberalen, abgelehnt. Das Parlament beschloß ein Mißtrauensvotum, worauf Fejervary das Parlament vertagte. Die Koalition erklärte darauf die Regierung für verfassungswidrig und die städtischen Munizipien und die ländlichen Komitate beschlossen, der verfassungswidrigen Regierung die Steuern und Rekruten zu verweigern.

Stimme der sozialdemokratischen Arbeiterschaft gehört wird. In dem hoffnungslosen Sumpf bewegt es sich endlich und es sieht aus, als ob es zu einer Entscheidung kommen könnte. Dem Schwindel

---

Unter diesen Umständen hielt Kristoffy seine Rede, in der er erklärte, daß die sozialen Ideen die staatsrechtlichen ersetzen sollten und darum das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden solle.

Die Rede hatte den Wahlrechtskampf der ungarischen Arbeiter von neuem entflammt, zugleich aber auch den der österreichischen Arbeiter, zumal da man erfuhr, daß der österreichische Ministerpräsident Baron Gautsch am 10. September im Kronrat in Ischl gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Ungarn wegen der Rückwirkung auf Österreich Einspruch erhoben habe.

Man hörte auch, daß Fejervary seine Demission überreicht hatte und wußte nicht, ob sie angenommen werde.

Wie die Auffassung in Österreich war, kann man daraus ersehen, daß die „Arbeiter-Zeitung" noch in der Nummer vom 13. September, als die Koalition bereits den Antrag eingebracht hatte, die Regierung in den Anklagezustand zu versetzen, schrieb:

> „Der Kaiser hat die Vorschläge seiner ungarischen Regierung heute endgültig abgelehnt und die Regierung Fejervary hat die Konsequenzen gezogen: ihre Demission ist überreicht und angenommen. Bekanntlich ist Fejervary noch gestern nach Wien gekommen, um dem Kaiser über die Beschlüsse des Vormittags abgehaltenen Ministerrates zu berichten. Daß die Beschlüsse eingeholt wurden, deutet darauf hin, daß der Kaiser seinen Ministern angesonnen hat, den durch die Rede des Ministers des Innern so feierlich proklamierten Standpunkt aufzugeben, also entweder in die Entstellung oder Verschleppung der Wahlreform zu willigen. Die Minister haben das abgelehnt — wir glauben: mit sehr entschiedenen Worten — und Fejervary bevollmächtigt, im Falle der Weigerung der Krone, der Reform des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes die Zustimmung zu geben, dem Kaiser das Demissionsgesuch zu unterbreiten. Dazu haben sie auch wirklich guten Grund gehabt, denn es steht so ziemlich fest, daß der Kaiser das Reformprogramm in Ischl angenommen, für das Wahlreformgesetz die Vorsanktion gegeben, seine Entscheidung aber nun, als Wirkung des Einspruches des Gautsch, zurücknimmt. Auch heute wurde Fejervary erst dann vor den Kaiser gelassen, nachdem Gautsch Audienz gehabt, also Gelegenheit hatte, seine Hetze gegen die ungarische Reform zu wiederholen. Nach Fejervary kam dann Graf Goluchowski zu Worte, der gleichfalls seine „Ratschläge" erneuerte. Mittlerweile war Fejervary bei dem Chef der Kabinettskanzlei Freiherrn v. Schießl. Nachmittags erschien er zur zweiten Audienz, wo dann die Ablehnung der Reform entschieden wurde. Baron Fejervary überreichte nun die Demission seines Kabinetts und der Kaiser nahm sie an. Baron Fejervary reist erst morgen nach Budapest zurück; ob er im Abgeordnetenhaus erscheinen wird, ist nicht sicher. Noch weniger wahrscheinlich ist es von den übrigen Ministern; diese sollen entschlossen sein, die Mitteilung von ihrem Rücktritt dem Präsidenten „durch einen Dienstmann" zuzuschicken.
>
> Was jetzt kommen wird, ist klar. Da die Krone durch Lukacs mit der Koalition bereits verhandeln ließ, so wird die Geschichte nun sehr rasch vor sich gehen: die Koalitionsführer wurden schon heute geladen und sie werden vielleicht noch vor Freitag in Wien sein. Die Krone

des Dualismus ein Ende zu machen und damit die Vorbedingung zu schaffen für die Erfüllung unserer historischen Aufgabe, den Kampf gegen den kapitalistischen Staat, das ist heute unsere erste Pflicht. Wir haben uns nie an dem demagogischen Kampfe gegen Ungarn beteiligt, wie ihn die Christlichsozialen betrieben haben; aber wir wünschen die staatsrechtliche Trennung von Ungarn, um dann eine vernünftige wirtschaftliche Verbindung einzugehen. Aber was die Dynastie und die ihr Nahestehenden wollen, ist das Umgekehrte. Die wirtschaftliche Übervorteilung Österreichs durch

---

erhält den „Verzicht" auf die magyarische Kommandosprache und die Koalition wird von dem Gespenst des allgemeinen und gleichen Rechtes befreit. Und es wird wieder Eljen! gerufen werden, der König der geliebte Herrscher und die koalierten Rebellen die treuen Ungarn sein. Was die Hauptsache ist und war."

Das war damals noch nicht richtig. Franz Josef hielt noch einige Zeit an Fejervary fest und verriet die Wahlreform erst später an die Koalition. — Siehe im achten Band dieser Schriften Adlers Reden auf den beiden Reichskonferenzen, vom 22. September („Die verratenen Ungarn", Bd. VIII, Seite 254 ff.) und vom 27. September 1908 („Das Ende des cäsaristischen Traumes", Bd. VIII, Seite 258 ff.) sowie die dazugehörigen erläuternden Bemerkungen in der Fußnote. Ladislaus Lukacs, von dem in den Bemerkungen der „Arbeiter-Zeitung" als Vermittler gegen die Wahlreform die Rede ist, ist im Jahre 1912, nach dem Mißlingen der Gewaltregierung des Grafen Khuen-Hedervary, Ministerpräsident geworden, um das, was Khuen mit Gewalt nicht durchzusetzen vermochte — nämlich die Bewilligung der habsburgischen Militärforderungen —, mit List und Korruption zu erreichen. Aber die Unabhängigkeitspartei ging ihm nicht in die Falle. Am 18. September 1912 erklärte der ehemalige Staatssekretär im Finanzministerium, Abgeordneter Zoltan Desy, der Vizepräsident der Kossuth-Partei, öffentlich, daß der Ministerpräsident Lukacs — der auch in einer anonymen Broschüre zahlreicher privater Korruptionsaffären beschuldigt worden war, ohne den Mut zur Klage zu haben —, der „größte Panamist" sei. Diese Beschuldigung belegte er mit einer ganzen Menge von Tatsachen. Am 3. Juni 1913 wurde Desy vom Budapester Strafgerichtshof mit der Begründung freigesprochen, daß er den Wahrheitsbeweis erbracht habe, und obwohl sich Franz Josef bemühte, ihn zu halten, mußte Lukacs zurücktreten und zu seinem Nachfolger wurde Graf Stephan Tisza ernannt.

Die Versammlung in Hambergers Saal in Margareten, in der Adler sprach, war eigentlich eine Wählerversammlung. Es mußten nämlich nach dem verstorbenen Wiener Vizebürgermeister Strobach in der Zensuskurie in Margareten für den Reichsrat und auf dem Alsergrund für den Landtag Nachwahlen vorgenommen werden. In Margareten kandidierte gegen den Christlichsozialen Professor Sturm von den Sozialdemokraten Reumann, auf dem Alsergrund gegen den Pater Wolny der Sozialpolitiker Zemann, der auch von den Sozialdemokraten unterstützt wurde. Bei den Wahlen am 10. Oktober wurde Sturm mit 5184 Stimmen gewählt; Reumann erhielt immerhin 3216 Stimmen. In den Landtag wurde Pater Wolny mit 6006 gegen 2301 Stimmen gewählt.

Adler sprach natürlich vornehmlich über die Versuche des Barons Gautsch, die Wahlreform in Ungarn zu verhindern.

Gautsch war am 31. Dezember 1904, nach Körbers Rücktritt, an die Spitze der Regierung getreten.

Ungarn geniert sie nicht im geringsten. Sie interessiert das, was wir nicht wollen: das Phantom der Großmacht, der unsere Kinder und unser Geld geopfert werden, die große einheitliche Armee. Wenn wir ein wirkliches Volksparlament hätten, das sich darum auch seiner Kraft bewußt wäre, dann wäre die notwendige Trennung der siamesischen Zwillinge längst vollzogen. Wir haben aber nur Parteien, die heulen können, aber nicht handeln, die immer ihren Blick nach oben richten und sich um keinen Preis mit der Ungnade von oben beladen wollen.

Der Konflikt der Krone mit Ungarn hat sich so zugespitzt, daß es schließlich um ein Symbol, die Kommandosprache, geht. Da kommt nun, da der Karren nicht weiter kann, ein Ministerpräsident, der in einer verzweifelten Situation die Regierung angetreten hat, und mit ihm ein Mann als Minister, den man bisher nicht kannte, und es passiert etwas Wunderliches. Ein ungarischer Minister, der von der Krone ernannt ist, spricht wie ein vernünftiger Politiker. Der Mann sagt, die militärischen Forderungen seien die Sorgen einer dünnen herrschenden Schicht, und der Konflikt könne nur dadurch beigelegt werden, daß man die ernsten Interessen der Bevölkerung erfüllt. Es schien sehr vernünftig, daß es hieß: „Wir wollen appellieren an den Willen des Volkes!“ Aber darum war es nicht glaubhaft.

Kristoffy hat als Privatmann vom allgemeinen Wahlrecht gesprochen. Die ungarischen Sozialdemokraten haben ihn natürlich als Minister beim Worte genommen und sie haben mit Recht gesagt: „Nun ist unsere Forderung von beiden streitenden Parteien anerkannt, vom Minister und längst schon von den radikalen Parteien der Koalition, die sich rühmten, die wahren Volksparteien zu sein!“ Die ungarischen Sozialdemokraten verlangten die Erfüllung ihrer Forderung und sie haben einen mannhaften Kampf um ihr Recht unternommen.

Ich gestehe nun, daß ich nie ernstlich geglaubt habe, daß in Wien die entscheidenden Faktoren einen lichten Moment haben können, der länger dauert als eben einen Moment. Ich glaube heute noch nicht, daß Kristoffy offizielle Erlaubnis gehabt hat, vernünftige Politik zu machen. Vielleicht war es aber doch so. Vielleicht konnte man in der ärgsten Not, die so oft beten lehrt, statt des Gebetes ein Gran politischer Vernunft produzieren. In diesem Moment ist nun die österreichische auf den Plan getreten und hat geschrien: Es besteht große Gefahr für Österreich. In Ungarn soll etwas Vernünftiges geschehen. Das ist die Gefahr, daß sich Recht und Vernunft ausbreiten wie eine Seuche, über die Leitha kommen und unser ältestes Gerümpel wegraffen. Herrn Gautsch, den alten Theresianisten*) — wir haben zwei gemeingefährliche Erziehungsinstitute in Österreich: das Theresianum und Kalksburg, sie liefern die politischen Jesuiten und die jesuitischen Politiker —, diesen

*) Gautsch war Direktor des Theresianums gewesen, der Anstalt, an der die jungen Adeligen erzogen wurden. In Kalksburg war ein Jesuitenkonvikt mit einem von ihnen geleiteten Gymnasium.

Gautsch kennen wir lange. Er hat als Unterrichtsminister die Volksschule im Kleinverschleiß an die Pfaffen ausgeliefert. Vielleicht ist er ein „Liberaler" wie die alten Bürokraten, aber er ist weich und biegsam, wenn die hochwürdigen Herren und die Magnaten kommen. Man hört ihn förmlich, wie er alleruntertänigst das alte Gewissen wachruft mit der Frage: „Was werden die Erzbischöfe und die Magnaten dazu sagen?" Der Mann ist zu allem zu brauchen. Er hat die Taaffesche Wahlreform mit eingebracht und er konnte dann ohne Wahlreform wieder Minister sein*). Er kann es rechts und er kann es links. Die blöden nationalen Deutschen heißen ihn ihren Mann und die blöden nationalen Tschechen den ihren und er foppt sie beide. Sein Wort hat viel vermocht, denn in ihm verkörpert sich alles, was volksfeindlich, was reaktionär ist. Dieselbe Regierung, die sich jedesmal vor Ungarn ins Mauseloch verkrochen hat, wagt jetzt eine Einmischung, zu der sie zugunsten der wirklichen Interessen Österreichs nie den Mut gefunden hätte, zugunsten der reaktionären Niedertracht. (Lebhafter Beifall.)

Drüben steht es genau so. Kossuth und Apponyi, die großen revolutionären Helden, die einen Höllenlärm anfingen, wenn ihre wirtschaftlichen Vorteile durch Einmischung Österreichs bedroht würden, greifen gierig nach der Hand des schwarzgelben Gautsch, weil er der Träger der Reaktion, der Träger der Privilegien ist. Wir kennen Gautsch. Er hat sich enthüllt als Feind des Rechtes der Arbeiter durch die Impertinenz seiner böhmischen Landtagswahlreform. Und weil er der Feind unseres Rechtes ist, tritt er den Ungarn in den Weg.

Gautsch sagt, man dürfe keine Wahlreform in Ungarn machen, weil sonst die radikalen Elemente in Österreich eine Umwälzung herbeiführen würden. *Er irrt sich, wenn er glaubt, daß das allein von ihm abhängt.* Gewiß, es wäre eine Förderung unseres Kampfes, wenn es in Ungarn zu einem Fortschritt käme. Aber er wird kommen *trotz Gautsch und Kossuth.* Mit dem Wahlrecht spielt man nicht, und ist die Katz' aus dem Sack, ist es schwer, sie wieder ganz einzufangen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir in Österreich warten nur auf den Moment, der uns günstig ist, und wir werden den Moment für den *Einsatz unserer ganzen Kraft* so wählen, daß auch das Ziel erreicht werden kann. (Stürmischer Beifall.)

In einer solchen Zeit ist es nötig, daß keine Gelegenheit versäumt wird, um dem Willen des arbeitenden Volkes Ausdruck zu geben, und daß jeder, der es kann, seine Stimme abgebe für eine klare und rücksichtslose Politik, nicht für die christlichsoziale zweideutige und heuchlerische. Genossen, Sie werden mit den Christlichsozialen zu kämpfen haben, also nicht mit Leuten, die mit Prinzipien, mit der Kraft der ehrlichen Überzeugung streiten, sondern mit Leuten, die entschlossen sind, jeden Kniff und jede niedrige Umgehung und jeden Terrorismus zu üben. Ich kann Sie

*) Gautsch war im Ministerium des Grafen Taaffe Unterrichtsminister gewesen und dann wieder im Ministerium Badeni.

nur bitten, machen Sie am 10. Oktober Ehre der Partei und Ehre dem alten, erprobten Genossen, der Ihr Kandidat ist. (Lebhafter Beifall.)

Im Zeichen des ersten Sieges.

Versammlung im Sofiensaal am 24. Oktober 1905*).

Vor allem spreche ich Ihnen meinen herzlichen Dank aus für die Freude, die Sie über meine Wahl zum Abgeordneten haben. (Hochrufe.) Auch ich freue mich, nicht wegen des Amtes, das ich übernehme, sondern auch deshalb, weil die Wahl eine machtvolle Demonstration der Arbeiter Nordböhmens — dieser erprobten Kerntruppen der internationalen Sozialdemokratie — für

*) Am 18. Oktober 1905 wurde Dr. Adler im Reichenberger Wahlkreis der fünften Kurie mit 30.096 gegen 13.881 alldeutsche und 4860 christlichsoziale Stimmen gewählt, nachdem Josef Hannich, um in dem bevorstehenden Endstadium des Wahlrechtskampfes Adlers Mitarbeit an dem parlamentarischen Kampf zu ermöglichen, das Mandat zurückgelegt hatte. (Hannich wurde nach der Erringung des Wahlrechtes im Wahlkreis Rumburg in das Parlament gewählt.)

Nachdem am 22. September die sozialdemokratische Reichskonferenz den schärfsten Kampf für das allgemeine Wahlrecht beschlossen hatte, fanden in ganz Österreich große Wahlrechtskundgebungen statt. (Siehe Bd. VIII, Seite 254 ff.)

Am 26. September trat das Abgeordnetenhaus wieder zusammen und hier bestritt Gautsch, der von den Sozialdemokraten mit einem Sturm der Entrüstung empfangen wurde, daß er sich im Kronrat gegen die ungarische Wahlreform ausgesprochen habe. Er erklärte, er sei kein prinzipieller Gegner der Erweiterung des Wahlrechtes, halte aber die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes „mit Rücksicht darauf, daß das allgemeine Wahlrecht, wenn es die Gewähr seines Bestandes in sich tragen solle, nur auf der festen und dauernden Unterlage einer Ordnung unserer nationalen Verhältnisse ruhen kann“, zurzeit für unmöglich. Die Sozialdemokraten (Daszynski und Genossen), aber auch die slawischen Abgeordneten, und zwar der Jungtscheche Pacak, der tschechische Nationalsozialist Choc, der Slowenischklerikale Šusteršic, der polnische Demokrat Breiter, hatten sofort Dringlichkeitsanträge für das allgemeine, gleiche Wahlrecht eingebracht. Nachdem die Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten zu Ende gegangen war, begann am 5. Oktober die Verhandlung der Dringlichkeitsanträge, zu denen auch noch ein Antrag Dr. Ebenhoch für die deutschen Klerikalen („Katholische Volkspartei“) gekommen war. Dieser forderte die Regierung auf, „ungesäumt Studien zu machen und Erhebungen zu pflegen, welche zum Ziele haben, an die Stelle der gegenwärtigen ungerechten Wahlordnung ehemöglichst einen Gesetzentwurf betreffend die Einführung des allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechtes mit Berücksichtigung der nationalen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Verschiedenheiten Österreichs vorzulegen. (Über die Debatte siehe auch Bd. VIII, Seite 255, Anmerkung.)

Am 6. Oktober wurde abgestimmt. Die Dringlichkeit — das ist die sofortige Verhandlung der Anträge — zu deren Annahme die Zweidrittelmehrheit notwendig gewesen wäre, wurde zwar abgelehnt. Aber immerhin

das gleiche Wahlrecht war. Im Zeichen des gleichen Wahlrechts haben wir den Wahlkampf geführt und im Zeichen des gleichen Wahlrechts werden wir im Reichsrat den Kampf führen. (Beifall.)

Der Kampf ist uns nicht neu. Seitdem es eine Sozialdemokratie in Österreich gibt, hat sie für das allgemeine, gleiche Wahlrecht kämpfen müssen, und hier in diesem Saale haben wir allen Anlaß, uns jener stolzen Kämpfe zu erinnern, die wir in den neunziger Jahren geführt haben. Freilich, dieser Kampf hat nicht zu dem Ziele geführt, das wir wollten. In Österreich siegt die Vernunft nicht leicht und die Unvernunft ist nicht leicht umzubringen. Aber das bißchen, das wir erkämpft haben, haben wir allein erkämpft, allein gegen eine Welt von Gegnern, gegen eine Welt von Dummheit, von protzenhafter Borniertheit, von eingenisteten Vorurteilen. Heute stehen die Dinge anders. Hier an dieser Stelle haben wir die Wahlreform des Grafen Taaffe verurteilt*) und wir haben hier vorausgesagt, daß, wer nicht den Mut hat, das Kuriensystem von Grund aus auszurotten, nicht imstande ist, aus Österreich einen vernünftigen, einen erträglichen Staat zu machen. Die Wahlreform des Jahres 1893 war von Anbeginn eine halbe und sie wurde im Jahre 1896 aus einer halben zu einer verpfuschten Viertelreform. Für uns war diese fünfte Kurie nie mehr als eine Waffe, um weiter zu kämpfen, und ein Redner hat damals auf dem Parteitag gesagt: Mit einem Eselskinnbacken hat Simson die Philister geschlagen, so mag uns denn auch diese fünfte Kurie als eine solche Waffe dienen. Wir haben diese Waffe ausgenützt. Wir haben den Widerstand, wir haben die Einsicht und Kraft des Proletariats gesteigert. Aber der Weg zum Ziele hängt nicht allein von unserer Kraft ab, sondern auch von der sinkenden Macht der Gegner. Wenn wir Fortschritte gemacht haben, so hat noch mehr Fortschritte gemacht die Zersetzung, die Fäulnis des Staates. Die Sünde des Unrechts, des Verbrechens am Volke hat sich blutig gerächt, nicht an denen, an denen sie verübt wurde, sondern sie hat den Staat erfaßt in allen seinen Gliedern bis zu seiner Spitze, und Fäulnis, Elend, Ohnmacht sind die Folgen des Verbrechens an dem gleichen Recht. (Stürmische Zustimmung.) Wir sind nicht klüger geworden, denn was wir heute wissen, wußten wir längst, aber die anderen sind nicht mehr dieselben, die sie waren. Stück für Stück ist zusammengebrochen, was an diesem Staate lebensfähig schien, bis zur abso-

zeigte sich, daß die Mehrheit des Abgeordnetenhauses für die Wahlreform sei. Für die Dringlichkeit stimmten 155, dagegen nur 114 Abgeordnete! Unter den Gegnern waren noch 52 Großgrundbesitzer und sechs Vertreter der Handelskammern.

Es war der erste Sieg im Wahlrechtskampf.

Unter solchen Umständen fand nun auch die Versammlung im Sofiensaal statt.

*) Siehe die große Rede Adlers im Sofiensaal am 16. Oktober 1893; im ersten Abschnitt dieses Bandes, Seite 117 f.

luten Impotenz ist dieses Parlament herabgesunken, ein klägliches Wesen, unfähig, irgend etwas Gutes zu tun, und kaum noch fähig, Schaden anzurichten. Es liegt nur wie ein Kadaver auf dem Wege, den die Völker Österreichs gehen müssen, und wir haben nichts zu tun, als diesen Kadaver wegzuräumen. (Lebhafter Beifall.)

Das spüren endlich nicht nur wir, die es längst wußten, sondern sie spüren es jetzt schon selbst. Es gibt keinen Menschen mehr, der es wagen würde, fest, bestimmt und ohne Winkelzüge für das heutige Wahlunrecht einzutreten. Es gibt keinen Menschen mehr, der sich das Zeugnis ausstellen würde, daß er so frech, daß er so dumm ist, dieses System, auf dem heute unser Parlament ruht, als ein mögliches weiterhin gelten zu lassen. Was uns entgegensteht, das sind wesentlich kleinliche Borniertheiten, kleinliche Egoismen und vor allem die Feigheit, zu der alle, die hier Politik machen, erzogen sind durch dieses Privileg, das sie nicht den Mut haben, zu beseitigen. (Beifall.) Es ist ja ein merkwürdiges Schauspiel, daß das gleiche Recht heute fast nur noch Freunde hat. Wir sind nicht so töricht, alle diese Leute für echt zu nehmen, die heute mit dem gleichen Wahlrecht protzen, die aber wohl gern lebenslänglich Anträge für das gleiche Wahlrecht stellen möchten. (Heiterkeit.) Wir wissen auch, daß sich an das gleiche Recht Hoffnungen gewissenloser Demagogen knüpfen, schwarzer, schwarzgelber und in allen Farben. Aber wir wissen auch, daß das nicht anders geht. Alle diese Siege zeigen nur, daß die Leute, die das heutige Privilegienwahlrecht noch halten, ein schlechtes Gewissen haben; sie zeigen, daß es nur einer Operation bedarf, die für die privilegierten Schichten schmerzlich sein mag, von der aber jeder heute weiß, daß sie lebensrettend und unvermeidlich ist. Die Operation durchzuführen, dazu gehört allerdings einiger Mut; aber die Operation muß gemacht werden, und die Sozialdemokratie innerhalb und außerhalb des Parlaments wird der Träger der notwendigen Dinge sein. Das zeigen die mächtigen Demonstrationen in Prag, Brünn, Lemberg, Innsbruck. Überall sehen Sie, wie die Arbeiter auf die Tagesordnung das gleiche Recht setzen.

Die Entscheidungsschlacht aber wird selbstverständlich im Reichsrat geschlagen werden. Und da werden wir dem Feinde begegnen, der vor allem zu überwinden ist, der Verkörperung des alten, völkererstickenden Österreich, der Verkörperung der Volksverknechtung und Volksverdummung, der Verkörperung des schwarzgelben Polizeistaates und der schwarzgelben Volksfeinde: da werden wir jenem Ministerpräsidenten Baron Gautsch begegnen (stürmische Pfuirufe und Rufe: Nieder mit Gautsch!), der sich uns in den Weg stellt, nicht mit Brutalität, sondern mit jener glatten, öligen, nichtssagenden Phrasenhaftigkeit des Höflings, jener Gedankenlosigkeit, die nicht zu packen ist, weil sie aus den Händen gleitet — so schleimig ist sie. Über dieses Hindernis werden wir hinweg müssen. Herr Gautsch, der einen Beweis seiner staatsmännischen Klugheit gegeben hat, indem er das Wahlrecht in Ungarn verhindern wollte, um den Wahlrechtskampf in Österreich

zu vermeiden (Heiterkeit) — Sie sehen, wie schlau er ist und wie gut ihm sein Plan gelungen ist. (Heiterkeit.) —, dieser Mann wird nicht so leicht nachgeben. Aber das können wir sagen: Herr Gautsch wird entweder nachgeben oder er wird gehen! (Stürmischer Beifall.) Herr Gautsch kann mit der Auflösung des Parlaments drohen, es schreckt uns nicht. Er schreckt sich selbst mehr damit. (Heiterkeit.) Herr Gautsch wird Schwierigkeiten machen, er wird zu verschleppen suchen. Aber es wird ihm nichts nützen, und zwar aus einem sehr triftigen Grunde. Das Parlament hat normalerweise kaum noch ein Jahr zu leben. Nach einem Jahre ist seine Funktion zu Ende, und bei jedem, der politisch denkt in Österreich, bis hinein in die Reihen der Deutschen, die in diesem Kurienwahnsinn angeblich ein nationales Gut schützen, bis hinein in die Reihen der Großgrundbesitzer und der Polen, ja bis hinauf, wo in Österreich immer die Entscheidung steht, überall gibt es ein Grauen, das Grauen davor, daß noch einmal sechs solche Jahre bevorstehen sollen mit diesem unfähigen Jammer von einem Parlament. Und darum spricht jeder: Jetzt ist der Moment, wo diese politische Arbeit geleistet werden muß. Es ist die Schicksalsstunde Österreichs, die in diesem Augenblick schlägt, ein Moment, wie er nicht so leicht wiederkommt, und wenn die alle das nicht verstehen, die Sozialdemokratie versteht den Moment. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Sie versteht ihn und sie wird ihn auszunützen wissen.

Wir sind nicht jugendliche Stürmer, wir sind keine Schwärmer, keine leichtsinnigen Menschen. Wir wissen sehr gut — und wir haben gezeigt, daß wir wissen, daß es Zeiten gibt, wo man nicht vorwärts kann. Aber so wie es töricht ist, das Eisen schmieden zu wollen, wenn es kalt ist, so wäre es Wahnsinn und Verbrechen, das Eisen nicht zu schmieden, wenn es glüht, und wir sind uns jetzt bewußt: Das Eisen ist heiß, jetzt muß es geschmiedet werden! Für uns gibt es kein Zurück, für uns gibt es kein Aufhalten. Alle Mittel, die der Arbeiterschaft zur Verfügung stehen, um ihre Macht in die Wagschale zu legen, werden wir ausnützen, wenn es sein muß, bis auf das letzte Mittel. (Wild hervorbrechender Beifall.) Wir wissen sehr genau, daß dieser Kampf Opfer kosten kann. Nicht leichtfertig wollen wir Opfer bringen, nicht leichtfertig verlangen wir Opfer von den Massen. Aber wir stehen im Dienste der geschichtlichen Notwendigkeit, der Notwendigkeit für den Staat, aber auch der Lebensnotwendigkeit für das Proletariat. Wir können diesen Zustand einfach nicht mehr aushalten, wir können in dieser faulen Stickluft nicht mehr leben. Das Proletariat ist lebendig, es drängt vorwärts. Da ist eine Masse von Millionen fähiger, entwicklungsfähiger, lebendiger, lebenslustiger und lebenswürdiger Menschen, und sie will nicht ersticken an der Dummheit da oben, sie will nicht zugrunde gehen an der Feigheit dieser Cliquen. (Stürmischer Beifall.) Wir müssen vorwärts. Es ist eine Lebensfrage geworden für uns. Das Maß der Opfer hängt nicht von uns ab, nicht von dem Mut, den wir aufzubringen haben. Das Maß von Opfern wird bestimmt durch die Tor-

heit und durch den verbrecherischen Wahnsinn unserer Gegner. Wir stehen heute nicht mehr allein mit der Forderung nach dem gleichen Recht und wir stoßen niemand zurück, der mit uns geht. Aber wer sich uns in den Weg stellt — sei es die Borniertheit von oben, sei es die altbürgerliche, verknöcherte Borniertheit unserer Bourgeoisie in einzelnen Schichten, die politisch zu denken völlig aufgehört haben und nur mehr Phrasen papageienhaft nachreden können, die wie aus dem Traume aufseufzen und Dinge sagen, die sie vor zwanzig Jahren gedacht haben und die heute kein waches Hirn mehr passieren können — den werden wir niederringen. Der Stein, der auf dem Wege des Proletariats liegt, muß weggeräumt werden! (Neuerlicher andauernder Beifall.)

Es ist ein geschichtlicher Moment und wir wollen würdig sein dieses großen Moments. Wir wissen, daß das gleiche Wahlrecht nicht das Ende unseres Kampfes, sondern der Anfang ist. Aber dieser Anfang muß gemacht werden, es koste, was es wolle. In diesem Sinne wollen wir unseren Kampf führen, und wenn Sie bei der Eröffnung des Parlaments in hellen Scharen, in dichtgedrängten Zügen sich dem Parlament zeigen werden, dann soll Sie der Stolz und das Bewußtsein begleiten, daß Sie in hoher Funktion stehen, daß Sie tun, was andere versäumt haben. An dem Tage unseres Sieges, an dem Tage, wo es in Österreich eine Volksvertretung geben wird, wo das Proletariat die Möglichkeit haben wird, sich zu entwickeln, an diesem Tage eröffnet sich für uns eine neue Welt von Aufgaben, eine neue Welt von Kämpfen. Aber bevor wir dazu kommen, müssen wir das Auge fest und unablässig auf diesen ersten Fortschritt gerichtet haben. Das Wahlunrecht muß verschwinden, das gleiche Recht, die erste Lebensbedingung des Proletariats, muß erkämpft werden — mit allen Opfern, mit voller Entschlossenheit, deren die Arbeiterschaft fähig ist. (Brausender Beifall.)

Zu diesem Kampfe rufen wir Sie auf! Diesen Kampf kündigen wir den Gegnern des Rechtes des Volkes an! Diesen Kampf, unerbittlich und unablässig, kündigen wir der Regierung des Herrn Gautsch an, kündigen wir den alten Parteien an und allen, die an Österreich ein Interesse haben. Wir kündigen vor allem der Krone an, daß die Völker Österreichs nicht gesonnen sind, sich schlechter behandeln zu lassen als die Völker Ungarns. (Ungeheurer, minutenlanger Beifall.) Wenn man in früheren Jahren gefragt hat, ob die Arbeiterschaft reif geworden ist für das Wahlrecht, so stellt heute eine so lächerliche Frage niemand mehr. Aber zuletzt war die Frage, ob man oben reif geworden ist (Heiterkeit und Beifall), und da wir als Erfolg schwerer pädagogischer Maßregeln und ernster Lebenserfahrungen endlich die Reife sich so glorreich entwickeln sehen, so werden wir dafür sorgen, daß nicht nur die eine Hälfte reif sei und die andere grün bleibe. (Heiterkeit und Beifall.) Das ist ein unmöglicher Zustand, und wenn die Pädagogik am Ende noch nicht vollen Erfolg gehabt haben sollte, und

ungleichmäßig angewendet worden wäre, so sind wir bereit, unserenteils das übrige beizutragen und unsere Quote voll zu zahlen. (Heiterkeit und starker Beifall.)

Der Kampf ist schwer, der Kampf ist ernst. Aber er ist unvermeidlich und darum werden Sie ihn führen mit jener Würde, mit jener Besonnenheit, mit jenem Gefühl der Verantwortung, das die Sozialdemokratie in Österreich immer ausgezeichnet hat, aber auch mit Tapferkeit, Rücksichtslosigkeit und Opfermut. Es lebe das gleiche Recht! Es lebe der Kampf für das gleiche Recht! (Brausende, begeisterte Hochrufe auf das gleiche Wahlrecht. Die Hüte werden geschwenkt.)

Der Parteitag des Wahlrechtskampfes.

Begrüßung. — Parteitag 1905*).

Wir hatten seit dem Hainfelder Parteitag, seit Weihnachten 1888, in einer ganzen Reihe von Versammlungen der Vertrauensmänner wichtige entscheidende Fragen zu erörtern. Wir haben unser Programm ausgebaut, unsere Prinzipien oft in heißen Redeschlachten überprüft, wir haben die ungeheuren Schwierigkeiten, eine internationale Organisation in diesem Staate aufzubauen, bis zu dem Grade überwunden, daß wir trotz der Selbständigkeit aller nationalen Gruppen eine geeinte, schlagfertige Partei geschaffen haben; wir haben während dieser Zeit viele Stürme bestanden und wir können zufrieden sein mit der Arbeit, die wir geleistet haben. Als wir die Partei neu gründeten, als wir sie aus den Trümmern wieder aufbauten, hatten wir über Österreich ein System der Unterdrückung und Knechtung, ein System, dessen

*) Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der am Abend des 30. Oktober 1905 im Ottakringer Arbeiterheim zusammentrat, war ein richtiger Parteitag des Wahlrechtskampfes. Auf der Tagesordnung standen unter anderem folgende Gegenstände: „Die österreichische Krise und das Wahlrecht" (Berichterstatter Wilhelm Ellenbogen und Anton Němec) und „Der Generalstreik" (Berichterstatter Victor Adler und Josef Steiner). Außerdem wurde auch bei dem Parteibericht und beim Fraktionsbericht über den Wahlrechtskampf gesprochen. Adlers Referat über den Generalstreik ist im siebenten Band dieser Sammlung im Kapitel vom Generalstreik abgedruckt (Bd. VII, Seite 126 ff.), eine Rede Adlers in der Debatte über den Fraktionsbericht, den Pernerstorfer erstattet hatte, im achten Band im Kapitel von der Gesamtpartei unter dem Titel „Nationale Reibungsflächen". (Bd. VIII, Seite 73 ff.) .

Während des Referates von Ellenbogen über die österreichische Krise und die Wahlreform traf die Nachricht vom Verfassungsmanifest des Zaren ein, das „alle jene Volksklassen, die bisher vom Wahlrecht vollständig ausgeschlossen waren, nun zur Teilnahme an der Duma" berief. Sofort wurde die Sitzung unterbrochen. Auf Antrag Pernerstorfers wurde eine Resolution beschlossen, die die sofortige Einberufung des Reichsrats forderte, um „das langjährige Unrecht seiner Existenz zu sühnen und an die Stelle eines verabscheuungswürdigen Privilegienparlaments eine wirkliche Volksvertretung zu setzen". Zugleich wurde erklärt, daß das Prole-

Absicht es war, jede Regung des Proletariats zu töten. Wir, die Sozialdemokratie — und nur die Sozialdemokratie — haben in einer großen Reihe von Kämpfen, auf die wir stolz sein können — nicht allein wegen des Mutes und der Aufopferung, sondern, was in Österreich noch viel schwerer, aber auch viel notwendiger ist, wegen der Zähigkeit und Unverdrossenheit, die sich niemals der Verzweiflung ergab — dem Proletariat den nötigen Bewegungsraum erobert und wir haben heute immerhin einen Zustand, in dem man politisch arbeiten kann. Früher bestand der Hauptinhalt unserer Beratungen in Beschwerden über die politische Unterdrückung und über die Hemmnisse, die uns die Behörden in den Weg legten, Beschwerden, die wir heute in einem unvergleichlich geringeren Umfang vorzubringen haben. Wir haben viele schwere Kämpfe geführt. Aber niemals sind wir meines Erinnerns zu einem so kritischen Zeitpunkt zusammengekommen wie heute.

Dieser Parteitag, der der Parteitag des Wahlrechtskampfes sein wird, erinnert uns ein wenig an den Parteitag des Jahres 1894, nicht nur wegen der Analogie, als auch vielmehr wegen der Unterschiede. Damals war der Parteitag zu einer Zeit, wo die Aktion nicht mehr möglich war, wobei ich es vollständig unerörtert lasse, ob sie vorher möglich gewesen wäre. Als wir damals berieten, was zu tun wäre — wobei auch der Generalstreik in Erwägung gezogen wurde — da mußten wir zu dem Schlusse kommen: Die Schlacht ist verloren! Die Schlacht war verloren, da auch durch die größte Anstrengung des Proletariats in jenem Zeitpunkt die Sache nicht mehr zu retten war. Heute stehen die Dinge wesentlich anders. Eine Koalition gegen das Wahlrecht ist heute nicht mehr möglich. Die Leute, die damals das Verbrechen begangen haben, die Wahl-

---

tariat entschlossen ist, „allen Verschleppungsversuchen, wenn es sein muß, auch mit den äußersten Mitteln entgegenzutreten". Daszynski rief die Delegierten zu einer Demonstration, die sofort vor dem Parlament stattfinden sollte.

Abends fand die gewaltige Demonstration vor dem Parlament statt. Auch in zahlreichen anderen Orten Österreichs wurde demonstriert. Am nächsten Tage, am 1. November, referierte Adler dann über den Generalstreik. Außer einer Resolution wurde auch ein Manifest an das Proletariat beschlossen, das mit folgenden Worten schließt:

> Wir sind entschlossen, diesen Kampf mit dem Massenstreik, mit den äußersten Mitteln zu führen.
>
> Aber unsere Worte richten sich auch an unsere Gegner. Die Verständigen unter ihnen mahnen wir, die Unverständigen warnen wir, den Böswilligen kündigen wir unerbittlichen Krieg an.
>
> Arbeitendes Volk! Auf zum Kampf! Auf zum entschlossenen Kampf, der nicht früher beendet werden kann, als bis wir im Siege nach Hause tragen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht!

Am nächsten Tage floß bereits in Wien, nach der Versammlung in den Sofiensälen, und in Prag Blut.

Schon in der Begrüßungsansprache hob Adler die Bedeutung des Kongresses als eines Parteitages des Wahlrechtskampfes hervor.

reform zu verhindern, sind schwer bestraft. Der Staat hat für jenes Verbrechen schwer gebüßt. Die Erfahrungen dieser Jahre sind die, daß heute alle — ob sie es sich zugestehen oder nicht — erkennen, daß der Weg, den das Parlament damals gegangen ist, ein Holzweg war. Das gesamte Proletariat vor allem ist heute in einem ganz anderen Maße als damals von dem Bewußtsein erfaßt, daß es so nicht weiter geht. Wir halten diesen Zustand nicht länger aus! Es ist eine Möglichkeit da, nun einen entscheidenden Vorstoß zu führen, und die Notwendigkeit, ihn zu führen, ist in dem Hirn jedes Arbeiters so lebendig, daß der Vorstoß mit der ganzen Wucht geführt werden wird, deren das österreichische Proletariat fähig ist. (Lebhafter Beifall.) Die Gesamtexekutive hat natürlich jene Weisheit, die jedem zukommt, der ein Amt hat (Heiterkeit); aber Sie würden uns überschätzen, wenn Sie vermuten würden, daß es unsere Schlauheit oder Weisheit, unsere Voraussicht oder gar Prophetengabe war, daß wir diesen Parteitag zu diesem Zeitpunkt einberufen haben. Der Parteitag hätte ebensogut acht Wochen früher sein können oder sechs Wochen später. Es ist mehr oder weniger ein Zufall, daß er gerade in dem Moment zusammentritt, wo er notwendig ist und wo er so wirksam sein kann wie nicht einen Tag früher und nicht einen Tag später. Wir treten diesmal — ein Glück, das uns selten beschieden war — in einem Augenblick zusammen, wo wir aber auch noch die Zeit und die Möglichkeit haben, das zu tun, was diese Verhältnisse notwendig machen, in einem Augenblick, der ein wirklich revolutionäres Auftreten im Interesse der Arbeiter Österreichs wesentlich erleichtert, ja für jeden zum Herzensbedürfnis macht.

Seit Monaten sehen wir im Osten einen Kampf, an dem jeder von uns mit seinem ganzen Herzen hängt, dem wir mit mehr als mit brüderlicher Sympathie folgen, einen Kampf, dem wir mit jedem Schlage unseres Herzens folgen, den wir als das wichtigste, als das entscheidende Ereignis unseres Jahrhunderts empfinden, dem wir zugleich mit dem leidenschaftlichen Wunsche folgen, etwas dazu beitragen zu können, daß der heldenmütige Kampf unserer russischen und polnischen Brüder mit einem Siege ende (lebhafter Beifall), daß die russische Revolution über die russische Despotie triumphiere. Aber soviel leidenschaftliche Wünsche wir haben, soviel wir selbst mittun möchten, wir können ihnen nicht helfen, wir können nur zusehen. Aber eines können wir. Ich erinnere Sie an ein Gedicht von Freiligrath, es heißt „Wien“. Das Gedicht richtet sich an die deutschen Revolutionäre, die damals um das von Windischgrätz belagerte Wien bekümmert waren, und es hat die Absicht, der deutschen Revolution zu sagen: Ihr könnt Wien nicht retten, ihr könnt nur kämpfen, wo ihr seid! Wenn wir noch beten könnten, so heißt es dort, wir beteten für Wien. Aber dann heißt es zum Schluß: Den Jellacic zu schlagen, schlage deinen Jellacic! (Lebhafter Beifall.) Wir können der russischen Revolution nicht helfen, aber wir können in unserem Lande, auf unserem Boden für unser Volk, für unser Proletariat in

unseren Kampfformen und mit unseren Kampfmitteln alles tun, um einigermaßen mit Ehren vor jenen Helden und Märtyrern, die dort drüben kämpfen, zu bestehen. (Beifall.) Mögen sie ihre Aufgabe lösen. Bescheiden wir uns, der unseren zu dienen. Und wenn wir einen Wunsch für uns selber haben, so ist es der, daß es diesem Parteitag gegönnt sein möge, die Kräfte dieser Arbeiterschaft, die unter den Sünden dieses Österreichs aus tausenden Wunden blutet, einmal in einem Moment, der siegversprechend ist, zusammenzuraffen zu einem festen, entscheidenden Schlage. (Beifall.) Das ist die Aufgabe dieses Parteitages. Es ist eine große, es ist eine politische Aufgabe, wie sie selten so schön, so entscheidend, so groß der proletarischen Politik gestellt wird.

Nicht nur die Wiener Genossen, auch die Gesamtpartei war wiederholt Vorwürfen ausgesetzt und es gibt niemand unter uns, der sich nicht immer wieder selbst das Gewissen erforscht hat, ob wir denn zur rechten Zeit immer das Richtige und Notwendige getan haben. Gestatten Sie, daß ich Ihnen meine Meinung sage — denn es handelt sich da ein wenig auch um mich, den Sie als einen besonnenen Mann kennen, ja, der als Bremser in den weitesten Parteikreisen berüchtigt ist. (Heiterkeit.) Gewiß war in diesen fünfzehn Jahren der Kampf um das Wahlrecht nicht immer auf der gleichen Höhe. Wir haben uns, als wir den Kampf begannen, den Weg zum Siege viel kürzer vorgestellt, und wir meinten damals, in einem Ansturm bis ans Ziel dringen zu können. Das war nicht möglich; aber nicht deshalb, weil es uns an Mut gemangelt hätte oder weil wir eine Schlacht versäumt hätten, wo wir hätten siegen können. Es ist ein Gebot unserer Pflicht als Vertrauensmänner der Partei, daß wir die Kraft der Partei nicht ins Feld führen zu Zeiten, wo sie mit großer Wahrscheinlichkeit verschwendet sein müßte. Aber so wie die Besonnenheit eine Pflicht ist, die uns unsere Verantwortlichkeit auferlegt, wo es die Pflicht der Partei ist, abzuwarten und ruhig zu bleiben: so legt uns dieselbe Verantwortlichkeit die Pflicht auf, den entscheidenden Moment zu benützen, um mit der ganzen Kraft vorzugehen — wenn es möglich ist. Parteigenossen! Wir erachten jetzt alle diesen Moment für gekommen. (Stürmischer Beifall.) Wir können natürlich keine Garantie übernehmen für das Maß österreichischer Dummheit, österreichischer staatsmännischer moral insanity, wir können keine Verantwortung dafür übernehmen, was die anderen tun. Aber eines wissen wir: daß die Verhältnisse für uns noch niemals so günstig gelegen sind wie heute.

Wir wissen, daß da gestern*) ein Manifest einer ungarischen

*) Am 28. Oktober brachte Fejervary im ungarischen Reichstag die Vorlage auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes ein. Wie die Krone dann aber das allgemeine Wahlrecht in Ungarn verriet, um ihre Militärforderungen durchzusetzen, darüber siehe die Bemerkungen zu den Reden auf den Reichskonferenzen 1905 und 1908 im Kapitel „Ungarn". (Bd. VIII, Seite 254, „Die verratenen Ungarn"; Seite 258, „Das Ende des cäsaristischen Traumes".)

Regierung erschienen ist, das vom Kaiser genehmigt ist, wo vom allgemeinen, gleichen Wahlrecht in Ungarn die Rede ist. Und wenn wir auch auf diesen Anhänger des gleichen Wahlrechtes, der da in letzter Stunde so überraschend gewonnen wurde, vielleicht persönlich nicht einen so großen Wert legen, und wenn wir auch seinen Fanatismus für das gleiche Wahlrecht durchaus nicht überschätzen (Heiterkeit), so erkennen wir doch, daß damit ein großes — ich möchte sagen mechanisches — Hindernis für unseren Kampf hinweggeräumt worden ist. Und dann: zum erstenmal haben wir im Parlament eine Majorität — ich will gar nicht sagen, für das Wahlrecht — aber doch eine Majorität, die nicht mehr gegen das Wahlrecht sein kann. Und im Parlament bis in den kleinsten elendesten Landtag von Krain — ich bitte die Genossen von Laibach um Entschuldigung (Heiterkeit) —, überall sehen wir die Tatsache, daß das Wahlrecht nun im Bewußtsein aller Menschen ist. Wir waren früher allein mit unserem Schmerz. Niemand hat an das Wahlrecht gedacht als wir. Heute kann kein Mensch an etwas anderes denken als an das Wahlrecht. Gewiß, sie werden es noch versuchen, dagegen zu arbeiten. Aber sie haben ein schlechtes Gewissen und vor allem: *sie haben nicht mehr den Glauben an ihre Sache*. Und schließlich haben wir — das sehen wir vor allem an den glänzenden Demonstrationen der letzten Wochen — niemals eine Zeit gehabt, wo das Proletariat so von dem Bewußtsein erfüllt war, daß jetzt der Moment gekommen ist, wo uns das ganze Proletariat förmlich entgegenschreit: *Jetzt vorwärts! Führt uns zum Kampfe!* und wo wir zugleich nach kühler Erwägung aller Faktoren zu dem Schlusse kommen, daß der entscheidende Moment gekommen ist, und *daß es nun die nächste, die einzige Aufgabe ist, diesen Kampf vorzubereiten*. (Stürmischer Beifall.)

Das Proletariat hat nun keine andere Aufgabe! Genossen aller Nationen! Ich fordere Sie auf, stellen Sie alles andere zurück! Wenn Lassalle recht hatte, daß man das Wahlrecht nur erobern kann, wenn man unablässig daran denkt und alles andere ausscheidet, so ist das gewiß richtig und allein möglich in dem Moment, wo die Schlacht beginnt. Wir stehen am Beginn des Kampfes. Wir können heute nicht feststellen, bis zu welchen Formen und zu welchen Mitteln und Kampfmethoden uns dieser Kampf führen wird. Aber wir wissen: *wir stehen am Vorabend dieses Kampfes! Und ich bitte Sie, Delegierte und Gäste, ich bitte alle Sozialdemokraten, in diesem Moment all ihr Denken, alle ihre Energie, alle ihre Kraft und ihre revolutionäre Entschlossenheit auf diesen einen Kampf zu konzentrieren*. (Stürmischer Beifall.) In diesem Sinne wollen wir den Parteitag führen und in diesem Sinne begrüße ich Sie im Namen der deutschen Exekutive! Der Parteitag wird das Signal geben zu einem Kampfe, der uns, so hoffen wir, Ehre und Sieg bringen wird! Es lebe die revolutionäre, die völkerbefreiende Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall und Hochrufe.)

Taktik im Wahlrechtskampf.

Parteitag 1905*).

Es ist selbstverständlich, daß der Bericht des Parteivorstandes nicht diskutiert werden kann, ohne daß man verschiedentlich auch von den anderen Punkten der Tagesordnung spricht. Aber ich will mich einschränken und nur folgendes sagen: Die Genossen Borek und Tusar haben sich mit der Haltung der Wiener beschäftigt und einer hat gerade mich als das Karnickel bezeichnet, das diesmal nicht angefangen hat. (Heiterkeit.) Wir haben auf der Konferenz dem Gautsch den Krieg angesagt. Wir haben gewußt, daß dieser Krieg im Abgeordnetenhaus schwer zu führen ist, und diejenigen, die sich über die Aktion abenteuerliche Vorstellungen gemacht haben, sind selbst schuld daran, wenn ihre Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind. (Beifall.) Wir anderen können nur sagen, daß wir über den Verlauf der von unseren Abgeordneten im Parlament angezündeten Bewegung auf das freudigste überrascht sind. Denn unsere Aktion konnte sich nicht darauf beschränken, Herrn Gautsch durch unsere Abgeordneten mehr oder weniger freundlich zu empfangen, sondern es sollte vor allem auch dort jener Feldzug begonnen werden, der nun in vollem Gange ist. (Zustimmung.) Ich habe in einer Versammlung in Margareten**) gesagt: Warten wir ab, bis es Zeit sein wird, einzugreifen. Daß wir den richtigen Zeitpunkt abwarten, ist ebenso notwendig, als daß wir im richtigen eingreifen. Es war diesmal Ihnen in Böhmen vorbehalten, den Eröffnungskampf zu führen. Aber es war ganz ausgeschlossen, daß wir in Niederösterreich den Kampf für das böhmische Landtagswahlrecht führen (Zwischenrufe: Für das niederösterreichische!) und den Kampf für das niederösterreichische Landtagswahlrecht. Sie nehmen es mir nicht übel — das verstehen wir besser. Wir können und wollen uns da nicht in eine Diskussion der Einzelheiten einlassen, aber wir wollten uns vor allem mit gutem Bedacht aller Verhältnisse unsere Kräfte für jene Kämpfe aufsparen, wo Wien berufen ist, gewissermaßen als die Delegation des gesamten österreichischen Proletariats vorauszugehen. (Stürmischer Beifall.) Wir sind weit entfernt, das, was Sie getan haben, zu unterschätzen, wir erkennen es an; aber wenn wir

*) Beim Bericht der Gesamtparteivertretung, den Skaret erstattete, kam es zu einer Debatte über den Wahlrechtskampf, in die auch Adler eingriff, zumal da gleich die ersten Redner Vorwürfe erhoben. Es waren das die tschechischen Redner Edmund Borek, Redakteur des tschechischen Blattes in Pardubitz, später Redakteur der „Dělnické Listy" in Wien, dann Vlastimil Tusar, Redakteur der „Rovnost" in Brünn, später Abgeordneter von Brünn, nach dem Umsturz tschechoslowakischer Ministerpräsident und dann Gesandter in Berlin.

**) Die Versammlung beim „Hamberger" am 11. September 1905, in der Adler über Gautsch und die ungarische Wahlreform sprach.

Ihnen nicht hineingeredet haben, wie Sie Ihre Aktion führen, so müssen auch Sie die Güte haben — nicht, als ob wir Ihnen die Kritik wehrten —, aber doch etwas Vertrauen zu uns zu haben. (Beifall.) Wir führen diesen Kampf nicht zum erstenmal und haben auch schon Beweise erbracht, daß wir im entscheidenden Moment das Notwendige zu tun wissen. Ich bin ja sehr erfreut, wenn man uns vorwärts drängt; aber wir glauben doch, diese Mahnungen nicht notwendig zu haben. Die Kunst des Wartens ist auch eine schwierige Kunst und Sie werden Sie in Ihrer politischen Entwicklung auch noch lernen.

Wahlrechtssonntag.

Der Aufmarsch vor dem Parlament, 5. November 1905*).

Parteigenossen, Arbeiter! Ihr seid heute hierher gekommen, um in machtvoller Demonstration zu verkünden, daß endlich die Stunde gekommen ist, wo die Schmach des politischen Unrechts fallen muß, daß es kein Zögern, kein Verschleppen mehr gibt. (Lauter Beifall.) Herr Gautsch hat gestern die „Abendpost" sprechen lassen; bei der Regierung beginnt es langsam zu tagen. (Heiterkeit.) Das ist unser erster Erfolg. Das Wahlrecht ist auf dem

*) Nach der großen Demonstration, die im Anschluß an den Parteitag am Abend des 31. Oktober auf der Wiener Ringstraße veranstaltet worden war, fand dann am 2. November eine Riesenversammlung im Sofiensaal statt. Daran schloß sich ein Massenspaziergang auf dem Ring an, den die Polizei zu hindern suchte. Er endigte in einem blutigen Zusammenstoß, wobei gegen hundert Personen verwundet wurden. In allen Städten fanden um diese Zeit, wie es das Manifest des Parteitags verlangte, Massenversammlungen statt, in denen der entschlossene Wille zur Durchführung des Massenstreiks zum Ausdruck kam. Am 4. November veröffentlichte die „Wiener Abendpost", das offiziöse Abendblatt der amtlichen „Wiener Zeitung", eine Erklärung der Regierung, in der festgestellt wurde, daß sich im Parlament „der grundsätzliche Widerstand gegen eine weitgehende Änderung der Grundlagen des Wahlrechts erheblich abgeschwächt" habe. Wenn die Regierung auch darauf bedacht sei, das Verlangen nach einer zeitgemäßen Umgestaltung des Wahlrechts zu fördern und seiner Erfüllung zuzuführen, so sei sie auch verpflichtet, um künftiger Änderungen des öffentlichen Rechtes willen nicht die öffentliche Ordnung stören zu lassen... Die Regierung sei entschlossen, mit allen gesetzlichen Mitteln Ausschreitungen entgegenzutreten. „Es liegt im Interesse der Volkskreise, die die Reform wünschen, durch ihr Verhalten zu bezeugen, daß sie in jedem Sinne politisch reif sind — auch für ein neues Wahlrecht. Das Parlament, nicht die Straße ist der Ort, wo die Entscheidung darüber zu fallen hat." Am Abend des 4. November kam es aber in Prag, wo schon früher Zusammenstöße mit der Polizei gewesen, ja sogar Barrikaden gebaut worden waren, zu einem blutigen Massaker, für das der Polizeipräsident

Marsche, die Arbeiterschaft wird dafür sorgen, daß es auf dem Wege nicht stecken bleibt. (Tosender Beifall.) Wir sagen es ganz deutlich und bestimmt: Es darf und kann nicht noch einmal Wahlen geben unter diesem Kurienwahlrecht! Das nächste Parlament muß aus dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht hervorgehen! (Tosender, jubelnder Beifall.) Die Bewegung der Massen ist im Fluß und keine Macht wird sie aufzuhalten vermögen, bevor sie ihr Ziel erreicht hat. (Hoch das Wahlrecht!) Genossen! Ihr habt heute die rote Fahne auf dem Hause der Privilegienschande aufgepflanzt zum Zeichen, daß ihr es weihen wollt, zum Hause einer wahren Volksvertretung! Dieser roten Fahne, unter der die Proletarier kämpfen, die für Rußland die Freiheit glorreich erstritten haben, unter der die vorwärtsschreitende Menschheit vereinigt ist, ihr bringen wir ein Hoch! (Dreimaliges, sich über die Massen fortpflanzendes Hoch!) Und nun, Genossen! Wir sind pünktliche Leute, pünktlich sind wir erschienen, pünktlich wollen wir abziehen, wie wir es angekündigt. Geht ruhig nach Hause, ihr werdet zur Stelle sein, wenn wir euch wieder rufen! Auf Wiedersehen! Hoch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! (Brausender Jubel.)

Kampf bis ans Ende.

Sieben Versammlungen am 6. November 1905*).

Ich bin später gekommen, um Ihnen sagen zu können, daß heute in Prag nicht Arbeiter niedergeschossen und niedergesäbelt wurden. Aber es ist in Prag nicht Ruhe in dem Sinne, als ob das Proletariat geschreckt wäre. Morgen wird dort ein Manifest erscheinen, in dem die Sozialdemokratie sagt: Trotz Revolver der

---

Křikava die Verantwortung trug. Ein Arbeiter und ein Student wurden getötet, viele verletzt. Auch an anderen Orten kam es zu blutigen Zusammenstößen. Am nächsten Tage erließ der Statthalter von Böhmen eine Kundmachung, in der er mit den „äußersten Mitteln“ drohte.

Am Sonntag den 5. November veranstaltete die sozialdemokratische Partei nun einen Aufmarsch vor dem Parlament. „Hunderttausend Rechtlose (so schrieb die »Arbeiter-Zeitung«) folgten dem Rufe und scharten sich um das rote Banner, das stolz vor dem Parlament wehte, das von den Flaggenstangen herniedergrüßte — nach des Volkes Willen“. Auf dem Flaggenmast, an dem sonst die schwarzgelbe Fahne angebracht war, hatten Proletarier diesmal rote Fahnen angebracht. Von der Bellaria bis zur Universität standen die Massen. Vor dem Parlament hielt Adler eine Ansprache.

*) Am Tage nach dem großen Aufmarsch vor dem Parlament fanden wieder sieben Versammlungen in Wien statt. In der Versammlung im Favoritner Arbeiterheim sprach nach Winarsky Dr. Adler.

Polizisten und trotz Säbel der Dragoner gehen wir unseren Kampf bis ans Ende. (Stürmische Rufe des Beifalls.) An der Bahre des Proletariers, der sein Leben gelassen hat für das Wahlrecht, leisten wir den Schwur, daß wir geben, was wir haben, und leisten, was in unserer Macht liegt, um zu erreichen, was die Notwendigkeit für den Staat und vor allem für das Proletariat ist. Der erste Schritt ist gemacht. Schon der Beschluß des Parteitages und der erste Tritt in den Straßen haben die Regierung zur — Vernunft ist zu viel gesagt, aber zu einer Ahnung von dem gebracht, was etwa die Vernunft sein könnte. Der Erklärung der Regierung sieht man an, daß die Furcht der Lehrmeister der Erkenntnis war. (Laute Zustimmung.) Nicht um das Recht ist es ihr zu tun, sondern die Furcht hat sie gezwungen, sich auf den rechten Weg zu begeben. Aber sie wird den Weg nicht weitergehen, wenn wir nicht hinter ihr stehen. (Rufe von allen Seiten: So ist es!) Was wir dabei darbringen, ist das Kostbarste und Köstlichste: das Blut des Volkes. Wir sind nicht gesonnen, verschwenderisch umzugehen mit dem höchsten Gute, wir wollen nicht einen Tropfen mehr opfern auf dem Altar des österreichischen Wahnsinns, als nötig ist. Kein Tropfen wird vergossen werden durch unsere Schuld. Jeder Tropfen Blut fällt auf das Gewissen der Regierenden, die sich noch heute frivol und gewissenlos dem widersetzen, was sie nicht nur als Recht, sondern als unvermeidliche Notwendigkeit längst erkannt haben müssen. Es handelt sich nun darum, daß das heutige Parlament die Wahlreform beschließt, daß unter keiner Bedingung nach dem heutigen Wahlrecht mehr gewählt wird. (Begeisterter Beifall.) Studiert ist genug. Ein weiteres Studium hält Österreich nicht aus und vor allem nicht die Arbeiterschaft. Herr v. Gautsch darf nicht glauben, daß er uns über dieses eine Jahr hinüberfoppen könnte. Haben Sie, Genossen, das Vertrauen zu uns, daß wir nicht mehr von Ihnen verlangen werden, als was unbedingt nötig ist, aber auch, daß uns von dem, was sein muß, nichts zurückhalten wird. Die Regierung wünscht „Ruhe". Nun, sie kann sich eine Atempause leicht verschaffen. Sie braucht nur deutlich und freiwillig zu erklären, daß sie dem Reichsrat bei seinem Zusammentreten ein Gesetz vorlegen wird über das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Sie braucht es nur so feierlich zu versprechen, wie es in Ungarn geschehen ist, und sie hat so lange eine Pause, bis wir uns am Tage der Parlamentseröffnung zu überzeugen kommen, ob sie das Versprechen einlöst. (Großer Applaus.) Wenn ihr Wunsch nach Ruhe aber nicht so groß ist als ihre Verstocktheit und ihr Wunsch, uns zum besten zu halten, wird Herr v. Gautsch keine Ruhe haben. (Rufe: Pfui Gautsch!) Das ist nicht nötig, der Mann ist entwicklungsfähig. (Ruf: Aber wann!) Das ist eben die Frage. Nimmt er Vernunft nicht an, wird er gehen. Wir bleiben! (Brausender, immer von neuem einsetzender Applaus.)

Das sterbende Privilegienparlament.

Versammlung der Gehilfenvertreter im Rathaus, 12. November 1905*).

Als ich zu dieser Versammlung kam, habe ich mich erinnert, daß hier auf dem Platz, wo jetzt die Votivkirche und das Rathaus

*) Am 18. Oktober wurde Dr. Adler, nachdem Josef Hannich das Mandat zurückgelegt hatte, im Reichenberger Wahlkreis der fünften Kurie zum Abgeordneten gewählt und konnte am 28. November, an dem Tag der großen Kundgebung, in das Parlament eintreten. Nach den großen Versammlungen am 5. November wiederholten sich die Kundgebungen für die Wahlreform im ganzen Reiche. In Prag war es am 5. November zu Zusammenstößen gekommen und der Statthalter erwog bereits die Proklamierung des Standrechtes und des Ausnahmezustandes. Inzwischen hatte sich ein Kampf der Eisenbahner, der ursprünglich wegen der Teuerungszulage in Brüx im nordböhmischen Kohlenrevier ausgebrochen war, verschärft. Als nach dem Parteitag die Arbeiterschaft in den Wahlrechtskampf eintrat, erörterte man in den Kreisen der Eisenbahner die Frage des Massenstreiks und am 5. November beschlossen die Vertrauensmänner der sozialdemokratischen Eisenbahner auf einer Konferenz in Prag, die passive Resistenz, die bis dahin nur im Brüxer Revier und nur zugunsten der wirtschaftlichen Forderung geübt wurde, auf alle Bahnen in ganz Böhmen auszudehnen und sie zugleich als Demonstration für das allgemeine Wahlrecht aufzufassen; am nächsten Tage beschloß die Exekutive der sozialdemokratischen Eisenbahner — nachdem eine Intervention des Abgeordneten Ellenbogen und des Eisenbahnerobmanns Tomschik den Eisenbahnminister bloß zu Zugeständnissen für das Brüxer Revier, und zwar im Betrag von einer Million Kronen jährlich zu bewegen vermocht hatte — die Ausdehnung der passiven Resistenz — oder, wie man es damals auch nannte, der Obstruktion — der Eisenbahner auf das ganze österreichische Eisenbahnnetz der Staatsbahnen wie der Privatbahnen. Ausdrücklich wurde den wirtschaftlichen Forderungen noch das allgemeine, gleiche Wahlrecht angefügt. Die Parole wurde mit Begeisterung aufgenommen. Schon am nächsten Tage wurde die passive Resistenz — die genaue, wortgemäße Einhaltung der bürokratischen Vorschriften — in fast allen Stationen geübt und, obwohl, um die öffentliche Meinung nicht gegen die Eisenbahner einzunehmen (wie es kurz vorher bei der passiven Resistenz in Italien gewesen war), die Personenzüge von der passiven Resistenz ausgenommen waren, waren schon nach wenigen Stunden die Bahnhöfe „verstopft". Die Industriellen schickten eine Deputation nach der anderen in das Ministerium, um über ihre Not zu jammern und die Regierung zum Einschreiten zu veranlassen. Tatsächlich versuchte die Regierung der Obstruktion zunächst mit Drohungen beizukommen. Aber die Drohungen hatten keinen Erfolg. Man plante sogar, nach italienischem Beispiel, die militärpflichtigen Eisenbahner zum Militärdienst einzuberufen, um durch die „Militarisierung" der Eisenbahner den Kampf zu beenden. Man hatte bereits, wie bekannt wurde, in der Staatsdruckerei die Einberufungskarten drucken lassen. Zugleich allerdings wurden auf Veranlassung der Industriellen, deren Betriebe stillstanden, Verhandlungen mit den Eisenbahnerorganisationen gepflogen.

Während aber diese Verhandlungen noch im Gange waren, waren in der Politik wichtige Dinge vor sich gegangen. Unter dem Druck der Wahlrechtsbewegung, in der auch die Gewerkschaften bereits den Generalstreik

stehen, im Jahre 1869 die erste große Massendemonstration*) für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht stattgefunden hat. Sechsunddreißig Jahre sind es her, daß die Arbeiterschaft zum erstenmal

erwogen, ließ am 11. November Gautsch eine Abordnung der Industriellen zu sich kommen und erklärte ihnen, „der Träger der Krone habe sich niemals den Forderungen der Zeit verschlossen und die Regierung werde schon in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage kennzeichnen“. Sie beschäftige sich bereits mit der Bearbeitung der Wahlreform, die „auf moderner Grundlage beruhen und den Ansprüchen der Zeit genügen werde“. Es werde dann Sache des Parlaments sein, die Reform noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluß zu bringen.

Als am Samstag den 11. November diese Erklärung bekannt wurde, gingen die Verhandlungen mit den Eisenbahnern rascher vor sich. Die Regierung steigerte auch ihr materielles Zugeständnis von 3 bis 4 auf 5 bis 6 Millionen und nun konnte am 12. November die Obstruktion beigelegt werden. Daß bei dieser Beilegung die materiellen Erfolge eine geringere Rolle gespielt hatten als das allgemeine Wahlrecht, geht daraus hervor, daß vier Wochen später wegen der materiellen Forderungen eine neue passive Resistenz ausbrach, die nach langwierigen Verhandlungen zu einem Erfolg führte.

Die Woche nach der Erklärung des Ministers an die Industriellen war in ganz Österreich mit zahllosen Versammlungen und Gewerkschaftskonferenzen ausgefüllt, die der Organisierung des Massenstreiks dienten. Da erfuhr man auch aus einer Kundgebung der halbamtlichen „Wiener Abendpost“, des Abendblattes der amtlichen „Wiener Zeitung“, daß der Kaiser, der in Ungarn das allgemeine Wahlrecht in seinem Programm habe, auch in Österreich das allgemeine Wahlrecht wolle.

Am 12. November, einem Sonntag, fanden nicht weniger als fünf große Wahlrechtsversammlungen und sowohl vormittags als nachmittags an zahlreichen Orten Demonstrationen statt, bei denen die rote Fahne vorangetragen wurde. Adler sprach in zwei Versammlungen.

In der Volkshalle des Rathauses fand eine Versammlung der Gehilfenvertreter der Genossenschaften statt, die schon längst geplant war, um gegen die von den Zünftlern geplante Änderung der Gewerbeordnung zu protestieren. Nun lautete ihre Tagesordnung: „Die geplante Abänderung der Gewerbeordnung und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.“ Das Referat erstattete der Gehilfenobmann der Kleidermacher, der nachherige Abgeordnete Smitka. Dann sprachen Pernerstorfer und Adler, die sich vornehmlich mit dem Wahlrecht beschäftigten. In einer Resolution wurde dagegen protestiert, daß das sterbende Privilegienparlament noch ein solches Gesetz beschließe, ohne sich um die Forderungen der Arbeiter nach Verbesserung des Arbeiterschutzes zu kümmern, und es wurde verlangt, daß die Reform der Gewerbeordnung dem auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählten Parlament überlassen bleibe.

*) Diese Massendemonstration der Wiener Arbeiter vor dem Parlament, die dann die Verhaftung der Mitglieder der Deputation und den Hochverratsprozeß gegen die Arbeiterführer zur Folge hatte, aber den Arbeitern doch das Koalitionsgesetz als Errungenschaft brachte, fand am 13. Dezember 1869 statt. Das Parlament war allerdings damals noch nicht das heutige Parlament, sondern ein großer Holzbau in der Nähe der Votivkirche. Das jetzige Parlament wurde erst in den Jahren 1875 bis

erwacht ist, und ihr erster Ruf war: „Wir wollen das allgemeine, gleiche Wahlrecht!“ (Stürmische Bravorufe.) Und ich erinnere mich auch an einen anderen Tag, an jenen 9. Juli 1893, wo hier in der Volkshalle und im Arkadenhof und draußen vor dem Rathause ungezählte Tausende versammelt waren und den Wahlrechtskampf begannen, der seitdem nicht mehr gerastet hat. Diese beiden Tage waren geschichtlich für das österreichische Proletariat, sie waren auch geschichtlich für den Staat und für alle Völker Österreichs. Ein geschichtlicher Tag ist es auch heute, wo wir hier versammelt sind, denn wir haben heute von der Regierung nicht das Versprechen, nicht die Verheißung, sondern die Verpflichtung anerkannt erhalten, daß sie diesem Parlament die Wahlreform vorlegen und daß dieses Parlament die Wahlreform zu Ende führen wird. (Stürmischer Beifall.) Damit hat unser Kampf einen Punkt erreicht, der nicht etwa seine Fortsetzung überflüssig macht, der uns aber immerhin sagt, daß das schwerste Stück getan ist. Denn nichts ist schwerer in Österreich, wo man sich an das Elend schon so gewöhnt hat, als den Stein ins Rollen zu bringen. Aber nun ist er im Rollen, und daß er auf dem Wege nicht liegen bleibt, dafür wird das österreichische Proletariat sorgen. (Stürmischer Beifall.) Gewiß, es war nicht unsere Kraft allein, die uns die Möglichkeit gibt, für Österreich das zu schaffen, was schon lange eine Notwendigkeit war. Wenn sich die herrschenden Staatsmänner auch recht lange gesträubt haben, Vernunft anzunehmen, so liegen die Dinge heute so, daß die Geschichte über sie hinweggehen würde, wenn sie sich noch länger sträubten. Aber wir wissen, daß unsere Aufgabe in unserem Augenblick die ist, die Gunst des Moments zu benützen und den entscheidenden Schritt mit eiserner Entschlossenheit zu tun und mit jener Unnachgiebigkeit, die kein Zögern, kein Nachlassen duldet. (Beifall.)

Wir haben im Jahre 1897 gemeint, es werde nur noch jene eine Wahl nach dem Schandsystem der Kurien möglich sein. Wir haben Österreich überschätzt. Es hat nur sechs Jahre gedauert, daß dieser Fluch auf uns lastete und noch ein zweitesmal mußten wir eine solche Wahl über uns ergehen lassen. Aber nun ist es zu Ende und es darf und wird keine Wahl mehr geben, die unter diesem System stattfindet. (Großer Beifall.) Die Krone hat ihre Zustimmung gegeben. Die Regierung sieht ein, was ihre Pflicht ist, der dritte Faktor, das Parlament, wird in wenigen Tagen zusammentreten und der vierte und entscheidende Faktor, das Proletariat, wird dafür sorgen, daß das Parlament auch erkennt

---

1883 von Theophil Hansen erbaut, das Neue Rathaus 1872 bis 1883 von Friedrich v. Schmidt, die Universität 1873 bis 1883 von Heinrich v. Ferstel, die Votivkirche — zur Erinnerung an das Attentat des ungarischen Schneidergesellen Liebesny auf den Kaiser Franz Josef vom Jahre 1851 — 1856 bis 1879 ebenfalls von Ferstel, das Burgtheater 1880 bis 1886 nach den Plänen Gottfried Sempers von Karl v. Hasenauer.

Jene erste große Demonstration vor dem Parlament war also ganz anderswo als die Wahlrechtsdemonstrationen vor dem Parlament.

Über die Demonstration vom 9. Juli 1893 ist oben berichtet worden.

und deutlich vor Augen hat, was seine verdammte Pflicht und Schuldigkeit ist. Wir erwarten Sie wieder auf diesem historischen Boden am Tage der Parlamentseröffnung und wir sind überzeugt, Sie werden kommen. (Stürmischer Beifall.) Sie werden es verstehen, diesem Tage jene Weihe und Würde zu geben, die ihm eigen sein muß. Denn dieser Tag ist der Beginn des Endes des sterbenden Parlaments. Gewiß ist der Weg zum gleichen Wahlrecht noch lange nicht zu Ende gegangen. Gewiß wird man versuchen, es zu verderben. Aber wie wenige Wochen ist es denn her, daß Baron Gautsch noch hoffte, nicht nur das Wahlrecht in Österreich, sondern auch das in Ungarn verhindern zu können! Wir hätten ja auch nicht geglaubt, daß aus diesem Saulus so rasch ein Paulus werden wird. (Heiterkeit.) Wir verlassen uns nicht auf die Festigkeit und Beständigkeit des guten Willens der Regierung, aber wir haben das festeste Vertrauen zum österreichischen Proletariat, das hinter diesem Parlament stehen wird, wie es hinter der Regierung gestanden ist. Wir haben nicht Vertrauen zur Regierung, aber wir haben alles Vertrauen zu uns selber.

Sie werden sich nicht einschläfern lassen, Sie werden nicht glauben, daß nun schon die Tage der Rast gekommen sind, aber Sie werden auch wissen, daß dieser Kampf, der mit einer siegreichen Schlacht begonnen hat, alle die Monate, die er noch dauern wird, mit derselben Bestimmtheit und Kraft, aber auch mit derselben Klugheit weiter geführt werden muß wie bisher. Der Parteitag hat aus Ihren Herzen gesprochen, als er verkündete, daß die Arbeiter vor keinem Opfer zurückschrecken und, wenn notwendig, selbst den Massenstreik mit allen seinen Konsequenzen auf sich nehmen werden. Das wissen wir, aber wie wir verpflichtet sind, jedes notwendige Opfer zu bringen, so sind wir auch verpflichtet, kein Opfer zu bringen, das überflüssig wäre. Deshalb führen Sie den Kampf mit derselben Bestimmtheit weiter! Seien Sie gewärtig unseres Rufes! Halten Sie sich bereit zum Kampf! Auf Wiedersehen vor dem Parlament am Tage seiner Eröffnung. Bis dahin können wir eine gewisse Ruhe eintreten lassen. Nicht etwa daß wir den Kampf aussetzen würden, aber wir können jene Demonstration, die eine Demonstration nicht nur für Wien, sondern für ganz Österreich sein wird, vorbereiten, daß sie groß und mächtig und imposant werde, damit sie entscheidend sei und das bringe, was um jeden Preis erobert werden muß, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Die Massenversammlung im Kolosseum*).

Der Kampf, den wir jetzt führen, den führen wir seit vielen Jahren, seit dem ersten Erwachen der österreichischen Arbeiterklasse. Es ist vielleicht an der Zeit, heute daran zu erinnern, daß die erste große Demonstration der Wiener Arbeiter am 13. Dezember

*) Adler sprach dann noch im Kolosseum im neunten Bezirk. Auch diese Versammlung war übervoll. Wenigstens 4000 Personen erfüllten die aus-

1869 vor allem gegolten hat dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht. 35 Jahre des Kampfes um das gleiche Recht – ein langer Weg, ein Weg, der bedeckt ist mit Opfern ohne Zahl, und noch sind wir nicht am Ziele. Aber nicht nur wir sind marschiert, auch der Staat hat seinen Weg gemacht, und während die Arbeiterklasse stark und mächtig geworden ist, ist dieser Staat unter dem Einfluß des Unrechtes, das er zur Grundlage seiner politischen Existenz gemacht hat, Stück für Stück zurückgegangen. Bis zur völligen Ohnmacht, zur völligen Lahmlegung alles wirtschaftlichen und politischen Fortschrittes. Dasselbe Unrecht, das für uns ein Hindernis ist, ist für die anderen Klassen mehr als ein Hindernis — es lähmt sie, es tötet sie. Die Entwicklung hat uns recht gegeben Punkt für Punkt und die starrköpfigsten Exzellenzen fangen heute an, einzusehen, daß sie Vernunft annehmen müssen, weil sonst die Vernunft über sie hinwegschreitet. (Stürmischer Beifall.)

Eine Epoche der Revolutionen ist angebrochen; vom Osten, wo die zarische Despotie nun im Kote liegt, kam der Anstoß, wie er einst aus dem Westen gekommen ist. Das österreichische Proletariat begreift seine Zeit und ist entschlossen, zu tun, was seine Pflicht ist. Bedenken wir nur, was sich seit wenigen Wochen ereignet hat. Da war vor allem unser Parteitag, der nichts anderes war als ein wohlüberdachter Motivenbericht für den einzigen Beschluß, den Kampf zu Ende zu führen mit allen Mitteln, die dem Proletariat zu Gebote stehen. Es kam dann das Blutvergießen in der Babenbergerstraße und es kam dann der große Sonntag von Wien und Prag, wo wir verkünden konnten, daß die Regierung den ersten Schritt getan und erklärt habe, „daß die Wahlreform in die Wege geleitet“ wurde (Rufe: Pfui Gautsch! Heuchler!) Genossen! Sie müssen das Pfui! doch ein wenig modulieren; allen Sündern steht der Weg zur Tugend offen und schon hat gestern die Regierung den zweiten Schritt getan. (Ein Genosse ruft: Komödie!) Sie täuschen sich, das ist keine Komödie. Sie unterschätzen den Druck, unter dem die Regierung steht. Wenn Sie sagen: „Es ist nicht ihr eigener Wille, vernünftig zu sein“, sei das zugegeben. Aus eigener Erkenntnis hätte sich Herr v. Gautsch politisch nicht so rasch entwickelt; aber er hat gute Lehren im Inland sowohl wie im Ausland. (Heiterkeit und stürmische Zustimmung.) Sie sind recht eindringlich mit ihren Lektionen und — können auch minderbegabte Schüler zwingen, den Kopf ordentlich aufzumachen. (Heiterkeit.) Der Dümmste muß begreifen, daß die Arbeiterschaft den heutigen Zustand nicht mehr aushält und daß es mit den Komödien und mit dem Versteckenspielen jetzt zu Ende ist. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Und jetzt ist noch die eindringliche Lehre dazu gekommen, die die Eisenbahner geben. Sie dürfen nicht etwa glauben, daß die

---

gedehnten Haupt- und Nebenräume des Etablissements. Von den Galerien herab wehten, wie es jetzt üblich geworden war, rote Fahnen.

Nach Adler sprach Gemeinderat Reumann. Nach der Versammlung zog ein Teil der Teilnehmer mit roten Fahnen vor das Rathaus.

sozialdemokratische Partei es notwendig gehabt hat, den Eisenbahnern zu sagen: „Vergeßt bei euren Forderungen das Wahlrecht nicht! Nehmt uns mit auf eurem Karren!“ Nein! Mit Naturgewalt ist das hervorgebrochen und ist zu einem Zeichen geworden, das ein Ministerpräsident verstehen muß. So hat denn die Regierung gestern erklärt, daß sie fortfährt, lernfähig zu sein. Das ist es, worauf es ankommt. Wir wollen nicht mehr Neuwahlen haben auf Grund der alten Kurienschande, wir wollen nicht wieder um sechs Jahre geprellt werden. Die karge Lebenszeit, die das Parlament noch hat, muß es benützen zu der einzig vernünftigen Tat, die es noch leisten kann: sich selbst zu beseitigen und Platz zu machen dem Volksparlament. Die gestrige Erklärung des Herrn v. Gautsch enthält eine Verpflichtung, die die Regierung bindet und die Krone bindet. Der dritte Faktor ist das Parlament, und diesen zu veranlassen, seine Pflicht zu tun, dazu wird der vierte und entscheidende Faktor, die Arbeiterklasse, die so lange Nachsicht übte mit den schwachen Intelligenzen, das Notwendige leisten. (Stürmischer Beifall.) Wenn Opfer nötig sind, wird sie die österreichische Arbeiterschaft zu bringen wissen und sie wird auch vor dem Massenstreik nicht zurückbeben. Es sieht für diesen Augenblick so aus, als ob wir es uns würden ersparen können, diese schwere und opfervolle Waffe zu ergreifen. Aber wo immer und wann immer eine Stockung eintreten sollte, werden wir sie mit ihrem vollen Gewicht und ihrer ganzen Wucht einsetzen und alles auf uns nehmen, um unser gleiches Recht zu erobern. (Stürmischer, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Lueger als Erfinder.

Sechs Versammlungen, 26. November 1905*).

Es ist eine große und in ihrer Art einzige Sache, die sich in den letzten Monaten in Österreich vollzogen hat. Heute gibt es wirklich keinen ernsthaften Widerstand mehr gegen das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Das ist selbstverständlich nicht ein Verdienst der Sozialdemokraten allein, selbstverständlich ist es nur das Verdienst der Sozialdemokraten, daß sie den richtigen Moment erkannt und im richtigen Moment getan haben, was getan werden mußte. Dem Ministerium Gautsch ist es nicht an der Wiege gesungen worden, zu welcher Erkenntnis es sich durchringen werde binnen vierzehn Tagen. Wir sehen, das Licht der Erkenntnis, die Erleuchtung kommt heute so wie einst rasch über die Menschen: aber sie kommt nicht

*) Zwei Tage vor der Parlamentseröffnung, am Sonntag, hielten die Wiener Arbeiter wieder sechs Versammlungen ab. Die Versammlungen standen schon ganz unter dem Eindruck der bevorstehenden Demonstration, die für den Tag der Parlamentseröffnung geplant war. Die Versammlungen richteten sich auch gegen die Christlichsozialen, die sich einerseits als die Erfinder des allgemeinen Wahlrechtes aufspielten und andererseits es durch eine lange Seßhaftigkeit verschlechtern wollten.

immer und ausschließlich von oben, es wird immer mehr so, daß die Erleuchtung von unten kommt über die Menschen. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Ernste offene Feinde haben wir nirgends mehr. Mit den paar Großgrundbesitzern, die noch intrigieren, wird man ja fertig werden. Es wäre ja das einfachste, man schickte die Herren sämtlich ins Herrenhaus. Anders steht die Sache bei den Christlichsozialen, die nicht nur erklären, sie seien Freunde des allgemeinen Wahlrechtes; Herr Dr. Lueger erklärte speziell noch, daß er der Erfinder des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes ist. (Heiterkeit.) Man muß Herrn Dr. Lueger wirklich bedauern, daß er politisch ein wenig heruntergekommen ist und sich von so billigen Lorbeeren nähren muß. Es ist auch töricht, daß sie über die große Manifestation der Arbeiterschaft, die für Dienstag bevorsteht, geflissentlich die abenteuerlichsten Gerüchte verbreiten. Ja, wenn die Herrschaften durchaus ihre Spießer in Angst setzen wollen — wir werden die Kosten nicht tragen für die schmutzigen Hosen der Leute. (Heiterkeit.) Nicht einen Moment an diesem Tage wird man an die Christlichsozialen denken. (Lebhafter Beifall.) Wir lachen über all diese Dinge.

Wir, die wir ja kein Amt haben, gescheit zu sein, durchschauen den Schwindel, aber unsere hohen und höchsten Herrschaften lassen sich durch die christlichsozialen Lügenmärchen ins Bockshorn jagen. Es werden für Dienstag die verrücktesten Vorbereitungen getroffen. Es wird Militär angesammelt in Massen, die Hofburg wird bewaffnet sein bis an die Zähne und der Rest wird eine furchtbare Blamage für die Angstmeier sein. Begreifen denn die Herrschaften nicht, daß wir wirklich derzeit und vorläufig in der Hofburg nichts zu suchen haben? Wir sind mit der Hofburg bis auf weiteres ganz zufrieden. Die Hofburg hat sich zum Wahlrecht für Ungarn bekannt, sie hat sich nach einiger Überlegung auch zum Wahlrecht in Österreich bekehrt. Nun, dabei können wir es ruhig lassen! (Beifall.) Die Angst ist völlig überflüssig, die Revolution, vor der die Christlichsozialen Angst haben, hat überhaupt das Eigentümliche, daß sie nicht angesagt wird für einen bestimmten Tag und eine bestimmte Stunde wie eine Hoffestlichkeit; nein, wenn sie notwendig geworden ist, dann kommt sie stets über Nacht, sie kommt, wenn man sie am wenigsten erwartet. Parteigenossen! Wir sind wohl so weit und wir dürfen annehmen, daß wir das Wahlrecht bekommen werden, ganz ohne die gefürchtete „Revolution". Es hat genügt, daß die Herren ein klein wenig zur Vernunft kamen und das Hindernis für die Wahlreform war beseitigt. Die Herren machen sich nur lächerlich mit ihren Vorbereitungen. Wir brauchen uns aber darüber gar nicht aufzuregen, daß das Militär sehr zeitlich hingehen wird, auf unbewohnten Straßen, damit man es weniger sieht. Das ist erstlich ausgemacht. Genossen! Wenn Sie aber trotzdem solchen Militärs ansichtig werden sollten und die ganze Armee der Pickelhauben in Tätigkeit sehen, dann sagen Sie sich: Na, wenn ein Souverän kommt, so muß ja alles ausrücken, und es ist nicht mehr als

recht und billig, als daß dem souveränen Volk auf den Straßen von Wien alle militärischen Ehren erwiesen werden. (Schallende Heiterkeit und Beifall.)

Jetzt beginnt der Kampf um die einzelnen Bestimmungen des Wahlgesetzes. Die Christlichsozialen wünschen das allgemeine Wahlrecht verbrämt mit fünfjähriger, und wenn das nicht erreicht werden sollte, so wenigstens mit der dreijährigen Seßhaftigkeit. Wir können dem Herrn Lueger heute schon sagen: Daraus wird nichts; das ist ganz ausgeschlossen. Es handelt sich uns durchaus nicht um die Zahl der Mandate, aber wir können nicht dulden, daß man diejenigen Schichten von Arbeitern, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse gezwungen sind, nur einen Teil des Jahres in einem Orte zu arbeiten, ihres Rechtes beraubt. Es sind das nicht nur Bauarbeiter, sondern Zehntausende von Arbeitern aller Saisongewerbe, die nicht zu ihrem Vergnügen und wegen ihrer Gesundheit reisen, sondern ihrer Arbeit nachgehen. Um diesen Punkt wird ein heißer Kampf geführt werden und es ist gar nicht ausgeschlossen — ich sage das mit Bewußtsein dessen, was ich ausspreche —, es ist gar nicht ausgeschlossen, daß wir gezwungen sein könnten, für das Recht einer solchen Schichte der Arbeiterschaft einen besonderen Kampf bis aufs äußerste zu führen. (Allgemeiner Beifall.)

Die Erklärung des Ministerpräsidenten Gautsch.

Parlament, 30. November 1905*).

Meine Herren! Erlauben Sie, daß ich an die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten und insbesondere an seine letzten Ausführungen, die sich auf die Wahlreform bezogen, einige Bemer-

*) Als am 28. November das Parlament zusammentrat, erreichte die Bewegung den Höhepunkt. In ganz Österreich fanden Kundgebungen statt. In Wien zog eine Viertelmillion Menschen in stummer Demonstration mit Fahnen und Standarten am Parlament vorbei und überreichte durch eine Abordnung unter der Führung der Abgeordneten Pernerstorfer, Daszynski und Hybesch den Präsidenten beider Häuser und dem Ministerpräsidenten die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht. Volle vier Stunden dauerte der Aufmarsch der Achterreihen vor dem Parlament, während im Parlament selbst der Minister in einer Erklärung versprach, daß die Regierung alles aufbieten werde, um die Vorlagen, die dem Volke das allgemeine Wahlrecht bringen sollen, „spätestens im Februar auf den Tisch des Hauses zu legen". An diese Erklärung schloß sich eine Debatte, in der auch Adler sprach, der am 18. Oktober in Reichenberg zum Abgeordneten gewählt worden war. (Darüber, sowie über den großen Kampf der Eisenbahner, der mit materiellen Forderungen begonnen hatte und bald zu einem Kampf für das allgemeine Wahlrecht wurde, siehe die Bemerkungen bei der Versammlung vom 12. November „Das sterbende Privilegienparlament".)

kungen knüpfe. Der unmittelbare Vorredner hat das Wort des Ministerpräsidenten von den Volksnotwendigkeiten zitiert. Es ist nichts Neues, daß die sogenannten Staatsnotwendigkeiten als Volksnotwendigkeiten erklärt und ausgegeben werden. Das, was wir verlangen, ist — und das möchten wir einmal von der Regierung und vom Parlament hören —, daß die Volksnotwendigkeiten auch Staatsnotwendigkeiten sein sollen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Was die Frage des Verhältnisses zu Ungarn anlangt und insbesondere die Armeefrage, so waren die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Sylvester*) ein getreuer Ausdruck der Lage dieses Hauses. Dr. Sylvester fragt, wo den Ungarn gegenüber in diesem Hause ein gemeinsames Interesse und die erforderliche Kraft besteht. Wir kommen nicht einmal dazu, sagte er, Delegationen zu wählen. Ich glaube, er möchte am allerliebsten — und das entspricht so ganz der Zerfahrenheit, die in den Parteien dieses Hauses steckt — Delegationen wählen, sie zugleich aber auch abschaffen. Er beklagt sich darüber — und das mit Recht —, daß der Ministerpräsident eine Rede hält, die alle möglichen Dinge enthält, aber nicht davon spricht, daß in diesem Augenblick österreichische Kriegsschiffe eine Expedition unternehmen, von deren ersprießlicher Tätigkeit nicht alle Staatsbürger überzeugt sind, zu der aber die Zustimmung einer maßgebenden Körperschaft nicht eingeholt wurde. Wir sind ein armes, ein blutarmes Parlament; aber so arm sind wir doch nicht, daß die Minister über derartige Dinge einfach mit Stillschweigen hinweggehen dürften. Ich will aber annehmen, daß der Ministerpräsident gerade mit diesem Stillschweigen andeuten wollte, daß man mit diesem Parlament keine besonderen Umstände zu machen brauche (Heiterkeit), daß das Haus in seinem heutigen Zustand von der Regierung nicht die Rücksicht verdient, die jedes andere Parlament erfährt und vielleicht sollte gerade dieses Stillschweigen, diese etwas despektierliche Behandlung, die der Ministerpräsident uns hat angedeihen lassen, eines der Argumente sein, dieses Haus zu beseitigen und an seine Stelle ein Haus zu setzen, mit dem man anständig reden muß.

Dieses Haus genießt im Volke nicht viel Ansehen, es genießt aber bei der Regierung noch viel weniger Ansehen, und das schlimmste ist, es genießt bei sich selbst gar kein Ansehen. Wenn es ein ausschlaggebendes Motiv für Sie alle ohne Unterschied der Partei gibt, zu sagen, dieses Haus muß weg und Österreich muß eine Volksvertretung bekommen, so muß es das sein, daß Sie alle das Bewußtsein haben. Sie leben in einer schweren Krise des Staates, welche die wirtschaftlichen und politischen Interessen aller Völker in allen ihren Klassen auf das

*) Der Deutschnationale Dr. Julius Sylvester, der nachmalige Präsident des Abgeordnetenhauses, unmittelbar nach dem Umsturz in der revolutionären Regierung als Staatsnotar zur Beurkundung der Beschlüsse des Staatsrates bestellt.

tiefste berührt, in einer Schicksalsstunde dieses Reiches, mit einer schwachen Regierung, die nicht klar weiß, was sie will — und wann hätten wir eine andere gehabt? —, aber auch ohne jede Vertreter der Interessen der Bevölkerung, ohne Kraft, sich ein Urteil darüber zu bilden, was notwendig ist, und insbesondere auch ohne Kraft, das durchzusetzen, was man will.

Was in Ungarn geschieht ist gewiß nicht sehr erhebend. Die Adelsclique, diese Junkerrebellion, die drüben Volksvertretung spielt, ist vom Standpunkt der Interessen der Massen des Volkes kein erbaulicher Anblick, aber das müssen wir sagen: respektabel ist es doch, die Kerle hauen doch drein, sie fühlen sich; sie wollen etwas — etwas Falsches, aber sie haben *Mut*. Bei uns aber ist nicht die Spur davon. Dieses Parlament ist nicht mehr fähig, etwas Gutes zu schaffen; es ist aber auch nicht mehr fähig, etwas Schlechtes zu tun; es ist vollständig überflüssig geworden; es ist unfähig, einen entscheidenden politischen Schritt zu tun. *Diese Empfindung haben Sie*, auch wenn Sie anders reden und wenn Sie Ihr Gewissen übertäuben aus Gründen des Parteiegoismus — ich will nicht sagen: des Mandatsegoismus. Wenn Sie mit sich allein sind, müssen Sie zugeben: *Österreich ist jetzt wehrlos, es hat keine Vertretung und kein Parlament, das aktionsfähig wäre.*

Geben Sie sich keiner Täuschung hin, daß Sie durch Beschlüsse, durch kleine Bandeleien, durch gewundene Resolutionen, die kein Mensch liest, die nichts besagen, nur in langen Perioden verbergen, daß man nicht nur nichts will, sondern sich nicht einmal getraut, anzudeuten, daß man etwas wollen könnte, daß Sie dadurch die Wahlreform aufhalten könnten. Aus diesem Hause wird nichts mehr, in diesem Hause ist nichts mehr zu machen und darum muß es weg. Das ist der Grund, warum dieses Haus beseitigt werden muß, und darum haben es die Sozialdemokraten begrüßt, daß der Ministerpräsident in seiner Erklärung feierlich, verbindlich ausgesprochen hat, daß er das Gesetz, das das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht begründet, hier einbringen will und daß er selbst erklärte, daß eine Regierung den Namen einer Regierung nicht verdienen würde, wenn sie das nicht täte. *Wenn das schon Baron Gautsch einsieht, dann wäre es höchste Zeit, daß auch Sie es einsehen.* (Lebhafte Heiterkeit.)

Wir haben vor einigen Wochen hier einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, der dem Ministerpräsidenten, der sich gegen das allgemeine Wahlrecht in Ungarn erklärte, das Mißtrauen aussprach. Ich teile Ihnen mit, daß wir diesen Dringlichkeitsantrag zurückgezogen haben, denn er ist *obsolet* geworden. Damit will ich aber nicht sagen, daß wir zu Baron Gautsch allzu großes Vertrauen hätten, und wenn wir erklären, daß wir ihm nicht mißtrauen, *so sagen wir doch noch lange nicht, daß wir ihm trauen*. Aber immerhin müssen wir sagen, der Ministerpräsident ist so lernfähig, als man es von einem Bürokraten älterer Schule in Österreich verlangen kann. (Heiterkeit und Beifall.)

Allerdings, wir sind nicht verwöhnt durch diese Herren da oben. Aber wir geben zu: In den letzten Monaten hat sich der Ministerpräsident recht gut entwickelt. Er hat seinerzeit geleugnet oder, sagen wir, er hat geglaubt, es nicht zugestehen zu dürfen, daß er die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Ungarn nicht gern sieht, weil, wenn es dort eingeführt würde, bei uns eine Wahlrechtsbewegung erzeugt werden könnte, die gefährlich wäre. Seine Voraussetzung hat sich eigentlich auch bestätigt. Ja, es hat nicht einmal so viel gebraucht, daß das allgemeine Wahlrecht in Ungarn Gesetz wird, und es ist hier in Österreich eine Wahlrechtsbewegung entstanden, die sich sehen lassen kann. Der Ministerpräsident hat sich nur darin geirrt, daß er gemeint hat, daß das Entstehen dieser Bewegung davon abhängig ist, ob er es wünscht oder nicht, oder ob die Sache in Ungarn Fortschritte macht oder nicht. Und er hat sich auch noch in etwas geirrt. Er hat noch im September gemeint, das Wahlrecht könne nur „auf der festen Unterlage der Ordnung unserer nationalen Verhältnisse“ geschaffen werden. Er hat damals noch von den „Siedlungs- und Schichtungsverhältnissen“ gesprochen, die das allgemeine und gleiche Recht unmöglich machen. Aber die Dinge sind gar nicht so mysteriös, als man sie hinstellt. Sie machen sich immer selbst solche Geschichten vor. In Wirklichkeit ist die Sache ganz einfach. Wir haben national einheitliche und wohl einige national gemischte Gebiete, aber lange nicht so viel, als angenommen wird. Die Schichtungsverhältnisse, die existieren auch; das heißt, es gibt auch bei uns Klassengegensätze, aber das ist keine Entdeckung, die großen Scharfsinn erfordern würde, und wenn wir warten wollten, bis diese Schichtungsverhältnisse beseitigt sind, so dürfte dies etwas langwierig werden. (Heiterkeit.) Vor allem anderen ist ja der Kampf ums Wahlrecht eine Wirkung dieser berühmten Schichtungsverhältnisse, nämlich die Wirkung der Tatsache, daß die Schicht der Arbeiterklasse zum Selbstbewußtsein und zu einem selbständigen Willen gekommen ist und zu einem so kräftigen, klaren, energischen und einem so wenig zu leugnenden Ausdruck dieses Willens, daß sie selbst das durchsetzen wird, was in Österreich immer am schwersten durchzusetzen war: das Vernünftige und das Gerechte! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Nun ist der Minister den Dingen nähergetreten. Er hat am 29. September sehr skeptisch über das Wahlrecht gesprochen; er hat am 6. Oktober eine Erklärung abgegeben — damals muß er gerade im Zustand des Mauserns gewesen sein (Heiterkeit) —, in der er sich nicht recht entschließen konnte, die aber noch recht lahm war. Vorgestern haben wir hier eine energische, vernünftige, klare Erklärung gehört, die in ihren großen Zügen ganz gut gestimmt hat zu dem, was sich zur selben Stunde vor den Toren dieses Hauses und in allen

Städten Österreichs begeben hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Zur selben Stunde hat nämlich der beste Teil, der politisch klarste, der *politisch wollendste* Teil aller Völker Österreichs erklärt, daß er es nicht mehr länger aushält und nicht geneigt ist, es länger zu ertragen, daß die Völker Österreichs ohne Vertretung bleiben, daß es ihre Würde und ihre Interessen unmöglich machen, noch einmal die Schande und Schmach zu erleben, an Wahlen heranzutreten, die ein Abgeordnetenhaus erzeugen, das keine Volksvertretung ist. Die Demonstrationen sind der beste Kommentar dafür, wie recht Baron Gautsch hatte, wenn er erklärte, es sei *einfach ausgeschlossen, die Wahlreform nicht zu machen.* Es ist unerläßlich und unvermeidlich, sie zu machen, und darum ist es das klügste, Sie sträuben sich nicht.

Es ist eine Kraftvergeudung von Ihrer Seite, es ist durchaus unökonomisch, wenn wir hier darüber streiten; *diese Schlacht ist im Wesen entschieden;* Österreich *kann* nicht mehr anders, als eine Volksvertretung mit dem allgemeinen Wahlrecht haben, und alles, was Sie dem entgegensetzen, hier im Hause wie außerhalb, alle Kabalen und Intriguen, alle Deklarationen, alle Einwürfe dienen nur dazu, *den Streit zu vergiften, ihn in eine verkehrte Bahn zu lenken, in einen Weg, der falsch ist und von dem Sie selbst sehr gut wissen, daß er falsch ist.* Diese Intriguen könnten schließlich dahin führen, daß ein Kampf, der heute überflüssig ist, *noch einmal geführt werden müßte.* (Lebhafter Beifall.)

Baron Gautsch hat diesmal sehr vernünftig gesprochen; aber wie lange die Vernunft bei einer österreichischen Regierung dauert, *ist nie recht sicher.* Mir geht es bei solchen Regierungserklärungen immer wie dem Till Eulenspiegel. Wenn es hinuntergeht, wenn man uns verfolgt, unsere Presse knebelt, unsere Freiheiten beschränkt, dann habe ich das Gefühl, wir werden das alles überwinden, jetzt wird es bald wieder bergauf gehen. Aber wenn eine Regierung in Österreich vernünftig redet, da denke ich immer: Halt, da ist Gefahr, da kommt bei dem Umspringen des Windes der *politische Cretinismus Austriacus wieder obenauf.* (Heiterkeit.) Hoffen wir, daß die Episode dieser Schwankungen vorbei ist. Aber ich verlasse mich nicht darauf und niemand sollte sich darauf verlassen, nicht auf die Krone und nicht auf die Regierung. Es ist sehr erfreulich und es ist durchaus notwendig gewesen, daß die Krone ihre Genehmigung zur Einbringung des Wahlgesetzes erteilt hat, und es stimmt dies durchaus zu der Haltung, die die Krone in Ungarn einnehmen mußte. Wir sind gewiß in Österreich auch von der Krone nicht gerade an eine geradlinige Politik gewöhnt. Aber ich möchte doch diejenigen warnen, die dem Wahlrecht Hindernisse bereiten möchten und die auf die *Kurzatmigkeit der Vernunft* da oben spekulieren. Es ist nicht meine Sache, zu untersuchen, wie es mit dem Verantwortlichkeitsgefühl oben bestellt ist. Sie, meine Herren, aber, Sie sind verant-

wortlich, und wenn Sie diese schwankende Haltung oben benützen und Ihre Intriguen darauf bauen wollen, dann laden Sie eine schwere Verantwortung auf sich. (Bravo! Bravo!) Sie jeder persönlich (Sehr richtig!), und es wird Leute geben, die Sie auch persönlich zur Verantwortung ziehen werden. (Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Ich spreche nicht als ein Drohender, sondern ich konstatiere nur eine Tatsache. Wer, und wäre er der erbittertste Feind der Sozialdemokratie, die Demonstration von vorgestern gesehen hat, der muß Respekt vor diesem Schauspiel gehabt und die Energie und die Selbstverleugnung dieser großen Massen erkannt haben. Diese Hunderttausende, die vorübergezogen sind, sie sind selbstverständlich entrüstet und empört, weil sie ausgeschlossen sind aus diesem Hause und weil sie es empfinden, daß hier der Ort ist, an welchem ihre Interessen vertreten werden müßten, aber nicht vertreten werden. Haben Sie selbst nicht immer, wenn Sie an dieses Parlament denken, das Gefühl, daß Sie ausspucken müssen? Und nun erst diese Massen, die da vorübergezogen sind! Die haben selbstverständlich andere Gefühle als die der Freundschaft für diesen Privilegientempel. Es fällt uns nicht ein, zu drohen, aber auf die Tatsachen müssen wir weisen. Baron Gautsch ist der Ansicht, daß die Wahlreform am raschesten gedeihen werde, wenn Ruhe und Ordnung herrschen. Ruhe und Ordnung, das bedeutet für ihn, daß keine Demonstration ist. Eine andere Ruhe und Ordnung kennt er nicht. Wir sind — entschuldigen Sie — nicht dieser Ansicht und wir glauben, daß wir das besser verstehen. Er hat auch gesagt, er sei weit davon entfernt, sich das „Tempo" seiner politischen Entwicklung durch Demonstrationen beschleunigen zu lassen. Gewiß, wir sind ganz unschuldig daran und wir glauben wirklich, der heilige Geist ist über ihn gekommen (Heiterkeit); aber wir vermuten, daß diesmal der heilige Geist ausnahmsweise statt von oben von unten gekommen ist. (Lebhafte Heiterkeit.) Wir drohen Ihnen nicht; aber wir sagen Ihnen, daß diejenigen, die das Verschleppen der Wahlreform auf ihr Gewissen nehmen würden — ob sie nun auf der Regierungsbank oder auf diesen Bänken hier sitzen —, der Tatsache einer Volksbewegung gegenüberstehen, einer Tatsache, die so eine Tatsache ist, wie irgendeine Naturtatsache (Sehr richtig!) und die ihre Folgen und ihre Wirkung mit der grausamen Konsequenz einer elementaren Tatsache haben wird. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Wir, die wir zur Beobachtung dieser Naturerscheinung einen besseren Standpunkt haben, wir sagen Ihnen, daß die Arbeiterschaft, auch die sozialdemokratisch nicht organisierte Arbeiterschaft erregt, ja mehr als erregt ist, daß sie das feste Bewußtsein in sich trägt, daß, wenn die Wahlreform nicht gemacht werden sollte, jedes Opfer gebracht

werden müßte, um sie durchzusetzen. (Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Das ist nicht eine rednerische Phrase, sondern ich und jeder meiner Parteigenossen weiß, daß, wenn nicht unser Verantwortlichkeitsgefühl wäre, wenn wir der Stimmung der Massen freien Lauf ließen, wir bereits in einem weit vorgeschritteneren Stadium der Erhebung wären. (Sehr richtig!) Jedes Wort, das von den Gegnern der Wahlreform fällt, wird mit Recht als ein Verrat am Volke aufgefaßt. Wenn wir in den nächsten Wahlkampf unter dem alten Wahlgesetz eintreten würden, dann würde sich eine Situation herausbilden, die ich mir schlechthin nicht vorstellen kann, von der sich niemand eine Vorstellung macht. Wie kann jemand denken, daß man Österreich noch einmal auf sechs Jahre dem blanken Unsinn, der blanken Ohnmacht, der blanken Schande vor dem Ausland ausliefern soll? (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen doch die Empfindung haben, daß das nicht geht, daß die Wahlreform sein muß. Aber, wenn sie sein muß, dann haben Sie doch die Güte, die Opfer, die Sie sich selbst und den Massen auferlegen, möglichst zu verringern.

Wir haben bei den Demonstrationen in Wien und Prag Blut fließen gesehen; es ist vorgestern, dank der brutalen Borniertheit von ein paar Fabrikanten, auch in einzelnen Orten Mährens Blut geflossen. Dieses Blut wird natürlich immer damit motiviert: Es gilt nicht der Verteidigung der Privilegien, es wird nur die Ruhe und Ordnung verteidigt. Aber wenn Arbeiter, wie in Austerlitz*), in einer Fabrik ein paar Fensterscheiben zerstörten, dann lautet das Gesetz nicht: Zahn um Zahn, sondern: Um Fensterscheiben Menschenleben. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Die Zusammenstöße in Wien haben viel Unwillen erregt, obwohl sie nicht direkt auf das Konto des Polizeipräsidiums zu setzen sind. Gewiß sind dem Polizeipräsidium diese Zusammenstöße unangenehm. Aber die Verantwortung dafür tragen nicht nur die Wachleute, die ausgerüstet mit dem Rechte der öffentlichen Gewalttätigkeit sind, dadurch, daß man ihnen einen Säbel in die Hand drückt. Solche Zusammenstöße sind eine Folge davon, daß alle früheren Gewalttätigkeiten der Polizei nicht bestraft wurden; weil man, um nur eine Tatsache anzuführen, den Einbruch ins Arbeiterheim**), von dem man wußte, wer ihn begangen hat, ungesühnt ließ.

---

*) In Austerlitz in Mähren waren in der Redlichschen Zuckerfabrik nach einer Versammlung am 28. November einige Fenster eingeworfen worden, darauf feuerten die Gendarmen eine Salve ab, durch die ein Arbeiter getötet und zwanzig verletzt wurden.

**) Am 7. November 1902 war Victor Adler, der im Jahre vorher zum Landtagsabgeordneten von Favoriten gewählt worden war, mit 6223 Stimmen gegen den Christlichsozialen Prochazka, der 6262 Stimmen erhielt,

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Banditenstreiche!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Wenn man Leuten, die man auf wehrlose Menschen losläßt, ihre Verbrechen verzeiht, wenn man eine Immunität für schwere körperliche Verletzung statuiert, darf man sich nicht wundern, daß sich solche Dinge immer wiederholen. Diese kleinen Dinge dürften immerhin davon ein Bild geben, wozu es käme, wenn die Bewegung größeren Umfang gewinnen müßte, aus dem Grunde, daß sich in diesem Hause ernstliche Hindernisse gegen das Wahlrecht fänden. Ich kann Ihnen darum nur empfehlen, daß Sie das, was der Ministerpräsident gesagt hat, sehr ernst nehmen, daß Sie sich mit der Unerläßlichkeit, ans Werk zu gehen, vertraut machen, und daß Sie die Sache nicht hinausziehen.

Was die Einzelheiten anlangt, ist der Ministerpräsident allerdings noch nicht so weit entwickelt, als wir es wünschen würden. Die Regierung steht noch immer unter der Suggestion, die insbesondere von der linken Seite dieses Hauses, von den deutschen Abgeordneten, ausgeübt wird, daß es so ungeheuer schwer und ein furchtbares Problem ist, eine für Österreich passende Wahlreform zu machen und unter einer solchen Suggestion stehen auch die Polen. Allerdings ist die Suggestion der Polen viel einfacher. Die Polen haben es ja nicht notwendig, mit Psychologie zu arbeiten (Heiterkeit), sie sagen einfach brutal: Hier sitzen wir und wir wünschen auch, hier sitzen zu bleiben. Wir sind die Verfechter des polnischen Volkes, wir wünschen, diese Verfechter seiner Interessen lebenslänglich zu bleiben (Heiterkeit), weil bekanntlich niemand dieses wichtige und lukrative Geschäft so gut trifft wie wir. (Heiterkeit und Beifall.) Diese Weisheit aber ist keine Suggestion, sondern brutale Gewalt. So ist es bei den Polen. Die Deutschen aber sind ein Volk von Gelehrten, es genügt ihnen nicht, eine Sache klar zu sehen, sie betreiben noch ein umfassendes Quellenstudium. Wir wissen alle, schon seit Kindheit, daß zweimal zwei vier ist. Aber das genügt uns nicht. Man weiß ja nicht, ob nicht die letzten Forschungen doch nachgewiesen haben, daß es etwas mehr ist. Deshalb, ehe wir uns entschließen, ein Urteil zu fällen, müssen wir noch alle möglichen Bücher nachlesen, wie es damit steht. (Lebhafte Heiterkeit.) Man wird uns hier eine Unmasse von Ziffern auftischen, von Ziffern, die — ich habe alle diese Bücher gelesen — größtenteils falsch sind, auch Ihre, Herr Peschka*), das sind agrarische Ziffern. (Heiterkeit.) Man wird uns beweisen, daß das Parlament des allgemeinen, gleichen und

---

unterlegen. Als die Arbeiter aus der Versammlung im Arbeiterheim abzogen, wurden sie von der Wache überfallen und plötzlich drangen die Wachleute auch in das Arbeiterheim ein, zerschlugen die Fenster und hieben mit den Säbeln auf die Arbeiter ein. 15 Arbeiter wurden schwer, zahlreiche leicht verletzt. Siehe auch Adlers Reden nach der Stichwahl und bei der Enthüllung des Gedenksteines am 12. Februar 1905.

*) Ein deutscher Agrarier, der später deutscher Landsmannminister wurde.

direkten Wahlrechts etwas anders aussehen wird als das gegenwärtige Kurienparlament. Davon bin ich ja selbst überzeugt und, wenn ich nicht glauben würde, daß infolge der Reform auch ein paar andere Herren hereinkommen, würde ich ja nicht für die Wahlreform eintreten. (Lebhafte Heiterkeit.)

Können Sie sich denn, meine Herren, ein größeres Unglück, ein schlimmeres Haus vorstellen als dieses? Wenn selbst der Teufel alle seine List aufwenden und sich überlegen würde, wie er ein Haus zusammenbringen könnte, das für Österreich nicht paßt, das Österreich lähmt und seine Entwicklung unmöglich macht, könnte er dann etwas Schlimmeres zuwege bringen als dieses Haus? Zu verderben ist doch wirklich nichts am österreichischen Parlament, wozu also die Angst für das Parlament? Aber die Deutschen erklären, sie haben Angst für die deutsche Nation. Diese Angst berührt mich sehr eigentümlich. Die Deutschen in diesem Hause können doch nicht behaupten, daß sie, die privilegierten Abgeordneten, die deutsche Nation darstellen; und so entpuppt sich ihre Angst für die deutsche Nation in eine Angst vor der deutschen Nation. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Sie fürchten nicht für die Interessen des deutschen Volkes, sondern sie fürchten sich vor dem Willen des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wie viele Wahlbezirke gibt es denn, wo Deutsche mit Tschechen kämpfen? Sie fürchten nicht, daß irgend ein Bezirk an die Majorität einer anderen Nation ausgeliefert wird, sondern sie fürchten, daß die Vertretung ihres Volkes an einen wirklichen Vertreter dieses Volkes übergehen könnte.

Aber machen Sie denn wenigstens eine vernünftige Klassenpolitik? Wir würden es vollständig begreifen, wenn jede Klasse für ihre Interessen, wenn das deutsche und das tschechische Bürgertum für die politische Vertretung ihrer Klasse eintreten würde. Aber das tun Sie in Wirklichkeit gar nicht! Das deutsche Bürgertum hat allen Grund, sich vor dem tschechischen einfach zu schämen. Ich will nicht die Motive untersuchen, aus denen das tschechische Bürgertum so vernünftig handelt. Das tschechische ist klug, das deutsche unklug. Warum müssen denn die Deutschen immer vor aller Welt zeigen und bekennen, daß die politischen Vertreter ihres Bürgertums, die noch dazu immer unter der Protektion eines Hochadels standen, die ihrer gar nicht würdig ist, sich jedem politischen Fortschritt mit Klauen und mit Zähnen widersetzt haben? Müssen Sie sich denn immer von den Klerikalen, deren Erbschaft in der Selbstberäucherung jetzt die Christlichsozialen übernommen haben, sagen lassen, daß die Erweiterung des Wahlrechtes die Klerikalen durchgesetzt haben? Sie haben es ja nicht aus Liebe getan, als sie den Fünfguldenmännern das Wahlrecht gaben; sie haben es stets verstanden, eine Erweiterung des Wahlrechts mit einem Wahlrechtsraub zu verbinden; aber es ist freilich wahr, daß alles, was sich in Öster-

reich als Erweiterung des politischen Rechtes vollzogen hat, sich gegen das deutsche Bürgertum vollzogen hat (Sehr richtig!), und das ist ein Verbrechen an Ihnen selbst, es war stets der schwerste Fehler, den Sie begehen konnten. Warum wollen Sie diesen Fehler wieder begehen? Sie können dabei nichts profitieren, sondern nur zugrunde gehen.

Allerdings, wir haben auch Freunde des allgemeinen Wahlrechts, daß es einfach zum Davonlaufen ist; wenn Herr Dr. Lueger sagt, er ist ein Freund des allgemeinen Wahlrechts, „verbrämt" mit der fünfjährigen Seßhaftigkeit, wenn die Deutschnationalen erklären, sie stimmen für das allgemeine Wahlrecht, aber erst muß die deutsche Staatssprache eingeführt und die Trennung Ungarns und die Loslösung Galiziens vollzogen sein, so sind diese Freunde des allgemeinen Wahlrechts ein mäßiger Vorteil; sie stehen ganz auf derselben Linie wie Graf Dzieduszycki, der gesagt hat, er ist für das allgemeine Wahlrecht, aber nur, wenn Galizien 125 Mandate erhält. Und dann kommt Herr Gautsch und sagt, das Parlament soll die Photographie eines Landes sein. Herr Gautsch hat da, ohne Absicht gewiß, das Wort eines Mannes variiert, das sonst nicht in so erlauchter Gesellschaft zitiert wird: Mirabeaus. Es ist Herrn v. Gautsch nicht an der Wiege gesungen worden, daß er einmal Mirabeau zitieren wird (Heiterkeit); aber dieses Bild paßt auch sonst auf diesen Fall. Es gibt gute und schlechte Photographen und die schlechtesten sind, die zuviel retuschieren und aus der Photographie eine Karikatur nach ihrem Gusto machen. Dieser Vergleich ist sehr gefährlich und über den Grad des Retuschierens könnte sehr leicht ein Streit entstehen, der sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, während welcher die Feinde des Wahlrechts ihre Intrigen spinnen würden. Ich fordere hier feierlich und ich glaube wirklich im Namen der Massen zu sprechen, die auf das allgemeine Wahlrecht warten, ich appelliere an die Freunde des Wahlrechts hüben und drüben, an Tschechen und Deutsche, daß sie sich nicht irremachen lassen, nicht irremachen und in Konflikte hineinjagen lassen, die keine Konflikte sind.

Man hat weiter von der Abstufung der Wahlkreise gesprochen. Wir stehen im Prinzip auf dem Standpunkt ganz gleicher Wahlbezirke nach der Volkszählung; da wir aber wissen, daß es ausgeschlossen ist, dies durchzusetzen, sagen wir: was vernünftig ist, was hier vorgekehrt werden kann, dem werden wir uns fügen und wir haben auch eine Begründung für einen Unterschied in der Wählerzahl der einzelnen Wahlbezirke*), eine Begründung, die aller-

*) Um den Widerstand der Deutschbürgerlichen zu überwinden, hatte A. Friedrich (unter welchem Pseudonym sich der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung" Friedrich Austerlitz verbarg) in Pernerstorfers „Deutschen Worten" den Vorschlag gemacht, die Wahlkreise nach der Steuerleistung der Bezirke verschieden groß zu machen, wodurch den

dings etwas anderes ist als die berühmte Steuerleistung. Denn die Steuerleistung ist von den ehrlichen Freunden des Wahlrechts nur gemeint als ein Maßstab, nicht aber als ein Rechtsgrund, aus dem das Wahlrecht fließt, und es ist ein Maßstab, der sogar falsch ist und durch die Bevölkerungszahl korrigiert werden muß. Von polnischer Seite wird man ja gewiß für die Gleichheit des Wahlrechts bis zum Exzeß eintreten; man wird vor nichts zurückschrecken, bevor das Recht des letzten ruthenischen Bauern gleichgestellt ist dem Rechte des Bürgers in Wien. (Heiterkeit.) Man wird mathematisch das gleiche Wahlrecht mit einem Fanatismus aufgreifen, daß wir alle Mühe haben werden, uns dieser mörderischen Freundschaft zu erwehren. Wenn wir aber größere Wahlkreise im Osten akzeptieren als in den deutschen oder tschechischen städtischen und Industriebezirken, so können wir das mit gutem Gewissen tun, weil wir damit eine sehr nahe Zukunft eskomptieren. Wenn Sie heute Wien, Brünn, Kladno, Pilsen, Reichenberg einem rein agrarischen Bezirk im Osten oder Süden gleichsetzen, da wie dort 61.000 Einwohner als Grundlage für ein Mandat annehmen, so haben Sie bereits bei den nächsten Wahlen, gewiß aber bei den zweitnächsten darin die stärkste Ungerechtigkeit zuungunsten der industriellen Arbeiter und der städtischen Bevölkerung begangen. (So ist es!) Es versteht sich von selbst, daß sich die städtischen und industriellen Zentren an Bevölkerung und Wählerzahl um das Vielfache rascher vermehren als die anderen Teile. Wir sehen, wie in Deutschland der Reichstag mittels dieser erstarrten Einteilung unter die pommerschen Junker gebeugt wird. Wenn die Herren außerdem darin eine Sicherung ihrer nationalen Interessen sehen, so wollen wir uns darüber freuen, daß wir ihnen eine Freude machen können.

Wir meinen allerdings, daß die Wahrung der Interessen eines Volkes mit der Zahl der Stimmen, die es im Hause hat, nur sehr unwesentlich zusammenhängt. Wo die Deutschen hier wirklich stark waren, waren sie es nicht, als sie die Majorität waren, sondern nur dann, wenn sie Minorität waren. Das sind also Torheiten! Niemand, der das gleiche Recht will, will irgendein Volk vergewaltigen, im Gegenteil! Er will das Volk erst zum Wort bringen. Und glauben Sie, daß der deutsche Arbeiter einen deutschen Großgrundbesitzer für einen Vertreter seiner Volksinteressen ansieht? Wenn Sie aber meinen, daß der deutsche Arbeiter nationale Interessen nicht ebenso hat wie Sie, so täuschen Sie sich: die deutschen Arbeiter, die tschechischen Arbeiter haben ihre nationalen Interessen, ihr volles nationales Bewußtsein, und für die Entwicklung dieses nationalen Bewußtseins und die Aufnahme nationaler Kultur in den

kulturell höherstehenden westlichen Ländern gegenüber den unkultivierten östlichen ein Übergewicht verschafft würde. Diese Formel konnte auch von den Tschechen akzeptiert werden und sie ermöglichte die Überwindung der Gegenargumente der deutschen Bourgeoisie.

Massen des Volkes haben wir internationale Sozialdemokraten mehr getan als Sie alle zusammen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das sage ich, ohne Unterschied für alle Parteien, die hier vertreten sind: Die nationalen Interessen werden nicht wehrlos gemacht, wenn einige der Herren, die jetzt im Besitz ihrer Mandate allmählich unsicher zu werden beginnen, ihrer endlich in Zukunft endgültig verlustig werden sollten. Trauer tragen mag um die Herren wer will, das deutsche Volk wird es nicht. Seien Sie überhaupt nicht so ängstlich! Es gab eine Zeit, wo der „deutsche Besitzstand" nicht nur durch die Wahlordnung geschützt war, sondern auch durch Polizei, wo man gemeint hat, der Bezirkshauptmann, der die internationale Bande in Zucht und Ordnung hält, sei die eigentliche Stütze der deutschen Nation; eine Zeit, wo nicht nur die sozialdemokratische wie jede oppositionelle Presse geknebelt war. Was haben Sie damit erreicht? Nichts als Blamagen und den verdienten Haß der Bevölkerung. Sehr gegen das Interesse des deutschen Volkes handeln Sie, wenn Sie den deutschen Namen immer wieder mit allen volksfeindlichen Einrichtungen, volksfeindlichen Gesetzen und Gewalttätigkeiten in Verbindung bringen. Wir Deutschen sind allerdings von Feinden umgeben, aber das sind nicht Feinde der deutschen Sprache und des deutschen Volkes. Die deutsche Sprache hat in Österreich immer eine doppelte Funktion gehabt. Die deutsche Sprache ist die Muttersprache des deutschen Volksstammes. Als solche lieben wir sie und als solcher will ihr auch kein Fremder etwas tun. Die deutsche Sprache ist aber auch die Amtssprache jenes schwarz-gelben Österreich, das von je ein Feind aller Völker und auch des deutschen Volkes war. In dieser deutschen Sprache hat man Ungarn vergewaltigt und man hat heute die Früchte davon; in dieser deutschen Sprache hat man die Italiener, die Tschechen, die Polen vergewaltigt. Es hat keinen politischen Galgen gegeben, der nicht schwarz-gelb war, und es hat kein Bluturteil gegeben, das nicht in deutscher Sprache verfaßt war. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Diese Schmach hat man der deutschen Sprache angetan, und wenn Sie Deutsche sind und eine Empfindung dafür haben, müssen Sie aufstehen und sagen: Nein! Alles soll die deutsche Sprache sein, aber nicht die Staats-, Amts- und Unterdrückungssprache dieses alten Österreich. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Diese Schmach müssen Sie selbst abwehren; Sie haben jetzt eine Gelegenheit, sich zu reinigen, sich selbst zu erneuern, und es ist ein Verbrechen an Ihnen selbst, wenn Sie diese Gelegenheit nicht ergreifen. Die Bewegung geht über Sie hinweg, wenn Sie nicht mit ihr gehen. Sehen Sie andere an, zum Beispiel die Christlichsozialen, wie sie schnell aufsteigen und auf

den rollenden Wagen sich zu retten suchen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Sie müssen es nicht so wenig aufrichtig, so wenig geschickt machen. Machen Sie es vernünftiger, ehrlicher, würdiger.

Wir sind ja auch in den Baron Gautsch nicht verliebt. Die Christlichsozialen wundern sich immer furchtbar, wenn wir „ministeriell" werden. Aber jedesmal, wenn die Sozialdemokraten so ausschauen, als wären sie ministeriell, ist das Gegenteil der Fall: Da ist immer das Unglaubliche eingetreten, daß ein Minister vernünftig geworden ist. (Heiterkeit.) Wie der Körber angefangen hat, die alten Polizeigeschichten wegzuschmeißen, haben wir gesagt, er ist ein vernünftiger Minister. Da hat man geschrien, wir sind Körber-Husaren. Jetzt ist es wieder nicht recht, daß, wenn „Pfui Gautsch!" gerufen wird, wir sagen, man soll sich das aufheben, bis schlechtere Zeiten kommen. Wie Baron Gautsch jetzt ist, ist es ja ganz in der Ordnung, nur ist er ein bißchen zu wenig energisch. Wenn vielleicht die Herren vom Großgrundbesitz, denen er zugänglicher ist und die er in seiner Einfalt — verzeihen Sie das harte Wort — für tiefsinnige Staatsmänner hält, kommen und ihm zureden, werden wir schon um die Erlaubnis bitten, Herrn Gautsch in seinem politischen Verständnis etwas nachzuhelfen und den Herren in der Besonnenheit nachzuhelfen, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben. (So ist es! bei den Sozialdemokraten.) Ein Großgrundbesitzmandat mag ja eine sehr angenehme Sache sein, aber der bessere Teil davon ist doch der — Großgrundbesitz. (Heiterkeit.) Begnügen Sie sich mit dem! Sie sind doch wirklich versorgt. (Schallende Heiterkeit.) Wenn Baron Gautsch in Aussicht gestellt hat, er wolle das Herrenhaus renovieren, ob er Sie nun ernennen oder hineinwählen lassen wird, irgendeine Gelegenheit zum Wege ins Herrenhaus wird es ja für Sie geben, und das ist ja viel besser, viel standesgemäßer für Sie. (Heiterkeit.) Hier leben Sie doch nur unter dem Pöbel, der Ihnen immer nur so unangenehme Dinge sagt. (Lebhafter Beifall.)

Nun kommen die Dinge, in denen Baron Gautsch schwach geworden ist. Er hat das Bestreben, Sie zu beruhigen, und erzählt: Für die Landtage bleibt es bei den Kurien*), die Landtage sind etwas anderes als der Reichsrat. Von Herrn v. Körber hat man es umgekehrt gehört, man müsse in den Landtagen auch die fünfte Kurie einführen, damit es genau so ist wie im Reichsrat. Aber darüber, wie das allgemeine Wahlrecht im Reichsrat auf die Landtage wirken wird, braucht man sich jetzt wirklich nicht den Kopf zu zerbrechen. Das werden wir schon beizeiten sehen. Mit der Kombination Wahlreform und Geschäftsordnung**) hat sich dann der Herr

*) In den Landtagen ist das Kuriensystem bis zum Umsturz geblieben.

**) Gautsch hatte in seiner Erklärung auch davon gesprochen, daß mit der Wahlreform eine zweckmäßige Umgestaltung der Geschäftsordnung

Ministerpräsident auf ein Gebiet begeben, von dem es in seinem eigenen Interesse gescheiter gewesen wäre, er hätte davon geschwiegen. Mit der Geschäftsordnung ist es ähnlich wie mit den Spielregeln beim Tarock. So lange man sich daran hält, sind sie sehr gut. Aber was nützen Ihnen die besten Spielregeln, wenn Ihnen der Partner die Karten ins Gesicht wirft? (Lebhafte Heiterkeit.) In einem guten Hause funktioniert auch eine schlechte Geschäftsordnung famos und in einem schlechten Hause nützt Ihnen die beste Geschäftsordnung nichts. Abgesehen davon, daß sie eine Absurdität und unwirksam ist, ist diese Idee auch eine Unmöglichkeit. Sie können doch diesem Hause nicht gestatten, eine neue Geschäftsordnung zu machen. Wie können Sie denn die erste Volksvertretung, die wir haben werden, unter die Kuratel dieses Privilegienhauses setzen? Wie kommt dieses Haus, das sich selbst nicht führen kann, dazu, einer künftigen Volksvertretung ein Mißtrauensvotum zu geben, ihr pädagogische Lehren zu erteilen? (Beifall.) Die Geschichte von der Geschäftsordnung ist wohl nicht auf dem Mistbeet des Baron Gautsch gewachsen, sondern das ist eine jener Intrigen, die von rückwärts kommen...

(Während dieser Ausführungen des Redners fällt von der zweiten Galerie eine Anzahl von Blättern in die Bänke der Abgeordneten; Unruhe und Zwischenrufe. — Rufe: Es ist eine private Bittschrift!)

Abgeordneter Dr. **Adler** (fortfahrend): Im Laufe der Dinge wird man vom Pluralitätswahlrecht, vom Proportionalwahlrecht, von der Wahlpflicht sprechen; aber das sind lauter Dinge, die von vornherein ausgeschlossen werden müßten. Das Proportionalwahlrecht ist allerdings eine vorgeschrittene Form des Wahlrechts und die Sozialdemokraten wünschen sogar programmatisch seine Einführung. Sie wünschen noch mehr: Das Wahlrecht vom 21. Lebensjahr an und das Frauenwahlrecht.

Abgeordneter **Glöckner***): Oje!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Lassen Sie's gut sein! Auch diese Erweiterungen des Wahlrechts werden einmal kommen. Aber wir bescheiden uns heute mit dem, was jetzt möglich, durchführbar und notwendig ist, und halten jede Erschwerung des gleichen Wahlrechts durch Künstlichkeiten für eine Feindseligkeit gegen das gleiche Wahlrecht, für eine Gefahr. Uns wäre das Proportionalwahlrecht ja sehr angenehm. Wir würden in Niederösterreich mehr als die vier Mandate bekommen, die wir heute haben; wir sind ja mehr als zwei Fünftel der Wählerschaft. Die Vergrößerung der Wahlbezirke, die für das Proportionalwahlrecht notwendig ist,

---

vor sich gehen solle, und hatte auch ein Gesetz über die Geschäftsordnung durchsetzen wollen.

*) Ein biederer deutschnationaler Spießer aus Neustadt an der Tafelfichte, vertrat die Landgemeinden von Reichenberg. Im zweiten Parlament des allgemeinen Wahlrechtes 1911 tauchte er wieder als Abgeordneter von Gablonz auf.

steht im Widerspruch zu der Notwendigkeit, kleine und national einheitliche Wahlkreise zu schaffen. Wollen Sie das Proportionalwahlsystem zwischen den Nationen entscheiden lassen? Sie können sie doch gleich national abgrenzen und für die national gemischten Bezirke haben Sie in Mähren*) einen Vorgang getroffen, den man, wenn er nicht durch den Widersinn der fünften Kurie und durch die Sünde der kleinen Zahl von Mandaten verdorben wäre, als einen durchaus zielgemäßen und aussichtsvollen Versuch ansehen könnte und zu dem man die Mährer beglückwünschen müßte. Aber das Proportionalwahlrecht ist ein schwieriges System und es erhebt sich da gleich die Frage, welches von den vielen Systemen man da einführen soll. Darum sollte man diese Frage nicht aufwerfen. Und wozu läßt der Ministerpräsident das Pluralwahlsystem**) „studieren"? Denn ich halte ihn nicht für so unvernünftig, daß er seine Zeit selbst an so überflüssige Dinge wendet. Das Pluralwahlsystem ist in Belgien komplett bankerott, es ist nur der größte Unterschlupf für alle Wahlmogeleien. Wenn es schon schwer ist, zu kontrollieren, daß jeder Wähler mit seiner einen Stimme in die Wählerliste kommt, wie schwer ist es, zu kontrollieren, ob er mit seinem richtigen Gewicht darin ist, ob er wirklich die Kinder hat, die Steuer zahlt, den Titel besitzt, daß er eine zweite, eine dritte Stimme erhält? Die Wahlpflicht***) aber ist der Zwang, mit dem man die Stimme desjenigen, der von der Politik nichts weiß, sich für die Politik nicht interessiert, gegen die politisch interessierten Menschen ausspielen will.

Abgeordneter **Glöckner:** Schutz gegen Terrorismus!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Nicht Schutz vor Terrorismus, sondern Gelegenheit zu Terrorismus auf der breitesten Grundlage! Wenn der Bürgermeister auf dem Lande zum Bauern sagt: „Du mußt wählen!" so weiß der Bauer schon, daß das heißt: „Du mußt diesen und jenen wählen!" Wenn in Wien der Magistrat den Auftrag gibt: „Du mußt wählen!" so weiß der Mann, er muß den Herrn Bürgermeister wählen.

Abgeordneter **Noske:** Wo ist denn die geheime Wahl?

Abgeordneter Dr. **Adler:** Wo ist sie denn heute? Heute werden nicht in Ruthenien, sondern in Wien, nicht Analphabeten, sondern Leute, die sehr gut lesen und schreiben können, Gasarbeiter,

*) In Mähren wurde nach dem von Renner gemachten Vorschlag bei den Landtagswahlen der nationale Kataster eingeführt, der dann später auch in die neue Wahlordnung kam. Danach mußte sich jeder Wähler zu einer Nation bekennen und ganz Mähren wurde in zweierlei nach der Nation verschiedene Wahlkreise geteilt. (Siehe Bd. VIII, Seite 141 f.)

**) Die Frage des Pluralwahlrechtes hat später eine große Rolle in den Beratungen gespielt. (Siehe die Reden Adlers darüber am 3. Oktober und am 21. November 1906.)

***) Die Wahlpflicht hat Geßmann dann als fakultative Einrichtung, deren Einführung vom Landtag abhing, durchgesetzt. (Siehe die Rede Adlers am 1. Oktober 1906.)

Tramwayleute, Straßenarbeiter in langen Reihen von einem Aufseher, einem Beamten zur Wahlurne geführt[*])... Je mehr Sie für reine Wahlen sind, um so weniger dürfen Sie die Wahlpflicht einführen. Woran appelliert denn die Wahl? An den bewußten Willen des Wählers. Es ist durchaus falsch, Leute, die keinen politischen Willen haben, mechanisch zur Wahl zu zwingen. Der Ministerpräsident hat dann zugegeben, daß ein Wahlrechtsverlust pro praeterito ausgeschlossen sein muß. Daraus hat er den Schluß gezogen, daß jede Knüpfung des Wahlrechts an irgendeine Form des Erwerbs und des sogenannten Bildungszensus ausgeschlossen sein muß. Mit Recht: Nicht nur weil der Bildungszensus den Ausschluß der Analphabeten bedeutet. Es gibt eine Menge Leute, die sehr gut lesen und schreiben können, die man aber nicht zu den Gebildeten zählen kann, dagegen Leute, die sehr ungrammatikalisch schreiben, die aber gewiß mehr politische Bildung haben, als eine große Menge von Leuten, die schreiben und lesen können, aber sehr selten davon Gebrauch machen. Die Herrschaften, die hauptsächlich die Speiskarte lesen (Heiterkeit) und höchstens ein Witzblatt, haben nicht mehr Bildungszensus als der Arbeiter, der seinen Willen und sein Urteil gebildet hat in der harten Erfahrung seines Lebens, in offener Erkenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse, unter denen er lebt, und auch durch die Schule, die ihm die Organisation gegeben hat. Also ein Bildungszensus ist selbstverständlich ausgeschlossen.

Das Prinzip, daß niemand das Wahlrecht genommen werden soll, der es hat, ist sehr gut. Wie kommt dann aber der Ministerpräsident dazu, eine Verlängerung der Seßhaftigkeit für möglich zu halten? (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Herr, der das ausgetüftelt hat, ist gewiß ein Jurist, und ein Jurist kann alles beweisen. So kann er auch beweisen, daß man demjenigen, der jetzt auf Grund einer sechsmonatigen Seßhaftigkeit das Wahlrecht hat, dieses nehmen kann und es ihm zugleich nicht nehmen kann. Eine andere Annahme der Seßhaftigkeit als jene, die technisch unbedingt erforderlich ist, ist nichts anderes als eine Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts, als ein Raub an den heute Berechtigten und eine Entrechtung in einem Umfang, von dem man vielleicht keine rechte Vorstellung hat. Es gibt zum Beispiel in Wien eine ganze Reihe von Arbeiterbranchen, deren Wahlrecht schon bei einer sechsmonatigen Seßhaftigkeit gefährdet, bei einer zwölfmonatigen aber sicher verloren ist, und diese Arbeiter sind nicht etwa Vagabunden, Lumpenproletariat, sondern qualifizierte Arbeiter, deren Arbeit aber an eine Saison gebunden ist, die während eines Teiles des Jahres an einem Orte, dann an

[*]) Dieser Wahlterrorismus hat zusammen mit dem Wahlschwindel des Magistrats den Christlichsozialen, die die Herrschaft in der Gemeinde dank dem Wahlkörpersystem hatten, bei Wahlen helfen müssen.

einem anderen Orte arbeiten müssen. Am 31. Jänner zum Beispiel waren in der Bezirkskrankenkasse etwa 10.000 Arbeiter, die über 24 Jahre alt waren, eingetragen. Im Juli 32.000. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Das sind durchwegs qualifizierte Arbeiter, die, wenn sie ihre Tätigkeit in Wien vollendet haben, an einen anderen Ort übersiedeln, um dort weiterzuarbeiten.

Abgeordneter **Kienmann***): Dann sind sie ja dort wahlberechtigt!

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Nein! Dort auch nicht!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ähnlich ist es mit den Schneidern, Schustern, Schlossern und Tischlern, die zum Beispiel in die Kurorte gehen, überhaupt mit allen Arbeitern, deren Arbeit mit dem noblen Leben der noblen Welt zusammenhängt. Diese Leute können doch nicht deshalb, weil sie, um Ihnen das Leben in den Kurorten bequem zu machen, dorthin gehen, ihr Wahlrecht verlieren, während Sie, die Sie um diese Zeit Ihre Wohnung hier behalten, auch das Wahlrecht behalten. Das will aber eine Partei, die angeblich die Partei des kleinen Mannes ist, die sich christlich und sozial nennt, die sich als die einzige Volkspartei aufspielt. Ich sage Ihnen ganz einfach, daraus wird nichts, das ist etwas, was sich die Arbeiter nicht gefallen lassen, und es ist besser, Sie verschwenden nicht zu viel Mühe darauf.

Abgeordneter **Schuhmeier:** Das sollen sich die Herren nur aus dem Kopfe schlagen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Was führt der Ministerpräsident zur Unterstützung dieses Planes an? Mit Lueger ist die Sache einfach; der sagt ehrlich: Wir wollen die Seßhaftigkeit, damit „Ös abidraht werd'ts**)!" Das ist ein verständlicher Standpunkt (Heiterkeit), wenn auch nicht sehr tiefsinnig. Daß der Bürgermeister sich dabei verrechnet, ist Nebensache. Wir werden durch die Seßhaftigkeit nicht „abidraht" und ein vernünftiges, ehrliches Wahlrecht bedeutet nicht unsere Allmacht. Jede vernünftige Wahlordnung wird selbstverständlich auch der Arbeiterschaft eine Vertretung geben. Um diese Grenzgebiete im mandatspolitischen Sinne handelt es sich uns aber nicht; es handelt sich nicht um Mandate, sondern um das Recht der Arbeiter; es handelt sich uns darum, daß diese Leute nicht degradiert werden, weil Lueger den Größenwahn hat und sich einbildet, er müsse zeigen, er könne etwas durchsetzen; natürlich nichts Vernünftiges, nur Volksverrat, nur Entrechtung. Er will eben seine Macht zeigen. Ich kündige Ihnen aber an, daß das ein Kriegsfall für die Arbeiterschaft ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir lassen keinem Teile des arbeitenden Volkes wegen der Laune und des Vorurteils, wegen des brutalen Egoismus

---

*) Deutschnationaler Vertreter von Wiener-Neustadt.

**) Bei den Landtagswahlen im Jahre 1902, bei denen Adler mit knapper Minderheit unterlag (siehe oben), gab Lueger das geflügelte Wort von sich: „Rtsch! Obidraht!"

einer kleinen Schicht sein Recht nehmen; wir werden unsere Brüder nicht im Stiche lassen, deshalb, weil sie von einem Orte zum anderen gehen müssen, um Arbeit zu suchen. Dem Ministerpräsidenten aber sage ich, er solle sich von den dummen Phrasen nicht betören und einreden lassen, daß das mit dem nationalen Schutz etwas zu tun hat.

Jeder, der die Verhältnisse kennt, kann über diesen Unsinn nur lachen. Der Ministerpräsident soll diese Sache, die er mit einiger Energie angepackt hat, doch nicht durch solche Verballhornungen kompromittieren. Er soll sich nicht mit den ärgsten Feinden dieser Sache solidarisch erklären. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Ministerpräsident hat angekündigt, er werde die Wahlreform spätestens im Februar einbringen. Warum bringt er sie denn nicht jetzt vor Weihnachten ein? Warum nicht wenigstens am ersten Tage, wenn das Parlament wieder zusammentritt? Jede Verzögerung ist eine Gefahr nicht nur für die Wahlreform, sondern auch für den öffentlichen Frieden in Österreich. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ob die Massen ein Recht haben, mißtrauisch zu sein oder nicht, darauf kommt es wirklich nicht an. Ich meine, daß man sich doch nur wundern kann, wenn es in Österreich noch einen Menschen gibt, der zu einer Regierung und zu einem Parlament Vertrauen hat, der den Optimismus aufbringt, zu glauben, daß etwas Vernünftiges geschehen kann. Nicht Vertrauen zu Gautsch und zum Parlament ist es, wenn ich an die Wahlreform glaube, sondern Vertrauen zur Arbeiterklasse Österreichs, die das Werk so weit vorgeschoben hat und die es schieben wird bis ans Ende. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten. Der Redner wird von den Parteigenossen beglückwünscht.)

Die Verschwörung der Geheimräte.

Versammlung, 5. Dezember 1905*).

Wir sind auf dem Sprung, das Wahlrecht zu bekommen. Sie begreifen, daß das einigen Leuten im Abgeordneten- und Herrenhause nicht ganz angenehm ist. Das ist nicht zu verwundern, aufrichtig gesagt, ich war auf Schlimmeres gefaßt, auf anderes als auf

*) Als Gautsch am 28. November die Erklärung im Parlament abgegeben hatte, begann die Hetze der Wahlreformfeinde gegen ihn sich zu verdichten. Die Abgeordneten aus der Kurie des Großgrundbesitzes, die sich am meisten gefährdet sahen, hielten mit den polnischen Schlachzizen und einigen Klerikalen geheime Konventikel ab, in denen die ehemaligen Minister, die den Titel von geheimen Räten hatten — es waren das vor allen Graf Stürgkh, Dr. v. Baernreither, der ehemalige galizische Minister Graf Pininski und andere —, das große Wort führten. Als aber diese „Verschwörung der Geheimräte" in offener Parlamentssitzung

dieses Meer von Albernheiten: ich war nicht darauf gefaßt, daß schließlich keiner der Herren die Courage haben wird zu sagen: Ich bin ein Feind des allgemeinen Wahlrechtes. Selbstverständlich

---

vom Jungtschechenführer Kramarsch aufgedeckt wurde und auch die Presse genaue Einzelheiten darüber berichtete, mußten die Intrigen wieder auf ein anderes Gebiet übertragen werden: in das Herrenhaus. Hier, wo die Junker ja ganz unter sich waren, sollte die erste Schlacht geschlagen werden. Am 2. Dezember rückten die Herrenhäusler gleich mit dem gröbsten Geschütz gegen Gautsch los. Schon der erste Redner, der ehemalige Ministerpräsident Graf Thun — der sich bekanntlich später doch mit der Wahlreform abfand — erklärte, kein Vertrauen mehr zu dieser Regierung zu haben, die den „Pressionen der Gasse", dem „gewaltsamen Terrorismus" nachgebe, die „unreife Ideen lanciere" und einen „vollkommenen Umsturz der Verfassung" plane. Der Führer der sogenannten „verfassungstreuen" oder liberalen Herrenhäusler, Fürst Karl Auersperg, warf der Regierung vor, daß sie die sozialdemokratischen Demonstrationen leite, da „der ungesetzliche Aufzug der 250.000 Arbeiter in seiner klassischen Durchführung ohne Mithilfe der Regierung gar nicht möglich gewesen wäre". Es sei eine „namenlose Schwäche", daß die Regierung diesen Aufzug duldete. Und er verlangte, daß die Regierung den Kampf gegen die Sozialdemokratie energisch aufnehme. Ähnlich sprachen alle übrigen Redner, die der Regierung besonders den Vorwurf machten, daß sie die Demonstration vor dem Parlament nicht unterdrückt habe. Am radikalsten ging Fürst Schwarzenberg los, der schon eine sozialistische Mehrheit im Abgeordnetenhaus voraussah, die den Kaiser absetzen und — ganz im Ernst! — den „Simplizissimus" (das radikale satirische Witzblatt in München) zum Amtsblatt machen werde. Einmütig erklärten sich alle Redner gegen die Regierung, selbst wenn sie, wie Graf Schönborn und Professor Lammasch, das allgemeine Wahlrecht für unvermeidlich erklärten.

Als sich Gautsch zur Erwiderung erhob, meinte man, er werde seine Demission ankündigen. Aber statt dessen ging Gautsch zum Gegenangriff über. Er begann mit der Erklärung, daß er das ihm ausgesprochene Mißtrauen einfach zur Kenntnis nehme, wie er ja viele Unannehmlichkeiten in seinem Amt ertragen müsse. Dann widerlegte er den Vorwurf der Schwäche gegenüber den Demonstrationen. Er habe dem Statthalter von Böhmen die Vollmacht gegeben, den Ausnahmezustand und das Standrecht zu verhängen; beides sei aber überflüssig geworden, da die Unruhen auch von selbst aufhörten. Gegenüber dem Verlangen, den durch das Gesetz verbotenen Aufzug der Wiener Arbeiter mit Gewalt zu verhindern, sprach der Minister folgende Worte, die besonders vermerkt zu werden verdienen:

> „Ich sehe, daß es leider Politiker gibt, bei denen merkwürdigerweise stets derartigen Dingen gegenüber der erste Gedanke derjenige ist, welcher bei anderen Menschen der Weisheit letzter Schluß ist, nämlich die ultima ratio. Vielleicht könnte ich an die geehrten Herren Redner die Gegenfrage richten, welches Urteil in allen Kreisen gefällt worden wäre, wenn ein ungeheures Unglück, wenn der Verlust zahlloser Menschenleben zu beklagen gewesen wäre, ob man dann nicht gesagt hätte, die Anwendung der Gewalt sei unrichtig gewesen, man hätte mit einer anderen Methode viel Besseres und viel Richtigeres erreicht."

Dann erklärte der Ministerpräsident, er habe in diesen zwei Monaten die Überzeugung gewonnen, daß die Frage der Wahlreform „nicht mehr ohne Lösung bleiben könne, wenn nicht große Gefahren

sind die gräflichen Herren, die ja die Regierung Österreichs kontraktlich übernommen haben, nicht sehr vergnügt, daß sie nun das Geschäft aufgeben sollen. Wir versuchten sie im Abgeordnetenhause zu trösten. (Heiterkeit.) Die Herren Stürgkh, Baernreither und andere können ja unter dem allgemeinen Wahlrecht kandidieren, sie verlieren ja weder das aktive noch das passive Wahlrecht, und es ist doch kein Zweifel, daß erprobte politische Kapazitäten deren Weisheit sich im Laufe der Jahrzehnte gezeigt hat, wieder gewählt werden. (Heiterkeit.) Nur der großmächtige Prinz Schwarzenberg hat erklärt, er würde nicht kandidieren, weil er doch nicht hinabsteigen kann zu dem „Schwefel", den man in einer Wählerversammlung vorbringen muß. Wenn Sie nun lesen, was dieser Prinz in dieser erlauchten, reifen, ja überreifen Versammlung gesagt, welchen blanken Unsinn, da können Sie sich denken, was er sich erst unter einem Wählerversammlungsschwefel vorstellt. Es würde dem Fürsten allerdings schwer fallen, in eine Versammlung hinausgehen, noch schwerer aber, wie die preußischen Junker, mit Erfolg zu kandidieren! Denen hat nämlich Bismarck mit jener Genialität, die ihm Lassalle soufflierte, erspart, sich durch die Niedertracht eines Kampfes gegen das allgemeine Wahlrecht zu kompromittieren. Nun, je mehr sich diese Herren in Österreich, je mehr sich die besitzenden Klassen gegen das Recht des Volkes sträuben, um so schwerer wird es ihnen dann werden, vor dem allgemeinen Wahlrecht zu bestehen. (Zustimmung.) Darum

herbeigeführt werden sollen". Das allgemeine Wahlrecht sei auch für die Arbeitsfähigkeit des Abgeordnetenhauses notwendig. Zum Schluß erklärte er mit erhobener Stimme, er werde auf dem betretenen Wege weiterschreiten bis ans Ende, trotz aller Hindernisse, trotz aller Schwierigkeiten und Hemmnisse. Und dieses Ende könne nur sein der Erfolg oder der Sturz der Regierung. (In der Tat ist ja Gautsch Ende April zurückgetreten, weil er den Widerstand der Wahlreformfeinde nicht überwinden konnte, die ihm seine Rede nicht verziehen. Und am 1. Mai wurde, um die empörten Arbeiter zu beruhigen, mitgeteilt, daß Prinz Hohenlohe, der „rote Prinz", an seine Stelle komme.)

Die Energie des Ministerpräsidenten imponierte aber doch dem Herrenhaus. Der Widerstand verstummte und zahlreiche Herrenhäusler applaudierten sogar. Nach dieser Schlacht verloren auch die Wahlrechtsfeinde im Abgeordnetenhaus den Mut, offen gegen Gautsch aufzutreten. Überdies wurden einige von ihnen — darunter der Führer des Polenklubs, Graf Dzieduszycki — zu einer Audienz zum Kaiser beschieden, der ihnen unverblümt heraussagte, daß Baron Gautsch sein Vertrauen habe. Die Folge war, daß die Reden der adeligen Herren im Abgeordnetenhaus nun zwar auch mit einer Polemik gegen das allgemeine Wahlrecht anfingen, aber damit endeten, daß man die Vorlage der Regierung prüfen werde; und die weitere Folge war, daß Gautsch am 6. Dezember das Budgetprovisorium — dessen Ablehnung seinen Sturz herbeigeführt hätte — im Ausschuß nahezu einstimmig bewilligt erhielt.

Für den 5. Dezember waren auch zwei Massenversammlungen einberufen, in denen die Wiener Arbeiter den Herrenhäuslern die Antwort gaben. Im Verbandsheim der Krankenkassen in Mariahilf sprach Adler.

bin ich gar nicht so unglücklich darüber, wenn sie sich ordentlich ausleeren. (Heiterkeit.) Im Gegenteil, mir sind die falschen Freunde des allgemeinen Wahlrechtes viel unangenehmer als die echten Feinde. (Lebhafter Beifall.)

Im Grunde haben alle Redner im Herrenhause dem Ministerpräsidenten hauptsächlich zum Vorwurf gemacht, daß er die ganze Wahlrechtsbewegung nicht „verboten“ hat. Ja warum strömt denn die Donau ins Schwarze Meer, man hätte doch bei Donau-Eschingen bloß die Hand vorzuhalten! (Heiterkeit.) Die Herren meinen wirklich, wenn die Welt einmal einen Ruck nach vorwärts macht, so ist daran nur die Schlamperei der Polizei schuld. (Schallendes Gelächter.) Aber wenn wir eine Partei wären, die einzuschüchtern ist, so hätten wir seit Wochen und besonders am 28. November Grund dazu gehabt, wir wußten ja, daß nicht bloß die Polizei, sondern auch das Militär scharfe Bereitschaftsbefehle hatte! Seit wann klagt man Minister an, weil sie kein Blut vergießen? Wir haben uns nicht zu Herrn v. Gautsch bekehrt und Gautsch gewiß nicht zur Sozialdemokratie, er hat sich bloß ein Stück Vernunft zu eigen gemacht. Wir haben ja doch schließlich kein Monopol auf Vernunft. Muß denn die Vernunft in Österreich immer obdachlos bleiben, bis die Sozialdemokratie sie beherbergt? (Heiterkeit.) Heute stehen übrigens nicht mehr die Sozialdemokraten allein, sondern die Massen aller Völker wider die Privilegierten! Der Graf Dzieduszycki (vereinzelte Pfuirufe) — lassen Sie den alten Herrn gehen, warum sollen wir uns darüber ärgern, daß unsere Feinde dumm sind? (Heiterkeit) —, der Prinz Schwarzenberg, der Professor Lammasch, so ein Schildknappe des Grafen Schönborn, waren über den 28. November ganz verblüfft. Ich begreife das, denn wir selbst waren ja über diese Stärke, auch diese Stärke der Disziplin, erstaunt. Das war ein Ereignis, das weit hinausgeht über die Bedeutung des Wahlrechtskampfes; dieser Tag in seiner musterhaften, bloß durch den eigenen Willen, durch die Macht des Gedankens herbeigeführten Ordnung zeigte, zu welchen Taten das Proletariat noch berufen sein wird! (Brausender Beifall.)

Diese Lammasch' und Schwarzenbergs meinen natürlich: Wenn etwas in Ordnung ist, dann ist die Polizei dahinter! (Heiterkeit.) Selbstverständlich hat die Regierung nicht nur nicht mitgeholfen, sondern sie hat unsere Kraft zu zersplittern gesucht. Die Regierung hat alles getan, um die Demonstrationen zu verhindern und zu verkleinern! Zwei, drei Tage vor der Demonstration ist an alle Arbeiter sämtlicher Staatsbetriebe ein Erlaß gekommen, worin allen Arbeitern bei den Eisenbahnen, im Arsenal, in den Tabakfabriken, in der Staatsdruckerei **verboten** worden ist, sich an der Demonstration zu beteiligen; in der Provinz wurde Delegierten, die mit der Deputation hätten gehen sollen, sogar der Urlaub verweigert. (Rufe: Hört! Unglaublich!) So hat Herr v. Gautsch unsere Demonstration „begünstigt“! Wir haben den Staatsbediensteten gesagt: Arbeitet

nur, diesmal brauchen wir euch nicht. Wenn es ernst wird, wissen wir, daß wir auf euch zählen können! (Stürmischer Beifall.) Man redet von den roten Fahnen. Daß wir die mitnehmen, hatten wir in der „Arbeiter-Zeitung“ angekündigt und man weiß, daß wir Wort halten. Die Polizei hätte in zwanzig Bezirken zwanzig Schlachten schlagen müssen, um sie wegzunehmen. Meint dieser Fürst Schwarzenberg wirklich, daß Herr v. Gautsch, nur weil das rote Tuch den Herrn Schwarzenberg so nervös macht, die Verpflichtung hatte, ein so niederträchtiger Schurke zu sein und Blut in Strömen fließen zu lassen? Wieviel Blut der Fürst Auersperg für seine Nerven und seine geschichtlichen Bedürfnisse braucht, wissen wir nicht; aber wenn er durchaus Blut sehen will, so soll er gefälligst sich selbst zur Ader lassen. (Heiterkeit.) Die Herren haben nur die eine Entschuldigung: Sie wissen wirklich nicht, was sie reden! (Zustimmung.)

Auch im Herrenhause ist von der Seßhaftigkeit die Rede gewesen. Der Arbeiter, der seiner Arbeit nachgeht, soll zur Strafe dafür in seinem Wahlrecht verkürzt werden. Herr Lueger hat freilich erklärt, diejenigen, die nicht in Wien zuständig sind, sollen einfach in „Leitomischl“ wählen. Wie dumm das ist, geht schon daraus hervor, daß er in einem Atem von der Wahlpflicht redete. Ja, wie soll der Proletarier denn am Wahltag nach „Leitomischl“ kommen? Stellt sich der Lueger vor, daß am Wahltag sämtliche Schubwagen in Tätigkeit gesetzt werden und die Wähler per Schub in die Zuständigkeitsgemeinde gebracht werden, um dort ihrer Wahlpflicht zu genügen? (Schallendes Gelächter.) Das ist also der reine Blödsinn! Trotzdem hat der Ministerpräsident in seine Rede auch einen Hinweis auf die Seßhaftigkeit aufgenommen. In Wahrheit soll die Seßhaftigkeit höchstens dazu dienen, daß der Magistrat bequemer Wahlschwindel treiben kann! Die Arbeiterschaft wird, wie ich schon im Parlament erklärt habe, diese Erhöhung der Seßhaftigkeitsdauer nicht dulden. (Stürmischer Beifall.)

Hinter den Kulissen wird gemogelt und geschachert, aber dagegen hat die Regierung ein Mittel: So bald als möglich mit dem Gesetz herauskommen! Der Widerstand gegen die Wahlreform ist überall zu brechen, weil er nirgendwo so stark ist. Wo ist er am stärksten? Bei denen, die sich immer als die Kaisertreuesten ausgeben! Ja, ist denn die „loyale Ergebung“ in den Willen des Monarchen nur dann angebracht, wenn die Gelder für die Blutsteuer bewilligt werden? Verschwindet denn die berühmte Kaisertreue, wenn da oben ein einzigesmal etwas gewollt wird, was dem Volke notwendig ist? Versagt dieser „Patriotismus“, wenn der Wille des Volkes und der Wille des Kaisers zusammenfallen? (Stürmische Zustimmung.) Das Wichtigste ist, daß das Proletariat auf der Wacht bleibt! Wir haben Weihnachten vor uns, wir werden stillere Tage sehen. Aber ich sage der Regierung von hier aus: Wenn die Wahlrechtsbewegung ruhiger wird, schwächer wird sie nicht einen Moment!

(Brausender Beifall.) Wir werden, wenn es nötig ist, noch ganz andere Höhepunkte der Bewegung erreichen! Wir wünschen es nicht! Aber nicht wir bestimmen die Taktik des Proletariats und das Maß unserer Opfer, sondern das bestimmt der Widerstand der herrschenden Klassen! Das allgemeine Wahlrecht bot einen verläßlichen Hüter: das Proletariat von ganz Österreich! Deshalb sind wir des Sieges sicher! (Stürmischer Beifall.)

Die Antwort an die Wahlrechtsfeinde.

Versammlung im Sofiensaal, 10. Dezember 1905*).

Werte Genossen! Wir sind bei einem Abschnitt unseres Wahlrechtskampfes angelangt, der eine ganz neue Situation für uns schafft. Durch viele Jahre haben wir erst beweisen müssen, mit allen möglichen Argumenten, daß es notwendig ist, die Wahlreform zu machen. Es mußte erst der vollständige Bankrott des Parlaments kommen, es mußte erst der vollständige Bankrott des Staates dazu kommen, es mußte sich erst erweisen, daß dieser Staat und dieses Parlament unfähig sind, auch nur die primitivste Aufgabe zu lösen, daß das Parlament weder der Gesetzgebung für Österreich mehr fähig ist und noch weniger fähig ist, die großen und schwierigen Probleme zu lösen, die unser Verhältnis zu Ungarn

*) Die Schlacht gegen die Herrenhäusler hatte Gautsch wohl gewonnen, aber dafür begannen die Wahlrechtsfeinde mit schleichenden Intrigen. Deshalb wurde für Sonntag den 10. Dezember in den Sofiensaal, der so viele Wahlrechtsdemonstrationen gesehen hatte, eine Massenversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Wahlreform und das Parlament.“ Die eigentliche Tagesordnung war aber die Antwort an die Wahlrechtsfeinde. Deshalb erschienen auch die Arbeiter, obwohl es in Strömen regnete, in solchen Massen, daß der riesige Saal mit allen Logen und Galerien gesteckt voll war, so daß die Ordner kaum einen Gang zur Rednertribüne freihalten konnten. Winarsky begrüßte die Versammlung mit einem Hinweis darauf, daß sich seit der machtvollen Demonstration vom 28. November eine seltsame Koalition zusammengefunden habe: abgewirtschaftete Minister, feudale Adelige, polnische Schlachzizen, radikale Tschechischnationale, radikale Deutschnationale und Christlichsoziale, die nichts gemeinsam haben als den Haß gegen die Arbeiter und gegen das gleiche Recht. Als erster Redner sprach Ellenbogen, der auf das falsche Spiel der Christlichsozialen hinwies, die sich bekanntlich später als die eigentlichen Erfinder des Wahlrechtes aufspielten. Deshalb seien diese Sätze aus seiner Rede angeführt: „. . . Es ist auch sehr bezeichnend für die Christlichsozialen, die ihre Liebe zum Wahlrecht nicht oft genug beteuern können, Herrn Lueger mit dem Grafen Sternberg im Abgeordnetenhaus herumwandeln zu sehen und den wütenden Wahlrechtsfeind Sternberg als den Generalredner der Christlichsozialen zu finden (Pfui!), dem sie schließlich zu seiner echt christlichsozialen Kundgebung gratulierten. Ebenso merkwürdig war es, daß man die beiden entgegengesetzten Pole Franko Stein und Prinz Liechtenstein so innig beisammen sah. Gesprochen haben die Christlichsozialen in der Debatte nicht. Sie haben es nicht nötig, denn ihre wahre Meinung über das Wahlrecht haben ohnedies die Choc, Sternberg, Stürgkh und Dzieduszycki gesagt.“ — Dann sprach Adler und nach ihm Seitz und Schuhmeier.

aufgibt. Kurz und gut, es mußte bis an die Wand gerannt werden, bis der dicke Schädel doch den Eindruck gewann, es gehe wirklich nicht mehr. Wir sind in der letzten Zeit mehrfach angegriffen und angezapft worden als die Partei, die mit der Regierung und dem Kaiser so gut steht. (Heiterkeit.) Darauf legen wir gar keinen Wert. Natürlich, die Herren meinen, wir sollten gerade dieser Regierung, die die Wahlreform zum politischen Inhalt hat, Schwierigkeiten machen. Sie meinen, wir sollten unsere Opposition mit besonderem Eifer der Regierung gerade in dem Moment entgegensetzen, wo sie endlich das tut, was wir seit dreißig Jahren verlangen. So dumm sind wir nicht. Die Sozialdemokratie ist eine prinzipiell revolutionäre Partei, aber in unseren Prinzipien und in unserem Parteiprogramm steht nichts von einer Verpflichtung der Partei zu einer blödsinnigen Taktik. (Lebhafter Beifall.) Im Gegenteil: wir haben die Verpflichtung, unter allen Umständen das Recht des Volkes mit den zu jeder Zeit möglichen, anwendbaren und erfolgreichen Mitteln durchzusetzen, und es fällt uns gar nicht ein, das Spiel der geheimen Feinde des Wahlrechtes zu spielen und in diesem Moment dieser Regierung Schwierigkeiten zu machen. Aber andererseits dürfen wir nicht vergessen, daß diese Regierung eine — österreichische Regierung ist. (Heiterkeit.) Wir dürfen nicht darauf vergessen, daß der Herr Ministerpräsident zwar rasch gelernt hat*), aber daß es denn doch nicht ganz sicher ist, ob das, was er so rasch aufgenommen hat, auch haften wird. Nicht nur wir haben Argumente, und wenn sich allerdings die Argumente von der Straße in Österreich so wie in allen Ländern und allen Jahrhunderten als kraftvoll erwiesen haben, so dürfen wir nicht vergessen, daß es auch Argumente der Vorzimmer, Argumente der Beichtstühle, daß es auch Argumente gibt, die ausgehen von jenen Junkern, die, wenn sie sich auch modern gebärden, sich nicht vor dem gleichen Wahlrecht so sehr fürchten als vor dem neuen Österreich, das aus dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht entspringen wird. (Zustimmung.)

Die Herren, die im Abgeordnetenhaus mit halben Sätzen zögernd und feig für oder gegen das Wahlrecht reden, die fürchten um ihr Mandat. Aber wenn die Wahlkreiseinteilung erschienen sein wird, wird jeder nur rasch schauen: Wo ist mein Mandat? (Heiterkeit.) Die Leute sind nicht so gefährlich. Die einen werden ja ihr Mandat darin finden und die anderen, die werden schon wissen, daß nichts zu machen ist. Gefährlich sind jene, denen es nicht bloß um die persönlichen Mandate geht, sondern um die Herrschaft ihrer Klasse; und die herrschende Klasse ist die feudale Aristokratie, die heute noch zusammen mit dem militärischen Klüngel tatsächlich herrscht und die sich heute der christlichsozialen Demagogie als Werkzeug bedient. Wenn die Christlichsozialen und ihre Patrone immer davon sprechen, daß sie immer

*) Am 10. September hatte sich Gautsch noch im Kronrat gegen das allgemeine Wahlrecht in Ungarn wegen der Rückwirkung auf Österreich ausgesprochen.

Freunde des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes waren (Heiterkeit) — bitte, das ist beim Dr. Lueger sehr sicher, der Mann war während seiner langen Laufbahn für so viel Dinge, daß es geradezu ein Wunder wäre, wenn er nicht einmal auch für das allgemeine Wahlrecht gewesen wäre (erneute Heiterkeit) —; aber wichtig ist, wie sich die Herren das Wahlrecht vorstellen. Sie möchten auf dem „gleichen Wahlrecht" etablieren die Herrschaft derselben Leute, die heute herrschen, die Herrschaft von Pfaff, Adel und Kapital, und möchten daher das allgemeine und gleiche Wahlrecht am liebsten selber einführen; sie möchten nicht, daß Herr Gautsch das macht. Ein großer Politiker im II. Bezirk, Herr Oppenberger*), hat den Vorschlag gemacht, man möchte doch den Lueger zum Ministerpräsidenten machen. Er hat gemeint, es wäre schon ein schweres Unglück für die Stadt Wien, wenn sie ihren Bürgermeister hergeben müßte; aber mit blutendem Herzen möchte sie das Opfer auf dem Altar des Vaterlandes darbringen. (Schallende Heiterkeit.) Das glauben wir schon. Ohne Wahlrechtsraub gibt es bei ihnen keine Wahlreform.

Die Regierung ist heute, wie es scheint, entschlossen, die Wahlreform zu machen, aber wie weit diese Kraft reicht, ist doch nicht ganz sicher, und es wird notwendig sein, die Quellen dieser Kraft lebendig zu erhalten. Das alte Rom war einmal in so einer Situation, als die Karthager und Hannibal im Anzuge waren. Damals hat man die Römer aufgeschreckt mit dem Rufe: Hannibal ante portas**)! Und damit hat man sie zu vernünftigen und notwendigen Maßregeln gebracht. Das tut heute jeder oben, der das Wahlrecht will. Gewiß; aber das notwendigste ist eben der Hannibal, daß wirklich der Hannibal vor den Toren steht. (Stürmischer Beifall.) Daß sich die Regierung auf uns verlassen kann, daß wir das auch von ihr so geliebte Wahlrecht nicht verlassen werden, das ist gewiß. Wir möchten nur wünschen, daß wir uns auch auf sie so verlassen könnten. Zwischen jetzt und der Einbringung der Wahlrechtsvorlage liegen die Weihnachtsferien und für die Regierung die Zeit, wo sie mit ihren Statistikern und Referenten und allen Statthaltereien die Wahlrechtsgesetzgebungen aller Länder prüft und überall das Beste, mitunter auch das minder Gute übersetzen und importieren läßt. Diese Zeit kann man ihr zum Studium gern vergönnen. Aber ich möchte von dieser Stelle aus sagen, die Regierung soll nicht glauben, daß, wenn es ruhiger wird um Weihnachten, darum die Bewegung schwächer geworden ist. Bei dem leisesten Zeichen einer Schwäche, da wird sich sofort die Stärke der Bewegung von neuem und in verstärktem Umfang offenbaren. (Beifall.)

Ein so gebildeter Herr, wie der Prinz Liechtenstein — er ist bekanntlich der „feinste Kopf" seiner Partei —, hat vor ein paar Tagen in diesem katholisch-politischen Verein in der Leopoldstadt,

*) Eine christlichsoziale Bezirksgröße im zweiten Wiener Bezirk, Gastwirt und Stadtrat.

**) Hannibal vor den Toren!

wo jetzt das Zentrum der politischen Überlegung der Christlichsozialen sein soll, auch von der Wahlreform im einzelnen gesprochen und gemeint, die fünfjährige Seßhaftigkeit*), die muß sein, denn man kann doch nicht den Wanderarbeitern die Majorität über die ansässige Bevölkerung geben, das wäre ein Pluralwahlrecht. (Heiterkeit.) Was er sich bei dem Worte Pluralwahlrecht gedacht hat, weiß ich nicht. Wahrscheinlich hat er sich gedacht, bei seinem Publikum ist das eine Fremdwort so gut wie das andere, sie verstehen es ja doch nicht. Aber dann sagte er auch, die Leute können ja in ihrer Heimat wählen und es soll ihnen da alle mögliche Erleichterung gewährt werden, nämlich weil er auch für die Wahlpflicht ist. Denken Sie sich, am Tage der Wahl werden die Leute, die nicht zuständig sind, mit allen Erleichterungen in die Heimat gebracht (schallende Heiterkeit und Zwischenruf: Per Schub!), damit sie die seßhafte Wiener Bevölkerung nicht durch das Pluralwahlrecht majorisieren. So blödsinnig das ist — ohne Herrn Liechtenstein nahetreten zu wollen, er ist ein sehr pfiffiger Herr, und wenn er etwas ganz Dummes sagt, so weiß er, warum er dumm redet —, so schließt das die Gefahr nicht aus. Zur Abwehr eines solchen Planes gehört nicht allein das Argument, daß es ein Wahnwitz ist, sondern gehört auch die Erklärung, daß das arbeitende Volk sich das nicht gefallen läßt. Ein Gesetz nach dem Ideal des Herrn Lueger würde etwa so ausschauen: „Das Wahlrecht hat jeder 24jährige Mann in Österreich. Ausgeschlossen sind erstens die Geisteskranken, zweitens die Verbrecher und drittens die Leute, die sich in den letzten fünf Jahren einmal entfernten, um Arbeit zu suchen. (Tosende Pfuirufe.) Diese Politiker haben die Gewissenlosigkeit, für ganz Österreich ein Wahlrecht zu empfehlen, das angepaßt ist den speziellen politischen Wahlmogelbedürfnissen hier in Wien.

Es ist ausgeschlossen, daß das verwirklicht werden könnte; aber es ist nur darum ausgeschlossen, nicht weil es ein Verbrechen wäre, sondern nur darum, weil es sich die Arbeiterschaft nicht gefallen läßt. Wir haben gezeigt, daß wir nicht mit leeren Worten drohen, sondern daß wir halten, was wir sagen. Wir haben auch gezeigt, daß wir Maß zu halten wissen und daß wir die Kraft des Proletariats, die dem Kampfe für das Wahlrecht dienen soll, auch zu schonen wissen. Aber so wie wir Selbstbeherrschung, Disziplin und Zucht zu üben wissen, so erklären wir immer wieder, daß das, was wir angekündigt haben, ebenso kein leeres Wort war. Wenn ein Tag kommen sollte, an dem die Regierung zu schwach sich erweist, der Wahlreform weiterzuhelfen, so werden wir aufstehen und werden die Kraft finden, den Wagen weiterzuschieben, und sei es mit dem Massenstreik. (Brausender Beifall.) In aller Ruhe, in aller Nüchternheit sagen wir: Geht es mit Gautsch — gut; kann er es nicht, dann werden wir es

*) Die fünfjährige Seßhaftigkeit war die Erfindung der Christlichsozialen, die sie dann auch für den Gemeinderat einzuführen versuchten. Allerdings haben sie darauf dann verzichtet.

besorgen. Vorläufig geht es ja mit Gautsch ganz gut. Die Wahlreform wird im nächsten Jahre sicher reinlich, bestimmt und definitiv erledigt werden. In diesem Sinne gehen wir heuer freudig in die Ferien, um neugestärkt mit der alten Entschlossenheit und alten Rücksichtslosigkeit wiederzukehren zum alten Kampfe im neuen Jahre. (Brausender Beifall.)

Gedenktag der russischen Revolution.

Versammlung am 21. Jänner 1906*).

Werte Genossen und Genossinnen! Heute vor einem Jahre haben wir Minute für Minute mit angespanntem Sinne auf die Nachrichten aus Petersburg gewartet. Wir wußten, es wird sich sehr Großes ereignen; wir wußten, daß die Revolution in Rußland an diesem Tage hinaustreten wird ans Licht. Die Revolution in Rußland dauert länger als ein Jahr; Jahrzehnte sind es, daß in den Eingeweiden der Völker Rußlands die Revolution arbeitet; aber ans Licht getreten ist sie, als nicht nur die Empörung möglich war, als der Zusammenbruch des zarischen Reiches gekommen war. Vor hundert Jahren hat man gesagt: Europa wird republikanisch oder kosakisch sein, und der Zarismus hat sich mit Europa nicht begnügt, er wollte Asien kosakisch machen. Ein Raubzug ist nach dem Osten unternommen worden, ein Raubzug der Kapitalisten aller Länder; denn an dem Zarismus, an dieser Unternehmung der Unterdrückung und Ausbeutung aller Völker, an dem sind die Kapitalisten aller Länder als Aktionäre beteiligt (allgemeine Rufe: Sehr richtig!), und zwar diejenigen nicht zum wenigsten, die am meisten heute zetern und wimmern über die Greuel, die sie selbst verbrochen, und deren Nutznießer sie von jeher gewesen und gehofft haben, immer zu bleiben. (Lebhafte Zustimmung.) Von dem Moment an, da der Krieg erklärt wurde — was jetzt genau zwei Jahre sind —, folgte Niederlage auf Niederlage der russischen Armee und Sieg auf Sieg der Japaner, des kleinen, verachteten Volkes. Neujahr 1905 erfolgte die Übergabe von Port Arthur und damit der vernichtende Schlag der russischen Armee. (Brau-

*) Im Kampfe um die Wahlreform war auch der Hinweis auf die russische Revolution ein wichtiges Argument. Deshalb hat Adler in der Versammlung, die am Jahrestag der Revolution im Hotel Savoy veranstaltet wurde, die Gedenkrede gehalten. Man sieht aus der Rede, wie förmlich jeder Satz da auf Österreich zielt.

Nach Adler sprach übrigens auch der russische Genosse Teplow, der an den revolutionären Kämpfen in Moskau hervorragend teilgenommen hatte. In der Resolution, die auf Adlers Antrag beschlossen wurde, wird das Versprechen gegeben, den Wahlrechtskampf mit Mut, Zähigkeit und vor keinem Hindernis zurückschreckender Rücksichtslosigkeit zu Ende zu führen. (Siehe übrigens Adlers Rede auf dem böhmischen Landesparteitag am 23. Juli, Seite 229, dann die Rede bei Ausbruch der russischen Revolution am 26. Jänner 1905 (Bd. VIII, Seite 271) sowie auch die Rede über die Märzrevolution des Jahres 1917.)

sender Jubel.) Damit war in Rußland das Regiment im Innern so erschüttert, daß der Ansturm der revolutionären Klasse Erfolg haben konnte und mußte.

Was wir in Rußland vor uns sehen, ist der Zusammenbruch der Unfähigkeit, mit den Mitteln der äußeren brutalen Gewalt dieses System noch ferner aufrechtzuerhalten an diesem Orte, und zugleich der Umsturz, der aktiv von den revolutionären Klassen geführt wird. Der Kapitalismus ist gezüchtet worden von der zarischen Regierung, und wie es im Kommunistischen Manifest schon steht: „Der Kapitalismus zeugt sich selbst seine Totengräber“, so hat der Kapitalismus unter dem Protektorat und als Werkzeug des Zaren gezüchtet seinen eigenen Totengräber: das revolutionäre Proletariat, das plötzlich auf die Bühne tritt, nachdem es gewachsen ist und durchsetzt wurde in mühevoller Arbeit mit revolutionären Ideen. Während des ganzen Jahres, das jenem 22. Jänner vorherging, haben wir in ganz Rußland, insbesondere aber in den Industriezentren: in Petersburg, in Moskau, in Odessa, in Polen auch in Lodz und Warschau, einzelne Bewegungen und Streiks, die beginnen und wieder erlöschen, aber die schon einen ganz anderen Charakter haben als jene primitiven Lohnbewegungen um einzelne wirtschaftliche Forderungen. Damit verbindet sich eine große Bewegung der Intelligenz, eine große Bewegung in den Spitzen des Bürgertums und auch des Landadels; denn auch für diese Klasse ist die zaristische Knechtschaft schon eine Kette, die ihre Entwicklung hemmt, und die besten von ihnen vereinigen sich und demonstrieren offen für Konstitution und politische Freiheit, und jede Niederlage auf dem mandschurischen Kriegsschauplatz hat ihr Echo in Rußland selbst. Aber all das bleibt nur Symptom eines im Anzuge Seienden, bis mit einem Schlag im Jänner das Proletariat selbst im Herzen des Reiches in Petersburg auf die Straße tritt. Diese Bewegung ist geknüpft an den Namen des Priesters Gapon und der Mann wird unsterblich bleiben in der Geschichte, was und wer auch immer der Träger dieses Namens sein mag. Ob Gapon ein bewußtes Werkzeug war der polizistischen Gewerkschaften, die zur geistigen Knechtung des Proletariats von der Regierung gegründet worden waren, wissen wir nicht; was wir aber wissen, ist, daß das Werk, das er übte, größer wurde als er, und daß es ihn mit sich fortriß, und daß er in den Tagen des Jänner, als es zum Ernst kam, ergriffen wurde von den sozialdemokratischen Ideen, die in dieselben Gewerkschaften von unseren Genossen in hundertfältiger Arbeit hineingetragen worden waren. Gapon war in diesen Tagen des Jahres 1905 ein Werkzeug der Weltgeschichte, und so ganz hat er sein Leben und die Bedeutung seines Lebens erschöpft in diesen Tagen, daß es gleichgültig ist, wer er geworden und was er gewesen, als er verschwand in jenen Tagen. In diesen wenigen Tagen hat er die Bedeutung seines Lebens konsumiert. Dieser Mann also sammelte die Waffen in diesen Tagen und formulierte den letzten Appell an den Zaren,

der mit ehernen Lettern in das Buch der Geschichte gegraben ist. (Lebhafter Beifall.)

Es war ein Streik, der begonnen hatte in den Putilow-Werkstätten, die ebenso ihren Namen in der Geschichte behalten, von denen alle Streikbewegungen ausgegangen. Der Streik brach infolge der Maßregelung einiger Arbeiter aus, riß aber nicht nur die 12.000 Arbeiter jener Werkstätten mit, sondern noch weitere 30.000 der Eisenbahnen und weiterer Werkstätten und wurde plötzlich eine Aktion von geschichtlichem Charakter. In diesen Streikversammlungen, da zeigten sich auch neben den Agitatoren der zarischen gelben Gewerkschaften unsere Männer und Frauen: sozialdemokratische Arbeiter und Arbeiterinnen, Studenten und Studentinnen, die an dem Werke der Revolution seit Jahrzehnten gearbeitet haben. Ihre Stimme gewinnt Einfluß und Gewicht und nun ist der ganze Charakter dieser Bewegung umgewandelt. Gapon richtet an den Zaren die Worte: „Wir Arbeiter sind elende beschimpfte Sklaven. Als die Grenze unserer Geduld erreicht war, haben wir die Arbeit eingestellt. Wir haben unsere Herren nur gebeten, uns das zu geben, ohne das zu leben eine Qual ist. Aber alles ist abgelehnt... Das Beamtentum besteht aus Räubern und Dieben... Es führt Rußland immer mehr an den Rand des Abgrundes. Das Volk ist jeglicher Möglichkeit beraubt, seine Wünsche und Forderungen auszudrücken und an der Festsetzung der Besteuerung und Staatsausgaben teilzunehmen. Wir wollen lieber sterben, als unter solchen Gesetzen weiterleben. Mögen unter solchen Verhältnissen die Kapitalisten und die Beamten leben. Kaiser, hilf deinem Volke! Vernichte die Scheidewand zwischen dir und deinem Volke... Befiehl die Erfüllung unserer Bitte und du machst Rußland glücklich; wenn nicht, so sterben wir hier. Wir haben nur zwei Wege: die Freiheit und das Glück oder das Grab. Wir bringen gern unser Leben Rußland zum Opfer dar." — Und dann wurde der letzte Appell an das Väterchen gerichtet und es freundlich eingeladen, zu kommen: „Das ganze Volk vertraut dir und hat beschlossen, morgen um 2 Uhr nachmittags vor dem Winterpalais zu erscheinen, um dir seine Not zu klagen. Wenn du, wankelmütig, nicht vor dem Volke erscheinst, dann zerreißest du das moralische Band zwischen dir und dem Volke und das Vertrauen wird schwinden, da unschuldiges Blut zwischen dir und dem Volke fließen wird. Erscheine morgen vor deinem Volke und empfange mutigen Geistes unsere Ergebenheitsadresse. Ich, der Vertreter der Arbeiter, und meine tapferen Arbeitsgenossen verbürgen dir die Unverletzlichkeit deiner Person."

Diese Menschen haben noch Vertrauen gehabt zum Zaren, aber er nicht zu ihnen. Sie sind vor den Winterpalast gezogen, aber nicht ihn haben sie dort gefunden. Er war längst ge-

flohen (Rufe: Der Feigling!) nach Zarskoje Selo, in sein Schloß am Meere; aber noch ist er nicht zurückgekehrt, noch lebt er dort als Gefangener des Zarismus selbst. Die Hunderttausende Arbeiter, die zum Winterpalast hingezogen sind mit Weib und Kind, mit Kirchenfahnen an der Spitze, gläubig, um ihre Ergebenheit, ihre Treue, ihr festes Vertrauen dem „Vater“ dort zu beweisen, sie wurden empfangen mit Flintenschüssen der Leibgarderegimenter, von den Nagaiken der Kosaken, und ein Blutbad wurde angerichtet unter ihnen, bei dem nicht Frau, nicht Kind geschont wurde, und noch heute weiß man es nicht, wieviel Tote es waren. (Allgemeine tiefe Bewegung im Saale.) Zum erstenmal in diesem Feldzug haben die russischen Regimenter eine Schlacht gewonnen (tosende Pfuirufe); aber auch dieser Sieg war nur das Vorspiel der großen Niederlagen des Zarismus; denn nicht erstickt, sondern geweiht wurde die Revolution mit dem Blute der Proletarier, das da vergossen wurde. In einer Woche schon verbreitete sich der Streik und die proletarische Bewegung über ganz Rußland; am 28. Jänner erfaßte sie bereits Polen und in Warschau und in Lodz beginnt jener gewaltige Generalstreik, der bis lange nach Ostern währt und der in seiner Art selbst in dieser Heldengeschichte der Revolution etwas ganz Unerhörtes ist. Was damals und seither geschehen ist, war nicht ein planmäßiger Feldzug. Töricht ist die Meinung, daß eine Gruppe von Menschen, daß eine Partei, und wäre sie noch so einflußreich, die Weltgeschichte lenken könne. Das revolutionäre Proletariat Rußlands selbst ist der Faktor, der in Bewegung ist, und dieser Machtfaktor ist selbst nur ein Teil dieses Prozesses, und was wir an Revolutionären sehen, das sind nur Träger einer Bewegung, für die sie arbeiten, für die sie sich opfern können, die aber keine Menschenmacht zu leiten, zu lenken oder gar aufzuhalten vermag.

Eine Stadt nach der anderen sehen wir dann sich erheben, es folgt die unerhörte Expedition des „Potemkin*)“, die unerhörte Episode der Revolte der Marinesoldaten in den Häfen des Nordens; überall geht die göttliche Autorität des Zarismus plötzlich mit einem Riß verloren und nun schwanken der Zar und seine Räte zwischen Repressalien und Zugeständnissen. Im Jänner kommen Versprechungen von Freiheit und Reformen, im Juni das Dumaversprechen Bulygins**), der mit seinem Wahlrecht die Duma zu einer Karikatur eines Parlaments machen wollte, und am 30. Oktober

*) Der Panzerkreuzer „Knjas Potemkin“, der durch seine revolutionäre Fahrt bekannt ist.

**) Der Innenminister Bulygin veröffentlichte am 26. Juni folgenden Verfassungsentwurf: Die Duma sollte einen vom Zaren ernannten Präsidenten haben. Sie selbst sollte in zehn Abteilungen, jede für ein Ressort, geteilt werden. Die Kompetenzen der Duma sollten die gleichen sein wie die des Reichsrates. Jedes Geschäft sollte zuerst von einer Abteilung der Duma geprüft werden, dann vor die Plenarversammlung kommen und von dort vor den Reichsrat. Über das Wahlverfahren wurde noch nichts mitgeteilt, weil in der Regierung noch Meinungsverschiedenheiten bestanden.

endlich jenes Manifest des Zaren, das Freiheit, ein wirkliches Parlament und den Eid des Zaren auf diese Verfassung verspricht. Aber wenn Zaren können, so verraten sie ihre Eide, womöglich noch bevor sie sie geleistet (allgemeine Pfuirufe), und so haben wir den Versuch einer Gegenrevolution als die Hoffnung des Zaren und jenes Witte, den die Bürgerlichen aller Länder bewundern wegen seiner Klugheit und Geschicklichkeit, dessen ganze Politik aber heute darauf hinausläuft, die Völker Rußlands zu betrügen um den Erfolg der Revolution. Direkt offiziell von der Polizei und den Administrativbehörden wurden die schwarzen Banden geführt gegen die Juden; so heißt es; aber sie wurden auch gehetzt gegen die Arbeiter, gegen die Intelligenz, kurz gegen alles, was revolutionär ist. Es wurde geplündert und gemordet und Untaten wurden verübt, für die unsere Sprache keinen Ausdruck findet. Und nun meinen die Menschen — und das sollte erzielt werden —, diese Greuel wären die Folge der Revolution, während sie der Ausdruck der Gegenrevolution sind und ihre Möglichkeit allein darin begründet ist, daß die Revolution erst heute kommt. Dieselben Leute aber, die hier in der europäischen Presse über die Greuel in Kischinew und Odessa blutige Tränen weinen und Sammlungen veranstalten für die unglücklichen Juden, die bringen die gegebenen Kreuzer in Millionen herein dadurch, daß sie ihr Vermögen angelegt haben in den großen Geschäftsunternehmungen des Zarismus. Der Rothschild, der vor einigen Tagen auf einem Meeting in London für die armen, geplünderten und gemordeten Juden gesprochen hat, hätte schweigen können, aber seine Millionen hätte er aus Rußland zurückziehen sollen. Die Juden finden sich in den Reihen der Revolutionäre in einem würdigen Prozentsatz, aber die Gegenrevolution in Rußland, die wird geradezu von jüdischen und christlichen Kapitalisten Westeuropas finanziert. (Pfuirufe.)

Diese furchtbare Gegenrevolution hat aber auch Schichten geweckt und zur Gegenorganisation und Gegenaktion gezwungen, die bis dahin stillgelegen waren. Im letzten Viertel des vorigen Jahres kam eine Periode, wo Rußland ein anderer Staat geworden ist, wo eine Preßfreiheit geübt wird, wie wir sie nicht kennen. Es ist ein merkwürdiges Schauspiel, daß mitten in dieser Aktion, wo jede Fiber angespannt ist, sich zugleich das geistige Leben aller Völker mit einem Schlage blitzartig ungeahnt entwickelt. Daneben geht aber noch ein anderes her. Der Zersetzung des inneren Verwaltungsorganismus geht parallel das Auseinanderfallen des Reiches. Was wir heute in Polen, auf dem Kaukasus, in Finnland und Esthland sehen, das ist nicht nur Klassenkampf, das ist vor allem auch der Kampf der Völker um ihre nationale Befreiung. Da sind Tatsachen geschaffen worden, die sich nicht mehr rückgängig machen lassen. Rußland kann Polen nicht mehr erdrosseln, kann Finnland nicht mehr beherrschen wie eine Provinz, Polen ist frei geworden, aber nicht durch den polnischen Adel,

nicht durch das Bürgertum oder jene, die sich für die Wortführer des polnischen Volkes ausgeben, sondern frei geworden durch das polnische Proletariat. (Beifall.)

Mitten im Kampfe stehen wir noch heute, und es sieht aus, als wäre die Revolution wieder an einem ihrer Ruhepunkte angekommen, wie schon so oft während der letzten zwei Jahre, und als würde der Zar neue Kraft sammeln. Ja der Zar, der nicht wagen darf, seine letzten Truppen aus Ostasien zurückzubringen, der seine Regimenter sorgfältig auswählen muß, die er dem Volke entgegenstellt, der Zar und die Zarenclique, die den Glauben an sich selbst längst verloren haben; die haben gegen sich nicht allein ein Bürgertum und eine Intelligenz, die auch nicht mehr die Früchte ihrer Opfer aufgeben werden, sondern vor allem ein Proletariat, das in den letzten Jahren in rapiden Schritten vorwärts gegangen ist und gelernt hat, proletarisch zu kämpfen und proletarische Waffen zu handhaben. Und darum haben die russischen Genossen Beispiele gegeben, die für die proletarischen Kämpfe fruchtbar sein werden für alle Länder und für alle Zeiten. Der politische Massenstreik, den wir in Polen nicht nur die Produktion, sondern auch das ganze Nervensystem des Staates lahmlegen sahen, wird gewiß noch in der Geschichte der proletarischen Kämpfe häufig eine wichtige Rolle spielen. Aber die russische Revolution hat uns auch gezeigt, daß die Annahme, die Zeit des Gewaltkampfes auf der Straße wäre für immer vorbei, nicht für alle Zeiten, Völker und Zustände richtig ist. Was haben die Revolutionäre in Warschau und Lodz mit den kleinen Revolvern, den berühmt gewordenen Brownings, nicht alles geleistet! Und die ungeheuren Kämpfe in Moskau, wo man mit Kanonen den Kampf führen mußte, weil die Infanterie nicht sicher war! Aber diese Ereignisse zeigen uns, daß die Methoden des Kampfes der Revolution und die Methoden des Kampfes des Proletariats nicht auszurechnen sind im einzelnen, und daß nichts törichter ist, als von irgendeiner Methode des Kampfes zu sagen, sie ist die einzige, die wir anwenden müssen, oder zu sagen, die werden wir niemals üben, sie ist unmöglich geworden.

Parteigenossen! Die russische Revolution hat für das gesamte politische System der Welt eine ungeheure und heute in ihren Folgen noch gar nicht abzumessende Bedeutung. Was Sie heute von europäischen Verwicklungen, neuen Bündnissen der Staaten sehen, diese Ratlosigkeit, Erregtheit und Nervosität, ist im letzten Grunde die Folge der ungeheuren Tatsache, daß durch die Revolution in Rußland der mächtigste politische Faktor unsicher geworden ist. Es ist, als wie wenn aus diesem politischen Bau der Tragbalken plötzlich herausgezogen worden wäre. Alle Politik in den reaktionären Staaten hat auf dem sicheren Vertrauen beruht: wenn es schlimm geht, der große starke Onkel in Petersburg kann noch helfen. Und nun ist das so ganz anders geworden. So viel Ströme der Reaktion sind nie von

Rußland gedrungen, so viel Revolution ist nie von Westen nach Osten getragen worden, als heute aus diesem siedenden Kessel der Revolution in Rußland von revolutionärer Energie aus dem Osten herüberströmt nach Europa. (Brausender Beifall.) Die Staaten und ihre Diplomaten können sich nicht freimachen davon und das arbeitende Volk in allen Ländern stürzt sich mit vollem klaren Bewußtsein dessen, was es tut, in den Strom dieser Revolution und bewirkt in jedem Lande die Revolution mit seinen Mitteln, nach seinen Verhältnissen und mit seinen augenblicklichen Zielen.

Wir haben das Recht und haben die Pflicht, an diesem Gedenktag der russischen Revolution auch zu gedenken unserer eigenen Sache; denn Parteigenossen, was wir für unsere kämpfenden Brüder drüben tun können, das ist nur das eine: unsere eigene Pflicht in unserem eigenen Lande, in unserer eigenen Sache. Wir können den Genossen drüben nicht besser helfen, als indem wir die Stützen der Reaktion in unserem eigenen Lande erschüttern und indem wir in Österreich endlich nachholen, was uns längst gebührt hätte, indem wir endlich unser Recht erkämpfen: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht. (Beifall.) Wir haben die feste Zusage, daß unser Recht erfüllt werden wird, und wir werden in wenigen Wochen erfahren, in welchem Umfang man Wort halten will. Wir sind in den Kampf gegangen in dem Bewußtsein, daß es ein Kampf auf Leben und Tod sein kann; denn auch wir sind der Überzeugung, daß es sich nicht lohnt, so weiterzuleben, und für uns ist unser Zustand dieselbe Schmach, wie er es für jene drüben ist.

Ein Zwischenfall.

Es scheint, daß es genügt hat, den ernsten Entschluß zu zeigen, und die gewaltige proletarische Organisation, die in Jahrzehnten erzogen und zusammengehämmert wurde... (Ein Zwischenruf: Und nichts getan hat!)

Abgeordneter Dr. **Adler** (erwidernd): Wie Sie noch nicht auf der Welt waren, hat das Proletariat schon Großes getan...

Der Versammlung hat sich inzwischen wegen des Zwischenrufes eine große Erregung bemächtigt und von allen Seiten erschallt der Ruf: Hinaus mit ihm! Genosse Dr. Adler muß kurze Zeit innehalten, beruhigt aber die Versammlung bald, indem er fortfährt:

Überlassen Sie es mir, Genossen, mit dem Herrn fertig zu werden. Ich habe den Zwischenruf aufgegriffen, weil ich weiß, daß in manchen Köpfen der Gedanke spukt, daß, wenn nicht Blut vergossen und nicht Barrikaden gebaut werden, nichts geschieht. Nun, Genossen, wir bewundern den Kampf, der sich mit einer Todesverachtung sondergleichen da drüben abspielt und wir bewundern und verehren all die Männer und Frauen, die in einem Heldenmut sondergleichen ihr Leben opfern; aber wir werden darum nicht geringschätzen die Art des Kampfes und die Art der organisatorischen Arbeit, die die Grundlage ist jedes politischen Fortschrittes.

Nicht immer gibt es Schlachttage für das Proletariat; aber Arbeit gibt es immer, und wenn wir an diesen Alltagen unsere Pflicht nicht tun, dann werden wir, wenn der Schlachttag uns aufgezwungen werden sollte, unsere Pflicht nicht verstehen; wenn wir aber unsere Pflicht tun, dann bringen wir es vielleicht dahin, daß wir, wie am 28. November, nur den Erfolg unserer Arbeit zu zeigen brauchen und der Anblick genügt, um uns zu unserem Recht zu verhelfen. Wir wissen nicht, ob wir schon am Ende unseres Kampfes sind. Wenn es notwendig werden sollte, die Regierung und das Parlament in ihren guten Vorsätzen zu stärken, so werden wir auch mit dem Massenstreik einsetzen (brausender Beifallssturm), wie es unser Parteitag beschlossen und die Genossen des ganzen Reiches besiegelt haben. Wir werden verstehen, unsere Pflicht zu tun gegen uns und gegen die Märtyrer der Revolution da drüben; denn auch ihnen, nicht nur uns sind wir es schuldig, daß wir einen so ungeheuren Moment nicht ungenützt und ohne Erfolg vorübergehen lassen. (Stürmischer Beifall.) Aber, Parteigenossen, wie wir schuldig sind zu kämpfen mit Blut und Leben, wo es notwendig ist, so sind wir schuldig und sind es Ihre Vertrauensmänner den Massen schuldig und jedem einzelnen von ihnen, daß wir kämpfen mit der Vermeidung aller Opfer, die nicht notwendig sind. (Allgemeines Bravo.)

Ich habe zuvor von der ungeheuren Bedeutung der russischen Revolution gesprochen. Es ist ein neues Rußland, ist anders durch sie. Wir wünschen und hoffen, ja wir hängen mit jeder Faser unseres Herzens an dem Siege der russischen Kämpfer für die Freiheit; wir hängen daran nicht nur für sie, sondern auch für uns. Es ist nicht eine Redensart und nicht eine Phrase, wenn wir sagen: „Ihr Krieg ist unser Krieg", sondern er ist es wirklich. So wünschen wir den russischen Kämpfern Erfolg und hoffen, daß es auch uns gelingen wird, unseren Teil der Pflicht zu erfüllen. (Stürmischer Beifall.)

Der Schacher um die Mandate.

Sechsundzwanzig Versammlungen am 28. Jänner 1906*).

Wir sind heute so weit, daß man an dem Einbringen, ja ich sage an dem Zustandekommen der Wahlreform nicht mehr zweifeln

*) Am 30. Jänner 1906 trat das Parlament nach den langen Weihnachtsferien wieder zusammen und die Sozialdemokraten hatten im ganzen Reiche in den letzten Tagen Demonstrationsversammlungen abgehalten. In Niederösterreich allein tagten 30 massenhaft besuchte Versammlungen: in Wien 26, und zwar 17 deutsche, 6 tschechische Volksversammlungen und 3 Branchenversammlungen. Im Arbeiterheim in Favoriten sprach Adler.

Seitdem das Parlament am 20. Dezember in die Ferien gegangen war, hatte sich ein förmlicher Markt im Ministerium gebildet, wo um Mandate

kann. Die bürgerlichen Parteien haben bis auf zwei Ausnahmen nachgegeben. Die sich noch als Feinde bekennen, das sind selbstverständlich die polnischen Stanczyken*), die erst „Bedingungen“ stellen werden, nämlich die, daß ihnen irgendwie ihre Mandate garantiert werden. Sie sind sehr sentimental, die Herren. Da hat der Gniewosz neulich auf einem Hofball — unsere Politik wird jetzt häufig auf Hofbällen gemacht — dem Kaiser gesagt: „Morituri te salutant**). Das ist der Lohn für unsere Leistung.“ Freilich, sie haben zu allen Niederträchtigkeiten Ja und Amen gesagt dafür, daß man ihnen das Volk völlig ausliefert. Wenn sie nun wirklich den Fußtritt bekämen, hätten sie nur gebüßt, was sie an den Völkern Österreichs, nicht zuletzt aber an ihren Polen und Ruthenen, gesündigt haben. So wie die Polen aber sind auch die Deutschnationalen schärfster Observanz gegen das Wahlrecht. Auch diese Herren fragen nicht: Was ist notwendig, was frommt dem deutschen Volke? — vor dem deutschen Volke haben sie überhaupt eine heillose Furcht — sondern sie fragen: Wo ist mein Mandat? (Heiterkeit.) Was soll das für ein Wahlrecht sein, wo ich nicht gewählt werde? fragt sich der Herr Schönerer und der Franko Stein. Es ist ja nun möglich, daß diese Herren einige Komödien aufführen werden; das ist aber alles. Die anderen Parteien, sosehr sie sich innerlich auch sträuben mögen, sind vernünftig genug, zu wissen, daß es keinen Weg mehr gibt, der sie vor der Wahlreform rettet. Vielleicht muß Herr v. Gautsch gehen, wenn sie es wollen; aber die Wahlreform hängt nicht ab vom Ministerium Gautsch und muß sich erfüllen auch ohne dieses. Sie hängt ab nicht nur vom Willen der Arbeiterschaft, sondern von eherner geschichtlicher Notwendigkeit. Wir sind nur die Vollstrecker des Zwanges, der besteht; aber wir werden so unerschütterlich sein, wie die Notwendigkeit selbst. Daß man mit dem heutigen

---

und Wahlkreise geschachert wurde. Die bürgerlichen Parteien hatten sich mit dem allgemeinen Wahlrecht bereits abgefunden und suchten nur noch durch eine künstliche Zusammenstellung der Wahlkreise eine möglichst große Zahl von Mandaten für sich herauszuschlagen. Dabei wurde nun nicht nur um die an sich begründete Aufteilung der Mandate an die einzelnen Nationen verhandelt — wofür Dr. Kramarsch den Deutschen schon in der ersten Wahlrechtsdebatte ein offenes Kompromiß angeboten hatte —, sondern um die Sicherung von Mandaten für einzelne Parteien, ja für einzelne Personen! Wobei namentlich für die Führer, so für Herrn Doktor Pergelt in Warnsdorf, ein Mandat gesichert werden sollte. Von dieser Seite drohte also kaum eine Gefahr — wohl aber von der christlichsozialen Forderung nach einer zweijährigen Seßhaftigkeit im Wahlort. Dadurch würde Zehntausenden von Arbeitern das Wahlrecht geraubt und deshalb wurde diese Forderung von allen Wahlrechtsfeinden unterstützt. Sie wäre allerdings für die Arbeiter ein Kriegsfall gewesen. (Darüber Näheres in den Bemerkungen bei der folgenden Rede.)

*) Die Ultrakonservativen unter den Polen.

**) „Die dem Tod Geweihten grüßen dich!“ Der Gruß, den die Gladiatoren dem römischen Kaiser entboten. — Wladimir R. v. Gniewosz war ein galizischer Großgrundbesitzer.

Wahlrecht noch einmal wählen geht, das wagt niemand mehr auszusprechen. Was wir noch zu fürchten haben, das sind die falschen Freunde der Wahlreform. Die Christlichsozialen sind für die Wahlreform, aber so wie sie für alles sind, schielend und verlogen. Hier liegt einer der schwierigsten Punkte, denn es ist gar kein Zweifel, daß bei den bürgerlichen Parteien und bei der Regierung die Neigung besteht, die Wünsche dieser Herren zu erfüllen. Man will, daß diejenigen, die genötigt gewesen sind, ihren Arbeitsort zu wechseln, gleichgestellt werden sollen den Verbrechern und Geisteskranken. (Stürmische Pfuirufe.) Was wollen aber die Herrschaften mit ihrer Seßhaftigkeitsklausel, wem kann sie nützen? Für den Wiener Magistrat, der beabsichtigt, daraus eine besondere Quelle für den Wahlschwindel zu machen, ist sie freilich gut; aber die anderen bürgerlichen Parteien gehen damit nur ihren christlichsozialen Feinden auf den Leim. Sie werden wohl auch noch einsehen lernen, daß sie keinen Grund haben, deswegen die Arbeiterschaft in einen opfervollen Kampf zu treiben, der aber auch opfervoll sein muß für das Bürgertum selbst. (Stürmischer Beifall.)

Die Wahlreform vorgelegt.

Versammlung am 25. Februar 1906*).

Als wir hier in diesem Saale auf unserem Parteitag den Kampf für das allgemeine, gleiche Wahlrecht beschlossen, da war es keineswegs sicher, daß der Tag, der uns unser Recht bringt, so nahe sei. Die Umstände, unter denen zur Wirklichkeit wird, was der Inhalt unseres Kampfes durch so viel Jahre war, haben wir nicht herbeigeführt; aber das Zeugnis müssen wir uns selbst ausstellen, daß die österreichische Arbeiterschaft, wie sie in den ungünstigen Verhältnissen ihren Mann stellte, so auch die günstige Lage, die ihr plötzlich beschieden war, gut zu nützen verstand. Wir geben uns auch keiner Täuschung hin, daß, wenn die Regierungsvorlage auch da ist, uns noch ein schweres Stück Weges von dem Augenblick trennt, wo die Vorlage zum Gesetz wird. Es ist ja nicht gar so leicht, dem Parlament zuzumuten, es möge die Grundlage

*) Am 23. Februar 1906 legte Gautsch die Wahlreform vor. Das Abgeordnetenhaus sollte 455 Mitglieder haben, von denen, wie in dem alten Haus, das allerdings nur 425 Mitglieder hatte, 205 Deutsche sein würden. Gautsch begrüßte die Vorlage mit einer Rede, in der er unter anderem sagte: „Personen gehen, Ideen bleiben, mein Sturz wird nicht der Sturz der Wahlreform sein." Die Alldeutschen krawallierten bei der Rede, vermochten aber den tiefen Eindruck dieser Ausführungen nicht zu beeinträchtigen. — Siehe auch die Fußnote auf Seite 295 mit den ausführlichen Darlegungen über die Reform.

Bei der Berechnung der 205 deutschen Wahlkreise wollten sich die Deutschbürgerlichen die Wahlkreise, die offenbar die Sozialdemokraten ihnen abnehmen würden, nicht auf die 205 deutschen Wahlkreise aufrechnen lassen, während sie von den 205 Mandaten des alten Parlaments auch die der deutschen Sozialdemokraten sich aufrechneten.

seiner eigenen Existenz beseitigen, es möge das Recht anerkennen, wo seine Grundlage bisher das Unrecht war, und wir wollen offen zugeben, daß es auch für die Regierung nicht so leicht war, sich endlich zum Rechte zu bekennen, da doch unsere Bürokraten wahrhaftig nicht dazu erzogen sind, Volksrechte zu verteidigen. Es hat der ganzen Wucht der weltgeschichtlichen Momente bedurft, die sich in diesen ersten Jahren des neuen Jahrhunderts zusammendrängen, um eine österreichische Regierung dazu zu bringen, ihre Existenz ehrlich und rückhaltlos mit dem Rechte des Volkes zu verknüpfen.

Wähler soll nun jeder 24jährige Mann sein mit gleichem Recht ohne Einschachtelung in Kurien. Aber freilich gleich hier begegnet das Volk seinen Feinden. Sie wissen, welche Pläne unsere gehässigsten Gegner gehabt haben, wie sie uns ein allgemeines Wahlrecht verbunden mit fünfjähriger Seßhaftigkeit (Gelächter) geben wollten: ihr Plan war, uns möglichst viel von unseren Rechten wegzustibitzen. Dieser Plan wurde ja nicht in seiner ganzen Ausdehnung erfüllt, aber leider hat die Regierung geglaubt, Herrn Lueger da entgegenkommen zu müssen, diesem Volksmann, dem man entgegenkommt, indem man den Arbeitern Rechte raubt. Es versteht sich von selbst, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen diese Einschränkung des allgemeinen Wahlrechtes einen scharfen Kampf werden führen müssen. (Lebhafter Beifall.) Und wenn man die Herren fragen wird, mit welchem Rechte sie so viele ehrlich arbeitende Proletarier, bloß weil sie vor einigen Monaten an einem anderen Orte arbeiteten, gleichstellen mit Irrsinnigen und Verbrechern, wird man uns von den italienischen und slowakischen Arbeitern erzählen, die irgendwo eine Eisenbahn bauen oder einen Fluß regulieren und die das Resultat der Wahl beeinträchtigen können. (Heiterkeit.) Gegen dieses furchtbare Unglück muß man die deutsche Nation schützen. Die Leute halten uns wirklich für so töricht, daß wir ihnen glauben, sie wären solche Idioten, zu meinen, man werde da plötzlich einen italienischen oder slowakischen Abgeordneten wählen, wo einige hundert Arbeiter bei einem Bahnbau beschäftigt sind. Aber diese und ähnliche Argumente sind nicht ehrlich. Was man in Wahrheit will, das ist, in solchen Bezirken, wo sich bürgerliche Parteien — vor allem die Christlichsozialen — und die Sozialdemokraten die Wagschale halten, das Schwergewicht des Unrechtes der Seßhaftigkeit in die christlichsoziale Wagschale werfen zu können und der Sozialdemokratie ein paar Mandate zu stehlen.

Nun hat man ja ohnedies bei der Einteilung der Wahlkreise die Wünsche der bürgerlichen Parteien sorgfältig berücksichtigt. Man hat die große Gefahr der sozialdemokratischen Überschwemmung durch ein Mittel zu überwinden gesucht, das ja nicht schlecht erfunden ist. Man hat meilenweit alle Orte, wo ein paar Arbeiter sind, zusammengetan und die anderen Bezirke so von den Sozialisten gereinigt. (Heiterkeit.) Man sucht so einen Kordon um uns zu ziehen; und wenn wir, wie die bürgerlichen Parteien, diese Wahl-

reform nach der Zahl der Mandate beurteilen würden, die man uns da gibt, hätten wir gewiß schwere Einwendungen. Aber wir sind reiche Herren, uns gehört nämlich die Zukunft: wir können ein paar Mandate leichter verschmerzen als die anderen Parteien. Man mag an den Ziffern herumrechnen wie man will, man mag die Arbeiter hintun, wo man will, wirft man uns aus einem Wahlkreis hinaus, so sind wir eben im Nachbarwahlkreis. (Heiterkeit und Beifall.) Aus der Welt hinausrechnen kann man die industrielle Arbeiterschaft in Österreich nicht. Es war schwerer, proletarische Politik in Österreich zu machen, als wir kein Wahlrecht und keine politische Freiheit hatten, und wir haben sie nicht ohne Erfolg jahrzehntelang zu machen verstanden. Auch die Zwirnsfäden, die man uns über den Weg spannen will, werden uns wahrhaftig nicht behindern.

Man hat nun allerlei Rechnungen angestellt und sie als Argumente gegen die Wahlreform benützt. Da wagt man es, die sozialdemokratischen Abgeordneten von der Vertretung des deutschen Volkes abzurechnen. Die das sagen, wissen, daß sie lügen. (Beifall.) Die sozialdemokratischen Vertreter von Hunderttausenden deutschen Arbeitern sind ebenso gute, ja weit bessere Deutsche als die paar Großgrundbesitzer, diese Nutznießer dieses Privilegs, und die tschechischen sozialdemokratischen Abgeordneten sind Vertreter ihres Volkes weit mehr, als es die Palffy*) und Sylva-Tarouca*) sind. Im Parlament des gleichen Wahlrechtes werden diese nationalen Lügen keinen Platz mehr haben, wird der Mißbrauch nationaler Interessen zu egoistischen Zwecken einzelner Klassen und Personen ausgeschaltet sein. Aber in ernsten nationalen Fragen werden die Vertreter der Arbeiter jeder zu seinem Volke stehen, besser als die Herren Privilegierten. (Lebhafter Beifall.)

Ich verstehe es sehr wohl, wenn die Grafen, die zu nobel oder zu unfähig sind, in ehrlicher Wahl ein Mandat zu suchen, gegen die Wahlreform intrigieren. Wenn auch die meisten von ihnen sich im Parlament nicht allzusehr anstrengen, es ist ja doch ein ganz angenehmes Klublokal für sie (Heiterkeit), und diese Art geschäftigen Müßigganges scheint ihnen sehr wohl zu behagen, ganz abgesehen von den Vorteilen, die sie und ihre Klasse sonst davon ziehen. Aber ich muß gestehen, daß ich viele unserer bürgerlichen Abgeordneten doch höher eingeschätzt habe. Eine große Zahl von Abgeordneten, das muß zugestanden werden, hat sich mit der Wahlreform rasch abgefunden; aber andere wehren sich noch immer mit Händen und Füßen dagegen. Diese Leute scheinen es gar nicht zu begreifen, daß ihnen allen die Wahlreform eine Rangserhöhung bringt. Die Wahlreform bedeutet für sie, daß sie aus erbärmlichen Privilegienpfründnern zu Volksvertretern avancieren, daß sie nicht nur aus der unwürdigen Abhängigkeit vom Großgrundbesitz befreit, sondern auch des peinlichen Gefühles ledig werden, Nutznießer des Unrechts zu sein, das an Millionen begangen

*) Zwei feudale Großgrundbesitzer aus Böhmen.

wird. Sie müßten geradezu vernagelt sein, wenn sie nicht begreifen, daß ihre Stellung eine andere sein wird, wenn sie nicht mehr ihre Mandate aus dem Unrecht eines Privilegs, sondern von der Masse des Volkes empfangen. Ich will diese Abgeordneten natürlich nicht auf eine Linie mit den paar Leuten stellen, die sich während der Rede des Ministerpräsidenten austobten — das war nur der Schwachsinn, der einen Tobsuchtsanfall bekam.

Der Redner bespricht dann das Gesetz über die Freiheit der Wahl und die geplante Abänderung der Geschäftsordnung — beides Gesetze, deren Verbindung mit der Wahlreform bedenklich ist — und fährt dann fort: In den nächsten Monaten wird sich im Wahlreformausschuß ein Markt für das Mandatsgeschäft etablieren, wo das Makeln noch lange nicht das Schlimmste ist. Aber da werden Leute lauern, um eine augenblickliche Schwierigkeit zu benützen, um die ganze Reform zu vereiteln, und man wird sich da auf schwere Kämpfe gefaßt machen müssen. Ich hoffe, daß die Regierung — und auf sie kommt es in diesem Augenblick hauptsächlich an — einen kühlen Kopf und guten Mut behalten wird. Es ist für uns Sozialdemokraten eine etwas ungewohnte Rolle, einer österreichischen Regierung Mut zuzusprechen (Heiterkeit), aber wir wären Toren und wir wären Verbrecher an der Arbeiterschaft, wenn wir nicht eine Regierung, die ihr Schicksal mit dem der Wahlreform identifiziert, so lange stützen würden, als sie ihrer Aufgabe treu bleibt (lebhafter Beifall), unbekümmert um alberne Vorwürfe, die man deshalb gegen uns erhebt. Das ist der Unterschied zwischen uns und den anderen, daß sie Regierungspartei sind, wenn die Regierungen Verbrechen an den Völkern begehen, und daß wir als Partei die Regierung stützen, wenn sie zum erstenmal dem Volke sein Recht gibt. Wenn wir „Regierungspartei" sind (Heiterkeit), kann man sich darauf verlassen, daß wir eine Regierung haben, die — auch in Österreich kann einmal das Unmögliche möglich werden — auf dem Wege des Rechtes und der Freiheit wandelt.

Die Einbringung der Wahlreform, der nichts anderes folgen kann als ihre Durchsetzung, ist der Beginn einer neuen Ära für die Völker Österreichs, ist der Beginn einer neuen Zeit für das kämpfende Proletariat, das seine wichtigste Forderung, seine erste Bedingung für jede politische, wirtschaftliche und kulturelle Arbeit nun endlich verwirklicht sieht, das nun daran ist, die Frucht einer jahrzehntelangen opfervollen Arbeit zu ernten und daß diese Frucht uns nicht geraubt, nicht verdorben werde, dafür sind Sie, die Arbeiter Österreichs, da. (Stürmischer Beifall.) Ich weiß, daß, so ruhig und gefaßt wir alle heute den Ereignissen zusehen können, die Arbeiter von ganz Österreich sich erheben würden mit einer Leidenschaft, die vor nichts zurückschreckt, in dem Moment, wo diese Vorlage ernstlich gefährdet wäre. Wir Abgeordneten werden unsere Pflicht erfüllen, die Gesetzwerdung der Wahlreform zu beschleunigen, wissend, daß, wenn es notwendig werden sollte, Sie mit Ihrer ganzen Kraft einsetzen werden, um eine Verschleppung zu verhindern. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Die Schicksalsstunde Österreichs.

Erste Lesung der Wahlreform, 9. März 1906*).

Meine Herren! Ich will offen gestehen, daß ich nicht ohne eine gewisse Ergriffenheit in diesem Moment das Wort im österreichischen Parlament nehme, weil mir bewußt ist, **daß das Parlament in eine Schicksalsstunde für Österreich eingetreten ist** und weil ich das Bewußtsein habe, daß wir endlich vor uns die Regierungvorlage

*) Am 23. Februar hatte Baron Gautsch in einer eigens zu diesem Zwecke einberufenen Sitzung des Abgeordnetenhauses seinen Wahlreformentwurf vorgelegt, der den Völkern Österreichs das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bringen sollte und er erfüllte damit das Versprechen, das er am Tage der Parlamentseröffnung — am 28. November — angesichts der Viertelmillion demonstrierender Arbeiter gegeben hatte. Unter dem Beifall der sozialdemokratischen Abgeordneten und der Galerie charakterisierte der Ministerpräsident seine Vorlage mit folgendem Satze: „Die Vorlage beruht auf dem Grundgedanken der Beseitigung aller Wahlvorrechte und jedes Zensus.“ Aus der einleitenden Rede des Ministerpräsidenten — die im Hause großen Eindruck machte und nur von ein paar alldeutschen Narren gestört wurde — sei folgende auf die Sozialdemokratie bezügliche Stelle hervorgehoben. Nachdem Gautsch die Wirkung der Obstruktion im österreichischen Parlament geschildert hat, fährt er fort: „Die Wahlreform entsprang der Notwendigkeit, das Parlament auf eine festere Grundlage zu stellen als bisher. Wenn aber stets von neuem vorgebracht wird, den eigentlichen Vorteil werden doch die Sozialdemokraten davontragen, so erwidere ich darauf folgendes: Will man die Sozialdemokratie ernstlich mit Aussicht auf Erfolg bekämpfen, so muß man ihr die wirksamste Waffe entwinden, und diese ist die Anklage gegen den Staat, daß den minderbemittelten Klassen die Rechte verkürzt, daß andere Klassen aber mit Vorrechten ausgestattet werden. Darin liegt eine nicht zu unterschätzende Kraft der sozialdemokratischen Propaganda. Hat sie diese Waffe nicht mehr, dann kann der Kampf gegen sie, wenn die Pflicht ihn uns auferlegen sollte, vom Boden des gleichen Rechtes aus viel erfolgreicher geführt werden. Ich habe eine zu hohe Meinung vom Werte der staatserhaltenden Kräfte, um anzunehmen, sie bedürften zu ihrer Behauptung des künstlichen Schutzes durch besondere Vorrechte.“ Und seine Rede schloß der Minister mit der Erklärung, daß die große Reform unabwendbar sei. Selbst wenn es gelingen sollte, ihn zu stürzen, werde man die Wahlreform nicht zu Falle bringen; „Personen gehen, aber Ideen bleiben. Mein Sturz ist nicht der Sturz der Wahlreform.“

Die Vorlagen der Regierung umfaßten folgende fünf Gesetzentwürfe: 1. Abänderung des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung. 2. Reichsratswahlordnung. 3. Änderung der Bestimmungen über die Immunität der Abgeordneten. 4. Änderung der Geschäftsordnung des Reichsrats. 5. Strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Wahlfreiheit.

Das neue Grundgesetz über die Reichsvertretung enthielt die wesentlichen Bestimmungen: die Beseitigung der Kurien und das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht; es konnte als Verfassungsgesetz nur mit Zweidrittel-Mehrheit in Anwesenheit von mindestens 213 Abgeordneten beschlossen werden. Das Wahlrecht sollte nun jeder österreichische Staatsbürger haben, der das 24. Jahr vollstreckt hat und in der Gemeinde seit mindestens einem Jahre seinen Wohnsitz hat. Außerdem bestimmte das Grundgesetz die Zahl der Mandate, die auf die einzelnen Länder

haben, die das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht bringt, jenes Recht, für das die Völker Österreichs **seit Jahrzehnten kämpfen, für das die Arbeiterschaft schwere und blutige Kämpfe geführt hat.**

Ich weiß sehr gut, wir sind **nicht am Ende des Kampfes;** wir sind aber, dem werden Sie sich alle nicht verschließen können, am

entfallen; insgesamt sind es 455. Das geltende Grundgesetz setzte die Zahl der Abgeordneten mit 425 fest, von denen 85 vom Großgrundbesitz, 21 von den Handelskammern, 117 von den Städten, 130 von den Landgemeinden und 72 von der allgemeinen Kurie gewählt werden. In den Kurien der Städte und Landgemeinden galt ein Zensus von 8 Kronen, in der allgemeinen Kurie bestand das allgemeine Wahlrecht mit sechsmonatiger Seßhaftigkeit (es wählten auch die Wähler der anderen Kurien mit).

Am schwierigsten war für die Regierung die Schaffung der Reichsratswahlordnung und namentlich die Einteilung der Wahlkreise. Hier stießen nämlich die Interessen der einzelnen Parteien und Nationen aneinander. Mit dem Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes hatten sich die Abgeordneten allmählich abgefunden. Aber eine Aufteilung der Wahlkreise nach der Bevölkerung hätte bedeutet, daß die Deutschen etwa 40 Mandate verloren hätten, eine solche Wahlreform war nicht durchzubringen. So einigte man sich auf das Kompromiß, daß auch die Steuerkraft der Länder berücksichtigt werden solle, daß also die östlichen Länder zugunsten der westlichen benachteiligt werden. So sollte ermöglicht werden, daß das Verhältnis der Nationen im Parlament nicht allzu stark verschoben werden mußte. Nach der Vorlage der Regierung erhielten die Deutschen wie bisher 205 Mandate, die Slawen (Tschechen, Polen, Ruthenen, Slowenen, Serben und Kroaten) erhielten zwar nicht die ihnen nach der Bevölkerungszahl gebührende Anzahl von Mandaten, aber immerhin eine Vermehrung um 30 Mandate, außer den bisher dem konservativen Großgrundbesitz gehörenden Mandaten. Aber dieses Verlangen nach „gerechter" nationaler Verteilung der Mandate war ja nur der ideologische Aufputz für das Verlangen jeder Partei und jedes Abgeordneten nach Sicherung ihrer Mandate. Da war nun von vornherein sicher, daß für die überwiegende Mehrzahl der bisherigen Abgeordneten des Großgrundbesitzes unter dem allgemeinen Wahlrecht keine Mandate zu haben sein würden. Sie fühlten sich auch nicht stark genug, sich ihre Mandate, die sie bisher von ihren Standesgenossen geschenkt bekamen, im Wahlkampf zu erstreiten, und sie suchten darum die bürgerlichen Abgeordneten mit der nationalen Phrase zu verhetzen. Namentlich die sogenannten „verfassungstreuen" Großgrundbesitzer hatten plötzlich ihr Herz als deutsche Männer entdeckt und sie schreckten die bürgerlichen Deutschen mit der Gefahr einer slawischen Majorität. Willige Hörer fanden sie dabei unter den fortschrittlichen Abgeordneten aus Deutschböhmen, die im nordböhmischen Industriegebiet nicht allzu viele Mandate vor den Sozialdemokraten retten zu können hofften. Allerdings, die Masse der bürgerlichen Abgeordneten nicht nur unter den Deutschen hatte Herr v. Gautsch für die Wahlreform dadurch gewonnen, daß er jedem einzelnen seinen Wahlkreis zurechtschnitt. Jeder Abgeordnete legte dem Minister sein Begehren vor und für jeden tat der Minister, was er für ihn tun konnte. Natürlich hatten die meisten Bürgerlichen die größte Angst vor den Sozialdemokraten und ihre Hauptfrage war überall, die Arbeiter loszuwerden. In manchen Gegenden war es für die Bürgerlichen besser, wenn die Städte von den Landgemeinden getrennt wählten — dort nämlich, wo die Arbeiter in den Vor-

Anfang vom Ende, **wir sind direkt vor der Erfüllung des Rechtes.** Denn das, was Sie von den Gegnern der Regierungsvorlage, was Sie an Angriffen verschiedenster Art, an philosophischen, historischen, an tiefen politischen Erörterungen hier gehört haben, waren, darüber geben Sie sich doch keiner Täuschung hin, **Rückzugsgefechte** und vielfach nicht mit dem Bewußtsein, daß sie

---

orten wohnen —, also wurde dieses „Prinzip" eingeführt. Zwei Stunden entfernt war aber eine Stadt, wo die Vororte bereits eingemeindet wurden; also wurden einige Bauerngemeinden dazugeschlagen. Meist aber suchte man die bürgerlichen Wahlbezirke sozialistenrein zu erhalten und die Arbeiterorte zusammenzustecken.

Geradezu klassisch wurde dies in Niederösterreich durchgeführt. So wurden die 27 Mandate, die das flache Land (Wien selbst hat 28 Mandate) erhält, so aufgeteilt, daß jeder Ort, in dem auch nur eine größere Fabrik ist, ausgeschieden und mit anderen „Industrialorten" zusammen zu einem Wahlkreis vereinigt wurde; Städte, die ohne Industrie sind, wählten dagegen mit kleinen Dörfern zusammen. So erzielte man sechs Industriekreise, die die Christlichsozialen den Sozialdemokraten überlassen wollten, während sie die anderen 21 Wahlkreise arbeiterrein gemacht hatten. So wurden in ganz Österreich die Wahlkreise direkt gegen die Sozialdemokraten gemacht; es wurde aber dadurch wieder erzielt, daß eine beträchtliche Zahl von sicheren sozialdemokratischen Wahlkreisen zustande kam.

Die Wahlkreise wurden meist national geteilt. Das war in Böhmen nicht schwer, wo Deutsche und Tschechen in der Regel meist gesondert wohnen. Aber in Mähren und Ostgalizien wohnen zwei Nationen — dort Deutsche und Tschechen, hier Polen und Ruthenen durcheinander gemischt. Dieser Schwierigkeit begegnete man in Mähren durch den „nationalen Kataster" — ganz Mähren wurde in 27 tschechische und dann nochmals in 17 deutsche Wahlkreise zerlegt, wobei jeder Wähler nur in dem Wahlkreis wählte, zu dessen Nationalität er gehörte — in Galizien dadurch, daß man je zwei ländliche Bezirke zusammenlegte und für gewählt nicht nur den Majoritätskandidaten erklärte, sondern auch den Minoritätskandidaten, wenn er mindestens ein Drittel aller abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Das sind die Prinzipien des Wahlrechtes. Mit diesen Wahlgesetzen hatte aber die Regierung noch drei andere Gesetze verbunden, die den Einfluß der Regierung im neuen Parlament stärken sollten. Das Immunitätsgesetz setzte fest, daß die Verjährung der strafbaren Handlungen während der Dauer der Tagung nicht mehr, wie vorher, weiter laufen, sondern in dieser Zeit ruhen sollte. Dadurch sollte ermöglicht werden, daß die Abgeordneten für politische Delikte auch dann bestraft werden könnten, wenn das Haus sie nicht auslieferte. Dann sollte die Geschäftsordnung des Hauses dahin abgeändert werden, daß drei Tage in der Woche für Regierungsvorlagen vorbehalten blieben und daß Abgeordnete für grobe Ordnungswidrigkeiten bis zu acht Tagen ausgeschlossen werden könnten. Das Gesetz zum Schutze der Wahlfreiheit bestrafte unter anderem die Sprengung von Versammlungen während der Wahlbewegung; es war ein Kautschukgesetz, das über Verlangen der Wiener Christlichsozialen geschaffen wurde. (Das Immunitätsgesetz und die Geschäftsordnung mußte die Regierung dann aber fallen lassen.)

Die Wahlreform des Herrn v. Gautsch war ein wirklicher Erfolg der Arbeiterschaft, wenn dieser auch sehr schwere Opfer auferlegt wurden, wozu in erster Linie das Erfordernis der einjährigen Seßhaftigkeit

irgendwie aussichtsvoll sein können. Meine Herren! Wir begrüßen die Regierungsvorlage als eine Vorlage, die im großen die Erfüllung des Rechtes des Volkes bringt, obwohl wir in der Wahlreform des Ministeriums **durchaus nicht ein ideales, unserem Programm entsprechendes Werk** sehen. Die Forderungen des Volkes werden damit lange nicht erfüllt und wir können durchaus nicht

---

und die vielfach ungünstige Zusammensetzung der Wahlkreise gehörten. In einer Versammlung der sozialdemokratischen Vertrauensmänner, die am Tage der Einbringung stattfand, wurde die Vorlage akzeptiert, zugleich aber die Fraktion beauftragt, im Hause und im Wahlreformausschuß für die Beseitigung der vielen arbeiterfeindlichen Bestimmungen mit aller Kraft zu arbeiten. Immerhin kostete es noch manche Anstrengung, die Vorlage zwischen dem offenen Widerstand und den Ränken der Wahlreformfeinde hindurch zu einem glücklichen Ende zu führen. Daß auf Grund der alten Wahlordnung nicht mehr gewählt werden würde, darüber bestand kein Zweifel mehr.

Am 7. März begann die erste Lesung. Als erster Redner sprach der Minister des Innern Graf Bylandt-Rheidt, nach ihm Dr. Karl v. Grabmayr, ein Tiroler Advokat und Großgrundbesitzer. Er kam mit nationalen Besorgnissen. Er verlangte „als Deutscher und als Freisinniger" ein abgestuftes Wahlrecht, wobei er sich allerdings sorgfältig hütete, zu sagen, wie er sich das vorstelle. Auf die Zwischenrufe der sozialdemokratischen Abgeordneten erwiderte er, darüber solle sich die Regierung den Kopf zerbrechen. Seine Verbeugung vor dem allgemeinen Wahlrecht machte er, indem er erklärte, dieses werde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden und mit dem Rufe schloß: „Die Gautsch'sche Wahlreform ist tot! Es lebe die Wahlreform!" In der dritten Sitzung kam Adler zu Wort. Unmittelbar vor ihm hatte Graf Erich Sylva-Tarouca, ein feudaler Großgrundbesitzer aus Böhmen, gegen die Wahlreform gesprochen. Nach ihm sprach Graf Adalbert Sternberg, der aus den Nachtlokalen bekannte Graf, dessen Krawalle nicht ernst genommen wurden.

Zum näheren Verständnis namentlich der Bemerkungen Adlers über die nationale Aufteilung der Mandate sei außer den allgemeinen bisherigen Bemerkungen folgendes angeführt:

Seitdem am 20. Dezember die Pforten des Abgeordnetenhauses geschlossen wurden, waren die Hallen des Ministeriums für die Herren Abgeordneten weit geöffnet. Es hatte sich dort ein förmlicher Markt gebildet, wo um Mandate und Wahlkreise geschachert wurde. Die bürgerlichen Parteien hatten sich mit der Tatsache, daß das allgemeine Wahlrecht kommen müsse, bereits abgefunden und suchten nur noch durch eine künstliche Zusammenstellung der Wahlkreise eine möglichst große Zahl von Mandaten für sich herauszuschlagen.

Dabei handelte es sich naturgemäß sehr oft um persönliche und parteipolitische Interessen der bürgerlichen Abgeordneten — jeder schaute, wie er für sich und für seine Partei „gute" Wahlkreise erzielte —, aber immerhin ließ sich bei den komplizierten nationalen Verhältnissen Österreichs diesen Verhandlungen im Ministerium eine gewisse Berechtigung nicht absprechen. Die Nationen wohnten nicht gesondert nebeneinander, sondern vielfach durcheinander gemischt, so daß man nur schwer eine nationale Majorisierung vermeiden konnte. Dann waren die Nationen in ihrer sozialen Struktur und in ihrer kulturellen Entwicklung so verschieden — man vergleiche nur die Deutschen etwa mit den Ruthenen, die fast durchweg Kleinbauern waren, vielfach Analphabeten und damals noch nicht ein-

sagen, hier ist voll gewährt, was das Recht des Volkes ist und das Programm unserer Partei.

Wir verlangen das gleiche Wahlrecht für jeden Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts vom zwanzigsten Lebensjahr an. Sie werden mir einwenden, wir werden erst mit dem 24. Lebensjahr mündig. Aber, meine Herren, die arbeitende Masse des Volkes, die

mal über eine Mittelschule verfügten —, daß auch da mit großer Vorsicht vorgegangen werden mußte und schließlich, was das wichtigste war, waren die Nationen nach der bisherigen Wahlordnung so ungleich bedacht, daß das Ministerium, wenn es die parlamentarische Erledigung der Wahlreform nicht gefährden wollte, wesentliche Verschiebungen in der nationalen Struktur des Parlaments unterlassen mußte. Folgende Tabelle, die das Verhältnis der nationalen Gruppierung in der Bevölkerung zu der im Kurienparlament aufzeigt, mag das illustrieren:

	Bevölkerungszahl absolut	Bevölkerungszahl in Prozent	Zahl der Abgeordneten absolut	Zahl der Abgeordneten in Prozent
Deutsche	9,170.939	35˙78	205	48˙23
Tschechen	5,955.397	23˙24	88	20˙70
Polen	4,259.152	16˙62	73	17˙18
Ruthenen	3,375.576	13˙17	9	2˙12
Slowenen	1,192.780	4˙71	15	3˙53
Italiener	727.102	2˙84	18	4˙23
Kroaten	711.380	2˙73	12	2˙83
Rumänen	230.903	0˙88	5	1˙18

Daraus ergibt sich, daß durch das bestehende Wahlrecht die Deutschen wesentlich bevorzugt waren: sie bildeten in der Bevölkerung nur etwas mehr als ein Drittel, im Parlament aber nahezu die Hälfte. Diese Bevorzugung der Deutschen wurde aber dadurch wettgemacht, daß bei den Deutschen die soziale Differenzierung am weitesten vorgeschritten war, was wieder eine starke Zersplitterung in Parteien zur Folge hatte. Es gab im Parlament folgende deutsche Parteien: Deutsche Fortschrittspartei, Deutsche Volkspartei, Alldeutsche, Deutsche Bauernpartei, Zentrumsklub (Klerikale), Verfassungstreue Großgrundbesitzer, Christlichsoziale und Sozialdemokraten, also acht Parteien von den insgesamt 19 Parteien des Parlaments, wozu noch kommt, daß 25 Deutsche außerhalb jedes Parteienverbandes als sogenannte „Wilde" standen. Die anderen Nationen waren meist ohne Unterschied in einem Klub vereinigt. So umfaßte der Polenklub sämtliche polnische Abgeordnete mit Ausnahme zweier „Wilder" und eines Sozialdemokraten. Das hatte die Bedeutung, daß bei den Deutschen nur dort, wo es sich wirklich um große nationale Interessen handelte, die ganze Kraft der parlamentarischen Vertretung in das Gewicht fiel, was bei den landläufigen nationalen Streitigkeiten, Errichtung von Schulen, Ernennung von Beamten und dergleichen, nicht der Fall war.

Wäre nun das allgemeine, gleiche Wahlrecht so eingeführt worden, daß Österreich in lauter gleiche Wahlkreise geteilt würde, so wären nicht nur zahlreiche deutsche Minoritäten im tschechischen Sprachgebiet vollständig nullifiziert worden, sondern es wäre auch im deutschen Gebiet das deutsche Bürgertum um den größten Teil seiner parlamentarischen Vertretung gebracht worden. Die Deutschen hätten nicht nur statt 205 Abgeordnete deren bloß 153 erlangt, also 52 Mandate verloren, die nationalen Parteien unter den Deutschen hätten auch viel mehr als die der anderen Nationen an die Sozialdemokraten abgeben müssen. Wenn man noch berücksichtigt, daß bloß bei den Deutschen die Klerikalen eine eigene Partei bildeten, bei allen

wird früher mündig und sie stirbt früher. (Zustimmung.) Für sie drängt sich das Leben zusammen in eine ganz kurze Zeit, für sie drängt sich Reife und Absterben in die Zeit zwischen dem Jünglingsalter mit 17 und 18 Jahren und dem 35. Jahre; mit 35 Jahren sind die Proletarier alte Menschen und mit 40 Jahren ist die Mehrzahl von ihnen gestorben. (Zustimmung.) Mit 35 Jahren ist der Mann für

---

anderen Nationen — zum größten Teil selbst bei den Tschechen — den nationalen Verbänden angehörten, wären die nationalen Deutschen im Parlament einfach zur Bedeutungslosigkeit verurteilt worden. Das bedeutete, daß die deutschbürgerlichen Parteien der Wahlreform verzweifelten Widerstand entgegenbringen und sie im Verein mit den anderen Wahlrechtsfeinden unmöglich machen mußten.

Das haben nun auch die vernünftigeren Tschechen eingesehen, die es mit einer Wahlreform ernst meinten und so hatte einer der Tschechenführer, der Abgeordnete Dr. Kramarsch, auf Grund eines Vorschlages, den A. Friedrich (Pseudonym für den Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung" Friedrich Austerlitz, der die eigentliche taktische Kraft im Wahlrechtskampf war) in Pernerstorfers „Deutschen Worten" gemacht hatte, den Deutschen gleich in der ersten Wahlrechtsdebatte im Parlament ein Kompromiß angeboten. Es sollte bei der Einteilung der Wahlkreise nicht nur die Bevölkerungszahl, sondern auch die Steuerleistung berücksichtigt werden. Das hatte die Bedeutung, daß die Tschechen — nach den Deutschen die steuerkräftigste Nation Österreichs — die volle Zahl ihrer Mandate erhielten, daß aber die Mandatszahl der Deutschen auf Kosten der anderen Nationen — oder richtiger gesagt, auf Kosten keiner einzigen Nation — erhöht werden konnte. Denn verkürzt werden sollten dadurch nur die den Osten Österreichs, Galizien, bewohnenden Nationen werden, die unter dem Drucke der polnischen Schlachta (des Adels) seufzten. In diesem unglücklichen Lande hatte der polnische Adel die Herrschaft an sich gerissen, so daß nicht nur der überwiegende Teil der polnischen Mandate in seinen Händen war, sondern auch der größte Teil der ruthenischen Mandate. Obzwar die Ruthenen nahezu die Hälfte der galizischen Bevölkerung bildeten, verfügten sie in diesem Lande nur über 6 von den 78 Mandaten (außerdem hatten sie in der Bukowina 3 Mandate), die übrigen Mandate wurden ihnen jedesmal durch schamlose Wahlerpressung geraubt. Das arme ruthenische Volk war, wie heute, wehrlos gegen die polnische Schlachta. Auch bei gleichem Wahlrecht hätten die Ruthenen nicht die ihnen gebührenden 55 Mandate erhalten, sondern es wäre ihnen der größte Teil von der polnischen Schlachta gestohlen worden, wodurch also die Polen mehr Mandate erhalten hätten, als ihrer Bevölkerungszahl entsprach. So wurde das Angebot des Abgeordneten Kramarsch möglich und von allen polnischen Volksparteien akzeptiert, trotz dem Widerstand der Schlachta.

Nun wurde im Ministerium über die Zahl der Mandate jeder Nation verhandelt und über die damit in Zusammenhang stehende Einteilung der Wahlkreise. Um die Zahl der Deutschen nicht vermindern zu müssen, erhöhte die Regierung die Zahl der Mandate von 425 zuerst auf etwa 455, um mit diesen 30 neuen Mandaten die Tschechen und die Ruthenen zu befriedigen. Natürlich ging das nicht so glatt, da die Deutschen wieder über eine Gefährdung ihrer nationalen Interessen schrien. Aber wenn Herr v. Gautsch noch irgendwelchem deutschen Führer durch eine kunstvolle Wahlgeometrie sein Mandat sicherte, mußte auch dieser Widerstand allmählich nachlassen.

Sie zu alt, da wird er für Sie als Unternehmer unbrauchbar. Wenn der Mann mit 35 Jahren anfängt, unbrauchbar zu werden, und wenn er politisch erst brauchbar wird mit 24 Jahren, obwohl er für die Fabrik sowohl wie vor allem für das Militär schon früher brauchbar geworden ist, dann werden Sie zugeben, daß die Zeit sehr kurz ist und daß wir es bezeichnen können als eine Verkürzung des Rechtes, wenn man den vier Altersklassen des Proletariats — jede ungefähr eine Viertelmillion Menschen betragend — die Mitbestimmung über die Politik entzogen hat. Die Besitzenden befinden sich mit 20 Jahren noch im Stadium der Studien, der Arbeiter aber ist mit 20 Jahren reif, er kennt das Leben in seiner Tiefe so, wie die Mitglieder der besitzenden Klassen es oft auch später nie kennenlernen. Trotzdem — ich möchte es nur streifen — gibt es auch in diesem Hause Herren, denen die 24 Jahre noch zu wenig sind, und ein Mitglied der christlichsozialen Partei, die sich jetzt mit anerkennenswertem Eifer für die Vorlage einsetzt, Herr Dr. Pattai, hat vor ganz kurzer Zeit in einer Versammlung in Wien erklärt, sein Ideal wäre der Beginn des Wahlrechtes mit dem 30. Lebensjahr.

Ich will darüber kein Wort mehr verlieren und ich wende mich einem zweiten Mangel zu. Wir beantragen hier nicht und wir werden darauf verzichten, es zu beantragen, daß den Frauen das Wahlrecht gegeben werde. Wir werden darauf verzichten, weil wir wissen, daß es in diesem Parlament aussichtslos ist; weil wir wissen, daß wir diesen Kampf um das Wahlrecht der Männer nur erschweren würden, wenn wir heute diese Forderung aufstellten. Aber Sie werden mir zugeben, meine Herren, daß, wenn wir auch heute darüber hinweggehen müssen, das nicht ein Zeichen der politischen Einsicht dieses Parlaments, sondern ein Zeichen der Rückständigkeit dieses Landes ist. In anderen Ländern ist die Frage des Frauenwahlrechtes längst spruchreif, in manchen ist sie gelöst worden und in vielen Ländern wird sie demnächst gelöst werden. Aber selbstverständlich ist für uns, daß das allgemeine Wahlrecht so lange nicht erreicht ist, solange der Hälfte der Bürger — und die Frauen sind Bürger, die ebenso Lasten tragen und schwerere Lasten als die Männer — nicht ihr Recht gegeben ist.

Wenn ich aber bis jetzt nur Mängel besprochen habe, die — ich möchte sagen — mit der zurückgebliebenen Kultur unseres Landes zusammenhängen, so komme ich nun zu einem Mangel

---

Von dieser Seite drohte also der Wahlreform keine ernste Gefahr; wohl aber von anderer Seite. Die tückischesten Arbeiterfeinde, die Christlichsozialen, verlangten nämlich, daß das Wahlrecht von einer zweijährigen Seßhaftigkeit im Wahlort abhängig gemacht würde, das heißt daß Zehntausende von Arbeitern, namentlich in Wien, das Wahlrecht verloren hätten; und diese Forderung wurde von allen offenen und geheimen Wahlreformfeinden unterstützt. Diese zweijährige Seßhaftigkeit wäre, das hat Dr. Adler im Parlament offen ausgesprochen, für die Arbeiterschaft ein Kriegsfall gewesen, das heißt sie würde die sofortige Proklamierung des Generalstreiks zur Folge gehabt haben. Das wußte auch die Regierung und deshalb setzte sie die Seßhaftigkeit wenigstens auf ein Jahr herab.

dieser Vorlage, der ein schwerer ist, weil er auch diesem Lande nicht mehr angemessen ist.

Nach der Vorlage soll gleichgestellt werden den Frauen, gleichgestellt werden den Kranken, gleichgestellt werden den Verbrechern jeder Mann, der nicht ein volles Jahr in der Gemeinde seines Wohnsitzes gewohnt hat. Die Seßhaftigkeit, die als Bedingung des Wahlrechtes fixiert wird, setzt tatsächlich diese Menschen, **die durch ihren Beruf, durch die ökonomischen Verhältnisse gezwungen sind, ihren Wohnort zu verlassen, die durch die wirtschaftliche Maschine gezwungen sind, außerhalb ihres Wohnortes Arbeit zu suchen, den Verbrechern und den Wahnsinnigen gleich,** die Arbeiter werden politisch tot gemacht, es wird ihnen das Wahlrecht entzogen.

Und was hören wir als Vorwand dafür? „Nationale Interessen" wird gesagt, und Herr Dr. Weiskirchner, der gestern hier für das Wahlrecht überhaupt in einer einwandfreien Rede eingetreten ist, hat in diesem Punkte durchaus nichts von jener — gestatten Sie das Wort — beschränkten Engherzigkeit und Unaufrichtigkeit nachgelassen, auf der seine Partei in diesem Punkte seit jeher steht.

Wir haben heute die sechsmonatliche Seßhaftigkeit, aber Deutschland und die meisten anderen Länder kennen diese Bedingung nicht. Die juristische Begründung, daß ein Mann, wenn er in seinen Interessen mit der Gemeinde nicht verknüpft ist, sein politisches Recht verlieren soll, paßt vielleicht auf das Gemeindewahlrecht, aber für das politische Wahlrecht ist sie **einfach absurd.** Es wird uns gesagt: Wir lassen ja mit uns reden, wir lassen mit uns für die Heimatberechtigten reden. Gerade der Herr Dr. Weiskirchner, der doch diese Dinge sehr genau kennt, weiß sehr wohl, wie wenig damit gesagt ist. Das Ziffernverhältnis stellt sich ungefähr folgendermaßen: Durch die einjährige Seßhaftigkeit werden um ihr Wahlrecht im Durchschnitt in Österreich — und der Wiener Durchschnitt weicht davon nur etwas, aber nicht allzuviel ab — zwischen 5 und 6 Prozent gebracht; sechs Personen von hundert wird das Wahlrecht unter dem Vorwand genommen, daß sie nicht ein Jahr am Orte gelebt haben. Diese 6 Prozent verteilen sich aber ganz eigentümlich. Schlagen Sie die statistischen Tabellen nach — ich werde Sie hier nicht mit Ziffern behelligen, aber Sie können es mir glauben —, diese 6 Prozent erhöhen sich **für die Altersstufe von 24 bis 30 Jahren bis über 10 Prozent.** Was bedeutet das? Das bedeutet, daß die Seßhaftigkeit wieder auf der Arbeiterklasse, und zwar nicht nur aus Gründen ihrer ökonomischen Lage, sondern auch aus dem Grunde der mit der ökonomischen Lage zusammenhängenden Altersverteilung am meisten lastet. Und wenn wir hören, daß die christlichsoziale Partei geneigt wäre, einerseits Konzessionen zu machen, andererseits aber noch immer unzufrieden ist; wenn wir hören und wenn der Herr Dr. Weiskirchner sich darauf berufen hat, daß die Versammlung im Rathause allerdings eine fünfjährige Seßhaftigkeit, aber nur für diejenigen, die nicht in ihrem Heimatsort wohnen, verlangt hat, so wissen die Herren ganz genau, was das für Wien, was das für Niederösterreich bedeutet.

Sie wissen ja, daß von den rund anderthalb Millionen Inländern diejenigen, die in Wien wohnen und in Wien heimatberechtigt sind, durch die neuen Aufnahmen vielleicht annähernd 700.000 betragen; früher waren es 636.000. Wie wenige davon aber Ausländer und Fremde sind, das geht daraus hervor, daß in Niederösterreich selbst weitere 200.000 heimatberechtigt sind, die in Wien wohnen und denen das Wahlrecht, wenn sie nicht gerade ein volles Jahr in Wien waren, sondern dazwischen etwa in Mödling oder Liesing gearbeitet haben, entzogen wird unter dem Vorwand, daß sie mit den Interessen des Landes zu wenig vertraut sind. Nein, meine Herren, aus einer Verschärfung dieses Wahlrechtsraubes, wie die „Arbeiter-Zeitung" sagt und wie Herr Dr. Weiskirchner so gütig war, zu bemerken, und wie es die W a h r h e i t ist (Zustimmung), **aus einer Vermehrung dieses Wahlrechtsraubes wird nichts,** und wir werden **ernst kämpfen, um den Räubern ein Stück ihres Raubes wieder abnehmen zu können.** (Lebhafter Beifall.) Hier haben wir es doch wesentlich mit unseren feindlichen Nachbarn zu tun; keine andere Partei klammert sich so an die Bedingung der Seßhaftigkeit, und ich muß sagen, wenn Sie mir die Bemerkung gestatten, obwohl ich nicht Ihre Politik zu machen habe und dessen froh bin (Heiterkeit), es scheint mir doch in den Rahmen Ihrer in dieser Frage doch vernünftigen Politik, für das Wahlrecht einzutreten, nicht ganz zu passen, daß Sie **gar so hungrig** sind. Ich zweifle an Ihrer Aufrichtigkeit in der Frage der Wahlreform nicht einen Moment. Allein Sie profitieren bei dieser Wahlreform **so viel,** daß es Ihnen nicht darauf ankommen soll, daß in einem oder dem anderen Bezirk, wo wirklich das Resultat von ein paar Stimmen abhängen könnte, wirklich durch eine so odiose, Sie selbst und Ihre Volkskreise auch treffende Maßregel — Sie werden das schon spüren — den guten Eindruck verscherzen, den sonst Ihre allgemeine Haltung macht. Ich halte es nicht für klug, von Recht will ich zu Ihnen in dieser Sache nicht sprechen. Wir kommen darauf noch zurück, das ist das Philippi, bei dem wir beide uns finden werden, denn das dürfen Sie sich nicht einbilden, daß es sich bei der Arbeiterschaft in erster Linie um Mandate handelt, das sehen Sie aus der ganzen Behandlung der Frage; für uns handelt es sich **um das Recht der Arbeiter**, und einem Bruchteil der Arbeiter **unter ganz unwahren, selbst von Ihnen nicht geglaubten Vorwänden dieses Recht nehmen zu lassen, dazu werden wir uns nicht hergeben.**

Die Vorlagen haben noch allerhand Mängel und der größte Mangel in meinen Augen ist, daß die Wahlreform von einer Reihe von Gesetzentwürfen begleitet ist, die mit der Vorlage nicht zusammenhängen, und darunter einige, die man in diesem Zusammenhang nicht hätte einbringen dürfen. Es wurde ein Gesetz zum S c h u t z e d e r W a h l f r e i h e i t eingebracht. Niemand braucht die Wahlfreiheit mehr als die Arbeiterschaft, niemand fürchtet mehr ihre Verletzung und niemand wünscht mehr, daß sie gesichert sei. Aber wenn man die Wahlfreiheit sichern will, dann muß man sie nicht in einem eigenen Gesetz sichern, das ist nicht so wichtig, sichern muß man sie beim Wahlverfahren. (Zustimmung.)

Und die Wahltechnik, welche die Vorlage der Regierung bringt, hat eine Reihe von Mängeln, die ich jetzt in dieser Debatte nicht aufzählen will, die aber sehr schwerer Natur sind. Sie schließt sich an die alten Übelstände der Wahltechnik an und bringt einen neuen Übelstand hinein, der tatsächlich die ganze Vorlage unannehmbar machen würde, wenn er aufrecht bliebe, was ich allerdings für unmöglich halte. Ich will nicht von Wählerlisten, von Reklamationsfrist, von Kommissionen und dergleichen sprechen; aber daß es ein **geheimes Skrutinium** geben soll, daß nach der geschlossenen Stimmenabgabe sich die Wahlkommission allein zusammensetzt, um zu zählen, und die Wähler erst wieder hineinläßt, bis sie das Resultat herausgerechnet hat, **das kann es nicht geben.** Ich gestehe offen, daß, so hoch ich den Einfluß der Christlichsozialen auf die Vorlage einschätze, ich ihnen nicht zutraue, daß sie diesen Paragraphen hineingefügt haben. Denn dazu sind sie doch zu erfahren, und kennen uns zu gut, als daß sie nicht wüßten, daß eine solche Bestimmung von uns mit aller Kraft zurückgewiesen werden würde. Hier glaube ich jene Hand zu sehen, deren Eingreifen der Ministerpräsident v. Gautsch lobend erwähnt hat, das ist die lange Hand und die langen Finger des Statthalters von Galizien, der eine sehr merkwürdige Sorte von Proportionalwahlsystem da hineingebracht hat, und der, woran ich gar nicht zweifle, auch der Erfinder dieses geheimen Skrutiniums ist, **das so echt nach Galizien schmeckt** wie nur irgend etwas.

Sie haben auch eine Geschäftsordnung eingebracht, sie haben ein eigenes Gesetz zur Einschränkung der Immunität eingebracht und es gibt Herren und ganze Parteien in diesem Hause — ich fürchte, auch die Regierung ist nicht frei von dieser Illusion —, die sich von diesen Dingen sehr viel versprechen. Sie überschätzen das wirklich. Wir sind keine Freunde der Unordnung hier. Wir Sozialdemokraten wünschen durchaus, daß ein Parlament, w e n n w i r e r s t e i n e s h a b e n, selbstverständlich eine Geschäftsordnung habe, die ihm die pünktliche, stramme, vernünftige und expedite Erledigung der Geschäfte ermöglicht, und wo Sie solche Änderungen vorschlagen werden — wir werden nicht die letzten sein, die Vorschläge zu machen haben —, werden wir für solche Vorschläge immer zu haben sein. Wir sind auch keine Freunde des Spektakels hier. Aber die politische Leidenschaft ist es ja nicht, die zu fürchten ist. Zu fürchten sind die Ausbrüche von E x z e s s e n d e r F r i v o l i t ä t, zu fürchten noch mehr sind p a t h o l o g i s c h e E x z e s s e (Heiterkeit und Sehr gut!), die ja in anderen Gesellschaften, geschlossenen wie offenen, auch vorkommen. Aber allerdings so ohnmächtig ist gegen solche Exzesse keine Gesellschaft wie dieses hohe Haus. Das hängt jedoch nicht zusammen mit der schlechten Geschäftsordnung, sondern das ist ein Symptom des allgemeinen Zustandes dieses Hauses, dieser S c h w ä c h e, dieser elenden Schwäche, des Mangels an Selbstvertrauen in diesem Hause, des labilen Gleichgewichtes dieses Hauses, das ein Windstoß und wie erst ein lautes Wort oder eine Unart sofort stört. **Das Haus ist wehrlos**, aber es wird **nicht wehrhaft** und es wird nicht

gesichert dadurch, daß Sie Paragraphen machen, sondern es wird wehrhaft und seine Ordnung und die Möglichkeit, zu arbeiten, wird gesichert dadurch, daß Sie **aus dem Hause eine wirkliche Volksvertretung mit Selbstbewußtsein machen.** (Beifall.) Die Obstruktion, meine Herren, werden Sie durch keine Geschäftsordnung der Welt umbringen. (Abgeordneter **Malik:** Sehr gut! Ausgezeichnet! — Heiterkeit.) Freuen Sie sich nicht zu sehr, Herr M a l i k! Ich meine, daß Sie sich vielleicht zu früh freuen. Die Obstruktion unmöglich machen wollen, ist eine **reaktionäre Utopie,** die Utopie von Leuten, die in den Organismus des Hauses und in die Grundlagen des Bestandes einer Volksvertretung nicht gehörig eingedrungen sind. Aber die Überschätzung der Macht einer kleinen Zahl von Leuten, jede beliebige Gesellschaft zu stören, das ist keine reaktionäre Utopie, das ist vielmehr eine **sehr jugendliche Utopie** (Heiterkeit), die Utopie von Leuten, die nur die Kraft der Lungen zu schätzen wissen, die aber meinen, daß, weil sie hier in diesem Hause sich aufspielen können, dies auch in einer Volksvertretung möglich sein wird. Die Obstruktion als solche, wo sie notwendig ist, auszurotten, ist überhaupt unmöglich. Wo die Obstruktion auftritt, ist sie **das Symptom einer schweren Krankheit,** und das Symptom wegzuschaffen, ohne die Krankheit zu heilen, hat gar keinen Zweck. Wenn Sie die Obstruktion mechanisch hindern wollen, so würden Sie damit nur die S p r e n g u n g des Hauses bewirkt haben. Die Lähmung des Hauses aber ist das kleinere Übel, weil sie vorbeigeht; sie mit mechanischen Mitteln hindern zu wollen, ist ausgeschlossen. Über alle diese Dinge wird zu reden sein, ebenso wie über den Gesetzentwurf über die Wahlfreiheit und über die Immunität. Das Immunitätsgesetz macht auf mich ein wenig den Eindruck einer — wie soll ich sagen —, einer **impressionistischen Legislation,** einer so von Momenteindrücken abhängigen, die, weil sie gerade unangenehm berührt ist durch auch mir nicht sympathische, und keinem Menschen, der Geschmack hat, angenehme Dinge, glaubt, sofort mit einem Gesetz dreinschlagen zu sollen. Soweit die Immunitätsbestimmungen geändert werden sollen, um gegenüber der Immunität der Abgeordneten, die festzuhalten ist, **die Vogelfreiheit der privaten Ehre von Leuten außerhalb des Hauses zu beseitigen,** werden Sie uns an Ihrer Seite haben. Es haben unsere Vertreter mehrfach diese Begrenzung der Immunität hier urgiert. Wir sind nicht dafür, daß durch Vertagungen und Verschleppungen der Mann, der hier beleidigt wurde, ohne jede Möglichkeit bleibt, seine Ehre zu schützen. Aber alles das überlassen Sie ruhig dem Verfassungsausschuß. Denn darauf möchte ich in formeller Beziehung allerdings aufmerksam machen: Wenn die Regierung diese Vorlagen gemeinsam eingebracht hat, so soll das hoffentlich nicht bedeuten, daß sie sämtlich dem Wahlreformausschuß, der zu wählen sein wird, zugewiesen werden sollen. (Abgeordneter **Schuhmeier:** Es ist auch nirgends gesagt!) Ja, es ist nirgends gesagt, aber es scheint eine weit verbreitete, vielleicht nicht wohlüberlegte Absicht zu sein. Wenn Sie die Wahlreform und unsere Diskussionen hier schon damit erschweren, so wäre es ein schweres, vielleicht ein verhäng-

nisvolles Übel, wenn Sie auch noch den Wahlreformausschuß, der, das wissen Sie alle, schwere Arbeit zu tun haben wird, damit belasten wollten. Wir meinen, es wird darüber noch zu reden sein, daß die Vorlage über die Immunität dem Verfassungsausschuß zugewiesen werden soll, daß der Geschäftsordnungsausschuß in sein Recht treten soll bei der betreffenden Vorlage und daß die Vorlage über die Wahlfreiheit, wenn die Wahlreform in ihren technischen Bestimmungen feststeht, in den Justizausschuß gehört.

Aber, meine Herren, trotz aller dieser Mängel — und ihre Liste ist ja lange nicht erschöpft — erkläre ich Ihnen: Ja, die Sozialdemokraten begrüßen diese Wahlreformvorlage so wie sie ist. Wir unterscheiden uns da sehr von anderen Parteien, die auch über Mängel klagen. Was die wahren Freunde und die weniger wahrhaften Freunde der Wahlreform voneinander scheidet, ist etwa der Gebrauch des kleinen Wortes „aber". Wir sagen: Die Wahlreform erfüllt nicht alle unsere Wünsche, sie erfüllt lange nicht alles, was man braucht, aber wir müssen sie haben und sie muß angenommen werden. Jene Herren aber sagen: Wir wollen das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, wir waren bekanntlich immer dafür — es gibt keine Partei in diesem Hause, die nicht in irgend einem Moment ein Mitglied gehabt hätte, das für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aufgetreten ist und seit einiger Zeit ist es geradezu Mode geworden, sich für dieses „Prinzip" auszusprechen — wir sind für das Prinzip, aber — für diese Wahlreform des Baron Gautsch können wir uns nicht erklären. Wir wenden auch das „aber" an, aber wir stimmen zu mit dem vollen Bewußtsein, daß wir die Notwendigkeiten nicht nur der Völker, daß wir die Notwendigkeiten auch des Staates erfüllen.

Freilich, die Argumente, die da vorgebracht werden, sind sehr mannigfaltig und nicht immer ganz miteinander übereinstimmend. Auf der einen Seite haben Sie vorgestern den Herrn Dr. v. Grabmayr gehört, der uns in einer sehr feinziselierten Rede auseinandergesetzt hat, er sei ein Mann der Freiheit, aber er sei kein Mann der Demokratie. Er ist sehr entrüstet über jeden, der ihn deshalb, weil er nicht für das gleiche Wahlrecht ist, etwa beschuldigen würde, er sei kein Freisinniger, aber er bestreitet, daß die Freiheit mit der Demokratie irgend etwas zu tun hat. Das ist — Herr v. Grabmayr möge mir das entschuldigen — ein Rückfall recht schlimmer Art; sagen wir es höflich: Herr v. Grabmayr, das ist eine **neue elegante Ausgabe eines alten politischen Gebildes, des alten Liberalismus,** für den die Freiheit allerdings **nur ein Negativum** war. Nach der alten Schule — im Mill, Laboulaye und zahllosen deutschen Büchern können Sie darüber lesen — ist die Freiheit nichts Positives, sie ist nur ein Negatives, sie soll nur schützen, sie heißt nur: Frei von Zwang, das ist jene Freiheit, die der österreichische doktrinäre Liberalismus in unseren Staatsgrundgesetzen verewigt hat, in jenen Staatsgrundgesetzen, wo die Freiheit als eine Abstraktion niedergelegt ist, die absolut keine bildende, keine schaffende, keine schützende Gewalt an sich hat. Frei sein hat

nach alter liberaler Theorie keine andere Bedeutung als **in sozialer Beziehung die Freiheit, zu verhungern, in politischer Beziehung die Gewährung von so viel Recht, als ich Recht bezahlen kann.** Zu welchen politischen Gestaltungen das führt, daß sehen Sie gerade in Österreich sehr wohl. Die Liberalen sind in dieser Beziehung **Zwitter, zusammengesetzt aus zwei Tendenzen:** einerseits aus der rein doktrinären liberalen Idee, andererseits aus dem Herrschaftsbedürfnis des Adels aller Nationen und des deutschen Bürgertums, und das Ergebnis dieser beiden Strömungen ist die österreichische Bürokratie, welche auf Grund der Staatsgrundgesetze, die die schönsten Prinzipien enthalten, die ganze Bevölkerung geschurigelt hat, solange sie es sich hat gefallen lassen. **Jene Freiheit, die Herr v. Grabmayr meint, hat für das Volk keinen Wert,** die ist allerdings bloß Luft, eine leere Abstraktion, **die Freiheit aber, die die Völker meinen, ist eine erfüllte, eine wirkende Freiheit,** eine Freiheit, die Leben in sich hat, nämlich das **Selbstbestimmungsrecht des Volkes, die Demokratie.**

Sie werden Herrn v. Grabmayr natürlich in die Höhe seiner Erörterungen schwer folgen können; Sie werden schwer einem Radikalismus in Worten folgen können, der „Freiheit" sagt und der zugleich die Gleichheit des Rechtes damit in Widerspruch stellt; wenn er aber Gleichheit will, dann eine **Gleichheit bis — ich will nicht sagen — zum Absurden, aber mindestens bis zum völlig Unmöglichen.** So radikal hat in diesem Hause und außerhalb desselben niemand die Gleichheit des Wahlrechtes verlangt wie Herr v. Grabmayr und Herr Graf Dzieduszycki. Für die Herren Großgrundbesitzer hat eine Gleichheit des Rechtes, die sich erfüllen läßt, überhaupt keinen Wert (Heiterkeit und Beifall), während für uns die Gleichheit des Rechtes und jede Wahlreform vor allem eine Bedingung mit sich führen muß: **sie muß verwirklicht werden können.** (Zustimmung. — Abgeordneter Dr. **Binder***): Sie sind für die Ungleichheit!) Ja, ja, wir sind für die Ungleichheit! Und wenn Sie, verehrtes Mitglied des Polenklubs, zusammen mit mir vor das Volk hintreten und Sie werden für die Gleichheit sein, Sie und Herr Graf Dzieduszycki und Herr v. Grabmayr sie wollen, und ich werde für die Ungleichheit eintreten, wie wir Sozialdemokraten sie wollen — mir ist nicht bange darum, daß das Volk uns auseinanderkennen wird. (Sehr gut!) Fürchten Sie nichts! Das Volk besteht nicht aus dieser dummen Masse, wie Sie alle glauben.

Hat doch einer von Ihnen, Herr Graf Dzieduszycki, in einer bewunderungswürdigen Rede gestern unter anderem auch auseinandergesetzt, daß ja das polnische und das ruthenische Volk, vor allem der Bauer, gar kein gleiches Wahlrecht will. (Heiterkeit.) Das hat er uns erzählt am Tage nach jener denkwürdigen Sitzung in diesem Hause, in der ein Mitglied des Polenklubs, Herr v. Abrahamowicz, gejammert hat: Eine Katastrophe ist hereingebrochen über Galizien! 800 Versammlungen hat man angemeldet, Bauern-

*) Ein polnischer Abgeordneter, der allerdings in das neue Parlament nicht mehr gewählt wurde.

versammlungen, von denen er mit blutendem Herzen 300 verbieten mußte, weil er keine Beamten gehabt hat, um seiner Idee vom Versammlungsgesetz zu genügen. Er hat keine bessere Idee davon. Diese Leute, die da zu Tausenden zusammengekommen sind, die man auseinandergejagt hat, die man auseinandergeknüppelt hat und zuletzt auch mit Flintenschüssen behandelt hat*), die wehren sich natürlich alle gegen diese Wahlreformvorlage, vor der sie Graf Dzieduszycki schützen will, nicht wahr? Meine Herren! **Sie kennen das Volk nicht und das Volk kennt Sie nicht.** Wenn Sie das Volk kennen würden, dann würde es Ihnen nicht einfallen, solche Torheiten über das Volk zu reden, wie Sie sie hier vorbringen. Und wenn das Volk Sie kennen würde, dann würden Sie trotz aller Ihrer Privilegien schon längst nicht mehr hier sitzen. Der Herr Graf Dzieduszycki hat über die Regierungsvorlage eine ganze Reihe von Beschwerden vorgebracht, die, glaube ich, so ziemlich ein vollständiger Katalog von allen Beschwerden und allen Anklagen sind, die man überhaupt gegen eine politische Maßregel vorbringen kann. Er hat einen großen Eifer darauf verwendet, um zu beweisen, daß die Regierungsvorlage eine Demütigung für das polnische und das ruthenische Volk ist. Und ich muß schon sagen, ich habe seine Selbstlosigkeit um so mehr bewundert, weil doch jeder weiß, daß die bei der Verteilung der Mandate nach der Regierungsvorlage tatsächlich Geschädigten nicht die nächsten Freunde des Herrn Grafen Dzieduszycki, sondern die ruthenischen Bauern sind. Graf Dzieduszycki ist zum erstenmal, so viel ich weiß, in dieser wahrhaft aufopfernden Weise für die ruthenische Bauernschaft und ihre politischen Rechte eingetreten. (Heiterkeit.) Es zerreißt ihm, dem Grafen Dzieduszycki, geradezu das Herz, zu sehen, daß sie nachstehen müssen den deutschen Bürgern, den deutschen Arbeitern in der Intensität des Wahlrechtes. Ja, gewiß ist der Prozentsatz an Mandaten für Galizien ein schlechterer, als der für andere Kronländer, gewiß, und ich werde ja darauf noch zurückkommen müssen; aber für den heutigen Zustand im Vergleich mit dem bestehenden Gesetz ist diese Vorlage für Galizien ein kolossaler Fortschritt. (Sehr richtig!) Das weiß das polnische Volk, das weiß das ruthenische Volk, und diese Erkenntnis der beiden Völker ist es, die den Herrn Grafen Dzieduszycki und seine ganze Gesellschaft zittern und beben macht vor dieser Wahlreform (Zustimmung), und deshalb muß er sie zernichten.

Und was hat er uns da vorgebracht? Tragediante — comediante! Was hat er uns hier erzählt? Alle Puppen hat er tanzen lassen; hilf, was helfen kann. Vom nächsten Parlament hat er erzählt, das Parlament wird ohnmächtig sein! Es ist der teuflische Gedanke des Baron Gautsch, das Parlament für immerwährende Zeiten ohnmächtig zu machen, indem er es durch das gleiche Wahlrecht in eine Lage bringt, daß es sich nicht mehr gegen die Regierung wird

*) Zwischen der Erklärung des Ministerpräsidenten am 23. Februar und dem Beginn der ersten Lesung der Wahlreform mußte das Abgeordnetenhaus das Blutbad besprechen, das die polnische Schlachta unter den ruthenischen Bauern in dem galizischen Dorfe L a d z k i e angerichtet hatte.

rühren können! Der Absolutismus der österreichischen zentralistischen Bürokratie soll aufgerichtet werden! Das erzählt der Schlachzize den Tschechen. Auf der anderen Seite hat er den Deutschen gesagt, und es war mir, ich muß es gestehen, ein rührender Eindruck, als ich sah, wie der Graf Stürgkh so beifällig traurig dazu genickt hat, als der Schlachzize erzählte, daß der alte österreichische Zentralismus, das alte Österreich zu Grabe getragen werde! — und der Leidtragende war der naive Graf Stürgkh. (Heiterkeit.) Meine Herren, Sie sprechen von politischer Reife. Gestatten Sie — ich spreche nicht persönlich, ich spreche nur politisch, aber dessen dürfen Sie sicher sein: Wenn Graf Dzieduszycki nicht etwa zu diszipliniert erzogenen, politisch reifen Arbeitern, Sozialdemokraten, nicht zu Bürgern, sondern zu den polnischen oder ruthenischen Bauern gekommen wäre und hätte ihnen einreden wollen, daß das ein Schaden für sie ist, so hätte man ihn ausgelacht: die sind politisch reif; Herr Graf Stürgkh läßt sich solche Dinge vom Grafen Dzieduszycki noch einreden. Unreif ist er nicht: ich fürchte, ich fürchte, der lange Genuß des Privilegs hat ihn zu einer gewissen Überreife gebracht (lebhafte Heiterkeit), zu einer Überreife, die vielleicht ebenso unfähig und noch unfähiger macht, politische Dinge zu sehen und zu erkennen, als jene angebliche Unreife, wo man noch etwas lernen kann.

Es scheint aber, hier gibt es ganze Klassen, ganze Schichten der Abgeordneten, die leider nichts mehr lernen können. Allmächtig und ohnmächtig ist das Haus, zum Absolutismus wird das gleiche Stimmrecht führen, zum Absolutismus, zum Cäsarismus, aber zugleich zur Anarchie! (Heiterkeit.) Er war nicht sehr höflich mit den zukünftigen Abgeordneten dieses Hauses, er hat sie, die Erwählten des allgemeinen Stimmrechtes, mit einem **„Kasten von hungrigen Ratten“** verglichen! (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn wir unsere Vergleiche den erbgesessenen, angesehenen Vertretern politischer Bildung entlehnen sollen, wenn wir uns auf jenes Gebiet ihrer Anschauung begeben sollen, das uns damit vorgezeichnet ist, so müssen wir ja wahrscheinlich in die Zoologie hinübergreifen (Heiterkeit), und dann frage ich Sie, meine Herren: Wenn im zukünftigen Hause Ratten sein werden, welche Sorte von Bestien vereinigt dann dieses Haus? (Lebhafte Heiterkeit, Beifall und Händeklatschen.) Welche Sorte von Bestien, frage ich, die übereinander herfallen, um sich zu zerreißen, die unfähig sind, sich auch nur den Zwang aufzuerlegen, den die vernünftige Diskussion und vernünftige Menschen notwendig machen? Welche Sorten von Bestien, frage ich, sind es, die hier in diesem Hause geherrscht haben und bis heute herrschen? Von Bestien, die in ihrer Sattheit und ihrer Übersättigung noch immer so gefräßig sind, daß sie die Pforten dieses Hauses verteidigen mit Lügen, mit Verleumdungen, mit Fabulieren, mit Gespensterseherei, und wenn sie könnten, mit Blut und Gewalt — in Galizien —, welche Sorte von Bestien ist es, frage ich, die gewünscht hat, man hätte die Arbeiterschaft überfallen, man hätte gegen die Arbeiterschaft, als sie ihr Recht verlangt hat, überall Kanonen ausrücken lassen sollen; welche Sorte

von blutgierigen Bestien ist es — ich wiederhole das —, die wünscht, daß man die Bewegung für das Wahlrecht lieber im Blut ersticken soll, als daß man den Privilegien — ich füge hinzu — den bestialischen Privilegien irgend einen Abbruch tun lasse?

Ich bin kein Mann der starken Worte... (Große Heiterkeit.) Meine Herren! Ich vergönne Ihnen herzlich die kleine Erfrischung durch den Ausbruch Ihrer Heiterkeit. Aber ich möchte denn doch sagen: Ein Haus, das sich von hungrigen Ratten erzählen läßt, ohne einen Widerspruch zu erheben, darf sich nicht wundern, wenn darauf die gebührende Antwort folgt. Ich wiederhole, ich bin kein Freund von starken Worten. Aber dem Grafen Dzieduszycki und den Leuten seinesgleichen muß geantwortet werden und sie müssen behandelt werden, wie sie es verdienen. (Beifall.) Und hiemit überlasse ich den Grafen Dzieduszycki weiterhin der autonomen nationalen Gerichtsbarkeit meines Parteigenossen Daszynski. (Lebhafte Heiterkeit.)

Die große Frage in der Wahlreform und die große Frage, die natürlich alle Gegner der Wahlreform in erster Linie berührt hat, ist die Frage des Verhältnisses zum Staate, die Frage des Verhältnisses zur Nation. Wir Sozialdemokraten stehen als Partei im Mittelpunkt dieser Diskussion, ob wir wollen oder nicht. Ich vermute, daß die Behauptungen, die wir von allen Seiten hier gehört haben, stark übertrieben sind; daß die Behauptung stark übertrieben ist, daß die Regierung ausschließlich der Wucht der Volksbewegung für das gleiche Wahlrecht nachgegeben habe, indem sie so vernünftig war, die Wahlvorlage einzubringen. Ich leugne gar nicht, daß auch unsere Erfahrungen mit den Ihren darin übereinstimmen, daß österreichische Regierungen im allgemeinen nicht leicht etwas aus eigener Erkenntnis tun, sondern daß sie die vernünftigen Dinge nur machen, wenn sie absolut dazu gezwungen werden — das gebe ich Ihnen ohne weiteres zu. Es scheint, daß das so sehr die Meinung der Gegner der Wahlreform ist, daß sie es einem österreichischen Staatsmann überhaupt nicht zutrauen, daß er eine vernünftige Maßregel anders als aus Initiative der Sozialdemokraten machen könnte. (Sehr gut!) Ich halte aber doch dafür, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auf der Tagesordnung steht, nicht allein, weil die Regierung der Wucht der Volksbewegung wich und ihr folgte, deren Träger zu sein die sozialdemokratische Arbeiterschaft die Ehre und die Pflicht hatte; daß es **nicht einzig die Furcht vor den Massen** ist, sondern daß die **Verzweiflung an der heutigen Einrichtung Österreichs entscheidend war.** Alle, wie Sie da sind, meine Herren, alle die Gegner der Wahlreform bis zum Exzeß, werden Sie Minister und versuchen Sie, Österreich weiter zu regieren! Denken Sie sich einen Moment lang für die Geschicke Österreichs verantwortlich! Wenn man von Ihnen erfahren will, was denn die Regierung, wenn sie nicht den Sozialdemokraten „so furchtsam nachgegeben" hätte, hätte tun sollen, was für eine Antwort wissen Sie zu geben? Herr v. Grabmayr sagte, er wisse es genau, aber er sagt es um keinen Preis. (Heiterkeit.) Er weiß es genau: ein

abgestuftes Wahlrecht. Wie abgestuft, das weiß er nicht. Oder hat er vielleicht für die Deutschen jenes gleiche Wahlrecht im Sacke mit den genau nach der Kopfzahl abgegrenzten Wahlkreisen, dessen Schönheiten er uns in der Theorie so gepriesen hat? Glaubt er, daß das leichter durchzusetzen sei? Oder glaubt Herr v. Grabmayr, daß überhaupt etwas durchzusetzen ist, nicht nur hier im Hause, sondern überhaupt in Österreich, was die Rechte des Volkes nicht erfüllt?

Herr v. Grabmayr meinte: O, die Sozialdemokraten sind kluge Leute — er hat uns das Kompliment gemacht —, sie sind sich ihrer Verantwortung bewußt und würden nicht zum Äußersten gegriffen haben; sie würden lieber weniger genommen haben als gar nichts. Er hat wie der richtige — na, wie soll ich sagen? — Geschäftsmann gemeint, der Baron Gautsch hätte nicht so viel bieten müssen — wir finden, es ist wenig genug —, er hätte es billiger machen können. Nobel ist das nicht gedacht und politisch ist es der reine Widersinn, der auf der völligen Unkenntnis der Verhältnisse beruht.

Diese Wahlreform enthält das **Minimum von dem, was möglich ist, und nicht das Maximum.** Die Konzessionen, die hier der nationalen Ungleichheit gemacht werden wegen der Verschiedenheit der nationalen Machtverhältnisse — und Sie, meine Herren Deutschen, sollten das aus Ihrer eigenen Geschichte wissen — diese Konzessionen sind das Maximum von dem, was heute noch zu machen ist. Die Geschichte von dem gleichen Rechte in Österreich, meine Herren, erinnert an die **alte, alte Geschichte von den sibyllinischen Büchern.** Sie erinnern sich daran, wie die alte Sibylle mit den Büchern zu dem König Numa Pompilius kommt und ihm diese Bücher, in denen die Geschichte Roms festgelegt ist, zu einem bestimmten Preis anbietet. Sie sind ihm zu teuer, er schickt sie fort, sie vernichtet die Hälfte, sie bringt ihm weniger und verlangt den doppelten Preis; er schickt sie abermals fort und sie bringt ihm nur mehr ein Viertel und der Preis hat sich vervierfacht. Würde die Klugheit, würde die Einsicht, würde die Liebe zum Volke — und nicht zuletzt zum deutschen Volke —, die diese Vorlage voraussetzt und zur Grundlage macht, würde die staatsmännische Weisheit, die das allgemeine Wahlrecht heute zur Notwendigkeit macht, früher in Österreich maßgebend gewesen sein, **vielleicht wären die Deutschen billiger davongekommen.** Auf jeden Fall hätten sie einen ungeheuren Vorteil gehabt, auf jeden Fall hätte sich mit der Aufrechterhaltung der Privilegien nicht der Gedanke verknüpft, daß es ein deutsches Privileg ist und hätte sich nicht mit dem Unrecht, das da ist, die Bitterkeit gegen das deutsche Volk verknüpft.

Ich habe vor einigen Wochen hier an dieser Stelle — und man hat mir das im deutschen Lager übelgenommen — davon gesprochen, daß es ein Unrecht ist, daß man das deutsche Volk mit dem Vorwurf belastet hat, der Bedrücker anderer Völker zu sein; nicht im Interesse des deutschen Volkes, sondern im Interesse der Dynastie. Man hat mir gesagt, ich sei ein schlechter Deutscher.

Meine Herren! Wir Sozialdemokraten aller Zungen hier, wir nehmen für uns in Anspruch, **so gut zu unserem Volke zu gehören**

wie jeder von Ihnen. (Beifall.) Wie hier Daszynski zu Ihrem Erstaunen erklärt hat: „Ich bin ein Pole" — das war uns nie neu —, so erklären wir hier, **wir sind Deutsche** — und ich behaupte — **bessere Deutsche als Sie.** (Gelächter bei den Schönerianern.) Lachen Sie nur, ich werde Ihnen das beweisen, was ich sage. (Zwischenrufe und Gegenrufe.) Regen Sie sich doch über Zwischenrufe nicht auf; den Herren machen sie Spaß und mich genieren sie gar nicht. (Heiterkeit.)

Es wird so viel von der Sozialdemokratie in den letzten Tagen hier gesprochen, daß es vielleicht nicht ganz überflüssig ist, wenn Sie irgend etwas, wenn auch etwas recht Abruptes über die Partei hören, über die Sie so viel sprechen und die Sie so wenig kennen. Die Sozialdemokratie ist die **Vertreterin des Klasseninteresses des Proletariats.** Dieses Klasseninteresse des Proletariats, meine Herren, ist selbstverständlich nicht das einzige Interesse des Proletariats. Das Proletariat hat neben seinem Klasseninteresse auch andere Interessen. Jedes Proletariat gehört auch zu seinem Volke. Das Klasseninteresse der Proletarier aller Nationen ist ein identisches, so wie das Klasseninteresse der Reichen, der Kapitalisten aller Nationen den Arbeitern gegenüber ein völlig identisches ist. Wenn wir rufen: „Arbeiter aller Völker, vereinigt euch!" — den Herren Kapitalisten braucht man es nicht zuzurufen; sie sind längst vereinigt, wo es gilt, ihre Klasseninteressen zu wahren, wo es gilt, ihre wirtschaftlichen Interessen, die Grundlage ihrer Herrschaft gegenüber der Arbeiterklasse zu sichern.

Aber als Arbeiterklasse haben wir es zunächst mit dem Staate zu tun. Es war mir recht interessant, als Graf Sylva-Tarouca irgend einen Sozialdemokraten zitiert hat, der ihm gesagt hat, die Sozialdemokraten hätten auch ein Interesse am Staate, worüber er außerordentlich verwundert war. (Heiterkeit.) Ich will das aufgreifen und will ihm sagen: **Gewiß, wir haben ein Interesse am Staate,** ein sehr großes Interesse, denn der Staat spielt eine doppelte Rolle. Der Staat, der Klassenstaat der heutigen kapitalistischen Gesellschaft, ist erstens eine **Herrschaftsmaschine für Sie,** meine Herren, er ist die Maschine, durch die Sie die Ausbeutung regeln, das Bestehen der Machtverhältnisse sichern, die Ungestörtheit sichern, mit der Sie Ihr Ausbeutungsgeschäft als Klasse besorgen. Aber, meine Herren, der Staat ist auch noch etwas anderes, der Staat ist **eine Entwicklungsbedingung für den Kapitalismus** überhaupt, der Staat ist unentbehrlich für die heutige Entwicklung der modernen Gesellschaft und an der Entwicklung dieser modernen Gesellschaft, an der Entwicklung des Kapitalismus, an der vollen Entfaltung der wirtschaftlichen und politischen Kräfte, die heute in der Bevölkerung stecken, daran hat die Arbeiterklasse ein allererstes Interesse. Wir können **vom Klassenstaat zum Volksstaat** nicht kommen, wenn sich der Klassenstaat nicht auslebt, nicht entfaltet, wenn diese großartige wirtschaftliche Entwicklung des Kapitalismus, wenn diese Weltwirtschaft, dieser Welthandel, aller dieser Reichtum sich nicht fortgesetzt hemmungslos entfalten kann. Der Kapitalismus züchtet die Mil-

lionäre, der Kapitalismus züchtet die Herrschaft dieser Magnaten; aber der Kapitalismus kann sich nicht entfalten — ich will das klassische Wort auch hier zitieren —, ohne daß er zugleich **die Proletarier züchtet, seine Totengräber.** Wir haben alles Interesse an seiner Entwicklung, somit am Staate.

Und wenn das Proletariat seine Zukunft einst in die Hand nehmen soll, so braucht es dazu die Fähigkeit, die physische, geistige und kulturelle Fähigkeit, und diese physische, geistige und kulturelle Entwicklung ist verknüpft mit der Erhöhung der Lebenshaltung des Proletariats. Die kann dem Kapitalismus, dem Klassenstaat nur abgerungen werden in einer Zeit der wirtschaftlichen Entwicklung, und darum wünschen wir diese wirtschaftliche Entwicklung, auch darum brauchen wir den Staat. Darum sind wir so unglücklich in diesem Österreich, weil wir in diesem österreichischen Staate zwar alle Laster, zwar alle Lasten des Staates auf uns haben, alles vom Staate haben, was uns bedrückt, was uns beengt, hemmt, erstickt und unsere Entwicklung behindert, alle Schäden und Nachteile des Staates, aber nicht einen einzigen seiner Vorteile. Das ist der Unterschied zwischen diesem Staate und einem wirklich modernen Staate. Das ist der Unterschied zwischen dem Polizeistaat Österreich und dem Deutschland, dessen politische Verhältnisse für uns wahrhaftig kein Gegenstand des Neides sind, soweit die Arbeiter in Betracht kommen, der aber doch wenigstens der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung ein notwendiges, ein wirksames Instrument darbietet. Wir können, meine Herren, es nicht aushalten ohne den Staat, ohne diese Entwicklung, wir sind gehemmt und wir tragen es schwerer als Sie. Ja, meine Herren, jeder, der aufsteht, jammert; mag der Gewerbsmann aufstehen, mag der Bauer aufstehen, so jammert er. Und wenn die großen Kapitäne der Industrie, die nicht selbst hieher kommen, sondern uns allerdings sehr geschätzte Herren hieher schicken, welche ihre Interessen hier vertreten, wohl nicht so laut, als es vielleicht wünschenswert wäre, den Mund aufmachen, so jammern sie — nicht wahr? — darüber, daß ihnen der Staat gar nichts bietet. Wir schließen uns dem Jammer völlig an, wir halten es weniger aus als Sie. Sie, die Besitzenden, können noch als Marodeure etwas profitieren, und wenn auch die Profite gering sind, zu leben geben sie Ihnen immer; für Sie ist das keine Frage auf Leben und Tod, aber für die Arbeiter ist es eine Frage auf Leben und Tod, und darum brauchen wir den Staat, denselben Staat, den wir entwickeln, den wir zum Volksstaat umwandeln wollen, oder, wie Sie sich gewöhnlich hier in der Polizeisprache ausdrücken, den wir „untergraben" wollen.

Dem Staate geht es uns gegenüber ja ähnlich, und da kommt es dazu, daß wir Sozialdemokraten eine „Regierungspartei" genannt werden. Der Vorwurf wird uns von den Herren Großgrundbesitzern gemacht. Ich weiß nicht, ist das etwa Neid (Heiterkeit) oder wollen sie es uns verübeln wegen der Gewerbestörung. (Erneute Heiterkeit.) Meine Herren! Sie können ganz unbesorgt sein, wir stützen diese Regierung nur, so lange sie etwas Vernünftiges und Not-

wendiges tut, und das wird leider gar nicht lange dauern. (Lebhafte Heiterkeit.) So lange die Regierung für das Recht der Massen einzutreten, wahrscheinlich sehr wider ihren Willen, verurteilt ist, so lange haben wir zu funktionieren. Wenn sie wieder darangeht, der Masse Lasten aufzuerlegen: indirekte Steuern, Militärlasten, Profite, kleine Trinkgelder für die einzelnen Schichten, die hier vertreten sind, dann, meine Herren, treten Sie Ihr Amt als Regierungspartei gewiß wieder an. (Lebhafte Heiterkeit.) Lassen Sie uns also diese kurze Frist und nehmen Sie es der Regierung nicht übel, daß sie sich unterdessen mit uns behilft. Wären Sie so gescheit, eine vernünftige österreichische Politik zu machen, ich bin überzeugt, der Herr Baron Gautsch würde Herrn v. Grabmayr uns allen beträchtlich vorziehen. (Heiterkeit.) Aber es ist nicht Zufall, daß dies so ist. Die Regierung, auch eine österreichische Regierung, wenn sie die Proletarier noch so fürchtet, wenn sie die Sozialdemokraten noch so haßt, muß ihnen in manchen Momenten recht geben und Rechnung tragen, weil die Sozialdemokratie, die proletarische Partei, die Vernunft dieses Gemeinwesens repräsentiert. (Abgeordneter Graf **Mensdorff** lacht.) Gewiß, meine Herren, **wir vertreten die Vernunft und Sie vertreten die hartnäckige, verstockte Unvernunft.** Durch Sie, meine Herren, durch Ihre Hartnäckigkeit ist es gekommen, daß das, was wir heute zu lösen haben, erst jetzt an uns herantritt, nachdem das Fehlen des gleichen Rechtes Österreich an den Abgrund gebracht und alle Völker ruiniert hat (Zustimmung); durch Sie, durch Ihren Eigensinn, durch Ihre Verstocktheit ist es gekommen, daß wir es nicht schon lange haben. (Lebhafte Zwischenrufe.)

Abgeordneter Graf **Mensdorff***): Sie sind allein gescheit!

Abgeordneter **Rieger:** Er hat endlich die Sprache gefunden!

Abgeordneter **Schuhmeier:** Bis jetzt hat kein Mensch gewußt, daß der auch reden kann.

Abgeordneter **Resel:** Ein Großgrundbesitzer als Zwischenrufer!

Abgeordneter **Glöckner:** Wir haben geglaubt, daß er gar nicht reden kann!

Abgeordneter **Rieger:** Er ist jetzt von der Mundsperre geheilt.

Abgeordneter **Eldersch:** Gehen Sie zur Mama!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Aber lassen Sie den Herrn Grafen Mensdorff, er hat plötzlich eine politische Meinung, es ist ja überraschend, daß er sie hat; aber freuen wir uns, daß er sie endlich entdeckt hat. (Heiterkeit.) Ich möchte wirklich im Namen sämtlicher Herren Grafen, die hier sind, die Freunde der Wahlreform bitten — wir haben so selten Gelegenheit, ihren Gefühlsäußerungen unmittelbar anzuwohnen —, daß sie ihnen keinen Zwang auferlegen und sie ruhig Zwischenrufe machen lassen!

Abgeordneter Graf **Sternberg:** Sehr dankbar!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich bitte, es ist gern geschehen!

Abgeordneter **Resel:** Das war ja der Sternberg! (Heiterkeit.)

*) Ein feudaler Großgrundbesitzer.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das habe ich nicht gewußt! Meine Herren! Wenn das, was ich bis jetzt über das Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Staat gesagt habe, im großen und ganzen die Stellung ist, die das Proletariat überall, in allen Ländern einnimmt, so hat hier in Österreich die Sozialdemokratie ein ganz besonderes Problem vor sich, ganz besondere Bedingungen, unter denen sie ihr Werk vollenden muß. Und wenn es anderswo genügt, das Ziel des Volksstaates aufzustellen, weil ein Staat und ein Volk da ist, so haben wir in Österreich das Problem zu lösen und ist uns das Ziel gestellt, nicht dem Volksstaat allein, sondern dem Völkerstaat zum Durchbruch zu verhelfen. Wir sind uns dieser Aufgabe bewußt, wie der Aufgabe, **jedem einzelnen Volke die nationale, kulturelle, ihm eigentümliche Entwicklung zu sichern,** dieser einzigen nationalen Aufgabe widmet sich die Sozialdemokratie vollständig, die erkennt sie vollständig an. Wir können das auch tun. Denn wenn ich früher gesagt habe, neben den gemeinsamen proletarischen Interessen steht das nationale Interesse des Proletariats, wie auch für die anderen Klassen das Klasseninteresse und daneben ihr nationales Interesse steht, so ist doch in dem Wesen dieser Dinge zwischen der Arbeiterschaft und dem Bürgertum ein sehr großer Unterschied. **Das Proletariat, das seinem Klasseninteresse folgt, kann überall zugleich das nationale Interesse wahren und voll wahren,** weil nirgends das Klasseninteresse mit dem nationalen Interesse des Proletariats in Widerspruch steht. (Zustimmung.) **Das Proletariat anerkennt das nationale Interesse, aber es anerkennt kein nationales Herrschaftsinteresse*).**

Die bürgerlichen Parteien sind nicht in dieser angenehmen Lage. **Für die bürgerlichen Parteien steht ihr nationales Interesse im Widerspruch zu ihrem Klasseninteresse.** Sie wissen das sehr gut, und ich brauchte Sie nur daran zu erinnern, daß die **Einwanderung der Slawen in deutsche Gebiete** überall ein wesentlich ökonomischer Prozeß ist, ein Prozeß, der sich entwickelt zusammen mit dem Kapitalismus, **im Interesse der deutschen Kapitalisten.** Die deutschen Kapitalisten sind gewiß Deutsche; sie haben ein nationales Interesse, aber sie können diese Einwanderung der Nationsfremden nicht hindern. Sie müssen sie im Gegenteil fördern; sie haben den Profit davon, sie werden reich davon, und ihr Interesse als Unternehmerklasse widerspricht aufs äußerste ihrem Interesse als Nation (Bravo!), und **wo nationales Interesse und Klasseninteresse der deutschen Unternehmer in Konflikt kommen, dort siegt immer das Profitinteresse der Unternehmerschaft.**

Ein solcher Konflikt besteht für uns nicht. Gewiß, auch wir sind nicht frei von den Schwierigkeiten, die das Zusammenleben verschiedener Nationen nebeneinander eben mit sich bringt. Ich bin weit davon entfernt, Ihnen hier irgendein Gemälde vorzumalen, das Sie mir ja nicht glauben werden. Nein, wir haben auch nationale Schwierigkeiten. Der Unterschied zwischen uns und Ihnen

*) Siehe auch Bd. VIII, Seite 137 (Adlers Artikel über die Nationalitätenfrage und den Brünner Parteitag vom 19. September 1899).

aber ist der, daß **das Proletariat und die Sozialdemokratie diese Schwierigkeiten überwinden,** während Sie als Klasse daran zugrunde gehen, während Sie hier unfähig geworden sind und hier in diesem Hause Ihre Unfähigkeit gezeigt haben, den Staat noch zu lenken, eben weil Sie diesen nationalen Schwierigkeiten nicht gewachsen sind. Unser nationales Interesse und unser Klasseninteresse sind identisch; und ein Klasseninteresse ist es, daß die Lebenshaltung der Arbeiter steigt, und ein nationales Interesse ist es, daß das Volk physisch, geistig und kulturell sich entwickelt. **Jedes Arbeiterschutzgesetz ist ein nationales Gesetz,** ist wichtiger als alle die verschiedenen Schilderstreitigkeiten*) und Kleinlichkeiten, mit denen Sie hier einander behelligen. Lesen Sie das fürwahr außerordentlich instruktive Werk von Rauchberg über den nationalen Besitzstand in Böhmen, dieses umfangreiche, mit der ganzen Ruhe des Forschers vorgetragene Werk, das nicht tendenziös und, wenn eine Tendenz obwaltet, gewiß nicht sozialistisch ist. Wie ein roter Faden geht durch dieses Buch der Gedanke: **Die Nationalpolitik muß vor allem Sozialpolitik sein.** (Sehr richtig!) Das Interesse der Deutschen in Böhmen hängt viel mehr als mit irgendeiner „nationalen" Maßregel damit zusammen, die **Kindersterblichkeit der Deutschen zu verringern,** die weit größer ist als die Kindersterblichkeit der Tschechen. Das nationale Interesse der Deutschen, des deutschen Volkes — nicht der paar Unternehmer und der Kuriengesellschaften, sondern des deutschen Volkes — hängt viel mehr zusammen mit einer tüchtigen, einschneidenden Gesetzgebung über die Heimarbeit als mit irgendwelchen Abgrenzungen**), die den Streit hier bilden.

Und so sehen Sie ja hier bei dieser Wahlreform wieder, wie — und ich muß gestehen, von allen Seiten, nicht nur von den Deutschen allein — die grob-mechanische, zahlenmäßige Auffassung überwiegt über die sachlich eindringende Erkenntnis sozialer Dinge. Gewiß, diese nationalen Verhältnisse führen zu Machtverhältnissen und sicher ist, daß diese Wahlreform, sollte sie überhaupt gemacht werden, **nur gemacht werden konnte, wenn man auf das gegebene Machtverhältnis zwischen Deutschen und anderen Völkern Rücksicht nahm.** Ob Sie das wünschen, ob wir das wünschen oder nicht, ist vollständig gleichgültig und Sie wissen ganz gut, wenn man den Weg gesucht hätte, den einige von Ihnen als besonders günstig halten, den ich zwar nicht fürchte, aber nicht für wünschenswert halte, wenn irgendeine Regierung eine Wahlreform oktroyiert hätte, selbst wenn ein fanatischer Slawe sie oktroyiert hätte, so hätte es unmöglich eine Wahlreform sein können, die mathematisch gleiche Wahlkreise nach der Kopfzahl macht. Denn wenn die Wahlreform so oktroyiert worden wäre, wäre sie nicht lebensfähig gewesen, weil **ein Haus, dessen Vertretung mit den bestehenden**

*) Die Streitigkeiten um die Sprache der Aufschriften an Straßentafeln und Bahnhöfen.

**) Abgrenzung von Wahlkreisen in der Wahlordnung als nationaler Besitzstand.

Machtverhältnissen der Völker in einem solchen Widerspruch steht, wie er dann hervorgetreten wäre, ebenso **funktionsunfähig hätte sein müssen, wie dieses Haus wesentlich darum funktionsunfähig ist,** weil es den bestehenden Kräfteverhältnissen der Völker und Klassen längst nicht mehr entspricht. (Zustimmung.) Wir sind prinzipielle Politiker, aber wir sind vor allem auch Politiker, die die Tatsachen begreifen, und die sich nicht die Tatsachen durch Phrasen verhüllen lassen.

Es ist doch ganz merkwürdig, für die mathematische Gleichheit der Wahlkreise, die theoretisch möglich, aber praktisch, wie die Dinge stehen, eine Unmöglichkeit ist, haben sich nur drei Stimmen gemeldet. Als der Minister des Innern vorgestern sprach, war Herr Fresl*) der erste, der sie verlangte, ihm hat sich angeschlossen Herr v. Grabmayr und der dritte war Graf Dzieduszycki. Das sind die Schwärmer für die mathematische Gleichheit. Ich habe keinen Grund, Herrn Fresl sehr zu lieben (Heiterkeit), aber ich nehme an, Herr Fresl meint es ernst. Herr v. Grabmayr und Herr Graf Dzieduszycki wollen das gleiche Wahlrecht nur, weil sie überhaupt keines wollen. Sie stellen an das Wahlrecht solche Anforderungen, die es unmöglich machen, ein Wahlrecht zu konstruieren. Und es berührt doch sehr merkwürdig, wenn man selbst von echten Freunden der Wahlreform einzelne Stimmen hört, die zeigen, daß sie diesen größten Feinden der Wahlreform auf den Leim gehen. Ich hoffe, meine Herren, daß die Ruthenen, daß die Tschechen, daß die Slovenen und daß die Polen sich **durch die Sirenenrufe dieser überschlauen Politiker, die die Wahlreform ad absurdum führen wollen, nicht werden täuschen und sich nicht werden verlocken lassen.** Allerdings, eines müssen wir sagen: Es ist schwer, die Machtverhältnisse in Ziffern umzusetzen. Das ist eine große Schwierigkeit und es ist zweifelhaft, ob die Regierung da überall das Richtige getroffen hat. Aber ebenso töricht, wie sich an diese Ziffern zu klammern, ist es, das Kind mit dem Bad auszuschütten. Es hat sich ja hier ein Markt etabliert. Die Wahlreform ist gesichert. Ich bin ein Optimist; das gehört vielleicht zu meinem Beruf. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß das Notwendige und Vernünftige sich verwirklichen wird. Aber, meine Herren, jeder sucht halt noch herauszuschlagen, was er kann. Wenn der Wahlreform wirklich nichts fehlte als die Differenz an Mandaten, die — nehmen wir das Mittelmaß der Wünsche — von beiden Seiten gefordert und angeboten werden, so wäre die Wahlreform wirklich ein ganz gutes Werk. Ich habe meinerseits mehr gegen sie einzuwenden.

Ich habe es nicht notwendig, zu den Slawen zu sprechen, das werden meine slawischen Genossen besorgen; ich spreche zu den Deutschen und ich sage: Meine Herren, **überspannen Sie Ihre Wünsche nicht, im eigensten nationalen Interesse!** Daß Sie das volle, ich möchte sagen, das spezifische Gewicht der deutschen

*) Wenzel Fresl, der tschechische Nationalsozialist, der Abgeordnete der fünften Kurie von Pilsen, ein ehemaliger Gasarbeiter. Er ist im Kriege gestorben.

Bevölkerung, der heutigen Macht, die Sie haben, für sich in Anspruch nehmen, wollen wir nicht hindern. Aber überspannen Sie es nicht, es ist gefährlich; es ist gefährlich für Sie gerade vom nationalen Standpunkt. Vergessen Sie nicht, **an dieser Wahlreform hängt heute mehr nationale Hoffnung, als durch welchen Besitzstand an Mandaten immer ausgedrückt wird.** Ich will zu Ihnen nicht sprechen als zu Leuten, von denen jeder sein Mandat aus dieser Wahlordnung herausfischen will. Ich will diesen Standpunkt, der gewiß nicht der erhabenste ist, der vielleicht hier vorkommt, nicht generalisieren. Aber ich glaube, Sie befinden sich in einer **merkwürdigen Überschätzung dessen, was der ziffermäßige Ausdruck nationalen Einflusses überhaupt bedeutet,** nicht nur Sie Deutsche, sondern auch Sie Slawen! Auf 2, 3, auf 5, 6 Mandate wollen Sie herausrechnen, wieviel einer Nation gebührt. Bei diesen Berechnungen spielen nun wir Sozialdemokraten eine merkwürdige Rolle, wir deutschen Sozialdemokraten besonders! Wenn man den Bleistift in der Hand hat, um den jetzigen deutschen Besitzstand herauszurechnen, da sind wir deutschen Sozialdemokraten gute Deutsche, da figurieren wir unter den 205 Mandaten des deutschen Besitzstandes. Nicht wahr? Da gehören wir dazu. Wenn Sie aber herausrechnen, was Sie später haben werden, und Sie drücken die ein bißchen übertriebene, phantastisch überspannte, aber immerhin wahrscheinliche Möglichkeit aus, daß von uns ein paar mehr hereinkommen werden — dann rechnen Sie die deutschen Sozialdemokraten vom deutschen Besitzstand ab. Das geht nicht. Entweder wir gehören zum deutschen Besitzstand oder nicht. (Zwischenrufe.) So dürfen Sie nicht rechnen. Diese grob mechanische Auffassung, meine Herren, hüben und drüben, ist eine falsche, und sie erinnert mich an das Goethesche Wort:

„Daran erkenn' ich die gelehrten Herren!
Was ihr nicht t a s t e t, steht euch meilenfern,
Was ihr nicht f a ß t, das fehlt euch ganz und gar,
Was ihr nicht r e c h n e t, glaubt ihr, sei nicht wahr!"

Glauben Sie denn wirklich, das deutsche Volk hat keinen anderen politischen Besitz in diesem Lande, als den, der sich ausdrückt durch die Zahl seiner Vertreter hier? Sie glauben wirklich, daß die Mandatsziffern hier über die Geschicke des deutschen Volkes entscheiden, während wir Ihnen sagen, für die Geschicke des deutschen Volkes entscheidet vor allem die materielle und kulturelle Entwicklung der breiten Massen des deutschen Volkes, und für diese in erster Linie einzutreten, diese zu sichern, sind wir deutsche Sozialdemokraten hier, und wir werden sie schützen gegen jeden, der sie antastet! (Rufe: Das glauben wir!) Ja, wir sagen noch mehr! Wir sagen, daß es die eigentliche nationale Aufgabe und das Wesen der nationalen Pflichterfüllung für jedes Volk hier ist, daß es seine nationale Pflicht erfüllt, nicht durch die Herrschaftsgier, durch die Eroberung und die Sucht zur Bedrückung, sondern daß es erfüllt ist von dem Gedanken, **daß im letzten Grunde alle Kulturinteressen aller Völker hier solidarisch sind.** (Bravo! Bravo!) Nicht

gegeneinander, wie die wilden Ratten des Grafen Dzieduszycki, können wir unser Volk erheben! **Im brüderlichen Bunde miteinander, im Bunde selbständiger Völker soll das neue Österreich erstehen!** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Österreich war lange genug der Zwingvogt der Völker! Österreich war lange genug nichts anderes als die Erbländer einer Dynastie! Meine Herren! Wir haben es satt, die Erbländer irgendeiner Dynastie zu spielen. **Die Völker wollen ihr eigenes Erbe antreten!** Und das können sie nur, wenn sie sich miteinander verbinden, das können sie nur, wenn sie ihr Recht in Anspruch nehmen. Und ihr Recht werden sie nur erlangen, wenn sie auf das Unrecht verzichten. Auf nationales Unrecht können sie nationales Recht nicht gründen! Aber daß hier dieses eine grundlegende Unrecht des Staates zu Grabe getragen wird, das ist der erste Anfang, das ist die Vorbedingung dessen, was Sie hier alle erflehen und wünschen, die Vorbedingung jenes nationalen Friedens, nach dem Sie sich die Hälse wund schreien, nach dem Sie sich die Finger krumm schreiben und den Sie niemals anders erreichen werden, als indem Sie zur Grundlage, zum Pfeiler des Staates machen nicht die alten Mumien von der Großgrundbesitzerkurie und was der alte Trödel ist, nicht die alten Phantome vom Staatsrecht*) und dem alten Österreich, was eines so vergangen und so tot ist wie das andere, sondern indem Sie die **lebendige Kraft der Völker zur Grundlage des Staates machen.** Dann werden Sie die Nationen zum Frieden führen, wenn Sie den Nationen den Mund öffnen zum Sprechen, wenn Sie die Arme freimachen zur gemeinsamen Arbeit, wenn Sie sie entlasten von dem Joche, das auf uns liegt und das uns erdrückt und erdrosselt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Und ich zweifle nicht daran, meine Herren, daß es geschehen wird. Diese Wahlreform ist ja kein Ideal, aber sie ist das, was heute möglich ist mit den paar durch den Handel zu erreichenden Änderungen, die ich ruhig Ihnen überlassen kann. Wir beteiligen uns an dem Handel nicht, obwohl wir sehr schlecht dabei gefahren sind. Haben Sie schon eine Rede über das Wahlrecht hier gehört, wo von der Wahlkreiseinteilung nicht die Rede war? Die sozialdemokratische Rede ist die erste. Damit Sie aber doch nicht meinen, daß wir nicht empfinden, was geschehen ist, so will ich sagen, daß wir sehr genau wissen, daß Sie alle, Deutsche und Tschechen, Polen und Ruthenen, Bürgerliche, Liberale, Nationale, Christlichsoziale, insbesondere Christlichsoziale, **alle Ihre Wahlkreiseinteilungen gemacht haben gegen das Proletariat,** auf unserem Rücken; **aus unserem Leibe herausgeschnitten haben Sie Ihre gesicherten Mandate.** Meine Herren, Sie haben sich dabei nicht immer sehr nobel benommen, Sie haben sich mitunter recht unbescheiden benommen. Und was meine Nachbarn**) hier anlangt, so muß ich schon sagen, was sie geleistet haben mit der Einteilung

*) Das böhmische Staatsrecht, das die Tschechen verlangten, im Gegensatz zu dem zentralistischen Österreich der Deutschen.

**) So erhielt der erste Wiener Bezirk, die Innere Stadt, obwohl er nur 50.000 Einwohner hatte, vier Mandate. — Die Nachbarn sind die Christlichsozialen.

von Wien, das ist ein Meisterstück, nicht an politischer Klugheit, sondern ein Meisterstück, meine Herren, an Unbescheidenheit, die sich stark weiß für den Moment, aber kein Meisterstück für den Verlauf in der Zukunft. Meine Herren, wenn Sie auf den Dingen beharren, die Sie heute machen, so werden Sie das bitter büßen. Sie müßten ja nicht so kurzsichtige Politiker sein. **Glauben Sie wirklich, Sie leben nur von heute auf morgen, daß Sie zusammenraffen müssen, so schnell, so lange es Tag ist?** Wir denken nicht so, wir lassen Sie raffen; wir widersetzen uns, wenn wir können, aber wir machen das Schicksal der Vorlage nicht davon abhängig; denn wir wissen, **mag Ihnen der Moment gehören, die Zukunft gehört uns.** Sie können mit Ihrer Wahlgeometrie die Arbeiter aus einem Wahlbezirk hinausschieben und das eine Ihrer Mandate ist glücklich von ihnen befreit; aber der Nachbar hat sie dann unfehlbar. (Heiterkeit.) Sie können die Arbeiter aus der Welt nicht hinausdividieren.

Und wenn Sie nach niederösterreichischem und auch nach nordböhmischem Muster um die proletarischen Bezirke eine Art Pestkordon gezogen haben, einen Pestkordon, der hindern soll, daß wir in Bezirke eingreifen, die zu Ihrem Klassenbesitzstand, zu Ihrem Parteienbesitzstand gehören — um den besteht ja auch ein Streit, nicht wahr? — und zwar ein Streit, der heute schon stärker ist, als der um den nationalen Besitzstand — wenn Sie einen solchen Kordon gezogen haben, so halten wir es aus. Denn der Kordon wird durchbrochen werden, nicht vielleicht durch den Wahlreformausschuß — da sind wir zu schwach*) —, aber er wird durchbrochen werden durch die wirtschaftliche Entwicklung, die die Zukunft Österreichs, jeden Fortschritt der Kultur an die Vermehrung des Proletariats knüpft, an die Vermehrung seines politischen Einflusses. Und wenn die Gegenwart uns nicht günstig ist, um die Zukunft ist uns nicht bange.

Wir können aber, meine Herren, keinen Tag länger warten, wir können keine Stunde länger warten, sage ich Ihnen, daß das Wahlrecht ein gleiches werde. Schlagen Sie sich den Gedanken, wenn er noch in einem vernagelten Hirn hier stecken sollte, schlagen Sie sich den Gedanken aus dem Kopfe, daß es möglich wäre, Wahlen zu machen mit dieser Wahlordnung, die jetzt besteht. Von diesem Hause können Sie Abschied nehmen.

Das sagen wir Ihnen nicht, wie der Herr v. Grabmayr gemeint hat, als eine Drohung. Es fällt mir nicht ein, zu drohen, es wäre auch lächerlich. Sie wissen, daß, so sehr wir „Regierungspartei" sind, der Herr v. Gautsch mir wahrscheinlich nicht seine Kanonen zur Verfügung stellen wird. (Heiterkeit.) So weit sind wir noch nicht — leider! (Neuerliche Heiterkeit.) Also ich habe hier gar nichts zu drohen. Meine Herren! Sie sind nicht bedroht von den Sozialdemokraten und die roten Fahnen, die Sie da am Ring gesehen haben, waren ein imponierender Anblick, der Ihnen vielleicht

*) Unter den 49 Mitgliedern des Wahlreformausschusses war Adler der einzige Sozialdemokrat, der in den 63 Sitzungen des Ausschusses den Kampf allein zu führen hatte.

zu denken geben sollte, aber er hat keinen von Ihnen eingeschüchtert — Sie glauben das nicht, Sie sagen es ja nur! Nein: Sie sind bedroht von der Unmöglichkeit für Österreich, mit diesem Hause weiter zu bestehen!

Wir stehen mitten in einer Krise, in einer Krise, von der man in diesem Hause nicht spricht, in einer Krise, wo es sich um den Staat handelt. Nicht um irgendeinen Übergang, sondern um **die Begründung eines Staates handelt es sich,** und wir müssen endlich darangehen, wenn wir nicht ersticken wollen in dem Sumpfe, uns einen Staat zu schaffen. Das kann dieses Haus nicht. Mögen Sie aber diese schmachvolle Geduld vielleicht haben; mögen Sie vielleicht es noch länger in diesem unerträglichen Zustand aushalten; **das Proletariat hat keine Lust, es auszuhalten,** und das kann ich Ihnen ohne alle Drohung sagen: **Ohne den härtesten Kampf, der bis ans Leben geht, werden Sie dieses Haus in dieser Gestalt nicht mehr beisammensehen!** Das ist keine Drohung an Leib und Leben für Sie, meine Herren, es passiert Ihnen gar nichts persönlich! Sie werden nicht mit Blut bedeckt, **aber mit Schande und mit Schmach bedeckt aus diesem Kampf gehen, wenn es dazu kommen sollte!**

Aber ich bin überzeugt, es wird nicht mehr dazu kommen, ich bin überzeugt, **daß der Gedanke der Wahlreform gesiegt hat, weil er unüberwindlich ist,** und daß die Herren, die hier dagegen sprechen, und die, welche gewissenlos hinter den Türen und in den Couloirs intrigieren, um ihren Lohn kommen werden. Mögen sie machen, was sie wollen! Mögen sie durch die kleinlichsten und schmutzigsten Mittel der großen Sache des Volkes Prügel in den Weg legen wollen — die Sache ist gerettet und hat gesiegt, sage ich, weil ich nicht daran glauben kann, daß die Masse dieses Hauses von der Einsicht so verlassen ist, so bar ist jedes Gewissens, um noch einmal mit diesem unfähigen Parlament einen Versuch zu machen.

Herr v. Grabmayr hat seine Rede mit einem tönenden Aufruf geschlossen — ich richte auch einen Appell an Sie. Er hat Sie aufgefordert, nachzudenken, und hat an Ihre staatsmännischen Instinkte appelliert. Ich fordere Sie ohne Unterschied der Parteien, ohne Unterschied der Nation auf, in Ihr Gewissen zu gehen; ich fordere Sie auf, mit sich selbst einig zu werden und sich zu fragen, ob Sie es verantworten können vor dem Volke, das Sie vielleicht in Worten geringschätzen mögen, dessen steigende Macht, dessen Würde aber Ihnen schließlich imponieren muß und vor dem Sie verantwortlich sein werden, ob Sie es verantworten können vor dem Staate, dessen Unfähigkeit zu existieren Ihnen allen klar ist, ob Sie es verantworten können vor Ihren Klasseninteressen, diesen Zustand des Parlaments, diesen Zustand des Staates weiter bestehen zu lassen. Die Einsicht haben viele von Ihnen. Wir Sozialdemokraten, die Arbeiterschaft hat nur eines vor Ihnen voraus — nicht die Einsicht, die Sie teilen —, sondern **den Mut und die Entschlossenheit, um des politischen Lebens, um der politischen**

Lebensmöglichkeit willen alles an die Sache des Volkes zu setzen. (Beifall.)

Nehmen Sie das so, wie es ist — nicht als ein Rühmen, sondern als eine Prophezeiung. Und wenn der verehrte Herr aus Tirol geschlossen hat mit den Worten: „Tot ist die Vorlage Gautsch'", so sage ich Ihnen: Jene, die man zu früh totsagt, leben oft am längsten. (Heiterkeit.) Ich sehe hier nur einen Toten — der ist aber mausetot: **Tot ist das Privilegienparlament** (Beifall), tot sind die Kurien, tot sind alle die Lügen und Flausen, die sich hinter diesen Dingen verstecken, tot ist das Unrecht, das die Völker geknebelt hat — und **es fängt an zu leben das heilige Recht der Völker.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Die Wahlreformfeinde und die Arbeiterschaft.

Versammlung am 2. April 1906*).

Sie alle haben so viel politische Einsicht und kennen unser Österreich so gut, daß sich wohl keiner von Ihnen eingebildet haben wird, man könne die Wahlreform so leicht bei uns durchbringen.

*) Am 27. März wurde die Wahl des 49gliedrigen Wahlreformausschusses vorgenommen, dem die Vorlage zugewiesen wurde. Aber damit war die Vorlage noch lange nicht gesichert.

Die Gegner der Wahlreform hatten es aufgegeben, ihr in offener Feldschlacht entgegenzutreten. Sie wußten, daß hinter der Vorlage der Regierung das Volk stehe, und sie wagten es nicht, beide, Regierung und Volk, durch offenen Widerstand zu reizen. Nur aus dem Hinterhalt noch suchten sie jetzt die Wahlreform zu meucheln, mit Winkelzügen und Intrigen sie umzubringen. Es war interessant, wie sie sich in der ersten Lesung der Vorlage, die nun doch nahezu drei Wochen gedauert hatte, abmühten, ihre Liebe zum Volk — denn das Volk liebten sie ja alle — mit ihrer Feindschaft gegen die Gautsch'sche Vorlage in Einklang zu bringen; wie sie Argumente suchten, um bei aller Anerkennung des Prinzips des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes die Unannehmbarkeit gerade der vorliegenden Reform oder zumindest die Verwerflichkeit dieser Regierung nachzuweisen. Von der Sozialdemokratie wurde da nicht viel Böses gesprochen. Die verstocktesten Reaktionäre überboten einander geradezu in Komplimenten für die Arbeiterschaft, die gewiß das Wahlrecht verdiene, und für die Sozialdemokraten, die so vernünftige, ernste, gebildete, tüchtige Männer seien. Höchstens, daß einer oder der andere Redner den Sozialdemokraten vorwarf, sie seien jetzt „Regierungspartei", „k. k." (kaiserlich-königlich) geworden, weil sie die Regierung unterstützen, was sich doch eigentlich für eine revolutionäre Partei nicht schicke. Dieselben Redner warfen natürlich auch wieder der Regierung vor, daß sie „dem Diktat der Straße" nachgebe und sich mit einer revolutionären Partei verbünde. Im übrigen begnügten sich die Redner, ihre Freundschaft für die Wahlreform zu beteuern, während sie dabei ihre Minen gegen sie explodieren ließen.

Das beliebteste Argument gegen die Gautsch'sche Reform waren nach wie vor die nationalen Interessen der Deutschen. Wenn jemand, der die

Es mußte jedem klar sein, daß auch nach dem 28. November und auch nach dem 23. Februar, auch wenn das gesamte Volk in einer mächtigen Erhebung für die Wahlreform eingetreten ist, auch wenn

Verhältnisse nicht kannte, die Debatte verfolgte, so mußte er nicht nur glauben, daß die Existenz der neun Millionen Deutschen in Österreich gefährdet sei, sondern er mußte auch erstaunt sein, wie energische Vertreter das deutsche Volk gerade in den privilegierten Ständen der Großgrundbesitzer adeliger und bürgerlicher Herkunft hatte. Diese Leute, die das deutsche Volk in Österreich, so oft es auch von feindlichen Regierungen unterdrückt war, immer für Sektionschefsstellen und Ministerportefeuilles verkauft und verraten hatten, die an der Obstruktion gegen die Badenischen Sprachenverordnungen sich höchstens durch lendenlahme Erklärungen beteiligten, sie waren jetzt auf einmal die wütendsten Deutschnationalen, und sie stellten sich, als ob sie bei der Wahlreform der Regierung Gautsch nur eine Sorge hätten: das deutsche Volk vor der slawischen Majorität zu schützen. Die Sache war nämlich so, daß auch jetzt die Deutschen 205 von 425 Mandaten hatten, von denen aber mindestens zehn national gefährdet waren und in kurzer Zeit sicher verloren gehen mußten. Durch die Wahlrechtsvorlage wurden aber — von 455 Wahlkreisen — 205 rein deutsche geschaffen, die nie verloren gehen konnten. Zu bedenken war dabei, daß die Deutschen nicht viel mehr als ein Drittel der österreichischen Bevölkerung bildeten, daß also die Deutschen durch die Wahlordnung auch in Zukunft begünstigt werden sollten, aber das genügte den Herren, die jetzt urplötzlich ihre nationale Gesinnung entdeckt hatten, nicht und sie verlangten, daß das Verhältnis der deutschen Mandate zu den anderen gleichbleibe, daß Deutsche, Italiener und Rumänen zusammen mehr Mandate erhalten als die Slawen. Das ganze deutsche Bürgertum sollte mit dem Gespenst der slawischen Majorität geschreckt werden. Um die ganze Komik, zugleich aber auch die ganze Perfidie dieses Argumentes zu begreifen, muß man nicht nur wissen, daß die „deutsch-romanische“ Majorität jetzt im ganzen 29 Stimmen zählte und die „slawische Majorität“ nach der Vorlage fünf Stimmen zählen sollte, sondern auch, daß, seitdem das Parlament bestand, die deutsch-romanische Majorität nie zusammen stimmte, ja daß sogar seit nahezu zehn Jahren bittere Feindschaft zwischen Italienern und Deutschen bestand, und daß gerade durch die Wahlreform, die etwa 30 polenfeindliche Ruthenen ins Haus bringen mußte, jeder Versuch einer slawischen Majorität geradezu von vornherein vereitelt war.

Das hinderte aber nicht, daß dieses Argument bei denen, die die Wahlreform nicht wollten, noch immer zog. Gleich der erste Redner, Dr. Grabmayr, kam mit diesem Argument. Noch plumper war die Intrige des nächsten Großgründlers Dr. Baernreither, des Handelsministers im deutschfeindlichen Ministerium Thun. Auch er beschäftigte sich vornehmlich mit der nationalen Gefahr und warnte davor, daß man dieses Parlament, das schon in seinen letzten Zuckungen liege, über die Wahlreform entscheiden lasse. Man solle eine Konstituante einberufen, die die Wahlreform machen solle. Auf die Frage, auf Grund welchen Wahlrechtes diese Konstituante gewählt werden solle, blieb er die Antwort schuldig. So kam dann der dritte deutsche Großgrundbesitzer, Graf Stürgkh, mit gröberem Geschütz. Er prophezeite, daß die künftige slawische Majorität eine Gefahr für das Bündnis mit Deutschland sei und er appellierte an den Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowski, zu erklären, ob er den Kaiser auf diese Gefahr aufmerksam gemacht habe. Nun war der Minister des Auswärtigen ein beiden Staaten, Österreich und Ungarn, gemeinsamer Minister,

die Regierung sich selbst zur Wahlreform bekannt hat, noch immer gewaltige Widerstände zu überwinden sein werden. Der wäre ein Phantast, der sich einbilden würde, daß sich die Nutznießer dieses Unrechts, die Schmarotzer des Unrechts so einfach zurückziehen würden. Wer sich auf die Einsicht der Privilegierten, auf die Vaterlandsliebe derer, die den Patriotismus gepachtet haben, verlassen hätte, der würde seine Rechnung falsch gestellt haben. Wir haben nun eine lange Debatte im Abgeordnetenhaus erlebt, auf die sich unsere Politiker sehr viel eingebildet haben. Man hat da sehr gründlich die Frage erörtert, ob die Massen des Volkes geeignet seien, Abgeordnete aus eigenem zu wählen. Man hat sich den Kopf zerbrochen, ob ein wirkliches Volkshaus gut, ob es zweckmäßig und nützlich sei. Ich würde wünschen, daß die Massen des Volkes einmal selbst diese Debatte angehört hätten, damit sie selbst das

der dem österreichischen Parlament nicht verantwortlich war und in die österreichischen Angelegenheiten auch nichts dreinzureden hatte. Graf Stürgkh erntete also mit seinem Appell nicht nur die Entrüstung der ganzen Öffentlichkeit, die darin eine Aufforderung zu gemeinen Intrigen sah, sondern auch eine Erklärung im offiziösen „Fremdenblatt", daß alle Gerüchte, als ob Graf Goluchowski gegen die Wahlreform intrigiere, falsch seien.

So ließ jeder seine Minen springen. Die Wahlreformfreunde waren allerdings auch nicht müde, und durch einige große Reden — genannt seien vor allem die der Sozialdemokraten Adler und Daszynski, des Deutschfortschrittlichen Dr. Lecher, des Deutschvölkischen Dr. Beuerle, des Christlichsozialen Dr. Weiskirchner, des Klerikalen Dr. Ebenhoch und der Jungtschechen Dr. Kramarsch und Dr. Stransky — wurde das Intrigennetz der koalierten Wahlrechtsfeinde zerrissen. Der Ministerpräsident Baron Gautsch hielt eine tapfere Rede, in der er mit den Gegnern seiner Reform abrechnete. (Die Rede Adlers folgt später.)

Aber diese hatten ihre Versuche noch lange nicht aufgegeben und am 29. März war die erste Mine geplatzt. Der Kampf richtete sich vornehmlich gegen den Ministerpräsidenten, durch dessen Sturz man die Wahlreform umbringen wollte. Diesmal schickte man die Alldeutschen voraus, die eine alte Forderung aller deutschnationalen Parteien plötzlich auf die Tagesordnung brachten: die Sonderstellung Galiziens. Damit hatte es folgende Bewandtnis: Ehemals verlangte der polnische Adel, die Schlachta, daß Galizien eine besondere Stellung innerhalb des Staates erhalte, entweder dieselbe wie Ungarn, also völlige staatsrechtliche Selbständigkeit (mit Ausnahme der militärischen und der auswärtigen Fragen) oder doch die Stellung, die Kroatien in Ungarn hatte: Selbständigkeit in seinen eigenen Landesangelegenheiten und Beschickung des Reichsrates durch galizische Delegierte, die bloß in den das ganze Staatsgebiet betreffenden Angelegenheiten mitstimmen sollten. Auch die deutschen nationalen Parteien hatten diese Forderung in ihren Programmen, da sie durch Ausscheidung der sechs Millionen Polen und Ruthenen die Vorherrschaft der Deutschen im übrigen Österreich zu sichern hofften. Durch nahezu 30 Jahre hatten aber sowohl Deutsche als Polen diese staatsrechtliche Spielerei — denn es war nicht mehr — ruhen lassen. Erst jetzt holte man das Spielzeug wieder hervor, um es der Wahlreform als Prügel vor die Beine zu werfen. Die Alldeutschen brachten einen Dringlichkeitsantrag ein, durch den die Regierung aufgefordert wurde, einen Gesetzentwurf über die Sonderstellung Galiziens vorzulegen. Alle Gegner der Wahlreform — Alldeutsche, Polenklub, Großgrundbesitzer — stimmten dafür, leider konnte sich auch die Deutsche

Wort ergriffen und den Herren ins Gesicht gerufen hätten: „Was bilden Sie sich denn eigentlich ein? Wer sind Sie denn, daß Sie darüber beraten dürfen, ob man das Volk aus Ihrer verdammten Vormundschaft entlassen darf? Daß Sie sich anstellen, als wären Sie die bestellten Kuratoren des Volkes, das nicht die Fähigkeit hat, seine Angelegenheiten selbst zu regieren?" Nun steht die Frage wirklich schon lange nicht so, ob das Volk fähig ist, ein Volksparlament zu schaffen, und ob dieses Volksparlament fähig sein wird, Österreich in Ordnung zu bringen. Diese Frage kann nur stellen, wer ein Kuriengehirn hat, ein Gehirn, in dem eine gesunde Anschauung vom Rechte des Volkes überhaupt nicht mehr Platz hat. Diese Frage steht gerade umgekehrt: Ist dieses Parlament fähig, auch nur einen Tag länger die Geschicke Österreichs in der Hand zu

---

Volkspartei, die sich im übrigen unter der Führung des Abgeordneten Dr. Chiari zur Wahlreform bekehrt hatte, von dem nationalen Schlagwort nicht losmachen und der größte Teil der Partei stimmte dafür. So fand die Dringlichkeit eine Majorität von 6 Stimmen (153 gegen 147); da aber, um einen Antrag im dringlichen Wege auf die Tagesordnung zu bringen, eine Zweidrittelmehrheit erforderlich war, war der Antrag, der der Regierung bald gefährlich geworden wäre, wenn nicht die demokratischen Elemente des Polenklubs sich der Abstimmung enthalten hätten, beiseite geschoben.

In zahlreichen Massenversammlungen nahm die Arbeiterschaft zu diesen Intrigen der Wahlreformfeinde Stellung. Am 2. April sprach Dr. Adler in einer Massenversammlung beim Stalehner in Hernals.

Vielleicht ist hier auch der Ort, eine Art Bilanz der Wahlrechtsbewegung anzufügen. Die Maifestschrift der tschechischen Sozialdemokratie, die am 1. April 1906 herauskam, brachte folgende vorläufige Bilanz der Persekutionen in Böhmen und Mähren:

3 Personen wurden erschossen, und zwar 1 in Prag, 2 in Austerlitz.

Die Zahl der Verwundeten ist nicht bekannt, es sind mehrere Hundert.

An 600 Personen wurden verhaftet und kürzere oder längere Zeit in den Polizeiarresten und Gerichtszellen herumgeschleppt.

Die Verhafteten und Angeklagten saßen annähernd **20 Jahre in Untersuchungshaft.**

Mehr als hundert Personen wurden polizeilich abgestraft.

Vier Schwurgerichtsprozesse wegen Hochverrats und Aufwiegelung wurden bereits durchgeführt, und zwar zwei in Prag, einer in Jungbunzlau und einer in Königgrätz.

Mehr als zweihundert Personen wurden von den Gerichten in erster Instanz zu 51 Jahren Kerker oder Gefängnis verurteilt, und die Strafe wurde durch die zweiten Instanzen noch um 7 Jahre erhöht, so daß **insgesamt 58 Jahre Kerker oder Gefängnis** verhängt wurden. In Prag wurden 60 Personen zu 12 Jahren, in Brüx 45 zu 20 Jahren, in Brünn und Olmütz 110 Personen zu 26 Jahren verurteilt. Dabei waren aber die von den ländlichen Bezirksgerichten verhängten Strafen sowie die Prozesse nach dem 15. März nicht berücksichtigt.

Am 21. April wurden noch vom Landesgericht in Brünn 21 Arbeiter aus Switawka abgeurteilt, die am 27. und 28. November in der Tuchfabrik Löw-Beer in Switawka die Einstellung der Arbeit zur Wahlrechtsdemonstration gefordert hatten. Sie waren wegen boshafter Sachbeschädigung (Fenstereinwerfen), Erpressung und Auflauf angeklagt; zehn wurden freigesprochen, elf zu einem bis vier Monaten Kerker verurteilt.

behalten? Und wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß dieses Parlament dazu längst unfähig geworden ist, so hat ihn gerade diese Debatte glänzend erbracht. (Lebhafter Beifall.)

Wenn es eine prinzipielle Abstimmung gegeben hätte, ob das allgemeine Wahlrecht eingeführt werden sollte, so hätten wir wohl eine riesige Majorität dafür erhalten. Denn „im Prinzip", solange es nichts kostet, sind sie alle dafür. Jeder beginnt seine Rede mit einer Verbeugung vor dem Prinzip. Wenn aber das erledigt ist, dann kommen die Einwände, die Bedenken, die Gescheitheiten. Sie haben keine Ahnung, wie gescheit diese Menschen sind. (Heiterkeit.) So gescheit, daß der verbohrteste Blödsinn die reine Vernunft dagegen ist. (Heiterkeit und Beifall.) Es handelt sich jetzt gar nicht um das Prinzip. Wer politisch denkt und wer ehrlich ist, für den handelt es sich um diese Wahlreform, die jetzt vorliegt. Der etwas anderes sagt, der ist ein Schwindler. Wir wissen, unter welchen Schmerzen diese Wahlreform geboren wurde, und wer jetzt von einer anderen Wahlreform oder von Prinzipien spricht, ist ein politischer Narr oder ein Verräter an der Wahlreform. (Lebhafter Beifall.) An der Spitze aller Einwände stehen die nationalen Bedenken. Es wäre uns ja auch lieber, wenn es in Österreich nur eine Nation gäbe. Aber das ist eben nicht der Fall. Es wäre vielleicht schöner, wenn die Polen, Tschechen, Slovenen Deutsche wären. Aber sie sind es nicht. Der Anfang aller Logik ist, daß man die Tatsachen nimmt, wie sie sind. Ich habe in meiner ersten Rede im Parlament gesagt, daß wir Sozialdemokraten auf dem grundsätzlichen Standpunkt stehen, daß das Recht überall, im Osten wie im Westen, gleich verteilt sein soll. Aber wir geben zu, daß die Machtverhältnisse zwischen den Nationen heute so sind, daß diese absolute Gleichheit einfach nicht durchzusetzen ist. Diese Ungleichheit in der Abgrenzung der Wahlbezirke darf und kann aber wieder nicht so weit gehen, daß sich die slawischen Nationen das nicht mehr gefallen lassen könnten. Das ist eben die politische Kunst, das, was man vom Politiker verlangt, daß er das Maß des Möglichen und Erreichbaren erkenne: daß er wisse, was heute den Machtverhältnissen zwischen den Nationen entspricht. Man erzählt uns von einem „deutschen Block" und einem „slawischen Block". Aber da braucht man nur eine Frage zu stellen: Gibt es einen Fall, wo die Masse der deutschen Abgeordneten gegen die Masse der slawischen Abgeordneten geschlossen gestimmt hat? Wen will man denn foppen? Wir wissen alle, daß die Deutschen in Parteien gespalten sind, die einander auf das feindlichste gegenüberstehen, oft in unversöhnlichem Hasse einander bekämpfen. Das ist eine jener Lügen, mit denen in Österreich Politik gemacht wird. Es gibt keinen einzigen Fall, wo slawischer Block und deutscher Block einander gegenüberstanden. Der Gedanke von der slawischen Majorität war einfach erfunden und ist nun zum Fetisch geworden, an den zu glauben sie vorgeben. Es ist merkwürdig: Die Wahlreform wird heute von einer Koalition solcher bekämpft, die sagen: „Es sind zu wenig Mandate da für die Deutschen und zu viel für die Slawen!" und von solchen, die

sagen: „Es sind zu wenig Mandate da für die Slawen und zu viel für die Deutschen!" So töricht sind doch wohl die Völker nicht, das deutsche ebensowenig wie die slawischen, daß man ihnen einreden könnte, dieselbe Wahlreform bringe politisch die Deutschen um und die Slawen. (Heiterkeit und Rufe: Das sind Gaukler!) Entweder eines oder das andere, beides ist nicht möglich. In Wirklichkeit aber wird kein Volk gefährdet, sondern jedem Volke durch die Wahlreform zu seinem Rechte verholfen.

Noch ein Argument spielt eine große Rolle: „Die ganze Verfassung muß geändert werden." Da sagen die Polen: Die Autonomie Galiziens muß herbeigeführt werden. Und die Feudalen sagen: Es muß überhaupt mit dem alten Zentralismus aufgeräumt werden und ihr altes Ideal muß nun kommen, nachdem Königreiche und Länder alles sind und in jedem dieser Königreiche und Länder der Feudaladel alles ist. Mit ihnen im Bunde ist der Verfassungstreueste der Verfassungtreuen, Graf Stürgkh. Fragen Sie ihn, ob er für die Lostrennung Galiziens ist. Nein, er hält das für das Unglück Österreichs. Aber er stimmt dafür, um der Wahlreform ein Grab zu graben. Und Arm in Arm mit diesen Leuten, mit dem Dzieduszycki und Stürgkh, sehen Sie jetzt die Alldeutschen, nicht figürlich gesprochen! Wenn Sie in das Parlament kommen, dann können Sie sie wirklich sehen, wie sie Arm in Arm gehen, wie sie miteinander beraten, wie man die Wahlreform meucheln könnte. Darum handelt es sich ihnen allen, nicht um die Änderung der Verfassung, die ja jeder von ihnen, wenn überhaupt, so anders will als der andere. Wer verlangt, daß zugleich mit der Wahlreform eine Verfassungsänderung durchgeführt werde, der verrät bewußt die Wahlreform; und bei dem nützt alle politische Auseinandersetzung gar nichts. Dessen Widerstand kann nicht durch Argumente widerlegt, er kann nur durch die Kraft des Volkes überwunden werden (stürmischer Beifall) und dadurch, daß die Regierung kräftig bleibt.

Allerdings, unsere Erfahrungen lehren uns, daß die Regierungen in Österreich immer nur Kraft und Energie und Konsequenz zeigten, wenn es galt, dem Volke zu schaden. Würde es sich nicht darum handeln, dem Volke das Recht zu geben, etwa darum, einen Ausnahmszustand oder ein anderes schweres Unrecht am Volke zu verteidigen, dann würde die Regierung sicher nicht so vorsichtig, unsicher tastend vorgehen. Man wird nun sehen, wie die Regierung sich verhält, das erstemal, wo sie dem Volke ein Recht gibt. Freilich, das Volk hat bis jetzt ruhig zugesehen, wie drinnen im Parlament frei und ungehindert alle Feinde der Wahlreform aufmarschieren konnten. Die Arbeiterschaft hat ihre Selbstbeherrschung bewiesen, indem sie nach dem 28. November ruhig und geduldig abwartete, was die Herren dort zu machen belieben. Wir haben gezeigt, daß die Massen klug genug, besonnen genug sind, um ihnen die Zeit zu lassen, die sie verlangt haben. Kein Windhauch hat sich gerührt, während die Herren über die Wahlreform debattierten. Niemand hat sie beeinflußt, niemand hat sie „terrorisiert"! Auch wir im Parlament haben uns bezähmt und

haben ruhig zugehört, so sehr uns auch das Blut kochte. Vielleicht ist das einem oder dem anderen von Ihnen unangenehm aufgefallen. Wir haben Bezirke, wo man die Abgeordneten lieber wild sieht als diplomatisch und staatsmännisch. Aber wir haben geglaubt, die Selbstbeherrschung, die wir den Massen auferlegen, auch selbst üben zu müssen. Aber wenn die Herren glauben, daß das Volk, wenn es lauscht, schläft; wenn sie glauben, daß die Massen, die warten, teilnahmslos geworden sind; wenn sie glauben, daß das Volk, weil man seit einigen Monaten auf der Ringstraße nicht mehr den Ruf: „Heraus mit dem Wahlrecht!" gehört hat, an das Wahlrecht nicht mehr denkt, so täuschen sie sich ganz gehörig. Und wir werden ihnen sagen müssen: „Jetzt habt ihr das Wort gehabt. Nun wollen wir wieder einmal ein wenig reden." (Stürmischer Beifall.) Wenn in eure Kurienschädel die Vernunft so schwer hineingeht, werden wir eben ein wenig nachhelfen müssen! (Neuerlicher Beifall.) Wir haben einen Tag, an dem das österreichische Proletariat gewohnt ist, deutlich zu reden, an dem es sein Recht vor aller Augen verlangt. Am 1. Mai, wo die Wahlreformdebatte wieder im Gange sein wird, werden die Massen wieder in die Diskussion eingreifen. Wie wir sprechen werden, wird davon abhängen, an welchen Punkt der Diskussion wir bis zum 1. Mai gelangt sein werden. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Die Wahlreform ist in guter Hut, möge die Koalition ihrer Feinde noch so wettern... Können Sie sich übrigens vorstellen, daß in Ungarn, wo sich doch auch die Grafen gegen das allgemeine Wahlrecht koaliert haben, so ein Stürgkh es hätte wagen können, an Goluchowski zu appellieren, daß er in diese innere Verfassungsfrage eingreife, ohne angespuckt zu werden? Mögen sich die Stein und Stürgkh und Dzieduszycki koalieren, um ihre Mandate zu retten: die Wahlreform wird dadurch nicht aufgehalten werden; sie werden sich nur gegenseitig beschmutzt, gegenseitig kompromittiert haben durch diese Koalition.

Der Regierung hat es gefallen, aus irgendwelchen unerforschlichen Gründen den Reichsrat nach Hause zu schicken, um den krainischen Landtag tagen zu lassen. Nun, ein Unglück ist es nicht, denn vor Ostern wäre die Generaldebatte im Ausschuß nicht beendet worden, und ob einige Reden — immer dieselben Reden — mehr oder weniger gehalten werden, darauf kommt nicht viel an. Entscheidend wird die Lage erst am 24. April werden, wenn das Abgeordnetenhaus wieder zusammentritt. Dann wird man erst erkennen, wie es mit der Entschlossenheit der Regierung bestellt ist. Wir werden auch genau zusehen müssen, welcher Wandel sich in den Parteien vollzogen hat und ob die Regierung die Festigkeit und das Geschick hat, das durchzuführen, was sie als notwendig erkannt hat. Am 24. April werden wir sehen, wie die Sache steht, und am 1. Mai werden wir sprechen*). (Stürmischer Beifall.)

*) Gautsch hat diese Intrigen nicht zu besiegen vermocht und ist Ende April zurückgetreten. Am 1. Mai wurde den Arbeitern, die auf das äußerste

Antwort an Grabmayr.

Wahlreformausschuß, 26. April 1906*).

Der Ausschuß wird Dr. v. Grabmayr nur sehr dankbar dafür sein können, daß er das etwas abgeflachte Interesse an dieser Generaldebatte wieder auf eine gewisse Höhe gebracht hat. Er hat allerdings gemeint, er spreche als ein „harmloser" Großgrundbesitzer, und alles mögliche war die Rede, aber harmlos war sie nicht. Er meinte, es wäre gerade in seiner Situation nicht taktvoll

empört waren, die Mitteilung zuteil, daß an seiner Stelle ein ausgesprochener Wahlreformfreund, der Statthalter von Triest, Prinz Konrad Hohenlohe, der schon als Bezirkshauptmann in Teplitz den Beinamen des „roten Prinzen" gehabt hatte, die Regierung übernehme. (Siehe Seite 334 f.)

*) Die Generaldebatte über die Wahlreform zog sich im Ausschuß recht langsam hin. Die Intrigen der Feinde wurden hinter den Kulissen gesponnen. Am 26. April kam endlich Dr. v. Grabmayr mit einem neuen Vorschlag. Er hatte als erster Redner in der ersten Lesung im Parlament eine heftige Rede gegen die Vorlage der Regierung Gautsch gehalten, die in die Worte mündete: „Die Gautsch'sche Wahlreform ist tot, es lebe die Wahlreform!" Nun war man neugierig, wie er sich diese neue Wahlreform vorstelle. Und da machte er folgenden Vorschlag: Die Kurien sollten aufgehoben, aber „die Wähler in Gruppen geteilt und je nach ihrer Bedeutung für den Staat mit einer entsprechenden Quantität von politischen Rechten, die sich in der Zahl der ihnen zugewiesenen Mandate ausdrücke, ausgestattet werden". — Man könnte drei Gruppen schaffen und der ersten Gruppe alle jene zuweisen, die einen gewissen hohen Steuerzensus haben, der diese Personen in die Klasse der Wohlbemittelten einreiht, ferner alle Personen mit höherer Intelligenz. Dieser Gruppe wäre eine gewisse Quote aller Mandate zuzuweisen, zum Beispiel ein Viertel. Die zweite Wahlgruppe hätte aus den städtischen und ländlichen Wählern, wie sie heute sind, zu bestehen; in die dritte Gruppe endlich kämen alle jene, die in den beiden ersten Gruppen kein Wahlrecht haben. Der zweiten Gruppe könnte man die Hälfte, der dritten ein Viertel aller Mandate überweisen. Mit einem solchen System als Grundlage der Reform wäre das Hauptziel eines gerechten Wahlrechtes erreicht. Vor allem wäre den breiten Massen eine wirksame Vertretung gesichert und die Sozialdemokraten würden gewiß nicht viel schlechter abschneiden als durch das allgemeine, gleiche Wahlrecht. Wenn der Ministerpräsident eine solche Wahlreform gebracht hätte, die ja die Kurien des Großgrundbesitzes und der Handelskammern abschafft und den breiten Massen eine solche Verstärkung ihres politischen Einflusses zuweist, dann wären gewiß die Sozialdemokraten im Himmel gewesen (Dr. Adler: Ausgelacht hätte man ihn!) und auch die Privilegierten hätten sich damit abgefunden. Denn dann wäre es auch jenen Kreisen noch möglich gewesen, in die Reichsvertretung einzutreten, denen es widerstrebt, zu jenen Mitteln zu greifen, ohne deren Anwendung es unter der Herrschaft des gleichen Stimmrechtes nicht leicht möglich wird, ein Mandat zu erhalten.

Daran knüpfte er noch Bemerkungen, daß die Abgeordneten immer daran denken, Minister zu werden, daß die Großgrundbesitzer boykottiert werden, ja, daß die Minister sie meiden, gerade zur Not noch, daß sie den Gruß bekommen.

Ihm antwortete sofort Adler.

und nicht angemessen, in die verschiedenen Suppen zu spucken; aber er hat nicht eine dieser Suppen ausgelassen, sondern in sämtliche sehr kräftig hineinzuspucken versucht. Ob er dabei reussiert, ist zu bezweifeln. Neue Argumente konnte er ja nicht vorbringen, aber daß man in diesem vorgeschrittenen Stadium mit all den alten Argumenten noch einmal kommt, ist ein Zeugnis für die Zähigkeit gewisser Ideen, die in diesen Kreisen nicht auszurotten sind.

Dr. v. Grabmayr hat, wie es einem Führer des Großgrundbesitzes und einem Advokaten des Junkertums angemessen ist, den Kampf für die Privilegien mit einer ausführlichen Polemik gegen die Idee der Gerechtigkeit geführt! Es ist ein gemeinsamer Zug aller Großgrundbesitzer, von den Massen des Volkes im Tone der Überhebung zu sprechen. Sie überlegen sich tiefsinnig, ob der Großgrundbesitz es verantworten kann, die Massen weiterhin ohne seine Fürsorge leben zu lassen, ob man es ohne die tiefere Weisheit des Großgrundbesitzes in Österreich wird aushalten können. Es stimmt ganz gut in diesen Gedankengang, daß Dr. v. Grabmayr heute wieder von den Kurranden gesprochen hat; denn er meint allerdings, daß das ganze Volk so behandelt werden soll wie die Kurranden.

Aber über die Zeit solcher Erörterungen sind wir hinaus. Das sind Stimmen, die von der ganzen Bevölkerung, nicht nur von den breiten besitzlosen Massen, sondern bis in das Bürgertum einfach nicht mehr verstanden werden. Dr. v. Grabmayr sagte, man werde ihn als einen bornierten Mann, als einen Reaktionär erklären. Persönlich mag er durchaus nicht borniert sein. Aber was er vertritt, ist in der Tat die *borniertste*, die *reaktionärste* und, was das Schlimmste für die Herren ist, eine *absolut unmögliche* Politik. Wenn man sich mit seinen Ausführungen beschäftigt, ist es eine Höflichkeit für seine Person, ein Kompliment für ihn, aber *seine Sache ist gerichtet*. Glaubt er, daß die Massen in Österreich das, was er da vorlegt, anders als mit Hohn aufnehmen würden? Wenn Baron Gautsch mit einem solchen Projekt gekommen wäre, so hätten die Großgrundbesitzer vielleicht danach gegriffen. Aber die Zeiten sind vorbei, wo eine Maßregel, die das ganze Volk betrifft, bloß den Beifall von ein paar Privilegierten braucht. Die gesamte Öffentlichkeit aber wäre über einen solchen Vorschlag als absurd hinweggegangen.

Herr v. Grabmayr wirft der Sozialdemokratie vor, sie kämpfe auch nicht für Gerechtigkeit, sondern für ein Klasseninteresse. Gewiß soll nicht geleugnet werden, daß die Sozialdemokratie den Klassenkampf des Proletariats führt und daß das Wahlrecht ein Mittel des Klassenkampfes ist. Aber ihr Klasseninteresse ist eben mit der Gerechtigkeit identisch, während das Klasseninteresse der Privilegierten mit der Gerechtigkeit im Widerspruch steht. Wo immer die Arbeiterschaft ein Klasseninteresse verficht, auf dem Gebiet der politischen Freiheit, der Sozialreform, vertritt sie zugleich das Interesse des gesamten Volkes.

Die Herren Großgrundbesitzer diskutieren die politische Reife

der Massen. Aber die Massen haben den Befähigungsnachweis für das politische Recht gerade dadurch erbracht, daß sie die Privilegien nicht mehr dulden, daß sie nicht mehr gewillt sind, sich in diesem Staate nullifizieren zu lassen. Und wo manche Schichten noch nicht so weit sind, ist das nur das schlechteste Zeugnis für das System der Bevormundung und diejenigen, die sie mit Hilfe der Privilegien lange genug erzogen haben. Das beste Erziehungsmittel des Volkes ist das allgemeine und gleiche Wahlrecht, darüber auch nur ein Wort zu verlieren, ist überflüssig.

Demagogische Entstellung.

Aber Herr v. Grabmayr sucht den Ausschuß damit zu schrecken, daß unter dem gleichen Wahlrecht die Sozialdemokraten der ausschlaggebende Faktor in dem neuen Hause sein werden. So sehr ich das wünschen würde, wissen doch alle sehr gut, daß wir davon noch sehr weit entfernt sind. Die Darstellung von dem deutschen und dem slawischen Block, zwischen denen die Sozialdemokraten dirimieren würden, ist eine demagogische Entstellung der wahren Verhältnisse. Dr. v. Grabmayr weiß, daß weder der deutsche noch der slawische Block existiert. Mit der weitestgreifenden politischen Phantasie kann man unmöglich die österreichische Politik in Situationen auflösen, wo ein slawischer und ein deutscher Block einander gegenüberstehen. Was in der ganzen Diskussion von bürgerlicher wie von feudaler Seite immer wieder frappiert, ist die kolossale Überschätzung des rein mechanischen Zahlenmomentes. Erschöpft sich denn der Einfluß einer politischen Partei in der Ziffer ihrer Vertreter? Man hat jetzt eigene Ausdrücke dafür: fünf ist die Spannung, drei ist die Spannung, null soll sie sein! Ist denn das ernst? Glaubt man denn, daß die Mandate Macht geben, weiß man nicht vielmehr, daß die politische Macht es ist, welche schließlich auch die Mandate gibt, daß jede Partei, jede Schicht, ja jeder einzelne Staatsbürger eine politische Macht ausübt, die sich nicht allein ausdrückt im Verhältnis der Stimme, die er abgibt? Das sind Torheiten, und damit ist auch jeder Versuch des Pluralsystems gerichtet. Von konservativer, besonders von klerikaler Seite hört man: Es sei doch Unrecht, daß der besitzlose Arbeiter, der angeblich so viel weniger Interesse an dem Staate hat als der Bauer oder gar der Großgrundbesitzer oder der Bankier, dasselbe Maß von politischem Einfluß haben soll. Er hat es aber gar nicht. Jeder Angehörige der besitzenden Klassen und der Intelligenz, mag er Doktor, Ingenieur oder Pfarrer sein, übt durch seine wirtschaftliche und soziale Stellung allein schon ein Maß von politischem Einfluß aus, das sich durch sein Stimmrecht nicht abgrenzen läßt, er hat schon an sich ein Plus an politischem Recht.

Das Pluralwahlrecht.

In Belgien hat man vor zehn Jahren das Pluralwahlrecht gemacht, und es wird jetzt zu Grabe getragen. Über ein Jahr wird man es kaum mehr sehen. Und wie soll es in Österreich aussehen? Es wurde von acht Kronen direkter Steuer gesprochen. Was be-

deuten die acht Kronen in Oberösterreich, in Böhmen, in Niederösterreich und was bedeuten sie in Galizien! In Galizien würden verdammt wenig von diesen acht Kronen erfaßt werden und der Abgeordnete Pastor wäre mit seiner Pluralität sehr wenig zufrieden. Bei uns aber würden die Massen sich dieses Pluralwahlrecht ganz einfach nicht gefallen lassen. Es ist auch darum unmöglich, weil es einer richtigen Aufstellung der Wählerlisten die größten Schwierigkeiten entgegensetzt und zu jedem Unterschleif und Schwindel vermehrte Gelegenheit bietet, an dem wir, und nicht nur hier in Wien, schon heute genugsam leiden.

Dr. v. Grabmayr hat sich selbst geschlagen, indem er meinte, man dürfe das allgemeine Wahlrecht für den Reichsrat nicht einführen, weil es auf das Land und die Gemeinden übergreifen würde, andererseits aber auf die Landtage im Deutschen Reiche hinweist, die sich trotz des Reichstagswahlrechtes dem allgemeinen Wahlrecht bisher mit Erfolg widersetzen.

Die Intrigen des Großgrundbesitzes.

In Preußen und Sachsen wird das ungleiche Wahlrecht für den Landtag in der Tat nur darum noch ertragen, weil das gleiche Wahlrecht für den Reichstag eine gewisse Kompensation bildet. Charakteristisch ist aber, daß ein Liberaler das Beispiel der preußischen Junker als Muster für die österreichische Volksvertretung hinstellt. Die Rede Dr. v. Grabmayrs ist nur als ein Rückzugsgefecht anzusehen, als der Versuch, gerade das zu tun, was man zu tun leugnet, nämlich die Verhandlungen außerhalb dieses Saales zu stören, nahestehende Volksgenossen und Politiker in bösen Geruch zu bringen, das Werk des Friedens, das sich vorbereitet, möglichst zu behindern. Diese Rede ist die Intrige des Großgrundbesitzes, auf einen kurzen rhetorischen Ausdruck gebracht. Und dieser Versuch wird unternommen mit den kleinlichsten und verwerflichsten Mitteln, mit der nationalen Demagogie, die den Herren sehr schlecht ansteht, mit dem Verdächtigen von Leuten, die „nach politischer Macht und Ministerposten streben“. Es war interessant, das gerade aus dem Munde eines Redners der Großgrundbesitzer zu hören, bei denen man eine professionelle Abneigung gegen das Ministerwerden bisher noch nicht gesehen hat. Dr. v. Grabmayr hat sich so sehr gegen den Verdacht verwahrt, der Fuchs mit den sauren Trauben zu sein, daß man an das qui s'excuse, s'accuse*) allzu deutlich erinnert wird.

Das trifft ihn vielleicht nicht persönlich. Dr. v. Grabmayr hat eine freie Stellung, die er gewiß mit der Last eines Ministerportefeuilles nicht gern vertauschen würde. Aber er spricht doch für seine Gruppe. Die melancholischen Auseinandersetzungen darüber, daß ihn die Minister „schneiden“, von dem Salon der Zurückgewiesenen, die Klagen, daß man kaum gegrüßt werde, wecken

*) Wer sich entschuldigt, klagt sich an.

doch den Verdacht, daß die Herren eine Wahlreform möchten, bei der gerade diese persönlichen Verhältnisse sich anders gestalten würden, bei der sie mit der ganzen Mache, ja sogar mit den Portefeuilles etwas näher zu tun hätten. Aber das ist schließlich ihre eigene Schuld. Es war ja nicht notwendig, gerade das zu ihrem Programm zu machen, was einfach unmöglich geworden ist. Wer mit der Bevölkerung weit über die Arbeiterklasse hinaus irgendeine Fühlung hat, weiß, daß kein Mensch von diesem Hause etwas anderes erwartet, als daß das allgemeine, gleiche Wahlrecht so einfach und so schnell als möglich gemacht wird. Die Bevölkerung, Ihre eigenen Wähler, meine Herren, würden es nicht verstehen, daß man wegen zweier Mandate auf oder ab dieses grundlegende Werk Schiffbruch leiden ließe.

Vergeudung der politischen Kraft.

Die Bevölkerung ist dieses Spieles müde und weiß, daß das, was hier noch geschieht, wenn das Haus noch weiter mit der Perfektionierung der Wahlreform zögert, einfach eine Vergeudung von politischer Kraft ist. Man möge den öffentlichen Frieden und die ruhige Entwicklung nicht gefährden, indem man überflüssig zögert. Die Arbeiterschaft, die hierin aber nur die Führung der breiten Massen aller Schichten des Volkes hat, fängt an, ungeduldig und mißtrauisch zu werden. Es wäre eine Frivolität und ein politisches Verbrechen, wenn man den Massen ganz überflüssigerweise noch einmal einen Kampf auferlegen würde. Denn dieser Kampf würde in einer ganz anderen Stimmung vor sich gehen. Es ist nicht wahr, wenn gesagt wird, die Sache sei so plötzlich gekommen. Der 28. November nur hat die Summe einer politischen Entwicklung von vielen Jahrzehnten gezogen. Einmal muß ja das Maß voll sein. Und es ist längst voll. Man soll weiter gehen in der politischen Einsicht als die Krone, als eine Beamtenregierung, wie die des Baron Gautsch. Aber ein österreichischer Volksvertreter hat doch nicht das Recht, hinter der Krone und hinter einem Beamtenministerium an politischer Einsicht und an Respekt vor dem Rechte des Volkes zurückzustehen. Es ist höchste Zeit, das Werk zu beenden. Nicht eine Woche, nicht ein Tag, nicht eine Stunde ist zu verlieren. Wenn sich der Bevölkerung die Überzeugung bemächtigen würde, daß der Wille der Krone nicht ausreicht, daß der gute Wille der Regierung nicht ausreicht, daß die eigene Einsicht der Herren nicht ausreicht, dann würden wir vor einem Kampfe stehen, dessen Konsequenzen man sich bewußt sein möge. Sie können heute noch das gleiche Wahlrecht bringen als einen Erfolg, den die Einsicht der Krone, die freiwillige Ergebung des Hauses in ein Unvermeidliches, sagen wir, die Einsicht des Parlaments erreicht hat. Wenn Sie diesen Zeitpunkt versäumen, wird die Wahlreform ein Schritt sein, der dem Parlament wider seinen Willen wirklich durch die Gewalt der Tatsachen abgezwungen wird. Wir wünschen das nicht, wir wünschen nicht, daß das Volk schwere

Opfer zu bringen hat für Dinge, die wir ohne Opfer haben können und die uns ohne Opfer gebühren. Nicht wir sind diejenigen, welche revolutionäre Ereignisse entfesseln wollen; diese entfesseln nur immer diejenigen, die einsichtslos, eigensüchtig sind und überdies kurzsichtig genug, das Interesse des Moments höher zu stellen als das Gebot der politischen Notwendigkeit. Jede Stunde, die die privilegierten Herren gewinnen, die auf dem Standpunkt stehen, Zeit gewonnen — alles gewonnen; jede Stunde, die dieser Cliquenegoismus gewinnt, ist ein unersetzlicher Verlust für das Volk und für den Staat. In wenigen Tagen wird die Maifeier stattfinden, die diesmal naturgemäß unter dem Zeichen der Wahlreform stehen wird. Es ist zu wünschen, daß sich die Maifeier auch unter dem Eindruck vollziehe, daß prinzipiell die Schlacht für das gute Recht bereits gewonnen sei, daß man in diesem Ausschuß jenes Minimum von Einsicht und von Ökonomie in bezug auf die Anwendung von politischer Kraft habe, das notwendig ist, um hier einfach ja zu sagen.

Keine Verzögerung!

Zum Schluß ersuche ich die Herren, jede unnütze Verzögerung der Verhandlung hintanzuhalten*). Gewiß ist die Generaldebatte überflüssig und der Schwerpunkt liegt in den Verhandlungen außerhalb des Ausschusses, aber sie muß endlich auch formell zum Abschluß gebracht werden; das ist man der Bevölkerung schuldig, die mit größter Spannung den lebenswichtigen Verlauf der Aktion verfolge. Eine Verzögerung oder Verschleppung wird niemand verantworten können**).

*) Dieser Appell bezog sich darauf, daß Geßmann zu Beginn der Sitzung die Unterbrechung der Ausschußverhandlungen angeregt hatte, da der Ausschuß durch die gegenwärtige Art der Verhandlungen in Mißkredit kommen müsse.

**) Die Wahlreform war wirklich in einer schweren Krise. Gautsch schlug zunächst die Schaffung von 24 neuen Mandaten vor, von denen die Deutschen zwölf, die Polen zehn und die Tschechen und Italiener je eines erhalten sollten. Dadurch würde die slawische Mehrheit erhalten, aber von fünf auf drei Mandate sinken. Zugleich suchte er, um die Krise zu bannen und eine Verständigung zu erleichtern, eine Parlamentarisierung der Regierung in die Wege zu leiten. Statt der Beamten sollten Parlamentarier aus den drei großen nationalen Gruppen in die Regierung eintreten, und zwar vier Deutsche, zwei Tschechen und zwei Polen. Man nannte auch schon von den Deutschen: Dr. Derschatta (Deutsche Volkspartei) als Eisenbahnminister, Dr. Groß (Fortschrittspartei) oder Prade (Deutsche Volkspartei) als Landsmannminister, und Dr. Ebenhoch (Klerikales Zentrum) als Ackerbauminister; von den Tschechen: Dr. Pacak als Landsmannminister und Dr. Žaček (der zweite Vizepräsident des Abgeordnetenhauses) als Handelsminister, und von den Polen Graf Dzieduszycki als Landsmannminister und Dr. Madeyski als Unterrichts- oder Justizminister. Da aber, namentlich infolge des Widerstandes der Polen, eine Einigung nicht zustande kam, mußte Gautsch zurücktreten.

Kein Subkomitee!

Wahlreformausschuß, 25. Mai 1906*).

Dr. **Adler** warnt vor der Einsetzung von Subkomitees. Es ist absolut nicht notwendig, daß ein Subkomitee über Dinge berate, die in der Presse wie in allen Klubs bereits genügend erörtert sind und über die sich jeder schon eine Meinung gebildet hat. Er warne aber auch davor, jetzt einfach die Sitzung zu schließen und nichts weiter zu machen. Die formale Schwierigkeit, die dadurch entstanden sei, daß der Ministerpräsident nur eine „Anregung" gegeben habe, lasse sich leicht beseitigen, indem entweder der Ministerpräsident selbst oder irgendein Mitglied des Ausschusses diese Anregung in einen Antrag umwandle. Zu dem Schluß der heutigen Sitzung könnte man sich nur unter der Bedingung verstehen, daß bis morgen früh die Vorschläge des Ministerpräsidenten gedruckt und an die Ausschußmitglieder verteilt würden. Die Frage, ob man den § 6**) allein oder im Zusammenhang mit der Wahlkreiseinteilung verhandeln

*) Am 3. Mai 1906 hatte die „Wiener Zeitung" die Demission des Ministerpräsidenten Gautsch und die Ernennung des neuen Ministerpräsidenten Prinzen Konrad Hohenlohe kundgemacht und damit der Krise ein Ende gemacht, die die Wahlreform in den letzten Tagen durchgemacht hatte und die um ein Haar die Arbeiterschaft zum Massenstreik gezwungen hätte. Über Hohenlohe und seinen Sturz siehe Näheres in den Fußnoten zur folgenden Rede vom 30. Mai über die ungarische Intrige.

Aber Hohenlohe vermochte die Wahlreform nicht vorwärts zu bringen. Im Abgeordnetenhaus zog sich die Debatte über die Erklärung, die er am 15. Mai abgegeben hatte — er sagte, die Wahlreform werde nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden — bis zum 25. Mai hin. An diesem Tage machte Hohenlohe im Wahlreformausschuß einen neuen Kompromißvorschlag, wonach die Zahl der Mandate um vierzig vermehrt werden sollte, wovon auf die Deutschen 18, auf die Polen 14, die Tschechen 4, die Italiener 2 und auf die Ruthenen und Rumänen je eines entfallen würden. Außerdem sollte die Wahlkreiseinteilung durch das Erfordernis der Zweidrittelmehrheit geschützt werden. Formell waren die neuen Mandate nicht den Nationen, sondern den Ländern zugewiesen, aber nach der Wahlkreiseinteilung war zu berechnen, wie sie sich auf die Nationen verteilen würden. Über die „Spannung" zwischen dem „deutsch-romanischen" und dem „slawischen Block" siehe die Fußnote bei Adlers Rede über die neue Regierung Beck am 6. Juni 1906.

Allerdings brachte Hohenlohe diese Vorschläge nicht als Regierungsentwurf ein, sondern bezeichnete sie als „Anregungen", von denen er die Hoffnung aussprach, daß sie für eine Einigung ein „Substrat" bilden würden.

Im Ausschuß entspann sich darauf eine Debatte, wie man nun vorgehen solle. Geßmann meinte, man solle ein Subkomitee einsetzen, zog aber den Antrag später wieder zurück.

Schließlich wurde beschlossen, die nächste Sitzung am 29. Mai abzuhalten. Aber an diesem Tage war Hohenlohe schon gefallen.

**) Der § 6 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung bestimmte die Zahl der Mandate der einzelnen Länder. Die Wahlkreiseinteilung war in der Wahlordnung festgelegt.

soll, ist sehr einfach zu lösen. Jedermann ist überzeugt, daß die Abstimmung über die Anzahl der Mandate in jedem Kronland mit der Art der Aufteilung der Mandate innerhalb dieses Kronlandes zusammenhänge, und es ist kein Zweifel, daß, wenn man zum Beispiel mit der Beratung der Bestimmung beginnt: „Auf das Kronland Böhmen entfallen soundso viel Mandate", in der Diskussion auch über die Wahlkreiseinteilung beziehungsweise über den nationalen Schlüssel wird gesprochen werden müssen. Es sei also auch hier nicht notwendig, Subkomitees einzusetzen, sondern es werde genügen, wenn die Mitglieder eines Kronlandes in dem Augenblick, wo ihr Land an die Reihe kommt, einfach zu einer Besprechung zusammentreten. Man könnte auch heute ohne weiteres in die Diskussion eingehen, bevor die Ausführungen des Ministerpräsidenten gedruckt vorliegen. Man möge doch nicht voreinander Verstecken spielen; überrascht war man von dem Gehörten nicht, man hat das in den verschiedenen Zeitungen in der letzten Zeit schon gelesen. Wenn gesagt wird, daß man in den Klubs erst darüber reden müsse, so wäre dies nur eine Anregung zur Verschleppung, gegen die man sich auf das entschiedenste verwahren müßte. Er beantragt also, die Diskussion ohne weiteres fortzusetzen und über § 6 zu sprechen. Bis zur Abstimmung über § 6 werden auch die Vorschläge des Ministerpräsidenten im Druck vorliegen. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages beantragt er, die nächste Sitzung für morgen, 10 Uhr vormittags, anzusetzen, bis zu welchem Zeitpunkt die Drucklegung zu erfolgen hätte.

Die ungarische Intrige.

Parlament, 30. Mai 1906.

Der sozialdemokratische Verband hat sich dem Dringlichkeitsantrag*) angeschlossen, weil auch er es für wünschenswert hält, daß das Parlament eine möglichst einmütige Erklärung abgebe über die Anschauung, die es von den letzten Vorgängen hat; es liegt

*) Am 3. Mai 1906 war Prinz Konrad von Hohenlohe, der als Statthalter von Triest und schon früher als Bezirkshauptmann von Teplitz sich den Beinamen des „roten Prinzen" erworben hatte — weil er der Arbeiterbewegung mit Verständnis entgegentrat —, zum Ministerpräsidenten ernannt worden, um die Schwierigkeiten, die sich der Wahlreform entgegenstellten, zu besiegen. Aber schon am 28. Mai fiel er einer ungarischen Intrige zum Opfer. Im April war nämlich in Ungarn die Koalitionsregierung Wekerle gebildet worden, der Franz Kossuth, des Rebellen Kossuth Lajos (Ludwig) unwürdiger Sohn, und Graf Apponyi angehörten, deren Hauptsorge es war, die Wahlreform in Ungarn zu verhindern und die deshalb auch der österreichischen Wahlreform ein Bein stellen wollte. Sie beschloß, den beiden Staaten gemeinsamen Zolltarif dem ungarischen Reichstag als selbständigen ungarischen Zolltarif vorzulegen. Im Kronrat, dem gemeinsamen Ministerrat unter dem Vorsitz

in der Natur der Sache, daß man, wenn man eine einmütige Kundgebung will, alles zurückstellen und aus dem Antrag ausscheiden mußte, was das eigentliche Wesen, was das Charakteristische der Auffassung jeder einzelnen Partei ist, und so sind wir dahin gelangt, einen Dringlichkeitsantrag vorzulegen, der rein negativ ist und der auch in der Negative, das heißt in der Ablehnung dessen, was geschehen ist,

ein bloßes Minimum

darstellt, ein Minimum dem Inhalt nach und ein Minimum dem Grade nach. So leidenschaftslos, wie dieser Antrag lautet, ist die leidenschaftsloseste Partei in diesem Hause — man braucht sie nicht näher zu bezeichnen —; unter dieses Niveau geht niemand. Wir Sozialdemokraten betrachten die Dinge, die geschehen sind, nicht ganz so ruhig, wie sie in diesem Antrag dargestellt werden. Wir sind uns vollkommen bewußt und die Arbeiterschaft empfindet es schwer, daß in wirtschaftlichen Fragen allerersten Ranges, daß in Verhältnissen, die die ganze wirtschaftliche Entwicklung dieses Staates berühren — ich sage „dieses Staates" und nicht „des Diesseits" (Heiterkeit) und auch nicht „dieser Reichshälfte" oder „der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder"*) (neuerliche Heiterkeit), sondern dieses Staates Österreich, für den wir ein

---

des Kaisers, wurde das Vorgehen Ungarns trotz dem energischen Protest Hohenlohes gebilligt. Darauf trat Hohenlohe zurück. An seine Stelle wurde nun im Juni der Sektionschef im Ackerbauministerium, Freiherr Wladimir v. Beck, an die Spitze der Regierung gestellt — der ehemals ein Vertrauensmann des Thronfolgers Franz Ferdinand gewesen war, aber nun bei diesem in Ungnade fiel. Es gelang ihm, die bürgerlichen Parteien für sein Ministerium und damit für die Wahlreform zu gewinnen. Von der Deutschen Volkspartei wurde Dr. v. Derschatta Eisenbahnminister, Prade deutscher Landsmannminister, der Liberale Professor Marchet Unterrichtsminister; von den Tschechen wurde Dr. Forscht Handelsminister, Dr. Pacak tschechischer Landsmannminister, von den Polen, die bisher besonders feindlich gewesen waren, Graf Dzieduszycki polnischer Landsmannminister, Dr. R. v. Korytowski Finanzminister. Außerdem gehörten der Regierung an: Dr. v. Bienerth als Minister des Innern, Dr. Franz Klein als Justizminister, Feldzeugmeister Schönaich als Landesverteidigungsminister, Graf Leopold Auersperg als Ackerbauminister.

Am 30. Mai wurde nun im Abgeordnetenhaus ein in der Obmännerkonferenz von allen Parteien vereinbarter Dringlichkeitsantrag verhandelt, der einen Protest gegen den ungarischen Übergriff enthielt. Für die Sozialdemokraten sprach Dr. Adler. Der Dringlichkeitsantrag wurde dann mit 240 gegen 8 Stimmen (der Tschechischradikalen) angenommen.

*) Von den beiden Hälften der Monarchie hatte nur Ungarn einen Namen, der andere Teil hieß offiziell „die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder" und wurde oft im politischen Sprachgebrauch „die diesseitige Reichshälfte" genannt. Der Name „Österreich" war verpönt, da er nach der Auffassung der Patrioten auch Ungarn umfaßte, was von den Ungarn aber mit Entrüstung abgelehnt wurde. Oft sagte man auch nach dem Grenzfluß „Zisleithanien", für Ungarn dann „Transleithanien".

Gesamtgefühl, eine Empfindung der Gesamtinteressen Österreichs haben —, die Arbeiterschaft empfindet es schwer, daß die wichtigsten wirtschaftlichen Fragen, und nicht erst seit vorgestern, entschieden werden, ohne daß eine Vertretung des Volkes diese wirtschaftlichen Interessen wahrt; wahrt gegen Ungarn und gegen die Krone. Was geschehen ist und worüber in diesem Hause eine solche Entrüstung herrscht, der wir uns bis zu einem gewissen Grade anschließen, das ist in der Tat eine Beleidigung vor allem der Selbständigkeit, der Ehre dieses Staates — wenn ein Staat und eine Ehre vorhanden ist. Mit vollem Bewußtsein hat man sich entschlossen, ein vom Hause beschlossenes, vom Kaiser sanktioniertes und nach allen Regeln kundgemachtes Gesetz einfach zu zerreißen, und man bildet sich ein, daß es seine Verbindlichkeit trotzdem behält, weil man weiß, daß an den tatsächlichen Verhältnissen dadurch nichts geändert wird, und weil man hofft, und nach allem, was man von Österreich und seinem Parlament kennt, darf man es hoffen und erwarten, daß die Konsequenzen daraus von diesem Hause und von Österreich nicht gezogen werden. Mit vollem Bewußtsein hat man das getan und hat das Parlament nicht gefragt. Ja man hat das getan, trotz des Einspruchs der zur Wahrung der österreichischen Interessen berufenen Regierung, der ersten Regierung, die mit der Ehre Österreichs, mit der Wahrung der Interessen Österreichs gegenüber Ungarn ihre Existenz verknüpft hat, die den Mut gehabt hat, so wie sie das Lebensinteresse Österreichs nach innen in der Wahlreform vertreten hat, auch das Interesse und die Ehre Österreichs nach außen zu vertreten, gegenüber Ungarn und gegenüber der Krone. (Beifall.)

Es wird ja vielfach davon gesprochen, als wäre dieser Ziegelstein, der uns da auf den Kopf gefallen ist, ein Manöver, das gegen die Wahlreform erfunden wurde; ja man geht so weit, zu behaupten, daß der Ministerpräsident Hohenlohe diese Gelegenheit benützt hätte, um sich aus der „Affäre zu ziehen", weil er verzweifelt habe, die Wahlreform durchzusetzen. Ich zweifle gar nicht, daß, wenn ein solches Manöver möglich gewesen wäre, es gemacht worden wäre, wie jedes Manöver gegen die Wahlreform. Aber daß die Regierung daran teilgenommen hätte, ist gewiß falsch. Prinz Hohenlohe hat, als er das erstemal hier in das Haus kam, erklärt, daß er aus dem Kontext der ungarischen Fragen nichts herausreißen lasse, und er ist als ein redlicher Mann — gewiß eine bei einem österreichischen Minister vollkommen unerhörte Erscheinung — bei seinem Worte geblieben. Weil aber diese Erscheinung so selten ist, sucht man sich sie zu erklären: dahinter müsse etwas stecken, wenn jemand ein anständiger Mensch ist. (Heiterkeit.) Wohl aber — das will ich gar nicht leugnen — gibt es Parteien, Cliquen hier und jenseits der Leitha, denen dieser Konflikt, der uns hier dazwischen kommt, und der eine Entwicklung, die das Parlament gesund machen und die uns ein Parlament geben soll, stört, gelegen kommt. Schon in den ersten Stadien der Wahlreform wurde in tiefsinnigen Auseinandersetzungen immer auf die ungarischen Dinge hingewiesen. Ich glaube gern, daß es den Herren sehr gelegen kommt,

daß jetzt einen Moment lang nicht von der Wahlreform, sondern von Ungarn gesprochen wird. Aber die Herren täuschen sich: vor allem ist das, was sie tun, ein ungarisches Interesse, oder vielmehr, man darf Ungarn nicht mit seiner Regierung identifizieren, man darf das Volk Ungarns, möge es magyarisch, slovakisch, rumänisch heißen, nicht mit der Junkerclique identifizieren, die dort am Ruder ist. (Beifall.)

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Betyarenclique*), nicht Junker!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Es ist selbstverständlich, daß die **ungarische Regierung die Wahlreform hier zu stören wünscht,** so gut sie kann. Denn es ist ein **wesentlich ungarisches Interesse,** ein **Interesse gegen Österreich,** es ist das Verderben Österreichs, **wenn es nicht dazu kommt, diesem Ungarn ein Parlament entgegensetzen zu können.** (Beifall.) Wir haben heute das Haus gesehen, wie es einen Anlauf nimmt, um stark zu erscheinen. Aber, täuschen wir uns nicht, das, was wir vor uns gesehen haben, ist ein **Versuch zur Stärke, aber ein Ergebnis der Schwäche des Parlaments.** Je lebhafter und aufgeregter Sie darüber reden, um so weniger werden Sie die Bevölkerung darüber täuschen können, daß die Schuld daran, daß das geschehen konnte,

nicht ausschließlich bei der Krone liegt,

sondern daß die **Schuld daran liegt, daß Österreich keine Volksvertretung hat, die man respektieren muß.** (Beifall.)

Was wird Ihnen hier vorgeschlagen? Es wird uns gesagt: Es darf niemand Minister werden! Wir werden ja sehen! (Heiterkeit.) Dann wird uns gesagt: Weg mit dem § 14! Das soll unsere Maßregel sein. Aber, meine Herren, beschließen Sie sie doch! Sie sind ja hier im Hause! Beseitigen Sie den § 14! Sie werden uns an Ihrer Seite haben. Zur Beseitigung des § 14 gehören allerdings auch andere Faktoren als dieses Haus. Aber sie hätten es ja sehr bequem. Sie brauchen den § 14 nicht zu beseitigen und könnten sich doch helfen.**) Schicken Sie doch einen Diener in das Archiv und lassen

*) Ein in Ungarn übliches Schimpfwort für Landstreicher und Wegelagerer, meist auf den Adel gebraucht und daher auch in Österreich für die ungarischen adeligen Politiker üblich.

**) Der § 14, der den Regierungen der Vorwand war, das Parlament beiseitezuschieben (seinen Wortlaut siehe Bd. VIII, Seite 151, Note), bestimmte wohl, daß, wenn sich die dringende Notwendigkeit einer gesetzlichen Anordnung herausstellt, wenn der Reichsrat nicht versammelt ist, das durch kaiserliche Verordnung geschehen könne. Aber er bestimmte auch, daß die Regierung eine solche Verordnung dem Parlament sofort nach seinem Zusammentritt vorlegen müsse und daß die Verordnung außer Kraft trete, wenn auch nur eines von beiden Häusern sie nicht genehmige. Dadurch hätte es das Abgeordnetenhaus jederzeit in der Hand gehabt, den versteckten Absolutismus der §-14-Wirtschaft zu beseitigen, wenn es auch nur ein einzigesmal einer §-14-Verordnung die Genehmigung versagt hätte, weil das dann jeder Regierung den Mut benommen hätte, mit dem § 14 zu regieren. Aber gerade das wollten die bürgerlichen Parteien nicht, weil jede hoffte, selbst einmal mit dem § 14 zu regieren.

Sie sich den Stoß §-14-Verordnungen geben, denen das Haus seine Zustimmung noch nicht gegeben hat. Es ist eine beträchtliche Anzahl.

Abgeordneter Dr. **v. Grabmayr***): Lesen Sie meinen Bericht!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Und wenn Sie sie durch einen Fachmann durchsehen lassen, so werden Sie auf die eine oder andere kommen, durch deren Ablehnung Sie **die ganze §-14-Wirtschaft und was drum und dran hängt abtun würden.** Das können Sie sehr gut machen ohne Aufwand von großen Gebärden, ohne an Beschlüsse des Herrenhauses und an die Zustimmung der Krone gebunden zu sein. Warum machen Sie es denn nicht?

Abgeordneter **Seitz:** Warum haben Sie es so viele Jahre lang nicht gemacht?

Abgeordneter Dr. **Adler:** Nein, **aus diesem Hause wird nichts!** Und die Bevölkerung wird sich durch noch so lebhafte Gebärden von Ihnen nicht täuschen lassen. (Lebhafter Beifall.) Wir sollen kein Geld für Soldaten hergeben, wurde uns von dieser Seite gesagt. Wir hoffen, die Herren bleiben dabei.

Abgeordneter **Wohlmeyer:** O gewiß!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ja, mir ist das Pfand nicht ausreichend! (Heiterkeit.) Wir werden ja sehen!

Dr. v. Derschatta hat eine sehr sachliche, schlüssige, in den Hauptdingen durchaus zutreffende Rede gehalten. Er hat darauf verwiesen — und eine Reihe anderer Herren hat sich ihm angeschlossen — wie schrecklich es ist, daß man in diesem kritischen Augenblick das Haus sogar vertagen will, daß man

das Haus nicht früher gefragt

hat. Aber fragt man Sie denn heute? Der Kaiser läßt sich den Statthalter von Böhmen kommen, den Statthalter von Steiermark, den Statthalter von Niederösterreich, auch einige Leute, die früher Statthalter waren oder es demnächst werden sollen, Bürokraten aller Rangsklassen, soweit sie ministrabel sind. Es sind Herren darunter, die sich gar nicht in die Sonne getrauen dürfen, geschweige in dieses Haus, Herr v. Wittek**) zum Beispiel. Aber

---

*) Dr. v. Grabmayr war Abgeordneter des Tiroler Großgrundbesitzes, ein sehr kenntnisreicher Jurist, aber ein fanatischer Feind der Wahlreform. (Siehe übrigens Adlers Antwort an Grabmayr in der Ausschußsitzung vom 26. April.)

Er hat im Jahre 1906 im Namen des Verfassungsausschusses einen Bericht über den § 14 erstattet, aus dem sich ergibt, daß von 1897 bis 1904 nicht weniger als 76 Notverordnungen auf Grund des § 14 erlassen wurden. (Siehe Richard Charmatz: „Österreichs innere Geschichte von 1848 bis 1907", Bd. II, Seite 175).

Wohlmeyer war ein Christlichsozialer, Vertreter des Landgemeindenbezirkes von St. Pölten (Niederösterreich), von Beruf Baumeister.

**) Heinrich v. Wittek war von 1897 bis 1905 Eisenbahnminister. Vom 21. Dezember 1899 bis 18. Jänner 1900 (wo Körber die Regierung antrat) war er auch Leiter eines provisorischen Beamtenministeriums und hat, im Gegensatz zu dem ebenfalls provisorischen Geschäftsministerium des Grafen

daß man etwa das Abgeordnetenhaus fragt, daß man die Abgeordneten fragen würde, das ist der Krone gar nicht eingefallen! Jetzt wundern Sie sich aber nicht, wenn ich als Verteidiger der Krone und als Ihr Ankläger auftrete. Die Krone hat in diesem Punkte zunächst recht, wenn sie meint, daß Sie nicht gescheiter geworden sind. Ist denn der kritische Moment, in dem Sie die Mithilfe und Verantwortlichkeit des Parlaments so schwer vermissen, alle zusammen, sogar diejenigen, die am maßvollsten sind, **erst heute** eingetreten, **nachdem die Kuh aus dem Stalle ist?** Wußten Sie nicht schon längst, daß es einen kritischen Moment gibt, und waren Sie nicht tatsächlich gerade in den letzten zwei Monaten **in der Lage, die Verantwortung auf sich zu nehmen, die Führung der Angelegenheiten des Staates und Österreichs zu übernehmen, wenn Sie die Courage gehabt** hätten und nicht der **kläglichsten Demagogie unter Ihnen selbst unterliegen würden,** dem kläglichsten Neid, der kläglichsten Eifersucht, die alles ertötet? (Beifall.) Ich kann das hier ruhig sagen, mich wird niemand im Verdacht haben, daß unsere Partei etwa glaubt, daß wir, wenn die Herren Minister werden, sehr viel davon hätten. Im Gegenteil, wir wissen sehr gut, daß, wenn ein solches Ministerium aus den Bürgern, wie sie halt jetzt ausschauen, gebildet würde, eine verdammt schwere Erziehungsarbeit von uns geleistet werden müßte, bis sie halbwegs so hergerichtet sind, um mit der österreichischen Arbeiterschaft umgehen zu können. (Beifall und Heiterkeit.) Aber Sie haben **nicht das Recht, die Schuld auf die Krone allein zu wälzen.** Sie sagen heute, wir haben

ein schwaches Parlament.

Warum machen Sie sich kein starkes? Vielleicht ist es erlaubt, ich glaube sogar, es ist höchst notwendig, daß man weitsichtiger ist als die Krone, aber **kurzsichtiger, politisch einsichtsloser zu sein als die Krone, ist Ihnen nicht erlaubt,** und gerade das sind

---

Clary, der die Anwendung des § 14 verweigerte, sich nicht gescheut, sich zum §-14-Regieren mißbrauchen zu lassen. Unter ihm wurde durch einen kühnen Vorstoß der Sozialdemokraten der Zeitungsstempel aufgehoben. In Wirklichkeit wurde die Aufhebung des Zeitungsstempels nur unter ihm sanktioniert, aber vor seinem Regierungsantritt beschlossen. Am 17. November 1899 hatte das Abgeordnetenhaus unter dem Druck der Arbeiterschaft die Aufhebung des Zeitungsstempels beschlossen, aber das Herrenhaus war damit nicht einverstanden und wollte in der Sitzung vom 19. Dezember die Vorlage durch Zuweisung an die Budgetkommission verschleppen. Da griff die sozialdemokratische Partei ein und namentlich die „Arbeiter-Zeitung“ erzwang durch eine Reihe schneidiger Artikel (die von Friedrich Austerlitz geschrieben waren) eine öffentliche Stimmung, daß das Herrenhaus nicht mehr den Mut zu weiterer Sabotage aufbrachte. Am 21. Dezember nahm das Herrenhaus die Vorlage an, an demselben Tag, an dem das Ministerium Clary zurücktrat und dem volksfeindlichen Wittek Platz machte. Wittek mußte sein Amt als Eisenbahnminister verlassen, als seine Mißwirtschaft bei den Alpenbahnen aufkam. Er wurde übrigens im Jahre 1907 von den Christlichsozialen in der Inneren Stadt in Wien in das Parlament gewählt, ist aber 1911 durchgefallen.

Sie gewesen. (Beifall.) Nicht seit ein paar Monaten, seit langem könnten Sie ein Parlament haben, vor dem man Respekt hat, und eine Regierung, die Sie selbst respektieren müßten, weil es Ihre Regierung wäre, eine bürgerliche Regierung mit allen Lastern und Härten einer solchen, aber ein Gebilde, das Ihnen verantwortlich ist. Sie könnten es haben, wenn Sie entschlossen wären, Männer zu sein, Verantwortungen zu übernehmen, statt daß Sie bei Ihrem wichtigsten Werke, das die Regeneration, die Neubegründung dieses Staates bedeutet, in kläglichster, verächtlicher Weise um zwei Mandate hinauf oder hinunter geschachert haben. (Lebhafter Beifall.) Da nehme ich niemand aus, am wenigsten diejenigen, die sich nicht an dem Schacher beteiligt, sondern sich nur die Hände gerieben haben, die, selbst ohne nationales, geschweige chauvinistisches Bewußtsein, jeden Chauvinismus geschürt haben, jede nationale und chauvinistische Demagogie aufgepeischt haben, um nur den rechtlosen Massen des eigenen Volkes ihr Recht zu nehmen. (Beifall.)

So einfach können wir diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen. Wir sind mit dem Inhalt dieser Resolution vollständig einverstanden, wir sind einverstanden, daß dagegen protestiert wird, daß ohne das Parlament, ohne das Volk über das Volk und gegen das Volk entschieden wurde. Und es wird **so lange gegen uns entschieden werden, als wir die Schwächeren sind,** da nützen alle Ihre Deklamationen nichts. Wenn der Kaiser die Wahl hat zwischen einer starken ungarischen Regierung und einer ohnmächtigen österreichischen Volksvertretung, so wird er eben dem stärkeren Drucke weichen. Wir alle sind hier Österreicher oder, sagen wir, Bürger der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder oder mindestens die Bewohner des Diesseits. (Heiterkeit.) Und wenn Sie, die das sind, Ihre Pflicht gegen diesen Staat so wenig erfüllen, wenn Sie nicht seit heute, sondern seit Jahrzehnten die wirtschaftlichen und politischen Rechte dieses Staates preisgegeben haben, der noch nicht ist, sondern erst werden soll: wie können Sie von dem einzigen Menschen auf der ganzen Welt, der zugleich ein Österreicher und ein Ungar ist*), verlangen, daß er einseitig für Sie entscheide? (Zustimmung und Beifall.) Es ist nicht gut, daß wir uns

selbst in den eigenen Sack lügen,

es ist nicht gut, daß wir uns an Phrasen berauschen, und insbesondere, daß wir an gewissen, sehr bequemen, insbesondere für

*) Der Kaiser! — Es hat übrigens nach dem komplizierten österreichisch-ungarischen Recht auch eine Reihe von adeligen Familien gegeben, die zugleich Österreicher und Ungarn waren. Sie besaßen in Österreich die Staatsbürgerschaft und in Ungarn das „Indigenat“ als Fideikommißbesitzer. Meist diente das zu irgendwelchen außerrechtlichen Bevorzugungen. So hat der christlichsoziale Führer Prinz Alois Liechtenstein eine geschiedene Katholikin heiraten können, was nach öster-

immune Herren sehr bequemen Invektiven und Redensarten es uns genug sein lassen. Viel wichtiger als das vorzuschreiben, was andere tun sollen, ist es, zu **sagen, was wir zu tun haben.** Wenn die Ohrfeige, die diese Reichshälfte bekommen hat, der Beginn eines gemeinschaftlichen Staatsbewußtseins Österreichs wäre und wenn dieses erwachende Bewußtsein auch zum Pflichtbewußtsein führen würde, zur Abstreifung der Gesinnungslosigkeit und des Cliquenegoismus, der chauvinistischen, selbstmörderischen Demagogie, vor deren Früchten Ihnen allen bange ist! Sie alle erleben es, daß das, was Sie zu einer Zeit, wo es Ihnen gefällt, hinausrufen, Ihnen zu sehr ungelegener Zeit im tausendfachen Echo zurückkommt, wo Sie dann Opfer Ihrer eigenen Schlagworte sind; wenn wir uns dann endlich erinnern, daß, wenn wir die Interessen Österreichs sichern wollen, wir dazu einen Staat, eine Volksvertretung brauchen; wenn es Ihnen zum Bewußtsein kommt, daß dieses Ereignis nicht die Wahlreform verdrängen darf, sondern der wichtigste Hebel sein muß, eine Gewissensmahnung für das ganze Parlament, daß es endlich sich ermanne und nicht, um ein paar Mandate zu retten, die heiligsten Interessen des Volkes preisgeben solle; wenn das damit nur annähernd bewirkt wird, so will ich diese Ohrfeige dankbar tragen. Aber ich halte Sie alle — ich spreche zu niemand persönlich, aber zum österreichischen Parlament in seiner Gesamtheit — für zu **hartgesottene Sünder!**

Ich fürchte, daß auch diese Mahnung an Ihnen verlorengehen wird, daß nicht die Erkenntnis, das Pflichtgefühl, sondern daß die eherne Notwendigkeit, das Verständnis, welches die Massen Ihnen einpauken werden, es sein werden, die Sie vorwärtstreiben. Sie kommen nicht mehr darum herum: Österreich will eine Volksvertretung, und glauben Sie nicht, daß Sie sich durch künstliche Mittel, und mögen sie mit §-14-Verordnungen oder mit Vertagungen irgendwelcher Art wattiert sein, darüber hinweghelfen werden. Nach meiner Ansicht sollte in der Resolution auch gesagt werden, daß wir die Vertagung nicht nur darum nicht wollen, weil wir gegen neue Überrumpelung von seiten Ungarns gesichert sein wollen — vorläufig haben wir genug daran, die alte zu verdauen, es droht noch nichts Neues —; viel wichtiger ist, daß die Vertagung darum nicht erfolgen darf, weil das Werk der Wahlreform, soll Österreich nicht nur regeneriert, soll es nicht in ein großes, unübersehbares Unglück gestoßen werden, gerettet werden muß. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

---

reichischem Gesetz (§ 111 des bürgerlichen Gesetzbuches) verboten war, weil er das ungarische Indigenat hatte, also einfach nach ungarischem Gesetz heiratete. Zugleich war er aber österreichischer Abgeordneter! Seine religiösen Bedenken hatte ihm wieder die päpstliche Kurie weggenommen, indem sie die erste Ehe der Frau wegen angeblichen Nichtvollzugs als ungültig erklärte. So konnte der fanatische Klerikale eine geschiedene Frau heiraten, obwohl ihre erste Ehe nach österreichischem Gesetz aufrecht war!

Die neue Regierung Beck.

Zwanzig Versammlungen am 6. Juni 1906*).

Sie gedenken noch jenes großen Tages, des 28. November, des großen Ehrentages der österreichischen Arbeiterschaft. An diesem Tage hat auch die Regierung in Übereinstimmung mit dem Willen des Kaisers die Einbringung der Vorlage angekündigt. Sie werden sich dieser Stunden erinnern und wenn Sie hundert Jahre alt werden. Es ist ein halbes Jahr seitdem verflossen und wo stehen wir nun: vor der Spezialdebatte im Ausschuß. Ein halbes Jahr und noch ist kein einziger Paragraph angenommen, keine Abstimmung erfolgt. Allerdings hat sich viel geändert in dieser Zeit. Vor allem ist in der öffentlichen Meinung, nicht nur der Arbeiterschaft, sondern auch der besitzenden Klassen die Stimmung gegen die Wahlreform vollständig verschwunden. Die Idee ihrer Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit hat heute auch die besitzenden Klassen so ergriffen, daß selbst wir nicht so überrascht wären, wenn eine Wahlreform nicht zustande käme, wie sie. Sie halten es einfach selbst nicht mehr aus bei ihren Privilegien. Was hat sich aber trotzdem während der sechs Monate ereignet? Vor allem hat die Sache ihren regelrechten Lauf nehmen müssen. Lange Generaldebatten mit alten Gemeinplätzen ausstaffiert und Klagen über das Unglück, das es für die deutsche Nation wäre, wenn sie nicht mehr durch die Herren Stürgkh und Pergelt vertreten wäre. Dann kam der Handel um die Mandatsverteilung, die Ränke der Leute, die es nicht wagen, offen gegen die Wahlreform zu sein und ihre Märchen vom deutschen und slawischen Block und von der nationalen „Spannung“**) erfanden. Diese Lügen sind geschmiedet worden, um der Wahlreform zu schaden, und in den Wiener Blättern, zumal in der „Neuen Freien Presse“, diesem giftigen Feinde der Wahlreform, werden sie aufs eifrigste kolportiert. Allmählich ist es aber dazu gekommen, daß

*) Am 7. Juni stellte sich das neue Ministerium Beck, dessen Zusammensetzung oben angegeben ist, dem Parlament vor. Am Abend vorher veranstalteten die Wiener Sozialdemokraten zwanzig Versammlungen, die alle, trotz des schlechten Wetters, überfüllt waren. Wieder ertönte überall der Ruf nach dem Massenstreik. Im Arbeiterheim Favoriten sprach Adler.

**) Die deutschbürgerlichen Parteien hatten gegen die Wahlreform das Argument vorgebracht, daß die Deutschen von den Slawen dann majorisiert werden könnten und es tauchte dann das Schlagwort von den beiden Blocks auf. dem „deutsch-romanischen“ und dem „slawischen Block“... Hohenlohe hatte am 25. Mai dem Wahlreformausschuß seinen neuen Kompromißvorschlag gemacht, wonach die Zahl der Mandate auf 495 erhöht werden sollte, davon die Deutschen 223, die Italiener 18, die Rumänen 5, also der „deutsch-romanische Block“ 246; die Tschechen 103, die Polen 77, die Ruthenen 35 und die Südslawen 36, der „slawische Block“ also 251! Die Größe dieser „Spannung“ zwischen beiden „Blocks“ war der Gegenstand des Kampfes. Und um solche Schlagworte ging damals der Kampf. (Siehe auch die Fußnote bei Adlers Rede im Ausschuß am 25. Mai gegen ein Subkomitee.)

die prinzipielle Grundlage der Wahlreform gar nicht mehr in Frage steht, und wenn heute einer noch für die Erhaltung der Kurien einträte, würde man ihn für einen Tollhäusler halten. Worüber allein diskutiert wird, ist die Abwägung der Machtverhältnisse zwischen den einzelnen Völkern, und hinter diese Frage verstecken sich alle Wahlrechtsfeinde. Nun hat man auch die furchtbarsten Feinde, die Polen, befriedigt, und nachdem man ihnen Gautsch hatte zum Opfer bringen müssen, schien es, als ob Hohenlohe der Mann sein werde, der die Sache ins Geleise bringt. Keinem schien der Erfolg so verbürgt zu sein wie ihm. Ein Mann, der es so ernst gemeint hat mit der Wahlreform wie mit seinem eigenen Leben; ein Mann, der nicht nur Begeisterung, sondern auch energisches Wollen an die Idee zu setzen vermochte, dem es schon gelungen war, die Polen zu befriedigen und die Deutschen zu beschwichtigen; da fiel ihm ein Ziegelstein auf den Kopf, die ungarische Affäre. Unsere bürgerlichen Parteien sind im Verhältnis zu Ungarn entweder größenwahnsinnig und möchten die Ungarn auf dem Kraut fressen, Ungarn erobern, oder sie wollen ganz „los von Ungarn". Oft wollen sie beides zugleich und beides ist töricht. Das Vernünftige, was wir wollen, ist, daß die Völker Österreichs einen unabhängigen Staat bilden, unabhängig von der Fiktion des „Gesamtstaates", von der kostspieligen Komödie des Großstaates, aber zugleich, daß die wirtschaftlichen Interessen der beiden aufeinander angewiesenen Länder gemeinsam seien. Wir wollen die Ungarn nicht unterdrücken, wir wollen aber auch nicht von ihnen unterdrückt werden. Wir wollen einen freien wirtschaftlichen Bund zweier freier, voneinander unabhängiger Staaten. Ein Schrei der Entrüstung ging durch die bürgerlichen Parteien, als die ungarische Schmach besiegelt war. Aber die Leute, die heute am meisten schreien im Parlament, sind dieselben Leute, die in den Delegationen immer den Rücken gebeugt haben, wenn das dynastische Interesse für den Gesamtstaat Opfer heischte, und alle geforderten Millionen bewilligten. Diese Leute übrigens, diese giftigsten Feinde der Wahlreform, die gewohnt sind, mit „patriotischem Opfermut" Summen zu bewilligen, die das Volk bezahlen muß, verweigern dem Kaiser den Gehorsam in einem Augenblick, wo er von ihnen selbst zum ersten- und einzigenmal ein persönliches patriotisches Opfer fordert, das Opfer ihrer schändlichen, den Staat ruinierenden Privilegien.

Nun stehen wir vor einer neuen Regierung, deren Haupt uns geschildert wird als besonders kluger, erfahrener und energischer Mann. Wir wissen nicht, ob sein Ruf der Wahrheit entspricht, aber wir werden es in längstens vierzehn Tagen genau wissen. Die entscheidende Probe wird er bei der Wahlreform zu bestehen haben. Nicht ungeschickt war ja die Art, wie er die deutschen und tschechischen Abgeordneten in sein Ministerium bekam. Das war ja nicht leicht. Ob aber die parlamentarischen Minister ihre Parteien hinter sich haben werden, Mann für Mann, das ist noch die Frage ... Wenn Sie sich die bürgerlichen Parteien so vorstellen wie uns, als eine organisierte Armee mit einheitlichem

Willen und gleichem Ziel, so sind Sie im Irrtum. Wenn in einer solchen Partei 25 Leute sitzen, so haben sie 30 Meinungen. (Heiterkeit.) Sie versammeln sich nur unter den allgemeinsten Schlagworten, denn es kann in diesem Parlament ja gar kein ernstes politisches Streben ausreifen, kein ernster Wille zum Ausdruck kommen. Aber das muß man nun doch ernstlich verlangen, daß die Minister für ihre Parteien verantwortlich sind und diese auch die Verantwortung für sie nicht ablehnen werden, denn dem Spiele mit dem ewigen Abwälzen der Verantwortung von der Regierung auf die Parteien und umgekehrt haben wir lange genug ruhig zugesehen.

Wo die Regierung zunächst und sofort ihren einheitlichen Willen und ihre Fähigkeit zu regieren bekunden wird müssen, der Prüfstein für ihre Lebensfähigkeit ist die Wahlreform. Und ihre Tage sind schon gezählt, wenn sie sich unfähig erweisen sollte, dieses Werk rasch und prompt zu verrichten. Es kann nicht schwer sein, denn wenn sie mit dem faulen Schwindel, daß die Ehre und die Machtstellung der deutschen und tschechischen Nation von zwei Mandaten auf oder ab abhängt, nicht fertig werden, und wenn sie mit der Pflanzpolitik der Festlegung der Wahlordnung durch Zweidrittelmajorität, die den Deutschen nichts nützen und den Tschechen nichts schaden kann, nicht aufzuräumen vermöchte, dann wäre sie von vornherein fertig. Heute brauchen wir nicht mehr zu warten, bis sich die Regierung mit den Parteien einigt. Regierung und Parteien sind heute eines und uns solidarisch verantwortlich dafür, daß nunmehr die Wahlreform vorwärts geht. Es wird noch immer schwer werden, selbst beim besten Willen. Die Zeit drängt bereits, und so groß ist die Begeisterung der Privilegierten, die den Wahlreformbeschluß doch als eine Art Harakiri betrachten, denn doch nicht, daß sie sich gar sehr zu beeilen wünschten. Aber ein bißchen Einsicht muß den Herren sagen, daß jede Verzögerung ein gefährliches Spiel ist.

Ich zweifle nicht, daß die morgige Regierungserklärung ein Bekenntnis zur Wahlreform enthalten wird, nicht so begeistert vielleicht wie das des Prinzen Hohenlohe, aber darum herumkommen kann heute keine Regierung. Was aber notwendig ist, ist der Entschluß, rasch zu handeln, denn jedes Zögern bringt Gefahr, die Gefahr, daß das Proletariat es einfach nicht länger aushält. Begeisterung können wir ja von einem Grafen Dzieduszycki nicht verlangen, aber ein rascher Entschluß tut auch den Polen not und sie wissen, daß Sie wissen, daß auch ihnen das Feuer auf den Nägeln brennt und daß Galizien eine böse Erntezeit beschieden sein könnte, wenn die Wahlreform bis dahin nicht fertig ist. Wie sich die Herren innerlich und prinzipiell zur Wahlreform stellen, ist uns sehr gleichgültig, stimmen sollen die Herren! (Sehr richtig!)

Ich nehme an, daß die Herren klug genug sind, zu begreifen; daß es sich für sie dabei um Leben und Sterben handelt, denn darüber können sie wohl nicht im Zweifel sein, daß sie weggefegt würden von einem gewaltigen Sturm, wenn sie nur einen Augenblick den Versuch der Täuschung machen würden. Hoffen wir, daß

die Wahlreform nicht noch ein drittes Ministerium verschlingt, daß diese Regierung vernünftig genug sein wird, sich und uns das Äußerste zu ersparen. Für uns aber heißt es nun die Augen offen halten, Gewehr bei Fuß stehen und bereit sein zur letzten und größten Kraftanstrengung*). (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Ich weiß, Genossen, daß es sehr schwer ist, eure auf harte Probe gestellte Geduld noch länger zu zügeln. Sollte der schicksalsschwere Fall eintreten, daß sie die Wahlreform noch bis zum Herbst verschleppen wollen, so wäre das der Kriegsfall und dann allerdings müßte ohne Bedenken zum Äußersten geschritten werden. (Stürmische Zustimmung.) Wenn die Gegner nur ein einzigesmal einen Blick tun könnten in das Innere der Arbeitermassen, wenn sie das Volk sehen könnten, von dem sie immer reden, dann würden sie schaudernd zurückbeben davor, diese Verantwortung zu übernehmen und das noch hinausschieben zu wollen, was sich nicht mehr verhindern läßt. Freilich, der Staat hat Kanonen und die Stürgkh und Pergelt wissen, daß sie nicht für ihr armseliges Leben zu zittern brauchen. (Rufe: Wer weiß!) Aber es stehen heiligere und größere Güter auf dem Spiele als das nichtige Leben dieser Herren. (Stürmischer Beifall.) Jetzt aber, Genossen, müssen Sie warten, müssen Geduld haben, die Entscheidung ist nahe! Halten Sie sich bereit! (Rufe: Wir sind bereit!)

Bienerths und Becks Erklärungen.

Wahlreformausschuß, 7. und 8. Juni 1906**).

Dr. **Adler** erklärte, er müsse sich, so sehr er der Ansicht sei, daß der Ausschuß nicht mehr Zeit verlieren soll, der Situation fügen, und stimme dem Vorsitzenden darin zu, daß man die Erklärungen des Ministerpräsidenten abwarten soll. Er richtet aber

*) Man kann schon aus dieser Rede erkennen, wie lächerlich die Behauptung ist, die unter anderem von Josef Redlich in seinem Buch über den Kaiser Franz Josef aufgestellt wurde, daß Kaiser Franz Josef „in der Tat der wahre Schöpfer des allgemeinen Wahlrechtes" sei. Hier und ebenso in den späteren Reden kann man sehen, mit welchem Druck die Arbeiter diese Wahlreform erzwingen mußten. Jeder wußte, daß man in den Beratungen der Partei schon den Massenstreik erwog, der wenige Tage später schon ganz offiziell angedroht wurde. (Siehe die Bemerkungen bei der Rede vom 11. Juni.)

**) Am 7. Juni stellte sich dem Abgeordnetenhaus die neue Regierung Beck mit einer ausführlichen Programmrede des neuen Ministerpräsidenten vor. Beck begann mit der Erklärung, mit Rücksicht auf die Teilnahme von Mitgliedern und Vertrauensmännern großer Parteien des Hauses glaube die Regierung das ehrende Beiwort einer parlamentarischen Regierung in Anspruch nehmen zu dürfen. Die Mitwirkung dieser Vertrauensmänner biete dem Parlament die Bürgschaft dafür, daß es mit Beruhigung der Führung der Regierung folgen könne. Dann sprach er ausführlich von dem Verhältnis zu Ungarn — die Angelegenheit, über die sein Vorgänger Hohenlohe gestürzt war. Als sein Programm erklärte er hier: wenn sie möglich ist, eine Vereinbarung mit Ungarn, wenn sie unmöglich ist, Selbständigkeit für Österreich...

an den Minister des Innern die Anfrage, ob das von dem früheren Ministerpräsidenten Prinzen Hohenlohe für die nächste Ausschußsitzung in Aussicht gestellte Material bezüglich der Mandats- und der Wahlkreiseinteilung für die einzelnen Kronländer fertig sei und ob die Regierung geneigt sei, dieses Material

---

Zur Wahlreform, die er als eine Quelle der Verjüngung und Stärke des parlamentarischen Lebens bezeichnete, sagte er:

Die Regierung befindet sich der Wahlreformvorlage gegenüber in der Lage eines Universalerben. Ohne über den Stand des Nachlasses zweier Vorgänger im Amte im einzelnen mich aussprechen zu wollen, gebe ich doch die Erklärung ab, **daß die Regierung die Erbschaft ohne Vorbehalt antritt.**

Die Regierung übernimmt die Vorlage und will sie entschlossen dem Ziele zutragen. Ihr Leitwort ist: Die Verständigung in der Wahlreform muß gefunden werden. Sie weiß, in welchem Maße diese Frage das gesamte politische Leben beherrscht und wie unerläßlich eine baldige gedeihliche Lösung ist, um die Tätigkeit des Parlaments für das Problem des Verhältnisses zu Ungarn, für die in so vielen Beziehungen dringende Modernisierung unserer staatlichen Einrichtungen, für die Fragen der inneren Verwaltung und Wirtschaftspolitik und ähnliche Probleme freizumachen, für diese großen Aufgaben ein gekräftigtes, volkstümliches, in den Ideen der Bevölkerung fest wurzelndes Abgeordnetenhaus zu besitzen.

Die Regierung wird daher alles daranwenden, um die Hindernisse, die sich dem Fortschreiten der parlamentarischen Verhandlungen über diese Vorlage bisher entgegenstellen, zu bewältigen, und wird es als ihren ersten Erfolg betrachten, wenn es gelingt, durch eine Verständigung über die noch strittigen Punkte der Wahlreform die Beschlußfassung über diese Vorlage im Hause herbeizuführen und zu beschleunigen. Und dies wird auch gelingen, wenn wir die Verständigung im Geiste der Einmütigkeit, der Gerechtigkeit, der Billigkeit und mit starkem Wollen suchen, wenn wir bereit sind, mit kleinen Opfern eine so große Errungenschaft zu erkaufen. Dann wird aber auch die Wahlreform als die Emanation des großen Gesamtempfindens aller Völker Österreichs erscheinen und das Werk des nationalen Friedens fördern. (Gelächter bei den Alldeutschen.)

Die „Arbeiter-Zeitung" nannte es eine „klug verfaßte und geschickt aufgebaute Rede, die auf die Stimmungen des hysterischen Parlaments so gänzlich eingehe, daß vieles darin mehr taktische Erwägung als prinzipielle Programmpolitik" sei.

An die Rede schloß sich keine Erklärungsdebatte. Die Wahlreformgegner hatten es beantragt, das Haus lehnte es ab.

An demselben Tage hielt der Ausschuß nur eine kurze Sitzung ab. Beck hätte ursprünglich hier erscheinen und eine Erklärung zu den meritorischen Fragen der Reform geben sollen. Er war aber am Erscheinen verhindert, da er an dem Hofdiner zu Ehren des beim Kaiser Franz Josef zu Besuch weilenden Kaisers Wilhelm teilnehmen mußte. Die Ausschußsitzung dauerte auch deshalb nur kurz, weil die Ausschußmandate von vier Mitgliedern (Derschatta, Prade, Marchet, Dzieduszycki), da sie Minister geworden waren, erloschen waren und Neuwahlen vorgenommen werden mußten, was erst am nächsten Tag geschah. Der bisherige Obmann Dr. Marchet wurde durch den bisherigen Vizeobmann, den Slowenen Dr. Ploj, ersetzt.

bis morgen zur Verfügung zu stellen. Wie immer sich die Regierung zu den Anregungen des Prinzen Hohenlohe stellen werde, jedenfalls werde es wünschenswert sein, die konkreten Einzelheiten darüber zu wissen.

Dr. **Adler***) bemerkt, es sei außerordentlich bedauerlich, daß gerade Böhmen und Mähren eine Lücke in den Ausarbeitungen des Ministeriums bilden; aber es werde schon von großem Vorteil sein, wenn der Obmannstellvertreter sich mit dem Büro des Hauses in Verbindung setze und dafür sorge, daß das bereits übersendete Material dem Ausschuß morgen zur Verfügung gestellt werde. Die Regierung aber möge sich bemühen, den noch fehlenden Teil des Materials bis zur morgigen Ausschußsitzung beizustellen. Für jeden Fall halte ich es für völlig ausgeschlossen, daß die morgige Sitzung aus irgendeinem Grunde ausfalle. Die für morgen zu erwartenden Erklärungen des Ministerpräsidenten müssen gehört werden, und wir werden sofort zur Fortführung der Diskussion und zur Beschlußfassung in der Lage sein. Er beantrage deshalb, die nächste Sitzung morgen um 5 Uhr nachmittags abzuhalten und auf die Tagesordnung die Fortsetzung der Verhandlung und eventuell auch die Wahl eines Obmannes zu stellen**).

Die letzte Warnung.

Zehn Versammlungen am 11. Juni 1906***).

Es ist eine sehr ernste Stunde, in der wir Sie zusammengerufen haben. Seit dem 28. November, wo angesichts des Volkes Baron

*) Auf die Anfrage Adlers antwortete der Minister des Innern Doktor v. Bienerth, infolge des Regierungswechsels habe das Büro des Hauses das ihm übermittelte Material noch nicht drucken lassen, es werde aber schon vor der nächsten Sitzung erfolgen. Das Material sei allerdings nicht ganz vollständig, da die Zusammenstellungen für zwei Kronländer noch nicht erfolgen konnten.

**) Am nächsten Tage wurden dem Ausschuß tatsächlich die Vorschläge Hohenlohes über die Wahlkreiseinteilung vorgelegt.

In dieser Sitzung sprach auch Beck, der sich aber im wesentlichen auf seine Erklärungen im Hause berief. Dann sagte er, der Wahlrechtskampf müsse bald abgeschlossen werden, wenn unser öffentliches Leben völlig gesunden solle. Darum bittet er dringend: Gehen Sie mit uns ohne Zögern an diese verantwortungsvolle Aufgabe, von deren Lösung wir im Wege einer Konzentration der Volkskräfte ein verjüngtes Parlament, ein verjüngtes Österreich erwarten... Was den formalen Vorgang betrifft, glaubt die Regierung, daß sofort in die vom Ausschuß bereits beschlossene Spezialdebatte eingegangen werden soll...

Da der Alldeutsche Stein zu der Erklärung lange sprach, protestierte Adler dagegen, daß man an Stelle der Spezialdebatte eine Erklärungsdebatte zulasse. Es sei keine Zeit mehr zu verlieren. Die Nerven der Bevölkerung hätten auch nur ein gewisses Maß von Elastizität, das nicht überspannt werden dürfe... Stein verwahrt sich dann gegen diese Drohungen.

***) Die großen nationalen Parteien des Bürgertums hatten sich durch den Eintritt in die Regierung Beck für die Wahlreform ausgesprochen. Beck

Gautsch im Namen und im Auftrag des Kaisers das allgemeine gleiche Wahlrecht versprochen hat, haben die Arbeiter Österreichs gewartet, ruhig, mit angehaltenem Atem, ohne sich zu rühren, weil sie wußten, daß das, was die Wahlreform unüberwindlich macht, nicht nur der Wille des Volkes, sondern auch das Lebensinteresse des Staates ist. Krone und Volk sind einig, was steht also noch im Wege? (Rufe: Die Lumpen im Parlament!) Ja, wenn diese Leute nur Lumpen wären, wenn sie nicht auch die Macht, nicht außer Niederträchtigkeit auch die Schlauheit und Kaltblütigkeit hätten, der Wahlreform immer Prügel vor die Füße zu werfen. Zwei Ministerien haben sie schon verzehrt. Baron Gautsch ist gefallen, weil die Schlachta seinen Kopf verlangt hat, und Prinz Hohenlohe ist gestürzt, weil er das Recht Österreichs ehrlich vertreten hat und sich nicht vor Ungarn beugen wollte. Und nun sucht man, die einen bewußt, die anderen unbewußt, den Streit mit Ungarn an die erste Stelle zu rücken, damit die Wahlreform zurücktrete. Wir haben niemals einen Zweifel übriggelassen, daß wir das Verhältnis zu Ungarn gründlich lösen wollen, daß wir dieses Österreich zu einem freien, selbständigen Staat machen wollen. Aber die Verhandlungen, die da notwendig sind, werden sich monatelang hinziehen müssen, und die erste Bedingung, daß sie überhaupt zum Vorteil Österreichs ausschlagen, ist, daß Österreich eine wirkliche Volksvertretung erhalte. (Lebhafter Beifall.) Darum, wenn wir uns auch im Parlament der Abwehr der ungarischen Übergriffe ange-

---

hatte als sein Leitwort erklärt, die Verständigung über die Wahlreform müsse gefunden werden. Aber die Gefahr lag darin, daß die Arbeiten des Wahlreformausschusses durch die Wahlreformfeinde behindert wurden. Diese Feinde waren vor allem die Großgrundbesitzer, unter denen besonders die Grabmayr und Stürgkh einen gehässigen Kampf einleiteten, dann die Schreier und Krawallmacher des Parlaments, der Alldeutsche Franko Stein und der Graf Adalbert Sternberg. Als dann die Sitzungen des Wahlreformausschusses die versteckte Obstruktion offenbar machten, wurde am 10. Juni ein Aufruf der Partei, der Fraktion und der Gewerkschaftskommission veröffentlicht, der ankündigte, daß, „falls die Dinge weitergehen wie bisher", in den allernächsten Wochen eine dreitägige Arbeitsruhe eintreten werde, der im äußersten Notfall der allgemeine Massenstreik folgen solle. Dann hieß es:

> Die Arbeiter Österreichs werden sich durch schmutzige Intrigen nicht um ihr Recht betrügen lassen. Mag die Krone es dulden, daß eine kleine Bande von Junkern, Advokaten und Lumpenproletariern ihren Willen, der diesmal mit dem Willen und dem Rechte des Volkes eins ist, mißachtet ... die Arbeiter werden sich dem Privilegiengesindel nicht beugen und werden für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kämpfen mit allen Mitteln und bis zum äußersten!

Am 11. Juni fanden dann sieben Massenversammlungen statt, die so stark besucht waren, daß zehn Versammlungen daraus wurden. Beim Wimberger in Fünfhaus sprach Adler. (Siehe übrigens zu diesen Versammlungen und zu den weiter unten angeführten Äußerungen des Kaisers auch die Rede im Wahlreformausschuß am 19. Juni über sozialdemokratischen Terrorismus.)

schlossen haben, so sind wir doch nicht gewillt, geschehen zu lassen, daß die Wahlreform dadurch in Vergessenheit gerate.

Nebenbei: Herr Dr. Lueger hat uns immer gehöhnt, daß wir die Demonstrationen machen, die wir mit der Polizei ausgehandelt haben. (Gelächter.) Was hat Dr. Lueger gestern anderes gemacht*)? Es ist nämlich ganz selbstverständlich, daß, wenn eine Demonstration angekündigt wird, das Polizeipräsidium pflichtgemäß die Veranstalter ruft und sie fragt, was denn geschehen soll? Wir sind gewöhnlich in der Lage, den Herren zu sagen: Was wir machen wollen, ist vorgestern in der „Arbeiter-Zeitung" gestanden, und das werden wir machen! Wir haben auch noch immer Wort gehalten. Auch Dr. Lueger hat mit der Polizei verhandelt, er hat dem Polizeipräsidenten gesagt: Sie können ruhig schlafen, es wird nichts passieren! Der Polizeipräsident hat dem Dr. Lueger geglaubt, wie er uns glaubt. Nur ist der Unterschied der, daß wir den Willen und die Macht und unsere Genossen die Disziplin haben, daß wir auch Wort halten. Wenn wir erklären: „So wird es gemacht!", so wird das strikt eingehalten. Dafür sind wir ja Männer! Dr. Lueger scheint seine Partei, wenn man das so nennen will, nicht so in der Hand zu haben. Denn obwohl er dem Polizeipräsidenten den Rat gegeben hat, zu schlafen — der Minister des Innern hat den Rat auch gar in Hietzing besorgt —, ist trotzdem etwas geschehen, was Dr. Lueger selbst sehr unangenehm ist. Ich bin nicht gerade ängstlich und meine, daß es in ernsten Zeiten auf ein paar Fensterscheiben nicht ankommen soll, wenn ich auch der Ansicht bin, daß man nicht unbedingt Fensterscheiben einwerfen muß. Wir waren unzähligemal vor dem Parlament, aber noch nie ist dort auch nur eine Fensterscheibe eingeschlagen worden. Ein einziges Mal wurden aber vor vierzehn Tagen dort Scheiben eingeschlagen, und da waren es nicht wir, sondern die Leute des Dr. Lueger**). Ich halte das für kein Unglück. Der Staat hat Geld genug in seinem Säckel, um die paar Scheiben leicht verschmerzen zu können. Aber ich will damit nur sagen, daß wir darauf halten — und das ist die Grundlage unserer ganzen Organisation und unserer Kampffähigkeit —, daß sich jeder, der unsere Demonstrationen mitmacht, wie der Soldat in der Uniform fühlt, mit dem vollen Pflichtgefühl und dem vollen Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit. Diese Sicherheit der Disziplin fehlt der christlichsozialen Partei und den Schichten, aus denen sie sich zusammensetzt, und darum sind gestern Dinge geschehen, die Dr. Lueger heute so sehr tadelt.

*) Am Sonntag den 10. Juni hatten die Christlichsozialen vor dem Rathaus eine Versammlung gegen Ungarn und zogen dann durch die Bankgasse, um dort vor der ungarischen Delegation, die dort ihre Sitzung hielt, zu krawallieren.

**) Am 25. Mai hatten die christlichsozialen Kaufleute eine Kundgebung gegen die Konsumvereine vor dem Rathaus. Dann zogen sie lärmend zum Parlament, wo sie die Fensterscheiben des großen Tores zerschlugen. Dabei kam es mit der Polizei zu Zusammenstößen.

Der Kampf gegen Ungarn ist sehr wichtig, aber dieser Kampf wird binnen wenigen Monaten nicht entschieden werden. Davon wird das Schicksal der Regierung nicht abhängen. Aber abhängen wird ihr Schicksal von der Wahlreform, denn die ist das einzige, was in den nächsten Wochen gemacht werden kann und gemacht werden muß. Hier ist der Punkt, wo die Regierung zeigen muß, ob sie der Situation gewachsen ist, und wo insbesondere die parlamentarischen Minister zeigen müssen, ob sie wirklich die Wortführer und die Führer des Parlaments sein können. Denn ein parlamentarisches Ministerium muß vor allem das Parlament in politischen Lebensfragen hinter sich zu bringen wissen.

Diesen Freitag ist es zum erstenmal offenbar geworden, daß die Koalition der Wahlrechtsfeinde die Wahlreform obstruiert und daß die Majorität des Wahlreformausschusses sich von dieser Koalition terrorisieren läßt. (Pfuirufe.) *Dieses Spiel kann nicht länger fortgehen!* (Stürmische Bravorufe.) Die Arbeiterschaft und weit über die Arbeiterschaft hinaus die Völker Österreichs sind nicht geneigt, sich von diesen Herren um die Wahlreform prellen zu lassen. Wir haben nicht mehr viel Zeit vor uns. Aber ich sage den Herren voraus, wenn sie jetzt nicht arbeiten, werden sie in der heißen Zeit schwer an die Ostsee oder nach Ischl kommen. (Beifall und Heiterkeit.) Die Einsicht, daß es Neuwahlen unter dem alten Wahlgesetz nicht mehr geben kann, hat sich nun allmählich über alle politisch denkenden Leute verbreitet. Gestern hat der Kaiser selbst, der sich in Einzelheiten der Politik selten einmischt, dasselbe erklärt*). (Stürmischer Beifall.) *Wenn das der Kaiser sagt, hat keiner gerade von diesen Herren mehr das Recht, dagegen zu sprechen.* Sie geben sich doch immer *als die ersten Stützen des Thrones aus.* In den Delegationen wenigstens treten dieselben Herren immer als die treuesten Diener des Kaisers, als die opferwilligen Stützen der Dynastie auf, und die Hunderte von Millionen, die da verlangt werden, werden sie gehorsam dem Willen des Kaisers auf dem Altar des Vaterlandes niederlegen — aus den Taschen des Volkes! **Gehorsam dem Kaiser, wo sie aus den Taschen des Volkes zahlen können.** Aus den Delegationen gehen sie direkt in den *Wahlreformausschuß. Auch da ist ein Wille des Kaisers. Aber da geht der Wille des Kaisers nicht auf Opfer des Volkes, sondern auf Rechte des Volkes.* Und da werden die patriotischen Herren, die sich in den Delegationen vor dem Willen des Kaisers beugen, die dort mit dem Nabel die Erde berühren vor Ehrfurcht,

*) Am 10. Juni fand der feierliche Empfang der Delegation statt und da sagte der *Kaiser* zum jungtschechischen Abgeordneten Dr. Kramarsch, wie berichtet wurde, „mit ungewöhnlichem Nachdruck“: „*Die Wahlreform muß gemacht werden. Auf Grund der alten Wahlordnung kann nicht mehr gewählt werden.*“ *Kramarsch*, so hieß es in dem Bericht der Zeitungen weiter, dankte dem Kaiser für eine so entschiedene Willenskundgebung und schilderte die Gefahren, die eine Verschleppung der Wahlreform heraufbeschwören würde.

nun sagen: **Nein! Wenn das Volk will und der Kaiser will, wir wollen nicht!** Denn hier gilt es nicht ein Opfer aus den Taschen des Volkes! Hier gilt es das Recht des Volkes! Hier gilt es, daß sie selbst ein Opfer bringen, wenn man es ein Opfer nennen kann, zu verzichten auf den Raub, auf das Unrecht, auf das jahrzehntelang verübte Verbrechen an allen Völkern Österreichs! (Stürmische Rufe der Entrüstung und tosender Beifall.)

Wie kann nun der Widerstand der Gegner überwunden werden? Das kann nur geschehen, wenn die Regierung das eiserne Muß einsieht und eine eiserne Energie entfaltet, und wenn die Parteien, die für die Wahlreform sind, die widerspenstigen Feinde zwingen. Daß aber dieses Muß ein eisernes ist, daß es kein Entrinnen gibt und daß nur unter den größten Gefahren für den Frieden des Staates und für die Ruhe in diesem Staate der Versuch gemacht werden kann, die Wahlreform zu vereiteln, das muß diesen Leuten bewiesen werden. Und darum haben wir beschlossen, einen Schritt weiter zu gehen als bisher. (Stürmischer Beifall.) Alle bisherigen Mittel haben versagt. Es gibt Abgeordnete, die sagen: Mag die Welt zugrunde gehen, wenn Dr. Pergelt oder ein anderer Stürgkh*) kein Mandat bekommt, kann das Volk sein Recht nicht bekommen! (Stürmische Pfuirufe.) Da gelten nun alle Argumente nichts! Wir müssen nun weiter gehen. Wir haben schon auf unserem Parteitag das Mittel in Aussicht genommen, das in vielen politischen Kämpfen und zuletzt in Rußland solchen Erfolg erzielt hat. Wir haben dieses Mittel damals als äußerstes Mittel in Aussicht genommen, und wir Sozialdemokraten machen keine Phrasen, wenn wir in verantwortungsvoller Stunde und an verantwortungsvollem Ort als Vertrauensmänner der Partei sprechen. Aber wir haben uns lange überlegt, ob wir dieses Mittel schon anwenden sollen, und obwohl wir aus allen Provinzen und tagtäglich Kundgebungen unserer Genossen erhielten, doch endlich den Massenstreik zu proklamieren, obwohl zum Beispiel die Metallarbeiter und die Eisenbahner überall Beschlüsse fassen und uns zurufen: „Nun endlich los!“ (Stürmischer Beifall), hat die Parteivertretung dennoch beschlossen, noch einmal eine Warnung zu geben, ehe sie dem Unheil seinen Lauf läßt. Wenn die tückische Bosheit im Wahlreformausschuß auch diese Woche frei schalten darf, dann wird die Arbeiterschaft von Wien eine Demonstration veranstalten, wie

*) Pergelt war der liberale Abgeordnete von Rumburg, ein Feind der Wahlreform, der seine Feindschaft mit nationalen Motiven bemäntelte. In Wirklichkeit handelte es sich ihm darum, einen Wahlkreis in Warnsdorf so zuzuschneiden, daß er dort gewählt werden könne. Das gelang ihm wirklich, so daß er tatsächlich 1907 in der Stichwahl gegen Pernerstorfer gewählt wurde. (Pernerstorfer hatte ein Mandat in Wiener-Neustadt.)

Graf Stürgkh, der vom Großgrundbesitz gewählt war, konnte auf diese Weise nicht zufriedengestellt werden. — Stürgkh ist der nachmalige Ministerpräsident während des Krieges, der die Einberufung des Parlaments verhinderte und dann von Friedrich Adler erschossen wurde.

sie noch nicht da war in Österreich. (Stürmischer Beifall.) Die Arbeiter von Wien werden ein Opfer bringen; aber dieses Opfer soll ein empfindlicher Schlag gegen diese Gesellschaft sein, die ihren Willen dem Willen und dem Rechte des Volkes entgegenzusetzen wagt. Wir wollen, wenn es nötig ist, über Wien einen dreitägigen Massenstreik verhängen. (Stürmischer, andauernder Beifall.) Wir wissen genau, daß das ein großes Opfer für Sie ist, aber wir wissen, daß Sie dieses Opfer mit Begeisterung bringen werden. **Wir hoffen, daß diese Warnung genügt, sollte sie aber nicht genügen, dann folgt der Massenstreik in ganz Österreich.** (Neuerlicher jubelnder Beifall.)

Aber wir fordern Sie nicht nur auf, sich auf einen dreitägigen Kampf gefaßt zu machen. Wir fordern Sie nicht nur auf, sich auf noch größere Opfer vorzubereiten, selbst **wenn der Kampf mehr als drei Tage dauern sollte.** (Beifall.) Wenn wir vom Massenstreik sprechen, so sagen wir damit noch lange nicht, daß wir auf die anderen Mittel unseres Kampfes verzichten; vor allem **nicht darauf verzichten, auch auf die Straße zu gehen** und uns zu zeigen. (Neuerlicher Beifall.) Aber eine Straßendemonstration, die vielleicht von 10 Uhr bis 1 Uhr dauert, kann es nicht richten. **Wir sind entschlossen, jetzt tiefer in das Fleisch zu schneiden.** (Erneuter stürmischer Beifall, der so lange andauert, daß der Redner minutenlang nicht weitersprechen kann.) Ich bin kein ungestümer Dränger und Stürmer, man wirft mir bisweilen das Gegenteil vor (Heiterkeit), und ich weiß, welche Verantwortung wir alle tragen: **Aber wir haben Sie zurückgehalten, solange es nur möglich war, nun ist die Stunde gekommen, wo wir Sie nicht mehr zurückhalten dürfen.** (Stürmische, leidenschaftliche Rufe: Nieder mit den Wahlrechtsfeinden!) Es hängt vom Wahlreformausschuß, es hängt von der Regierung, die viel mehr Wirkung auf den Ausschuß üben kann, als sie bisher getan hat, ab, ob wir weitergehen werden. Die Arbeiter sind immer bereit zum Frieden, sie drängen sich nicht zu dem Opfer, das sie bringen müssen, aber betrügen lassen sie sich nicht von einer Bande von Gauklern. (Riesiger Beifall.) Wir werden nicht dulden, daß das Resultat dieser geschichtlichen Zeit, die für Österreich wirklich die Quelle der Verjüngung sein kann, die einzige Möglichkeit, aus diesem Sumpfe herauszukommen, in dem wir sonst verrecken, uns vorenthalten werde, weil ein paar gewissenlose Streber, weil ein paar bezahlte Kerle es wollen! (Stürmischer Jubel.) Warten Sie ruhig ab, was die nächsten Tage bringen werden, aber warten Sie nicht müßig! Tragen Sie den Gedanken des Massenstreiks weiter, treffen Sie alle Vorbereitungen, daß der Massenstreik die ganze Arbeiterschaft erfasse.

Mögen die Herren nicht glauben, daß sie es aushalten, wenn in den Fabriken nicht gearbeitet wird, wenn keine Zeitungen erscheinen und kein Brot gebacken wird! **Es gibt noch Mittel, diesen Herren klarzumachen, daß man nicht über ein ganzes Volk eine Katastrophe verhängen darf als einzelner Verbrecher am Rechte**

des Volkes! Es gibt Verbrechen, die viel geringer sind. Der Mensch, der ein Menschenleben am Gewissen hat, ist ein Mörder und wird schwer bestraft. Wenn aber Leute da sind, die gewissenlos, ohne Bedenken, aus Egoismus, aus brutalem Zynismus Ereignisse heraufbeschwören, an denen mehr hängt als ein Menschenleben, mehr als Menschenleben überhaupt: **sollen diese Leute frei ausgehen dürfen, sie, die ärgere Verbrecher sind?** (Stürmische Rufe: Nein! Nein!) **Alles hat ein Ende, auch unsere Geduld!** Was aber kein Ende haben darf, das ist unser Pflichtgefühl, unsere Besonnenheit, unsere Festigkeit und unsere Solidarität! Wir werden, wenn es notwendig wird, in den Kampf gehen, und wir werden ihn führen: überlegt, ruhig, diszipliniert, als einige, feste, geschulte Armee. **So werden wir ihn führen, so werden wir siegen, so werden wir das allgemeine gleiche Wahlrecht erobern, für uns und für den Staat.** (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Wahlkreiseinteilung in Wien.

Wahlreformausschuß, 13. Juni 1906*).

Dr. **Adler** betont, daß die Sozialdemokratie an der Wahlkreiseinteilung in Niederösterreich mitinteressiert sei. Bei den Verhandlungen, die darüber stattgefunden haben, haben die Vertreter dieser in Niederösterreich nicht unbeträchtlichen Partei nicht mitgewirkt, da sie zur Konferenz nicht zugezogen wurden. Die Sozialdemokraten wären also an die getroffenen Abmachungen auch nicht gebunden. Er stelle auch fest, daß in allen Kronländern und insbesondere in Niederösterreich die Abgrenzung der Wahlbezirke in sehr hohem Grade zuungunsten des Proletariats gemacht wurde unter dem Vorwand, daß man nicht die Bevölkerungszahl allein oder vorwiegend, sondern die angebliche Steuerleistung zur Grundlage genommen habe, denn die Steuerleistung, die von der Innern Stadt Wien getragen wird, welcher Bezirk nicht weniger als vier Mandate erhält, ist tatsächlich eine Leistung ganz anderer Leute als jener, die in der Innern Stadt wohnen. In der Innern Stadt kommt auf ungefähr 12.000 bis 13.000 Einwohner ein Mandat, während in Ottakring erst auf 70.000 Einwohner ein Mandat entfällt. Trotzdem werde er selbst keine Abänderungs-

*) In der Sitzung des Wahlreformausschusses vom 13. Juni wurde die Wahlkreiseinteilung von drei Kronländern erledigt. Gegen diese Einteilung wurden wesentliche Einwürfe nicht erhoben. Bei den Wiener Wahlkreisen beantragte Dr. Lecher im Namen der Wiener Freisinnigen, statt dem kleinen Mariahilf dem größeren Margareten zwei Mandate zu geben. Obwohl die Einteilung, wie sie die Regierungsvorlage vorschlug, auf einem von Hohenlohe vermittelten Kompromiß der bürgerlichen Parteien beruhte und die Arbeiter wesentlich benachteiligte, erklärte Dr. Adler, er werde, um ein gutes Beispiel zu geben, für die Vorschläge des Referenten — der der Abgeordnete der Stadt Linz, Dr. Löcker von der deutschen Volkspartei, war — stimmen. Alle Abänderungsvorschläge wurden übrigens abgelehnt.

anträge stellen, er werde sogar gegen den Antrag Lecher stimmen, obwohl darin für Margareten ein zweites Mandat verlangt werde, in welchem Bezirk die Arbeiterschaft wesentlich stärker vertreten sei als in Mariahilf. Er werde für die vom Abgeordneten Dr. Löcker aufgenommenen Regierungsvorschläge stimmen, um ein gutes Beispiel zu geben und den Weg zu zeigen, auf dem allein die Wahlreform Gesetz werden kann, nämlich durch Unterordnung der Interessen von Gruppen unter die große Sache, die der Ausschuß zu fördern hat. Er empfehle, direkt gegen das Interesse, das er hier auch im einzelnen vertreten müßte, auch den Antrag Lecher zu opfern.

Die Angriffe des Dr. Demel*).

Dr. **Adler** ergreift das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: Ich muß meine Verwunderung darüber aussprechen, daß der Obmann es dem Abgeordneten Demel ermöglicht hat, Dinge hier hereinzuziehen, die nicht hieher gehören. Wohin würde man kommen, wenn man die Parteipresse hier einer Zensur unterziehen würde? Wenn die „Arbeiter-Zeitung" eine falsche Angabe gemacht hat, so steht es dem Abgeordneten Demel frei, dies festzustellen oder zu berichtigen. (Zwischenrufe des Abgeordneten Demel: Das habe ich getan!) Die Presse untersteht in Österreich noch immer der Zensur des Staatsanwalts, aber sie untersteht nicht der Zensur des Parlaments oder dieses Ausschusses. Ich lege Verwahrung dagegen ein, daß hier Zeitungsartikel zum Gegenstand der Erörterungen gemacht werden. Was nun die „Arbeiter-Zeitung", der anzugehören ich die Ehre habe, anlangt, so hat sie mit den hier zitierten Ausführungen wahrscheinlich nicht die Absicht gehabt, dem Abgeordneten Demel angenehm zu sein, und diesen Zweck hat sie, wie ich mit Befriedigung feststelle, vollständig erreicht. Gegen die zum Teil in sehr verletzenden Ausdrücken hier vorgebrachten Klagen über angeblichen Terrorismus der „Arbeiter-Zeitung" und gegen die Bemerkungen in Privatgesprächen, die ich gemacht haben soll oder wirklich gemacht habe, erkläre ich, daß ich hier als Abgeordneter und Mitglied des Ausschusses sitze und nicht als Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung". Als Mitglied des Ausschusses, als das

*) Zu Beginn der Sitzung beklagte sich der liberale Abgeordnete von Teschen, Dr. Demel, einer der fanatischesten Wahlreformfeinde — vertrat er doch eine dünne Schicht des deutschen Bürgertums in der vornehmlich slawischen Stadt — darüber, daß die „Arbeiter-Zeitung" in ihren Berichten über die Beratungen des Ausschusses einen unerhörten Terrorismus an diesen Mitgliedern des Ausschusses übe. Demel hatte übrigens auch der „Arbeiter-Zeitung" eine Berichtigung geschickt, die aber einer Berichtigung des Abgeordneten Kaiser widersprach. Die „Arbeiter-Zeitung" stellte demgegenüber fest, daß Demel und Kaiser jeder für etwas gestimmt haben wolle, wofür der andere nicht gestimmt haben will... Die Beschwerden über den „Terrorismus" richteten sich übrigens mehr gegen die Androhung des Massenstreiks, was man sich aber nicht recht zu sagen traute. (Siehe die Bemerkungen zur folgenden Rede vom 17. Juni.)

allein ich der Zensur des Obmannes unterstehe, habe ich, das müssen mir alle Anwesenden bezeugen, niemals jemand auch nur mit einem Worte verletzt. (Unterbrechungen bei den Alldeutschen: Sie drohen bei jeder Gelegenheit! Frechheit!) Sie werden mich nicht aus meiner Ruhe bringen. Die verletzenden Worte, die Sie hier gegen mich richten, stehen unter dem Niveau meiner Beachtung. (Rufe bei den Alldeutschen: Frechheit!) Ich wiederhole mit Nachdruck: unter dem Niveau meiner Beachtung. Ich konstatiere nochmals, daß ich eine Kritik an meiner Tätigkeit außerhalb dieses Saales und außerhalb meines Mandats als Abgeordneter und Ausschußmitglied mir hier nicht gefallen lasse.

Das Signal zum Kampf.

Versammlung im Rathaus, 17. Juni 1906*).

Wenn Sie hinaussehen aus diesem Saale, sehen Sie eine ungeheure Menschenmenge, die den ganzen Platz ausfüllt vom Rathaus bis zum Ring, und als Sie hiehergingen, sahen Sie in allen Straßen Ströme von Menschen, die alle hieherzogen. Aber wenn Sie heute in ganz Österreich in jedem Orte eine Versammlung einberufen würden, würden überall in den Hauptstädten wie in den kleinsten Dörfern sich die arbeitenden Menschen drängen, um zu bekunden, daß sie ihr Recht wollen. (Beifall.) Wir brauchen keine Volksabstimmung mehr, das Volk hat seine Stimme deutlich erhoben und hat sich gezählt. Und wer wagt es, sich diesem Strome der Gedanken, diesem Strome des Wollens in den Weg zu stellen! Die heute im Wahlreformausschuß gegen das gleiche Recht ankämpfen, das sind die Wortführer und Bevollmächtigten, sind die Werkzeuge jener kleinen Klassen, die heute wie Blutegel am Körper des Volkes schmarotzen (lebhafter Beifall); diejenigen, die das Recht, Gesetze zu geben und zu verwalten, als ein Familienprivileg ansehen. Es ist nicht allein Torheit, nicht allein Gewissenlosigkeit, was die Herrschaften bewegt. Ihr Größenwahn ist ebenso groß wie ihre Torheit, ebenso groß wie ihre Gewissenlosigkeit: Herr Stürgkh meint wirklich, Österreich müsse kaput gehen, wenn seine hohe Weisheit ihm nicht mehr zur Verfügung steht. (Heiterkeit.) Herr Baernreither**) meint wirklich, Österreich könne nicht leben,

*) Am 14. Juni war eine von der Gesamtvertretung einberufene Konferenz zusammengetreten, die über alle Einzelheiten des Massenstreiks die notwendigen Beschlüsse faßte, und um diesen Beschlüssen den erforderlichen Nachdruck zu verschaffen, wurde am Sonntag den 17. Juni in die Volkshalle des Rathauses eine Versammlung einberufen, zu der die Massen in ungeheuren Zügen mit roten Fahnen heranzogen. Während in der Volkshalle Schuhmeier, Seitz, Daszynski, Ellenbogen, Kronawetter und Adler sprachen, drängten sich die Massen auch vor dem Rathaus.

**) Dr. Josef Maria v. Baernreither war gleich Stürgkh Abgeordneter des Großgrundbesitzes und, wenn auch nicht gar so gehässig wie dieser, Bekämpfer der Wahlreform. Er hat, wie bereits in der Wahlrechtsbroschüre

wenn nicht die Großgrundbesitzer in anererbter, durch Jahrhunderte herangezogener Weisheit (lebhafte Heiterkeit) ihm ihre Ratschläge geben, jene Ratschläge, die Österreichs Völker so weit gebracht haben, wie sie heute sind, daß sie heute gezwungen sind, einen Verzweiflungskampf um ihr Recht zu führen; daß sie heute erst anfangen müssen, sich einen Staat zu geben, den sie bis heute nicht haben. (Lebhafter Beifall.) Torheit, Gewissenlosigkeit, Größenwahn sind es, die sich dem Recht entgegenstellen, und zum Teil, das wollen wir gar nicht verkennen, rein persönlicher, lumpiger Egoismus schlechtester, niedrigster Art. Aber seien wir gerecht, es sind nicht alle dort so; wir haben es nicht notwendig, die Wahrheit zu verschleiern, wir sind groß genug und unsere Sache ist groß genug, daß wir anerkennen können, daß es dort eine Anzahl ehrlicher, aufrichtiger Wahlreformfreunde gibt. (Bravo!) Wobei ich gleich wieder die Einschränkung mache, daß gar viele sich als Freunde der Wahlreform aufspielen, die diese, die vorliegende Wahlreform, am liebsten erwürgen möchten, die „prinzipiell" für das allgemeine Wahlrecht sind, aber nur ja nicht für das Gesetz, das das allgemeine Wahlrecht erst zum Recht macht. In Wahrheit handelt es sich heute um ganze sechs bis acht Mandate, eine Bagatelle, wenn man überlegt, daß wir bereits bei 495 Mandaten stehen. (Zwischenrufe.) Es ist gewiß nicht gut, wenn das Parlament allzu groß ist. Aber man muß zugeben, daß in Österreich ein größeres Haus notwendig ist als anderswo. Denn während es in anderen Ländern nur notwendig ist, daß die einzelnen Klassen der Bevölkerung ausreichend vertreten seien, müssen in Österreich nicht nur die Klassen, sondern die Klassen in jeder Nation eine ausreichende Vertretung haben. Darüber also, wenn es auch für das nächste Haus eine Unbequemlichkeit sein wird, sich zu grämen oder zu raunzen, wie es die Großgrundbesitzer tun, ist gar kein Anlaß. So gescheit wie das heutige Parlament mit seiner Großgrundbesitzerkurie wird das Volkshaus auch sein, selbst wenn es hundert Abgeordnete mehr hat. (Heiterkeit und Beifall.)

Schuhmeier und andere haben davon gesprochen, daß ich, weil ich im Wahlreformausschuß sitze, das Zeichen geben soll, wann der Massenstreik losbrechen soll. Der Posten, auf dem ich im Wahlreformausschuß stehe, ist — wenn auch kein angenehmer, doch ein ehrenvoller und ich werde selbstverständlich meine Kraft zusammennehmen und werde die Augen offen haben. Aber die Arbeiter haben es nicht notwendig, sich auf die Augen eines armen einzelnen zu verlassen. Das Spiel, das dort gespielt wird, wird vor der ganzen Öffentlichkeit und vor I h r e n e i g e n e n A u g e n

von Adler mitgeteilt ist, schon im Jahre 1893 einen Antrag auf Schaffung einer eigenen Kurie für die krankenversicherungspflichtigen Arbeiter eingebracht. Sonst war er sozialpolitisch gebildet, hat für die südslawische Frage ein verständnisvolles Interesse gezeigt, wie auch seine von Josef Redlich herausgegebenen Tagebücher beweisen. Im Ministerium T h u n war er Handelsminister gewesen. Im Jahre 1917 war er Minister für soziale Fürsorge im Ministerium C l a m - M a r t i n i c. Er ist im Jahre 1925 gestorben. (Siehe die Bemerkungen bei der Versammlung vom 2. April 1906.)

gespielt. So ist es nicht, daß das ein Geheimnis wäre und daß nur ich dieses Geheimnis durchdränge und ich Ihnen eine Losung geben müßte. Wenn der Ausschuß weiter verzettelt, wenn er die Gefahr heraufbeschwört, daß wir das Gesetz nicht fertig machen können, dann wird es keines Zeichens von innen heraus bedürfen, sondern dann werden Sie alle es sehen: Jetzt ist es Zeit! Und es wird wirklich nur des Signals bedürfen, das Ihnen die Parteileitung geben wird, des Trompetenstoßes, den jeder Soldat abwartet, obwohl er weiß, daß er hart vor der Schlacht steht.

Nicht leichtsinnig ziehen wir in den Kampf, nicht leichten Herzens haben wir, Ihre Vertrauensmänner, an Sie, die Arbeiter Wiens, die Aufforderung gerichtet, sich schußbereit zu halten für den letzten Kampf. Wir fühlen die Verantwortung für die Opfer, die Sie werden tragen müssen, aber wir fühlen auch die Verantwortung dafür, daß wir Sie nicht den geschichtlichen Moment versäumen lassen dürfen (stürmischer Beifall), um gar keinen Preis! Darum nehmen wir in dem Bewußtsein, daß die Arbeiterschaft diese Opfer bringen will und daß die Arbeiterschaft in ganz Österreich mit Sehnsucht wartet, wann auch sie in den Kampf gerufen wird, die Verantwortung auf uns, daß, wenn eine wirkliche Gefahr eintritt, wir das Signal zum Kampfe geben, bevor noch die Sache verloren ist. Wenn die Herrschaften glauben — und viele glauben es —, daß sie uns schön langsam über den Sommer hinwegschwindeln werden, daß man vielleicht die Wahlreform bis auf den Herbst verschieben wird, so sagen wir ihnen, daß es das nicht gibt. (Stürmischer Beifall.) Man wird uns sagen: Jetzt habt ihr schon dreißig Jahre gewartet, so wartet noch diese drei Monate. Aber der Zustand der Völker Österreichs in diesen dreißig Jahren und der seit dem Oktober des vorigen Jahres ist ein völlig anderer. Was vor zwanzig Jahren noch möglich war, ist heute zur Unmöglichkeit geworden. Heute ist es unmöglich, länger zu warten, weil es jeder einzelne Bürger als eine Schmach empfinden würde, als einen Schlag ins Gesicht, daß wir nach einem Wahlrecht wählen sollen, das von niemand respektiert wird, das von jedem als ein Unrecht empfunden wird, das vom Kaiser bis zum letzten Proletarier und vom letzten Proletarier bis zum Kaiser einmütig als ein Verbrechen am Staate und am Volke angesehen wird. (Stürmische Zustimmung.) Warum sollte man sich der Gefahr aussetzen, daß in diesen drei Monaten, wo allerhand passieren kann, den Herren Zeit gegeben werde, wieder die Wahlreform zu verschleppen und zu verhindern. Die Herren mögen an der Ostsee, in Ischl und Karlsbad ihre kranken Leiber pflegen, wir gönnen es ihnen; aber erst mögen sie die Arbeit tun, zu der sie verpflichtet sind, die sie nicht unterlassen können, ohne ein Verbrechen zu begehen. (Neuerlicher stürmischer Beifall.)

Der Ministerpräsident hat, als er im Ausschuß sprach, ein wenig beachtetes Wort gesagt, das aber mir persönlich aus dem Herzen gesprochen war: Der Wahlrechtskampf, sagte er, muß einmal ein Ende nehmen. Ja, er muß ein Ende nehmen. Und da er kein Ende nehmen kann mit der Vereitelung der Wahlreform.

so darf und kann er nur ein Ende nehmen mit der Eroberung der Wahlreform. Denn der Staat hält ihn nicht mehr aus, denn er wird sich von Woche zu Woche, von Monat zu Monat noch weiter steigern. Meint man denn, man werde in Galizien während der Ernte Ruhe haben, wenn der ruthenische Bauer nicht weiß, daß sein Wahlrecht gesichert ist? Meint man, man werde in den nächsten Monaten die gute Konjunktur in den Fabriken ausnützen können, wenn die Arbeiter in Sorgen an ihr Wahlrecht denken werden? Meint man, die Arbeiter werden ihnen eine schöne, ruhige Saison gestatten und ihnen die Säcke füllen, zum Lohn, daß sie die Wahlreform wieder verschoben haben? (Stürmische Rufe: Nein! Nein!) Wir halten den Wahlrechtskampf nicht mehr aus! Wir haben andere, wichtige Dinge auch noch zu tun, wichtige Dinge für das Volk und für den Staat. Und wir wollen endlich dieses eine Kapitel beendet haben. Und da sage ich: Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende! (Riesiger, andauernder Beifall.)

Als wir auf dem letzten Parteitag von dem Siege der russischen Revolution hörten, da sagten wir alle: Es gibt Fälle, wo das eigene Leben an Wert verloren hat; wenn wir nicht leben können als Menschen, mit vollem Recht in einem freien Staate, dann werfen wir das Leben freudig in die Schanzen! (Brausender Beifall.) Man könnte ja von Rußland viel lernen. Man könnte lernen, wie es geht, wenn man das Volk mit einem gefälschten Wahlrecht betrogen hat, und es wäre noch zu untersuchen, ob unser Wahlrecht viel besser ist als das für die Duma. Das Volk läßt sich nicht betrügen und es zeigt sich nicht nur, daß das gefälschte Recht auch zu einem falschen Frieden führt, sondern auch, daß auf die Niederschlagung und den Betrug an der Revolution auch dort die echte Revolution wieder vor den Türen steht. (Stürmische Hochrufe auf die russische Revolution.) Mögen sich die Herren die Lehren der Geschichte, die sich nun so ganz in ihrer Nähe vollzieht, merken. (Begeisterter Beifall.)

Aber die Herren verlassen sich darauf, daß sie warm sitzen werden in ihren Villegiaturen, wenn der Kampf losgeht, und daß die Kanonen und Gewehre, wenn es notwendig wird, ihre teuren Leiber schützen werden. Und sie hoffen, daß der Staat zum Danke dafür, daß sie ein selbstsüchtiges Attentat, ein himmelschreiendes Verbrechen am Staate begehen, sie mit seinen Gewehren schützen wird. (Große Bewegung und Pfuirufe.) Mit den Gewehren, die aus den Taschen des Volkes bezahlt sind, und daß sie geschützt werden durch dieselben Proletarier, denen sie selbst das gleiche Wahlrecht verweigern. So stellen sie es sich vor. Gestützt auf das unterdrückte, rechtlose Proletariat hoffen sie, dieses Proletariat rechtlos und unterdrückt erhalten zu können. Aber die Sache hat ein Loch und es ist nicht immer so, daß am sichersten ist, der hinter dem Ofen sitzt, und daß verliert, der am meisten Opfer bringt.

Wir aber schließen: Nieder mit den Wahlrechtsfeinden! Hoch das allgemeine und gleiche Wahlrecht! (Brausender, minutenlang andauernder Beifall.)

Der Redner beantragt hierauf folgende

Resolution.

Die heutige, von vielen Zehntausenden Wiener Arbeitern besuchte Massenversammlung erklärt:

Das arbeitende Volk aller Zungen, Millionen von Staatsbürgern erwarten mit steigender Ungeduld, daß endlich das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zum Gesetz werde.

Das arbeitende Volk sieht mit wachsender Erbitterung, daß das Parlament und sein Wahlreformausschuß von einer kleinen, aber gewissenlosen Clique von Privilegierten gehindert werden, dem Volke sein Recht zu geben und die Wahlreform zu vollenden.

Das arbeitende Volk Wiens erklärt, daß es die Verschleppung der Wahlreform **nicht ruhig** mitansehen wird, sondern diesem Verbrechen gegen Volk und Staat mit allen Mitteln und unter allen Opfern einen Kampf entgegensetzen wird, dessen erster Schritt der dreitägige Massenstreik in Wien sein wird*).

Sozialdemokratischer „Terrorismus".

Wahlreformausschuß, 19. Juni 1906**).

Abgeordneter Dr. **Adler** verweist darauf, daß er schon in der letzten Sitzung gegen ähnliche vorgebrachte Proteste Verwahrung eingelegt habe, weil er der Ansicht sei, daß es nicht angehe,

---

*) Erst nach dieser Versammlung kam die Arbeit im Wahlreformausschuß in Gang.

) Der größte Teil der Sitzung des Ausschusses war am 19. Juni mit einer Debatte über „sozialdemokratischen Terrorismus" ausgefüllt. Die Riesendemonstration vom Sonntag, über die ja an anderer Stelle berichtet wird, und die Ankündigung des Massenstreiks waren Anlaß dazu. Vor Eingehen in die Tagesordnung meldete sich der Alldeutsche Malik, da „der unerhörte Terrorismus der Sozialdemokratie, die immer ungeschminkter hervortretenden Drohungen, die gegen den Ausschuß und dessen Mitglieder ausgestoßen werden, vom Ausschuß die gebührende mannhafte Antwort erheischen. Man begnüge sich nicht mehr mit allgemeinen Drohungen. Auch in Bruck an der Mur ist in einer Versammlung von einem Parteigenossen der Sozialdemokratie die Revolution ausgerufen worden. Unter Berufung auf die Worte, die der Kaiser an Dr. Kramarsch richtete (Beim Delegationsdiner hatte der Kaiser zum Abgeordneten Kramarsch gesagt: Die Wahlreform muß gemacht werden. **Auf Grund der alten Wahlordnung kann nicht mehr gewählt werden — siehe dazu Adlers Rede am 11. Juni 1906, wo er über diese Bemerkungen des Kaisers sprach, und die Fußnote dazu) werde von Dr. Adler propagiert, daß jetzt Mord, Totschlag und die unerhörtesten Beschimpfungen Platz zu greifen haben. Er selbst sei der letzte, der sich fürchte. Aber diesem verbrecherischen Treiben müsse durch eine mannhafte Tat des Ausschusses ein Ende bereitet werden. Er stellt den Antrag, mit dem Tage des Beginnes des von den Führern der sozialdemokratischen Partei angekündigten dreitägigen Massenstreiks für Wien die **Sitzungen des Wahlreformausschusses für vierzehn Tage zu unterbrechen.** Das solle die Antwort des Ausschusses auf die Drohungen sein, **welche die Sozialisten,**

Diskussionen in Volksversammlungen und in der Presse zum Gegenstand von Erörterungen in diesem Ausschuß zu machen. Es wäre Sache des Obmannes gewesen, diese Erörterung nicht zuzulassen. Was das Urteil des Abgeordneten Malik über die 40.000 bis 50.000 Menschen, die am Sonntag ihren Wunsch zum Ausdruck brachten, daß die Wahlreform gemacht werde, und die Bezeichnung anlangt, die der Abgeordnete Malik gegenüber diesen Arbeitern gebrauchte (Abgeordneter Malik: Die sich so etwas erlaubt haben, sind Pöbel!), so würde Redner nur wünschen, daß die Ausschußmitglieder so viel kaltes Blut bewahren wie die Arbeiter selbst, die an diesen Beschimpfungen, die ihnen hier zuteil werden, gewiß mit der größten Ruhe und Kaltblütigkeit und mit der den Herren, die hier schimpfen, gebührenden Schätzung vorübergehen. (Abgeordneter Malik: Die Photographien der Mitglieder des Ausschusses werden gesammelt, damit man jedes einzelne Ausschußmitglied durchprügeln kann!) Was den Antrag selbst anlangt, so meint der Redner, daß er des Ernstes völlig entbehre und nicht Gegenstand der Verhandlungen des Ausschusses sein könne. Der Redner wolle die Verhandlungen des Ausschusses nicht verzögern, deshalb vermeide er es, auf die provozierenden Reden des Abgeordneten Malik hier einzugehen. Er hoffe jedoch, daß es diesem Abgeordneten nicht gelingen werde, die Arbeiten des Ausschusses noch länger aufzuhalten*).

---

welche sich der Pöbel auszusprechen erfrecht hat. (Abgeordneter Doktor Adler: Nehmen Sie sich in acht, Sie sprechen von Tausenden von Arbeitern!) Wer Drohungen ausstößt, ist bei mir ein Pöbel und verdient nicht den Namen einer ernst zu nehmenden Partei.

Auch der tschechische Agrarier Zazvorka regt sich über die Drohungen auf und erklärt, daß er den angekündigten Streik nur als eine Vogelscheuche betrachte, auf die kein Wert zu legen sei. Ihm erwidert sofort Adler. Daß es sich übrigens Malik nur um einen Obstruktionsantrag handelte, geht daraus hervor, daß er, nachdem man fünfviertel Stunden lang über die Sozialdemokraten geschimpft hatten, höhnisch sagte, „er habe seinen Zweck erreicht“.

*) Dann protestierte der Pole Abrahamowicz; der Alldeutsche Stein fragte, wie es die Regierung dulden konnte, daß eine solche Versammlung unter freiem Himmel abgehalten werde und meinte, mit dem Wort „Pöbel“ seien die Führer gemeint. Der Volksparteiler Dr. Chiari (ein reicher Fabrikant, der die Stadt Sternberg in Mähren vertrat), meinte, daß jede Beeinflussung des Ausschusses energisch zurückgewiesen werden müsse. Darauf erklärte Beck, daß die Äußerungen bei den Versammlungen geradezu einen drohenden Charakter angenommen hätten und gab die bündigste Versicherung, daß auch die größten Demonstrationen, seien sie selbst mit Gewalttätigkeiten verbunden, für die Regierung nicht die Bedeutung auch nur des geringsten Arguments haben und daß die Regierung allen Ausschreitungen, die mit dem Gesetz in Widerspruch stehen, mit allem Nachdruck entgegentreten und es verstehen werde, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln dem Gesetz auf allen Gebieten Achtung zu verschaffen... Nachdem noch einige Redner gesprochen hatten, erwiderte wieder Dr. Adler.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Von den 49 Mitgliedern dieses Ausschusses bin ich das einzige, das die Ehre hat, die sozialdemokratische Partei hier zu vertreten. Das Kräfteverhältnis in der Bevölkerung ist allerdings ein wesentlich anderes, und es sind große Massen, die das Zustandekommen der Wahlreform als ihr Lebensinteresse ansehen. Es ist Ihnen, meine Herren, nicht übelzunehmen, da Ihnen jede Fühlung mit den Massen abgeht, daß Sie nicht begreifen, daß die Stimmung, die unleugbar herrschende Erregung, von den sozialdemokratischen Vertretern im Parlament, die Sie zum Gegenstand Ihrer Angriffe machen, nicht provoziert und nicht hervorgerufen, vielmehr nach Kräften eingedämmt wird. Die Erregung der Massen und die auf Sie unangenehm wirkenden Demonstrationen sind erklärlich, wenn man bedenkt, mit welchen Verzögerungen die Wahlreform im Abgeordnetenhaus und insbesondere in diesem Ausschuß verhandelt oder vielmehr nicht verhandelt wurde. Es ist mir durchaus nicht erstaunlich, daß die letzte Demonstration in Wien und die Demonstrationen auch außerhalb Wiens einen tiefen Eindruck auf die Mitglieder des Ausschusses gemacht haben. Dieser Eindruck äußert sich hier, und ich nehme es mit der größten Befriedigung und aufrichtiger Freude zur Kenntnis, daß sich heute viele Herren hier und insbesondere auch der Vertreter Schlesiens mit wahrer Wärme zum allgemeinen gleichen Wahlrecht bekannt haben. Es wäre freilich sehr nützlich, wenn dieser Eifer sich dahin bewähren würde, daß längere und häufigere Sitzungen des Ausschusses abgehalten würden. Sie beklagen sich über die Erregung in den Massen, aber wir sozialdemokratischen Abgeordneten, die nur ein schwacher Exponent der Stimmung der Massen sind und die alle Mühe anwenden, um die Erregung einzudämmen ... (Lebhafte Zwischenrufe.) Gewiß, so ist es! Wir haben die Möglichkeit nicht, diese Erregung verschwinden zu machen. Das kann allein dieser hohe Ausschuß. Sie haben ein ausgezeichnetes Mittel, um die Erregung der Massen sofort verschwinden zu machen, und Sie könnten das, wenn Sie die Güte hätten, anstatt dieser Debatte, die so lang geworden ist und die unsere Aufgabe nicht fördert, sich der Arbeit widmen würden, die dem Ausschuß zugewiesen ist.

Ich will auf die Dinge, die hier ganz gegen die Geschäftsordnung zur Sprache gebracht wurden, auf den Charakter und das Wesen der sozialdemokratischen Partei, auf die Vorgänge des Jahres 1897, auf das Versammlungsrecht und seine eventuelle Abänderung hier im Wahlreformausschuß nicht eingehen. Wenn die Herren finden, daß die Polizei zu wenig scharf gegen die Arbeiter einschreitet, so stehen ihnen andere Wege zur Verfügung, um die Polizei zu einem schärferen Vorgehen gegen die Wiener Arbeiter zu veranlassen. Ich bemerke eines noch: Ich habe meine Parteigenossen draußen an diesem Orte nicht zu verteidigen. Sie bedürfen meiner Verteidigung wahrhaftig nicht. Aber darum darf ich Sie,

meine Herren, bitten, daß die Art, wie die Arbeiter die Wahlreform am besten fördern können, der Arbeiterschaft überlassen werde, und ich meine, daß es hier im Ausschuß am Platze wäre, zu erörtern, wie dieser Ausschuß die Wahlreform fördert*).

Deutschböhmische Ränke.

Versammlung in Reichenberg, 1. Juli 1906**).

Wir versammeln uns in ernster Zeit, wenn auch die Reichenberger gerade jetzt die Welt von der rosigen Seite zu sehen gewohnt sind. Das macht ihre wunderbare Ausstellung da draußen, die wirklich ein Ruhmesblatt in der Geschichte dieses Landes ist. Wenn wir die äußerst lehrreiche Ausstellung überblicken, sehen wir nicht das Werk von heute und gestern, wir haben die reife Frucht der Arbeit von Generationen vor uns, und nicht allein von Generationen der Unternehmer und der Firmen, die alle diese schönen Sachen mit ihren Namen markieren, der beste Schweiß und das Blut der nordböhmischen Arbeiterschaft verkörpern sich in der Ausstellung. Hunderttausende der Ungenannten mußten in Kummer und Not dahingehen, bis die deutschböhmische Industrie ihre heutige Reife erreichte. So erfreulich und so erhebend auch das Bild der Ausstellung ist, eines fehlt — es ist nicht zum Ausdruck gebracht, wer die Träger dieser Produktion sind —, auf der Ausstellung der deutschböhmischen Arbeit fehlen die deutschböhmischen Arbeiter. Auch den Mehrwert an Ruhm und Anerkennung heimst der Unternehmer für sich ein. Das soll uns aber nicht hindern, auf das Kulturresultat, das sich in solchen Bildern zeigt, stolz zu sein. Wir haben mehr Recht darauf wie so viele, die den Ruhm davontragen werden. Wir wissen es, daß die Ausstellung gerade der Arbeiterschaft ein

*) Nach Adler kamen noch einige Proteste gegen den Terror, worauf der Antrag Malik mit allen gegen die zwei alldeutschen Stimmen abgelehnt wurde.

Nachdem noch über die Mandatsverteilung in der Steiermark einige Redner gesprochen hatten, wurde die Verhandlung wieder vorzeitig abgebrochen.

Dabei erinnerte Dr. Adler daran, daß die letzte Sitzung frühzeitig abgebrochen worden sei, und zwar wie sich später unwidersprochen herausgestellt habe, um für ein Souper im Sacher-Garten Platz zu gewinnen. Es stelle sich nunmehr heraus, daß die heutige Sitzung früher geschlossen werden soll, weil ein anderes Diner in Aussicht stehe. Sein Antrag, die Sitzung fortzusetzen, wurde aber abgelehnt.

**) Eine Pause in den Beratungen des Wahlreformausschusses benutzte Adler, um in mehreren Versammlungen in seinem Wahlkreis — in Grottau, Warnsdorf und Reichenberg — über die Verschleppung der Wahlreform durch die Ränke der deutschböhmischen bürgerlichen Abgeordneten zu berichten.

(Siehe darüber die Bemerkungen bei der Rede Adlers im Ausschuß vom 19. Juli über die Mandate von Böhmen, Seite 374.)

Reifezeugnis ausstellt, wie es deutlicher nicht sein kann. Der politische Zustand, in dem sich die Arbeiterschaft befindet, entspricht diesem Zeugnis allerdings noch immer nicht. Noch immer wird uns der heftigste und schwerste Kampf aufgezwungen um unser erstes, primitivstes Recht: um das politische Wahlrecht.

Abgeordneter Adler schilderte nun die Phasen des Wahlrechtskampfes von Oktober bis heute, von den Tagen, da neben günstiger politischer Konstellation der Wille der Arbeiterklasse die Entscheidung fällte, von dem 28. November 1905, der für die Geschichte Österreichs eine ähnliche Bedeutung hat wie der 13. März 1848, der ja auch das alte Österreich von einem neuen Österreich schied, von diesem Tage bis zum heutigen, wo wir unsere Feinde noch immer daran sehen, das Werk, das gemacht werden muß, wenigstens zu verschleppen, seine Vollendung hinauszuschieben.

Der Ministerpräsident Beck meinte, es solle recht ruhig und rasch gehen. Der Meinung sind wir auch. Aber die Patrioten wollen nicht. Es gibt kein Land, wo der Träger der Krone einen so ungeheuren Einfluß hat wie in unserem. Für den Adel und das Großbürgertum heißt in Österreich Patriot sein: Tun, was der Kaiser will. Will der Kaiser Kanonen, Gewehre, Soldaten, alles bekommt er, wenn es auch das Volk nicht will. Nun will einmal der Kaiser etwas, das auch das Volk will. Immer hat man uns gesagt, wir sind schlechte Patrioten, weil wir das nicht wollen, was der Kaiser will. Jetzt wollen wir, was der Kaiser will — oder, wenn Sie es so auffassen wollen: der Kaiser will, was wir wollen —, jetzt sind wir mit dem Kaiser einig, daß das bisherige Parlament für den Teufel zu schlecht ist; aber im selben Moment versagen die Patrioten, die immer gegeben haben, was das Volk nicht wollte, was es bedrückte, und die nun, da dem Volk ein Raub zurückgegeben werden soll, allen ihren Patriotismus, ihre Loyalität, dynastische Treue und ehrfurchtsvollste Ergebenheit über Bord werfen. Plötzlich haben wir es mit Leuten zu tun, die Mannesstolz vor Königsthronen mimen. Graf Stürgkh (Pfuirufe) beugt sich nicht, ist plötzlich ein aufrechter Mann, weil der Kaiser ein Recht des Volkes will. Und mit ihm einige deutschböhmische Abgeordnete (erneute Pfuirufe) — wenn Sie schon jetzt anfangen, Pfui zu rufen, was werden Sie denn dann tun? (Heiterkeit) —, einige Abgeordnete der Sudetenländer überhaupt, die Pergelt*), Demel und Kaiser, die alle Tage sagen, im Prinzip sind wir für das Wahlrecht, und daneben jeden Verschleppungsantrag fördern und unterstützen. Da müssen wir schon sagen, wir pfeifen auf euer Prinzip, nicht um das Prinzip dreht es sich, sondern um die Wahlreform, die jetzt vorliegt, um dieses bestimmte Gesetz mit allen seinen Vorzügen und Mängeln.

*) Dr. Pergelt, Abgeordneter der Städtekurie in Rumburg, liberal (fortschrittlich). Dr. v. Demel, Abgeordneter der Stadt Teschen in Schlesien, ebenfalls deutschfortschrittlich. Professor Kaiser, Abgeordneter der Landgemeinden von Freudenthal in Schlesien, Deutsche Volkspartei, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses.

Darin zeigt sich die arge Heuchelei — und das muß hier in Nordböhmen gesagt werden —, die arge Heuchelei gerade auch einiger deutscher Abgeordneten Nordböhmens, die sich zur Wahlreform schlechter und volksfeindlicher verhalten als die deutschbürgerlichen Abgeordneten der Alpenländer, die in ihrer großen Mehrzahl ehrlich zur Wahlreform stehen.

Die Opposition im Wahlreformausschuß hat eine merkwürdige Gesellschaft vereinigt. Dr. Pergelt, Herold aus Saaz, Baernreither und schließlich auch der Franko Stein (Ein Ruf: Dieses Subjekt ist zu niedrig!), der, angeblich von sogenannten „deutschvölkischen Arbeitern" gewählt, nun im Parlament in feindseligster Art mit allen Waffen gegen die Sache der Arbeiterschaft losgeht. (Zahlreiche Entrüstungsrufe. Ein Ruf: Solche Menschen sind Lumpen!) Regen Sie sich nicht auf. Es ist mir vollständig gleichgültig, was dieser Mensch sagt. Vom Ochsen kann man nur Rindfleisch haben. (Heiterkeit.) Lassen Sie sich durch diese persönlichen Dinge gar nicht irritieren. Wichtiger aber ist, daß diese Lumpereien von Leuten mitgemacht werden, die vorgeben, daß sie ernste Politiker sind, die vorgeben, Freunde der Wahlreform zu sein.

Herr Herold entdeckt plötzlich die Herzogtümer Auschwitz und Zator*) — wie kommt Herr Pergelt dazu, diesem Kinderstreich zuzustimmen. (Ein Ruf: Haderlumpen!)... Haderlumpen, das ist denn doch schwer zu sagen. Man weiß oft nicht, wo so ein deutscher Politiker aufhört und der Haderlump anfängt. Ich glaube vielmehr, es ist den Leuten ernst damit. Sie reden sich so hinein. Wenn ich nicht mehr gewählt werde, sagt sich jeder dieser Herren, so ist das persönlich unangenehm, für Österreich ist es aber eine Katastrophe. (Heiterkeit.) Die Stürgkh und Pergelt haben bisher zwar nichts getan als mitgeholfen, den Karren in den Dreck zu bringen; aber sie meinen doch, es geht nicht, wenn sie nicht dabei sind. Der Karren liegt im Dreck, aber sie haben ihn doch hineingefahren. (Große Heiterkeit.) Es ist also nicht alles Schlechtigkeit und böse Absicht.

Der Minister Beck hat gesagt: Der Wahlrechtskampf muß einmal ein Ende nehmen. (Ein Ruf: Höchste Zeit!) Er hat gemeint, daß wir aufhören sollten; aber heute, wo er schon ein paar Wochen im Amte, also ein alter Minister ist (Heiterkeit), muß er schon wissen, daß der Wahlrechtskampf kein Ende nehmen wird, ehe nicht die Wahlreform gesichert ist. Die Arbeiterschaft hat seit dem 28. November geduldig gewartet. Als aber vor etwa vierzehn Tagen im Ausschuß wieder einmal alles

*) Die Deutschnationalen entdeckten plötzlich, daß Oswięcim in Galizien auf deutsch Auschwitz heiße und eigentlich nicht zu Galizien gehöre. Auschwitz war nämlich einmal die Hauptstadt der westgalizischen Herzogtümer Auschwitz und Zator, die im 15. Jahrhundert einzeln an Polen verkauft, aber im 17. Jahrhundert wieder vereinigt wurden. 1773 fielen sie an Österreich. — Dr. Josef Herold war der deutschradikale Abgeordnete von Brüx.

versandet war, da merkten wir, daß es den Herren darum zu tun ist, den heißen Sommer über Ferien zu halten, um dann im Herbst in den zwei kurzen Monaten bis Mitte Dezember die Wahlreform verzetteln zu können — da machten wir ihnen — so weit unsere Kraft reicht — einen dicken Strich durch die Rechnung. (Großer Beifall. Rufe: Hoch der Massenstreik!)

Genossen! Sie kennen mich seit zwanzig Jahren. Sie wissen, ich bin kein Springinsfeld. Aber ich sage Ihnen, wenn es notwendig ist, müssen wir selbst den Massenstreik wagen; wir müssen ihn wagen, trotzdem wir wissen, welches harte Opfer wir den Arbeitern auferlegen, welche schwere Störung die Industrie erfahren wird, welche Gefahren für die Organisation uns — für einige Zeit wenigstens — drohen. Wir wollen nicht gewissenlos und leichtfertig sein. Aber wir wären gewissenlos und feig zugleich, wenn wir Sie nicht rufen würden, sobald der Kampf notwendig wird. (Großer, langwährender Beifall.)

Die Regierung sucht das alte Rezept hervor. Sie beruft Soldaten. Aber es kann doch niemand den Bäcker niederschießen, wenn er nicht die frischen Semmeln für den Frühstückstisch schaffen will. Das wird schwer gehen. Wenn es nötig werden sollte, über Wien mit dem Streik hinauszugehen, in welche Lage kommen dann die parlamentarischen Minister? Seiner Exzellenz Prade*) wird es doch recht unangenehm sein, gegen seine Reichenberger Mitbürger Soldaten zu schicken; will er seine Reichenberger niederschießen lassen? Und auch der Exzellenz Pacak wird es unangenehm sein, gegen seine tschechischen Landsleute in Prag mit Kanonen loszugehen. Das verträgt ein parlamentarisches Ministerium nicht und ich sage, daß die Tage dieser Regierung gezählt sind, wenn wir durch die Haltung des Wahlreformausschusses und durch die Schwäche der Regierung gezwungen werden würden, in den Kampf einzutreten. Auf die Einsicht und Kraft der Regierung allein können wir uns leider nicht verlassen, sondern wir werden, so weit wir vermögen, durch unsere Kraft schützen, was wir durch unsere Einsicht als notwendig erkannt haben. (Großer Beifall.) Wir lassen uns nicht einschüchtern — auch nicht durch Kanonen. (Erneuerter, großer Beifall.)

Die Unternehmer jammern, daß auf dem Rücken der Unternehmer, der Unschuldigen, die ohnehin fürs Wahlrecht sind, der Kampf ausgefochten werden soll. Sagen Sie ihnen erstens: das ist

*) Prade, Abgeordneter der Stadt Reichenberg, deutscher Landsmannminister im Kabinett Beck. Pacak, Abgeordneter der Landgemeinden von Czaslau, tschechischer Landsmannminister.

Die Regierung hatte, als die sozialdemokratische Konferenz am 14. Juni den Generalstreik androhte, militärische Vorbereitungen getroffen, um bei Ausbruch des Streiks Bahnhöfe, öffentliche Gebäude, Fabriken militärisch besetzen zu lassen, und in den niederösterreichischen Landstädten waren die Truppen bereit, jeden Augenblick nach Wien abzumarschieren.

einmal der Krieg, der erschossene Soldat hat auch den Krieg nicht angezettelt; dann aber sagen Sie ihnen, daß sie die Prügel reichlich verdient haben. Dr. Pergelt ist doch ihr Abgeordneter, der Abgeordnete der Unternehmer; warum nehmen sie ihn nicht beim Kopfe und warum ziehen sie ihn nicht zur Verantwortung dafür, daß ihm sein persönliches Interesse oder doch seine persönliche Verbohrtheit mehr gilt als das Interesse der Industrie, die er zu vertreten hat? Wenn die Unternehmer für das Wahlrecht demonstrieren würden, könnten wir es uns ersparen.

Nicht wir werden das Signal zum Kampfe geben; das Signal kommt von den anderen, wenn sie nichts arbeiten, es kommt von der Regierung, wenn sie nicht die Kraft hat, sie zur Arbeit zu zwingen; nicht wir, sondern die Schwäche der Regierung und die Halsstarrigkeit der Gegner würden das Signal zum Kampfe geben. Kommt aber das Signal, dann werden sich auch die nordböhmischen Proletarier sagen: „Jetzt geht es in die Schlacht", und sie werden die Arbeit niederlegen. (Demonstrativer Beifall, der sich immer wieder erneuert.) Ich schließe mit dem alten Rufe: Hoch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht!

„Sozialistische Durchseuchung."

Wahlreformausschuß, 4. Juli 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich würde zu diesem Gegenstand nicht das Wort genommen haben, wenn nicht in der Rede der Abgeordneten Lemisch und Ploj die „sozialistische Durchseuchung" eine

*) Bei der Wahlkreiseinteilung von Kärnten beantragte der slowenische Klerikale Dr. Ploj — übrigens im Einvernehmen mit den deutschen Christlichsozialen in Kärnten —, aus dem dritten Kärntner Wahlbezirk Ferlach drei „sozialdemokratisch verseuchte" Gemeinden auszuscheiden und dem Bezirk Klagenfurt zuzuweisen. Damit sollte der Bezirk für die slowenischen Klerikalen vermehrte Sicherheit erhalten. Dagegen wehrten sich wieder die Deutschbürgerlichen, deren Redner Dr. Lemisch ausrechnete, daß die Deutsche Volkspartei ohnedies ein Mandat an die Sozialdemokraten werde abgeben müssen. Da übrigens die Orte, um die es sich handelte, von Klagenfurt und voneinander weit entfernt liegen, wurde der Antrag abgelehnt.

Als Dr. Adler zu sprechen begann, lärmten die alldeutschen Abgeordneten Malik und Stein und Malik erklärte, er werde Adler nicht reden lassen, da man ihn in Brünn auch nicht habe reden lassen. Malik hatte nämlich in Brünn eine Versammlung abhalten wollen, verlor aber den Mut hinzufahren, als er hörte, daß die Sozialdemokraten in der Nähe seines Lokals eine Versammlung abhalten wollen, obwohl ihm ausdrücklich versichert wurde, die Arbeiter selbst würden für seine Sicherheit bürgen. Deshalb schrie er jetzt ununterbrochen: „Rache für Brünn!"

Diese Szene schildert der Sitzungsbericht folgendermaßen: Der Vorsitzende Baron Malfatti erteilt dem Abgeordneten Dr. Adler das Wort. Nun springt der Malik auf und schreit: Dr. Adler wird nicht sprechen. Ich habe gesagt, daß ich ihn nicht sprechen lasse und werde

Rolle gespielt hätte. Der Antrag des Herrn Dr. Ploj wünscht, eine Anzahl Gemeinden mit sozialdemokratischen Arbeitern aus dem Bezirk 3 auszuscheiden (andauernde lärmende Zwischenrufe der Abgeordneten Stein und Malik) und sie in den Wahlbezirk Klagenfurt zu versetzen. Ich begreife vollkommen, daß es beiden Herren unangenehm ist, Arbeiter in ihrem Wahlbezirk zu haben. Ich werde gegen diesen Antrag stimmen. Was die Sozialdemokraten in Klagenfurt angeht, so werden sie die rote Durchseuchung schon selbst und allein besorgen. (Fortdauernder Lärm.) Ich kann aber unmöglich dafür sein, daß Orte, die sehr weit voneinander entfernt sind, in einen Bezirk zusammengezogen werden. (Fortdauernder Lärm.) Ich kann absolut nicht zugeben, daß diese Arbeiterorte von ihrer Umgebung abgeschnitten und einem entfernten Bezirk zugeschlagen werden. (Unausgesetzte lärmende Zwischenrufe.) Das ist

---

es halten! Baron Malfatti ersucht um Ruhe. Adler beginnt zu sprechen. Malik zieht nun eine Nummer der „Arbeiter-Zeitung" heraus und erklärt, er werde die Rede Adlers in der Volkshalle verlesen. Adler erwidert ruhig: Das mag ja sehr interessant sein, aber ich will jetzt eine neue Rede halten. Malik schreit und lärmt ununterbrochen, worauf Adler sich an den Vorsitzenden wendet: Selbstverständlich ist es nicht meine Aufgabe, hier die Ordnung zu wahren; das ist Pflicht des Obmannes und Sache des Ausschusses selbst. Malik fährt fort zu schreien und wiederholt eintönig: Ich lasse ihn nicht sprechen! Ich lasse ihn nicht sprechen! Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen und macht schüchterne Versuche, Herrn Malik zu hindern, weiter zu spektakulieren. Der aber schreit ununterbrochen: Wenn er mich draußen nicht reden läßt, lasse ich ihn hier nicht reden. Das ist meine Rache für Brünn! Worauf ihm Adler antwortet: Für Brünn haben Sie nicht an mir Rache zu nehmen. Sie hätten dort reden können, so viel Sie wollten, wenn Sie den Mut gehabt hätten, nach Brünn zu fahren. Dr. Adler beginnt nochmals zu sprechen, wird aber nun wieder von dem Geschrei unterbrochen, bei dem nun dem Malik auch der Stein zu Hilfe kommt, der unausgesetzt brüllt: Terrorismus gegen Terrorismus! Einzelne Abgeordnete, insbesondere Kramarsch und der Ruthene Wassilko, rufen: Das geht doch nicht! Das ist unmöglich!, während die anderen mit ruhiger Objektivität der Szene zuschauen. Der Vorsitzende schlägt dann Dr. Adler vor, auf das Wort zu verzichten, was Adler ganz energisch ablehnt, indem er erklärt: Ich ersuche den Obmann, mir mein Recht zu wahren; ich verzichte absolut nicht. Ich weiß, Herr Obmann, daß Sie sehr wenig Macht haben, aber ich werde mich unter keiner Bedingung fügen! Malik: Sie dürfen unter keiner Bedingung sprechen. Abgeordneter Ploj gibt dem Vorsitzenden den Rat, die Sitzung zu schließen. Adler erklärt: Ich protestiere auf das entschiedenste dagegen. Ich bin in meinem Recht und werde mich unter keiner Bedingung diesem Terrorismus fügen. Stein: Sie werden sich fügen und der ganze Ausschuß wird sich fügen müssen! Die beiden schreien dann weiter. Als Adler wieder zu sprechen anfängt, schreit Malik: So stark wie Sie kann ich auch schreien! Adler: Ich kann überhaupt nicht schreien; ich bin kein Schreier. Während nun Malik und Stein mit Aufgebot ihrer ganzen Lungenkraft brüllen und, als ihnen die Stimme ausgeht, mit Linealen auf den Tisch schlagen, führt Adler seine Rede zu Ende.

der Grund, warum ich gegen den Antrag des Abgeordneten Dr. Ploj stimmen werde. (Fortdauernde lärmende Zwischenrufe.) So, ich bin fertig. Stimme haben Sie ja mehr als ich. Ihr Kehlkopf ist stärker! (Andauernder Lärm.)

Das Mandat von Gottschee.

Ausschuß, 6. Juli 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** erinnert daran, daß er bei mehreren Gelegenheiten bereits, wo es sich um die Vermehrung von Mandatszahlen gehandelt habe, und zwar wo es sich um ein italienisches, um ein slowenisches und um das armenopolnische Mandat**) in der Bukowina handelte, erklärt habe, daß die Sozialdemokraten von ihrem Standpunkt eine Vermehrung der Mandate nicht zugeben können, wenn dies nicht auf dem Wege des Kompromisses geschieht. Das Festhalten an der Vorlage ist im Interesse des Zustandekommens der Wahlreform die einzig vernünftige und zum Ziele führende Haltung. Er bedauere sehr, den Standpunkt auch hier gegenüber dem Gottscheer Mandat einnehmen zu müssen, obwohl er wisse, daß, wenn auch der Forderung nach diesem Mandat die sachliche Begründung fehle, damit einem Herzenswunsch der deutschen Abgeordneten entsprochen werden würde. Die Sozialdemokraten könnten nur unter der Bedingung für ein Gottscheer Mandat stimmen, daß das von der Regierung vorgeschlagene Kompromiß wirklich zustande kommt. Wenn das nicht geschieht, sei er selbstverständlich genötigt, auch gegen das Gottscheer Mandat zu stimmen.

Noch einmal Gottschee.

Ausschuß, 12. Juli 1906***).

Abgeordneter Dr. **Adler** bemerkt, er hätte es vorgezogen, wenn eine Vermehrung der Mandate überhaupt nicht vorgenommen und

*) Das Mandat der deutschen Sprachinsel Gottschee in dem sonst slowenischen Krain war ein großer Streitgegenstand, der die Wahlreform bedrohte. Der slowenischklerikale Führer Schusterschitz bot den Deutschen schließlich das Kompromiß an, gegen ein slowenisches Mandat in Steiermark ihnen das Mandat zu bewilligen. Auf dieser Grundlage ist dann das Gottscheer Mandat geschaffen worden. Es wurde im neuen Parlament vom Fürsten Karl Auersperg, der dort begütert war und dessen Familie überdies den Titel „Herzog von Gottschee“ führte, im zweiten Parlament von einem Grafen Barbo besetzt. (Siehe übrigens Adlers zweite Rede über diese Frage in der Ausschußsitzung vom 12. Juli.)

**) Auch das war eine Frage, nämlich ob die „Armenopolen“, das ist die polonisierten Nachkömmlinge der Armenier in der Bukowina, ein Mandat erhalten sollten!

***) In einer sehr bewegten, den ganzen Tag dauernden Sitzung des Ausschusses wurde am 12. Juli endlich das deutsche Mandat in Gottschee

auch das Gottscheer Mandat abgelehnt worden wäre; da das aber nun einmal geschehen, müsse man aus der neuen Situation die Konsequenzen ziehen. Der Abgeordnete Stein habe heute zum erstenmal anerkannt, daß die Sozialdemokraten die nationale Frage in ihrer vollen Bedeutung erkennen. Die Sozialdemokraten erkennen nicht nur die nationale Frage an, sie gehen viel weiter, sie suchen sie für das Parlament zu lösen, und es gelingt ihnen, trotz den nationalen Verschiedenheiten und Reibungen, die ja unvermeidlich sind, ein gemeinsames Programm, eine gemeinsame Organisation und politische Tätigkeit im Interesse des Proletariats herbeizuführen. Trotz den Schwierigkeiten, die sich ebenso wie dem Bürgertum auch der Sozialdemokratie hier entgegenstellen, ist ihr bisher dieser Versuch vollkommen gelungen. Die Sozialdemokraten erkennen eben die gemeinsamen Interessen und die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes und sie richten sich danach ein. Aus der Erkenntnis, daß in Österreich nun einmal Slawen, Deutsche und Italiener zusammenleben müssen, muß man ehrlich und mit aller Entschiedenheit die Konsequenzen ziehen, und die Sozialdemokratie hat sie auch tatsächlich gezogen. Ich sage das darum, weil wir hier bei der Arbeit für die Wahlreform in einer ganz ähnlichen Lage uns befinden wie das Proletariat in Österreich. Daß die Wahlreform gemacht werden muß und wird, darüber sind selbst deren heftigste Gegner, die mit aller Gewalt und mit allen, mitunter nicht ganz zulässigen Mitteln ihr Zustandekommen verhindern wollen, im letzten Winkel ihres Gehirns nicht im Zweifel. Jeder weiß, daß Neuwahlen nach der gegenwärtigen Wahlordnung nicht mehr möglich sind. Wenn aber das jeder weiß, so bleibt wirklich nichts anderes übrig, als an der Erfüllung dieser gemeinsamen Notwendigkeit gemeinsam mitzuarbeiten und sich gegenseitig Konzessionen zu machen. Wenn Sie die Wahlreform wollen, dann müssen Sie auch die Mittel wollen, mit deren Hilfe sie zu verwirklichen ist, und wer erklärt, daß er prinzipiell für die Wahlreform ist, aber die Mittel, um sie zu verwirklichen, zu vereiteln trachtet, ist entweder ein unklarer Kopf oder er heuchelt. Durch die Annahme des Gottscheer Mandats ist ein Herzenswunsch der Deutschen erfüllt worden, und deswegen müssen auch die Deutschen ein Opfer dafür zu bringen wissen. Es ist vom Abgeordneten Stein ausdrücklich festgestellt worden, daß Abgeordneter Dr. Pommer zuerst auf den in seinem Sinne unglück-

---

beschlossen, nachdem die Deutschbürgerlichen zugestimmt hatten, daß die Slowenen dafür als Kompensation wieder ein Mandat mehr in Steiermark erhalten. Aber obwohl es sich da um ein Kompromiß handelte, jammerten die Deutschnationalen, unter ihnen am giftigsten der Graf Stürgkh, der ja ein steirischer Großgrundbesitzer war, über Vergewaltigung und Unrecht. Mit welcher verlogenen Demagogie dabei vorgegangen wurde, zeigt die Tatsache, daß der Redner der Deutschen Volkspartei, der Abgeordnete Kaiser, den Minister Prade, einen Fraktionsgenossen, als einen Agenten der Slawen hinstellte. In der Debatte nahm auch Adler das Wort.

lichen Gedanken eines Kompensationsmandats in Steiermark gekommen ist. Dr. Pommer*) hätte sich eben für das Gottscheer Mandat in Stücke reißen lassen. Es war eine fixe Idee von ihm, und da ist es begreiflich, daß er eingesehen hat, man müsse für dieses Mandat den Slowenen ein anderes Mandat konzedieren. Im politischen Leben ist eben umsonst nur der Tod, und den Tod der Wahlreform werden Sie wegen eines slowenischen Mandats nicht herbeiführen wollen und nicht erreichen können. Sie geben sich auch darüber einer Täuschung hin, wenn Sie glauben, daß die Aufregung in den Massen über ein slowenisches, deutsches oder italienisches Mandat eine so große ist. Diese Feinheiten, die sich hier oft in Grobheiten ausdrücken, diese Details interessieren die Massen mit gutem Rechte nicht. Die Massen, und zwar nicht nur die Massen des Proletariats, sondern ebenso auch des Bürgertums, haben den vernünftigen Instinkt und sagen sich: Wenn eine so große Sache gemacht werden soll, dann geht es eben ohne Späne nicht. Allen kann man nicht recht tun. Es ist die alte Wahlordnung auch nicht über jeden Zweifel erhaben. Die Massen wissen ganz genau, daß es sich in dieser Sache um ganz andere Dinge handelt und daß die politische Macht und der politische Einfluß weder der Slawen noch der Deutschen an einem einzelnen Mandat hängen. Auch die Deutschen wissen ganz gut, daß ihre Stellung in Österreich nicht davon abhängt, ob sie oder die Slawen ein Mandat mehr bekommen oder nicht. Nehmen Sie sich — ich will nicht unbescheiden sein — an den Sozialdemokraten ein Beispiel. Wir sind bei der Mandatsverteilung — vielleicht mit der einzigen Ausnahme von Krain — in allen Kronländern auf das ärgste übervorteilt worden, und es ist möglich, daß man bei den noch nicht verhandelten Kronländern weiter versuchen wird, gewisse Bezirke proletarierrein zu machen. Allein wir gehen darüber lächelnd hinweg, wir wissen, daß die Macht und der wachsende politische Einfluß des Proletariats nicht von einem oder selbst einem halben Dutzend Mandate abhängen, daß nicht die Mandate die Macht geben, sondern daß die Macht schließlich auch die Mandate bringt. Sie sollten es sich überlegen und bedenken, **daß es der Würde und der Macht des deutschen Volkes in Österreich nicht ganz entspricht, wenn Sie fortwährend, an eine Unbeträchtlichkeit anknüpfend, die ganze Ehre und den ganzen Einfluß des deutschen Volkes in Österreich in Frage stellen.** Ihre Wähler werden die Sache wohl begreifen und mit der Kompensation sich abzufinden wissen. Ich glaube, Sie können, so wie ich, mit gutem Gewissen für den Antrag stimmen.

*) Ein deutschnationaler Abgeordneter von Cilli in Untersteiermark, ansonsten Gymnasialprofessor in Wien, ein verdienstvoller Sammler von Volksliedern — in der Politik aber ein fanatischer Nationalist, ein Feind der Wahlreform, da er ja in der größtenteils slowenischen Stadt nur eine kleine Schicht deutscher Bürgerlicher vertrat.

Triest.

Ausschuß, 13. Juli 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** bemerkt, daß man für Triest durch das abgeschlossene Kompromiß anstatt der sechs Mandate, welche die Vorlage Hohenlohe vorsehe, die fünf Mandate der Gautschischen Vorlage in Vorschlag bringe. Dagegen sei nichts einzuwenden, obwohl die Interessen der Arbeiterschaft dabei nicht gut wegkommen, da die Arbeiterschaft bei sechs Mandaten jedenfalls mehr Chancen gehabt hätte. Das Naturgemäße wäre jedoch gewesen, daß man, wenn man bei der Mandatszahl auf die ursprüngliche Regierungsvorlage zurückgreift, auch die in dieser Regierungsvorlage vorgeschlagene Wahlkreiseinteilung angenommen hätte, außer es wäre eine Bedingung des nationalen Kompromisses gewesen, die Wahlkreiseinteilung abzuändern, damit das slowenische Mandat in Triest größere Sicherung erfahre. Das sei aber nicht geschehen, denn das fünfte Mandat in Triest, das den Slowenen zukomme, bleibe unverändert, wie es die Regierungsvorlage Gautsch vorschlug. Wohl aber habe man eine andere Einteilung der vier ersten Bezirke Triests beliebt, die mit dem nationalen Kompromiß nichts zu tun habe, sondern durch welche bloß eine andere Gruppierung der italienischen Stadtteile und insbesondere jenes Bezirkes stattfinde, der nach der Regierungsvorlage eine große Majorität von Arbeitern enthielt. Der Bezirk, in dem San Giacomo und San Vito in der Regierungsvorlage vereinigt waren, soll nun auseinandergerissen und San Giacomo in den ersten und San Vito in den vierten Wahlbezirk eingeteilt werden. Dadurch würde es den Arbeitern erschwert, in Triest ein Mandat zu erhalten. Das habe mit den bisherigen Kompromißverhandlungen absolut nichts zu tun,

*) Auch die italienischen Mandate waren lange ein Streitgegenstand und die Italiener haben wiederholt im Ausschuß krawalliert. Hohenlohe hatte den Italienern zwei neue Mandate versprochen, von denen je eines in Südtirol und in Triest sein sollte. Das gab Schwierigkeiten und es kam nur ein Kompromiß über die Wahlkreiseinteilung im Küstenland (Istrien, Görz und Gradiska, Triest) zustande, wonach die beiden italienischen Mandate in Istrien und Görz sein sollten, so daß also in beiden Ländern Italiener und Slowenen je drei Mandate haben sollten, Triest aber nur fünf (statt der von Hohenlohe versprochenen sechs, wie in der Gautsch'schen Vorlage fünf) Mandate. Die italienischen Abgeordneten benützten das Kompromiß, um in Triest die italienischen Arbeiter um ein Mandat zu betrügen, indem sie eine neue Einteilung durchsetzten, deren einziger Zweck eben war, einen ausgesprochenen Arbeiterbezirk zu zerreißen.

Siehe übrigens die Bemerkungen über das Triester Mandat in dem Rückblick auf die letzten Phasen bei der Rede Adlers vom 20. Juli „Das neueste Attentat auf die Wahlreform", wo ausführlich dargelegt ist, wie auch in Triest die italienischen Wahlreformfeinde von den Arbeitern durch die schärfsten Mittel — Straßenkämpfe mit der Polizei, Generalstreikbeschluß — zur Einstellung ihres Kampfes gezwungen werden mußten.

das sei nur ein Zugeständnis, das den Italienern nicht als nationaler, sondern als bürgerlicher Partei zuungunsten der Arbeiterschaft gemacht wurde. Aus diesem Grunde und weil er selbst immer für die Vorschläge der Regierungsvorlage einzutreten erklärt habe, beantrage er, daß die ursprüngliche Wahlkreiseinteilung der Regierungsvorlage Gautsch der Abstimmung zugrunde gelegt werde. Es sei dadurch nur ein Arbeiterinteresse berührt, aber durchaus nicht ein nationales Interesse, da es bloß im Interesse der herrschenden Parteien liege, die Wahlkreiseinteilung in dieser Weise abzuändern. Den italienischen Mitgliedern des Ausschusses seien durch das Kompromiß in nationaler Hinsicht ganz erhebliche Zugeständnisse gemacht worden, und man sollte erwarten, daß sie auf diesem Gebiet keine weiteren Forderungen stellen werden.

Die Mandate von Böhmen.

Ausschuß, 19. Juli 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** fühlt sich verpflichtet, in die Diskussion mit einigen Bemerkungen einzugreifen, denn er sei ein deutschböhmischer Abgeordneter, er vertrete hier die Interessen der Arbeiter in dem industriellsten Teile Böhmens, er vertrete hier eine große Anzahl von Arbeitern, und zwar, wie er mit allem Nachdruck betone, von deutschen Arbeitern. Diese Deutschen in Böhmen wollen auch gehört werden und haben ein Recht, zu sagen, wie sie sich zu den Fragen stellen, die hier erörtert werden. In voller Übereinstimmung mit der gesamten deutschen Arbeiterschaft Böhmens, mehr noch, in Übereinstimmung mit einem großen Teil des Bürgertums Böhmens, das es mit der politischen

*) Die Sitzung des Wahlreformausschusses vom 19. Juli war wie die vorige mit der Beratung des Antrages Pergelt ausgefüllt, der einen neuen Anschlag gegen die Wahlreform darstellte. Pergelt hatte beantragt, daß die Zahl der deutschen Mandate in Böhmen um acht vermehrt werden sollte, ohne den Tschechen auch nur eines mehr zu bewilligen. Die übrigen deutschbürgerlichen Abgeordneten wagten es nicht recht dagegen zu sein, und der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei Professor Kaiser hielt sogar eine giftige Rede gegen diejenigen, die diesen Antrag ablehnen sollten, und selbst Geßmann erklärte, die Christlichsozialen würden dem Antragsteller die Verantwortung überlassen und für den Antrag Pergelt stimmen, um zu beweisen, daß sie neben ihrer aufrichtigen Freundschaft für die Wahlreform auch „den Interessen der Deutschen, seien sie nun wahre oder bloß angebliche", ihre volle Würdigung zuteil werden lassen. Das gehörte mit zu den Schwierigkeiten der Wahlreform, daß die bürgerlichen Parteien es nicht wagten, gegen einen mit nationalistischen Argumenten motivierten Vorstoß der Wahlreformfeinde aufzutreten, aus Furcht, dann als Nationsfeinde hingestellt zu werden, und es den Sozialdemokraten überließen, den Anschlag allein abzuwehren.

Wieder war also eine Krise. (Siehe übrigens Adlers Rede in Reichenberg am 1. Juli über „deutschböhmische Ränke".)

Verantwortlichkeit ernst nimmt, und im Namen derselben könne er erklären, daß die Anträge des Abgeordneten Dr. Pergelt nicht im Interesse der deutschen Bevölkerung Böhmens, daß sie nicht im Interesse des deutschen Volkes in Österreich überhaupt liegen.

Dr. Geßmann habe gesagt, er vertraue sich der Führung der Herren aus Deutschböhmen noch einmal, und zwar zum letztenmal, an. Man braucht diese letzte Probe auf das Exempel nicht mehr abzuwarten. Es ist klar, daß der vorliegende Antrag weder im Interesse der Wahlreform noch in dem der politischen Machtstellung und politischen Entwicklung des deutschen Volkes liegt. Er begreife ja, daß man Anträge gegen Anträge stellt. Wenn Abgeordneter Choc den Antrag auf Vermehrung der tschechischen Mandate auch um acht gestellt hat — es scheint das die mystische Zahl zu sein, um die sich ohne sichtbares Motiv die extremen Parteien bewegen —, wenn er selbst etwa eine gerechte Einteilung der Mandate in Böhmen nach der Bevölkerungszahl verlangen würde, eine direkte Einteilung der Bezirke, die dahin führen müßte, daß die heute von der Regierung dem Bürgertum zugebilligte Einteilung gänzlich umgeworfen und viel mehr sozialdemokratische Mandate in Aussicht stehen würden, so könnte der Abgeordnete Choc oder er noch immer für sich in Anspruch nehmen, daß sie hier allein sind, daß jeder von ihnen der einzige Vertreter in der Partei hier ist, daß also daraus keine Gefahr entsteht; diese Anträge würden nicht angenommen werden und sie so ihren prinzipiellen Standpunkt wahren können, ohne die Wahlreform in Gefahr zu bringen. Der Abgeordnete Choc werde aber entschuldigen, wenn er sage: Was uns zukommt, kommt anderen nicht zu. Quod licet bovi, non licet Jovi!*) (Heiterkeit.) Er nehme diese Worte auf sich. Die Anträge werden aber von sehr mächtigen Herren gestellt, die imstande sind, eine solche Forderung, von der sie wissen, daß sie sich weder wirklich begründen läßt, noch Aussicht hat, im Rahmen der Wahlreform angenommen zu werden, zu einem Gebot für die ganze Linke im Ausschuß, für jeden deutschen Abgeordneten zu machen. Er wolle das Gewissen der Herren nicht erforschen, aber **er sei fest überzeugt, es sei keiner in diesem Saale, der nicht mit ihm überzeugt sei, daß die deutschen Abgeordneten mit Widerstreben für diesen Antrag stimmen,** einfach, weil sie sich dem Machtgebot der Herren aus Deutschböhmen beugen.

Man möge auch ihm einmal gestatten, das fortwährend gebrauchte Wort Terrorismus anzuwenden und zu sagen, **die Herren beugen sich dem Terrorismus der nationalen Phrase.** Zwischen nationaler Phrase und nationalem Interesse ist ein großer Unterschied. Wer ein nationales Interesse vertritt, muß

*) Der alte lateinische Spruch „Quod licet Jovi, non licet bovi" (Was Jupiter erlaubt ist, ist nicht dem Vieh erlaubt) wird hier umgedreht.

seinen deutschen Genossen auch sagen können: So kommen wir nicht weiter, mit einer leeren Forderung gefährden wir das Interesse des deutschen Volkes; wenn wir diese Wahlreform vereiteln, gefährden wir das deutsche Interesse. Denn darüber sind Sie in Ihrem Innersten alle nicht im Zweifel: Wenn Sie die Wahlreform umbringen könnten — was Sie freilich zu vollbringen nicht imstande sind —, so müßte jede spätere Wahlreform nicht zum Vorteil der anderen, aber zum größeren Nachteil der Deutschen ausschlagen. Heute sind gewisse Machtverhältnisse der slawischen Völker noch verhüllt, sie kommen nicht voll zum Ausdruck. Die Deutschen haben heute noch eine Macht, die sie diesem Gesetzwerk aufprägen können; eine Macht, der nicht mehr ganz entspricht und in kurzer Zeit nicht mehr entsprechen wird die Machtverschiebung, die mit Notwendigkeit eintritt. Er wisse, daß die Herren ihn nicht zu den tschechischen, nicht zu den deutschen Abgeordneten rechnen; daß sie ihn nicht als Deutschen betrachten, das lasse ihn ganz kalt, und doch sei er überzeugt, daß er in diesem Moment das **wahre Interesse des deutschen Volkes** vertrete.

Die deutschen Arbeiter, die darauf drängen, daß die Wahlreform in diesem Moment gemacht und vollendet werde, vertreten weit mehr das Interesse des deutschen Volkes als die Herren mit ihren Forderungen, die sie in gewissenhafter Weise nicht erheben könnten, wenn sie nicht annehmen würden, daß andere so gescheit sein werden, sie abzulehnen. Er werde deshalb dem Beispiel Dr. Geßmanns und dessen Partei nicht folgen. Ihm stehe der Weg nicht zu, eine falsche politische Taktik der Deutschen ad absurdum zu führen; er glaube, sie sei absurd genug. Ich bescheide mich damit, sagte der Redner, das wirkliche Interesse der Deutschen zu vertreten, und bitte Sie — nicht um diese Regierung zu schützen, **die selbstverständlich durch Ihren Antrag gesprengt werden muß** — ich habe kein Interesse an dieser oder einer anderen Regierung, mir ist jede Regierung lieb, die die Wahlreform macht, und ich werde gegen jede eintreten, die sich nicht gewillt oder nicht kräftig genug erweist, die Wahlreform zu machen; das ist heute das Lebensinteresse des Volkes, und diesem Lebensinteresse muß alles untergeordnet werden. Nicht also, weil Sie diese Regierung gefährden (vielleicht haben Sie Ihre Gründe dazu, sie zu sprengen, Gründe, die Sie zwar geheimhalten, die aber wichtig sein mögen) — **aber in Ihrem eigenen Interesse, im Interesse der Wahrheit, die Sie Ihrem Volke schulden, im Interesse der Verantwortung, die Sie zu tragen haben** — denn hinterher werden Sie nicht sagen können, daß die Gründe Dr. Pergelts so bestechender Natur waren, daß Sie sich ihnen nicht entziehen konnten —, **im Interesse der schweren und großen Pflichten, die Ihnen obliegen, bitte ich Sie, lehnen Sie diesen Antrag ab,** suchen Sie das Kompromiß, wo es möglich ist, suchen Sie mit Ihren tschechischen Landesgenossen einen Ausgleich zu treffen.

Sie sehen ja, wie eine Unvorsichtigkeit von dieser Seite selbstverständlich sofort eine Unvorsichtigkeit auf der anderen Seite hervorruft. Die Tschechen müssen sich heute gefallen lassen, daß die Zahl der Mandate nicht nach der Kopfzahl verteilt, sondern daß den Deutschen ein ganz beträchtliches Präzipuum zugewiesen wird. Sie müssen es sich gefallen lassen, nicht weil sie sich damit als minderwertig erklären. Niemand nimmt das Wort des Dr. Kramarsch, daß ihnen damit das Brandmal der Minderwertigkeit auf die Stirn gedrückt werden würde, ernst, niemand erklärt sie für minderwertig; aber man beurteile einfach: wie groß ist heute ihre politische Macht? Sie ist größer, als sie vor zehn Jahren war; sie wird vielleicht einmal größer sein als heute; aber daß sie heute mehr für sich in Anspruch nehmen können, als sie die Kraft haben, durchzusetzen, ist unvernünftig. Es ist aber durchaus keine Beleidigung, wenn man ihnen genau das zumißt, was ihnen nach ihrer Kraft zukommt. Sowie aber die deutschen Abgeordneten darüber hinausgehen, erwachen auf der anderen Seite, auf verhältnismäßig gemäßigter Seite, auch Begehren, für sich in Anspruch zu nehmen, was man sonst nicht in Anspruch nehmen könnte. Der Antrag Baernreither ist in der Tat eine Gefahr, und wenn er ein tschechischer Abgeordneter wäre und so für tschechische Wahlbezirke in Niederösterreich schwärmen würde, wie die Tschechen es tun, so würde ich dem Abgeordneten Dr. Baernreither eine Dankadresse votieren.

Es liege aber nicht im Interesse des nationalen Friedens, nicht im Interesse insbesondere der Wahlreform, diese Frage hier aufzurollen. Dr. Baernreither hat mit einem Aufwand von ungeheurer Gelehrsamkeit diese Dinge begründet; er hat sich vielleicht von gelehrten, aber durchaus nicht von politischen Erwägungen leiten lassen. Die Historie und die historische Betrachtung hat sich nicht mit dem Gewesenen zu beschäftigen — das ist Sache der antiquarischen Betrachtung —, **sondern mit dem Gewordenen, und das ist das Lebendige;** und wenn man zehnmal erzählt, daß in irgendeinem Orte zuerst die Deutschen gewesen sind, so handelt es sich hier nicht darum, wer im 15. Jahrhundert an einem Orte saß, sondern wer heute dort sitzt. Wir haben hier nicht das Tote, sondern das Lebendige zu wahren. Wir haben eine Wahlreform zu machen nicht für die Vergangenheit, sondern für die Gegenwart und die Zukunft, und deshalb muß diese Art der historischen Betrachtung zurückgewiesen werden. Ich warne Sie davor, den Weg, den Dr. Baernreither da gezeigt hat, zu betreten, im eigenen Interesse der Deutschen!

Ich sehe kaum einen Ausweg. Ein Kompromiß lehnen Sie ab, und Ihre eigenen Anträge, deren Annahme niemand mehr fürchtet als Sie selbst, wollen Sie vorläufig nicht zurückziehen. Im Gegenteil, **gerade Sie errichten das kaudinische Joch,** von dem Sie gestern gesprochen haben, nicht aber für andere Nationen, **sondern für Ihr eigenes Volk, ein kaudinisches Joch, unter dem Ihre eigenen Volksgenossen gegen ihre politische Überzeugung und gegen ihr Ge-**

wissen durchkriechen müssen, wenn Sie nicht früher zu Verstand kommen. Ich weiß, das ist ein unhöfliches Wort, aber nicht unhöflich ist, was ich damit meine. Sie stehen unter einer Suggestion, von der Sie sich befreien müssen, wenn Sie Ihre Pflicht als Vertreter des deutschen Volkes tun wollen. **Ich würde das Interesse der deutschen Arbeiter verraten, wenn ich hier nicht erklären würde, daß ich ebenso wie gegen die einseitigen Anträge der Tschechen, die keine Aussicht haben, durchgesetzt zu werden, und die ich für ebenso töricht halte, auch mit dem Bewußtsein, meine volle Pflicht als Deutscher, als Sozialdemokrat und als Österreicher zu tun, gegen die Anträge des Abgeordneten Dr. Pergelt stimmen werde.**

Das neueste Attentat auf die Wahlreform.

Versammlung in Favoriten, 20. Juli 1906*).

Parteigenossen! Ich will Sie nicht lange auf die Folter spannen, sondern Ihnen gleich sagen, wie die Sache steht.

Ein definitives Resultat bin ich leider nicht in der Lage, Ihnen zu melden, wohl aber kann ich Ihnen sagen, daß einige Aussicht vorhanden ist, daß die letzten Schwierigkeiten, die durch den Vor-

*) Als am 19. Juli infolge der neuesten Intrige der Wahlreformfeinde die Arbeiten des Wahlreformausschusses wieder stockten, wurden für den nächsten Tag zwei Versammlungen mit der Tagesordnung „Das neueste Attentat auf die Wahlreform“ einberufen. Innerhalb weniger Stunden wurde die Agitation vorgenommen und trotz des schlechten Wetters waren die Versammlungen massenhaft besucht. In der Versammlung im Favoritner Arbeiterheim sprach Adler, beim Stalehner in Hernals Schuhmeier.

Der Wahlreformausschuß hatte am 20. Juli keine Sitzung. Dagegen fanden den ganzen Tag Besprechungen statt, um die Krise zu überwinden. Es gelang dabei so weit zu kommen, daß es widerspruchslos hingenommen wurde, daß die Tschechen in Böhmen drei, die Deutschen vier oder fünf neue Mandate erhalten sollten. Diese gegenseitigen Konzessionen sollten nach dem Vorschlag der Regierung mit einer Vermehrung der Mandate auch der anderen Länder verknüpft werden. Es sollte durch ein „Generalkompromiß“ die Zahl der Mandate um 19, also auf 516, vermehrt werden. Das ist schließlich auch das Endergebnis gewesen. Die Versöhnlichkeit der Deutschbürgerlichen wurde allerdings wesentlich durch die Nachrichten aus Böhmen herbeigeführt. In Reichenberg und in Warnsdorf, aber auch in Prag und Brünn beschlossen Vertrauensmännerversammlungen neue Aktionen vorzubereiten, wenn die Wahlreform in Gefahr komme.

Mittags hatte im Parlament eine Konferenz der Klubobmänner stattgefunden, in der über die weiteren Arbeiten vor den Ferien beraten wurde. Dabei führte Adler unter anderem aus:

Ich begreife ja, daß die Herren alle nach Hause wollen und besonders diejenigen, die Landwirte sind. Aber andere Parlamente, wo es auch Landwirte gibt, wie das ungarische und italienische, tagen ruhig weiter; aber von dieser Analogie abgesehen, ist dieses Haus in einer Situation, die ohne alle Analogie ist. Wir können absolut nicht aus-

stoß der Wahlrechtsfeinde aus Deutschböhmen gemacht wurden, morgen früh überwunden sein werden. (Bravo!) Der Wahlreformausschuß hat in den letzten Wochen mit großen Schwierigkeiten, aber immerhin gearbeitet. Es ist nicht zu leugnen, daß eine eigentliche Verschleppung in den letzten Wochen, und zwar seit der Zeit,

---

einandergehen, bevor der Wahlreformausschuß zu einem Abschluß gekommen ist, der die Wahlreform sichert. Unter diesen Umständen wird es sich empfehlen, heute und morgen Ausschußsitzungen zu halten und das Haus noch Dienstag tagen zu lassen, statt es in unwürdiger Eile einen ganzen Haufen von Vorlagen erledigen zu lassen. Es ist wieder die Idee aufgetaucht, den Ausschuß tagen zu lassen und das Haus auf Ferien zu schicken, eine Idee, die in der letzten Konferenz sehr viel Widerspruch fand. Wenn ja, dann ist es aber jetzt unmöglich, den Ausschuß ohne das Haus tagen zu lassen. Es handelt sich übrigens bloß um wenige Tage, und es wäre eine sehr schlechte Ökonomie, jetzt mit der Arbeit zu sparen, da das uns alle sehr viel mehr Zeit, sehr viel mehr Opfer und Schwierigkeiten kosten könnte als heute erfordert wird.

Das wurde auch schließlich zugestanden. Am 21. Juli kam dann tatsächlich die Einigung. Mit 28 gegen 19 Stimmen wurde die Zahl der Mandate in Böhmen mit 130 festgestellt, wovon die Deutschen 75, die Tschechen 55 erhalten sollten. Dieses Ergebnis war gegen die Stimmen der Deutschbürgerlichen wie der Tschechischbürgerlichen aus Böhmen zustande gekommen.

Das Abgeordnetenhaus sollte nun 516 Mandate haben, davon 233 deutsch, 108 tschechisch, 80 polnisch, 34 erhielten die Ruthenen, 37 die Südslawen, 19 die Italiener, 5 die Rumänen. Der sagenhafte deutschromanische Block sollte 257, der slawische 259 haben, die Spannung sollte also zwei Mandate betragen. Unter Gautsch hatte sie 5 (225 : 230), unter Hohenlohe 3 (246 : 249) betragen.

Aber halten wir nun, da das Haus auf Sommerferien geht, einmal Rückschau auf die Arbeiten des Wahlreformausschusses, wobei wir auch eine Anzahl Details, die sich früher in den Rahmen der Erzählung nicht einfügen ließen, nachtragen wollen.

Langsam, sehr langsam arbeitete der Wahlreformausschuß. Am 27. März wurde er gewählt und zweieinhalb Monate dauerte es, bis er endlich die Wahlreformvorlage zu beraten begann. Diese erste Verzögerung mochte man noch immerhin begreifen. Der Widerstand der Wahlreformfeinde hatte zwei Ministerien auf die Strecke gebracht, aber die Wahlreform war aus diesen Kämpfen siegreich hervorgegangen. Seither war aber wieder ein Monat verstrichen und noch immer war nicht abzusehen, wann der Ausschuß mit seinen Arbeiten fertig werden sollte. Am 13. Juni hatte die Spezialberatung im Ausschuß begonnen und es war ein Beweis, wie wenig selbst die wütendsten Feinde des allgemeinen Wahlrechtes an eine Vereitlung der großen Reform denken konnten, daß man damals sofort an die Beratung der Wahlkreiseinteilung ging. Und nun beriet man schon einen vollen Monat darüber und wurde nicht fertig damit. Es ist ja richtig, daß dieses Stück Arbeit, das jetzt geleistet wurde, der schwierigste Teil der Arbeit war. Hier handelte es sich um die Verteilung der Macht nicht nur unter den einzelnen Nationen, sondern auch unter den einzelnen Schichten und Klassen, ja unter den Parteien innerhalb der Nationen.

Hier mußten Kompromisse geschlossen werden, und hier mußten die nationalen Abgeordneten nationale Konzessionen machen. Hier also konnten

wo wir hier in Wien und im ganzen Reiche genötigt waren, zu erklären, daß eine Verschleppung der Wahlreform für uns den Kriegsfall bedeutete (So ist es! Generalstreik!), nicht vorgekommen ist; wohl aber müssen wir feststellen, daß der Ausschuß nur mit der größten Mühe und unter den größten Schwierigkeiten

---

einerseits die ultraradikalen Nationalisten und die Wahlreformfeinde diejenigen Abgeordneten, die um der Wahlreform willen zu Kompromissen geneigt waren, des nationalen Verrates beschuldigen. Die Wahlreformvorlage selbst war ja das Produkt eines nationalen Kompromisses. Die Deutschen, die mit den Italienern und Rumänen zusammen die Majorität im Parlament besaßen, sollten diese Majorität aufgeben, andererseits sollten aber die Slawen wieder weniger Mandate erhalten, als ihnen nach ihrer Zahl gebühren würde. War schon die Verteilung der Mandate unter den einzelnen Nationen sehr schwer, so wurde diese Schwierigkeit bei der Verteilung innerhalb der einzelnen Länder noch schwieriger. Und wiederholt schien es, als ob die Wahlreform scheitern würde, weil diese Schwierigkeiten unüberbrückbar schienen.

Gleich im Anfang kam es denn auch zu einer Stockung der Arbeiten, da man sich nicht einigen konnte, mit welchem Kronland man anfangen solle und die Gegner diese Schwierigkeit noch durch allerlei Geschäftsordnungsbedenken komplizierten. Damals griff die Arbeiterschaft ein, indem sie den Massenstreik in Wien ankündigte, falls die Stockung andauern sollte. Die Abgeordneten schrien über Terrorismus und drohten den Massenstreik mit der Einstellung der Arbeiten des Ausschusses zu beantworten. Die Arbeiter gaben auf diese Drohung wieder die Antwort, nicht nur in einer riesigen Demonstration in Wien, sondern auch in der ostentativen Vorbereitung des Massenstreiks in Wien, wie im ganzen Reiche. In allen Industrieorten wurden Streikkommissionen gewählt, die mit der Leitung der ganzen Aktion betraut wurden; außerdem wurden überall auch Ersatzmitglieder gewählt, deren Namen geheim gehalten wurden und die ihr Amt antreten sollten, wenn die Hauptkommission verhaftet werden sollte. Die Kommissionen wurden in Permanenz erklärt und warteten auf das Signal, das ihnen von Wien aus gegeben werden sollte. Die Abgeordneten zeterten noch weiter über Terrorismus, aber da sie sahen, daß die Arbeiterschaft Ernst zu machen gewillt war, machten sie gute Miene zum bösen Spiel und begannen zu arbeiten. Aber die sachliche Arbeit brachte bald sachliche Schwierigkeiten. In den rein deutschen Ländern gelang es rasch, Kompromisse zu erzielen. In den gemischtsprachigen Ländern ging es schwerer, als man gedacht hatte. So in Galizien. Immerhin kam man da nach langen Verhandlungen zu einem Kompromiß, das zwar den Ruthenen nicht ihr volles Recht gewährte, aber doch die Sicherheit gab, daß sie in den ihnen zugestandenen Wahlkreisen von der Schlachta nicht mehr durch die bekannten galizischen Wahlpraktiken betrogen werden könnten. Aber der Ausschuß geriet bald wieder in ein allzu langsames Tempo. Da griff der Ministerpräsident Freiherr von Beck ein und erklärte sehr entschieden, der Ausschuß müsse die Wahlreform rasch machen und er werde nicht früher auf Sommerferien geschickt werden, als bis er die Reform zu Ende beraten habe. Überhaupt sei gar kein Grund vorhanden, warum man nicht die Reform vor den Ferien auch noch in das Haus bringen sollte. Nun ging es wieder einige Zeit. (Für diejenigen, die es nicht wissen, sei hier eingeschaltet, daß die Ruthenen, von denen in den galizischen Fragen immer die Rede ist, jetzt gewöhnlich als Ukrainer bezeichnet werden. Ehemals nannte man sie

Stück für Stück hat vorwärtskommen können. Sie können sich denken, wie ein solcher Ausschuß, wo so viele offene und noch mehr versteckte Wahlrechtsfeinde sitzen (Pfui Pergelt!), arbeitet, wo es sich um ein wirklich schwieriges Werk handelt. Wenn man bei uns Sozialdemokraten in einem Saale solche Reden hielte, wie

wohl auch Kleinrussen, wie ja die russischen Nationalisten immer behaupten, daß die Ukrainer eigentlich nur einen russischen Dialekt sprechen — eine Behauptung, die durch die Tatsache einer bedeutenden eigenen ukrainischen Literatur — so namentlich durch die Poesie eines Schewtschenko — ausreichend widerlegt wird.)

Aber plötzlich kam wieder eine Störung, und zwar diesmal von einer Seite, von der man sie nicht erwartet hatte, von den Italienern. Diesen hatte Prinz Hohenlohe in seiner Abänderung der Gautsch'schen Vorlage zwei Mandate mehr gegeben, aber nicht, wie sie es verlangt hatten, in Istrien und Görz, sondern in Tirol und Triest. Eine an sich recht unbeträchtliche Differenz und die Italiener hätten im Ausschuß ganz leicht die Erfüllung ihrer Wünsche durchgesetzt. Aber die beiden italienischen Ausschußmitglieder wurden plötzlich nervös und ohne abzuwarten, bis ihre Sache an die Reihe komme, verlangten sie schon bei der Beratung von Krain, daß man ihnen für die Gewährung ihrer Wünsche in Istrien und Görz Garantien gebe. Und als man dieses Begehren nicht erfüllte, begannen sie den Ausschuß zu obstruieren. Sie hielten stundenlange italienische Reden im Ausschuß, warfen Geschäftsordnungsfragen auf, wie eben im österreichischen Parlament Obstruktion gemacht wurde. Nun griffen die italienischen Arbeiter ein. An demselben Tage, da die Nachricht von der Obstruktion italienischer Abgeordneter in Triest anlangte, wurde dort eine große Demonstrationsversammlung gegen die Obstruktion abgehalten und als das nichts wirkte, die italienischen Abgeordneten vielmehr im Parlament die Demonstration zu verkleinern versuchten und behaupteten, die italienischen Arbeiter stünden auf ihrer Seite, wurden die Demonstrationen in verschärfter Tonart wiederholt. Den nationalistischen italienischen Zeitungen wurden die Fenster eingeschlagen, die Wagen der Triester Straßenbahn umgestürzt, Straßenkämpfe mit der Polizei geführt — es gab auf beiden Seiten eine größere Zahl Verwundeter — und gleichzeitig wurde für den nächsten Tag der Generalstreik in Triest und die vollständige Lahmlegung des Verkehrs in diesem wichtigsten österreichischen Hafen angekündigt. Das wirkte. Abends konnten die Demonstrationen eingestellt werden. Die italienischen Abgeordneten hatten die Obstruktion aufgegeben gegen das bloße Zugeständnis, daß man mit ihnen noch verhandeln werde. (Siehe die Bemerkungen bei der Rede Adlers vom 13. Juli über Triest, wie überhaupt die Bemerkungen über Gottschee, Böhmen usw. bei den bezüglichen Reden.)

Diese Gefahr war beseitigt, aber eine andere Gefahr tauchte auf. Die Deutschen hatten seit jeher für die kleine Sprachinsel Gottschee in Krain ein deutsches Mandat verlangt. Vergebens hatte man sie davon abzubringen versucht und ihnen nachgewiesen, daß das Mandat in spätestens zwei Sessionen den Slowenen zufallen müsse, da die deutsche Bevölkerung immer mehr von Gottschee auswandert. Das Mandat in Gottschee war eine nationale Ehrensache geworden. Immerhin wußten die Deutschnationalen, daß sie, wenn das Mandat bewilligt werden sollte, als Kompensation ein neues slowenisches Mandat bewilligen mußten. Als aber Gottschee und auch das slowenische Mandat bewilligt war, kam der Katzenjammer. Die Deutschen fürchteten, daß sie das Gottscheer Mandat zu

sie in diesem Ausschuß gehalten werden, würden die Leute einfach hinausgeworfen; denn niemand würde es sich gefallen lassen, daß man bei der Wahlkreiseinteilung für Steiermark bei Adam und Eva anfängt und bei der Wahlkreiseinteilung für Böhmen vom Mittelalter erzählt, was die Przemysliden geleistet haben. (Heiterkeit.) Wenn man von dem einfachen Prinzip, für 50.000 oder 60.000 Menschen einen Wahlkreis zu bilden, abgeht, dann ist es ja ungeheuer schwer, abzumessen, um wieviel mehr man dem einen und um wieviel weniger man dem anderen geben soll. Es würde auch bei uns nicht ohne Schwierigkeiten gehen, wenn wir Sozialdemokraten die Sache zu machen hätten. Jetzt stellen Sie sich aber vor, daß nun eine Anzahl Leute da ist, die fortwährend hineinspucken, die bei jeder Gelegenheit den Streit vom Zaune brechen und die Leidenschaften

---

teuer bezahlt hatten, weil in Gottschee nicht ein nationaler Deutscher, sondern ein Klerikaler oder ein Großgründler gewählt werden dürfte, vielleicht gar der dortige Pfarrer, der überdies slowenischer Abstammung war. Um die Aufregung der Deutschen wieder zu besänftigen, erwog man, ob man nicht wieder ihnen Kompensationen bieten solle oder ob man nicht die Abstimmung wieder annullieren und Gottschee mitsamt der Kompensation ablehnen solle.

Das waren aber nicht die einzigen Schwierigkeiten. Es waren zwar schon die meisten Länder erledigt, aber Böhmen, Mähren und Schlesien, wo Deutsche und Tschechen wohnen, waren noch zu erledigen. Schlesien und Böhmen konnten vielleicht ohne allzu große Beschwernis gehen. Höchstens, daß bei Böhmen Jungtschechen und tschechische Agrarier aneinander geraten konnten; aber schwer mußte eine Einigung in Mähren zu erzielen sein. In Mähren bildeten die Tschechen vier Fünftel der Bevölkerung, sie sollten wohl von den 46 Mandaten des Landes 28 bekommen (bisher hatten sie nur die Hälfte); sie verlangten aber, daß man ihnen wenigstens ein Mandat mehr gebe, was aber die Deutschen um keinen Preis bewilligen wollten. Wie diese Differenz beseitigt werden sollte, ließ sich im Augenblick noch nicht absehen.

Die Hoffnung, daß man vor den Sommerferien im Ausschuß mit der Beratung der Wahlreform fertig werden würde, schien sich nicht erfüllen zu wollen. Die Abgeordneten, selbst viele, die unzweifelhaft Freunde der Wahlreform waren, erklärten, auf die Ferien im August nicht verzichten zu können und tatsächlich erklärte sich der Ministerpräsident zu dem Zugeständnis bereit, daß der Ausschuß bloß die Wahlkreiseinteilung und die Festlegung des allgemeinen Wahlrechtes beschließen müsse, die übrige Arbeit aber bis nach den Ferien verschieben könne. Dadurch wurde aber die Gefahr für die Wahlreform heraufbeschworen, daß ihre Feinde die kurze Zeit, die dem Ausschuß dann noch zur Verfügung stand, zur Verhinderung der Reform benützen könnten. Mit Ende dieses Jahres — es galt als strittig, ob Anfang Dezember, wo vor 6 Jahren der erste Abgeordnete gewählt wurde, oder Mitte Jänner, wo damals das Parlament einberufen wurde — mußte die Mandatsdauer der Abgeordneten ablaufen, so daß, wenn das Haus im September wieder zusammentreten sollte, dann nur drei, höchstens vier Monate für die weitere Beratung im Ausschuß, im Haus und schließlich im Herrenhaus zur Verfügung stehen mußten. Man erwog schon ernstlich, die Session durch ein Gesetz um einige Monate zu verlängern, um so Zeit zu gewinnen.

Jedenfalls war aber klar, daß für den Herbst noch schwere Kämpfe bevorstünden, ob im Parlament selbst oder auf der Straße...

anfachen, daß da der Stürgkh (Pfui!), der Pergelt (Nieder mit ihm!), der Kaiser (Pfui!) sitzen, Leute, die nicht nur vom Haß gegen das gleiche Recht, sondern auch durch eine Menge anderer Gehässigkeiten getrieben werden. Es hat gestern jemand einen sehr guten Spaß gemacht. Er meinte, am raschesten brächte der Landsmannminister Prade das Kompromiß zustande, wenn er den Herren sagte: Nehmen Sie das Kompromiß an, und ich lege mein Portefeuille nieder und mache einen Ministerstuhl frei, auf den sich dann ein anderer niedersetzen kann. (Heiterkeit.)

Wir haben im Wahlreformausschuß eine Anzahl Parteien, die sich von Anfang an für die Wahlreform erklärten, wie die Jungtschechen, die Christlichsozialen und die Slowenen, dann Parteien, die erst nach und nach dafür gewonnen wurden; das sind vor allem die Polen. Die waren anfangs dagegen, haben dann vierzehn Mandate mehr gekriegt, das Geschäft gemacht, und man kann mit ihnen verfahren wie mit richtigen Geschäftsleuten. Anders steht es mit jenen, die sich von vornherein als Wahlrechtsfreunde ausgespielt haben. Dazu gehört die Deutsche Fortschrittspartei, die den Minister Marchet, und die Deutsche Volkspartei, die die Minister Derschatta und Prade in der Regierung sitzen hat, die sich für die Wahlreform ausgesprochen hat und deren Leben und Existenz mit der Wahlreform verknüpft sind. Diese Parteien bringen es nicht zuwege, diejenigen ihrer Mitglieder, die fortwährend gegen die Wahlreform wühlen, zum Schweigen und zur Disziplin zu bringen. Es ist ein ganz unerhörter Zustand, daß eine Partei es nicht zustande bringt, taktisch einheitlich vorzugehen. Wenn die Deutschen jemals gezeigt haben, daß sie nicht befähigt sind zu herrschen, so haben sie das bei dieser Wahlreform gezeigt. Wer regieren will, wer herrschen will, muß erst sich selbst beherrschen. Eine Partei, die herrschen will, die muß eine Seele und ein Körper sein. Eine Partei, die zerrissen ist durch verschiedene Meinungen, durch persönliche Gehässigkeiten, die nicht imstande ist, zu einem großen gemeinschaftlichen Zwecke einheitlich zusammenzuwirken, ist keine Partei, sondern ein zusammengelaufener Haufen von Menschen und kann nichts durchsetzen. (Lebhafter Beifall.) So steht es aber mit den Deutschen, und so ist es möglich geworden, daß, als man zur Wahlkreiseinteilung für Böhmen kam, selbst die deutschen Parteien vor Überraschungen standen, als Herr Pergelt plötzlich für Deutschböhmen um acht Mandate mehr verlangte ohne jede Kompensation an die Tschechen. Nun müssen Sie sich erinnern, daß die Deutschen in der Wahlreform durchaus bevorzugt sind. Trotzdem verlangte Herr Pergelt diese Vermehrung der deutschen Mandate, von denen er ganz genau wußte, daß sie nicht angenommen werden können, von den Tschechen nicht, von niemand, weil sie das ganze Werk zersprengten. Wenn sie das verlangen, so kann das nicht der Grund sein, daß sie so naiv wären und die Welt nicht kennten, wenn das die Pergelt und Baernreither verlangen, so weiß man, das ist ein bewußter Plan, um die Wahlreform im letzten Moment in die Luft zu sprengen. (Nieder mit den Wahl-

rechtsfeinden! In ganz Österreich streiken! Einmal anfangen mit dem Generalstreik!) Der Herr Pergelt weiß heute noch nicht, wo seine acht Wahlkreise in Böhmen liegen sollen. Keine Spur; darüber hat er nicht nachgedacht. Sie werden sich mit weniger begnügen müssen, und es wird ihnen da schwer fallen, die Plätze zu finden. Sie suchen natürlich Gegenden, wo sie sind und nicht wir; aber es ist halt leider in Deutschböhmen schwer, ein Fleckchen zu finden, wo keine Fabrik steht; und wo heute keine steht, ist man nicht sicher, daß nicht schon morgen eine dort steht. (Heiterkeit.) Den Fabriken aber weichen sie aus. Und dabei sind sie stolz auf ihre Industrie, freuen sich der wirklich herrlichen Reichenberger Ausstellung, die so prächtig zeigt, was die deutschböhmische Industrie leistet, und den Leuten, den Arbeitern, die die Grundlage dieser Pracht sind, müssen sie politisch ausweichen, weil sie nicht ihr Vertrauen besitzen. Es würde den Deutschen nichts nützen, wenn sie wirklich im Wahlreformausschuß die acht Mandate durchbrächten, weil sich die anderen Völker das nicht gefallen ließen. Nun ist aber die Wahlreform nicht bloß vom Standpunkt der Arbeiterschaft, nicht bloß vom Standpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung eine Notwendigkeit, sondern sie ist auch eine Notwendigkeit für alle Nationalitäten, vor allem auch für die Deutschen. Jedes einzelne Volk muß die Tage zählen, bis es sich endlich befreit hat von den Feinden jedes Volkes, von den Blutegeln, von den politischen Schmarotzern, von den Leuten, die sich an seiner Unterdrückung und Bevormundung hinaufgefressen haben und die heute schon, wo die Kurien noch bestehen und die Großgrundbesitzer lebendig im Hause herumwandeln, zur völligen Leerheit, zur völligen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt sind. Sie können nicht mehr nützen, sie können nur mehr schaden. (Beifall.)

Nun ist die neueste Gefahr von den Deutschböhmen gekommen. (Laute Entrüstungsrufe.) Die Herren Pergelt, Kaiser und wie sie heißen, die uns kühn vorwerfen, daß wir die nationalen Interessen des deutschen Volkes nicht vertreten, haben sich als die ärgsten Feinde des deutschen Volkes erwiesen. (Stürmischer Beifall.) Sie schänden den Namen des deutschen Volkes, indem sie soviel getan haben, das Volk um sein Recht zu bringen. (Laute Zustimmungsrufe.) Als der Antrag Pergelt kam, hat sich Baron Beck — das muß anerkannt werden, wenn wir auch mit der Nachgiebigkeit nicht zufrieden sind, die er bei Festsetzung der Termine bewies — redliche Mühe um das Werk gegeben, und es ist zu hoffen, daß ein Kompromiß zustande kommt, das den Wünschen der Deutschen und der Tschechen Rechnung trägt. Gestern hat es in Reichenberg gebrodelt (Bravorufe der ganzen Versammlung), und die Arbeiter Nordböhmens haben die Vorbereitungen getroffen, um nötigenfalls Montag mit dem Massenstreik zu beginnen. (Großer Jubel. Rufe von allen Seiten: Was ist es mit Wien? Auch in Wien könnt' es losgehen!) Ich habe nie daran gezweifelt, daß auch Sie, Genossen, bereit

sind, loszuschlagen, aber jetzt geht die Sache in erster Linie die nordböhmischen Arbeiter an. Bilden Sie sich nicht ein, daß, wenn jetzt in Wien der Streik nicht gemacht wird, die Gelegenheit dazu schon vorbei sein muß. Auch für uns in Wien kann die Zeit noch kommen! Früher als es unbedingt notwendig ist, soll es nicht geschehen.

Der Antrag der acht deutschen Mandate in Böhmen besteht heute nicht mehr. Nicht daß er zurückgezogen worden wäre. So ehrlich sind die Leute nicht; aber es wird verhandelt. Es werden die Tschechen drei neue Mandate und die Deutschen vier oder fünf neue Mandate bekommen und dementsprechend auch in anderen Ländern die Mandate vermehrt werden. Wenn die Bestien wild werden, muß halt wieder eine allgemeine Fütterung vorgenommen werden. Wenn es auch im Anzug ist, so muß ich offen gestehen, daß eine Bürgschaft, daß dieses Kompromiß wirklich zustande kommt, in diesem Moment nicht gegeben werden kann. (Leidenschaftliche Rufe: Streiken! Generalstreik!) Ich komme schon dazu. Die Sicherheit würde ich nur dann haben, wenn ich die Leute, die da zu entscheiden haben, für gewissenhafte, ehrliche, ihr Vaterland und ihr Volk liebende Menschen hielte. Es wird die schwierigste Arbeit geschehen sein, wenn morgen das Kompromiß fertig ist; aber die Wahlreform wird damit noch nicht gegen zukünftige Attentate gesichert sein, und ich möchte Sie auffordern, sich nicht bei dem Gedanken zu beruhigen, daß, weil die schwierigste Arbeit überstanden ist, wir jetzt die Waffen aus der Hand legen könnten. (Stürmische Rufe: Niemals! Niemals! Wir haben zu lange gewartet!) Ich höre hier eine Stimme, wir hätten zu lange gewartet. Nein, nein, Sie sind im Irrtum und dürfen nicht vergessen, daß zu den wichtigsten Tugenden des Politikers, und das sind wir ja alle, die Geduld gehört. Wir haben nichts versäumt, und überall haben unsere Genossen rechtzeitig eingegriffen: als die Italiener Obstruktion machten, unsere Genossen in Triest (Bravo! Nur wir auch einmal!), und als vorgestern Herr Pergelt seinen Antrag einbrachte, protestierten schon am Abend unsere Genossen in Reichenberg und Warnsdorf, und sie telegraphierten sofort, wenn es notwendig ist, steht Montag ganz Deutschböhmen im Streik. (Allgemeiner Jubel und tausendstimmige Rufe: Wir auch! Wir auch!) Man traut auch unserer Ruhe in Wien nicht, und heute waren Polizisten im Parlament, weil die Herren offenbar meinten, sie hätten einen Besuch der Wiener Arbeiter verdient. (Heiterkeit.) Aber die Leute kennen unsere Taktik noch lange nicht. Sie wissen noch nicht, daß wir nichts unternehmen, was einem Putsch gleichkäme. Wenn die Wahlreform gefährdet ist, dann werden wir ganz anders eingreifen als mit einer Demonstration, mit der fünfzig Polizisten fertig werden könnten. (Stürmischer Beifall und Rufe: Generalstreik!) Allerdings, Genossen, die Herren sollen wissen, daß der eiserne Wille der Arbeiterschaft fest hinter der Wahlreform steht und daß, wenn wir nicht jetzt den Kampf beginnen (Ungeduldige Rufe: Warum nicht? Nur an-

fangen!), wir es nur darum nicht tun, weil wir nicht unnütz Kräfte verschwenden wollen. Wenn es aber notwendig werden sollte, dann wird die ganze Arbeiterschaft, wie wir nun zwei Stichproben in Triest und Reichenberg hatten, sofort auf dem Kampfplatz sein, von Vorarlberg bis zum galizischen Osten, von Triest bis Nordböhmen. Wir drängen uns nicht zu dem opferreichen Kampfe, denn die Opfer sind überflüssig. Wenn ihn aber die Herren haben wollen, werden sie ihn haben. Also halten Sie sich bereit! (Brausender Beifall*).)

Das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts.

Ausschuß, 13. September 1906**).

Abgeordneter Dr. **Adler** stellt fest, daß im § 7 das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ausgesprochen werde, soweit es eben überhaupt anerkannt wird. Eine Einschränkung des gleichen Wahlrechtes kommt darin nicht vor. Gegenüber dem Abgeordneten Dr. Tollinger bemerkt er: Wenn Bedingungen, wie die Seßhaftigkeit, die, so einschneidend sie ist, immerhin eine Bedingung zweiten Grades darstellt, unter die Sanktion eines Grundgesetzes gestellt werden, so müßte logischerweise, wenn man ein ungleiches Wahlrecht fixieren wollte, eine solche Bestimmung gleichfalls unter die Sanktion des Grundgesetzes gestellt werden.

In der Frage des Frauenwahlrechtes stehe die Partei des Redners auf dem prinzipiellen Standpunkt, daß der Frau unbedingt das gleiche politische Wahlrecht wie dem Manne gebührt. Er gebe sich aber keiner Täuschung darüber hin, daß der Antrag, das Wahlrecht auf die Frauen auszudehnen, hier sehr wenige Stimmen finden würde, und daß es aussichtslos wäre, dafür heute

*) Nachdem das Wahlrechtskompromiß am 21. Juli im Ausschuß angenommen worden war, wurde der Reichsrat vertagt und die Abgeordneten konnten in die Ferien gehen. Am 18. September nahm das Abgeordnetenhaus wieder seine Sitzungen auf; am 12. September bereits der Wahlreformausschuß.

**) Am 12. September trat der Wahlreformausschuß wieder zusammen. In seiner ersten Sitzung betonte der Ministerpräsident Beck die unbedingte Notwendigkeit der Wahlreform und forderte den Ausschuß auf, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Am 13. September wurde der § 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung angenommen, wonach das Wahlrecht jeder männliche Staatsbürger hat, der 24 Jahre alt ist und in der Gemeinde seit einem Jahr seinen Wohnsitz hat. Damit war das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes festgelegt. Dabei machten allerdings die Wahlreformfeinde Versuche, auf Umwegen Bresche in die Gleichheit des Wahlrechtes zu schlagen. Vor allen versuchte der tschechische Agrarier Hruby den Schein eines Frauenwahlrechtes vorzutäuschen, indem er beantragte, daß die Frauen, die in öffentlichen Diensten stehen oder selbständig ein Gewerbe oder die Landwirtschaft ausüben, das Wahlrecht bekommen; der Abgeordnete der Deutschen Volkspartei, Professor Kaiser, beantragte die Verlängerung der Seßhaftigkeit auf zwei Jahre. Alle diese Anträge wurden aber abgelehnt.

einen prinzipiellen Kampf zu führen. Selbstverständlich werde er für den Antrag Choc stimmen. Merkwürdig angemutet habe aber der Antrag Hruby und insbesondere seine Ergänzung und Begründung durch den Abgeordneten Kaiser. Man hat sehr viel zarte Empfindung dafür, daß einer sehr kleinen Anzahl von Frauen ein sehr verdünntes Wahlrecht heute zukommt, das ihnen genommen werden soll, und dieses Vorrecht will man jenen Frauen konservieren. Man vergißt aber an die Hunderttausende von Frauen, welche selbständig erwerbende Arbeiterinnen sind. Die gestellten Anträge haben mehr den Anschein einer freisinnigen Auffassung, als daß sie sie wirklich betätigen.

Die in dem Gesetzentwurf für das Wahlrecht aufgestellte Altersgrenze des vierundzwanzigsten Lebensjahres ist wohl eine hergebrachte, aber unbillig hohe. In unserer Zeit sind die breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung viel früher mündig. Das sozialdemokratische Parteiprogramm verlangt die Feststellung der Altersgrenze mit einundzwanzig Jahren, wo die Militärpflicht beginnt. Er stelle trotzdem einen Antrag nicht, weil er damit so gut wie allein bliebe.

Die einschneidendste, praktisch wirksamste Einschränkung des Wahlrechtes erfolgt durch die Bedingung der Seßhaftigkeit, die ziemlich ausschließlich gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist. Der klassische Ausdruck dafür ist das Wort „Wahlrechtsraub“. Das Wahlrecht für den Reichsrat ist nicht ein lokales, an den beschränkten Interessenkreis in der Gemeinde sich knüpfendes. In den Reichsrat wählt man nicht als Gemeindebürger, sondern als Staatsbürger. Auf dem Wege des Kompromisses ist man, wie der Minister selbst gesagt hat, in der Regierungsvorlage zu der einjährigen Seßhaftigkeit gekommen. Es scheint aber die Meinung obzuwalten, als ob das eine so geringe Beeinträchtigung der Arbeiterklasse wäre, daß man sie noch vermehren muß. Die einjährige, ja schon die sechsmonatige Seßhaftigkeit beeinträchtigt aber das Wahlrecht insbesondere der Arbeiterschaft in ganz empfindlicher Weise. Sie wendet sich nicht etwa bloß gegen jene Schichten, die man mit einer gewissen Geringschätzung fluktuierende Elemente nennt, weil sie, wie die Kavaliere, ihr Gewerbe im Umherziehen ausüben. Große Arbeiterschichten sind durch die Art ihrer Arbeit genötigt, einen Teil des Jahres in der einen, einen Teil in einer anderen Gemeinde zu verbringen, ohne dadurch den Interessen des Staates, ja auch nur den Interessen der Gemeinde, in der sie leben, entfremdet zu werden. Es wird immer darauf verwiesen, daß bei einem Kanalbau oder einer Flußregulierung ein paar hundert Arbeiter in eine Gemeinde strömen und diese majorisieren könnten. Abgesehen davon, daß dieser Fall zu den äußerst seltenen gehört, daß die Wahlbezirke so groß sind, daß das Wahlresultat vielleicht in einem Teile eines Gemeindebezirkes, aber durchaus nicht in einem ganzen Wahlbezirk beeinflußt würde, so ist dies doch kein Grund, den Leuten, die den Kanal bauen, die österreichische Staatsbürger sind und die Lasten dieser

Staatsbürgerschaft vielleicht in höherem Maße zu tragen haben als andere, ihre politischen Rechte zu rauben. Aber um diesen Ausnahmefall handelt es sich gar nicht in erster Linie, sondern um einen Teil der ganz seßhaften Arbeiterschaft, die zeitweilig fortzuziehen genötigt ist. Sind die Tausende von Schneidern oder Schuhmachern, die gezwungen sind, alljährlich aus den großen Zentren in die Badeorte zu gehen, um ihr Gewerbe auszuüben, schlechtere Österreicher als der Arzt, der im Sommer nach Karlsbad geht? Man könnte und sollte dem Beispiel des deutschen Reichsgesetzes ruhig folgen, das den Begriff der Seßhaftigkeit als Bedingung für das Wahlrecht überhaupt nicht kennt.

Die einjährige Seßhaftigkeit würde in Wien im Durchschnitt fünf Prozent aller Großjährigen vom Wahlrecht ausschließen. Bei dem Alter zwischen 24 und 30 Jahren erhöht sich dieser Satz bis auf 9·6 Prozent. Es ist mit großer Befriedigung zu konstatieren, daß der Eifer der christlichsozialen Partei, die diesen Punkt lange mit besonderem Nachdruck verfochten und eine weit höhere Seßhaftigkeit gefordert hat, ein geringerer geworden ist. Das Nachlassen dieses Eifers, vielleicht die Zurückstellung dieser Forderung überhaupt, dürfte der allmählich erwachenden Erkenntnis zuzuschreiben sein, daß von der Einschränkung des Wahlrechtes nicht die sozialdemokratische Partei allein, sondern alle Parteien getroffen werden. Wie kann man es vom nationalen Standpunkt verantworten, den eigenen Stammesgenossen zu einem erheblichen Bruchteil das Wahlrecht einzuschränken? Ich bin überrascht, daß der Vorstoß zu einer Verlängerung der Seßhaftigkeitsdauer nicht von christlichsozialer Seite kommt, sondern daß ein Mitglied der Deutschen Volkspartei diese Arbeit für andere Parteien auf sich genommen hat. Es ist übrigens wohl ausgeschlossen, daß sie zu einem Resultat führe. Die einjährige Seßhaftigkeit ist das Äußerste, was die Arbeiterschaft ertragen kann. Sie hat auf dem Gebiet der Wahlkreiseinteilung eine ganze Reihe von Beeinträchtigungen in jedem Kronland über sich ergehen lassen, ohne mit der Wimper zu zucken, um das große Ganze zu sichern. Sie hat auch die Einschränkung des gleichen Rechtes durch die einjährige Seßhaftigkeit zwar nicht akzeptiert, aber als das Resultat eines unabwendbaren Kompromisses über sich ergehen lassen. Jede weitere Einschränkung aber wäre unerträglich.

Die Tendenz einer solchen Erweiterung der Seßhaftigkeit hat auch die Anregung des Abgeordneten Kaiser, die Seßhaftigkeit mit einem Stichtag festzusetzen. In Frankreich besteht dieser Stichtag wohl, aber er hat nur in Verbindung mit der dort vorhandenen Einrichtung der permanenten Wählerlisten einen Sinn. Ich werde selbstverständlich den Antrag auf Beseitigung der Seßhaftigkeit überhaupt stellen. Wenn aber irgendeine Seßhaftigkeitsfrist bestimmt wird, so beantrage ich

im § 7 statt der Worte: „in der Gemeinde, in welcher das Wahlrecht auszuüben ist“, zu setzen: „in dem Wahlbezirk, in welchem das Wahlrecht auszuüben ist, oder im Falle eine Gemeinde in mehrere Wahlbezirke geteilt ist, in einem derselben.“ Auch für diese Bestimmung kann ich mich auf die Autorität der deutschen Reichsverfassung berufen, die allerdings die Forderung einer Seßhaftigkeit nicht kennt, aber in bezug auf die Ausübung des Wahlrechtes an dem Orte, wo der Wähler zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz hat, die Bestimmung in obiger Weise formuliert. Diese Formulierung würde sich darum empfehlen, weil sonst ganz gegen die Absicht der Vorlage sehr viele durchaus seßhafte und durchaus nicht fluktuierende Personen um ihr Wahlrecht kommen werden. In allen Industriezentren — ich erinnere an die Umgebung Reichenbergs, Brünns usw. — gibt es zahlreiche Fabriksdörfer, deren Grenzen zusammenfließen, die aber jedes eine selbständige Gemeinde bilden. Der Mann, der aus einer dieser Gemeinden in die benachbarte zieht, verändert seinen Wohnsitz so wenig als der, der von einer Seite der Mariahilferstraße auf die andere, von Mariahilf auf den Neubau zieht. Trotzdem wird er nach der Fassung der Regierungsvorlage seine Seßhaftigkeit unterbrechen und sein Wahlrecht verlieren. Diese, wie ich annehme, ungewollte Unbilligkeit zu verhindern, ist der Zweck des Antrages.

Das wichtigste aber ist die Abwehr jeder Verlängerung der Seßhaftigkeit, und ich schließe mit der Bitte, der Arbeiterschaft den Kampf gegen eine weitere Einschränkung des Wahlrechtes nicht aufzuerlegen.

Dr. **Adler***) findet es merkwürdig, daß man jetzt, in letzter Stunde noch versuche, in einem sehr wichtigen Punkte auf einem Umweg eine Erhöhung der Seßhaftigkeit herbeizuführen, also jene Bestimmungen abzuändern, welche das Resultat sehr eingehender Kompromißverhandlungen bilden. Befremdend ist es auch, daß der Abgeordnete Dr. Pergelt, der in so anerkennenswerter Weise für die politischen Rechte der Militärdienenden eingetreten sei, in demselben Atemzug einem Antrag das Wort geredet hat, der ganz offen eine Verlängerung der Seßhaftigkeit — in gewissen Fällen, je nachdem, wann die Wahlen stattfinden, bis zur Verdopplung — bedeutet. Die Feststellung der Seßhaftigkeit ist eine der schwierigsten Aufgaben bei Herstellung der Wählerlisten und insbesondere diejenigen, die mit den Wiener Verhältnissen vertraut sind, werden zugeben müssen, daß man auf diesem Gebiet sehr unangenehme Erfahrungen machen kann, wenn die Behörden nicht volle Objektivität walten lassen. Jeder Monat und jeder Tag, um den die Seßhaftigkeit erhöht wird, bedeutet aus diesem Grunde eine weitere Einschränkung des Wahlrechtes, und dies liegt doch wohl weder in den Intentionen der

*) Nach Adler sprach der Minister des Innern Bienerth, der die unveränderte Annahme der Regierungsvorlage empfahl. Dann beantragte der Liberale Dr. Pergelt, daß die einjährige Seßhaftigkeit am 1. Jänner vor der Wahlausschreibung vollstreckt sein müsse. Darauf erwiderte Adler. Auch dieser Antrag wurde selbstverständlich abgelehnt.

Mehrheit des Ausschusses noch in denen der Regierung. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in den Anregungen des Abgeordneten Kaiser eine schwere Ungebühr und eine Verletzung von Rechten liegen, welche in erster Linie die Arbeiterklasse treffen, und daß mit ihnen der Versuch gemacht wird, einer weiteren, heute ziffermäßig nicht festzustellenden, aber jedenfalls sehr beträchtlichen Anzahl von Staatsbürgern das Wahlrecht zu entziehen. Er richte an den Ausschuß die Bitte, in der Bevölkerung nicht das Gefühl zu erwecken, daß man heute, wo man darangeht, das allgemeine Wahlrecht zu statuieren, es in einer so empfindlichen Weise zuungunsten der Arbeiterklasse einschränke. Wenn auch der Antrag, die Seßhaftigkeit überhaupt nicht zu fixieren, abgelehnt werde, so möge der Ausschuß doch im schlimmsten Falle bei der Regierungsvorlage bleiben, in keinem Falle aber über diese Bestimmung hinausgehen.

Der polnische Verschleppungsantrag.

Ausschuß, 14. September 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** betont, daß vom Standpunkt derjenigen, die wünschen, daß die Wahlreform so rasch und glatt als möglich abgewickelt werde, der gestellte Antrag nicht gerade er-

*) Am 13. September war das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes beschlossen worden und schon am nächsten Tage stellten die Polen einen Antrag, der unter Umständen geeignet war, die Wahlreform wieder zu verschleppen. Beim Artikel II des Gesetzes, der bestimmt, daß die §§ 6 und 7 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung geändert werden, verlangten die Polen, daß das Grundgesetz auch in den Bestimmungen der §§ 11 und 12 geändert werde, die die Kompetenz des Reichsrates und der Landtage regeln, und zwar in dem Sinne, daß die Kompetenzen des Landtags auf dem Gebiet der Landeskultur vermehrt werden. Vergebens wurde darauf aufmerksam gemacht, daß der Wahlreformausschuß nur die Wahlreform zu beraten habe und daß auch die von der Regierung beantragte Änderung der Bestimmungen über die Immunität der Abgeordneten nicht diesem Ausschuß, sondern dem Verfassungsausschuß zugewiesen wurde, vergebens verwies man darauf, daß dann, wenn dieser Beschluß gefaßt würde, der Artikel, mit dem die Abänderung des Wahlgesetzparagraphen schon beschlossen war, nochmals geändert werden müßte. Die Polen hatten seinerzeit, als sie die Wahlreform verhindern wollten, ihre verfassungsrechtlichen Forderungen in den Vordergrund geschoben. Jetzt aber, nachdem sie durch ausreichende Mandatszuteilung für Galizien befriedigt waren, konnten sie von dem populären Schlagwort der Verstärkung der Länderautonomie nicht loskommen. Allerdings verlangte der Antrag Starzynski nur ein neungliedriges Subkomitee zur Überprüfung dieser Paragraphen und Sicherstellung der Landesgesetzgebung, aber sie beantragten zugleich, die Abstimmung über die Eingangsformel des Artikels II vorläufig zu vertagen. Den Wahlreformfeinden schien die Gelegenheit günstig und auch die Anhänger der verstärkten Länderautonomie konnten der Versuchung schwer widerstehen und so gab es gleich eine umfangreiche Debatte über Föderalismus und Zentralismus. Auch der Ministerpräsident Beck stimmte der sachlichen Notwendigkeit einer

freulich sei. Er wirke auch ein wenig überraschend, denn man hätte sich darüber schon früher benehmen und einen Ausweg finden können. Die Bedenken bezüglich der Kompetenz dieses Ausschusses treffen vollständig zu. Gerade der Abgeordnete Ritter v. Abrahamowicz war es, der im Plenum des Abgeordnetenhauses die Anträge bezüglich der Zuweisung der einzelnen Gesetzentwürfe, die die Regierung in Verbindung mit der Wahlreform eingebracht habe, gestellt hat. Gerade Ritter v. Abrahamowicz war derjenige, der ganz sachlich und richtig jenen Teil der Verfassungsreform, der sich auf die Abänderung des Staatsgrundgesetzes bezüglich der Immunität der Abgeordneten bezieht, dem Verfassungsausschuß zuzuweisen beantragte, wohin er eben gehört. Wenn die Herren vom Polenklub nun betonen, daß die Abgrenzung der Kompetenz zwischen Reichsrat und Landtagen mit dem Wahlgesetz einen innigen Zusammenhang habe, so werden sie wohl auch zugeben müssen, daß der Gesetzentwurf über die Immunität der Abgeordneten auch einen gewissen Zusammenhang mit der Gestaltung des Reichsrates hat. Es wäre also nur selbstverständlich, daß, wenn im Zusammenhang mit der Wahlreform eine Interpretation bezüglich der Kompetenzen zwischen Reichsrat und Landtagen gewünscht werde, der betreffende Antrag in den Verfassungausschuß gehört. Schon von diesem rein formalen Standpunkt aus könne er sich für den Antrag Starzynski nicht erklären. Er wolle dem schlechten Beispiel, das gegeben wurde, aus diesem Anlaß die ganze Geschichte der Verfassung aufzurollen, gewiß nicht folgen. Er möchte nur sagen, daß die Sozialdemokraten nicht auf dem Standpunkt stehen, Österreich solle ein Länderstaat bleiben, sondern daß sie aus diesem Länderstaat einen Völkerstaat machen wollen.

Vom Standpunkt der Praxis kann man durchaus der Ansicht sein, daß, wenn auch die wirtschaftliche Entwicklung mit ganz unüberwindlicher Gewalt zu einer Zentralisierung der ganzen Verwaltungsagenden drängt, in der Aufteilung der Kompetenzen eine

---

neuen Abgrenzung der Kompetenzen zu und empfahl auch die Einsetzung des Subkomitees; zugleich aber meinte er, daß dabei nur eine Resolution herauskommen könne. Der Vertagung trat er aber energisch entgegen. Zur Überraschung der Antragsteller wurde der Antrag mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen. Diese Mehrheit kam dadurch zustande, daß Graf Stürgkh, obwohl er als „verfassungstreuer" Großgrundbesitzer prinzipiell ein Gegner der Länderautonomie war, um der Wahlreform ein Bein zu stellen, sich mit noch einem Großgrundbesitzer zu den Polen schlug und die Klerikalen aus agrarischen Gründen mitstimmten. Ein Vermittlungsantrag Geßmanns, daß sich die Kompetenzänderungen auf die Fragen der Landeskultur beschränken, kam nicht mehr zur Abstimmung.

Bei dem Subkomitee kam natürlich schließlich nichts heraus als vier Resolutionen, von denen eine (von Tollinger) die Regierung aufforderte, über die Abänderung der Kompetenzen bei den Landesausschüssen eine Umfrage zu halten, die anderen (zwei des Abgeordneten Starzynski und eine des Abgeordneten Geßmann) sich als Interpretationen, zwar nicht „authentischer Art" (wozu ein Gesetz notwendig wäre), aber doch mit „richtunggebender Kraft" darstellten.

Reihe von Härten und Schwierigkeiten besteht, die einen schleppenden Gang bei der Regelung gewisser Verhältnisse mit sich bringen. Er gebe auch zu, daß Ritter v. Starzynski schon in seiner ersten Rede, die er im Ausschuß hielt, auf eine Reihe solcher Schwierigkeiten in sehr zutreffender Weise hinwies. Was geht das aber den Wahlreformausschuß an? Dieser Ausschuß hat nicht die Aufgabe, diese Frage zu regeln. Zwar wisse er leider sehr gut, daß alle Erörterungen nichts nützen. Die Polen haben einen Antrag gestellt und die Bedenken, die vorgebracht werden, werden sie von diesem Antrag nicht abbringen. Was er aber nicht verstehe, seien die Versicherungen, daß die Polen die Arbeiten des Wahlreformausschusses nicht stören wollen. Mit diesen Versicherungen steht der Antrag auf Vertagung in einem, vielleicht ungewollten, Widerspruch. Es sei nicht einzusehen, was zu dieser Vertagung zwinge. Man hat eine unbestimmte Angst vor den Schwierigkeiten der Reassumierung, die aber ganz überflüssig ist. Wenn aber in einer so wichtigen, einschneidenden, das ganze Staatsleben treffenden Frage die Parteien die Kraft haben würden, eine Änderung des Staatsgrundgesetzes durchzusetzen, wird dann diese Kraft stehenbleiben vor dem mechanischen Hindernis der Unmöglichkeit, auch die Abstimmung über Artikel II zu reassumieren? Das glaubt doch wohl niemand. Wenn die Majorität des Ausschusses eine Abänderung des Gesetzes durchsetzen zu können glaubt, dann wird sie nichts hindern, ein besonderes drittes Gesetz zu schaffen, das sich mit der Abänderung der §§ 11 und 12 des Staatsgrundgesetzes beschäftigt. Die Schwierigkeiten der Wahlreform sind ja bekannt und es ist bezeichnend, daß Graf Stürgkh, der gewiß nicht zu den Förderern der Wahlreform gehört, eine Aktion unterstützt, die der Erledigung der Wahlreform nicht dienen kann. Aus ungefähr denselben Gründen sei er begreiflicherweise absolut gegen die Vertagung und er bitte den Ausschuß und insbesondere die Herren vom Polenklub, mindestens auf diesen Vertagungsantrag zu verzichten. Nach seiner Überzeugung sei eine solche Vertagung auch für die Zwecke des Polenklubs vollständig überflüssig. Redner hätte auch gewünscht, daß der Ministerpräsident, so sehr er seine sachlichen Ausführungen vielfach für gerechtfertigt halte, in dieser Beziehung energischer gesprochen und energischer die Schwierigkeit, die Arbeit zu bewältigen, betont hätte.

Nach den Sommerferien.

Versammlung, 17. September 1906.

Als wir uns das letztemal hier in diesem Saale im Juni*) sahen, war es eine heiße Zeit. Heiß, drückend und gewitterschwanger für

*) Am 11. Juni, als die Arbeiter mit dem Massenstreik drohen mußten, um die Intrigen der Gegner zu durchkreuzen. (Siehe oben „Die letzte Warnung".)

Am 21. Juli war das Abgeordnetenhaus in die Sommerferien gegangen und am 18. September trat es wieder zusammen. In sechs massenhaft be-

ganz Österreich. Wir waren darauf gefaßt und im Begriff, unser Äußerstes einzusetzen, um die Wahlreform, die im Ausschuß auf allerhand Obstruktion gestoßen war, zum Gelingen zu bringen. Es ist zu diesem Äußersten nicht gekommen, es hat genügt, daß die Arbeiterschaft ihre Kampfbereitschaft zeigt, um auch die Regierung und diejenigen Parteien, die der Wahlreform nicht abgeneigt sind, neuen Mut schöpfen zu lassen und die Beratung im Ausschuß über den schwierigsten Punkt zu führen. Dafür wurde namentlich von den Feinden des allgemeinen Wahlrechtes die Aufteilung der Mandate unter den Nationen erklärt. Wir, die V e r t r a u e n z u i h r e m V o l k e haben, Deutsche zu Deutschen, Tschechen zu Tschechen und so fort, würden uns überhaupt nicht auf eine mathematisch abgezirkelte Verteilung der Mandate eingelassen haben. Die politische und kulturelle Entwicklung einer Nation hängt von anderen Dingen ab als von einem halben Dutzend Mandate mehr oder weniger. Aber die Verteilung der Mandate in Österreich ist abhängig von dem p o l i t i s c h e n K r ä f t e v e r h ä l t n i s i m g e g e b e n e n M o m e n t. Es ist eine Tatsache, daß der politische Einfluß der Deutschen gegenwärtig stärker ist als etwa der der Ruthenen, und es ist wunderbar, wenn dieses Verhältnis auch in der Aufteilung der Mandate zum Ausdruck kommt. Ein gleiches Wahlrecht gibt es nur i m s o z i a l e n S i n n e innerhalb derselben Nation. Diese soziale Ungleichheit im Wahlrecht ist jetzt beseitigt. Der Ausgleich in den nationalen Wünschen ist zustande gekommen auf der Grundlage der allgemeinen Unzufriedenheit (Heiterkeit), unter dem Drucke der absoluten Notwendigkeit. (Zustimmung.) Im Ausschuß ist man heute allgemein der Ansicht: „Es ist am gescheitesten, wenn wir die Sache machen." Wir stehen heute nicht mehr allein auf dem Standpunkt des allgemeinen Wahlrechtes, wir sprechen im Namen aller Völker o h n e U n t e r s c h i e d d e r K l a s s e n. (Lebhafter Beifall.) Die eigentlichen Feinde der Reform sind im Ausschuß die, welche den politischen Tod für sich selbst vorhersehen. Graf S t ü r g k h ist ein deutscher Mann, seine Großgrundbesitzer glauben es ihm; er fürchtet nur, daß es ihm kein deutscher Wahlkreis glauben wird. (Heiterkeit.) Herr v. P a r i s h*) ist ein guter Tscheche, die Feudalen glauben es ihm, sie sind es nämlich ebenso wie er, aber er fürchtet, einer tschechischen Wählerversammlung seine tschechische Gesinnung nicht klarmachen zu können: er kann nämlich nicht tschechisch. (Schallende Heiterkeit.) Diese Herren

suchten Versammlungen wurde den Wiener Arbeitern über die Wahlreform und ihre Gegner berichtet. Unter den Anschlägen war wohl der Antrag auf Verfassungsrevision im Sinne einer Verstärkung der Länderautonomie, der gleich bei der Wiederaufnahme der Beratungen des Ausschusses gestellt worden war (siehe die Rede über den polnischen Verschleppungsantrag vom 14. September), der aktuellste, wenn er auch nur ein Demonstrationsantrag war. Daneben spukte aber bereits die Idee des „Mehrstimmenrechts", der P l u r a l i t ä t, für die Besitzenden. Beim Wimberger referierte Dr. A d l e r. Die Tagesordnung lautete: „D e r S t a n d d e r W a h l r e f o r m."

*) Die böhmischen Feudalen gaben sich als Tschechen, sprachen aber meist nicht tschechisch.

möchten der Reform gern Schwierigkeiten bereiten, wenn sie könnten. Kämpfe waren für den § 7 zu erwarten, der das allgemeine Wahlrecht festsetzt und es zugleich durch zwei Bestimmungen einschränkt. Erstens gilt es nur für Männer. Prinzipiell, als Partei, sind wir natürlich auch für das Frauenwahlrecht. Aber wir wären schlechte politische Rechner, wenn wir uns auf diese gegenwärtig absolut nicht durchsetzbare Forderung versteift hätten. Zweitens aber wird auch das Wahlrecht der Männer beschränkt, einmal durch die Festsetzung der Altersgrenze von 24 Jahren und durch die einjährige Seßhaftigkeit. Wir fordern das Wahlrecht mindestens für das militärpflichtige Alter, also für 21 Jahre; aber das verstehen die Bürgerlichen einfach nicht. Auch die einjährige Seßhaftigkeit bedeutet einen Ausgleich zwischen unseren Wünschen und den noch weit über ein Jahr hinausgehenden Forderungen der Gegner. Ich will den Genossen keine Begeisterung für die einjährige Seßhaftigkeit, die auch Wahlmogeleien Raum läßt, einreden, aber man darf ein sicheres allgemeines Wahlrecht mit dieser Seßhaftigkeit nicht einem sehr unsicheren ohne Seßhaftigkeit opfern. Weitere Schwierigkeiten werden erst beim § 5 der Wahlordnung, für die im Abgeordnetenhause die einfache Majorität genügt, eintreten. Der Antrag Starzynski ist eine aufgebauschte Lächerlichkeit. Das Subkomitee, das ihn beraten soll, ist noch gar nicht zustande gekommen. Ernster und nicht zu unterschätzen ist die Gefahr, die dem § 5 droht. Hier wollen die Feinde mit dem Schwindel der Pluralität einsetzen. Sie schlagen beispielsweise vor, eine zweite Stimme jedem über 35 Jahre alten Manne zu geben. Aber statistisch entfallen auf je 100 „Selbständige“ noch solche 80 Stimmen, auf hundert Arbeiter aber nur 52. Die gleichen Ziffern gelten auch für die Familienhäupter. Denn Besitz bedeutet auch Gesundheit, Leben und Familie. Die Pluralität wäre also ein Verrat am Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes, das in der Wahlreform durchzusetzen die Regierung vom Kaiser nicht nur ermächtigt, sondern beauftragt ist. Die Arbeiterschaft wird die Herren darauf festnageln. Wir wollen uns nicht einschläfern lassen. Noch immer heißt es: Bereit sein und wach sein! Trotz allem habe ich die Hoffnung, daß wir in einem Vierteljahr auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes wählen werden. (Stürmischer Beifall.)

Jeder Ort Wahlort.

Ausschuß, 17. September 1906.

Abgeordneter Dr. **Adler***) kündigt an, daß er bei § 9 den Antrag stellen werde, daß alle Wahlen an einem Tage stattzu-

*) Am 17. September gelangte der Ausschuß endlich zur Beratung der Wahlordnung. Gleich beim § 3 kam es zu einer längeren Auseinandersetzung. Dieser bestimmte, daß jede Gemeinde in der Regel Wahlort sei, daß aber Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern vereinigt werden könnten. Der Pole Starzynski beantragte, daß Orte bis zu 1500 Ein-

finden haben. Die Versuche, die Wahlorte vom Wohnort zu entfernen, müsse er bekämpfen. Es kann doch nicht schwerer sein, einen Abgeordneten zu wählen als zum Beispiel Wahlmänner, und doch ist in den Landgemeinden bei indirekten Wahlen jede Gemeinde Wahlort. Eine andere Bestimmung damit zu motivieren, daß bisher indirekte Wahlen stattfanden, gehe also nicht an. Er möchte überhaupt, daß alle Undeutlichkeiten und Möglichkeiten zu abweichendem Vorgehen möglichst ausgeschaltet werden, wenn er auch zur Regierung das Zutrauen habe, daß sie von der im § 3 einzuräumenden Möglichkeit in den Kronländern nicht Gebrauch machen wird, wo bereits andere Bestimmungen gelten. Er beantrage deshalb, die Worte „In der Regel" zu streichen und den ersten Satz des § 3 in folgender Fassung anzunehmen: „Jede Ortsgemeinde und jeder im Anhang besonders angeführte Gemeindeteil (Ortschaft, Stadtbezirk, Stadtteil) ist Wahlort." Dies sei jedenfalls der Antrag, durch den jede Ausnahme ausgeschlossen werde. Sollte der Antrag nicht akzeptiert werden, könnte er mit der Textierung der Regierungsvorlage nur dann zufrieden sein, wenn die Ziffer 500 als Maximalgrenze festgesetzt und gesagt werde, daß unter die Ziffer, die in der Landesgesetzgebung festgesetzt ist, nicht herabgegangen werden darf. Man sollte keine Bestimmungen in das Gesetz aufnehmen, die der Bevölkerung Lasten und Schwierigkeiten verursachen. Die Befugnis der Regierung, Gemeinden zu Gruppenwahlorten zusammenzulegen, sollte also durch die Bestimmungen der Landesgesetzgebung eingeschränkt werden. Dem Antrag Starzynski, der weit über die Regierungsvorlage hinausgehe, müsse er ganz ausdrücklich entgegentreten. Man könne besondere Verhältnisse für jedes Land zugeben, warum es aber gerade in Galizien künftig unmöglich sein solle so zu wählen, wie man in der fünften Kurie bereits gewählt hat, ist nicht einzusehen*).

---

wohnern zusammengelegt werden könnten. Demgegenüber wurde darauf verwiesen, daß die Landesordnung in Niederösterreich 250 festsetzt und daß in der Kurie der Landgemeinden jede Gemeinde, in der allgemeinen Kurie sogar in Galizien jede Gemeinde bis zu 500 Einwohnern Wahlort war. (Über den von Adler angekündigten Antrag beim § 9 siehe die Ausschußsitzung vom 19. September.)

*) Schließlich wurde der Antrag Adler angenommen, aber für Galizien eine Ausnahme gemäß dem Antrag Starzynski bewilligt. In der nächsten Sitzung am 19. September beschwerte sich der ruthenische Abgeordnete Ritter v. Wassilko, daß diese in seiner Abwesenheit beschlossene Ausnahme für Galizien eine Illoyalität sei, da sie den Ruthenen von den ihnen in dem Kompromiß zugestandenen 28 galizischen Mandaten 3 bis 4 wegnehme; denn wenn nur die großen Gemeinden Wahlort seien, werde allen ruthenischen Gebirgsgemeinden, deren Wähler dann viele Meilen weit gehen müßten, das Wahlrecht entzogen. Er beantragte die Reassumierung der früheren Abstimmung. Dr. **Adler** bemerkte dazu, er habe den Antrag des Polenklubs auf das schärfste bekämpft; er halte ihn für außerordentlich unglücklich und er wäre sehr zufrieden, wenn man den bezüglichen Beschluß aufheben könnte. Die Reassumierung, gegen die die Polen protestierten, wurde aber mit 17 gegen 16 Stimmen abgelehnt.

Alle Wahlen an einem Tag.

Ausschuß, 19. September 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** bemerkt, er habe schon in der letzten Sitzung des Ausschusses einen Antrag angekündigt, wonach die Wahlen an einem Tage vorzunehmen seien, und er sei der Ansicht, daß es durchaus im Interesse einer vernünftigen Erledigung des Wahlgeschäftes liege und geradezu eine politische Notwendigkeit sei, daß der Wahltag, wie dies ja auch in anderen Staaten der Fall sei, für alle Länder ein und derselbe sei. Wenn von der Regierung gegen diesen Antrag geltend gemacht werde, daß sie nicht genug Beamte besitze, um die Wahl gleichzeitig an einem Tage durchzuführen, so wolle er nur bemerken, daß bei den Wahlen nicht die Beamten, sondern die Wähler die Hauptsache seien, und daß es ja auch nicht notwendig erscheine, die ganze Wahl gewissermaßen unter die Kuratel der Bürokratie zu stellen. Man möge doch nicht glauben, daß sich in der Bevölkerung nichts vollziehen kann, ohne daß angestellte Beamte des Staates dabei funktionieren. In Deutschland beispielsweise ernennt man einfach aus der Bevölkerung einen Wahlvorsteher und es wäre auch bei uns nicht unangebracht, wenn man die Bevölkerung nach und nach einigermaßen zur Selbständigkeit erziehen würde. Im übrigen habe man ja auch bisher überall dort, wo direkte Wahlen stattfanden, so zersplittert auch die Wahl im allgemeinen war, in einem Kronland innerhalb der einzelnen Kurien stets an demselben Tage gewählt. Man kann durchaus nicht glauben, daß die Regierung dem Mangel an Beamten dadurch abhelfen will, daß sie, wenn die Wahlen an verschiedenen Tagen stattfinden, beispielsweise Beamte aus Galizien nach Wien dirigiert, um hier bei den Wahlen zu helfen.

Der Redner bittet den Ausschuß, es als ein durchaus mögliches und berechtigtes Prinzip auszusprechen, daß die Wahl überall an einem und demselben Tage stattfinde. Die Anordnung der Wahl habe durch die Regierung und die Aufforderung zur Vornahme derselben durch den Minister des Innern zu erfolgen. Für die Durchführung der Wahlen im einzelnen wären Erlässe der politischen Landesbehörden notwendig.

Abgeordneter Dr. **Adler****) war sehr erfreut, die Anregung bezüg-

---

*) Dr. Adler hatte bereits am 17. September bei der Beratung des § 3, der vom Wahlrecht handelt, angekündigt, daß er beim § 9 den Antrag stellen werde, daß alle Wahlen an einem Tage stattzufinden haben. Nach der Regierungsvorlage hatten die Landesbehörden die Tage zu bestimmen, an denen die Wahlen vorzunehmen seien. Man konnte es sich damals nicht anders vorstellen, als daß, wie es bei den verschiedenen Kurien der Fall war, in jedem Lande anders gewählt werde. Bisher hatten sich die Wahlen durch Wochen, ja durch Monate hingezogen, was namentlich auch die Folge der „indirekten" Wahlen war, bei denen zuerst Wahlmänner und erst von diesen die Abgeordneten gewählt wurden. Als jetzt der § 9 zur Verhandlung gelangte, kam Dr. Adler auf dieses Verlangen zurück, daß die Wahlen im ganzen Staat an einem Tage stattfinden.

**) Auf die Ausführungen Adlers erklärte der Minister Bienerth

lich des Sonntags als Wahltag von einer Seite zu vernehmen, von der er nicht darauf gefaßt war. Von der sozialdemokratischen Partei werde diese Forderung seit jeher erhoben und er habe den Antrag nur darum nicht gestellt, weil er seine Durchsetzung in diesem Ausschuß für aussichtslos gehalten habe. Nachdem aber in Aussicht gestellt wird, daß die Anregung des Abgeordneten Dr. Schusterschitz nur in der Form durchgehen könnte, daß es hieße: „nach Beendigung des Gottesdienstes", verzichte er allerdings darauf. Wohl aber dürfe man hoffen, eine Majorität dafür zu finden, daß die Wahlen an einem Tage durchgeführt werden. Was der Minister da gesagt habe, schwäche die Berechtigung dieses Begehrens nicht ab, sondern er erhärte sie geradezu. Die Erklärung des Ministers, daß die Regierung nicht daran denke, die Wahlen in einem Lande an verschiedenen Tagen vornehmen zu lassen, möchte er festgestellt haben.

Das Pluralitätsattentat noch vorschoben.

Ausschuß, 19. September 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** betont, daß der Ausschuß schon bei Beratung über § 7 des Grundgesetzes damit überrascht wurde, daß

zwar, daß es die Absicht der Regierung sei, die Wahlen tunlichst an einem Tage vorzunehmen, sofern es technisch ausführbar sei. Die Regierung könne sich aber noch kein klares Bild darüber machen, ob das möglich sein werde, wobei er namentlich darauf hinwies, daß man kaum genügend viel Wahlkommissäre habe, als welche bisher meist Staatsbeamte verwendet worden waren. Er bat, der Regierung wenigstens die Möglichkeit zu geben, wenn es notwendig sei, von der Einheit des Wahltages abzugehen.

Im Laufe der Debatte regte der klerikale Slowene Dr. Šusteršic an, als einheitlichen Wahltag einen Sonntag zu fixieren, aber den Beginn des Wahltages nach dem Hauptgottesdienst festzusetzen. Dagegen wendete sich der polnische Pfarrer Dr. Pastor, weil dadurch der Sonntag „profaniert" würde. Auch der polnische Schlachziz Abrahamowicz meinte, daß das in Galizien allgemeine Entrüstung herbeiführen werde. Schusterschitz blieb dabei, daß keine religiösen Bedenken gegen die Wahlen am Sonntag bestehen, doch gebe er zu, daß die Zeit nach dem Gottesdienst zu kurz sei und stelle deshalb keinen Antrag. Für die Wahlen an einem Tage sprachen sich mit Ausnahme des Abrahamowicz alle Redner aus und es wurde schließlich mit 28 gegen 9 Stimmen ein Antrag des Deutschfortschrittlichen Dr. Groß angenommen, der Minister des Innern habe für alle Länder einheitlich den Tag für die Vornahme der Wahl und den für die engeren Wahlen anzuberaumen. (Zur Erklärung: Šusteršic wird Schusterschitz ausgesprochen, und daher wegen der Unlesbarkeit der fremden, mit Zeichen versehenen Buchstaben im Deutschen oft so geschrieben. — Das polnische „cz", bei Abrahamowicz zum Beispiel, wird wie „tsch" gesprochen, das polnische „sz" wie „sch". — Im Tschechischen wird „ř" wie „rsch" gesprochen, also Kramař wie Kramarsch und Fořt wie Forscht; es wird daher hier oft auch so geschrieben.)

In die Debatte hat Adler auch zum zweitenmal eingegriffen.

*) Nachdem am 19. September das Verlangen der Ruthenen, den Be-

Anträge in Aussicht gestellt wurden, die das Wesen und das Prinzip der Vorlage auf das schärfste berühren und gefährden. Diese Anträge wurden damals aus der Verhandlung über das Grundgesetz in die Verhandlung über die Reichsratswahlordnung verschoben. Dieses Vorgehen war vielleicht vom Standpunkt der Antragsteller durch taktische Erwägungen motiviert. Es war aber weder logisch noch geeignet, die Beratungen zu fördern. Diejenigen, die das gleiche Wahlrecht wollen, haben sich bei § 7 enthalten, über das gleiche Wahlrecht zu sprechen, weil ein konkreter Gegenantrag nicht vorlag. Aber der Ausschuß und alle diejenigen in Österreich, die sich für die Wahlreform interessieren, haben doch das Recht, endlich darüber Gewißheit zu erlangen, daß das Prinzip und die Grundlage der Wahlreform, das sozial gleiche Wahlrecht, nicht mehr in Frage stehe. Es geht nicht an, fortwährend ein Gesetz in allen Einzelheiten zu beraten, wenn der Grundstein des Gesetzes unter einem Damoklesschwert, hoffentlich keinem gefährlichen, stehe. Wenn ich es auch begriffen habe, daß es bei der Wahlkreiseinteilung notwendig war, mit den Klubs darüber zu beraten, so sei dies nicht begründet, wo es sich um die Grundlage des ganzen Gesetzes, die ja von allem Anfang an in Diskussion stand, handelt. Jeder Abgeordnete und alle Klubs müssen sich doch schon im klaren darüber sein, wie sie sich zur Frage, die Abgeordneter Dr. Tollinger berührte, stellen. Ich würde daher dringend wünschen, daß man jetzt die Sache erledigt. Der Ausschuß kann nicht so lange warten, bis alle die verschiedenen Wünsche in bezug auf das Pluralwahlrecht, von dem es 158 Systeme gibt, in eine gemeinsame Formel gebracht sind.

Zwei Wohnsitze.

Ausschuß, 19. September 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** bemerkt, er sei im allgemeinen nicht dafür, daß man jedes Wort der Regierungsvorlage so unter die Lupe nehme und daran herumtüftle, bis man irgendeinen Fehler

schluß über die Zusammenziehung der Gemeinden in Galizien zu reassumieren, abgelehnt worden war, sollte der § 5 zur Beratung kommen, der festsetzt, daß jeder Wähler nur eine Stimme hat. Da beantragte der Tiroler Klerikale Dr. Tollinger, diesen Paragraphen noch zurückzustellen, da er einen Antrag über die Pluralität stellen, ihn aber wegen seiner prinzipiellen Wichtigkeit vorher den Klubs zur Stellungnahme mitteilen wolle. Bei der Beratung des § 7 des Grundgesetzes hatte er auf den § 5 der Wahlordnung vertröstet, jetzt waren die Anhänger der Pluralität noch immer nicht einig. Dagegen sprach nun Dr. Adler. Trotzdem wurde die Vertagung mit 21 gegen 10 Stimmen beschlossen.

*) Nachdem die Beratung über den § 5, der bestimmte, daß jeder Wähler nur eine Stimme habe, auf Verlangen des Abgeordneten Tollinger, der mit seinem Pluralitätsattentat noch nicht fertig war, verschoben worden war, wurde der § 6 in Verhandlung gezogen, der bestimmt, daß das Wahlrecht am Wohnsitz auszuüben sei. Außerdem wurde bestimmt,

daran entdeckt. Selbstverständlich müsse jeder wünschen, daß die Wahlordnung so präzise abgefaßt sei, daß sie jede Möglichkeit einer einseitigen Praxis ausschließe. Nun sei es aber einfach ausgeschlossen, dem Gesetz eine Fassung zu geben, die nicht bei der Absicht einer illoyalen Praktizierung auch zu illoyalen Ergebnissen führen würde. Im großen und ganzen müsse man trotz aller bösen Erfahrungen, die gemacht wurden, doch immer voraussetzen, daß das Gesetz in der Regel loyal praktiziert werde. Will jemand illoyal vorgehen, so wird er, wenn das Gesetz noch so prägnant gefaßt ist, immer eine Pforte finden, von der aus er es umgehen kann. Was den Antrag des Abgeordneten Dr. Vogler anlange, so müsse jeder, der die Schwierigkeiten kennengelernt habe, die sich schon jetzt beispielsweise bei der Feststellung der sechsmonatigen oder einjährigen Seßhaftigkeit ergeben haben, zugeben, daß der Antrag nicht durchführbar sei. Der Redner billige wohl die Intentionen des Abgeordneten Dr. Vogler, glaube aber nicht, daß sie auf dem von demselben vorgeschlagenen Wege erreicht werden können. Er beantragt schließlich, anstatt des Wortes „Hauptniederlassung“ das Wort „Hauptwohnsitz“ zu setzen.

Armenunterstützung und Wahlrecht.

Ausschuß, 19. September 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** erklärt sich prinzipiell gegen jede Einschränkung des Wahlrechtes und insbesondere dagegen, daß jenen Personen das Wahlrecht entzogen werde, die durch den herrschenden wirtschaftlichen Prozeß am Ende eines arbeitsreichen Lebens oder noch arbeitskräftig in die Unmöglichkeit geraten, ihren Lebensunterhalt durch eigene Arbeit zu finden. Es sei eine ungeheure Härte, diejenigen, die ihr Leben lang arbeiteten und infolge der bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht imstande waren,

---

wo das Wahlrecht auszuüben ist, wenn der Wähler mehrere Wohnungen habe. Dabei verwies Dr. Vogler darauf, daß der Magistrat wieder, wie früher, die Wiener Feuerwehrleute in der Inneren Stadt, wo sie bei Nacht kaserniert sind, werde wählen lassen.

Schließlich wurde der Paragraph mit der von Adler beantragten Änderung, das Wort „Hauptniederlassung“ durch „Hauptwohnsitz“ zu ersetzen, angenommen.

*) Der § 8 handelt von den Gründen der Ausschließung vom Wahlrecht. Darunter war auch der Genuß der Armenversorgung oder der öffentlichen Mildtätigkeit. Mit Rücksicht darauf, daß auch diese Bestimmungen dem Wiener christlichsozialen Magistrat Gelegenheit zu einem Wahlschwindel geben konnten, beantragte der Liberale Dr. Vogler eine Reihe von Verbesserungen. Auch Dr. Adler griff in die Debatte ein und beantragte, unter den Umständen, die nicht als „Armenversorgung“ gelten dürften, auch die „unentgeltliche Verpflegung in den öffentlichen Krankenanstalten“ aufzunehmen. Dieser Antrag wurde auch angenommen, die Anträge Voglers aber abgelehnt. Im übrigen haben die Christlichsozialen trotzdem diesen Paragraphen zu ihren Wahlschwindeleien auszunützen verstanden.

sich so viel zurückzulegen, um im Alter davon leben zu können, die infolgedessen auf die Gemeinde angewiesen sind, die sie ja früher durch ihre Arbeit mit gestützt und erhalten haben, zum Danke dafür, daß sie sich zeitlebens haben ausbeuten lassen, vom Wahlrecht auszuschließen. Deshalb sei er selbstverständlich gegen diese Bestimmung. Er werde aber trotzdem keinen Antrag stellen, sie zu streichen, weil er wisse, daß seine Anschauungen in diesem Kreise auf Zustimmung nicht rechnen können. Er müsse auch zugeben, daß ähnliche Bestimmungen auch in anderen Ländern bestehen. In der Praxis aber sei dieser Paragraph entschieden sehr gefährlich. Der Begriff der Armenpflege und der Armenunterstützung werde kolossal ausgedehnt. In Wien sei es wiederholt vorgekommen, daß man einem Arbeiter, der Weib und Kind zu ernähren hat, das Wahlrecht entzog, weil sein alter, arbeitsunfähiger Vater aus Gemeindemitteln eine Pfründe von drei bis vier Gulden monatlich erhält. Man sagte, der Sohn habe die Alimentationspflicht und wenn er dieser Pflicht nicht in vollem Umfang nachkomme und der Vater, den er ja trotzdem erhalten muß, da er ja von den drei Gulden nicht leben kann, aus Gemeindemitteln eine Zubuße genießt, genieße sie indirekt der Sohn. Redner habe mit mehreren Juristen gesprochen, es sei ihm aber nicht gelungen, eine Formulierung zu finden, die derartige Auslegungen ausschließt. Es sei eben unmöglich, jeder Illoyalität und Gewaltsamkeit und jeder bewußten unrichtigen Auslegung des Gesetzes zuvorzukommen. Man muß sich deshalb begnügen, die Intentionen des Gesetzgebers so deutlich als möglich zum Ausdruck zu bringen und das Gesetz in die Hände von Behörden zu legen, die entweder loyal sind oder die loyal zu machen wir uns bestreben müssen.

Eine erhebliche Lücke scheint aber darin zu liegen, daß die unentgeltliche Verpflegung in öffentlichen Krankenanstalten nicht unter jene Fälle von Armenversorgung aufgezählt erscheint, die vom Wahlrecht nicht ausschließen. Es kann sein, daß ein Nichtversicherungspflichtiger eine Zeitlang im Spital zubringen und daß die Gemeinde dann für die Kosten aufkommen muß. Da wäre es höchst ungerecht, diese notgedrungene Unterbrechung seines gewohnten Erwerbes als eine Armenunterstützung im Sinne der Bestimmungen des § 8 anzusehen. Mit den Amendements des Abgeordneten Vogler jedoch könne sich der Redner nicht einverstanden erklären, da, so gut sie gemeint sein mögen, das Ganze dadurch nur verschlechtert würde.

Der Schwindel mit den Wählerlisten.

Ausschuß, 20. September 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** findet es bis zu einem gewissen Grade gerechtfertigt, daß sich die Regierungsvorlage möglichst an die bisherigen Bestimmungen halte. Die Gewohnheiten der Bevölkerung

*) Die Bestimmungen der Wahlordnung über die Wählerlisten gaben im Ausschuß wie auch dann im Hause zu lebhaften Debatten **Anlaß**, die

spielen eine gewisse Rolle, die berücksichtigt werden muß, aber nicht ohne Einschränkung. Wir haben eine Menge Einrichtungen aus einer Zeit mit herübergeschleppt, wo die Zahl der Wähler noch eine äußerst beschränkte war, wo es noch einen Zensus von zehn und zwanzig Gulden gab, von einer fünften Kurie noch keine Rede war. Zu diesen überkommenen Gewohnheiten gehört zum Beispiel die allzu große Ängstlichkeit, mit der man alle Leute, die nicht direkt Staatsbeamte sind, von entscheidenden Funktionen bei den Wahlen ausschließen zu müssen meint. Das ist bei einem demokratischen Wahlrecht nicht mehr möglich. Er will auf die Einzelheiten des Kampfes, den die Sozialdemokraten in Wien bei jeder Wahl gegen Wahlmißbräuche zu führen haben, nicht eingehen, aber so harmlos, wie der Abgeordnete Steiner die Sache dargestellt habe, sei sie gewiß nicht. Er wolle den Vorwurf eines bewußt herbeigeführten Mißbrauches hier nicht erheben und lasse es dahingestellt, was seine persönliche Überzeugung sei, aber nicht zu leugnen ist, daß sich die Zustände in bezug auf die Wählerlisten in Wien mit ein paar Beispielen absolut nicht abtun lassen. Bei jeder Wahl ergeben sich Zehntausende von Reklamationen, bei jeder Wahl er-

---

man jetzt kaum versteht, weil man sich über die Art, wie der Wiener Magistrat ehemals — nicht nur vor der Wahlreform, sondern auch noch nachher, solange eben die Christlichsozialen den Wiener Magistrat beherrschten — ganz offen die Wahlen im Interesse der Christlichsozialen fälschte, keine Vorstellung machen kann. Noch nach der Wahlreform, wo die gesetzlichen Bestimmungen über die Wählerlisten schon etwas verbessert worden waren — am 12. März 1909 —, konnte Abgeordneter Seitz in einer Interpellation, deren Abdruck in der „Arbeiter-Zeitung" zwölf Seiten füllte, dieses System des magistratischen Wahlschwindels brandmarken. Und noch im Jahre 1914 machte ein christlichsozialer Wahlschwindler, der Portier des städtischen Gaswerkes Guth, in einem Prozeß als Zeuge Enthüllungen über die Art, wie im Jahre 1911, als der nachmalige christlichsoziale Finanzminister Dr. Kienböck in der Leopoldstadt gegen Schuhmeier kandidierte, vom magistratischen Bezirksamt geschwindelt wurde. Allerdings hatten die Christlichsozialen damals mit ihrem Schwindel kein Glück, weil es den Sozialdemokraten gelungen war, den Schwindel rechtzeitig zu paralysieren, indem sie die Wahlschwindelzentrale aushoben. Aber als dann am 11. Februar 1913 Schuhmeier von Paul Kunschak, dem Bruder des christlichsozialen Führers, ermordet worden war, war wieder Guth der Leiter des Wahlschwindels und nun gelang es den Christlichsozialen, das Mandat des Ermordeten in der Stichwahl mit einer Mehrheit von 600 Stimmen zu erobern, aber es wurde festgestellt, daß nicht weniger als 837 falsche Legitimationen für die Christlichsozialen abgegeben worden waren. Bald darauf allerdings zerzankte sich Guth mit seinen Parteifreunden und machte jene Enthüllungen über die Organisation des Wahlschwindels, die alles bestätigten, was die Sozialdemokraten bereits aufgedeckt hatten. Über den christlichsozialen Wahlschwindel hat Dr. Adler bereits in seiner Rede über die „Marodeure des Klerikalismus", die er am 11. Juli 1901 im niederösterreichischen Landtag hielt, ausführlich gesprochen. (Bd. VIII, Seite 420 f.)

Dieser christlichsoziale Wahlschwindel beruhte vor allem auf der unübersichtlichen Art, wie die Wählerlisten angelegt waren und im Zu-

geben sich Überraschungen in bezug auf die Listen für den Magistrat selbst.

Der Magistrat ist nicht imstande, die Listen von denjenigen zu reinigen, die schon auf dem Zentralfriedhof liegen. Ganz abgesehen davon, wessen Schuld das ist, muß man doch zugeben, daß ein Gefühl der Rechtsunsicherheit herrscht, das unbedingt beseitigt werden muß. Mag man die Minorität in Wien mit 40 Prozent der Wähler beziffern, so haben diese 40 Prozent doch gewiß das Recht, die Überzeugung zu erlangen, daß ihnen kein Unrecht geschehen ist. Man muß wünschen, daß auch die Gegner von diesen ewigen Vorwürfen befreit werden. Es liegt im Interesse aller, daß dieses Gift endlich aus dem politischen Kampfe beseitigt wird. Man bekämpft sich ja auch in anderen Ländern politisch bis aufs Messer. Warum erreichen diese Kämpfe bei uns den furchtbaren Charakter, den auch wir bedauern? Weil über den politischen Kampf hinaus das Gefühl der Übervorteilung herrscht. Ich habe Gelegenheit genommen, eine Reichstagswahl in Berlin in allen technischen Details mitzumachen und zu studieren. Ich bin darüber erstaunt gewesen, wie glatt sich dort alles

---

sammenhang damit auf dem System der Legitimationen. Während nämlich in Deutschland die Wählerlisten in den größeren Orten, zum Beispiel in Berlin, nach Straßen und Häusern angeordnet waren, so daß sie schon von den Nachbarn leicht kontrolliert werden konnten, war in Wien die alphabetische Reihung, die die Kontrolle sehr erschwerte. Die Folge war, daß zahlreiche Personen, die einmal in der Wählerliste gewesen waren, darin verblieben, wenn sie auch längst verzogen oder gestorben waren. Ihre Legitimationen wurden von der Post als unbestellbar an den Magistrat zurückgeschickt, der sie dann den christlichsozialen Wahlkomitees zur „Verarbeitung" abtrat. Dieses System, das nach dem Erfinder, dem Leiter des magistratischen Wahlkatasters, das System Pawelka genannt wurde, war die Grundlage der christlichsozialen Siege.

Auch die neue Wahlordnung bestimmte nun im § 11, daß die Wähler jedes Wahlbezirkes in alphabetischer Ordnung in die Liste aufzunehmen seien. Deshalb beantragte der Wiener fortschrittliche Abgeordnete Doktor Ludwig Vogler, es sei nach den Worten „in alphabetischer Ordnung" einzufügen: „In Städten von mehr als zwanzigtausend Einwohnern aber straßen- und häuserweise". Überdies beantragte er, daß die Listen auch dauernd zur öffentlichen Einsicht aufliegen sollen, um eine permanente Kontrolle zu ermöglichen. Der Antrag Vogler wurde von den Christlichsozialen, die an der Erhaltung des Wahlschwindels so interessiert waren, und zwar von dem christlichsozialen Landesausschuß Leopold Steiner und Dr. Albert Geßmann heftig bekämpft, so daß Dr. Adler den Eventualantrag stellte, die Einführung der Häuserlisten, wenn nicht vorzuschreiben, doch wenigstens zuzulassen. Der Minister des Innern, Dr. v. Bienerth, den Adler schon im Jahre 1901, da er Statthalter von Niederösterreich war, als den Protektor des christlichsozialen Wahlschwindels gebrandmarkt hatte, unterstützte durch gewundene Redensarten den christlichsozialen Widerstand gegen die Verhinderung des Wahlschwindels, und so wurde sowohl der Antrag Vogler wie der Eventualantrag Adler abgelehnt. Die einzige kleine Verbesserung des § 11 wurde durch die Annahme des zweiten Antrages Vogler erzielt, daß die Wählerlisten ständig in Evidenz und zu jedermanns Einsicht offen zu halten sind.

nach der technischen Seite abgespielt hat. Auch dort steht bekanntlich die Majorität der Wählerschaft, die sozialdemokratische Partei, mit dem Magistrat und denjenigen, die ihn in der Hand haben, nicht auf gutem Fuße. Aber dort fällt es niemand ein, solche Vorwürfe zu erheben, weil kein Anlaß dazu besteht.

Wenn der Abgeordnete Steiner darauf verweist, daß die Anlegung der Wählerlisten nach Häusern in Berlin nicht obligatorisch ist, so ist das doch kein Argument. Tatsächlich ist damit die Möglichkeit einer annähernd tadellosen Wählerliste und Wahltechnik erwiesen, nicht nur in Berlin, sondern auch in anderen Städten, auch in österreichischen. Der einfachste Weg hiezu ist die Aufstellung der Listen nach Häusern. Es ist ausgeschlossen, daß man bei einer alphabetischen Wählerliste zu einer Klarheit kommt, weil man solche Listen nicht klaglos territorial zerlegen kann, wie man sie für die Wahl, die ja territorial in Sektionen erfolgt, benötigt. Wenn irgendein „Czermak" sechsmal in der alphabetischen Liste vorkommt, einmal „Č", dann mit „Cz", mit „ck", am Schluß mit einfachem „k" und so fort, so ist das unmöglich zu kontrollieren. Aber der Mann kann sechs Namen haben, er hat nur eine Wohnung. Nimmt man seine Wohnung zur Grundlage, so ist ein Unfug ausgeschlossen. Die Mehranmeldungen, vor denen der Abgeordnete Steiner solche Angst hat, müßten ja anderwärts auch vorgekommen sein; und in welchem Umfang sind solche Dinge überhaupt möglich? — abgesehen davon, daß man ja eine alphabetische Wählerliste daneben führen wird, wie es jede politische Partei tut. Ich unterstütze also den Antrag Vogler auf das wärmste. Es ist dies einer der wenigen Anträge unter jenen, die der Abgeordnete Dr. Vogler zu vertreten hat, die ich für ernst und notwendig halte. Wenn aber die Regierung einen überflüssig starken Widerstand entgegensetzen sollte und es nicht gelingt, was im Interesse aller Parteien und eines vernünftigen, würdigen politischen Kampfes liegt, diese Bestimmung obligatorisch durchzusetzen, so melde ich als Eventualantrag an, daß es wenigstens wie im deutschen Gesetze fakultativ zu geschehen hätte. Ich bin überzeugt, daß beim Wiener Magistrat nicht nur Parteiinteressen, sondern wirklich auch Vorurteile mit im Spiele sind, und daß manches, was man heute für unausführbar hält, in naher Zukunft vielleicht schon als das einzig Vernünftige erscheinen wird. Wird im Sinne der Regierungsvorlage beschlossen, so versperrt man dadurch einer späteren Erkenntnis den Weg.

Das geht nicht allein Wien an. Obwohl in Reichenberg anläßlich der vor kurzem stattgehabten Wahlen von irgendwelchen größeren Beschwerden im Verhältnis zu den bei den Wiener Wahlen aufgetauchten Beschwerden nicht die Rede war, muß man doch zugeben, daß auch dort die Wählerlisten nicht ganz tadellos waren. Es wurde auch von den Organen, die mit dieser Wahl zu tun hatten, sowie von Wählern konstatiert, daß, wenn man die Liste nach Häusern geführt hätte, die Sache viel leichter gewesen wäre. — Eine permanente Wählerliste, die mit einem bestimmten Datum abgeschlossen wird, wie es in Frankreich der Fall ist, wäre bei uns schon darum nicht möglich, weil wir die Seßhaftigkeit als Voraus-

setzung des Wahlrechtes statuiert haben. Dr. Vogler hat auch nichtpermanente Wählerlisten in diesem Sinne beantragt; sein Antrag besagt nichts anderes, als daß die Wählerlisten permanent zur Einsicht offen stehen. Das ist etwas viel Milderes und etwas, was man wirklich ohne Schwierigkeiten durchführen kann. Es ist das eine rein technische Einrichtung, die die Reklamationen wesentlich vereinfacht und erleichtert, gar keine Gefahren mit sich bringt und nicht einmal technische Vorkehrungen besonderer Art braucht, weil in allen größeren Städten das Büro des Wahlkatasters ohnedies eine ständige Einrichtung ist, die ziemlich viele Beamte beschäftigt. Ich schließe mit der Bitte, die häuserweisen Wählerlisten zu bewilligen. Die Regierung und auch jede Partei, die im Besitz der kommunalen Macht ist, würde sich damit den größten Dienst leisten. Es würde damit aber auch der Würde des politischen Kampfes sehr gedient.

Abgeordneter Dr. **Adler***) bekämpft noch einmal die Bedenken gegen die geforderte Anlegung der Wählerlisten nach Häusern. Auch in der Regierungsvorlage ist nicht die reine alphabetische Ordnung, sondern besondere Listen für jede Wahlsektion vorgesehen. Da ist also die territoriale Teilung bis zu einem gewissen Grade ja schon durchgeführt, wobei noch die Einteilung der Wähler in die Sektionen viel später erfolgt als die Wahlausschreibung selbst. Er bitte nochmals aus objektiven, im Interesse aller Wähler ohne Unterschied der Partei gelegenen Gründen, den Antrag auf Anlegung der Listen nach Häusern anzunehmen. Sollte dies nicht geschehen, so bitte er den Abgeordneten Dr. Geßmann, sich vielleicht seinem Eventualantrag zu konformieren; insbesondere aber ersuche er die Regierung, für die Zukunft wenigstens den Weg nicht abzuschneiden, wenn die bessere Einsicht gekommen sein wird.

Abgeordneter Dr. **Adler****) weist darauf hin, daß die ursprünglichen Wählerlisten nach der Reklamation mitunter wesentliche Änderungen aufweisen, und beantragt deshalb, am Schluß des § 12, wo von der Verabfolgung von Exemplaren der Wählerlisten gegen Ersatz der Kosten gesprochen wird, hinzuzufügen: „und die eventuellen Nachträge".

Abgeordneter Dr. **Adler** modifiziert seinen Zusatzantrag zu Absatz 3 wie folgt: „Unter denselben Bedingungen sind auch eventuelle Nachträge zur Wählerliste jedermann auszufolgen." Er spricht sich gegen den Antrag Geßmann auf Weglassung der Worte: „Vom Be-

*) Diese Rede hielt Dr. Adler unmittelbar nachdem Geßmann behauptet hatte, daß der Antrag nur im Interesse der Sozialdemokraten liege. Adler sprach dann im Laufe der Debatte über einzelne Bestimmungen noch zweimal in dieser Sitzung.

**) Der § 12 bestimmte, daß jedermann ein Exemplar der Wählerliste gegen Ersatz der Kosten erhalten müsse. Dazu beantragte Adler, daß auch die eventuellen Anträge auszufolgen sind. Der Antrag wurde irrtümlich abgelehnt, in der später modifizierten Fassung ist er dann in das Gesetz gekommen.

ginn der Reklamationsfrist an*)", aus, da die ganze Bestimmung wertlos wäre, wenn diese Worte aus der Regierungsvorlage weggelassen würden.

Nochmals Wählerlisten und Legitimationen.

Ausschuß, 21. September 1906.

Abgeordneter Dr. **Adler****) wendet sich zunächst gegen die Ausführungen des Ministers des Innern in betreff des Antrages Vogler, wonach diejenigen, deren Streichung in der Wählerliste vorgenommen wird,

hievon zu verständigen seien.

Der Minister habe diese Verständigung als eine unnötige Weitschweifigkeit bezeichnet. Die Ansicht mag wohl in Landgemeinden und kleineren Städten zutreffen, allein in Wien und in den Landeshauptstädten erscheine eine solche Verständigung wohl notwendig; denn speziell in Wien herrsche im Reklamationsverfahren eigentlich ein Ausnahmezustand. Während nämlich auf dem Lande derjenige, dessen Reklamation von der Bezirkshauptmannschaft zurückgewiesen wird, das Rekursrecht an die Statt-

*) Geßmann hatte versucht, den Vorteil der Vervielfältigung der Liste und ihrer Abgabe an jeden Wähler durch einen Kniff illusorisch zu machen. Der Antrag wurde aber abgelehnt, so daß jeder die Listen zu einer Zeit bekommen mußte, wo er sie noch für die Reklamation verwenden konnte.

**) Nach Erledigung der §§ 11 und 12, die von den Wählerlisten handelten, wurde am folgenden Tag § 13, der die Reklamationen betrifft, verhandelt. Dabei mußte vor allem der schwierige Nachweis der Seßhaftigkeit erörtert werden, weil der Wähler ja, namentlich in der großen Stadt, innerhalb der einjährigen Frist oft die Wohnung mehrmals gewechselt hat und sich für die Beweisführung da leicht Lücken in den Dokumenten ergeben. Dr. Vogler beantragte deshalb, daß die Seßhaftigkeit erforderlichenfalls von Amts wegen zu erheben sei. Dagegen wendeten der Minister Bienerth und Dr. Geßmann ein, daß der Reklamant am besten wisse, wo er die Ersitzungsfrist zugebracht, während das Amt keinen Anhaltspunkt dafür habe und das nur auf sehr zeitraubendem Wege feststellen könne. Dem Einwurf begegnete ein Eventualantrag Adlers, der die Behörde nur verpflichtet, die von dem Reklamanten über seine Seßhaftigkeit gemachten Angaben von Amts wegen zu ergänzen. Dieser Antrag wurde angenommen.

Die zweite Schwierigkeit bei der Reklamation betraf die Tatsache, daß man aus der Wählerliste hinausreklamiert werden konnte, ohne sich dagegen wehren zu können, ja ohne es vor der Wahl zu erfahren. Deshalb beantragte Dr. Vogler, daß dem Manne, dessen Streichung verlangt wird, vorher Gelegenheit gegeben werden müsse, sich zu äußern. Der Minister wendete dagegen ein, diese Arbeit könnten die Ämter nicht bewältigen und der Hinausreklamierte könne auch später rekurrieren. Da Adler aber nachweisen konnte, daß es gerade in den Landeshauptstädten keinen Rekurs gebe, die eventuell ohne Anhörung des Bedrohten gefällte Entscheidung also eine endgültige ist, wurde der Antrag Vogler angenommen.

halterei besitzt, muß man in Wien und in den Landeshauptstädten gleich an die Statthalterei gehen; sie ist also die erste und zugleich auch die letzte Instanz. Es führe also der Antrag Vogler keineswegs zu einer unnötigen Weitschweifigkeit, sondern er müsse einfach als eine Vorkehrung dagegen bezeichnet werden, daß jemand sozusagen im Schlafe sein Wahlrecht genommen werde, ohne daß er sich dagegen irgendwie wehren kann.

Was den weiteren Antrag des Abgeordneten Dr. Vogler anlangt, daß die politische Behörde das Recht haben soll, eine Reklamation dann abzuweisen, wenn

alle Dokumente

mit Ausnahme jener, welche die Seßhaftigkeit nachweisen, fehlen, daß aber im Falle des Fehlens auch der letzteren die politische Behörde von Amts wegen verpflichtet sein soll, diese selbst zu erheben, so hat sich der Minister des Innern auch gegen diesen Antrag gewendet. Gewiß sei jeder selbst am besten in der Lage, anzugeben, wo er sich aufgehalten hat, allein man dürfe die Zustände nicht vergessen, in denen wir tatsächlich leben; im allgemeinen herrsche bei den Behörden nicht die Auffassung, daß derjenige, der sein Wahlrecht reklamiert, die Behörde wohlwollend auf den oder jenen Mangel aufmerksam zu machen habe und diese dann daran interessiert ist, den Mangel zu beheben. Im französischen Gesetz ist allerdings ausdrücklich fixiert, daß derjenige, der eine Richtigstellung verlangt, im öffentlichen Interesse handelt. Bei uns aber ist ein solcher Mann eine unangenehme Person, deren Bemühungen abzuwehren die Behörde auf jede Weise versucht. Dazu kommt, daß in Wahlzeiten selbstverständlich eine ungeheure Belastung aller sich mit den Wahlen befassenden Behörden herrscht und die Beamten jene Reklamationen, die nicht vollständig dem Gesetz entsprechen, einfach als eine Behelligung auffassen. Da ich aber fürchte, daß der Antrag des Abgeordneten Dr. Vogler, trotzdem er in den Verhältnissen wohl begründet ist, nicht angenommen werden könnte, stelle ich für den Fall der Ablehnung desselben folgenden Eventualantrag: „Die Angaben über die Seßhaftigkeit sind erforderlichenfalls von Amts wegen zu erheben."

Schließlich beantragt er, daß im letzten Absatz an Stelle des Wortes „anzuschließen" das Wort „vorzulegen" zu setzen sei. Bei sehr vielen Reklamanten bildet das Arbeitsbuch das Hauptdokument, das in der Regel vom Arbeitgeber nur schwer und, wenn überhaupt, nur auf kurze Zeit zu erlangen sei. Es wäre daher angezeigt, daß dem Reklamanten das Recht eingeräumt werde, sich mit dem Arbeitsbuch zur politischen Behörde zu begeben, wo protokollarisch zu vermerken wäre, daß das Arbeitsbuch korrigiert wurde.

Abgeordneter Dr. **Adler***) konstatiert, daß die vom Abgeordneten

*) Geßmann hatte Adler erwidert, daß die Anträge Vogler und Adler in Wien undurchführbar seien, da hier mindestens 40.000 Reklamationen zu erwarten seien. — Adler antwortete ihm sofort.

Dr. Geßmann vorgebrachten Argumente, so verführerisch sie aussehen, nicht zutreffen. Dr. Geßmann sagte, es nütze nichts, wenn jemand, der hinausreklamiert werden solle, die Mitteilung erhalte, daß er hinausreklamiert werden wird, wenn er zufällig deshalb hinausreklamiert wird, weil er nicht in Wien anwesend ist. Für diese kleine Zahl von Fällen werde eben die bezügliche Mitteilung von der Post unerledigt an die Behörde zurückkommen. In neun Zehnteln der Fälle aber wird es sich nicht um die Abwesenheit von Wien, sondern um eine behauptete Armenunterstützung und ähnliches handeln, in welchen Fällen dann die Leute in die Lage versetzt werden müssen, sich gegen ein an ihren Rechten verübtes Attentat zu wehren. In Wien muß gegen die Reklamation vor der Entscheidung eine Abwehr möglich sein, denn nach der Entscheidung ist eine solche unmöglich. Der Minister des Innern hat es wohlweislich vermieden, auf meine Frage, wo gegen eine Ausscheidung reklamiert werden soll, zu antworten. Eine solche Reklamation ist eben nicht möglich; jede Abweisung ist, da in den Landeshauptstädten die erste und die zweite Instanz zusammenfallen, in Wien ja endgültig. Auch die Argumente, die Abgeordneter Dr. Geßmann bezüglich der Seßhaftigkeit anführte, sind nicht stichhaltig. Sie würden nur dann zutreffen, wenn im Gesetz bestimmt würde, die Seßhaftigkeit sei in allen Fällen von Amts wegen festzusetzen. Das wird aber nicht einmal im Antrag Vogler verlangt; meinen Eventualantrag aber trifft die Einwendung des Abgeordneten Dr. Geßmann gar nicht.

Abgeordneter Dr. **Adler***) bemerkt, sosehr er dasselbe wünsche, wie Dr. Vogler, halte er seinen Antrag wegen der Zustellung nicht für notwendig, da auch der Text der Regierungsvorlage es den Gemeinden freiläßt, die Zustellung durch die Post vornehmen zu lassen. Dr. Geßmann habe zu viel bewiesen: nämlich daß es unmöglich sei, die Legitimationen durch die Post zuzustellen, und daß dies seit 1901 bereits geschehen ist. Wenn der Paragraph bleibt, wie er ist, wird es künftig sein wie bisher: wo es für praktisch angesehen werden wird, wird die Post zustellen, dann wird man über die Post schimpfen, oder es wird die Kommune zustellen, dann wird man über die Kommune schimpfen. Eine andere und gefährliche Frage ist, was mit den nicht zustellbaren Legitimationen geschieht. Diese bilden in Wien ein Reservoir, mit dem man — ganz objektiv gesprochen, er führe die Diskussion mit Ausschaltung jeder Verdächtigung einer subjektiven Absicht — für den unmöglichen Fall, daß man damit Mißbrauch treiben will, Mißbrauch treiben kann.

Auch wenn der Antrag Vogler angenommen wird, ist eine absolute Sicherung nicht gegeben. Vom Wege der mißglückten Zustellung bis zur Statthalterei und von der Statthalterei bis zur Wahl-

*) Nach der Erledigung des § 13 kam noch in derselben Sitzung der § 14 zur Verhandlung, der die Legitimationen betraf. Dazu beantragte Dr. Vogler, daß die Zustellung in der Regel durch die Post zu erfolgen habe. In der Vorlage hieß es, daß sie in die Wohnung zuzustellen seien. Der Antrag wurde dann abgelehnt.

kommission ist eine ganze Reihe von Zwischenfällen möglich. Es nützt gar nichts, wenn der Ausschuß jedes Loch verstopft, weil wieder ein anderes gefunden wird. Wenn das nächste Haus ein- oder zweimal mit annähernd solcher Schärfe gegen Wahlmißbräuche vorgehen würde wie der deutsche Reichstag, ohne Unterschied der Partei, so werden diese Dinge aufhören. Solange sich das Haus gefallen läßt, daß durch sechs Jahre beanstandete Wahlen unerledigt bleiben, ist dagegen nichts zu machen. Ich möchte daran den Wunsch knüpfen, sich mit diesen Bestimmungen nicht gar so viel zu beschäftigen. Ich habe ja selbst sehr viele Beschwerden; aber wenn ein Antrag auf En-bloc-Abstimmung gestellt würde, so schlucke ich das Ganze samt den Beschwerden.

Öffentlichkeit des Wahlaktes.

Ausschuß, 25. und 26. September 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** hebt hervor, daß die Geheimerklärung des Wahlaktes nicht nur zu allen möglichen Unterschleifen, sondern auch zu einer Verdächtigung aller an dem Wahlakt beteiligten Funktionäre Anlaß geben könnte. Aus diesem Grunde, um das Bewußtsein der Rechtssicherheit bei den Wählern zu schaffen, erscheine die Öffentlichkeit des Wahlaktes als unbedingt notwendig. Er glaube übrigens, daß der Wahlakt in der Regel ein öffentlicher sein werde und daß durch Alinea 2 nur für den Fall Vorsorge getroffen werden soll, als sich Ruhestörungen bei der Wahl ergeben sollten. Aber auch für diesen Fall sei es notwendig, daß Leute anwesend sind, die den Wahlakt kontrollieren. Was die Vertrauensmänner anlangt, so halte er dafür, daß es am einfachsten wäre, wenn die einzelnen politischen Parteien ihre Vertrauensmänner der Wahlkommission namhaft machen und diese die Vertrauensmänner im Sinne der gemachten Vorschläge bestimme. Er bittet deshalb den Ausschuß, für die Anträge der Abgeordneten Dr. Stransky und Dr. Schusterschitz zu stimmen. Er verlangt weiter von der Regierung eine Aufklärung über den Widerspruch, der zweifellos gelegen sei zwischen der Bestimmung des § 23, wonach die Wähler nur einzeln zugelassen werden dürfen, und jener des § 28, wonach Wähler, welche zwar vor Schluß der Stimmenabgabe anwesend waren, ihre Stimme jedoch nicht abgeben konnten, zur Wahl zuzu-

*) Während bisher auch in Österreich die Wahl von der Abgabe der Stimmen bis zur Verkündigung des Wahlresultats öffentlich war, wollte die Regierungsvorlage im § 23 das geheime Skrutinium einführen und sie ließ eine bedenkliche Einschränkung der Öffentlichkeit bei der Stimmenabgabe zu. Der Wähler hatte das Wahllokal sofort nach Abgabe der Stimme zu verlassen. Überdies sollten Wahlagitationen jeglicher Art nicht nur im Wahllokal und im Gebäude, sondern auch noch in dem von der Bezirksbehörde zu bezeichnenden Umkreis verboten sein. Am 25. und 26. September wurde darüber beraten.

lassen seien. Schließlich wendet sich der Redner gegen die Bestimmung des § 23, derzufolge während der Wahlhandlung im Wahllokal sowie in dem Gebäude, in dem sich dieses Lokal befindet, und in der näheren Umgebung um das Gebäude in dem Umkreise, welcher von der politischen Behörde bestimmt wird, Ansprachen an die Wähler sowie sonstige Wahlagitation jeder Art untersagt seien. Durch diese Bestimmung werde in die Hand der politischen Bezirksbehörde eine allzu große Machtvollkommenheit gelegt. Für das Wahllokal selbst könne eine derartige Bestimmung wohl geschaffen werden, damit die Wahlkommission ruhig arbeiten könne. Dem Redner wäre es am sympathischesten, wenn der ganze Satz eliminiert würde. Da er aber nicht annehme, daß er mit einem derartigen Antrag durchdringen könnte, beschränke er sich darauf, zu beantragen, daß die Worte: „Sowie in dem Gebäude, in dem sich dieses Lokal befindet, wie in der näheren Umgebung um dieses Gebäude in dem Umkreise, welcher von der politischen Bezirksbehörde bestimmt wird", gestrichen werden.

Abgeordneter Dr. **Adler*)** glaubt im allgemeinen, daß sich der Ausschuß seine Aufgabe durch die zahllosen Bedenken, die im Laufe der Debatte über die Fassung des § 23 vorgebracht wurden, überflüssigerweise kompliziere; ein großer Teil dieser Bedenken falle weg, wenn man erwäge, daß im Gegensatz zu der bisherigen Praxis die Wahlen nur mehr geheim, schriftlich und direkt erfolgen sollen. Dr. Kramarsch gehe mit seinem Antrag über die Öffentlichkeit der Wahlhandlung noch über den Rahmen der Regierungsvorlage hinaus, **indem er prinzipiell die Öffentlichkeit beseitigt.** In der Regierungsvorlage sei die Einzelzulassung der Wähler nur in Ausnahmefällen aus rein technischen Gründen vorgesehen, während durch den Antrag Kramarsch die Einzelzulassung zur Regel erhoben werde. Der Ausschuß nehme in dieser Frage eine Haltung ein, als ob das Wählen eine österreichische Erfindung wäre, als ob man in der ganzen Welt überhaupt noch nicht gewählt hätte und der Ausschuß jetzt sich darüber den Kopf zerbrechen müßte, all die Schwierigkeiten, welche bei Wahlen zutage treten könnten, zu beseitigen. Was speziell die sozialdemokratische Partei anlange, so sei die Arbeiterschaft durch eine Reihe von Verfügungen, die man jetzt zu treffen beabsichtigt, nicht berührt; denn die Arbeiter wählen in der Regel zeitlich früh. Das dürfe aber nicht als eine Be-

*) Am zweiten Verhandlungstag beantragte Dr. Kramarsch, daß dem Wahlakt auf Wunsch der wahlwerbenden Parteien zwei bis fünf, in größeren Städten bis zu zehn Vertrauensmänner aus der Mitte der Wahlberechtigten beizuziehen seien, die bis zur Verkündigung des Wahlergebnisses dem Wahlakt anzuwohnen berechtigt seien. Dr. Stransky (mährischer Jungtscheche, in der tschechoslowakischen Republik Handelsminister und später Senator) beantragte, daß der ganze Wahlakt mit Einschluß des Skrutiniums öffentlich sein solle. Das Ergebnis der Beratungen war die Annahme des Antrages Kramarsch, der es zwar zuließ, daß die Wahlkommission den Wählern den Zutritt zum Wahllokal nur einzeln gestatte, aber das Institut der Vertrauensmänner der Parteien einführte, die auf jeden Fall anwesend sein durften.

gründung dafür bezeichnet werden, daß es von vornherein ausgeschlossen sein soll, daß sich Wähler im Wahllokal aufhalten. Der Antrag Kramarsch werde jedenfalls, auch wenn er noch so gut erscheinen mag, eine schwere Einschränkung der Wahlhandlung zur Folge haben.

Was die Bestimmung hinsichtlich der Agitation in der Nähe des Wahllokals anlange, so beharre er auf seinem Antrag, wolle ihn jedoch insofern modifizieren, als er nur die Auslassung der Worte: „und in der näheren Umgebung ... bis bestimmt wird", beantrage. Er bittet den Ausschuß, für den Antrag des Abgeordneten Dr. Stransky, der die volle Öffentlichkeit des Wahlaktes bezweckt, zu stimmen.

Wahlprüfung.

Ausschuß, 27. September 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** konstatiert zunächst gegenüber den im Laufe der Debatte über die Agnoszierung der Wahl des Abgeordneten Seitz gefallenen Bemerkungen, daß nicht nur nicht der Protest gegen die Wahl des Abgeordneten Seitz, sondern überhaupt nur sehr wenige Wahlproteste erledigt worden seien, und daß in dem fertiggestellten Referat über die Wahl des Abgeordneten Seitz als einzig belangreicher Punkt das Überschreiten des Mandats durch die Wahlkommission, die nicht aus Parteigenossen des Abgeordneten Seitz bestanden habe, angeführt erscheine. In der Sache selbst stimme er mit den Anschauungen der-

*) Am 27. September erledigte der Ausschuß im wesentlichen die Beratung der Regierungsvorlage, mit Ausnahme der zurückgestellten Paragraphen. Es war vor allem noch der § 5 zu erledigen, bei dem der angekündigte Pluralitätsantrag verhandelt werden sollte, dann die von Hohenlohe angeregte, aber viel bestrittene Bestimmung, die die Wahlkreiseinteilung unter den Schutz der Zweidrittelmehrheit stellte; ferner die Wahlkreiseinteilung für Böhmen und Mähren, die nun fertiggestellt worden war, und schließlich der Artikel II des Grundgesetzes, zu dem das Subkomitee seine vier Resolutionen beschlossen hatte.

Schließlich kündigte noch der oberösterreichische Klerikale Schlegel einen Antrag über die Wahlpflicht an.

In der Sitzung selbst wurde zunächst die Angelegenheit der galizischen Doppelwahlbezirke geregelt, in denen der Schutz der polnischen Minderheit dadurch gewährleistet wurde, daß auch der Kandidat, der ein Drittel der Stimmen erhielt, das Minderheitsmandat erhielt; dazu wurde nun bestimmt, daß zugleich auch für jeden Abgeordneten ein Ersatzmann gewählt werden sollte, der beim Ausscheiden des Abgeordneten ohne Wahl an seine Stelle treten sollte. Dann wurde zur Frage der Doppelwahlen beschlossen, daß der zweimal gewählte Abgeordnete längstens acht Tage nach der Konstituierung des Hauses zu erklären habe, welche Wahl er annehme.

Nun kam die Frage der Wahlprüfung zur Verhandlung. Dabei wurde es von Stein als sonderbar erklärt, daß über die Wahl des Abgeordneten Seitz (der bekanntlich in der Zensuswahl im Städtewahlbezirk Korneuburg-Floridsdorf gegen den Deutschnationalen Richter mit

jenigen überein, die die bisher geübte Praxis als einen geradezu unwürdigen Zustand bezeichnen. Er werde auch jeden Antrag, der geeignet sei, in Hinkunft ein derart bedauerliches Vorgehen zu verhindern, aufs wärmste unterstützen. Er sei aber nicht so pessimistisch, um zu glauben, daß das künftige Haus auf einem noch niedrigeren Niveau als das gegenwärtige oder im besten Falle auf demselben Niveau stehen werde. Im Gegenteil liefere der deutsche Reichstag den Beweis, daß ein auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewähltes Parlament in diesen Dingen objektiv und prompt vorgehe. Die politische Moral sei im Deutschen Reiche auf diese Weise außerordentlich gehoben worden, und da die Österreicher gewiß nicht schlechter veranlagt sind als die Deutschen, sei zu hoffen, daß sich, wenn nur einmal demokratische Institutionen in Österreich bestehen, auch das neue Parlament auf dieselbe Höhe erheben werde wie der deutsche Reichstag.

Was den Antrag des Abgeordneten Dr. Vogler anlangt, so sei es ja gewiß außerordentlich verlockend, einen vermeintlich objektiven, außenstehenden Richter zur Entscheidung anzurufen. Er habe aber das Bedenken, daß es nicht angezeigt erscheine, daß das Parlament seine eigenen Befugnisse auf außenstehende Körperschaften übertragen soll. Auf jeden Fall sei es bei Beratung dieser Vorlage und in diesem Zusammenhange technisch ein Ding der großen Unwahrscheinlichkeit, daß ein Antrag auf Schaffung eines Wahlgerichtshofes jetzt erledigt werden könnte. So sehr er die Motive des Abgeordneten Dr. Vogler würdige, müsse er doch den Ausschuß davor warnen, dem § 40 eine Stilisierung zu geben, durch welche eine Erledigung des ganzen Gesetzes ohne Einsetzung eines Wahlgerichtshofes unmöglich gemacht und die ganze Vorlage in ein Junktim mit einem derzeit noch ziemlich nebulosen Vorschlag gebracht werde.

Auch der Antrag des Abgeordneten Hruby klinge ganz plausibel. Jedoch müsse wieder erwogen werden, daß hier eigentlich ein ganz unlogischer Zustand geschaffen werde, denn es könne ganz leicht der Fall eintreten, daß der Ausschuß zwar sein Referat fertiggestellt habe, daß jedoch aus in der Geschäftsordnung gelegenen Gründen die Verhandlung über diesen Bericht nicht auf die Tagesordnung gelangen kann. Er hält es also im allgemeinen überhaupt nicht für

2737 gegen 2679 Stimmen gewählt worden war) kein Bericht erstattet werde. Darauf erwiderte Dr. Vogler, daß er nach genauer Prüfung der Akten einen Grund für eine Nichtigkeit der Wahl nicht finde, daß kein Anlaß sei, gerade über diese Wahl zu berichten, wo andere, heftig angefochtene Wahlen bestehen bleiben, und daß deshalb die Mitglieder des Ausschusses gewünscht hätten, es wären alle Referate auf einmal dem Hause vorzulegen.

In der Debatte beantragte Dr. Vogler die Errichtung eines Wahlgerichtshofes, der tschechische Agrarier Hruby beantragte, daß das Haus binnen sechs Monaten die Wahlen prüfen müsse, widrigenfalls das Mandat als agnosziert (anerkannt) gelte. Diese Anträge wurden aber abgelehnt.

opportun, daß sich der Ausschuß mit Dingen beschäftige, die eigentlich dem neuen Hause überlassen werden sollten. In diesem Hause werde eine ganz andere Luft wehen als im Kurienparlament und es werde sicherlich auch mehr Ehre im Leibe haben.

Die Wahlpflicht.

Ausschuß, 1. Oktober 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** konstatiert, daß die gegenwärtig in Diskussion stehende Frage von der bisherigen Richtung und Tendenz der ganzen Verhandlungen und des Wahlrechtskampfes überhaupt abweiche. Das Wesen des Wahlrechtskampfes besteht darin, daß man denjenigen Leuten, die bisher wählen wollten, hiezu aber entweder gar nicht oder nur in ganz unwirksamer Weise zugelassen wurden, nunmehr das Recht gibt, zu wählen. In der Debatte über die Wahlpflicht beschäftigt man sich aber mit denjenigen Leuten, die nicht wählen wollen, hiezu aber gezwungen werden sollen. Er verwahrt sich dagegen, daß man die Wahlpflicht, wie dies Abgeordneter Dr. v. Grabmayr getan habe, von dem Gesichtspunkt der Einschränkung der Freiheit betrachte. Würde er selbst bloß das Interesse seiner eigenen Partei im Auge haben, dann hätte er keinen Anlaß, allzu scharf gegen die Statuierung der Wahlpflicht aufzutreten, und er glaube, man mache sich in den Kreisen, welche jetzt so sehr für die Wahlpflicht eingenommen sind, viel zu übertriebene Vorstellungen von den Vorteilen, die den reaktionären oder konservativen Parteien aus der Einführung der Wahlpflicht erwachsen könnten. Nach der Ansicht des Redners liege in der Wahlpflicht

eine reaktionäre Tendenz

und aus diesem Grunde bekämpfe er sie und werde auch gegen deren Einführung stimmen: nämlich die Tendenz, das Gewicht jener Bevölkerungsschichten zur Geltung zu bringen, die politisch am allerwenigsten nachdenken und eigentlich keinen politischen Willen besitzen. Diese Bevölkerungsschichten finden sich an der Spitze des Bürgertums, und zwar sind das diejenigen Leute, die entweder zu faul, zu gedankenlos sind oder sich für zu vornehm halten, sich um Politik zu kümmern. Sie befinden sich weiter in jenen Kreisen der Bevölke-

*) In der vorigen Sitzung hatte der Abgeordnete Dr. Schlegel angekündigt, daß er einen Antrag auf Einführung der Wahlpflicht einbringen werde. Nachdem der Antrag, der offenbar von den Wiener Christlichsozialen angeregt war, in gewissen Kreisen durchberaten worden war, wurde er nun eingebracht. Danach soll als letzter Absatz des § 4 folgende Bestimmung aufgenommen werden:

> Der Landesgesetzgebung bleibt es überlassen, die Wahlberechtigten zur Abgabe ihrer Stimme bei den Wahlen der Mitglieder des Abgeordnetenhauses des Reichsrates zu verpflichten und die erforderlichen Durchführungsbestimmungen festzusetzen.

rung, die deklassiert sind und ein politisches Interesse überhaupt nicht haben, und schließlich in jenen Ständen, die sich aus Unbildung oder infolge des Milieus, in dem sie leben, wie beispielsweise die Klasse der Bedienten, an der Politik nicht beteiligen.

In der Absicht, diese Schichten mit Polizeigewalt zu einer politischen Meinungsäußerung zu zwingen, liegt die Tendenz, den politisch nicht Denkenden ein Übergewicht über die politisch Denkenden zu geben. Es ist auch selbstverständlich, daß Leute, die mit Polizeigewalt zur Urne getrieben werden müssen, nichtpolitischen Beeinflussungen zugänglicher sind, und es ist ebenso selbstverständlich, daß es unter Umständen, wenn es sich um zwei Parteien handelt, die einander an Stimmenzahl ungefähr gleich sind, gelingen kann, durch die Heranziehung von Elementen, die keiner Partei angehören und politisch gedankenlos sind, das Schwergewicht der Wahl auf die eine oder die andere Seite zu bekommen. Darin liegt der Grund, warum die Sozialdemokraten die Einführung der Wahlpflicht als eine Maßregel reaktionärer Natur ansehen und dagegen sind. Er wolle zugeben, daß sich an die Wahlpflicht auch

Gedankengänge demokratischer Art

knüpfen können, allein die Einführung der Wahlpflicht werde den Wählern die Ausübung des Wahlrechtes als etwas Lästiges, als etwas von dem Ausdruck ihrer politischen Überzeugung Losgetrenntes, als eine unangenehme Behelligung und Zeremonie erscheinen lassen. Die günstigen Erfahrungen, welche die Sozialdemokraten in Belgien mit der Einführung der Wahlpflicht gemacht haben, mildern die prinzipielle Abneigung des Redners gegen die Einführung wesentlich. In Belgien, wo die Wahlpflicht ursprünglich aus reaktionären Interessen statuiert wurde, haben im Laufe der Jahre gerade die Sozialdemokraten am meisten Vorteil aus der Wahlpflicht gezogen, weil es einfach die Staatsgewalt übernommen hat, die Wähler vollzählig zur Urne zu bringen, wodurch der Partei eine Menge Schwierigkeiten und Kosten erspart blieben. Er sehe deshalb auch die eventuelle Einführung der Wahlpflicht in Österreich nicht als einen casus belli an. Er würde aber, auch wenn er überzeugt wäre, durch diese seine Haltung der eigenen Partei zu schaden, gegen die Wahlpflicht Stellung nehmen, weil er es nicht billigen könnte, daß jenen Elementen der Bevölkerung, die politischen Willen besitzen, solche entgegengesetzt werden, die keine politische Anschauung haben. Er müsse es auch als eigentümlich bezeichnen, daß der Versuch, die Wahlpflicht in Österreich einzuführen,

so spät

gemacht werde. Es sei gewiß richtig gewesen, in erster Linie an die nationale Aufteilung der Mandate zu gehen; aber dies geschah nur unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß die in der Regierungsvorlage enthaltenen Grundsätze unverändert angenommen werden. Nun sei wohl die Einführung der Wahlpflicht

insbesondere von christlichsozialer Seite wiederholt als wünschenswert bezeichnet worden; aber kein Mensch konnte vermuten, daß die Wahlpflicht eine der Grundlagen der Wahlreform werden soll, und deshalb scheint ja auch Abgeordneter Dr. Schlegel den außerordentlich klugen Weg eingeschlagen zu haben, daß die Landtage mit der Gesetzgebung über die Wahlpflicht betraut werden, da er selbst nicht glaube, daß die Wahlpflicht noch jetzt in die Regierungsvorlage aufgenommen werden wird. Klug ist der Antrag deswegen, weil in unserem Parlament einerseits Leute sitzen, die, wenn sie das Wort „Landtage" hören, das objektive Urteil über den Inhalt eines Antrages gänzlich verlieren und sich einfach als Autonomisten fühlen, und andererseits wieder Leute, die, wenn sie in einem Antrag das Wort „Landtage" finden, absolut nein sagen und sofort gegen den Antrag eingenommen sind. Es steht somit zu befürchten, daß die Abstimmung über den Antrag Schlegel nicht eine Abstimmung darüber sein wird, ob die Einführung der Wahlpflicht in Österreich nützlich oder schädlich ist, sondern darüber, ob man

den Landtagen

etwas überlassen soll oder nicht. Er glaube, daß selbst der Abgeordnete Dr. v. Grabmayr den Antrag, der ja die Durchführung der Wahlreform nicht gerade erleichtere, nicht so entschieden bekämpft hätte, wenn damit die Autonomiefrage nicht verbunden wäre. Wenn man aus der bisherigen, teilweise sehr schwachen Wahlbeteiligung ein Argument für die Einführung der Wahlpflicht konstruieren wolle, so müsse konstatiert werden, daß die

Wahlbeteiligung

überall dort eine verhältnismäßig schwächere war, wo bisher entweder indirekt gewählt wurde oder wo die Wahl in der fünften Kurie das Wahlrecht nicht nur in dieser, sondern auch in den anderen Kurien entwertet hat und wo durch die Schaffung ungeheuer großer Wahlkreise das Wählen weniger interessant geworden ist. Nun geht es aber nicht an, die bisherigen Verhältnisse mit den kommenden zu vergleichen, und diejenigen, die eine intensivere Teilnahme der Bevölkerung an dem politischen Leben herbeiführen wollen, werden die Überzeugung gewinnen, daß hiezu nicht die Anwendung von Polizeigewalt notwendig ist, sondern daß diejenigen Neuerungen genügen, die eben durch die Wahlreform geschaffen werden.

Ein Versuch, der Landesregierung die Regelung der Wahlpflicht zu übertragen, liege ja übrigens in Österreich bereits vor. Der § 13 des Wiener Gemeindestatutes bestimmt, daß die Verpflichtung der Wähler zur Ausübung des Gemeindewahlrechtes durch ein besonderes Landesgesetz zu normieren sei. Dieses Gesetz sei aber bis heute nicht geschaffen, weil die christlichsoziale Partei auf den Widerstand der Regierung gestoßen ist, den sie nicht überwunden hat. Es ist auch vorauszusehen, daß in allen anderen Ländern ein derartiges Gesetz nicht zum Beschluß erhoben würde. Es wäre übrigens auch ganz unzulässig, daß die Land-

tage darüber entscheiden, wie das Reichsratswahlrecht auszuüben sei. Man kann doch dem Landtag nicht das Recht übertragen, nicht nur ein Prinzip einzuführen, sondern auch ein neues Gesetz zu schaffen, das dem Reichsrat einfach oktroyiert wird, ohne daß er auch nur die Möglichkeit hätte, hier einzugreifen. Das ist verfassungstechnisch eine

absolute Unmöglichkeit,

und so wird der Vorteil, den Abgeordneter Dr. Schlegel dadurch zu erreichen suchte, daß er einzelnen Herren seinen Antrag durch die Übertragung der Gesetzgebung an die Landtage sympathischer gemacht hat, reichlich dadurch aufgehoben werden, daß er damit etwas vorgeschlagen hat, was auch Leute, die sonst nicht Zentralisten sind, aus prinzipiellen Gründen unmöglich zugeben könnten. Was die Anregung des Abgeordneten Dr. Schlegel hinsichtlich der technischen Durchführung anlangt, so muß sie für jeden Kenner der Wahltechnik als nicht durchführbar erscheinen. Es wäre ganz ausgeschlossen, der Wahlkommission ein Jurisdiktionsrecht einzuräumen, auch wäre die Höhe der Strafen, wie sie vom Abgeordneten Schlegel angeregt wurde, viel zu gering und ich würde, falls man schon die Einführung der Festsetzung von Geldstrafen beschließt, dafür eintreten, daß ein Minimum von zwei Kronen festgesetzt werde, daß aber die Strafe dem Betrag der Personaleinkommensteuer eines Jahres gleichzukommen hätte.

Deshalb ersuche ich Sie den Antrag Schlegel abzulehnen, nicht weil er föderalistisch oder reaktionär ist, sondern weil damit eine Maßregel getroffen würde, die in der vorgeschlagenen Form verfassungsmäßig unmöglich wäre*).

Die Pluralität.

Ausschuß, 3. Oktober 1906**).

Abgeordneter Dr. **Adler** bemerkt, daß man mit der Diskussion über § 5 eigentlich zum Anfang der Diskussion über das Wahlrecht zurückgekommen sei. Meine Empfindung und die der gesamten Bevölkerung ist, daß man hier über eine res judicata, über eine Sache

*) Nachdem Adler seinen Standpunkt dargelegt hatte, setzte sich Geßmann, der eigentliche Vater des Plans, leidenschaftlich für die Wahlpflicht ein, appellierte an die Solidarität der bürgerlichen Parteien gegen den „Terrorismus“ und die „bewundernswerte“ Organisation der Sozialdemokratie. Der Minister Bienerth fand den Gedanken „erwägenswert“ und überließ dem Ausschuß die Entscheidung. Es wurde dann ein Subkomitee gewählt. Schließlich wurde es den Landtagen überlassen, die Wahlpflicht einzuführen. Der niederösterreichische Landtag hat die Wahlpflicht schon am 24. Dezember 1906 beschlossen.

**) Als die Wahlreformfeinde sahen, daß die Wahlreform nicht mehr zu verhindern sei und als alle Intrigen hintertrieben waren, sammelten sie ihre Kräfte in dem Angriff auf das gleiche Wahlrecht. Auf einem Umweg sollte den Arbeitern das eben gewährte Wahlrecht wieder gestohlen werden. Die

spreche, die bereits von allen gesetzlichen Faktoren, vom Parlament, von der Regierung und von der Krone erledigt ist. Man ist in die Diskussion über die Wahlkreiseinteilung und über die Wahlordnung unter der

Voraussetzung des gleichen Wahlrechtes

eingetreten. Als der Ministerpräsident Gautsch am 23. Februar die Wahlreform mit den Worten vorgelegt, daß sie auf dem Grundgedanken der Beseitigung aller Wahlvor-

---

Feudalen hatten den feinen Plan eines Pluralwahlrechts ausgeheckt und fanden bei einem Teil der Klerikalen eifrigste Unterstützung.

Am 19. September hatte der Tiroler Klerikale Dr. Tollinger (Abgeordneter der Landgemeinden von Schwaz) angekündigt, daß er einen Antrag über die Einführung des Mehrstimmenrechtes einbringen werde, den er zunächst den Klubs zur Beratung zugestellt habe und der Ausschuß hatte deshalb die Beratung des § 5 zurückgestellt, der festsetzt, daß jeder Wähler eine Stimme hat. Am 2. Oktober wurde endlich der Antrag eingebracht. Er gab sich als Abänderungsantrag zum § 5 und hatte folgenden Wortlaut:

Das Wahlrecht kann nur persönlich ausgeübt werden.

Jeder Wahlberechtigte hat das Recht auf eine Stimme.

Das Recht auf **eine weitere Stimme** haben jene Wahlberechtigten,

a) welche das 35. Lebensjahr vollendet haben, verheiratet oder verwitwet und Väter wenigstens eines ehelichen Nachkommens sowie Inhaber einer selbständigen Wohnung als Eigentümer, Nutznießer oder Mieter sind;

b) welche an einer inländischen Mittelschule oder Lehrerbildungsanstalt die Reifeprüfung abgelegt oder eine den Mittelschulen in bezug auf das Einjährigfreiwilligenrecht bei Ableistung der militärischen Präsenzdienstpflicht gleichgestellte Fachschule mit Erfolg absolviert haben;

c) welche eine selbständige Unternehmung betreiben oder eine Liegenschaft besitzen, wofür direkte landesfürstliche Steuern im Mindestbetrage von jährlich 25 Kronen in dem der Wahlausschreibung vorangehenden Steuerjahr vorgeschrieben waren und bis zur Wahlausschreibung tatsächlich entrichtet wurden.

Durch die Landesgesetzgebung kann bestimmt werden, daß der Mindestbetrag von 25 Kronen im betreffenden Kronland, jedoch nicht unter den Betrag von 8 Kronen ermäßigt werde.

Jenen Wahlberechtigten, bei denen eine der im vorstehenden Absatz a bis c aufgeführten Voraussetzungen zutrifft, kommen **zwei Wahlstimmen zu.**

Jenen Wahlberechtigten, bei welchen mindestens zwei von den erwähnten Voraussetzungen zutreffen, kommen **drei Wahlstimmen zu.**

Wahlberechtigte, welchen mehr als eine Stimme zukommt, können die Wahlstimmen nur einem Wahlwerber zuwenden.

In der Debatte sprach auch der Ministerpräsident Beck. Aber er wagte es nicht, energisch gegen die Pluralität aufzutreten. Wohl sagte er, man dürfe nicht die günstigen Wirkungen, die man der Wahlreform verdanke, nämlich die feste Verankerung des Staatsgedankens bei den großen Massen, preisgeben. Aber im wesentlichen hoffte er die Gegner der Wahlreform noch umzustimmen und so erzählte er, wie sich die Regierung alle Mühe gegeben habe, ein Pluralitätssystem zu finden, das möglich wäre, ja er erklärte, es lasse sich nicht leugnen, daß die Bevorrechtung des Alters und

rechte und jedes Zensus beruhe, sprach er damit aus, daß die Krone und die Regierung einig sind, das allgemeine, gleiche Wahlrecht einzuführen. Es hat deshalb auf mich einen eigentümlichen Eindruck gemacht, als Ministerpräsident Baron Beck erwähnte, daß sich auch die Regierung vielfach mit Erwägungen und Möglichkeiten des Pluralwahlrechtes noch bis vor kurzer Zeit abgegeben hat. Die Regierung des Baron Beck hat ja erklärt, sie übernehme die Erbschaft der Regierungsvorlage des Baron Gautsch und sie werde diese Vorlage zum Siege tragen. Kein Mensch konnte dabei etwas anderes denken, als daß Baron Beck das allgemeine, gleiche Wahlrecht zum Siege bringen wolle. Trotzdem ich diese Erklärung der Regierung ein wenig inkonsequent oder unlogisch finde, hat sie doch auf mich einen

recht beruhigenden Eindruck

gemacht; denn wenn sich die Regierung, die in der Durchbringung dieser Vorlage ihre Lebensaufgabe erblicken muß, bemüht hat, Wege zu suchen, ob man nicht den Wünschen der Herren, die das gleiche Wahlrecht gern verderben möchten, auf eine unschädliche Weise Rechnung tragen kann, und die trotz des Aufgebots aller ihr zur Verfügung stehenden Kräfte nicht in der Lage war, einen solchen Weg zu finden, um das Pluralitätswahlrecht mit dem Prinzip der Vorlage zu vereinen, so ist es wohl ganz ausgeschlossen, daß dies dem Ausschuß gelingen werde.

Wenn der Ministerpräsident schließlich sagte, die Regierung würde kein Hindernis in den Weg legen, wenn der Ausschuß ein Mittel finden würde, um ein Kompromiß zwischen den Anhängern und den Gegnern des Pluralwahlrechtes beziehungsweise des gleichen Wahlrechtes zustande zu bringen, so hätte der Ministerpräsident mit dem gleichen Rechte sagen können, er würde sich dem nicht in den Weg stellen, wenn jemand die

Quadratur des Zirkels

erfände, wenn jemand Weiß und Schwarz, Gleich und Ungleich in eine Formel bringen könnte, wenn jemand diejenigen unter eine Formel vereinigen könnte, die zum gleichen Wahlrecht aus voller

---

der Verehelichung eine Reihe von Vorzügen besitze. Aber zum Schluß mußte er doch den Antrag Tollinger ablehnen, wobei er allerdings die Frage offen ließ, ob es dem Ausschuß gelingen könne, „ein die Fertigstellung des Werkes förderndes Kompromiß der Parteien“ zu finden. Viel energischer trat allerdings dann der Jungtschechenführer Dr. Kramarsch gegen die Pluralität auf. Nach ihm kam Adler zu Worte. Erwähnt sei, daß Baron Beck später, als er die Empörung der Massen über die Pläne der Feudalen sah, viel energischer dagegen auftrat.

Der Antrag Tollinger wurde übrigens am 6. Oktober mit 29 gegen 19 Stimmen abgelehnt. (Siehe noch Adlers Rede in der Parlamentssitzung vom 8. November über die Ränke gegen das Wahlrecht und die Fußnote über die weiteren Kämpfe gegen die Pläne der Herrenhäusler, sowie auch seine Rede über die Pluralität in der Spezialdebatte am 21. November sowie die dort in einer Fußnote gemachten Angaben über die Wirkungen einer Pluralität.)

Überzeugung ja sagen, mit denjenigen, die zum gleichen Wahlrecht ebenso aus voller Überzeugung nein sagen. Diese Formel gibt es aber nicht und es erscheint darum die Erklärung des Ministerpräsidenten auch nach dieser Richtung sehr beruhigend.

Dr. Tollinger sagte, man könne von einem Raube, von einem Unrecht nicht sprechen, man nehme ja niemand etwas, was er schon habe, sondern man weigere sich nur, ihm etwas zu geben, was er noch nicht habe. Das ist ein großer Irrtum. Das gleiche politische Recht ist etwas, was nie und unter gar keinen Umständen jemand erst gegeben zu werden braucht. Es ist

das jedem Staatsbürger innewohnende Recht.

Es einschränken heißt es nehmen. Und der chronische Zustand des Wahlrechtsraubes, wie er in der bisherigen Verfassung gelegen ist, kann diesen Raub vielleicht bis zu einem gewissen Grad straflos machen, legalisiert kann der Raub niemals werden. Aber auch vom Standpunkt des Gesetzes und der Rechtsentwicklung ist die Auffassung des Abgeordneten Dr. Tollinger ganz falsch. Es ist nicht richtig, daß die Völker Österreichs ohne Unterschied der Nation heute nicht bereits im vollen Bewußtsein leben, daß sie das gleiche Wahlrecht bereits besitzen. So wenig die österreichische Geschichte geeignet ist, viel Vertrauen für das, was oben vorgeht, zu erregen, spurlos sind die Ereignisse der letzten Jahre an der Bevölkerung nicht vorübergegangen. Mußte nicht das, was geschehen ist, den größten Eindruck machen? Sehen Sie nicht, daß die Ruhe, die seit einem halben Jahre herrscht, nur auf das

feste Vertrauen

zurückzuführen ist, daß in der Hauptsache dem Volke bereits gewährt ist, was sein Recht ist. Einzelne berufen sich darauf, daß nicht alle Bevölkerungskreise mit dem gleichen Wahlrecht einverstanden sind, und der Abgeordnete Kaiser hat mit Kassandrastimme einen Bauernaufstand angekündigt. Wo sind denn aber diese unzufriedenen Bevölkerungen, von denen da gesprochen wird? Wo ist denn diese Empörung in der bäuerlichen Bevölkerung gegen das gleiche Wahlrecht? Diese Empörung besteht vielleicht bei einer Anzahl von Vertrauensmännern in gewissen Wahlkreisen, aber wo sich sonst in der bäuerlichen Bevölkerung eine Stimme für die Ungleichheit des Wahlrechtes oder für die Pluralität regte, hat sie sofort einen starken Gegenchor auch in der Bauernschaft hervorgerufen. Zur Ehre der Bauern und des Bürgertums sei es gesagt, daß die Bewegung für das gleiche Wahlrecht und das Bewußtsein, daß dieses das allein Richtige, Mögliche und Durchführbare sei, wenn nicht ein unerhörter Rechtsbruch begangen werden soll, durchaus nicht Eigentum der Arbeiterschaft allein ist, sondern daß die ganze Bevölkerung, Bürger und Bauern, dieser Überzeugung leben.

Die Herren, die für die Pluralität schwärmen, sind die rari nantes in gurgite vasto. (Die wenigen, die in dem weiten Abgrund schwimmen.)

Versteht der Abgeordnete Kaiser nicht, daß die Arbeiterschaft, der er so ungern auf der Ringstraße begegnet, für die angeblich Ausnahmsprivilegien, eine absolute Bewegungsfreiheit geschaffen wurde, nur darum auf den Ring geht, und in ganz Österreich diese Wahlrechtsbewegung, die angeblich so fürchterliche Formen angenommen hat, entfesseln und in dieser hinreißenden Form zum Siege bringen konnte,

weil sie nicht allein war,

weil sie die ganze Öffentlichkeit, die gesamte Bevölkerung mit sich gehabt hat? Alles, was denkt und urteilt, was Gefühl für Verantwortung hat auch über die Stunde und den engen Bezirk seiner Klasse hinaus, war auf Seite der Arbeiterschaft. Wir sind nicht so dumme Politiker, wir wissen schon, wann wir etwas durchsetzen können. Wenn wir manchen Herren zuhören, wir könnten den Größenwahn bekommen. Uns wird von allen Seiten gesagt, die Sozialdemokratie habe die Regierung in ihren Bann gezogen und terrorisiert, habe das Bürgertum terrorisiert, genieße absolute Immunität, brauche nur noch das allgemeine Wahlrecht und dann ist ihnen ganz Österreich rettungslos ausgeliefert. Wenn wir zu solchen Tollheiten Talent hätten, wir müßten den Worten dieser Herren glauben. Leider ist davon gar keine Rede. Die Arbeiterschaft hat gewiß ein hervorragendes Verdienst an dem Zustandekommen dieser Vorlage; aber wir reden uns nicht ein, daß wir diese Vorlage zu irgendeiner anderen Zeit hätten willkürlich provozieren können. Wir haben uns einfach dessen bemächtigt, was in diesem Moment notwendig war. Wir haben das Wort der Situation, der Notwendigkeit für Österreich ausgesprochen. In aller Bescheidenheit kann ich im Namen unserer Partei sagen, daß wir unser Teil so gut erfüllt haben, als wir konnten. Aber über Ihre übertriebene Angst vor uns muß ich wirklich lächeln.

Ebenso übertrieben ist Ihre Angst in bezug auf das Ergebnis des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Der Abgeordnete Dr. Tollinger hat davon gesprochen, daß wir 80 Mandate erhalten*). Das sind Fabeln! Sie glauben es selbst nicht. Sie haben wirklich mit einem Fleiß und einer Sorgfalt, die einer besseren Sache würdig wären, dafür gesorgt, daß die Arbeiterschaft auch unter dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht im Parlament nicht jenen Einfluß erhält, der ihr nach ihrer Zahl und nach der wirtschaftlichen und politischen Rolle, die sie im Staate spielt, zukommt. Es wurde das in jedem einzelnen Kronland und insbesondere in den industriellen Kronländern gemacht und demnächst wird die Wahlkreiseinteilung für Böhmen und Mähren vorgelegt werden, die eine neue Einschränkung des politischen Gewichtes

*) Bekanntlich sind es dann noch mehr geworden, nämlich 87 Mandate.

der Arbeiterschaft mit sich bringt, herbeigeführt durch die raffiniertesten

Mittel der Wahlkreisgeometrie.

Wir haben dagegen protestiert, aber wir haben es bei einem akademischen Protest gelassen, weil wir wissen, daß die Machtverhältnisse so liegen, daß es unmöglich ist, dies zu ändern, und weil wir es für eine Kräfteverschwendung halten, unser ganzes Gewicht hiefür einzusetzen. Wir haben dies auch darum hingenommen, weil man heute die wirtschaftlichen Verschiebungen nicht berechnen kann und es sich vielleicht zeigen wird, daß doch die eine oder die andere der raffinierten Spekulationen auf Entrechtung der Arbeiterschaft nicht gelungen ist.

Etwas anderes aber ist es, wenn man nun auf die

Grundlagen des Gesetzes,

auf das zurückgreift, was allein dem Gesetz einen Wert gibt und ohne was es einfach eine wertlose Sache wird. Denn damit würde eine Vorlage geschaffen, **die eine direkte Verhöhnung und Beschimpfung der Arbeiterschaft bedeutet.** Das verträgt die österreichische Arbeiterklasse nicht. Gewiß ist die Arbeiterschaft allein viel zu schwach, um ein solches Attentat so zu strafen, wie es bestraft werden sollte. In dieser Sache des gleichen Rechtes steht der beste Teil des Bürgertums, der städtischen und der ländlichen Bevölkerung auf unserer Seite, weil sie politisches Verständnis genug hat, um zu wissen, daß man nicht in peius (zum Schlechteren) reformieren darf, und politisch ist es eine Reform zum Schlechten, weil Hoffnungen wachgerufen, weil das Bewußtsein des Volkes an das gleiche Recht gewöhnt wurde und weil man in dem Moment, wo das gegebene Wort eingelöst werden soll, wo es zu neun Zehnteln bereits verwirklicht ist, es zurücknimmt. Die meisten Redner haben seinerzeit in den mehrfachen Generaldebatten erklärt, sie seien keine prinzipiellen Gegner des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes; aber sie können sich der Vorlage nicht anschließen, weil die nationale Gefahr da ist. So wurde auf deutscher und tschechischer und auch auf italienischer Seite gesprochen, wobei ich besonders hervorhebe, daß sich die Italiener mehrfach kategorisch zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht bekannt haben. Überall hat man nur nationale Einwendungen gemacht. Ich glaube nun nicht, daß sich die Abgeordneten Kaiser und Tollinger aus nationalen Gründen so ernsthaft über die Vorlage zu beklagen haben, daß sie sie verwerfen. Es würde mich wundern, wenn den Abgeordneten Doktor Tollinger die Ungleichheit, mit der man Tirol behandelt hat, so empören würde, daß er für die Vorlage absolut nicht stimmen kann. Dr. Tollinger hat sich über die Wahlkreiseinteilung lustig gemacht, hat von Gleichheitsschwindel gesprochen. Auch ich bin durchaus nicht von der Lösung der nationalen Gleichheit, wie sie in der Vorlage geschieht, entzückt; aber es mutet doch sehr sonderbar an, wenn jene, die

am meisten davon profitieren,

zum Schlusse am meisten darüber schimpfen! Es mutet sonderbar an, wenn ein Abgeordneter aus einem Lande, in dem 32.000 Einwohner auf einen Abgeordneten kommen, sich über die Ungleichheit beklagt, wo doch in den industriellen Ländern 60.000 Einwohner einen Abgeordneten zu wählen haben?

Und dann kommt ein Vertreter angeblich agrarischer, bäuerlicher Interessen, die gar keine agrarischen, bäuerlichen Interessen, sondern Interessen einer bestimmten Partei, die um ihre Existenz fürchtet, sind, und sagt, es sei wahr, in dieser Wahlkreiseinteilung sei eine Ungleichheit gelegen, aber die „notwendige Ergänzung" dieser Ungleichheit sei, daß man auch durch die Pluralität eine soziale Ungleichheit hineinbringe! Man würde es doch gewiß sehr sonderbar finden, wenn jemand einem armen Teufel

seinen Rock nimmt

und es dann als notwendige Ergänzung ansieht, ihm

auch das Hemd wegzunehmen.

Die nationale Einteilung findet vielleicht ihre Erklärung in den Verhältnissen, die wir alle miteinander nicht ändern können. In dieser Wahlreform, wie sie heute im allgemeinen und im einzelnen vorliegt, steckt ein Schatz von persönlicher und nationaler Selbstverleugnung, eine politische Arbeit, wie sie in Österreich seit Jahrzehnten nicht geleistet wurde, sie ist das

Resultat eines Ausgleiches,

der gewiß die besten Früchte tragen muß. Nun will man aber die Grundlagen dieses Ausgleiches erschüttern! Wenn der Ministerpräsident heute in seiner vornehm abgetönten offiziellen Erklärung bloß andeutete, daß der Maßstab für den nationalen Ausgleich durch das Pluralwahlrecht möglicherweise erschüttert werden könnte, so heißt das in Wirklichkeit, daß jedes Abweichen vom gleichen Recht die ersten Grundlagen des nationalen Ausgleiches tatsächlich bedroht. Man kann den Maßstab des nationalen Ausgleiches nicht hinterher entfernen, ohne das Ganze zu vereiteln.

Ich unterlasse es, die Argumentation des unmittelbaren Vorredners für die Pluralität zu widerlegen, teils weil dies von Doktor Kramarsch schon geschehen ist, teils weil ich es für unmöglich halte, daß die vorgebrachten Argumente eine ernsthafte Wirkung haben werden. Was die Pluralisten wollen, ist, als eine Einheit angesehen, eine

absolute Unmöglichkeit

für die übergroße Mehrzahl auch jener Leute, die nur pluralrechtlichen Erwägungen zugänglich waren. Ich halte es für ausgeschlossen, daß sich auch nur eine erhebliche Anzahl von Stimmen für die Einführung eines Zensus finden wird, wodurch so brutal der Grundsatz der Vorlage in sein Gegenteil verkehrt würde. Über den Intelligenzzensus lächeln ja die Antragsteller selbst. Dieses Kompliment vor der Wissenschaft wird ihnen niemand danken. Wenn man

dem Manne, der mehr weiß, mehr Rechte geben will, weil er mehr Verdienste um die Gesamtheit hat, wieviel Stimmen müßte man einem Rokitansky oder Billroth im Vergleich zu einem Grafen mit einem noch so großen Grundbesitz geben? Die ungeklärten Meinungen und die Hoffnungen mancher konzentrieren sich in der Pluralität des Alters, des Familienstandes und der Wohnung. Diejenigen, die glauben, daß darin eine mögliche Form gelegen ist, in der man die Pluralität in das Gesetz einführen könnte, gehen von der Ansicht aus, sie könnten es plausibel machen, daß es sich hier nicht um eine Pluralität des Besitzes, sondern nur um eine

Pluralität gewisser moralischer und intellektueller Eigenschaften

handle. Es wird erklärt, ein 35jähriger Mann sei besonnener als der jüngere. Ich will nicht mit dem billigen Argument kommen: Alter schützt vor Torheit nicht. Die Familienväter sollen konservativen Anschauungen huldigen und aus diesem Grunde bevorzugt werden. Ein Mann, der eine selbständige Wohnung hat, denke gesetzter als ein Mann, der mit seiner Familie als Aftermieter wohnen muß. Dabei wird vergessen, **daß ein großer Teil gerade der agrarischen Bevölkerung, so ziemlich sämtliche Knechte, dadurch tiefer gestellt würde als die große Mehrheit der industriellen Arbeiter, die selbständige Wohnungen haben.** Warum sagt man es nicht direkt, welchen Zweck hat es, der Bevölkerung derartiges vorzutäuschen, was doch kein Mensch glaubt? Was die Herren wollen, ist die Pluralität des Besitzes, das Privilegium der Besitzenden gegenüber dem, der ein Arbeitender ist. Wiederholt konnte man auch hören, der Arbeiter wird auch alt, er heiratet auch, er bekommt auch Kinder. Ja, der Arbeiter altert, und er altert früher als alle anderen Klassen, aber er wird nicht alt. Unter 1000 Selbständigen im wahlfähigen Alter sind 800 mehr als 35 Jahre alt und sollen eine zweite Stimme bekommen, während unter 1000 Arbeitern nur 532 aus diesem Grunde eine zweite Stimme erhalten würden. Ganz ähnlich sind die Ziffern bezüglich der Verheiratung. Auch der Arbeiter heiratet, aber viel seltener, als man annimmt; auch er bekommt Kinder, aber sie leben nicht, sie gehen zu einem furchtbaren Prozentsatz zugrunde; ja, auch der Arbeiter wohnt, aber er muß einen Wucherzins für eine Wohnung bezahlen, die man vielleicht als eine selbständige Wohnung gar nicht anerkennen würde. Wenn gesagt wurde, die Pluralität würde nicht wirksam werden, so muß ich dem entgegentreten. Die Pluralität des Alters und des Besitzes würde

die Arbeiterschaft furchtbar treffen.

Diese Pluralität, die nur an die Besonnenheit des Alters appelliert, würde den Arbeitern, welche die Gesellschaft dafür, daß sie arbeiten, mit dem frühen Tode, mit der Kindersterblichkeit, mit der erzwungenen Ehelosigkeit, mit schlechten Wohnungen straft, in einem hohen Grade ihr Recht nehmen. Wenn die Herren Lust haben, dieses

Attentat auf das gleiche Recht zu begehen, dann mögen sie es tun. Sie mögen es aber nicht hinter allerlei Redensarten verhehlen, sondern offen sagen, sie wollen das gleiche Recht nicht, sie wollen den Arbeiter unterkriegen, sie wollen ihm selbst das bißchen Recht, das ihm die Wahlkreiseinteilung gelassen, verkürzen. Dann möge man sich auch nicht wundern, wenn die Arbeiterschaft und mit ihr alle, die für das gleiche Wahlrecht sind, eine solche Politik wahrhaftig nicht als eine konservative anerkennen werden, denn eine solche Politik ist eine subversive Politik, weil sie alles, was in der Arbeiterschaft und darüber hinaus gerecht denkt, alles, was von dem Gedanken des gleichen Rechtes heute erfüllt ist, aufwühlen und zum äußersten Kampf führen müßte!

Es wurde auseinandergesetzt, daß

die Sozialdemokratie

so mächtig ist und so furchtbare Gefahren bringt. Man hat auch nicht verfehlt, hinzuzufügen, daß man sich auch stark und energisch genug fühlt, die Arbeiterschaft, wenn sie unzufrieden ist, niederzutreten. Hier im Ausschuß und auch sonst im Parlament laufen kleine Bismarcks massenhaft herum: Blut und Eisen. Man möge aber nicht vergessen, daß man mit Bajonetten verschiedenes machen kann, sitzen kann man auf ihnen nicht. Man möge auch nicht vergessen, daß man es nicht allein mit den Arbeitern, sondern mit ganz gewaltigen Kreisen der Bevölkerung zu tun hätte, die den Betreffenden sehr dafür danken würden, was sie in Österreich angerichtet haben, wenn es ihnen gelingen würde, die Wahlreform zu vereiteln. Denn darüber möge man sich nicht täuschen, dieser Antrag hat nicht den Zweck, die Wahlreform zu verbessern und sie annehmbarer zu machen, sondern er bezweckt ausschließlich,

die Wahlreform zu vereiteln.

Er ist nichts als eine neue Form des Kampfes gegen die Wahlreform, ein Anschlag der Wahlrechtsfeinde. Mit dankbarer Offenheit, ja fast mit Naivität hat Dr. Tavcar*) dies heute vormittags eingestanden: weil er glaubt, daß die Pluralität gewissermaßen eine Dynamitpatrone sei, die er in diese Vorlage hineinstecke, ist er für die Pluralität. Es liegt gewiß ein Widerspruch darin, daß auf der einen Seite konservative Leute, wie der Abgeordnete Dr. Geßmann, Dr. Kramarsch und Dr. Löcker, erklären, man brauche das gleiche Wahlrecht im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und daß auf der anderen Seite Abgeordneter Kaiser sagt, um die Sozialdemokratie umzubringen, ist die Pluralität das beste Mittel. Und nun komme ich und schlage mich auf die Seite der einen Partei der Feinde der Sozialdemokratie und sage: Ja, Sie haben recht, man

*) Ein slowenischer Liberaler, Abgeordneter der Stadt Laibach, der in dem klerikalen Land Krain nur als Vertreter einer kleinen Schicht von Bürgerlichen gewählt war und deshalb ein fanatischer Feind der Wahlreform.

bekämpft uns am besten mit dem gleichen Rechte. Diese Wahrheit ist ja selbst schon auf die Ministerbank gedrungen und schon Ministerpräsident Baron Gautsch hat erklärt: Man bekämpft die Sozialdemokratie am erfolgreichsten, indem man ihr die wichtigste Waffe, die

Anklage gegen den Staat,

daß die Minderbemittelten in ihrem Rechte verkürzt werden, entwindet. Wir liefern Ihnen diese Waffe gegen uns mit größter Freude aus, denn wir sind überzeugt, daß, so sicher der Klassenkampf eine Notwendigkeit, ein Hebel der Weltgeschichte ist und durch die Gewährung des gleichen Rechtes gewiß nicht beendet werden wird, so sicher haben beide kämpfenden Teile, das Proletariat und die besitzenden Klassen, das gemeinsame Interesse, daß der Kampf auf einem Boden, in einer Form und unter Bedingungen geführt werde, die unserer Natur entsprechen, und daß wir unsere Kräfte nicht müßig verschwenden müssen wegen einer Frage, die wir jetzt mit einem bißchen Vernunft sofort lösen können. Glauben Sie, daß, wenn es Ihnen gelänge, ein Wahlrecht mit der Pluralität zu konstruieren, dies von den Arbeitern würde ertragen werden? Glauben Sie, daß ein auf Grund eines solchen Wahlrechtes gewähltes Parlament auch nur einen Tag lang arbeiten könnte? Vom ersten Tage an würden die Sozialdemokraten und mit ihnen eine ganze Reihe von bürgerlichen Parteien den Kampf gegen dieses neue Parlament des

neuen und vertieften Unrechtes

mit der größten Leidenschaftlichkeit und Rücksichtslosigkeit führen. In Belgien hat man ja die Erfahrungen mit dem Pluralitätssystem gemacht und dort ruht der Kampf auch heute noch nicht, trotz des Proportionalsystems, und er wird auch nicht aufhören, ehe nicht die Pluralität beseitigt ist. Sie können die Sozialdemokratie einschätzen wie sie wollen, das eine Mal als eine wüste Horde von Leuten, die jeder Demagogie unterworfen ist, das andere Mal wieder als eine furchtbare, immer wachsende Gefahr; aber so stark und so fest ist die Sozialdemokratie heute gewiß, so geweckt ist die Arbeiterklasse sicherlich, **daß dieses neue Unrecht wie eine Vergiftung bis in die letzte Hütte wirken und daß niemand ruhen würde, ehe dieses neue schimpfliche Unrecht beseitigt sein wird.** Wäre ich als Sozialdemokrat ein Katastrophenpolitiker, ich könnte sagen: Meine Herren, es ist gut. Treibt uns nur die Massen zu, reizt sie auf und wir sind bereit, sie zu empfangen! Ihr macht agitatorische Arbeit für uns! Wozu brauchen wir von Ort zu Ort zu gehen, wenn wir diesen Wortbruch, diese Felonie — und der Beschluß der Einführung des Pluralitätssystems wäre eine Felonie — in Händen haben. Allein wir Sozialdemokraten sind keine solchen Katastrophenpolitiker. Wir haben noch andere Dinge auf der Welt zu verrichten, als Österreich die Bedingungen seiner politischen

Existenz zu verschaffen. Die Arbeit, die wir heute leisten, leisten wir nicht für die Arbeiterklasse allein, sondern auch für den

ganzen Staat,

und sie wird gerade von denjenigen zu vereiteln gesucht, die sich als Staatsstützen aufspielen. Auch wir sagen, wie der Ministerpräsident, der Wahlrechtskampf muß ein Ende nehmen*), wir haben genug, wir haben Opfer dafür gebracht, wir haben aber auch noch andere Dinge zu tun, wir haben soziale, positive Aufgaben, wir wollen mit Ihnen im Klassenkampf, aber in einem vernünftigen Klassenkampf, ringen um den sozialen Fortschritt, wir wollen nicht, daß diese

Seuche des Unrechtes

weiter frißt und daß dieser Staat, an dem wir mit mehr Interesse hängen als Sie alle, von einer Katastrophe zur anderen eilt. Wir sind gewiß nicht eine Staatspartei in dem Sinne, daß wir eine Partei des heutigen Staates sind; dieser Staat ist nicht danach. Aber wir sind eine Staatspartei und dies mehr als die Parteien der bürgerlichen Klasse in dem Sinne, daß wir ein Lebensinteresse daran haben, daß sich der Staat, in dem wir leben, kulturell entwickle und fortschreite, und daß endlich die Grundlagen für einen politischen Frieden geschaffen werden.

Sie werden die Pluralität nicht annehmen, mögen Sie auch die Neigung dazu haben. **Denn Sie haben ein solches Verantwortlichkeitsgefühl in sich, daß Sie nicht für die Pluralität stimmen würden,** wenn Sie nicht gewiß wären, daß sie nicht angenommen wird. Jeder von Ihnen hat so viel Empfindung für die Geschicke des Staates und des Volkes, daß, wenn es auf seine Stimme ankäme, er den Staat und die Völker nicht in dieses Abenteuer hineinhetzen würde, dessen Konsequenzen sich nicht absehen lassen.

Wahlkreiseinteilung in Mähren.

Ausschuß, 9. Oktober 1906**).

Abgeordneter Dr. **Adler** polemisiert gegen diese Ausführungen. Abgeordneter Choc habe heute wieder einmal behauptet, daß die Sozialdemokratie im Dienste der Regierung stehe und von ihr mit der Wahlreform „gekauft" werde. Die Sozialdemokraten wünschen gewiß diese Wahlreform, auch wenn sie sie nicht in allen Punkten für das Ideal halten, und sie kämpfen mit der größten Anstrengung für diese Reform, nicht weil durch sie das sozialdemokratische Pro-

*) Rede des Ministerpräsidenten Beck in der Ausschußsitzung vom 8. Juni.

**) In Mähren wurde der sogenannte „nationale Kataster" geschaffen: Ganz Mähren wurde für diejenigen, die sich zur deutschen Nation bekannten, in deutsche Wahlbezirke und für die Tschechen in

gramm vollständig erfüllt sei, sondern weil die Reform das gegenwärtig Erreichbare bringe. Wenn Abgeordneter Choc behauptet habe, die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten Jahre hindurch nicht einmal einen Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes eingebracht, so verweise ich darauf, daß ein solcher Antrag zu Beginn einer jeden Session von den Sozialdemokraten überreicht wurde und daß sie auch einen dahinzielenden Dringlichkeitsantrag gestellt haben. Daß die Sozialdemokraten gerade jetzt den Kampf für das allgemeine Wahlrecht mit solcher Intensität führen, habe darin seinen Grund, daß ihnen der jetzige Zeitpunkt am geeignetsten hiezu erscheint und daß es unvernünftig gewesen wäre, die Kräfte früher, zu ungelegener Zeit, zu verbrauchen. Abgeordneter Choc hat auch erklärt, ich hätte durch meine Ausführungen im Parlament die Abgeordneten „terrorisiert", indem ich „erklärt" habe, man werde jeden für sein Verhalten in der Frage der Wahlreform persönlich für verantwortlich halten. Gewiß nehme jeder Abgeordnete nicht nur seinem Gewissen gegenüber, sondern auch gegenüber der Öffentlichkeit und der Bevölkerung durch seine Stellungnahme zur Wahlreform eine Verantwortung auf sich und werde auch zur Verantwortung gezogen werden.

Der Redner geht sodann zur Besprechung der Wahlkreiseinteilung für Mähren über und führt aus, auch aus dieser Einteilung gehe klar hervor, von welchen Intentionen die bürgerlichen Parteien bei Feststellung der Wahlkreise überall geleitet gewesen seien. Man wollte eben die Arbeiterschaft entweder in möglichst wenige Bezirke zusammendrängen oder sie so zersprengen, damit sie in agrarischen und kleinbürgerlichen Wahlkreisen untergehen. Obwohl zu einer eingehenden Kritik ein genaueres Studium nötig wäre, zeige sich diese Tendenz schon auf den ersten Blick bei der Behandlung der Stadt und des Gerichtsbezirkes Sternberg, der in der Regierungsvorlage mit Industrieorten, zu welchen er ja auch naturgemäß gehöre, zusammengelegt war, während die neue Wahlkreiseinteilung diesen Bezirk zu

---

tschechische Wahlbezirke eingeteilt. Dadurch war eine Majorisierung nationaler Minderheiten, die bei der gemischten Siedelung der beiden Nationen sonst unvermeidlich war, verhindert. Darüber bestand vollkommene Einigung, ebenso auch über die Zahl der Mandate: 30 tschechische, 19 deutsche Wahlkreise. Auch über die Aufteilung der Wahlbezirke, die deshalb wieder geändert werden mußte, weil ursprünglich die Tschechen 27, die Deutschen 17 Mandate haben sollten, was aber im Laufe der Verhandlungen eine Änderung erfahren hatte, war unter den bürgerlichen Parteien eine Einigung erzielt worden. Nur die tschechischen Nationalisten waren unzufrieden und der Tschechischradikale Choc beschwerte sich wieder über die Vergewaltigung der Tschechen und darüber, daß sich die Sozialdemokraten von der Regierung hätten kaufen lassen. Darauf mußte Adler antworten.

Der auf dem „Personalitätsprinzip" beruhende nationale Kataster geht auf eine Idee zurück, die Karl Renner unter dem Namen „Synopticus" zuerst gemacht hatte. Dieser nationale Kataster wurde im Jahre 1905 zum erstenmal für die Landtagswahlen in Mähren eingeführt. (Siehe Bd. VIII, Seite 141, Note.)

Olmütz schlägt, um die industrielle Arbeiterschaft Sternbergs um einen Teil ihres Einflusses zu bringen. Er wolle keinen Antrag auf Änderung der Wahlkreiseinteilung stellen und durch seine Konstatierung nur verhindern, daß sich etwa der Glaube festsetze, die Sozialdemokraten sähen nicht ganz genau, wie man in dieser Sache verfahre. Die Sozialdemokraten werden sicherlich aus der parteimäßigen Wahlkreiseinteilung in allen Kronländern die Konsequenzen ziehen und sich keineswegs schweigend in ihr Schicksal fügen.

Nordbahnverstaatlichung und Wahlreform.

Obmännerkonferenz, 19. Oktober 1906*).

Die Polen und Tschechen irren, wenn sie vermuten, daß die Erklärungen der Vorredner gegen die Perfektionierung der Nordbahnvorlage gerichtet sind. Unsere Partei ist prinzipiell für die Verstaatlichung der Bahnen, selbstverständlich wollen wir uns aber jedes einzelne Geschäft anschauen. Ohne daß man auf die Nordbahnvorlage näher eingeht, läßt sich sagen, daß uns ein ziemlich zweifelhaftes Geschäft vorliegt. Aber es ist wahrscheinlich, daß es nicht zu machen, ein noch schlechteres Geschäft wäre. Daraus ergibt sich die praktische Haltung. Niemand denkt daran, die

*) Am 19. Oktober wurde eine Konferenz der Obmänner der parlamentarischen Klubs abgehalten, weil sich die Polen und die Tschechen darüber beschwerten, daß die Vorlage über die Verstaatlichung der Nordbahn, die für die tschechische Industrie wie für die galizische Landwirtschaft wichtig war, da die Bahn Wien mit dem mährisch-schlesischen Kohlen- und Hüttenrevier und weiterhin mit Galizien verband, nicht endlich im Hause erledigt werde. So wenig die Nordbahnfrage mit der Wahlreform zu tun hatte, so hatte die Obmännerkonferenz für die Erledigung der Wahlreform doch eine große Bedeutung; denn nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Jungtschechen und die Christlichsozialen benützten das Drängen nach der Nordbahnvorlage, um den Drängern klarzumachen, daß wichtiger und dringender die Wahlreform sei und daß die Majorität keine Lust habe, im Hause die Nordbahnvorlage fertigzustellen, während im Ausschuß die Wahlreform von den polnischen Wahlreformfeinden und von den tschechischen Radikalen, unter denen besonders der mährische radikale Jungtscheche Dr. Stransky und der tschechische Agrarier Zazvorka hervorragten, obstruiert werde.

In der Obmännerkonferenz verlangte Ritter v. Abrahamowicz im Namen des Polenklubs die rasche Erledigung der Nordbahnvorlage, damit die Frist, die mit der Nordbahngesellschaft vereinbart sei, nicht versäumt werde. Darauf verwies Dr. Geßmann im Namen der Christlichsozialen darauf, daß man die Vorlage, die mit großkapitalistischen Interessen verknüpft sei, erledigen wolle, während sich die Wahlreform alle möglichen Verschiebungen gefallen lassen müsse. Zuerst müsse mindestens im Ausschuß die Wahlreform erledigt sein. Der Jungtscheche Dr. Kramarsch wieder erklärte, es sei die verkehrteste Politik, den Tschechen gerade in dieser Frage das Messer an den Hals zu setzen. Die Wahlreform stehe jetzt auf dem schwierigsten Punkt und man täusche sich, wenn man glaube, sie durch solche Mittel durchdrücken zu können. Auch hier gebe es nur ein Kompromiß. Nun kam Dr. Adler zu Worte.

Regierung zu zwingen, die Frist zu versäumen. Etwas anderes ist aber die Methode der Erledigung und die Zeit, die man dafür zur Verfügung stellt. Solange im Wahlreformausschuß eine endlose Debatte geführt wird und die Wahlreform nicht endgültig erledigt ist, ist es unmöglich, sich auf eine komplizierte, weittragende Verhandlung im Plenum einzulassen, die die Nordbahnvorlage mit sich bringen würde. Was über die Stimmung der Bevölkerung gesagt wurde, muß in der allerschärfsten Weise unterstrichen werden. So mächtig die Interessenten am Nordbahngesetz sein mögen, die Interessenten an der Wahlreform sind alle Völker, und ihre Geduld ist bis zum Äußersten angespannt worden. Die Stimmung im Hause in der wichtigsten Frage, die uns beschäftigt, läßt es absolut nicht zu, daß wir uns auf die Nordbahndebatte einlassen. In dieser Laune wird das Weib der Nordbahn nicht gefreit werden. Darum braucht die Verhandlung aber nicht hinausgeschoben zu werden. Es ist nicht nötig, daß der Wahlreformausschuß den heiligen Sabbat und den blauen Montag feiert. Die Debatte im Ausschuß kann Anfang nächster Woche beendigt sein und dann mag man die Nordbahn vornehmen*).

Prestigefragen.

Ausschuß, 23. Oktober 1906**).

Abgeordneter Dr. **Adler** führt aus, daß sich die Diskussion wiederholt um Dinge gedreht habe, deren politische Wichtigkeit

---

*) Nach Adler kam der Ministerpräsident Baron Beck zu Worte, der ersuchte, die Nordbahnvorlage, die auf einem nationalen Kompromiß beruhe, rasch fertigzustellen. Die Vorlage habe mit der Wahlreform keinen Zusammenhang. Er habe auch die Überzeugung, daß man an den unleugbaren Schwierigkeiten nicht scheitern werde. Er sei überzeugt, daß die Wahlreform nicht scheitern werde, weil sie nicht scheitern dürfe. Adler schlug dann noch vor, so lange keine Plenarsitzungen abzuhalten, bis der Wahlreformausschuß seine Arbeiten beendet habe oder mindestens die gegenwärtigen Schwierigkeiten überwunden seien... Man einigte sich schließlich dahin, die nächste Haussitzung am 24. Oktober abzuhalten, wie es die Tschechen und Polen wünschten, aber die Entscheidung, ob die Nordbahnvorlage auf die Tagesordnung dieser Sitzung gestellt werde, von der „Geschäftslage des Hauses und des Ausschusses“ abhängig zu machen.

Tatsächlich kam dann im Ausschuß das Kompromiß über die „Prestigefragen“ der Wahlreform zustande (siehe die nächste Rede, vom 23. Oktober, über die Prestigefragen), das am 25. Oktober im Ausschuß genehmigt wurde, und am 26. Oktober wurde im Hause die Vorlage über die Verstaatlichung der Nordbahn angenommen.

**) Am 29. Oktober wurde der Ausschuß mit der Wahlreform fertig. Aber vorher hatte er noch eine schwierige Frage, eine richtige Prestigefrage, zu erledigen.

Nachdem die Krise, die durch den Pluralitätsantrag der Wahlreformfeinde entstanden war, beseitigt war, brach plötzlich wieder eine nationale

sowohl für den Staat als auch für die Bevölkerung und die einzelnen Nationen weit hinter der Aufregung zurückgestanden sei, die im Ausschuß darüber herrschte. Nun sei man abermals bei einem solchen Punkte angelangt, dessen Wichtigkeit

ganz maßlos

überschätzt werde. Die Wahlreform ist aus einer unbedingten Notwendigkeit für den Staat, aus der Unerträglichkeit des heutigen Zu-

---

Krise aus, die gerade, weil es sich um keine ernste Frage handelte, so gefährlich wurde. Der Anlaß war belanglos genug: die Deutschen erklärten, sie hätten der Wahlreform das Opfer gebracht, auf ihre Majorität zu verzichten, dafür verlangten sie aber Bürgschaften, daß die slawische Majorität nicht dazu ihre Macht mißbrauche, um die Zahl der deutschen Mandate herabzusetzen. Diese Bürgschaft sollte darin bestehen, daß Änderungen der Wahlkreise in Zukunft nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden könnten. In der Tat hatte Hohenlohe dies im neuen § 42 in seine Vorschläge aufgenommen. Dieses Verlangen war an sich ganz harmlos, aber auch überflüssig, denn jeder wußte, daß es ganz unmöglich sei — und im österreichischen Parlament infolge der Leichtigkeit einer Obstruktion weniger möglich als sonstwo — Wahlkreisänderungen gegen eine so große Nation, die überdies auch im neuen Parlament 45 Prozent aller Mandate hatte, durchzuführen. Kam es doch selbst unter Taaffe, als der sogenannte „eiserne Ring" der mit den Klerikalen vereinigten Slawen herrschte, niemand in den Sinn, die deutsch-bürgerliche Opposition auf diese Weise zu schwächen, obwohl damals die Waffe der Obstruktion noch nicht einmal recht bekannt war.

Aber die Jungtschechen konnten auf dieses Verlangen wieder deshalb nicht eingehen, weil sie ihre Radikalen im Nacken hatten, die darin eine Anerkennung der deutschen Wahlgeometrie für ewige Zeiten sahen. Die Jungtschechen, die um der großen Vorteile willen, die das gleiche Wahlrecht dem tschechischen Volke bot (die Zahl seiner Vertreter stieg von 60 auf 108), den Deutschen schon so viele Konzessionen gemacht hatten, wußten, daß sie ihre Existenz als Partei gefährdeten, wenn sie den Deutschen auch noch diese letzte Konzession machten. Und darum sträubten sie sich mit Händen und Füßen dagegen und drohten mit Obstruktion, wenn man sie überstimmen wollte. Unterstützung fanden sie in dieser Frage nur bei den Südslawen und Ruthenen, während sich die Polen zu den Deutschen schlugen. Die Polen, die bei der Reform durch die ungeheuerlichste Wahlgeometrie die Ruthenen betrogen hatten, fürchteten nämlich mehr noch als die Deutschen, daß in wenigen Jahren eine Änderung der Wahlkreise eintreten könnte, und sie waren es, die insgeheim die Deutschen hetzten, nicht nachzugeben.

Es war auf beiden Seiten ein Kampf nicht um materielle Vorteile, sondern einer jener für die österreichische Politik so symptomatischen Kämpfe um die „nationale Ehre". Es war völlig gleichgültig, ob jene Garantie der Zweidrittelmehrheit in das Gesetz aufgenommen werde oder nicht, aber gerade darum ward der Kampf auf beiden Seiten mit größter Leidenschaft geführt. Lange bemühte sich die Regierung vergeblich, beide Parteien für ein Kompromiß zu gewinnen. Dieses Kompromiß sollte darin bestehen, daß entweder die Zweidrittelmehrheit nur für 12 oder 18 Jahre erforderlich sein solle oder daß sie durch eine Dreifünftel- oder Sieben-

standes und aus dem Willen der Völker geboren. Wegen der Bedingungen für die Möglichkeit einer zukünftigen Änderung will man nun die augenblickliche Notwendigkeit, allerdings nur in Worten, in Frage stellen; denn ich glaube, daß keiner der Abgeordneten, auch jene nicht, die diesem § 42 am allerschärfsten widersprechen oder daraus eine conditio sine qua non machen, ernstlich die Eventualität in Aussicht nimmt, die Wahlreform wirklich scheitern zu lassen! Das Argument von der Zufallsmajorität ist nicht stichhältig, wenn man weiß, welch komplizierter Apparat dazu gehört, in unserem Parlament den kleinsten und unerheblichsten An-

---

zwölftelmehrheit ersetzt werde oder daß die einfache Mehrheit genüge, jedoch die Anwesenheit von zwei Dritteln oder drei Fünfteln oder sieben Zwölfteln aller Abgeordneten erforderlich sein solle. Aber beide Parteien wiesen diese Vorschläge entrüstet zurück. Die Frage war eine Frage der nationalen Ehre geworden. Vergebens versuchte der Ministerpräsident Beck, der Sache mit den taktischen Kunststücken — in denen er geradezu ein Meister war — beizukommen. Die Wahlreform war wieder an einem toten Punkt angelangt. Da die Wahlreformfreunde aller Nationen gern Frieden geschlossen hätten, die Schwierigkeiten hauptsächlich bei den konservativen Abgeordneten lagen, so veranlaßte Freiherr v. Beck den Kaiser, wieder einzugreifen. So wurden denn plötzlich eines Vormittags die parlamentarischen Minister zum Kaiser berufen, der ihnen seinen Wunsch aussprach, daß die Wahlreform raschest erledigt werde, und mit einer bei ihm ungewohnten Energie sie darauf aufmerksam machte, daß auf Grund der geltenden Wahlordnung nicht mehr gewählt werden könne. Der polnische Landsmannminister Graf Dzieduszycki schilderte in den Wandelgängen des Parlaments sein Gespräch mit dem Kaiser in seiner drolligen Weise folgendermaßen: „Da sind wir jeder auf eine Bank gelegt worden und haben unsere fünfundzwanzig bekommen und damit war die Audienz vorbei.“ Das war am Mittwoch den 24. Oktober. Und am Donnerstag wurde mit 32 gegen 12 Stimmen der Kompromißantrag angenommen, der von einer Zweidrittelmajorität nicht mehr sprach, wohl aber die Anwesenheit von 343 Abgeordneten (344 wären zwei Drittel aller Abgeordneten) zur Beschlußfassung über die Änderung von Wahlkreisen verlangte, wobei aber das Präsidium, die amtierenden Schriftführer und die Minister nicht zu zählen waren. Aus diesem lächerlichen Kompromiß ist die Natur des ganzen Streites klar zu erkennen. Und doch war das der gefährlichste Konflikt und um ein Haar wäre an ihm die Wahlreform gescheitert.

Aber am 23. Oktober, als Adler im Ausschuß zu Worte kam, war die Sache noch sehr gefährlich, wenn die Stimmung auch schon im Abflauen war. Der erste Redner war der Abgeordnete Schusterschitz, der erklärte, daß die Sache leider eine Prestigefrage geworden sei. Infolgedessen sei die Stellungnahme für die Slowenen von selbst gegeben; sie würden in der Frage der Zweidrittelmajorität mit den Tschechen stehen und fallen. Aber er trat doch in sehr eindringlichen Worten für die zwingende Notwendigkeit ein, eine Formel zu finden, durch deren Annahme der Streit so beigelegt werde, daß es weder Sieger noch Besiegte gäbe. Er deutete an, daß die Lösung darin liegen werde, an Stelle der qualifizierten Majorität die qualifizierte Präsenzziffer zu setzen. Dann kam Dr. Adler zu Wort.

trag durchzusetzen. Worte wie Überrumpelung usw. sind nichts anderes als

rhetorische Übertreibungen,

die geeignet sind, in weiten Kreisen der Bevölkerung falsche Vorstellungen zu erwecken. Zum Glücke ist es nicht gelungen, die Massen wegen dieser Forderung in Aufregung zu versetzen, sondern die Debatte, die wir hier führen, erregt bei dem größten Teile der Bevölkerung nur das Gefühl der maßlosesten Verwunderung und einer nicht mehr zurückzuhaltenden Ungeduld, weil man sich hier wegen einer Bagatelle streitet und das Fertigstellen der Wahlreform verzögert. Bei diesem Anlaß sei auch festgestellt, daß es ein schwerer Irrtum des Abgeordneten Doktor Stransky*) ist, wenn er annimmt, die tschechischen Sozialdemokraten würden es billigen oder auch nur ruhig hinnehmen, wenn die Wahlreform wegen der Zweidrittelmajorität vereitelt würde. Dafür, daß das Gegenteil richtig ist, und daß in der Entschlossenheit, für die Wahlreform einzutreten, kein Unterschied zwischen tschechischen und deutschen Sozialdemokraten besteht, dafür hat Herr Doktor Stransky heute schon einige Beweise. (Zwischenruf des Abgeordneten Choc; Abgeordneter Zazvorka**): Weil sie sich von Wien kommandieren lassen!) Sie haben von Ihren Nationsgenossen, den tschechischen Arbeitern, die sehr selbständige Leute sind, eine sehr falsche Anschauung, wenn Sie wirklich meinen, sie würden eine Beeinflussung von irgendeiner Seite dulden. (Abgeordneter Choc: Das haben wir ihnen immer vorgeworfen.) Eine falsche Behauptung wird dadurch nicht zur Wahrheit, daß man sie oft wiederholt.

Der nationale Besitzstand der Deutschen und Polen ist durchaus nicht in den Ziffern fixiert, die jetzt durch die Zweidrittel- oder eine andere qualifizierte Majorität gesichert werden sollen. Es ist nicht wahr, daß der nationale Besitzstand der Deutschen der einfachen Majorität preisgegeben ist. Der wichtigste ziffermäßige Inhalt des nationalen Besitzstandes der Deutschen liegt nicht in der Einteilung der Wahlkreise, sondern in der Verteilung der Mandate auf die Länder. Man möge auch nicht vergessen, daß der Ausschuß nicht allein und nicht in erster Linie um die Verteilung der Mandate innerhalb eines Kronlandes, sondern um das Verhältnis der Gesamtzahlen der Mandate der einzelnen Nationen zueinander zu kämpfen hatte. Dieses Verhältnis ist aber im § 6 des Staatsgrundgesetzes festgestellt, der an und für sich schon durch die Zweidrittelmajorität gesichert erscheint. Es berührt deshalb jeden, der die Sache einigermaßen ruhig ansieht, eigentümlich, daß man auf beiden Seiten die Sicherung des nationalen Besitzstandes und die

---

*) Dr. Stransky hatte in seiner Rede im Ausschuß behauptet, daß die tschechischen Sozialdemokraten auf seiner Seite stünden, und als diese deutlich erklärten, daß sie seine nationalistischen Treibereien gegen die Wahlreform nicht unterstützen, und auch eine Demonstration gegen ihn veranstalteten, warf er ihnen später wieder vor, daß sie Terrorismus üben und dem deutschen Diktat gehorchen.

**) Zazvorka war ein tscheschischer Agrarier.

eventuelle Möglichkeit, diesen Besitzstand abzuändern, an einem Orte sucht, wo der Schwerpunkt gar nicht liegt. Nachdem die Verteilung der Mandate nach Kronländern bereits festgestellt und das Präzipuum der Deutschen und Polen in dieser Mandatsverteilung auf die Kronländer sichergestellt ist, kann man jetzt nicht aus einer Frage einen Kriegsfall und einen Ehrenpunkt machen, die in zweiter Linie steht, nämlich aus der Sicherung der Wahlkreiseinteilung innerhalb der einzelnen Kronländer. Man legt darauf einen großen Wert, obwohl man sehr gut weiß, daß auch diese Festlegung keiner mechanischen Sicherung bedarf. Ich glaube, die Ausschußmitglieder leiden sämtlich an einer unmäßigen Überschätzung des Wertes der einfachen mechanischen Ziffern. Es ist nicht richtig, daß sich die politische Macht einer Partei oder eines Volkes an diese Ziffern so bindet, wie hier angenommen wird. Es ist auch nicht richtig, daß diese Ziffern mit der politischen Macht des deutschen oder tschechischen Volkes so wesentlich zusammenhängen, daß die Macht der einen Nation dadurch ins Ungemessene erhöht, die der anderen Nation vernichtet oder erheblich vermindert wird, wenn das eine Volk um drei Mandate mehr, das andere um drei Mandate weniger bekommt. Die heute bestehende Wahlordnung ist durch alle möglichen mechanischen Schutzmaßregeln gesichert und liegt heute dennoch in Trümmern. Umgekehrt war bisher die Wahlkreiseinteilung nur unter die einfache Majorität gestellt und trotzdem ist es niemand eingefallen, eine Abänderung zu versuchen, und wenn einmal ein ernster Versuch gemacht wurde, wie im Jahre 1893, ist er trotz der einfachen Majorität nicht gelungen. Denn die

politische Entwicklung der Bevölkerung

ist das Entscheidende, ob eine Einrichtung befestigt oder beseitigt werden soll, wenn sie obsolet geworden ist. Auch diese Wahlreform wird gemacht werden müssen, nicht weil eine Zweidrittelmajorität im Hause, sondern weil eine Zweidrittelmajorität in der Bevölkerung dafür vorhanden ist. Eine Änderung der jetzt zu beschließenden Wahlordnung wird erst dann wieder möglich sein, wenn die wirklichen Machtverhältnisse zwischen den Völkern verschoben, die Entwicklung der Kultur eine derartige sein wird, daß die bestehenden Zustände unerträglich erscheinen und durch neue abgelöst werden müssen. Es scheint mir, daß die Luft im Wahlreformausschuß stark von dem beeinflußt ist, was Karl Marx als „parlamentarischen Kretinismus“ bezeichnete, ohne damit selbstverständlich die einzelnen Abgeordneten, sondern nur die eigentümliche, in den Parlamenten entwickelte

Wahnvorstellung

zu meinen, daß das Parlament nicht bloß der Exponent, sondern der Beweger der Dinge im letzten Ende sei. Wenn die Sozialdemokraten der Wahlreform unbedingt zum Durchbruch verhelfen wollen, so bedeutet das nicht, daß sie sie für tadellos halten. Sie wissen, daß einer der Hauptmängel in der Verteilung der Mandate liegt, die sich allerdings an die bestehenden nationalen Verhältnisse mit Not-

wendigkeit anpassen muß, und obwohl die Wahlkreiseinteilung mit allem Raffinement der Wahlgeometrie gegen die Arbeiterschaft gemacht wurde, weiß diese doch, daß es notwendig sei, den Schritt, der in der Wahlreform liegt, jetzt zu machen und dasjenige zu realisieren und gesetzgeberisch festzulegen, was sich als Ergebnis der großen politischen Umwälzungen, in welchen wir in den allerletzten Jahren leben, darstellt. Speziell in Niederösterreich, Böhmen und Mähren hat die Wahlgeometrie gegen die Sozialdemokraten wahre Orgien gefeiert und deswegen kann man von unserer Partei nicht verlangen, daß sie noch außerdem Schutzmaßregeln zu treffen hilft, damit Änderungen dieser Wahlkreiseinteilung nicht möglich sein sollen. Ich werde daher als Vertreter der Sozialdemokraten im Ausschuß auch gegen die Sicherung der Wahlkreiseinteilung durch eine qualifizierte Majorität stimmen. Die Sozialdemokraten verkennen aber nicht, daß das Bestehen oder Nichtbestehen dieser sogenannten Schutzmaßregel eine Sache von untergeordneter Wichtigkeit sei, und erklären, daß sie sich als Partei für das Plenum

vollständig freie Hand

wahren wollen und werden, um einen günstigen Abschluß der Wahlreform zu fördern und zu sichern. Die Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt: die geforderten Schutzmaßnahmen sind ebenso überflüssig wie schädlich, ihre Schädlichkeit aber ist so gering und so wenig aktuell, daß sie nicht in Betracht kommt, wenn es sich darum handelt, das Zustandekommen der Wahlreform zu sichern. Der Ausschuß hat einfach die Aufgabe, eine Formel zu finden,

die den Ehrenpunkt beseitigt.

Man sollte meinen, daß auch nationale Parteien so vernünftig seien (Widerspruch bei den Tschechischradikalen. — Abgeordneter Zazvorka: Nehmen Sie sich in acht, wir lassen uns hier nicht beleidigen! Sie haben die Vernunft nicht gepachtet!) und die tatsächlichen Verhältnisse so ansehen könnten, wie sie in Wirklichkeit liegen. Diese Parteien sind durchaus nicht gezwungen, sich fortwährend auf falsche Wertungen einzulassen und sich durch diese falschen Wertungen zu ihrem eigenen Schaden geradezu selbst zu täuschen. Sowohl die Tschechen wie die Deutschen übertreiben maßlos die Wichtigkeit der Frage

zum Schaden ihres eigenen Volkes

und sie sind auf dem besten Wege, sich durch diese Übertreibungen enorm zu schädigen. Es wäre hoch an der Zeit, daß endlich die klare Einsicht in die politische Notwendigkeit die Oberhand gewinnen würde. Wir haben noch eine lange Debatte und mithin eine große Spanne Zeit vor uns, die bei diesem Punkte hier rettungslos geopfert wird. Allein ich darf die Hoffnung aussprechen, daß das, was ein Gebot der Notwendigkeit und der politischen Vernunft ist, daß man nämlich wirkliche Vorteile nicht eingebildeten Dingen opfert, auch hier in diesem Ausschuß bei dieser Frage zum Durchbruch kommen wird.

Schutz der Wahlfreiheit.

Ausschuß, 5. November 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** erklärt es für selbstverständlich, daß auch seiner Partei daran gelegen ist, daß der Wille der Wählerschaft vor Vergewaltigungen geschützt wird. Allzuviel erwarte er allerdings von strafgesetzlichen Bestimmungen nicht. Das Wichtigste, was geschehen konnte, um Delikte zu vermeiden, sei durch die Wahlreform geschehen; denn dadurch, daß jedem das gleiche Recht gegeben wird, wurde die Achtung vor dem Rechte des anderen am meisten gefördert und gefestigt. Die Delikte, um welche es sich bei Wahlen handelt, sind aber solche, bei denen die wirtschaftlich Schwachen viel häufiger Objekt als Subjekt des Deliktes sind. Die Fälle aber, in denen die wirtschaftlich Schwachen Objekt des Deliktes sind, kommen in den allerseltensten Fällen zur Anzeige, geschweige denn zur Verfolgung oder zur Bestrafung, während jene Fälle, in denen die wirtschaftlich Schwachen selbst gegen das Gesetz verstoßen, sehr häufig zur Anzeige und zur Bestrafung gelangen. Darin liegt etwas Bedenkliches. Ich spreche nicht gegen das Gesetz; ich akzeptiere es im großen und ganzen, wenn ich auch manche Bestimmungen für zu kautschukartig, andere für zu eng halte. Das Bedenken aber kann ich nicht unterdrücken, daß jede Pression in Wahlangelegenheiten, die an dem wirtschaftlich Schwachen immer verübt worden ist und verübt werden wird, in den allermeisten Fällen der Anzeige und um so mehr der Bestrafung entgehen wird. Die Wahlbeeinflussungen, mit denen in vielen Fällen die Unternehmer gegen die von ihnen wirtschaftlich Abhängigen vorgegangen sind, sind sehr arger Natur, ein großer Teil dieser Beeinflussungen wird aber jetzt durch die einfache Tatsache wegfallen, daß die Wahlen direkt und geheim sein werden. Es wird schwerlich dazu kommen, daß ein Arbeiter seinen Unternehmer wegen Wahlbeeinflussung anzeigt, es wird insbesondere niemals dazu kommen, daß eine öffentliche Behörde oder eine Gemeinde, die zugleich über ein Unternehmen verfügt, von einem Angestellten wegen Wahlbeeinflussung angezeigt wird. Andererseits aber werden die Fälle gewiß häufig sein, in denen die Unternehmer jede starke Agitation als eine Wahlbeeinflussung zur Anzeige bringen und die Bestrafung der dieser Delikte Beschuldigten durchsetzen werden.

Eine andere Gefahr des Gesetzentwurfes liegt darin, daß der

Mißbrauch der Amtsgewalt,

der allerdings im Strafgesetz bereits mit sehr scharfen Strafen bedroht ist, darin völlig unerwähnt gelassen wurde. Man kann alle

*) Dem Wahlreformausschuß war außer der eigentlichen Wahlreform auch das Wahlschutzgesetz zugewiesen worden. Als es am 5. November zur Verhandlung im Ausschuß kam, legte Dr. Adler die prinzipielle Stellung dazu dar.

Achtung vor der Legalität und dem Pflichteifer der Beamten haben, aber man kann doch nicht deshalb so weit gehen, daß man den Mißbrauch der Amtsgewalt für ein so großes Delikt hält, daß es überhaupt gar nicht vorkommt, und daß man es deshalb in diesem Gesetzentwurf gar nicht erwähnt. Es wäre von großem Wert, wenn dieser spezielle Fall des Mißbrauches der Amtsgewalt durch Aufnahme in den Entwurf in den Bereich der realen Möglichkeiten und der Bestrafung gestellt würde, wenn dies auch nur dadurch geschehen würde, daß von dem Mißbrauch der Amtsgewalt gesagt wird, daß er nicht nach diesem Gesetz, sondern nach dem allgemeinen Strafgesetz zu bestrafen ist. Je mehr man eine erzieherische Wirkung von diesem Gesetzentwurf erwartet, um so notwendiger wird es sein, auch dem Beamten und dem amtlichen Funktionär, der bei Wahlen beteiligt ist, das Bewußtsein einzuprägen, daß ein Delikt gegen die Wahlordnung und gegen das Recht der Wähler ein ebensolcher Mißbrauch der Amtsgewalt ist wie jeder andere.

Das Wählen im Auftrag.

Der Redner bespricht auch jenen so verbreiteten Wahlmißbrauch, der wohl am allermeisten vorkommt, jene Form des Wahlbetruges nämlich, bei welchem jemand für einen anderen wählen geht. Eine große Anzahl der Fälle, die zur Abstrafung gekommen sind, haben sich in Wien ereignet. Dabei wurde auch eine Anzahl Sozialdemokraten gestraft und er lege deshalb den größten Wert darauf, sich darüber mit der größten Offenheit zu äußern. Selbstverständlich könne niemand billigen oder entschuldigen, wenn jemand für einen anderen wählt. Es ist ein solcher Vorgang im Gegenteil auf das allerschärfste zu verurteilen. Ein großer Teil der Wiener Wählerschaft aber befindet sich in der Stimmung und hat die Überzeugung, daß ihr schon bei der Anlegung der Wählerlisten und beim Hergang der Wahl ein schweres Unrecht geschehen ist. Ob diese Meinung berechtigt sei oder nicht, darüber wolle er jetzt nicht streiten, aber bei der Beurteilung dieser Vorkommnisse spielt das mit. Es ist aber außerdem ein wichtiger Unterschied festzuhalten. Wenn sich jemand Legitimationen von Leuten verschafft, die er nicht kennt, und sie ohne ihre Zustimmung und geradezu gegen ihren Willen benützt und die Stimmen in einer Richtung für sie abgeben läßt, die diese Leute am schärfsten perhorreszieren, so ist das entschieden ein Wahlbetrug in ausgesprochenem Sinne des Wortes. Es gibt aber Leute, die verhindert sind, zur Wahl zu gehen und für die nun andere — auch das sei ja gewiß illegal und strafbar — unter Benützung der Legitimation wählen. Indem sie dies tun, vereiteln sie nicht den Willen des anderen, sie führen ihn vielmehr aus und in sehr vielen Fällen befinden sie sich in dem guten Glauben, daß sie, obwohl sie gegen das Gesetz verstoßen, doch die Tendenz des Gesetzes und den Willen des Wählers gegenüber Machinationen, denen sie sonst nicht gewachsen sind, zur Geltung bringen. Der Redner sei überzeugt, daß auch dieses Delikt, das

moralisch schwächste, von dem überhaupt die Rede sein könne, nicht mehr in dem Maße vorkommen wird wie bisher, weil das Bewußtsein, das gleiche Recht zu haben wie der andere, vorwalten wird. Wenn der Abgeordnete Abrahamowicz von einem Schutze der Kandidaten sprach, so glaube er, der gerade in bezug auf das Kandidieren eine sehr große Erfahrung habe, daß es eines solchen Schutzes nicht bedürfe. Ein solch besonderer Schutz liege aber auch gewiß nicht darin, wenn dem Kandidaten das Recht eingeräumt wird, anstatt auf Grund des Strafgesetzes auf Grund des Wahlgesetzes zu klagen. Wohl aber befürchte Redner, daß die Gefahr vergrößert wird, was durch den Gesetzentwurf überhaupt heraufbeschworen wird, daß die Wahlagitation allzusehr behindert wird. Seine Partei aber wünsche nicht, daran behindert zu werden, die Wahrheit auch über die Kandidaten zu sagen. Der Redner wendet sich schließlich gegen die Einsetzung eines Subkomitees, da die Übersichtlichkeit des Gesetzentwurfes und der Umstand, daß alle Parteien in gleichem Maße daran interessiert sind, eine Verhandlung im Vollausschuß empfehlen.

Immer neue Ränke.

Zweite Lesung der Wahlreform,
8. November 1906*).

Es sind jetzt dreizehn Monate her, daß hier Dringlichkeitsanträge über das allgemeine, gleiche Wahlrecht beraten wurden. Im Verlauf dieser dreizehn Monate hat das allgemeine Wahlrecht den Weg von einer akademischen Demonstration der Majorität des Hauses für das Prinzip zu seiner Verwirklichung zurückgelegt. Heute stehen wir nicht mehr vor einer bloßen Forderung der breiten Massen, ja nicht einmal mehr vor einer Vorlage, die dies Produkt der Verzweiflung der Herrschenden ist, der Verzweiflung an dem Bestand und der Existenzmöglichkeit Österreichs unter den alten Bedingungen, heute stehen wir vor einem Werke, das das gemeinsame Arbeitsprodukt aller großen Parteien dieses Hauses ist. Das ist

*) Am 30. Oktober war der Wahlreformausschuß mit dem Gesetz fertig geworden. Aber noch immer drohte die Gefahr der Obstruktion im Parlament. Also mußte auch dafür vorgesorgt werden, und im Namen der Wahlreformparteien brachte Dr. Geßmann am 31. Oktober im Hause einen Dringlichkeitsantrag ein, daß der Bericht des Ausschusses sofort in Verhandlung gezogen werden solle. Wie wichtig das war, geht daraus hervor, daß zwanzig Abgeordnete — die Tschechischradikalen, die slowenischen Liberalen und Sternberg — bereits Obstruktionsanträge zur Verhinderung der Beratung der Wahlreform eingebracht hatten. Sie waren allerdings zu spät gekommen. Am 5. November kam der Dringlichkeitsantrag Geßmanns zur Verhandlung. Trotz der Krawalle der Alldeutschen, unter denen besonders Schönerer einen förmlichen Anfall erlitt, wurde in der nächsten Sitzung am 7. November die Dringlichkeit, das heißt die sofortige Verhandlung des Berichtes des Ausschusses, also die Vornahme der zweiten

nicht mehr — und ich sage das mit aller Schärfe, um die Verantwortlichkeiten sowohl in positiver als auch in negativer Beziehung abzugrenzen — das allgemeine Wahlrecht, wie es die Forderung der Sozialdemokraten war und ist, sondern

diese Vorlage ist Ihr Werk,

und eingegraben sind diesem Werke ebensowohl der politische Fortschritt, den diese Parteien im Verlauf dieses Jahres gemacht haben, als alle Rückständigkeiten der politischen Einsicht, die diesen Parteien anhaften. Die gestrige Abstimmung war eine historische in dem Sinne, daß das Parlament, man kann sagen zu seiner Gänze, sich als Träger dieser Reform erklärt hat. Die Sozialdemokraten sehen diese Entwicklung mit stolzer Genugtuung, denn sie waren die Fahnenträger des gleichen Rechtes zu einer Zeit, wo es noch als Wahnsinn galt, vielleicht als menschenfreundliche, ideologische Verirrung politischer Phantasten. (Sehr gut!) In diese Genugtuung mischt sich aber gar nichts von der Torheit, zu meinen, daß allein die Arbeiterklasse und ihre Notwendigkeiten die Wahlreform zum Siege getragen haben. Die politische Notwendigkeit für die Arbeiterklasse ist zum Siege gelangt, weil sie **zugleich die Notwendigkeit dieses Staates und aller Völker** ist. Nichts ist törichter als das Gerede, das wir in diesem Jahre so oft gehört haben, das Gerede von dem

Terrorismus von unten

und neuerdings auch von der

Einschüchterung von oben.

Von der sehr feinen, höchst aristokratischen Minorität — es sind allerdings unter den Gegnern auch einige Elemente, die wohl nur so viel Ahnen zählen, als die tollwütige Demagogie in allen politischen Dingen Ahnen zählt — wird mit Hohn gesagt, die Regierung habe sich vor der Straße gebeugt, und auf der anderen Seite wird allen Freunden der Wahlreform gesagt, sie seien die Sklaven der Dynastie.

Abgeordneter **Seitz:** Bezahlt!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Von dem Delirium, das wir gestern vernommen haben, lassen Sie mich schweigen. Es ist unter unserer

---

Lesung mit weit mehr als der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, nämlich mit 227 gegen 46 Stimmen beschlossen. Noch am 7. November begann die zweite Lesung. Die Generaldebatte füllte die drei Sitzungen vom 8., 9. und 12. November aus, die Spezialdebatte fünfzehn Sitzungen, sie begann am 13. November und endete am 1. Dezember.

Am 8. November kam auch Adler zu Wort. Nach ihm sprach unter anderen der Tiroler Klerikale, Pfarrer Schrott, der eigentliche Erfinder des von Tollinger eingebrachten Pluralitätsantrages; dann Weiskirchner, der die Pluralität ablehnte. Vergebens appellierte nochmals der Ministerpräsident Beck an die Großgrundbesitzer, worauf Stürgkh noch einmal ankündigte, daß die Großgrundbesitzer für die Pluralität und in der dritten Lesung gegen die Wahlreform stimmen würden.

Würde, auf Exzesse einzugehen, die von einzelnen Desperados begangen werden, die keine politische Zukunft haben und denen mehr um ihre persönliche Zukunft bange ist... Aber ist es nicht Torheit, zu meinen, daß die Massen oder die Krone terrorisiert hätten? Die Massen, die Krone und jene ungeheure Mehrheit der großen Parteien, die sich gestern gezeigt hat, unterliegen alle einem und demselben Zwange. Meinen Sie, daß die Krone, die Regierungen sich einer demokratischen Politik freiwillig gebeugt haben, daß sie nicht Vertrauen in ihre Kanonen haben? Aber sie sind endlich so klug geworden — es ist unbegreiflich, daß, wenn man einmal oben klug geworden ist, es noch immer Leute gibt, die hinter dieser Klugheit böse Absichten vermuten —, nun sind sie klug geworden, daß sie einsehen,

mit Kanonen läßt sich die Sache nicht machen.

Dieselbe Notwendigkeit, die die Arbeiterklasse in den Kampf für das Wahlrecht gezwungen hat, die die Krone und die Regierung in diesen Kampf gezwungen hat, ist es, die gestern dieses Haus zu einem Träger des allgemeinen Wahlrechtes gemacht hat. Das ist kein Druck von unten, das ist kein Druck von oben, das ist die innere Logik und Notwendigkeit der Dinge. Was wir für uns in Anspruch nehmen, ist nichts, als daß wir diese Notwendigkeit früher erkannt und mutig und opferfähig verfochten haben.

Für das vorliegende Gesetz im einzelnen müssen wir die Verantwortung ablehnen. Eine Reihe von Mängeln haftet dem Gesetz an, die nur zum Teil der traurigen Notwendigkeit der österreichischen Verhältnisse entspringen, zum anderen Teile aber der Rückständigkeit und Furchtsamkeit und zum Teil auch der dünkelhaften Präpotenz einzelner Abgeordneten.

Wir haben nun ein allgemeines Wahlrecht. Aber können wir das ein allgemeines Wahlrecht nennen, solange die Hälfte der Bevölkerung ausgeschlossen bleibt? Wir verfechten mit allem Ernst und allem Nachdruck

das Recht der Frau auf politische Vertretung

(Beifall), auch wenn wir wissen, daß Österreich noch nicht so weit ist, daß Aussicht wäre, daß dieses Recht Anerkennung findet. Wir verfechten dieses Recht durchaus nicht im Sinne jener Herren, die es wieder bloß für einzelne privilegierte Schichten in Anspruch nehmen, bloß für die sogenannten erwerbenden Frauen, womit nur gewisse Berufe gemeint sind, während sie der breiten Schichten des arbeitenden weiblichen Proletariats, die in derselben Mühsal und mit vermehrten Opfern und Schwierigkeiten im Dienste der Arbeit stehen, die mehr als die Männer ausgebeutet werden und denen mehr Lasten obliegen als den Männern, vollständig vergessen. **Solange nicht die Frauen das Wahlrecht haben, besteht kein allgemeines Wahlrecht,** und wir werden niemals aufhören, für das Frauenwahlrecht einzutreten. Wir glauben sogar, daß die Bedingungen dafür erst geschaffen sein werden, wenn das allgemeine,

gleiche und direkte Wahlrecht für die Männer wenigstens verwirklicht ist. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber auch für die Männer wird kein allgemeines Wahlrecht eingeführt und ich wiederhole den Protest gegen die Einschränkung des Wahlrechtes durch die

einjährige Seßhaftigkeit.

Ich weiß, auch die einjährige Seßhaftigkeit ist ein Kompromiß, wie ja die ganze Vorlage ein Kompromiß ist zwischen der politischen Vernunft und den österreichischen Verhältnissen. (Heiterkeit und Beifall.) Schon diese einjährige Seßhaftigkeit ist eine Konzession an die Vernunft; aber was man zur Begründung der einjährigen Seßhaftigkeit vorgebracht hat, hat sich als ganz unstichhältig erwiesen. Der einzige Grund, den man vorbringen konnte, ist der von der technischen Notwendigkeit bei der Anlegung der Wählerlisten. Aber jeder Fachmann weiß, daß je komplizierter die Bedingungen des Wahlrechtes gestaltet werden, um so schwerer die Verfassung der Wählerliste ist. **Die Wahrheit ist, daß man einem Teile der arbeitenden Klassen dadurch das Wahlrecht nehmen will.**

Ich komme nun zu dem Gebiet, das den Ausschuß am meisten in Anspruch genommen hat. Der Wahlreformausschuß hat eine politische Arbeit geleistet, die gewiß alle Anerkennung verdient. Ich kann das sagen, denn an den größten Schwierigkeiten waren ich und meine Partei nicht beteiligt. Er hat die ungeheure Schwierigkeit gelöst, das nationale Kräfteverhältnis zu konstatieren und in Mandatsziffern zu fixieren. Ich bin weit entfernt, zu behaupten, daß diese Arbeit in einwandfreier Weise geleistet wurde. Im Gegenteil, ich habe die Überzeugung, daß in einzelnen Fällen

ein schweres Unrecht verübt wurde.

Das politische Ideal der Zuweisung der Mandate nach der Kopfzahl ist in Österreich heute eine unmögliche Sache. Darüber geben wir uns keiner Täuschung hin. **Aber wer das allgemeine Wahlrecht will, kann es nur unter Berücksichtigung der bestehenden politischen Verhältnisse durchzusetzen trachten.** Es ist ganz ausgeschlossen, daß bei der bestehenden Verteilung der politischen Macht jenes Ideal durchzusetzen war, das den bestehenden Machtverhältnissen so sehr widerspricht. Es ist gewiß das erstrebenswerte Ideal, daß alle Nationen über die gleiche politische Macht verfügen; aber solange das nicht der Fall ist, ist die Verteilung der Mandate nach der Kopfzahl ein politisches Ideal, das der

Notwendigkeit, heute die Wahlreform zu schaffen,

unterzuordnen ist. Das hat der Ausschuß auch getan. Er hat Schritt für Schritt, unter den furchtbarsten Kämpfen, immer begleitet von den hinterlistigen Komplotten jener, die unter dem Vorwand der nationalen Schwierigkeiten die Wahlreform überhaupt vereiteln wollten, und von der Gefahr, in die listigen Schlingen zu geraten, die diese Übernationalen und Überdemokraten legten, es vollbracht, zu einer Feststellung zu gelangen. Wir können diese

Feststellung im einzelnen nicht billigen, aber wer die Wahlreform will, muß alles anerkennen, was ein wirkliches Kompromiß zwischen den Völkern ist. Neben den Kompromissen aber sind auch Dinge hergegangen, die — das muß offen anerkannt werden — nur als Vergewaltigung bezeichnet werden können. Auch diese Wahlreform, sosehr sie für alle Völker ein erlösendes Werk ist, ist nicht frei von den Spuren der Vergewaltigung der Völker. Da spreche ich besonders von dem politisch schwächsten der Völker, von den Ruthenen. Es ist ganz sicher, daß das ein Fleck auf der Wahlreform ist. Alle

Ausnahmsbestimmungen für Galizien

bedeuten ebenso viele Vergewaltigungen am ruthenischen Volksstamm. (Beifall.) **Es wäre aber eine Torheit, wenn man aus Abneigung gegen diese Vergewaltigung, aus dem Wunsche, den Ruthenen ihr volles Recht zu verschaffen, den Ruthenen und auch allen anderen Völkern gar kein Recht geben würde.** (Beifall.) Ich habe unseren ruthenischen Kollegen keine Ratschläge zu geben, aber ich möchte ihnen wohl sagen, daß sie niemand einen größeren Gefallen tun könnten, wenn sie sich den Wahlrechtsfeinden anschließen aus berechtigtem Ingrimm über die ihnen angetane Vergewaltigung, als den Erzfeinden ihres Volkes und aller Völker. (Beifall.) Mögen die Ruthenen nicht vergessen, daß diese Wahlreform selbst in der heutigen Gestalt erst die Möglichkeit, der Ausgangspunkt ist für eine Reorganisation, eine politische Entwicklung des ruthenischen Volkes! Man möge nicht allzu sanguinisch denken, eine andere Wahlreform müsse für die Ruthenen besser sein.

Wer weiß, wann wieder der nächste Anfall von politischer Vernunft in Österreich sein wird? (Heiterkeit und Beifall.) Dazwischen kann ein Meer von Elend und das Zugrundegehen vieler Kulturhoffnungen liegen. Wem verdanken Sie denn Ihre heutige Vergewaltigung? Wem sonst als den ungünstigen Machtverhältnissen, als Ihrer politischen Schwäche. Glauben Sie aber, daß Sie in einem halben Jahre oder in zwei Jahren eine größere politische Macht haben werden? Und würde irgendein Parlament oder eine Macht, die eine andere Wahlreform oktroyieren würde, mit etwas anderem rechnen als mit der wirklichen politischen Macht, die Sie dann ebensowenig haben werden wie jetzt? Dasselbe gilt auch von den anderen Völkern, die sich benachteiligt fühlen. So benachteiligt ist kein Volk durch die Verteilung der Mandate, daß es nicht trotzdem aus dieser Wahlreform eine Quelle reicher Entwicklung und Lebensfähigkeit schöpfen könnte. Allein schon das direkte und geheime Wahlrecht unter Wegfall der Kurien schafft eine Quelle von Mißbräuchen und die Möglichkeit galizischer Wahlen in sehr hohem Maße aus der Welt.

Die ganze Debatte im Wahlreformausschuß haben nationale Schlagworte beherrscht. Bei der Verteilung der Mandate innerhalb eines Volkes aber

entschied ausschließlich das Klasseninteresse.

Wir haben wohl gewußt, daß es uns gelingen kann, den Stein ins Rollen zu bringen; wir haben gewußt, wie weit unsere politische Macht reicht, und deshalb haben wir auch gewußt, daß wir dann, wenn es sich um die Einzelheiten handeln wird, auf den nicht sehr guten Willen derer angewiesen sein werden, die heute im Parlament die Macht in der Hand haben werden. Die Wahlbezirke wurden ganz rücksichtslos nach dem Klasseninteresse konstruiert, soweit es nur irgendwie möglich war. Denn vollständig konnte man die Arbeiter nicht verschwinden machen, nachdem man ihnen einmal das Wahlrecht gegeben hat. Gerade die Wahlkreiseinteilung für Mähren gibt dafür ein Beispiel. Hier besteht der nationale Kataster, so daß von nationalen Schwierigkeiten absolut keine Rede sein konnte. Aber wenn Sie alle die komplizierten Wahlkreiseinteilungen — und es sind höchst merkwürdige abenteuerliche Kombinationen darunter — durchgehen, so ist darunter die Wahlkreiseinteilung für Mähren die abenteuerlichste. Es drückt sich darin nichts anderes aus als **ein Klassengegensatz, der mit Rücksichtslosigkeit bis zum Exzeß seine Mittel wählt.** Dagegen muß protestiert werden; aber wir geben uns nicht der Täuschung hin, daß wir daran etwas ändern werden. Wir wissen sehr wohl, daß das, was der Wahlreformausschuß beschlossen hat, so gut wie unabänderlich ist und daß die Macht der Sozialdemokraten nicht ausreicht, um eine gerechte Einteilung zu schaffen.

Ähnlich steht es mit der Wahlordnung. Auch da findet sich eine Reihe von komplizierten Bestimmungen, die durchaus nur von dem

Mißtrauen gegen das Wahlrecht des Volkes

sprechen, die nur von dem Wunsche eingegeben wurden, hemmend einzugreifen und insbesondere die Agitation nach Möglichkeit einzuschränken. Hier wird es hoffentlich gelingen, einige Verbesserungen durchzuführen und die schlimmsten Dinge zu beseitigen. Hier muß ich auch der

Wahlpflicht*)

gedenken. Wir Sozialdemokraten sind keine Freunde der Wahlpflicht, wir halten sie in ihren Wirkungen für reaktionär und für geeignet, die politisch unbeweglichen und rückständigen Elemente zu Entscheidern des politischen Kampfes zu machen. Eine Gefahr aber sehe ich in der Wahlpflicht nicht; ich erblicke darin nichts, was die Tendenz des Entwurfes vereiteln würde, und wir gestehen Ihnen, daß unsere Abneigung gegen die Wahlpflicht wesentlich gemildert wurde durch die günstigen Erfahrungen, die unsere belgischen Parteigenossen damit gemacht haben. Wenn die Herren geglaubt haben, die Wahlpflicht sei etwas, was speziell der Sozialdemokratie den Strick um den Hals legen oder sie wenigstens —

*) Die Wahlpflicht war von Geßmann durchgesetzt worden, allerdings nicht obligatorisch, sondern nur für jene Länder, deren Landtage sie beschließen. (Siehe Ausschußsitzung vom 1. Oktober, oben, Seite 412 f.)

Der niederösterreichische Landtag hat schon am 24. Dezember 1906 die Wahlpflicht beschlossen.

ich weiß, die Herren sind nicht grausam — an die Leine legen soll (Heiterkeit), so werden Sie sich damit irren. Die Sozialdemokratie hat schlimmere Kampfbedingungen überstanden als die Wahlpflicht. Es war gewiß schwerer, den politischen Kampf zu einer Zeit zu führen, wo man die Arbeiterschaft zu den Urnen nicht zulassen wollte, als es zu einer Zeit sein wird, wo man sie zur Urne treiben wird. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Wir werden uns selbstverständlich bei der zweiten Lesung darauf beschränken, nur wenige Anträge und nur in den allerwichtigsten Dingen zu stellen, wo entweder ein großes Prinzip in Frage kommt oder wo die Möglichkeit winkt, eine Verbesserung durchzusetzen. So bescheiden und zurückhaltend aber unser Bestreben sein wird, die Wahlreform positiv zu verbessern, so energisch und rücksichtslos wird die Verteidigung der Wahlreform gegen Verschlechterungen sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Und da möchte ich Sie denn doch vor der Zuversicht warnen, daß die Prinzipien der Wahlreform heute schon geborgen seien. Nein!

Die Feinde der Völker sind immer viel fleißiger und eifriger als die Freunde.

Die Herren rüsten nicht ab und man hat bis zum letzten Moment zu gewärtigen...

Abgeordneter **Daszynski:** Im Herrenhause!

Abgeordneter Dr. **Adler:** ... einen

Versuch, durch das Pluralwahlrecht*)

die Wahlreform zu vereiteln. (Zustimmung.) Das Pluralwahlrecht bedeutet aber **nicht allein eine Verschlechterung und Verunzierung, sondern eine Verderbung und Vernichtung der Wahlreform.** (Lebhafter Beifall.) **Möge aber jedermann wissen, daß nach wie vor das gleiche Wahlrecht die Grundbedingung ist,** unter der diese Vorlage Gesetz werden kann. Möge sich jedermann zum

---

*) Tatsächlich hat dann die Pluralität noch eine große Rolle gespielt: Am 19. November begründete der Tiroler Klerikale Dr. Tollinger sein Minoritätsvotum auf Schaffung eines Pluralwahlrechtes und dieses wurde am 21. November mit 201 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Am 10. Dezember beschloß die Herrenhauskommission mit 14 gegen 4 Stimmen eine Alterspluralität. Am 14. Dezember hielt dann die Gesamtexekutive der Sozialdemokratischen Partei gemeinsam mit dem Abgeordnetenverband eine Sitzung ab, in der beschlossen wurde, die Vertrauensmänner der politischen Organisationen und der gewerkschaftlichen Verbände aufzufordern, sich sofort bereitzumachen, um unmittelbar nach der Abstimmung im Herrenhaus, wenn notwendig, zu einer außerordentlichen Reichskonferenz in Wien zusammenzutreten und die zur Durchführung des neuen Wahlrechtskampfes notwendigen Beschlüsse zu fassen. Zugleich sollten die seit Mai bestehenden Generalstreikausschüsse wieder in Funktion treten.

Darauf lehnte am 21. Dezember das Herrenhaus die Pluralität mit großer Mehrheit ab. (Siehe auch Adlers Rede im Ausschuß vom 3. Oktober sowie die in der Spezialdebatte vom 21. November über die Pluralität und die Fußnote über die Bedeutung der Pluralität.)

Bewußtsein kommen lassen, daß es **ohne gleiches Wahlrecht eine Wahlreform in Österreich nicht geben kann und nicht geben wird.** (Lebhafter Beifall.)

Die Gegner der Wahlreform haben sich gestern als eine nicht allzu zahlreiche Armee präsentiert. Man darf aber die Zähigkeit und Rastlosigkeit dieser Herren, ihre Neigung zum Terrorismus und zum Terrorisieren an Stellen, die weit empfindlicher gegen Terrorismus sind als dieses Haus, nicht unterschätzen. Man darf ihre altererbte Schlauheit, ihre Kunst, zu herrschen mit kleinen, ohne Rücksicht gewählten Mitteln, nicht unterschätzen. Wir sind in der Politik alle noch Knechte der Moral und Sittlichkeit. Diese alten Herrscher und Aussauger der Völker stehen längst und haben immer gestanden jenseits jeder Moral, jenseits jeder Sittlichkeit, sie haben immer rücksichtslos und ohne Gewissensbisse und Skrupel zur einzigen Maxime das gemacht,

was sie ihr Herrenrecht nennen

(lebhafte Zustimmung), dessen dekrepideste und kläglichste Erscheinung*) durch die Wahlreform ein Ende nehmen soll. (Lebhafter Beifall.) Unterschätzen Sie diese Herren nicht, seien Sie auf der Wacht, und Sie können das um so besser, je schneller Sie die Wahlreform zu Ende führen.

Wir haben den wichtigsten Teil der Wahlreformaktion hinter uns und obwohl die Wahlreform noch nicht Gesetz ist, spürt man bereits

die wohltätigen Folgen dieser ganzen Aktion.

Dieses Haus, das jede Würde preisgegeben hat, das hoffnungslos und desperat in die eigene Kraft absolut kein Vertrauen setzte, das vollständig entmannt war, hat sich schon durch den Gedanken der Wahlreform und den Entschluß, etwas Notwendiges und Vernünftiges zu tun, aufgerafft, und es ist heute tatsächlich gewachsen. Das hat schließlich auch Leute überzeugt, die dem gleichen Wahlrecht sehr fern, ja fremd und feindselig gegenüberstehen. Ob die große Majorität, die sich gestern für die Frage der Dringlichkeit gefunden hat, aus lauter überzeugten Freunden des gleichen Rechtes besteht, das untersuchen wir nicht; wir haben die Gewissen nicht zu erforschen. Für den politischen Fortschritt dieses Hauses ist das auch vollständig gleichgültig. Es ist durchaus gleichgültig, aus welchen Motiven und seit welcher Zeit man Anhänger des gleichen Rechtes ist. Sie aber, meine Herren, die sich etwas darauf einbilden, weil Sie

stolz auf den Ruinen des Unrechtes sitzen bleiben,

haben kein Recht, die Achseln zu zucken und mitleidig auf die zu sehen, die „keinen Mut haben", während Sie den Mut, den verbrecherischen Mut haben, eine Notwendigkeit des Staates und der Völker bis zum letzten Moment zu bekämpfen. Hier **steht kein Grundprinzip in Frage,** hier steht **nur ein Vorurteil und ein Vorrecht**

*) Die Großgrundbesitzerkurie.

einer Kaste in Frage, einer Kaste, die Österreich von einer Katastrophe zur anderen geführt hat (lebhafter Beifall und Händeklatschen); und die Notwendigkeit des gleichen Rechtes und die Überzeugung aller Völker, daß ein neues Leben für Österreich beginnen muß, entspringen eben der Einsicht, daß mit dieser Sorte von Katastrophenpolitik in Österreich ein Ende gemacht werden muß. Wir wollen das gleiche Recht verwirklichen, nicht als das Ende unserer Politik, sondern als ihren Anfang, als ihre Vorbedingung. Wir wollen ein Volkshaus haben, um den Völkern die Möglichkeit zu einem neuen staatlichen Gebäude zu geben; wir wollen die Möglichkeit schaffen, an die Stelle des namenlosen „Etwas", dieses Rahmens für einige unzufriedene und untereinander feindselige Völker, den man die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder nennt, **an die Stelle dieses Konglomerats von Wahnsinn und historischem Verbrechen ein neues Leben zu setzen, eine neue Welt, die die Völker führen soll zur Kultur und Freiheit.** (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Seßhaftigkeit.

Parlament, zum Minoritätsbericht,
14. November 1906*).

Minoritätsberichterstatter Dr. **Adler** führt aus, seine Partei mußte in der Frage der Seßhaftigkeit ein Minoritätsvotum einbringen und den prinzipiellen Standpunkt wahren, der das Erfordernis der Seßhaftigkeit ausschließt. Er wendet sich gegen die Behauptung, man könne ohne die Bedingung der Seßhaftigkeit Wählerlisten nicht aufstellen. Abgesehen davon, daß sich damit die einjährige Seßhaftigkeit nicht rechtfertigen ließe, da sich in der allgemeinen Wählerklasse gezeigt hat, daß man auch mit der sechsmonatigen reichlich auskommt, muß aber auch bestritten werden, daß auch nur eine sechsmonatige Seßhaftigkeit die Aufstellung der Wählerlisten erleichtern würde, geschweige denn notwendig wäre.

Im Gegenteil. Je mehr Bedingungen gestellt werden, je mehr Nachweise notwendig sind, um das Wahlrecht zu erlangen, um so schwieriger und komplizierter gestaltet sich das Geschäft der Herstellung der Wählerlisten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und nichts macht so viel Schwierigkeiten als gerade die Konstatierung der Seßhaftigkeit, und nichts führt zu so viel Beschwerden und gerechten Anfechtungen der Reinheit der Wahlen als diese Bedingung.

Man wünscht weiter, den Einfluß der Leute zu vermindern, die

*) Dr. Adler hatte zum § 7 seinen Antrag auf Abschaffung der einjährigen Seßhaftigkeit, der im Ausschuß abgelehnt worden war, als Minoritätsvotum angemeldet und hatte nun dieses als Minoritätsberichterstatter zu begründen. (Siehe seine Rede in der Ausschußsitzung vom 13. September unter dem Titel „Das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes".)

keinen ständigen Wohnsitz, also weniger konservative Interessen haben. Es ist aber zunächst unrichtig, daß die Seßhaftigkeit etwas anderes sei als eine Beschränkung des Wahlrechtes ausschließlich der Arbeiterklasse. Es ist weiter ebenso unrichtig, daß es sich hier etwa um irgendeinen Bodensatz der Gesellschaft handeln würde. Der Seßhaftigkeit entbehre eine sehr große Anzahl von Arbeitern aller Branchen, die höchst qualifiziert, ständig in Arbeit sind, insofern sie nicht durch die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Kapitalismus selbst von einem Ort an den anderen versetzt werden. Diese großen Schichten der Arbeiterschaft können in keinem anderen Sinne zu den fluktuierenden Elementen gezählt werden als wie der Arzt, der im Winter in Wien, im Sommer in Karlsbad seine Praxis ausübt. Man unterschätze die Wirkung der einjährigen Seßhaftigkeit nicht. Die Christlichsozialen, die sich früher so ungeheuer für die dreijährige und fünfjährige Seßhaftigkeit eingesetzt haben, haben sich langsam nach rückwärts konzentriert und mit einer platonischen Erklärung begnügt, weil sie sich überzeugt haben, daß die Bedingung der Seßhaftigkeit nicht nur die sozialdemokratische, sondern die ganze Arbeiterklasse trifft, auch jene indifferenten Massen, die ihr Gefolge bilden. In Wien haben im Jahre 1900 von 416.700 Männern über 24 Jahre nicht weniger als 21.000 das Erfordernis der einjährigen Seßhaftigkeit nicht gehabt. Das sind etwas mehr als 5 Prozent. In der Altersstufe zwischen 24 und 30 Jahren aber macht die Zahl der Wähler, denen die einjährige Seßhaftigkeit fehlte, 9·6 Prozent aus. Da die Arbeiterklasse eine kurze Lebensdauer hat, alle früheren Jahrgänge stärker mit Proletariern besetzt sind, trifft diese Entziehung des Wahlrechtes sie mit doppelter Stärke. Der nächste Fortschritt der Gesetzgebung wird ganz gewiß die Beseitigung dieser Einschränkung sein. Einstweilen mußte der Versuch dieser Beseitigung gemacht werden, deshalb beantragen wir die Streichung der Worte: „Seit mindestens einem Jahre."

Für den voraussichtlichen Fall der Ablehnung dieses Minoritätsvotums stelle er einen Eventualantrag. Die Seßhaftigkeit ist jetzt an die Gemeinde geknüpft, in der das Wahlrecht auszuüben ist. Das ist für große Gemeinden wie Wien oder Prag ein anderer Begriff als der Wahlkreis. In sehr vielen Gegenden aber, besonders in den Industriebezirken, wird dadurch das Gebiet für das Wohnen innerhalb des Jahres sehr eingeschränkt. Der Gesetzgeber kann unmöglich wollen, daß alle die Leute, die einfach über die Straße ziehen und damit die Gemeinde wechseln, zu fluktuierenden Elementen gestempelt werden und das Wahlrecht verlieren sollen. Der Redner beantragt, statt der Worte „in der Gemeinde, in welcher das Wahlrecht auszuüben ist", zu setzen „in dem Wahlbezirk, in welchem das Wahlrecht auszuüben ist, oder im Falle eine Gemeinde in mehrere Wahlbezirke geteilt ist, in einem derselben". Die einjährige Seßhaftigkeit überhaupt ist ein bewußtes, schweres Unrecht an der Arbeiterklasse. Die Verweigerung aber selbst dieser kleinen damit vorgeschlagenen Erleichterung wäre

eine überflüssige Schikane, deren man sich nicht schuldig zu machen braucht*). (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Billige Demagogie.

Spezialdebatte, 16. November 1906**).

Minoritätsberichterstatter Dr. Adler tritt den von den slawischradikalen Parteien gegen die Sozialdemokraten erhobenen Vorwürfen entgegen. Nach der Meinung dieser Herren wäre es für die Sozialdemokratie angemessener, wenn sie auf dem Standpunkt stünde: die Vorlage entspricht nicht dem Ideal des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, darum verwerfen wir sie und überlassen es den anderen Parteien, dafür zu stimmen. Diese Taktik kann den radikalen Tschechen***) sehr angemessen dünken, für die Sozialdemokraten wäre sie eine selbstmörderische gewesen. Heute vereinigen sich wohl viele Stimmen auf die Vorlage; aber man wird doch nicht glauben, daß diese Parteien solche Fanatiker für das allgemeine Wahlrecht sind, daß sie auch nur dieses mangelhafte Gesetz mit solcher Begeisterung zum Siege tragen würden, wenn sich die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie dagegen aussprechen würden. Darum stimmen wir für die Vorlage trotz ihren Mängeln und verzichten darauf, unseren Wählern gegenüber eine

billige Demagogie

zu üben, die wir nicht nötig haben. Die Arbeiterschaft weiß, daß dasjenige, was an der Vorlage gut ist, im wesentlichen der treibenden Kraft der organisierten Arbeiterschaft zu danken ist, und was an ihr mangelhaft ist, nicht unsere Schuld ist, sondern die notwendigen Konzessionen an die Rückständigkeit dieses Parlaments und unsere politischen Parteien darstellt. Deshalb werden wir für unser Minoritätsvotum auf Aufhebung der Seßhaftigkeitsklausel bis zum Schluß eintreten, wenn dieses fällt, für den Antrag Choc auf dreimonatige Seßhaftigkeit stimmen, wenn aber beides abgelehnt wird, trotz der Seßhaftigkeitsklausel für den § 7 in der vorliegenden Gestalt. Redner erörtert sodann insbesondere die Entziehung des Wahlrechtes, die an einer großen Zahl von Saisonarbeitern dadurch geübt wird, daß die Seßhaftigkeit von der bisherigen Dauer von sechs Monaten auf ein Jahr ausgedehnt werden soll. Schließlich empfiehlt Redner insbesondere wenigstens seinen Eventualantrag bezüglich der Seßhaftigkeit anzunehmen, wonach dieser

*) Die Abstimmung fand in der nächsten Sitzung am 16. November statt. Der Minoritätsantrag Adler wurde abgelehnt.

**) Am 16. November wurde der grundlegende Paragraph der Wahlreform, der § 7, der das allgemeine Wahlrecht für alle 24jährigen männlichen Staatsbürger enthält, mit großer Mehrheit beschlossen. Adler vertrat den Minoritätsantrag auf Abschaffung der einjährigen Seßhaftigkeit. (Siehe die vorhergehende Rede vom 14. November über die Seßhaftigkeit.)

***) Die radikalen Tschechen hatten wirklich, wie schon berichtet wurde, durch Obstruktionsanträge die Wahlreform verhindern wollen.

Begriff dort, wo der Wahlbezirk größer ist als die Gemeinde, sich nicht auf diese, sondern auf den Wahlbezirk zu beziehen hätte. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Pluralität.

Spezialdebatte, 21. November 1906*).

Wenn es etwas gibt, was nicht konservativ, sondern subversiv ist, so sind es die Anschauungen der Abgeordneten Morsey und Bobrzynski, der Vertreter der konservativen Parteien. Warum

*) Am 6. Oktober hatte der Wahlreformausschuß, wie oben berichtet wurde, den Pluralitätsantrag abgelehnt. Die Klerikalen jedoch, hinter denen auch noch die Fronde der Herrenhäusler und der Großgrundbesitzer stand, versuchten den Antrag, den Dr. Tollinger als Minoritätsvotum angemeldet hatte, im Hause durchzubringen. Aber die Erregung, die die Arbeiterschaft über dieses Attentat auf das gleiche Recht erfaßt hatte, hatte die Regierung und die volksfreundlicheren Elemente unter den Klerikalen davon überzeugt, welche Gefahren dieses Attentat für den Staat mit sich bringen müsse. Gegenüber den Angriffen der Erzkonservativen verwiesen die anständigeren Klerikalen, die nicht unter dem Einfluß der Aristokratie standen, vornehmlich die aus Oberösterreich, auf die Macht des deutschen Zentrums, die unter dem gleichen Wahlrecht so groß geworden sei, und der klerikale Landeshauptmann von Oberösterreich, Dr. Ebenhoch, veranlaßte sogar den deutschen Reichstagsabgeordneten Hitze, im „Linzer Volksblatt" einen Artikel gegen das Pluralwahlrecht zu schreiben. (Zum besseren Verständnis sei noch bemerkt, daß die Vereinigung der Altklerikalen mit den Christlichsozialen erst nach den Wahlen des Jahres 1907 erfolgte, weil sonst die Sozialdemokraten im Volkshaus die stärkste Partei gewesen wären. Bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrechtes waren die Christlichsozialen und die Klerikalen zwei verschiedene Parteien, und Ebenhoch, der nachmalige christlichsoziale Minister, war ebenso wie Morsey und Tollinger damals Mitglied des klerikalen „Zentrums".) Waren also die demokratischeren Klerikalen aus Oberösterreich für das gleiche Wahlrecht, so blieben die Klerikalen aus Tirol und Steiermark dabei, daß der Knecht nicht dasselbe Recht haben dürfe wie der Bauer. Nach langwierigen Beratungen aller reaktionären Parteien brachte endlich der Vertreter der Tiroler Klerikalen, Abgeordneter Dr. Tollinger, seinen Pluralitätsantrag neuerlich ein. (Siehe oben Adlers Rede über die Pluralität in der Ausschußsitzung vom 3. Oktober sowie die Fußnote über seine Bemerkungen zur Pluralität in seiner Parlamentsrede vom 8. November über den weiteren Kampf gegen die Pluralitätspläne, namentlich der Herrenhäusler.)

Welche Wirkung auch nur eine bloße Alterspluralität hätte, darüber gaben die Ziffern der Volkszählung deutlich Aufschluß.

Es waren von 2,879.575 männlichen Selbständigen, die über 24 Jahre alt sind, 2,265.248 über 35 Jahre alt, von 2,461.280 Arbeitern und Taglöhnern im wahlfähigen Alter nur 1,324.632 über 35 Jahre alt.

Es mußten also die Bürgerlichen, deren Zahl die der Proletarier nur um rund 400.000 überstieg, bei der einfachen Alterspluralität 5,144.823, die Proletarier aber nur 3,785.912 Stimmen haben, wodurch die Differenz auf rund 1,400.000 angewachsen wäre. Nun verschlechterte man diese Pluralität noch durch die der Mittelschulbildung und den Zensus und man kann

wird von Baron Morsey behauptet, die Sozialdemokratie sei die Partei des Klassenkampfes? Als ob nicht alle Parteien in diesem Hause Klassenparteien wären! Ich mache es diesen beiden Abgeordneten nicht zum Vorwurf, daß auch sie Vertreter einer Klasse sind, sondern ich werfe ihnen vor, daß Sie es leugnen und daß sie die Interessen ihrer Klasse so schlecht vertreten, daß sie damit alle Klassen, den Staat und alle Völker schädigen. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Diesen Herren handelt es sich nicht um die ländlichen Dienstboten, für die angeblich das gleiche Recht ein Ansporn zur Auflehnung und die Verkümmerung des gleichen Rechtes ein Beruhigungsmittel wäre. So gegen alle menschliche Natur sind auch die landwirtschaftlichen Dienstboten nicht, daß sie, wenn man ihnen das gleiche Recht mit dem Bauern gibt, empört sein sollen, und daß sie, wenn man sie degradiert, zufrieden und beruhigt wären. Aber auch die Bauern sind Menschen, auch die Knechte müssen nicht eine knechtische Gesinnung haben, Gesetze der menschlichen Psychologie sind auch auf sie anwendbar. Es ist kein konservatives Motiv, wenn man die Entrechtung gerade in dieses Wahlrecht hineinträgt!

Im Namen aller Parteien, die auf dem Boden der Vorlage in in diesem entscheidendsten und wichtigsten Punkte stehen, im Namen der großen Majorität dieses Hauses, die sich vor ein paar Tagen zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht bekannt hat, müssen wir dieses Attentat, das auf das Wahlreformwerk versucht wird, zurückweisen. Nicht eine Faser an dem Antrag Tollinger ist mehr ganz. Der Widersinn dieses Antrages liegt in allen Details ganz klar zutage. Das Gefährliche dieses Antrages steckt darin, daß er die Absicht hat, das gleiche Recht zu vernichten und damit die Vorlage, das Resultat schwerer politischer Arbeit, zu Grabe zu tragen. (Zustimmung bei den

---

die Perfidie dieses Planes annähernd erkennen. Aber auch dann nur annähernd. In seiner ganzen Kniffigkeit kann man ihn nur ermessen, wenn man bedenkt, daß die Pluralität des Stimmrechtes nicht in das Grundgesetz über die Reichsvertretung, wo die allgemeinen Bestimmungen über das Wahlrecht festgesetzt wurden, aufgenommen werden sollte, sondern in die Wahlordnung, die nur die technischen Bestimmungen über das Wahlverfahren enthielt. So sollte die Notwendigkeit der Zweidrittelmehrheit für die Pluralität umgangen werden und die einfache Majorität, die bei der Wahlordnung genügt, auch für sie als hinreichend erklärt werden. Ein Kniff, der den geriebenen Klerikalen alle Ehre machte.

Nun beriet das Haus in der Spezialdebatte schon drei Tage über die Pluralität, die von Tollinger als Minderheitsberichterstatter vertreten wurde. Am dritten Tag — 21. November 1906 — hielt zunächst Baron Morsey, ein steirischer Klerikaler, eine giftige Rede gegen das allgemeine Wahlrecht, nach ihm sprach der Abgeordnete Dr. Bobrzynski vom Polenklub aus „nationalen“ Gründen für die Pluralität. Dann kam Adler zu Wort.

Bei der Abstimmung — der ersten namentlichen Abstimmung — wurde der Antrag Tollinger mit 201 gegen 143 Stimmen abgelehnt.

Sozialdemokraten.) Baron Morsey weiß das am allerbesten, er weiß ganz genau, daß, wenn es ihm gelänge, die Pluralität ins Gesetz hineinzubringen, damit nicht etwa die Pluralität gerettet, sondern die Wahlreform vernichtet wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das allein wollen diese Herren und deshalb ist es nicht nötig, gegen die sachlichen Argumente anzukämpfen, die nur der Ausdruck der Abneigung des Hasses gegen das gleiche Recht und gegen die Wahlreform sind. Baron Morsey sagte, in ihrem Herzen sei die große Majorität der Parteien des Hauses gegen die Wahlreform, nur wagen diese Parteien es nicht, gegen die Wahlreform aufzutreten, und haben Baron Morsey und seine Partei beauftragt, die Wahlreform umzubringen. Baron Morsey hat sich ausgegeben als ein Träger der Gedanken und Pläne nicht bloß der offenen Wahlrechtsfeinde, sondern auch der Parteien, die diese Wahlreform im schweren Kampfe geboren und sich nun als Träger der Wahlreform bekannt haben. Er hat diese Parteien dadurch eines Aktes der

politischen Heuchelei und Unaufrichtigkeit

geziehen; einer Politik, für die der Ausdruck macchiavellistisch ein fast ehrender Begriff und eine Bezeichnung wäre, die vielleicht die Moral, nicht aber den niedrigen Grad von Intelligenz charakterisieren würde, die mit einer solchen Taktik verbunden wäre. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wir haben aber gesehen, daß sich auch innerhalb der bürgerlichen Parteien Schritt für Schritt, langsam und nicht ohne Rückfälle, aber im großen unaufhaltsam und ehrlich die Überzeugung Bahn gebrochen hat, daß es notwendig und unabwendbar ist, zum gleichen Recht überzugehen. Diejenigen, die hier die Verantwortung für das Chaos nicht tragen möchten, das entstehen müßte, wenn die Wahlreform vereitelt würde, halte ich, trotzdem ich ihr schärfster Gegner bin, nicht für verwerflich, feig und niedrig genug, daß sie die Verantwortung für eine Untat, die sie selbst begangen haben, dem Baron Morsey übertragen.

Baron Morsey hat sich als der

geheime Agent

aller jener Parteien aufgespielt, die die Wahlreform nicht wollen und die ihn gedungen — Pardon! betraut haben mit der ehrenvollen Aufgabe, sie geheim umzubringen. Gegen diesen Vorwurf muß ich diese Parteien in Schutz nehmen. Es ist nicht wahr, daß diese Parteien nur darauf warten, daß die Kavaliere da drüben sich sammeln zum Kampfe gegen die heiligsten Interessen des Volkes. Es ist nicht wahr, daß die großen Parteien des Hauses, des Bürgertums, des breiten Bauernstandes diese Herren beauftragt haben, ihnen Henkersdienste an der Wahlreform zu leisten. Ich bin überzeugt davon, daß alle Schichten der Bevölkerung heute von der Notwendigkeit und Unabwendbarkeit des allgemeinen und gleichen Rechtes durch-

drungen sind. Das allgemeine und gleiche Recht wird auch beschlossen werden, weil man sonst einem

politischen Chaos

gegenüberstehen würde, weil sonst Baron Morsey und seine Gesinnungsgenossen die Ehre hätten, über dieses Land eine Katastrophe verhängt zu haben, über die nur ein fanatischer Feind dieses Landes und seiner Völker oder ein ganz einsichtsloser Mensch eine Freude haben kann. Für so politisch pervers halte ich die politischen Parteien nicht, wie sie Baron Morsey schilderte. Wenn man sich vor den Sozialdemokraten fürchtet, wenn das gleiche Recht gewährt wird, wie würde man sie erst kennenlernen, wenn das gleiche Recht vereitelt würde! Die Sozialdemokraten wollen eine ruhige Entwicklung für das Proletariat, für alle Klassen und für diesen Staat, weil auch das Proletariat dieser ruhigen Entwicklung bedarf; sie wollen ein Ende auch für die Wahlrechtsbewegung. Diese Bewegung würde aber nicht enden, sondern anfangen und in ganz anderen Formen sich bewegen, wenn jetzt die Wahlreform vereitelt würde. Darum ist es nicht vernünftig, nicht recht, aber auch nicht konservativ, wenn jemand für den Antrag Tollinger stimmt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Wählerlisten.

Spezialdebatte, 22. November 1906.

Minoritätsberichterstatter Dr. **Adler***) begründet seinen zu § 12 gestellten Minoritätsantrag, nach welchem auch eventuelle Nachträge zur Wählerliste auf Verlangen jedermann auszufolgen seien. In dem Gesetzentwurf sei nur bestimmt, daß die ursprünglichen Wählerlisten gegen Ersatz der Kosten ausgefolgt werden müssen; es sei jedoch auch notwendig, die nach Durchführung des Reklamationsverfahrens vorgenommenen Richtigstellungen den Parteien zur Verfügung zu stellen, und deshalb sei die von ihm beantragte Bestimmung notwendig.

Abgeordneter Dr. **Adler****) tritt neuerlich für die Annahme seines Minoritätsantrages über die Verabfolgung der Nachträge zur

---

*) Im Wahlreformausschuß hatte Adler den Antrag gestellt, daß auch die Nachträge zu den Wählerlisten den Wählern gegen Ersatz der Kosten gegeben werden. Der Antrag war aber abgelehnt und von Adler als Minoritätsvotum angemeldet worden. (Siehe den Bericht über die Sitzung des Ausschusses vom 20. September, wo auch über den christlichsozialen Wahlschwindel das Nötige gesagt ist.) Der Antrag, gegen den sich Geßmann jetzt wieder wendete, wurde nun angenommen.

**) Beim § 13, der von den Reklamationen handelt, war am 21. September im Ausschuß ein Antrag Vogler und Adler angenommen worden, daß die Seßhaftigkeit erforderlichenfalls von Amts wegen

Wählerliste ein. Die Gründe, die er hiefür vorbrachte, als er den Antrag stellte, seien durch den Verlauf der Debatte außerordentlich vermehrt worden. Er wolle als Minoritätsberichterstatter gewiß nicht über die ihm durch die Geschäftsordnung gezogenen Grenzen hinausgehen, denn er sei nicht Vizepräsident des Hauses*). (Heiterkeit.) Aber er müsse darauf aufmerksam machen, daß im letzten Moment Anträge gestellt wurden, die sich mit dem ganzen Operat des Ausschusses nicht im Einklang befinden. Insbesondere wurde die Bestimmung des § 13 angefochten, daß die Angaben über die Seßhaftigkeit erforderlichenfalls von Amts wegen zu ergänzen seien.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Mit einer Stimme Majorität wurde dieser Antrag im Ausschuß angenommen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Um so leichter wäre es gewesen, den Gegenantrag als Minoritätsvotum anzumelden und das Haus nicht heute damit zu überraschen. Wenn die Behörde dem Staatsbürger, der sein Wahlrecht, das ihm rechtswidrig vorenthalten werden soll, reklamiert, nicht zur Seite steht und ihm dabei behilflich ist, so wird es nur um so notwendiger sein, sein Minoritätsvotum anzunehmen, damit man in die Vorgänge klare Einsicht gewinnt und sieht, was bei der Reklamation herausgekommen ist. Er hoffe aber, daß das Haus der Ausschußvorlage zustimmen und den Antrag Geßmann ablehnen werde. Es sieht gerade so aus, als ob derjenige, der sein Wahlrecht reklamiert, etwas haben will, das ihm nur durch besondere Gunst zu gewähren sei. Jeder, der reklamiert, ist gewissermaßen ein

Beschwerdeführer gegen das Amt,

das ihn in die Wählerliste nicht aufgenommen hat. Diese Behörde ist deshalb auch verpflichtet, ihm zu helfen, daß das Unrecht, das sie an ihm verübt, wieder gutgemacht werde.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Sie ist das gar nicht imstande!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Sie ist das ganz gut imstande, das wissen Sie am besten, Herr Regierungsrat. Die Behörde hat es jedenfalls leichter als der Reklamant, den Nachweis zu erbringen, ob der Betreffende die einjährige Seßhaftigkeit in der Gemeinde erlangt hat oder nicht. Wie kann man die Behörden von diesen ganz selbstverständlichen Verpflichtungen lossprechen? Wenn jemand fünf Gulden gestohlen werden, ist sofort alles in Bewegung. Aber daß das Wahlrecht auch ein Eigentum

---

zu erheben sei. Das war den Christlichsozialen sehr unangenehm und Geßmann suchte das Haus zu überrumpeln, indem er plötzlich in der Debatte den Antrag auf Streichung stellte. Tatsächlich gelang es ihm, diese Verbesserung wieder zu beseitigen, so daß jeder Reklamant die Dokumente seiner Seßhaftigkeit selbst beibringen mußte. Die Erfahrung hat dann gezeigt, zu welchen Schwierigkeiten das führte, also für die Christlichsozialen zu vielen Gelegenheiten des Wahlrechtsraubes.

*) Der deutschnationale Vizepräsident Dr. Kaiser hatte von allem möglichen gesprochen.

ist, noch dazu das Eigentum von Leuten, die gar kein anderes Eigentum haben als das bißchen politisches Recht, scheint man nicht zu begreifen. Dr. Geßmann hat eine ganze Menge derartiger Schutzmaßregeln beanstandet und immer mit der gleichen Begründung, daß die Behörden so überlastet werden. Die Behörden sind sonst gar nicht so faul, wenn es gilt, einem armen Teufel sein Recht wegzunehmen. Wenn einer ein paar Gulden Armenunterstützung bekommen hat, werden die Erhebungen von Amts wegen gepflogen, auch ohne daß der Betreffende es will. Da wird er gleich aus der Wählerliste gestrichen. Hier aber, wo es sich um ein ganz

klares Recht

handelt, will man es verweigern. Ich stelle keine Anträge, weil ich weiß, daß man hinter allen Anträgen, die von den Sozialdemokraten kommen, etwas Teuflisches sieht. Ich verlange nur, daß das Haus den wohldurchdachten Antrag des Ausschusses annimmt, in dem doch höchst konservative Leute gesessen sind. Wenn man aber auch den Ausschußantrag nicht annehme, werde man die heute ohnehin schwierige Aufstellung der Wählerlisten noch weiter erschweren. Die technisch schwierige Materie ist im Ausschuß sehr gründlich nach allen Seiten durchgesprochen worden, es liegt eine einheitliche Arbeit vor, und nun versucht man es, durch eine Masse von Anträgen diese Arbeit zu erschüttern!

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Ich habe nicht eine Masse, sondern nur drei Anträge gestellt, und zwei davon haben den Zweck, einen Unsinn, den der Ausschuß beschlossen hat, aus der Welt zu schaffen! Lassen Sie die Bestimmung nur drin, mir ist sie ganz recht, dann zahlen sie 200.000 fl. für die Wählerlisten!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Na, es wird schon billiger gehen!

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Ich habe ihm schon eine Druckerei empfohlen, die es billiger macht!

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Den „Vorwärts"! (Lebhafte Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich kann nur wiederholt bitten, die Ausschußanträge unverändert sowie auch den Minoritätsantrag, der nur eine logische Konsequenz der Ausschußanträge darstellt, zum Beschluß zu erheben.

Wahlbestechung.

Ausschuß, 29. November 1906*).

Abgeordneter Dr. **Adler** hält die Anregung des Abgeordneten Hagenhofer für beachtenswert. Der § 12, auf den sich der Justiz-

*) Das „Gesetz zum Schutze der Wahlfreiheit" hatte der Ausschuß einem Subkomitee überwiesen und dort war es ziemlich stark umgearbeitet

minister beruft, spricht nur vom Wahlkommissär und der Wahlkommission, nicht aber von denjenigen, die die Wählerlisten anfertigen. Daß auch diese Personen Beamtencharakter haben, daß jeder Mißbrauch, den sie begehen, den Mißbrauch der Amtsgewalt darstellt, ist richtig; aber es ist ganz nützlich, das in diesem Gesetz ausdrücklich zu sagen, wo auch viele andere selbstverständliche Dinge gesagt werden. Der Antrag Kaiser ist gleichfalls beachtenswert und hat zunächst das Verdienst, die Erklärung des Justizministers provoziert zu haben, daß das Verteilen von „Wahlbier“ und „Wahlwürsteln“ unter den Begriff der Wahlbestechung gehöre. Bisher hat man in weiten Kreisen darüber nicht so gedacht. Das zeigen einem drastische Beispiele, Vorgänge bei der Landtagswahl in Mähren am 11. November. In dem Wahlprotest, der gegen die Wahlmißbräuche in Witkowitz vorgebracht wurde, wird unter anderem konstatiert, daß in großem Umfang auf Grund von Anweisungen Bier und Gulyas von den Funktionären des Deutschen Vereines für Witkowitz und Umgebung an die Wähler verabreicht wurden. Nun ist kaum anzunehmen, daß diese Vereinsfunktionäre wirklich auf Grund dieses Gesetzes mit einem bis zu sechs Monaten strengen Arrests bestraft werden würden; andererseits aber wäre es eine Härte, die armen Menschen, die, ohne zu wissen, was sie tun, solches Bier angenommen haben, mit so schweren Strafen zu treffen. Die Folge wäre, daß in der Praxis dieser häufigste Fall von Wahlbestechung, gerade weil er unter so schwerer Strafe steht, in weitaus den meisten Fällen straflos bleiben würde. Will man also diesen Mißbrauch wirklich treffen, dann müßte die Strafe eine geringere sein.

---

worden. Als „Gesetz über strafrechtliche Bestimmungen zum Schutze der Wahl- und Versammlungsfreiheit“ kam es am 29. November zur Verhandlung im Ausschuß. Zu einer lebhaften Debatte kam es namentlich beim § 3, der von der Wahlbestechung handelte, wobei viel von Gratisessen und Gratisbier bei Wahlen gesprochen wurde. Der steirische Klerikale Hagenhofer beantragte einen Zusatz, daß, wer bei Verfassung von Wählerlisten absichtlich oder aus grober Fahrlässigkeit die Eintragung von wahlberechtigten Personen unterläßt oder nichtwahlberechtigte Personen einträgt, wegen Vergehens bestraft werden solle. Der volksparteiliche Abgeordnete Kaiser beantragte, daß auch derjenige, der Wahlberechtigte durch unentgeltliche Verabreichung von Speisen und Getränken in der Ausübung ihres Wahlrechtes zu beeinflussen sucht, ein Vergehen begehe — worauf der Justizminister Dr. Klein erklärte, das sei auch ohnedies im Begriff der Wahlbestechung mitenthalten, da schon nach alten Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes die Verabreichung von Speisen und Getränken als Stimmenkauf strafbar sei. Die Fälschung der Wählerlisten sei schon jetzt als Verbrechen des Mißbrauchs der Amtsgewalt strafbar. Darauf zog Hagenhofer seinen Antrag zurück und in der Abstimmung wurde der Antrag Kaiser mit 16 gegen 9 Stimmen abgelehnt. Die Wahlmißbräuche, die Dr. Adler von den Landtagswahlen in Witkowitz berichtete, wurden auch nach der Wahlreform von der Rothschildschen Werksdirektion und ihrem Generaldirektor in Witkowitz begangen und von der Wahl des Abgeordneten Dr. Licht wurden im Legitimationsausschuß die unerhörtesten derartigen Wahlmißbräuche bewiesen.

Der Kanzelparagraph.

Ausschuß, 30. November 1906.

Abgeordneter Dr. **Adler** führt aus, in der Tatsache, daß die Sozialdemokraten gegen die Aufnahme des Kanzelparagraphen*) stimmen werden, liege keineswegs, wie einige Vorredner meinten, ein Widerspruch zu deren Programm, sondern im Gegenteil, sie stimmen gegen diesen Paragraphen in unverbrüchlicher Konsequenz ihres prinzipiellen Standpunktes, der darin bestehe, daß sie weder Ausnahmegesetze gegen irgendeine Klasse und irgendeinen Stand, noch irgendwelche Einschränkung der Meinungsäußerung billigen können. Die schweren Mißbräuche, die von Geistlichen aller Konfessionen verübt werden, kennen wir genau und unterschätzen ihre Gefahr nicht. Aber wenn die Herren verhindern wollen, daß durch Mißbrauch der Kanzel zu politischen Zwecken ihr Gotteshaus entweiht und ihr Priesteramt geschändet werde, so erklären wir, daß das unsere Sorge nicht ist. Die Würde des Priesters zu wahren, ist die Angelegenheit der Kirche, nicht die der Gesetzgebung. Aus prinzipiellen Gründen, wie auf Grund der politischen Erfahrung sind wir gegen dieses Ausnahmegesetz. Die Idee des Kanzelparagraphen stamme keineswegs aus Krain, wie in der Debatte bemerkt worden sei, sondern sie

*) Am 30. November, an demselben Tage, an dem im Abgeordnetenhaus, allerdings unter andauernden Krawallen und sogar Raufereien der Tschechischradikalen und der Alldeutschen die Wahlkreiseinteilung von Böhmen, Mähren, Schlesien, Galizien und Bukowina erledigt und die von Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg bis zur Abstimmung gebracht, also entscheidende Arbeit geleistet wurde, kam im Wahlreformausschuß bei der Beratung des Wahlrechtsschutzgesetzes, nachdem der § 4, der von der Wahlnötigung handelte, angenommen worden war, ein Antrag zur Verhandlung, der einen sogenannten „Kanzelparagraphen", eine Bestimmung gegen den Mißbrauch der Kanzel schaffen wollte. Der Antrag, der nach dem liberalen Slowenen Ferjancic benannt und auch von den Deutschnationalen Löcker, Erler, Malik und Wastian sowie von dem Tschechischradikalen Choc unterschrieben war, hatte folgenden Wortlaut:

> Ein Geistlicher oder anderer Religionsdiener, der aus Anlaß von Wahlen zu den im § 2 genannten Vertretungskörpern in der Absicht, einen Wahlberechtigten zur Nichtausübung seines Wahlrechtes oder zu dessen Ausübung in einem bestimmten Sinne zu bewegen, an einem zum Gottesdienst geweihten Orte Wahlagitation betreibt oder in dieser Absicht gottesdienstliche Handlungen vornimmt oder auch außerhalb desselben geistliche Versprechungen oder Drohungen anwendet, begeht, sofern die Tathandlung nicht den Tatbestand des § 4 begründet, eine Übertretung und wird mit Arrest von einer Woche bis zu drei Monaten oder an Geld von 50 Kronen bis 1000 Kronen bestraft.

Dazu legte Adler die Stellung der Sozialdemokraten dar. Über den Ausgang dieses Streites um den Kanzelparagraphen siehe die Bemerkungen zu der Rede im Plenum vom 12. Jänner 1907: „Der Wahlterror der Antiterroristen".

rühre vom Fürsten Bismarck her, entspringe also derselben politischen Anschauung, aus welcher das Sozialistengesetz entstanden sei. Es sei charakteristisch, daß Fürst Bismarck in seinem Kriege gegen die Katholiken in zwei Fällen Niederlagen erlitten habe, mit dem Jesuitengesetz und mit dem Kanzelparagraphen. Die Bundesgenossenschaft des Polenklubs, der durch den Abgeordneten Bobrzynski habe erklären lassen, daß er deswegen gegen den Kanzelparagraphen sei, weil er nie für ein Ausnahmegesetz stimme, weist er feierlich auf das entschiedenste von sich. Der Abgeordnete Bobrzynski werde wohl wissen, daß nie eine Ausnahmeverfügung gegen die Arbeiterschaft, nie auch ein anderes Ausnahmegesetz zustande gekommen sei, für das der Polenklub nicht gestimmt hätte. Gerade weil er wisse, wie gefährlich und verbreitet die von der Priesterschaft aller Kirchen ausgehende politische Agitation sei, soll man den Einfluß, den die Geistlichen überall auf die Massen besitzen, nicht noch dadurch verzehnfachen, daß man ein Ausnahmegesetz gegen die Geistlichkeit schafft. Man würde der Priesterschaft ganz gratis ein starkes Agitationsmittel schaffen, ein fakultatives Martyrium, aus dem selbstverständlich nie ein reales Martyrium werden würde. Denn nie würde es zu einer Bestrafung kommen, wenn aber ja, dann um so schlimmer. Wenn behauptet werde, für die Sozialdemokraten sei der Kanzelparagraph ebenso wichtig wie für alle anderen Parteien, weil ja auch sehr viele Sozialdemokraten die Gotteshäuser besuchen, so wolle er demgegenüber bemerken: Die Sozialdemokraten gehen gewiß in die Kirche, allein wer als Sozialdemokrat hineingegangen ist, ist noch nie als Klerikaler herausgekommen, wohl aber ist der umgekehrte Fall schon öfter eingetreten. Die Sozialdemokraten können auf den Mißbrauch der Kanzel gar nicht verzichten und es ist ihnen keineswegs unangenehm, wenn sich die Klerikalen durch ihre Priester kompromittieren.

Der Sieg der Wahlreform.

Versammlung in der Volkshalle,
2. Dezember 1906*).

Parteigenossen und -genossinnen! Sie sind heute versammelt zur Besprechung einer wirtschaftlichen Frage, die in alle unsere Verhältnisse tief einschneidet. Diese wirtschaftliche Frage ist zu-

*) Für den 2. Dezember war eine große Kundgebung gegen den Fleischwucher einberufen. Gut fünfundzwanzigtausend Menschen waren gekommen, um an der großen Versammlung, die in die Volkshalle des Rathauses einberufen war, teilzunehmen. Selbstverständlich fand nur ein kleiner Teil in der Volkshalle Platz, die anderen mußten draußen vor dem Rathaus demonstrieren. Als Redner in der Versammlung sprachen über die Fleischteuerung Reumann, Schuhmeier und Seitz. Aber vor Eingehen in die Tagesordnung berichtete Adler über den Abschluß der

gleich eine politische Frage ersten Ranges und sie wird zugunsten des Volkes nicht entschieden werden, wenn das Volk nicht seine ganze politische Macht in die Wagschale legen kann. Aber, Parteigenossen, bevor Sie zur Erörterung dieser Frage schreiten, war es mir — ich gestehe es Ihnen — ein Bedürfnis, am heutigen Tage einige Worte an Sie zu richten. Gestern wurde im Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in zweiter und dritter Lesung beschlossen. (Brausende Hochrufe auf das allgemeine und gleiche Wahlrecht und auf Dr. Adler.) Drei Tage über ein Jahr ist es her, daß wir vor das Parlament gezogen an jenem glorreichen 4. November, in einer Demonstration, die unerhört war und unvergleichlich. Mit ihr haben wir vor aller Augen klargestellt, daß die Arbeiterschaft Österreichs überzeugt und entschlossen ist, die Notwendigkeit für Österreich durchzusetzen, koste es, was es wolle. (Stürmische Zustimmung.) Ein Jahr der schwersten politischen Arbeit ist vergangen, ein Jahr voll Krisen, voll Gefahren, ein Jahr, wo jede Woche so viel politischen Inhalt hatte wie sonst oft nicht Jahre. Dieses Jahr ist zu Ende und das gleiche politische Recht ist eine Tatsache in Österreich. (Brausender Jubel.)

Parteigenossen! Wir sind weit davon entfernt, zu sagen, das Proletariat allein habe durch seine Übermacht und durch seine Gewalt das gleiche Recht durchgesetzt. Wir wären ohnmächtig, wenn wir uns nicht in den Dienst der geschichtlichen Notwendigkeit ge-

---

Wahlreform im Abgeordnetenhaus. Am Tage vorher, am 1. Dezember, hatte das Abgeordnetenhaus mit 194 gegen 63 Stimmen die Wahlreform angenommen, nachdem sie in den letzten Tagen noch mannigfache Schwierigkeiten hatte überwinden müssen. Am 21. November hatten, wie ja berichtet wurde, die Wahlreformfeinde die Einführung des Pluralwahlrechtes beantragt. Aber der Antrag wurde mit 201 gegen 143 Stimmen abgelehnt. Am 27. November krawallierten die Tschechischradikalen wegen der Aufteilung der Mandate in Böhmen. Am 29. beantragte Kramarsch unter dem Eindruck dieser Krawalle die Abänderung der Mandatsaufteilung in Böhmen — statt der im Ausschuß beschlossenen 75 Mandate für die Tschechen und 55 für die Deutschen 78 für die Tschechen und 52 für die Deutschen. Als aber Beck rund heraus erklärte, daß das die Wahlreform zum Scheitern bringe, ließen sich die vernünftigen Tschechen überstimmen, die Tschechischradikalen aber erzwangen am nächsten Tage durch tätliche Angriffe auf die Schriftführer die Unterbrechung der Sitzung. Doch konnte am 1. Dezember auf die zweite Lesung im Wege eines Dringlichkeitsantrages gleich die dritte Lesung folgen.

So hatte die Wahlreform im Abgeordnetenhaus gesiegt. Aber nun kamen noch die Schwierigkeiten im Herrenhaus. Aber als die Regierung dem Wunsche der Herrenhäusler, auf das Recht des „Pairsschubs" zu verzichten, indem die Zahl der Mitglieder des Herrenhauses mit einer Mindestzahl und einer Höchstzahl bestimmt werde, nachgegeben und die Vorlage über den „numerus clausus" (geschlossene Zahl) eingebracht hatte, die die Mindestzahl der auf Lebenszeit ernannten Herrenhausmitglieder mit 150, die Höchstzahl mit 170 festsetzte, gaben auch die Herrenhäusler nach und am 11. Jänner nahm auch das Herrenhaus die Wahlreform an, die am 26. Jänner die kaiserliche Sanktion erhielt.

stellt hätten; wir wären ohnmächtig, wenn wir nicht die Träger wären der Ideen, die zum Siege kommen müssen, wenn die Vernunft der Menschheit sich verwirklichen soll. So aber sehen wir, daß die geschichtliche Notwendigkeit überwunden hat den Widerstand der Kurien, den Widerstand der Bürokratie, den Widerstand alles dessen, was Macht und Gewalt hat in Österreich, und so wissen wir, daß die Kraft unserer Idee uns auch weiter führen wird. Das allgemeine und gleiche Wahlrecht, das Ende des Kurienparlaments und der Kurienschande, der Beginn eines wirklichen Volksparlaments ist in diesem alten Österreich Tatsache. Zwar, Genossen, ist noch nicht der letzte Streich zu diesem Werke getan. Noch harrt das gleiche Wahlrecht der Unterschrift des Herrenhauses. Wir wissen sehr genau, leicht wird es den Herren im Herrenhause nicht werden, das gleiche Recht des Volkes anzuerkennen. Das wissen wir. Aber wir haben das eiserne Vertrauen, daß die unabwendbare Notwendigkeit, die das Abgeordnetenhaus, ja die die widerstrebenden Parteien gezwungen hat, das gleiche Recht zu fördern — wir sind überzeugt, daß diese Notwendigkeit für den Staat, für das Volk und für die Möglichkeit der Kultur und Entwicklung in Österreich auch stark genug sein wird, daß sich die Herren im Herrenhause ihr werden beugen müssen. Fern von uns liegt es, Terrorismus üben oder auch nur andeuten zu wollen. Wir wollen die Herren nicht vergewaltigen — wir haben ja nicht die Gewalt hiezu —, aber vergewaltigt werden sie werden und beugen werden sie sich müssen, wie wir uns alle beugen müssen vor der Notwendigkeit der Völker und des Staates.

Parteigenossen! Den Arbeitern Österreichs aller Zungen gebührt heute der größte und wärmste Dank ganz Österreichs. Sie haben in einer wahrhaft musterhaften und bewundernswerten Weise gezeigt, daß sie alle Eigenschaften haben, die zur politischen Reife gehören, die sie befähigen zu großen politischen Dingen. Die Arbeiterschaft Österreichs hat Energie, Entschlossenheit und Kampfbereitschaft gezeigt, wenn es notwendig war; sie hat aber auch eine weise Mäßigung, jene kluge Zurückhaltung zu bewahren gewußt, wo es am Platze war. Tapferkeit und Weisheit, die haben unsere Sache zum Siege geführt.

Eines will ich noch sagen: ich hoffe und wünsche, daß das klassenbewußte Proletariat Österreichs, das mit dieser bewundernswerten Energie und mit dieser noch größeren Weisheit sein Recht zu erkämpfen verstanden hat, dieselbe Weisheit und dieselbe Kraft bewahren wird, wenn es gilt, das Recht zu gebrauchen, das es sich jetzt als Waffe erkämpft hat, seine Interessen durchzusetzen. (Allgemeiner Beifall.) Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht ist heute ein erreichtes Ziel; von morgen an ist es der Beginn eines neuen Kampfes in neuem, größerem Umfang, mit mehr Kraft und mehr Mitteln und hoffentlich auch mit mehr Glück für die Arbeiterschaft. Der Kampf für das Wahlrecht ist zu Ende. Was nun beginnt, ist der Gebrauch des Rechtes, ist der Kampf für die speziellen Interessen der Arbeiterklasse, bewehrt mit dem gleichen Rechte, das sie sich erobert und von niemand wird nehmen lassen. (Tosen-

der Beifall.) Und so schließe ich: Es lebe das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht! (Hoch! Hoch! Hoch!) Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Brausende Hochrufe, jubelnde Begeisterung in der ganzen Versammlung.)

Die Grundlagen der neuen Politik.

Budgetprovisorium, 19. Dezember 1906.

Aber über alle diese Fragen*) werden wir noch zu sprechen haben, wenn das neue Haus zusammentreten wird. Sie begreifen, daß ich, wenn ich zum Budget spreche, an der Tatsache nicht vorübergehen kann, daß der

Abschluß der Wahlreform

bevorsteht, daß er aber leider noch nicht erfolgt ist. Die Wahlreform stößt auf Hindernisse in dem anderen Hause. Das Herrenhaus hat Schwierigkeiten gemacht. (Rufe: Es hat schon nachgegeben!) Ich bin überzeugt, daß trotz allen Intrigen, aller Böswilligkeit der Feinde des Volkes, trotz allen heimlichen Schleichwegen derjenigen, die ein persönliches Interesse an dem Scheitern der Wahlreform haben und dieses persönliche Interesse der Zukunft des Staates und seiner Völker entgegensetzen, auch das Herrenhaus dem Appell, den die gesamte Öffentlichkeit, den alle Schichten der Bevölkerung ohne Unterschied an seine bekannte Weisheit haben ergehen lassen, nicht widerstehen werde. Ich hoffe und wünsche das, aber ich muß auch sagen, daß der Abgrund, vor dem wir bewahrt wurden, sehr gefährlich war.

Täuschen Sie sich darüber nicht! Ich sehe hier Herren, die immer noch bis zur letzten Stunde gemeint haben, das bißchen Pluralität und gar Alterspluralität könne niemand schaden, das werden alle, sogar die Sozialdemokraten schlucken. Wir erklären Ihnen nochmals feierlich, lieber heute gar keine Wahlreform, als eine auf lange Zeit verpfuschte Wahlreform! (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es wäre die schlechteste Politik, die wir machen könnten, uns auf Jahre hinaus politisch die Zukunft abzuschneiden; heute, wo man

*) Am 19. Dezember mußte das Abgeordnetenhaus noch ein Budgetprovisorium beschließen, wobei Adler selbstverständlich auch die Wahlreform zur Sprache brachte. Vorher hatte er einige andere Fragen kurz erörtert. Bei der Erörterung der Wahlreform mußte er natürlich auch die Fronde der Herrenhäusler erörtern, die eben durch ein Kompromiß beigelegt worden war. Die Herrenhäusler hatten außer der Alterspluralität noch die Aufnahme einer Bestimmung verlangt, wonach das Recht der Krone, auf Ernennung von Mitgliedern des Herrenhauses, das bisher unbeschränkt war, beschränkt werden sollte. Die Zahl der vom Kaiser auf Lebenszeit ernannten Mitglieder sollte nicht mehr als 170 und nicht weniger als 150 betragen. Indem die Regierung diesen „numerus clausus" (beschränkte Zahl) zugestand, verzichteten die Herrenhäusler schließlich auf die Pluralität. (Siehe die Rede vom 2. Dezember.)

mit etwas Verstand, Energie und Pflichtgefühl da drüben ein vernünftiges Werk vernünftig zu Ende führen kann. Ich habe selbst die Überzeugung, daß die Vernunft gesiegt hat. Einzelne Parteien des Herrenhauses wünschen nun

an die Wahlreform Bedingungen

für die Reform des eigenen Hauses zu knüpfen. Es ist etwas verwunderlich, daß dieser Wunsch so spät und so plötzlich gekommen ist. Es liegt da der Verdacht nahe, daß wenigstens einzelne Herren weniger wünschen, das Herrenhaus zu reformieren, als der Wahlreform Schwierigkeiten zu bereiten oder einen allzu großen Zuzug aus dem Abgeordnetenhaus fernzuhalten. (Heiterkeit.) Wenn der Regierung ein Vorwurf zu machen ist, darf er nicht vom Herrenhaus, sondern könnte höchstens vom Abgeordnetenhaus über die allzu große und schnelle Bereitwilligkeit erhoben werden, mit der die Regierung einem Wunsche des Herrenhauses so pünktlich und umfassend nachgekommen ist. Die Völker Österreichs haben etwas länger petitionieren müssen, bis sie die Reform ihres Hauses zuwege brachten. Die einzige uns wünschenswerte Reform des Herrenhauses ist dessen Abschaffung. Aktuell ist aber heute nur der

Numerus clausus,

der gewissermaßen eine Stärkung der Position des Herrenhauses bedeutet und uns als solcher nicht erwünscht ist. Dieser Numerus clausus bedeutet aber zugleich auch eine Schwächung der Krone, und dagegen haben wir von unserer Seite nichts einzuwenden. Man kann da ohne weiteres annehmen, daß der eine Vorteil den anderen Nachteil kompensiert. Wir werden diesen Vorschlag nicht mit Entzücken aufnehmen, wir werden ihn aber als eines der vielen Kompromisse über uns ergehen lassen — ohne Entzücken, aber auch ohne Feindseligkeit. Das Herrenhaus hätte es aber gar nicht notwendig, allzu harte Bedingungen zu stellen, das Kompromiß durch harte Förmlichkeiten allzusehr zu erschweren. Ich habe die feste Überzeugung, daß dieses Haus, das heute in seiner überwältigenden Majorität von der Notwendigkeit der Wahlreform durchdrungen ist, auch die Bedingung des Numerus clausus im Herrenhaus anerkennen wird.

Vor uns liegt eine Zeit, wo durch die Wahl auf Grund des gleichen Rechtes

die Grundlage für eine neue Politik

gelegt werden soll; eine Zeit, die über die nächste Zukunft des Staates bestimmen soll und die zeigen wird, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht nicht der Abschluß, sondern der Beginn einer neuen Entwicklungsperiode ist, einer Periode der vollständigen Umwälzung aller Bedingungen des Lebens des Staates. Das wird eine schwere und umfassende Arbeit sein. Und wenn Sie sich ermüdet zeigen, wenn alle politisch Arbeitenden erschöpft sind durch das große Werk, das eben vollbracht wurde, müssen wir uns alle sagen: Nach den Wahlen hoffen wir

neu gestärkt und neu gekräftigt wieder hieher zu kommen und ein neues Österreich zu schaffen, das basiert auf dem Alleinwillen der Völker und in dem zum erstenmal die Völker ihre Politik selbst machen können. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Das Wahlschutzgesetz.

Parlament, 11. Jänner 1907*).

Das Gesetz über die Wahlfreiheit hat ursprünglich den Zweck gehabt, der Wahlreform Prügel in den Weg zu werfen. Man hat die Wahlreform als etwas angesehen, was man nur mit der größten Vorsicht und mit allerlei Sicherheitsventilen machen kann. Nur so konnte man auch die schwankenden Elemente dafür gewinnen. Eine große Anzahl von Parteien war ja damals noch nicht so begeistert vom allgemeinen Wahlrecht wie jetzt. (Heiterkeit.) Wir beglückwünschen Sie ehrlich zu dieser Wandlung Ihrer Anschauungen. Das ist ja der Werdegang aller großen Ideen, daß zuerst die Klasse voranschreitet, die in erster Linie an der Freiheit ein Interesse hat, daß sie zuerst eine Minorität ist, die bekämpft und belächelt wird, daß aber die Minorität die Majorität mit sich fortreißt und endlich zur Majorität wird. Sehr viele von unseren Forderungen, die heute noch bekämpft werden, werden seinerzeit Gesetz werden als Werk dieser Majorität, und wir werden Ihnen immer den Ruhm neidlos gönnen. Wir sind in allen Fragen immer bereit dazu, uns, indem wir den Vorstoß führen, einsperren zu lassen für eine Sache, die, wenn sie eingeführt ist, denjenigen, die sich zuletzt für sie eingesetzt haben, Ehren und Würden bringt. Eingesperrt zu werden ist unsere Funktion, Auszeichnungen zu erhalten, ist die Funktion der anderen. Wir sind beide in unseren Rollen und wollen bei diesen Rollen auch in Zukunft bleiben. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Ich werde gerade gefragt, ob du nicht auch Hofrat werden willst?

Abgeordneter Dr. **Adler:** Vorläufig nicht!

Abgeordneter **Loser****): Der Sternberg hat gesagt, daß Sie der Vizekaiser werden sollen!

---

*) Unter den Vorlagen, die schon Gautsch mit der Wahlreform zusammen dem Parlament vorgelegt hatte, war auch eine „zum Schutz der Wahlfreiheit", die auch im wesentlichen Gesetz wurde. Sie war ausschließlich das Werk Geßmanns, der dann auch durchsetzte, daß die Bestimmungen, die sich gegen einen Wahlterror richteten, gemildert wurden. (Siehe die Reden Adlers vom 29. und 30. November 1906 im Ausschuß, aber auch vom 12. Jänner 1907 im Haus.)

**) Franz Loser, ein Christlichsozialer (von Beruf Eisenbahner), Abgeordneter der fünften Kurie von Vorarlberg.

Abgeordneter **Malik***): Vorläufig! Sehr vorsichtig, Herr Doktor Adler!

Abgeordneter **Eldersch:** Da ist der Malik ganz anders, der weiß es gleich! (Heiterkeit.)

Abgeordneter **Malik:** Vorläufig hängen ihm die Trauben noch zu hoch!

Abgeordneter **Eldersch:** So ist es! Sie haben wieder einmal den Nagel auf den Kopf getroffen! (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Adler:** Vorläufig ist mir die Gesellschaft der Hochverräter noch lieber als die der Hofräte! (Lebhafte Heiterkeit.)

Abgeordneter **Malik:** Wir danken dafür!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Aber das geht Sie ja gar nichts an, Sie sind ja kein Hochverräter! Das ist Größenwahn, wenn Sie das glauben! (Heiterkeit.)

Alle die Momente, welche bei der jetzigen Wahlordnung für ein Gesetz betreffend die Wahlfreiheit sprechen, entfallen beim allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. Jeder muß den Eindruck haben, daß die Herren, welche das Gesetz wollen, nämlich die Christlichsozialen und die Polen, nur fürchten, daß die obligaten Mittel galizischer und Wiener Wahlen beim allgemeinen, gleichen Wahlrecht nicht mehr verfangen werden. Es war also nicht begründet, gerade jetzt ein solches Gesetz zu schaffen. Eine Abhilfe gegen Wahlmißbräuche kann nur herbeigeführt werden, wenn sich das sittliche Niveau des Parlaments hebt und wenn das Parlament die Kraft besitzt, um Leute, die durch Mißbrauch in das Haus gekommen sind, wieder auszuschließen. Es ist nicht wahr, daß man dem allgemeinen Stimmrecht gegenüberstehen muß wie

einer Bestie,

gegen die man sich mit Netzen, Gewehren und Stricken ausrüstet, und es ist nicht nötig, daß man der Wahlreform mit einem Gesetz an den Leib rückt, das nach seiner Tendenz zwar ideal, aber nach seinem Inhalt ein Monstrum ist. Wahrscheinlich gefällt das Gesetz den Christlichsozialen auch nicht mehr.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Gewiß nicht in seinem jetzigen Umfang; es ist ein Kompromiß wie jedes andere.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Aber es ist nicht ein Kompromiß wie sonst zwischen der Vernunft und den Machtverhältnissen, sondern es ist ein Kompromiß zwischen der Angst und dem Wunsche, dieses Gesetz einseitig gegen diejenigen auszubeuten, zu deren Schutz es angeblich ersonnen ist. Wesentlich ist dieses Gesetz ein

Angstprodukt!

*) Vinzenz Malik, Abgeordneter der jetzt jugoslawischen Stadt Leibnitz, Alldeutscher, fanatischer Bekämpfer der Wahlreform, gehörte übrigens auch dem Parlament des allgemeinen Wahlrechtes an.

Es ist ein Produkt der Angst vor dem Wahlrecht, vor den Massen.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Es ist ein Produkt der praktischen Erfahrung!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Es ist erstens ein Produkt der Angst und zweitens ein Produkt des schlechten Gewissens; das ist das, was Sie als „praktische Erfahrungen" bezeichnen! Eigentlich sollte ein Gesetz, das den Schutz der wirtschaftlich Schwachen bei den Wahlen anstrebt, das Wahlmißbräuche, Bestechungen, Mißbrauch der Amtsgewalt verbietet, von den Sozialdemokraten aufs wärmste begrüßt werden, weil immer die Arbeiter als die wirtschaftlich Schwächeren bei den Wahlen vergewaltigt werden. Bei dem allgemeinen Wahlrecht ist aber eine Quelle der Mißbräuche schon weggeschafft durch die Beseitigung der indirekten und der mündlichen Wahlen. Die herrschende Partei in Wien ist gewohnt, ihre Arbeiter und Beamten zu den Wahlen zu kommandieren. Diese politische Beeinflussung ist die einzige Schattenseite der von mir sonst anerkannten kommunalen Großbetriebe.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Sie vertreten ja selber das Recht der wirtschaftlichen Beeinflussung!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das ist nicht richtig!

Abgeordneter **Schoiswohl*):** Boykottandrohungen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Tatsache ist, daß von Leuten, die die wirtschaftliche Macht haben, die Angestellten bisher in Gruppen und unter genauer Kontrolle zu der Urne geführt wurden, ob sie die richtigen Stimmzettel abgeben.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Das ist in Wien nie geschehen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich bin überzeugt, daß das in Zukunft nicht mehr möglich sein wird. Es wird auch nicht nötig sein, weil die Wahlkreise entsprechend zugemessen sind.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Aber Sie haben sich wirklich nicht zu beklagen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Oh, Herr Hofrat, Sie sind unschuldig wie ein neugeborenes Kind! (Heiterkeit.) Sie wären ein schlechter Politiker, wenn Sie Ihre Macht nicht zu Ihren Gunsten gebraucht hätten. Ich nehme Sie aber jetzt beim Wort. Ich kann nicht annehmen, daß der Führer einer Partei, der so hervorragenden Einfluß auf ein solches Gesetz genommen hat, dulden wird, daß in seiner eigenen Partei von den offiziellen Beamten dieser Partei dieser selbe Mißbrauch gegen die Arbeiterschaft wieder geübt werden wird. Auch in Böhmen, Mähren und Schlesien sind Wahlmißbräuche vorgekommen, die gegen die Arbeiter gerichtet waren, so auch bei den letzten mährischen Landtagswahlen.

*) Michael Schoiswohl, christlichsozialer Arbeitervertreter, Werkstättenvorarbeiter in Gußwerk, Abgeordneter der fünften Kurie von Bruck an der Mur in Steiermark, wurde auch unter dem allgemeinen Wahlrecht gewählt.

Abgeordneter **Eldersch:** Ich kann Ihnen noch ein paar Biermarken geben!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Die Fabrikanten haben bei den Wahlen die Arbeiter terrorisiert. Jedes Land hat darin seine Sitten. Von den galizischen Wahlsitten zu sprechen, wäre überflüssig, denn diese sind geschichtliche Beispiele für alle Formen des Wahlschwindels und des Wahlterrorismus, der Vergewaltigung der Wahlen bis zum Erschlagen.

Der § 5 des Gesetzes, der von der Wahlnötigung spricht, wird nicht gegen die wirtschaftlich Stärkeren angewendet werden, sondern gegen die wirtschaftlich Schwachen, die sich koalieren, sich organisieren und sich dadurch den freien Ausdruck ihres politischen Willens sichern wollen.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Wer ist heute der wirtschaftlich Stärkere? In vielen Fällen viel mehr Sie als das Großkapital!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Herr Hofrat! Ich bewundere Ihren Optimismus; wir sind leider noch lange nicht so weit, denn wenn die Arbeiterschaft wirklich wirtschaftlich stärker wäre als das Großkapital, dann würde manches in diesem Lande anders ausschauen ... Ich frage niemals, was in einem Gesetz steht, sondern immer nur, wie das Gesetz gehandhabt wird. Darum muß ich über die Bemühungen lächeln, die den Mißbrauch der Kanzel zu Wahlzwecken verhindern wollen.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Sagen Sie gleich, es ist eine Machtfrage.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Es ist eine Machtfrage und darum ist unser ganzes Bestreben nicht darauf gerichtet, die Herren zu überzeugen, sondern darauf, die Macht zu erlangen. Die Sozialdemokraten haben es nie verheimlicht, daß der ganze Kampf nur der politischen Macht des Proletariats gilt.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Gleiches Recht für alle.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Wir wundern uns nicht, daß Sie sich an der Macht halten wollen, aber tun Sie sich nicht in Tugend drapieren! ... Ich bin nicht für die Einführung eines Kanzelparagraphen, obwohl ich die Gefahr der Agitation der Geistlichkeit nicht unterschätze. Ich weiß genau, daß meiner Partei in der Organisation der Geistlichkeit eine politische Organisation gegenübersteht, die so vollkommen funktioniert, wie leider die sozialdemokratische Organisation nie funktionieren wird. Die Organisation, an deren Spitze oder an deren Seite Herr Hofrat Geßmann steht, hat ihren Vertrauensmann in jedem Pfarrhof, es ist eine Organisation, die funktioniert wie ein Uhrwerk.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Das ist eine Übertreibung!

Abgeordneter **Schuhmeier:** Wird auch fortwährend aufgezogen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Herr Hofrat Geßmann, wenn die Organisation auch noch nicht vollständig klappt, geben Sie die Hoffnung nicht auf, Sie werden's schon dermachen! (Heiterkeit.)

Abgeordneter **Seitz:** Wir schmieren ja mit der Kongrua! (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Adler:** Die Agitation der Geistlichen wird man nicht verhindern können. Keinem Geistlichen wird je ein Haar gekrümmt werden, wenn wir auch ein noch so scharfes Gesetz schaffen. Die Geistlichen werden dadurch nur in die Rolle von Märtyrern gedrängt. Jedes Ausnahmegesetz hat die Folge, daß nur der Schwache davon getroffen wird und niemals der Starke. Der Antrag auf Einführung eines Kanzelparagraphen entspringt nur der Angst des Bürgertums und dem Gefühl, daß seine Macht zu wanken beginnt. Die Sozialdemokraten fürchten die Agitation von der Kanzel nicht. Es ist noch keiner in die Kirche gegangen als Sozialdemokrat und als Klerikaler herausgekommen. Wohl aber sind sehr viele schon als Klerikale hineingegangen und als Sozialdemokraten herausgekommen. Die Sozialdemokraten wollen der Geistlichkeit nicht erschweren, in dieser Weise zu ihren Gunsten zu wirken. Wir sind allerdings nicht dazu bereit, diesen Herren

eine Immunität

zuzugestehen. Durch dieses Gesetz wird ja jeder Amtsmißbrauch bestraft, und demgemäß sollte auch ein Geistlicher bestraft werden, wenn er in Ausübung seines Amtes eine Wahlbeeinflussung vornimmt. § 5 bedeutet also für mich eine Beruhigung, allerdings nicht meines politischen, aber meines formalen Gewissens; denn ich weiß, politisch wird nichts herauskommen, aber es ist wegen der Ordnung, daß auch das im Gesetz drin steht. (Lebhafte Heiterkeit.) Es existieren autoritative Aussagen über die Art und Weise, wie die Geistlichkeit das Wahlgeschäft auffaßt. Ich werde Ihnen aus einer mit bischöflicher Genehmigung erschienenen theologisch-praktischen Quartalschrift aus dem Jahre 1898 ein paar Nutzanwendungen vorlesen, in welchen Dr. Hermann Strohsacker eine Abhandlung über

Wahlkasuistik

geschrieben hat, die einen gewissen Einblick in die Psychologie der priesterlichen Wahllogik gewährt. Er kommt unter anderem zu dem Schlusse, daß, wenn es keine Sünde ist, in gewissen Fällen, um die Wahl eines Sozialdemokraten zu verhindern, mit Liberalen oder Nationalen zu paktieren, es dann auch keine Sünde sein kann, Geld oder sonstige Emolumente für seine Stimme anzunehmen, allerdings unter der Voraussetzung, daß der Katholik dem Skandalum ausweicht. Das Geschäft eines Wahlagitators besteht nach seiner Ansicht in folgenden Handlungen: Plakate des vom Agitator vertretenen Kandidaten anzuheften, gegnerische Plakate herabzureißen, den gegnerischen Kandidaten nach Möglichkeit als unfähig und unwürdig hinzustellen...

Abgeordneter **Pastor***): Sie machen das ja auch!

Abgeordneter **Pernerstorfer** (zum Abgeordneten Pastor): Aber Sie vertreten doch die Tugend!

---

*) Dechant Leo Pastor, Vorsitzender der polnischklerikalen Partei, Abgeordneter der Landgemeinden von Jaslo, auch später dort gewählt.

Abgeordneter Dr. **Adler:** ... eventuell den Mangel an Freunden durch Geldverteilung zu paralysieren. S i e, Hochwürden Pastor, S i e würden selbstverständlich fragen: Welches dieser Agitationsmittel verträgt sich erstens mit dem Gesetz, zweitens mit der Moral und drittens mit dem Gebot, nicht zu lügen? Aber Dr. Strohsacker ist ein Weltkind gegen Sie. (Lebhafte Heiterkeit.) Er ist nicht so heikel, er sagt, es kommt darauf an, welcher Couleur der Kandidat angehört (lebhafte Heiterkeit), dem der Agitator seine Dienste anbietet. Ist es ein Sozialdemokrat oder ein Kandidat, dessen Wahl hic et nunc nicht erlaubt ist, so ist natürlich die ganze Tätigkeit des Agitators unerlaubt, auch wenn die Schritte, die er im Interesse seines Auftraggebers unternimmt, an und für sich erlaubt wären. Mit dem Abreißen der gegnerischen Plakate aber hat es seine eigene Bewandtnis. Es könnten Bedenken entstehen, ob diese Zettel nicht als Eigentum des gegnerischen Kandidaten zu betrachten wären und daher ohne seine Zustimmung nicht vernichtet werden dürfen. Allein eine doppelte Rücksicht läßt Dr. Strohsacker das Herabreißen der gegnerischen Plakate in unserem Falle als erlaubt erscheinen. (Lebhafte Heiterkeit.) Fürs erste verlassen die Plakate, sobald sie aufgeklebt sind, von selbst das Dominium des Herausgebers. Fürs zweite enthalten liberale und sozialdemokratische Plakate regelmäßig Anwürfe gegen die Kirche, zum allerwenigsten Aufforderungen zu unmoralischen Handlungen, nämlich zur Wahl eines schlechten Kandidaten und k ö n n e n s o m i t m i t d e m s e l b e n R e c h t e u n s c h ä d l i c h g e m a c h t w e r d e n, m i t w e l c h e m m a n e t w a e i n s c h ä d l i c h e s T i e r n i e d e r s c h i e ß t. (Lebhafte Heiterkeit.) Das ist die Moral, von der diese Herren ausgehen.

Abgeordneter **Pastor:** Ich stimme dem nicht bei!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Die Schrift erscheint doch mit erzbischöflicher Genehmigung.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Das imponiert uns gar nicht!

Abgeordneter **Eldersch** (zu Dr. Geßmann): Geben Sie acht, Sie kommen auf den Index!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Vermutlich ist dem Dr. Strohsacker, seitdem diese Abhandlung erschienen ist, öfter der Vorwurf gemacht worden, daß er sich in diesem Falle zu sehr als Strohsack bewährt hat. (Lebhafte Heiterkeit.)

Abgeordneter **Pastor:** Schlecht hat er gesprochen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ungeschickt! Ich weiß, wenn Sie so etwas schrieben, würden Sie es geschickter machen. (Heiterkeit.) Wir unterschätzen die Macht der Geistlichkeit und insbesondere ihre vollständige Unbedenklichkeit in der Wahl der Mittel, die ganz andere sind als die, welche der sozialdemokratischen Partei zur Verfügung stehen, durchaus nicht. Wir wissen, daß ihre Macht der

Suggestion der Massen

heute noch eine ganz gewaltige ist. Allein diese Macht würde noch bedeutend erhöht, wenn wir den Zwangsparagraphen beschließen

würden. Darum und nicht aus Schonung oder aus Neigung, sondern aus der Überzeugung, daß es theoretisch und prinzipiell falsch und politisch ein Fehler wäre, sind wir gegen einen solchen Paragraphen. Allerdings müßte man wünschen, daß die Anträge Vogler und Choc*) aus einem anderen Grunde im Gesetz stehen. In diesen Anträgen werden nämlich nicht direkt Priester angeführt, sondern überhaupt öffentliche Funktionäre und gewiß bildet der Mißbrauch durch den Beamten eine der größten Gefahren. Wenn der Justizminister**) gesagt hat, jede Einwirkung eines Beamten bei den Wahlen ist ein faktischer Mißbrauch der Amtsgewalt, so kann ich demgegenüber erklären, wenn der Justizminister das in vollem Ernste meint, dann beneide ich ihn trotz seiner ziemlich langen Amtsführung um seinen Sanguinismus, ich gratuliere ihm, daß er sich in einer so schweren Stellung, wie es die eines Justizministers ist, die Unschuld seiner Seele so lange bewahrt hat. (Heiterkeit.) Wer soll denn den Beamten strafen? Vielleicht derjenige, nach dessen Informationen und Instruktionen der Beamte handelt? Der Justizminister sagte, ein solcher Bezirkshauptmann begehe ja einen Mißbrauch der Amtsgewalt und müsse viele Monate eingesperrt werden. Meine Herren! Haben Sie schon einen eingesperrten Bezirkshauptmann gesehen? (Lebhafte Heiterkeit.)

Abgeordneter **Daszynski:** Da lacht sogar Hochwürden Pastor!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Künftighin bekommen die Mitglieder der Wahlkommission Amtscharakter, das heißt, wer sie nur schief anschaut, macht sich der Amtsehrenbeleidigung schuldig. Ob das aber auch dahin führen wird, daß sie den Mißbrauch der Amtsgewalt mehr scheuen werden, darauf möchte ich nicht schwören.

Die Initiatoren dieses Gesetzes waren wesentlich die Christlichsozialen und die Polen. Nun kommt im Gesetz ein Paragraph vor, wonach man

wegen Terrorismus,

so heißt es, wenn es die Sozialdemokraten begehen, Ausüben des legalen Einflusses nennt man es, wenn es die anderen begehen, zu sehr vielen Monaten Strafe verurteilt werden kann, vorausgesetzt, daß man angeklagt wird. Nun kann es aber geschehen, daß jemand, der sich einer Erpressung oder Bestechung schuldig macht, vom Staatsanwalt nicht geklagt wird. Um dem vorzubeugen, daß der Schuldige straflos bleibe, hat Dr. Löcker***) beantragt, daß dem betreffenden Wahlberechtigten die Befugnis eines Privatbeteiligten im Strafverfahren zustehen soll. Gegen diesen Paragraphen wendet

*) Wenzel Choc, der tschechische nationalsozialistische Abgeordnete von Prag; Dr. Ludwig Vogler, der liberale Abgeordnete der Leopoldstadt.

**) Justizminister im Kabinett Gautsch war der bekannte Jurist und Schöpfer des österreichischen Zivilprozesses Dr. Franz Klein, der auch dem Kabinett Koerber angehört hatte und dann wieder dem Kabinett Beck angehörte; nach dem Umsturz kurze Zeit auch dem Nationalrat.

***) Dr. Julius Löcker, Abgeordneter der Stadt Linz, Mitglied der Deutschen Volkspartei, Berichterstatter des Ausschusses über die Wahlreform.

sich gerade ein Teil der polnischen Abgeordneten (lebhafte Hört! Hört!-Rufe), während er jede andere Verschärfung des Gesetzes begrüßt hat und jede Strafe erhöht wissen wollte.

Abgeordneter **Daszynski:** Der Polenklub hat doch die Staatsanwälte in der Hand!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich darf eine solche Annahme hier nicht machen (Heiterkeit), wo es sich gar nicht darum handelt, die eine Partei in der Ausübung des politischen Terrorismus bis auf das äußerste zu sichern und die andere Partei zu beschweren und ihr auch nur die Ausübung der ihr zukommenden legalen, primitivsten Rechte zu nehmen, hier, wo es sich um das blanke Recht handelt, während die Polen doch nicht der Gerechtigkeit in den Arm fallen wollen, wenn der Privatbeteiligte auftritt, um so ein Delikt zu verfolgen! (Heiterkeit.) Die Polen werden sich doch nicht so bloßstellen, gegen diesen Paragraphen zu stimmen.

Ich und meine Partei sind von dem Gesetz nicht entzückt.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Wir auch nicht!

Abgeordneter **Pastor:** Wir auch nicht!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Also, Herr Hofrat Geßmann auch nicht, die Polen auch nicht, so lassen wir das Ganze liegen. Glauben Sie, nur wegen der Regierung müssen wir es machen?

Abgeordneter **Pernerstorfer:** Lehnen wir es ab, wir haben ja hier die Majorität!

Abgeordneter **Schuhmeier:** Also, stimmen wir gleich ab! (Lebhafte Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das Gesetz wird die Hoffnungen, die Sie daran knüpfen, nicht erfüllen, es ist ein Feigenblatt für manchen Mißbrauch der Amtsgewalt und eine Quelle der Schikane in hundert Fällen. Es wird in den seltensten Fällen den Wahlmißbrauch verhüten, in den häufigsten Fällen der herrschenden Partei, die den Einfluß besitzt, ein Mittel der Verfolgung bieten. Deshalb sind wir zwar für den größten Schutz der Wahlfreiheit, aber nicht für dieses Gesetz. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Abgeordneter Dr. **Adler*)** konstatiert, daß das in Verhandlung stehende Gesetz zum Schutze der bürgerlichen Parteien gegen Einschränkungen ihres Versammlungsrechtes durch die Sozialdemokraten gemacht wurde. Das wäre vollständig überflüssig gewesen, denn die Sozialdemokraten als Partei sind prinzipiell dagegen, daß Versammlungen der Gegner unmöglich

---

*) Nachdem Geßmann gesprochen hatte, erhielt Adler zur nächsten Gruppe von Paragraphen das Wort.

Geßmann hatte in seiner Rede ausdrücklich erklärt, er sei für das Gesetz lediglich aus der Besorgnis vor der Macht und dem unerlaubten Gebrauch des Wahlrechtes durch die Sozialdemokratie. Es wäre an der Zeit, daß die Angehörigen der bürgerlichen Gesellschaft daran denken, durch eine vernünftige Verständigung sich einander zu nähern, um gegenüber der von der Sozialdemokratie drohenden Gefahr zur rechten Zeit die Mittel der Abwehr zu finden. (Beifall.)

gemacht werden. Ich gebe zu, daß in einzelnen Fällen auch von Angehörigen der Sozialdemokratie gegen diesen Grundsatz gesündigt wurde, allein niemals mit Zustimmung der Parteiorganisation und niemals mit gewaltsamen Mitteln. Sicherlich werden die in dem Gesetz festgelegten Strafen gegen die Gegner der Sozialdemokratie nie erfließen, es werden voraussichtlich nicht einmal Prozesse geführt werden, wohl aber werden die sehr unangenehmen Bestimmungen gegen die Arbeiter in Anwendung gebracht werden.

Die Bestimmungen sind in ihrem Wesen nichts anderes als ein Ausfluß des Gefühls der Angst der bürgerlichen Parteien. Sie glauben, ihre Versammlungen durch solche Paragraphen schützen zu müssen, weil sie dem Bürgertum wieder Mut machen und ihm wieder Gelegenheit zur politischen Betätigung geben wollen. Aber durch Strafparagraphen erweckt man nicht die Lebensgeister einer Klasse, die zu einer solchen Betätigung immer mehr und mehr unfähig wird. Mut gewinnt man im Kampfe, nicht indem man sich hinter der Polizei versteckt. Der Abgeordnete Doktor Geßmann hat gesagt, er wünsche, daß sich die

Vereinigung aller bürgerlichen Parteien

gegen die Sozialdemokratie recht bald vollziehe. Niemand sieht dieser Vereinigung mit so herzlicher Freude entgegen wie die Sozialdemokraten selbst. Sie wünschen nichts sehnlicher, als daß die Klarstellung des eigentlichen Klassencharakters der bürgerlichen Parteien endlich erfolge und daß die geeinigten Parteien der besitzenden Klassen dem organisierten Proletariat entgegentreten. Die Stellung der Sozialdemokraten ist um so besser, je mehr die Wahrheit gesprochen wird, sie profitieren immer, wenn die Wahrheit siegt. Über die Motive, die die Christlichsozialen veranlaßt haben, für das allgemeine Wahlrecht einzutreten, waren sich die Sozialdemokraten niemals im unklaren. Wir haben gewußt, daß das allgemeine Wahlrecht von ihnen nicht zu dem Zwecke unterstützt wurde, um das sozialdemokratische Proletariat in seinen Bestrebungen zu fördern, sondern umgekehrt, um die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Der Streit dreht sich immer nur darum: kann man die Sozialdemokratie besser umbringen, wenn man sie mit dem Kurienparlament siedet oder wenn man sie mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht brät? Wir haben den letzteren Weg vorgezogen; uns ist der Tod im Wege des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes lieber (Heiterkeit) und insofern sind wir Ihnen dankbar dafür, daß Sie diese Tötungsmethode gewählt haben.

Wir wissen auch genau, daß die bald öffentlich werdende Koalition aller bürgerlichen Parteien innerhalb und außerhalb dieses Hauses mitsamt ihrer Regierung gegen uns auftreten wird.

Wenn Sie sich darüber aufregen, daß sich die Stellung der Sozialdemokraten gegenüber der Vergangenheit geändert hat, so ist das nur insofern geschehen, als es uns gelungen ist, einen Teil des furchtbaren Unrechts, das in diesem Staate auf allen Gebieten der öffentlichen Verwaltung gegen uns verübt wurde, endlich zu verhindern,

und zwar nicht durch eine Machtentfaltung, sondern dadurch, daß wir es verstanden haben, trotz dieses Unrechts immer wieder auf unserem Rechte zu bestehen und Opfer zu bringen. Das, Herr Hofrat Geßmann, werden Sie aber nie erleben, daß wir es als eine Gunst der Regierung ansehen, wenn man mit den Arbeitern nach dem Gesetz verfährt. Eine Schwäche der Regierung hat nur Ihnen gegenüber bestanden, uns gegenüber gab es nie etwas anderes als die starke Faust und, wenn man sich nicht anders helfen konnte, ein Gewährenlassen.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Und was war am 28. November?

Abgeordneter Dr. **Adler:** Herr Hofrat Geßmann, Sie sind nicht knieschwach, Sie sind ein starker Mann in Ihrer Verwaltung, Sie haben eine starke Faust und wissen zu herrschen; ich frage Sie, wenn Sie

am 28. November

Minister des Innern gewesen wären, hätten Sie die Vorgänge damals verhindern können? Überlassen wir doch diese Frage den Herren, die schon fertig sind. Die Mithilfe Ihrer Partei, Herr Hofrat, in allen Ehren, aber die Zeit zwischen dem 15. Oktober und 28. November war eine politisch entscheidende Zeit und Sie, Herr Hofrat, und Ihre Partei hätten vielleicht keine Gelegenheit gehabt, eine so außerordentliche Geschicklichkeit in der Frage des allgemeinen Wahlrechtes zu bekunden, wenn die Sozialdemokraten im Oktober und November nicht so tapfer und so treu gegenüber ihren Prinzipien gewesen wären. Was Sie uns vorwerfen, ist, daß wir am 28. November nicht dafür zusammengepfeffert worden sind, wofür Sie, Herr Hofrat, Hofrat wurden!

Wenn Dr. Geßmann noch meinte, der Moment, wo das allgemeine Wahlrecht zur Anwendung gelangen werde, werde auch der Moment des politischen Bankrotts für die Sozialdemokraten sein, so rufe ich dem Abgeordneten Dr. Geßmann zu: Arbeiten wir gemeinsam, räumen Sie uns die Schwierigkeiten aus dem Wege, damit wir recht bald an jenes Ziel gelangen, das wir das Erringen der politischen Macht, Sie den politischen Bankrott nennen. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der Wahlterror der Antiterroristen.

Debatte über das Wahlschutzgesetz, 12. Jänner 1907*).

Ich finde es begreiflich, daß die Herren auf der polnischen Seite keine rechte Lust und Courage haben, sich als Redner für die Streichung des § 18 zu exponieren.

*) Der Wahlreformausschuß hatte das sogenannte Wahlschutzgesetz dahin verbessert, daß auch der Terror, der von amtlicher Seite oder von wirtschaftlich Stärkeren ausgeübt würde, wirklich getroffen werden könne. Es sollte die Verpflichtung der Staatsanwaltschaft zur Erhebung der Anklage dadurch gesteigert werden, daß er den durch die Wahlnötigung ge-

Abgeordneter Ritter **v. Abrahamowicz:** Ich bitte ums Wort!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Die Herren, die im Ausschuß Kautelen gegen jede Art von Gesetzesübertretung verlangt haben, müßten doch konsequenterweise auch dafür sein, daß alle diese Kautelen verschärft werden. Sie haben allerdings ganz recht, Vertrauen zu Ihren Beamten zu haben.

Abgeordneter Dr. **Binder:** Zu den österreichischen Beamten im allgemeinen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Und speziell zu den galizischen Beamten! Bedenklich ist nur, daß die Herren Beamten

zuviel Vertrauen zu Ihnen

haben. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Binder:** Manche haben zum Herrn Daszynski Vertrauen.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Diese Spezialität ist leider bis jetzt nicht sehr ausgebildet. Die Staatsanwälte haben für Daszynski allerdings sehr viel Neigung (lebhafte Heiterkeit) und wünschen mit ihm in ausgiebigeren Verkehr zu treten. (Heiterkeit.) Die Regierung ist im Ausschuß für diesen Paragraphen nicht sehr eingetreten. Sie hat ihn sogar nicht gewünscht; aber das kann für uns nicht bestimmend sein. Die Regierung mußte sich bei vielen

---

troffenen und geschädigten Personen die Befugnis einräumte, in dem Strafverfahren als Privatbeteiligte aufzutreten, welche Befugnis den Verletzten auch im Strafrecht eingeräumt ist. Diese Bestimmung wäre auch deshalb sehr nützlich gewesen, weil dem Privatbeteiligten auch das Recht der subsidiären Verfolgung zusteht, er also eingreifen könnte, wo der öffentliche Ankläger versagt. Aber das war den Christlichsozialen und Polen, die das Wahlschutzgesetz betrieben, nicht sehr angenehm und sie lehnten deshalb im Plenum am 12. Jänner den vom Ausschuß beschlossenen § 18, der jenes Recht statuierte, ab. Die „Arbeiter-Zeitung“ sagte sehr richtig, warum: Sie wollten zwar ein Gesetz, womit sie unter Umständen die berechtigteste Einwirkung auf die Wähler verfolgen können, wünschten aber nicht, daß sich die Bedrohten selbst zur Wehr setzen: weil sie ahnten, welche Erpresser dann zumeist auf die Anklagebank kommen könnten. Ist jemals die Einschüchterung von Unternehmern angeklagt worden — obwohl das Koalitionsgesetz sie ebenso bedroht wie die der Arbeiter? Wohl noch niemals, und so wird es auch mit der Wahlnötigung sein. Der Ausbeuter, der seine Arbeiter durch Androhung von „Schädigungen in ihrer beruflichen Tätigkeit“ in der Freiheit der Wahl stört; der Beamte, der von seiner Gunst abhängige Bürger durch „Schädigungen in ihrer geschäftlichen Tätigkeit“, der Hetzpfaffe, der die frommen Schäflein durch Androhung „anderer für sie empfindlicher Übel“ beirrt — was als schäbiger Rest des Kanzelparagraphen ins Gesetz aufgenommen wurde —: sie alle blieben, selbstverständlich, vor den Staatsanwälten sicher. Was zu der Hacke der Strafandrohung der Stiel sein sollte, ist fürsorglich abgelehnt worden, und der Rest war ein Gesetz, das tendenziös im Aufbau und zum tendenziösen Gebrauch bestimmt war. Die Schützer der Wahlfreiheit hatten sich als Handlanger der Erpresser demaskiert.

In der Debatte kam auch an diesem Tag Dr. Adler zu Wort, der den Wahlschützlern die Larve vom Gesicht riß.

anderen Bestimmungen dem Ausschuß fügen, die durchaus nicht im Interesse der Reinheit der Wahlen sind, und sie müßte sich uns fügen, wenn das Parlament konsequent vorgeht.

Es ist nicht bloß in Galizien so. Die Staatsanwälte haben überhaupt nicht den Antrieb, auf Leute zu greifen, die an der Macht sind. Der § 18 ist ja kein so ausschlaggebendes Mittel, der Staatsanwalt ist ja nicht alles. Zu Ihrem Troste haben Sie die Ratskammer; es wäre ein Irrtum, ihr nicht dasselbe Vertrauen entgegenzubringen. Um so weniger ist es zu begreifen, warum Sie sich so gegen den § 18 sperren. Die Parteien, welche breite Volksschichten vertreten, würden einen schweren Fehler begehen, wenn sie diesen Paragraphen, der dank den Vertretern der Deutschen Volkspartei im Ausschuß eingefügt wurde, fallen ließen.

Der Berichterstatter hat darauf hingewiesen, daß Fälle von Sprengungen gegnerischer Versammlungen vorkommen. Das habe ich ja gestern selbst eingeräumt. Ich habe aber hinzugefügt, daß die sozialdemokratische Partei damit nicht einverstanden ist und daß solche Fälle bei allen Parteien vorkommen. Dr. Geßmann wird nicht sagen können, daß seine Partei von diesem Fehler frei ist.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Das gebe ich zu!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich freue mich, daß wir in diesem Punkte einig sind, und ich will hier öffentlich konstatieren, daß wir im Interesse unserer eigenen Partei künftighin solche Dinge vermieden wissen wollen. Der Berichterstatter hat auch einen verschärften Appell an die bürgerlichen Parteien gerichtet, sich im neuen Hause gegen die Sozialdemokratie zu vereinigen. Ich kann mich diesem Appell nur auf das wärmste anschließen. Ich werde mich freuen, wenn

unter der grünen Fahne des Propheten Geßmann

das vereinigte Bürgertum gegen die Sozialdemokratie anstürmen wird. Hofrat Geßmann hat der Sozialdemokratie ferner den Vorwurf anzuhängen für gut befunden, sie hätte sich am 28. November 1905 einer besonderen Begünstigung der Regierung zu erfreuen gehabt. Dr. Geßmann täte gut, solche Argumente dem Fürsten Schwarzenberg zu überlassen.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Die Wahrheit kann jeder sagen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das ist nicht die Wahrheit. Sie wissen ganz gut, daß den Tausenden von Menschen am 28. November die Regierung nicht aus Liebe die Möglichkeit gegeben hat, vor dem Parlament zu erscheinen; sie konnte es nicht hindern. Jeder muß anerkennen, daß die Demonstration tadellos verlief, mit einer geradezu achtunggebietenden Disziplin.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** In der Eigenartigkeit des Betriebes liegt ja gerade die Stärke Ihrer Partei, nicht in den Grundsätzen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Wenn Sie damit sagen wollen, daß die Entwicklung der Partei mit der wirtschaftlichen Entwicklung zusammenhängt und daß die Regimenter der Sozialdemokratie geschult und erzogen werden in den Fabriken selbst, so ist das sehr

richtig. Und darum ist Ihre Hoffnung auch vergeblich, daß Sie jemals diese Entwicklung werden aufhalten können. Dr. Geßmann hat gestern auch davon gesprochen, was der 28. November der Sozialdemokratie an Geld kostete. Ich sage es allen, die es nicht wissen: Darin liegt die große Kluft zwischen der Sozialdemokratie und Ihnen allen, das werden Sie nie verstehen, daß alle diese Hunderttausende nicht nur hier in Wien, sondern in ganz Österreich nicht für Geld bei der Demonstration erschienen sind, sondern daß das älteste Weiberl aus der Fabrik einzig und allein gekommen war, um der heiligen Sache zu dienen. Es war

ein Tag der Erfüllung ihres höchsten Ideals,

als es ihnen möglich war, das Opfer dieses Arbeitstages zu bringen. Daß Sie das nicht verstehen, finde ich begreiflich, weil Sie sich in die proletarische Gedankenwelt gar nicht hineindenken können, weil Sie von dem ungeheuren Idealismus, von dieser Triebkraft, die das Proletariat beseelt, keine Vorstellung haben können.

Abgeordneter Dr. **Geßmann:** Die Herren sind ja alle keine Proletarier gewesen, so wenig wie ich!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Wenn darauf hingewiesen wird, daß noch nicht die ganze Arbeiterschaft sozialdemokratisch organisiert sei — die fünf Prozent, von denen da gesprochen worden ist, sind einer älteren Statistik entnommen, die neuen Ziffern sind für die Sozialdemokratie bei weitem erfreulicher —, so hat ja Dr. Geßmann sehr recht, es geht auch für uns viel zu langsam, und wir werden uns bemühen, viel schneller zu dem Ergebnis zu kommen, daß die heute noch indifferente Arbeiterschaft mit vollem Bewußtsein und mit voller Klarheit über das Programm in die Reihen der Sozialdemokratie tritt. Ich habe absichtlich jedes verletzende Wort vermieden und hoffe, daß damit die Polemik erledigt ist. Gegen das Schlußwort bin ich natürlich ohnmächtig. (Heiterkeit und Beifall.)

Die ersten Wahlen zum Volkshaus.

Vorbereitungen zum Wahlkampf.

Reichskonferenz, 27. Jänner 1907*).

Wenn wir uns heute versammelt haben, um über den Wahlkampf zu beraten, so ist doch unser erster Gedanke der Tatsache gewidmet, daß morgen die letzte Sitzung des Kurienparlaments ist und daß übermorgen schon das allgemeine, gleiche Wahlrecht in Österreich Gesetz sein wird, daß ein neues Blatt der Geschichte Österreichs beginnt. Hier in diesem Saale ist vor fünf Vierteljahren wie blitzartig der Entschluß in uns allen entstanden: Jetzt oder nie! Als damals von diesem Saale aus ein Sturm durch ganz Österreich ging, da konnte niemand wissen, wie lange der Kampf dauern und wie er zunächst enden werde. Aber das wußten wir alle, daß das die Schicksalsstunde für Österreich, die Schicksalsstunde für das österreichische Proletariat war. Seit damals hat sich in Österreich eine Wandlung vollzogen, die wir nur in unseren besten, hoffnungsvollsten Stunden zu ahnen wagten, eine Wandlung, die unsere Gegner, die die bürgerliche Klasse, die Bürokratie, die alles, was mächtig ist in Österreich, für unmöglich hielten. Wir sind Leute, die Energie und aufopfernde Begeisterung aufzubringen gewohnt sind, aber wir sind auch Leute — und das möchte ich als Ruhmestitel der österreichischen Sozialdemokratie in Anspruch nehmen —, die nüchtern und kaltblütig alle Umstände erwägen. Es fällt uns nicht ein, uns an dem Erfolg zu berauschen. Wir wissen sehr gut, daß die vollständige Umwandlung dieses Staates, die die notwendige Bedingung des Lebens der Völker in diesem Staate ist, mit der Erringung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes erst begonnen hat und lange nicht voll-

*) Einen Tag, nachdem die Wahlreform des allgemeinen gleichen Wahlrechtes die kaiserliche Sanktion erhalten hatte, also Gesetz geworden war, trat im Favoritner Arbeiterheim die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie zur Vorbereitung der Wahlen zusammen. Unmittelbar vorher hatten die Wahlen zum Deutschen Reichstag stattgefunden, die, wie der Vorsitzende Abgeordneter Skaret feststellte, den Jubel der Gegner hervorgerufen hatten, aber den Arbeitern den Mut nicht zu nehmen vermochten. Die deutsche Sozialdemokratie hatte zwar einen Rückgang der Mandate von 81 auf 44, aber einen Stimmenzuwachs von 3,001.000 auf 3,259.000. (1912 erhöhte sie ihre Stimmen auf 4,250.000 und die Mandate auf 110.) Das Referat auf der Reichskonferenz erstattete Dr. Adler.

endet ist. Aber wenn uns etwas für die weiteren Kämpfe stärken und in uns die unerschütterliche Überzeugung von den notwendigen Siegen unserer Ideen befestigen kann, so ist es der Gedanke, daß das allgemeine Wahlrecht vor nicht sehr langer Zeit — wie heißt es im Evangelium? — ein Ärgernis war den Juden und den Heiden eine Torheit, daß es aber heute die Grundlage aller Staatskunst in Österreich ist und das Gemeingut aller Parteien, die Anspruch darauf machen, politisch überhaupt zu existieren. (Lebhafter Beifall.)

Die Sozialdemokratie hat den Erfolg des allgemeinen Wahlrechtes gewiß nicht dadurch erringen können, daß sie die Gegner unterdrückt hätte, daß sie dem Staate, den herrschenden Klassen, der Krone das allgemeine Wahlrecht gewaltsam auferlegt hätte, als eine Maßregel, die nur wir wollen und gegen die sich jene sträuben. Das ist vielleicht niemals der Weg gewesen, auf dem Ideen zum Siege kommen. Nein, wir waren die Träger der Idee, wir waren ihre Vorkämpfer und so mancher von uns ist vor den Gerichten gestanden und in den Kerkern gesessen dafür, daß er Sätze und Lehren ausgesprochen hat, die heute von den Bänken der Minister verkündet werden. (Beifall.) Wir haben Bresche gelegt, wir haben den Sieg gebahnt, wir haben Stück für Stück die Herrschenden dem Gedanken näher gebracht, mit allen Mitteln der Überredung, und Sie gestatten, daß ich bei dieser Gelegenheit einer unserer stärksten Waffen, der sozialdemokratischen Parteipresse, gedenke. Ich kann, obwohl selbst ein Mann der Presse, unbefangen davon sprechen, denn an diesem Verdienst war ich sehr wenig persönlich beteiligt, ich hatte anderswo meinen Posten. Aber das muß jeder zugeben, daß das, was die Parteipresse, was insbesondere die „Arbeiter-Zeitung“ in diesem Kampfe geleistet hat, eine geschichtliche Bedeutung besitzt. (Lebhafter Beifall.) Wir wußten von jeher, daß das gleiche Wahlrecht die Lebensbedingung für das Proletariat ist. Aber so weit sind unsere herrschenden Klassen nicht, daß ihnen etwas, was nur dem Proletariat nützt, als notwendig erschiene. Anderseits gibt es nicht eine Forderung des Proletariats, die allein dem Proletariat nützlich wäre, sondern *jede Forderung des Proletariats und jede seiner Notwendigkeiten ist in letzter Instanz eine Notwendigkeit für die Gesamtheit.* Darin liegt ja unsere Kraft, darin unsere Siegessicherheit, daß alles, was die Sozialdemokratie verkündet, allerdings eine Forderung der Klasse des Proletariats ist, daß aber die Notwendigkeiten des Proletariats auf dem Wege der Kulturmenschheit überhaupt liegen. Und für Österreich speziell gilt es, daß diese unsere Forderung auf dem Wege liegt der Entwicklung unseres Staates, oder genauer gesagt, auf dem Wege der *Entwicklung Österreichs zu einem Staate.*

Die Geheimgeschichte zwischen dem September 1905 und dem November, zwischen dem Gautschischen „Niemals“ und dann dem Gautschischen „Unter allen Umständen“ ist noch nicht geschrieben; aber mit der Wandlung des Ministeriums aus einem bürokratischen Ministerium, das die Wahlreform verweigerte, zu einem Wahl-

reformministerium war noch lange nicht alles getan und die Gegner, die im Herbste noch schwankten zwischen der Behauptung, daß die Sozialdemokraten ihren terroristischen Willen dem ganzen Reich aufdrücken wollen, und der Behauptung, daß die Sozialdemokraten nur offene Türen einrennen, waren zu der Zeit noch weit entfernt von der Erkenntnis der Notwendigkeit der Wahlreform und noch weiter vom Willen, das allgemeine Wahlrecht Gesetz werden zu lassen. Wir sind versöhnliche Leute und wir haben jeden, der sich aus einem verbissenen Gegner zu einem Förderer der Wahlreform gewandelt hat, als Mitstreiter freundlichst begrüßt. Heute ist natürlich jeder für das gleiche Wahlrecht; aber wir wissen, daß dieselben Parteien, die sich der Wahlreform entgegengesetzt haben und die heute für die Wahlreform sind, mit derselben Verbissenheit sich uns bei jedem weiteren Schritte, den das Proletariat machen wird, entgegenstellen werden. Wie das allgemeine Wahlrecht geworden ist, darüber brauche ich nur wenige Worte zu sagen. Wir wissen, wie unser Proletariat jederzeit kampfbereit dagestanden ist, gerüstet zum äußersten Kampfe, aber wie es doch jene eiserne Ruhe und Disziplin bewahrt hat, auf die wir mit Freude und Stolz hinweisen können und die uns die Gewähr dafür ist, daß wir noch ganz andere Siege erringen werden als das gleiche Wahlrecht. In dieser Zeit des Kampfes hat die Partei erfreuliche Fortschritte gemacht. Betrachten Sie unsere politischen, unsere gewerkschaftlichen Organisationen, wie sie gewachsen sind, wie sie sich nun fühlen, wie sie eine Schlagfertigkeit und Kraft gewonnen haben, die wir vor wenigen Jahren noch nicht zu erhoffen wagten. Das alles ist im Kampfe geschehen. Mit dem Schwert in einer Hand und mit der Kelle in der anderen, gekämpft und gebaut zugleich hat das österreichische Proletariat in diesem Jahre. (Lebhafter Beifall.)

Aus dem Wahlrechtskampf kommen wir, in den Wahlkampf gehen wir. Allerdings dank der bürokratischen Schwerfälligkeit Österreichs — die nicht verstehen kann, daß man eine Wählerliste rascher fertigstellen kann als vier — werden wir noch ein Vierteljahr auf die Wahlen zu warten haben. Trotzdem werden wir nicht zögern, alle organisatorischen Arbeiten für den Wahlkampf sofort in Angriff zu nehmen, wenn ich auch davor warnen möchte, zu früh eine sehr lebhafte agitatorische Tätigkeit zu führen und so vorzeitig die Kraft zu verschwenden. Die stärksten Trümpfe hebt man für den Schluß auf. Aber längst sind wir auch von der jugendlichen Vorstellung abgekommen, daß die Wahlschlachten in großen Massenversammlungen gewonnen werden, und haben uns längst überzeugt, daß die Wahlen nur durch eifrige organisatorische Kleinarbeit gewonnen werden. Man kann bei der Wahl nicht ernten, was man nicht jahrelang gesät hat. Die Festigung unserer politischen Organisation, die Vollendung des Netzes unserer politischen Organisation, diese Arbeit kann nicht früh genug begonnen werden.

Es wird nun eine merkwürdige Umkehr der Verhältnisse eintreten. In den letzten Monaten namentlich hat die Sozialdemokratie

mit einer Anzahl von bürgerlichen Parteien zusammengehen müssen, die zu unseren erbittertsten Gegnern gehört haben, und wer von außen das Bild betrachtet hat, mußte glauben, es sei ein Gottesfrieden über Österreich gekommen. Aber das Bild wird sich bald und gründlich ändern. Alle Parteien, die ihren Ruhm darin gesehen haben, mit der Sozialdemokratie für die Wahlreform zu kämpfen, werden nun unter sich geeinigt in einer Front gegen die Sozialdemokratie das Wahlrecht auszunützen suchen. Darum machen Sie sich gefaßt auf einen schweren, ernsten Kampf. Das ist der Punkt, auf dem wir unsere Gegner erwarten, das ist die Fahne, unter der wir endlich kämpfen wollen, wenn alle die kleinlichen Gruppeninteressen zurücktreten hinter das große Problem des Klassenkampfes. Wenn der Kampf, der nun beginnt, die Anspannung der Kraft jedes einzelnen Parteigenossen erlangt, so ist der Kampf des Opfers wert. Es gilt nicht nur, der Arbeiterschaft im Parlament eine gebührende Vertretung zu schaffen, nicht nur, ihr eine Stätte des Sprechens und Verkündens, eine Stätte des Wirkens zu schaffen, sondern es gilt für Österreich — und für uns — eine weitere grundlegende Arbeit zu leisten. Große Aufgaben treten nun an uns heran. Vor allem werden wir im Parlament den jahrzehntelang vernachlässigten Arbeiterschutz mit aller Kraft auf die Tagesordnung zu setzen haben, wir werden das Koalitionsrecht mit unserer ganzen Energie verteidigen müssen, wir werden die Interessen des Proletariates an dem freiheitlichen Ausbau unserer Gesetzgebung zu wahren haben und dabei besonders den Ansturm des Klerikalismus abwehren müssen. Das allgemeine Wahlrecht hat das alte feudale Österreich demoliert, aber es wird auch ein neues Österreich aufbauen müssen. Wir werden das Wort wahr zu machen suchen, das wir immer gesprochen haben, daß das Parlament des gleichen Wahlrechtes nur den Weg für uns geebnet hat, daß aber der Kampf für das Österreich der Völker jetzt erst beginnen muß. Wenn es bis jetzt geheißen hat: Keine Ruhe in Österreich, so lange wir das allgemeine Wahlrecht nicht errungen haben! Wir haben jetzt das allgemeine Wahlrecht, und jetzt erst recht keine Ruhe. (Stürmischer Beifall.) Wir haben viel zu tun, um die Sünden zu beseitigen, die das alte Österreich an den Völkern und vor allem an dem Proletariat begangen hat. Wir haben Arbeit genug, um aus diesem Österreich erst einen Staat zu machen, einen lebendigen Staat, der ein brauchbares Werkzeug sei für die Kulturentwicklung der Völker, an Stelle eines hinfälligen Gesamtstaates, dem die Interessen der in Österreich lebenden Völkern geopfert werden, ein selbständiges Österreich zu setzen, das in einem wirtschaftlichen Bunde mit einem selbständigen Ungarn steht.

Eine große Reihe von Arbeiten steht uns bevor. Wir sind eine Partei der Revolution, eine Partei, die den Sieg des Proletariats vollenden will, die den Staat in die Hände der arbeitenden Klassen bringen will. Wir verneinen das ganze heutige Herrschaftssystem; aber das hindert uns keinen Augenblick, im einzelnen — im Größten wie im Kleinsten — positiv zu arbeiten und jeden Schritt, den wir

vorwärts machen können, zu gehen, alles, was wir den Mächtigen im Staate abringen können, ihnen auch in Zukunft wieder abzuringen. Denn wir sind nicht wie unsere Gegner uns täglich verleumden, die uns als eine Partei der ohnmächtigen Deklamation hinstellen; wir sind und waren nie der Anschauung — und nirgends waren es die Sozialdemokraten, die zu politischer Wirkungsmöglichkeit erwachsen sind —, daß sich die Sozialdemokraten abseits von dem Boden des wirklichen politischen Kampfes zu stellen haben: sondern wir wollen im neuen Parlament wie im Parlament der Kurienschande, das morgen eingescharrt werden wird, als eine Partei des unablässigen Kampfes auf allen Gebieten für die Arbeiter durch die Arbeiter und damit für alle Völker wirken. Das ist unser Programm. In diesem Zeichen werden wir in den Wahlkampf gehen, und möge uns die ganze Rotte der vereinigten Reaktion gegenüberstehen, wir fürchten sie nicht, denn wir wissen, daß wir den Kampf, der vor uns liegt, mit der guten und scharfen Waffe führen werden, die wir uns selbst geschmiedet haben. (Stürmischer Beifall.)

Dr. Adler beantragt hierauf, folgendes Telegramm an den Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie zu senden:

> Die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokraten in Österreich, versammelt, um die ersten Wahlen des gleichen Rechtes vorzubereiten, begrüßt die stärkste und älteste Vorkämpferin des internationalen Proletariats, die deutsche Sozialdemokratie, am Tage nach dem schweren Kampfe und beglückwünscht das Proletariat Deutschlands, das gegenüber einer unerhörten Koalition der reaktionären Parteien, die aufgepeitscht wurden von demagogischen Schlagworten, seine volle Kraft bewährt hat.
>
> Jederzeit brüderlich mit euch verbunden, marschieren wir mit euch trotz alledem und alledem mit fester Siegeszuversicht den Zielen der Sozialdemokratie entgegen.

Dieses Telegramm wird unter anhaltendem und stürmischem Beifall einstimmig beschlossen.

Das Wahlrechtsfest.

Arbeiterheim Favoriten, 28. Jänner 1907*).

Werte Genossen und Genossinnen! In einer Festversammlung begrüßt Sie heute die Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie in Österreich. In einer Festversammlung nach einem Jahre

*) Am 28. Jänner 1907 fand die letzte Sitzung des Kurienparlamentes statt und am nächsten Tage konnte der Aufruf der Parteivertretung der deutschen Sozialdemokratie erscheinen, der nach einem Rückblick über den Wahlrechtskampf zum Wahlkampf aufforderte. Am Abend des 28. Jänner fand im Favoritner Arbeiterheim in der Form eines Kommerses ein Wahlrechtsfest der Vertrauensmänner statt, bei dem Adler, Schuhmeier, Seliger (Teplitz), Schäfer (Reichenberg), Preußler (Salzburg) und Adelheid Popp sprachen.

von Kampf, an dem Tage, an dem das Privilegienparlament, dem Millionen Flüche zugedacht waren, das wir Stück für Stück fast mit blutenden Händen demoliert haben, seinen letzten Seufzer ausgehaucht hat. (Bravorufe.) Nun hat es die Sache überstanden. Es ruht sanft. In unserem Gedächtnis nur darum so sanft, weil es sich doch zuletzt — der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe — dazu aufgerafft hat, zu tun, was es nicht vermeiden konnte: die Möglichkeit zu schaffen, daß auf politischem Wege die Umwälzung erfolge, die aus Österreich einen Staat mit demokratischer Grundlage der Verfassung macht. Wir dürfen sagen, das Proletariat in Österreich, das Proletariat aller Zungen und aller Länder hat in dem Lebenskampf für die Völker seine Schuldigkeit getan. (So ist es!) Wir haben die Bresche gelegt, so daß das Parlament, die Regierung und die Krone den Weg wandeln konnten, den wir ihnen gezeigt haben. Wir haben den Herrschenden die Überzeugung beigebracht, daß das, was an der Spitze unseres Programms gestanden hat, eine Notwendigkeit nicht nur für die Entwicklung des arbeitenden Volkes, sondern auch für die des Staates ist. (Sehr richtig!) Genossen und Genossinnen! Indem wir Sie an einem Tage des Sieges begrüßen, danken wir Ihnen als den Vertretern der Hunderttausende, die mit uns gekämpft haben: für alle Opfer, die Sie gebracht; für den Mut, den Sie bewiesen; für die Selbstbeherrschung und Disziplin, die Sie in den schwersten Tagen bekundet haben. Und wir sagen Ihnen gleich: Die Freude des Sieges, das Fest, wird nicht lange dauern, nach dem Feste kommt wieder der Kampf! Und heute laden wir Sie schon zu dem großen gewaltigen Kampfe ein, der der österreichischen Arbeiterschaft zum erstenmal Gelegenheit geben wird, die Waffe des gleichen Rechtes, die sie sich selbst geschmiedet hat, zu gebrauchen. Wir begrüßen Sie, indem wir die Erwartung aussprechen, daß dieselben Tugenden wie bisher, unzerbrechlicher Mut, Siegessicherheit in dem Gedanken unserer heiligen großen Sache, Sie auch weiter beseelen werden, daß Sie einig sind mit den Sozialdemokraten aller Zungen in Österreich in dem Gedanken: So wie wir diesen ersten Kampf bestanden haben, wollen wir weiter kämpfen, bis unser letztes, großes Ziel erreicht ist, die Befreiung der arbeitenden Menschen. (Brausender Beifall.)

Der Wahlkampf beginnt.

Erste Kandidatenrede in Favoriten, 19. März 1907*).

Wir stehen nun im ersten Wahlkampf unter dem Wahlrecht, für das wir durch dreißig Jahre gekämpft haben und das wir in

*) Die erste Wählerversammlung in Favoriten, die am 19. März im Favoritner Arbeiterheim stattfand, war natürlich massenhaft besucht. Da das volkreiche Favoriten zwei Wahlbezirke bildete, referierten zwei Kandidaten: Jakob Reumann, der nachmalige erste rote Bürgermeister von Wien, und Victor Adler.

einem rühmlichen Schlußkampf endlich erobert haben. Die Empfindungen, die wir bei diesem Kampf haben, sind vor allem die des Stolzes und der Genugtuung darüber, daß die Arbeiterklasse in Österreich das politische Werk geleistet hat, das die Völker schon lange so notwendig gebraucht haben, das ein Lebensbedürfnis der Völker war und das alle anderen Klassen miteinander nicht nur nicht zuwege bringen konnten, sondern dem sie sich mit Klauen und Zähnen widersetzt haben. Heute freilich gibt es

nur Freunde des allgemeinen Wahlrechtes.

Heute möchten alle das allgemeine Wahlrecht erobert haben und von der Bevölkerung den Dank einkassieren, daß sie Österreich von der Kurienschande und dem Scheinparlamentarismus befreit und ihm den Weg in ein neues, ehrliches politisches Leben geebnet haben. (Heiterkeit.) Alle Parteien bis auf die Großgrundbesitzer; aber die können sich natürlich nicht dessen rühmen, weil sie einfach vom Schauplatz verschwunden sind. Aber alle diese Leute, die sich heute rühmen, daß sie das Wahlrecht erobert haben, haben uns durch Jahrzehnte als Utopisten verhöhnt, uns im letzten Jahre als Terroristen gebrandmarkt, weil wir dem Staate das Wahlrecht erobert haben. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß, das allgemeine Wahlrecht — so sehr es die Lebensbedingung nicht nur der Völker, sondern auch des Staates ist — war nur zu erobern durch den eisernen Druck, durch einen eisernen Willen, durch die Entschlossenheit, vor nichts zurückzuweichen und jedes Opfer zu bringen. Der Staat und die Völker, die Regierenden, alles, was Macht hat in Österreich, mußte — wenn sie es so nennen wollen — durch Terrorismus dazu gezwungen werden, das zu tun, was sie selbst gebraucht haben. (Lebhafter Beifall.) Und der geschichtliche Ruhm der österreichischen Arbeiterklasse ist es, daß sie den eisernen Willen, den Mut und die Unerschrockenheit gehabt hat, als der richtige Moment gekommen war, alles in die Schanzen zu schlagen, den Mut, die Schlacht zu schlagen, die für sie verhängnisvoll werden konnte, aber auch den Verstand, die Schlacht zu gewinnen. (Beifall.) Hinterher ist es leicht, klug zu sein, hinterher kann man sich leicht rühmen, und ich will dankbar anerkennen, daß sich die einzelnen Parteien und Abgeordneten so nach und nach zum allgemeinen Wahlrecht herübergeschlängelt haben. Ich trage es niemand nach, daß er es zu spät getan hat, wenn er nur gekommen ist. Denn schließlich waren die Anhänger des allgemeinen Wahlrechtes vor zwei Jahren im Parlament nicht sehr zahlreich, und mit unseren elf Stimmen*) allein hätten wir die Sache nicht machen können, und außerdem waren nur zwei oder drei Dutzend mit uns. Wir sind den Herren wirklich sehr dankbar, die rechtzeitig erkannt haben, wie der Wagen läuft, und sich recht-

*) In der letzten Session des Kurienparlaments hatten die Sozialdemokraten aller Nationen nur 11 von 425 Mandaten des Abgeordnetenhauses.

zeitig hineingesetzt haben. (Heiterkeit und Beifall.) Und ich gebe dem Herrn Hofrat Geßmann öffentlich das Zeugnis — weil er es ja wiederholt verlangt hat —, daß er allerdings klug genug war, sich beizeiten dorthin zu setzen, wo er am besten fährt. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Aber das Wichtigste war, den Wagen in Gang zu bringen, und das zu einer Zeit, wo man nicht bequem darin sitzen konnte, sondern wo man sehr stark der Gefahr ausgesetzt war, unter die Räder zu kommen. Und damals waren wir allein.

Wenn jemand glaubt, daß das ein überflüssiges Reden ist, weil die Dinge ja vorbei sind, so irrt er sich; denn wir sind nicht am Ende, sondern am Anfang*) der Neugestaltung unseres Staates, und wir haben mit dem allgemeinen Wahlrecht erst die Vorbedingungen dafür geschaffen, durch die sie möglich wird — wenn auch nur möglich mit den größten und schwersten Opfern. Wir stehen am Ende des einen Kampfes und am Anfang neuer, schwererer Kämpfe als wir sie bisher hatten. Aber die Lehre können wir daraus ziehen, daß die Arbeiterklasse, die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft das

Rückgrat dieses Staates

ist. Sie ist das politische Rückgrat dieses Staates, die einzige politische Macht, die weiß, was sie will, und die ihren Willen mit allen Opfern durchsetzt. (Lebhafter Beifall.) Oh, wir haben große Parteien, Parteien mit Macht und Einfluß. Aber alles das schwankt von Programm zu Programm, das ist weich, das schmiegt sich an oder jagt demagogischen Schlagworten nach, das schillert in allen Farben, das ist quappig und schwammig, da ist nichts fest und alles unecht. Die einzige Partei in Österreich, die mit ehernem Willen in allen Formen, ruhig, bescheiden, aber unablässig arbeitet, aber, wenn es notwendig ist, auch mit eisernem Schritte und alles vor sich niederwerfend; die einzige Partei, die ein klares Programm hat, die einzige, die das Gesamtinteresse aller Klassen der Bevölkerung, vor allem aber das Interesse der arbeitenden Massen vertritt, ist die Sozialdemokratie, und jede politische Hoffnung in Österreich knüpft sich zuletzt an das Erstarken der Sozialdemokratie, an das Gedeihen unserer Partei. (Lebhafter Beifall.)

Wenn Sie den Wahlkampf, wie er sich bisher entwickelt hat, überblicken, so zeigt sich bei allen Parteien ohne Unterschied ein gemeinsamer Zug: die Angst vor der Sozialdemokratie. (Zustimmung.) Ihre ganze Politik wird bis ins einzelne davon beeinflußt, und sogar ein so schlauer Politiker wie Seine Durchlaucht — oder vielleicht schon gar Exzellenz**) (Heiterkeit) —

*) Diesen Gedanken hatte Adler auch schon im Wahlrechtskampf immer wieder ausgesprochen, so zum Beispiel in seinem Referat über Verfassungsrevision auf dem Parteitag in Salzburg 1904. (Siehe Band VIII der Adler-Schriften, Seite 244.)

**) Exzellenz, nämlich Minister und geheimer Rat, ist dann allerdings nicht Prinz Alois Liechtenstein geworden, sondern Dr. Albert Geßmann.

Prinz Liechtenstein warnte auf seinem Parteitag vor einer Unterschätzung der Sozialdemokratie, für die das allgemeine Wahlrecht, wie er sich ausdrückte, das Plewna ist, wo sie sich verschanzt. Für die Vergangenheit hat er wirklich recht. Da war allerdings das allgemeine Wahlrecht das nächste Ziel, dem alles andere untergeordnet werden mußte. Denn man kann auch in der Politik nicht vielen Hasen nachjagen. Da muß man wissen, was man jetzt durchsetzen will und kann, und auf den einen Punkt muß man alle Kraft vereinigen.

Wenn die Herren aber glauben, daß wir so töricht sind, zu meinen, daß, weil wir jetzt das Wahlrecht haben, wir die Herren in Österreich sind, daß wir unsere Macht so überschätzen wie sie die Gefahr, die ihnen von uns droht, so täuschen sie sich. Wir wissen sehr genau, daß die Sozialdemokratie dank ihrer Organisation, dank ihrer moralischen Kraft und dank dem starken sittlichen Bewußtsein, das in der Arbeiterklasse lebt, allerdings ein politischer Faktor allerersten Ranges ist. Aber wir wissen ebenso genau, daß die politische Erziehung der breiten Massen noch lange nicht so groß ist, als daß wir im nächsten Parlament wirklich bestimmend auf die Geschicke des Staates einwirken könnten. Wir sind auch nicht so geneigt, groß von uns zu sprechen, wie unsere Freunde, die Christlichsozialen, von sich. Hofrat Geßmann verkündet ein über das andere Mal, daß die Christlichsozialen bisher eine Wiener Partei waren und nun eine

Reichspartei*)

werden (Heiterkeit), und er beginnt die Eroberung Österreichs gleich in der Bukowina. Das haben wir Sozialdemokraten gar nicht notwendig. Wir waren immer eine Reichspartei; wir waren immer eine Partei, die die arbeitenden Massen im ganzen Reiche erfaßt hat. Wir haben nie eine Kirchturmpolitik getrieben, nie mit lokalen, persönlichen Mitteln gearbeitet, nie mit dem Einfluß einzelner Persönlichkeiten agitiert, denen wir eine abgöttische Verehrung hätten zuteil werden lassen, nie eine lokale Demagogie getrieben wie die Christlichsozialen. Es ist ja sehr hübsch von ihnen, wenn sie jetzt wünschen, einen größeren Gesichtskreis zu bekommen, und es wird ihnen nicht schaden, wenn sie ihren Gesichtskreis erweitern, denn ihr Gesichtskreis war bisher wirklich sehr eng. (Heiterkeit.) Aber sie sollen nur aufpassen, daß sie sich dabei nicht irren. Es könnte kommen, daß es ihnen bei dem Bestreben, aus einer Wiener Partei eine Reichspartei zu werden, so ergeht wie dem Frosch, der sich aufgebläht hat, bis er zerplatzte. Das ist auch eine Erweiterung (Heiterkeit), allerdings keine des Gesichtskreises. (Neuerlicher Beifall.)

---

*) Wirklich haben sich die Christlichsozialen dann Christlichsoziale Reichspartei genannt. In der Bukowina hatten sie zunächst nicht viel Glück mit ihren Kandidaturen und knüpften dann Beziehungen zu den Rumänen an, die die Thronfolgerpolitik als Freunde Österreichs gegen Ungarn ansah!

Man hat uns die Bedingungen für unseren Wahlkampf nach Möglichkeit erschwert, schon im Gesetz durch die kunstvolle Einteilung der Wahlkreise. Man hat dann — worauf die Christlichsozialen besonders stolz sind — die Wahlpflicht erfunden, die nichts ist als ein Angstprodukt. Man will die politisch bewußten, selbständig denkenden, politisch erzogenen Massen der Arbeiter durch die indifferenten Massen erdrücken lassen, durch jenen Bodensatz von Leuten, die politisch überhaupt niemals gedacht haben, die ganz indifferent, gleichgültig sind, die sich für die Wahlen nicht interessieren. Auf die Gedankenlosigkeit baut man seine Hoffnungen. Die

Wahlpflicht der Gedankenlosen

soll die politisch Denkenden erdrücken. Praktisch bedeutet das, daß wir nicht nur über unsere Feinde siegen müssen, sondern auch über die stumpfe, gleichgültige Masse, und daß wir also unsere Arbeit verdoppeln müssen. Aber wie alles, was man gegen uns tut, schließlich für uns ausschlägt, so wird die Wahlpflicht, wenn sie uns auch anfangs hie und da ein Mandat kosten mag, uns politisch schließlich nützen, denn der Mann, den sie uns jetzt mit der Polizei an die Urne schleppen, der heute gleichgültig und verdrossen hingeht, der wird sich das nächste Mal vielleicht doch darüber Gedanken machen, wenn er schon wählt, wen er wählen soll und warum er wählen soll. Und übrigens — es ist das keine Schmeichelei für Sie, Genossen —, es gibt auch in unseren Reihen eine große Anzahl sehr braver und guter Genossen, die sich aber am Wahltag weniger auf sich selber als auf die anderen verlassen (Zustimmung), und wenn die Idee des Herrn Hofrates Geßmann uns diese faulen Genossen zur Wahl bringt, so ist das ja ganz hübsch. (Heiterkeit und Zustimmung.) Bisher hat die Behörde sich sehr angestrengt, unsere Wähler am Wählen zu hindern, jetzt wird sie sie zum Wählen zwingen. Wir kommen eben immer aus einem Extrem ins andere. (Heiterkeit.)

Ich möchte Sie aber warnen, sich den Sieg gar zu leicht vorzustellen, selbst in einem so proletarischen Bezirk, wie es Favoriten ist. Wir haben gegen uns alle bürgerlichen Parteien. Die Sozialdemokratie hat ein altes Schlagwort gehabt, das allerdings im einzelnen nicht immer gestimmt hat und das man erklären muß, wenn man es anwendet, das Wort von der

einen reaktionären Masse*).

Wir wissen, daß diese eine reaktionäre Masse nicht ein einheitlicher Körper ist, daß sie in sich gespalten ist in Parteien und Gruppen, die entgegengesetzte Interessen haben und miteinander vielfach im Kampf liegen; aber wenn dieses Wort von der einen reaktionären Masse bewiesen werden sollte, so sind unsere Gegner

*) Siehe zu Adlers Anschauungen über dieses Schlagwort unter anderem Band VIII dieser Schriften, Seite 392 f. und 443.

jetzt daran, es zu beweisen. Überall in Österreich sehen Sie die Bemühungen, gegenüber der Sozialdemokratie die Parteien zu vereinigen und den verhaßten Sozialdemokraten, denen man das so vielgepriesene Wahlrecht verdankt, die Mandate streitig zu machen, und wir werden da Bundesgenossenschaften merkwürdigster Art sehen. Nun, wir fürchten uns vor ihnen allen nicht (lebhafter Beifall); wir sind keine Partei, deren Schicksal in einem Wahlkreis und an einem Tage entschieden wird. Jedes Mandat, ja jede Stimme ist für uns wichtig. Wichtiger aber ist, daß sich in diesem großen Kampfe das Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft auspräge und schärfe. Und unsere Herren Gegner können gar nichts Besseres für uns tun, als wenn sie uns von allen Seiten umzingelten und den Arbeitern damit sagten: „Rechts und links, Bürger und Bauern, Aristokraten und Fabrikanten und Zünftler, alle sind wir einig gegen euch, die arbeitenden Klassen!“ Ja, das wollen wir, und da erwarten wir sie! Mir ist gar nicht bange, daß dieselben Herren, die sich bei den Wahlen gegen uns vereinigen, wenn sie ihre speziellen Ziele werden durchsetzen wollen und unsere Hilfe brauchen, doch wieder zu uns kommen werden — mit Augenzwinkern und freundlichen Redensarten, wir möchten sie denn doch, weil es sich um eine gute Sache handle, unterstützen. Und wenn es eine wirklich gute Sache ist, die wir wollen, werden wir es auch tun. Wir helfen den anderen ja nie um ihretwillen, sondern nur um der Arbeiter willen ...

Im neuen Parlament wird hoffentlich die Sozialdemokratie eine stattliche, arbeitsfähige Partei sein, und sie wird imstande sein, für die Aufgaben, die dem Parlament dann vorliegen werden, das ganze Aufgebot der sittlichen und geistigen Kraft der Partei und die ganze Energie der Arbeiterschaft zu widmen. Unser

Verhältnis zu Ungarn

muß neu geregelt werden; aber die Krise, in der wir uns heute befinden, kann nur dann zum Vorteil Österreichs gelöst werden, wenn die Politiker den Mut haben, ein Österreich zu schaffen, das unabhängig ist von Ungarn und unabhängig auch vom Traum eines habsburgischen Weltreiches, eines Reiches, das bisher nur die besten Kräfte der Völker für eine Utopie in Anspruch genommen hat. Diesen Mut muß man nicht nur in Pest haben, sondern hier in Wien muß man ihn haben; hier gilt es, gegenüber den alten dynastischen und militärischen Interessen die Interessen der Völker, die in Österreich leben, geltend zu machen. Hier wird die eigentliche Schlacht geschlagen werden. (Lebhafter Beifall.) Und es wird auch der eine Moment kommen, wo von der Energie, von der Schneidigkeit und Zielklarheit der Sozialdemokratie sehr viel abhängt. Die ganze Verfassung Österreichs muß neu gestaltet werden. Wir haben eine Gesetzgebung, die mit dem allgemeinen Wahlrecht im schärfsten Widerspruch steht. Wie sieht denn unser Koalitionsgesetz aus, das primitivste Recht des Arbeiters, für eine

bessere Lebenshaltung zu kämpfen? Es ist dem guten Willen und der Willkür der Bürokraten preisgegeben und wird gegen uns gehandhabt je nach der Laune, je nach der Eingebung, ja sehr oft je nach der Stärke des Einflusses, den einzelne Unternehmer auf einzelne Beamte haben. Das ist ein Zustand, der auf die Dauer nicht ertragen werden kann. Wir wollen die politischen Lebensbedingungen der Bevölkerung gesetzlich festgelegt haben, wir wollen die politische Verwaltung modernisieren, wir wollen das bestehende Abgabensystem ändern...

Die wichtigste Frage, die die Lebensfrage Österreichs ist, ist die

nationale Frage.

Die Völker, die in Österreich leben, müssen zu einer Form des Zusammenlebens kommen, die jedem eine selbständige Entwicklung erlaubt. Und wenn unser Wahlrecht nur so mangelhaft den nationalen Bedürfnissen gerecht wird, so ist das nur dem Umstand zuzuschreiben, daß man froh sein mußte, bei dieser Wahlordnung in Sicherheit zu bringen, was der Kern ist, das gleiche Recht. Wir finden es für ganz selbstverständlich, daß auch die Minoritäten, die in einer großen Majorität eingesprengt sind, das natürliche Recht auf eine gesonderte Vertretung in Anspruch nehmen können, und wir haben es auch durchaus verstanden, daß die tschechischen Genossen in Wien gewünscht haben, einen tschechischen Genossen in den Reichsrat zu schicken, und wenn es möglich gewesen wäre, ihren Wunsch zu erfüllen, ohne daß das politische Opfer für die deutsche Sozialdemokratie zu groß gewesen wäre, hätten wir ihnen gewiß dazu geholfen. Aber wir mußten uns davon überzeugen, daß die Vertretung der nationalen Minoritäten nur durch ein Gesetz ermöglicht werden kann, das festsetzt, daß die Vertreter einer nationalen Minorität nur von dieser Minorität selbst gewählt werden und nicht angewiesen sein dürfen darauf, von der anderen Nationalität gewählt zu werden. Nicht die Majorität kann der Minorität zum Wahlrecht verhelfen, sondern ein Gesetz muß der Minorität das Recht auf die Vertretung geben. (Beifall.) Wir haben es nie geleugnet, daß es auch bei uns nationale Schwierigkeiten zu überwinden gibt; aber unser Ruhm ist, daß wir sie immer zu überwinden strebten und sie auch immer überwinden konnten (Zustimmung), und ich halte es für meine Pflicht, daß wir heute den tschechischen Genossen in diesem Bezirk unsere Anerkennung und unseren Dank dafür aussprechen, daß sie, obwohl sie eine sehr berechtigte Empfindung gehabt haben, daß sie einen Vertreter ihrer eigenen Nation in das Parlament entsenden wollten, sich trotzdem der politischen Notwendigkeit der Gesamtpartei untergeordnet haben und heute in brüderlicher Solidarität mit uns den Wahlkampf führen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Wir haben nie daran gezweifelt, daß unsere tschechischen Genossen, wenn es zur Entscheidung kommt, wahrhaft internationale, wahrhaft proletarische Gesinnung zeigen

werden, und je schwerer es ihnen geworden ist, um so größer ist das Verdienst, daß sie es trotzdem getan haben.

Wir werden, wenn alle ihre Pflicht tun, in diesem Wahlkampf es zu einer sozialdemokratischen Fraktion bringen, die sich mit Ehren sehen lassen kann. Aber für uns sind Wahlen nicht nur eine Fabrikation von Abgeordneten, sondern sie sind uns ein Mittel, unsere Überzeugungen zu verbreiten und unsere Organisation zu verstärken. Man wirft uns vor, daß wir

Utopisten

sind: wir wollen ganz ferne Dinge, die Abschaffung des Privateigentums, den Umsturz des Staates. Gewiß, wenn wir den Staat heute umstürzen könnten — er verdient wirklich nicht mehr —, wenn wir das Privateigentum, an dem Blut klebt, wenn wir den heutigen Kapitalismus, der eine Geißel der Menschheit ist, beseitigen könnten, und wäre es auch durch den größten terroristischen Akt, an uns soll es nicht fehlen. (Lebhafter Beifall.) Wenn ich könnte — und wäre es mit dem Opfer meines Lebens und des Lebens anderer —, ich würde mich für einen Verbrecher halten, wenn ich es nicht täte. Aber wir wissen, daß der Weg, der dahin führt, ein langer Weg ist und wir nicht mit einem Sprunge ans Ziel kommen können. Sie mögen sich nicht fürchten, sie können noch leben, und sie werden nicht auf einmal ins sozialistische Jenseits befördert werden (Heiterkeit), sondern ganz langsam, so schnell, als es eben geht — aber es geht leider nicht so rasch. Man wirft uns dann vor, daß wir gegen die Religion seien. Daß wir gegen den Klerikalismus und seine Volksverdummungsgelüste kämpfen, haben wir nie geleugnet. Aber die Religion hat von uns nie etwas zu fürchten gehabt, die religiöse Überzeugung niemands haben wir je angetastet. Die Christlichsozialen fürchten auch nicht für die Religion, die ist ihnen nur ein Mittel der Agitation und vor allem der Organisation. Aber wir, die man die Feinde der Religion nennt, wir haben Hochachtung auch vor der religiösen Überzeugung; aber wir haben Verachtung für die klerikale Streberei, für die Ausnützung der echten religiösen Überzeugung der breiten Schichten, für die Herrschaftsgelüste einer kleinen Clique von Leuten. Wir werden im Parlament gegen diese neue Reichspartei zu kämpfen haben, die sich in eine große klerikale Partei umwandeln will. Es wird Arbeit genug im Parlament geben, aber darum dürfen wir nicht die Arbeit außerhalb des Parlaments vergessen. Sie gehen in die Wahlen mit dem Bewußtsein, daß Sie die Träger einer großen Idee sind; mit dem Bewußtsein, daß von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft die Zukunft aller Völker in Österreich abhängt. Wir dürfen nicht zufrieden sein mit dem, was wir schon erkämpft haben, sondern müssen uns zu neuen Kämpfen rüsten. In diesem Sinne, die Augen gerichtet auf das große Ziel der Sozialdemokratie, gehen wir in die Wahlen mit dem Rufe: Es lebe die internationale Sozialdemokratie! (Stürmische Hochrufe und andauernder Beifall.)

Die Wahlen in Österreich.

Von Dr. Victor Adler.

Halbmonatsschrift „März", München, Juni 1907*).

Ein neues Österreich ist aus den ersten Wahlen des gleichen Wahlrechtes erstanden; oder vielmehr: ein bisher unbekanntes Österreich wurde durch sie enthüllt. Welche Fälschung das alte Kurienparlament war, erkennt man ganz deutlich erst jetzt, da die Grundlinien der neuen, der ersten Volksvertretung Österreichs auftauchen. Noch ist das neue Abgeordnetenhaus keineswegs ein getreues Abbild der nationalen, wirtschaftlichen und kulturellen Struktur des Landes, dafür hat die gekünstelte Wahlkreiseinteilung, dafür hat in den östlichen Provinzen die Wahlpraxis gesorgt. Auch fehlt noch viel, bis die Interessengegensätze der einzelnen Schichten zu jenem Grade der Klarheit des Bewußtseins und des eindeutigen Ausdruckes gelangen, den das allgemeine Wahlrecht möglich macht. Aber eine ganze Welt von unsäglich albernen und verlogenen politischen Fiktionen ist gründlich dahin mit jener Karikatur eines Parlaments, die durch die Wahlreform zerstört wurde. Die Zeiten, wo sich die österreichische Politik darstellte als eine Auseinandersetzung zwischen dem verfassungstreuen und dem feudalen Großgrundbesitz, sind endgültig vorbei; und nicht minder jene, wo einige deutsche oder tschechische Radaupolitiker Volk mimen und die politische Bühne beherrschen konnten. Zum ersten Male sind die Völker selbst auf die Bühne getreten.

Man hatte sich das Ding freilich ein wenig anders vorgestellt.

Die gewaltige Volksbewegung, die, geführt von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, die Wahlreform auf die Tagesordnung gesetzt hatte, konnte die Gunst äußerer Umstände nützen. Die ungarischen Wirren, die russische Revolution kamen ihr zugute, und der völlige Bankrott des alten Österreich machte mit zwingender Logik den Kaiser selbst zum Anwalt des Wahlrechtes. Nur widerstrebend und knurrend fügten sich die bürgerlichen Parteien der eisernen Notwendigkeit, nicht ohne verzweifelte Rückzugsgefechte geliefert zu haben, die das Reformwerk mehr als einmal in ernste Gefahr brachten. Als es aber ans Ziel geführt

*) Adler hat wohl nur wenige Artikel für nichtsozialdemokratische Zeitschriften geschrieben. Als sich nach den ersten Wahlen auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes die Redaktion der im Verlag Albert Langen in München erscheinenden, angesehenen demokratischen Halbmonatsschrift „März", als deren Herausgeber Ludwig Thoma, Hermann Hesse, Albert Langen und Kurt Aram zeichneten, an ihn wendete, machte er bereitwillig eine Ausnahme. In demselben zweiten Juniheft ist übrigens auch ein Artikel von Jaurès über „Das Ministerium Clemenceau und die Sozialisten".

Die Wahlen in Österreich haben bekanntlich am 14. Mai 1907 (die Stichwahlen am 24. Mai) stattgefunden und haben der Sozialdemokratie 1,040.662 Stimmen und 87 Mandate gebracht. Die deutschen Sozialdemokraten erhielten 511.590 Stimmen und 50 Mandate.

war, ging man eigentlich recht leichten Herzens in die Wahlen. Die Regierung des Baron Beck vor allem, der bei der Durchsetzung der Wahlreform dem Willen des Kaisers ein energischer, geschickter und unermüdlicher Vollstrecker gewesen, fürchtete von allen Gefahren, die man dem allgemeinen Wahlrecht angedichtet, am wenigsten die Aussicht auf eine starke klerikale und agrarische Majorität. Vielmehr hat die Hoffnung auf ein solches Ergebnis nicht nur bei dem Reformeifer der Christlichsozialen, sondern auch bei der rühmlichen Beharrlichkeit der Krone und der Regierung als wichtiges Motiv mitgewirkt. Die Christlichsozialen spielten sich als die künftige „Reichspartei", als Retter des Staates auf, und man gab ihnen gerne Kredit, begünstigte sie auch bei den Wahlen in jeder Beziehung, wie ja schon die Wahlbezirkseinteilung in Wien und Niederösterreich ausschließlich in ihrem Interesse gemacht war. Daß die Schönerianer und die radikalen Tschechen durch die Wahlen geschwächt würden, war sicher, und damit war eine wichtige Sorge beschwichtigt. Dafür glaubte man eine mäßige Verstärkung der sozialdemokratischen Fraktion leicht in Kauf nehmen zu können. Die Sozialdemokraten hatten im alten Parlament elf Abgeordnete, und wenn sie jetzt auf fünfunddreißig oder vierzig wüchsen, müßte und könnte man das schließlich ertragen. Daß die sozialdemokratischen Bäume nicht in den Himmel wüchsen, dafür redlich gesorgt zu haben war man sich bewußt. Die Seßhaftigkeitsklausel hatte das Wahlrecht an den einjährigen Wohnsitz in der Gemeinde geknüpft, das heißt: eine raffinierte Einteilung der Wahlbezirke hatte die Arbeiterwähler hier in große Wahlkreise zusammengeschoben, sie dort in einer agrarischen Majorität ersäuft; die von den Christlichsozialen aus Belgien importierte Wahlpflicht, deren Schönheiten durch den Ausgang der letzten Wahlen im Reiche empfohlen wurden, hatte man in einer Reihe von Kronländern, vor allem in den gefährdeten Niederösterreich, Mähren und Schlesien eingeführt und hoffte so die politisch denkende Arbeiterschaft durch den politisch noch unerweckten, gedankenlosen Bodensatz der Bevölkerung zu ersticken. In der Tat, man konnte mit gutem Gewissen in die Wahlen gehen.

Es ist ein wenig anders gekommen. Das wichtigste Ergebnis der Wahlen ist, daß die christlichsoziale Partei, daß die Klerikalen aller Sorten lange nicht so große Erfolge hatten, wie sie hofften, daß hingegen die Sozialdemokratie als die stärkste Partei in das neue Parlament einzieht. Im ersten Anlauf eroberten die Sozialdemokraten bei der Hauptwahl achtundfünfzig Wahlbezirke, vierunddreißig deutsche, zweiundzwanzig tschechische, je einen polnischen und italienischen, standen in hundertachtzehn Bezirken in Stichwahl und hatten in einer großen Anzahl von Bezirken die Entscheidung zwischen den anderen Parteien in der Hand. Die Christlichsozialen hatten die Landgemeinden in Niederösterreich gehalten, Tirol den Altklerikalen abgenommen, aber sie hatten drei Wiener Bezirke, auf die sie gerechnet, an die Sozialdemokraten verloren, und ihre Eroberungszüge in die Sudetenländer waren erfolglos und brachten sie nur in einige Stichwahlen, über deren

Ausgang die Sozialdemokratie zu entscheiden hatte. Die deutschbürgerlichen Parteien kamen aus der Hauptwahl arg reduziert heraus. Die Alldeutschen waren fast verschwunden, Schönerer selbst mit einer kläglichen Minorität einem Sozialdemokraten erlegen, Franko Stein endgültig abgefallen, und nur einige der harmlosesten Exemplare durften hoffen, in der Stichwahl durchzukommen. Das Schicksal der deutschen Fortschrittspartei, der Deutschen Volkspartei, der Freialldeutschen hing von den Stichwahlen ab, bei denen sie in Wien und in den Alpenländern meist den Christlichsozialen, in den Sudetenländern meist den Sozialdemokraten gegenüberstanden. Nicht besser ging es den tschechischen bürgerlichen Parteien. Die Jungtschechen konnten in der Hauptwahl nur ganz wenige Bezirke behaupten, und den erwarteten Siegeslauf der Agrarier hemmten die großen Erfolge der Sozialdemokratie, die auch in den Dörfern in ganz ungeahntem Maße festen Fuß gefaßt hatte.

Bei den Stichwahlen hatten somit die Sozialdemokraten ein entscheidendes Wort zu reden. Ihre Parole war einfach und klar: ein Kompromiß anzustreben, das ihnen manches Mandat bringen konnte, das wurde von ihnen nicht einen einzigen Augenblick auch nur erwogen.

Der Beschluß des Parteivorstandes lautete, es sei überall gegen die Klerikalen und die Christlichsozialen, überall gegen die Agrarier, auch wo sie als Freialldeutsche verkleidet sind, zu stimmen, und zwar ohne jede Rücksicht auf Gegenleistung; den Parteien, die sich als bürgerlich-freisinnig bezeichnen, sei es überlassen, welche Haltung sie mit ihrem politischen Gewissen verantworten könnten. So wurde für die bürgerlichen Parteien die sozialdemokratische Hilfe in wenigstens sechzehn deutschen und in einigen tschechischen Bezirken ausschlaggebend, die den Klerikalen und Agrariern definitiv entrissen wurden.

Eine besondere Betrachtung würden die Wahlen in Galizien verdienen, wo zu Nutz und Frommen der Schlachta ein kompliziertes Minoritätswahlsystem konstruiert wurde, das aber so überschlau ausfiel, daß seine Erfinder nun selbst wenig Freude daran erleben. Aber sie haben das Wahlglück nach altbewährter galizischer Tradition korrigiert. Offener Stimmenkauf und Nötigung unter den Augen, ja unter Protektion der Behörden, unverhüllte Einschüchterung der Wähler durch die Bezirkshauptleute, Fälschung der Wählerlisten, Fälschung der Wahlresultate, kurz, alle nach europäischen Begriffen unmöglichen Verbrechen gehören in Galizien zu den allgemein üblichen Behelfen bei der Wahl. Die Wiener Zentralregierung ist in Galizien fast völlig machtlos; zwischen ihr und den Bezirksbehörden steht der Statthalter, jetzt Graf Potocki, der nichts anderes ist als Führer und Exekutivorgan der herrschenden Stanczykenpartei, und der dafür sorgt, daß alle Anordnungen der Wiener Regierung ins Galizische übersetzt werden, das ist: wirkungslos bleiben. Wenn die Ergebnisse der galizischen Wahlen von der Wahlprüfungskommission des

Deutschen Reichstages untersucht würden, könnte kaum der vierte Teil von ihnen aufrechterhalten werden. Wie sich das neue österreichische Parlament zu diesen Wahlen stellen wird, wird eine der ersten und wichtigsten Proben für seinen Ernst und seine Lebensfähigkeit sein. Unter den Greueln dieser Wahlpraxis haben alle oppositionellen Parteien schwer gelitten, am schwersten die Sozialdemokraten, deren Führer Daszynski*), der glänzendste Redner des alten Hauses, dadurch zu Falle gebracht wurde. Aber trotz alledem, trotz Bestechung und Gewalttat, ist es den Stanczyken nicht gelungen, ihre alte Macht zu behaupten; und der Turm des Polenklubs, der Hort jedweder Reaktion, ist schwer erschüttert und rissig geworden. Die Wahlen sind in Galizien noch nicht zu Ende geführt, aber schon ist sichtbar, daß nicht nur die Stärke des Polenklubs vermindert, sondern auch sein inneres Gefüge wesentlich verändert, seine Machtstellung vermindert sein wird.

Die Stichwahlen erhöhten die Zahl der Sozialdemokraten auf siebenundachtzig — fünfzig Deutsche, vierundzwanzig Tschechen, fünf Italiener, sechs Polen und zwei Ruthenen — und machten sie zur stärksten Partei des Hauses. Das ist die Tatsache, die für die Zukunft des Parlaments, für die Zukunft Österreichs entscheidend ist. Die Größe des sozialdemokratischen Erfolges wirkte verblüffend und hat insbesondere auch im Ausland zu den sonderbarsten Urteilen geführt. Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß die Partei selbst von der Zahl der eroberten Mandate überrascht war. Sie kannte ihre Kraft, rechnete auf eine Million Stimmen, eine Ziffer, die noch um einiges überholt wurde, aber der Maßstab für die Schätzung der Kräfteverhältnisse, den allein das gleiche Wahlrecht geben kann, fehlte bisher. Übrigens wird bei den Vergleichen mit den Wahlresultaten in anderen Ländern, insbesondere im Deutschen Reiche, übersehen, daß die Ziffern in Österreich eine völlig andere Bedeutung haben. Der Deutsche Reichstag hat dreihundertsiebenundneunzig Mitglieder, die von rund dreizehn Millionen Wahlberechtigten erwählt sind; das österreichische Parlament zählt nicht weniger als fünfhundertsechzehn Abgeordnete, die Wählerzahl beträgt aber nur rund fünf Millionen. Dazu kommt, daß trotz aller gegen das Proletariat gerichteten Wahlgeometrie das Mißverhältnis zunächst lange nicht so arg sein kann, wie in den Industriezentren Deutschlands und insbesondere in den Monsterbezirken Berlins und des Rheinlandes. In Österreich kommen auf einen sozialdemokratischen Abgeordneten rund dreizehntausend, im Reiche gegenwärtig mehr als siebzigtausend sozialdemokratische Stimmen. Diese Ziffern sollen nur schiefe Vergleiche berichtigen, können aber keineswegs die Bedeutung des Erfolges der Sozialdemokratie in Österreich herabsetzen. Vielmehr gilt für Österreich wie für das Reich, daß jeder sozialdemokratische Abgeordnete ein beträchtlich höheres Stimmengewicht

*) Ignaz Daszynski wurde dann später in dem polnisch-schlesischen Wahlkreis Freistadt, wo Thaddäus Reger zu seinen Gunsten zurücktrat, gewählt. Er ist der nachmalige Sejmmarschall in der Republik Polen.

darstellt als der Abgeordnete irgendeiner bürgerlichen Partei. Die Sozialdemokraten haben bei diesen Wahlen mehr als ein Fünftel aller abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt und mehr als ein Sechstel der Mandate erobert. Das war eine starke Überraschung für die Leute, die noch an das längst falsch gewordene Schlagwort vom agrarischen Österreich glaubten und die auf das Märchen hineinfielen, die Sozialdemokratie sei in Österreich eine aus dem Ausland importierte Bewegung, die in der ökonomischen Struktur des Landes keine Wurzel habe. Die Wahlen haben deutlich gezeigt, daß Österreich trotz aller Hemmungen in weit höherem Maße Industrieland geworden ist, als es seine Regierer glauben machen wollen. Die unwiderlegliche Feststellung dieser Tatsache ist von der allergrößten Bedeutung für unsere politische Zukunft. Der Herrschaft der Agrarier, die bisher schrankenlos war, sind damit feste Grenzen gezogen.

Wie der Erfolg der Sozialdemokratie agrarische Experimente für die nächste Zukunft ausschließt, so ist er auch die Bürgschaft dafür, daß der geplante Vorstoß der Klerikalen unmöglich ist. Die Klerikalen neuer Fasson, die sich Christlichsoziale nennen, haben es auf siebenundsechzig Mandate gebracht, viel zu viel für die kulturelle und politische Entwicklung Österreichs, aber viel zu wenig für ihre hochgespannten Erwartungen und herrschgierigen Pläne. Ursprünglich eine Wiener Partei, die Partei des rabiat gewordenen Kleinbürgertums, haben die Christlichsozialen in Niederösterreich und Tirol agrarische Elemente aufgenommen, haben vermeint, die städtischen Interessen, da sie die Wiener Wählerschaft hypnotisiert glaubten, ungestraft verraten zu dürfen, und haben bei den Wahlen erleben müssen, daß sie in Wien an Boden eingebüßt haben, da die Sozialdemokraten ihnen gewachsen sind, ja, daß sogar das sogenannte freisinnige Bürgertum wieder politisch zu existieren beginnt. Am Tage nach der Wahl, die ihnen zeigte, daß sie in Wien künftig nichts mehr zu gewinnen und nur noch zu verlieren haben, schlossen die Christlichsozialen den Pakt mit den Altklerikalen, die ihnen freilich dreißig Mann zuführen, aus ihnen damit die stärkste Parteiorganisation des Hauses machen, sie aber zugleich in eine klerikale Bauernpartei wandeln, in der die Wiener Wählerschaft künftig nur die Rolle der Betrogenen und Mißbrauchten zu spielen haben wird. Die städtischen Elemente gehen ihnen durch, Arbeitermassen haben sie nie gehabt; und somit ist der ebenso ehrgeizige wie absurde Traum, in Österreich ein katholisches Zentrum zu etablieren, für immer ausgeträumt. Der Erfolg der Sozialdemokratie hat einen dicken Strich durch die klerikale Rechnung gemacht. Jede Regierung wird damit zu rechnen haben, daß jede Schwenkung zum Klerikalismus insbesondere auf dem Gebiet der Schulverwaltung für die sozialdemokratische Arbeiterschaft ein Kriegsfall ist; und sie weiß, daß die österreichische Arbeiterschaft zu kämpfen versteht.

Der Erfolg der Sozialdemokratie hat auch die vor kurzem ernstlich drohende Gefahr sozialpolitischer Reaktion, einer Bedrohung des Koalitionsrechtes, eines Angriffes der Scharfmacher

ausgeschlossen. Das Unternehmertum, das industrielle wie das agrarische, das kleine fast noch mehr als das große, hatte große Lust zu einem Experiment in dieser Richtung. Damit ist es nun zunächst vorbei; die Arbeiterschaft und mit ihr die Industrie ist vor der ernsten Gefährdung bewahrt, die schwere und unfruchtbare Kämpfe zur Folge gehabt hätte. Vielleicht wird nunmehr den Industrieherren Zeit gegönnt, zu der primitiven Erkenntnis zu kommen, daß Österreich und vor allem seiner Industrie nichts mehr not tut, als eine ausgiebige Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft.

Die Bedeutung der Tatsache, daß die Sozialdemokratie zu einer gewissen Machtstellung in Österreich gelangt ist, erschöpft sich aber keineswegs darin, daß die Partei des Proletariats eine wirksame Schutzwehr der politischen und kulturellen Freiheit, ein Hebel des sozialpolitischen Fortschrittes, ein Wall gegen jede reaktionäre Bestrebung geworden ist. Die Stärke der Sozialdemokratie ist eine der wichtigsten Bürgschaften für die Zukunft des Parlaments, für die Entwicklung des Staates. Die Sozialdemokratie ist in Österreich nicht minder die Partei des proletarischen Klassenkampfes — und in diesem Sinne revolutionär — als in Deutschland oder in jedem anderen Staate. Aber sie hat in Österreich eine ganz besondere Funktion, eine besondere Aufgabe, die ihr aus den Besonderheiten dieses Staates erwächst. Überall hat die Sozialdemokratie zu besorgen, was das Bürgertum zu tun unterlassen hat; der Kampf für politische Freiheit liegt überall fast ausschließlich auf ihren Schultern. In Österreich aber fehlt dem Proletariat die wichtigste Bedingung, der Boden für seine Entwicklung, fehlt ihm der Staat. Die Bürokratie und die herrschenden Klassen waren bisher unfähig, diesen Staat zu konstituieren. Der einzige Versuch, Österreich die Gestalt zu geben, die ihm einzig Existenz und Entwicklung verbürgen kann, aus ihm einen demokratischen Völkerstaat zu machen, wurde 1848 gemacht und von der Militärdiktatur brutal niedergeschlagen. Zwischen dem Kremsierer Reichstag und dem heutigen Parlament des gleichen Wahlrechtes liegt eine Welt politischen Elends, verbrecherischer Dummheit und feiger Verzweiflung an der Zukunft des Landes. Wenn aber die bürgerlichen Klassen sich dabei bescheiden, zu verzweifeln, wenn sie schwanken zwischen fatalistischer Lethargie und hysterischer Tobsucht — die Proletarier aller Nationen, die in Österreich leben, haben nicht die geringste Lust, zu verzweifeln, sind vielmehr erfüllt von einem starken Willen zum Leben und sind entschlossen, diesen Staat, in dem die acht Völker oder Völkersplitter miteinander zu leben berufen oder verurteilt sind, zum Instrument ihrer Entwicklung zu gestalten. Für die Sozialdemokratie ist das Parlament des gleichen Wahlrechtes der erste Schritt einer Umwälzung, die zur völligen Neugestaltung dieses Staates führen muß. Österreich muß die staatliche Selbständigkeit erringen und kann das nur, indem es Ungarn gewährt, was es selbst verlangt. Nicht mehr darf unsere Staatlichkeit, dürfen unsere wirtschaftlichen Interessen den Interessen der Dynastie und dem Phantom des Gesamtstaates geopfert werden,

wie es die selbstmörderische Tradition der österreichischen Politik bis heute geübt. Das ist der Gesichtspunkt, unter dem die Fragen zu behandeln sein werden, die dem Parlament unter dem Titel des Ausgleiches mit Ungarn zur Lösung vorliegen werden.

Durch die definitive Auseinandersetzung mit Ungarn muß der Staat Selbständigkeit und Freiheit gewinnen, durch die Lösung des nationalen Problems muß er die Lebensmöglichkeit erringen. Haben sich die Völker Österreichs mit der Tatsache abgefunden, daß es für sie auf absehbare Zeit keine Aussicht auf ein Leben außerhalb dieses Staates gibt, dann müssen sie sich entschließen, ihr Leben nebeneinander in diesem Staate so zu ordnen, daß ihre ungehemmte nationale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung verbürgt ist. Mag es schmerzlich sein, irredentistische Utopien aufzugeben, das Leben darf noch so verlockenden Träumen nicht geopfert werden. Das Zusammenleben der Nationen in Österreich ist aber nur möglich, wenn jedem Volke volle Autonomie, volle Selbständigkeit gewährleistet, wenn jede nationale Herrschaftsbestrebung endgültig aufgegeben wird. Die Deutschen werden nichts dabei verlieren, wenn sie aufhören, die Büttel Altösterreichs zu sein, wenn sie ihre nationale Zukunft als erstes unter den gleichberechtigten Völkern aus eigener Kraft gestalten. Das alte Österreich hat die Deutschen zu Zwecken mißbraucht, denen es nicht gewachsen war, hat ihnen mehr genommen als gegeben. An Stelle des altösterreichischen, leer und dekrepid gewordenen Staatsgedankens muß die Solidarität national freier und selbständiger Völker treten, deren Kraft entfesselt, deren Entwicklung verbürgt ist durch Autonomie und Demokratie. Österreich wird ein demokratischer Nationalitätenstaat sein, oder es wird nicht sein. Der Gedanke der nationalen Autonomie ist von der Sozialdemokratie vor zehn Jahren programmatisch festgelegt worden. Seitdem hat er einen großen Weg gemacht, ist zum Schlagwort deutscher wie tschechischer nationaler Bestrebungen geworden; den entscheidenden Schritt aber hat er noch zu tun, den Schritt, der die Kronlandsgrenzen endgültig durchbricht und an Stelle der historischen Gebilde des feudalen Staatsrechtes moderne nationale Organisationen setzt. Heute werden die bürgerlichen nationalen Parteien, Deutsche wie Slawen, noch stutzig bei dem Gedanken der Landeszerreißung, während sie die Zerreißung der Nation in Kronlandsfetzen geduldig ertragen. Aber die Zusammenfassung der Nationen liegt in der Vernunft der Dinge; die Notwendigkeit der Völker wird sich durchsetzen. Mit dem Parlament des gleichen Rechtes ist die Möglichkeit gegeben, diese Umwälzung und Neugestaltung Österreichs zu vollziehen. Die Sozialdemokraten aller Nationen in Österreich haben diese Neugestaltung als die Lebensbedingung des Proletariats erkannt, sie steht an der Spitze ihres Programms, wie die Einheit und Freiheit Deutschlands an der Spitze des Programms der jungen deutschen Sozialdemokratie stehen mußte. Genau in demselben Sinne wie ihre Brüder im Reiche sind die Sozialdemokraten Österreichs eine Staatspartei. In der internationalen Solidarität der Proletarier aller Zungen in Öster-

reich verkörpert sich, und vorläufig in ihr allein, jene Solidarität der Interessen, die Österreichs freie Völker in ein lebensfähiges, lebensmutiges Staatsgebilde zusammenfassen wird.

Noch sind wir von diesem Ziele weit entfernt, und wenn man den kläglichen Zustand der bürgerlichen Politik aller Nationen vor, in und nach den Wahlen betrachtet, könnte man zaghaft werden. Aber jeder Schritt nach vorwärts, den Österreich in den letzten Jahren politisch, wirtschaftlich oder kulturell gemacht hat, ist mit dem Namen der Sozialdemokratie verknüpft, und sie fühlt sich stark zu jeder Aufgabe, die ihr die Lebensnotwendigkeiten des Proletariats stellen.

Freilich, zunächst sieht das neue Abgeordnetenhaus nicht danach aus, als könnte man ihm außerordentliche Leistungen zumuten, und ängstliche Leute zweifeln daran, ob es in Gang zu bringen sein wird. Eine Versammlung von nicht weniger als fünfhundertsechzehn Abgeordneten, die, wenn sie wollen oder nicht anders können, in acht verschiedenen Sprachen reden dürfen, eine Volksvertretung, deren Klassenscheidung durchkreuzt ist durch die nationale Gliederung, wodurch ihre Zersprengung in einige Dutzend Parteien erzeugt wird — das ist von vornherein kein leicht arbeitender Organismus. Erwägt man, daß das einzige Erbe, das das neue Parlament vom alten übernommen hat, die Tradition der schlimmsten Sitten, der unerhörtesten Zuchtlosigkeit und eine schwerfällige, veraltete Geschäftsordnung ist, an die zu rühren trotzdem vorläufig fast unmöglich ist, so begreift man die schwere Sorge. Es wird viel Ausdauer, Klugheit und Mut notwendig sein, um die eben aufmontierte Maschine in Gang zu bringen. Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, der mit seinen fünf nationalen Gruppen eine kleine Internationale und zugleich ein Miniaturbild des künftigen Österreichs, gegründet auf Demokratie und nationale Autonomie, darstellt, wird alles tun und nichts unterlassen, um das Haus funktionsfähig zu machen. Denn die Sozialdemokratie betrachtet dieses erste Parlament des gleichen Rechtes als die Werkstätte, in der die Zukunft der Völker Österreichs, die Zukunft vor allem der Arbeiterklasse geschaffen werden muß.

Nach der Eroberung des Wahlrechtes.

Parteibericht — Parteitag 1907*).

Die Diskussion, die wir jetzt durchzuführen haben, erstreckt sich über einen Zeitraum von nicht weniger als drei Jahren. Die deutsche Sozialdemokratie in Österreich war zum letztenmal vor

*) Der Parteitag fand vom 30. September bis 4. Oktober 1907 im Ottakringer Arbeiterheim in Wien statt. Die Beratungen drehten sich selbstverständlich vornehmlich um das eben errungene allgemeine Wahlrecht und um den großen Wahlsieg, der der Partei nicht weniger als 87, darunter 50 Mandate der deutschen Sozialdemokraten gebracht hatte, wozu übrigens später von Innsbruck und Freiwaldau noch zwei weitere kamen. Zu den

drei Jahren in Salzburg zusammengekommen und es ist eigentlich verwunderlich, daß niemand hier heraufgekommen ist und der Parteivertretung darüber Vorwürfe gemacht hat, daß der deutsche Parteitag nicht jetzt vor einem Jahre schon stattgefunden hat; denn nach unserem Organisationsstatut mußten wir jetzt vor einem Jahre zum Parteitag zusammenkommen. Die Parteivertretung, die in Salzburg gewählt wurde, hat ihr Mandat um ein volles Jahr überschritten und nach unserer Konstitution waren wir absolut nicht mehr berechtigt, die Geschäfte zu führen. Wir haben unsere Befugnisse direkt überschritten. Wir hätten uns bereits heute vor einem Jahre der Neuwahl unterziehen müssen. Es ist aus der Mitte der Partei, weder in der Presse, noch hier auf dem Parteitag, noch sonst irgendwo auch nur ein Wort darüber gesprochen worden. Die gesamte Partei hat begriffen, daß im vorigen Jahr keine Zeit dazu war und keine Möglichkeit, sich zusammenzusetzen und Erörterungen über Parteitaktik zu pflegen, daß wir nicht in der Lage waren, Parteigesetze zu machen, sondern daß wir Parteipolitik, und zwar Parteipolitik in konzentriertester Weise machen müssen. Ich erwähne das auch nur deshalb, um den Genossen in Erinnerung zurückzurufen, daß diese drei Jahre zu den Erlebnissen gehören, die Leuten, die in der Bewegung stehen, wohl nur einmal im Leben passieren; daß diese drei Jahre eine Zeit waren, die uns nicht nur unvergessen bleiben wird, sondern die den vollen Ausdruck der gesamten Fähigkeit und Leistung, die die österreichische Arbeiterschaft aufzubringen vermag, gebracht hat. Wir hätten einen parlamentarischen Bericht zu bringen über die Arbeit, die unsere Fraktion im alten Parlament geleistet hat, und einen zweiter Bericht über die Leistung der Fraktion im neuen Parlament. Unser Referent hat in kurzen Zügen insbesondere von diesem neuen Parlament gesprochen. Ich halte es jedoch für unsere Pflicht, daß wir der Fraktion, die unter den allerschwierigsten Umständen, eine ganz kleine Gruppe von Leuten, im alten Parlament ihren Mann gestellt hat, und wie der Erfolg beweist, mit Glück und mit Umsicht operiert hatten, unsere Anerkennung ausdrücken. Ich kann das tun, da ich zwar selbst, wie ich mich gerade erinnere, auch Mitglied dieser alten Reichsratsfraktion war, aber es so spät geworden bin, daß niemand vermuten wird, daß ich nicht in dieser Beziehung objektiv wäre.

Die gesamte Arbeit, die vor uns liegt und die wir zu beurteilen haben, teilt sich in zwei Gruppen: Wahlrechtskampf und Wahlkampf. Wir dürfen nicht einen Moment darüber im unklaren sein: alles, was die alte Fraktion und die gesamte Partei bis zum vorigen Jahre gemacht, war ausschließlich zu beurteilen von dem Standpunkt, inwiefern sie die Wahlreform gefördert hat. Wir haben nie-

---

Berichten, die für die Parteivertretung Skaret und Ellenbogen, für die Parlamentsfraktion Rieger erstattete, sprach auch Adler, der einen Rückblick über die letzten Phasen des Wahlrechtskampfes gab. Adler referierte dann noch über die „nächsten Aufgaben im Parlament“, worüber im achten Band „Österreichische Politik“ (Seite 283) berichtet ist.

mals alle unsere andern Aufgaben übersehen, aber unsere Parteitaktik im Parlament und außerhalb des Parlaments ist ausschließlich diesem Gesichtspunkt untergeordnet gewesen, und wenn Genosse Rieger sagt, wir haben zwei Gesichtspunkte zu beobachten: erstens parlamentarische Politik zu machen, jeden Vorteil zu ergreifen, der für das Proletariat zu haben ist, und zweitens ängstlich darauf zu sehen, daß die prinzipielle Haltung der Partei durch diesen Opportunismus nicht etwa Schaden leide, so sage ich und Sie sagen es gewiß mit mir alle, wir haben niemals Grund zur Angst gehabt, wir haben niemals zu fürchten gehabt, daß, indem wir dem Proletariat kleine oder große Vorteile erobern, indem wir ihm Schritt für Schritt den Weg bereiten, daß wir dadurch uns von unserem Endziel irgendwie entfernten. Die österreichische Sozialdemokratie hat schon schwierigere Zeiten gehabt als heute. Wir haben das in Stuttgart, ich möchte sagen, mit Händen greifen oder, sagen wir, mit eigenen Ohren hören können, die österreichische Sozialdemokratie genießt heute im Ausland durch den Erfolg, den wir davongetragen, ein vermehrtes Ansehen, und ich bin der letzte, der daran mäkeln wollte, daß dieses Ansehen ein verdientes ist. Aber ich möchte Sie davor warnen — und jeder von uns hat derartige Anwandlungen —, daß wir diesen Erfolg, den uns eine Reihe von günstigen Umständen, die wir allerdings gut zu benützen gewußt haben, gebracht hat, und unseren eigenen Anteil daran allzu hoch in dem Sinne anschlagen, daß wir eben meinten, mit unserer Klugheit sei es so weit her und unsere kluge Taktik und unser Elan sei ein so großer, daß auch die vor uns liegenden Aufgaben immer mit demselben Glück und demselben Erfolg und ebenso schnell bewältigt sein könnten. Ich gestehe, es ist mir etwas ängstlich geworden mitunter, wenn ich draußen, insbesondere bei den deutschen Genossen, gehört habe, daß sie finden, daß wir so besonders gescheit sind, und als der Genosse Fischer uns heute früh gesagt hat: „Bis jetzt haben die Österreicher immer gesagt, daß sie von deutschen Sozialdemokraten lernen, nun wollen die Deutschen anfangen, von den österreichischen Genossen zu lernen" — da ist es mir ein bißchen ängstlich geworden. Ich finde, daß wir uns viel besser ausnehmen als die Schüler denn als Lehrmeister, und ich finde, daß wir gar nichts lehren können und daß eine Leistung für uns im gegebenen Moment unter bestimmten Verhältnissen in Österreich möglich ist, daß es aber eine Torheit ist, derartige Dinge auf andere Länder und andere Lagen zu übertragen. Im Gegenteil! Wenn ich auf unsere Organisation sehe, wenn ich — bei allem Respekt vor ihren Leistungen — auf unsere Presse sehe, wenn ich auf den Stand unserer geistigen Parteientwicklung sehe, da sage ich mir: Wir haben in dem Wahlrechtskampf nicht nur Opfer gebracht an Mut, an Ausdauer und Hingebung, sondern wir haben auch einen guten Teil Kraft in diesem Kampfe verbraucht, der uns für unsere innere Entwicklung, unser inneres Wachstum schmerzlich abgeht. „Von uns kann man viel lernen!" — mag sein; aber wir haben sehr viel zu lernen. (Sehr richtig!) Hier

ist ein Parteibericht gebracht worden. Ich bin vollständig einverstanden; aber Sie werden sich selber sagen, wie ungeheuer viel uns fehlt.

Im Wahlkampf haben wir gesehen, daß es Schichten im Proletariat gibt in weitem Umfang, die empfänglich sind für unsere Agitationstätigkeit und denen wir bisher gar nicht nahekommen konnten mit intensiver sozialdemokratischer Erziehung. Wir müssen sagen, es ist nicht nur in den letzten drei Jahren allein, sondern schon viel länger ist die Kraft der Partei nach außen aufgebraucht worden mit Hintansetzung der intensiven Arbeit nach innen. Ich glaube, es ist gut, wenn wir uns das selbst sagen, daß nicht den einzelnen die Schuld trifft und daß wir erkennen, daß heute die erste Ruhe, die kommt, die erste Möglichkeit, die wir haben, Hand anzulegen an die Reform der Partei im Innern, auch dazu benützt werden muß. (Beifall.)

Wir haben Fortschritte gemacht, gewiß. Es sitzt hier eine Anzahl Frauen als Delegierte, wir haben jugendliche Organisationen und wir wünschen diese Fortschritte, die Einbeziehung dieser neuen Elemente. Aber, Parteigenossen, alles, was wir uns angegliedert haben als Genossen, was wir den Gewerkschaften in dieser riesigen Entwicklung an proletarischer Organisation angegliedert haben, sind heute im alten Sinne der Partei durchaus nicht durchgebildete Parteigenossen, wie wir sie haben müssen. (Der Vorsitzende gibt das Glockenzeichen, daß die Redezeit abgelaufen ist.)

Ich höre schon; ich möchte in etwas unvermitteltem Anschluß noch etwas anregen, was ich für sehr notwendig halte. Es wurde beim Bericht über die parlamentarische Tätigkeit die Herausgabe eines Handbuches für die Agitation angeregt. Mir liegt etwas am Herzen, was die Partei braucht und immer mehr brauchen wird und was wir, wenn wir es nicht bald in Angriff nehmen, überhaupt nicht mehr machen können. Wir werden älter und sind keine junge Partei mehr. Wir kommen alle schon mehr und mehr ins Mittelalter und die Partei hat eine Parteigeschichte hinter sich, für die es keine Geschichtsschreibung gibt, und wenn wir paar alten Leute hin sein werden, wird euch niemand mehr sagen können, wie es einmal war — ich meine nicht eine Geschichtsschreibung zur Erhöhung und Erbauung, sondern die wirkliche Feststellung der Tatsachen. Ich habe daher den Antrag eingebracht: Die Parteivertretung wird beauftragt, die Dokumente zu sammeln und die Vorkehrungen und Vorbereitungen zu treffen, um eine Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie in einer dieser Geschichte würdigen Weise herzustellen*). (Beifall.)

*) Der Antrag lautete wörtlich folgendermaßen:

Die Parteivertretung wird beauftragt, alle Vorbedingungen zu schaffen, um die Verfassung einer Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie zu ermöglichen, indem sie das Material sammelt und eine geeignete Kraft mit dieser Arbeit beauftragt.

Der Antrag wurde der Parteivertretung zugewiesen.

Bericht an die Internationale.

Internationaler Kongreß, Stuttgart, 18. August 1907*).

Wenn wir Österreicher zu euch kommen, fühlen wir uns immer so zu Hause — wie zu Hause. Es geht uns Sozialdemokraten zwar überall so. Aber drüben im Kongreßsaal ist mir doch ganz merkwürdig zumute geworden. Napoleon I. hat sich einmal in Erfurt ein Theater eingerichtet mit einem ganzen Parterre von Königen. Gebändigte, unterdrückte Königlein, die vor dem mächtigen Eroberer auf dem Bauche lagen. Wir zeigen der Welt ein viel größeres Schauspiel, ein Schauspiel, wie es die Welt noch nicht gesehen: ein Parterre von Kämpfern, von denen jeder ein Leben voll Aufopferung, voll Begeisterung, voll Hingebung darstellt. Österreich ist ein armes Land und wenn Ihr von Österreich redet, pfleget Ihr die Achseln zu zucken: ach, das wilde Land! (Heiterkeit.) Aber ich kann euch berichten, so schlimm, wie es einmal war, ist es heute nicht mehr. Was durch Jahrhunderte von einem verrotteten Regime an den Völkern Österreichs verbrochen wurde, von einem beutegierigen Adel und dann vom modernen Geldsack, das ist zum Teil durch das moderne Proletariat gutgemacht worden; ein Proletariat, das einen schweren Kampf führt, aber ihn als einen Kampf um sein Leben führen muß! Wir haben zugleich mit euch Württembergern das Wahlrecht errungen; allerdings war es ein bißchen schwerer bei uns. Wie groß der Widerstand bei euch gewesen sein mag, von der Gewalt der alten reaktionären Mächte in Österreich habt Ihr doch keinen Begriff. Endlich nach langem Kampf kam für uns der Augenblick, wo die Vernunft siegen mußte. Man hat uns das Wahlrecht nicht bloß deshalb gegeben, weil wir so stark waren, sondern weil der Staat am Verrecken war (Heiterkeit). Überall, wo Wahnsinn herrscht, da stellt die Sozialdemokratie allein die Logik, die Vernunft, die Notwendigkeit dar. Die Worte, wegen deren wir jahrelang verfolgt, auf Monate und Jahre in Kerker geworfen worden waren, haben wir uns nun auf einmal von den Herren Ministern als neueste Weisheit sagen lassen dürfen (Beifall), und schließlich hat auch der alte Kaiser eingesehen, daß die Demokraten, auf die er

*) Auf dem Internationalen Sozialistenkongreß, der vom 18. bis 24. August 1907 in Stuttgart stattfand, also bald nach den österreichischen Wahlen, wurden die österreichischen Sozialdemokraten als Sieger begrüßt. August Bebel feierte unter stürmischem Beifall den Sieg. „Unsere österreichischen Genossen, die jahrelang mit Heroismus und Begeisterung den Kampf um das Stimmrecht geführt hatten, sie zogen mit 87 Genossen als stärkste sozialistische Fraktion der Welt in das österreichische Parlament ein." Die Eröffnung des Kongresses war am Sonntag den 18. August vormittags. Am Nachmittag um halb 5 Uhr fand auf dem Cannstätter Wasen ein Riesenmeeting statt, auf dem die Redner der Internationale von sechs Tribünen aus in allen Sprachen sprachen. Auf der vierten Tribüne sprach auch Adler, der einen Rückblick auf die Wahlrechtsbewegung gab. Seine Rede wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

sonst nicht zu hören gewohnt war, recht haben (Heiterkeit) —, und zusammen haben wir die Sache fertiggebracht. (Lebhafte Heiterkeit.) Dann mußten wir allerdings noch ein volles Jahr Gewehr bei Fuß stehen, in jedem Moment bereit, loszuschlagen. Das Wahlrecht in Österreich wurde nicht im Parlamente erkämpft, sondern auf den Straßen der Städte Österreichs. (Lebhafter Beifall.) Wir danken der deutschen Sozialdemokratie die Erziehung, den Rat bei den ersten Schritten, wir haben von ihr auch gelernt besonnen zu sein und klar über das Ziel weiter zu marschieren. Der Sieg bei den letzten Wahlen ist die Frucht von jahrelanger prinzipieller Erziehung der Massen. Vormals hieß es bei uns: keine Ruhe in Österreich, bis das allgemeine Wahlrecht errungen ist! Jetzt haben wir das Wahlrecht — und nun erst recht keine Ruhe! (Stürmischer Beifall.)

Anhang.

Die erste Wahlrechtsresolution*).

In Erwägung, daß das heutige Wahlsystem für alle Vertretungskörper die politischen Rechte zu einem ausschließlichen Monopol der besitzenden Klassen macht,

daß so die Arbeiterklasse Österreichs nicht nur der wirtschaftlichen Ausbeutung, sondern ebenso der politischen Unterdrückung wehrlos preisgegeben ist,

daß weiter die Interessen der großen Majorität des Volkes in Parlament, Landtag und Gemeinderat keinerlei Vertretung noch Berücksichtigung finden,

daß aber auch durch diese Beschränkung der politischen Betätigung auf die privilegierten Volksklassen das ganze politische Leben Österreichs versumpft und verkleinlicht wird und die großen weltbewegenden wirtschaftlichen Fragen nicht zum Ausdruck kommen können,

erklärt die heutige Versammlung:

das bestehende Wahlsystem mit den Privilegien des Großgrundbesitzes, der Handelskammern, mit seiner ungleichen Verteilung des Wahlrechtes und seiner Entziehung desselben für die gesamte Arbeiterklasse legt alle politische Macht in die Hand kleiner egoistischer Interessengruppen und ist deshalb volksfeindlich und verwerflich;

das einzige, der heutigen politischen Entwicklung angemessene Wahlsystem ist das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in alle Vertretungskörper in Staat, Land, Bezirk und Gemeinde für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes vom 21. Jahre an.

*) Die erste Resolution für das allgemeine Wahlrecht, die Victor Adler verfaßt haben dürfte, war für die Versammlung, die am Sonntag den 16. November 1890 in Schwenders Kolosseum stattfand, bestimmt. Über diese Versammlung ist ausführlich im 8. Heft dieser Ausgabe, Seite 361 bis 366, berichtet. Sie war vom „Demokratischen Zentralverein“, dessen Obmann Dr. Kronawetter war, einberufen, und die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ fügte der Ankündigung in der Nummer 46 vom 14. November 1890 folgende Bemerkung hinzu: „Zu dieser Versammlung sind uns eine Anzahl Einladungskarten zur Verfügung gestellt worden. Wir sind der Ansicht, daß wenn eine Versammlung mit der Tagesordnung »Allgemeines Wahlrecht« stattfindet — von wem immer sie einberufen sein mag —, die Arbeiter Wiens dabei nicht fehlen dürfen, sondern

Der erste Wahlaufruf in der fünften Kurie*).

Parteigenossen!

Zum erstenmal tritt die Sozialdemokratie Österreichs in den Wahlkampf. Dem Opfermut und der Zähigkeit des klassenbewußten Proletariats haben es die bisher rechtlosen Massen zu danken, daß ihnen ein Stück Recht geworden, daß sie zum erstenmal mit dem Stimmzettel in der Hand das wichtigste politische Recht ausüben können. Nun gilt es die erkämpfte Waffe zu gebrauchen, gilt es dafür zu sorgen, daß im neuen Parlament das Recht des Volkes, das Interesse der Arbeiterklasse eine Vertretung finde. Die einzige Tribüne in Österreich, die frei ist von Polizeiaufsicht, muß von der Sozialdemokratie erobert werden, um rücksichtslos die reine und die ganze Wahrheit zu sagen, um dort, wo man bisher ohne die Arbeiter gegen die Arbeiter Gesetze machte, auszusprechen, was das arbeitende Volk leidet, was es braucht und was es will.

---

ihre Stimme vernehmen lassen müssen. Deshalb ist zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwünscht und notwendig." Aus dieser „Plenarversammlung", die unter anderen Umständen eine Tischgesellschaft gewesen wäre, wurde eine Massenversammlung. Selbstverständlich war das Arrangement in allen Einzelheiten mit Dr. Kronawetter vereinbart, um so nach der Auflösung des Vereines „Wahrheit" den Arbeitern eine Möglichkeit zu geben, sich zu versammeln. Auch die Resolution, die Dr. Kronawetter vorlegte, ging aus einem Entwurf hervor, den Victor Adler ausarbeitete. Dieser Entwurf hat sich in seinem Nachlaß gefunden und wir sehen, welche Änderungen Dr. Kronawetter vorgenommen, wenn wir den schließlich von diesem vorgelegten Text, der in der „Arbeiter-Zeitung" vom 21. November 1890 abgedruckt ist, mit Adlers Entwurf vergleichen. Die Umarbeitung Kronawetters ging darauf aus, an Stelle der Betonung der Klasseninteressen der Arbeiter allgemein-demokratische Gesichtspunkte zu setzen. Da der Entwurf Adlers wohl der erste ist, in dem positiv von ihm die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes in einer Resolution vertreten wurde, geben wir diesen Resolutionsentwurf aus dem Manuskript wieder.

*) Dieser Wahlaufruf, der von der Gesamtvertretung der österreichischen Sozialdemokratie zu den ersten Wahlen der fünften Kurie erlassen wurde und der auch die Namen aller Kandidaten in ganz Österreich enthält, ist in der „Arbeiter-Zeitung" vom 26. Jänner 1897 veröffentlicht. Er konnte bisher als ein gemeinsames Werk des Parteivorstandes angesehen werden, an dem Victor Adler nur die wichtigste Arbeit geleistet hätte. Nun hat sich während des Druckes in der reichhaltigen Manuskriptsammlung des Genossen Karl Keller, des ehemaligen Metteurs der „Arbeiter-Zeitung", das Manuskript dieses Aufrufes gefunden, das ganz von der Hand Adlers herrührt, so daß also die Autorschaft Adlers feststeht. Der Aufruf wird also wenigstens im Anhang zu diesem Band abgedruckt.

Über den Ausgang der Wahlen siehe den Artikel Adlers „Die Niederlage vom 9. März 1897" und seine Rede auf dem Parteitag 1897 (Band VIII, Seite 367 f. und 370 f.).

Der Kampf wird heiß werden. Wir haben gegen uns eine Regierung, die nur gezwungen und widerwillig kaum noch die gesetzlichen Formen respektiert und die alles daransetzen wird, von der Gesetzgebung die Sozialdemokraten fernzuhalten, von denen sie weiß, daß sie weder einzuschüchtern noch zu ködern sind. Gegen uns steht das bunte Gewimmel der reaktionären Parteien, die, so vielfältig auch ihre Namen und ihre Phrasen seien, gemeinsam gegen die Sozialdemokratie vorgehen werden. Hinter der volksfreundlichen Maske wird allmählich das wahre Gesicht, die Fratze der allmächtigen Dreiheit: Grundadel, Geldsack und Pfafferei sichtbar. Der Wahlkampf wird ein Kampf der vereinigten Ausbeuter gegen das unter der roten Fahne geeinigte ausgebeutete Volk sein. Unsere Feinde haben der Arbeiterklasse das Wahlrecht erst verweigert, dann verfälscht und jetzt suchen sie es unwirksam zu machen.

Aber die Arbeiterklasse Österreichs ist erwacht, sie durchschaut die „liberale" Lüge, die „nationale" Phrase wie die „christlichsoziale" Heuchelei und sie wird am Tage der Wahl zeigen, daß sie mündig ist.

Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß sie nicht nur die Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten hat*), sondern daß sie die berufene Wortführerin aller Unterdrückten und Bedrängten, der einzige unbeugsame Vorkämpfer der Kultur und Gesittung ist. Im Augenblick, wo der Erbfeind des Fortschrittes und der Freiheit sich zu einem frechen Attentat auf die Schule rüstet**) findet er beim Bürgertum nur matten und feigen Widerstand. Durch kleinlichen nationalen Zwist geschwächt und zerrissen geben die bürgerlichen Parteien die gemeinsamen Interessen aller Nationen preis. Die internationale Sozialdemokratie aber weiß, daß der Kampf gegen das international verbundene Kapital, gegen den gemeinsamen Feind aller Völker nur geführt werden kann in brüderlicher Solidarität der Unterdrückten aller Nationen und daß die Selbständigkeit und Entwicklung des eigenen Volkes durch nichts mehr bedroht ist als durch die Unterdrückung des Brudervolkes.

In geschlossenen Reihen wird das Proletariat aller Zungen darum in den Kampf treten um sein heiliges Recht, um die Befreiung vom Sklavenjoch des Kapitalismus, um die Zukunft seiner Kinder.

Parteigenossen! Von den wenigen Wochen, die uns vom Wahltag trennen, gilt es jede Stunde auszunützen, mit verdreifachtem Eifer, mit unerschütterlichem Mut und mit eiserner Pflichttreue zu arbeiten. Wir haben die schmähliche Ungerechtigkeit des Gesetzes wettzumachen und die Dürftigkeit ihrer Mittel durch opferwillige Anspannung zu ersetzen. Jeder Genosse und jede Genossin muß

*) In dem veröffentlichten Aufruf, wie er auch bei Brügel abgedruckt ist, heißt es hier: „Die Sozialdemokratie ist sich bewußt, daß ihre Aufgabe nicht nur ist, die Klasseninteressen des Proletariats zu vertreten,..."

**) Im niederösterreichischen Landtag war eben ein christlichsozialer Antrag auf Verschlechterung des Schulgesetzes eingebracht worden.

unermüdlich werben für unsere große Sache, muß pünktlich und gewissenhaft die notwendige Arbeit verrichten, deren Gelingen allein uns Erfolg bringen kann. Von eurem verständnisvollen, mutigen und tatkräftigen Eingreifen allein hängt es ab, ob die Gelüste der Ausbeuterschaft, die Pläne der Finsterlinge Widerstand finden werden. An euch ist es, Genossen, dafür zu sorgen, daß zum erstenmal in Österreich wirkliche Volksvertreter ins Parlament einziehen.

Die österreichische Arbeiterschaft wird zeigen, daß sie den ehrenvollen Platz, den sie sich in der Schlachtreihe des kämpfenden Proletariats aller Länder, dessen Augen heute auf uns gerichtet sind, erworben, auch zu behaupten weiß, daß sie würdig ist des internationalen Bundes zur Befreiung der Menschheit.

Parteigenossen! Die Männer, die von den Organisationen als Kandidaten aufgestellt sind und für deren Wahl zu wirken wir euch auffordern, sind euch als erprobte und unerschrockene Kampfgenossen bekannt. An euch liegt es, sie in den Stand zu setzen, mit doppeltem Erfolg der großen heiligen Sache zu dienen, der wir alle unsere ganze Kraft, unser Leben geweiht haben.

Und nun ans Werk! Jede einzelne sozialdemokratische Stimme bedeutet einen Protest gegen die elenden Zustände unseres Landes, in die die Habgier und die Feigheit der Besitzenden es gestürzt haben, sie bedeutet aber auch einen Schritt weiter auf dem Wege zur Befreiung.

Wir wollen dem roten Banner Ehre machen und dem Feldruf: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!

Es lebe die internationale Sozialdemokratie!

Resolution.

In Erwägung, daß das heutige Wahlsystem für alle Vertretungskörper die politischen Rechte zu einem ausschließlichen Monopol der besitzenden Klassen macht,

daß so die Arbeiterklasse Österreichs nicht nur der wirtschaftlichen ~~Ausbeutung~~ sondern ~~der~~ ebenso der politischen Unterdrückung wehrlos preisgegeben ist,

daß weiter die Interessen der großen Majorität des Volkes im Parlamente, Landtage u. Gemeinderat keinerlei Vertretung finden noch Berücksichtigung finden;

daß aber auch ~~die deshalb durchaus~~ ~~schränkte~~ ~~diese Mon~~ durch diese Beschränkung der politischen Betätigung auf die privilegierten Volksklassen das ganze politische Leben Österreichs

Verdummung u der Klerikalismus wird zu die
großen weltbewegenden wirthschaft-
lichen Fragen nicht zu m beurtheilen können
können,

erklärt die heutige Versammlung:

das bestehende Wahlsystem mit dem Privile-
gium des Großgrundbesitzes, der Handels-
kammern, mit seiner ungleichen Vertheilung des
Wahlrechts u seiner Entziehung desselben für
die gesammte Arbeiterklasse legt alle politi-
sche Macht in die Hand kleiner egoistischer
Interessengruppen u ist deshalb ~~volk~~ volks-
feindlich u verwerflich;

das einzige, der heutigen politischen Ent-
wicklung angemessene Wahlsystem
ist das allgemeine, gleiche u direkte
Wahlrecht ~~für~~ in alle Vertretungskörper im
Reich, Land, Bezirk u Gemeinde für
alle Staatsbürger ~~[illegible]~~ ohne Unterschied
des Geschlechts vom 21 Jahre an.

Der erste Wahlaufruf.

Erste und letzte Seite des Manuskriptes des Wahlaufrufes zu den ersten Wahlen in die fünfte Kurie (siehe Seite 500 f.) — stark verkleinert.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Der Kampf um das Gemeinde- und Landtagswahlrecht.

Der Sieg des gleichen Wahlrechtes.

Die ersten Wahlen zum Volkshaus.

Anhang.

Druckfehler.

Es sei gestattet, am Ende des X. Bandes eine Anzahl von Druckfehlern der Reihe „Victor Adler, der Parteimann“, die mir namentlich in den Noten der früheren Bände nachträglich aufgefallen sind, richtigzustellen:

Bd. VI, Seite 249, Note, letzte Zeile, im Zitat, statt Seite 384 richtig VII, 32.

Seite 43, Note, Hödel am 16. August (nicht April) 1878 hingerichtet (bereits richtiggestellt in Bd. IX).

Bd. VII, Seite 67, Note, letzte Zeile, statt Seite 432 richtig Seite 7***).

Bd. VII, Seite 71, Note, letzte Zeile, richtig Seite 7***).

Bd. VII, Seite 191, Inhaltsverzeichnis, statt Seite 61 richtig Seite 69.

Bd. VIII, Seite 389, Fußnote, letzte Zeile, soll es richtig heißen, daß die Versammlung im Musikvereinssaal am 6. Juli 1896 stattfand.

Bd. IX, Seite 274 (Index), beim Schlagwort „christliche Sozialisten“ ist noch hinzuzufügen VIII, 408*).

Seite 280, beim Schlagwort „nationales Freiheitsinteresse“ soll es statt VIII, 337, richtig heißen 137, bei „Omladinaprozeß“ ist anzufügen VII, 95*).

Seite 282, bei „Reaktionäre Masse“ statt VIII, 391, richtig 392 f.

Victor Adlers Aufsätze, Reden und Briefe

Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs

Parteigeschichte und Parteipolitik

Nachträge und Ergänzungen

XI. Heft

der Reden und Aufsätze von

Victor Adler

gesammelt und zusammengestellt von Dr. Gustav Pollatschek

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

VICTOR ADLER
DER PARTEIMANN

Reden und Aufsätze von

Victor Adler

gesammelt und zusammengestellt von

Dr. Gustav Pollatschek

6. Parteigeschichte und Parteipolitik

Nachträge und Ergänzungen

Wien 1929

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien VI

F. Skaret-Dr. R. Danneberg
Wien VI, Gumpendorferstraße 18

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“, Wien V, Rechte Wienzeile 97

Vorwort.

Dieser Band soll die Nachträge und Ergänzungen zu den früheren Bänden bringen. Er ist insofern mehr als nur der sechste Band der Reihe, in der vor uns Victor Adler der Parteimann aufgetreten ist. Aber immerhin hat die Hast, mit der die letzten Bände zum zehnten Jahrestag des Todes fertiggestellt werden mußten, die Wirkung gehabt, daß sich diese Nachträge vornehmlich auf Victor Adler den Parteimann beziehen. Das hängt aber auch damit zusammen, daß der Stoff hier am umfangreichsten ist und bei jedem neuerlichen Suchen gerade alles, was die Parteigeschichte und die Parteipolitik betrifft, sich von neuem aufdrängt. Wenn die Anlage des Buches als einer Sammlung von Nachträgen leicht dazu verleiten konnte, die Gliederung der alten Bände zu übernehmen, so hat es sich doch im Verlaufe der Arbeit als zweckmäßiger erwiesen, die frühere Gruppierung fallen zu lassen, da ja die Ergänzungen nicht für alle Kapitel in gleichem Maße erforderlich waren. Jedenfalls hat eine Reihe neuer Gruppen hier ihren Platz finden müssen, die früher gar nicht oder nur wenig in Betracht kamen, aber zur Erkenntnis von Victor Adlers Wirken von Wichtigkeit sind. Hieher gehört vor allem Adlers Tätigkeit im niederösterreichischen Landtag, wenn er diesem auch nicht länger als ein Jahr angehört hat, und im Zusammenhang damit mußten auch seine Reden gegen den Klerikalismus und gegen den christlichsozialen Terror sowie gegen das verbrecherische System Bienerth einen breiteren Raum einnehmen. Es war aber gewiß auch notwendig, die Broschüre über den § 23 des Preßgesetzes aus dem Jahre 1891 abzudrucken, die seinerzeit ein sehr wichtiges Thema der Preßknebelung — nämlich das Verbot der Kolportage — behandelte, und im Zusammenhang damit auch mehrere Reden zur Preßreform.

Mit diesem Bande ist das Adler-Werk, soweit es uns Adler als Parteimann und als Politiker näherbringen wollte, am Ende angelangt und damit auch wohl der größte Teil des Programms, das schon im ersten Hefte dieser Sammlung aufgestellt wurde, durch-

geführt. Ein Rückblick auf das, was bisher erschienen ist, zeigt uns die Fülle dessen, was wir bisher der jungen Generation, die Adler nicht selbst gekannt hat, von seinem Bilde vorführen konnten. Die ersten Bände zeigten uns zunächst in fünf Heften Adler in seinem Verhältnis zu Marxens großem Freunde Friedrich Engels, dann fortschreitend Adler vor Gericht, Adler als Sozialhygieniker, Adler als Sozialpolitiker — seine Aufsätze und Reden über Arbeiterschutz und Sozialreform, über Fabrikinspektion, Sozialversicherung und Arbeiterkammern; dann folgte die zweite Serie von sechs Heften, die den Gesamttitel führten „Victor Adler der Parteimann“ und die seine entscheidende Mitarbeit enthielten am Aufbau der Sozialdemokratie, ferner seine Äußerungen über internationale Taktik und über österreichische Politik, dann in dem Bande „Um Krieg und Frieden“ seine Reden und Aufsätze über Militarismus und Krieg und vor allem seine Reden und Artikel im Weltkrieg; schließlich hat uns der Band über den Kampf um das Wahlrecht Adlers Mitwirkung in diesem historischen Kampfe gezeigt — und nun dieser Band, der als letzter Band der Serie „Adler der Parteimann“ Nachträge und Ergänzungen enthält und durch Veröffentlichung mancher Rede, die verschollen schien, zur Erkenntnis von Adlers Wirken wertvolles Material beibringt.

Dr. Gustav Pollatschek.

Zur Parteigeschichte.

Gedenktag des Ausnahmszustandes.

Festversammlung 29. Jänner 1904*).

Es ist jetzt eine junge Generation aufgewachsen, die nichts von jenen Zeiten weiß. Aber wenn wir das Verhältnis der österreichischen Arbeiterschaft zum österreichischen Staat und zur österreichischen Bürokratie richtig beurteilen wollen, so dürfen wir diese Gesellschaft nicht danach beurteilen, wie sie sich uns heute darstellt, und wir dürfen nie vergessen, wessen sie fähig ist. Wenn sich die österreichische Arbeiterschaft Anfang der achtziger Jahre den Vorstellungen hingab, daß sie mit Gewalt durch plötzliches terroristisches Eingreifen ihre Lage ändern könne, so hat das viele Gründe; einer dieser Gründe ist aber der, daß diese terroristischen Lehren bei der Polizei solche Unterstützung fanden, nicht nur, indem man ihnen Reklame machte, sondern auch, indem man der besonnenen Organisation auf Schritt und Tritt Schwierigkeiten bereitete. Das war aber die Vorstellung des Polizeischädels: die Arbeiterbewegung ist eine Krankheit und je schneller sie herauskommt, um so besser. Wenn da Exzesse, Morde, Attentate kommen, dann packt man die Häupter, sperrt sie ein, schlägt sie tot und damit ist die ganze Bewegung hin. Hat man etwa nur die Leute ausgewiesen und verfolgt, die konspiriert haben? Nein, sondern man hat einfach aus der Liste der Ausschußmitglieder unserer Organisation die Zuständigen herausgenommen und hat die anderen dann abgeschoben. Mit einem Schlage war die Frucht jahrelanger Tätigkeit vernichtet und es war ganz logisch, daß die Genossen auch die Organisationen, die nicht aufgelöst wurden, aufgaben. Den Arbeitern war eben jeder verdächtig, der von der Polizei nicht verfolgt wurde, und die Folge war, daß die Gemäßigten zurückgingen. So hat alles, was von der Regierung nicht gemordet wurde, schließlich durch Selbstmord geendet.

Das waren die politischen Wirkungen dieser Verfolgungen. Die persönliche Wirkung aber, das war ein Meer von Elend, das in gewissenlosester Weise erzeugt wurde. Wie viele Familien

*) Am 29. Jänner 1904 fand im Arbeiterheim in Favoriten eine Festversammlung statt, die dem Andenken an die Verhängung des Ausnahmszustandes vor zwanzig Jahren gewidmet war. In der Versammlung sprach zunächst Reumann und dann Adler.

waren damals zerstört, wie viele Leute wortwörtlich ermordet!

Und noch ein Moment hat da mitgespielt: das ist, daß der Mann, der damals großen Einfluß hatte, Josef Peukert, eine zweideutige Rolle gespielt hat. Er hat zu Demonstrationen und zu Aktionen aufgefordert, an denen er persönlich keinen Anteil nahm, und er ist am Tage, bevor der Ausnahmszustand verhängt wurde, mit dem Gelde der Polizei in das Ausland gefahren, und ein Beweis gegen ihn ist auch, daß er zwar ein unwissender Mensch war, aber doch zu klug, als daß er alles Zeug, das er erzählt hat, auch selbst geglaubt hätte. Aber der Polizei war das halt recht. Ich habe es, seitdem ich 1885 aktiv in die Partei eintrat, den Polizisten, auch den öbersten, dutzendmal ins Gesicht gesagt, daß alle diese Attentate, die später gemacht wurden, von dem größten Schurken, der in Österreich lebt, vom Polizeirat Frankl, eingefädelt worden sind. Es wurde diesem Mann in einem Prozeß nachgewiesen, daß unter seiner Oberleitung Münzverfälschung betrieben wurde, daß er die gefälschten Münzen monatelang in seiner Schublade hatte und die Leute weiter arbeiten ließ. Und ein junger, tuberkulöser Mann namens Emmerling ist ihm damals zum Opfer gefallen: Obwohl nachgewiesen wurde, daß der Polizeirat Frankl seine Finger dabei hatte, wurde dieser 21jährige junge Mann, der glaubte, Revolution zu machen, aber dabei nur die Geschäfte des Frankl besorgte, zu zweieinhalb Jahren verurteilt. Er ist nach einem Jahre in Stein an Tuberkulose gestorben.

Ich kenne keine gutmütigeren Menschen als alle diese Terroristen. Denn der Terrorist unterscheidet sich vom wirklichen Politiker besonders dadurch, daß er ein zu gutes Herz und ein zu schwaches Hirn hat, daß er in seinem Grimm über das Elend, das er um sich sieht, es nicht aushält; seine erste Empfindung ist: Und wenn ich zugrunde gehe, so muß es sofort anders werden! Aber dies entschuldigt nicht die Bürokraten, die die Leute systematisch hineingebracht haben, die Leute vom kleinsten Spitzel, der sich unter die Arbeiter mischte, bis zum Frankl und zum Holzinger, die mit kaltem Blute Dutzende von Menschen gemordet, die sich mit Schmach und Verachtung beladen haben. Man hat jedes Leben erdrosselt und man hat den Ausnahmszustand nicht nur gegen die terroristische Bewegung benützt, sondern auch gegen die Sozialdemokraten. Ich erinnere Sie nur daran, daß im Jahre 1889 sogar die „Gleichheit", die ich herausgegeben habe, als ein anarchistisches Blatt unterdrückt wurde, und daß ich, der ich vielleicht am meisten dazu beigetragen habe, um dem Anarchismus den Boden abzugraben, als Anarchist vor dem Ausnahmsgericht gestanden habe. Eine kleine Episode ist da bezeichnend. Wir hatten in den Jahren 1887 und 1888 ein Fünfzehnerkomitee, in dem Radikale und Gemäßigte beisammen saßen. Eines Tages bekamen wir alle eine Vorladung zum Untersuchungsrichter: wir waren der Geheimbündelei beschuldigt. Der Adjunkt Bürger, der die Untersuchung führte, hatte einige Briefe

in der Hand — es gab schon damals Parteigenossen, die sich politische Briefe als Reliquien aufhoben, wenn nicht anderswo, so im Stiefel, denn dort waren sie am sichersten. (Heiterkeit.) Ich erinnere mich genau, wie mir der Untersuchungsrichter mit feierlicher Miene sagte: Sie sind beschuldigt, an die Stelle der anarchistischen Kettenorganisation die sozialdemokratische Massenorganisation nach deutschem Muster setzen zu wollen. Natürlich sagte ich dem Herrn: „Das ist schon wahr!" Das war bezeichnend für die Hirnkasten der Herren, daß sie in einem Geheimbundsprozeß anklagten, man wolle die öffentliche Massenorganisation einführen und die geheime Kettenorganisation vernichten.

Vor zwanzig Jahren.

Landesparteitag in Hainfeld am 31. Jänner 1904*).

Eine eigentümliche Stimmung erfaßt mich, wenn ich hier den Parteitag begrüße. Wir waren ja schon einmal hier. Es war ein Parteitag, wie er in der Geschichte einer Partei nur einmal vorkommen kann. Es war das Resultat einer jahrelangen Arbeit eines schwierigen Aufbaues. Wir sind damals zusammengekommen, jeder einzelne mußte sich erst losreißen von alter Liebe und altem Haß und mußte das Mißtrauen, das alle erfüllte, erst aufgeben; der alte Haß mußte begraben und ein neues Leben begonnen werden. Aber niemand wußte, ob das auch gelingen werde. Nur eines war uns gewiß: daß wir unser Äußerstes tun wollen, damit es gelinge. Wir wußten, daß es nicht möglich sei, obwohl die ganze österreichische Brutalität gegen die Arbeiterschaft aufgeboten war, daß das Proletariat der ebenso bornierten wie brutalen Gewalt unter den Füßen bleibe. Man erzählt uns von den terroristischen Exzessen, die den Ausnahmszustand nötig machten. Ich bin der letzte, der diese Einzelakte in Schutz nähme. Aber was auch damals geschehen ist und welche Akte der Gewalt damals auch begangen wurden: es steht in gar keinem Verhältnis zu dem Meer von Niedertracht, das an der Arbeiterschaft begangen wurde. Nicht allein darin, daß man Lockspitzel unter die Arbeiter schickte und diese verleitete, sich der Polizei ans Messer zu liefern, liegt das Verbrechen der Regierenden, sondern die ganze Politik der Regierung war es, die die Arbeiter direkt zur Verzweiflung trieb. Man denke: eine Arbeiterschaft, die intelligent und tatkräftig ist, in deren Blut es pulsiert und die sich der Unmöglichkeit jeder Bewegung gegenübersieht, jedem ersten besten

*) Am 31. Jänner 1904 trat in Hainfeld der zwölfte Landesparteitag der niederösterreichischen Sozialdemokratie zusammen und es ist begreiflich, daß dabei nicht nur des Parteitages von Hainfeld gedacht wurde, sondern auch des Ausnahmszustandes, der am 31. Jänner 1884, also vor genau zwanzig Jahren, über Wien und Umgebung verhängt wurde. (Siehe darüber auch Adlers Artikel „Der Weg nach Hainfeld", Bd. VI, Seite 2, und „Der Ausnahmszustand", Bd. VI, Seite 34, sowie auch den Artikel „Zehn Jahre nach Hainfeld" vom 25. Dezember 1898 in diesem Band.) Adler begrüßte den Landesparteitag im Namen des Parteivorstandes.

Polizeibüttel preisgegeben! In ganz Österreich mußten wir herumsuchen, bis wir einen Bezirkshauptmann fanden, der so viel Intelligenz besaß, um uns eine solche Versammlung zu ermöglichen. Und unsere Berichte lauteten dahin, daß es in ganz Österreich nur einen einzigen Bezirkshauptmann gebe, der so vernünftig sei: den Bezirkshauptmann Auersperg in Lilienfeld. Das ist dem bezeichnenderweise sehr übel genommen worden, sogar das, daß er beim Lied der Arbeit aufgestanden ist. Dabei waren wir hier alle unter einer Aufsicht, die geradezu komisch wirkte. Die ersten Einladungen zum Kongreß sind mir bei einer Hausdurchsuchung konfisziert worden und das Vorspiel war eine Reihe von Geheimbundsprozessen, die allerdings nicht den gewünschten Erfolg hatten.

Wir brauchen uns nicht zu schämen. Auf so schlechtem Boden wie wir hat kein Proletariat der Welt zu arbeiten. Es gibt Länder, wo es noch kein Proletariat gibt; aber so viel gesündigt wurde am Proletariat in keinem Lande wie bei uns. Wir haben das alles überwunden und wir werden unseren Weg auch in Zukunft machen, wenn wir uns selber treu bleiben, treu dem Geiste von Hainfeld!

Das „Anarchistengesetz“ verlängert.

„Gleichheit“, 14. April 1888*).

v. a. Soeben hat die Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der bestimmt ist, „die Strafsachen, welchen anarchistische Bestrebungen zugrunde liegen“, auf weitere drei Jahre den Geschwornengerichten zu entziehen und den Ausnahmsgerichten zu überweisen.

Die Ära Frankl-Holzinger soll also um drei Jahre verlängert werden —!

Genau genommen ist der Grund dieser Maßregel schwer einzusehen. Das „Volksgericht“, die Geschwornen, haben, um ein einziges Beispiel zu nehmen, Franz Richter zu 12 Jahren schweren Kerkers verurteilt, wegen Hochverrats usw., begangen durch Verbreitung von Druckschriften; anders hätte auch Herr von Holzinger kaum entscheiden können. Daß man den Geschwornen mißtraut, ist also eine entschiedene Ungerechtigkeit.

*) Am 25. Juni 1886 war das Gesetz sanktioniert worden, womit „Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit in Strafsachen, welchen anarchistische Bestrebungen zugrunde liegen“, festgelegt wurden und statt der Geschwornen richteten nun die Ausnahmssenate der Lamezan und Holzinger über die Arbeiter. Das Gesetz war auf zwei Jahre befristet. Deshalb brachte die Regierung am 10. April 1888 wieder eine Vorlage ein, die das Gesetz auf weitere drei Jahre verlängern sollte. Aber im Parlament stieß das Gesetz auf Widerstand und wurde nicht mehr verhandelt. Statt dessen erließ die Regierung während einer Parlamentspause am 1. August 1888 eine Verordnung, die die Geschwornengerichte in fünfzehn Kreisgerichtssprengeln für alle strafbaren Handlungen einstellte, denen „anarchistische, auf gewaltsamen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen“ zugrunde liegen.

Die Regierung hat ihrem Antrag „Erläuternde Bemerkungen“ beigefügt, welche einen „Motivenbericht“ zu nennen sie selbst nicht den Mut findet, da man doch einmal gewohnt ist, in dem üblichen Motivenbericht nach den Gründen für eine Gesetzesvorlage zu suchen. Gründe aber, obwohl sie ja bekanntlich so billig wie Brombeeren sind, waren absolut nicht aufzutreiben. Darum die bescheidenen „Bemerkungen“, welche unsere Leser weiter unten in wörtlichem Abdruck finden.

Für die Verlängerung von Ausnahmsgesetzen gibt es eine erprobte Schablone, die auf alle Fälle paßt und die nie ihre Wirkung auf die Parlamente verfehlt. Entweder: die bezüglichen „Verbrechen“, die „Agitationen“, bestehen noch immer, das Gesetz hat noch nicht gewirkt, muß also erneuert werden; oder: die „Verbrechen“, die „Agitationen“, haben aufgehört, das Gesetz hat seine günstige Wirkung bewiesen, muß also erneuert werden. Man sieht diese Logik ist so zwingend, daß man derlei Gesetze füglich nie aufheben kann.

„Die ruhige, durch äußere Einflüsse nicht beirrte Rechtsprechung“, wie das Ausnahmegericht genannt wird, hat in 18 Monaten 36 Angeklagte zu zusammen 218 Jahren, 6 Monaten und 3 Tagen schweren Kerkers verurteilt. Eine Statistik der früheren Jahre ist uns nicht zur Hand. Dem Kundigen ist es aber unzweifelhaft, daß, so schrecklich diese angeführten Ziffern sind, die Geschwornengerichte weit mehr Verurteilungen zu leisten hatten, daß also von einem abschreckenden Einfluß der Verurteilungen durch die Geschwornengerichte weit eher gesprochen werden könnte, als von einem solchen der Ausnahmsgerichte. Aber das eine ist natürlich so wenig der Fall wie das andere. Die terroristische Richtung des Anarchismus braucht harte und schwere Verurteilungen; ja sie rechnet geradezu auf die Rachegefühle, welche derlei Urteile erwecken. Die „Autonomie“ widersetzte sich zum Beispiel ganz konsequent jeder Bewegung, welche bezweckte, den Opfern von Chicago das Leben zu retten. Wenn diese Richtung an Boden verloren hat, so ist das trotz jener Verurteilungen geschehen. Der Terrorismus ist verschwunden, weil die Erkenntnis durchgedrungen ist, daß er unter unseren heutigen Verhältnissen wertlos und schädlich ist. Soweit man derlei überhaupt beurteilen kann, darf ruhig gesagt werden, daß terroristische Taten, wir meinen damit nicht Akte der Verzweiflung einzelner Personen, sondern Taten, welche im vermeintlichen Parteiinteresse der Anarchisten ausgeführt werden, in absehbarer Zeit nicht vorkommen werden, außer es legt sich wieder irgendein — Schreger*) ins Mittel. Das Verdienst dafür gebührt aber nicht

*) Anton Schreger war der im großen „anarchistischen“ Münzverfälschungsprozeß als Lockspitzel des Polizeirates Frankl entlarvte Mitangeklagte. (Siehe den Bericht der „Gleichheit“ vom 17. Dezember 1887, abgedruckt im zweiten Band dieser Sammlung „Victor Adler vor Gericht“, Seite 13.)

der Einschüchterung durch die Ausnahmsgerichte, sondern der Aufklärung durch die sozialistische Agitation.

Die Regierung hat die Schwäche ihrer „Bemerkungen" ganz wohl erkannt und in der Not nach einem ganz sonderbaren Auskunftsmittel gegriffen. Sie hat sich nämlich vom Obersten Gerichtshof ein „Gutachten*)" anfertigen lassen, welches die Verlängerung des Gesetzes als „zulässig und angezeigt" erklärt. Was das Parlament beschließt, ist nach bürgerlichen Begriffen immer zulässig"; was aber „angezeigt" ist, davon — mit allem Respekt, den wir einem k. k. Obersten Gerichtshof selbstverständlich schulden, sei es gesagt — davon versteht der Oberste Gerichtshof nichts und es geht ihn auch gar nichts an. Was das Gutachten da anführt, ist ganz einfach — wahrscheinlich wörtlich — einem Polizeibericht entnommen. Weiß der Oberste Gerichtshof etwa aus eigener Erfahrung etwas von der „lebhaften Agitation zur Verbreitung anarchistischer Bestrebungen"? Man hätte also lieber gleich ein Gutachten des Herrn kaiserlichen Rates Frankl vorlegen sollen, das wäre — deutlicher gewesen**).

Die ersten vier Absätze der „Bemerkungen" sollen das Verhalten der sozialistischen Arbeiterpartei in den Jahren „erläutern". Wenn einer der Abgeordneten aus dieser unverständlichen Aneinanderreihung von verrenkten Sätzen klug wird, soll es uns wundern. Daß die Tatsachen sämtlich schief aufgefaßt und auf den Kopf gestellt sind, wissen unsere Leser am besten und wir haben gar kein Interesse daran, diesen Weichselzopf von Unrichtigkeiten zu entwirren. Eines aber möchten wir fragen: Was hat denn diese ganze Darlegung in den „Bemerkungen" zu einem „Anarchistengesetz" zu tun?

Was hat die „radikale Fraktion", was hat die „gemäßigte Partei" mit den „Strafsachen, welchen anarchistische Bestrebungen zugrunde liegen", zu schaffen? Soll wieder einmal das alte Spiel aufgeführt werden, daß Handlungen einzelner, die sie auf eigene Verantwortung unternommen, einer großen Partei, die nach vielen Tausenden zählt, an die Rockschöße gehängt werden? Die Verlegenheit, in welcher sich die Regierung befindet, mit ihren „Bemerkungen" eine Druckseite des freilich ziemlich großen Formats der Protokolle des Parlaments zu füllen, gibt ihr noch kein Recht den Schein zu erwecken, als glaube sie selber an eine Solidarität irgendeiner Fraktion der sozialistischen Arbeiterpartei mit Dingen, wie Brandlegung oder Münzverfälschung, eine Solidarität, von der sie sehr wohl weiß, daß sie nicht vorhanden ist. Daß endlich die „Bemerkungen" in einem stilistisch ganz unentwirrbaren Satze be-

*) Das berühmte ungesetzliche Gutachten, das der Oberste Gerichtshof über die „Dispensehen" abgegeben hat, hat hier also einen würdigen Vorgänger.

**) Wohltuend an dem „Gutachten" ist nur das eine Moment, daß es die einzige Stelle der „Bemerkungen" ist, welche in einem halbwegs erträglichen Deutsch geschrieben ist; fast alle anderen Sätze sind in dem schlechtesten Hofratsjargon abgefaßt. (Anmerkung von Adler.)

haupten, das Ausnahmsgesetz diene dazu, um zu hindern, daß die „radikale Fraktion sich das Übergewicht über die sich ihrer Herrschaft erwehrende Partei der Gemäßigten verschaffe“, ist der Gipfel. Nun treibt die Regierung gar noch Fraktionspolitik! Die Polizeiorgane, die ihr solchen Unsinn berichten, sind reif für die Entlassung, das mag sie uns glauben. Der Umstand, ob die 36 Angeklagten ihre 218 Jahre von Geschwornen oder von Herrn v. Holzinger und seinen Kollegen zugesprochen erhalten, ist für die Parteientwicklung ganz gleichgültig. Wir können uns sogar gestatten, der hohen Regierung — kostenfrei — ein Parteigeheimnis zu verraten: Die „Gemäßigten“ sind im Aussterben begriffen und ebenso die „Radikalen“; was aber besteht, blüht und wächst, ist eine einzige, große, sozialdemokratische Arbeiterpartei, die sich durch alle Ausnahmsgesetze der Welt nicht einschüchtern läßt und ihre Pflicht tut und tun wird!

Will aber eine hohe Regierung wirklich und ernstlich etwas dazu tun, daß jene terroristische Richtung, welche sie in diesem Gesetz zu bekämpfen angibt, an Boden verliert, so verraten wir ihr ein unfehlbares Mittel: sie hebe alle bisherigen Ausnahmsgesetze auf, sie erlasse im Verordnungswege „Ausnahmsverfügungen“ an die Polizeibehörden, daß diese sich probeweise auf drei Jahre aller Eingriffe politischer Natur enthalten; sie schicke den verschiedenen Frankls und Breitenfelds den blauen Bogen und gebe dem Staatsanwalt andere Aufträge als bisher.

Aber wozu uns mühen! Es ist umsonst; die herrschende Klasse will durchaus mit verbundenen Augen ihrem Ende entgegenstürzen. Tatsächlich unfähig dazu, ernstliche ökonomische Reformen durchzuführen, verbittert sie den unausweichlichen Kampf durch grausame und doch ganz fruchtlose Versuche, ihn hinauszuschieben. Nun wohl, alle Schuld auf ihr Haupt*)!

Zehn Jahre nach Hainfeld.

„Arbeiter-Zeitung“, 25. Dezember 1898**).

Am Silvestertag wird es zehn Jahre sein, daß die österreichische Sozialdemokratie zu neuem Leben erstand. Der Hainfelder Parteitag bedeutet nicht etwa den Geburtstag unserer Partei, vielmehr hatte sie bereits eine zwanzigjährige und bewegte Geschichte hinter sich; aber von Hainfeld datiert ihre Wiedergeburt.

---

*) Diesem Artikel waren gleich die „erläuternden Bemerkungen“ der Regierung angefügt, in denen darauf verwiesen wurde, daß die Wirksamkeit des Anarchistengesetzes vom 25. Juni 1886 am 10. August 1888 zu Ende gehe und daß die Regierung die Verlängerung bis 31. August 1891 für geboten halte...

**) Siehe dazu im sechsten Band dieser Schriften den Abschnitt von der Einigung der Partei, namentlich den Artikel aus dem „Kampf“ „Der Weg nach Hainfeld“. (Bd. VI, Seite 1 ff.)

Wir leben schnell und der kurze Zeitraum eines Jahrzehnts genügt, um uns fast vergessen zu machen, was war. Sozialdemokraten haben gewöhnlich auch nicht Zeit, sich zu erinnern, ihr Blick haftet nicht an dem Werke, das getan ist, sondern wird der Aufgabe zugewendet, die sie noch zu bewältigen haben. Trotzdem sollen wir zuzeiten der Erinnerung ihr Recht lassen. Die Erkenntnis der Vergangenheit lehrt uns die Gegenwart verstehen, das gilt auch für die Parteigeschichte, und aus dem Verständnis läßt sich manche Hoffnung, vielleicht manche Warnung gewinnen.

Die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung läßt sich im großen in drei Perioden teilen, deren jede ungefähr ein Jahrzehnt umfaßt. Von ihrem ersten Erwachen Ende der sechziger Jahre an stand sie zunächst wesentlich unter dem Zeichen Lassallescher Ideen und Taktik. Langsam entwand sie sich unter fortwährenden Kämpfen nach außen und heftigem Streite im Innern den Einflüssen der damals herrschenden liberalen und kleinbürgerlich-demokratischen Vorstellungen. Immer klarer tritt das herbe Klassenbewußtsein, das Erfassen der sozialdemokratischen Bewegung als Klassenkampf hervor, die Partei wächst rapid, sie vertieft sich durch die bewußte Aneignung der Gedanken von Marx und Engels, des Kommunistischen Manifests. Ihre Taktik lehnt sich eng an die deutsche Bruderpartei, und ihre Hauptarbeit gilt der Erringung der politischen Kampfmittel, die der deutschen Sozialdemokratie längst zur Verfügung stehen, vor allem des allgemeinen Wahlrechtes. Die Organisation vollzog sich wesentlich in Arbeiterbildungsvereinen, doch zeigten sich sehr bedeutsame Ansätze zur gewerkschaftlichen Organisation. Die Presse wuchs trotz den fortwährenden Drangsalierungen von Woche zu Woche. Den Untergrund dieser aufsteigenden Bewegung bildete die rapide Entwicklung der Industrie, die nach 1866 ihren Anfang nahm, eine Welle, die im Krachjahr 1873 ihren Höhepunkt, aber keineswegs ihr Ende fand. Die Krise in ihren ökonomischen Folgen wird der Arbeiterschaft erst in den darauffolgenden Jahren fühlbar und bereitet langsam den Boden für den politischen Umschwung vor.

Dieses Moment der ökonomischen Entwicklung genügt aber keineswegs, um die nun folgende, etwa mit den achtziger Jahren beginnende zweite Periode der österreichischen Arbeiterbewegung, die Zeit der Spaltung und des Eindringens anarchistischer Gedankengänge, zu verstehen. Gewiß hatte die überhandnehmende Arbeitslosigkeit und bittere Not ihren Teil daran, daß eine Taktik aufkam, in der zwei anscheinend widersprechende Elemente, Verzweiflung und Optimismus, merkwürdig gemischt waren. Wenn es ein Land gibt, wo es verständlich ist, daß das Proletariat auf seinem Dornenweg von Verzweiflung erfaßt wird, ist es Österreich. Die Schwierigkeit, in dem rückständigen Lande mit seiner Vielsprachigkeit und seinen bunt durcheinandergewürfelten Kulturzuständen vorwärtszukommen, ist an sich eine enorme, aber die Empfindung davon wurde zur Verzweiflung gesteigert durch die Arbeiterpolitik der

einstigen Regierungen und ihrer Bürokratie: dafür ist die Bezeichnung Wahnwitz ein unverdientes Kompliment und boshafte Dummheit ein zu schwacher Ausdruck. Daß die Regierungen und die bürgerlichen Parteien der Arbeiterschaft abwechselnd heuchlerische Schmeichelei und feigen Hohn boten, sie einmal in den Staub traten und gleich darauf wieder für die eigenen Zwecke ausspielen wollten, war nur eines der Elemente dieser famosen Politik. Aber man überlege, daß in der ganzen Zeit der scheinliberalen Herrschaft, seitdem sich die Arbeiter das Stück Koalitionsrecht im Dezember 1869 im Sturm erobert hatten, bis in die achtziger Jahre hinein die Gesetzgebung absolut keinen, aber auch nicht den kleinsten Schritt machte, um ihren Forderungen entgegenzukommen, und zwar weder auf politischem noch auf ökonomischem Gebiet! Die Verwaltung war damals allerdings rastlos tätig; sie tötete systematisch jedes Vertrauen zu der Wirksamkeit von Gesetzen, sie rottete mit Stumpf und Stiel die Rechtssicherheit der Arbeiter aus, sie brachte ihnen täglich zum Bewußtsein, daß alle schon bestehenden staatsgrundgesetzlichen Garantien für sie wertlos und nichtig gemacht worden, und sie impfte ihnen die Überzeugung ein, daß in Österreich Parlament und Gesetzgebung im besten Falle ja auch nur Gesetze schaffen können, deren Geltung in der Praxis für das Proletariat ebenso vernichtet werden würde wie die Geltung des längst bestehenden Vereins- und Versammlungsrechtes, der Preßfreiheit, des Koalitionsrechtes. Niemals hat es eine Arbeiterbewegung gegeben, die kindlicheres und naiveres Vertrauen in den Segen, ja die Allmacht der Gesetze hatte, als die österreichische im Beginn der siebziger Jahre. Die Bürokratie und die Polizei haben verstanden, ihr diesen frommen Kinderglauben gründlich auszuprügeln und die politisch Rechtlosen zu überzeugen, daß in diesem Lande auch das politische Recht ihnen nichts helfen würde. So wurde der Boden geschaffen, auf dem die „radikale" Lehre von der Wertlosigkeit aller politischen Rechte, vor allem des Wahlrechtes, wuchern konnte. Nicht nur im einzelnen und im Lockspitzel-Detailverkehr hatte die anarchistische und terroristische Strömung in Österreich eine offizielle Quelle, ihre Erzeuger waren nicht nur die Polizisten Frankl und Steyskal und die Ausnahmsgesetze von Wien und Prag, sondern nicht minder und erst recht alle Staatsmänner von Giskra bis Taaffe.

Dazu kam im Jahre 1878 das Sozialistengesetz in Deutschland. Die österreichischen Arbeiter sahen, daß das allgemeine Wahlrecht vor brutalster Vergewaltigung nicht schützt, aber sie konnten noch nicht sehen, was sie die Folge lehrte, daß es die Vergewaltigung überwinden hilft. Die vorgeschrittene Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie, vor allem aber auch der Besitz des Wahlrechtes ließ die deutsche Arbeiterschaft die Gefahr des Abschwenkens vom richtigen Wege vermeiden. Die anarchistische Strömung, die naturnotwendig auch drüben entstand, verrann sehr bald im Sande, die Absplitterung der Mostschen Sekte blieb in Deutschland völlig bedeutungslos, aber sie fand in Österreich einen günstigen Boden.

In einem Lande, wo die gesetzlich garantierte öffentliche Organisation als Geheimbündelei verfolgt, wo die Verbreitung der vom Staatsanwalt zensurierten Schriften bestraft wurde, mußte der Gedanke aufkommen: wenn schon — denn schon, also geheime Organisation, „ein Blick, ein Händedruck genügt", schrieb ein radikales Blatt, also Verbreitung von Flugblättern, die wenigstens deutlich sind, wenn wir uns schon auf alle Fälle in Gefahr bringen müssen. Und nun steigert sich die Zahl der Opfer ins Maßlose, die Verurteilungen werden immer grausamer, und jede einzelne zeugt neue Märtyrer.

Dazu kam, was wir oben das optimistische Element nannten: maßlose Überschätzung der eigenen Kraft sowie der revolutionären Bereitschaft und Explosivkraft der Massen. Die Lage war unerträglich geworden, darum mußte das Ende nahe sein. Von diesem Standpunkt wurde nicht nur der politische Kampf, sondern auch jedes Arbeiterschutzgesetz verworfen, dafür sei es „zu spät". Mit dem alten Parteiprogramm fand man sich leicht ab; es sei „zur hindernden Fessel geworden", schreibt Peukert im Juli 1882; „zur Wahrung und Vertretung unseres gemeinsamen Prinzips haben wir das Programm verletzt", und wenige Wochen später rühmt er als seine Tat den Beschluß einer Versammlung (am 31. Juli beim Zobel), der ausspricht, „daß jede Reformbestrebung in der bestehenden Gesellschaftsorganisation nur eine Verlängerung der materiellen und geistigen Knechtschaft des arbeitenden Volkes bedingt". Die Erlösung wird nur von der Katastrophe erwartet, an deren unmittelbares Bevorstehen man glaubte oder glauben machen wollte. Wie der anarchistische Demagoge Peukert sich zum Polizeianarchisten entwickelte, gehört nicht hieher. Jedenfalls aber hatten einflußreiche Kreise an diesem Verlauf der Arbeiterbewegung, deren Behandlung man den Kerkermeistern überlassen konnte, so lebhafte Genugtuung, daß der Staatsanwalt Lamezan die Sozialdemokraten, die man die Gemäßigten nannte, öffentlich im Gerichtssaal als „Sozialisten im Schlafrock" und „Wassersuppensozialisten*)" frotzelte. Aber auch solche Dinge öffneten niemand die Augen. Der Zwang zur geheimen Organisation, zur Verschwörertaktik und das Fehlen des Wahlrechtes waren jedes allein schon genügend, um jede Möglichkeit einer Abschätzung der eigenen Kraft und des wirklichen Zustandes der Massen zu vernichten. Jeden Tag, meinte man, müsse der Funke ins Pulverfaß fliegen; der Funken kamen genug, sie fanden nur nasses Stroh.

Das war die Zeit der Spaltung. Denn die Sozialdemokraten ergaben sich der neuen, sich radikal nennenden, mäßig anschwellenden Strömung nicht ohne hartnäckigen Widerstand. Aber bald waren die „Gemäßigten" die Minorität, die sich verzweifelt gegen die neue Lehre von der Nutzlosigkeit des politischen Kampfes

*) Das war im sogenannten Merstallinger-Prozeß vom 8. bis 21. März 1883, worüber Näheres in der Fußnote zu Adlers Artikel „Der Weg nach Hainfeld" (Bd. VI, Seite 3) zu finden ist.

wehrte, aber sich dabei in ein doktrinäres Extrem verrannte. In der Wut des Kampfes wurden die Radikalen in ihrer Gesamtheit verantwortlich gemacht für die unnützen und grausamen Gewalttaten, die von Merstallinger bis Eisert ihnen als Partei gewiß nicht zuzurechnen sind. Gehässigkeit und Verdächtigung machte die Kluft zwischen den Fraktionen unüberbrückbar, Spitzelei und Spitzelriecherei vergifteten jeden Verkehr. Das Wahlrecht wurde zum Schibboleth der Spaltung; um seinen Wert wogte der Kampf, während kein Mensch daran dachte, es den Arbeitern zu gewähren. Die Radikalen verstiegen sich, von der Wertlosigkeit des Wahlrechtes ausgehend, dazu, es als schädlich zu erklären. Die Gemäßigten waren nahe daran, nicht programmatisch als Partei, aber in der Hitze des Gefechtes, das Wahlrecht und den parlamentarischen Kampf als Panazee zu erklären, jedenfalls es maßlos zu überschätzen. Immer mehr wurde der Blick der Arbeiterschaft vom Kampfe mit den Gegnern abgelenkt und ihre Kraft im Bruderzwist konsumiert. Die Verschwendung an Kraft, an Hingebung und Opfermut überstieg alle Begriffe. Oft wanderten Dutzende von Genossen damals auf Jahre in den Kerker wegen irgendeiner wertlosen Flugschrift, die in kaum viel mehr Exemplaren verbreitet wurde, als sie Menschen kostete. Die löbliche Justiz aber schlug blind drein unter Radikale und Gemäßigte, sie peitschte noch die Wellen...

Da kam am 30. Jänner 1884 der Ausnahmszustand in Wien, und das Schreckensregiment in Böhmen wurde auch verschärft. Mit einem Schlage sollte alles zertreten werden, meinte die erleuchtete Regierung. Jetzt wäre die Stunde der Explosion gekommen gewesen; Peukert glaubte so fest an sie, daß er — nächtlicherweile über die Grenze ging. Die Organisationen wurden zerrissen, die Presse erdrosselt, die Vereine aufgelöst, die Vertrauensmänner ausgewiesen, die Kerker füllten sich massenhaft. Was aber von Vereinen übrigblieb, löste sich freiwillig auf, auf Kommando der Londoner Freunde Peukerts. Das Blatt der Radikalen, die „Zukunft“, wurde verboten, die „Wahrheit“, das Organ der Gemäßigten, wurde freiwillig eingestellt, es war für ein Wiener Arbeiterblatt damals zur Schande geworden, leben zu dürfen.

Grabesstille folgte statt der Explosion. Die Stille wurde hie und da unterbrochen durch das, was man ein „Lebenszeichen“ nannte, eine Flugblattverbreitung oder irgendeinen mit kindischen Mitteln unternommenen Attentatsversuch, in jedem Fall als einzige Folge ein mit weittönender Polizeireklame aufgebauschter Prozeß und drakonische Verurteilungen. Der Staat wurde wiederholt gerettet; der Weizen der Frankl und Konsorten, der Herren der Ausnahmsgerichte, blühte. Während der Schreckensherrschaft glomm aber die grimmige Fehde der feindlichen Fraktionen in den Personen weiter, und bis in die Gefängnisse hinein wurde der Bruderhaß mitgeschleppt.

Aber die österreichische Arbeiterbewegung war nicht umzubringen, weder durch Mord noch durch Selbstmord. Jahre brauchte

es, bis sie zur Besinnung kam, aber als beide Fraktionen am Boden lagen, als viele der prominentesten Personen vom Schauplatz verschwunden waren, gewann ein gewisser Grad von Nüchternheit Raum, und kühlere Überlegung wurde möglich. Im Frühjahr 1886 kam Graf Taaffe auf die geniale Idee, ein Anarchistengesetz einzubringen. Einer Anzahl von Abgeordneten unter der Führung von Pernerstorfer und Kronawetter gelang es, die Genehmigung zu einer Volksversammlung zu erlangen, ein damals ganz unerhörtes Ereignis, und in dem Büro dieser Versammlung, die am 9. Mai im Amorsaal tagte, saßen zum erstenmal nach Jahren Gemäßigte und Radikale an einem Tische. Es war ein Riesenmeeting, und der Protest gegen den Plan der Regierung trat zurück gegen das Gefühl, das alle Anwesenden beherrschte: noch lebt die Wiener Arbeiterschaft. Diesem ersten Schritt folgte der zweite, die Gründung der „Gleichheit" zu Weihnachten desselben Jahres. Ihr Aufruf wendete sich an die Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf Fraktionsunterschiede, bekannte als ihr Programm: Erkenntnis der Solidarität der Arbeiterklassen aller Nationen; Verbreitung und Vertiefung des Klassenbewußtseins, offene Organisation als politische Partei, Kampf für politische Freiheit, für Arbeiterschutzgesetze. Als Taktik wurde proklamiert „offene", das wollte sagen öffentliche Propaganda, und das war der entscheidende Schritt. Links und rechts, bei Gemäßigten wie bei Radikalen, stieß der neue Versuch auf das begreifliche Hindernis des stärksten Mißtrauens, ja, die Massen, soweit sie zugänglich wurden, waren bereitwilliger, als was von Vertrauensmännern der alten Organisationen noch übrig war. Aber der Boden gemeinsamer Diskussion war gefunden, und in harten Kämpfen, aber endlich doch, setzte sich die Einsicht in die Notwendigkeit der Einigung durch. Was sich in Wien vollzog, fand in den Provinzen sein Echo, langsam knüpften sich die Fäden wieder an, und neues Leben erwachte. Von der ganzen Arbeiterpresse hatte ein einziges Blatt den Sturm überdauert: der „Volksfreund" in Brünn, nun ergänzte ihn die „Arbeiterstimme" zu einem Wochenblatt; „Rovnost" in Brünn und „Hlas Lidu" in Proßnitz wurden gegründet und bildeten neue Mittelpunkte der tschechischen Organisation; in Böhmen konnte man erst ein Jahr später an die Möglichkeit einer Arbeiterpresse denken. Die Presse war damals mehr als ein Mittel der Propaganda, die Redaktionen waren zugleich Mittelpunkte der Organisation, sie waren die einzigen Vereinigungen, die nicht aufgelöst werden konnten, deren Bestand trotz allen Verfolgungen eine Kontinuität der Tätigkeit möglich machte, nach außen waren sie somit die naturgemäßen Träger jeder Initiative und jeder Organisation.

Es war trotz allen Verfolgungen und Schwierigkeiten doch eine schöne Zeit, und wer sie mitlebte, wird sich mit Freude ihrer erinnern, als wir in Wien wie in der Provinz in langen Nächten, in bitterernsten Diskussionen den Grund legten zur neuen gemeinsamen Tätigkeit. „Programm" durfte es nicht heißen, das Wort hatte noch von den Zeiten des Haders her den Beigeschmack einer Fessel der

„Bewegungsfreiheit des einzelnen“, aber daß gemeinsame „Prinzipien“ für gemeinsame Arbeit nötig seien, leuchtete selbst den Genossen ein, die sich schwer von liebgewordenen Schlagworten losmachen konnten. Man einigte sich in dem Grundgedanken, daß politischer Kampf wie soziale Reform notwendige Mittel seien, um das Proletariat auf die Höhe seiner geschichtlichen Aufgabe zu bringen oder, wie es später in Hainfeld gefaßt wurde, „das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich.“

Damit war der bedingte Wert der politischen Rechte und des Arbeiterschutzes für die Bewegung festgelegt, das war die Zusammenfassung des „radikalen“ und des „gemäßigten“ Gedankenganges, die sozialdemokratische Synthese der demokratischen und der anarchistischen Utopie. Das, was in anderen Ländern Minimalprogramm heißt, die Forderungen an den heutigen Staat, das Wahlrecht eingeschlossen, ließ sich zwanglos in diesen Rahmen bringen, und als Spur der alten Kämpfe blieb nur noch die Eigentümlichkeit unseres Programms, daß es bei jeder seiner Forderungen vor deren Überschätzung ausdrücklich warnt und daran erinnert, daß sie nur Mittel zum Zwecke sind.

Länger als zwei Jahre dauerte diese Diskussion und die Vorbereitung der formellen Einigung. Die Vertrauensmänner in Wien wie in den wichtigsten Provinzorten deutscher wie tschechischer Zunge kannten und billigten alle Vorbereitungen. Es ging auch äußerlich nicht leicht; zwei Geheimbundprozesse, einer von Wien, einer von Reichenberg ausgehend, wurden versucht, blieben aber Fehlgeburten. Endlich war die Einigung eine Tatsache, die reif war, ausgesprochen zu werden.

Dem § 2 des Versammlungsgesetzes werden wir einmal ein schönes Monument errichten. Er war unsere Zuflucht, er gab uns den Rahmen für unsere Organisationsarbeit. Öffentlich durften wir nicht, geheim wollten wir nicht arbeiten, so war es die Ironie der Geschichte, daß von der ganzen liberalen Gesetzgebung uns das zum Schutze wurde, was nicht darin stand, jene dreimal gebenedeite Lücke im Versammlungsgesetz, die seine Anwendung verbietet auf „geladene Gäste“. Die Redaktionen luden ein, Privatleute, selbstverständlich ohne gewählt zu sein, ohne Mandat, wurden geladen. Wir suchten eine Bezirkshauptmannschaft, an deren Spitze kein absoluter Analphabet stand, und fanden in dem Grafen Auersperg, jetzt Sektionsrat im Handelsministerium, einen Mann, der möglicherweise Verstand und Gesetzeskenntnis genug haben konnte, um zu begreifen, daß, was wir wollten, völlig gesetzmäßig und unmöglich zu verbieten sei. Darum wurde das kleine Hainfeld in der Bezirkshauptmannschaft Lilienfeld als Ort des Parteitages gewählt. Am 30. Dezember 1888 kamen dort 110 Genossen

zusammen, davon 70 stimmberechtigte. Wir wiederholen, sie hatten kein Mandat, und doch lag in ihrer Hand die nächste Zukunft der Arbeiterschaft Österreichs, auf sie blickten damals vertrauensvoll Hunderte und sollten bald Zehntausende von Proletariern blicken. Die Einigung wurde nicht in Hainfeld errungen, der Parteitag hat sie nur besiegelt. Das kurze Gefecht mit dem einzigen*), der nicht wollte, war kein Mißton, sondern weckte alle guten Geister der gesunden Vernunft, der nüchternen Einsicht in die Tatsachen, der Entschlossenheit, das Notwendige zu tun, mag es die hergebrachte Schablone bezeichnen wie sie will.

Der Neujahrstag 1889 fand uns als geeinigte Partei. Es ist unmöglich, die Empfindungen zu schildern, die uns bewegten; die Schlacken der traurigen Geschichte der letzten Jahre waren abgefallen, ein reines Banner trugen wir in Händen, die Brust voll Mut, voll Hoffnung, voll Siegeszuversicht.

Wir österreichischen Sozialdemokraten dürfen uns heute, nach zehn Jahren, in aller Bescheidenheit sagen, wir haben gehalten, was wir uns in Hainfeld zugeschworen haben. „Seines Fleißes darf sich jeder rühmen“, und wir haben fleißig gearbeitet. Als zersprengte Glieder zweier hadernder Fraktionen haben wir begonnen, und in zehn Jahren hat sich das österreichische Proletariat eine große Partei aufgebaut, hat es ein Stück politische Macht errungen, hat es den umfassenden Rahmen einer wirksamen Gewerkschaftsorganisation geschaffen. Wir sind mit der Regierung und ihrer Polizei fertig geworden und haben die Gegner gezwungen, knurrend und widerwillig die Tatsache des kräftigen Lebens und Wachsens der Sozialdemokratie anzuerkennen. Wir haben, was in Hainfeld erst keimte, zur vielgestaltigen Entfaltung gebracht, haben durch eine reichgegliederte Organisation die nationale Schwierigkeit überwunden, ja, wir haben das Schwerste geleistet und, zum Teil wenigstens, die österreichische Schlamperei besiegt, in uns und bei den anderen. Dabei darf man nicht vergessen, daß wir arm waren und sind an Menschen, an Kräften; eine ganze Generation von fähigen Proletariern, von begabten, aufopferungsfähigen Menschen hat uns der Zwist gelähmt, hat uns die feige Gewalt erschlagen. Sie sind verdorben, gestorben, die Verzweiflung im Herzen. Ihrer wollen wir heute gedenken, die die neue Hoffnung, den neuen Kampf nicht erlebten, die die neue Hoffnung nicht fassen konnten und deren Erben und Rächer wir sein wollen.

Und nun genug der Erinnerungen. Zehn Jahre sind lang für die, die Tag um Tag, Stunde für Stunde im Kampfe stehen; ein Jahrzehnt ist ein Augenblick im Verlauf der Geschichte. Wir wissen, daß wir am Anfang stehen, aber wir wollen uns einen Augenblick daran freuen, daß dieser Anfang gut ist. v. a.

---

*) Der Schneider Rißmann aus Graz, der, nachdem die Prinzipienerklärung mit 69 gegen 3 Stimmen abgelehnt worden war, an den weiteren Verhandlungen nicht mehr teilnahm. (Bd. VI, Seite 54 und 151.)

Das Jubiläum des Arbeiterbildungsvereines.

Festversammlung am 6. Dezember 1902*).

Wenn wir diesen Verein ehren, ehren wir unsere Geschichte, mit der er verknüpft ist wie keine andere Organisation.

Mit der Bildung, der dieser Verein dient, hat es eine ganz eigene Bewandtnis. Bildung ist ein Wort und hat genau so viel Inhalt, wie der zu denken imstande ist, der dieses Wort ausspricht. Das, was man gewöhnlich darunter versteht, das, was die bürgerliche Gesellschaft als Bildung anerkennt, das ist vor allem die Fähigkeit, orthographisch zu schreiben, orthographisch zu reden, orthographisch zu essen und orthographisch sich anzuziehen. (Heiterkeit.) Dazu muß man noch ein gewisses Quantum von Dichtern, Komponisten und Philosophen dem Namen nach kennen und muß beiläufig wissen, wann man im Theater Bravo zu rufen hat. Das ist die Bildung der bürgerlichen Gesellschaft. Man ist auch gebildet, wenn man für Aufklärung und Fortschritt ist, dagegen ist man schon sehr ungebildet, wenn man sich vornimmt, darunter etwas Klares zu verstehen. Mit einem Worte: zwischen landläufiger Bildung und proletarischer Bildung ist ein himmelweiter Unterschied. Wir verlangen von euch keinerlei Art von Orthographie (Heiterkeit), wir verlangen von euch nichts als Selbsterkenntnis. Darüber nachzu-

---

*) Der Arbeiterbildungsverein in der Gumpendorferstraße im Bezirk Mariahilf — deshalb gewöhnlich Gumpendorfer Arbeiterbildungsverein genannt — war im Dezember 1867 gegründet worden. Die Statuten waren, allerdings vergeblich, zum erstenmal am 18. Dezember 1866 eingereicht worden. Im Juli 1867 wendete sich deshalb eine Arbeiterabordnung mit einer Denkschrift an den Minister des Innern, den Grafen Taaffe, worin sie in sehr patriotischen Worten um die Bewilligung eines Arbeitervereines ersuchte. Der Abordnung gehörten sowohl Anhänger von Schultze-Delitzsch wie von Lassalle an. Taaffe verlangte die Empfehlung durch einige Industrielle, und erst als eine Anzahl von Gewerbetreibenden als unterstützende Mitglieder beitraten, die von der Polizei als vertrauenswürdig erklärt wurden, wurden die Statuten am 18. November 1867 genehmigt. Die Regierung, das sogenannte „Bürgerministerium“ Auersperg, von dessen Innenminister Dr. Giskra das Wort stammt, daß die soziale Frage bei Bodenbach aufhöre, ließ den Verein streng überwachen, weil mittlerweile die Lassalleaner die Herrschaft im Verein erobert hatten. Schon am 13. März 1868 forderte Taaffe die Ministerkonferenz auf, „dem in seinen Konsequenzen unabsehbaren Treiben des Vereines ein Ende zu bereiten“.

Am 1. Dezember 1887 wurde beim Schwender das zwanzigste Gründungsfest des Vereines abgehalten, das in der Geschichte der Einigung seine wichtige Rolle spielte. (Siehe Adlers Artikel „Der Weg nach Hainfeld“, Bd. VI, Seite 16.) — Siehe auch das Vierzigjahrjubiläum und Adlers Rede am 8. Dezember 1907.

Am 6. Dezember 1902 fand beim Wimberger das Fest des 35jährigen Bestandes statt. Die Festrede hielt Adler, der sich vornehmlich mit den Bildungsbestrebungen der Arbeiterschaft beschäftigte.

denken, wie Sie geworden sind und was aus Ihnen werden soll, Ihr Verhältnis zur Gesellschaft geistig zu erfassen, das nenne ich Bildung. Und auf eine noch höhere Stufe der Bildung gelangen Sie, wenn einmal die Erkenntnis den Willen geweckt hat, wenn aus dem Bewußtsein, Produkte der Gesellschaft zu sein, das bewußte Streben erwächst, ihre Herren, ihre Former und Lenker zu werden. Die Bildung der Arbeiterklasse besteht darin, daß sie sich mit Bewußtsein eine große Aufgabe gestellt hat und von ihr erfüllt ist, daß sie in klarer Einsicht den Aufbau einer Gesellschaftsordnung betreibt, die den Proletariern eine ganz andere Bildungsmöglichkeit bringen wird, als es unser armer Bildungsverein mit seinen schwachen Mitteln vermocht hat.

In diesem Streben kann uns nichts hindern, selbst aus Niederlagen schöpfen wir neue Kräfte und neue Waffen. Die Gegner der Bildung, wie wir sie meinen — von Lueger bis Wilhelm —, was können sie mehr tun, als in blinder Verkennung ihres Wesens in ohnmächtiger Wut wilde Schreie auszustoßen, die uns nur nützen, weil sie ihre absolute Unwissenheit enthüllen. Es ist vielleicht polizeiwidrig, zu sagen, daß dies bei Kaiser Wilhelm zutrifft; aber das können wir ohne weiteres feststellen, daß unser Lueger mit einer wahrhaft kaiserlichen Unwissenheit ausgerüstet ist. (Schallende Heiterkeit und Beifall.)

Daran ist nicht zu rütteln: Der Arbeiter, der zum Bewußtsein seiner Würde und seiner Stellung in der Gesellschaft gelangt ist — der gebildete Arbeiter —, steht in unserem Lager. Wer Knecht sein will und Werkzeug anderer Klassen, der mag hingehen und anderen Parteien dienen. Wer sich aber selber achtet, der steht in unseren Reihen und hält zu uns, was da auch kommen mag. Er mag da manchmal mit uns irren, er mag auch manchmal mit uns geschlagen werden, er wird aber auch mit uns siegen und triumphieren. (Stürmischer Beifall.)

Vierzig Jahre Arbeiterbildungsverein.

Festversammlung am 8. Dezember 1907*).

Werte Genossen und Genossinnen! Geehrte Festgäste! Erlauben Sie, daß ich vor allem mich einer Pflicht entledige. Ich bin beauftragt, den Arbeiterbildungsverein zu seinem Feste im Namen der sozialdemokratischen Abgeordneten zu begrüßen. Es würden unsere Abgeordneten hier viel zahlreicher erschienen sein, wenn sie nicht schon gestern zum allergrößten Teil von Wien abgereist wären, um in großen Volksversammlungen die letzten politischen Ereignisse zu besprechen. Sie dürfen aber überzeugt sein, daß in unseren Abgeordneten das Gefühl dafür ein lebendiges ist, daß es sich hier

*) Wie beim 35. Gründungsfest des Wiener Arbeiterbildungsvereines am 6. Dezember 1902, so hielt Adler auch bei der Festversammlung zum Jubiläum des vierzigjährigen Bestandes die Festrede. Über die Geschichte des Vereines siehe die näheren Angaben bei der Rede am 6. Dezember 1902.

um ein Fest handelt, das anknüpft an die ältesten und besten Traditionen unserer Partei.

Vierzig Jahre!

Man merkt, daß man alt wird! Wir Alten stehen vor Ihnen, vor der großen Zahl von Ihnen, die das Glück haben, noch jung zu sein; wir kommen zu Ihnen mit unseren Erinnerungen und um Ihnen zu erzählen die Geschichte dieses Vereines, die zugleich eine Geschichte der Proletarierbewegung in Österreich ist, und wir kommen zu Ihnen, um Ihnen zu sagen, daß Sie aus dieser Geschichte lernen sollen und den Mut fassen sollen zum Kampfe. Ich könnte eigentlich als Vertreter der paar alten, grauen Leute hier sprechen, wenn Sie mich wohl auch nicht gelten lassen würden, weil ich nicht unter den Gründern Ihres Vereines war. Aber dabei war ich schon und meine Legitimation dafür ist meine Mitgliedskarte vom Jahre 1869 und meine erste politische Erinnerung ist die, daß man mir im Jahre 1870 einen Vortrag über die Französische Revolution dadurch störte, daß man die Versammlung auflöste. Auch unser Genosse Pernerstorfer war damals schon Vortragender, und wir beide erinnern uns mit großer Freude daran, daß wir als junge Studenten dabei waren beim ersten Kampfe. Diese persönliche Erinnerung ist etwas Unauslöschliches. Es ist etwas ganz eigenes um dieses erste Erwachen der Arbeiterbewegung in Österreich mit ihrer naiven Begeisterung, der jugendlichen Frische, dem überschäumenden Idealismus des Proletariats, dem auf der anderen Seite gegenüberstanden die Borniertheit, die Brutalität und Ignoranz der Herrschenden. Sie, die Jungen, können sich nicht gut hineindenken in den Zustand von damals. Heute wird die Arbeiterschaft, man möchte sagen, umschmeichelt; damals wollte man sie nur brutalisieren und zertreten. Dabei, müssen Sie denken, waren die Herren sich ihrer Brutalitäten gar nicht bewußt und haben bei ihren Verfolgungen geglaubt, daß sie im Interesse der Freiheit des Bürgertums, des menschlichen Fortschrittes handelten. Sie wollten ihre Götzenbilder freihalten von Berührungen durch das kommune, ordinäre Volk mit seinen, wie sie meinten, wahnsinnigen Übertreibungen.

Meine lieben, jungen Genossen! Wenn Sie heute sich erfreuen einer Bewegungsfreiheit, die zwar durch die Existenz von Polizisten auch bei solchen Gelegenheiten verschönert, wenn auch nicht gestört wird, wenn Sie sich heute erfreuen der Möglichkeit, sich nach Wunsch zu organisieren, der Möglichkeit, aus Bildungsquellen zu schöpfen, die Privilegien waren der Besitzenden, so möchte ich Sie doch davor warnen, zu glauben, daß Sie dieser Bürgschaften für die weitere Entwicklung auch für immer sicher sein werden.

Der Verein ist wiederholt aufgelöst und neu gegründet worden. Die Polizei hat ihn begraben; aber er ist lebendig geblieben, er ist ein nichtpolitischer Verein noch heute, trotzdem auf dem Boden dieses nichtpolitischen Vereines das wichtigste politische Faktum erstanden ist, das die neue Geschichte Österreichs kennt: die sozialdemokratische Bewegung! Aber diese Hemm-

nisse, die kleinlichen, heute lächerlich abgeschmackten Quälereien, waren trotzdem keine schlechte Schule für uns, und ich möchte wünschen, daß auch die jüngeren, die unter einem besseren Himmel aufwachsen, sich ebenso kräftig entwickeln wie unsere alten Genossen sich entwickelt haben unter so schlechten Bedingungen. Es geht ja ganz gut vorwärts, aber ich halte die Gefahr eines Rückschlages für durchaus nicht endgültig überwunden. Parteigenossen, wir stehen Mächten gegenüber, deren Kraft ich nicht überschätzen will, deren rücksichtsloser Brutalität ich aber alles zutraue; diese Mächte werden zu allem entschlossen sein, wenn es ihnen an den Hals geht — und es wird ihnen hoffentlich an den Hals gehen —, sie werden zu allen Mitteln greifen, zu den perfidesten und zu den dümmsten!

Wir erinnern uns heute der Schicksale, in die den Verein der Ausnahmszustand sowie die Spaltung der Partei versetzten. Das Gründungsfest vor zwanzig Jahren brachte die Versöhnungs- und Einigungsfeier. Ich sehe, sagte der Redner, noch die rote Fahne der Bäcker vor mir. Unter dem Schwenken der roten Fahne und dem Gesang der Marseillaise haben wir wieder begründet die neue sozialdemokratische Arbeiterbewegung. Ich habe damals alte Männer weinen gesehen, die mitgemacht haben die Qual, den Schmerz und den Kummer, den die Spaltung über die Partei gebracht hatte.

Genosse Němec, der die Fahne geschwungen hatte, und ich wurden damals zu Geldstrafen verurteilt, und derjenige, der die Strafen verhängte, ist der jüngst verstorbene Bernhard Frankl. Der Mann ist tot; aber wir können von der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung nicht sprechen, ohne zu sagen, wie dieser Mann über so viele von Proletarierfamilien bitteres Leid gebracht hat.

Parteigenossen! Heute ist der Arbeiterbildungsverein lange nicht mehr das, was er einst für die Partei war, er kann es nicht sein. Heute haben wir für die vielfachen Bedürfnisse des Proletariats ebensoviel wirksame Organe, wir haben die politischen und auch gewerkschaftlichen Organisationen. Mit allen diesen Organisationen ist verbunden eine weitverzweigte Bildungsorganisation. Vom ersten Schritt an, den das Proletariat gemacht hat, war ja der Heißhunger nach Wissen immer sein Begleiter. Aber wie spärlich waren die Quellen, aus denen der Arbeiter schöpfen konnte! Das Bildungsstreben der Arbeiterschaft war ausschließlich auf die Arbeiterschaft selbst gestellt. Genossen, wenn wir heute sehen, daß Gelehrte, Forscher, Lehrer der Hochschule sich eine Pflicht und Ehre daraus machen, der Arbeiterklasse Bildung nahezulegen, und wenn wir ihnen dafür danken und sie dafür ehren, so dürfen wir doch nicht vergessen, daß der Umstand, daß solche Bestrebungen möglich sind, herbeigeführt wurde durch die Arbeiterschaft selbst. (Stürmischer Beifall.) Das ist so geworden trotz aller Knebelung, trotz aller Unterdrückung der Arbeiterschaft, und es ist geworden durch die Kraft der Arbeiterschaft. Der Bildungsverein,

dessen Fest wir heute feiern, ist ein wackerer Pionier in diesem Kampfe gewesen. Wenn die Alten heute zurückblicken auf den vierzigjährigen Kampf, so möge es ihnen eine Genugtuung sein, daß das, was sie geschaffen haben, daß dieser Bildungsverein, fast möchte ich sagen, kleiner geworden ist, je älter er geworden ist. Klein, denn er war einmal alles, heute ist er wenig im Vergleich zu der mächtigen Entwicklung der Proletarierbewegung. Der Verein ist der Keim gewesen; aber was aus diesem gewachsen ist, das ist unsere mächtigste Freude.

Zum Schluß noch ein Wort an die Jungen! Im Namen der Alten sage ich Ihnen, vergessen Sie nicht, daß Sie ernste Pflichten haben, ernste Pflichten gegen sich und gegen die Klasse, der Sie angehören! Sie arbeiten heute unter viel leichteren Bedingungen und Sie haben darum die doppelte Verpflichtung zur Arbeit! Gestatten Sie, daß ich Ihnen, wenn es auch in eine Festrede nicht gut paßt, sage, daß wir Alten den Eindruck haben, als hätten wir mehr gelernt, als wären wir fleißiger gewesen, als hätten wir es ernster mit der Bildung unserer Überzeugung genommen. Man ist nur im Ernst Sozialdemokrat und man verdient diesen Namen nur, wenn man weiß, warum man einer ist. Unsere Kraft stammt nicht allein aus dem Herzen, nicht allein aus den Bedürfnissen des Proletariats, sie stammt vor allem aus den arbeitenden Gehirnen. Daß sich die Arbeiterschaft überall Bildungsvereine gegründet hat, ist der deutliche Beweis, daß instinktiv jeder einzelne es empfindet, wodurch wir allein vorwärtskommen können. Wo wären wir, wenn nicht die Leute, die die Träger unserer Bewegung waren, neben der Begeisterung auch noch das Wissen gehabt hätten, wenn sie nicht die dem Arbeiter eigentümliche Erkenntnis besessen hätten?

Die jungen Leute sind unsere Hoffnung! Dem Bildungsverein, in dessen Zeichen wir heute den festlichen Tag begehen, wünschen wir, daß er noch viele Tage des Erfolges feiern möge, daß er erleben möge den Sieg der Ideen der Sozialdemokratie. In diesem Sinne begrüßen wir den Verein zu seinem Geburtstag! Und Ihnen rufen wir zu: Bleibt treu den Grundsätzen der Sozialdemokratie, bleibt treu der Pflicht, zu lernen, bleibt treu der Pflicht, zu kämpfen!

Das Lied der Arbeit.

Festversammlung am 30. Oktober 1898*).

Wir feiern heute ein Fest persönlicher Art, ein Fest, das einem Manne gilt, der an der Wiege der österreichischen Arbeiterbewegung stand und ihr das Wiegenlied gesungen hat. Die Arbeiter-

*) Am 30. Oktober fand in den Sofiensälen der Gedenktag der ersten Aufführung des „Liedes der Arbeit“ vor dreißig Jahren statt; an der Feier nahmen auch der Verfasser des Liedes J. J. Zapf und sein Komponist Josef Scheu teil. Die Festrede hielt Adler. Auf die Ovation, die die Versamm-

klasse hatte sich eben selbständig zu betätigen begonnen, da entstand gleich das Bedürfnis nach einem Lied. Es wurden Lieder von auswärts importiert und mit Begeisterung gesungen, aber keines war so recht den Eigentümlichkeiten der österreichischen Bewegung angepaßt. Da singt der junge Scheu das Lied, das der junge Arbeiter Zapf gedichtet hat, und obwohl es anfangs fast gar nicht beachtet wird, ist es wenige Wochen nach seinem Entstehen auch außerhalb Wiens schon populär. Die Geschichte des Liedes der Arbeit ist die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Welche Veränderung hat sie durchgemacht! Auf dem Programm eines Gründungsfestes des Badener Arbeitervereines steht neben dem Lied der Arbeit die „Wacht am Rhein". Heute finden sich diese Lieder nicht mehr beisammen. (Heiterkeit.) Das war aber auch damals kein nationaler Verein, sondern ein Verein, dessen erste Handlung der Beschluß war, der sozialdemokratischen Partei beizutreten. Aber alles, was damals das Bürgertum bewegte, fand noch im Proletariat einen Widerhall, und es hat der Arbeit vieler Jahre bedurft, bis eine klare Scheidung der Prinzipien erfolgte. Das Lied der Arbeit hat seine Verbreitung, abgesehen von der hinreißenden Vertonung, dadurch erlangt, daß es ein instinktiver Ausdruck des proletarischen Klassenbewußtseins ist. Das Kulturbedürfnis, das daraus spricht, war damals den herrschenden Klassen noch ganz unbekannt, ein Arbeiterlied, das die Würde der Arbeit preist,

---

lung dem Komponisten bereitete, ergriff dieser das Wort und sagte unter anderem:

> Börne schrieb einmal: „Wenn wir nicht »sechs« sagen dürfen, sagen wir »zweimal drei«." So ging es auch uns. Weil wir nicht von der internationalen revolutionären Sozialdemokratie sprechen durften, sangen wir „Hoch die Arbeit". Daß es kein musikalisches Meisterwerk ist, dessen bin ich mir wohl bewußt. (Heftiger Widerspruch der Versammlung.) Bitte, das muß ich besser verstehen. (Heiterkeit.) Es mußte aber komponiert werden, so wie all die anderen Freiheitsgesänge, deren Vertonung mein Lebenswerk war, ihren Komponisten finden mußten. Und da sich eben kein größerer fand (abermals Widerspruch), bin ich in die Bresche getreten und habe nach meinen bescheidenen Kräften das geleistet, was ich konnte und was getan werden mußte. (Stürmischer Beifall.)

Über die Entstehung des „Liedes der Arbeit" hat Rudolf Hanser in der „Illustrierten Familienbibliothek" vom 12. März 1891 nähere Angaben gemacht (die auch in Brügels „Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie", Bd. I, Seite 98, abgedruckt sind). Danach hat man im Frühjahr 1868 einmal im Briefkasten des damals neugegründeten sogenannten Gumpendorfer Arbeiterbildungsvereines ein Gedicht vorgefunden, dessen Titel „Das Lied der Arbeit" lautete. Der Verfasser war nicht genannt. Der bekannte Arbeiterdichter Andreas Scheu übergab das Lied seinem Bruder Josef, daß er es komponiere. Erst als das Lied schon allgemein gesungen wurde, wurde als der Dichter der Graveur J. J. Zapf festgestellt, der im Jahre 1847 geboren wurde. Die Gründung des Arbeitergesangvereines als Sektion des Arbeiterbildungsvereines begrüßte er mit der Widmung des Liedes. Er ist sonst in der Partei wenig hervorgetreten. Josef Scheu wurde am 15. September 1841 geboren und ist am 12. Oktober 1904 gestorben. (Siehe Adlers Rede an seinem Sarg.)

sie als das Heiligste und Erhabenste darstellt, war damals, als man den Arbeiter noch als ein minderwertiges Geschöpf ansah, ein neues Evangelium. Es ist auch heute noch gar nicht so alt; die Idioten, welche glauben, daß die Arbeiter eine Rotte von Leuten sind, die nichts arbeiten wollen, sind noch nicht ausgestorben, sie sind im Gegenteil recht zahlreich geworden. Es gibt keine bessere Widerlegung dieser Anschauung, als wenn man ihr das Lied der Arbeit gegenüberhält. Es bewies dem Bürgertum schon vor dreißig Jahren, daß die Sozialdemokratie keine Erhebung gegen die Arbeit, sondern eine Erhebung gegen die Arbeitslosen, gegen die Müßiggänger ist.

Der Redner erinnert an die Geschicke der jungen Arbeiterbewegung in den sechziger und siebziger Jahren. Es kamen dann traurige Zeiten für die Partei, sie war gespalten und zerfahren. In nichts verstanden sich die hadernden proletarischen Brüder, in einem waren sie sich einig, im Lied der Arbeit, das hüben und drüben ertönte.

Es ist auch die Gewalt der Musik, daß es so unmittelbar packt, der Musik, die uns auf den höchsten Gipfel der Empfindung führt, wo alle Einzelheiten schwinden und nur das Große, Erhabene vor unseren Blicken steht. Das Höchste unserer Solidarität, die Begeisterung für die heilige Sache, um die sich die Masse brüderlich schart, um vereint zu leben und, wenn es sein muß, vereint zu sterben — davon kann man nicht sagen, das muß man singen. Darum sind wir vor allem unserem Scheu dankbar, denn er hat uns das in Tönen ausgesprochen, was wir nur empfinden und nicht sagen können*).

Am Sarge Josef Scheus.

Leichenbegängnis am 14. Oktober 1904**).

Verehrte Leidtragende! Genossen und Genossinnen! Wir sollen von unserem Josef Scheu Abschied nehmen, von dem Manne, mit dem unser Bestes verknüpft ist, verknüpft ist unser bester Wille und unsere beste Begeisterung. Alles, was es Heiliges und Edles, alles, was es Bleibendes und Menschliches in uns gibt, ist engst verbunden mit dem Manne, der alles das in Töne zu bannen, in

*) Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Urheber des Liedes der Arbeit und einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie, das in der Versammlung brausenden Widerhall fand, der in begeisterten Jubel umschlug, als die Sänger das Lied der Arbeit anstimmten.

**) Am 14. Oktober 1904 wurde der Sänger des Proletariats, der Komponist des „Liedes der Arbeit", Josef Scheu, zu Grabe getragen. Im Namen der Parteivertretung und der Redaktion der „Arbeiter-Zeitung", der Scheu seit Begründung des Tagblattes, also seit 1895, als Musikreferent angehörte, sprach Adler, als der Sarg am Grabe niedergestellt wurde. (Siehe auch Adlers Rede beim Jubiläum des „Liedes der Arbeit" am 30. Oktober 1898, sowie seine Rede bei der Enthüllung des Grabdenkmals am 1. April 1907. Über Scheus Verhaftung beim Merstallinger-Prozeß siehe Bd. VI, Seite 3.)

Tönen lebendig zu machen wußte. Genossen! Der Mann, der da liegt, hat vierzig Jahre lang dem Proletariat gedient; nicht wie einer, der einem anderen dient, sondern er hat sein Herzblut, sein Innerstes zum Ausdruck gebracht, seine Seele, die verbunden war mit der Seele des Proletariats. Scheu war ein Sänger und ein Held, ein Held, wie es alle proletarischen Helden sind, ohne Glanz, schlicht, aber treu und mutig und tapfer. Er, der zu lieben wußte, er wußte auch zu hassen, wie nur die lieben können, die des Hasses mächtig sind. Er wußte zu hassen, was uns knechtet, was uns an den Boden zwingt und was dem Proletariat und der Menschheit in ihrem Aufstreben entgegensteht. Aber sein Haß entsprang seiner großen Liebe, entsprang dem, daß der Kampf für unser Höchstes seines Lebens Inhalt war. Auch für die „Arbeiter-Zeitung" muß ich Abschied nehmen von unserem lieben, beweinten Kollegen. Er hat auch da schlicht und treu seine Pflicht getan, weit mehr als seine Pflicht und wir werden ihn nie vergessen.

Wenn wir nun Abschied nehmen und ihm nun ins Grab hinab sehr bald sein Lied, unser Lied singen werden, das Lied der Arbeit, so schwindet er damit nicht. Er, der kein Gläubiger war im Sinne der offiziellen Bekenntnisse, er glaubte, er wußte, was wir wissen, daß unsterblich ist die Leistung, daß unvergänglich ist, was einmal gewirkt wurde; und die Bewegung, die der Mann in die Gemüter und in die Herzen gepflanzt hat, die schwindet nicht, die zeugt fort, die wirkt ewig weiter. Wir haben keine prangenden Denkmäler zu vergeben, aber er braucht kein Denkmal, er wird in den Herzen der Arbeiter Österreichs leben, leben in den Herzen der Proletarier der Welt, solange sie singen werden, solange man den Schwung und die Größe der proletarischen Bewegung empfinden wird; solange die Revolution kämpft, wird man an ihn denken und wird ihn lieben, ihn, der ein Revolutionär war durch und durch und in jedem Blutstropfen.

Wir aber, wir sagen ihm Lebewohl. Einen um den anderen sehen wir gehen, einer um den anderen müssen wir gehen. Aber alles, was wir hoffen, alles, was wir ersehnen, ist, daß — nicht aus den Gebeinen — aber aus unserem Blut, aus unserem Leben, aus dem Besten, was in uns ist, Rächer entstehen für das, was wir gelitten, Fortsetzer unserer Arbeit, und daß die nächste Generation empfinde in demselben Geiste des Kampfes für Wahrheit und des Kampfes für Recht, in dem Geiste, in dem dieser Josef Scheu gelebt hat, von dem wir nun in bitterer Trauer gehen.

Das Grabdenkmal für Josef Scheu.

Am 1. April 1907*).

Heute wie vor zweieinhalb Jahren, als uns einer unserer liebsten Freunde wegstarb; einer, der der Arbeiterschaft Österreichs, allen

*) Am 1. April 1907 wurde auf dem Zentralfriedhof das Grabdenkmal des Komponisten des „Liedes der Arbeit" und so vieler anderer

und jedem einzelnen, ans Herz gewachsen war, zu dem wir alle hinaufgesehen haben wie zu einem Vater und den wir alle geliebt haben wie einen Bruder, brennt bitterer Schmerz in uns um den schweren Verlust. Genosse Scheu, Meister Scheu, Vater Scheu! So haben wir ihn genannt und jeden dieser Namen hat er sich reichlich verdient, verdient mit seinem Herzblut, mit dem, was das Beste, Edelste, Tüchtigste in ihm war, der mit der Arbeiterschaft, mit dem leidenden, aber vor allem mit dem kämpfenden Proletariat gelebt hat von der ersten Stunde an, da er zu politischem Bewußtsein gekommen, bis zu dem Moment, da er hinweggerafft wurde.

Josef Scheu hat mehr getan als jeder von uns, die wir nur mit schwachen Mitteln ausdrücken können, was uns erfüllt. Er hat dem Proletariat die Sprache der Kunst gegeben, er hat aus unseren Herzen hervorgeholt, was wir sonst nicht hätten sagen können. So ist er der Sänger des Proletariats geworden. So hat er die Brücke geschlagen von den Höhen der Kunst zu den Niederungen, in denen das Proletariat leben muß. Er hat die Proletarier gelehrt, Kunst zu empfinden, er hat sie hören gelehrt und er hat ihre neue Sangessprache in den Dienst zu stellen gewußt des gewaltigen Kampfes, in dem wir alle Soldaten sind. Er hat aus den einzelnen vor sich Hinsingenden, aus philiströsen Gesangübungen etwas ganz anderes gemacht: die heilige Kunst im Dienste der heiligen Sache der Befreiung.

Genossen! Als wir Meister Scheu begraben mußten, sagten wir: Die Stätte, wo er liegt, soll von mehr zeugen als von einem gefallenen Kämpfer! Nicht ihm allein war das Denkmal zu setzen, das aufgerichtet wurde von der Liebe derer, die ihm am nächsten standen. Es stellt nicht ihn allein dar, sondern auch die große Sache, der er gedient und für die er gewirkt hat. Die Sänger, Männer und Frauen des Proletariats, die wir hier dargestellt sehen, die der Künstler so lebendig vor Sie hingestellt hat als eine Gruppe Singender und zugleich Kämpfender, soll ein Zeugnis geben vom Wirken Scheus, davon, daß er die Brücke geschlagen vom Proletariat zur Kunst.

Die lieben Züge unseres alten Freundes, die wir hier wieder sehen, werden uns unvergeßlich sein. Aber was tiefer greift als die persönliche Erinnerung, was unsterblich ist, ist seine Arbeit und die Wirkung dessen, was er geleistet.

Das Lied der Arbeit, das er uns gegeben, das Kämpferlied, das Trutzlied, das Hoffnungslied, das in allen Sprachen unseres Staates gesungen wird und das ein Band ist für die Internationale, die wir in Österreich darstellen, ist das Denkmal, das er sich

---

proletarischer Lieder, Josef Scheu, enthüllt. Tiefe Stille war, als Adler vor den Sockel trat, um das Grabmal im Namen des Denkmalkomitees der Obhut der Wiener Arbeitersänger zu übergeben. Das Denkmal ist das Werk des jungen Künstlers Richard Luksch, der bald nachher einem Rufe nach Hamburg Folge leistete. — Siehe auch Adlers Rede bei dem Jubiläum des „Liedes der Arbeit" am 30. Oktober 1898, sowie am Sarge von Josef Scheu am 24. Oktober 1904.

selbst gesetzt. Doch dieser schlichte Stein, der aber so ausdrucksvoll, so greifbar darstellt, was uns vor diesem Grabe bewegt, soll ein Zeichen sein unserer Liebe und unserer Verehrung, wie er Zeugnis gibt von dem großen Kampfe, in dem Meister Scheu ein Führer war.

Ich spreche hier im Namen des Denkmalkomitees, ich spreche aber auch im Namen der klassenbewußten Arbeiterschaft Wiens, und ich darf wohl sagen, ganz Österreichs. Da geziemt es sich, denen Dank zu sagen, die ermöglicht haben, das Monument zu setzen, und vor allem dem Künstler Dank zu sagen, der es geschaffen hat.

So übergeben wir dieses Denkmal dem Verband der Arbeitersänger Österreichs, ihrem Reichsverband, den mit an erster Stelle Scheu geschaffen hat. Aber wenn der Verband in erster Linie der Hüter des Monuments ist, sein Hüter im großen Sinne ist die gesamte klassenbewußte Arbeiterschaft Österreichs.

Zu Ehren Andreas Scheus.

Festversammlung am 22. Juni 1901*).

Wir haben heute einen weit leichteren Kampf, als die ersten Vorkämpfer des Proletariats ihn Ende der sechziger Jahre hatten. Heute fühlen — was damals nur einzelne Auserlesene empfanden — schon alle, daß die Zukunft der Sozialdemokratie gehört. Die Vorkämpfer von 1869 wurden als Wahnwitzige, Narren, Schwärmer, wenn nicht als bezahlte Halunken von aller Welt angesehen. Die Regierung umschmeichelte zuerst die Wortführer und versuchte es dann mit dem Einsperren. Mit Urteil vom 15. Juli 1870 wurde Andreas Scheu als Hochverräter zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt. (Zwischenruf: Zu sechs Jahren.) Zu fünf Jahren! — alles was recht ist, in Österreich wissen die Richter ganz genau die gerechte Strafe (Heiterkeit) — Gehrke und Schönfelder, die auch heute hier anwesend sind, wurden auch verurteilt. Ich glaube, der Gehrke zu zwei Monaten — na, die hat er aber reichlich verdient. (Große Heiterkeit.) Damit Sie aber einen Begriff bekommen, welches Individuum Sie heute feiern (erneute Heiterkeit), will ich Ihnen ein paar Zeilen aus der Urteilsbegründung vorlesen: Die Angeklagten bekennen sich zu einem Programm, in dem es heißt: Die

*) Am 23. Juni 1901 begrüßten die Wiener Vertrauensmänner einen ihrer Vorkämpfer, Andreas Scheu, der in den Anfängen der Arbeiterbewegung unter ihnen gewirkt hatte und nachdem er in dem großen Hochverratsprozeß 1870 zu fünf Jahren Kerker verurteilt worden war, nach seiner Amnestierung nach England ausgewandert war. Nun kam er zum Besuch nach Wien und wurde hier gefeiert. Er erschien mit seinem Bruder Josef Scheu bei dem zu seinen Ehren im Gasthaus Weigl veranstalteten Abend. Adler hielt die Begrüßungsansprache, in der er nach einer Schilderung der Anfänge der Partei auch von den heutigen Zeiten sprach.

heutigen politischen und sozialen Zustände sind im höchsten Grade ungerecht und müssen daher mit größter Energie bekämpft werden. Im Punkt vier wird gesagt, daß in die sozialen und politischen Verhältnisse nur im demokratischen Staate Ordnung zu bringen wäre, dadurch wird Haß und Verachtung gegen das Bestehende eingeflößt. Ein solches Programm muß, sobald es Gegenstand der Verbreitung wird, den Tatbestand des Hochverrats involvieren. Während der Verhandlung erkühnte sich Genosse Scheu, bei einem geistreichen Ausspruch des Richters zu lachen. „Kommt Ihnen das erheiternd vor, Herr Scheu?" fragte der Vorsitzende. „Ich habe das Recht, Sie abführen zu lassen." — Scheu: „Wenn ich mit dem Kopf schüttle, stört das niemand." In der Urteilsbegründung wird Genossen Scheu auch als Verbrechen angerechnet, daß er als sozialdemokratischer Agitator eine hervorragende Tätigkeit entfaltet habe. (Bravorufe.) Adler: Sie rufen Bravo, aber die Richter haben auf fünf Jahre erkannt. Damit haben Sie auch das Wichtigste von seinen Schandtaten erfahren.

Aber nicht nur als politischen Vorkämpfer haben wir Scheu zu feiern, sondern auch als den Dichter des Proletarierliedes. Wir haben heute einige Lieder gehört, die so aus der Seele des Proletariats geschöpft sind, und namentlich des österreichischen Proletariats, daß man sagen kann: Keiner so wie er hat es verstanden, die soziale und politische Lage des Proletariats in Liedern so zum Ausdruck zu bringen. (Großer Beifall.)

Genosse Adler schloß: Wir heißen ihn willkommen in seiner Heimat, wir sagen ihm, wir lieben ihn als den Unsrigen, als Vorkämpfer, und wir rufen ihm zu:

Hoch Andreas Scheu!

Hoch die internationale Sozialdemokratie!

Am Sarge Julius Popps.

Am 21. Dezember 1902*).

Parteigenossen und -genossinnen! Ich soll hier aussprechen, was ich nicht aussprechen kann. Ich soll hier sprechen im Namen der Zehntausende, die den Mann da gekannt haben, die ihm ver-

*) Am 18. Dezember 1902 ist Julius Popp, 53 Jahre alt, gestorben. Einer der eifrigsten von denen, die mit Adler an der Einigung der Partei gearbeitet hatten, war der Schuhmacher Julius Popp, der dann auch der Vorsitzende des Hainfelder Parteitages wurde und, solange er lebte, auf allen Parteitagen den Vorsitz führte.

Popp gehörte der radikalen Gruppe an. Schon im Anfang der sechziger Jahre — nicht viel über zwanzig Jahre alt — war er in den vordersten Reihen der Wiener Bewegung gestanden. Die Schuhmacher waren damals die Radikalsten unter den Radikalen, und als ihr Obmann und seit 1887 auch als ihr Gehilfenobmann war Popp in alle Einzelheiten der Geheimorganisation eingeweiht. Als Soldat hatte er sich bei einer Übung eine Entzündung der Wirbelsäule zugezogen, die eine leichte Verkrümmung nach sich zog, so daß er den Körper gebückt halten mußte. Obwohl er ein Radikaler war, war es doch einer seiner ersten Schritte in der Gewerk-

traut, die ihn geliebt haben und für die er sein Leben gelassen hat. Dieser unser Julius Popp, den wir hier in die Erde legen, er war ein Arbeiter, ein Arbeiter in des Wortes herrlichster und größter Bedeutung. Er hat sich hingegeben den größeren Zwecken, nicht weinend, nicht resigniert, sondern mutig und tapfer, als er jung war, mit jenem Mut, der vor nichts zurückschreckt, auch nicht vor den größten Gefahren, und als wir alle älter, besonnener und reifer wurden, mit jenem Mut, der sein Blut nicht auf einmal hingibt, sondern tropfenweise, Tag für Tag es hingibt für das, was uns heilig, für das, was für die Menschheit bedeutend ist. Unsere alten Parteiblätter trugen ein Motto, das mir vor diesem Grabe in den Sinn kommt: Wir schulden unser Leben jenen Zwecken, in deren Werkstatt die Geschlechter nur Arbeiter, nur Hingegebene sind! Julius Popp hat diese Schuld abgetragen ...

Genossen! Wir haben mehr an ihm verloren, als wir vielleicht heute noch wissen. Wenn ich hier sprechen kann im Namen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, im Namen der Sozialdemokratie aller Nationen, die durch Delegierte vertreten sind, im Namen der sozialdemokratischen Abgeordneten, im Namen der „Arbeiter-Zeitung“, wenn heute in Österreich eine gewaltige Organisation der Arbeiter aufgerichtet ist, so ist der Mann, der da liegt, einer der ersten Baumeister am Werke gewesen.

Was soll ich nun denen sagen, die ihm am nächsten gestanden sind, unserer lieben Genossin Popp vor allem? Wir können ihr heute nur das eine sagen: so wie wir ihm die Treue halten, so wie sie ihm die Treue gehalten hat, so werden wir ihr und ihren Kindern die Treue halten. Wir können ihm nicht vollen Dank abstatten, wir können auch nicht völlig sein Verdienst würdigen, wir können nur sagen: unsterblich ist er durch das Werk, in dem Werke, dem völkerbefreienden Werk, an dem er mitgeschaffen hat. Als er in die Arbeiterbewegung eintrat, da war der Arbeiter in Österreich ein geknechteter Mann, der es nicht wagte, aufzublicken, und es hat mehr Kraft und Mut bedurft, als ihr Jungen alle wißt, um damals mitzutun.

Das Andenken an unseren Freund und an sein Wirken wird uns stärken; es wird uns erheben, wird uns tapfer machen in allen entscheidenden Momenten. So nehmen wir für die Proletarier Österreichs Abschied von Julius Popp, von unserem Popp, der für sie geleistet hat, was ein Mensch leisten kann.

---

schaft, die zersplitterte Organisation der Schuhmacher zu einigen. So war er der geeignete Mann, den Adler für die Einigung im Lager der Radikalen gewann. Als im Juli 1889 die kurz vorher eingestellte „Gleichheit“ durch die „Arbeiter-Zeitung“ ersetzt wurde, war Popp schon Mitherausgeber; dann wurde er Parteikassier und Administrator des Blattes. Seit Hainfeld war er auch Vorsitzender des Parteivorstandes. Am 18. Dezember 1902 ist er gestorben. Am 21. Dezember wurde er begraben. In ernster Bewegung, gegen die er nur mühsam ankämpfte, sprach Adler zu den Tausenden, die ihm das Geleite gaben. (Siehe auch Adlers Rede bei der Enthüllung des Grabdenkmals am 10. November 1903.)

Am Grabdenkmal für Julius Popp.

Am 10. November 1903*).

Die Gesamtvertretung der Sozialdemokratie Österreichs hat ihre Arbeit unterbrochen, um den toten Freund zu besuchen, um des Mannes zu gedenken, der nun schon fast ein Jahr hier unter der Erde schlummert. Julius Popp gehörte uns seit den Anfängen der Bewegung und er bleibt uns auch nach seinem Tode als eine teure Erinnerung. Der Proletarier, der die Kette bricht, so wie ihn der Künstler uns hier dargestellt hat, ist das Symbol unseres Kampfes und das Symbol der Lebensarbeit Popps. Und so wie dieser Gedanke der Inhalt seines Lebens war, so ist er auch das Vermächtnis, das er uns hinterließ. Wir, die wir eine Internationale des österreichischen Proletariats repräsentieren, wir, die wir den Lebenskern, die Vernunft, die Zukunftshoffnung dieses Reiches repräsentieren, wir richten uns auf an diesem Denkmal und gedenken unseres Werkes und unserer Aufgaben, indem wir unseres Freundes Julius Popp gedenken.

Daß dieser Stein unsere Stimmung so deutlich ausdrückt, danken wir den Künstlern, die ihre Liebe und ihr Können daran gewendet haben, dem Architekten Geßner, dem Bildhauer Klug und dem Steinmetz Kolbenschlag, den es als Parteigenossen mit Stolz erfüllt, an der Herstellung gerade dieses Monuments mitgewirkt zu haben. So übergebe ich es denn in die Hut der Genossen Wiens und die werden es würdig zu hüten und zu bewahren wissen.

Mein erster Mai.

Maifestschrift 1909**).

Die erste Maifeier habe ich nicht im Prater miterlebt, sondern im Wiener Landesgericht, Zelle 32, im ersten Stock. Es war ein einsamer Tag, einsamer als jeder andere in den vier Monaten, die ich damals abzusitzen hatte, aber ein Tag der tiefsten Aufregung, die ich auch heute noch in mir zittern fühle, wenn ich an ihn denke.

Natürlich war es mir recht unlieb, gerade am 1. Mai nicht

*) Am 10. November 1903, während in Wien der Gesamtparteitag stattfand, wurde auf dem Zentralfriedhof das Grabmal für Julius Popp enthüllt. In zwei Extrazügen fuhren die Mitglieder des Parteitages zum Zentralfriedhof. Nachdem die Kränze niedergelegt waren, hielt Adler folgende Ansprache. Dann sprach noch Němec tschechisch.

**) In der Maifestschrift des Jahres 1909, also zur zwanzigsten Maifeier, schrieb Adler diese interessante Erinnerung, die auch wieder in der Maifestschrift zwanzig Jahre später abgedruckt wurde. Zum näheren Verständnis siehe Adlers Reden und Aufsätze zum „Streit um die Maifeier (Bd. VI, Seite 176 bis 198), dann aber auch Adlers Artikel über die Gründung der neuen Internationale für die Festschrift zum internationalen Kongreß, der im Jahre 1914 in Wien hätte stattfinden sollen, aber infolge des Kriegsausbruches unterblieb (Bd. VII, Seite 58).

draußen sein zu können, und es war recht sonderbar, daß es so kam. Denn Herrn Holzingers Ausnahmegericht hatte Bretschneider und mich schon am 27. Juni wegen anarchistischer Bestrebungen abgeurteilt. Der Oberste Gerichtshof ließ sich allerdings bis zum 7. Dezember Zeit, um das Urteil zu bestätigen, aber noch immer hatte ich die Hoffnung, rechtzeitig die Strafe antreten zu können, um in der zweiten Hälfte April wieder auf freien Fuß zu kommen. Ich urgierte die Zustellung des Urteils, aber je mehr ich drängte, desto länger dauerte es, und erst am 24. Jänner kam ich in den Besitz des Schriftstückes. Wir waren damals überzeugt, daß die Trägheit des Amtsschimmels im Dienste höherer politischer Absichten stehe. Aber ich konnte nun nichts anderes tun, als ein paar Wochen Strafaufschub zu fordern, um wenigstens an den Vorbereitungen zur Maifeier meinen Anteil nehmen zu können, und Ende Februar mußte ich ins Loch.

Es war meine erste Haft und sie fiel mir nach den ersten Tagen der Anpassung wahrhaftig nicht schwer. Ich hatte mir, was ich übrigens auch später bei allen Rückfällen prinzipiell tat, die Einzelhaft als Begünstigung erbeten und durchgesetzt, und da ich Bücher hatte und als „Politischer“ überdies täglich für einen Gulden und fünf Kreuzer ausspeisen durfte, war meine Lage nicht schlecht. Wie ich überhaupt diese kurzen Arreststrafen niemals als Martyrium empfunden habe. Trotz mancher physischer Unbequemlichkeit habe ich damals und später im Arrest Stunden der Ruhe, der Sammlung, ja Erhebung erlebt, die ich zu meinen besten Erinnerungen zähle. Aber je näher der 1. Mai heranrückte, desto unruhiger wurde ich, bis sich die Erregung zu einer fast unerträglichen Spannung steigerte. Das kann nur der ganz verstehen, der miterlebt hat, was für uns jene Maifeier war, was sie für das Proletariat Österreichs bedeutete...

Seit dem Hainfelder Parteitag war die Organisation der Partei rasch gewachsen, unsere Presse gewann an Verbreitung und Einfluß, die Absurdität des Ausnahmszustandes und seiner dummdreisten Praktizierung wurde täglich augenfälliger. Da holte die Staatsweisheit zu einem entscheidenden Schlag aus. Dem „Anarchistenprozeß“, den sie uns anhängte, folgte die Einstellung der „Gleichheit“ auf dem Fuße. Aber vier Wochen später hatten wir für ein neues Blatt, die „Arbeiter-Zeitung“, gesorgt und standen als Delegierte der österreichischen Sozialdemokratie im Saale der Rue Rochechouart in Paris beim Ersten Internationalen Sozialistenkongreß. Als wir unsere Hände erhoben, um für den Antrag des Genossen Lavigne zu stimmen, für die Veranstaltung einer „großen, einheitlichen Manifestation der Arbeiter aller Länder“, die am 1. Mai stattfinden und der Forderung des Achtstundentages gewidmet sein sollte, da sahen wir einander ins Auge — ich sehe noch Popp und Hybeš, neben denen ich stand — fragenden Blickes, was wir in unserem armen Österreich mit diesem Beschluß würden machen können. Der Kongreßbeschluß besagte: „In jedem Lande sollen die Arbeiter die Manifestation in der Weise ver-

anstalten, welche die Gesetze und Verhältnisse daselbst bedingen, beziehungsweise ermöglichen." Was war in Österreich möglich? Wir hatten keine Vertreter im Parlament, unsere Presse stand unter der Guillotine der Konfiskation und der ausnahmsgesetzlichen Sistierung; unsere Vereine wurden unter unsäglichen Schwierigkeiten ganz langsam und allmählich erst wieder aufgebaut, unsere Versammlungen waren dem Belieben jedes Polizeipräsidenten preisgegeben; jede Art von Manifestation, wie sie in gesitteten Ländern möglich und üblich ist, konnte in Österreich durch den Ukas jedes Bürokraten vereitelt werden. Und doch waren gerade damals alle Vorbedingungen für eine gewaltige Manifestation gegeben, für eine Manifestation nicht allein der Partei, sondern darüber hinaus: des Proletariats. Es war eine Zeit des Erwachens, des Dranges. Der lange brachgelegene Boden nahm hungrig die Saat auf, die von der Sozialdemokratie ausgestreut wurde. Wir waren alle über diese dummen und boshaften Quälereien der Staatsgewalt, über alle diese unsäglichen Borniertheiten der bürgerlichen Presse hinausgewachsen. Die Arbeiterschaft war im Begriff, zu erwachen: es bedurfte nur des Anrufes, des Appells, daß sie sich erhebe, sich als Ganzes, als kämpfender Körper, als eine Einheit, als Klasse gegen andere Klassen fühle und den lähmenden Traum ihrer Ohnmacht abstreife.

Dieser Weckruf mußte für uns in Österreich die Maifeier sein. Wir haben, wie so oft, aus der furchtbaren Not eine fruchtbare Tugend gemacht, und weil wir nicht simpel manifestieren konnten, gerade darum haben wir dem Tag die Höhe einer Weihe gegeben, die unerreichbar war für alle Verbote und Schikanen. Am 29. November verkündete die „Arbeiter-Zeitung" die Parole:

Der 1. Mai 1890 soll der internationale Arbeiterfeiertag werden. An diesem Tage soll die Arbeit überall ruhen, in Werkstatt und Fabrik, im Bergwerk, wie in der dumpfen Kammer des Hauswebers. Der Tag soll heilig sein, und heilig wirklich wird er dadurch, daß er den höchsten Interessen der Menschheit gewidmet ist. Die Menschheit hat heute kein höheres Interesse als die proletarische Bewegung, als insbesondere die Abkürzung der Arbeitszeit.

Dann wurde als Programm vorgeschlagen: Vormittags Versammlungen, nachmittags Erholen im Freien, und weiter hieß es: „Die Genossen sehen, unsere Vorschläge sind einfach, durchführbar und gewiß sehr harmlos, kein Streik! Donnerstag am 1. Mai ist Arbeiterfeiertag, aber Freitag am 2. Mai ist jeder wieder in seiner Schwitzbude, früher gewiß als der Herr Chef an diesem Tage, der müde ist von der — Erholung. Also ganz friedlich. Aber, warum sollen die Arbeiter nicht ihren Feiertag haben?" Und von der Stunde an, da dieser Aufruf erschien, ging eine große, von Tag zu Tag wachsende Bewegung durch das ganze Reich. Hunderte von Versammlungen mit der Tagesordnung: „Achtstundentag und 1. Mai" wurden einberufen und wirkten, wenn sie verboten wurden, fast noch mehr, als wenn sie stattfinden konnten. Ein Flugblatt über den Achtstundentag fand massenhafte Verbreitung. Täglich erhielten

wir Nachrichten aus Orten, wo es sich nie gerührt hatte, daß Vorbereitungen für die Maifeier im Gange seien. Wahrhaft rührende Briefe von ganz naiven, von der Bewegung bisher unberührt gebliebenen Arbeitern aus den entferntesten Winkeln des Reiches zeigten, wie unser Weckruf in die Weite gewirkt, wie er das rechte Wort in der rechten Stunde gewesen...

Und mitten in dieser fieberhaften Agitationsarbeit mußte ich ins Loch! Zwar war ich von der Welt nicht völlig abgeschnitten. Ich durfte außer der „Wiener Zeitung“ die alte „Presse“ lesen, ein seither verschwundenes, sehr solides, hochoffiziöses Blatt, und bei gelegentlichen Besuchen meiner Frau und meiner Freunde erfuhr ich manches, was in der Welt vorging, erfuhr, wie mit dem Wachsen der Maibewegung im bürgerlichen Publikum, in der bürgerlichen Presse, ja offenbar auch in den „maßgebenden“ Regierungskreisen, die Furcht aufkam, daß dieser 1. Mai eine Art von jüngstem Tage sein werde, zumindest ein Tag der Schreckensherrschaft und Plünderung. Daß in dieser wahnsinnigen Angst eine Gefahr lag, war klar. Alle Zusammenstöße, alle Krawalle, alles Blutvergießen ist noch viel öfter durch die dumme Furcht der Behörden als durch ihre Brutalität herbeigeführt worden. Daß die Maifeier im Polizeisinn „harmlos“ sein werde, glaubte man uns von Tag zu Tag weniger. Der Schrecken war dem Bürgertum in die Glieder gefahren und nahm im April ganz unglaubliche Formen an. Um ein Beispiel anzuführen: Der Wiener Wissenschaftliche Klub, eine Körperschaft, in der so ziemlich die obersten Schichten der Intelligenz vereinigt waren, beschloß, seine gewohnte Frühjahrsreise abzusagen, weil man doch am 1. Mai nicht Weib und Kind im Stich lassen konnte. Andere wieder entschlossen sich, vor dem gefürchteten Tage mit ihren Familien aus Wien zu flüchten. Dabei hetzte die bürgerliche Presse in allen Tonarten, und als es Anfang April in einigen Ottakringer Branntweinstuben zufällig zu ein paar Exzessen des Lumpenproletariats kam, woran die Arbeiterschaft, wie offiziell zugegeben wurde, ganz unbeteiligt war, stieg die Angst zu einer grotesken Höhe. Man erörterte in Regierungskreisen die Einberufung der Reservisten, jedenfalls sollte das Militär konsigniert und alle Läden gesperrt werden. Am Morgen des 1. Mai noch war in der „Neuen Freien Presse“ zu lesen: „Die Soldaten sind in Bereitschaft, die Tore der Häuser werden geschlossen, in den Häusern wird Proviant vorbereitet, wie vor einer Belagerung, die Geschäfte sind verödet, die Kinder wagen sich nicht auf die Gasse, auf allen Gemütern lastet der Druck einer schweren Sorge...“

Aber so blödsinnig diese gefürchteten Angstexzesse waren, es war nichts zu befürchten, wenn die Feier gelang. Die Glücklichen, die draußen waren und mitarbeiten konnten, die zweifelten nicht einen Augenblick. Aber für mich gab's manche bange Momente. Die Haft bringt wohl für jeden hie und da Stunden der Depression, wie man sie ja auch draußen hat, die aber in der Einsamkeit schwerer überwunden werden. Da rannte ich wohl stundenlang

auf und ab und erwog alle Möglichkeiten. Allerdings, jede Woche ging die Bewegung höher, und alle Zumutungen der Behörde, nachzugeben, das Programm einzuschränken, wurden höflich, aber entschieden abgelehnt. Die Arbeitsruhe würde umfassend sein, das war ja klar; und als die Zeitungssetzer beschlossen, daß sie feiern werden, war entschieden, daß auch der Eindruck nach außen auf das große Publikum ein bedeutender sein werde; daß es keine Zeitungen gibt, ist ein Hauptmerkmal des Feiertages. Aber wird die Polizei nicht provozieren? Werden unsere Genossen kaltes Blut bewahren? Und wenn die Versammlungen verboten werden, muß es dann nicht zu Zusammenstößen kommen? Und wie wird's draußen in der Provinz werden, auf dem heißen Boden der Kohlenreviere? Und dann wollen die Unternehmer uns einreden, die Maifeier sei „Kontraktbruch"! Es ist ja Unsinn, aber wird das nicht doch da und dort die Arbeiter einschüchtern . . .? Da setzte ich mich denn hin und schrieb und schrieb . . ., polemisierte und argumentierte; so lange Artikel habe ich weder vorher noch nachher geschrieben! Und dann schrieb ich Aufrufe und verfaßte Instruktionen. Heute kann ich's ja gestehen, daß es mir gelang, manches Produkt meiner Gefängnisarbeit ins Freie zu schmuggeln, so daß ich doch auch etwas beitragen konnte zu dem großen Werke.

In der letzten Aprilwoche hatte ich fast täglich Besuche. Es war entschieden: unser harter Schädel hatte gesiegt; die Versammlungen waren nicht verboten, die Polizei hatte sich entschlossen, einigermaßen vernünftig zu sein und uns gewähren zu lassen. Als mir Popp und Bretschneider*) berichteten, unsere tausend Ordner seien parat, mußten sie mir aber auch erzählen, daß im Prater die Drähte, die die Rasenplätze umsäumten, entfernt wurden, damit die Kavalleriepferde bei der eventuellen Attacke nicht stürzen. Und ich selbst, so oft ich am 1. Mai in die Kanzlei geführt wurde, hörte draußen den Schritt der Soldaten und erfuhr, daß alle Tore des Landesgerichtsgebäudes selbst geschlossen gehalten, daß die ganze Justizwache und alle Aufseher konsigniert seien. Ich lachte über die Dummheit, aber das Lachen kam mir nicht vom Herzen, denn ich wußte, wie gefährlich solche Dummheit werden konnte . . . Mittags kam Bretschneider auf eine Minute, beruhigte mich über den Verlauf der Versammlungen und steckte mir eine Marschorder und ein Maiabzeichen zu — das ich dann oben in der Zelle ansteckte, wenn der „Wastl"**) weit vom Guckloch war. Das war ein langer, langer Nachmittag — und spätabends hörte ich endlich Signale, die mir sagten, daß das Militär in die Alserkaserne einrücke . . . und gegen 10 Uhr noch kam mein Aufseher und berichtete, er habe es ganz sicher erfahren: es ist alles ruhig abgelaufen und großartig soll's gewesen sein!

*) Wer Julius Popp und Ludwig August Bretschneider sind, ist aus früheren Bänden bekannt. Bretschneider war überdies der Organisator aller Demonstrationen bis zum Krieg.

**) Der Spottname des Gefängnisaufsehers. Das Wort ist eine mundartliche Abkürzung von Sebastian.

Früh konnte ich's dann in der Zeitung lesen — denn bei jener ersten Maifeier haben unsere braven Setzer zwar kein Abendblatt gemacht, aber um 9 Uhr abends gingen sie das Morgenblatt setzen, das die frohe Botschaft brachte ... auch mir in meine Zelle ...

Dann aber wußte ich: eine Entscheidungsschlacht ist gewonnen, nun ist der Ausnahmszustand tot! Noch mehr: Nun ist das Proletariat Österreichs erwacht, es ist zum Bewußtsein seiner Kraft gekommen und steht am Beginn seiner Bahn, die zu gehen es keine Gewalt mehr hindern wird ... Und der 2. Mai war mein frohester Tag während jener ganzen Haft! Victor Adler.

Zu Kronawetters sechzigstem Geburtstag.

Festversammlung am 27. Februar 1898*).

Es wird nicht häufig vorkommen, daß ein Politiker von einer anderen Partei begrüßt wird von einer Partei, die mit der seinen häufig im Kampfe war und sein wird. Aber wenn wir auch mit den hier versammelten Parteigenossen Kronawetters und seinen engeren Freunden nichts zu tun haben, so sind mit gutem Grund in diesem Saal auch Vertreter der großen Masse der österreichischen Arbeiterschaft anwesend, gegen deren Unterdrückung und Vergewaltigung Dr. Kronawetter als ein einzelner Mann durch lange Jahre gekämpft hat. (Beifall.) Er allein hatte damals den Mut, die Rechte der Arbeiterschaft zu verteidigen und die Worte, die er in jener Zeit gesprochen, waren damals fast die einzige inländische Agitationsliteratur der österreichischen Arbeiterschaft; zugleich aber bilden sie eine flammende Brandmarkung jenes traurigen Stückes österreichischer Geschichte. Das politische Leben Kronawetters ist reich an schmerzlichen Enttäuschungen. Die Prinzipien der bürgerlichen Demokratie, denen er gedient, sind vom Großbürgertum nie vertreten, vom Kleinbürgertum verraten worden. Was Kronawetter heute um sich hat, sind nur mehr einzelne Männer. Aber er möge getrost sein, wenn auch die Fahne der bürgerlichen Demokratie nicht siegen kann, die Sache der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit wird siegen, und ihr Träger ist das Proletariat. Wenn auch, schloß Dr. Adler unter stürmischem Beifall, sich noch häufig unsere Wege kreuzen werden, wird trotz allem Gegensatz der Parteistellung die österreichische Arbeiterschaft niemals vergessen, daß Dr. Kronawetter ihr ein Freund in der Not gewesen.

*) Am 26. Februar war die Feier des sechzigsten Geburtstages Kronawetters mit einem Festbankett eingeleitet worden und am nächsten Tage fand im Sofiensaal eine Festversammlung statt, in der außer seinen engeren Parteifreunden auch Pernerstorfer und Adler sprachen. Über Kronawetter siehe den Artikel Adlers in der „Gleichheit“ vom 12. Februar 1887 (Bd. VIII, Seite 336) und die Bemerkungen beim Artikel „Das allgemeine Wahlrecht und die Liberalen“ vom 2. Juni 1893 im zehnten Band der Adler-Schriften „Der Kampf um das Wahlrecht“ (Bd. X, Seite 107, Note).

Abschied von Friedrich Engels.

(Gedenkfeier am 19. August 1895*).

Werte Parteigenossen und -genossinnen! Wir haben Sie eingeladen, sich zu versammeln, um Friedrich Engels' zu gedenken. Nicht um zu klagen, nicht um zu weinen, sondern weil wir gewußt haben, daß es ihnen ein Bedürfnis ist, gemeinsam zu sagen: Wir haben einen unserer besten Mitkämpfer verloren, wir haben einen Freund verloren, der die Fahne vorangetragen fünfzig Jahre lang, der uns den Weg gezeigt hat, der die Fahne hochgehalten hat und unbefleckt bis an sein Ende. Es ist uns ein Bedürfnis, einander in die Augen zu sehen und uns zu sagen: Wir wissen, wen wir verloren, wir gedenken des Mannes, und in der rechten Weise. Wenn Friedrich Engels bei einer solchen Gelegenheit unter uns sein könnte, er wäre der letzte, der klagte, der Klage guthieße. Er war ein Kämpfer sein Leben lang, er war ein Kämpfer, ein Denker. Denn das, was wir Engels verdanken, ist mehr und ist ein anderes, als was jeder von uns leisten kann. Gewiß, was die großen Männer finden, muß erst vorhanden sein, die Gedanken bilden sich aus dem Unterbewußten der Masse, aus den Verhältnissen heraus. Aber sie zu finden, klar hinzustellen, das ist nicht jedermanns Sache, sondern die Sache derjenigen, die selbst ein Produkt ihrer Zeit, ihrer Generation sind, aber ihr bestes und schönstes Produkt, die den Gedanken aussprechen, der in Tausenden und Millionen von Herzen und Gehirnen sich findet.

Friedrich Engels war ein Kämpfer. Das erstemal, wo er hinaustrat in die Öffentlichkeit mit einer kleinen Arbeit, in den „Deutsch-französischen Jahrbüchern", konnte man sehen, wie der junge Bursche, 23 Jahre alt, rechts und links Hiebe austeilte, die alte, verzopfte Nationalökonomie, die Manchesterlehre zerfetzte, daß rechts und links die Funken stoben und die Stücke flogen. Damals schon war Friedrich Engels Sozialist, damals schon, um das Jahr 1843 und 1844, war ihm klar, was dem Sozialismus notwendig sei, um aus einem frommen Wunsch eine weltbewegende Macht zu werden. Das Erste, was der junge Mann tat, als er sich besann, war, daß er

*) Was über Engels und sein Verhältnis zu Adler zu sagen ist, ist in dem ersten Band dieser Schriften „Victor Adler und Friedrich Engels" gesagt. Dort sind auch nicht nur die Briefe Adlers an Engels, sondern auch die meisten Reden und Artikel Adlers über Engels abgedruckt. Die Rede, die Adler bei der Gedächtnisfeier der Wiener Arbeiter hielt, ist dort nicht abgedruckt. Schon am 19. August 1895, also genau zwei Wochen nach dem am 5. August erfolgten Tode von Engels, einem Montag abends, versammelten sich dreitausend Arbeiter im Meidlinger Katharinensaal, wohin sie von der sozialdemokratischen Parteivertretung geladen worden waren, um an der Trauerfeier teilzunehmen. Nach der Aufführung des Trauermarsches auf den Tod eines Helden aus Beethovens „Eroica" und nach dem Vortrag des von Andreas Scheu gedichteten und von Josef Scheu in Musik gesetzten Festgesanges hielt Adler die Gedächtnisrede, die in der „Arbeiter-Zeitung" im Wortlaut abgedruckt wurde.

nach Manchester ging und dort das Leben der englischen Arbeiter studierte. Er lebte mit ihnen jahrelang und brachte zum erstenmal zu Tage, was heute nicht nur die zünftige Wissenschaft nachtut, sondern was wir alle tun und tun müssen, was unser wichtigstes Mittel der Agitation und Befreiung ist, daß wir wissen, wie die Arbeiter leben, daß wir die Dinge sehen, wie sie sind, die Lüge der falschen Propheten, die Verbrämungen, Bemäntelungen und Verhimmelungen zerreißen, die Tatsachen studieren und sie hinstellen. Und da ergab sich fürwahr ein anderes Bild, als die damalige offizielle Wissenschaft von der Lage der Arbeiter gab. Es zeigte sich, allerdings nur in den wichtigsten Dingen, nur im ersten Entstehen die Entwicklung der Industrie und mit ihr das Elend, die Degeneration und Demoralisierung, die sie über die englische Arbeiterschaft brachte. Engels war der erste, der diese Art der Forschung geübt hat, er war der erste, der sie auch zu benützen wußte.

Sein zweites Wort in der Öffentlichkeit ist das von ihm und Marx gemeinsam veröffentlichte „Kommunistische Manifest", worin es als Ergebnis seiner Forschungen und seiner Kenntnis der englischen Arbeiterklasse, ihrer Lage, ihrer Forderungen, aber auch der Kenntnis ihrer Gegner und Unterdrücker heißt: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein." Wie soll aber die Arbeiterklasse dazu gelangen, dieses Werk, das *sie* nur vollenden kann, zu tun? Wenn die Befreiung der Menschheit vom Joche der Sklaverei, der feigen Unterdrückung durch die Gewalt, vom Joche der Verknechtung und Verblödung, nur ein Wunsch wäre, der gerechteste fürwahr, der Wunsch, in den sich alles, was Menschliches in uns ist, hineinpreßt, und wäre dieser Wunsch noch so warm und tief empfunden, er könnte keinen Stein vom anderen rücken. Nicht daß eine Sache gut ist, nicht daß sie wünschenswert ist, nicht daß sie gerecht ist, entscheidet in der Welt, sondern in der Welt entscheidet, daß die Sache *notwendig* ist, daß sie eine notwendige Entwicklung der Menschheit bedeutet. Das ist das Stück Arbeit, das Engels und Marx geleistet haben; sie haben uns anstatt des bloßen revolutionären Feuers, anstatt des bloßen Dranges der Menschenliebe die Waffe gegeben, um durchzusetzen, was die Menschenwürde erfordert. Keinen unter Ihnen, die Sie Mitkämpfer sind, wird es geben, der nicht in jahrelangem Kampf mitunter Stunden gehabt hätte, wo er mutlos ward. Jeder von uns war in der Lage, wo die Hindernisse, die sich in den Weg legen, schier nicht überwältigt werden zu können schienen von der Arbeiterschaft, einer armen, unterdrückten Klasse, von armen Menschen, jeder einzelne ohnmächtig, sich seiner Haut zu wehren, wehrlos preisgegeben jedem Ausbeuter, jeder Tyrannei, jedem Büttel. Als einzelne und als Klasse verachtet, sinkt sie nach Anstrengungen in allen Ländern, wo sie sich zusammenrafft und zusammenballt, um für den Moment zu einer Macht zu werden, wieder zurück. Wo wäre der, der da nicht mutlos würde in einem solchen Moment? Da gibt es für jeden von uns nicht einen Trost, aber eine

Erkenntnis. Was wir wollen, das müssen wir, das Proletariat ist nicht der Träger der revolutionären Entwicklung nur weil es will, sondern weil es muß. Und wenn wir noch Hunderte um uns und Millionen weit von uns wissen, die noch in stumpfer Ergebung leben, und wenn wir wissen, daß Millionen die Binde noch nicht von den Augen genommen ist, und wir verzweifeln an der Riesenarbeit, sie wegzunehmen, wir wissen, was wir als einzelne nicht können, die Weltgeschichte kann es; die Weltgeschichte ist es, welche in ihrem Lauf sie dazu zwingt. Marx und Engels, und ihr Verdienst ist voneinander nicht zu trennen, haben uns die Binde von den Augen genommen, haben uns gezeigt, daß der Kapitalismus in seinem Lauf unaufhaltsam vorwärts zu immer höherer Macht der einzelnen Kapitalisten und der Kapitalistenklasse führt, aber daß im selben Maße nicht nur das Heer der Proletarier größer, zahlloser wird, und gezwungen, sich zu organisieren, um sich zu wehren, sondern daß auch in der kapitalistischen Produktionsweise selbst die Mächte und Kräfte liegen, die ihr ein Ende machen. Die kapitalistische Produktion, je weiter sie vorwärtsgeht, je größer ihre Wunder werden, je mehr sie Schätze häufen lernt, um so weniger wird sie in der Lage sein und ist sie schon heute in der Lage, ihre Schätze zu beherrschen. Sie sitzt wie weiland König Midas mitten im Gold und weiß nicht, was sie mit den Schätzen tun soll, sie schafft die Schätze, aber entzieht zugleich den Leuten, welche die Schätze verzehren könnten, die Möglichkeit, sie zu verzehren, auf der einen Seite. Auf der anderen Seite schafft sie Produktionsbedingungen, die nicht mehr von einzelnen zu bewältigen sind, sie schafft das Privateigentum ab, sie untergräbt es, indem sie die private Produktion zu einer Unmöglichkeit macht. Wo wird denn heute noch privat produziert? Wo ist noch Einzelproduktion vorhanden? In rückständigen Betriebsformen, die zum Aussterben, zum Untergang verurteilt sind, mögen sich sämtliche Quacksalber darin üben, sie zurechtzuflicken. Immer mehr wird die Produktion organisiert, immer mächtiger die Produktionsorganismen, die heute geleitet werden von Menschen, die sie nicht übersehen können, weder das Bedürfnis noch die Produktion selbst, die immer ins Blinde, immer ins Blaue hineinproduzieren, die aber zuletzt daran scheitern müssen, daß sie zwar die Nutznießer und Pfründner der genossenschaftlichen Produktion sein können, aber nur ein Hindernis, nur Schädlinge für diese Produktion selbst sind. Die Kapitalistenklasse formiert also selbst die Genossenschaft der Produzenten, sie macht sich selbst überflüssig, wie sie sich selbst schon längst schädlich gemacht hat. Und an dem Tage, wo das Proletariat reif, wissend und entschlossen sein wird, diese überflüssigen Funktionäre, die nicht mehr funktionieren können, ihrer Funktion zu entheben, wird sich nichts anderes erfüllen als die geschichtliche Notwendigkeit, als die konsequente Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Und nun, wenn die Befreiung ein Gebot der Menschenliebe, wenn sie das persönliche Bedürfnis ist, und wenn solche Menschen außerdem noch wissen, daß diese Befreiung das Ziel der Geschichte ist.

daß die ganze Entwicklung darauf hindrängt, daß, was sich ihnen entgegenstellt, mag es noch so prunken und prassen, nichts anderes ist als die Vertretung dessen, was dem Moder und dem Absterben geweiht ist, wenn Menschen diese Gewißheit des Sieges haben, dann sind sie nicht nur Vertreter einer unüberwindlichen Sache, sondern sie sind selbst unüberwindlich, weil ihnen der Glaube und das Wissen, daß sie siegen werden, niemals genommen werden kann. Diese Siegessicherheit aber verdanken wir Engels und Marx.

Es ist sehr viel über das Verhältnis zwischen beiden Männern gesprochen worden, und vielleicht wäre Engels nicht zufrieden damit, wenn er es hören könnte. Aber das eine will ich sagen: Engels hat geradezu geflissentlich immer seinen Anteil an dem Werke von Marx verkleinert, bis in die allerletzte Zeit. Nehmen Sie den dritten Band des „Kapital" zur Hand, Sie werden in jedem Kapitel die Spuren der selbständigen Arbeit von Engels bemerken; und gehen Sie zurück auf die „Deutsch-französischen Jahrbücher", die er geschrieben, bevor er noch Marx gekannt hat*), und Sie werden finden, jugendlich und unbeholfen, mehr enthusiastisch als klar überlegend, aber im Kern doch dasselbe, den geschichtlichen Materialismus, die sozialistische Ökonomie. Engels selbst sprach sich in seiner Schrift „Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen Philosophie" über sein Verhältnis zu Marx aus: „Was Marx gemacht hat und was ich, ist vielfach schwer auseinanderzuhalten. Ich habe ja Anteil an allem gehabt, aber was ich konnte und die anderen, das hätte Marx alles selbst auch gekonnt, aber was Marx gemacht hat, war uns anderen unmöglich." So schildert er das Verhältnis, und bis in die letzten Tage seines Lebens war ihm nichts so sehr am Herzen, als die Gedankenarbeit von Marx klar und daß nichts verloren gehe, vollständig ans Licht zu stellen. Bevor der dritte Band erschienen war, wurde er einmal sehr schwer krank, er war in Gefahr; da saß er lange und oft bei seinem Schreibtisch und versuchte zu arbeiten. Es war unmöglich, und er wiederholte immer vor sich hin: „Es muß fertig werden, ich habe es ihm versprochen, es muß fertig werden." Damals war er ein Mann von 73 Jahren! Von der menschlichen Liebe, die Engels nicht nur zu Marx, sondern auch zu allen seinen Freunden beherrschte, davon zu sprechen, wäre hier schwer, aber eines möchte ich doch hervorheben. Dieser berüchtigte Marx, den Sie in der gegnerischen Presse als einen Mann geschildert finden, der Kinder verzehrt, als einen giftigen, boshaften Menschen, und dieser Engels, nicht um ein Haar weniger boshaft als dieser Marx, diese beiden Ausgeburten der Hölle, für sie zeugt eines: Nichts war ihnen lieber, mit nichts konnten sie länger und ausdauernder sich be-

*) Engels hatte schon Ende 1842 auf der Durchreise nach England, als er in Köln die Redaktion der „Rheinischen Zeitung" aufsuchte, Marx zum erstenmal gesehen, aber sie waren einander sehr kühl gegenüber gestanden. Erst im September 1844 kamen beide in Paris, wo Marx bereits lebte, während Engels nur auf der Durchreise von Manchester nach Barmen wenige Tage dort war, einander näher.

schäftigen, als mit kleinen Kindern zu spielen, und dieselben giftigen Leute waren durch die zartesten Freundschaftsbande verbunden. Ich habe nachgedacht in diesen Wochen, wo etwas Ähnliches in der Geschichte zu finden wäre.

Wir finden wiederholt, daß große und bedeutende Männer miteinander eine Zeitlang gearbeitet haben, wie Schiller und Goethe, die jahrelang in den engsten Beziehungen zueinander gestanden und sich über ihre Arbeiten auf dem Laufenden gehalten haben. Aber von jener regen Verbindung, wie sie zwischen Marx und Engels bestanden, bleibt diese weit entfernt, und wenn Sie eine Erklärung hiefür suchen, so ist es die: Marx und Engels waren nicht nur tiefe, gute, edle Menschen, sondern sie waren verbunden durch Blutgenossenschaft, durch Blutbruderschaft zu e i n e m gemeinsamen, großen heiligen Werke, dem sie sich bis auf den letzten Blutstropfen, bis auf den letzten Gedanken gewidmet hatten und gewidmet blieben bis an ihr Ende. Das verbindet ganz anders als bloße gemeinsame Arbeit und gemeinsame Gelehrtheit.

Verzeihen Sie die Abschweifung vom Vorkämpfer zum Menschen. Es wird aber schwer, die Dinge zu trennen bei einem Mann, der so eins war aus einem Stück wie Friedrich Engels. Aber nicht nur in dem Sinne, daß sie die Wissenschaft des Sozialismus geschaffen, daß sie uns gelehrt hatten, was die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung sei, waren Marx und Engels unsere Lehrer, sie haben nicht nur das Ziel, sondern auch den W e g gezeigt, und hier beginnt die Selbständigkeit und eigentümliche Bedeutung von Friedrich Engels. Er hat die Kunst der Auffassung der politischen Dinge und nicht nur der Auffassung, sondern vor allem ihrer Entwirrung und Klarstellung und der Schlußziehung aus ihnen besessen. Es ist da seine letzte kleine Schrift, eine unvollendete, sie lag auf seinem Schreibtisch, als ich ihn verließ. Es ist ein Vorwort zu einer neuen Auflage einer Marxschen Schrift: „Die Klassenkämpfe in Frankreich", ein Vorwort von nur wenigen Druckseiten, so klein, daß es unser Blatt zum größten Teil abgedruckt hat. Lesen Sie es einmal mit Besonnenheit und Ruhe nochmals, und Sie werden zugeben, ein klareres Bild der politischen Entwicklung der Sozialdemokratie in den letzten 50 Jahren zu geben, als Sie es hier finden, ist unmöglich. Es zeigt Ihnen mit der größten Klarheit und mit jener Einfachheit des Stils, wie sie nur der Meister besitzt, wie das Proletariat zu kämpfen hat; wie es anders kämpfen mußte und konnte zur Zeit seiner Schwäche als heute, wo es anfängt, an Macht zu gewinnen. Er zeigt zugleich, daß, so wie die besitzenden Klassen wirtschaftlich zugrunde gehen an ihrer Herrschaft, wie der Kapitalismus umschlägt in sein Gegenteil in dem Moment, wo er auf der Spitze ist, auch die politische Herrschaft der besitzenden Klasse eine Unmöglichkeit wird und in ihr Gegenteil umschlägt im Verlauf derselben Entwicklung, wie die Besitzenden und die ihren Staat verwalten, früher die Gesetzlosigkeit der Arbeiter gefürchtet hatten, heute aber noch mehr zittern vor der Gesetzlichkeit der Arbeiter. Er zeigt, wie das Proletariat nichts anderes zu tun braucht, als die Waffen zu

benützen, die die Besitzenden und derselbe Staat ihm in die Hand geben m ü s s e n, wenn sie überhaupt leben wollen, und daß diese Waffen genügen, wenn sie das Proletariat einmal zu gebrauchen versteht; er zeigt, daß die Zeit vorbei ist, wo die Arbeiterschaft es notwendig hatte, sich auf Abenteuer einzulassen, die heute niemand lieber sehen möchte als unsere Gegner, und daß die Zeit gekommen ist, wo wir nichts zu tun brauchen, als unsere Brüder zu lehren, die Waffen in die Hand zu nehmen und zu gebrauchen, die vor ihnen liegen. Das freilich, Genossen, ist nichts Leichtes. Auch diese Art des Kampfes braucht für jedes Land ihre eigene Methode, ihre eigenen Mittel und für jede Periode in jedem Land eine eigene Arbeit.

Und noch eines haben wir von Engels gelernt. Pläne auf lange Zeit hinaus, noch so fein erdacht, auf dem Schreibtisch oder in hitziger Debatte, haben niemals Wert. Ein Grundsatz gilt: Klares Wissen, unser Programm, prinzipielles Feststehen auf der Selbständigkeit der Arbeiterklasse nach allen Seiten als politische Partei, und im übrigen sein Verhalten einrichten, wie es die Sachlage in jedem einzelnen Moment erfordert. Dazu freilich ist sehr viel Wissen notwendig, und Engels hatte nicht nur eine lange und reiche Erfahrung hinter sich, sondern er hatte auch Verbindungen in allen Ländern und die Möglichkeit, mit Sozialisten aller Länder zu verkehren.

Auf uns Österreicher, Genossen, hat er immer sehr viel gehalten, und es gereicht mir zur Freude, das hier konstatieren zu können. Er hat viel von uns gehalten, seitdem er hier in Wien war und uns persönlich kennengelernt hat. Er war überzeugt und setzte mir ausführlich auseinander, wie der politische Beruf der Sozialdemokratie in Österreich ist, besonders aus e i n e m Grunde früher als in allen anderen Ländern, zu einer politischen Macht zu gelangen, weil die Sozialdemokratie die einzige Partei ist, die der schwierigsten Frage in Österreich gewachsen ist und sie lösen kann, das ist die N a t i o n a l i t ä t e n f r a g e. In Österreich ist die Sozialdemokratie die einzige Partei, die mit dem Element fertig wird, das sonst alle Verhältnisse zersetzt, alles verwirrt, aus einer jeden klaren Situation eine unsinnige macht, aus Freunden Feinden und aus naturgemäßen Feinden vereinigte Freunde und Bundesgenossen; mit dieser Nationalitätenfrage, die die österreichischen Verhältnisse geradezu zu einer Absurdität gestaltet. Bei uns ist diese Frage gelöst. (Stürmischer Beifall.) Uns fällt nicht ein, uns selbst etwas vorzumachen, oder anderen etwas vorzumachen, und heute am allerwenigsten wäre ich dazu geneigt. Wir wissen, es gibt noch einen ansehnlichen Teil des Proletariats, der den nationalen Schlagworten nachläuft und noch nicht zum politischen Bewußtsein erwacht ist. Aber in dem Moment, wo der Proletarier in Österreich seine K l a s s e n l a g e erkennt, sich auf die eigenen Füße stellt, wo er anfängt, proletarisch zu denken und zu fühlen, hört er nicht etwa auf, Deutscher oder Tscheche, Pole oder Ruthene oder Italiener zu sein, er bleibt Deutscher, Tscheche, Pole, Ruthene oder Italiener,

weil kein Mensch aus seiner Haut herauskann, aber er zeigt, daß deutsche, tschechische, ruthenische, polnische, slowakische und italienische Proletarier gemeinsam über gemeinsame Dinge reden können, als Menschen gemeinsam leben können, und selbst wenn strittige Punkte sind, über alles als Menschen und Brüder sich auseinandersetzen können, ohne deshalb wie wilde Bestien übereinander herzufallen und diesem Interesse zuliebe die höchsten Interessen der Menschheit und des Volkes mit Füßen zu treten. (Beifall.) Es ist nicht notwendig, um seine nationale Eigenart zu bewahren, daß man sein Volk verkaufte an deutsche oder polnische Feudale, an Pfaffen und Großkapitalisten, die national tun. Es ist nicht notwendig, daß man, um sein Volk zu retten, das Volk selbst preisgibt, es ist nicht notwendig, daß die Völker Österreichs in den Wahnsinn hineingetrieben werden von denen, die kein anderes Interesse haben, als daß sich die Völker zerreißen. (Stürmischer Beifall.) Und daß dies nicht notwendig, zeigt die österreichische Sozialdemokratie. Das ist der wichtigste Grund, die geachtete, ja, in vielen Dingen gefürchtete Stellung, die die Sozialdemokratie in Österreich heute schon hat, in schnellem Fortschritt zu einer noch geachteteren und gefürchteteren zu machen. Man fürchtet sich nicht vor unseren Fäusten, die sind leer; die anderen haben ja die Gewehre; aber man sieht, daß nicht nur die Entwicklung der Zukunft, sondern daß die politische Vernunft und der gesunde Menschenverstand schon heute auf unserer Seite stehen.

Noch eines erlauben Sie mir, Genossen, zu berühren. Friedrich Engels war ein Mann, der in jeder Art im Kampfe durch 50 Jahre gestanden. Als junger Mann mit den Waffen in der Hand, später unermüdlich in der Agitation und Organisation, unermüdlich auch gegenüber den Angriffen jener, die oft ihm hätten die befreundetsten sein sollen, und man sagt von ihm mit Recht, daß er einen gesunden Hieb zu führen wußte. Er hat es verstanden, zu schlagen, und hat es auch verstanden, wenn hingeschlagen wurde. Er blieb keinen Hieb schuldig, aber er zog sich nicht in die Ecke zurück, er wurde nicht sentimental und klagte nicht über die Undankbarkeit der Menschen, wenn man ihn nicht richtig auffaßte. Mehr als 50 Jahre in diesem Kampfe zu stehen, das wird derjenige von Ihnen begreifen, der auch nur fünf Jahre in solchem Kampfe steht, und der wird auch begreifen, was es heißt, niemals sich zurückziehen, zu klagen über die Unsinnigkeit der Menschen, die so gar nicht zur Vernunft kommen wollen. Das, Genossen, ist unsere größte Gefahr. Nicht die große ist es, aber die kleine, das Nörgelnde des Lebens, die Enttäuschung und Bitternis, die in uns entstehen, weil diejenigen, mit denen wir es am allerbesten meinen, nicht gleich ihr Herz uns öffnen, ja weil sie anscheinend oft wirklich unvernünftig und undankbar sind. Lernen wir, Genossen, von Engels auch die Ausdauer im Kampf, und lernen wir von ihm auch Niederlagen, wenn es sein muß, zu ertragen und sie durch neue Siege wettzumachen. Denn in diesen 50 Jahren, die die Geschichte der Sozialdemokratie in Europa umfaßt, war der Lauf der Partei nicht in einer

geraden Linie, Schritt für Schritt immerfort dem Ziele zu, sondern Schanze um Schanze mußte genommen werden, und manche wurde mit Leichen gefüllt, nicht nur mit Leichen, die auf dem Schlachtfeld gefallen, sondern mit solchen, die, ermüdet vom Kampfe, frühzeitig in ihrem Bette gestorben sind, und das waren nicht die schlechtesten der Soldaten, die auf dem Schlachtfeld der Revolution gefallen sind. Engels freilich — das war sein Glück — an seinem Lebensende noch sah er genau so wie der Jüngling in die Zukunft, er sah das Ziel klarer denn als junger Mann, er wußte viel, nicht nur welche Schwierigkeiten unser noch warten, er hoffte sogar, noch Siege erleben zu können.

Als er mir, da ich Abschied von ihm nahm, auf seine Schiefertafel schrieb: Grüße mir die österreichischen Genossen! und mir die Hand gab, da wußte ich, daß er es tat in dem Sinne und in der Hoffnung, daß wir unermüdlich und unerschütterlich, und mag kommen, was will, vorwärtsgehen. (Stürmischer Beifall.) Genossen! Nicht zu klagen sind wir zusammengekommen, nicht zu jammern, sondern um eines Mannes zu gedenken, der mit uns und vor uns gekämpft hat, und möge jeder von uns an seines Lebens Ende, möge er zu Großem oder zu Kleinem berufen und geeignet sein, wie Friedrich Engels sagen können: „Ich habe der Sache der Menschheit gedient mit meinem besten Können, mit meinen besten Gedanken, mit meinem besten Blut; ich habe getan, was ich vermochte.“ Unsere Sache, Genossen, ist eine hohe, ist eine herrliche Sache, sie verdient große Männer, wie Marx und Engels, sie verdient, daß wir das hingeben, was in uns das Beste und Edelste und Größte ist. In diesem Moment, wo wir des Dahingeschiedenen und aller seiner Vorgänger, deren er würdig war, und die für die Sache der Revolution gefochten, gedenken, lasset uns geloben, getreu zu sein, mag kommen, was will und mag kommen, wer will. In diesem Moment lasset uns geloben, getreu zu sein der Fahne der internationalen Sozialdemokratie!

Liebknecht und Österreich.

„Vorwärts“, 12. August 1900*).

Wie ein Blitz traf uns die Nachricht von unseres Liebknechts jähem Tod, und nicht weniger schmerzlich wie ihr Deutschen draußen beweinen die Arbeiter Österreichs, daß sie ihn verloren.

*) Der Berliner „Vorwärts“ hatte in der Gedenknummer, die er dem am selben Tage stattfindenden Leichenbegängnis Wilhelm Liebknechts widmete, außer diesem Artikel Adlers noch solche von Hermann Greulich (Schweiz), H. M. Hyndman (England), Paul Lafargue (Frankreich) und Enrico Ferri (Italien), die alle mit beredten Worten sagten, was Liebknecht ihren Proletariaten war.

Über Liebknecht siehe noch die Artikel Adlers bei Liebknechts Tod in der „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. August 1900 (VI. Bd. dieser Sammlung, Seite 291) und am ersten Todestag Liebknechts im „Wahren Jakob“ im August 1903. (Bd. VI, Seite 294.)

Er war unser wie euer. Knüpfen doch die Österreicher an die Deutschen noch engere Beziehungen, als was das Band der großen Internationale ist, die Gemeinsamkeit der proletarischen Interessen und die Einheit des Zieles: Wir sind eines Blutes und wir haben eine Geschichte. Die Ära Metternich hat nicht minder auf Deutschland gelastet und die Ära Bismarck hat dem österreichischen Proletariat dieselben Leiden gebracht wie dem deutschen. Wie unsere äußeren Schicksale bis vor kurzem noch dieselben waren, so ist bis heute noch in hohem Grade die innere Entwicklung der Partei eine parallele. An der sozialdemokratischen Bewegung Deutschlands hat sich Ende der sechziger Jahre die österreichische entzündet, und die Person Liebknechts verkörperte diesen Zusammenhang wie keine andere.

Für Liebknecht ist die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage nie etwas anderes gewesen als die Zerreißung Deutschlands; in diesem Punkt war er bewußt und entschieden der Gegner des Lassalleschen Gedankenganges. Und er, dessen Lebensinhalt es vor dreißig Jahren war, sich gegen das Werdende zu stemmen, hat sich nicht entschließen können, sich in das Gewordene zu fügen. Er kam 1869 nach Wien, um die österreichischen Arbeiter dafür zu gewinnen, sich der „Organisation für die gesamte sozialdemokratische Partei Deutschlands" anzuschließen und den Eisenacher Kongreß zu beschicken. Was er in Österreich vorfand, waren allerdings nur die Anfänge, aber freilich glänzende Anfänge einer sozialistischen Bewegung. Sie hatte mit einem wunderbaren Schwung eingesetzt, der gesteigert war durch den Reiz der Neuheit, den die zum erstenmal gegebene Möglichkeit öffentlicher politischer Betätigung ausübte. Und wie damals alles in Österreich neu, jung und naiv schien, fand die Bewegung zunächst mehr sympathisches Erstaunen als Widerstand. Sehr bald freilich änderte sich das Bild, und früher noch als die deutschen Genossen erlebten die Österreicher ihren ersten Hochverratsprozeß, und schon als Liebknecht im Juli 1869 in Wien sprach, hatte das Bürgerministerium die ersten Proben seiner echt bürgerlichen Brutalität gegen die Arbeiter abgelegt, und die spezifisch österreichische Technik politischer Schikane, die später eine so raffinierte Ausbildung erfahren sollte, machte eben ihre ersten Schritte. Minister des Innern war jener Giskra, von dem das erleuchtete Wort stammt: Bei Bodenbach hört die soziale Frage auf. In treffenden Worten führte Liebknecht damals die Anklage gegen die verblendete Regierung, die den Ast absäge, auf dem sie sitze, und er sprach das prophetische Wort: „Begreift denn dieses

Über Liebknechts Aufenthalt in Wien sowie über den Eisenacher Kongreß, der vom 7. bis 9. August 1869 die „sozialdemokratische Arbeiterpartei" begründete und das „Eisenacher Programm" schuf, siehe das Vorwort von Dr. Karl Renner zum „Wiener Hochverratsprozeß", wo namentlich auch das Verhältnis der österreichischen zur deutschen Sozialdemokratie geschildert ist. Auf Seite 145 ist auch die Rede Liebknechts wiedergegeben, die er am 25. Juli 1869 in Zobels Bierhalle in Wien hielt.

Ministerium nicht, daß ohne die Arbeiter keine freiheitliche Bewegung in Österreich denkbar ist?“ Aber Liebknecht überschätzte freilich die liberalen Staatsmänner Österreichs gründlich, wenn er ihre Freiheitsliebe, ihren Mut und politischen Verstand in Gegensatz brachte zu dem Preußen Bismarcks, und wenn er dem zum politischen Leben erwachten Wien Berlin gegenüberstellte, „die Zitadelle der Knechtschaft“. Die Lebensfrage für Österreich aber hatte er schon damals richtig erfaßt und er ironisierte Herrn v. Beust, der sich vermaß, die Nationalitätenfrage meistern zu wollen: „Eine monarchische Eidgenossenschaft will der Kanzler aus Österreich machen, aber ich kenne nur eine Eidgenossenschaft, und die hat keinen Kaiser. Der Liberalismus hat kein System, Österreich muß den Weg der Freiheit gehen, jeder Fehltritt stürzt es in den Abgrund. Freiheit oder Tod! ist die Devise, die diesem schönen Österreich durch die Notwendigkeit aufgezwungen wird.“ Heute, nach dreißig Jahren, hat sich Österreich noch nicht entschlossen, welche Alternative es wählen will, und jeder Tag bringt es dem Abgrund näher.

Die österreichischen Arbeiter konnten Liebknechts Rat, das freisinnige Bürgertum zu unterstützen, nicht befolgen, denn dieses Bürgertum war nie vorhanden in Österreich. Aber seine eigentliche wichtige Mission hat Liebknecht damals mit vollem Erfolg durchgeführt: Er hat die Verbindung zwischen der deutschen und der österreichischen Sozialdemokratie geknüpft, und sie ist seither stark und unzerreißbar geworden. Daran änderte die Tatsache gar nichts, daß neben der Sozialdemokratie deutscher Zunge in Österreich nacheinander kräftige tschechische, polnische, italienische Organisationen erstanden und heute ein kräftiges, selbständiges Leben führen. Die Eigenart der österreichischen Parteiverhältnisse wurde von unseren Genossen im Reich stets richtig verstanden, vor allem von Liebknecht selbst. Wie er als deutscher Sozialdemokrat nie verschmerzen konnte, was er das Verbrechen Bismarcks nannte, daß die Deutschen Österreichs ihrem Schicksal überlassen wurden, so begrüßte er als internationaler Sozialdemokrat das Erwachen des slawischen Proletariats mit wahrer Begeisterung. Er begriff wie einer, daß nicht die Unterdrückung, sondern nur die Befreiung der Slawen die Grundlage einer vernünftigen Entwicklung auch der Deutschen in Österreich sein könne, und er hat persönlich gerade den jungen Organisationen stets mit Rat und Tat beigestanden.

Die Popularität, die Liebknecht in der österreichischen Arbeiterschaft genoß, die Liebe und Verehrung, die sich an seinen Namen knüpfen, sind freilich unabhängig von jeder lokalgeschichtlichen Beziehung, von jeder nationalen Färbung. Das österreichische Proletariat aller Zungen trauert an seiner Bahre, weil Liebknecht der Bannerträger war in dem Befreiungskampf, ja weil er den unbeugsamen, rücksichtslosen und siegessicheren Kampf der Sozialdemokratie in seiner Person verkörperte. Victor Adler.

Engelbert Pernerstorfers letzte Fahrt.

Im Arbeiterheim, 9. Jänner 1918*).

Es ist eine harte Stunde, da wir von Pernerstorfer Abschied nehmen, hart für uns alle, die wir ihm persönlich nahegestanden sind, hart für ungezählte Tausende, die ihn geliebt und verehrt haben, denen er ein Helfer und ein Freund war. Es ist jetzt fünfzig Jahre her, und er könnte ein Jubiläum feiern, daß er sich zum erstenmal in den kleinen Zimmern des Arbeiterbildungsvereines herumgetrieben und dort das Wort der Zukunft gepredigt hat. Fünfzig Jahre! Und er ist derselbe geblieben, der er als Knabe war: tapfer, ein Idealist sagen sie, aber weiß der Himmel, kein Phantast. Fest stand er auf der Erde, aber er hatte den eisernen und unerschütterlichen Glauben an die Zukunft, er hatte die Tapferkeit, trotz alledem, diese Zukunft zu erringen. Trotz alledem! Das war das Wort, das ihn begleitet hat. und wenn ich hier spreche im Namen der Vertretung der sozialdemokratischen Partei, im Namen seiner Partei, so spreche ich nicht nur im Namen der deutschen Arbeiter in Österreich, sondern der Arbeiter aller Nationen in Österreich, die ihn gekannt und geliebt haben, durch alle Irrungen und Wirrungen hindurch. Weit über die Grenzen Österreichs war er bekannt als der Fahnenträger der großen Idee der Menschheit, und das letzte Wort, das er an uns gerichtet hat, war ein Wort des Glaubens, der Zukunftssicherheit. Der da liegt, war ein Kämpfer vom ersten Augenblick seines Wirkens und er hat zeitlich angefangen, zu wirken. Es gibt keinen von uns allen, von uns Alten und von den Jungen, denen nicht sein feuriges Wort, seine Beredsamkeit das Licht in die Seele geworfen hat. In seiner Seele brannte das ewige Feuer der Begeisterung.

*) Am 6. Jänner 1918 ist Engelbert Pernerstorfer gestorben und am 9. Jänner wurde er auf dem Zentralfriedhof bestattet. Im Arbeiterheim in Favoriten war sein Sarg aufgebahrt und hier bereiteten ihm Freunde und Genossen eine Huldigung. Zuerst sprach der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Gustav Groß im Namen des Abgeordnetenhauses, dem Pernerstorfer mit kurzer Unterbrechung seit mehr als dreißig Jahren angehört hatte; dann sagte Victor Adler dem Genossen und Jugendfreund, sichtlich tief ergriffen, Worte des Abschieds. Auf dem Friedhof sprachen im Namen der Parteivertretung Dr. Ellenbogen, im Namen der Stadtgemeinde Wiener-Neustadt, die Pernerstorfer im Reichsrat vertreten hatte, der damals sozialdemokratische Vizebürgermeister und nachmalige Bürgermeister Ofenböck, im Namen der tschechischen Sozialdemokratie Abgeordneter Němec, im Namen der Bibliophilen Gesellschaft, deren Vorstandsmitglied Pernerstorfer war, deren Obmann Hans Feigel.

Was Pernerstorfer der Sozialdemokratie in ihren Anfängen war, ist im VI. Band dieser Schriften im Kapitel vom Kampf gegen den Terror erzählt. Eine ausführliche Biographie von Pernerstorfer hat Robert Arthaber in der „Neuen österreichischen Biographie“ (Bd. II, Seite 97), geschrieben. Pernerstorfer hat auch eine große Bibliothek hinterlassen, die nun der Studienbibliothek der Wiener Arbeiterkammer einverleibt ist.

jener Begeisterung, ohne die große Dinge nicht geschehen können. Sie, die alten Genossen, werden sich erinnern, daß er unser Freund war, unser Schild und unsere Waffe zu einer Zeit, wo wir keinen Schild hatten und wo wir kein Sprachrohr hatten, wo wir schwach und verfolgt waren. Erinnern Sie sich an die Zeit, wo er furchtlos, rücksichtslos gegen Gemeinheit und Brutalität kämpfte, sicher, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört und daß er der Weg ist, auf dem die Vervollkommnung der Menschheit, wie er in seinem letzten Wort sagt, zum Ziel kommen werde.

Es gibt wenig Männer in Österreich, die so auf das Volk zu wirken verstanden haben. Nichts Menschliches, was aufwärts führt, war ihm fremd. Selbst die Partei schien ihm noch eine Schranke. Nicht als ob er sich je an der Disziplin und an der Geschlossenheit gestoßen hätte, aber in allen Schichten, in allen Gedankengängen war er zu Hause und alle nahm er in sich auf. Seine ungemeine Bildung — eine Bildung, deren Ausmaß nur die recht kannten, die ihm nahestanden — ermöglichte ihm, wie von einem Gipfel alles zu sehen, und es ist kein Zufall, daß so viele seiner Reden schlossen mit dem Bilde des nahen Sonnenaufgangs, zu dem er hinblickte, auf den er hoffte und den er in seinen ersten Strahlen sah. Der Weg dahin, der mühevolle Weg des Kleinlichen, des Elends, wenn ihm auch menschliche Sorge nicht fremd gewesen, war ihm bis zu einem gewissen Grade erspart. Denn er war ein glücklicher Mensch, der den Ideen der Menschheit gelebt hat; der Menschheit große Gegenstände haben ihn immer beschäftigt. Weit über das Reich hinaus wußte man das, liebte, schätzte ihn und so bin ich insbesondere beauftragt, im Namen des Vorstandes der deutschen Sozialdemokratie, der hier nicht vertreten sein kann, weil er durch wichtige politische Geschäfte ferngehalten wird, ihren letzten Gruß auszusprechen. Ich darf hier wohl eine Erinnerung wachrufen, die mir unvergeßlich bleibt. Wir waren vor dem Greuel dieses Krieges in Basel bei der Internationalen Konferenz, die die Sturmglocken des Baseler Münsters, die damals noch Friedensglocken waren, in Bewegung setzte, um vor dem Entsetzlichen, das wir und er jetzt durch Jahre ertragen haben, zu warnen, es zu verhindern. Aber die Glocken können die Gewitter verkünden, nicht beschwören. Nachher saßen wir in einem kleinen Raume beieinander mit unserem armen Jaurès, mit dem er so befreundet war, und den er geliebt hat und mit dem er soviel Ähnliches gehabt hat, und ich erinnere mich, wie die beiden über die Chartistenbewegung gesprochen haben und über die christlichen und sozialen Elemente in dieser Revolution. Da hat er ganze Sätze aus den Predigten der revolutionären Pfarrer dieser Jahre zitiert, die die Führer des Freiheitskampfes waren.

Wir haben keinen besseren Freund gehabt als ihn. Was er uns als Berater war, als Vorkämpfer und vor allem als Wortführer und für Zehntausende als Lehrer, das wird uns unvergeßlich bleiben. Wir danken ihm, und wir nehmen Abschied von ihm (In tiefer Bewegung): Ja, wir nehmen Abschied und senden dir, mein alter, lieber, lieber Storfer, den letzten Gruß.

Liebe Anna (zur Genossin Pernerstorfer gewendet), die du seine Jugendgespielin warst und die du ihn begleitet hast bis zum letzten Atemzug, ohne die er nicht möglich gewesen wäre, ohne die er sein Leben so nicht hätte führen können, wie er es geführt hat, dir — ich spreche es aus für alle, die es nicht wissen —, dir danke ich, daß du uns dieses Leben so ermöglicht hast. Und nun, lieber alter Freund, Kamerad! — einen bessern find'st du nit — leb' wohl! Lebe wohl! sage ich am Grabe, denn er wird leben, nicht nur in uns, sondern weit über uns hinaus. Gegner hast du gehabt, Feinde konntest du keine hinterlassen, denn edel warst du, hilfreich und gut, und — was dort nicht steht — tapfer warst du durch und durch. Ein deutscher Mann warst du, doch ein Mann vor allem bis zu deinem letzten Atemzug. Storfer, leb' wohl!

Die Eröffnung des Arbeiterheims in Favoriten.

Am 7. September 1902*).

Geehrte Festversammlung! Werte Festgäste! Genossen und Genossinnen!

Wir treten vor Sie hin, um Sie willkommen zu heißen in dem Hause, das dem arbeitenden Volke gehört; wir treten vor Sie hin, um Ihnen zu sagen: Was hier geschaffen wurde, ist euer Werk. Einen Fleck Boden habt ihr, von dem aus ihr weiterkämpfen sollt. Nicht hier zu rasten soll euch beschieden sein, euch soll beschieden sein, von hier aus erst recht zu erobern. So mancher, der in diesem Saale ist, wird sich noch erinnern, wie wir begonnen haben, wird sich der langen Nächte erinnern, der schweren Sorgen, er wird sich erinnern, wie wir in elendesten Schlupfwinkeln gehaust haben, wie wir verfolgt, gehetzt, verachtet, verhöhnt waren in diesem Österreich, in diesem Wien; und er wird daran denken, welcher Arbeit von Zehntausenden es bedurft hat, um dem Arbeiter in diesem Reiche und in dieser Stadt Respekt zu schaffen. Nun sind wir ein Stück weiter: Hier sind wir zu Hause.

Wir haben ein Heim!

Wir wissen sehr gut, nicht alle sind erfreut über diesen Bau, nicht alle haben Genugtuung daran, daß die Arbeiter endlich

*) Die Rede ist der Festschrift „Das erste Arbeiterheim" von Berthold Alt entnommen, die zum 25jährigen Bestand des Arbeiterheims erschienen ist und die eine Geschichte des Arbeiterheims gibt. Das „Arbeiterheim" in Favoriten, das am 7. September 1902 eröffnet wurde, war das erste Arbeiterheim der Wiener Arbeiter. Einige Jahre später wurde das Arbeiterheim in Ottakring gegründet. Von dem Favoritner Arbeiterheim ist später noch die Rede in der Rede Adlers zur Enthüllung der Gedenktafel an den Einbruch der Polizei am 7. November 1902 im Kapitel „Adler im Landtag".

zu Hause sein dürfen. Rings um uns wogt ein Meer von giftigem Haß, Neid und Scheelsucht, in Grund und Boden wollen sie uns wünschen. Wir Sozialdemokraten aber fürchten uns nicht, und unser Haus — ein roter Punkt ist es in dem schwarzen Meere ringsum, ein Punkt, der leuchtet, hell ist sein Schein. Das Licht unserer Ideen, das von ihm ausgeht, wird die Finsternis überwinden!

Parteigenossen! Wenn wir Sozialdemokraten uns ein eigenes Heim gründen, ein eigenes Haus bauen, so verfallen wir nicht in die Gewohnheit der Eigentumsbestie und in den Gedankengang der Hausherren! Gewiß, dieses Haus ist juristisch Privateigentum, auch wir können zunächst aus der kapitalistischen Welt nicht heraus. Aber die Paläste der Großen sind dem Volke verschlossen, aus deren Schweiß sie gebaut sind, hier haben Sie ein Haus, das Ihr Haus ist, das Haus des gesamten arbeitenden Volkes von Wien. Wir Sozialdemokraten, die man als Feinde der Kultur verschrien hat, wir sind stolz darauf, daß wir Sie in unserem Heim empfangen können, das nicht nur das rote Haus, sondern auch ein schönes Haus ist. Als Arbeiter, als Werkleute, laden wir Sie ein, Besitz zu nehmen von diesem schönen Hause. Es gehört Ihnen, nicht weil Sie es gekauft haben, es gehört Ihnen, weil Sie es erarbeitet, geschaffen haben, weil es Ihr Eigentum geworden durch die Kraft Ihrer Hände, durch die Arbeit Ihres Hirns! Mit Stolz zählen wir alle die zu uns, die mit dem Kopfe arbeiten,

wir zählen zu uns, was denkt, was arbeitet.

Dieser Arbeit wollen wir zum Siege verhelfen und diesem Kampfe soll dieses Haus dienen. Es war nicht leicht, dieses Werk zu schaffen und es wäre ein Unrecht von uns, wenn wir in diesem Augenblick nicht auch jener Zahl von Parteigenossen gedenken möchten, die mit rührender Zähigkeit an dem Plane festgehalten haben zu einer Zeit, wo kein Mensch ernstlich hoffen konnte, es würde in absehbarer Zeit möglich sein, den Plan zu verwirklichen. Dieser Gründer und Anreger gedenken wir dankbar. Was wir geschaffen haben, gilt nicht für Favoriten allein. Es ist wohl zunächst ein Bezirkshaus, ein Amtshaus für die politische Organisation des Bezirkes, ein Haus für die gewerkschaftliche Arbeit in allen ihren Formen: es soll ein Volkshaus sein im vollsten Maße. So schön die Räume sind, sie sind nicht da, um in ihnen zu ruhen: Aus dem Kampfe ist das Haus geboren, Kampf soll von diesem Hause ausgehen! Als wir noch in dumpfen, schmutzigen Kneipen unsere Arbeit verrichteten, waren unsere Köpfe von hohen Gedanken erfüllt und unsere Herzen schlugen heiß, da es an die Arbeit ging. Das wird nicht anders werden. Und ich kann diesem Hause keinen besseren, keinen größeren Wunsch mitgeben, als: Es möge der alte, der sozialdemokratische, der revolutionäre Geist, der in den kleinen Kneipen gewaltet, auch in diesem schönen, großen Hause lebendig und stark bleiben.

Genossen! Wir wollen auch nicht unterlassen, einen Blick nach rückwärts zu richten und dankbar derer zu gedenken, die gefallen sind in dem Kampfe, wir gedenken derer, die lebendig begraben wurden in den Gefängnissen und derer, die fern in der Welt im Kampfe stehen. Gestern habe ich hier im Saale einen alten Parteigenossen wiedergefunden, den ich seit dem Jahre 1886 nicht gesehen habe. Diesen Genossen konnte ich nicht sehen, weil er fünfzehn Jahre schweren Kerker abzubüßen hatte, als ein Opfer der Zeit, die nun vorbei ist, vorbei nicht dank der Erleuchtung, die über die Herrschenden von oben gekommen ist, nicht dank der sich entwickelnden Weisheit der Regierenden, sondern dank der aufklärenden Arbeit der Arbeiter, dank ihrem entschlossenen Mute, ihr Recht durchzusetzen und den Weg zu gehen, der ihre geschichtliche Mission ist.

So hart und härter, wie wir hier den Kampf zu führen haben, so haben die Proletarier der ganzen Welt zu kämpfen, und Sie werden mit mir fühlen, wenn ich sage: Der erste Gruß aus diesem Hause möge jenem Proletariat gelten, das heute gerade im heißesten Kampfe steht und ihn mit bewunderungswürdigem Opfermut führt. Ich sende den ersten Gruß aus diesem Hause dem russischen Proletariat, den heldenmütigen Kämpfern gegen den völkermordenden Zarismus! Den zweiten Gruß senden wir den Arbeitern überall in Österreich, die mit uns kämpfen und empfinden ohne Unterschied der Nation, den Deutschen, den Tschechen, den Polen und Ruthenen, den Italienern und Slowenen, die sich über unsere Erfolge freuen, die alle dies Haus als ihr eigen betrachten.

Parteigenossen und geehrte Festgäste! Die Arbeiter sind unbescheiden geworden und das ist ihr Ruhm. Es hat eine Zeit gegeben, wo uns das Recht auf Arbeit bestritten wurde und man hat darunter verstanden: das Recht des Arbeiters, sich ausbeuten zu lassen. Heute verlangen wir weit mehr:

Das Recht auf die Frucht der Arbeit, das Recht auf die Schönheit, auf Gesundheit, auf Wissen!

Schönheit, Gesundheit, Wissen — das Höchste für die Menschheit —, denen, die die Träger jedes Fortschrittes sind, die die Träger der mächtigen Entwicklung sind, die uns der Zukunft zuführt, die eine Menschheit sehen wird, die nicht aus Herrschenden und Beherrschten, aus Knechten und Ausbeutern, aus Protzen und unwissenden Sklaven bestehen wird. Und daß die Arbeiterschaft das Bedürfnis nach Schönheit, nach höchstem Lebensgenuß hat, auch dafür zeugt dieses Haus. Johann Jakoby hat einmal gemeint, dem Historiker der Zukunft werde die Gründung des kleinsten Arbeitervereines ein wichtigeres Ereignis sein als die Schlacht bei Sadowa. In diesem Sinne ist auch unsere heutige Feier ein kleines Stück Geschichte. Was wir errichten wollen, ist kein altes Monument, es ist ein Haus des Kampfes, wir sagen es offen heraus, wir sagen es unseren Freunden und allen offenen und verbissenen Gegnern: Dieses Haus wird er-

öffnet im Zeichen der Sozialdemokratie! Ich begrüße Sie mit dem Rufe: Es lebe hoch die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie!

Eröffnung des Ottakringer Arbeiterheims.

Am 16. Juni 1907*).

Im Auftrag der Parteivertretung komme ich, euch Ottakringern Glück zu wünschen zur Vollendung des Werkes. Jeder von uns weiß, welche Arbeit in diesem Arbeiterheim steckt, wieviel Sorge und Mühe es kostete. Daß ein solches Arbeiterheim möglich wurde, das ist nicht die Leistung gewesen der Leute allein, die hier unmittelbar am Werke waren, von den Proletariern bis zu dem, der die Pläne gemacht hat; das ist die Arbeit des ganzen Proletariats Wiens, der Proletarier ganz Österreichs. (Lauter Beifall.) Vor fünf Jahren haben wir in Wien das erste Arbeiterheim eröffnet, heute eröffnen wir das zweite und größere. Auf erobertem Grunde bauten wir unsere Festung, um von hier den Kampf weiterzuführen.

Genossen und Genossinnen! Ihr Fest fällt zusammen mit der Eröffnung eines anderen Heims, auch eines Heims, das wir uns erst erobern mußten, des Heims der Volksvertretung Österreichs. Stolzen Hauptes werden wir morgen einziehen als Vertretung der Arbeiterschaft Österreichs in dieses neue Heim, das vorher kein Heim, sondern eine Zwingburg für uns war. Dieselbe Kraft, die dieses herrliche Gebäude aufgerichtet hat, war es, die die Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament geschaffen hat! Eine Frucht des Kampfes ist dieses Ottakringer Heim und der Ausgangspunkt neuer Kämpfe. Es gebührt uns hier zu sagen: Die Ottakringer waren, um in der militärischen Sprache weiterzureden, ein besonders tapferes Regiment. Die anderen haben auch ihr Hausregiment**) — das ist unser Hausregiment. (Lebhafte Heiterkeit und starker Beifall.) Genossen! Wir danken Ihnen heute für die große politische Arbeit, die Sie vollbracht haben. Wir danken Ihnen dafür, daß Ottakring für unsere Bewegung ein Heim war, wo es noch nicht so großartig ausgeschaut hat, wo wir in kleinen, elenden, nicht so gut ventilierten Räumen (Heiterkeit) und unter sehr strenger Aufsicht und wenig begrüßt von der bürgerlichen Öffentlichkeit und wenig begönnert von den staatlichen Autoritäten für dieselbe Sache gekämpft haben. Wir sind ein bißchen gewachsen in den letzten zwanzig Jahren und wir hoffen und sind entschlossen, weiter zu wachsen. (Laute Bravorufe.)

*) Fünf Jahre nach Favoriten erhielt auch Ottakring sein Arbeiterheim. Die Eröffnung erfolgte kurz nach dem herrlichen Wahlsieg vom 14. Mai 1907. Es war also eine Art Siegesfeier. Die eigentlichen Festreden hielten hier natürlich die Abgeordneten von Ottakring, David und Schuhmeier. Adler überbrachte die Grüße der Partei.

**) Man nannte die Deutschmeister das Wiener Hausregiment. — Siehe auch die Rede vom 7. September 1896 zum „Deutschmeisterrummel“. Seite 239.

Denn, Genossen, weit über den Moment hinaus, weit hinaus über den Inhalt des augenblicklichen politischen Kampfes ist der Bau von Arbeiterheimen vorbildlich und ein Symbol für uns. Ein Arbeiterheim enthält die Forderung der Arbeiterschaft, teilzuhaben an allem Großen, Schönen und Edlen, das durch die gesammelte und vereinte Kraft der Menschheit geschaffen wird; den Anspruch, sich an den Tisch zu setzen, den die Arbeit des Proletariats mit in erster Linie deckt, und die Frucht seiner Arbeit zu genießen. Die Gründung jedes Arbeiterheims ist ein Symbol für die gesamte Arbeit des Proletariats: aus der Welt ein Heim zu machen für die arbeitende Menschheit, ein Heim, wo die Menschheit nicht mehr tributpflichtig ist anmaßenden Hausherren, die sich als Herren in dem Hause fühlen, das sie nicht geschaffen haben. Wie wir den Fleck erobert haben, auf dem wir jetzt stehen, werden wir von hier aus und überall in diesem weiten Österreich weiterkämpfen, bis der ganze Staat ein Heim ist für die Arbeiterschaft aller Zungen und bis über dem Staate weht die rote Fahne des internationalen Proletariats! So begrüßen wir Sie. (Großer Applaus.)

Am Grabe der Märzgefallenen.

10. März 1901*).

Im Namen der Parteivertretung der Sozialdemokratie Österreichs begrüße ich Sie hier, die Sie seit Jahrzehnten herauskommen, um diesen Opfern des Absolutismus, diesen Opfern des Kampfes gegen den Absolutismus, ihre Ehrfurcht zu bezeugen. Wir kommen hieher in dem Bewußtsein, daß unser Kommen eine Hoffnung für uns ist und eine Warnung für die anderen. Heute ist es freilich nicht mehr möglich, in einem kurzen Kampf auf der Straße die Schlachten der Menschheit zu schlagen, aber die modernen Formen des großen Weltkampfes, der die Massen in Bewegung setzt, machen es ebenso notwendig, sein Blut herzugeben, Tropfen für Tropfen, und jeden Nerv zu opfern für das, was wir wollen: für die Befreiung der Menschheit.

Wir leben in einem traurigen Lande. Die, deren Befehl damals diese Toten in den Sand gestreckt hat, dieselbe Klasse, dieselbe Clique, dieselben Schurken sind es, die noch heute das Volk bedrängen... Aber wir gehen zielbewußt in immer wachsenden Massen unseres Weges, und wir werden das vollenden, was diese hier begonnen haben. Die Sozialdemokratie beginnt erst ihr Werk, und wenn von Jahr zu Jahr die Massen derer, die hieher kommen,

*) Viele Jahre lang ist die Wiener Arbeiterschaft in großen Zügen zum Grab der Märzgefallenen auf den Zentralfriedhof gepilgert: den gewaltigen Weg von den Bezirken bis an das Ende von Wien. Erst in den letzten Jahrzehnten begnügt man sich mit Abordnungen, die Kränze hinterlegen.

Am 10. März 1901 zogen die Massen zum Märzobelisken. Die Gedenkreden hielten Daszynski und Adler. Wir bringen hier Adlers Rede nach dem kurzen Bericht der „Arbeiter-Zeitung".

sich vermehren, so ist das nur ein Beweis dafür, wie in ganz Österreich die Massen nach und nach in Bewegung kommen und sich den alten Mächten der Verdummung und der Verknechtung langsam zu entwinden anfangen.

Aber es kommt der Tag, und jeder Schritt, den wir tun, das kleinste Werk, das jeder von Ihnen für die Organisation des Proletariats leistet, ist ein Opfer, aber jeder bringt es gern in dem Bewußtsein, daß er an einem großen und gewaltigen Werke mitarbeitet. Wenn heute im Parlament Erwählte der Arbeiterschaft sitzen, wenn es heute wenigstens einen Punkt im Reiche gibt, wo Sozialdemokraten die Wahrheit sagen können, Genossen, das ist euer Werk. Und wir wollen uns heute zuschwören: Wir begnügen uns nicht, den Weg betreten zu haben, wir sind auch entschlossen, ihn bis an das Ende zu gehen.

Die Erinnerung an den 13. März 1848.

Versammlung am 12. März 1902*).

Die Kämpfer, die in den Märztagen von 1848 gefallen sind, sind gestorben mit dem Worte „Konstitution" auf den Lippen. Eine Konstitution, eine Verfassung, das war das Ziel ihres Kampfes. Nun, Verfassungen haben wir jetzt die schwere Menge: eine Verfassung im Staat, eine Verfassung im Lande, eine Verfassung in der Gemeinde. Aber alle diese Verfassungen sind nur dazu da, um gebrochen zu werden. Das hat schon im Jahre 1848 so angefangen. Die Revolution hat gesiegt und Österreich bekam eine Verfassung. Aber schon wenige Tage später folgte der Verfassung der Verfassungsbruch. Schon damals hat man das Wort gegeben, schon damals hat man es gebrochen. Und diese Tradition hat sich bis heute erhalten.

Am 13. März 1848 wurde geschossen, und wenn einer jener Märzgefallenen jetzt wieder erwachte, so würde er hören, daß noch immer uniformierte Proletarier auf Kommando gegen wehrlose Proletarier schießen müssen, daß noch immer wehrlose Arbeiter im Kampfe für ihr gutes, heiliges Recht fallen. Das ist nicht anders geworden seit damals, aber das, was anders geworden ist, das ist, daß heute das Bewußtsein dieser Schmach ein ganz anderes ist als vor fünfzig Jahren. Vor fünfzig Jahren

*) Am 14. Februar 1902 kam es in Triest bei einem Streik zu Zusammenstößen, bei denen zehn Arbeiter getötet und fünfzehn schwer verletzt wurden. Das war der Anlaß, daß in diesem Jahre der 13. März viel feierlicher und demonstrativer gefeiert wurde. In Wien fanden am 12. und 13. März zehn Versammlungen statt. In der Versammlung beim Dreher sprach Adler. Über die Märzrevolution und die Schießereien in Triest hat Adler auch im nächsten Jahre in einer Jugendversammlung gesprochen. („Das Jahr 1848 und die Jugend", Bd. VII, Seite 155.) Über die Schüsse von Triest siehe Bd. VIII, Seite 225, aber auch die Vertrauensmännerversammlung zu den Landtagswahlen am 31. März 1902.

folgte auf die Periode der Revolution die Periode einer furchtbaren Erstarkung der Reaktion, wo man meinte, daß man alles, was in den Märztagen lebendig geworden ist, mit dem Bahrtuch der schwarzen Kutten auf ewig werde verhüllen können. Jene Zeit ist charakteristisch geworden durch ein merkwürdiges geschichtliches Wort, durch das Wort „Naderer". Das war die Zeit, wo man dem Freunde, dem Bruder nicht trauen konnte, wo an jedem Tische ein Verräter saß, wo jeder freiheitliche Gedanke denunziert wurde als ein Verbrechen gegen die Religion und gegen den Staat. Und so wie die Naderer der fünfziger Jahre wirtschafteten, so möchten die Naderer von heute auch wirtschaften, und so wie in den fünfziger Jahren die Helden und die Opfer von 1848 beschmutzt und in den Staub gezerrt wurden von den Knechten der Klerisei, von allen denen, die schmarotzen am lebendigen Körper des Volkes, genau so wird heute die Bewegung des arbeitenden Volkes von diesem Gesindel besudelt und verleumdet. (Lebhafte Zustimmung.) Man sagt, daß die Leute, die in Triest gefallen sind, die Februargefallenen, die Opfer einer internationalen Verschwörung sind, die natürlich von Juden geleitet wurde und die gegen die Dynastie, gegen die Religion und gegen das Vaterland gerichtet ist. Aber das kapitalistische Judentum war es ja, zu dessen Ehren immer, von Ostrau bis Triest, die Flinten knallten.

Herr v. Körber, der angekündigt hat, daß er ein moderner europäischer Minister sein wolle, hat wirklich gehandelt, wie europäische Minister in einem Kampfe zwischen Arbeit und Kapital zu handeln pflegen. Allerdings in unserem Nachbarstaat, in Italien, hat man in einem ähnlichen Falle anders gehandelt, da scheint ein Ministerpräsident zu sein, dem die Interessen des Volkes immerhin soviel wiegen wie das Stirnrunzeln von ein paar feisten Millionären oder das Augenbrauenzucken seines angestammten Königs. Das ist natürlich bei uns nie der Fall gewesen. Der Verstand und die Energie eines Körber zerschmilzt an der Sonne eines Gnadenblicks von oben. Die Vorfälle von Triest, die Herrn v. Körber in den Augen jedes vernünftigen Menschen, jedes Volksfreundes gerichtet haben, die haben ihm einen Tempel aufgerichtet in den Herzen derer, die in Österreich herrschen. Man muß es gesehen haben, als Herr Körber im Parlament mit dem Säbel rasselte, als er die Autorität des Staates gegen die gesetzlosen Elemente verteidigte, wie diese verhaßten Gesichter unserer größten Feinde leuchteten, wie die Fratze des Jaworski*) fast aus dem Leim ging vor Vergnügen, und wie Fürst Liechtenstein wohlgefällig grinste. Daß auch der Axmann, ein Vertreter der fünften Kurie, den Ministerpräsidenten beglückwünschte, ist ein Zeichen, daß der Geist des Naderertums und der Knechtseligkeit auch heute noch nicht erstorben ist.

---

*) Ritter v. Jaworski, der Führer des Polenklubs; Axmann, der Vertreter der fünften Kurie des vierten Wiener Wahlkreises, Führer der christlichsozialen Handlungsgehilfen.

Wenn wir uns alljährlich der Märzgefallenen erinnern und zu ihrem Grabe hinausziehen, so darum, weil die Geschichte der Befreiung für uns noch immer nicht geschlossen ist. Einige Kapitel der Geschichte, die 1848 begonnen hat, sind geschrieben, aber das Schlußkapitel, das wichtigste Kapitel, ist noch zu schreiben, ist noch zu machen, und der Autor dieses Buches, der Schöpfer dieses Schlußkapitels, kann niemand anderer sein als die Erben jener Revolutionäre vom Jahre 1848, niemand anderer als die sozialdemokratische Arbeiterschaft. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Enthüllung des Hugo-Schmidt-Denkmals.

Jägerndorf, Pfingstsonntag 1909*).

Wir sind hier versammelt, um das Andenken eines Mannes zu ehren, der hier in Schlesien geboren wurde, auf dem Boden dieses Landes emporgewachsen, durch 40 Jahre hier gekämpft hat und hier gestorben ist: ein Kämpfer für Freiheit und Recht, der mitten im Kampfe für seine Partei gestorben ist. Wir sind hieher gekommen, eines Mannes zu gedenken, aber nicht um zu weinen und zu trauern. Der Verlust, den die sozialdemokratische Partei erlitten hat, als Genosse Schmidt hier an dieser Stelle zusammenbrach, war ein großer. Als die Kunde von seinem Tode zu uns drang, da dachten wir mit Tränen in den Augen der Schlachten, die wir zusammen geliefert, der Nächte, die wir im Rate zusammengesessen, der bitteren Stunden, die wir zusammen durchgemacht. Von der Größe dieser Bitternisse können sich die jungen Leute keine Vorstellung machen. Hugo Schmidt war ein Arbeiter in des Wortes bester Bedeutung. Dieser Mann hat in den schwersten Stunden den Kopf oben behalten, niemals den Mut verloren. Das Bild seines Lebensganges ist das Bild der Entwicklung, der Geschichte der Partei. Als junger Mann arbeitete er hier als Weber. Von hier ging er nach Brünn, wo der erste Zusammenstoß erfolgte, der ihm den Gegensatz vor Augen führte zwischen Ausbeutung und Ausgebeuteten. Es war zum erstenmal, daß sich die Arbeiter rührten, daß sie des Gegensatzes bewußt wurden und auch gleich die ganze Brutalität des Gegners zu fühlen bekamen. Ein Weberstreik brach in Brünn aus. Wer wissen will, wie niedrig die Löhne im Jahre 1869 in Brünn waren, muß wissen, wie niedrig sie noch heute sind und vor 15 Jahren waren. Die erste Tat war eine Kulturtat, um die Arbeiter aus der schlimmsten Lage, aus dem Hungerdasein herauszubringen, etwas.

*) Hugo Schmidt, von Beruf Tuchmacher, hatte ursprünglich in Nordböhmen gewirkt und hat bereits an der großen Kundgebung auf dem Jeschkenberg am 7. August 1870 als Organisator und Einberufer mitgewirkt. Später kam er nach Jägerndorf und hat an der Aufrüttelung des schlesischen Arbeiters ein hervorragendes Verdienst. Auf dem Züricher internationalen Sozialistenkongreß im Jahre 1893 war er als Delegierter anwesend.

Der Bericht über die Rede ist der „Schlesischen Volkspresse“ entnommen.

ein weniges, zu erringen. Aber ihnen stellten sich nicht nur die Fabrikanten entgegen, sie fanden nicht nur die Türen der Fabriken geschlossen, sondern davor Militär: den Hungernden Blei. Drei Gewehrsalven wurden auf die Streikenden abgegeben, drei Tote und an hundert Verwundete blieben auf dem Platze. Das war der erste Eindruck, die erste Lehre, die Hugo Schmidt vom Klassenkampf erhielt. Das war das Bild, das ihn bis an sein Lebensende begleitete, seine Feuertaufe. Genosse Hugo Schmidt stand nicht an der Spitze, aber es genügte, daß er dabei war, und er wurde ausgewiesen. Er ging nach Reichenberg. Ein tüchtiger Arbeiter, war er nicht zufrieden, für den Unternehmer zu roboten, arbeitete er als Vertrauensmann der Gewerkschaft für die Befreiung der Arbeiter. Und wer die Reichenberger Behörden von heute kennt, dem ist es klar, daß es damals nicht lange dauerte, und er mußte hinaus. Er kam nach Wien. Aber auch da ging es ihm nicht besser, auch hier hieß es hinaus. Von Wien ging es nach Deutschland. Man sagt, der Sozialdemokrat kennt kein Vaterland. Umgekehrt ist es der Fall, überall hat der Sozialdemokrat sein Vaterland, wohin er kommt, ist er zu Hause, unter Brüdern. Auch Hugo Schmidt wurde es klar, daß dieses Vaterland ihn genau so behandelt wie sein eigenes, auch hier wurde er ausgewiesen. Wer es damals wagte, die Augen und noch mehr den Mund aufzumachen, der wurde gejagt von Ort zu Ort, heimatlos gemacht. Ihre Wut, Hetzer heimatlos zu machen, hat gar nichts genützt, sie hat eher mitgeholfen, das Feuer von Ort zu Ort zu tragen. Die Liste der Ausgewiesenen ist eine Ehrenliste der Partei, die Namen der Besten sind darin verzeichnet. Hugo Schmidt kam nach Hause und siedelte sich hier an. Täglich mußte er um seine Existenz ringen, ringen um das Erwachen der Arbeiter. Er wächst mit der Partei, für deren Wachstum er so viel geleistet. Er stirbt voll froher Hoffnungen, siegessicher. Hugo Schmidts Leben ist ein Bild, an dem wir uns alle erheben, ein Beispiel nehmen können. Aus diesem Bild muß jeder die Verpflichtung ableiten, zu tun in seinem Kreise, was seine Pflicht. Und seine Pflicht tun ist alles tun, was er leisten kann. Alte und Junge, Männer und Frauen, alle haben für die Befreiung der Menschheit die Pflicht, zu leisten, was in ihren Kräften steht. Wäre denn sonst das Leben zu ertragen, diese Ausbeutung auszuhalten, ein Leben, wo zehntausende fleißige Menschen verkümmern, geistig und körperlich nicht zur Entwicklung gelangen und einige Tausende in Reichtum und Überfluß in Palästen hausen. Könnte man es denn mit ansehen, wie ganze Generationen Kinder nicht zum Leben gelangen, weil sie im Mutterleib verhungern, weil die Mutter hungert; wie Kinder in den ersten Lebensjahren dahinsiechen, weil sie nichts zu essen haben, daß es keine alten Leute gibt, weil sie zu früh sterben, und Junge schon alt sind in Jahren, in welchen die Besitzenden erst anfangen, zu leben, wenn wir nicht die Überzeugung hätten: so wird und darf es nicht bleiben. Wir sind nicht allein da, die Opfer dieses kapitalistischen Staates zu bilden, die Arbeiterschaft ist da, diese

Zustände zu ändern. Wäre nicht das Bewußtsein in uns, alles zu tun, um die heutigen Zustände hinwegzuschaffen und an ihrer Stelle andere Zustände zu schaffen, wir könnten nicht leben, wir würden verzweifeln, müßten uns verachten und verkommen. Mit dem Verfluchen der heutigen Zustände allein ist nichts gemacht! Es gibt viele, die glauben, wenn sie nur unzufrieden sind, nur fluchen, damit sei schon alles geschehen. Der kapitalistische Klassenstaat sind nicht die Mauern von Jericho, die die Juden durch Blasen stürzten, das sind mächtige Burgen, ausgestattet mit modernen Waffen, die die Arbeiterklasse ihnen lieferte. Diesen Mächten gegenüber ist mit dem Ballen der Faust in der Tasche nichts getan. Der Bauer, der Gewerbetreibende wird immer mehr proletarisiert, trotz den Anwälten, die vorgeben, sein Interesse zu vertreten. Immer mehr Kleinbauern gehen mit der Kaffee- und leider oft auch mit der Branntweinflasche in die Fabrik. Ihre Existenz schmilzt schneller als der Schnee. Aber derselbe kapitalistische Prozeß, der die Arbeiter in den Fabriken zusammenführt, kann die Ausbeutung nicht organisieren, ohne gleichzeitig die Arbeiter zu organisieren. Wir sehen in überlegener Weise, wie täglich gearbeitet werden muß, man zeigt uns, wie aus kleinen Gruppen große Armeen werden, wie wir uns zu schulen haben. Und das hat bewirkt, daß unsere Organisationen etwas sind, worum uns unsere Gegner beneiden. Wie wäre es erst, wenn wir alle täten, was wir tun können. Vieles ist geschehen, was man sich vor 30 Jahren noch nicht vorstellen konnte, aber noch ist viel zu tun, die Not brennt in allen Hütten. Momentan haben wir in Österreich verhältnismäßig günstige politische Zeiten. Nicht etwa, daß die Regierung einen Anfall von Vernunft bekommen hätte, so etwas gibt es in Österreich nicht, daß die Besitzenden human, menschlich geworden wären; nein. Wenn es besser geworden ist, so wegen zweier Faktoren. Bessere ökonomische Existenzbedingungen durch eine gewisse Zeit und darin, daß die Sozialdemokratie geerntet hat, was durch 30 Jahre geackert, gepflügt und gesät wurde. Manche Saat ist verkommen, noch ehe sie zu keimen begonnen hat. Viele Samenkörner haben spät, aber doch zu keimen begonnen. Seit der ersten Maifeier im Jahre 1890 ist es mit der österreichischen Arbeiterbewegung Schritt für Schritt vorwärtsgegangen. Wir haben uns das Vereins- und Versammlungsrecht, so ziemlich die Preßfreiheit und insbesondere das Koalitionsrecht erobert. Wenn auch die Behörden manchmal Seitensprünge machen, unter dem Einfluß reicher Fabrikanten sich hie und da einen Mißbrauch der Amtsgewalt zuschulden kommen lassen, wer die Zustände mit den siebziger und achtziger Jahren vergleicht, wird den Unterschied sofort erkennen. Und wir haben uns das große politische, das allgemeine Wahlrecht erkämpft. Unsere 89 Abgeordneten können Österreich nicht umkrempeln, dazu sind sie unter 516 zu wenig. Aber eines können sie tun: Jedes Attentat auf das Recht der Arbeiter ist heute unmöglich. Wir, die Internationale, in der Mitte der Nationalen im Parlament sind die

Bürgschaft für die Freiheit und das Recht des Arbeiters. Wenn es so weit gekommen ist, dürfen wir dennoch nicht stille sein und ruhen. Wir Alten haben die Verpflichtung, es den Jungen zehn- und hundertmal zu sagen: Ihr habt die Verpflichtung, zu kämpfen, denn ihr habt es viel leichter wie wir. Es sind annähernd 21 Jahre, daß ich hier war. Viele von denen, die damals mit uns waren, sind nicht mehr unter den Lebenden; denen möchte ich vergönnen, die Kinder zu sehen mit ihren roten Schärpen und Krawatten, wie sie voll Stolz sagen: Mein Vater ist auch Sozialdemokrat, sie, die in einer Zeit gelebt haben, wo kein rotes Schnupftuch geduldet wurde, wo die in den Kerker geworfen wurden, die als Menschen leben und kämpfen wollten. Es geht vorwärts, aber jeder muß alles einsetzen, er ist es seinen Kindern schuldig, daß sie in ihren Hoffnungen nicht betrogen werden. Wir Alten sterben einer nach dem anderen, der eine da, der andere dort. Beneidenswert, der mitten im Kampf stirbt, wie unser Hugo Schmidt, dessen Leben erfüllt war von Arbeit bis zum letzten Atemzuge. Wir haben nicht zu trauern, zu klagen: Wir wollen uns die Hände reichen und zurufen: Hugo Schmidt, du bist tot, aber dein Gedanke lebt in uns fort! Wollen wir diesem Gedanken Leben verleihen, dann muß er in der Brust eines jeden Arbeiters Energie, Klugheit, Offenheit und Aufrichtigkeit auslösen. Das kämpfende Proletariat braucht viele Tugenden und Eigenschaften und eine, die notwendigste, wird am wenigsten geschätzt: Wahrheitsliebe gegenüber dem eigenen Freunde. Leute, die zum Sturm reden und zum Sturm führen, sind tapfer. Aber die nicht allein gegen den Feind tapfer sind, die auch den Mut haben, dem Freunde die Wahrheit zu sagen, das sind die wertvollsten, die besitzen eine besondere Art der Tugend, die Tapferkeit. Und Hugo Schmidt besaß nebst seinem Mut, Besonnenheit und Kaltblütigkeit diese Eigenschaft in besonders hohem Maße. Und in diesem Gedanken wird man von ihm immer sagen: Was Hugo Schmidt war, war er als Sozialist. Der Gedanke des Sozialismus hat sein ganzes Leben ausgefüllt. So denken wir seiner am besten, wenn wir ein Hoch auf die Internationale ausbringen und uns hier das feierliche Versprechen geben, daß wir alle in diesem Gedanken kämpfen, leben und sterben wollen.

Klerikalismus und Schule.

Der Liechtensteinsche Schulantrag.

Versammlung am 4. Februar 1888*).

Wir in dieser Versammlung sind ja ganz klar und einig über unsere Stellung zu dem Gesetz. Aber, ohne Zweifel, haben gewisse Kreise des Volkes eine andere Ansicht darüber. In den Bauerngemeinden agitieren nicht nur die Pfarrer, sondern auch die Bürgermeister mit Erfolg für den Entwurf.

Darauf mache ich Sie aufmerksam, und warum ist es so? Daß das heute so ist, das ist die Schuld jener, welche dieses Gesetz gemacht haben, unser altes Volksschulgesetz; das ist die Schuld jener Bourgeoisie, die uns eine derartige liberale Gesetzgebung geschaffen hat. Das will ich Ihnen beweisen. — Es gibt niemand, es

*) Am 25. Jänner 1888 brachte Prinz Alois Liechtenstein, damals noch Abgeordneter der Bauern von Hartberg in Steiermark, einen Gesetzentwurf ein, der die interkonfessionelle Schulgesetzgebung beseitigen und die klerikale Schule einführen sollte. Der § 1 erklärte rundheraus: Die Volksschule hat die Aufgabe, mit den Eltern die Kinder nach den Lehren der Religion zu erziehen und sie in diesen sowie in den für das Leben nötigen elementaren Kenntnissen und Fertigkeiten zu unterrichten und auszubilden. Die Schulpflicht wurde von acht auf sechs Jahre, bei fünf Unterrichtstagen in der Woche, herabgesetzt, der Kirche wurde ein bedeutendes Mitaufsichtsrecht erteilt, die Lehrer sollten das Glaubensbekenntnis der Schüler teilen. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Lehrerbildungsanstalten blieben den Landtagen vorbehalten. Am 30. Jänner überreichte die Bischofskonferenz dem Unterrichtsminister ein von allen Bischöfen unterzeichnetes Memorandum für die konfessionelle Schule. Zugleich wurde von den Kanzeln die Agitation für eine Petition zugunsten des Antrages Liechtenstein eingeleitet. Selbstverständlich erregte dieser klerikale Vorstoß sowohl im Bürgertum wie besonders in der Arbeiterschaft große Erregung und es wurden überall Versammlungen veranstaltet. Am 4. Februar fand eine Massenversammlung beim Schwender statt, die der politische Verein „Wahrheit“ einberufen hatte. Leißner eröffnete die Versammlung, Grosse wurde zum Vorsitzenden gewählt. Fortelka referierte. In der Debatte kam auch Adler zu Worte, nach ihm Pernerstorfer. Die Redner wurden vom Polizeikommissär wiederholt unterbrochen, die Resolution beanstandet.

Der Antrag Liechtenstein beschäftigte die Öffentlichkeit zwei Jahre lang. Die Regierung hatte auch eine Vorlage ausgearbeitet, die aber von den Kirchenfürsten als nicht weit genug gehend abgelehnt wurde.

Über die weiteren klerikalen Schulanträge siehe die Bemerkungen in Bd. VIII, Seite 374 und 436.

gibt nicht einen Vater, der so borniert wäre, daß er sagt: Ich will, daß meine Kinder weniger wissen; es gibt keine Eltern, welche sagen: wir wollen unsere Kinder in Blödsinn aufziehen. Aber es gibt etwas anderes: es gibt Eltern, Gemeinden, welche unter dem Druck von ökonomischen Verhältnissen stehen, und deren ökonomische Vorteile in Widerspruch gesetzt wurden zu einer wirklichen Volksschule, zu unserer Volksschule hier in Österreich und in den meisten anderen Staaten, eben darum, weil die Lasten der Schule auf die Gemeinden übergewälzt wurden. Darum ist es so weit gekommen, daß die Bauerngemeinden, die allerdings an sich schon nicht sehr begeistert sind von dem Wert des Wissens, in dieser mangelnden Begeisterung durch ihre Pfarrer bestärkt, wenn nun auch der Geldkasten ins Spiel kommt, Feinde unserer Schule werden.

Und das war die Schuld der Bourgeoisie, das war die Schuld der liberalen Gesetzgebung.

Eine unentgeltliche Volkschule, eine unentgeltliche Volksbildung, wie wir sie hier wollen, bedeutet nicht allein, daß der einzelne kein Schulgeld zahlt, sondern bedeutet, daß jedem das Maß von Wissen von Staats wegen ermöglicht und zugeführt wird, welches unsere Gesellschaft, unsere Kultur zu bieten vermag, daß das jedem einzelnen zugänglich gemacht wird.

Es ist nicht wahr, daß Wissenschaft und Kultur, daß die geistigen Errungenschaften, daß sie, wie man von der Anhäufung ökonomischer Güter sagt, das Arbeitsprodukt von einzelnen Besitzenden sind: sondern es ist klar, die Bedingungen für jede Kultur, für jede neue Erkenntnis, und wenn sie der einzelne Gelehrte auf seiner Sternwarte macht, sind die Arbeit des gesamten Volkes. Und das Volk hat daher das gute Recht, auch hier sein volles Arbeitsprodukt für sich zu verlangen.

Sie sehen also, auf der einen Seite haben die liberalen Parteien die Bedingungen geschaffen, durch die weite Volkskreise in Widerspruch gesetzt wurden zum Fortschritt, sie haben aber noch ein Weiteres getan, sie haben das wenige, was sie getan haben, nur halb und schlecht getan.

Man spricht soviel von Glaubenslosigkeit des Bürgertums, man spricht soviel von dem frechen Mut gegen alle Autorität, geistige Autorität, von ihrer revolutionären Gesinnung gegenüber der Kirche. Aber es ist fürwahr nicht viel daran; das ist zu Hause für die vier Wände; hinaustragen wollen sie es nicht lassen; denn sie wissen ja, wenn diese „aufrührerischen“ Gedanken im Volke sind, bleiben sie vor der Bourgeoisie nicht stehen.

Aber die anderen. Die Partei, welche diesen Antrag vorgelegt hat, richtet sich eigentlich von selbst. Eine jede Partei, eine jede Anschauung — und ich respektiere jede, wenn sie mir noch so entgegengesetzt ist —, sagt wenigstens: „Du hast nur darum meine Anschauung nicht, weil du zu wenig gelernt hast.“ Die klerikale Partei aber sagt: „Ihr seid nicht unserer Anschauung,

weil ihr zuviel gelernt habt, ihr müßt weniger lernen!" Eine solche Partei ist durch sich selbst gerichtet. Aber wollen wir uns dies ein bißchen ansehen. Es wurde bereits vom Referenten ausgeführt, daß das neue Schulprogramm sehr viel Religion und Singen und weniger Geschichte, Geographie, Zeichnen usw. enthält. Es ist aber noch eines. Es soll das Kind anstatt acht Jahre nur sechs Jahre in die Schule gehen, der Schulunterricht soll mit dem zwölften Jahre aufhören und nur in einem Sonntags-Wiederholungsunterricht fortgesetzt werden.

Nun könnte man allerdings vom hygienischen, vom medizinischen Standpunkt sagen: Ja, das Alter von sechs Jahren ist für Kinder, besonders für Kinder von Eltern, die nicht gut genährt sind, zu zeitlich, um sie in die Schule zu bringen; es könnte für ihre physische Entwicklung notwendig werden, bei acht Jahren zu beginnen. So würden wir sagen, wenn wir nicht wüßten, daß, wenn der Schulstock aufhört, die Hungerpeitsche beginnt; daß unsere Ordnung es erzwingt, daß die Kinder aus der Schule in die Fabrik, in die Werkstätte getrieben werden, wenn nicht auf die Landstraße als Vagabunden.

Man könnte also sagen, wir lassen die Kinder erst mit acht Jahren beginnen, wo sie dann bis zum 16. oder 18. Jahre, wie es das sozialistische Programm verlangt, in allen Künsten und Wissenschaften unterrichtet werden. Eine solche Beschränkung, ein solches Wegschneiden nach unten hätte möglicherweise einen Sinn, darüber ließe sich reden.

Aber diese Partei will oben beschneiden, die letzten zwei Jahre. Nicht die ersten zwei Jahre, wo man Lesen, Schreiben, Rechnen lernt, die letzten, wo man die Geschichte und Naturlehre lernt, das sind die gefährlichen.

Nur werden Sie aber da einen eigentümlichen Widerspruch bemerken: Fürst Liechtenstein wie seine Genossen sind nicht nur Klerikale, sie sind auch Sozialreformer; ja, sie lassen sich viel lieber bei diesem Namen nennen. Nun mache ich Sie aufmerksam, diese Herren haben mit großem Eifer — allerdings nicht mit so großem, wie für dieses Gesetz —, aber immerhin mit großem Eifer eine Gewerbeordnung eingeführt und zur Fabrikgesetzgebung beigetragen, wo unter vielem anderen Wichtigen — wenn es auch noch so lückenhaft —, Ausbeutungen schon weniger leicht sind und noch viel weniger leicht wären, wenn sie ausgeführt werden würde — wo unter den wichtigsten Bestimmungen auch die Beschränkung der Kinderarbeit, vom 14. Jahre angefangen, vorkommt. Diese Beschränkung wird durch dieses Gesetz einfach aufgehoben. Es ist eine geschichtliche Erfahrung in allen Ländern, daß die Beschränkung der Kinderarbeit nur durchzuführen ist durch die Schulpflicht, daß nur der Lehrer imstande ist, die Aufsicht über die Kinder durchzuführen, daß nur der Schulzwang der Hungerpeitsche gewachsen ist.

Sie sehen, hier wird Fürst Liechtensein, der Sozialreformer, von dem Fürsten Liechtenstein, dem Klerikalen, totgeschlagen.

Und nun, meine Herren, es ist schon betont worden, wir sprechen niemand zu Dank und niemand zu Nutzen.

Es ist ja sehr wahrscheinlich, daß die eine wie die andere Partei aus unserer Versammlung wird Kapital schlagen wollen. Die Arbeiter, werden die Klerikalen sagen, haben die Bourgeoisie beschimpft, und die Bourgeoisie wird sagen, sie haben dem Antrag des Fürsten Liechtenstein kräftig opponiert, und beide, wenn sie das sagen, werden recht haben und wir werden damit zufrieden sein.

Wir sind nicht in der Lage, unsere Stimmen in gründlicher Weise geltend zu machen. Einen Einfluß auf die Gesetzgebung haben wir nicht; wenn jemand im Parlament für die Arbeiterschaft, für das Proletariat spricht, so tut er es, nicht weil ihn seine Wähler hineingeschickt haben, sondern trotzdem ihn seine Wähler hineingeschickt. Hier habe ich eine Rede des Abgeordneten Kronawetter in der Hand, worin er selber erzählt, daß er eine Petition mit 30.000 oder 300.000 Unterschriften, es kommt ja für den Erfolg auf dasselbe hinaus, für das allgemeine Wahlrecht in den Papierkorb des Abgeordnetenhauses überreicht hat.

Wir werden die Papierkörbe des Abgeordnetenhauses nicht mehr füllen. Unsere Sache ist es nur, klarzumachen, was wir wollen, was wir für richtig halten, um den anderen zu sagen, daß wir sie für die Folgen verantwortlich machen.

Uns fällt nicht ein, von der Bourgeoisie zu verlangen, sie solle das sozialdemokratische Programm ausführen. (Wir wissen übrigens, daß die Sozialdemokratie aus Resolutionen gestrichen werden kann, aber nicht aus der Weltgeschichte, und wir lassen uns darum gewisse, harmlose Striche ruhig gefallen...) Aber wir können nicht dulden, daß, wenn die Bourgeoisie schon unser Programm nicht ausführt, sie so feige ist, ihr eigenes Programm nicht auszuführen.

Und sehen Sie, wenn im Krieg der feige Soldat nicht ins Feuer will, da ist es vorgekommen, daß ein energischer Feldherr hinter seiner Armee hat Kanonen auffahren lassen. Diese Rolle spielen wir heute gegenüber der Bourgeoisie.

Das ist das einzige, was wir zu sagen gehabt haben.

Sie sehen, wir fürchten uns nicht, und wir haben es auch nicht notwendig, zu zeigen und zu sagen, was wir wollen, aus Furcht vor Ruhestörungen. Es ist eigentümlich, die anderen Parteien dürfen jede so viel Versammlungen abhalten, als ihr Herz begehrt, und sie fürchten sich, Versammlungen abzuhalten; und wir fürchten uns gar nicht, und wir dürfen fast gar keine Versammlungen abhalten.

Ich glaube, daß man sie uns darum nicht abhalten läßt, weil wir uns nicht fürchten.

Noch ein letztes Wort. Ich bin nicht der Ansicht, daß dieser Antrag durchgehen wird. Nicht etwa deshalb, weil ich glauben würde, daß im Abgeordnetenhaus sich nicht für alles eine Ma-

jorität fände, sondern darum, weil eine Macht es nicht wollen wird, eine Macht, die heute so ziemlich die einzige ist, welche wünscht, daß das Volk physisch gesund und auch geistig gesund ist. Das ist das Militär. Wir hätten heute noch keine Fabrikgesetze, trotz allen Lamentos von rechts, trotz aller Deklamationen von Recht, aller freiheitlichen Phrasen von links; wir hätten noch keinen Normalarbeitstag, wenn nicht die Assentierungsresultate wären, denn, wenn es so fortgeht, haben sie bald keine Soldaten mehr.

Das ist etwas, was gewirkt hat, und schon hat diesem Gesetz gegenüber der Kriegsminister Stellung genommen und es wurde konstatiert, daß beim Soldaten Lesen, Schreiben und Rechnen, ein gewisses Minimum an Wissen, eine sehr gute Sache sei, deswegen weil sie Unteroffiziere brauchen. Und das Gesetz wird deswegen nicht durchgehen. Denn Unteroffiziere brauchen sie! Daß wir Menschen brauchen, das natürlich ist dabei Nebensache. (Lebhafter Beifall.)

Die Los-von-Rom-Bewegung.

Versammlung, 11. April 1899*).

Ein bedeutender englischer Publizist hat sich heute bei mir über die politische Lage in Österreich informieren wollen. Trotz aller Mühe gelang es mir nicht, ihn über unsere Verhältnisse aufzuklären. Wie soll man auch einen Ausländer in einem Vortrag über die österreichischen Verhältnisse informieren, da sie kaum uns selbst begreiflich sind! Gestern hat in Wien die Vertrauensmännerversammlung der Deutschen getagt, von der man eine Klärung hoffte, weil man damit eine Wendung in der Politik erwartet hat. Man hat sich aber damit begnügt, ein Subkomitee aufzustellen, und was ein Subkomitee in Österreich bedeutet, ist leider allzusehr bekannt. (Heiterkeit.) Die bürgerlichen Parteien sind nicht so weit, ein gemeinsames Programm

*) Im Kampfe gegen die Regierung Thun hatten die Alldeutschen die Parole „Los von Rom“ ausgegeben, die zugleich mit der Propaganda für den Übertritt zum Protestantismus verbunden wurde. Die Abfallbewegung griff immer weiter um sich und vergebens suchten ihr die Bischöfe durch Hirtenbriefe und Predigten entgegenzutreten. Im April 1899 wurde ein Hirtenbrief des Episkopats von allen Kanzeln verlesen und die Regierung löste eine Reihe deutschnationaler Vereine wegen Förderung der Abfallbewegung auf. In einer Kundgebung der halbamtlichen „Wiener Abendpost“ wurde gerade am 11. April die Auflösung mit der Abfallbewegung begründet. Die Sozialdemokraten standen der Los-von-Rom-Bewegung neutral gegenüber. Wenn auch an einzelnen Orten, namentlich dort, wo der Altkatholizismus Fuß gefaßt hatte, auch eine größere Anzahl Arbeiter zu diesem übertraten, so begnügten sich die Arbeiter meist damit, den Kampf gegen den Klerikalismus zu führen, oder wie es Schuhmeier formuliert hatte: Nicht Los von Rom! sondern Los gegen Rom! Übrigens wurde das Ergebnis der Los-von-Rom-Bewegung allgemein sehr überschätzt. Als Ziel hatte Schönerer angegeben, zehntausend Seelen dem Katholizismus abspenstig zu machen. Bis Ende 1901 sind nach der

aufzustellen, weil man eine solche Frage nicht vom Standpunkt des Herrschens über andere, sondern nur von dem der Gleichberechtigung aufstellen kann. Wie soll denn von Leuten, die vom nationalen Kampfe leben, die nationale Frage gelöst werden? Selbst die bürgerlichen Interessen werden infolge des nationalen Kampfes geschädigt. Um einen Umschwung im demokratischen Sinn herbeizuführen, müßte sich das deutsche und tschechische Bürgertum vereinigen, aber die Aussicht hiezu ist sehr gering. Man sucht auf deutschnationaler Seite die sogenannte „Los-von-Rom"-Bewegung ins Leben zu rufen, und von vielen Seiten wurde erwartet, daß diese von den Sozialdemokraten mit Enthusiasmus begrüßt werden wird. Diese stehen aber der Sache sehr kühl gegenüber. Die Herrschaft des Klerikalismus wird dadurch nicht beseitigt, daß einige tausend Leute, die längst nicht mehr katholisch waren, Protestanten werden. Der Klerikalismus und seine Gefahr für Österreich steckt tief in den Knochen, und der Charakter des Volkes wird durch eine Änderung des Bekenntnisses, selbst wenn sie sehr umfangreich wäre, nicht geändert. Die Deutschnationalen streben die Herrschaft der Deutschen an, wie sie vor dreißig Jahren bestand, vergessen aber, daß damals nicht die Deutschen, sondern die deutschsprechende Bürokratie geherrscht hat, und daß die Tschechen heute nicht mehr unterzukriegen sind. Es muß eine Form gefunden werden, daß alle Nationen Österreichs friedlich nebeneinander leben können, und da könnte Graf Thun es von den Sozialdemokraten lernen, wie man alle Nationen zu gemeinsamer Arbeit und zum Gefühl der Solidarität erzieht. Aber unser Rezept kann er nicht anwenden, weil die erste Bedingung ernsthaft demokratische Einrichtungen sind. Auf die Herrschaft der Christlichsozialen in Wien übergehend, meint der Redner, daß es damit bereits einigermaßen nach abwärts gehe. Selbst die Freunde Dr. Luegers, der von den Sozialdemokraten immer als ein Komödiant angesehen wurde, müssen ihm nach seinem kommunalen Wahlschwindel sagen: „Diese Komödie hättest du dir ersparen können." (Lebhafter Beifall.) Aber die Arbeiterschaft dürfe nicht warten, bis

„Evangelischen Kirchenzeitung" zur evangelischen Kirche 19.000, zur altkatholischen 8000 übergetreten. Wenn man diese Zahlen mit der Abfallbewegung infolge der Hetzreden des Bundeskanzlers Seipel nach dem 15. Juli 1927 vergleicht, gewiß nicht sehr viel. Aber sie regten doch die Bischöfe sehr auf. Bekanntlich ist Körber Ende 1904 vom Hof zum Rücktritt gezwungen worden, weil er sich weigerte, gegen die Los-von-Rom-Bewegung mit Gewalt vorzugehen.

In der Versammlung, in der am 11. April 1899 Adler im Weilandhof in der Brigittenau über innere Politik sprach, kam er — offenbar gerade infolge der Kundgebung der „Wiener Abendpost" — auch auf die Los-von-Rom-Bewegung zu sprechen.

Um jene Zeit machten die bürgerlichen Deutschen den Versuch, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen. Aber erst am 19. Mai 1899 gelang es den Parteien der „deutschen Gemeinbürgschaft" — Deutsche Volkspartei, Deutsche Fortschrittspartei, verfassungstreuer Großgrundbesitz, Christlichsoziale —, zu einem einheitlichen nationalen Programm, dem Pfingstprogramm, zu kommen, das auf der Idee der Vorherrschaft der Deutschen beruhte.

die Christlichsozialen durch die eigene Dummheit umgebracht werden, sondern müsse durch energische Agitation den Untergang der christlichsozialen Herrschaft soviel als möglich beschleunigen. Im Staate wie in der Gemeinde ruht alle Hoffnung auf der eigenen Kraft der klassenbewußten Arbeiterschaft. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Die Maßregelung der Gewerbeschullehrer.

Lehrerversammlung am 12. Oktober 1902*).

Es ist eine der erfreulichsten Erscheinungen, daß die Lehrer des Volkes anfangen zu wissen, was ihre Pflicht und Aufgabe ist. Ich stehe hier als Vertreter der sozialdemokratischen Partei, als Vertreter der Arbeiterklasse. Ich brauche Ihnen nicht zu versichern, daß das, was die Lehrer bedürfen, um ihrer Aufgabe als Lehrer der Kinder des Volkes vollauf zu genügen, von uns als eine notwendige Bedingung der politischen Entwicklung unseres Landes angesehen wird. Wir kommen nicht zu Ihnen, um Sie für unsere Partei zu gewinnen, wir versprechen Ihnen nichts, um von Ihnen politische Unterstützung zu erlangen. Was wir tun — wir sprechen es offen aus —, tun wir durchaus nicht Ihnen zuliebe, wir tun es uns zuliebe, wir tun es zuliebe den Kindern der Arbeiterklasse. (Beifall.) Wir erwarten von Ihnen weder politische Hilfe, noch rechnen wir darauf, daß auch nur ein einziger von Ihnen zuliebe der Unterstützung der Sozialdemokraten irgendeine politische Konzession macht. Im Gegenteil. Wir kämpfen dafür, daß Ihnen die Möglichkeit geboten werde, unabhängige, freie Männer zu sein. Ich war Landtagsabgeordneter nur sehr kurze Zeit; aber die kurze Zeit hat genügt, um mir die Gesellschaft ein bißchen aus der Nähe anzusehen (Heiterkeit), mit der wir es zu tun haben. Aber so wenig schmeichelhaft die Meinung war, die ich von vornherein gehabt

*) Sämtliche freisinnigen Lehrervereine Wiens hatten für Sonntag den 12. Oktober in Wimbergers Saal eine Lehrerversammlung einberufen mit der Tagesordnung: „Die Schule und der Landtag. — Die Maßregelung der Gewerbeschullehrer." Der Vorsitzende, Gemeinderat Hohensinner, Präsident des Reichsbürgerschullehrerbundes, verwies darauf, daß zu Beginn des Schuljahres fünfzig Lehrer von der Gewerbeschulkommission Knall und Fall entlassen wurden: Noch nie ist in den Kreisen der Lehrerschaft die Welle des Unwillens gegen die Christlichsozialen so hoch gegangen: die Lehrer sind auf das tiefste empört über den neuen Gewaltakt der Christlichsozialen. Auf dem flachen Lande ist eine offene Empörung gegen die Christlichsozialen ausgebrochen; sollen wir uns von den Bewohnern des flachen Landes beschämen lassen? (Beifall.) Unsere Parole muß lauten: „Hoch die freie Schule!" (Lebhafter Beifall.)

Nachdem der Lehrer Hellmann über den Punkt „Schule und Landtag" referiert und Kronawetter dazu gesprochen hatte, kam Dr. Adler zu Worte.

habe, sie ist weit übertroffen worden. Ich habe es nicht für möglich gehalten, daß es einen solchen brutalen Zynismus gibt. Es hat ein Beispiel gegeben, das allein schon die ganze Partei charakterisiert und sie brandmarkt. Ich erinnere Sie an den von Dr. Ofner eingebrachten Antrag, der für die Unterlehrer eine Kündigungsfrist bestimmen sollte, eine Sache, von der man annehmen mußte, daß sie ohne Debatte als ganz selbstverständlich erledigt werde, und ich gestehe Ihnen, ich war so naiv, es anzunehmen, und habe dem Geßmann gesagt: „Schreien Sie nicht, Sie werden den Antrag schließlich doch annehmen müssen", und ich habe mich bitter blamiert. (Heiterkeit.) Die Leute haben die Schamlosigkeit gehabt, den Antrag, den jeder Volksvertreter, der das Interesse der Lehrer und Kinder wahrt, annehmen müßte, brüsk abzulehnen. (Pfuirufe.)

Fast jede Partei von bürgerlichem Aussehen hat ihre Macht bis zu einem gewissen Grade mißbraucht. Dieser schamlose, rücksichtslose Mißbrauch, dieser Cäsarenwahnsinn, der aber in dieser Partei lebt, ist ein Punkt, der uns bestimmt, sie mit dem Aufwand aller Kraft zu bekämpfen und auf diesem Wege mitzunehmen, wer sich uns anschließen will. Der andere Punkt ist noch viel schlimmer. Von dieser Partei geht aus eine Vergiftung und Korrumpierung des öffentlichen Geistes, es geht aus eine Verlogenheit, eine Erziehung zur Lüge, eine Mißachtung alles dessen, was jedem Menschen, gehöre er welcher Partei immer an, hoch und heilig ist. Es gibt in Wien bald keinen städtischen Beamten mehr, der das Bewußtsein seiner Pflicht hätte. Sie haben die Gesamtheit der Beamten dahin gebracht, daß sie, die Verwaltungsbeamte der Gesamtheit sind, um das Butterbrot eines Avancements für die Willkür jeder Partei zu haben sind. Wer die inneren Vorgänge des Magistrats kennt und auch nur weiß, was jetzt bei den Wahlen wieder geschehen ist, der weiß, daß das nicht geschehen könnte ohne die gänzliche Verwahrlosung der Gewissen dieser Leute. Diese Korrumpierung des öffentlichen Geistes ist ein systematisches Komplott der klerikalen Partei im Bunde mit der Plutokratie. Ausgezogen sind sie gegen die jüdische Plutokratie, und geführt haben sie uns in die Knechtschaft der klerikalen Plutokratie*). (Lebhafter Beifall.)

Ich bin nicht hieher gekommen, um lange Reden zu halten. Ich weiß, was Sie wollen, und Sie wissen ungefähr, was ich will. Sie können versichert sein, daß jeder Sozialdemokrat, der in einem Vertretungskörper sitzt, für Ihre Forderungen eintritt, ja Ihr Programm als ein Minimalprogramm ansehen wird. Die Forderungen der Sozialdemokraten gehen viel weiter. Wir erschrecken nicht davor, Utopisten genannt zu werden, wir meinen in der Tat, daß es notwendig ist, daß das Recht der Kinder auf Ernährung und Erziehung gewahrt wird, und zum

*) Seither haben sie sich auch mit der kapitalistischen Plutokratie versöhnt.

Rechte des Kindes gehört in vollem Umfang das Recht der Lehrer. (Stürmischer Beifall.)

Der Landtag und die Wissenschaft.

Versammlung am 4. November 1903*).

Professor Ebner hat seinen Vortrag mit der Hoffnung auf die kommende Wahrheit geschlossen. Die Wahrheit ist eine große Sache, aber sie siegt nur, wenn man ihr siegen hilft! Wir leiden in diesem Lande nicht nur unter der konservierten Dummheit träger Massen, die von gewissenlosen Demagogen benützt wird; noch viel mehr an dem Mangel an Mut in allen anderen Schichten. Nicht nur die christlichsozialen Demagogen sind in diesem Falle die Schuldigen, mitschuldig sind andere, vor denen viele sonst den Hut sehr tief ziehen. Schuldig der Feigheit ist der Statthalter Kielmansegg, schuldig ist der Unterrichtsminister Hartel, schuldig ist der Ministerpräsident Körber! Die Herren wissen ganz gut, wie verlogen diese Agitation ist. Wir leiden unter der Pflichtvergessenheit unserer hohen Beamten! Diese Versammlung ist erfreulich, weil sie vielen wieder neuen Mut gibt. Ich habe seit acht Tagen die fürchterliche Pflicht,

*) Ende Oktober 1903 begannen die Christlichsozialen im niederösterreichischen Landtag wieder einmal einen Feldzug gegen die Universität. Bielohlawek, Gregorig und Schneider fingen mit einer Debatte über die Vivisektion an und beschimpften die Professoren und die „jüdischen Ärzte". Als das medizinische Professorenkollegium und die Ärztekammer sich dagegen verwahrten, daß eine dazu nicht berufene Körperschaft über die Frage der Tierversuche beschließe, brachte Abgeordneter Steiner einen Antrag auf gesetzliche Überwachung des Obduktionswesens ein, wobei in der Debatte wieder vom Statthalter Grafen Kielmansegg ruhig hingenommene Beschimpfungen der Professoren erfolgten. Lueger brachte einen Antrag ein, die „anmaßende Erklärung der Professoren zurückzuweisen..." und begründete den Antrag mit Schimpfereien über die „Tier- und Menschenschinder". Weiskirchner, Schneider und Pattai gingen gegen die Kliniken los, worauf Lueger den Vogel abschoß mit dem geflügelten Worte, solange ein Gelehrter nicht einmal einen Grashalm konstruieren könne, sei er ein Pfuscher und Pfründner... In einem Schreiben an den Landmarschall Abt Schmolk vom 3. November erklärte der Rektor Escherich, daß er als Virilist im Landtag nicht mehr sprechen werde, solange nicht der Wissenschaft und der Universität die gebührende Achtung entgegengebracht werde. Zugleich legten die Mitglieder der Ärztekammer als Protest dagegen, daß der Statthalter die Beschimpfungen der Ärzte nicht zurückgewiesen hatte, ihre Stellen nieder.

Aber am schändlichsten war dann die schmähliche Hetze, die die Christlichsozialen gegen den Professor Politzer einleiteten. Professor Politzer, ein bahnbrechender Forscher auf dem Gebiet der Ohrenheilkunde, dabei Ohrenarmenarzt in den Gemeindeanstalten, hatte, da ihm die Unterrichtsverwaltung kein Universitätslaboratorium einrichtete, sich schon bald nach seiner Habilitierung als Privatdozent ein privates Laboratorium für Anatomie und Pathologie der Gehörorgane in seiner Wohnung eingerichtet und schon im Jahre 1862 hatte ihm der Wiener Magistrat die Erlaubnis

diese Debatten im Landtag, diesen Weichselzopf von Lügen, Unwissenheit und Halbwahrheiten zu lesen und mir zu entwirren. (Zwischenruf: Ekelhafte Arbeit!) Das ist ekelhaft. Aber an den Ekel muß man sich in Österreich gewöhnen, sonst könnte man hier überhaupt nicht arbeiten. (Zustimmung.) Nehmen Sie den heutigen Fall: Professor Politzer hat Hunderte von Ohren — zum Heile der Menschheit! — untersucht. Im Landtag wird er heute mit Angriffen und Beleidigungen überschüttet. Und was bleibt als einziges Argument von der heutigen Debatte gegen Professor Politzer übrig? Daß er einem Diener zu wenig Trinkgeld gibt. (Heiterkeit.) Von dem Vorgehen des Lueger und Konsorten will ich gar nicht reden. Schließlich kann man vom Ochsen nur Rindfleisch verlangen. (Heiterkeit.) Aber Herr Kielmansegg — ich verlange von ihm nicht zuviel (Heiterkeit) — könnte anders auftreten, er bekommt sein Material vom Referenten fix und fertig zugestellt. Die Lügen der Herren von der Majorität sind populär, die Herren sind ja ganz schlau, wenn sie gegen die Spitäler hetzen. Es gehört Mut dazu, dem auf Schritt und Tritt entgegenzutreten, denn es fehlt ja sehr viel in unserem heutigen Sanitätswesen. Wenn wir den Arbeitern fortwährend sagen müssen: „Unsere Spitalzustände sind schlecht, die Ernährungsverhältnisse in unseren Spitälern sind mangelhaft“, da wird es uns

---

gegeben, die in den Versorgungshäusern der Gemeinde befindlichen Ohrenkranken zu untersuchen und nach ihrem Tode ihre Gehörorgane einer wissenschaftlichen Untersuchung zu unterziehen. Jahrzehntelang übte er diese Praxis. Im Jahre 1894 hatte aber ein Diener, der damit betraut war, ihm diese Leichenteile zu bringen, in seiner Wut, daß ihm das Trinkgeld, das er dafür bekam, zu gering erschien, eine Anzeige erstattet, aber nach kurzen Schwierigkeiten war dem Professor wieder die alte Erlaubnis gegeben worden. Jetzt auf einmal, in ihrer Hetze gegen die Universität — Anfang November 1903 —, brachten die Christlichsozialen diesen Fall entstellt zur Sprache und Abgeordneter Leopold Steiner beschuldigte den Gelehrten, er habe „gestorbenen Pfründnern die Ohren ausgeschnitten und zu diesem Zwecke die Leichenwärter bestochen“. Darüber gab es, da Steiner auf die öffentliche Erwiderung des Professors einen Dringlichkeitsantrag auf gesetzliche Regelung des Obduktionswesens einbrachte, am 4. November eine ausführliche Politzer-Debatte, in der der Abgeordnete Seitz, der sich der Universität annahm, von Bielohlawek, Geßmann, Steiner und Lueger beschimpft wurde.

Am 4. November fand aber auch eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung „Die Universität und der Landtag“ statt, in der zahlreiche Universitätsprofessoren anwesend waren. Den Vorsitz führte Dozent Dr. Ludo Hartmann, das Referat erstattete Professor v. Ebner. In der Debatte sprach auch Adler.

Außerdem sprachen noch Dozent Dr. Fröhlich und Professor Toldt, worauf folgende von Dr. Lostorfer beantragte Resolution einstimmig beschlossen wurde:

> Die Versammlung, entrüstet über die gehässigen und wahnwitzigen Angriffe der Landtagsmehrheit gegen die medizinische Fakultät und die Ärzteschaft, sieht in dem Versuch der Zerstörung des Vertrauens auf die klinischen Krankenanstalten und die Ärzte eine schwere Schädigung höchster Kulturinteressen und der armen Bevölkerung Wiens.

schwer fallen, den Arbeitern gleichzeitig klarzumachen: Die Angriffe wider die Wissenschaft sind Verleumdungen! Es ist schwer, den Leuten klarzumachen: nicht die Ärzte sind an den Mängeln schuld, sondern eine knauserige Verwaltung! Ich bin heute im Landtag mit Schmähungen überhäuft worden — Bestialität war das wenigste (Heiterkeit), weil ich in der „Arbeiter-Zeitung" geschrieben habe, jeder hat im gewissen Sinne die Pflicht, der Wissenschaft seinen Körper zur Verfügung zu stellen! Jeder oder keiner! Das bedeutet, daß das heutige System, in dem nur der Arme benützt wird, verurteilt werden muß! Eines ist sicher: Den Kampf gegen die Christlichsozialen kann man gar nicht führen oder — gründlich! Wir müssen sie nicht nur bekämpfen, wenn sie offen lügen, sondern auch, wenn sie Wahrheiten entstellen. Seitz, der auf seinem Platze steht, es ist der schlechteste Platz in ganz Österreich (Heiterkeit), hält der ganzen Horde stand, trotzdem auch er — wie der Herr Rektor Escherich — ein genügendes Maß von Selbstachtung besitzt. Wenn man einen Posten auszufüllen hat, so darf man sich eben die Pflichten nicht aussuchen. Hier, wo ein Stück europäischer Schande ruchbar wurde, hätten die Professoren sich auch öffentlich vor Europa über den Herrn Unterrichtsminister äußern sollen. Diese offene Stellungnahme hätte reinigender gewirkt als alles Vornehmtun. (Stürmischer Beifall.) Heute war im Landtag nur von Leichenschändung die Rede. Ich kann Ihnen sagen, was eine Leichenschändung ist. Da ist kürzlich einem Arbeiter in einer Buchbinderei die Hand von der Kreissäge abgeschnitten worden. Der Chef gab den Auftrag: „Werfen Sie die Hand auf den Misthaufen!" Dort haben sie später Arbeiter gefunden; die Arbeiter waren empört, mit Recht! Aber glauben Sie mir, wenn sich ein Arzt diese Hand geholt hätte, um sie zu untersuchen, die Arbeiter wären nicht empört gewesen. (Zustimmung.) Ich schließe mit dem Wunsche, daß Sie für die gute Sache auch dann eintreten mögen, wenn es sich nicht allein um ein Gebiet Ihrer persönlichsten Interessen handelt. (Stürmischer Beifall.)

Gegen die klerikalen Schulverderber.

Versammlung, 7. November 1904*).

Wir sind zusammengekommen, um einer schweren Gefahr, die uns alle bedroht, entgegenzutreten. Wir sind hier versammelt, nicht allein um einer Partei, deren Führer durch Unwissenheit und Bru-

*) Als im Jahre 1904 der christlichsoziale Landesausschuß von Niederösterreich ein Defizit von drei Millionen Kronen feststellte und auch der Wiener Gemeinderat vor einem Defizit stand, beschlossen die Christlichsozialen eine Landesbiersteuer von 1 K 70 h für den Hektoliter. Als Vorwand dafür wurde die Notwendigkeit der Gehaltsregulierung der Lehrer genommen, die die Christlichsozialen schon seit Jahren hinausgeschoben hatten. Die Gehaltsregulierung wurde auch beschlossen, aber während die Biersteuer schon am 1. Jänner 1905 in Kraft trat, sollte der höhere Gehalt

talität, durch Gewissenlosigkeit und Stumpfsinn, durch systematische Verdummung und Verrohung des Volkes das Äußerste leisten, unsere Meinung zu sagen, nicht allein um die niederträchtigen Beschimpfungen abzuwehren, die diese Menschen gegen die Arbeiterschaft und gegen ihren Vertreter im Landtag begangen haben, sondern um einer ernsten Gefahr entgegenzutreten. Seitdem das Volksschulgesetz besteht, hat es einen Feind, die Klerikalen. Seitdem man anfing, die Kinder des arbeitenden Volkes notdürftig auszustatten für den Kampf ums Leben, haben diese Kinder einen Feind: die klerikale Partei, die sich heute die christlichsoziale Partei nennt. Unermüdlich hat diese Partei, mit offener Agitation und mit Intrige, gesucht, das bißchen Volksschule zu verderben, zu untergraben, untauglich zu machen für ihren Zweck. Und als der offene Einbruch in die Volksschule abgeschlagen wurde, da sagte Lueger: Wir brauchen kein Gesetz, wir brauchen das Parlament nicht; das machen wir uns schon selber. Und indem sie es sich selber machen, statten sie den Tribut ab an die Klerikalen, die ihnen geholfen haben, daß sie heute Wien und Niederösterreich beherrschen. Mit dem Gehirn der Arbeiter bezahlt Dr. Lueger die Erlaubnis, die Taschen der Arbeiter zu plündern. Das ist der Pakt und jetzt soll ein Stück seiner Erfüllung kommen. Das ist die Gefahr, die uns Erwachsene angeht. Die Sozialdemokraten in allen Ländern sind mit

---

erst am 1. Juli ausbezahlt werden. Das Erträgnis der Biersteuer des ersten halben Jahres mußte zur Sanierung der Landesfinanzen verwendet werden. Aber nicht genug daran, wollte Geßmann die Gehaltsregulierung der Lehrer wieder zum Anlaß einer Änderung der Schulgesetze nehmen. In der Landtagssession, die am 20. September 1904 begann, legte der Landesausschuß ein neues Schulaufsichtsgesetz, ein Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Lehrer und ein neues Gesetz über die Schulerrichtung und die Schulerhaltung vor und ließ die Vorlagen trotz dem Protest der Lehrer und der Öffentlichkeit am 18. Oktober im Schulausschuß und am 25. Oktober im Landtag beschließen. Dadurch wurden nicht nur die Gemeinden und die Schulräte entrechtet und alle Macht dem Landesausschuß gegeben, sondern es wurde auch auf Grund des Gesetzes in Hunderten von Volksschulen der Halbtagsunterricht eingeführt. Gegen diese Anschläge auf die Schule kämpfte im Landtag allein mit Energie der einzige Sozialdemokrat Abgeordneter Seitz. Deshalb wurde er auch immer wieder von der christlichsozialen Meute angepöbelt, ja der Abgeordnete Ernst Schneider stürzte sich einmal mit erhobener Faust gegen Seitz und wurde von einem wirklichen Angriff nur dadurch abgehalten, daß er im letzten Augenblick doch Angst bekam, als Seitz in seine Tasche griff und drohte, zu schießen, wenn er ihn anrühre.

Als Protest gegen diese Schulgesetze fand am 7. November eine Massenversammlung im Hotel Savoy auf der Mariahilferstraße statt, in der Adler referierte. Nach ihm sprachen Seitz und Schuhmeier. Nach der Versammlung fand eine Demonstration vor der Wohnung des „Landesalkoholikers" Schneider statt.

Körber vermochte übrigens seine Nachgiebigkeit gegenüber den Christlichsozialen nicht zu retten. Am 30. Dezember mußte er zurücktreten, weil die Thronfolgerclique empört war, daß er sich weigerte, gegen die Los-von-Rom-Bewegung die Gerichte zu mobilisieren.

mächtigeren Feinden fertig geworden, als die Leute sind, die heute für eine Weile in Niederösterreich herrschen. Wir können uns wehren. Wer aber wehrlos ist, wen wir nicht schützen können, das sind die Massen der Kinder des Volkes, die preisgegeben sind ihren Feinden. Ich habe vor kurzem den Brief eines Arbeiters erhalten. Der Arbeiter schrieb: Was haben wir Arbeiter anderes als unsere Arbeitskraft? Aber der Wert unserer Arbeitskraft hängt ab von der Hand wie vom Hirn, und so greift man an unser einziges Vermögen, indem man auf unser Hirn schlagen will. Man greift auf das, was einzig den Fortschritt der Arbeiterschaft in der Zukunft ermöglicht.

Darum ist dieses Attentat auf die Schule um so gefährlicher, als es zuletzt darauf hinausläuft, daß die ganze Verwaltung der Schule in die Willkür, in die Diktatur einer kleinen Clique, die heute im Lande und in der Gemeinde herrscht, gegeben wird. Darin liegt die Perfidie und die Gefahr dieses Planes der Pfaffenherrschaft, daß sie die Verwaltung der Schule in die Hände einer rücksichtslosen Gesellschaft legt, die gewöhnt ist, mit den gemeinsten Mitteln des Gesinnungsdruckes und der Inquisition zu herrschen, die ihre Beamten und ihre Lehrer mißbraucht und sie zu elenden, gedrückten Werkzeugen ihrer Macht herabwürdigt, daß die Verwaltung der Schule Leuten überlassen wird, die vor jeder Gewalt kriechen, die aber keinen Respekt haben vor dem einzigen, was Achtung einflößt, vor dem freien Willen des Mannes, vor der Persönlichkeit des Menschen. Leuten, die in bewußter, niederträchtiger Absicht Mann für Mann und Seele für Seele korrumpieren und erniedrigen, bis nichts mehr da ist, als wehrlos gebrochene Leute (lebhafter Beifall, Pfuirufe), bis diejenigen, die zum wichtigsten und höchsten Amte berufen sind, zu dem Amte, die Kinder, das ist die Zukunft der Menschen, zu bilden, erbärmlich am Boden kriechen, bis ihnen das Rückgrat gebrochen ist und ihnen alles weggenommen ist, was den Wert des Menschen ausmacht, wie sie ja heute schon daran sind, die Lehrer und Beamten zu drangsalieren, bis hinunter zu den Massen der Arbeiter, die im Dienste der Kommune und des Landes stehen, niederträchtigsten Gesinnungsterrorismus zu treiben.

Aber vergessen wir über den Schuldigen die Mitschuldigen nicht, mitschuldig in dem Grade, daß man sie fürwahr die Hauptschuldigen nennen möchte. Solche Gesetze können nicht gemacht werden, wenn die Regierung nicht will, eine Regierung, die stark genug ist, in Innsbruck den Bürgermord*) nicht nur geschehen zu lassen, sondern ihn geradezu anzustiften: eine Regierung, die stark genug ist, um dort ihren frevelhaften und

*) Am 3. November 1904 wurde die italienische Rechtsfakultät in dem Innsbrucker Vorort Wilten eröffnet, abends kam es zu einem Kampfe zwischen deutschnationalen und italienischen Studenten, es wurde geschossen, die Fakultät gestürmt, Militär schritt ein und tötete einen Demonstranten.

törichten Willen um den Preis von Menschenleben durchzusetzen, obwohl dort in Innsbruck der einzige Punkt ist, über den die Nationen des Landes des Sprachenstreites einig sind. Überall streiten in Österreich die Nationen um die Schule. Aber in Österreich sind Deutsche und Italiener einig darüber, daß sie beide in Innsbruck die italienische Universität nicht wollen. Und eine vernünftige Regierung wäre glücklich, daß sie einig sind. Aber nein. Gerade als ob dieser Körber von einem boshaften Teufel besessen wäre, mußte mit frevelhafter Hand dieses Streitobjekt hingesetzt werden. Und so ist das Gewissen dieser Regierung mit dem Blute, das in Innsbruck geflossen ist, belastet. Aber diese starke Regierung, die alles vermag, die es sogar vermag, sich dem gesunden Menschenverstand und dem ausgesprochenen Willen des Volkes entgegenzusetzen, diese Regierung läßt in Niederösterreich, ohne daß sie den Mund aufmachen würde, ein Gesetz zustande kommen, von dem sie überzeugt sein muß, daß es dem Interesse der Bevölkerung und der Kultur nicht nur, sondern auch dem Interesse des Staates entgegengesetzt ist. Diese Regierung, die in Innsbruck soviel Courage hat, ist in Wien so feig, und die an der Spitze stehen, die Herren Körber und Hartel*), sie haben kein Wort des Einspruches gegen diese Maßregel gehabt. Ja, sie haben nicht einmal den Mut der Zustimmung. Denn ob das Gesetz sanktioniert wird, das soll nach dem Willen des Herrn v. Körber das Schacherobjekt für Monate hinaus bilden.

Von Seiner Exzellenz dem Statthalter**) von Niederösterreich (Gelächter) spreche ich nicht. Wozu soll man von dem armen Herrn sprechen, der eine so traurige Rolle spielt. Aber für uns steht die Sache so: Wenn es eine Tatsache ist, daß sich die Regierung der Macht des Pfaffentums in Österreich, der Macht der reaktionärsten Elemente, die heute schon besteht und von der man sich für die Zukunft noch mehr verspricht, wenn nämlich der Patron des Katholischen Schulvereines***) der Patron von ganz Österreich geworden sein wird, blind unterwirft, so ist es die Aufgabe der Bevölkerung, die einsieht, daß hier eine Gefahr vorliegt, dieser Macht, diesem Willen den Ausdruck des anderen Willens entgegenzusetzen. Obwohl das Bürgertum in weitem Umfang weiß, daß das eine Gefahr ist — ich spreche nicht von denen, die so im Banne der christlichsozialen Lügen sind, daß sie das Denken überhaupt verlernt haben —, so können wir auf eine Machtentfaltung dieser bürgerlichen Elemente nicht rechnen, weil diese Leute sich mit der christlichsozialen Partei, mit der sie Geschäfte machen, von der sie Ämter kriegen, vertragen, und weil sie schließlich auch ihre Ruhe haben wollen. Denn das Bürgertum kann alles, nur kämpfen kann es nicht. Dazu ist es längst schon zu bequem geworden. Wenn

*) Der Unterrichtsminister Professor Ritter v. Hartel.

**) Das war der nachmalige Ministerpräsident Bienerth.

***) Der Thronfolger Franz Ferdinand, der im April 1901 das Protektorat über den Katholischen Schulverein übernommen hatte.

es jemand gibt, der ihnen Widerstand entgegensetzen kann, so ist es ganz allein die Arbeiterklasse. Und sie ist auch die nächste dazu, weil sie am schwersten dadurch betroffen wird und weil sie am wenigsten der Verwüstung entrinnen kann, ob der Angriff nun auf das Gehirn der Arbeiter oder auf ihre Taschen geht.

Symbolisch und in einem plastischen Bilde drückt sich das Verhältnis heute schon im niederösterreichischen Landtag aus. Es zeigt sich, daß die Minorität wohl ab und zu mit leiser Stimme versucht, einige Einwendungen geltend zu machen, daß aber einen mächtigen, entscheidenden, wirksamen und unbeugsamen Protest dort nur der einzige Sozialdemokrat vorzubringen weiß, der in diesem Landtag sitzt. (Hoch Seitz!) Und wir sind es dem Genossen Seitz schuldig, der dort eine Aufgabe zu verrichten hat, von deren Schwierigkeit sich viele von Ihnen vielleicht noch immer nicht den gehörigen Begriff machen, der es über sich bringt, nicht nur Arbeit zu leisten, sondern allein in dieser Gesellschaft zu sein, was an sich schon für jeden ehrliebenden Menschen ein Opfer ist, der nicht nur sein Wissen und seine Energie, sondern auch seinen Mut dort einzusetzen weiß, wir sind es ihm schuldig, ihm den herzlichsten, wohlverdienten Dank der arbeitenden Bevölkerung Wiens auszusprechen. (Stürmische, sich immer wiederholende Rufe: Hoch Seitz!) Zu den Dingen, die am schlimmsten aussehen, die aber nicht das Schlimmste sind, gehört die rüde und ungebildete gemeine Diskussionsmethode dieser Leute. Für einen Menschen, der gewohnt ist, mit „ungebildeten" Arbeitern zu verkehren, ist es geradezu ein unerhörtes Opfer, mit diesem ungebildeten Gesindel verkehren zu müssen. Wenn dieser Herr Schneider (laute Pfuirufe) in seinem chronischen Alkoholismus eine Angriffsbewegung macht, so hat gerade er die meisten Milderungsgründe für sich. Denn würde er wegen dieser niederträchtigen Tat vor Gericht kommen können, so würde er ja mit gutem Rechte auf Unzurechnungsfähigkeit plädieren können. Allerdings muß man gestehen, unter diesen Umständen bekommt man wirklich das Bedürfnis nach einem alkoholfreien Landtag. Das wäre höchst nützlich. Aber ich fürchte, daß das nur die Folge hätte, daß die Herren schon angesoffen hinkämen. (Heiterkeit und Beifall.)

An demselben Tage, an dem dieser Schneider gegen Abgeordneten Seitz versucht hat, handgreiflich zu werden, ist in der französischen Kammer der Kriegsminister von einem Parteigenossen des Herrn Schneider tätlich überfallen*) und in feigster Weise mißhandelt worden. Nun kann man meinen, was in der französischen Kammer geschieht, kann auch im niederösterreichischen Landtag passieren. Denn der Landtag ist nicht so ehrgeizig, daß er nobler

*) Der Abgeordnete Syveton hatte den 66jährigen Kriegsminister General André von hinten überfallen und geohrfeigt, weil er die klerikalen Machenschaften an der Offiziersschule in Saint Cyr nicht dulden wollte, weshalb der monarchistisch-klerikale „Figaro" einen Preßfeldzug mit angeblichen Enthüllungen eingeleitet hatte.

sein will als die französische Kammer. (Heiterkeit.) Aber es ist doch ein gewaltiger Unterschied. Vor allem ist der Angriff in Paris von einem Mitglied der Minorität gegen ein Mitglied der Regierung begangen worden, während hier die ganze ungeheure Majorität sich auf den einen Mann stürzte. (Pfui!) Also schon moralisch ein gewaltiger Unterschied. Dann aber wurde die feige Tat des Syveton in Paris von der ganzen Kammer verurteilt, während wir hier gesehen haben, daß der Herr Landmarschall*) (stürmische Pfuirufe), der, mit der doppelten Würde — eines Würdenträgers des Staates und der Kirche — betraut, eine doppelte Verantwortung fühlen sollte, ein feiges Werkzeug dieser Leute ist. Dieser Mann hat ja zunächst denjenigen attackiert, auf den das Attentat verübt wurde und Seitz hat erst Rekriminationen erheben müssen. um zu erzwingen, daß er denjenigen, der sich so rüpelhaft benommen hat, auch diszipliniert. Ich begreife vollständig, daß Genosse Seitz, der die steigende Unbändigkeit dieser Herren alle Tage sieht, sich sagen mußte: Diesen Leuten ist alles zuzutrauen. und ich bin gezwungen, wenn ich in den Landtag gehe, mich zu rüsten, wie ich mich rüsten muß, wenn ich durch den Bakonyerwald gehe, wenn auch der Revolver keine parlamentarische Waffe sein mag. Aber ich hoffe, daß das Exempel vom Freitag, obwohl es mit der Ausschließung des Genossen Seitz geendet hat, genügen wird, um den Herren für immer die Lust zu solchen Künsten zu vertreiben, und daß der Revolver des Abgeordneten Seitz um so eher überflüssig wird, je mehr die Arbeiterschaft zeigt, daß Seitz nicht der Vertreter einen kleinen Gruppe von Leuten ist, sondern daß er im Landtag steht als Wortführer und Vertrauensmann der gesamten arbeitenden Bevölkerung. (Stürmischer Beifall.)

Die Versammlung ist die Einleitung eines Kampfes. sie sei aber zugleich eine Warnung und, sagen wir es nur, eine Drohung an die Regierung Körber. Unser Protest richtet sich gegen die Christlichsozialen, aber an denen ist nichts zu bessern. Sie sind verkauft mit Haut und Haaren, sie sind verraten und sie sind Verräter. Unser Kampf richtet sich nicht gegen sie in erster Linie, sondern gegen die Regierung, die sehr wohl weiß, welches Verbrechen an dem Volke verübt werden soll und die die Verantwortung trifft, wenn das Verbrechen begangen wird. Diese Regierung, die das ganz unfertige absurde Vereinigungsprojekt genehmigt, weil der Größenwahn des Lueger es will, diese Regierung. die duldet, daß Steuer auf Steuer auf die Bevölkerung gewälzt wird. gerade zu einer Zeit einer ungeheuren Verteuerung der Lebensmittel, die jede Schändlichkeit der Christlichsozialen unterstützt hat, will jetzt gestatten, daß nun auch die Jugend des Volkes an die erbittertsten Feinde dieser Jugend ausgeliefert werde. Wir sehen da wieder, wie Körber in seiner kleinlichen Schacherpolitik, um sich die Gunst von den paar Herren für ein paar Wochen zu sichern, Stück für Stück die teuersten Güter des Volkes verkauft. Gegen diese verderbliche Politik der Regie-

*) Der Prälat Schmolk.

rung ist unser Protest in allererster Linie gerichtet, gegen sie wird die Arbeiterschaft den Kampf zu führen haben, und sie wird ihn führen. (Stürmischer, andauernder Beifall.)

Der Fall Wahrmund.

Aus der Budgetrede vom 3. Juni 1908*).

Wenn ich nun auf den **Fall Wahrmund** übergehe und von dem Sachlichen und Zufälligen dieser Sache absehe, so stellt sich für mich das Tatsächliche dieses Falles so, daß ein Hochschullehrer einen Vortrag gehalten hat und daß, weil dieser Vortrag insbesondere den Häuptern der klerikalen Parteien nicht genehm war, dieser Professor seine Vorlesungen einstellen mußte. Wir haben doch einen liberalen Unterrichtsminister, nicht wahr? (Heiterkeit.) Und es ist nicht zu leugnen, daß man Herrn Dr. Marchet für einen Mann gehalten hat, der mit ehrlicher Überzeugung in das Ministerium eingetreten ist und den redlichen Wunsch hatte, wenn schon nicht das Gute zu tun, so doch nach altliberalem Muster wenigstens einiges von dem Schlechten zu verhüten. Dieser Herr Dr. Marchet ist heute in keiner beneidenswerten Verfassung. Die Politik der jetzigen Regierung hat ihn dahin gebracht, daß das einzige, was er besaß, das Vertrauen zu seiner Geradheit und Redlichkeit, zu der Sicherheit, mit der er seiner Überzeugung Ausdruck gibt, wesentlich vermindert worden ist. Der sozialdemokratischen Partei sind die Universitätsfragen an sich, so wie sie heute auftreten, durchaus nicht Dinge allerersten Ranges. Der Krieg der

*) Als im Jahre 1907 die Regierung für den unpopulären Ausgleich mit Ungarn eine Mehrheit brauchte, nahm Beck eine Parlamentarisierung der Regierung vor. Die Christlichsozialen Geßmann und Ebenhoch, der deutsche Agrarier Peschka, der tschechische Agrarier Praschek, der Jungtscheche Fiedler und der polnische Schlachziz Abrahamowicz traten in die Regierung ein. Um die Christlichsozialen, die sich immer als fanatische Feinde jedes Ausgleiches mit Ungarn gebärdet hatten — Lueger hatte das Wort von den Judäomagyaren erfunden! —, zu gewinnen, machte Beck dem Bürgermeister Lueger einen Besuch und ließ ihn sogar durch den kaiserlichen Kabinettsdirektor Schießl bearbeiten. Außerdem war übrigens der Deutschfreiheitliche Professor Marchet noch von früher Unterrichtsminister. Als die Christlichsozialen in die Regierung eintraten, gab Lueger auf dem Katholikentag die Parole aus, nachdem die Volksschule erobert sei, gelte es neben der Mittelschule auch die Hochschulen zu erobern, diese „Brutstätten der Religionslosigkeit und Vaterlandslosigkeit".

Die Wirkung zeigte sich wirklich bald. Am 18. Jänner 1908 hielt der Professor des Kirchenrechtes an der Innsbrucker Universität, Dr. Ludwig Wahrmund, als Antwort auf den vom Papst Pius X. eingeleiteten Kampf gegen den „Modernismus", in einer Versammlung des Vereines „Freie Schule" vor einem zum größten Teil aus Arbeitern bestehenden Publikum einen Vortrag über „Katholische Weltanschauung und freie Wissenschaft". Als der Vortrag in München als Bro-

Studenten um Schläger oder Nichtschläger geht uns nicht nahe; auch die Frage, ob kanonisches Recht in dieser oder jener Fasson vorgetragen werde, ist für uns an sich nicht sehr wichtig, wohl aber ist der Fall für uns ein Paradigma, ein laut sprechendes Symptom. Wenn man es schon wagt, im Lichte der Öffentlichkeit einen Hochschullehrer, dessen Sicherheit unter Garantie der Vertreter des deutschen Bürgertums gestellt worden ist, in dieser Weise zu behandeln: wie muß es dann erst in den Tausenden von Fällen gehen, in denen nicht auf dem Theater der Öffentlichkeit, sondern im Zwielicht der Bezirks- und Landesschulräte entschieden wird, wenn es sich nicht um Hochschullehrer, sondern um die wirklichen Lehrer des Volkes handelt, wie muß es dann erst mit der Unabhängigkeit des Denkens, mit der Freiheit der Lebensführung jener Zehntausende von Lehrern aussehen, denen die Arbeiterschaft ihre Kinder anvertraut? Schon aus diesem Grunde allein nimmt die sozialdemokratische Partei an dem Fall Wahrmund lebhaften Anteil, trotzdem es ihr wirklich fernliegt, den großen wirtschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiterschaft auf den Kampf gegen den Klerikalismus abzulenken. Freilich hat das eine andere Bedeutung, als wenn Dr. Chiari*) namens seiner Partei erklärt, er wünsche

keinen Kulturkampf

zu führen. Eine solche Erklärung aus dem Munde eines Deutschliberalen weckt die Erinnerung an den Kulturkampf in Deutschland, an den Kampf gegen den Katholizismus mit Hilfe von Ausnahmsgesetzen. Aber gegen diese Art von Kulturkampf haben nicht

---

schüre erschien, setzten die Klerikalen durch, daß diese, offenbar im Auftrag des Justizministeriums, wegen Beleidigung einer Religionsgenossenschaft konfisziert wurde. Außerdem verlangten sie von der Regierung zum „Schutz der katholischen Bevölkerung" eine Maßregelung Wahrmunds und seine Versetzung in den Anklagezustand. Gleichzeitig wurden in allen Tiroler Kirchen die Bauern gegen Wahrmund gehetzt. Das paßte allerdings nicht in Becks Plan eines bürgerlichen Blocks, und auch die Deutschfreiheitlichen hatten keine rechte Lust, sich des Professors Wahrmund anzunehmen. Als aber am 16. Mai 1908 von dem christlichsozialen Abgeordneten Hagenhofer geführte klerikale Bauern in die Grazer Universität eindrangen und man am 1. Juni Professor Wahrmund an der Wiederaufnahme seiner Vorlesungen hindern wollte — die Regierung hatte einfach alle Vorlesungen an der Innsbrucker Universität eingestellt —, traten die Studenten aller österreichischen Hochschulen in den Streik. Der Streik endete am 22. Juni damit, daß Wahrmund die Innsbrucker Universität verlassen mußte, aber dafür zum Professor an der Prager deutschen Universität ernannt wurde. In der Budgetdebatte kam Adler, nachdem er von verschiedenen anderen Fragen gesprochen hatte, auch auf den Fall Wahrmund zu sprechen. Die eigentliche Hochschuldebatte kam allerdings erst nach Abschluß der Budgetdebatte.

*) Dr. Karl Chiari, Fabrikant in Mährisch-Schönberg, dort auch zum Abgeordneten gewählt, Führer der Deutschen Volkspartei. Seiner ganzen Politik nach war er ein Liberaler.

nur die Sozialdemokraten Deutschlands, sondern auch die österreichischen Sozialdemokraten auf das kräftigste protestiert. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir wünschen nicht, daß gegen irgendwelche Meinung mit Ausnahmsgesetzen verfahren werde, und möge diese Meinung noch so sehr mit unserer eigenen Weltanschauung im Widerspruch stehen. Wenn aber Dr. Chiari erklärt, er wünsche keinen Kulturkampf, so bedeute das in Wirklichkeit, er wolle für die durch den klerikalen Vorstoß wirklich bedrohte Kultur nicht kämpfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Arbeiterschaft aber steht die Sache wesentlich anders. Ich glaube Ihnen, Ihre Wähler sind ja sehr brave Leute, aber sie wollen nicht lange mit solchen Dingen behelligt sein. Das soll geschwind erledigt werden. Ich glaube es Ihnen schon, daß in Ihrer Wählerschaft alle diese Fragen von Lern- und Lehrfreiheit und von der Freiheit der Überzeugung vielleicht nicht allzu lange einen besonderen Widerhall finden. Aber in der Arbeiterschaft liegen die Verhältnisse anders. Ich lade jeden von Ihnen ein, mit uns in eine Versammlung zu gehen, in Böhmen wie in den Alpenländern. Wenn ich in einer Arbeiterversammlung von der politischen Unterdrückung des Proletariats spreche, werde ich aufmerksam gespannte, verständnisvolle Zuhörer finden. Wenn ich dann weiter von der wirtschaftlichen Ausbeutung des Proletariats, von dem großen Elend, das noch auf den breiten Schichten lastet, und von der Schwierigkeit ihres Kampfes sprechen werde, werden die Zuhörer mit mir gehen und mich verstehen. Und wenn ich zum Schluß von der geistigen Unterdrückung durch die Herrschaftsorganisation der Kirche sprechen werde, dann wird dies bei den Arbeitern — gegen meinen Willen vielleicht — gerade den größten Widerhall und den begeistertsten Zuspruch finden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Das ist eine Tatsache, die — ich erkläre es Ihnen offen — uns in unserer Kampftaktik und Kampfmethode auch bei der organisatorischen Arbeit durchaus nicht erwünscht, sondern sehr häufig hinderlich ist. Es kommt vor, daß irgendein sogenannter freireligiöser oder freidenkerischer Schwätzer nur darum, weil er sich gegen die kirchliche Autorität, gegen die Herrschsucht der Kirche wendet, weit leichter das Gehör der Massen findet als jemand, der vom wirtschaftlichen Standpunkt die Dinge gründlich untersucht. So sind die Dinge. Und wenn es so ist, so stehen Sie vor einer ungemein wichtigen Tatsache, die auch Sie erkennen und politisch werten müßten. Sie können ja in Ihren Schulen die Lehrer preisgeben oder sich mit zweideutigen Redensarten über alles hinweghelfen, aber Sie dürfen nicht glauben, daß das heimlich geschehen kann und daß die Masse dieses Spiel nicht durchschaut. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Prinz Alois Liechtenstein hat vorgestern hier eine sehr hübsche Rede gehalten; er hat sich an die Deutschliberalen in wirk-

lich rührenden und sehr beweglichen Worten gewendet und das deutsche Volk seines erlauchten Protektorats versichert. (Lebhafte Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Aber wer die Dinge zu beobachten versteht, mußte den Eindruck haben, daß

der Fuchs den Gänsen predigt.

(Lebhafte Heiterkeit.) Daß Prinz Liechtenstein ein Fuchs ist, das ist ja sicher (lebhafte Heiterkeit), ob er aber das richtige Publikum gefunden hat (erneute lebhafte Heiterkeit), das zu entscheiden ist nicht meine Sache. Sicher ist aber eines, daß die Teilnahme der deutschfreiheitlichen Parteien — die Erlaubnis, sich so zu nennen, haben sie ja noch (Heiterkeit) — an der Regierung Beck nichts anderes bedeutet als die Erlaubnis, für die Regierung das liberale Feigenblatt beizusteuern, welches Dr. Marchet heißt. Mehr ist der Minister Marchet für diese in ihrem ganzen Wesen klerikale Regierung nicht. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Prinz Liechtenstein, der ein so witziger Redner ist...

Resel: Besonders, wenn er's aufgeschrieben hat!

Schuhmeier: Und wenn er zehn Jahre darüber nachgedacht hat. (Heiterkeit.)

Bielohlawek: So gescheit wie in Ottakring können wir nicht sein!

Adler: Herr Landesausschuß, Sie belieben offenbar darauf anzuspielen, daß Prinz Liechtenstein ursprünglich aus Ottakring in die politische Karriere gekommen ist*). (Lebhafte Heiterkeit und Sehr gut!)

Prinz Liechtenstein hat gemeint, daß die politischen Differenzen zwischen seiner und der deutschfreiheitlichen Partei nicht so groß sind, daß diese Parteien nicht prächtig zusammengehen könnten, und daß nur die Boshaftigkeit der „Neuen Freien Presse" es ist, welche fortwährend in die Friedenssuppe hineinspuckt. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich kann mich zu der Höhe einer solchen politischen Auffassung, aufrichtig gesagt, nicht aufschwingen. Ich habe bis jetzt immer gemeint, daß zwischen den einzelnen Schichten der Besitzenden je nach den ökonomischen Verhältnissen, unter denen sie leben, je nach ihrer Geschichte, daß insbesondere aber zwischen den ländlichen und städtischen Besitzenden wirklich einschneidende Gegensätze bestehen. Man hat oft das gesamte Bürgertum als eine reaktionäre Masse**) darzustellen gesucht; aber wir haben doch immer gesagt, einig in dieser reaktionären Richtung ist das gesamte Bürgertum nur dann, wenn es gegen die organisierte Arbeiterschaft geht. Untereinander sind aber die einzelnen Schichten überaus

*) Liechtenstein, der ehemals in Hartberg in der Steiermark klerikaler Abgeordneter war, wurde 1891 als Christlichsozialer in dem Wiener Wahlbezirk Ottakring-Hernals gegen Kronawetter gewählt.

**) Siehe auch die Anschauungen Adlers über dieses Schlagwort von der einen reaktionären Masse in den früheren Bänden dieser Schriften, namentlich Bd. VIII, Seite 337, 348 ff., 392 f., 443.

differenziert und haben vielfach durchaus gegensätzliche Interessen. Wenn Ihnen daher Prinz Liechtenstein diese Lehre von der einigen, unterschiedslosen reaktionären Masse beigebracht hat — um so besser für uns. Denn wir könnten den Prozeß, daß die deutschfreiheitlichen Parteien bei jenen, die noch für freiheitliche Dinge ihre Kraft einsetzen wollen, immer mehr an Respekt einbüßen, den Prozeß, daß die deutschfreiheitlichen Parteien bei den wirklich freiheitlichen Schichten des Bürgertums abwirtschaften, gerade sehr ruhig lächelnd, ja mit einem gewissen Hohn betrachten. Allerdings wird unsere reine Freude dadurch etwas getrübt, daß wir uns sagen müssen: So stark die Sozialdemokratie immerhin ist, so ist sie allein doch nicht imstande, in den entscheidenden Augenblicken die große Masse vor rückschrittlichen Einflüssen zu bewahren, und darum lachen wir nicht, sondern wir trauern über den schmählichen Verrat, als den sich die ganze Politik der deutschfreiheitlichen Parteien der breitesten Öffentlichkeit darstellt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Nicht um Professor Wahrmund handelt es sich. Ein Wahrmund mehr, ein Wahrmund weniger; dem Wahrmund wird nichts geschehen; aber Ihre Reputation geht dabei flöten. Dessen können Sie versichert sein.

Terror und Gewissenszwang.

Die Subvention des Volksbildungsvereines.

Versammlung im Musikvereinssaal, 6. Juli 1896*).

Es gibt nur zwei Wege: Entweder wir überlassen das Präsidium den Einberufern, die ehrliche, nichtpolitische Männer sind, nicht Liberale, oder wir wollen zeigen, wer kommt, wenn man das Volk von Wien ruft. Ein Kompromiß erscheint nicht möglich.

*) Kaum hatten die Christlichsozialen ihre Herrschaft im Wiener Gemeinderat angetreten, kaum war der Platzhalter Luegers, Strobach, am 15. Mai 1896 als Bürgermeister bestätigt worden, als sie schon darangingen, dem Klerus den Dank für seine Hilfe abzustatten und ihre klerikale Gesinnung öffentlich zu bekunden. Am 26. Juni beschloß der Gemeinderat, die Subvention für den Volksbildungsverein, die vom früheren Gemeinderat mit dem ohnedies geringen Betrag von 3200 Gulden bewilligt worden war, auf 500 Gulden herabzusetzen. Dieser Beschluß erregte in der nichtklerikalen Öffentlichkeit die größte Empörung und eine Reihe von Professoren der Wiener Universität berief für den 6. Juli in den großen Musikvereinssaal eine öffentliche Protestversammlung ein. Da geschah nun das Merkwürdige, daß das sogenannte liberale Bürgertum, das offenbar in der Sommerfrische war, durch seine Abwesenheit glänzte, die überwiegende Mehrheit der Versammlung aber die Arbeiter bildeten. Diese verlangten daher, daß das Präsidium aus Sozialdemokraten zusammengesetzt werde und wehrten sich gegen den Vorschlag der Einberufer, Arbeiter und Professoren in das Präsidium zu berufen. Der Direktor der Sternwarte, Doktor Brzezina, schlug nun eine Kompromißliste vor: Professor Philippovich für die Einberufer, Jordan für die Lehrer und Popp für die Arbeiter. Hueber sprach sich entschieden dagegen aus und beantragte Reumann, Popp und Winarsky als Büro. Da griff nun Adler ein.

Hier sei noch erwähnt, daß die Gemeinde dem Volksbildungsverein schließlich doch die unverkürzte Subvention auszahlen mußte, die ja der Gemeinderat ursprünglich beschlossen hatte. Der Verein klagte nämlich die Gemeinde und diese wurde vom Landesgericht verurteilt, ihm den Rest auf die ihm zugesicherte Subvention, das ist den Betrag von 2700 Gulden samt Zinsen und 151 Gulden Kosten, zu bezahlen. Der Vertreter der Gemeinde hatte zunächst die Berufung angemeldet, aber der Stadtrat hatte keinen Mut, die Öffentlichkeit noch einmal herauszufordern, und beschloß, die Berufung nicht auszuführen und so wurde nach Ablauf der Berufungsfrist, am 26. Oktober 1898, das Urteil rechtskräftig und die Gemeinde mußte zahlen. Siehe über die Situation in Wien beim Beginn der christlichsozialen Herrschaft auch Band X, Seite 199, Note.

Wenn die Sozialdemokraten in der Minorität sind, werden sie in Ruhe und Ordnung hier bleiben und das Präsidium der Majorität überlassen. Die Einberufer sind von uns als hochachtbare, durch ihre wissenschaftlichen Arbeiten bekannte Männer geschätzt; nicht aus Mißtrauen gegen sie verlangen wir das Präsidium, sondern damit auch der leiseste Zweifel ausgeschlossen bleibe, daß unsere Partei mit einer gegenwärtigen oder künftigen Partei eine Allianz eingehen könnte. Die Einberufer verdienen unseren Dank, daß sie als Professoren es gewagt haben, das Streben nach Bildung dort zu suchen, wo allein es zu finden ist, im Volke selbst; trotzdem beharren wir auf unserem Verlangen*).

* * *

Wir Sozialdemokraten können so ziemlich mit jedem Wort einverstanden sein, das die Referenten ausgesprochen haben. Wir unterscheiden uns nur darin, daß wir nicht so genügsam sind; wir wollen nicht leugnen, daß wir auch noch andere Absichten haben. Wir müssen hervorheben, daß der Volksbildungsverein nicht der erste Verein ist, der sich mit der Volksbildung beschäftigt. Die erste Tatsache eines Bewußtseins der Arbeiterschaft in Österreich fängt an mit den Arbeiterbildungsvereinen. Der Volksbildungsverein beklagt mit Recht, daß die heutige Majorität des Gemeinderates noch um 2700 fl. schlechter ist als die frühere liberale Majorität. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch unsere Arbeiterbildungsvereine eine Leidensgeschichte haben. Sie wurden unterdrückt durch hochwohlweise Regierungen (wir hatten ja immer weise Regierungen), die ihrer Gründung systematisch Hemmnisse in den Weg legten, und wenn die Vereine glücklich fertiggebracht waren, flugs wurden sie von der Regierung unter irgendwelchen nichtigen Vorwänden aufgelöst. Das geschieht noch heute so und nur deshalb nicht so zahlreich, weil in den Arbeiterbildungsvereinen nicht nur die Arbeiter etwas gelernt haben, sondern auch die Herren Bezirkshauptleute. Was war gegenüber dieser fortwährenden Behinderung des Unterrichtes und der Bildung des Volkes die Stellung der Parteien? Von den Klerikalen, die sich heute zum Teil Antisemiten heißen, will ich gar nicht reden. Wer kann von ihnen verlangen, daß sie sich für das Lesen und Schreiben echauffieren? Und die Liberalen? Als wir den Ausnahmszustand hatten und zu hunderten Malen vor das Parlament gebracht wurden, wo gegen Recht und Gesetz die Volksbildung unterdrückt wurde, haben da die Liberalen jemals nur den Mund aufgemacht? Darum sage ich: Die Gelehrten, die die wahre Wissenschaft wollen, haben recht, daß sie zu uns gekommen sind; sie werden immer mehr zur Einsicht kommen, daß die einzigen Leute, die sich vor der

*) Auf den Vorschlag des Professors Philippovich wurden die von Hueber Beantragten, außerdem aber noch Professor Mach in das Präsidium gewählt. Dann erstattete der Professor der Geologie Dr. Eduard Reyer das Referat. Nach ihm sprach der Dekan der medizinischen Fakultät, Dr. Max Gruber, der eine Resolution mit den Forderungen für Hebung des Volksbildungswesens beantragte. In der Debatte kam dann Adler zu Wort.

Wissenschaft nicht zu fürchten haben, die Sozialdemokraten sind. Es muß ausdrücklich konstatiert werden, daß, so schlimm die Antisemiten sind und wahrscheinlich sein werden, solange sie die Macht haben, daß ganz in demselben Maße und nicht um ein Haar besser die Liberalen gewirtschaftet haben. Professor Gruber hat ihnen eine große Reihe von guten Wahrheiten gesagt und eine große Zahl von Forderungen aufgestellt, die wir alle unterschreiben können. Aber es kommt uns vor, als sei es nicht präzise zum Ausdruck gekommen, daß dieselben Verhältnisse, dieselbe Mechanik der Gesellschaft, die das Volk in wirtschaftlicher Abhängigkeit erhalten, die es ihm unmöglich machen, für eine vernünftige Wohnung, für vernünftige Kleidung und Nahrung zu sorgen, daß es ganz dieselben Verhältnisse sind, die auch die Bildung des Volkes verkümmern. Ich will nicht den alten Streit wieder aufrollen, der in den achtziger Jahren so heftig unsere Gemüter bewegte, ob durch Freiheit zur Bildung oder durch Bildung zur Freiheit. Aber das ist sicher, wir kommen zu einer Bildung auch nicht anders, als wenn wir sie uns bewußt als organisierte Klasse erkämpfen. Ich fürchte, daß in demselben Moment, wo die Bourgeoisie die Erfahrung macht, daß der Arbeiter, der etwas gelernt hat, nicht nur Astronomie gelernt hat, sondern auch die Dinge dieser Erde, daß der Wissende auch wirtschaftlich widerstandsfähig ist, daß in demselben Moment es vergebens ist, von den herrschenden Klassen ausgiebige Unterstützung der Volksbildung zu verlangen. Die besitzenden Klassen wissen es instinktiv, daß, wenn sie die Volksbildung ernsthaft fördern, sie den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Deshalb wird die Volksbildung unsere eigene Arbeit sein. Die Verdienste des Volksbildungsvereines in allen Ehren, aber ich wette, daß es zahlreiche Arbeiter gibt, die in die Bibliotheken desselben denn doch mit einem anderen Gefühl eingetreten sind als in die ihres eigenen Vereines. Es liegt das darin, daß ihnen da ein Geschenk gemacht wird vielfach von Leuten, von denen man sich nicht gern etwas möchte schenken lassen. Wir nehmen die Bildung für das Volk in Anspruch, wie wir überhaupt das Arbeitsprodukt des Volkes für das ganze Volk in Anspruch nehmen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wie der Forscher für die Gesamtheit arbeitet, auch die Gesamtheit für ihn arbeitet, und daß er ohne Gesamtheit ebenso unmöglich ist wie diese ohne ihn. Wir glauben also, daß die Gesamtheit des arbeitenden Volkes nicht zu bitten hat, sondern als ihr gutes Recht in Anspruch nehmen kann die Früchte der gesamten geistigen und physischen Arbeit des Volkes. Alle Forderungen, die Professor Gruber in seiner Resolution aufgestellt hat, finden sich in unserem Kommunalprogramm, nur etwas schärfer zugespitzt. Wir haben nichts gegen die Annahme der Resolution, aber wir sind verpflichtet, hinzuzufügen, daß das nicht alles ist, was wir verlangen. — Genosse Dr. Adler empfiehlt folgenden Zusatz zur Resolution:

Die Versammlung erkennt die Forderungen der von Professor Gruber vorgeschlagenen Resolution, so dringend sie sind, lediglich als erste Schritte zur Erreichung des Zieles, das kein anderes sein kann als die

Beseitigung der Monopolisierung des Wissens durch die Besitzenden, die nur zu erreichen ist auf dem Wege der Erringung der politischen Macht durch das arbeitende Volk.

Wenn es der Volksbildung, wenn es der Wissenschaft schlimm gehen wird und immer schlimmer, je mehr der Rückschritt identisch ist mit der besitzenden Klasse, je mehr diese gezwungen ist, um ihr Monopol festzuhalten, die Verdummung und Vertierung der Arbeiterschaft zu wollen: dann wird es so kommen, wie es mit der Freiheit gekommen ist. Für die politische Freiheit hat auch einmal das Bürgertum gekämpft und hat dann an sie vergessen. Darum geht es aber der Freiheit nicht schlechter. Es hat sich eine andere Klasse gefunden, die die Freiheit erkämpfen wird, koste es, was es wolle. Es wird der Volksbildung und der Wissenschaft nicht schlecht gehen, wenn auch das Bürgertum sie verläßt, es bleibt ihr die Arbeiterklasse und deren Vorkämpferin, die klassenbewußte Sozialdemokratie*). (Großer Beifall.)

Die Maßregelung des Abgeordneten Seitz.

Protestversammlung am 27. März 1901**).

Nicht allein die gemeine Rachsucht der Christlichsozialen spricht aus dieser Maßregelung, sondern die Absicht, die Lehrervertreter zu entmutigen und die gesamte Lehrerschaft einzuschüchtern. Lueger will den Lehrern sagen: Da habt ihr einen Mann.

*) Nach einem Schlußwort des Professors Gruber wurden beide Resolutionen angenommen, die des Referenten einstimmig, die Adlers mit überwältigender Mehrheit.

Über die Taktik bei der Versammlung wurde auch auf dem Parteitag des Jahres 1897 gesprochen, wo sich der Obmann des Freidenkervereines, Wutschel, über das Verhalten der Partei gegen die Sozialpolitiker beschwerte. Adler gab ihm in seinem Schlußwort zur „Parteitaktik" darauf eine Antwort. (Siehe Adlers Rede über Klerikalismus und Nationalismus, Bd. VIII, Seite 389.)

**) Der Führer der radikalen Lehrerschaft, Karl Seitz, war bei den Wahlen im Jänner 1901 im Städtewahlbezirk Korneuburg als sozialdemokratischer Kandidat in das Abgeordnetenhaus gewählt worden. Nun ließ Lueger seinen verhaßten Gegner wegen seiner Wahlagitation vom Bezirksschulrat in Disziplinaruntersuchung ziehen. Das war eine offenkundige Verletzung seiner Immunität und am 11. März 1901 forderte Abgeordneter Dr. Ofner im Parlament den Präsidenten auf, die Sistierung der Disziplinaruntersuchung zu veranlassen. Mittlerweile war aber Seitz, der von den Lehrern als ihr Vertreter in den Bezirksschulrat entsendet worden war, dort mit dem christlichsozialen Schimpfer Gregorig in einen Konflikt geraten und Lueger ließ ihn nun seiner Stelle als Lehrer entheben. Die Sache kam noch wiederholt im Parlament zur Sprache. Aber auch die Lehrer setzten sich zur Wehr und im ganzen Reiche wurden Kundgebungen der Lehrervereine gegen diesen Gewaltakt beschlossen. Am 27. März hielten auch die Wiener Arbeiter vier Versammlungen ab, in denen sie gegen die Maßregelung protestierten. In der Versammlung in Rappels Rosensälen ergriff nach Glöckel und Daszynski Adler das Wort. Seitz ist bekanntlich der nachmalige Bürgermeister von Wien.

den sie sogar zum Abgeordneten gewählt haben. Das nützt ihm alles nichts, wenn er mein Feind ist — ich habe ihn davongejagt. (Stürmische Entrüstung.) Und wenn das ihn betroffen hat, so könnt ihr euch vorstellen, wie ich mit euch umspringen kann. Das ist der Sinn dieser Maßregel und darin liegt die ungeheure Gefahr. Der Lehrer ist ein armer Proletarier, aber mit großen Bedürfnissen des Geistes. Statt diese befriedigen zu können, werden seine Nerven zerrüttet durch den Kampf um dieses elende Stückchen Brot, und über diese gedrückten Männer soll nun noch Lueger die Zuchtrute schwingen dürfen. Aber wir haben ja noch den Unterrichtsminister Hartel, dem große Gelehrsamkeit, großer Freisinn und moderne Gesinnung nachgesagt wird. Von der Gelehrsamkeit will ich schweigen (Heiterkeit), was aber den Freisinn und die Modernität anlangt, so haben wir davon noch nichts zu verspüren bekommen. (Heiterkeit.) Es wird von ihm behauptet, daß er seine guten Eigenschaften vornehmlich den Hochschulen gegenüber betätigt. Aber die Klerikalen lassen sich eher zehn freisinnige Hochschulprofessoren gefallen als einen freidenkenden, gebildeten Volksschullehrer. Da heißt es freisinnig und modern sein. Eine freie, unabhängige Volksschule tut uns not, und solange wir die nicht haben, sind selbst die sonst löblichen Bestrebungen für die Bildung der Erwachsenen, die ja bei uns merkwürdigerweise mehr als anderswo zu finden sind, ganz unersprießlich. Solange die Grundlage fehlt, sind diese Volkshochschulen, Volkslesehallen usw. ähnlich jenem Neger aus den „Fliegenden Blättern", der völlig nackt einhergeht, aber einen Zylinderhut trägt. (Heiterkeit.)

Wenn es nun auch wahr wäre, daß Herr Hartel Gutes für die Universitäten tut, so habe ich ihn sehr in Verdacht, daß er ein ebenso liberaler Minister ist wie seine Vorgänger Stremayr und Gautsch, wo es gilt, die Volksschule gegen die Klerikalen zu verteidigen. Und ich fürchte, daß er auch im Falle Seitz nicht liberaler sein wird. Wir werden ihm aber eindringlich zu sagen verstehen, daß wir dem großen Gelehrten, dem Schätzer der Wissenschaft genau auf die Finger sehen werden, und daß es ihm nicht, wie seinen liberalen Vorbildern, gelingen wird, Stück für Stück der Volksschule an die Klerikalen zu vermogeln und zu verhandeln. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Die Sozialdemokratie und die arbeitende Jugend.

Versammlung am 26. März 1902*).

Ich gestehe, daß ich von den Gegnern aus jahrelanger Erfahrung gelernt habe, auf alles gefaßt zu sein, und nicht viel von ihrem Edelmut, ihrer Vernunft und ihrem Anstandsgefühl erwarte; aber

*) Am 23. März hatte der Verein jugendlicher Arbeiter beim Hamberger eine Vereinsversammlung abgehalten, in der Dr. Adler einen Vortrag

ich muß sagen, daß mich das, was ich Sonntag hier gesehen, einfach überrascht hat. Ich habe eine solche Roheit nicht für möglich gehalten. Wenn Erwachsene untereinander roh, brutal werden, wenn sie bis zur viehischen Beschimpfung greifen, so ist das ja tieftraurig und wirkt für jeden, der etwas Ordentliches von den Menschen haben möchte, bedrückend; aber schließlich: es ist ein Mann gegen den anderen Mann. Aber nun bitte ich, sich vorzustellen: Ich bin hieher gekommen und finde einen Saal voll junger Bürschchen, und ich war wirklich überrascht, daß so viele junge Leute zu einem Vortrag an einem Sonntagnachmittag zusammenzubringen sind. Daß ein Bub, der die ganze Woche in einem engen Loch sich schinden muß, der die ganze Woche unter der Fuchtel steht, Sonntag nachmittag herkommt, um wieder zu lernen, das ist eine hocherfreuliche Erscheinung, und ich sage Ihnen, wenn alle die jungen Bürschchen, die da waren, in der gegnerischen Richtung gedrillt worden wären, wenn sie durchaus unter christlichsozialer Erziehung gestanden und im Haß gegen uns erzogen gewesen wären; ich hätte mich nicht entschließen können, diesen jungen Bürschchen auch nur ein hartes Wort zu sagen. Ich habe die Empfindung gehabt, das sind junge Leute, denen man ein Wort sagen muß, das ihnen das Leben erleichtert, das sie besser und tüchtig macht. Wie kann man zu solchen Kindern anders sprechen als im Tone des Vaters und Lehrers! Und da sah ich erwachsene Menschen, die wie wilde Tiere auf diese Kinder einhauen! (Allgemeine Bewegung.) Ich hätte begriffen, wenn ein paar nach mir das Wort ergriffen und mich dann beschimpft hätten. Gut. Oder wenn sie den jungen Leuten gesagt hätten, daß sie gar nicht hieher gehören und hier nichts zu suchen haben; aber daß man Buberln prügelt, da hört sich alles auf. So sehr ich die Prügel bedaure, die einzelne gekriegt, und so sehr es mein menschliches Empfinden anwidert, ich meine doch, daß für alle jungen Leute, die da anwesend waren, die Versammlung eine tiefe und wertvolle Lehre sein wird, und daß es für sie ein unauslöschlicher Eindruck bleiben wird, daß Leute, die ihnen an Kraft dreifach überlegen, sich auf sie stürzten und sie bestialisch schlugen. Sie werden es gefühlt haben und nie vergessen, daß diese Leute einer Partei angehören, die nicht wünscht, daß man den Lehrlingen Wissen beibringt. (Lebhafter Beifall.) Aber es gibt für uns Erwachsene auch eine Lehre: Wir haben unseren jungen Leuten gegenüber

---

halten sollte. Außer den Jugendlichen, die den Saal füllten, fanden sich aber auch etwa 120 Christlichsoziale ein, Mitglieder von christlichsozialen Meistervereinen und mit Stöcken bewaffnete Gasarbeiter (die von den Werkführern des städtischen Gaswerkes den Christlichsozialen für ihre Versammlungen als Ordner- und Prügelgarde zugetrieben wurden). Kaum hatte Dr. Adler das Wort ergriffen, als sich diese Bande auf die Jugendlichen stürzte und auf sie loshieb. Die Führung dabei hatte ein christlichsozialer Gemeinderat Urban. Als Antwort auf diesen Überfall war die Versammlung vom 26. März einberufen.

kein gutes Gewissen. Wir müssen uns ihrer mehr annehmen. (Ruf: Unsere Jungen lassen wir nicht mehr schlagen!) Ja, das ist der erste Punkt, aber nur der erste (Ruf: Sehr richtig! Das ist das Wenigste!) — der Zwischenrufer gehört gewiß nicht zu jenen, die am meisten gepufft wurden und ist daher nicht kompetent (Heiterkeit) —, aber wir haben mehr zu tun, als sie zu schützen. Die eigentliche Erziehung und der eigentliche Unterricht unserer jungen Leute in diesen großen Versammlungen ist nicht das Wesentliche, wir haben auch die Pflicht, ihnen nachzugehen und ihnen zur Verfügung zu stehen mit dem Besten, was wir wissen, mit dem Besten, was wir empfinden, haben die Verpflichtung, ihre Lehrer zu sein, so gut wir können. (Allgemeiner Ruf: Das wollen wir!)

Ich weiß, so ein Wort spricht sich leicht aus. Ihr ruft Bravo! Ihr empfindet das heute alle und es ist ein ehrliches Empfinden. Aber da ist mehr notwendig als ehrliches Empfinden: da ist notwendig stetige Arbeit, Arbeit von jedem einzelnen, nicht nur im Verein, auch die Arbeit in der Werkstätte. Die Propaganda, die im Verein geübt wird, die ist gewiß erwünscht, aber die Propaganda, die in der Werkstätte geübt wird, das ist das Notwendigste. Der Lehrling soll es empfinden, daß ein Unterschied ist zwischen einem sozialdemokratischen Arbeiter, der ihn als jüngeren Bruder behandelt, und einem anderen, der ihn hochmütig von oben herab betrachtet und in ihm nur das Ausbeutungsobjekt sieht. Wir haben zu sorgen, daß die jugendlichen Arbeiter die Empfindung haben, daß sie unter dem Schutze der sozialdemokratischen, das heißt der aufgeklärten Arbeiter stehen. Wir werden besser werden, bessere Menschen, wenn wir uns dessen befleißen, gegen unsere Jugend menschlich, väterlich, brüderlich zu sein.

Ich weiß, Genossen vom Verein der jugendlichen Arbeiter, daß Sie eine schwere Sache durchfechten und auch schon auf manche Erfolge hinweisen können. Sie dürfen auch nicht verzweifeln, wenn Sie von den Älteren nicht die Unterstützung, das Entgegenkommen finden, wie Sie sich vielleicht vorgestellt, und Sie dürfen uns nicht allzu schlecht beurteilen. Wir alten Leute haben so viel für die Gegenwart zu tun, stehen jeder einzelne in so schwerem und hartem Kampfe, haben so ungeheure Lasten auferlegt, daß es jedem eine ganze Summe von Überwindung und großen persönlichen Opfern kostet, uns auch noch um die Zukunft zu kümmern. Die Zukunft, die seid ihr, und die ist gewiß sehr wichtig. Aber wir haben für die Gegenwart soviel zu sorgen. Bei uns ist es so, wie wenn einer schnell einernten will, was schon reif ist, und vergißt, für die Zukunft zu säen. Das ist unser Fehler und manchmal auch unsere Sünde. Aber, junge Genossen, wir selber sind nicht so alt wie wir aussehen. Wir sind eine Partei, die in ein paar Jahren rasch in die Höhe gekommen, die in einigen Jahren errang, was sonst in zwanzig Jahren gebaut wurde, und es hat daher jeder ein Riesenstück Arbeit auf sich. Aber das versprechen

wir euch, soweit unsere Kräfte reichen, wollen wir euch helfen, soweit wir können, stehen wir euch zur Seite, und was immer geschieht, wo ihr einen unparteiischen, wohlüberlegten Rat braucht, sollt ihr ihn bei uns finden, wenn auch vielleicht nicht immer den, der euch am liebsten wäre. Wir müssen vielleicht Wasser in euren Wein gießen, wo ihr vielleicht schneller vorwärts möchtet, wo ihr vielleicht schon Erfolge in Händen zu haben glaubt, wo wir noch keine Erfolge sehen.

Vor allem aber wollen wir euch etwas mitgeben, was euch gut tun wird für die traurige Erfahrung, die auch euch nicht erspart bleiben wird, wenn ihr viele, die ihr gewonnen glaubt, später wieder *verlieren* werdet. *Wenn ihr seht*, daß, wenn ihr etwas aufbaut, es wieder zusammenbricht, *dann verzweifelt nicht*. Dann werden wir euch an unsere Geschichte erinnern, wo wir aufbauten und es niederbrach, und wo wir wieder aufbauten *und immer wieder aufbauten, bis der Bau endlich mächtig und prächtig bestehen blieb*.

Ihr sollt von dem sozialdemokratischen Programm aufnehmen, was ihr aufnehmen könnt. Daß ihr das politische Programm im einzelnen versteht, daß ihr das ökonomische Labyrinth der wirtschaftlichen Zustände begreifen und erforschen sollt, *das verlangen wir nicht*. Aber daß ihr *den menschlichen Gehalt* in der Sozialdemokratie begreift, daß wir euch als *Menschen* sehen, als Menschen, *deren Zweck ihr selber seid*, das wünschen wir. Wir wollen euch nicht haben, *um euch zu benützen*, wir wollen euch nicht *fangen, um eure Leiber zu knechten*, wir wollen euch nicht vor den Wagen einer Partei spannen: wir wollen, daß ihr armen verprügelten Buben, die ihr es oft schlechter als Tiere habt, an denen sich gewissermaßen jeder den Fuß abwischt, *das Gefühl bekommt, daß ihr Menschen seid*. (Warme Zustimmung.) Ihr seid nicht allein verstoßene, verachtete, gering geschätzte kleine Jungen, *ihr seid Arbeiter*, und das *bißchen*, was ihr Arbeiter seid, *ist euer Adelsbrief als Mensch*, was euch *berechtigt, in das Heer einzutreten, das Menschheit heißt*. (Stürmischer Beifall.) *Werdet Menschen!* Wir wollen euren Stolz, eure Selbständigkeit, eure Kraft wecken, wir wollen euch nur helfen, *damit ihr euch selber helfen könnt*.

Genossen! Ich habe eigentlich fast nichts von den Gegnern gesprochen. Es kostet mich immer eine gewisse Selbstüberwindung, wenn ich den Mund aufmachen soll, um das Gesindel beim Namen zu nennen. (Beifall.) Es stört mir die Freude an der Arbeit, lähmt mich in dem Gedanken, *daß es ein so erbärmliches Gezücht gibt*. Nachdem aber dieses erbärmliche Gezücht da ist, *muß es zertreten werden*. (Allgemeiner Beifall.) Aber dazu ist ein langer, langsamer Kampf notwendig, sehr viel Fleiß und sehr viel Geduld; denn die Gemeinheit der Menschen *ist auch eine Weltmacht* und ist *mehr* als in jedem Lande und jeder Stadt in *dieser* Stadt eine Macht. Weil wir wollen, daß es unsere Kinder anders haben, daß *ihnen* in dieser Stadt eine andere Luft wehe,

darum widmen wir uns auch mit allem Eifer der Erziehung unserer Jugend. (Stürmischer Beifall.)

Der Gewaltstreich gegen die Straßenbahner.

Protestversammlung, 12. März 1912*).

Der Gegenstand, der uns beschäftigt, ist nicht neu. Wir kennen die Christlichsozialen seit vielen Jahren und ich glaube nicht, daß es viele unter Ihnen gibt, die sich wundern, wenn die christlichsozialen Beherrscher der Gemeinde oder des Landes einen Akt der Feindseligkeit, Brutalität und Borniertheit begehen.

Die Straßenbahner haben oft kämpfen müssen, sie haben gekämpft unter verschiedenen Umständen und mit mangelhaftem Erfolg. Schließlich haben sie sich auf den einzigen vernünftigen Weg begeben und eine moderne gewerkschaftliche Organisation geschaffen, die überall die Garantie dafür ist, daß die notwendige Auseinandersetzung mit den Unternehmen in einer geordneten, zielbewußten Form vor sich gehe. Wir stehen jetzt gegenüber dem grandiosen Schauspiel in England. Eine Organisation von Hundert-

*) Ende April 1912 sollten in Wien die Gemeinderatswahlen stattfinden und die Christlichsozialen fürchteten nach der Niederlage, die sie bei den Reichsratswahlen 1911 erlitten hatten, zumindest auch im vierten Wiener Wahlkörper einen Verlust, zumal da sich bei den Reichsratswahlen gezeigt hatte, daß die Gemeindearbeiter nicht mehr Agitatoren für die Christlichsozialen sein wollten. Der der Gewerkschaftskommission angeschlossene Reichsverein der städtischen Arbeiter und Bediensteten zählte in Wien bereits über 2000 Mitglieder, die alle ehemals dem christlichsozialen Arbeiterverein angehört hatten. Deshalb suchten die Christlichsozialen diese zweitausend, mit denen die Mehrheit der Gemeindeangestellten, namentlich die Straßenbahner, eines Sinnes waren, einzuschüchtern, und die Direktion der Straßenbahn erließ am 1. März 1912 eine Verfügung, durch die die Mitgliedschaft beim „Reichsverein" und das Lesen des „Weckrufes", des Organs des Vereines, verboten und als Dienstvergehen erklärt wurde. Drei Straßenbahner, die in einer Protestversammlung sprachen und dort die Erklärung abgaben, daß sie und ihre Kameraden treu zum Reichsverein stünden, wurden entlassen. Bezeichnend für die christlichsoziale Arbeiterbewegung ist, daß die „Christlichsoziale Arbeiter-Zeitung" des Herrn Kunschak den Erlaß der Straßenbahndirektion noch verteidigte und erklärte, darin liege kein Angriff auf das Koalitionsrecht, da ja nur ein einziger Verein verboten sei, die Straßenbahner also den anderen Vereinen angehören könnten ...

Gegen diesen „Spängler-Erlaß" (so genannt nach dem Direktor der Straßenbahn Spängler) protestierten die Wiener Arbeiter in zahlreichen Versammlungen, deren Tagesordnung lautete: „Der Gewaltstreich gegen die Straßenbahner." In der Versammlung im Favoritner Arbeiterheim am 12. März 1912 sprach Adler.

Ist schon dieser Spängler-Erlaß für die Verlogenheit des christlichsozialen Geschreies über den Terrorismus der Sozialdemokraten bezeich-

tausenden hat sich wie ein Mann erhoben und kämpft in aller Ruhe, trotz der großen Zahl, ohne ein Wort, das ungesetzlich oder hart wäre, ohne eine Bewegung, die auf Aufregung schließen ließe, und angesichts dieses unerhörten Schauspiels können Sie, in Zeitungen von angeblich sehr aufgeklärten Leuten geschrieben, lesen, daß es das Unglück sei, daß die englische Regierung die Gewerkschaften hat so groß werden lassen. (Heiterkeit.) Die Leute haben keine Vorstellung, wie das Wachsen der Organisation mit dem wirtschaftlichen Zustand auf das engste verknüpft ist und man den Fortschritt der Organisation so wenig aufhalten kann wie die Donau bei Donaueschingen. Alle Versuche, die Organisation gewaltsam zu unterdrücken, müßten scheitern, und man kann nur bewirken, daß die Entwicklung auf vernünftigem und friedlichem oder auf stürmischem und gewaltsamem Wege geschieht. Die Arbeiterschaft verlangt nichts anderes, als daß ihr Koalitionsrecht gewahrt werde; aber sie verlangt auch, daß man sie nicht durch Gewalttaten, Tücken und Einschüchterungsversuche auf ihrem Wege hemme. (Lebhafte Zustimmung.) Die Straßenbahner stehen einem Unternehmer gegenüber, der mächtiger ist als Unternehmer gemeiniglich sind. Die Kommunen haben als Unternehmer überall eine kolossale Macht, die dadurch noch verstärkt wird, daß der klaglose Betrieb ein allererstes Interesse der ganzen Gemeinde und jedes Einwohners ist. Aber Unternehmer, denen die Gewerkschaft nicht

---

nend, so wird sie noch besser beleuchtet durch die Erklärung, die in der christlichsozialen Ära jeder Gemeindeangestellte unterschreiben mußte und die wir hier zum ewigen Gedächtnis festhalten wollen:

Erklärung.

Ich bestätige den Empfang eines Exemplars der mit den Gemeinderatsbeschlüssen vom 27. Dezember 1901, Z. 15.124, vom 12. Mai 1903, Z. 5885, und vom 5. Juni 1903, Z. 7181, genehmigten Dienstordnung für das Dienstpersonal der städtischen Straßenbahnen, habe deren Inhalt zur Kenntnis genommen und unterwerfe mich vorbehaltlos den Bestimmungen dieser Dienstordnung.

Ich gelobe mit meinem Ehrenwort, Sr. k. u. k. Apostolischen Majestät Franz Josef I. und Allerhöchsten Nachfolgern aus dem durchlauchtigsten Hause Habsburg-Lothringen getreu und gehorsam zu sein, der Stadt Wien Ehre und Vorteil nach allen meinen Kräften zu fördern und jeden Nachteil von ihr abzuwenden. **Ich erkläre weiter mit meinem Ehrenwort, daß ich einer Partei, welche republikanische oder sonst Österreich feindliche Tendenzen verfolgt, weder angehöre, noch angehören werde.**

Wien, am . . . . . .

Als Zeugen: Vor- und Zuname:

Diensteigenschaft:

Diese Erklärung haben die Christlichsozialen jedem Gemeindebediensteten abgepreßt, sobald er aufgenommen oder definitiv wurde. Erst nach dem Umsturz, am 28. März 1919, ist diese Erpressung auf Einschreiten der Sozialdemokraten, die damals im Wiener Gemeinderat eine starke Minderheit bildeten, eingestellt worden.

erwünscht ist, gibt es auch sonst. Überall hat die Organisation anfangs mit dem Widerstand der Unternehmer zu kämpfen. Was aber die Wiener Gemeindeverwaltung von allen Unternehmern unterscheidet, ist es, daß die

große Macht in den Händen einer politischen Partei

ist, und daß sie diese ihre Macht in der schmählichsten Weise zu Parteizwecken mißbraucht. (So ist es!) Wenn es sich nur darum handeln würde: wie steht es zwischen der Unternehmung und den Angestellten? – wenn es sich nur um Fragen des Lohnes und der Behandlung drehen würde, wäre das, ich möchte sagen, eine geschäftliche Sache, bei der man immer zu einem Ausgleich kommt, erst zu einem ungünstigeren, wenn die Organisation schwach ist, später zu einem günstigeren. Aber das Schlimme ist, daß es sich der christlichsozialen Partei nicht nur um die Knechtung der Leiber handelt, sondern daß sie auch gewissermaßen die Seelen knechten wollen. Ausbeuten wollen andere Unternehmer auch, aber die Christlichsozialen wollen ihre Angestellten zu ihren Parteizwecken mißbrauchen. Man hat von jeher gesucht, diese paar tausend Menschen für die Wahlen gefügig zu machen, und weil sich nun endlich eine Organisation herausgebildet hat, die auf rein gewerkschaftlicher Basis steht und die vor allem gar keinen Anlaß zu Maßregelungen und Drangsalierungen gibt, sondern sehr gut weiß, daß eine Organisation nur bei Disziplin und Selbstbeherrschung wachsen kann, und gerade weil die Christlichsozialen das sehen, gehen sie auf sie wie Stiere auf das rote Tuch los, und so ist die Direktionsverfügung entstanden und alles, was ihr folgte. Der Versuch, Arbeiter einzuschüchtern, auf sie durch eine Erpressung zu wirken, ist als schmachvoll zu verurteilen, von wem er auch ausgeht. Dreifach schmachvoll ist es, wenn eine Gemeindevertretung, wenn diejenigen, die Vertrauensmänner der Wählerschaft Wiens sein sollten, ein so schändliches Beispiel geben. (Stürmischer Beifall.)

Und nun will ich den

Lügen, die man in den christlichsozialen Blättern liest,

die Wahrheit entgegenhalten. Es wird erzählt, die Gemeinderäte Reumann und Winarsky seien zum Statthalter gegangen und haben die „Autonomie der Gemeinde“ einschränken wollen. Es wird weiter erzählt, daß wir abenteuerliche „Drohungen“ ausgestoßen haben, mit einem Massenstreik gedroht hätten, geprahlt hätten, daß die Organisation „neunzig Prozent“ der Straßenbahner umfasse, und daß wir damit versucht hätten, einzuschüchtern. Das sind Lügen vom Anfang bis zum Ende. Die Wahrheit ist, daß zuerst die Gewerkschaftskommission mit der Organisation der Straßenbahner zu Rate ging. Zweitens war aber, auch die Partei engagiert. Wir mußten uns sagen, wenn es zu einem Kampfe kommt, wenn die Straßenbahner zu einem Kampfe genötigt werden, so kann das Folgen haben, von denen sich die Herren oben nichts träumen lassen. Weil wir von der Einsicht der Behörden keine übertriebene

Meinung haben, und weil zu befürchten war, daß sie nicht wissen, was auf dem Spiele steht, bin ich — nicht die Gemeinderäte — Sonntag vormittag beim Statthalter gewesen und habe ihm, ohne Übertreibung und ohne Prahlerei, die reine Wahrheit gesagt: Wir machen darauf aufmerksam, daß die Gemeindeverwaltung einen Schritt unternommen hat, der möglicherweise zu einem Kampfe führt, wenn nicht ein Rückzug eingeschlagen wird. Wenn es aber zum Kampfe kommt, kann es im Laufe dieses Kampfes — weil es sich um das Koalitionsrecht handelt — sehr leicht dahinkommen, daß er nicht beschränkt bleibt auf die Straßenbahner, sondern ganz andere Dimensionen annimmt. Ich habe mich sehr gehütet, ein Wort zu sagen, das nicht wahr ist, und noch mehr gehütet, eine Drohung auszusprechen. Im Gegenteil, ich habe ausdrücklich gesagt, wir wünschen diesen Kampf nicht, wir sind nicht so blind und gewissenlos und so bar jedes Verantwortlichkeitsgefühls wie die Christlichsozialen. Wir wissen, daß unter Umständen auch wir kämpfen müssen; aber da muß der Kampf nötig sein und der Preis auch der Opfer wert. Aber daß wir einen Kampf suchen und die Arbeiterschaft in einen Kampf, der sich möglicherweise auf der Straße abspielen würde, hineintreiben, ist nicht unser Wunsch und damit drohen wir auch nicht. (Sehr gut!) Es ist auch nicht wahr, daß irgendein sozialdemokratischer Abgeordneter davon gesprochen habe, daß „neunzig Prozent" der Straßenbahner in der Organisation stehen. Ich habe auch mit dem Minister des Innern gesprochen, weil die Sache ihn angeht und weil es meine Pflicht ist, ihn auf die Tatsachen aufmerksam zu machen. Ich habe natürlich nicht gesagt, daß die Organisation der Straßenbahner neunzig Prozent umfaßt. Erstens lüge ich nicht, denn ich habe mit der Wahrheit in meinem langen politischen Leben zu gute Erfahrungen gemacht, als daß ich auf die Dummheit des Lügens verfallen könnte, und zweitens wäre es eine große Dummheit gewesen, wenn ich das gesagt hätte. Denn ein vernünftiger Mensch müßte mir da ins Gesicht lachen und sagen: „Wenn die Straßenbahner zu neunzig Prozent organisiert sind, brauchen Sie nicht zu mir zu kommen. Dann richten es sich die Straßenbahner schon selbst!" (Lebhafte Zustimmung.)

Jeder Mensch weiß, daß die

Gefahr eines solchen Kampfes für die Allgemeinheit

eben nicht in der großen ausgebauten Organisation besteht, sondern im Gegenteil in der Schwäche der Organisation. Bei den Schwierigkeiten, unter denen die Straßenbahner kämpfen, haben sie große Fortschritte gemacht und alle Anerkennung muß man für sie haben. Aber wenn sie auch geleistet haben, was unter der furchtbaren Pression möglich war, verfügen sie noch lange nicht über alle. Wir wissen auch, daß es nicht möglich wäre in Wien, den Betrieb vom Anfang an vollständig einzustellen; wenn dem so wäre, wäre der Streik keine gefährliche Sache mehr. Es wäre eine große Schwierigkeit für den einzelnen, der die Straßenbahn benützen will, eine Kalamität für den ganzen Verkehr und die Bewohner Wiens; aber die anderen Ge-

fahren, die mit der Erregung der Massen verknüpft sind, wären vermindert. Jedoch gerade darum — das habe ich den Herren gesagt —, weil die organisierten Straßenbahner nicht die ganze Masse hinter sich haben, weil im ersten Moment Konflikte entstehen müssen, wäre es ein Streik von einer Bedeutung, der sich über die ganze Art eines gewöhnlichen Lohnkampfes weit hinaus erstreckt. Es scheint mir, daß ich die Verpflichtung hatte, dem Statthalter und dem Minister das klar vor Augen zu führen. (Lebhafter Beifall.)

Welchen Gebrauch die Herren davon gemacht haben, weiß ich nicht; der Statthalter und der Minister haben mir versprochen, sich zu informieren und mit den Herren darüber zu sprechen. Die Autonomie der Gemeinde besteht nicht darin, daß die Gemeindeverwaltung Brutalität und Gesetzwidrigkeit begehen könne, ohne daß sich jemand darum kümmert. Nun weiß ich nicht, ob es dieser Einfluß war, oder ob doch einzelne von den Christlichsozialen die Lage begriffen haben: immerhin hat nach der ersten Versammlung der Straßenbahner der Straßenbahnausschuß wieder eine Sitzung gehalten und sie haben zwar den Beschluß gefaßt, die Verfügung aufrechtzuerhalten, aber auch ausdrücklich gesagt, daß sie das Koalitionsrecht respektieren. Darin liegt nun allerdings ein Widerspruch; aber unsere Sache ist es nicht, Widersprüche der Herren aufzulösen und wenn wir den Herren nichts vorzuwerfen hätten als Mangel an Logik und Konsequenz — das könnte man aushalten. Man konnte also hoffen, daß sie einsehen, sie seien über die Grenze hinausgegangen, daß sie es aber nicht ausdrücklich zugestehen wollen. So haben es gewiß auch einzelne von ihnen gemeint. Man darf nicht vergessen: unsere Christlichsozialen sind eine sehr sonderbare und eine sehr gemischte Gesellschaft. Sie sind wie eine Armee, die auf der Flucht ist. Da schaut jeder, daß er seine eigene Haut rettet, und wenn er glaubt, das zu tun, gibt er dem anderen einen Fußtritt. Da gibt es nicht klare und einheitliche Politik. Die Möglichkeit des Einlenkens war also gegeben. Wir haben nun den Straßenbahnern geraten, unter diesen Umständen den Streik nicht zu unternehmen. Wir haben uns gesagt: ein Streik stellt kolossale Anforderungen an die Opferfähigkeit nicht nur der Straßenbahner selbst, sondern auch anderer Schichten der Arbeiterschaft. Er legt der ganzen Bewohnerschaft Wiens kolossale Opfer auf, und wenn man eine solche Sache irgendwie vermeiden kann, ist es Pflicht, es zu tun.

Es waren viele, die in der Erregung losschlagen wollten; wir haben aber den Erregten gesagt, daß jede Organisation solche Perioden hatte, wo sie bedroht war. Jede mußte Schwierigkeiten überwinden, und daß wir es für klüger halten, sie dadurch zu überwinden, daß die Straßenbahner zur Fahne halten und den Herren nicht den Gefallen tun, einen Kampf aufzunehmen, den die Christlichsozialen offenbar wünschen. (Sehr richtig!) Warum sie ihn wollen, darüber zerbreche ich mir nicht den Kopf. Die Gewissenlosigkeit dieser Menschen, ihre Frivolität und Gewalttätigkeit sind unermeßlich. Ich weiß nicht, was sie sich gedacht haben. Sie können auch gemeint haben, daß sie damit die Straßenbahner am 23. April

wieder als Stimmvieh haben werden wie früher. Aber ich bin überzeugt, daß diese Spekulation falsch ist. Daß sie die barbarische Gewalttätigkeit so weit getrieben haben, nachher noch drei Organisierte zu maßregeln, ist gewiß nicht eine Maßregel, die ihnen hilft. Ich habe noch nie gehört, daß Gewalttaten beruhigen und daß man Liebe und Anhang gewinnt, indem man drangsaliert und auf das Pflaster wirft. (Lebhafte Zustimmung.) Man erinnert sich, daß die Christlichsozialen, als sie im Aufstieg waren und um die Herrschaft kämpften, daran gegangen sind, alle möglichen Bediensteten und kleinen Beamten zu organisieren — das war doch das ganze Geschäft des Herrn Prochazka —, und daß sie gerade groß geworden sind dadurch, daß sie sich des Koalitionsrechtes der kleinen Angestellten bedient und bei ihnen in der demagogischesten Weise gehetzt haben. Diese Leute fangen nun zu maßregeln an. Da muß nun doch jeder begreifen:

Heute dir, morgen mir!

(Lebhafter Beifall.) Da muß jeder verstehen, daß die Partei in ihrer Verzweiflung schon nicht mehr weiß, was sie tut. So müssen wir das, was wir sehen, nicht nur auffassen als Auswuchs der Brutalität und der Gesetzesverletzung, sondern auch der besinnungslosen Verzweiflung. (So ist es!) Für uns Sozialdemokraten und für die organisierte Arbeiterschaft steht die Sache so: Wir waren niemals Freunde der Christlichsozialen, wir haben sie vom Anfang an erkannt und danach behandelt, aber sicher ist, daß solche Dinge das Verhältnis zu dieser Partei noch erheblich ändern. Hier handelt es sich nicht mehr allein um einen politischen Gegner, sondern um den erbittertsten, gehässigsten Arbeiterfeind, den es gibt. (Brausender Beifall.) Sie kennen mich zu gut, als daß Sie meinten, daß ich übertriebene Vorstellungen von den Tugenden des freiheitlichen Bürgertums hätte. Ich verlange von ihnen keine ideale Politik und kann ihre politische Zukunft nicht überschätzen. Aber das, was wir hier bei den Christlichsozialen sehen, zeigt, daß die Gewalttat ein Glied in der Kette dieser korrupten Verwaltung ist, wie das sonst nirgends der Fall ist. Wir sehen leider, daß an der Spitze der Gemeinde ein Herr Dr. Neumayer steht — wir müssen „leider“ sagen, denn wir sind alle bessere Wiener als diese Herren —, der der Führung der Geschäfte nicht gewachsen ist, der absolut die Tragweite von Worten und Handlungen nicht ermessen kann, und wir sehen weiter, daß er umgeben ist von Leuten, die ihm nicht trauen und denen er nicht traut; ich weiß nicht, wer mehr recht hat. (Heiterkeit und Zustimmung.) Wir sehen Leute am Ruder, die nichts im Kopfe haben als:

Zum Teufel die Gemeinde, wenn ich mich nur an der Oberfläche halte!

Das müssen wir sagen: die Wahl muß zeigen, daß die Christlichsozialen der allergefährlichste Feind der Arbeitenden aller Schichten sind, und alles muß darangesetzt werden, diese Herrschaft zu erschüttern und ihr ein Ende zu machen. (Stürmischer Applaus.)

Die Straßenbahner werden diese Krise überstehen, wenn sie sich benehmen wie Männer, welche ihrer Organisation ruhig treu bleiben und auf die Provokationen der christlichsozialen Lockspitzel nicht hineinfallen. Schon heute hörte ich, daß die christlichsozialen Werkzeuge versuchen, die Organisierten zu zwingen, sich etwas zuschulden kommen zu lassen, damit man sie packen kann. Die Straßenbahner sollen aber wissen: mit kräftigen Worten wird diese Schlacht nicht gewonnen! Rache muß kalt genossen werden. Heute heißt es: ruhig an der Organisation festhalten, am Wahltag sich nicht knebeln und zum Stimmvieh herabwürdigen lassen! Dann werden andere Zeiten kommen. (Brausender Beifall.)

Wir wenden uns nicht an die Straßenbahner, weil wir ihre Stimmen brauchen, der Kampf um das Recht des Arbeiters steht uns höher als alle Gemeinderatsmandate der Welt. Wir wollen den Kampf nicht ausnützen für die Wahlen; umgekehrt: die Wahl muß ein Mittel sein, die Gemeinheit und Niederträchtigkeit, die im Rathaus regiert, abzuwehren. Dann wird man das Koalitionsrecht der Straßenbahner nicht verneinen können. Die Mittel und Ziele der Herren sind doch auch gar zu kindisch. Wie kann man erwachsene Leute, die doch der Bürgermeister und seine Stellvertreter sind, ernst nehmen, wenn sie sagen: den „Weckruf" halten wir nicht aus! Daß der „Weckruf" nicht ausschließlich mit Glacéhandschuhen geschrieben ist und nicht mit lauter Rosenwasser, das kann man ihm nicht verübeln. Der Gegner ist ja auch nicht danach. (So ist es!) Wenn es die Straßenbahner schon verstehen würden, wenn er sehr höflich wäre, die Christlichsozialen würden es doch nicht verstehen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Hingegen würde ich mich sehr entschieden verwahren, daß ein Blatt in dem Hofton geschrieben wäre wie die Bielohlaweksche „Volkspresse" oder auch nur die „Reichspost". Diese Leute beklagen sich über Unhöflichkeit. Da muß wieder gesagt werden: Leute, die Dinge verübt haben wie das Attentat auf den toten Silberer*) und die sich mit diesen Dingen solidarisch erklärt haben, weil sie nichts gegen sie unternahmen, haben ein für allemal das Recht verwirkt, überhaupt Kritik zu üben. (Tosender Beifall.)

Ich habe so maßvoll als möglich den Sachverhalt klargelegt. Es sind zwei Dinge zu tun: wir haben die Organisation der Straßenbahner zu unterstützen, so gut wir können, und ihnen in jeder Beziehung unsere Hilfe angedeihen zu lassen. Für die Straßenbahner

*) Der sozialdemokratische Wiener Abgeordnete Franz Silberer, Obmann der Bäckergewerkschaft, war auf einer Skitour umgekommen und das christlichsoziale Zentralorgan, die „Reichspost", hatte behauptet, er sei mit der Gewerkschaftskasse nach Amerika durchgebrannt; ja, die Christlichsozialen hatten sich sogar falsche Zeugen in Amerika bestellt, die ihn dort gesehen haben wollten. Als dann nach der Schneeschmelze, Anfang April, sein Leichnam aufgefunden wurde, behaupteten die Christlichsozialen — vor allem die „Reichspost" und der Abgeordnete Jerzabek —, das sei ein untergeschobener „Kadaver". Seither hieß man die „Reichspost" das „Leichenschänderblatt" und den Abgeordneten Jerzabek den „Kadaver-Jerzabek".

heißt es aber: sich nicht herauslocken lassen, nicht den Schein des Unrechts auf ihre Seite zu bringen. Das Allernächste aber, was wir zu tun haben, ist der Kampf bei den Gemeinderatswahlen*). Diesmal kämpfen wir nicht allein für das Recht in der Gemeinde, nicht allein für sozialpolitischen Fortschritt, sondern in allererster Linie um das ursprünglichste Recht des Menschen, seiner Meinung freien Ausdruck zu geben und Vereinen anzugehören. Die Christlichsozialen werden den frivolen Angriff auf die Arbeiterschaft noch bitter zu bereuen haben. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

*) Bei den Gemeinderatswahlen siegten die Christlichsozialen dank ihrem Wahlkörpersystem, dank ihrem Wahlschwindel und ihrem Terrorismus wieder. Immerhin zeigte sich folgendes Kräfteverhältnis: Die Sozialdemokraten bekamen mit ihren 118.000 Stimmen zehn Mandate im vierten Wahlkörper, die Christlichsozialen mit 120.000 Stimmen in allen Wahlkörpern zusammen 135 Mandate! Erst nach dem Umsturz, wo das gleiche Wahlrecht auch für die Gemeinden eingeführt wurde, ist die christlichsoziale Herrschaft in Wien schmählich zusammengebrochen.

Kämpfer gegen den Geistesdruck.

Giordano Bruno.

„Gleichheit“ vom 14. Juni 1889.

v. a. Am Pfingstsonntag wurde zu Rom das Denkmal Giordano Brunos enthüllt. Es steht auf demselben Platz, auf welchem am 17. Februar 1600 der Scheiterhaufen loderte, welchem ihn die Inquisition überantwortet hatte. Er war ein „Ketzer“. Als 15jähriger Knabe trat er in den Dominikanerorden ein. Nach langjährigen Studien, nach bitteren Kämpfen, in welchen sein mächtiger Geist mit den Vorurteilen seiner Erziehung rang, nach einer Reihe von Prozessen, die ihm der Verdacht des Abfalls vom rechten Glauben eingetragen, floh er aus dem Kloster, legte die Kutte ab und nahm ein mühseliges Leben voll härtester Entbehrungen und Verfolgungen auf sich. Rastlos lernend, rastlos lehrend durchzog er die Schweiz, Frankreich, England, Deutschland, bald die Gastfreundschaft und den Schutz edler und vorurteilsfreier Männer genießend, bald vor der Rachsucht der Zeloten auf der Flucht. Schließlich ließ er sich durch die Sehnsucht nach seinem Vaterland und das Vertrauen auf den zugesagten Schutz eines hochadeligen Venetianers verleiten, nach Italien zurückzukehren. Sein hochgeborener Schutzherr überfiel ihn im Schlafe und lieferte ihn der Inquisition aus. Der Schurke hieß Giovanni Mocenigo.

Unter den Bleidächern des Dogenpalastes begann im Jahre 1592 sein Prozeß. Der Papst verlangte seine Auslieferung, die im Jahre darauf erfolgte. Sieben Jahre lang versuchten es seine Kerkermeister, ihn zu widerlegen und von seinen Irrtümern zu überzeugen. Ihre Gründe konnten ihn nicht widerlegen, ihre Folterwerkzeuge nicht überzeugen. Er hatte schwache Momente, während er auf der Folter lag, und versprach wiederholt, er werde widerrufen. Aber schließlich konnte er sich nicht überwinden, zu lügen, wie andere sich nicht überwinden können, die Wahrheit zu sagen. Denn er war ein Held. Und so mußte er „ungebessert“ verurteilt werden. Degradiert und exkommuniziert wurde er der weltlichen Obrigkeit übergeben mit der Bitte, „ihn so gelinde als möglich und ohne Blutvergießen (citra sanguinis effusionem) zu bestrafen“; das hieß damals, ihn zu verbrennen. Als sein Urteil ihm, dem knienden armen Sünder, verkündet wurde, erhob er sich stolz und sprach: „Mit größerer Furcht sprecht ihr das Urteil, als ich es vernehme.“ Acht Tage ließ man ihm

Frist zum Widerruf; dann wurde ihm die Zunge zerrissen und er bestieg den Scheiterhaufen. Vom Kruzifix, das man dem Sterbenden in die Flammen zum Kusse reichte, wandte er sich schweigend ab. Er vermochte das Zeichen der göttlichen Liebe und Duldung nicht zu erkennen. Lautlos starb er.

* * *

Bruno war ein großer, selbständiger Denker und Dichter. Die Welt war ihm ein Ganzes, ein einziges Wesen, durch sich allein da, außer welchem es nichts gibt. Gott als Schöpfer außerhalb der Welt findet darum nicht Raum in seiner Philosophie. Die Welt selbst heißt ihm Gott. Durch „Scheidung und Entfaltung" bringt die Materie aus sich selbst heraus alle ihre Formen hervor. Ihr inneres Wesen, die Weltseele, ist einzig und allumfassend.

In der Entwicklung dieser Lehren, die er in zahlreichen Schriften niederlegte, mußte Bruno mit dem kirchlichen Dogma in Konflikt kommen. Seine Tapferkeit der Gesinnung führte zum offenen Bruche mit der Kirche, der verschärft wurde durch den heiligen Eifer, mit dem er seine Überzeugung verbreitete. Bruno war aber auch Dichter. Und den Dichter, der in glühender Begeisterung seine Weltanschauung poetisch ausmalte, dessen rücksichtslos scharfe Satire jeder Heuchelei die Maske abriß, fürchtete und haßte Rom noch mehr. Das stolze Selbstbewußtsein Brunos spricht sich in folgenden Versen aus:

Nicht blinder Wahn der Zeit, nicht Schicksals Tücke,
Nicht off'ne Wut, noch Hasses gift'ges Flüstern,
Nicht Bosheit, roher Sinn und freches Trachten
Vermögen je, den Tag mir zu verdüstern,
Mir zu verschleiern meine hellen Blicke,
Noch meiner Sonne Glanz mir zu umnachten.

* * *

Heute, nach 300 Jahren, errichtet Rom dem Ketzer ein Denkmal. Und neu angefacht umzüngeln die Flammen des Scheiterhaufens die edle Gestalt des feurigen italienischen Dichters und Denkers. Neuerdings wird ihm der Prozeß gemacht und nochmals brechen die klerikalen Zeloten den Stab über ihn*). Der Ketzer ist lebendig worden, aber die Ketzerrichter auch. Sie zeigen, daß sie die alten sind. Gemeine Schimpfworte gegen ihr Opfer, infame Verdrehungen seiner Lehren füllen die klerikalen Blätter. Eine ohnmächtige Wut macht sie rasen.

Woher der Zorn? Wahrlich, nicht der arme tote Bruno, nicht seine Asche, die sie in alle vier Winde gestreut, nicht seine Lehre, die heute längst ihr gefährlichster Feind nicht mehr ist, nicht das Andenken an den Ketzer läßt sie so schäumen und Gift

*) In einer Ansprache an die Kardinäle erklärte Papst Leo XIII. am 30. Juni 1885, als das Denkmal beschlossen wurde, seine Aufstellung für eine Beleidigung der Kirche, „weil man einen zwiefach Verpesteten, der Autorität der Kirche Widerstrebenden, gefeiert habe".

und Galle speien. Was sie so fürchten, ist das Andenken an den Scheiterhaufen. Und da war es denn recht unklug, daß die Kirche von heute sich selbst solidarisch erklärte und selbst verantwortlich machte für die Kirche des 16. Jahrhunderts. Sie selbst erklärt sich für dieselbe, die Giordano Bruno dem Martertode überlieferte, sie selbst führt den Beweis, wie sie noch heute über Duldung von ketzerischen Meinungen denkt.

Merkwürdig aber ist, daß die liberale Bourgeoisie nicht merkt, daß das Denkmal, welches sie errichtet, ein Schandmal ist für sie selbst. Sie verdammt den Scheiterhaufen von damals und sie selbst errichtet zahllose. Galt den Ketzerrichtern von anno 1600 das Verbrennen eine „milde Strafe" für Andersdenkende, so ist den bürgerlichen Ketzerrichtern von heute die Verbannung, der Kerker, der langsame Hungertod die „milde Strafe" für die frechen Ketzer, welche finden, die heutige Gesellschaftsordnung sei nicht die Krone und das letzte Ziel aller menschlichen Entwicklung. Wer das bürgerliche Dogma vom kapitalistischen Eigentum angreift, wer verkündet, die Ausbeutung der Arbeit, die Knechtung der Masse, die Prostitution des Weibes müsse ein Ende nehmen und werde ein Ende nehmen, ist der bürgerlichen Inquisition des 19. Jahrhunderts verfallen.

Aber der Strom schwillt und die Ketzergerichte des Kapitalismus werden verschwinden, wie die der Kirche, vor der geschichtlichen Entwicklung. Und die heute Giordano Bruno feiern, sie fürchten selbst für sich und aus Furcht errichten sie Scheiterhaufen, genau wie weiland die Kardinäle. Aber auch ihnen ruft das Proletariat zu, stolz, wie einst Giordano Bruno:

Mit größerer Furcht sprecht ihr das Urteil, als ich es vernehme.

Ludwig Anzengruber.

„Arbeiter-Zeitung", 13. Dezember 1889*).

Heute wird in Wien der größte dramatische Dichter unserer Tage zu Grabe getragen. Nach einem Leben voll Kampf, Elend, Enttäuschung und Verbitterung starb er in einem der wenigen Augenblicke, wo die Großen und Mächtigen, halb widerwillig, gezwungen waren, ihm den Lorbeer zu reichen. Das Volk, dem er entstammt, das er liebte, das er in dauernden Gestalten schilderte mit allen seinen Tugenden und Lastern, mit seinen Hoffnungen und seiner Verzweiflung, sein Volk kannte ihn nicht, kennt ihn

*) Im Jahrgang I, Nummer 16 der „Arbeiter-Zeitung" vom 13. Dezember 1889 erschien als Leitartikel dieser Aufsatz von Victor Adler über Ludwig Anzengruber, der kurz vorher gestorben war — in derselben Nummer, die auch die berühmte Einspruchsverhandlung vor dem Obersten Gerichtshof wegen der Verurteilung Adlers aus Anlaß des Tramwaystreiks bringt. Wenige Tage also, bevor Adler in den Arrest wanderte, fand er die Zeit, fühlte er die Notwendigkeit, sich mit Fragen der Kunst zu befassen. („Kunst und Volk", November 1928.)

heute fast noch nicht. Von allem Empörenden in unserer heutigen „Ordnung“ ist es vielleicht das Empörendste, daß sie das Volk nicht nur dem physischen Elend, der quälenden Not überläßt, daß sie das Volk nicht nur politisch knechtet, sondern auch, daß sie das Volk von dem Genuß der höchsten geistigen Schätze ausschließt. Die großen Gedanken unserer Denker, die mächtigen Schöpfungen unserer Künstler sind Ware, wie alles Ware geworden, und sind nur dem zugänglich, der ihren Besitz bezahlen kann. Kunst und Wissenschaft, bestimmt, das gesamte Volk zu beglücken, zu begeistern, zu erheben, sind die Opfer der niedrigsten Gewinnsucht von Leuten, die in Dramen spekulieren, die sie nicht gemacht, wie andere in Tuch, das sie nicht gewebt, oder in Kohle, die sie nicht gefördert. So werden die leuchtenden Edelsteine des Gedankens an die plumpen Protzen verschachert, welche lieblos und ohne Verständnis sie gerade gut genug dazu finden, mit ihrem Glanze das Pfauenrad ihrer Eitelkeit zu schmücken. Das Volk, der Mutterschoß des Genies, genießt nichts von seiner Fruchtbarkeit, so wenig wie von den Früchten seiner physischen Arbeit.

Wäre das Volk so sehr im Wohlstand als es im Elend ist, wäre es heute so frei als es versklavt ist — die einzige Tatsache müßte den heutigen Zustand unerbittlich verdammen, daß der großen Masse des Volkes jener strahlende Himmel von Gedanken verschlossen ist, ohne welchen dem Wissenden das Leben nicht lebenswert erscheint. Und mit welcher Begierde lechzt die elende Masse, der „Pöbel“ in Lumpen und mit hungrigem Magen, nach jedem schmalen Lichtstreifen, den der dicke Vorhang durchläßt, während die Großen und Mächtigen, der Pöbel in Seidenhüten, auf schwellenden Samtpolstern lungernd, die größten Gedanken des menschlichen Gehirns gelangweilt und übersättigt vorführen sieht.

Das Monopol auf die Frucht der menschlichen Hirnarbeit wird erst gebrochen werden zugleich mit dem Monopol auf die Frucht der Handarbeit.

Ludwig Anzengruber war ein Volksdichter, und den Charakter des österreichischen Volksstammes hat keiner so verstanden und darzustellen gewußt wie er. Eine Reihe von Volksstücken, zum größten Teil im österreichischen Dialekt abgefaßt, eine ansehnliche Zahl von Erzählungen geben davon Kenntnis. Als dramatischer Dichter ragt er so nahe an Shakespeare hinan wie kein anderer der Neueren. Und doch ist er von wenigen geschätzt und hat lange nicht den Ruhm erlangt wie die Fabrikanten glatter Rührstücke und philiströser Possen oder wie die Zotenreißer, welche heute die Bühne beherrschen. Warum? Der Grund ist klar. Anzengruber war ernst, und das Publikum will Rührung. Anzengruber hatte Humor, und das Publikum will Spaß. Und wenn sie ihn anerkennen mußten, wenn sie die große Dichtergestalt nicht länger ignorieren konnten, so beugten sie sich nur widerwillig und grollend. Sie fühlten, vielleicht ohne es zu wissen, Anzengruber gehöre nicht zu ihnen.

Wir sind weit davon entfernt, ihn als Sozialisten zu proklamieren. Das wirtschaftliche Problem lag ihm fern. Aber er fühlt die schneidenden Widersprüche in unserer Gesellschaft und mit der naiven Wahrheitsliebe des wirklichen Dichters sprach er aus, was er sah und fühlte. In jedem seiner Stücke kommt ein Mann vor, der den Widerspruch zum Ausdruck bringt, der nicht ist wie die anderen, sondern der denkt und der die Menschen liebt. Der Wurzelsepp im „Pfarrer von Kirchfeld", der Steinklopferhannes in den „Kreuzelschreibern", der Einsam in „Stahl und Stein", der Hubermayer in „Fleck auf der Ehr", sie alle sind zugrunde gegangen in und an der Gesellschaft, und sie wußten und sahen das. Diese „Lumpen", durch welche die ganze biedere, ehrenwerte Bürger- und Bauerngesellschaft eigentlich und ihre satte Tugend ein verflucht schäbiges Aussehen bekommt, sie sprechen die Sprache der Wahrheit. Und das macht den Dichter unbequem.

Anzengruber war eine Rebellennatur wie Beethoven, wie Richard Wagner, und daher der lange Zeit offene, später noch immer versteckte Krieg gegen ihn wie gegen jene Großen. Ein einziges Mal winkte ihm der allgemeine Beifall des Bürgertums.

Er war ein Feind der Pfäfferei, und sein „Pfarrer von Kirchfeld" fiel in jene Zeit, wo die österreichische Bourgeoisie den letzten Anfall von Freisinnigkeit hatte. Das machte ihn „populär" für kurze Zeit. Das Deutsche Volkstheater, in welchem nur jenes Volk Platz findet, das Zeit und Geld hat, soll Anzengruber zu Ehren bringen. Aber der zahlungsfähige Geschmack verlangt glatte Komödie, und den Luxus wirklicher Dichtung kann man sich selten gönnen.

So ist der Mann, den sie morgen begraben werden, nicht zur vollen Ruhe gelangt. Er selbst fühlte es, wie die Schwingen seines Genies gelähmt wurden durch die Stickluft, die Gleichgültigkeit, Denkfaulheit und die egoistische Beschränktheit derjenigen Schichten, denen allein er sich vernehmbar machen konnte. Das Volk aber, zu dem er gehörte, zu dem er sprach, an das Volk konnte er nicht herankommen. Was aus Anzengruber in einem freien Lande, unter menschlichen Zuständen geworden wäre, läßt sich nicht absehen. Das „kunstliebende" Bürgertum ließ ihn verkümmern, wie es Schiller und Feuerbach verhungern ließ, wie es Wagner zwang, unter die Protektion eines prachtliebenden Fürsten zu flüchten.

Anzengruber ist in kleinlichen, dürftigen Verhältnissen gestorben, aber die Lindau, Moser und wie die dichtenden Lakaien der Bourgeoisie alle heißen, wohnen in Palästen und speisen mit den Großen der Erde.

Möge der Prunk nicht irreführen, mit dem sie Anzengruber morgen begraben werden. Am besten gefällt ihnen an ihm eben — daß er tot ist.

Aber der Tag wird kommen, wo unsere Künstler werden zum

Volke sprechen können, wo die Scheidewand fällt, welche sie von denen trennt, aus deren Herzen sie sprechen, wo die Kunst Gemeingut sein wird für alle, die Hirn und Herz haben, sie zu fassen.

Die Scheidewand wird fallen, wenn die Ketten fallen.

Die Hinrichtung in Chikago.

„Gleichheit“ vom 12. November 1887.

V. A. Zur selben Stunde, in welcher dies Blatt unter die Presse geht, werden sieben Männer im fernen Chikago getötet werden, sieben wirkliche, tapfere Männer*). Was ist ihre Schuld?

*) In Chikago wurden am 11. November 1887 die Anarchisten August Spies, Albert Parsons, Adolf Fischer und Georg Engel mit dem Strang hingerichtet. Louis Lingg hatte am Tage vorher in der Zelle Selbstmord begangen. Die zwei ebenfalls zum Tode verurteilten Fielden und Schwab waren infolge der internationalen Protestbewegung zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden. Ein achter, Neebe, war gleich zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Alle acht waren ursprünglich wegen Mordes angeklagt, die Anklage aber dann auf Verschwörung zur Ermordung von Polizisten umgewandelt worden. Das Verbrechen sollen sie am 4. Mai 1886 in einer Versammlung begangen haben, die streikende Arbeiter abhielten. Die amerikanischen Gewerkschaften hatten beschlossen, eine energische Aktion für die Erringung des Achtstundentages einzuleiten und die Anarchisten hatten die Parole ausgegeben, am 1. Mai 1886 in den Streik zu treten. Die erschreckte Bourgeoisie schrie nach Schutz, und als sich der Streik in Chikago wirklich ausdehnte, drangen einige hundert Polizisten in eine Versammlung, die am 4. Mai abends auf dem Heumarkt stattfand. Als der Offizier in die friedliche Menge zu schießen befahl, explodierte eine Bombe, die sieben Polizisten tötete und sechzig verletzte. Allgemein war man der Überzeugung, daß die Bombe von einem Agent provocateur geworfen worden war, aber die Veranstalter der Versammlung wurden angeklagt und, obwohl sie jede Schuld bestritten, auch keinerlei Beweis gegen sie vorlag, verurteilt. Obwohl nicht nur die amerikanischen Arbeiter, sondern die ganze gesittete Welt für die Aufhebung des ungerechten Urteils schrie, wurde das Urteil bestätigt.

Die anarchistische Bewegung war durch die Mordtat gelähmt, aber die Gewerkschaften setzten mit einem so gewaltigen Kampf für den Achtstundentag ein, daß er im Jahre 1890 Gesetz wurde.

Die Opfer des Justizmordes wurden aber sechs Jahre später auch amtlich rehabilitiert und der Prozeß als schändliche Klassenjustiz, die Verurteilungen als offenkundiger Mord erklärt.

Am 25. Juni 1893 wurde auf dem Hügel, unter dem die Gebeine der gemordeten Opfer ruhten, ein Grabdenkmal aufgestellt, das aus Beiträgen der Proletarier der ganzen Welt geschaffen worden war. Und bald danach ließ der Gouverneur des Staates Illinois J. P. Altgeld, der die vielen tausende Akten des Prozesses durchstudiert hatte, die drei noch am Leben gebliebenen Opfer Fielden, Schwab und Neebe aus dem Zuchthaus in Joliet nach sieben Jahren Kerker frei. In der Amnestiebotschaft, die er veröffentlichte, stellte er fest, daß der Prozeß gegen alle acht Angeklagten in parteiischer Weise geführt worden sei. Der Staatsanwalt Grinnell habe nicht wie ein Beamter gehandelt, der

Die einzige, die wirklich bewiesen worden vor jenen Geschwornen, ihren Richtern, war die einzige, zu der sie sich freimütig und furchtlos bekannten. Sie haben in Schrift und Rede die heutige Gesellschaftsordnung bekämpft. Ob sie sich Sozialdemokraten, ob sie sich Anarchisten nennen, ob wir in allem und jedem ihre Überzeugung teilen, ob nicht — sie haben für die Sache der Zukunft nach ihrem besten Wissen mit freudigem Mute gekämpft. Und deshalb hängt man sie? Man hängt sie unter einem Vorwand; man beschuldigt sie, sie hätten jene „Bombe von Chikago" geworfen. Die Männer, welche erklären, jede „Gnade" zurückzuweisen, würden sich auch zu dieser Tat bekennen. Jedermann in Amerika aber weiß, daß diese Anschuldigung erlogen, ein bloßer Deckmantel für einen Akt der Klassenjustiz und nur durch bestochene Zeugen „erwiesen" ist.

Wir verlangen von unseren Gegnern nicht, daß sie nach unseren Prinzipien urteilen, wir verlangen noch weniger Schonung. Aber selbst nach den Prinzipien des bürgerlichen Klassenstaates, nach den Rechtsgrundsätzen der bürgerlichen Republik von Nordamerika ist es ein Justizmord, was morgen geschehen wird. Die sieben Männer verfallen dem Tode einzig und allein wegen ihrer Meinungen, welche dem Klasseninteresse der richtenden Geschwornen zuwiderlaufen.

Die blutige Maiwoche, welche die Kommune von Paris fallen sah, kostete Tausende von Proletarierleben. So himmelschreiend die Großtaten der Schergen Gallifets und Thiers' waren, ein Umstand wirkt nicht mildernd, aber erklärend: die Tat geschah im Kampf, in jenem gräßlichen Rausch, den Kanonendonner und dampfendes Blut erzeugen. Die sieben Männer morgen werden kalten Blutes getötet werden.

In der ganzen Welt haben nicht etwa die Proletarier allein, nein alle, deren Herz und Hirn noch nicht verdorrt ist in brutalstem Klasseninteresse, gegen die Vollstreckung des Urteils protestiert. Umsonst!

Wir glauben nicht an die prahlerischen Drohungen von schneller, blutiger Rache, von der Einäscherung Chikagos, wie man sie wohl ab und zu hören konnte. Aber wir glauben an die tiefe, anhaltende Wirkung des Aktes, der sich morgen vollziehen wird. Die sieben Männer fallen nicht vergebens!

---

das Recht suchte, sondern wie ein heimtückischer Verfolger, der eine Anzahl politischer Gegner unschädlich machen wollte. Der Polizeiinspektor Bonfield habe auf dessen Anordnungen hin falsches Beweismaterial fabrizieren, Meineide schwören lassen und den Angeklagten Handlungen und Worte unterschoben, die nur in der Einbildung bestanden, während die Richter vom Beginn an Entscheidungen fällten, die davon zeugten, daß es ihnen nicht darum zu tun war, Gerechtigkeit walten zu lassen, sondern die Angeklagten unter allen Umständen an den Galgen und ins Gefängnis zu bringen.

Altgeld wurde allerdings für diese Tat, die ihm das Lob der ganzen zivilisierten Welt eintrug, von der Bourgeoisie gestraft, indem sie ihn nach Ablauf seiner Mandatsdauer nicht mehr wählte.

Argumente der Christlichsozialen.

Christliche und jüdische Ausbeutung.

Wählerversammlung, 28. Februar 1897*).

Die Antisemiten, die vorgaben, der ehrlichen Arbeit wieder zu ihrem Rechte verhelfen zu wollen, sind jetzt ganz die Partei der Besitzenden geworden. Die ärgsten Ausbeuter Wiens sind die christlichen und jüdischen Hausherren, die eine große Organisation im Hausherrenverein haben, dessen erster Ehrenpräsident der Bürgermeister Strobach ist. (Stürmische Pfuirufe.) Rufen Sie nicht Pfui! Seien wir lieber froh, daß die Antisemiten offen als Hausherrenpartei auftreten. Worüber man aber Pfui! rufen muß, ist, daß sie dabei noch immer die Unverschämtheit haben, die Stimmen der Arbeiter haben zu wollen. Der Dr. Lueger und der Noske, der Oberantisemit und der Oberjudenbeschützer, sind zusammengegangen, um den Schubwagen zu erhalten**). Mögen einander diese Herren sonst auch noch so sehr bekämpfen, beim Schubwagen treffen sie sich. Trotzdem die Antisemiten vor kurzem erst die reichsten Juden zum Ball der Stadt Wien geladen haben, behaupten sie, daß die Sozialdemokratie von den Juden geführt werde. Sie hätten sich ja auch um die Arbeiter kümmern können. Allerdings, der Liechtenstein hat sich ja beispielsweise um den Ausnahmszustand gekümmert, aber indem er erklärte, der Ausnahmszustand sei notwendig gegen die Anarchisten. Das sagte derselbe Liechtenstein, der sehr gut wußte, daß der „Anarchist" Peukert, mit dem er verkehrte, ein Polizeispitzel war. Solange die Arbeiter kein Wahlrecht hatten, haben sich die Herren nicht sehen lassen, jetzt kommen sie und verlangen die Stimmen der Arbeiter. Der 9. März wird aber zeigen, daß das Volk von Wien nicht unter der schwarzen Kutte steht, sondern daß es unter der roten Fahne marschiert.

---

*) In den letzten Wochen vor der ersten Wahl aus der fünften Kurie mußte Adler jeden Tag, oft in mehreren Versammlungen, sprechen. So sprach er am 28. Februar in einer Versammlung auf der Wieden, welcher bürgerliche Bezirk zu dem Favoritner Wahlkreis hinzugefügt war. Da hier auch zahlreiche Kleingewerbetreibende anwesend waren, sprach er hier vornehmlich über das Thema, das von den Christlichsozialen in den Vordergrund gestellt wurde, über die jüdische Ausbeutung. Seine weiteren Reden an demselben Tag an anderer Stelle.

**) Beide hatten gegen das Heimatsgesetz gestimmt.

Sozialdemokratische Wahlkosten.

Wählerversammlung, 28. Februar 1897*).

Herr Dr. Lueger konnte diese offene Frage um so leichter an mich richten, weil, wenn der Dr. Adler in das Lokal gekommen wäre, um die Frage zu beantworten, er von den Ordnern mit den Ochsenziemern sofort hinausgeworfen worden wäre. Das hat den Dr. Lueger aber nicht gehindert, in einer einige Tage später abgehaltenen Versammlung pathetisch zu erklären: „Herr Dr. Adler hat meine Anfrage noch immer nicht beantwortet!" Die Antisemiten glauben, daß es bei uns so zugeht wie bei ihnen, wo jeder Schritt schwer bezahlt werden muß, wo jeder Ordner von St. Marx**) unter 4 bis 5 fl. für den Abend nicht zu haben ist. Der Dr. Lueger sieht nun die ungeheure Arbeit, die wir während der Wahlen leisten, und da sagt er sich, daß diese Arbeit bei den Antisemiten einige Millionen kosten würde. Wenn die Antisemiten an einem Tage in ganz Österreich 2½ Millionen Wahlflugblätter verteilen wollten, so würde sie das selbstverständlich sehr viel kosten, wir haben das umsonst; wir werden am Wahltag in Wien mehr als fünftausend Genossen brauchen, und wir haben sie schon jetzt zu unserer Verfügung. Wenn wir da jedem 5 fl. zahlen sollten und Würstel und Bier, wie die Antisemiten, dann würden wir allerdings sehr viel Geld brauchen. Wir können auf den Geldsack der Klöster verzichten, ebenso wie auf den der Juden, weil wir über den Opfermut unserer Genossen verfügen. Wir haben ein Kapital zur Verfügung, das die Antisemiten nicht haben, das Kapital der Überzeugung jedes Genossen, daß unsere Sache die wahre ist, der Überzeugung, daß jeder Genosse für sich und seine Familie arbeitet. Im weiteren Verlauf seiner Rede erörtert Genosse Dr. Adler die Wichtigkeit des politischen Kampfes neben dem gewerkschaftlichen und die Stellung, die die verschiedenen parlamentarischen Parteien zur Arbeiterschaft einnehmen. Dr. Adler schließt mit der Aufforderung, am 9. März wieder so vorzugehen wie am 13. März und am 1. Mai und durch Ruhe zu imponieren. Jeder solle sich fest vornehmen, sich durch die zu erwartenden Bubenstücke der Gegner weder provozieren noch einschüchtern zu lassen. Der Wahlsieg solle durch keine Ausschreitung befleckt werden.

---

*) In Rappels Rosensaal antwortete Dr. Adler vor einer massenhaft besuchten Metallarbeiterversammlung auf die „offene Anfrage", die Dr. Lueger an ihn gerichtet, woher die Sozialdemokratie die kolossalen Summen nehme, die sie zum Wahlrechtskampf benötige.

**) Die Christlichsozialen ließen ihre Versammlungen von städtischen Arbeitern des Schlachthauses von St. Marx bewachen, die mit Ochsenziemern jeden, der einen Widerspruch wagte, bearbeiteten.

Die „jüdischen Führer".

Wählerversammlung, 2. März 1897*).

Dr. Mayreder haßt das Wort „bürgerlich", den Klassenunterschied, aber mit dem bloßen Hasse bringt man den Klassengegensatz nicht aus der Welt. Mag man auch noch so sehr Politik in das Himmelblaue machen, auf Erden stößt man immer auf den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Ausbeutern und Arbeitern. Es nützt nichts, diesen Gegensatz zu hassen, wenn man nichts tut, ihn zu beseitigen. Dr. Mayreder hat gemeint, daß jemand von uns die französische Republik als eine „sozialistisch vorgeschrittenere" Organisation ansieht; im Gegenteil, sie ist eine kapitalistisch vorgeschrittenere Republik, in der die reine Geldsackwirtschaft herrscht. Diese französische Republik wird gerade von uns am konsequentesten bekämpft. Auch daß der Pariser Gemeinderat, der 400.000 Franken für den Zarenempfang bewilligte, sozialdemokratisch ist, ist unrichtig; unsere Pariser Genossen haben auf eine so energische Weise dagegen gekämpft, daß sie in Österreich nicht unter zwanzig Jahre Kerker bekommen hätten. Natürlich, wenn man seine Kenntnis aus den Entstellungen der bürgerlichen Blätter schöpft, so kommt man naturgemäß zu falschen Anschauungen. Dr. Mayreder schlägt die Taktik ein, daß er erklärt: Die sozialdemokratischen Arbeiter sind ausgezeichnete, brave Leute, aber die Führer sind verflixte Kerle. Dabei sprechen die Herren immer nur von den „jüdischen" Führern (nebenbei bemerkt, gibt es unter den Antisemiten mehr Juden als unter uns), nie von der großen Masse der führenden arischen Genossen. Ich brauche nicht zu sagen, was ich geleistet habe, meine Genossen kennen mich. Seit zwölf Jahren ist meine Person mit der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung verknüpft. Daß ich mir da die Erlaubnis hätte holen sollen bei den Herren Deutschnationalen, habe ich nicht für notwendig gehalten. Dr. Mayreder wirft mir vor, ich hätte bei den Verkehrsanlagen nicht den Dr. Lueger unterstützt, er weiß sogar, warum. Nun, weil ich ein internationaler Mensch bin, mit anderen Sittlichkeitsbegriffen usw. Ungefähr im Jänner 1892 habe ich einen größeren Artikel in der „Arbeiter-Zeitung" geschrieben, worauf die Bauarbeiter Wiens und die anderen Branchen diese Forderungen erörterten**). Dr. Lueger und Geßmann, die damals in der Opposition waren und sich darum diesen Luxus erlauben konnten, haben diese Forderungen zum

*) In der Wählerversammlung auf der Wieden trat Dr. Adler der Deutschnationale Dr. Mayreder gegenüber, der ruhig angehört wurde. Er wünschte, daß die Arbeiter einen Genossen aus ihrer Mitte wählen und nicht den Dr. Adler, „der seine ganze Machtstellung der Tätigkeit seiner Vorfahren verdanke".

**) Der Artikel ist abgedruckt im fünften Heft dieser Schriften. Er heißt „Die Verkehrsanlagen von Groß-Wien und die Wiener Arbeiter", vom 8. Jänner 1892. (Bd. V, Seite 107.) Anschließend daran noch einige Artikel über das gleiche Thema.

Gegenstand eines Antrages gemacht, einen anderen Teil haben die Abgeordneten Kaizl und Bärnreither vertreten. Diese Forderungen wurden von den Gegnern heftig bekämpft. Das, was an dem einen Tag in der „Arbeiter-Zeitung“ in Erwiderung der Angriffe der Gegner stand, wurde am anderen Tage von Geßmann und Lueger im Parlament vorgebracht. Ich, der internationale Sozialdemokrat, habe diesen Feldzug damals allein führen müssen. (Dr. M a y r e d e r ruft: Im nationalen Sinne!?) Was meinen Sie mit dieser Frage? Wissen Sie, ich kandidiere auch in Reichenberg, wo die nationalsten der Nationalen wohnen, und wenn dort jemand den Arbeitern von deutschnational spricht, dann lachen sie ihn aus, weil dieselben Herren, die die ganze Nacht die deutsche Fahne hochhalten und für die deutschen Volksgenossen schwärmen, am nächsten Morgen den tschechischen Arbeiter aufnehmen, wenn er um fünf Kreuzer weniger verlangt als der deutsche Arbeiter.

Wir, die wir den Arbeitern eine höhere Lebenshaltung beizubringen suchen, wir sollen Feinde des Deutschtums sein? Wir wenden uns nicht dagegen, daß der chinesische Kuli bei uns eingeführt wird, aber wir verlangen, daß er zu einem höheren Lohne arbeite. Die deutschen Reeder, die das Deutschtum immer hochhalten, sind es, die die chinesischen Kuli einführen, weil sie billiger arbeiten als die deutschen Arbeiter. Wir wollen unsere Arbeiter heben, und wir wissen, daß das nur geschehen kann, wenn wir auch alle anderen Arbeiter heben. Jeder Fortschritt der tschechischen Arbeiter ist auch ein Fortschritt für die deutschen Arbeiter. Aber darum lieben wir unser Volk nicht weniger als Sie. Um die Bergarbeiter in Ostrau braucht sich ein Deutscher nicht zu kümmern, denn das sind Tschechen. Aber die Bergarbeiter von Falkenau sind Deutsche und ihre Ausbeuter größtenteils Juden, und trotzdem ist die antisemitische Presse, darunter auch die deutschvolkliche, gegen die Arbeiter aufgetreten. Wo waren auch die deutschen Volksgenossen, als man Hunderte von deutschen Arbeitern in ganz Böhmen zusammengefangen hat wie die Hunde und sie in Ketten nach Prag schleppte? Ich war damals, ich gestehe es, ungesetzlicherweise in den Bergen von Reichenberg herumgeschlichen und wurde sogar in Reichenberg als bedenklich verhaftet und von einem deutschnationalen Polizeisekretär vernommen. Da sagte ich mir: Ich internationaler Sozialdemokrat bin hundertmal mehr deutsch als du deutschnationaler Heuchler und Kapitalistenknecht! Herr Dr. Mayreder ist kein bösartiger Gegner, aber er läßt sich einreden, daß ich diesem Bezirk von einer Kapitalistengruppe aufgedrängt wurde. Aus welcher Welt kommen Sie denn? Wissen Sie denn nicht, daß es wohl keinen Menschen gibt, den die österreichischen Kapitalisten mehr hassen als mich? Die Herren vom Wienerberg sagen, wenn von mir die Rede ist: Der „Jud“ kostet uns 300.000 fl.; ähnlich spricht auch der Rothschild und die anderen großen Ausbeuter. Alle diese Leute hassen mich, wie man das Böse haßt, und ich bin stolz darauf. Nun kommen die großen Mittel daran, über die wir verfügen sollen. Da muß ich

Ihnen ein Geheimnis anvertrauen, Herr Doktor. Mit unserem Wahlfonds steht es schlecht. Wenn Sie etwas beisteuern wollten, wir könnten es sehr gut brauchen. Bei uns wird jeder Kreuzer veröffentlicht; können Sie das von dem Wahlfonds Ihrer Partei auch sagen? Wenn Sie wissen wollen, über was für Kapital wir verfügen, dann will ich Sie in allen Bezirken herumführen und Ihnen da zeigen, wie da die Arbeiter in unseren Lokalen die ganze Nacht umsonst für uns arbeiten. Das ist das Kapital, über das wir verfügen, und das bitte ich, uns nachzumachen! Was meine Person und meine Mittel betrifft, so kann ich Ihnen sagen, daß ich früher einmal eine Rente von ein paar tausend Gulden hatte; ich habe das Kapital nicht versoffen und nicht verspielt. Seit Jahren schon lebe ich aber bereits vom Ertrag meiner Feder. Wenn Sie aber im Verhältnis zur Qualität Ihrer Arbeit so schlecht bezahlt würden wie ich, wären Sie gewiß nicht zufrieden. Ich bin sozusagen ein Streikbrecher, ein Schuster, denn ich arbeite weit unter dem Tarif, der bei meinen Branchenkollegen, den Redakteuren, das Drei- bis Vierfache davon beträgt. Wenn Sie aber wünschen, daß ich mich mit einem Ihrer Genossen vergleiche, so kann das geschehen. Ich bin Zeitungsherausgeber, und auch der Herr Vergani*) ist es. Ich habe angefangen, als ich noch ein Hausherr war; jetzt bin ich es nicht mehr. Der Vergani hat ohne Häuser, aber mit Schulden angefangen und ist jetzt mehrfacher Hausherr. Freilich, zu den Moralbegriffen dieses Ihres Volksgenossen kann ich, der Jude Adler, mich nicht emporschwingen. Ich muß gestehen, ich habe vor Ihnen einen gewissen Respekt, Herr Doktor, denn ich habe Sie nie bei einer der Gemeinheiten Ihrer Partei gesehen; meinen Respekt hat es erhöht, daß Sie heute hier erschienen sind. Aber ich begreife nicht, wie ein Mann wie Sie ruhig von mir sagen kann, ich hätte geringere Moralbegriffe. Allerdings, in einem kann ich es mit Ihnen nicht aufnehmen. Meine Eltern waren Juden; aber meine Eltern waren darum nicht schlechter als die Ihren, Herr Doktor. Mit einem Wort, wenn die Arbeiterschaft mich kandidiert, dann tut sie es wahrscheinlich deshalb, weil sie mich brauchen kann. Das ist der Stolz meines Lebens. Die Arbeiter meinen, daß ich ihnen nützen kann**).

---

*) Ernst Vergani, der Herausgeber des „Deutschen Volksblattes", von dem Schönerer, als Vergani von ihm abfiel und christlichsozial wurde, die unangenehmsten Dinge erzählte.

**) Mayreder hat darauf nicht mehr geantwortet.

Von Badeni bis Thun.

Kampf gegen Badeni.

Zwölf Versammlungen am 22. September 1897*).

Als Graf Badeni vor einigen Monaten das Parlament schloß, da war es deshalb, weil er ganz ratlos war. Die vierzehn sozialdemokratischen Abgeordneten, so sehr sie auch den Wunsch haben, ihm das Leben so sauer und auch so kurz zu machen als möglich, sie allein hätten das nicht zustande gebracht; die jetzt dem Badeni so fürchterlich wurden, sind unsere alten guten Bekannten, die unter

---

*) Am 23. April 1896 hatte das Abgeordnetenhaus Badeni seine Wahlreform bewilligt, die am 14. Juni 1896 sanktioniert wurde. Vom 4. bis zum 24. März 1897 waren die Wahlen, die aber dem Ministerpräsidenten doch keine feste Mehrheit gebracht hatten, so daß er namentlich für den Ausgleich mit Ungarn keine Majorität hatte, obwohl die Christlichsozialen dafür zu stimmen bereit waren, nachdem er ihnen die Bestätigung des am 8. April zum fünftenmal zum Bürgermeister gewählten Lueger zugesagt hatte. Um die Jungtschechen zu gewinnen, versprach er ihnen, ihre wichtigsten sprachlichen Wünsche durch eine Verordnung zu erfüllen. Statt ein Gesetz zu schaffen, was mühevolle Verhandlungen erfordert hätte, wollte er diese wichtigste Frage Österreichs durch eine Verordnung regeln. So wurden am 5. April 1897 die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren erlassen, die von den Deutschbürgerlichen als Angriff auf ihre nationalen Rechte, vor allem auf das geschlossene deutsche Sprachgebiet angesehen und mit Obstruktion beantwortet wurden. Am 2. Juni schickte Badeni, nachdem er die Obstruktion entzündet hatte, das Parlament nach Hause. Aber der nationale Streit war dadurch nur auf die Straße getragen worden. Vergebens bemühten sich die deutschen und tschechischen Sozialdemokraten Böhmens, den nationalen Furor einzudämmen. Am 4. September fand eine Konferenz der Vertrauensmänner beider Nationen statt, die beschloß, im ganzen Lande Versammlungen mit dem Programm „Stellung der Arbeiterschaft zur nationalen Hetze" zu veranstalten. An die Arbeiterschaft wurde ein Manifest für den nationalen Frieden herausgegeben. Am nächsten Tag fand dann in Prag eine große Demonstration für den Völkerfrieden statt, an der auch Hunderte von deutschen Vertrauensmännern aus dem Lande teilnahmen.

Am 23. September trat das Parlament wieder zusammen, ohne daß sich in diesen dreieinhalb Monaten etwas geändert hätte. Am Tag vorher beschloß der sozialdemokratische Verband, eine Reihe von sozialpolitischen Anträgen einzubringen. Am Abend fanden dann zwölf Massenversammlungen statt. In der Versammlung beim Dreher sprach Adler.

früheren Regierungen mitunter auch Opposition machten, mitunter auch nicht, je nachdem sie gefüttert wurden, dieselben Leute, die von jedem, der politisch denkt, als abgetane Schauspieler erkannt sind. (Bravo!) Nicht die eigene Kraft der bürgerlichen Parteien ist es, sondern die Fehler und die Unfähigkeit des Grafen Badeni, die es ermöglichte, daß selbst diese schwächlichen bürgerlichen Parteien aussehen, als wären sie jemand. Das ist eben der Fluch aller ungesetzlichen Regierungen, daß selbst das Gute, was sie tun, zum Schlechten ausschlagen muß. Vor einigen Tagen fragte mich ein christlichsozialer Abgeordneter, warum wir den Badeni bekämpfen, da wir doch wissen, daß sein Nachfolger uns nicht mehr gewogen sein wird. Das ist bis zu einem gewissen Grade richtig, aber Graf Badeni ist der gefährlichste Minister, den wir seit Jahrzehnten gehabt haben, weil es scheint, daß er so fest sitzt, daß er Fehler auf Fehler machen darf. Die Herren Funke, Pergelt usw., Leute, die von selbst ruhig geworden wären, wenn man sie sich hätte ausreden lassen, sind durch die Kunst Badenis zu Helden gemacht worden, und sie kommen durch seine Kunst aus ihrer Heldenrolle nicht heraus. So kommt es, daß wir auch heute vor einer Situation stehen, deren Folgen gerade die Arbeiterschaft besonders zu tragen hat. (Richtig!) Mit dem festen Willen und der Fähigkeit, etwas zu tun, mit einem festen Programm kamen unsere Abgeordneten in das Parlament, und nun kommen sie nicht dazu, etwas zu tun, weil sie sich sagen müssen, mögen alle Dringlichkeitsanträge noch so dringlich sein, das Allerdringlichste ist: Weg mit Badeni! Unsere Aufgabe wird also sein, alles zu tun, um unsere Anträge, die wir vorbereitet haben, zur Beratung zu bringen, andererseits aber auch alles zu tun, um dieser Regierung das Lebenslicht auszublasen. (Stürmischer Beifall.) Die Obstruktion ist eine sehr wichtige Waffe, wenn sie gerichtet wird nicht gegen jene Gesetze, die der Regierung unangenehm sind (wenn ein Arbeiterschutzgesetzentwurf eingebracht wird, Obstruktion zu machen, wäre lächerlich), sondern gegen jene, die der Regierung von Wichtigkeit sind. Was wird nun geschehen? Wenn alles vernünftig vor sich ginge, wäre Badeni in vierzehn Tagen kein Minister mehr, aber Österreich ist das Land der Unvernünftigkeiten, und darum weiß man nicht, was geschehen wird. Wir Sozialdemokraten haben in den letzen Jahren gute Arbeit geleistet und auf unserem letzten Kongreß und der Prager Friedensmanifestation haben wir gezeigt, wie man die Freiheit und Selbständigkeit jeder Nation vereinigen kann mit brüderlichem Zusammenwirken aller Nationen. Man wird eine wirkliche Volksvertretung schaffen müssen, und dann wird die nationale Frage gelöst werden, indem man allen Nationen volle Gleichberechtigung gibt. Der Kampf in der kommenden Session wird hauptsächlich von unseren Abgeordneten geführt werden müssen. Es wird uns freuen, wenn die bürgerliche Opposition festhält. Aber mag sie das tun oder nicht, die Sozialdemokraten werden ihre Pflicht tun, und diese Pflicht besteht darin: Kampf gegen das Ministerium Badeni bis ans Ende. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Badenis Bankrottpolitik.

Versammlung am 18. Oktober 1897[*]).

Dr. Adler, mit stürmischen Hochrufen empfangen, bezeichnet die gegenwärtige Lage als verworrener denn je. Gehört es in Österreich schon zu einer besonderen Geschicklichkeit, die Geschäfte nur in Bewegung zu erhalten, so haben wir jetzt noch das Unglück, eine Regierung zu besitzen, die sich durch außerordentliche Ungeschicklichkeit in dieser Richtung auszeichnet. Heute stehen wir auf dem Punkte, daß wir nicht einmal über die Grundlage des Reiches, über unser Verhältnis zu Ungarn im klaren sind. Wenn der Ausgleich mit Ungarn verhandelt werden wird, ist es Pflicht der Sozialdemokraten, darauf zu sehen, daß Österreich so wenig als möglich zahlt, denn die, die es bewilligen, zahlen dazu am wenigsten. Die Ungarn sind gegen uns da immer im Vorteil, weil sie ein wirkliches parlamentarisches Regime haben. Das ungarische Parlament, das übrigens nichts weniger ist als eine Volksvertretung, läßt sich das nicht bieten, was sich das österreichische Parlament gefallen läßt. Vielleicht wird das auch anders werden. Wird das Ausgleichsprovisorium nicht parlamentarisch erledigt, dann will man es als Verordnung oktroyieren. Aber ob das so einfach geht, darüber werden wir in einigen Monaten noch zu sprechen haben. Aber es ist klar, daß eine Regierung, die nicht einmal den Ausgleich zustande bringt, einfach Bankrott gemacht hat. In dieser Lage ist nun Badeni. Die Sprachenverordnungen, die den Anlaß zur Obstruktion gegeben haben, sind, wie wir wiederholt erklärten, zu vier Fünfteln vernünftig; aber auch das Vernünftige ist dadurch, daß es oktroyiert wurde, als Verordnung, als Zwang erlassen wurde, schädlich geworden. Jetzt steht es nun so, daß eine große Minorität im Parlament auf gesetzliche Weise die ganze Regierungsmaschinerie stillzusetzen vermag. Und nun handelt es sich für uns darum, ob wir die Opposition, die den Grafen Badeni vielleicht über den Haufen zu werfen vermag, bekämpfen sollen, bloß deshalb, weil die Gründe, die sie zur Bekämpfung Badenis hat, nicht unsere Gründe und vielfach unvernünftig sind. Dazu werden wir uns nicht hergeben. (Beifall.) Die Sozialdemokraten werden alles tun, diese Regierung zu beseitigen, die durch ihre Existenz allein jede positive Arbeit im Parlament unmög-

*) Die Stimmung der deutschbürgerlichen Parteien war immer energischer geworden, die Lage der Regierung immer schwieriger. Anfang Oktober bildete sich die Regierung noch ein, den Ausgleich ohne Schwierigkeiten durchsetzen zu können. Aber sie mußte bald sehen, daß es nicht so einfach ging. Am 13. Oktober begann im Parlament die Verhandlung über fünf Dringlichkeitsanträge, die die Erhebung der Ministeranklage zum Inhalt hatten. Es kam zu Sturmszenen und zu einem förmlichen Handgemenge zwischen Deutschen und Tschechen. — Das war die Situation, als Adler im Simmeringer Brauhaus über die politische Lage sprach.

lich macht. (Bravo!) Redner bespricht nun die Politik der Christlichsozialen, die, wie die Ratten das sinkende Schiff, jetzt den Badeni verlassen. Unsere vierzehn Abgeordneten haben mehr Gewicht im Parlament als die viel zahlreicheren Christlichsozialen, weil man weiß, daß, wenn ein sozialdemokratischer Abgeordneter spricht, er die Überzeugung von Hunderttausenden zum Ausdruck bringt und nicht etwa nur seine persönlichen Einfälle oder vielleicht gar die Einfälle irgendeines „Herrgotts von Wien". (Beifall.) Genosse Doktor Adler streift noch kurz die Frage des Gemeindewahlrechtes, wobei er auf die früheren Reden Luegers verweist. Ende dieses Monats wird der Landtag zusammentreten; wenn die Gemeinde bis dahin nicht einen Entwurf angenommen hat, wird dieser Landtag wieder nichts tun. Die Arbeiter wissen aber ganz genau, wie wichtig das Gemeindewahlrecht für sie ist, und darum wird diese Frage nicht verschwinden, bis wir das Gemeindewahlrecht errungen haben. (Stürmischer Beifall.)

Nach Badenis Sturz.

Zehn Versammlungen am 29. November 1897*).

Gestern hat auf den Straßen der „Pöbel" gesiegt. Alle anderen mit ihren Erklärungen haben nichts zustande gebracht. Die Sozialdemokraten im Parlament wollen nichts anderes sein als die Vertretung des „Pöbels". (Bravo!) Man sagt heute schon, daß die deutsche Opposition es war, die gesiegt hat. Aber es muß festgestellt werden, daß, wenn die Sozialdemokraten nicht ihren Leib und ihr Leben gewagt hätten, die Bürgerlichen keinen Hund hinter dem Ofen hervorgeholt hätten. Der Herr, der jetzt ans Ruder kommt, den kennen wir schon lange. (Ruf: Schwarzer Bruder!) Gautsch wird aber durch die gestrigen Ereignisse wissen, wo eine Grenze ist. Wir wissen, daß es für uns keine Ministerposten gibt, aber wir haben gekämpft um die Möglichkeit eines weiteren parlamentarischen Lebens. Die Sozialdemokratie hat schon Niederlagen in Wien erlitten, aber wer geglaubt hat, daß sie niedergeschlagen ist, der hat gestern gesehen, daß sie einen wichtigen politischen Faktor in Österreich bildet. Sie ist die Vertretung aller politisch anständigen, rechtlichen Menschen**).

---

*) Die Ereignisse, die dem Sturz Badenis unmittelbar vorausgegangen waren, sind wohl bekannt. Sie sind in den Bemerkungen zu Adlers Referat über Parteitaktik auf dem Parteitag in Linz 1898 ausführlich geschildert. (Siehe dieses Referat unter dem Titel „Die Obstruktion gegen Badeni" im 8. Band der Adler-Schriften „Österreichische Politik" im Kapitel vom „Zerfall Österreichs", Band VIII, Seite 178 f.) Nachdem am Sonntag Badeni durch die Demonstration auf der Ringstraße gestürzt worden war, fanden am Montag in Wien zehn Massenversammlungen statt. Beim Dreher auf der Landstraße sprach Adler.

**) Dann sprachen die Abgeordneten Daszynski und Jarossewytsch, worauf Adler sein Schlußwort hielt.

Wir sind nicht ausgezogen, um das tschechische Volk zu besiegen, nicht um die Herrschaft der Deutschen zu befriedigen. Wir sind ausgezogen nicht gegen die Unterdrücker des deutschen Volkes, sondern jeden Volkes in Österreich. (Bravo!) Wenn die deutsche Studentenschaft mutig war, so alle Achtung vor ihr. Sie können vielleicht noch einmal einen Tag erleben, wo sie zu uns kommen müssen, und dann wollen wir nicht lauter feige Streber und feile Halunken haben. Es hat sich jetzt beinahe eine akademische Legion in Zivil entwickelt. Aber heute geht die Arbeiterschaft nicht hinter der akademischen Legion her, sondern die Studentenschaft muß mit Achtung und Respekt sehen, wohin die Sozialdemokratie geht.

Die Schließung des Parlaments.

Versammlung am 28. Juli 1898*).

Es hat sich in Österreich, führte der Redner aus, durch die Schließung des Reichsrates nur wenig geändert. Der Reichsrat ist ja schon seit langem nicht mehr auf der Welt. Wenn wir uns fragen,

*) Am 28. November 1897 war Graf Badeni von den demonstrierenden Massen gestürzt worden und der Kaiser ernannte den Freiherrn Paul Gautsch v. Frankenthurn zum Ministerpräsidenten. Aber auch er vermochte den nationalen Frieden nicht herbeizuführen und das Parlament nicht flottzumachen. Am 7. März 1898 mußte er zurücktreten, weil die böhmischen Feudalen dem Kaiser einredeten, die Verwirrung sei nur dadurch entstanden, daß man nicht ihnen die Regierung überließ. So wurde nun der Ausnahmsstatthalter von Böhmen, Graf Franz Thun, an die Spitze der Regierung berufen. Aber auch er vermochte den Staatskarren nicht vorwärtszubringen. Er brachte das Regieren mit dem § 14 eigentlich erst in ein System. Hatte Gautsch bloß sieben § 14-Verordnungen erlassen, so erreichte Thun bereits die Zahl von 28 § 14-Verordnungen, eine Zahl, die nur noch von Körber übertroffen wurde. Aber Thun machte das keine Sorgen, er vergnügte sich jeden Sommerabend in „Venedig in Wien", so daß er in Wien den Spitznamen des Coriandoli-Grafen erhielt.

Als Finanzminister hatte Thun den tschechischen Professor Dr. Kaizl, als Handelsminister den deutschen Großgrundbesitzer Dr. v. Baernreither genommen, der auch von Sozialpolitik etwas verstand. Aber das Regieren machte Thun wenig Sorgen. So oft es im Parlament nicht ging, schickte er es heim und regierte mit dem § 14. Am 13. Juni hatte er wieder das Parlament vertagt und eine Sprachenkonferenz einberufen. Diese mußte aber abgesagt werden, worauf dann am 26. Juli die Session des Reichsrates geschlossen wurde. Im Juni war es in Galizien durch die Bedrückung der Schlachta zu Bauernunruhen gekommen und am 28. Juni wurde über Neu-Sandec und Limanowa das Standrecht, über 33 Bezirke der Ausnahmszustand verhängt. Bis zum 26. September regierte Thun ohne Parlament. Dann versuchte er es wieder mit dem Parlament. Aber am 3. Oktober trat Baernreither zurück und an seine Stelle trat der Tiroler Klerikale Baron Dipauli.

Als das Parlament am 26. Juli geschlossen wurde, wurde für den 28. Juli zum Wimberger eine Versammlung einberufen, in der Adler sprach.

warum der Reichsrat geschlossen wurde, so müssen wir konstatieren, daß kein Mensch und Graf Thun selbst es nicht weiß. Genosse Dr. Adler setzt nun den Unterschied zwischen der Vertagung und der Schließung des Reichsrates auseinander. Wenn durch die Schließung alle Arbeit von neuem beginnen muß, so bedeutet das höchstens eine Hebung der Papierindustrie (Heiterkeit), indem alle Vorlagen in der Staatsdruckerei neu gedruckt werden müssen; sonst nichts, denn dieser Reichsrat hat seit Badeni noch gar nichts geleistet. (Sehr gut!) Es ist nicht unmöglich, daß sich die Regierung denkt: „Wenn ich nur den Reichsrat mit seiner verstopften Tagesordnung los bin und einen reinlichen Reichsrat vor mir habe, dann wird es gehen." Es wäre töricht, so zu denken, aber das ist kein Grund, daß es unmöglich ist. Die Regierung verkündet, sie hoffe, jetzt freie Hand zu haben; aber mit keinem Worte wird verraten, wozu sie die freie Hand braucht. Als Graf Thun an die Regierung kam, glaubte man, er werde sich als Minister anders aufführen wie als Ausnahmsstatthalter. Aber seitdem diese Regierung den Ausnahmszustand in Galizien verhängt hat, müssen wir sagen: Diese Regierung ist zu allem fähig. Allerdings, was sich Graf Pininski in Galizien erlaubt, kann sich Graf Thun bei uns noch lange nicht erlauben. Aber wenn man zugleich mit der Schließung des Reichsrates davon hört, daß man auch die Geschwornengerichte in Galizien aufheben möchte, so wissen wir, was das bedeutet. Übrigens können die Geschwornengerichte ja nur aufgehoben werden, nachdem ein Gutachten des Obersten Gerichtshofes hier in Wien eingeholt worden ist. Und wenn die Schwurgerichte aufgehoben werden, dann sind unsere Stanczyken hier, ob sie den Richtertalar oder sonst ein anderes Beamtenkleid tragen, mitverantwortlich für alles, was dort geschieht. Mögen sie es tun, unsere Genossen in Galizien sind stark genug, auch das auszuhalten, besonders wenn sie wissen, daß die ganze österreichische Arbeiterschaft hinter ihnen steht. (Stürmischer Beifall.) Was in den nächsten Wochen geschehen soll, weiß Graf Thun gewiß nicht. Wir sagen, die Ursachen dieser Unordnung müssen beseitigt werden! Statt der scheinbaren Volksvertretung eine wirkliche Volksvertretung! Die läßt sich nicht vernichten und nicht nach Hause schicken. Es ist nicht wahr, daß die Regierung mit dem § 14 regiert, weil das Parlament sich so stark zeigt; das gerade Gegenteil ist richtig. Nur weil die Herren wissen, daß ja alles, was sie brauchen, ohnedies geschieht, und zwar mit Hilfe des § 14, nur deshalb haben sie den Mut, im Parlament sich so zu benehmen. Wenn die Volksvertretung wüßte, daß es ohne sie nicht geht, dann würde sie unter dem Druck ihrer Verantwortlichkeit den nationalen Frieden endlich schließen, der eine Notwendigkeit für Österreich ist. Die Ohnmacht des Parlamentarismus ist es, an der Österreich krankt. Dieser Scheinparlamentarismus ist zusammengekracht, und wir weinen ihm keine Träne nach. (Beifall.) Wenn man Ordnung haben will, berufe man eine wirkliche, ernste Volksvertretung ein, die weiß, daß sie dem Volke verantwortlich ist für

das, was sie tut. Man spricht heute viel von allerlei Staatsstreichen: einem Staatsstreich nach rechts, dem Wahlrecht durch die Landtage, und einem Staatsstreich nach links, der Taaffeschen Wahlreform. Von dem ersten, der alle feudalen Formen wieder einführen soll und nur den Streit in die Landtage tragen würde, lohnt es sich wirklich nicht zu reden. Was ist's aber mit der Taaffeschen Wahlreform? Wenn man die Geschichte Österreichs seit 1893 verfolgt und sieht, wie die Wurzel aller Kalamität in der alten Koalition liegt, dann muß man sagen: Ob es heute noch Zeit ist, eine Wahlordnung zu geben, die 1893 sehr gut war, das ist fraglich. Gewiß wäre die Taaffesche Wahlreform auch heute noch ein Fortschritt gegenüber dem jetzigen Zustand. Aber ausreichen würde sie heute nicht mehr; ausreichen kann heute nur mehr das allgemeine, gleiche Wahlrecht, die volle Umwälzung Österreichs. Man will uns heute einen „Absolutismus mit Sozialreform" präsentieren. Ich wünsche, daß das Gewissen der Regierung wach bleibt, aber wir müssen sie doch aufmerksam machen, daß wir lange brauchen, um überzeugt zu sein, und die Minister werden nicht nur zu reden, sondern auch zu handeln haben. Die Schließung des Reichsrates macht uns nicht erzittern; wir bleiben ruhig, aber nicht etwa deshalb, weil wir diese Regierung für gut, sondern weil wir uns für stark halten. Wir haben keine Angst vor Gespenstern, aber wenn es beginnt, finster zu werden, dann beziehen wir die Wache, sehen nach, ob unsere Arsenale in Ordnung sind und ob wir bereit sind zum Kampfe, wenn es sein muß. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Absolutismus und Parlamentarismus.

Vier Volksversammlungen, 6. Februar 1899*).

Absolutismus oder Parlamentarismus, eine Frage, die in ganz Europa nicht mehr diskutiert wird, steht heute in Österreich nicht nur auf der Tagesordnung, sondern ist bei uns gelöst, das heißt wir haben den nackten Absolutismus. Das ist nur möglich, weil wir in einem Lande leben, in dem sich durch den Nationalitätenhader die Völker zur gegenseitigen Ohnmacht verurteilen und so einer adeligen Clique mit und ohne Adel — es sind nicht alle Grafen, die wert wären, es zu sein — das Vorrecht sichern, Österreichs Schlachten zu verlieren, Österreichs Finanzen zu zerrütten, mit einem Worte, Österreich auseinanderzuregieren. Bei uns gilt so etwas wie durchdachte, zielbewußte Politik nicht. Wir sind nicht blind gegen die

*) Als Thun am 1. Februar 1899 das Parlament, das erst am 17. Jänner zusammengetreten war, wieder vertagte, um mit dem § 14 zu regieren, hielt die sozialdemokratische Partei in Wien vier Volksversammlungen ab mit der Tagesordnung: „Absolutismus und Parlamentarismus in Österreich." In allen Versammlungen wurde eine Resolution beschlossen, die mit den Worten schloß: „Weg mit der reaktionären Regierung des Grafen Thun! Weg mit dem Privilegienparlament!"

In der Versammlung beim Proksch in Favoriten referierte Adler.

nationalen Schwierigkeiten, aber wir wissen es, daß ein nationaler Friede möglich ist, und bei uns ist es nicht Phrase, wenn wir das sagen, denn wir zeigen es durch die Tatsache, daß trotz des nationalen Brandes, trotz der hochgehenden nationalen Wogen die Sozialdemokraten aller österreichischen Völker einheitlich organisiert sind und einheitlich handeln. Die Advokaten, die vom Streite leben, schließen selten einen Ausgleich, und die bürgerlichen deutschen und tschechischen Parteiführer leben vom Streite. An den nationalen Frieden wird erst zu denken sein, wenn die große Masse selber, die nicht vom Streite lebt, sondern unter dem nationalen Hader leidet, zu Worte kommt und durch ein kräftig Wort ein entschiedenes Halt! gebietet. Es ist eine unvernünftige Politik, Rettung für den Staat von außen zu erwarten. Mag man die Auflösung Österreichs wünschen oder nicht wünschen, wir können die Tatsache nicht ändern, daß sich Deutschland und Rußland heute für das wirkliche China weit mehr interessieren als für das österreichische China. Alles spürt es auch, daß hier die Massen auftreten müssen. Heute, in der Not, ruft alles nach der Sozialdemokratie, von den dümmsten Christlichsozialen, die sich bei den Staatsdienern nicht zu helfen wissen*), bis zum Grafen Thun. Man ruft unsere Hilfe an, aber man verweigert uns die Möglichkeit, zu helfen. Man verweigert uns das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, man will uns knebeln, und trotzdem sollen wir helfen. Man gebe uns wenigstens Rede- und Preßfreiheit, man befreie uns vom Kolportageverbot, man befreie uns vom Stempel, von der Konfiskation, man lasse uns schreiben wie wir denken, und dann wollen wir sehen, ob wir dem Grafen Thun nicht — Erleichterung verschaffen können. (Heiterkeit.) Die Obstruktion hat sich nun auch zum Mitschuldigen gemacht. Nachdem wir ihnen schon die Vernunft beigebracht hatten, tauchte bei den Obstruktionisten plötzlich die neue Theorie auf, daß man den Absolutismus müsse ausleben lassen, um ihn zu vernichten. Das erinnert an die harte Schule, die wir durchmachten, da wir in unserer Jugend hörten, das beste Mittel, die jetzige Gesellschaft aus den Angeln zu heben, sei, das Elend aufs äußerste steigern zu lassen. Wir haben gelernt, daß das eine falsche Taktik ist, und daß jeder Fußbreit, jeder Zollbreit Boden, den man dem arbeitenden Volke gewinnt, mehr wert ist als alle Dummheiten und Verbrechen der Behörden. Es war auch die Obstruktion ein entschiedener Fehler, und er wurde gegen das bessere Wissen der Obstruktionisten**) begangen, die nur Mandatspolitik machten, indem

*) Die Christlichsozialen hatten sich auf die Demagogie unter den Staatsdienern verlegt, denen sie alles mögliche versprachen, während sie immer wieder vor der Regierung zurückwichen. Im Jänner war es den Sozialdemokraten gelungen, bei dem Staatsdienergesetz Verbesserungen durchzusetzen; das Herrenhaus stellte aber die Regierungsvorlage wieder her. Am 31. Jänner 1899 wurden die von den Sozialdemokraten neuerlich eingebrachten Anträge mit einer Stimme Mehrheit abgelehnt und die Fassung des Herrenhauses mit dieser Mehrheit beschlossen.

**) Die Liberalen ließen sich immer von den Radikalen in die Obstruktion treiben.

sie vor den Heulmeiern zurückwichen. Heute leben wir unter der Lüge, daß es unmöglich sei, auf gesetzliche Weise die Geschäfte weiterzuführen. Vor allem hat eine Regierung, die nur mit dem Verbrechen leben kann, zu sterben. Eine Regierung, die so weit ist wie die Regierung Thun, die ohne Verfassungsbruch nicht bleiben kann, muß gehen, das ist das erste. Wenn ein Parlament wirklich ein Körper ist, der das staatliche Leben zu erhalten unfähig ist, so setze man an dessen Stelle ein wirkliches Volksparlament. Wir erwarten nicht etwa die Heilung aller Schäden von einem solchen, aber das ist gewiß, ein Parlament, das eine wirkliche Volksvertretung ist, würde nie die Torheit begangen haben, die dieses begangen hat, und es würde sich nie die Verbrechen gefallen lassen, die dieses Parlament geschehen ließ. (Stürmischer Beifall.) Wenn Graf Thun auf den Druck von unten rechnet, so soll er ihn haben, wenn er verlangt, daß die Sozialdemokraten auf der Bildfläche erscheinen, sein Wunsch soll erfüllt werden, und er soll sie so sehen, daß ihn die Augen beißen. Wir Sozialdemokraten haben in dieser Lage nur das eine zu sagen: Wir können euch nicht retten, wir können die Dummheit aller Leute nicht gutmachen, wir können nur verlangen, daß das ganze arbeitende Volk zu uns komme auf den rettenden gemeinsamen Boden der internationalen Solidarität, damit es endlich die entscheidende Macht im Staate werde. Wenn man uns dann auch fragt, was unser Rat ist, dann wollen wir ihn auch nicht versagen. Unser Rat lautet: Weg mit diesem Ministerium! Weg mit diesem Parlament!

Adler im Landtag.

Die Verschleppung der Landtagswahl.

Versammlung am 14. Mai 1901*).

Es ist wohl das erstemal, daß sich die Arbeiter in Wien um eine Landtagswahl reißen, auf der anderen Seite aber sehen wir wieder das merkwürdige Schauspiel, daß man diesmal die Wahl nicht ausschreiben will. Zwischen die vorigen und die bevorstehenden Landtagswahlen fällt aber die Revision des Wiener Gemeindestatuts und damit auch die Erweiterung des Wahlrechtes für den Landtag. Die Pflicht, die neuen Wahlen auszuschreiben, ist durch die Landesordnung mit absoluter Klarheit festgestellt. Und wenn diese Pflicht jemals bestand, so besteht sie besonders jetzt. Aber dieselben Gründe, die für uns die Wahl notwendig machen, machen sie den Beherrschern des Landes höchst unangenehm. Es ist nämlich in Niederösterreich und in Wien speziell eine kleine Wendung eingetreten. Die Christlichsozialen, die bei früheren Wahlen mit großer Sicherheit darauf rechnen konnten, ihre Mandate zu behaupten und sogar noch Eroberungen zu machen, fühlen sich heute schon weniger sicher, besonders wenn auf Grund eines breiteren Wahl-

*) Bald nach seinem Amtsantritt hatte Körber, um die Christlichsozialen für sich zu gewinnen, das Wiener Gemeindestatut am 18. März 1900 sanktionieren lassen. Bekanntlich hatte Lueger das allgemeine Wahlrecht, allerdings mit fünfjähriger Seßhaftigkeit, für den Wiener Gemeinderat beschließen lassen, war aber dann nach Rom gefahren, wo er vom Papst Leo XIII. empfangen wurde, und während dieser Zeit hatte er seine Mamelucken mit Körber das Kompromiß abschließen lassen, das das allgemeine Wahlrecht aufgab, die alten drei Wahlkörper im Wesen unverändert ließ, aber ihnen einen vierten Wahlkörper des allgemeinen Wahlrechtes mit dreijähriger Seßhaftigkeit und mit zwanzig Mandaten (neben den 138 Mandaten der privilegierten Wahlkörper) anfügte. Vergebens hatten die Arbeiter gegen diesen Wahlrechtsraub durch Straßenumzüge, deren größter am 25. Februar 1900 stattfand, protestiert. Da aber doch, wenn auch mit geringerem Rechte, die Einkommensteuerzahler das Wahlrecht für den Gemeinderat hatten, hatten sie es auch für den Landtag, dessen Wahlrecht sich bis zur Landtagswahlreform vom 21. Oktober 1907 auf dem Gemeindewahlrecht aufbaute. Das Nähere darüber ist in der Rede selbst enthalten. — Siehe auch über Luegers Wahlrechtsraub, Bd. X, Seite 214, Note.

Nun war am 10. April der Professor Schlesinger gestorben, der im Reichsrat den achten Wiener Bezirk, Josefstadt, und im Landtag den

rechtes gewählt wird. Unsere Nachbarn in Simmering sind in einer ähnlichen Situation. Ihnen ist ein Gemeinderat abhanden gekommen (Heiterkeit), und Herr Lueger trifft keine Vorkehrungen, um die Neuwahl anzuordnen. Auch in Simmering fühlen sich die Christlichsozialen nicht sicher, das Mandat, das sie durch aufgelegten Schwindel in die Hände bekommen haben, bei ehrlichen Wahlen zu behalten*).

Doch ich halte es trotz dieser Erwägungen für ausgeschlossen, daß die Wahl in Favoriten nicht ausgeschrieben wird, weil, wenn der Minister des Innern Dr. v. Körber die Nichtausschreibung dieser Wahl zuließe, er sich eines groben Vergehens gegen die Verfassung und gegen die Bevölkerung schuldig machen würde. Und da ich ohne Beweis nicht annehmen werde, daß der Minister ein solches Unrecht begeht, so halte ich es für ausgeschlossen, daß die Wahl nicht ausgeschrieben wird. Die politische Ehrenhaftigkeit des Ministerpräsidenten ist nun eine schöne Sache, mindestens ebenso sicher ist aber für mich, daß Dr. Körber doch nichts Unvernünftiges machen will. Und es wäre das die höchste Unvernunft, wenn er ein derartiges politisches Vergehen, einen derartigen Gewaltstreich beginge, bloß um der schönen Augen des Dr. Lueger willen. Eine jede Sache hat ja ihren Preis. Politische Verbrechen sind bei uns in den letzten Jahren vielfach begangen worden, aber sie mußten sich auszahlen. Warum sollte also der Dr. v. Körber so etwas tun? Es wird ihm ja unangenehm sein, wenn im Landtag wirklich ein Sozialdemokrat sitzt, aber sie sind nicht mehr auszurotten, die Sozialdemokraten, und er weiß, er kriegt sie so oder so in den Landtag hinein. (Beifall.) Und

---

zehnten Bezirk, Favoriten, vertrat. Die Ergänzungswahl für den Reichsrat wurde sofort anberaumt, da der Bezirk für die Christlichsozialen sicher war, und es wurde auch bereits am 15. Mai (am Tage nach dieser Versammlung) der christlichsoziale Magistratsrat Dr. Alois Heilinger mit großer Mehrheit gewählt. (Nebenbei bemerkt hat Heilinger zehn Jahre später als Führer der christlichsozialen Fronde, die die Korruption der Parteiführer enthüllte, indem sie das Schlagwort vom „Gott Nimm“ und von den Aasgeiern erfand, neben Hraba und Silberer am meisten zur Niederlage der Christlichsozialen bei den Juniwahlen des Jahres 1911 beigetragen.) Die Landtagswahl aber wurde nicht ausgeschrieben, weil die Christlichsozialen in Favoriten eine Niederlage fürchteten. Deshalb wurde für den 14. Mai in Rappels Rosensäle eine Versammlung einberufen, die gegen diese Verzögerung protestieren sollte. Diese Verzögerung war um so frivoler, als der Landtag bereits Mitte Juni zusammentreten sollte. Das Referat erstattete Dr. Adler.

Die Wahl hat bekanntlich schließlich am 1. Juli 1901 stattgefunden und mit dem Sieg Adlers geendet. Dieser erhielt 4298, der Christlichsoziale 4125, der tschechischnationale Zählkandidat 41 Stimmen.

*) Im elften Wiener Gemeindebezirk, Simmering, wurde die Wahl des Christlichsozialen wegen unglaublicher Schwindeleien gerade einige Tage vor dieser Versammlung vom Verwaltungsgerichtshof annulliert; die neue Gemeinderatswahl fand am 12. März 1902 statt. Sie endete dank einem unerhörten Wahlschwindel wieder mit dem Sieg des Christlichsozialen.

bloß, um die paar Monate zu gewinnen, sollte er dieses Verbrechen begehen? Nein, so dumm ist Herr v. Körber nicht. Aber selbst wenn es möglich wäre, daß ein Minister etwas Derartiges täte, so muß ich gestehen, von meinem agitatorischen Standpunkt als Sozialdemokrat hätte ich gar nichts dagegen. Es würde dann einmal alle Welt sehen, daß selbst in einem Fall, wo das Gesetz ganz klar für uns spricht, das Gesetz mit Füßen getreten werden kann, nur um zu hindern, daß ein Sozialdemokrat in den Landtag komme. Das wäre nicht schlecht für unsere Agitation, und ich glaube nicht, daß die Sozialdemokraten darunter Schaden leiden würden.

Aber vielleicht tun wir Herrn v. Körber wie Herrn v. Kielmansegg überhaupt unrecht, wenn wir nur an die Eventualität denken, daß so etwas möglich wäre. Wahrscheinlich dürften sie die paar Wochen darüber nachgedacht haben, wie man den § 12 der Landtagswahlordnung so auslegen könnte, daß die Arbeiter kein Wahlrecht haben. Dieser Paragraph sagt, daß in Wien außer den Fünfguldenmännern jeder das Wahlrecht zum Landtag hat, der das Wahlrecht für die Gemeinde hat. Das sind also auch die Wähler des vierten Wahlkörpers. Die Herren haben wahrscheinlich den Paragraphen um und um gedreht, sie haben ihn gebeutelt, gezogen, gedehnt, und weil natürlich nichts anderes herausfallen will und kann, was darin steht, deshalb — nun deshalb warten sie, daß vielleicht doch noch ein Jurist kommt, der ihnen das Blaue vom Himmel wegbeweist und ihnen beweist, daß 2 × 2 ausnahmsweise 5 ist, weil, wenn es 4 wäre, das für Herrn Lueger unangenehm wäre. (Beifall.) Nun kann man ja an Wunder glauben, aber so gut Herr Lueger und seine Leute auch angeschrieben sein mögen bei jenen Faktoren, die Wunder verrichten, heutzutage geschehen eben keine Wunder mehr; und es kann sich das Gesetz, das wir nun einmal haben, nicht plötzlich in ein anderes verwandeln. Allerdings wird etwas geschehen, was wie ein Wunder aussieht: es wird nämlich zum erstenmal aus der Kurie der Städte auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes (wenn auch mit dreijähriger Seßhaftigkeit) gewählt werden.

Wenn das Gesetz nun auch ganz klar ist, so dürfen wir doch nicht ruhig zusehen. In Österreich werden nur jene Gesetze durchgeführt, hinter denen auch jemand steht. Würden sich die Wähler nicht rühren, würde im Abgeordnetenhaus nicht interpelliert worden sein, würden wir in der Presse nicht zeigen, daß wir aufpassen, so wäre es allerdings nicht unmöglich, daß man diese Wahl „vergessen" würde.

In der Statthalterei überlegt man offenbar, ob es überhaupt dafür steht, wegen eines Abgeordneten sich so zu strapazieren. Man muß sich nun in das Gehirn der Leute versetzen. Sie wissen, daß sie eine neue Wahlordnung machen werden. Die werden sie nun nicht so machen wollen, daß alle das gleiche Wahlrecht erhalten, sondern vielleicht so ein Ding wie die fünfte Kurie, kurz sie werden wieder das Wahlrecht verschlechtern wollen. Nun denken sie

offenbar folgendermaßen: Jetzt sollen wir nach einem verhältnismäßig guten Wahlrecht wählen lassen und in ein paar Monaten werden wir denselben Leuten, die schon gewählt haben, das Wahlrecht wieder wegnehmen wollen. Das ist doch unmöglich. Ganz richtig. Das ist unmöglich. Aber dafür gibt es nicht den Ausweg, daß man denjenigen, die heute das Wahlrecht haben, dieses Recht nimmt, sondern nur den, daß man den Wahlrechtsraub, den man plant, unterläßt (lebhafter Beifall), daß man die langen Finger vom Wahlrecht läßt.

Über das alles denkt man oben krampfhaft nach. Aber ich wiederhole: Sie können sich die Köpfe zerbrechen wie sie wollen, sie können nicht in das Gesetz hineinlesen, daß diejenigen, die das Wahlrecht in den Gemeinderat haben, nicht das Wahlrecht für den Landtag haben sollen. Und weil sie das nicht können, sollen sie gefälligst — wenn schon nicht aus Gerechtigkeit, so doch aus Klugheit — gute Miene zu dem für sie bösen Spiele machen. Ist denn der arme Dr. Lueger schon so herunter, daß ihm ein einziger Sozialdemokrat im Landtag so fürchterlich ist, daß er Himmel und Hölle in Bewegung setzt, daß die Gesetze mit Füßen getreten und offene Ungerechtigkeiten verübt werden sollen, bloß damit der eine Sozialdemokrat nicht hineinkomme? Das ist doch ein Armutszeugnis, das sich die Beherrscher Niederösterreichs selbst geben! (Beifall.)

Aber es genügt nicht, daß die Wahl überhaupt ausgeschrieben wird, sie muß auch rechtzeitig ausgeschrieben werden. In der nächsten Session des Landtages werden sehr wichtige Dinge auf die Tagesordnung kommen, bei denen Vertreter der Arbeiterschaft anwesend sein müssen. Es wird über eine neue Wahlordnung beraten werden, und wenn die Christlichsozialen nur einen Funken von politischer Ehre im Leibe hätten, wenn sie nur eine Spur von Gerechtigkeitssinn und politischem Schamgefühl hätten, müßten sie selbst es als eine Schmach empfinden, daß man über die politischen Rechte der ganzen Bevölkerung Niederösterreichs entscheiden will, ohne daß auch nur ein Vertreter der Rechtlosen anwesend ist. Und sie müßten es geradezu als eine Erlösung empfinden, daß der Zufall es ermöglicht, daß bei der Beratung so wichtiger Dinge auch ein Vertreter der Arbeiter anwesend ist. Sie sagen ja, daß sie die Vertreter der breiten Massen sind. Nun gut, dann wird einer von ihnen gewählt werden, aber es wird einer dort sein, der das Volk vertritt, über dessen Interessen beraten werden soll.

Aber der niederösterreichische Landtag wird auch die Wahlordnung für die Landgemeinden regeln, wobei ich davon absehe, daß er die Wiener Gemeindewahlordnung wird ändern müssen. Der Landtag wird sich auch mit der Regelung des Armenwesens und mit der Frage der Wiener Spitäler zu beschäftigen haben. Auch das Schulwesen gehört in die Kompetenz des Landtages und Sie wissen, wie notwendig es ist, den Verderbern und Ver-

pfaffern der Schule, den Bedrückern unserer Lehrer an Ort und Stelle gründlich den Standpunkt klarzumachen.

Aus allen diesen Gründen erheben wir Protest gegen die Verzögerung und wir erklären, daß wir nicht daran glauben, daß man dieses Verbrechen begehen will, daß wir aber, wenn wir uns täuschen sollten, jeden, der das Verbrechen begeht, so behandeln werden, wie es Verbrecher verdienen. (Stürmischer Beifall*).)

Der christlichsoziale Wahlrechtsraub.

Versammlung am 12. Juli 1901**).

Als wir das letztemal hier zusammenkamen, geschah es, um die Regierung aufzufordern, daß sie endlich die Wahl ausschreibe. Es bedurfte energischer Maßnahmen, um die Herren an ihre Pflicht zu erinnern. Die Herren Christlichsozialen haben ihre Juristen darüber nachdenken lassen, wie man ein paar tausend Arbeiter um ihr Wahlrecht bringen könne. Der Redner bespricht dann die neue Auslegung der Landtagswahlordnung durch den Magistrat und zeigt, daß bei der Verfassung dieser niemand daran gedacht hat, Gemeindewähler vom Wahlrecht in den Landtag auszuschließen. Trotzdem stützt sich der Magistrat und auch die Statthalterei darauf, daß die meisten Arbeiter zwar Gemeinde glieder, aber nicht Gemeinde mitglieder sind (Heiterkeit), und daß ein Gemeindemitglied nur derjenige ist, der Steuer zahlt oder zuständig ist, nicht aber schon jeder, der in dieser Gemeinde rackert und schuftet und mit seinen indirekten Steuern diese Gemeinde erhält. Wir haben von vornherein gewußt, daß sich die Christlichsozialen daran klammern werden, obwohl gerade Dr. Lueger persönlich vor noch nicht langer Zeit bindende Versprechungen bezüglich des Landtagswahlrechtes abgegeben hat. Am 14. Februar 1896 hat Dr. Lueger im Landtag im Namen seiner Partei die feierliche Erklärung abgegeben: Meine Parteigenossen und ich ... sind für die möglichste Erweiterung des Wahlrechtes, wir sind für das allgemeine, gleiche und

*) Hierauf wurde eine Deputation gewählt, die zum Statthalter Grafen Kielmansegg gehen und ihn fragen solle, wann er endlich die Wahl im X. Bezirk auszuschreiben gedenke.

**) Der Magistrat hatte nach langem Nachdenken endlich herausbekommen, wie er die Arbeiter um ihr Wahlrecht bringen könne. Die Arbeiter seien keine Gemeindemitglieder, sondern nur Gemeindeglieder und so hätten nur die von ihnen das Wahlrecht, die entweder Steuer zahlen oder nach Wien zuständig seien. Und unter dieser Bedingung wurde auch die Wahl ausgeschrieben. Nun fand am 12. Juni in Rappels Rosensälen wieder eine Wählerversammlung statt. (Siehe übrigens die Ausführungen Adlers über die christlichsoziale Wahlmache in Favoriten und ihre Auslegung der Wahlordnung in seiner Rede vom 11. Juli 1901 über die Marodeure des Klerikalismus. Bd. VIII, Seite 420 bis 427.)

direkte Wahlrecht. (Rufe: Das hat er schon vergessen!) Das hat er allerdings in jenem Moment gesagt, wo es ausgeschlossen war, daß ihn jemand beim Wort nehme. Und Sie wissen, daß vor zwei Jahren eine Landtagswahlordnung für Niederösterreich geplant war, die allen diesen Grundsätzen in das Gesicht schlägt. Und derselbe Dr. Lueger, der jenes Versprechen gegeben hat, hat jetzt von allen Auslegungen des Gesetzes die unmöglichste herausgesucht, diejenige, die seinem Versprechen am gründlichsten widerspricht. Aber der Feldzug ist noch nicht verloren; möge jeder reklamieren, wir werden die Frage vor den Verfassungsgerichtshof bringen und diesen darüber entscheiden lassen. Diese Wahl ist von einer großen Bedeutung, sie ist gewissermaßen die Generalprobe für die nächsten allgemeinen Landtagswahlen in Niederösterreich. Sie fechten deshalb durch Ihre Reklamationen dafür, daß Ihnen bei den nächsten Wahlen Ihr Recht werde. Die zweite Aufgabe, die Sie bei diesen Wahlen haben, ist die, selbst unter den ungünstigen Umständen, die die Auffassung der Juristen Ihnen bietet, zu zeigen, daß wir in den Landtag eindringen können. (Lebhafter Beifall.)

Was die Christlichsozialen diesmal unternommen haben, ist kein gewöhnlicher Wahlrechtsraub, sondern ein solcher, der mit juristisch-talmudischen Verdrehungen gemacht ist. Und Sie werden zu zeigen haben, ob es durch dieses juristische Einbrecherstück gelingen kann, daß der größte Proletarierbezirk Wiens durch einen Abgeordneten vertreten werde, den die überwiegende Majorität der Bevölkerung nicht will. Denn die Majorität der Bevölkerung ist nicht christlichsozial, und wenn von irgendeinem Bezirk gesagt werden kann, daß er sozialdemokratisch ist, dann ist es Favoriten. (Stürmischer Beifall.) Die Christlichsozialen verlassen sich auch heute darauf, daß es mit dem Schwindel schon gehen wird. Ich habe ein kleines Verzeichnis von Wählern gesehen, die zwar Einkommensteuer gezahlt haben, auch drei Jahre seßhaft waren, aber nur den einen Fehler haben, daß sie auf dem Zentralfriedhof wohnen*). (Hört!) Die Christlichsozialen haben sich mit ihren Schwindeleien in Simmering eine furchtbare Blamage geholt, aber das hat sie nicht klug gemacht, höchstens vorsichtiger. Aber das ist für uns keine Entschuldigung in diesem Bezirk. Es kann unmöglich so viel geschwindelt werden, um die erdrückende Majorität von Arbeitern, die in diesem Bezirk wohnt, zu überstimmen, wenn die Arbeiter nur ihre Pflicht tun. (Lebhafter Beifall.)

---

*) Eines der bewährtesten Mittel des christlichsozialen Wahlschwindels bestand darin, daß der Magistrat die Wähler, die starben, noch jahrelang weiter in der Wählerliste mitführte und daß ihre Wahllegitimationen dann den christlichsozialen Komitees übergeben wurden, die durch verläßliche Leute, die übrigens den christlichsozialen Mitgliedern des Wahlkomitees durch besondere Zeichen kenntlich waren, abgegeben wurden. Diese „toten Wähler" vom „Zentralfriedhof" entschieden viele Wahlen zugunsten der Christlichsozialen. Siehe im zehnten Band die Bemerkungen bei den Beratungen über die Wählerlisten, so zum Beispiel Seite 401.

Dr. Adler bespricht dann die Fragen, die den Landtag in der nächsten Zeit beschäftigen werden. Da ist zunächst die Frage des Wahlrechtes. Es gibt in Niederösterreich ausgedehnte Gebiete, die von Industriearbeitern bewohnt sind und wo die Arbeiter ganz rechtlos sind und nach dem Programm, das die Herren Scheicher und Geßmann ausgetüftelt haben, es auch bleiben sollen. In dieser Frage hat der Sozialdemokrat, den Sie in den Landtag entsenden, nichts zu tun, als sich an das Programm des Herrn Dr. Lueger zu halten, natürlich mit dem Unterschied, daß, wie Dr. Lueger log und heuchelte, der Sozialdemokrat ehrlich und rücksichtslos für das Recht des Volkes kämpfen muß. Eine weitere wichtige Frage betrifft die Regelung des Wiener Spitalwesens. Die Wiener Spitalverhältnisse sind ungefähr die elendesten in ganz Mitteleuropa; in keiner Stadt Mitteleuropas gibt es einen solchen Mangel an Krankenhäusern wie in Wien (Zwischenrufe: Aber Kirchen!), keine, wo so gar nicht für Kinderspitäler vorgesorgt ist. An dieser Wirtschaft sind Gemeinde, Land und Staat gleich schuldig. Auch da wird ein juristischer Krieg ausgefochten zwischen diesen drei Faktoren, und zwar auf den Leibern kranker Kinder und Greise. (Rufe der Entrüstung.) Wenn die Begriffe des Menschenrechtes und der Menschenpflicht in der kapitalistischen Gesellschaft noch nicht so weit entwickelt sind, daß jeder das Recht zu leben hat, so weit sind wir doch selbst in dieser kapitalistischen Barbarei schon, daß der Anspruch des kranken Menschen auf Pflege und Unterkunft allgemein anerkannt wird. Und nicht einmal das wird bei uns erfüllt. Da verstecken sich die christliche Kommune und die nicht minder christliche Statthalterei und der christliche Landesausschuß — christlich sind sie ja alle — hinter die Paragraphen, um nur ja nichts dafür tun zu müssen. Der Redner erörtert sodann eingehend die geplante Lösung der Wiener Krankenhausfrage, die die Frage nicht entscheidet, wann denn endlich mit der Arbeit begonnen wird, und noch weniger eine Gewähr bieten, daß auch nur ein Spitalbett mehr sein wird als bisher. Und noch eine Frage ist es, die den Landtag beschäftigen wird: die Frage der Schule und der Lehrer. Im Landtag muß der Hebel angesetzt werden, um da bessere Zustände einzuführen*).

Die Arbeiter gegen die Zeitungsstrolche.

Versammlung am 5. Juli 1901**).

Aber regen Sie sich doch nicht auf. Heute haben wir keinen Anlaß dazu. Heute sind wir in der angenehmen Lage, die anderen schimpfen lassen zu können. (Heiterkeit.) Dr. Lueger hat gerade diese Wahl als

*) Über diese wichtigen Fragen hat Adler im Landtag gesprochen, wie aus den im folgenden abgedruckten Reden hervorgeht.

**) In ihrer Wut über Adlers Wahl hatten die Christlichsozialen in der „Deutschen Zeitung" erzählt, es hätten sich an der Wahlagitation für

eine große Entscheidungsschlacht zwischen Christlichsozialen und Sozialdemokraten oder, wie er sich ausdrückt, zwischen Christen und Juden ausposaunt. (Heiterkeit.) Das war sehr unklug von ihm, denn er mußte wissen, daß dieser Bezirk früher oder später für ihn doch nicht zu halten sein werde. Nun, da er diese Dummheit begangen hat, muß er die Folgen davon tragen. Diese Wahl hat aber auch die Bedeutung, daß sie die Bahn schafft für die Eroberung eines Teiles des Landtages, und daß sie uns ein Zeichen ist, daß es mit der Herrschaft der Christlichsozialen im Lande Niederösterreich sehr bald zu Ende sein wird. Diese Wahl zerstört den Nimbus des Dr. Lueger, das Vorurteil, daß er bei den Landtagswahlen unbesiegbar ist. Die Haltung der bürgerlichen Parteien bei dieser Wahl war bezeichnend. Es gab naive Leute, die meinten, weil die gemeinsame klerikale Gefahr Arbeiter, Bürger und Bauern bedroht, so würden die „freisinnigen Parteien“ rücksichtslos für die Sozialdemokratie eintreten. Die einzelnen Personen waren vielfach so klug, anders aber die Par-

---

Adler „Prostituierte aus der Novaragasse“ beteiligt. Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte diejenigen, die diese Verleumdung brachten, „Preßstrolche“ genannt und hatte dann festgestellt, daß der Artikel von dem Redakteur Lothar Schäffer geschrieben wurde. Dieser klagte, mußte aber die Klage schließlich zurückziehen, nachdem er zugestanden hatte, daß ihm die Informationen von den christlichsozialen Führern selbst gegeben wurden. Im Landtag hat Lueger, als Adler am 11. Juli seine Rede gegen die Marodeure des Klerikalismus hielt, ihm zugerufen, er sei ein Vertreter der Novaragasse, dann aber, als ihn Adler stellte, so getan, als ob er damit doch nichts Ungebührliches gesagt habe.

Die ganze Affäre ist im VIII. Band dieser Sammlung bei der Rede Adlers ausführlich erzählt und es sei darauf verwiesen. (Bd. VIII, Seite 430 bis 435.)

Hier sei ergänzend eines Besuches Erwähnung getan, den zwei Frauen in der Redaktion der „Deutschen Zeitung“ machten, um eine Zurücknahme jener Beschimpfungen zu erwirken. Die „Arbeiter-Zeitung“ berichtete darüber am 5. Juli:

> * **Bei den Zeitungsstrolchen.** Trotz aller Erfahrungen sind wir noch immer der Gefahr ausgesetzt, die Gemeinheit und Feigheit der christlichsozialen Preßbengel zu unterschätzen und für eine Ausnahme zu halten, was durchgängige Regel ist. Die Infamie, deren sich die „Deutsche Zeitung“ gegen jene Frauen schuldig gemacht hat, die bei der Favoritner Wahl agitierten, schrieben wir einem Einzelnen zu und gaben der Möglichkeit Raum, daß seine Kollegen sich dieses Subjekts schämen. Wir haben uns geirrt, und zwei Frauen haben es bitter gebüßt, daß auch sie angenommen haben, daß der Redakteur eines christlichsozialen Blattes etwas anderes sein könne als ein feiger und frecher Bube. Frau Baronin Amélie v. Langenau und Genossin Therese Schlesinger, die die Initiative dazu gegeben hatten, daß einige Frauen aus dem Bürgertum sich an der Wahlagitation beteiligten, glaubten es sich selbst und den Frauen, die sich ihrer Initiative angeschlossen hatten, schuldig zu sein, selbst einen Schritt zur Abwehr jener Beschimpfung zu unternehmen. Sie begaben sich gestern zu Herrn Dr. Theodor Wähner, dem Chefredakteur der

teien. Das ist für uns ein Fingerzeig für die Zukunft, ein Beweis, daß sich die Arbeiterschaft in dem Kampfe gegen den Klerikalismus nur auf sich selbst verlassen kann. Trotzdem ist es wahr, daß der Sieg der Sozialdemokraten, oder besser gesagt, daß die Niederlage der Christlichsozialen die Bürgerlichen gefreut hat. Am liebsten wäre es ihnen gewesen, wenn sie weder den Adler noch den Rissaweg hätten fressen müssen. (Heiterkeit.) Nun, wir werden wieder Wahlen haben. Mögen die Herren wissen: Wir gehen bei den nächsten Landtagswahlen und bei jeder anderen Wahl rücksichtslos als Sozialdemokraten ins Gefecht, unbekümmert um die anderen, mögen sie liberal, national oder volklich heißen. (Lebhafter Beifall.) Wer unserem Weg folgt, möge sehen, daß er uns nachkomme. Aber ich wiederhole ausdrücklich, weil davon so viel geredet wurde: Ein Bündnis zwischen den antiklerikalen Parteien, insofern die Sozialdemokraten dabei sind, hat nie bestanden und wird nie bestehen.

„Deutschen Zeitung", um den Tatbestand festzustellen und ihm Gelegenheit zu verschaffen, Genugtuung zu geben und Abbitte zu leisten für das Unerhörte, das in seinem Blatt verübt wurde. Aber die beiden Frauen hatten sich sogar in der Annahme geirrt, in Herrn Dr. Wähner einen Mann zu finden, der jenes banale Minimum von äußerlicher Politur hat, das genügt, um mit Frauen anständig und höflich zu verkehren. Nachdem er die erste Verblüffung über den Besuch überwunden, schrie und tobte er wie ein betrunkener Kutscher über den „Skandal", daß eine Dame von adeliger Geburt für die sozialdemokratische Partei agitiere. Der Rest war namenlose Feigheit. Herr Wähner und seine Redakteure erklärten ein über das andere Mal, es werde ja in jenem Artikel gar nicht von den agitierenden Frauen gesprochen, es seien — „andere" gemeint gewesen. Die Kerle fügten hinzu, man möge ihre „Beweise" abwarten. Der mutige Schritt der beiden Frauen hatte trotzdem einen Erfolg: das Geständnis der Redaktion, daß der elende Halunke, der jenen Schandartikel geschrieben hat, den Namen **Schäffer** trägt, und die wörtliche und unwidersprochene Erklärung eben dieses Kumpans: „Hier sind wir alle solidarisch, vom Chef bis zum letzten Lauskerl." So seien sie denn auch alle, vom ersten bis zum letzten, öffentlich an den Pranger genagelt. Was wir gestern nur bedingt und ohne Namen sagten, wiederholen wir heute deutlicher und bestimmter: Der Verfasser jenes Artikels, Herr **Schäffer,** ist ein **ehrloser Lügner** und **niederträchtiger Verleumder.** Und wenn sich der Stadtrat und Herausgeber der „Deutschen Zeitung", Herr Dr. **Theodor Wähner,** mit dem schamlosen Schurkenstreich seiner Angestellten solidarisch erklärt, so handelt er **ebenso ehrlos** und **niederträchtig.** Und nun mögen sie hingehen und uns vor Gericht zitieren. Den braven und tapferen Frauen aber wird, wie jedem Menschen, der Ehre im Leibe hat, aus dieser Geschichte um so deutlicher geworden sein, wie notwendig es ist und wie jeder die Pflicht hat, mitzuwirken, daß der Boden unserer Stadt von diesem gemeinschädlichen Gezücht gereinigt werde.

Am 5. Juli hat Dr. Adler auch im Gasthaus Proksch über die Wahlen und die infame Verleumdung gesprochen. Gleich als er begann, ertönten stürmische Pfuirufe gegen die Christlichsozialen.

Dr. Lueger erklärt in seiner Interpellation, daß die Wahlfreiheit von den Sozialdemokraten bedroht ist (Gelächter), und daß der Statthalter die Christlichsozialen schützen solle. Diese Heucheleien kennen wir, und Herr Dr. Lueger selbst weiß, daß diese Interpellation nur ein Trost für seine Leute ist. Die sind so betrübt, daß er ihnen die Freude machen wollte, zu tun, als ob er an den Terrorismus der Sozialdemokraten glauben würde. (Beifall.) Da habe ich kurz zu erklären: Die Arbeiter haben nicht terrorisiert. Aber mit der Geduld der Arbeiter, die sich aus lauter Achtung vor dem Gesetz, aus lauter Angst, ein großes Ereignis nicht zu entwürdigen, die größten Beleidigungen ruhig gefallen lassen, ist es zu Ende. Mich nennt man den Beschwichtigungshofrat (Heiterkeit), weil ich die jüngeren Genossen zur Besonnenheit mahne. Aber auch ich meine, daß das Maß der Christlichsozialen schon voll ist. Die Christlichsozialen schreien über Terrorismus, weil es vorgekommen ist, daß ein Genosse, wenn ihn so ein christlichsozialer Agitator gehöhnt und beschimpft hat, endlich diesem ein paar Ohrfeigen gegeben hat. Wenn das Terrorismus ist, dann sind die Christlichsozialen wohl in der Lage, diesen zu beseitigen: Dr. Lueger möge endlich einmal seinen Parteigenossen sagen, sie sollen anfangen, anständige Menschen zu sein. (Beifall.) Über die Beantwortung der Interpellation Luegers wird keine Debatte zulässig sein, aber wir werden im Landtag die Regierung auffordern, daß sie beizeiten dem Wahlrechtsraub im großen und kleinen, wie er sich wohl auch bei den nächsten Wahlen vollziehen soll, einen Riegel vorschiebe.

An der Wahlagitation hat sich auch eine Anzahl von bürgerlichen Frauen beteiligt. Ich habe entschieden abgeraten, daß sie das unternehmen, weil ich aus eigener Erfahrung weiß, wie hart man sein muß, wo mitzutun. Unsere braven Genossinnen, die Tag für Tag an unserer Seite kämpfen, die mit uns leben, mit uns arbeiten, die kennen den Gegner und sind nicht so leicht erschreckt. Denen traut man sich auch nicht soviel anzutun. Man kennt sie, und man weiß, daß man einer sozialdemokratischen Arbeiterin nicht mehr antun darf als einem sozialdemokratischen Arbeiter. (Lebhafte Zustimmung.) Die Frauen aus dem Bürgertum, die nicht aus so hartem Holz sind, haben aber mit einem Eifer gearbeitet, der mich überrascht hat. (Bravo!) Man hat ihnen, wenn sie zu einem Spießer kamen, gesagt: Stopft's euch lieber die Strümpfe! Und man hat ihnen noch andere Liebenswürdigkeiten zugefügt, aber die haben sich dadurch nicht abschrecken lassen und haben ihre Arbeit geleistet. (Stürmischer Beifall.) Und am nächsten Tage hat die „Deutsche Zeitung" noch den traurigen Mut aufgebracht, diese Frauen in unglaublichster Weise zu beschimpfen. (Pfuirufe.) Ich halte jeden, der eine wehrlose Frau beleidigt, ob die Frau nun ein armes Proletarierweib ist oder eine Erzherzogin, für einen gemeinen Kerl. Aber daß man, statt für den Schimpf Abbitte zu leisten, feige auskneift, ist echt klerikal-jesuitische Demagogie. (Lebhafter, andauernder Beifall.)

An die Kinder.

Siegesfeier, 7. Juli 1901*).

Liebe Kinder! Ich danke euch herzlich für eure Wünsche. Ich hoffe, daß ihr, wohin ihr auch in eurem Leben kommt, treue Kinder des Volkes sein werdet. Unser aller Streben ist es, daß ihr nicht so blasse Kinder seid, sondern daß aus euch kräftige, wohlgenährte Menschen werden. Ihr wisset heute noch nicht, was das ist, die Sozialdemokratie. Aber das eine könnt ihr heute schon verstehen: Sozialdemokrat sein heißt, ein guter, ehrlicher, braver und mutiger Mensch sein! Und wenn ihr gute Menschen seid, werdet ihr auch auf der ganzen Welt bei den Hunderttausenden und Millionen von Sozialdemokraten, die alle so sind wie wir, euch zu Hause fühlen, wie bei Bruder und Schwester.

Christlichsoziale Schulverwaltung.

Landtag, 6. Juli 1901**).

Wenn auch unsere politischen Meinungen auseinandergehen, in dem einen Punkte, glaube ich, dürften wir doch alle eines Sinnes sein: darin nämlich, daß wir für die Schule überhaupt viel zuwenig aufwenden. Es wurde gestern hier auch von der Stellung der Sozialdemokraten zur Schule gesprochen. Wir sind gewiß der Ansicht, daß das Reichsvolksschulgesetz ein großer Fortschritt war, aber wir glauben, daß es von Geburt aus mit dem Fehler behaftet ist, der auch vom Abgeordneten Geßmann angeführt wurde, daß nämlich die Gemeinden ökonomisch nicht in der Lage sind, es durchzuführen, und daß der Staat zu den Lasten nicht herangezogen wird. Nun stehen wir Sozialdemokraten durchaus nicht auf dem Standpunkt der Liberalen, den Herr Professor Lustkandl***) hier vertreten hat und dem sich zu meiner Verwunderung Herr Landesausschuß Geßmann sofort angeschlossen hat, daß es eine Gefahr wäre, wenn der Staat etwas für die Schule täte. Man sagt, daß wir dann noch für Galizien, für die Slowenen usw. aufkommen müßten. Das ist richtig. Aber glauben Sie denn, daß die 75 Prozent Analpha-

*) Die Favoritner feierten den Sieg durch ein prächtiges Siegesfest. Als Adler kam, wurde er mit Jubel begrüßt und die Proletarierkinder überreichten ihm einen Strauß roter Nelken. Darauf antwortete Adler mit folgenden Worten.

**) In zwei Sitzungen beschäftigte sich der niederösterreichische Landtag mit den Voranschlägen der Bezirkschulfonds; am 6. Juli hatte Adler Gelegenheit, auf die Ausführungen der christlichsozialen Redner, vor allem des Wohlfahrtsreferenten Leopold Steiner und des Schulreferenten Dr. Albert Geßmann, zu antworten.

***) Der Professor des Staatsrechtes an der Wiener Universität Doktor Wenzel Lustkandl war auch als Vertreter der Universität, die eine Virilstimme im Landtag hatte, Abgeordneter; er gehörte der liberalen Partei an.

beten in Galizien und die beinahe ebenso vielen Analphabeten in den südlichen Provinzen uns jetzt nichts kosten? Weil Galizien eine so schlechte Volksschule hat, herrscht dort unbeschränkt eine Partei, die dem Staate ganz gehörig im Säckel liegt. Hätten wir dort nicht so viele Analphabeten, müßten wir nicht soviel für die „strategischen" Bahnen zahlen, und wir müßten den polnischen Kavalieren nicht ihre Schulden zahlen helfen. Ich weiß, daß ich hier nicht eine Änderung des Reichsvolksschulgesetzes beantragen kann, aber nachdem gestern nach Schluß der Debatte diese Frage hier berührt wurde, wollte ich mit einem Worte darauf zurückkommen. Aber gestern hat Herr Landesausschuß Steiner auch ein glänzendes Bild von den Schulen in der Gemeinde Wien entwickelt, und ich muß gestehen, ich war verblüfft über die Unmasse von Ziffern, die er der Stadtbuchhaltung entnommen, und ich war förmlich beschämt, daß die Schulfeinde um soviel mehr ausgeben als unter der liberalen Ära ausgegeben wurde. Was heißt denn überhaupt „Schulfeindschaft"? Glauben Sie denn, wenn wir Ihnen sagen, wir halten Sie nicht für Freunde der Volksschule, daß wir dann meinen, Sie wollen gar keine Schulen? Wir glauben, daß Sie sich mäßigen können in Ihrer Schulfeindschaft, wir glauben, daß Sie sich Zügel anlegen können: Botokuden sitzen schließlich im Wiener Gemeinderat auch heute nicht, und es wäre auch unmöglich, denn die Bevölkerung braucht doch Schulen. Aber es handelt sich nicht um das Minimum, das muß jede Gemeinde gewähren; die Schulfreundlichkeit fängt dann an, wenn man über das gesetzlich Notwendige hinaus etwas tut.

Sie machen es in Ihrer Kritik oder Antikritik der Anwürfe auf Ihre Schulfeindschaft so, daß Sie sagen: Die Liberalen haben soviel hergegeben und wir geben noch mehr her, oder: Die Liberalen haben es geradeso gemacht, was wollt ihr denn von uns?

Ich erkläre hier — und diese Erklärung hat meine Partei von jeher abgegeben —, daß die liberale Handhabung des Schulgesetzes den Sozialdemokraten auch niemals entsprochen hat. Die Todsünde liegt schon, wie gesagt, in dem Paragraphen des Reichsvolksschulgesetzes, der den Gemeinden die Aufgaben aufbürdet, denen sie nicht gewachsen sind, die sie nicht zu tragen imstande sind. Aber auch die Durchführung des Gesetzes in Wien hat durchaus nicht dem entsprochen, was man von einer so reichen Gemeinde verlangen kann. Aber Ihre Berufung auf die Liberalen kommt mir in Ihrem Munde sehr merkwürdig vor. Es ist sonderbar, wenn die heute herrschende Partei nach der Anerkennung buhlt, daß sie ebenso gut oder, richtiger gesagt, ebenso schlecht ist wie die Liberalen. Aber es bedürfen leider auch die Ziffern, die gestern Herr Landesausschuß Steiner vorgebracht hat, einer näheren Untersuchung. Da stellt sich denn heraus, daß der Vergleich leider nicht so zu Ihren Gunsten ausfällt, wie Sie gestern meinten. Wenn wir wenig entzückt sind von der liberalen Schulpolitik, so sind wir es noch weniger von der Ihrigen. Ich will nicht

sprechen von den Lehrermaßregelungen, dazu wird noch bei der Budgetdebatte Gelegenheit genug sein, ich will bei den Ziffern bleiben, die Herr Landesausschuß Steiner gestern vorgebracht hat. Herr Abgeordneter Steiner hat Beziehungen zur städtischen Buchhaltung, und so war es ihm möglich, amtliche Ziffern in Mengen über unsere verblüfften Häupter auszugießen. Diese Ziffern lassen sich nicht kontrollieren, aber ich will darauf mit Ziffern antworten, ebenfalls amtlichen Ziffern, die Sie jederzeit nachkontrollieren können.

Ich habe mich aus dem statistischen Jahrbuch der Stadt Wien belehrt, so gut es geht, und da kommt folgendes heraus: Herr Landesausschuß Steiner hat auf die Steigerung der Schulausgaben vom Jahre 1892 bis 1900 von 10 Millionen auf 15½ Millionen Kronen hingewiesen. Man hat da mit Unrecht dazwischengerufen: „Das war vor der Vereinigung der Vororte mit Wien!“ Das war irrtümlich, aber nicht irrtümlich war es, daß das Jahr 1892 unmittelbar nach der Vereinigung der Vororte mit Wien folgte, das heißt zu einer Zeit, wo das Schulbudget für Groß-Wien noch nicht vollständig in Ordnung war. Das Schulbudget hat zwei Hauptposten: der eine ist ein stabiler Posten, an dem die Gemeinde nicht viel ändern kann, da das Gesetz vorschreibt, was zu leisten ist, das sind die Bezüge der Lehrpersonen, der Eröffnung neuer Klassen, wenn mehr Schüler da sind, usw.

Wir haben jährlich eine Vermehrung der Schülerzahl um 2500 bis 3000, das bedingt an sich wieder eine neue Belastung des städtischen Schulbudgets um eine gewisse Anzahl von Schulen. Also, ob Sie nun liberale oder antiliberale Schulfreunde oder Schulfeinde sind, diese Auslagen müssen Sie vermehren, und so sind im Budget die Auslagen von 3,650.000 Gulden auf ungefähr 5,000.000 Gulden erhöht worden. Es hat auch die Schülerzahl in dieser Zeit um 25.000 Kinder zugenommen. Aber es gibt einen Teil im Schulbudget, der nicht so fest ist, das ist jener Teil, der sich mit der Errichtung und Eröffnung von Schulen, der Bewilligung von Lehrmitteln usw. befaßt, kurz, jener Teil, der jene Schulfreundlichkeit betrifft, die vom Gesetz nicht ausdrücklich vorgeschrieben ist. Wie steht es nun mit diesem? Im Jahre 1892 hat die Gemeinde für Schulbauten 449.000 fl. ausgegeben, und wenn Herr Landesausschuß Steiner dieses Jahr 1892 zum Vergleich gewählt hat, so hat er sehr gut gewußt, daß er dabei sehr gut abschneidet, und wenn er es nicht gewußt hat, so haben es diejenigen gewußt, die ihm die Ziffern gegeben haben; denn im Jahre 1893, als die Schulverwaltung von Groß-Wien schon ein bißchen befestigt war — wenn wir Sie mit aller unserer Kraft bekämpfen, so ist es uns nicht darum zu tun, die Zustände, wie sie unter den Liberalen herrschend waren, wieder herbeizuführen, sondern um menschliche, wirklich sozial vernünftige Zustände zu schaffen; das taten die Liberalen so wenig wie die Christlichsozialen —, im Jahre 1893 also hat sich die Ziffer von 449.000 bereits erhöhen müssen auf 1,000.000 fl.

Im Jahre 1894 stieg die Ziffer auf 1,345.000, im Jahre 1895 auf 1,493.000 fl. Meine Herren, wann sind Sie aber zur Regierung gekommen? Nach der Rede des Herrn Steiner sieht es so aus, als ob das Jahr 1892 das letzte liberale Budgetjahr gewesen wäre und als ob der ganze Zuwachs im Schulbudget seit 1892 auf Ihr Konto käme; das ist aber nicht der Fall, das erste Budget, auf das Sie faktisch Einfluß gehabt haben, war das Jahr 1897.

Dr. **Geßmann:** Oho, schon 1896!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Über das werden wir nicht streiten; es kommt mir auf das eine Jahr nicht an. Wenn Sie aber sagen 1896, so ist es mir auch recht, denn im Jahre 1895 betrug das Schulbudget 1,493.000 fl., im Jahre 1896 aber nur mehr 948.000 fl., im Jahre 1897 fiel es sogar auf 600.000 fl. herunter, im Jahre 1898 auf 518.000 fl. Erst in den letzten zwei Jahren, nachdem soviel vernachlässigt wurde an neuen Schulbauten, ist es wieder etwas in die Höhe gegangen. Ich werde an zwei Tatsachen belegen, daß die Gemeinde Wien tatsächlich zuwenig tut und daß wir zuwenig Schulen haben. Sie können den Arbeitern in Ottakring noch soviel erzählen, wieviel Sie gebaut haben: der Arbeiter schickt sein Kind tatsächlich in eine überfüllte Schule*), wenn er nicht genötigt ist, wie das leider in den letzten Jahren immer häufiger wird — und ich mache den Landesschulrat darauf aufmerksam, denn ein Ausweis existiert darüber gar nicht —, das Kind in die Spätschule zu schicken. Die Spätstunden mehren sich. Sie kennen dieses System. Um 8 Uhr früh gehen die Kinder in die Schule, um 10 Uhr gehen sie wieder hinaus, und nach 10 Uhr geht eine zweite Schicht von Kindern in dieselben Räume, und davon weiß man nichts, denn darüber wird kein Bericht erstattet; ich wüßte es auch nicht, wenn mir nicht aufgefallen wäre, daß ich im „Amtsblatt der Stadt Wien" wiederholt gelesen habe: „Stadtrat Tomola referiert über eine Zuschrift des Bezirksschulrates X. über die erfolgte Zuerkennung einer Remuneration von 90 Kronen an den Oberlehrer Y. für den erteilten Spätunterricht." Das wiederholt sich oft. Aber dieser Spätunterricht ist hygienisch — das sage ich Ihnen vom ärztlichen Standpunkt aus — unzulässig. Es ist bedenklich, wenn man in eine solche Schule, wenn sie noch so gut ventiliert ist, aus der soeben die Kinder hinausgegangen sind, wieder andere hineinschickt.

Es ist also nicht richtig, daß wir Grund haben, mit der städtischen Schulverwaltung so zufrieden zu sein, wie uns gestern zugemutet wurde. Es ist richtig, daß neue Schulen gebaut wurden. Es wäre auch unmöglich, daß keine gebaut würden, aber auf Ihr Konto kommen nur 16 Schulen.

Landesausschuß Dr. **Geßmann:** Da rechnen Sie die Doppelschulen.

*) Die durchschnittliche Schülerzahl in den Wiener Volksschulklassen betrug im letzten Friedensjahr 47; jetzt 29.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich rechne die Doppelschulen, weil sie Herr Landesausschuß Steiner auch ausdrücklich gerechnet hat. Ich bitte, sich nur zu überzeugen. Das Material ist Ihnen ebenso zugänglich wie mir.

Ich werde Gelegenheit haben, später über Schulküchen und Suppenanstalten zu sprechen, aber erlauben Sie mir, eines vorwegzunehmen: Herr Landesausschuß Dr. Geßmann hat mir gestern die unverdiente Ehre erwiesen, von einem System Adler zu sprechen; das System, daß die Kinder ordentlich ernährt werden sollen, ist weder mein privilegiertes System, sondern das ist die Anschauung aller jener, die, wenn sie auch nicht Sozialdemokraten sind, irgendwie soziales Empfinden haben; die Methode aber, die mir Dr. Geßmann insinuiert hat, wünscht niemand einzuschlagen, auch nicht die Sozialdemokraten. Herr Landesausschuß Steiner hat gestern gesagt: Was wissen die Leute, was eine Weltstadt braucht? Wir sind nicht die einzige Weltstadt. Sie waren ja in Paris und haben dort manches gesehen, und Herr Landesausschuß Steiner war sehr begeistert von dem, was die anderen bei der Wiener Schulverwaltung lernen konnten.

Erlauben Sie mir nur, mit einem Worte anzudeuten, was Sie in Paris lernen könnten und was die Herren Lehrer, die Sie selbst mit Stipendien hingeschickt haben — es waren keine böswilligen Sozialdemokraten oder Deutschnationalen, obwohl es wünschenswert wäre, diese schlechten Menschen in Paris etwas ausbilden zu lassen, vielleicht würden sie sich dann auf Ihre Höhe entwickeln (Heiterkeit), sondern Leute, die ohnehin auf Ihrem Standpunkt stehen —, in Ihrer „Deutschen Schulzeitung" geschrieben haben. Sie rühmen sich, daß 60.000 Kronen für Ernährung der Schulkinder ausgegeben werden, und die Herren haben in Paris erfahren, daß dort für Schulküchen eine Million Franken gezahlt wird. Freilich, das sind schlechte Menschen, die das gemacht haben, das war die sozialistische Gemeindevertretung. Heute haben die dort eine Gemeindevertretung, die Ihnen viel näher steht, und Sie haben ja gejubelt über den Sieg der Nationalisten, und wir wollen abwarten, ob diese den Mut haben werden, die Pariser Schulverwaltung auf das Niveau zu bringen, auf dem es ihre Parteigenossen in Wien heute festhalten und sich dabei noch rühmen, etwas Außerordentliches damit zu tun.

Also, selbst damit so zufrieden zu sein, wie Sie es sind, haben Sie keine Ursache. Sie haben sich vielleicht nicht allzusehr zu schämen vor den Leuten, die vor Ihnen geherrscht haben. Sie sind vielleicht nicht sehr viel schlechter als jene, das will ich zugeben, aber das ist die äußerste Konzession, die ich Ihnen machen kann. Bei denjenigen aber, die das Recht des Kindes auf die Schule auf eine breitere Basis gestellt wissen wollen, kann Ihre Selbstzufriedenheit durchaus nicht Beifall finden. (Beifall.)

Schulküchen*).

Der Referent hat selbst zugestanden, daß das, was hier für Suppenanstalten gegeben werden soll, viel zuwenig ist. Es ist auch wirklich zu wenig. Diese Summe von 9000 Kronen steht in gar keinem Verhältnis zum Bedarf. Wenn Sie die Freundlichkeit haben, Ihre eigenen Berichte über die Aufteilung dieser Subventionen anzuschauen, so werden Sie sehen, daß da 50 fl., 30, ja 20 fl. für Mittagssuppen ausgegeben werden, und Sie werden mir dann zugestehen, daß da mehr gegeben werden muß. Sie können auch nicht leugnen, daß die Kinder schlecht genährt sind, und der Herr Landesausschuß Geßmann hat erzählt, wie die Kinder den ganzen Tag in der Schule bleiben müssen und mittags nicht nach Hause können. Ich stelle mir diese Mittagssuppen auch nicht gerade lukullisch vor. Schauen Sie, wir geben doch vom Land hübsch viel Geld aus: wenn wir so viel aufbringen, vielleicht bringen wir auch hier noch ein paar tausend Gulden auf. Wir könnten dem Landesausschuß die Möglichkeit bieten, auch dort, wo bisher solche Mittagssuppen nicht eingeführt sind, sie anzuregen. Sie sehen, ich bin sehr bescheiden, ich will hier die prinzipielle Frage gar nicht erörtern, ich will vom Landtag nicht verlangen, daß er das Recht des Kindes auf Ernährung anerkennt, dazu wird schon ein anderes Mal Gelegenheit sein, Sie zu fragen, wie Sie sich dazu stellen. Ich meine aber, daß Sie selbst dazu kommen werden.

Abgeordneter **Mayer** (Christlichsozialer): In dreißig oder vierzig Jahren.

Abgeordneter **Adler:** Ich hoffe, wir werden früher dazu kommen, daß die Kinder unseres Landes ordentlich ernährt werden, und daß das nicht auf dem Wege der Wohltätigkeit geschieht, sondern daß das Kind ein Recht in Anspruch nimmt und auch die Eltern.

Abgeordneter Prinz **Liechtenstein:** Diese verlieren das Recht, ihre Kinder zu ernähren!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das Recht, die Kinder zu ernähren? Schauen Sie sich einmal in Wien um. Alle anderen Rechte wollen Sie diesen Proletariern nur sparsam zufließen lassen. Aber nur das einzige Privilegium, ihre Kinder zu ernähren, wollen Sie ihnen vergönnen, weil Sie wissen, daß sie es nicht ausüben können.

Abgeordneter **Sturm:** Zu Hause werden die Kinder billiger ernährt!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Zu Hause werden sie schlechter ernährt. Aber ich will nicht leugnen, heute schauen die Suppenanstalten so aus, daß nur der größte Hunger die Kinder zwingt, hineinzugehen. Einer der Herren hat gesagt: „Fällt uns nicht ein, unsere Kinder in diese Suppenanstalten hinzuschicken!" Da haben Sie das Mittel, eine bessere Ernährung herbeizuführen. Wenn wir diese Anstalten so

*) Dann berichtet der Prälat Schmolk über die Subventionen für Suppenanstalten und Kinderhorte, wofür er 9000 Kronen beantragt. Dazu spricht sofort Dr. Adler als erster Redner.

ausstatten, daß sie für alle sind, dann werden Sie schon selbst dafür sorgen, daß die Kinder etwas Ordentliches zu essen bekommen, weil auch Ihre Kinder dort sein werden. Ich stelle also den Antrag, daß die Post von 9000 Kronen für Mittagssuppen und Kinderhorte auf 20.000 Kronen erhöht werde.

Ich sage gleich, ich bin gefaßt darauf, daß mir wieder der Vorwurf gemacht werde, es seien agitatorische Gründe, die mich zu meinem Antrag bewegen. Herr Dr. Geßmann ist sogar weitergegangen und hat mir gesagt, daß ich böswillige Angriffe erhebe, und daß ich ausschließlich Parteipolitik treibe. Ich erkläre Ihnen hier: Gewiß treibe ich Parteipolitik, weil ich das Bewußtsein habe, daß ich der Bevölkerung diene, indem ich meiner Partei diene. Bezüglich des Ausdruckes, der von Dr. Geßmann allerdings nur hypothetisch gebraucht wurde, aber doch gebraucht wurde, bezüglich des Ausdruckes „perfid" will ich ein für allemal kurz bemerken: Ich bin von Natur aus ein sehr höflicher Mensch und froh, wenn ich höflich verkehren kann; empfindlich bin ich gar nicht; auf mich macht es nicht den geringsten Eindruck, was Sie über mich sagen, ich habe gegen derlei eine wahre Rhinozeroshaut. Aber Sie haben zu wählen: Ich bin von Natur aus höflich, wollen Sie aber grob sein, so kann ich das auch. Ich bitte mich also künftig mit hypothetischen Klassifikationen zu verschonen*).

Die Spitalnot in Wien.

Landtag, 9. Juli 1901**).

Es ist in dieser Frage gewiß möglich, ohne jede Leidenschaft zu sprechen, alle Unterschiede der Partei beiseite zu lassen und rein

*) Bei der Abstimmung wird der Antrag des Abgeordneten Dr. Adler abgelehnt. Die Anträge des Schulausschusses werden angenommen.

**) Der Landtag hatte sich am 9. Juli mit dem Vertrag zu beschäftigen, durch den die Landesirrenanstalt an den Staat verkauft wurde, der auf dem dadurch gewonnenen Grundstück sowie auf der Area des der Kommune abgekauften Versorgungshauses das neue klinische Spital errichten wollte. Es war selbstverständlich, daß aus diesem Anlaß die Wiener Spitalfrage aufgerollt werden mußte. Der liberale Abgeordnete der Handelskammer, v. Lindheim, knüpfte daran den Wunsch, daß Vorkehrungen für die isolierte Behandlung der Tuberkulosen getroffen würden. Doktor Adler stellte den durchaus nicht beruhigenden gegenwärtigen Stand der Krankenhausfrage fest. Lueger ging nicht mit einem Worte auf die Spitalfrage ein. Dagegen wendete er sich mit Wut gegen die von Adler erhobenen Forderungen an die Gemeinde. Dann wurden alle Zusatzanträge schlankweg abgelehnt; sogar der Antrag Adlers, die Regierung möge veranlaßt werden, für eine genügende Anzahl von Spitalbetten zu sorgen, wurde niedergestimmt.

Ein Artikel „Zur Wiener Krankenhausfrage", den Adler am 15. Oktober in der Frage des Neubaues der Wiener Krankenhauskliniken schrieb, ist im dritten Heft dieser Schriften (Seite 79) abgedruckt.

objektiv die Dinge zu erwägen. In der Frage der Versorgung der Irren in Wien weiß ich zu dem vorliegenden Antrag sehr wenig zu bemerken. Ich schließe mich den Ausführungen des Referenten vollständig an, insofern anerkannt wird, daß durch den Verkauf des Irrenhauses ein g u t e s G e s c h ä f t für den niederösterreichischen Landesfonds gemacht wurde. Ja, ich gehe noch weiter und sage, daß ein hohes Maß von Geschicklichkeit notwendig gewesen ist, um dieses verwickelte Geschäft so glatt abzuschließen. Aber mit dem Verkauf des Irrenhauses ist leider n i c h t a l l e s g e s c h e h e n. Wenn wir hier n u r V e r t r e t e r d e s L a n d e s f i s k u s wären, dann wären wir alle einig, daß Landesausschuß Steiner ein glänzendes Geschäft gemacht hat. (Abgeordneter N o s k e und Dr. K r o n a w e t t e r: O nein!) Herr Dr. Kronawetter*), Ihnen ist es noch immer nicht gut genug. (Heiterkeit.) Aber vom Standpunkt des Bedürfnisses der Wiener nach Spitälern ist das Geschäft des Landesausschusses eher z u g u t als zu wenig gut. Ich stehe nicht auf dem Standpunkt des F i s k u s des Landes und auch nicht wie der Abgeordnete Kronawetter auf dem des Fiskus der Gemeinde Wien, sondern auf dem Standpunkt des Bedürfnisses nach Spitälern. Dieses Bedürfnis soll so g u t und so b i l l i g befriedigt werden als nur möglich.

Aber, so verwickelt die Frage ist, so gab es doch eine Zeit, wo sie leicht und glänzend zu lösen war. Es sind noch nicht zwei Jahre her, daß sowohl die Vertreter der Regierung und des Krankenhausfonds als auch — wie ich mich durch Besprechungen mit Herrn Landesausschuß S t e i n e r wiederholt überzeugt habe — der Landesausschuß a l l e auf dem Standpunkt standen, d a s K r a n k e n h a u s n a c h O t t a k r i n g z u v e r l e g e n, da nirgends ein so gutes, ein so billiges und ein so allen Ansprüchen entsprechendes Spital gebaut werden kann wie in Ottakring auf den Gründen des Wilhelminenspitals. Dort hätte man einen billigen Grund, glänzende Luft gehabt, und die sanitären Verhältnisse wären dort, wie die Erfahrungen des Wilhelminenspitals lehren, weitaus besser als in der inneren Stadt. Auf einmal ist aber in dieser Sache eine W e n d u n g eingetreten. Warum der hohe Landesausschuß plötzlich diese Wendung gemacht und sich, anstatt wie bisher für das Ottakringer Projekt, für die Verlegung des Krankenhauses auf die Irrenanstaltsgründe begeistert hat, ist sehr schwer zu erklären. Ursprünglich hat gegen das Ottakringer Projekt nur die O p p o s i t i o n d e r H e r r e n k l i n i s c h e n P r o f e s s o r e n bestanden, die für ihre privatärztliche Praxis fürchteten. Diese Opposition wurde vom

*) Über K r o n a w e t t e r machte die „Arbeiter-Zeitung" im Bericht über diese Landtagssitzung die Bemerkung: Dr. Kronawetter, der sonst so vortreffliche Mann, verliert jede Besinnung, sobald der Fiskus der Gemeinde ins Spiel kommt. Die Erklärung der Menschenrechte und die Anschauungen eines Wiener Magistratsrates hausen schlecht zusammen in demselben Kopfe... Er verteidigte heute leidenschaftlich die Kommune gegen die Zumutung, daß sie jene Spitäler bauen solle, für die der Krankenanstaltenfonds nicht ausreicht...

Hofrat Nothnagel geführt, und ich erinnere mich sehr genau, wie damals alle dem Landesausschuß nahestehenden Blätter mit einer wahren Wut gegen diese Opposition auftraten. Und sie haben auch damals recht gehabt. Aber plötzlich haben sie sich von Hofrat Nothnagel bekehren lassen. Das ist sonst nicht ihr Mann*), aber gerade dort, wo er am allerwenigsten recht hat, gerade in dem Punkte, wo sein Urteil durch das Vorurteil seines Berufes getrübt war, haben sie sich ihm gefügt, und auf einmal verschwindet das Ottakringer Projekt.

Zugleich erscheint auf der Bildfläche die Möglichkeit des Verkaufs des Wiener Versorgungshauses. Es entsteht damit die Möglichkeit, daß nicht nur das Land, sondern auch die Kommune ein Geschäft mache, und jetzt wird abgeschlossen. **Die kranken Wiener zahlen nun 13 Millionen** für das Irrenhaus, statt daß sie sich für etwas mehr als **eine Million Kronen** den Grund in Ottakring gekauft hätten. Dazu kommt noch — ich erlaube mir, das jetzt schon zu prophezeien —, daß der jetzt projektierte Grund **nicht einmal für die klinischen Anstalten genügen wird.** Wenn die Unterrichtsverwaltung und der Krankenhausfonds nicht allzu schäbig sein werden, so werden sie von dem heutigen Grund des Allgemeinen Krankenhauses noch etwas dazuschlagen müssen, um das herauszubringen, was sie an Kliniken, Hörsälen und Unterrichtsanstalten auf diesem Grund unterbringen wollen. In dem Plan oder, besser gesagt, in dem Kommuniqué wird von allen möglichen Anstalten erzählt, die gebaut werden sollen, aber **von einer Kinderklinik steht kein Wort darin;** es scheint, daß eine solche auch nicht beabsichtigt ist. Es soll mich freuen, wenn der Herr Statthalter mich widerlegt und damit mich und die ganze Bevölkerung beruhigt.

Der ganze Plan der Sanierung unserer Spitalzustände beruht auf folgender Erwägung: Wir benützen die hochangewachsene Grundrente des Bodens, auf dem das Allgemeine Krankenhaus heute steht, um damit nicht nur billigen Boden anderwärts zu kaufen, sondern auch, um den größten Teil des Instituts neu aufzubauen. Für den Verkauf des Allgemeinen Krankenhauses sind sieben Millionen herausgekommen. Damit wäre schon etwas zu leisten. Heute genügt der Verkauf des Krankenhauses nicht einmal, um den Boden zu kaufen, auf dem die neue Anstalt stehen soll, und für den Bau bleibt nichts.

Nun werden Sie sagen: Was zerbrechen wir uns den Kopf darüber. Es wurde doch von hoher Stelle verkündet, daß alles gemacht wird. Aber, meine Herren, es müßte Sie doch vor allem

*) Nothnagel, der berühmte Internist, war zugleich Obmann des „Vereines zur Abwehr des Antisemitismus“ und daher bei den Christlichsozialen verhaßt.

das beunruhigen, daß nicht ein Strich eines Finanzplans vorhanden ist, und dann, daß bis jetzt absolut keine bestimmten Ziffern angegeben wurden, wieviel die Unterrichtsverwaltung im Verein mit dem Krankenhausfonds ausgeben will und wieviel Betten aufgestellt werden sollen. Und das ist das Entscheidende.

Aber das „ausgezeichnete Geschäft" des Herrn Landesausschusses Steiner hat noch einen Fehler: Wenn man das Spital in Ottakring gebaut hätte, so hätte man draußen sofort zu bauen anfangen können, und man hätte das Krankenhaus in derselben Zeit neu herstellen und das andere niederreißen können, als man jetzt warten muß, bis die neue Irrenanstalt gebaut ist. Ich gestehe, daß auch die Landesirrenanstalt nicht vollständig den modernen Anforderungen entspricht und darum eines Ersatzes bedarf. Aber eine Sorge nach der anderen. Von allen sanitätswidrigen Krankenanstalten, die wir in Wien haben, ist die Irrenanstalt die am wenigsten sanitätswidrige, die hätte noch ein paar Jahre warten können. Jede Stunde aber, die das Krankenhaus weiterbesteht, ist ein Verbrechen an den Kranken Wiens. Das ist auch etwas, was mir die Freude an dem „ausgezeichneten" Geschäft des Herrn Steiner vergällt.

Sie werden nun sagen: Da ist nichts zu machen, freuen wir uns also darüber, daß der Landesausschuß ein so gutes Geschäft gemacht hat! Aber ich glaube, es obliegt uns denn doch noch etwas anderes. Wien hat eine Ausnahmsstellung vor allen anderen Städten. Wir haben einen Krankenhausfonds, der die Spitäler bauen und erhalten soll; aber dieser Fonds ist längst bankrott. Wenn er ein Präsent kriegt, ist das ein Unglück für ihn.

Im Jahre 1891 hat er die Vorstadtspitäler bekommen, das hat ihn ein schönes Stück Geld gekostet, und vor ein paar Jahren hat er durch die Großmut der Stadt Wien wieder eine Million gekriegt, und dieses Präsent kostete ihn wieder ein schönes Geld. Denn wenn die Herren splendid sind, sind sie schon gar nicht splendid. Sie haben eine Summe votiert, die nicht einmal für den Bau ausreicht, und sie zahlen natürlich keinen Kreuzer für die Erhaltung des Spitals, und der Fonds muß aus Anlaß des Geschenkes sehr viel daraufzahlen. Es ist also ein Danaergeschenk, das sie ihm gemacht haben. An diesen bankrotten Krankenhausfonds sollen wir nun die Ansprüche stellen, daß er Wien mit der genügenden Anzahl Krankenbetten versorgt. Der unmittelbare Herr Vorredner hat die notwendige Vermehrung der Bettenanzahl mit 1500 beziffert. Aber ich bin ein bescheidener Mensch. Ich wäre mit einer Vermehrung von 1000 Betten schon sehr froh, und ich bin neugierig, ob der Herr Statthalter in der Lage sein wird, zu erklären: „Ja, wir bekommen um 1000 Betten mehr." Aber wie die Dinge heute stehen, bekommen wir **auch nicht ein Bett mehr.** Ja, es ist zweifelhaft, ob wir auch nur so viel Betten in dem neuen Spital haben

werden, als wir heute haben. Im Abgeordnetenhaus haben meine Parteigenossen deshalb eine Interpellation gestellt, aber der Ministerpräsident hüllte sich in Stillschweigen.

Aber das ist gerade die Lebensfrage. Was hat denn die Bevölkerung Wiens von dem, was Sie heute machen, wenn die Anzahl der Krankenbetten nicht vermehrt wird? Meine Herren! Gerade Sie, die Sie außerhalb Wiens wohnen, Sie haben an der Sache ein hervorragendes Interesse, dasselbe Interesse wie wir Wiener. Es sind nicht nur Wiener Kranke, die heute in Massen von den Spitälern zurückgewiesen werden, weil kein Platz ist, sondern auch Kranke aus der Provinz, die nach Wien kommen und hier Hilfe suchen müssen, weil die Art ihrer Krankheit eine Behandlung auf der Klinik erfordert. Also auch Sie aus der Provinz müssen mit mir einig sein und wenigstens meinen Antrag unterstützen, der folgendermaßen lautet:

> Der Landtag spricht die Überzeugung aus, daß die Spitalnot in Wien nur behoben werden kann, wenn nicht nur die Kliniken und Abteilungen nach modernen, hygienischen Grundsätzen neu errichtet, sondern auch über ihren heutigen Umfang hinaus die Zahl der Betten in einem entsprechenden Maße vermehrt wird, und fordert den Landesausschuß auf, mit allem Nachdruck auf den k. k. Landesfonds respektive die Regierung in diesem Sinne einzuwirken.

Ich glaube Ihnen ja, daß die Regierung splendid sein wird; aber wissen Sie, daß das so vorhalten wird, wenn der Druck aufhört? Die Herren, die dann die Spitäler zu bauen haben werden, werden sich um jeden Kreuzer herumraufen müssen.

Es gibt ja noch einen Faktor, in dessen Kompetenz es liegt, sich mit der Errichtung und Erhaltung von Spitälern zu befassen. Das ist die Gemeinde Wien. Ich weiß, daß ich damit in ein Wespennest hineinsteche und bei den Vertretern der Gemeinde Wien Widerspruch finden werde. Aber ich erkläre, daß es nach der Lage des Gesetzes — des Sanitäts- und des Heimatsgesetzes — unbedingt die Pflicht der Gemeinde Wien ist, für die Unterbringung und Verpflegung der Kranken zu sorgen.

Herr Dr. Kronawetter entrüstet sich schon. Er wird mir Urteile des Verwaltungsgerichtshofes vorlesen. Aber es gibt auch andere Urteile, die für mich sprechen.

Abgeordneter Dr. **Kronawetter:** Nur Epidemiespitäler.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Bauen Sie wenigstens Epidemiespitäler. Ich bin schon damit zufrieden. So wird dann Platz für andere. Herr Dr. Kronawetter wird mich dann widerlegen, ich weiß, juristisch gewiß. Aber die Bevölkerung lebt ja nicht am Papier, und sie kann auch mit diesen bürokratischen Anschauungen, die der Herr Bürgermeister von Wien zu meiner Freude so festgenagelt hat, ihre Kranken nicht verpflegen. Wissen Sie nicht, daß Zehntausende von Menschen unter

dem ewigen Kompetenzstreit zwischen Gemeinde, Land und Staat leiden? Sie wissen es alle, die der kommunalen Verwaltung näher stehen, wie Sie es mit Ihren Pfründnern treiben und wie die hin- und hergeschoben werden. **Der Kompetenzstreit wird ausgetragen auf dem Rücken der Bevölkerung.** Sonst heißt es: Wenn zwei sich streiten, freut sich der dritte. Das ist hier nicht der Fall. Über diesen Streit geht die Bevölkerung tatsächlich zugrunde. Und es ist eine Schande vor ganz Europa, weil es **keine zweite Stadt gibt, die mit Spitälern so schlecht versehen ist wie Wien*).**

Natürlich werden Sie mir darauf zur Antwort geben: Woher sollen wir das Geld nehmen? Ich könnte Ihnen darauf die Antwort geben, aber das würde mich zu weit führen, und Sie wissen es auch genau: Sie finden für andere Dinge Geld, und zwar sehr viel Geld, und Sie würden es auch für die Spitäler finden, wenn Sie wollten. Aber mir genügt hier das eine: Sie müssen es finden, wie es andere Gemeinden auch finden müssen! Sagen Sie mir, was geschieht in Wiener-Neustadt, St. Pölten, Krems? Werden etwa die Krankenhäuser vom Landesfonds gebaut? Ich glaube nicht, wahrscheinlich haben sie dort städtische Spitäler. Woher haben die das Geld?

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Schulden machen sie.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Sie machen auch Schulden genug, und Sie machen mitunter Schulden für weniger wichtige Dinge. Ich wiederhole: Es ist eine Schande, in welchem Zustand heute die Spitäler sind, es ist eine Schande für die Gemeinde Wien, und damit meinen Vorwürfen jeder parteimäßige Charakter benommen werde, füge ich hinzu: Fiskalisch und bürokratisch bis in die Knochen, bis zur Borniertheit war die Gemeindeverwaltung früher ebenso wie heute. Das Übereinkommen von 1891 ist ein sprechender Beweis dafür. Erinnern Sie sich nur daran. Es mußte damals wegen der Einbeziehung der Vororte ein neues Übereinkommen mit dem Krankenhausfonds getroffen werden. Der Fonds sagte: Nehmet euch die Spitäler und verwaltet sie. Die Gemeinde wieder sagte: Nein, nehmet ihr sie euch. Der Fonds verlangte darauf Geld, um die Vorortespitäler zu erhalten. Aber die Gemeinde sagte: Nein; wenn

*) Im Gegensatz dazu sei aus dem letzten Bericht von Dr. Robert Danneberg über die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung in Wien unter anderem angeführt, daß die Gemeinde neben den Bundesanstalten ein mustergültiges städtisches Krankenhaus mit 1000 Betten betreibt und die Wiener Kinderspitäler, die bisher von Stiftungen erhalten wurden, der Reihe nach übernimmt, wenn sie notleidend werden. Sie führt ein städtisches Entbindungsheim und zwei große Anstalten für Geistes- und Nervenkranke, daneben einen schulärztlichen Dienst, 11 Schulzahnkliniken, 12 Kinderfreibäder, unterstützt sechs Lehrlingsheime, betreibt 9 Tuberkulosefürsorgestellen usw.

ihr sie nicht übernehmet, sperren wir die ganzen Vorortespitäler zu. Der Spitalfonds wurde mit dem Revolver gezwungen, die Spitäler zu übernehmen, und das ist eine der Ursachen, aus denen die Krankheit des Spitalfonds stammt. Meine Herren! Ich bin der Ansicht, daß sich die Gemeinde Wien dieser Verpflichtung nicht entziehen darf und daß **der Landtag** — wer sollte es denn sonst tun? — **die Gemeinde Wien dazu zwingen muß.** Im Gemeinderat hat einmal Dr. Zemann*) darüber sprechen wollen, da wurde sofort eine geheime Sitzung anberaumt, weil das den Interessen der Kommune abträglich sein könnte. Ich bin auch ein Wiener, ein Niederösterreicher, halte es aber durchaus nicht für Landesverrat, wenn ich die Pflicht der Kommune, Spitäler zu bauen, betone.

Es tut mir leid, ich erscheine heute in einer neuen Rolle, ich spreche hier für die Regierung gegen die Stadt Wien.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Das ist sehr interessant; Sie wollen, daß der Staat nichts zu zahlen hat und wir alles.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Die Verpflichtung des Staates und des Landes soll eingehalten werden, aber die Gemeinde wird dadurch ihrer Verpflichtung nicht ledig.

Eine solche Pflicht ist die Schaffung von Ambulatorien, die gerade für die arbeitende Bevölkerung von kolossalem Interesse sind. Die Ambulatorien ermöglichen dem Arbeiter, sich mit geringem Zeitverlust kurieren zu lassen; insbesondere wird es dadurch der arbeitenden Frau möglich, den Haushalt weiterzuführen. Wenn man an die Kommune herantritt, erklärt sie oder wird sie erklären: ... Ich weiß nicht, in welchem Stadium sich die Sache jetzt befindet. Die Antwort hängt davon ab, ob man vor oder nach den Wahlen ist. Es spielen auch da kleinliche politische Rücksichten mit.

Heute steht es so, daß in das Spital niemand aufgenommen wird, der nicht akut erkrankt ist. Jeder andere wird abgewiesen und muß abgewiesen werden, weil für die unabweislichen, dringenden Fälle Raum geschafft werden muß. Glauben Sie, daß die Leute, die da auf die Straße hinausgestellt werden, sich fragen, in wessen Kompetenz die Schuld fällt? Glauben Sie, daß Ihre prozessualisch-juristischen Tüfteleien diese Leute beruhigen? Es geht nicht an, daß die Gemeinde auf dem ablehnenden Standpunkt verharrt. Diese Fragen müssen durch das Zusammenwirken aller dieser Faktoren gelöst werden. Ich stelle daher folgenden Antrag:

> Der Landtag spricht seine Überzeugung aus, daß die Kommune Wien ihrer in dem Reichssanitätsgesetz und dem Heimatsgesetz begründeten Verpflichtung, Spitäler zu errichten und zu erhalten, durch das Bestehen

*) Ein Mitglied der Partei der „Sozialpolitiker" und Arzt am Wiedner Krankenhaus.

des k. k. Krankenhausfonds nicht enthoben ist, und fordert den niederösterreichischen Landesausschuß auf, mit aller Energie auf die Kommune Wien einzuwirken, daß sie diese Pflicht erfülle.

Es wird sich zeigen, inwieweit für Sie das Interesse der Bevölkerung maßgebend ist und inwieweit Ihr politisches Interesse. Ich will übrigens noch das eine feststellen: Alles, was ich hier über die heutige Majorität gesagt habe, gilt ebenso für die alte liberale Majorität, und falls im Gemeinderat, was allerdings nicht sehr wahrscheinlich ist, wieder eine liberale Majorität kommt, so wird diese — da kenne ich die Herren zu gut — wieder so vorgehen wie früher. Aber hier sind doch Leute, die nicht die Scheuklappen des Wiener kommunalen Fiskalismus tragen, und ich hoffe darum, daß der Landtag seine Pflicht tun wird.

Der Redner spricht hierauf über die Verpflegsgebühren und warnt davor, daß man etwa die Zinsen der kostspieligen Transaktion auf Kosten der Kranken hereinbringen wolle. Die Kranken in den Wiener Spitälern sind zu 66 Prozent oder noch mehr Lohnarbeiter, und wir wären sehr beruhigt, wenn uns die Regierung darüber Aufschluß geben könnte, was da beabsichtigt wird. Wir sind natürlich vom Krankenhausfonds auf Verschiedenes gefaßt. Die Verpflegskosten, die früher 60 Kreuzer betrugen, sind dann auf 1 fl.*) gestiegen. Im Jahre 1895 wurde plötzlich ein Attentat auf die Krankenkassen unternommen. Die Verpflegskosten wurden auf 1 fl. 20 kr. erhöht, aber infolge des Sturmes, der sich in der Arbeiterschaft erhob, wurde am 1. April diese Erhöhung wieder rückgängig gemacht.

Nachdem der Spitalfonds diesmal so schöne Gründe, aber um soviel Geld angekauft hat, ist die Verlockung für ihn sehr groß, die Kosten wieder auf die Konsumenten und speziell auf die Arbeiter abzuwälzen. Ich gebe Ihnen die Versicherung, daß sich, wenn Sie einen solchen Versuch unternehmen würden, die Arbeiterschaft wieder in so energischer Weise dagegen wehren würde wie das vorigemal.

Ich fasse zusammen: Wir — der Landtag — sind im Begriff, ein sehr gutes Geschäft zu machen, wir — die Wiener, die das Spital benützen sollen — sind im Begriff, ein sehr schlechtes Geschäft zu machen. Wir bauen ganz überflüssigerweise ein Krankenhaus mitten in Wien, verwüsten dabei einen der schönsten Gärten Wiens, den Irrenhauspark, und wir bringen aus dem Verkauf des alten Krankenhauses nicht einmal so viel auf, um auch nur den Grund für das neue Krankenhaus zu bezahlen. Wir haben heute keine Ahnung, was eigentlich jetzt geschehen soll, wir wissen nicht, wieviel Betten das neue Spital haben soll...

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Das weiß ich auch nicht.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Herr Bürgermeister! Ich bin sehr neugierig, und es würde nicht schaden, wenn Sie auch etwas neu-

*) 1 fl. (1 Gulden) = 100 kr. (Kreuzer) = 2 Kronen = etwa 3 Schilling.

gieriger wären. (Heiterkeit.) Ich meine, wir haben ein Interesse, daß alles das festgelegt werde, bevor wir mit der Regierung das Geschäft abschließen. Die Kommune Wien hat es verstanden, in der Frage des Versorgungshauses und des Polizeigefangenhauses ein famoses Junktim abzuschließen...

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Das ist auch mein Stolz.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Nun ja, Sie haben da doch ein ganz gutes Geschäft gemacht.

Abgeordneter Dr. **Kronawetter:** O nein, das war nicht gar so gut, den Prozeß hätten wir gewonnen. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Adler:** Mein lieber Dr. Kronawetter, ich bin nicht so verliebt in die Prozesse wie Sie. (Heiterkeit.) Ich meine nur, man hätte auch hier, bevor man die Sache abschließt, den Umfang der Spitalreform festlegen müssen. Heute sind wir einfach dem guten Willen der jeweiligen Regierung ausgeliefert. Ich entnehme aus allen Äußerungen der Herren, die mit der Regierung verhandelten, daß die Regierung für die Kommune und für das Land alles mögliche tun will. Es soll mich freuen, wenn das wahr ist. Aber ich glaube nicht, daß Sie die Garantie haben, daß das andauern wird. Vorläufig wissen wir ja noch nicht einmal, was gebaut werden soll.

Und dann müssen wir verlangen, daß in der einen Krankenanstalt für zwei Dinge vorgesorgt werde: für ein Kinderspital und für ein Syphilisspital, das Wien sehr notwendig braucht.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Das ist sehr traurig.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Alle Krankheiten sind sehr traurig. Aber noch trauriger ist es, wenn man keine Möglichkeit hat, sie zu heilen. Wir müssen also auch für diese traurigen Krankheiten vorsorgen.

Ich hoffe, daß der Landtag seine eigene Kompetenz wahren wird. Hier ist für diese Frage der einzige Boden, hier können und sollen Sie für die Interessen nicht nur der Wiener, sondern der kranken Bevölkerung von ganz Niederösterreich energisch eintreten, und ich bitte Sie deshalb, für meine Anträge zu stimmen.

Kommunalsozialismus und Kommunalkapitalismus.

Landtag, 7. Jänner 1902*).

Es ist an und für sich nicht sehr verlockend, am Ende einer so ausführlichen Diskussion über einen so wichtigen Gegenstand noch zu sprechen. Aber auch die Sache selbst ist eine solche, daß ich mich da in einer sehr eigentümlichen Lage befinde. Insofern es

*) Der Landtag hatte am 7. Jänner 1902 über das Ansuchen der Gemeinde Wien um Bewilligung zur Aufnahme eines Anlehens von 285 Millionen Kronen zu entscheiden. Da Wien bis nach dem Umsturz eine ge-

sich um den städtischen Betrieb der Straßenbahnen, um die Wasserleitung handelt, so will ich sowohl wie meine gesamte Partei selbstverständlich mit beiden Händen dafür stimmen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten durchaus wünschen, daß alle monopolistischen Betriebe in den Händen der Kommune konzentriert werden. Ich möchte gern dafür stimmen, und es ist mir sehr unangenehm, daß ich trotzdem nicht dafür stimmen kann.

Wir wollen das Votum im Landtag nicht zu sehr überschätzen. Das Wiener Gemeindestatut und unsere ganze Landesverfassung beruhen eigentlich auf einem Zustand, der längst nicht mehr vorhanden ist, auf dem Zustand, wo wir etwa 500.000 Einwohner hatten, etwa ein Viertel der Einwohnerschaft Niederösterreichs, also nur die größte Gemeinde von Niederösterreich waren. Heute ist es anders, und ich habe die Empfindung, daß ich als Landtagsabgeordneter eigentlich gar kein Recht habe, über die Gemeinde Wien eine Kuratel auszuüben. Es ist ein Widersinn, daß über die wichtigsten Lebensfragen der Gemeinde Wien von ein paar Großgrundbesitzern entschieden wird. Es könnte sich also der Landtag ohne weiteres auf den Standpunkt stellen: das ist eure Sache; ihr macht es, ihr zahlt es, wir haben euch nichts dreinzureden. Aber leider hat die Kommune Wien nicht die Autonomie, die wir ihr wünschen, und so sind wir gezwungen, auch ein Urteil hier abzugeben.

Sie müssen aber zugeben, trotz dem Plädoyer des Dr. Pattai*), daß die Vorlage durchaus nicht einwandfrei ist. Es ist ganz recht, daß die Straßenbahn verstadtlicht wird, und es ist sehr erfreulich, daß wir heute — was noch vor zwanzig, ja vor zehn Jahren nicht möglich gewesen wäre ohne den größten Widerstand prinzipieller Gegner jedes kommunalen Betriebes — das tun konnten, ohne daß sich irgend jemand getraut, prinzipielle Bedenken dagegen anzuführen. Das Prinzip des kommunalen Betriebes ist unbestrittenes Eigentum der gesamten öffentlichen Meinung geworden. Aber wenn es recht und gut ist, daß die Gemeinde die Straßenbahn kauft, so ist damit noch nicht gesagt, daß sie sie gerade unter diesen Umständen kaufen muß.

---

wöhnliche Gemeinde war, deren Finanzverwaltung vom Lande überprüft werden mußte, konnte sie auch selbst keine Anleihe aufnehmen, sondern mußte dazu die Bewilligung des Landtages haben. Das ist bekanntlich erst seit der Trennung Wiens von Niederösterreich anders. Die Anleihe brauchte die Gemeinde, weil sie von der Firma Siemens u. Halske die elektrische Straßenbahn kaufen wollte, oder richtiger — wie es Adler sagte —, sie kaufte die Straßenbahn gerade jetzt, weil die Christlichsozialen die Anleihe brauchten. Adler benützte die Gelegenheit, um die ganze Frage der Autonomie Wiens, aber auch die Frage des Gemeindesozialismus aufzurollen.

*) Dr. Robert Pattai, einer der ersten Antisemiten in Wien, Abgeordneter des Wiener Bezirkes Mariahilf im Reichsrat und im Landtag, ursprünglich Deutschnationaler, der sich aber bald den Christlichsozialen anschloß. Von 1909 bis 1911 Präsident des Abgeordnetenhauses, später

Abgeordneter Dr. Pattai hat zwar gemeint, wir hätten kein Recht, uns hier in Details einzulassen, wir könnten uns auch auf die Berechnungen der städtischen Buchhaltung verlassen. Alle Achtung vor den Kenntnissen dieser, aber wenn wir ihr blind vertrauen müssen, so braucht man uns nicht zu fragen. Dann sage man einfach: Herr Bürgermeister, fragen Sie die Buchhaltung, wie wir es machen sollen, und wir machen es. Faktisch ist es ja beinahe so. (Heiterkeit.)

Die Gemeinde kauft die Tramway gerade jetzt, nicht weil sie sie gerade jetzt sehr billig erwerben kann, sondern weil sie ein größeres Anlehen aufzunehmen gezwungen ist. Es ist kein Zweifel, daß der Bürgermeister, wenn er in der Lage gewesen wäre, sich den Zeitpunkt auszusuchen, wann er die Tramway kaufen soll, gewartet hätte, bis alle Linien ausgebaut sind, auch jene, die jetzt auf unbestimmte Zeit verschoben worden sind. Nun bin ich weit davon entfernt, vor großen Anlehen zu erschrecken. Es ist gewiß paradox, zu sagen: „Je mehr Schulden wir haben, um so reicher ist die Gemeinde.“ Aber Tatsache ist es, daß eine Gemeinde um so reicher ist und um so reicher werden kann, je mehr sie die inneren Hilfsquellen der Gemeinde aufzuschließen versteht, und das kann sie nur, indem sie große Kapitalien investiert. Ich verweise Sie auf die Entwicklung Englands. Dort haben sich von 1875 bis 1897 die Schulden der Gemeinden von 106 Millionen Pfund auf 250 Millionen Pfund erhöht, und Sie sehen im Anschluß daran, daß heute bereits 222 Städte ihr eigenes Gaswerk haben und 206 Städte ihre Elektrizitätswerke, und daß es in England keine einzige größere Stadt mehr gibt, die nicht ihre Straßenbahn bereits verstadtlicht hat oder im Begriff ist, es zu tun. Man braucht also vor großen Kapitalsanlagen nicht zu erschrecken, dies ist eben die natürliche Entwicklung der Städteverwaltung. Aber wenn man das, was für jeden, der kein Analphabet ist, zum Abc geworden ist, durchführt, wenn man das tut, was selbstverständlich ist, so soll man nicht so tun, als ob man dafür unsterblichen Ruhm und kolossale Kränze verdienen würde.

Die heutigen Beherrscher von Wien haben das Glück zweier Umstände: erstens die Unfähigkeit ihrer Vorgänger (Beifall) und

---

Herrenhausmitglied. Im Landesausschuß hatte er das Eisenbahnreferat, bis ihn eine Revolte in seiner Partei stürzte, als der wiederholt genannte Professor Sturm im Jänner 1912 das Eisenbahnamt einen „A u g i a s s t a l l“ nannte. Von Pattai stammt noch aus der Zeit des tiefsten Friedens die Bezeichnung des Krieges als eines „S t a h l b a d e s“, die in Österreich zum geflügelten Wort wurde. Im Kriege hat er sich als eifriger Siegfriedler gebärdet und war im Herrenhaus der Anführer der Meute, die am 28. Februar 1918 den Professor L a m m a s c h beschimpfte, als er für einen Verständigungsfrieden eintrat. Pattai rief damals unter dem Jubel der Herrenhäusler: U n s e r d e r S i e g, u n s e r d i e P a l m e! — Er ist schließlich sogar der deutschradikalen Partei beigetreten. — Im Jahre 1911 ist er bei den Juniwahlen in seinem Stammbezirk Mariahilf (Wien VI) von dem sozialdemokratischen Kandidaten L e u t h n e r besiegt worden. Als Entschädigung erhielt er dann den Sitz im Herrenhaus.

zweitens haben sie den Zufall für sich, daß eine ganze Anzahl von Aufgaben gerade in diesem Augenblick reif geworden ist. So wenig ich von der alten liberalen Kommunalverwaltung halte, so sehr wir sie jederzeit bekämpft haben und noch bekämpfen würden, wenn sie am Ruder wäre, für so unfähig und so impotent könnte ich sie doch nicht halten, daß sie nicht in ähnlicher Weise, wenn auch nicht mit ähnlichen Mitteln, diesen städtischen Betrieb aufrichten würde.

Abgeordneter **Sturm:** Die müssen immer 30 Jahre studieren.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das ist gewiß sehr lang. Aber gar nicht studieren, ist auch nicht ganz in Ordnung. (Heiterkeit.)

Die heutige Gemeindeverwaltung soll also den Mund nicht gar zu voll nehmen, und die Herren sollen vor allem — und das ist der größte Vorwurf, den ich dem Abgeordneten Pattai machen muß — nicht jeden Einwand gegen die Art ihres Vorgehens als unpatriotisch stigmatisieren. Ich spreche hier als Wiener und als Vertreter jener großen Massen, die das allergrößte Interesse an der Entwicklung von Wien und an einer gesunden Finanzverwaltung in Wien haben. Ich glaube, Sie werden wohl nicht der alten Anschauung sein, daß das Interesse an der Gemeinde nach der Anzahl der Stockwerke zu bemessen ist, die man besitzt. Die Arbeiter haben ein größeres Interesse an Wien als die reichen Leute, die sich ja ihre Bedürfnisse auch anders verschaffen können, die nicht durch den Kot waten müssen, wenn die Straßen schlecht gepflastert sind, die auch nicht mit der Tramway fahren müssen, die ihre Fiaker haben. Aber weil wir ein großes Interesse an guten Zuständen in der Gemeinde haben, so lassen wir es uns nicht nehmen, als gute Wiener Patrioten offene und strenge Kritik an der Verwaltung dieser Gemeinde zu üben. Diese Kritik wird Ihrem Geschäft nicht viel schaden. Fürchten Sie sich nicht.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Wir fürchten uns nicht.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Weil wir schon vom Geschäft reden: Ich weiß nicht, ob es gut ist, immer wieder zu sagen: Wir haben gar so ein gutes Geschäft gemacht. Der Herr Bürgermeister, der sich auf Geschäfte auch versteht, hört das gar nicht gern, wenn man ihm sagt, daß wir gute Geschäfte gemacht haben. (Heiterkeit.)

Bei der Verstadtlichung ist etwas sehr merkwürdig. Sie ist von Ihren größten Gegnern, von den Sozialdemokraten, eigentlich besser aufgenommen worden als von der Presse Ihrer allerbesten Freunde. Es ist ganz eigentümlich, und es war psychologisch sehr interessant und hat Aufschluß über manche Unterströmungen gegeben, daß, als die Sache bekannt wurde, man in beiden antisemitischen Blättern*) eine verdrossene Stimmung hat merken können, als ob sie sagen wollten: „Viel Schererei, und was haben wir davon! Jetzt kriegen wir wieder 8000 neue Arbeiter, und diese niederträchtigen Leute werden selbstverständlich mit Forderungen an uns herantreten, und

*) Die beiden antisemitischen Blätter waren die „Deutsche Zeitung“ und die „Reichspost“

die Gemeinde wird jetzt diese Forderungen entweder erfüllen oder ablehnen müssen. Das paßt uns nicht." Die Herren hätten sehr gern die Anleihe gehabt, aber — nicht die Verstadtlichung. Wir aber hätten gern die Verstadtlichung, würden uns aber auch mit einer kleineren Anleihe begnügen.

Nun möchte ich Sie auf folgenden wichtigen Punkt aufmerksam machen: Es wird uns erzählt, daß die Straßenbahnen, die wir um 107½ Millionen kaufen, auf 110 Millionen geschätzt wurden. Das wäre nun sehr schön, aber nur so ganz nebenbei wird dann gesagt, daß diese 110 Millionen sich auf ausgebaute Linien beziehen, so daß wir also diese 2½ Millionen, die wir unter dem Schätzungswert kaufen, mit dem Verzicht auf eine ganze Reihe wichtiger Linien bezahlen müssen. Ich meine, daß die Gesellschaft Siemens u. Halske ebensoviel verdient und noch mehr, indem sie die auswärtigen Linien nicht baut, als indem sie die anderen baut. Aber gerade diese Linien sind auch wichtig für die Wohnungspolitik der Kommune, deren Pflicht es ist, gerade den äußeren Verkehr zu regeln. Unter diesen Linien ist eine sehr wichtige: die Favoriten und Simmering miteinander verbinden soll. Warum gibt man diese auf?

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Die wird gebaut.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Obwohl wir verzichtet haben?

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Ja, später.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das ist sehr schön, aber hier steht nichts davon. Nun möchte ich auch noch wissen, ob die Kosten dieses Baues eingeschlossen sind in den ganzen Betrag, oder ob sie extra bezahlt werden sollen.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Extra!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Diese Erklärung ist mir sehr wertvoll und es wäre sehr gut, wenn Sie auch im Gemeinderat sich daran gewöhnen wollten, sachliche Erklärungen abzugeben, statt sich einfach mit Jubelmarsch die Sachen bewilligen zu lassen. Ihre Erklärung ist sehr wertvoll, weil sie alles bestätigt, was ich gesagt habe. Es wurde weder im Gemeinderat noch hier mit einem Worte gesagt, in welchem Verhältnis die Linien, auf die wir verzichten, zu dem geringen Preis stehen, den wir zahlen.

Was ist's mit den Bediensteten?

Die Stadtbuchhaltung hat uns eine Reihe von Ziffern geliefert, worin sie die Verkehrsdichtigkeit in Wien mit der anderer Städte vergleicht. Ich habe nichts dagegen, daß sie sich da gerade die günstigsten Städte ausgesucht hat, und daß sie daraus Schlüsse über die Rentabilität ziehen will. Davon will ich nicht reden. Ich bin überzeugt, daß sich diese Bahnen sehr gut rentieren werden, ja ich fürchte, daß sie sich zu gut rentieren werden, und daß die Gemeinde mehr daraus herausschlagen wird, als das Verkehrsinteresse des Unternehmens und das sozialpolitische Interesse der Arbeiter verträgt. Ich fürchte, es wird dieses Geschäft allzu kapitalistisch betrieben werden, und daß man die Erträgnisse zu steigern versuchen

wird, um die Löcher zuzustopfen, die wir einer falschen Verwaltung zu verdanken haben. Das ist durchaus keine leere Befürchtung, denn der Bericht schweigt sich sehr vorsichtig darüber aus, wie der Tarif sein wird, und noch gründlicher darüber, wie das Verhältnis zu den Bediensteten sein wird. Ich weiß, es wird der Bürgermeister nach mir sprechen, und ich bin gefaßt darauf, daß er mich genau so abfertigt wie meinen Genossen Reumann im Gemeinderat. (Bravo! bei den Christlichsozialen.) Gewiß, der Herr Bürgermeister wird es zustande bringen, zu reden, ohne zu sagen, wie er es mit den Bediensteten halten will.

Sie wissen, es sind zwei Fragen, die die Bediensteten beschäftigen: die Frage der Dienstordnung und der Arbeitszeit und die des Pensionsfonds. Die erste Frage ist Gegenstand eines Zivilprozesses geworden, der sogar unter den Motiven angeführt ist, warum das Verhältnis mit der Tramway unhaltbar geworden ist. Wenn man wirklich den Ansprüchen der Bediensteten Rechnung tragen will, so wie es der Bürgermeister feierlich versprochen hat, dann müßte man schon aus rechnerischen Gründen, aber auch aus sozialpolitischen Gründen und zur Beruhigung der Bediensteten in Rechnung stellen, wie die Rentabilität sich durch die Bewilligung dieser Forderungen ändert.

Es ist aber nicht nur das nicht geschehen, sondern gerade das Entgegengesetzte ist geschehen. Ich will da absehen von jener Vertragsklausel, die sagt, daß Änderungen nur im Einvernehmen mit Siemens gemacht werden können. Da braucht man nichts zu fürchten; da ja die Veränderungen von der Gemeinde bezahlt werden müssen, wird sich die Firma Siemens u. Halske wohl fügen. Die Herren haben doch nichts gegen eine Sozialpolitik, die sie nichts kostet. Aber Sie haben in Sachen des Pensionsfonds positiv dieselbe Ziffer in Rechnung gestellt, die bisher darin war, nicht um einen Heller mehr.

Gemeindesozialismus und Gemeindekapitalismus.

Das sind die Gründe, warum ich fürchte, daß die Tramway für Sie allzu profitabel sein wird. Man bezeichnet das Prinzip, daß solche Unternehmungen von der Gemeinde betrieben werden, auch als Gemeindesozialismus. Es ist weit davon entfernt, wirklicher Sozialismus zu sein, wenn einfach die Gemeinde wie der gewöhnliche Kapitalist ein auf Ausbeutung bis zum Äußersten gegründetes Unternehmen betreibt. Die Gemeinde kann beim Gemeindesozialismus noch immer ihren Profit machen, aber so weit darf sie nicht gehen, daß sie das Interesse des Publikums wie das der Bediensteten ignoriert. Es wäre mir außerordentlich erwünscht, wenn wir auch hierüber beruhigende Aufklärungen bekommen würden.

Wir wünschen, daß die Gemeinde blüht, wir wünschen, daß die Gemeinde diese Unternehmungen in ihre Hände bekomme. Aber Sie können von uns nicht erwarten, daß wir zu Ihnen und zu Ihrer Amtsführung das blinde Vertrauen haben, Ihnen einen Dispositionsfonds von 168 Millionen zu bewilligen. Wir haben dieses Vertrauen zu Ihnen nicht, und wir haben auch unsere guten Gründe dazu. Der Abgeordnete Pattai hat gesagt: Was braucht der Landtag alles so genau prüfen, das ist nicht so wie bei einem Minister; hier handelt es sich um die Kommune, der man das Vertrauen schenkt. — Gewiß ein großer Unterschied. Aber wer ist denn diese Kommune? Wer beherrscht sie denn?

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Gott sei Dank, Sie nicht. (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Adler:** Nun, wenn wir alt werden, werden Sie noch so manche Dinge erleben. Es hat eine Zeit gegeben, wo man auch Ihnen zugerufen hat: Gott sei Dank, Sie nicht! (Heiterkeit.)

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Ja, das wechselt halt mit der Zeit.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Vorläufig stehen die Dinge so, daß ein sehr großer Teil der Bevölkerung sagt: Leider Gottes, Sie! (Heiterkeit.) Ich wollte übrigens nicht gerade von Ihrer Partei sprechen. Aber ich sage, daß wir einen Gemeinderat haben, von dem die Masse der Bevölkerung fast vollständig ausgeschlossen ist. Diese Wahlordnung, die Sie gemacht haben, mit dem vierten Wahlkörper ... Sie wissen genau, wie schlecht sie ist. Und deshalb getrauen Sie sich alles, und Sie treiben es so arg, daß Sie nicht einmal die Formen wahren. Es ist eine unwürdige Methode, mit der Sie die wichtigsten Dinge durch den Gemeinderat durchpeitschen, und ich getraue mich zu sagen, daß der größte Teil Ihrer eigenen Partei im einzelnen gar nicht weiß, was er beschlossen hat, und es ist das auch gar nicht möglich bei dieser Art der Behandlung, die in geradezu raffinierter Weise alles tut, um das Bild zu verhüllen. (Ohorufe.) Das ist so, Sie wissen das ja selbst.

Es ist nicht immer nützlich, es so zu tun. Unfehlbar sind ja auch Sie nicht. Damals hat es an einem Haar gehängt, daß der heutige Vertrag gar nicht möglich wäre. Wenn Sie die Klausel mit dem Elektrizitätswerk so beschlossen hätten, wie sie im ersten Entwurf stand, wenn Sie nicht rechtzeitig gewarnt worden wären durch die so scharfe, aber so patriotische Opposition in der „Arbeiter-Zeitung", die Stimme Otto Wittelshöfers*), so wären Sie heute gar nicht in der Lage, diesen Vertrag zu machen, weil Sie das Elektrizitätswerk

*) Otto Wittelshöfer, ursprünglich Vizedirektor der Eskomptegesellschaft, ist aber zeitlich in Pension gegangen und hat dann volkswirtschaftlichen Studien gelebt. Mitte der neunziger Jahre war er einer der Gründer des nach dem Muster der englischen Fabiergesellschaften geschaffenen Vortragsgesellschaft, die sogenannte „Fabierabende" mit Vorträgen veranstaltete. Aus dieser Gesellschaft hat sich dann die Partei der „Sozialpolitiker" entwickelt. Wittelshöfer selbst ist der Sozialdemokratie beigetreten und hat in der „Arbeiter-Zeitung" namentlich über Bankfragen und über Fragen der Kommunalpolitik interessante Artikel geschrieben, so auch bei der Feststellung des Tramwaytarifs und bei der Elektrifizierung der Tramway.

gar nicht in der Hand hätten. (Gelächter bei den Christlichsozialen.) Sie können nur lachen, weil Sie die Sache gar nicht kennen. Ich mache Ihnen ja keinen Vorwurf daraus, daß Sie einmal Argumenten zugänglich waren, weil Sie einen Fehler nicht begangen haben, den Sie begehen wollten. Glauben Sie, daß wir so töricht sind, daß wir die ganze Gemeinde verwüsten wollen, Ihnen zum Trotz? Wir kämpfen nur gegen Sie, nicht gegen die Gemeinde. Und wenn Sie uns noch zehnmal verhaßter wären als Sie sind: ich versichere Sie, daß jeder von uns sein ganzes Wissen und Können zugunsten der Gemeinde zur Verfügung stellt.

Ich glaube, daß es niemand verantworten kann, gegen die Anträge zu stimmen, denn die Gemeinde ist heute in einer Notlage, die zum großen Teile von Ihnen verschuldet ist, aber sie ist einmal in Not, sie braucht das Geld, und ich kann mich nicht entschließen, ebensowenig wie meine Parteigenossen im Gemeinderat, der Gemeinde die Mittel zu versagen, um aus dieser Notlage herauszukommen. Aber wir können auch nicht dafür stimmen. Wir können nicht einen Teil der Verantwortung übernehmen.

Wir wünschen und hoffen, daß dieses große Unternehmen der Kommune möglichst zugunsten der Kommune ausfalle, und ich kann Ihnen sagen: Ganze Säcke von Lorbeer lassen wir Sie ruhig verzehren. Es geniert uns nicht, wenn Sie sich dick und breit machen aus Ruhm über diese Sachen, wenn wir nur durch genaues Aufmerken auf jede Einzelheit und durch unsere Kritik eine Verbesserung möglich machen.

Erlauben Sie, daß ich zum Schluß auf den Gegenstand zurückkomme, der mir am meisten am Herzen liegt. Vergessen Sie nicht, daß die Gemeinde es mit 8000 Bediensteten zu tun haben wird, denen sie sich verpflichtet hat, gewiß sehr bescheidene Konzessionen zu machen. Ich würde es bedauern, nicht für Sie persönlich, aber im Interesse des Ansehens und der Ehre der Kommune Wien, wenn dieses feierliche Versprechen nicht gehalten werden würde!

Die Landtagswahlen.

Vertrauensmännerversammlung am 31. März 1902*).

Sie sind heute zusammenberufen worden, um sich mit der Vorbereitung einer Aktion zu beschäftigen, die Sie für die nächsten Monate vollauf in Anspruch nehmen wird. Wir wissen noch nicht, wann die Landtagswahlen stattfinden werden, aber es ist sehr

*) Die Lebensdauer des niederösterreichischen Landtages lief im Sommer 1902 ab und mit sieben anderen Landtagen wurde er am 8. September 1902 aufgelöst. Aber schon lange vorher hatten alle Parteien ihre Vorbereitungen getroffen. Bereits am 31. März traten die sozialdemo-

wahrscheinlich, daß das in der zweiten Hälfte des Monats September*) sein wird. Wir haben uns auch schon früher an Landtagswahlen beteiligt. Aber unser Eingreifen hatte in früheren Jahren mehr einen agitatorischen, einen demonstrativen Zweck. Diesmal ist es anders.

Sie wissen, daß unser Ruf nach Erweiterung des Wahlrechtes für den Landtag erfolglos geblieben ist, obwohl der Landtag von einer Partei beherrscht wird, die sich immer rühmt, das gleiche Wahlrecht anzustreben. Das erklärt Dr. Lueger überall, wo er es erklären kann, aber wo er es ins Werk setzen könnte, verhindert er es mit allen Mitteln der List und der jesuitischen Schlauheit und, wenn es sein muß, der Brutalität. Jetzt hat er sich übrigens dahin entschieden, nur für eine kastrierte Form des allgemeinen Wahlrechtes zu schwärmen, nämlich mit der fünfjährigen Seßhaftigkeit, aber auch nur dann, wenn er keine Aussicht hat, es durchsetzen zu können. Nun aber hat sich trotzdem der Kreis der Wahlberechtigten erweitert. Durch die Einführung der Personaleinkommensteuer sind die bessergestellten Schichten der Arbeiter wahlberechtigt geworden, und durch die Wiener Gemeindewahlreform**) — die die Arbeiter in der Gemeinde nahezu rechtlos macht, in der Gemeinde also wirklich ein Wahlrechtsraub ist — ist in Wien das Landtagswahlrecht einigermaßen ausgedehnt worden. Da wir nun ein Wahlrecht haben, werden wir es auch überall ausüben, und wir werden — darüber besteht kein Zweifel — das politische Hauptgewicht darauf legen, diejenigen zu besiegen, die politisch, kulturell und sittlich unsere größten Feinde sind. Wir werden den Kampf in allererster Linie gegen die Christlichsozialen führen. (Lebhafter Beifall.)

Aber wir wollen den Kampf nicht nur gegen die Christlichsozialen führen, sondern auch für die Sozialdemokratie, nicht nur gegen das Uurecht, sondern auch für das Recht des Volkes. Aber wir wollen diesen Kampf nicht führen als einen Teil irgendeines freisinnigen Breies von Parteien, nicht als verschwindender Teil einer Koalition, deren Bestandteile durchaus nicht alle sehr appetitlich sind. (Beifall.) Wir wollen als Sozialdemokraten für die Arbeiterklasse kämpfen, und sofern wir dabei genötigt sein werden, in einer Linie mit anderen Leuten zu kämpfen, dann werden wir niemals das Bewußtsein verlieren, daß diese Leute mit uns nichts anderes gemein haben als den Wunsch, die Luegerei zu stürzen, mit uns aber nicht mehr das Ziel gemeinsam haben, an die Stelle dieser Luegerei ein wirklich volkstümliches Regiment zu setzen. Wir können nichts anderes sein, als der Dritte, der sich freut, wenn eine Clique durch die andere gesprengt wird, der aber

---

kratischen Vertrauensmänner aus ganz Niederösterreich im Hotel Wimberger zu einer Beratung über die Vorbereitung des Wahlkampfes zusammen. Adler, der einzige Landtagsabgeordnete, hielt das einleitende Referat.

*) In Wirklichkeit haben die Wahlen erst im November stattgefunden.

**) Siehe Adlers Rede am 14. Mai 1901 zur damaligen Landtagswahl in Favoriten in diesem Kapitel.

durchaus nicht geneigt ist, die andere Clique auf den Schild zu erheben. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben jetzt schon mehrere Wahlschlachten geschlagen, und wir haben dabei gelernt, daß man mit der Begeisterung allein eine Schlacht nicht gewinnen kann, wir haben gelernt, daß die großen Versammlungen allein agitatorisch vielleicht sehr nützlich, aber für den Ausfall der Wahl nicht entscheidend sind, und wir wissen jetzt, daß bei den Wahlen nicht so sehr die Agitation in Frage kommt als die Organisation, nicht so sehr die große Aufklärungsarbeit in Massenversammlungen — wenn wir diese auch nicht einen Augenblick vernachlässigen dürfen —, sondern die Kleinarbeit von Mann zu Mann. Darum fordere ich Sie auf, schon heute ohne Hast, aber ohne Rast an die Arbeit zu gehen. Alle Achtung vor unserem Vertrauensmännersystem, aber es wird doch so mancher Ergänzung bedürfen. Es wird wohl nicht wenig Vertrauensmänner geben, die nicht im Besitze einer geschlossenen numerierten Liste der wahlfähigen Leute stehen. Wir können uns nicht darauf verlassen, daß uns unsere Gegner anständige Wählerlisten zusammenstellen, darum ist es unsere Sache, diese Arbeit selbst zu besorgen und selbst eine vollständige Liste aller Arbeiterwähler anzulegen. Das ist ein sehr langweiliges Geschäft, aber ich halte es doch für das Wichtigste, und ich mache jeden einzelnen von Ihnen dafür verantwortlich, daß das auch genau durchgeführt werde. In den Händen der Vertrauensmänner liegt das Wahlrecht der Arbeiter, und wenn einzelne Arbeiter ihr Wahlrecht ohne Not verlieren, so ist daran der Vertrauensmann vor allem schuld.

Was die Aufstellung von Kandidaten betrifft, so werden wir in allen Bezirken, wo wir Aussicht haben, unser Gewicht bei der ersten oder bei der engeren Wahl geltend zu machen, Kandidaten aufstellen müssen*). Aber bei unseren nicht allzu großen Mitteln ist es selbstverständlich, daß wir unsere Kräfte nicht zersplittern und nicht vergeuden dürfen für aussichtslose Bezirke. Ich meine damit nicht etwa, daß wir nur in sicheren Bezirken Kandidaten aufstellen dürfen. Wir haben schon oft kandidiert und sind schon oft durchgefallen. (Heiterkeit.) Aber wir dürfen nicht in Bezirken, wo man erst durch die Wahlagitation die Organisation schaffen will, Kandidaten aufstellen. Das ist nicht möglich, daß der Kandidat das Karnikel ist, das man ausnützt, um Versammlungen abzuhalten, die man seit Jahren nicht hatte. Wir müssen unsere Kampfmittel genau abschätzen, und es wird Sache der Vertrauensmänner sein, im Einvernehmen mit dem Landesausschuß in jedem einzelnen Falle zu entscheiden.

*) Man darf nicht vergessen, daß es sich bei diesen Wahlen im Wesen um Zensuswähler handelte, da nur in Wien das Wahlrecht eine etwas breitere Basis hatte. In Wien wurden dann in allen Bezirken, mit Ausnahme der Inneren Stadt, Kandidaten aufgestellt, in der Provinz nur in den drei Städtewahlkreisen Floridsdorf, Wiener-Neustadt und Korneuburg sowie in dem Landkreis Waidhofen an der Thaya. Über das Ergebnis wird später berichtet.

Wir wissen im vorhinein, daß die Christlichsozialen von unseren Beschlüssen nicht allzu sehr entzückt sein werden, und Sie werden morgen in den christlichsozialen Blättern lesen können, daß wir eine Abteilung der großen vereinigten Judenarmee sind. (Heiterkeit.) Ein Jud ist nämlich jeder, der den Lueger nicht für den größten Mann dieses Jahrhunderts hält. Diesem Schicksal entgehen wir also nicht, und jene Genossen, die etwa in dieser Beziehung noch empfindlich sind, die noch nicht so gewöhnt sind, beschimpft zu werden, die sollen zu Hause bleiben. (Heiterkeit und Beifall.) Denn „Jud", das ist das einzige Schlagwort, das die Christlichsozialen zur Verfügung haben. Ihr politisches Programm haben sie, insofern es ein demokratisches war, offenkundig verraten, ihr wirtschaftliches Programm haben sie sich unfähig erwiesen, durchzuführen, und sie haben damit bitterste Enttäuschung in den Massen des Kleinbürgertums geschaffen. Was bleibt ihnen also übrig, wenn sie in den Kampf gehen, als das alte Wort: Jud! (Beifall.)

In diesem Wahlkampf haben wir zwei Ziele: Wir wollen so viele Sozialdemokraten in den Landtag bringen, als wir können, und wir wollen so wenig Christlichsoziale hinein bringen, als nur möglich ist. Wir werden keine Alliance und keine Vereinbarung mit einer anderen Partei eingehen, aber in allen jenen Bezirken, wo wir bei einer engeren Wahl zu entscheiden haben zwischen einem Christlichsozialen und wem immer, mag er heißen wie er will, mag er sein wer er will, werden wir unseren Einfluß aufbieten, um gegen die Christlichsozialen zu entscheiden. (Lebhafter Beifall.) Das ist kein Bündnis. Wir lassen uns von den anderen dafür gar nichts versprechen, und wir wissen genau, daß in einzelnen Bezirken, *wo es zwischen einem Sozialdemokraten und einem Christlichsozialen zu einer engeren Wahl kommen wird, dieselben Leute, die sich heute als Freisinnige und als die größten Feinde Luegers gebärden, für die Christlichsozialen stimmen werden*. Im entscheidenden Moment werden sie sich finden, die doch nichts anderes sind als zusammengehörige Leute derselben herrschenden Klasse. Wir wissen ganz genau, daß auf diese Leute gar kein Verlaß ist, und daß wir bei jeder Gelegenheit von ihnen werden verraten werden. *Aber wir stimmen ja nicht für die „Freisinnigen", um ihnen zu nützen, sondern nur um uns zu nützen*. Wir tun es mit Haß und Verachtung für diejenigen, die wir hineinwählen (lebhafter Beifall), und wir machen nirgends ein Hehl daraus. Die Masse der Arbeiterschaft soll nicht verlernen, die zu kennen, denen sie helfen muß, und es soll kein Mißverständnis bestehen darüber, wer ihre Freunde und wer ihre Feinde sind. Es handelt sich bei den Wahlen nicht allein darum, in den Landtag einzudringen, sondern es handelt sich vor allem um einen *politischen Vorstoß*. Es handelt sich darum, die Konsequenzen aus dem zu ziehen, was sich in den letzten Jahren in Niederösterreich ereignet hat. Wir wollen sehen, wie stark wir geworden sind, und wir wollen auch sehen, wie groß die Enttäuschung

geworden ist bei den von den Christlichsozialen betrogenen Schichten.

Die Christlichsozialen sind das nach links detachierte Korps der Klerikalen. Aber es ist nicht das ärgste, daß sie klerikal sind; man kann klerikal sein und dabei doch ein anständiger Mensch, ja es gibt sogar klerikale Parteien, die anständig sind — in anderen Ländern wenigstens, hier in Österreich kenne ich keine solche. (Heiterkeit.) Klerikal sein muß nicht einmal den äußersten Grad der Reaktion bedeuten. Aber unsere Linksklerikalen, die Christlichsozialen, die vereinigen in sich nicht nur den Klerikalismus in seiner borniertesten Form, sondern auch in seiner perfidesten Form. Ihr Kampf ist der niederträchtigste Kampf gegen das Werdende, den das Absterbende führt. Das Wort „Reaktion" klingt heute etwas abgebraucht, aber wer gesehen hat, wie sich diese angebliche Volkspartei gegen die Arbeiter von Triest*) gestellt hat, wer Ohren hat dafür, welche Töne dabei laut geworden sind, der weiß, daß die Christlichsozialen nicht nur Klerikale sind, sondern daß sie die infamste reaktionäre Kanaille sind, die es gibt. Und gegen diese geht unser Kampf bei diesen Wahlen. (Stürmischer Beifall.)

Die Eingemeindung von Floridsdorf.**)

Landtag, 16. Juli 1902.

Wir stehen in einer sehr langen Debatte, aber ich glaube, daß diese Debatte eigentlich nicht mehr so notwendig ist, als sie uns noch vor einer Woche erschien. Heute sind wir eben alle, mit wenigen Ausnahmen, über den Plan, das linke Donauufer einzuverleiben, im allgemeinen einer Meinung, über die Art der Durchführung braucht aber heute nicht mehr viel gesprochen zu werden, weil die Überrumpelung, die der Bürgermeister Dr. Lueger versucht hat, heute schon vereitelt ist. Ich bin im Gegensatz zu meinem verehrten Freunde Dr. Kronawetter

*) Über die Schüsse von Triest, durch die am 14. und 15. Februar 1902 zehn Arbeiter getötet und fünfzehn schwer verletzt wurden, siehe die Bemerkungen zu Adlers Rede auf dem Parteitag 1902 über das System Körber, Bd. VIII, Seite 225, aber auch die Rede zur Märzfeier am 12. März 1902 im Kapitel von der Parteigeschichte in diesem Band.

**) Die Wiener Christlichsozialen hatten angeblich, um bei dem bevorstehenden Bau des Donau-Oder-Kanals, der bei Floridsdorf beginnen sollte, die Mündung des Kanals in Wien zu haben und an dem erhofften Aufschwung des linken Donauufers Anteil zu haben, die Eingemeindung von zwölf Gemeinden, darunter auch Floridsdorf, zu Wien beantragt. In Wirklichkeit planten sie einen großen Wahlschwindel. Die Wahlen in die Gemeindevertretung von Floridsdorf, die im Herbst stattfinden sollten, sollten verschoben werden. Außerdem sollte die Eingemeindung erfolgen, um durch die bäuerlichen Stimmen der neuen Wähler den Sozialdemokraten Eintrag zu tun. Da aber die Regierung sich weigerte, die materiellen Wirkungen des Projekts auf sich zu nehmen, mußten sich die Christlichsozialen schließlich damit begnügen, für einen Antrag des Großgrund-

der Ansicht, daß es wirklich im Sinne einer voraussehenden Gemeindepolitik liegt, beizeiten eine Vereinigung von Floridsdorf mit Wien vorzubereiten. Aber das Unglück der gegenwärtigen Verwaltung von Wien und der Majorität des Landtages ist, daß sie ganz vernünftige Dinge mit so viel

Parteiegoismus und kleinlicher Fraktionspolitik

versetzt, daß die Sache, um die es sich handelt, dabei zu Schaden kommt. Als ich zum erstenmal die Anträge las, die Dr. Lueger im Gemeinderat vertreten hat, bin ich auf die Idee gekommen, daß der Dr. Lueger die Einverleibung gar nicht will. Der ärgste Feind der ganzen Aktion hätte nicht anders handeln können als Dr. Lueger, indem er alle möglichen anderen, damit gar nicht zusammenhängenden Dinge verknüpft hat. Dr. Lueger hat damit nicht nur eine ungeheuerliche Ausdehnung von Wien verknüpft, die mit dem wirtschaftlichen Bedürfnis der Stadt gar nichts zu tun hat, er hat damit aber auch eine Änderung des Wiener Gemeindestatuts vereinigt, die ein großes Hindernis für die Aktion bedeuten mußte. Dr. Lueger weiß so gut wie ich, daß, wenn er einfach die Eingemeindung von Floridsdorf-Stadlau, den paar Gemeinden an der Donau, in Angriff genommen hätte, weder die Regierung noch die Bevölkerung dagegen einen solchen Widerstand hätte leisten können, und er mußte vorhersehen, daß er dadurch gewisse Schichten des Bürgertums, deren Einfluß einmal besteht und leider nicht aus der Welt zu schaffen ist, zwingt, gegen das ganze Projekt zu sein. Und so stark, so hinreißend ist diese Idee der Einverleibung nicht, daß sie die Belastung mit allen diesen Dingen vertragen könnte.

Ich verstehe es psychologisch sehr gut, wie man dazu gekommen ist. Dr. Lueger hat leider einen Zustand von

Allmachtsbewußtsein

erlangt, daß er meint, es gäbe nichts, was ihm nicht möglich ist, und dieser Übermut verschafft ihm hier eine Niederlage, wo er leicht einen großen Sieg hätte erringen müssen, wenn er ein bißchen vernünftig gewesen wäre, und wenn er nicht

---

besitzerabgeordneten Fürsten Schwarzenberg zu stimmen, der neuerliche Verhandlungen mit allen Beteiligten verlangte. Außerdem aber beschlossen sie die Verschiebung der Gemeindewahlen in Floridsdorf. Es nützte ihnen allerdings nichts, bei den Gemeindewahlen erlangten die Sozialdemokraten die Mehrheit in Floridsdorf. Bei den Landtagswahlen im Herbst 1902 wurde in Floridsdorf der Sozialdemokrat Karl Seitz mit 1549 Stimmen gegen den christlichsozial-deutschnationalen Kandidaten Doktor Richter, der nur 1170 Stimmen erhielt, gewählt. Obwohl Adler sein Mandat in Favoriten verlor, war die Sozialdemokratie also im Landtag doch durch einen Abgeordneten vertreten.

Am 10. Jänner 1905 kam die Vereinigung Floridsdorf mit Wien doch zustande, allerdings auf einer vernünftigeren Grundlage. Floridsdorf war fortan der 21. Wiener Gemeindebezirk und ein Bollwerk der Sozialdemokratie.

als Häuptling seiner Partei gehandelt hätte, sondern als pflichtbewußter Anwalt der Interessen von Wien. Wir haben heute die Antwort der Regierung gehört, und ich muß gestehen, sie hat mir wenig Freude gemacht, weil ich daraus ersehe, daß die Regierung gegen dieses Projekt eine weit stärkere Abneigung empfindet, als ich es im Interesse der Bevölkerung wünschen würde. Aber wer hat es der Regierung leicht gemacht, sich so ablehnend zu verhalten? Nur die ganz verfehlte Taktik des Bürgermeisters! Die materiellen Anforderungen sind der Regierung das wichtigste Bedenken. Sie will nichts hergeben.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** So ist es!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Sie können aber, verehrtester Herr Bürgermeister, Ihren Angriff nicht gegen diese unberechtigte Zurückhaltung der Regierung richten, weil die Regierung neben dieser unberechtigten Verweigerung eine ganze Menge Punkte anführen kann, wo sie recht hat; Sie haben es ihr leicht gemacht, Nein zu sagen. Wir haben jetzt eine Reihe von Rednern gehört, aber keiner hat erklärt, daß er überhaupt nicht mit der Einverleibung des linken Donauufers einverstanden wäre, mit Ausnahme des Dr. Kronawetter, dessen Interesse für die Menschen und für die Dinge, wie es scheint, dort aufhöre, wo die Gemeindegrenzen von Wien liegen. Ich muß offen sagen, daß ich diese engherzige Auffassung nicht teile. Die Vereinigung von Floridsdorf mit Wien wird heute beschlossen werden, genau so, wie Sie es wünschen, nämlich im Prinzip.

Wir haben einen Referentenentwurf, wo uns gesagt wird: „Wir wissen gar nichts über die Sache, es liegt alles noch im unklaren. Der Landesausschuß war noch nicht in der Lage, sich zu informieren, der Landtag ebensowenig; aber gerade darum, weil wir nichts über die Sache wissen, muß sofort und unzweideutig die Anschauung der Landesvertretung zum Ausdruck gebracht werden.“ — Soweit das richtig ist, können wir gehen, soweit man nämlich eine Meinung haben kann ohne Kenntnis der Einzelheiten und ohne nähere Prüfung, das heißt, wir können den

platonischen Beschluß fassen:

Wir wünschen, daß die Vereinigung studiert werde, und daß uns der Landesausschuß seinerzeit Vorschläge mache. Aber wir können keine Frist setzen, und wir können auch nicht das Gebiet bezeichnen, das einverleibt werden soll.

Wenn man die Rede des Dr. Lueger im Gemeinderat liest, so müßte man auf die Meinung kommen, daß Dr. Lueger mehr oder weniger zufällig die Gemeinden bestimmt hat, die einverleibt werden sollen: Wir haben Strebersdorf genommen, und weil wir zufällig dabei waren, haben wir auch die Stammersdorfer dazugenommen, die das gewollt haben. Er hat selbst erzählt, wie verwundert er war, als die Stammersdorfer zu ihm kamen. Aber wenn

die es wollen, warum sollen wir nicht wollen? (Heiterkeit.) So ist auf die gemütlichste Weise das Ganze zusammengekommen. Es sieht beinahe so aus, als ob es sich um die Zusammenstellung einer Kegelpartie handle und nicht um die Zusammensetzung eines so großen Verwaltungsgebietes. Aber man muß sich nicht gar zu sehr an das halten, was Dr. Lueger im Gemeinderat gesagt hat. Über die Politik des Christlichsozialen erfahren wir weniger aus den offiziellen Reden als aus den Versammlungsreden. Da haben wir nun aus dem Munde des Herrn Bürgermeisters erfahren: Stammersdorf, Strebersdorf und die anderen Gemeinden müssen zu Wien kommen, um

die paar tausend Sozialdemokraten umzubringen.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Ja, natürlich.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Wenn Sie sich nur als Führer Ihrer Partei betrachten, der sich gar kein Gewissen daraus macht, wie die Dinge in Wirklichkeit aussehen, dann ist es natürlich, daß Sie sagen: Hier haben wir zu wenig Wähler, nehmen wir sie also von anderswo dazu. Das ist ganz einfach. Aber ich muß Ihnen schon sagen: Wir Sozialdemokraten, die die Geschichte etwas näher angeht, können uns auf diesen einseitigen Standpunkt nicht stellen.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Sie stellen sich auf Ihren einseitigen Standpunkt!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Wenn wir bloß von unserem Parteistandpunkt ausgehen würden, so würden wir sagen: Lassen wir den Dr. Lueger nur machen, das ist ganz gesund für uns. Es würde jetzt in Floridsdorf nicht gewählt werden. Dafür aber würden wir eine Gelegenheit bekommen zur Landagitation, wie sie Sozialdemokraten überhaupt noch nie innerhalb der Grenzen einer Großstadt hatten, mit allen Behelfen, die die Großstadt bietet. An diesem Beispiel und an Ihren eigenen Werken würden wir den Leuten zeigen, welche Grundsatzlosigkeit Sie leitet, wir würden zeigen, wie wenig es Ihnen um die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu tun ist und wie wenig Sie imstande sind, eines der großen Worte wahr zu machen, die Sie immer vorgebracht haben. Das allen Wienern zu zeigen, die unter Ihrer Herrschaft sind, das wäre sehr verlockend für uns, und von unserem Parteistandpunkt könnte uns gar nichts Besseres passieren, als wenn Sie, Herr Dr. Lueger, unbeschränkter Herrscher über ganz Niederösterreich wären.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Das wäre sehr gesund.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Aber viel mehr gesund für uns als für Sie. Denn dann würde die Bevölkerung erst erkennen, welcher Widerspruch zwischen Ihren Worten besteht und — nicht Ihren Taten —, sondern Ihrer Fähigkeit, die Worte zu Taten zu machen. Aber die Sache ist heute erledigt. So groß wird der 21. Bezirk kaum werden, und Sie werden die paar Sozialdemokraten da drüben auch noch schlucken müssen, so unangenehm Ihnen das auch sein mag.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** So werden wir sie halt hinunterwürgen.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich gestehe Ihnen allerdings, daß ich mich hier in einem kleinen Gegensatz zu meinen Parteigenossen in Floridsdorf befinde. Ich und unser Parteiorgan sind verpflichtet, die Angelegenheit rein sachlich von das Ganze fassenden Gesichtspunkten zu betrachten, unsere Parteigenossen in Floridsdorf sind aber, mehr als ich wünsche, beherrscht von der negativen Sehnsucht, mit Ihrer Verwaltung in nähere Berührung zu kommen.

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Das glaube ich sehr gern, weil ich ihnen zeigen werde, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Sie haben noch niemand etwas gezeigt; und wenn Sie etwas zeigen, kommt es noch auf den anderen an, was er mit Ihrem Kommando macht. Unter Ihrer Herrschaft hat die Zahl der Sozialdemokraten nicht abgenommen, regieren Sie also ruhig weiter. Ich bin überzeugt, daß die Sozialdemokraten noch weiter zunehmen werden. Also Sie können uns gar nichts zeigen. Aber ich begreife, daß die Floridsdorfer Arbeiter keine Sehnsucht danach haben und sagen: Was geht das uns an, das ist eine Sache der Zukunft. Heute aber haben wir von der Vereinigung gar nichts weiter, als daß wir höhere Steuern zahlen müssen und daß die Zinskreuzer erhöht werden, wie es tatsächlich jetzt schon geschieht mit Rücksicht auf die kommende Vereinigung. Wir haben nichts davon, als daß man uns unser Wahlrecht konfisziert im Luegerschen Sinne. Es gehört tatsächlich eine große Überwindung dazu, und man muß wirklich das Gesamtinteresse ins Auge fassen, um trotzdem für die Vereinigung zu sein. Ich antworte meinen Floridsdorfer Genossen: Ich bin trotzdem für die Vereinigung, allerdings

nicht in dieser unvernünftigen, unwürdigen, überstürzten Weise,

wie Sie sie machen wollen...

Abgeordneter **Sturm:** Das ist echt jüdisch!

Abgeordneter Dr. **Adler:** ...nicht in dieser unsinnigen Weise. Ich bin dafür, daß man die Verhältnisse jeder einzelnen Gemeinde prüft und zu Wien nur die Gemeinden dazuschlägt, bei denen es für beide von Vorteil ist. Freilich, da drüben bei Ihnen wird gesagt: Ah was, studieren!

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Ihr seids ja lauter durchgefallene Studenten.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich will nicht prunken, ich habe es nicht notwendig, gerade ich bin nicht durchgefallen. Vielleicht haben Sie drüben mehr Durchgefallene. (Heiterkeit.) Sie werden damit kein Glück haben. Die Zeiten sind vorbei, wo Sie das Studieren verächtlich machen konnten. Es hat eine Zeit gegeben, wo einer von Ihren Freunden gesagt hat: „Wenn ich ein Büchel

seh', hab' ich schon g'fressen*)!" Damals hat das Ihnen gefallen. Aber ich glaube, das ist vorbei, und Sie wären sehr froh, wenn Sie nur ein paar Leute mehr hätten, die verstehen zu studieren. Der Überfluß an tüchtigen Leuten, die etwas gelernt haben und die imstande wären, die große Gemeinde, die Sie in die Hand bekommen haben, zu verwalten, ist bei Ihnen nicht so groß, und es steht Ihnen gar nicht gut, das Studieren so zu verachten. Freilich, Sie haben recht, wenn Sie sagen: Wir studieren nicht, wir haben es nicht notwendig, der Lueger hat es gesagt, und jetzt wird es gefressen, und damit basta! Damit haben Sie recht im Gemeinderat, den Sie sich zusammengesetzt haben, wie Sie ihn brauchen; das können Sie aber nicht sagen in einer Versammlung, wo so viele Leute sitzen, die Würde haben und die auch für das, was sie tun, eine Verantwortung tragen wollen.

Ich bin also dafür, es werde studiert und es werde von diesem Plan ausgeführt, was einem ausreichenden Studium standhält. Aber ich wende mich mit aller Entschiedenheit

gegen die Regierung,

die uns hier anzukündigen scheint, daß sie nicht nur den Plänen in dem heutigen Stadium ablehnend gegenübersteht, sondern die auch durchblicken läßt, als ob sie überhaupt die Sache auf unbestimmte Zeit verschieben möchte. Ich fühle mich hier an dieser Stelle als ein Verteidiger der Vereinigungsidee Ihnen gegenüber. Ich bin gegen Ihre Anträge,

*) Hermann Bielohlawek, der Abgeordnete des ersten Wiener Wahlkreises der fünften Kurie, unter dem allgemeinen Wahlrecht des Parkviertels der Inneren Stadt, der aber auch hier bei den Juniwahlen des Jahres 1911 durchgefallen ist, Sanitätsreferent des niederösterreichischen Landesausschusses, gestorben am 30. Juni 1918; bekannt durch seine urwüchsigen Roheiten. Am 6. Mai 1898 hat er, als in der Debatte über den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Getreidezolls der sozialdemokratische Redner Dr. Verkauf aus einem Buch etwas vorlas, gerufen: „Schon wieder ein Buch! Da hab' ich g'fressen!" Und als dieser Satz schallende Heiterkeit erregte, sagte er: „Ja freilich, diese dummen Theorien werde ich lesen!" Und dann: „Man soll nicht nur aus Büchern lernen! Die schreibt ein Jud vom anderen ab!" Von ihm sind aber auch noch andere geflügelte Worte. So schloß er auf dem Züricher Internationalen Arbeiterschutzkongreß im September 1897 in der Debatte über die Sonntagsruhe seine Rede mit den Worten: „Wir stehen nicht auf dem Standpunkt der Affentheorie, sondern auf dem der biblischen Schöpfungsgeschichte." Den Gipfelpunkt erreichte er aber, als er am 3. April 1908, als er im Legitimationsausschuß des Abgeordnetenhauses dem Abgeordneten Pernerstorfer, der ein Wort von Tolstoi zitierte, zurief: „Tolstoi ist ein alter Tepp!"

Übrigens hat auch Lueger ähnliche Geistesblüten von sich gegeben. So sagte er einmal: „Es gibt so viele alte Weiber, die gescheiter sind als die Doktoren!" Ein andermal: „Solange ein Gelehrter keinen Grashalm konstruieren kann, ist er ein Pfuscher!" Gegen die Schulärzte brachte er das Argument vor, sie „könnten die Maderln zu genau untersuchen".

weil ich für die Vereinigung bin, weil Sie die ganze Angelegenheit verpatzt haben.

Abgeordneter **Sturm***): Da sieht man, daß in Ihnen der Jud steckt.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Sagen Sie mir einmal aufrichtig: Ist Ihnen das nicht schon zu fad mit den Juden? Mir ist es schon lange zu fad. (Heiterkeit.)

Abgeordneter **Sturm:** Er hat sich ja taufen lassen.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich habe die Absicht gehabt, einen selbständigen Antrag einzubringen. Nachdem aber der Antrag des Fürsten Auersperg ungefähr das sagt, was ich will...

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Sie haben ihn ausgearbeitet und dem Fürsten Auersperg gegeben.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Sie sind viel länger mit ihm bekannt als ich und müssen deshalb genauer wissen, ob er nicht selbst in der Lage ist, einen solchen Antrag auszuarbeiten.

Sie können es nicht erwarten, daß Sie die Sozialdemokraten in Floridsdorf mit Hilfe der Bauern bessern. Nebenbei gesagt, glaube ich, daß die Bauern mehr von uns lernen werden als wir von ihnen. (Heiterkeit.) Sie können das aber nicht erwarten, sondern Sie wollen schon jetzt die arbeitende Bevölkerung von Floridsdorf mit der Methode bekannt machen, die Sie anwenden, wenn es sich um politische Rechte der Arbeiter handelt. Das Mandat des jetzigen Gemeinderates von Floridsdorf wird am 1. September ablaufen, und es müßten schon jetzt die Wahlen ausgeschrieben sein. So schreibt es das Gesetz vor. Das Gesetz! Das wäre doch zum Lachen, wenn

Lueger nicht so stark wäre wie das Gesetz!

Da ist es selbstverständlich, daß die Wahlen am 12. Juli nicht ausgeschrieben wurden und bis heute noch nicht ausgeschrieben sind. Man wartet, wie stark Sie hier sind, man wartet, ob es Ihnen wirklich gelingen wird, hier im Landtag ein Gesetz zu erzwingen, das die Bevölkerung aller Gemeinden, die wir einverleiben wollen, auf ein halbes Jahr ihres Verfügungsrechtes beraubt. Ich halte auch diesen Antrag nur dem Übermut entsprungen, der Sie erfaßt hat. Denn verständig ist er nicht! Wenn die Bevölkerung wirklich den Wunsch hat, zu Wien zu kommen, dann wird ja wieder eine Majorität gewählt, die dafür ist. Ist die Bevölkerung aber nicht einverstanden, dann frage ich Sie:

Mit welchem Rechte vergewaltigen Sie die Bevölkerung?

Wie können Sie mit dieser Gemeindeverwaltung einen solchen Vertrag abschließen gegen den Willen der Bevölkerung? Ihr Antrag, die Wahlen aufzuschieben, ist

entweder überflüssig oder die unerhörteste Vergewaltigung,

die man sich vorstellen kann.

*) Abgeordneter von Margareten; ein Zeichenlehrer.

Also nicht, weil dies noch verfrüht ist, wie der Statthalter gesagt hat, sind wir gegen diesen Antrag, sondern weil wir wollen, daß in dieser hochwichtigen Angelegenheit entschieden werde nach dem Willen, den die Bevölkerung dieser Gemeinden heute hat, und nicht nach dem Willen von Leuten, die vor sechs Jahren unter ganz anderen Verhältnissen gewählt worden sind.

Es wäre sehr verlockend, auf einige der früheren Redner einzugehen. Ich will mich nur mit einigen wenigen befassen. Am meisten überrascht hat mich, daß Dr. Knotz von der Achtung vor dem Selbstbestimmungsrecht der Gemeinden gesprochen hat. Die Autonomie der Gemeinde, die für mich ein sehr wünschenswertes Ideal ist, ist nicht identisch mit der Autonomie einer Handvoll Hausherren, die die Gemeinde tyrannisieren. Es darf nicht eine Autonomie einer kleinen Schicht von Besitzenden sein wie in Wien. Wien wird heute beherrscht von den Grundbesitzern, während der kleine Mittelstand nur den

Stanczyken*) von Wien

die Kastanien aus dem Feuer holt. Für diese Autonomie bedanke ich mich. Bevor die Gemeinden eine Autonomie haben, müssen sie erst eine Vertretung haben, in der jedes Gemeindemitglied dasselbe Recht hat.

Wie kann Herr Dr. Knotz**) überhaupt von Gemeindeautonomie reden, wo er in demselben Moment den Gemeinden ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen will? Er sagt: Ich habe eine solche Achtung vor deinem Selbstbestimmungsrecht, daß ich dich nicht mehr eine neue Gemeindevertretung wählen lasse, damit diese nicht so handle, wie du willst. Diesen Widerspruch versteht Doktor Knotz sehr gut, und weil er ihn versteht und weil er hofft, daß ihn die anderen nicht verstehen werden, darum macht er so schöne Phrasen.

Abgeordneter Auersperg hat einige Worte auch der Sozialdemokratie gewidmet, und er hat uns die Partei genannt, die das Böse will und oft das Gute schafft. Über das „das Böse wollen" werden wir schwer einig werden, denn ich fürchte selbst, daß einiges von dem, was ich will, ihm recht bös erscheinen wird. Das ist nun einmal so, aber ich finde es immerhin nett vom Herrn Abgeordneten Auersperg, zuzugeben, daß wir vielfach das Gute schaffen. Unter das Gute, was wir bereits geschaffen haben, gehört unter anderem, daß die Anschauungen, die die Sozialdemokraten als eine wilde Rotte von kulturwidrigen Elementen ansehen oder

---

*) Stanczyken hieß der ultrakonservative Teil der polnischen Großgrundbesitzer.

**) Dr. Alfred Knotz war einmal ein sehr radikaler Deutschnationaler, der im Parlament arge Schimpfreden über die Tschechen hielt und für Bismarck schwärmte, als er aber nach Floridsdorf übersiedelte, christlich-sozial wurde.

als blinde Menschen, die sich führen lassen zu irgendwelchem von ihnen nicht gewollten Ziel...

Abgeordneter Dr. **Lueger:** Ganz richtig!

Abgeordneter Dr. **Adler:** ... daß diese Anschauungen, die Sie, Herr Bürgermeister, vertreten, nur von den unwissendsten und ungebildetsten Leuten geteilt werden. (Heiterkeit.) Es hat mich ja auch gewundert — oder vielmehr nicht gewundert, denn ich habe Ähnliches in der letzten Zeit wiederholt hören müssen —, daß Abgeordneter Scheicher*) eine so heftige Rede gegen uns gehalten hat. Es ist sehr interessant für denjenigen, der die klerikale und christlichsoziale Bewegung verfolgt, von Ihrer Seite und von einem Priester eine antisemitische Rede zu hören, die auf dem reinsten Rassenstandpunkt steht.

Abgeordneter **Sturm:** Jud' bleibt Jud', auch wenn er getauft ist.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich habe nichts dagegen einzuwenden, denn ich freue mich immer, wenn ich meine Gegner in Widersprüche verstrickt sehe, denen sie nicht entrinnen können. Sie haben sich über die unbefugte Einmischung eines Juden — Sie beehren mich mit diesem Namen — in religiöse Angelegenheiten beklagt. Ich mische mich nie in religiöse Angelegenheiten (Oho-rufe), niemals. Aber, meine Herren, es gibt andere Juden — da Sie nun schon auf dem Rassenstandpunkt stehen —, Juden, die Ihnen näherstehen und die sich sehr in Ihre religiösen Angelegenheiten hineinmischen. Wenden Sie sich, Herr Dr. Scheicher, mit Ihren Vorwürfen gefälligst an den

Erzbischof Kohn),**

der vom Rassenstandpunkt aus doch ein Jude ist und sich dennoch — also unbefugt, aber sehr intensiv — mit der katholischen Religion beschäftigt. (Heiterkeit.)

Ich komme zum Schluß... (Beifall bei den Christlichsozialen.) Ich glaube es Ihnen, daß Sie mich nicht gern hören. Ich rede doch nicht, um Ihnen ein Vergnügen zu machen, dazu hätten mich die Wiener Arbeiter nicht gewählt. (Heiterkeit.) Ich komme zum Schluß. Sie haben sich einmal

in Ihrer eigenen Schlinge gefangen.

Abgeordneter **Mayer***):** Lassen Sie uns hängen!

---

*) Prälat Josef Scheicher, der als wirklicher christlicher Sozialist angefangen hatte, jetzt rüde antisemitische und antisozialistische Hetzreden hielt. Näheres über ihn in Adlers Rede im Landtag vom 11. Juli 1901 über die „Marodeure des Klerikalismus", insbesondere in der Fußnote. (Bd. VIII, Seite 408.)

**) Der Erzbischof von Olmütz Dr. Theodor Kohn. (Näheres über ihn siehe in Dr. Gustav Pollatschek: „Das unfehlbare Rom", das Kapitel „Kohn der Erzbischof", Seite 113.)

***) Ein christlichsozialer Bauernführer. Mayer aus Bockfließ, wie er nach seinem Wohnort gelegentlich genannt wurde. Er wurde später auch Mitglied des niederösterreichischen Landesausschusses.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Es handelt sich nicht um das Hängen, sondern um das Fangen. Sie haben bei der Gelegenheit, daß Sie die vernünftige Idee haben, das linke Donauufer einzuverleiben, einen großen Fischzug machen wollen. Sie haben, um Ihre Macht zu befestigen, auch zu ganz kleinlichen Mitteln greifen wollen, wie die Verschiebung der Floridsdorfer Wahlen. Um vor den Landtagswahlen keine Niederlage zu erleiden, haben Sie die große Sache direkt gefährdet. Und wenn diese Angelegenheit verschleppt wird, was ich nicht hoffe, so sind Sie selbst am allermeisten schuld daran. Gerade weil ich für die Vereinigung bin, bin ich gegen die Anträge, die Sie gestellt haben, und ich bin deshalb selbstverständlich auch gegen die Entrechtung der Floridsdorfer Gemeindewähler. Ich werde für den Antrag Auersperg stimmen.

Dienstbotenordnung auf dem Lande.

Landtag, 24. Juli 1902*).

Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, über dieses Referat zu sprechen. Aber die Ausführungen des Abgeordneten Scheicher machen es mir unmöglich, zu schweigen. Über die Sache selbst ist ja nicht viel zu sagen. Die Prämien, die Sie an alte und junge Leute geben wollen, um die Lust und Liebe zum Dienstbotenberuf zu heben, haben nicht viel Bedeutung, und ich habe den Eindruck, daß auch der Landesausschuß selbst von der Geschichte nicht zu viel hält, zumindest aber, daß er sich keinen Illusionen über die Wirkung hingibt. Der Referent weiß, wie gering die Zahl der Prämiierten im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten ist, und er muß bekennen, daß eine sozialpolitisch konstatierbare Wirkung nicht zu erwarten ist. Aber ich begreife, daß Sie derlei Dinge machen. Das gehört heute zum Geschäft. Wenn man eine Frage nicht lösen kann — und die Gesellschaft ist heute ganz unfähig, diese Frage zu lösen —, so sucht man wenigstens durch

Aufsetzung eines Flecks

die Geschichte ein bißchen reputierlicher zu machen. Man will den guten Willen zeigen, das ist alles. Es ist, um mich

*) Am 24. Juli standen im Landtag die Anträge zur Bekämpfung der Leutenot auf dem flachen Lande zur Verhandlung. Danach sollten jährlich hundert junge Arbeiter mit Prämien von 20 Kronen, einem „Kapital" zur Altersversorgung von 10 Kronen und Anerkennungsdiplomen beteilt und zwanzig Altersrenten errichtet werden. Referent des Ausschusses war Monsignore Scheicher, der auch auf einen Bericht verwies, den er als Referent des Landesausschusses der Landesregierung erstattet hatte. Scheicher hat übrigens nicht nur in diesem Bericht den Ausdruck von den entlaufenen Dienstboten gebraucht, sondern sogar auch in einer Dienstbotenordnung, die er am 1. September 1903 dem Landtag vorlegte, diesen Ausdruck gebraucht und Strafen für sie und Gendarmerieassistenz für ihre Zurückstellung verlangt.

eines agrarischen Ausdrucks zu bedienen, ein Pflanz. (Heiterkeit.)

Abgeordneter **Schnabl***): Jüdische Frechheit.

Abgeordneter Dr. **Adler:** In Punkt 2 und 3 des Antrags wird dem Kernpunkt der Frage nähergetreten, nämlich dem Mangel an Arbeitskräften auf dem flachen Lande. Ich lege kein Gewicht darauf, daß im letzten Absatz von Studien gesprochen wird, um gesunde Besiedelungsverhältnisse zu schaffen, da ja der Herr Referent selbst sehr skeptisch über die Sache gesprochen hat. Er weiß so gut wie wir, daß durch gesetzgeberische oder durch Verwaltungsmaßregeln diese Verhältnisse nicht geändert werden können. Man kann es bedauern, aber man muß es als gegebene Tatsache hinnehmen, daß die Entwicklung der Industrie den Zuzug zu den Städten bewirkt. Man kann es bedauern, daß auf dem Lande die patriarchalische Wirtschaftsmethode nicht mehr möglich ist — aber sie ist nicht mehr möglich. Man kann es bedauern, daß sich heute die sogenannten „Dienstboten", die ländlichen Arbeiter, mit Verhältnissen, wie sie vor fünfzig oder hundert Jahren bestanden, nicht mehr zufrieden geben. Ich begreife, daß das vom Standpunkt der ländlichen Unternehmer — der großen wie der kleinen Unternehmer — bedauerlich sein mag, aber es ist ein Kulturfortschritt. Jeder Fortschritt der Kultur ist zunächst ein Fortschritt an Bedürfnissen. Wir haben genau soviel Kultur, als die breiten Massen Bedürfnisse haben, und jedes Ansteigen der Bedürfnisse der Massen ist ein Kulturfortschritt. Ob Sie das nun bedauern oder nicht, es ist so. Was soll man nun sagen, wenn Sie gegenüber dieser Tatsache, daß die Landarbeiter mit den Arbeitsbedingungen nicht mehr zufrieden sind und nicht sein können, mit Moralpredigten kommen?

Es liegt ein Bericht des Abgeordneten Pirko vor, der außerordentlich sachkundig abgefaßt ist und aus dem man etwas lernen kann. Aber Abgeordneter Pirko sagt selbst, daß dieser Bericht erst eine angefangene Arbeit ist, die noch in den ersten Anfangsstadien steht, daß es sich da eigentlich mehr um Studien handelt — wie ich hinzufüge, um ernste Studien. Ich bin nicht mit allem einverstanden, was Abgeordneter Pirko sagt, aber ich gestehe, daß er in einer der wichtigsten Fragen eine verhältnismäßig fortschrittliche Stellung eingenommen hat, nämlich in der Frage der

*) Von den Rednern, die hier Zwischenrufe machten oder von Adler genannt wurden, ist Schnabl ein christlichsozialer Geistlicher, der sonst wenig von sich reden machte. Bauchinger ein Pfarrer, der als Referent oft sprach, immer sehr salbungsvoll und immer sehr arbeiterfeindlich, Sengstbratl ist ein wenig gekannter christlichsozialer Bauer, Skrbensky und Pirko sind Großgrundbesitzer, jener ein konservativer, dieser ein sogenannter freiheitlicher. Sturm und Scheicher sind schon bekannt.

Dienstbotenordnungen.

Wir verlangen, daß die Dienstbotenordnungen überhaupt beseitigt werden — wie ja der Ausdruck „Dienstbote“ überhaupt heute nicht mehr anzuwenden ist —, und daß die ländlichen Arbeiter unter demselben Gesetz stehen wie die Arbeiter in der Stadt. Ich erwarte nicht, daß Sie sich auf diesen Standpunkt stellen, und ich erkenne es an, daß in dem Bericht einige Symptome einer freieren Auffassung vorkommen. Die Bauern...

Abgeordneter **Sengstbratl:** Wenn der Ausdruck „Dienstboten“ nicht anwendbar ist, so gibt es auch den Namen „Bauern“ nicht.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Der Ausdruck „Bauer“ ist und war immer ein Ehrentitel, denn er bezieht sich auf die Arbeit, die der Bauer leistet; Dienstbote aber bezieht sich auf die Botmäßigkeit, auf die Unterwerfung, auf das Verhältnis der Abhängigkeit, das heute nicht mehr zu halten ist... In dem Bericht wird ausgesprochen, daß die ländlichen Unternehmer auf gewisse Dinge verzichten müssen, die sie bisher hatten. Sie wünschen nicht, daß er auf die Ungleichheit in der Behandlung verzichte zwischen den beiden vertragschließenden Teilen. Wenn der Unternehmer einen Dienstboten engagiert und ihn nicht nimmt, so hat er ihm nur den Schaden zu ersetzen. Wenn aber der Arbeiter den Kontrakt bricht, so hat er auch ein Delikt begangen. Er wird bestraft. Er ist – und das ist für mich ein Ausdruck, der mich jedesmal so fürchterlich berührt — ein „entlaufener Dienstbote“. Entlaufener Dienstbote, das erinnert mich so an den

entlaufenen Sklaven.

Abgeordneter **Skrbensky:** Das steht ja nur im Büchel, das wird doch nie praktiziert.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ob Sie geneigt sind, das wenigstens abzuschwächen, und ob Sie darauf verzichten wollen, daß dieser entlaufene Sklave ihnen wieder mittels Gendarmerie zugestellt werde, weiß ich nicht.

Abgeordneter **Bauchinger:** Jeder ist froh, wenn er ihn nicht mehr bekommt.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das sollte man meinen. Aber das Gesetz lautet doch anders. Wenn aber auch die Praxis etwas weniger hart ist als das Gesetz — in Ihrem eigenen Interesse —, so wirken doch die Empfindung der Abhängigkeit und die Furcht vor der Strafe schwer genug, und Sie dürfen sich nicht wundern, daß der Landarbeiter lieber in die Stadt geht, selbst unter wesentlich unsichereren Verhältnissen, um sich als freier, unabhängiger Mensch zu fühlen. Einer der Hauptgründe, warum Arbeiter und Arbeiterinnen vom Lande in die Stadt gehen, ist, daß sie auf dem Lande viel schwerer Aussicht haben zu heiraten. (Widerspruch.) Erinnern Sie sich nur, welche Schwierigkeiten sie da haben, wenn beide Dienstboten sind. Im Zusammenhang damit

will ich Sie aufmerksam machen auf die Aufsätze eines sehr sachkundigen Mannes, des Dr. Michael H a i n i s c h*), die in der „Grazer Tagespost“ erschienen sind. Dr. Hainisch weist auf den Widerspruch hin, in dem Sie sich befinden. Einerseits wünschen Sie ein Proletariat nicht, andererseits aber brauchen Sie ländliche Arbeiter. Dr. Hainisch weist auch auf die von mir eben besprochene Ursache der Entvölkerung des Landes hin. Die Zahl der auf dem Lande abgeschlossenen Ehen, insbesondere in den deutschen Alpenländern, ist nicht nur absolut kleiner als in den Städten, sie ist auch im Abnehmen begriffen.

Nachdem ich über den ernsthaften Teil dieser Frage gesprochen, möchte ich zu dem minder ernsthaften übergehen: zum Bericht des Abgeordneten S c h e i c h e r. Ich hätte darüber nicht gesprochen, weil dieser Bericht nicht auf der Tagesordnung steht. Nachdem aber Abgeordneter S c h e i c h e r selbst das Bedürfnis gefühlt hat, ihn auf die Tagesordnung zu stellen, kann ich nicht umhin, doch einige Worte über die Tendenz dieses Berichtes zu sagen. Abgeordneter S c h e i c h e r hat in seinem Referat nur ein paar Hauptsachen herausgegriffen. Er sagt: Die Regierung muß unbedingt gegen die Landflucht etwas tun. Einverstanden; wenn die Regierung etwas dagegen tun k a n n, werden wir ja darüber reden können. Abgeordneter Scheicher verlangt vor allem die

Einschränkung der Freizügigkeit.

Ich erschrecke vor gar keinem Wort und falle auch nicht um, wenn ich von Einschränkung der Freizügigkeit höre. Aber ich verlange, daß, wenn man davon spricht, man sich d a b e i i r g e n d e t w a s v o r s t e l l e. Daran scheint es nun beim Vorschlag des Herrn Scheicher bedenklich zu fehlen. Denn er hat uns glaubhaft machen wollen, daß sich Einschränkung der Freizügigkeit mit der Freiheit vortrefflich vertrage, und er hat, um uns das zu beweisen, auf N o r d a m e r i k a hingewiesen. Ich war wirklich sehr neugierig, denn ich habe über die Wirtschaften in Amerika auch manches gelesen. Herr Scheicher führt als Beweis an, daß die Amerikaner Ausländer nicht in das Land lassen, außer unter gewissen Bedingungen: daß sie keine Analphabeten seien, daß sie für die erste Zeit zum Leben haben usw. H a n d e l t e s s i c h b e i d e r B e k ä m p f u n g d e r L a n d f l u c h t d a r u m, n i e m a n d a u f d a s L a n d h i n a u s z u l a s s e n o d e r n i c h t v i e l m e h r d a r u m, n i e m a n d v o n d o r t w e g z u l a s s e n? Sie wissen, daß in Deutschland die Bekämpfung der Dienstbotennot nicht auf diese amerikanische Weise vonstatten geht, sondern direkt i n a n t i a m e r i k a n i s c h e r W e i s e. Es werden von einem Landstrich in den anderen große Transporte von Arbeitern geführt, sogar aus dem Auslande führt man Arbeiter zu, um der Dienstbotennot abzuhelfen, und Sie müssen auch wissen, daß dort

*) Der nachmalige Bundespräsident, der bekanntlich ein Großgrundbesitzer, aber auch ein Agrartheoretiker ist und ein Buch über die Landflucht geschrieben hat.

unter den ländlichen Großunternehmern sogar ernstlich die Einführung chinesischer Kulis erwogen wird. Es scheint also bei Ihnen eine klare Vorstellung über die Beschränkung der Freizügigkeit nicht vorhanden zu sein, und ich sehe darum die Gefahr, daß diese Angelegenheit aus dieser nebulosen Gestalt in die Form eines Gesetzes gelange, noch in so weiter Ferne, daß ich darüber nicht viel zu reden brauche.

Die zweite Maßregel, die Abgeordneter Scheicher vorschlägt, betrifft eine sehr wichtige Angelegenheit: die Militärbefreiung. Auch ich bin

für die Befreiung vom Militärdienst

in seiner heutigen Form, aber nicht nur für das flache Land, sondern für uns alle. Auch das sozialdemokratische Programm verlangt: Abschaffung des heutigen Militarismus und Ersetzung der stehenden Armee durch die Volkswehr.

Abgeordneter **Mayer:** Also doch Soldaten.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Ich weiß nicht, wer diesen Zwischenruf gemacht hat, aber wer ihn gemacht hat, der versteht schon gar nichts. (Heiterkeit.)

Abgeordneter **Bauchinger:** Das muß international gemacht werden!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Wenn einer sagt: „Das muß international sein", so kleidet er die Lust, eine Sache zu verschieben, in ein modernes Gewand. Darum ist Ihre Partei auch für den Achtstundentag usw., aber er muß „international" sein. Sie haben das Wort nicht erfunden. Sie haben übrigens auch den Witz nicht selbst erfunden. Ich gebe der Wahrheit die Ehre: das haben die liberalen Professoren erfunden (Heiterkeit), aber gelehrig, wie Sie sind, haben Sie sich doch das Schlechte, das die anderen erfunden haben, sofort angeeignet. (Heiterkeit.)

Durch den Militarismus wird ein ganz bedeutender Teil der produktiven Kraft des Volkes zu ganz unproduktiven, überflüssigen Zwecken verwendet — zum moralischen und physischen Schaden des Volkes, zum dauernden Schaden der Produktionsfähigkeit des Volkes. Darum bin ich für die Beseitigung des Militarismus. Aber verlangen Sie das nicht als Privileg. Schließen Sie sich der Sozialdemokratie an in der Bekämpfung des Militarismus...

Abgeordneter **Scheicher:** Das tun wir selbst!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Aber sehr schwach!

Abgeordneter **Bauchinger:** Schließen Sie sich uns an!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das geht nicht, wir sind zu weit vor, als daß wir wieder zu Ihnen zurücklaufen könnten. Also diese Forderung des Abgeordneten Scheicher ist innerhalb dieser Grenzen ernst zu nehmen — wird wenigstens von uns ernst genommen. Ob sie von Ihnen ernst genommen wurde, traue ich mich nicht zu ent-

scheiden. Abgeordneter Scheicher hat sich bitter beklagt, daß er wegen seines Berichtes gar so sehr angegriffen wurde.

Abgeordneter **Scheicher:** Im Gegenteil. Ich habe Witze darüber gemacht.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Es waren aber sehr bittere Witze. (Heiterkeit.) Ich bekenne mich schuldig, daß sich auch unser Blatt gegen seinen Bericht gewendet hat, weil in dem ganzen Bericht keine sachliche Begründung und keine sachliche Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse zu finden waren. Wenn Herr Scheicher auch nur den Bericht gelesen hätte, der von seinem Amtskollegen gemacht wurde, so hätte er unmöglich so allgemeine Redensarten machen können, wie er sie gemacht hat.

Ich bin fertig. (Bravo!) Da rufen Sie immer „Bravo". (Heiterkeit.) Das kenne ich. Aber das nützt Ihnen nichts. Sie sind so viele und Sie können es sich einteilen. Ich aber bin hier allein und muß für eine ganze Partei allein reden. Darum werde ich Ihnen so oft so unangenehm. Ich kann Ihnen nicht helfen.

Ich wiederhole: Ich habe nichts dagegen, daß Sie die paar tausend Kronen bewilligen. Der Landesfonds hält es aus, und Ihnen und den paar Dienstboten, die die zehn Gulden bekommen, macht es eine Freude. Ernst zu nehmen ist es nicht. Im übrigen haben Sie ja selbst versprochen, in Zukunft den Ursachen der Landflucht nachzuforschen. Ich bin immer für die Forschung. Darum gratuliere ich Ihnen zu dem Entschluß und wünsche Ihnen viel Glück dabei. Aber daß Sie etwas Positives damit zuwege bringen, glaube ich nicht, solange Sie sich nicht entschließen, den Arbeiter auf dem Lande unter dieselben Gesetze zu stellen wie den industriellen Arbeiter.

Abgeordneter **Sengstbratl:** Achtstundentag!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Den haben wir ja auch in der Industrie noch nicht. Fürchten Sie sich also nicht. Das geht alles. Man kann sich den ländlichen Verhältnissen anpassen, wie man sich den industriellen anpaßt. Wenn diese Frage zur Diskussion kommt, werden Sie uns bereit finden, über diese Frage wie über jede Frage sachlich zu verhandeln.

Abgeordneter **Sturm:** So, das habe ich noch nicht gesehen. Auch Ihre Presse ist nicht sehr sachlich.

Abgeordneter Dr. **Adler:** Das Urteil über unsere Presse, Herr Abgeordneter Sturm, müssen Sie schon uns überlassen...

Abgeordneter **Sturm:** Dann müssen Sie sie auch selbst lesen!

Abgeordneter Dr. **Adler:** Unsere Partei ist mit ihr zufrieden, und für Sie schreiben wir nicht... Wenn es also nötig sein wird, werden wir über die Frage der Arbeitszeit sachlich verhandeln. Aber hier handelt es sich um die prinzipielle Frage, ob Arbeiterschutz oder nicht, um die Frage der Aufhebung des entwürdigenden Dienstbotenverhältnisses und Schaffung eines modernen Arbeitsverhältnisses auch für die ländlichen Arbeiter. Das ist die wichtigste Bedingung, wenn Sie Arbeiter auf das Land hinausbekommen wollen. Unter

anderen Bedingungen sind Arbeiter auf dem Lande heute — zum Glück, daß ist ein Fortschritt der Kultur, den jeder begrüßen muß —, heute nicht mehr zu haben.

Kandidatenrede für den Landtag.

Zwei Versammlungen im Arbeiterheim, 1. Oktober 1902*).

Der Wahlrechtsraub, den die Christlichsozialen geplant haben, ist nur zur Hälfte gelungen, nämlich in der Gemeinde, aber die Christlichsozialen vermochten es nicht, die guten Folgen dieser schlechten Wahlreform für die Landtagswahlen zu beseitigen**). Wenn Dr. Lueger seinen Plan hätte ganz durchführen können, so hätte er eine Wahlreform gemacht, die auch für den Landtag eine fünfte Kurie einführt und die der großen Masse des Volkes wohl das Recht gibt, den Stimmzettel abzugeben, aber dieser Masse nicht die Möglichkeit gibt, ihre Vertreter in den Landtag hineinzubringen. Durch die Vereitelung dieses Planes hat es sich ergeben, daß das alte schlechte Landtagswahlrecht ziemlich erweitert wurde, so daß wir in einigen Bezirken in Wien und auf dem flachen Lande mit Aussicht auf Erfolg in den Wahlkampf treten können. Wir werden gewiß schwer zu kämpfen haben, und auch in diesem Bezirk, wo noch bei keiner Wahl die Sozialdemokraten in der Minderheit gewesen waren, werden wir harte Arbeit leisten müssen, um durchzudringen; aber wenn jeder seine Pflicht tut, so müssen wir siegen.

Um den Landtag haben sich früher die Massen der Wähler nicht viel gekümmert, und sie konnten das auch nicht, da das Wahlrecht so eingeschränkt war, daß in ein paar Gast- und Kaffeehäusern die Entscheidung über die Landtagsmajorität getroffen wurde. Der Landtag war übrigens eine reine Verwaltungskörperschaft, die nicht viel von sich reden machte. Das wurde in den letzten sechs Jahren anders. Mit der christlichsozialen Majorität ist eine neue Politik eingezogen, die in der unbedingten, rücksichtslosen Ausnützung der Majorität für Parteizwecke besteht. Wir haben gesehen, daß von diesem Landtag aus die Herrschaft der Christlichsozialen in der Gemeinde eine Unterstützung und Festigung gefunden hat, die diese Herrschaft zu einer unerträglichen Tyrannei machte. Durch den Landtag sind Lueger und seine Leute die unumschränkten Herren von Wien ge-

*) Am 1. Oktober wurden die Wählerlisten aufgelegt und nun begann die Hauptarbeit der Partei: die Wählerlisten zu prüfen, die christlichsozialen Schwindelwähler herauszureklamieren und die nichtaufgenommenen Arbeiterwähler hineinzureklamieren. An diesem Tage hielt auch Adler seine Kandidatenrede im Favoritner Arbeiterheim, das bekanntlich am 7. September eröffnet worden war. (Siehe darüber die damals von Adler gehaltene Rede.)

**) Siehe Adlers Rede bei der Landtagswahl im Jahre 1901.

worden. Es wurde ihnen ermöglicht, nicht nur die Gemeindewahlordnung durchzudrücken, die die arbeitende Bevölkerung von Wien nullifiziert, sondern auch die ganze Verwaltung des Landes so mit christlichsozialen Elementen durchsetzt, daß man heute sagen muß: Wir haben keine politische Verwaltung durch Landesbehörden, sondern durch Luegersche Ämter, und wir haben nicht Landes- und Gemeindebeamte, sondern Beamte des Lueger! (Lebhafte Zustimmung.)

Im Dienste der Klerikalen.

Aber Dr. Lueger hat diese Ausnützung seiner Macht nicht allein mit seinen Kleinbürgern durchsetzen können, sondern er hat, um zu herrschen, in die Dienste einer anderen Macht treten müssen, in die Dienste der klerikalen Partei. Er wurde, um seine Herrschbegierde zu befriedigen, abhängig von dem Todfeind jedes Fortschrittes, von dem Todfeind jeder vernünftigen kulturellen Entwicklung. Es ist kein Zweifel — man muß auch dem Feinde gegenüber gerecht sein —, daß Dr. Lueger sehr oft unter dieser Knechtschaft ächzt, es ist nicht sehr angenehm, den Herren Bischöfen untergeordnet zu sein und ihre Winke gehorsam befolgen zu müssen; aber er mußte, wenn er auf das hohe Roß kommen wollte, sich von den Klerikalen den Steigbügel halten lassen, und zum Dank dafür muß er nun gestatten, daß sie sein Pferd am Zügel führen. (Heiterkeit.) Unter diesem Einfluß ist es zustande gekommen, daß dem Herrn Geßmann die Schule und die Lehrerschaft ausgeliefert wurden. Das ist der Zoll, den Lueger den Klerikalen zahlen mußte. Freilich zahlt das nicht er, nicht er leidet ja darunter, sondern es leidet die Schule und es leiden unsere Kinder, die Zukunft des arbeitenden Volkes. (Zustimmung.)

Das belogene Kleingewerbe.

Wenn Dr. Lueger in die Höhe gekommen ist, infolge der mißlichen Lage des Kleinbürgertums, so konnte er sich am Ruder nur erhalten dadurch, daß er dieses Kleinbürgertum belog und betrog. Einer der größten Vorwürfe, die uns von den Christlichsozialen gemacht werden, ist der, daß wir Sozialdemokraten das Kleingewerbe vernichten wollen. Sie wissen alle sehr wohl, wie unberechtigt dieser Vorwurf ist. Wahr ist allerdings, daß wir den Kleingewerbetreibenden nicht die Lüge erzählen, daß sie, wenn nur ein paar Maßregeln vom Landtag oder Reichsrat beschlossen werden, sich ewig fortfretten werden. Wir wollen sie nicht anlügen, wie die Christlichsozialen. Wir sind nicht Feinde der Kleingewerbetreibenden, wir sind aber Feinde der Lüge und wir sind dagegen, daß die Kleingewerbetreibenden belogen und über ihre Zukunft getäuscht werden. Wir erzählen den Kleingewerbetreibenden nicht, daß der Landesausschuß ihnen nur etwas zu versprechen braucht, damit sie über ihr Elend wegkommen, wir erzählen ihnen

nicht, daß ihnen geholfen werden kann, wenn man sie nur ungehindert die Lehrlinge ausbeuten läßt, wir erzählen ihnen nicht, daß man nur einige Juden totzuschlagen braucht, damit wieder alles in Ordnung sei, wie es vor fünfzig oder hundert Jahren war. (Heiterkeit.) Das erzählen wir nicht, weil wir sie nicht anlügen wollen. Das aber sind die Mittel, mit denen die Christlichsozialen heute ihre Herrschaft über die Kleingewerbetreibenden aufrechterhalten. Von Schritt zu Schritt werden sie als Lügner entlarvt, aber immer neue Lügen müssen sie auftürmen, immer neue demagogische Phrasen müssen sie machen, um diesen Schwindel weiterzuführen. Wir lügen den Kleingewerbetreibenden nichts vor, und wenn die anderen siegen, weil sie lügen, dann brauchen wir das nicht zu bedauern. Das ist kein Unglück für uns, sondern für die anderen, für die Betrogenen und für die Betrüger. Denn Lügen haben kurze Beine, und wir mit unserer trockenen, bitteren, nackten Wahrheit, *wir werden siegen trotz alledem.* (Lebhafter Beifall.)

Der Judenpunkt.

Einer der wichtigsten Punkte im christlichsozialen Programm war früher einmal der sogenannte Judenpunkt, nämlich die Auffassung, daß das Elend in der heutigen Gesellschaft wesentlich daher komme, daß es so viele Juden gibt, die ausbeuten. Nun ist es kein Zweifel, daß es Juden gibt, die ausbeuten, und zwar sehr viele, aben ebensowenig ist es zweifelhaft, daß, wenn alle diese Juden plötzlich verschwinden würden, wenn man den Antrag Schneider annehmen würde (Heiterkeit) oder wenn sonst die göttliche Barmherzigkeit ein Einsehen hätte und die Judenplage, die schon soviel tausend Jahre auf uns lastet, beseitigen, das heißt, wenn die Welt durch ein Wunder von den Juden erlöst würde, so würde das natürlich am ersten Abend verschiedene Leute gar sehr freuen, aber die Freude würde nicht lange dauern. Denn schon am nächsten Tag würde sich zeigen, daß, abgesehen davon, daß nicht nur die jüdischen Ausbeuter, sondern auch die jüdischen Ausgebeuteten verschwunden wären, noch verdammt viele Ausbeuter da wären. (Heiterkeit und Beifall.) Ich erinnere mich da an ein Gespräch, das ich einmal mit Herrn Lueger hatte, zu der Zeit, wo er noch ein kleinerer Herr war und wo er noch glaubte, daß er uns alle einmal unter seine Fittige kriegen werde. Da hat er immer nur gesagt: „Dr. Adler, wir müssen miteinander gehen. Wir mit unseren Gewerbetreibenden und ihr mit euren Arbeitern, wir werden schon Ordnung machen." (Heiterkeit.) Ich habe ihm niemals klarmachen können, daß zwischen uns eine Kluft ist, das versteht er überhaupt nicht, für Prinzipien und Programme hat er keinen Sinn. So hat er wieder einmal im Parlament zu mir gesagt: „Wir müssen zusammengehen. Wenn es dann einmal dazu kommt, hängt ihr die arischen Ausbeuter auf und wir die jüdischen Ausbeuter!" (Heiterkeit.) Das war ja ein Vorschlag zu einem Kompromiß; ich habe ihm darauf geantwortet, daß ich nicht in der Lage bin, dieses Kompromiß anzunehmen. Ich sagte ihm: „So dumm sind wir nicht, daß

wir uns von Ihnen betakeln lassen. Denn wenn es dazu käme, würdet ihr mit den paar jüdischen Ausbeutern bald fertig sein und wir hätten lebenslänglich nichts zu tun, als Ausbeuter aufzuhängen, und das ist uns zu langweilig.“ (Lebhafte Heiterkeit.) Das hat er auch eingesehen und ist nicht weiter mit seinem Vorschlag gekommen.

Es ist charakteristisch, daß die Antisemiten diesen Judenpunkt jetzt nur mehr bei feierlichen Gelegenheiten hervorheben. Die Christlichsozialen haben von ihrem ganzen Programm nichts gehalten, nicht einmal das Versprechen, daß sie die Juden bekämpfen wollen. Wenn man dem Lueger sagt: „Du willst die Juden bekämpfen und hast deine Gasröhren vom Juden Rothschild in Witkowitz machen lassen!“, dann sagt der Lueger: „Wo soll ich denn die Gasröhren hernehmen? Soll ich sie beim Klempner machen lassen?“ (Heiterkeit.) Er hat ganz recht, er kann sie wirklich nur beim Großkapitalisten machen lassen, aber wenn ein anständiger und ehrlicher Mensch das weiß, dann sagt er nicht, daß man mit den Juden keine Geschäfte machen darf, und er verspricht nicht etwas, wovon er weiß, daß er es nicht wird halten können. Nicht, daß er die Gasröhren dort bezieht, wo er sie kriegt, ist die Niederträchtigkeit, sondern, daß er seinen Wählern Sand in die Augen gestreut und ihnen vorgeschwindelt hat, daß er anders wirtschaften werde als die anderen vor ihm. Der ganze Antisemitismus der Christlichsozialen besteht darin, daß ab und zu, wenn es niemand geniert, dem Schneider oder sonst einem dieser Herren erlaubt wird, auf die Juden loszuknurren. Der Lueger hat es selbst einmal gesagt: „Der Schneider ist zwar etwas bissig, aber manchmal muß man ihn doch loslassen.“ (Heiterkeit.) So hat sich auch dieses Schlagwort als Schwindel erwiesen.

Ordnung im Lande oder Bankrott?

Nun kommt ein drittes Schlagwort, das ist die Ordnung im Lande Niederösterreich, die die Christlichsozialen angeblich geschaffen haben. Vorige Woche habe ich ein Blatt in die Hand bekommen, das von unserem verehrten Gemeinderat und Stadtrat Bielohlawek geschrieben ist, ein Blatt, das sich dadurch auszeichnet, daß es so gedruckt ist, daß man die Aufschneidereien gleich als Plakat verwenden kann. Auf der rückwärtigen Seite, wo die Börsengeschäfte besprochen werden, sind allerdings kleinere Lettern angewendet, das brauchen nicht alle Leute zu verstehen, welche Beziehungen zwischen dem Blatt und den Wechselstuben bestehen. Auf der ersten Seite wird nun in solchen Riesenlettern erzählt, daß die Liberalen vier Millionen Schulden hinterlassen haben, während die Christlichsozialen in den sechs Jahren durch ihre Weisheit und durch ihre ausgezeichnete Finanzwirtschaft nicht nur dieses Defizit beseitigt haben, sondern noch drei oder vier Millionen bar in den Kassen liegen haben. Über dieses Kapitel habe ich schon im Landtag gesprochen, und es hat auch der Finanzminister des Landes, der Landesausschuß Schöffel, drastisch die

Lüge von der Ordnung im Lande widerlegt. *Die Umlagen sind um die Hälfte erhöht worden, der Steuerexekutor muß die Steuerschraube bis auf das Mark der Knochen der Steuerträger anziehen.* Aber das ist leider noch nicht alles, sondern mit allen diesen Künsten ist die Finanzlage des Landes so schlimm geblieben, daß Landesausschuß *Schöffel* sagen mußte: „Jubilieren Sie nicht. *Im Jahre 1911 sind wir fertig mit dem, was wir bis heute dem Volke abgepreßt haben, und Sie werden dann vielleicht das Jubiläum des Staatsbankrotts vom Jahre 1811 mit einem allgemeinen Staats-, Landes- und Gemeindebankrott feiern können!*" So ist es, und wenn die Christlichsozialen auf die ersparten Millionen hinweisen, so antworten wir ihnen: *Die Bevölkerung hat diese Millionen erspart, die Sparbüchse war aber der Sack des Fiskus, das Steueramt war die Sparkasse, wo das Geld angelegt wurde.* (Lebhafter Beifall.)

Die nationale Frage.

In der letzten Zeit wurde von meiner Stellung zur nationalen Frage gesprochen, und da wurde von der einen Seite behauptet, ich hätte die Deutschen verraten und von der anderen Seite, ich hätte die Tschechen verraten. (Heiterkeit.) Ich traue mir viel zu. Aber so viel Geschicklichkeit, um zu gleicher Zeit Deutsche und Tschechen zu verraten, geht doch über meine Kräfte. (Heiterkeit.) Es wurde auch behauptet, ich hätte vor der letzten Landtagswahl den Tschechischnationalen irgendwelche Zugeständnisse gemacht, um gewählt zu werden, das ist selbstverständlich eine Lüge. Ich habe vor meiner Wahl auch über die nationale Frage gesprochen und habe da dasselbe gesagt, was ich immer gesagt habe. Wir Sozialdemokraten stehen auf der festen prinzipiellen Grundlage unseres Programms. Wir haben überall in erster Linie die Interessen der Arbeiterklasse und die Interessen der einzelnen Arbeiter zu wahren, und zwar alle ihre Interessen, auch ihre nationalen und kulturellen Interessen. Es ist ganz selbstverständlich, daß wir für die tschechischen Arbeiter in Wien wünschen, daß sie den wirtschaftlichen Kampf hier führen können, wozu eines der Hauptmittel ist, daß sie die deutsche Sprache vollständig in ihrer Gewalt haben, und dann, daß auch ihr nationales Interesse gewahrt werde, daß ihnen die Möglichkeit gegeben werde, Tschechen zu bleiben, wenn sie Tschechen bleiben wollen. Das ist unsere Ansicht; aber chauvinistischen Schwindel — ob deutschen oder tschechischen — unterstützen wir nicht! Das ist unsere Ansicht, und wenn die Tschechischnationalen daraus den Schluß ziehen, daß sie für mich stimmen werden, dann werde ich sie nicht hindern; wenn sie aber nicht für mich stimmen wollen, dann sollen sie es bleiben lassen. Für uns ist die Wahl nicht ein Geschäft mit unseren Prinzipien. (Beifall.) Hinzufügen möchte ich noch, daß der Landtag mit allen

diesen Dingen nichts zu tun hat, und daß zum Beispiel der Antrag Kolisko*) nur ein demagogischer Antrag ist, von dem der Antragsteller selbst sehr wohl weiß, daß er nicht in die Kompetenz des Landtages fällt und daher niemals sanktioniert werden kann.

Weg mit der christlichsozialen Majorität!

Der Redner bespricht sodann noch die Schulfrage und die Frage des Kompromisses mit anderen Parteien. Unsere Politik ist einfach: Wo wir Sozialdemokraten stark genug sind, daß wir Aussicht haben, einen Sozialdemokraten in den Landtag zu bringen, werden wir selbstverständlich gegen alle Parteien allein auftreten. Wir kennen die Liberalen und setzen nicht unsere Hoffnung auf sie. Wenn die Liberalen heute so stark wären, wie es die Christlichsozialen sind, so würden wir ihre Majorität zu sprengen trachten; da aber die Christlichsozialen heute in der Majorität sind, so haben wir die Pflicht, ihre Majorität zu brechen. In den Bezirken, wo wir nicht allein die Christlichsozialen beseitigen können, werden wir, unbekümmert um alles Geschrei, den Gegnern der Christlichsozialen unsere Stimme geben. (Lebhafter Beifall.)

Am Vorabend der Wahl.

Versammlung am 4. November 1902**).

Ich habe das Vertrauen, daß es uns morgen gelingen wird, mit unserer ehrlichen Arbeit, mit unserer Begeisterung den Wahlschwindel der Christlichsozialen wettzumachen. Ich habe das Vertrauen zu unserem Siege, wie ich das Vertrauen habe zum Siege unserer Sache überhaupt. Nicht um meine Person handelt es sich heute, sondern es geht darum, zu beweisen, daß nicht alles in Österreich bis in das Zentrum der Arbeiterschaft hinein in den Klauen der Luegerei ist, daß nicht alles der Lüge und Gemeinheit und Niederträchtigkeit verfallen ist. (Stürmische Zwischenrufe, lebhafter Beifall.) Ehemals dachte ich, Dr. Lueger glaube alles, was er sagt. Aber ich habe jetzt die Überzeugung gewonnen, daß er mit Bewußtsein Infamien begeht, und daß es nichts gibt, was ihm zu schlecht und zu gemein ist, wenn es ihm nur augenblicklich nützt.

---

*) Der deutschnationale Landtagsabgeordnete Dr. Kolisko stellte immer wieder den Antrag, daß an allen Schulen Niederösterreichs, auch den privaten, nur die deutsche Unterrichtssprache zulässig sein solle. Das sollte sich gegen den „Komensky-Verein" richten, der in Wien eine tschechische Privatschule errichtet hatte. Aber obwohl der Antrag von den Deutschnationalen, später auch von den Christlichsozialen, als Antrag Axmann, immer wieder eingebracht wurde, war er nicht ernst gemeint und wurde von den Antragstellern selbst immer wieder zurückgestellt, wenn es die „Taktik" erforderte. Auf die Tschechen mußte er natürlich als Provokation wirken und das war ja wohl auch sein Hauptzweck.

**) Am Vorabend der Wahl hielten die Favoritner noch eine Massenversammlung ab, in der als Hauptredner Daszynski sprach. Nach ihm sprach auch Adler.

(Laute Pfui-Lueger-Rufe!) Diese Überzeugung habe ich seitdem, wo ich gesehen habe, daß er mit Bewußtsein seinen Lohnschreibern diktiert hat, sie mögen die Frauen von Favoriten beschimpfen. (Große Erregung in der Versammlung, daß der Redner mehrere Minuten lang nicht weitersprechen kann. Immer wieder ertönt der Ruf: Pfui Lueger!)

Dr. Adler kommt nun auf den Wahlaufruf Prochazkas*) zu sprechen, in dem es heißt: Was hat Dr. Adler im Landtag geleistet? Nichts und wieder nichts. (Lautes Gelächter.) Das ist wahr. Ich habe einen Antrag gestellt, daß den Schulkindern zu essen gegeben werde, und daß man 20.000 Kronen dafür verwende. Der Antrag wurde abgelehnt. Ich habe den Antrag gestellt, daß man 50.000 K für die Arbeitslosen verwende. Dr. Lueger ist aufgestanden und hat erklärt: Es gibt keine Arbeitslosen. Der Prochazka hat ihm das bewiesen. Mein Antrag wurde abgelehnt. Ebenso mein Antrag, daß 300.000 K für tuberkulöse Kinder verwendet werden. Alle meine Anträge wurden abgelehnt. Ich habe also nichts geleistet, nichts durchgesetzt. Das ist wahr, und es ist nur meine Schuld. Hätte ich beantragt, daß ein paar neue Kirchen gebaut oder dem Dr. Lueger ein Denkmal errichtet werde, so hätte ich das durchgesetzt, so hätte ich etwas geleistet (Heiterkeit) und Prochazka hätte nicht sagen können, ich sei für gar nichts in den Landtag gewählt worden. Aber ich glaube, dazu haben Sie mich nicht in den Landtag gewählt. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Wenn Sie wollen, daß einer hineinkomme, der etwas durchsetzt, das heißt, der so ist wie die anderen, so wählen Sie den Prochazka, wenn Sie aber wollen, daß dort einer die Wahrheit sage, wenn Sie wollen, daß das, was die Arbeiter über die Luegerei denken, ausgesprochen werde, so werden Sie mich wählen. (Stürmischer Beifall.) Wenn Sie morgen alle Ihre Pflicht tun, so ist mir nicht bange um den Ausgang der Wahl. Dann wird Favoriten seine Ehre wahren und wird rot bleiben, wie es bisher war. (Stürmischer Beifall und Hochrufe.)

Nach der Stichwahl.

Versammlung am 7. November 1902**).

Wir sind mit ein paar Stimmen durchgefallen. (Pfuirufe.) Beruhigen Sie sich! Politisch ist das nicht von so großer Bedeutung.

---

*) Julius Prochazka war auch 1897 gegen Adler gewählt worden. Jetzt war er derjenige, unter dessen Namen, da er ja als Reichsratsabgeordneter immun war, die Flugblätter der christlichsozialen Partei herausgegeben wurden. So konnte man straflos die schamlosesten Verleumdungen gegen die Gegner vorbringen. Später gaben die Christlichsozialen sogar unter der verantwortlichen Redaktion des unverantwortlichen Prochazka eine eigene Lügenzeitung „Der Reichsratswähler" heraus. Diesmal kandidierte er auch für den Landtag gegen Adler.

**) Bei der Landtagswahl in Favoriten am 7. November 1902 war in der Stichwahl Adler mit 6223 Stimmen gegen den Christlichsozialen Prochazka (6262 Stimmen) unterlegen. Der schamlose Wahlschwindel der Christlichsozialen hatte gesiegt. Im ersten Wahlgang hatte Adler 5730,

Aber es ist eine große Sache, daß dieser Bezirk trotz der ungeheuren Dinge, die heute hier vorgegangen sind, den Christlichsozialen die Wage halten konnte. Wir sind einer **Koalition von Amtsmißbrauch und Bestechung** gegenübergestanden, wie sie nicht ärger aufzutreiben war. Mit Stolz können wir sagen: An ehrlicher, gründlicher, begeisterungsvoller Arbeit ist von uns Großes geleistet worden. Das Mandat? Die Sozialdemokraten waren bisher durch einen Mann im Landtag vertreten, sie sind es auch jetzt. Früher hieß er Adler, jetzt Seitz*). Was mir leid und weh tut, das ist nur dies, daß eure Hingebung, eure rührende Arbeit, eure liebevolle, unermüdliche Arbeit nicht gelohnt wurde. Ich danke jedem einzelnen und jeder einzelnen aufs herzlichste, nicht in meinem Namen, sondern im Namen der Partei, der Sozialdemokratie. Sie werden, wenn es wieder dazu kommt, wieder auf dem Platze sein. (Jubelnde Zustimmung.) Nicht in einem einzigen ist das Bewußtsein erschüttert worden, daß wir schließlich doch siegen werden und siegen müssen! (Brausender Beifall.) Wenn es keine Gemeinheit, keinen Geldsack, keinen Aberglauben gäbe, was hätten wir denn zu tun? Wir haben 500 Stimmen mehr wie vorgestern. Das will was bedeuten, denn wir müssen ja unsere Leute nicht bei allen vieren zur Wahl zerren wie unsere Gegner. Wenn es möglich war, daß tausende Arbeiter wieder einen Arbeitstag geopfert haben, so ist das ein großer Beweis von Opferfreudigkeit. Nach dieser glänzenden — Niederlage rufen Sie mit mir: Hoch die Sozialdemokratie! (Stürmische, begeisterte Hochrufe.) Nieder mit den Volksbetrügern! Nieder mit der Gemeinheit! (Nichtendenwollende Entrüstungsrufe.)

Noch eines. Dieser Tag soll Sie nicht noch mehr Opfer kosten als notwendig ist! Sie haben Ihre Nächte, Ihren Verdienst, Ihre Arbeit geopfert. Opfern Sie nicht noch Ihre geraden Gliedern den Hunderten von berittenen und unberittenen Polizisten! Unsere Schädel sind zwar stark, aber die Polizistensäbel sind noch stärker! Lueger hat veranlaßt, daß sechshundert Polizisten nach Favoriten dirigiert wurden. (Pfuirufe.) Tun Sie es mir zuliebe und gehen Sie ruhig und langsam nach Hause! Singen wir das Lied der Arbeit und gehen wir dann nach Hause**)!

Prochazka 5638 Stimmen. Dr. Adler hielt sofort im Arbeiterheim in Favoriten eine Versammlung ab, um die über die christlichsozialen Wahlschwindeleien und die Niederlage furchtbar erregte Masse zu beruhigen. Die Situation war um so bedrohlicher, als auf Verlangen Luegers 600 Wachleute Favoriten besetzt hatten und dadurch die Gefahr von Zusammenstößen vergrößert war.

*) In Floridsdorf hatte Karl Seitz, der Organisator und Führer der Wiener jungen Lehrerschaft, von 2723 abgegebenen Stimmen 1549, der christlichsoziale Landesausschuß Richter 1170 Stimmen erhalten. Seitz war also mit großer Mehrheit gewählt.

**) Die Massen setzten sich in Bewegung. Hochrufe auf Adler, Pfuirufe auf Prochazka ertönten. Noch einmal sprach Adler: „Entladen Sie hier ihre

Das Denkmal des Polizeieinbruchs.

Enthüllung am 12. Februar 1905*).

Genossen und Genossinnen! Wir feiern heute einen echt österreichischen Gedenktag, einen Gedenktag österreichischer Sicherheit, österreichischer Freiheit, österreichischer Gerechtigkeit. (So ist es!) Wir feiern heute die Erinnerung an einen Tag unseres Kampfes und unserer „Niederlage" und einen Tag des Rechtsbruches und der Niedertracht unserer Gegner. Parteigenossen! Wer von Ihnen, der in diesem Saale war, als wir am 7. November 1902 hier erfuhren, wie die Stichwahl für den Landtag ausgefallen ist, der die Empfindungen der Freude und der Genugtuung über die von der Arbeiterschaft Favoritens geleistete Arbeit und der die Empörung über den uns durch niederträchtige Mittel der List entwundenen Sieg hier miterlebt hat, erinnert sich, daß trotz der größten Erregung, daß, trotzdem eine Woche des erbittertsten Kampfes hinter uns war und alle Nerven gespannt waren, die hier versammelten Arbeiter gehobenen Hauptes ruhig wie immer den Saal verließen. Draußen auf der Straße waren die „Sieger". Nicht in eigener Person, aber ihre Protektoren und ihre Werkzeuge. Wir haben immer gewußt, daß uns in diesem Staate gegenüberstehen nicht nur eine andere Meinung und ein anderes Interesse. Das ist

---

Entrüstung! Rufen Sie draußen nicht Pfui! Ich ergreife jetzt den Vorsitz und schließe die Versammlung. Gehen wir ruhig nach Hause!"

Diese von dem Verantwortlichkeitsgefühl Adlers zeugenden Worte taten ihre Wirkung: die Arbeiter zogen langsam ab. Um auch auf die vor dem Arbeiterheim stehenden Massen beruhigend zu wirken, trat Adler an ein Gassenfenster im Mezzanin und forderte auch von dort aus die Arbeiter auf, ruhig nach Hause zu ziehen. Langsam setzte sich der Zug in Bewegung.

In der Eugengasse war es inzwischen zu einer **Säbelattacke der Wachleute** gekommen und, ohne daß bis heute ermittelt werden konnte, wie das gekommen war, **marschierten die Wachleute zum Arbeiterheim zurück und drangen in das Haus über die Freitreppe, zerschlugen die Fenster und hieben mit den Säbeln auf die weggehenden Arbeiter ein. 15 Schwerverletzte** und eine große Anzahl Leichtverletzter blieben auf der Strecke. **Ärger als Kosaken haben damals die zum Teil betrunkenen Wachleute gehaust.**

Eine ausführliche Schilderung dieses Polizisteneinbruches ist in der Gedenkschrift zum 25jährigen Bestehen des Arbeiterheims enthalten. Eine Sühne für den Einbruch ist nie erfolgt.

*) Schon am Tage nach dem Polizeieinbruch in das Arbeiterheim am 7. November 1902 wurde die Anregung zur Errichtung einer Gedenktafel gegeben. Diese ist vom Architekten Geßner entworfen.

Die Enthüllung fand am 12. Februar 1905 statt. Adler hielt die Gedenkrede.

Siehe die Schilderung des Polizisteneinbruchs oben bei der Rede Adlers nach der Stichwahl.

überall, und nirgends hat die Sozialdemokratie eine freie breite Straße zum Siege. Wir haben hier immer gewußt, daß uns außer anderen Anschauungen und Interessen gegenübersteht eine Rotte von Menschen ohne Gesinnung, ohne Scham, ohne Ehrgefühl, eine Rotte, die zu allem fähig ist.

Diese Leute haben den Sieg vorweggenommen. Sie haben ihre Soldateska, ihre Polizisten, besoffen gemacht, so wie man drüben in Polen und Rußland die Polizisten in die Branntweinschenken bringt und sie zu wilden Tieren macht. Wir haben die Alkoholquantitäten gesehen, mit welchen die Luegerei den Polizisten die Begeisterung eingehaucht hat. (Sehr richtig!) Nachdem sie besoffen waren, wurde verübt, was ein Verbrechen nach jeder Richtung war: gegen das Gesetz, gegen die Menschlichkeit und gegen die eigene Autorität, die so hochstehen soll. Sie sind hier eingedrungen mit geschwungenem Säbel und haben auf das Häufchen, das noch hier war, losgedroschen, auf Männer, Frauen und Kinder. (Pfui!) Damit man wisse, wer uns hier besucht hat, haben sie wie echte Besoffene in dummer, teuflischer Lust auch auf die Gläser losgedroschen.

Man vergißt leicht. Es liegt in der Natur jedes Menschen, daß er den gerechtesten Zorn zurücktreten läßt, und es ist gut so. Denn wie könnten wir leben, unsere tägliche Arbeit tun, wenn vor uns fortwährend stünde das Bild des Rechtszustandes dieses Staates in seiner vollen Wucht, wenn wir in fortwährender Empörung wären? Aber so gut es ist, daß man sich beruhigt, so nötig ist es, daß man sich erinnert. Weil wir immer hören von Recht und Sicherheit und Gesetz, ist es gut, daß wir nicht vergessen, welche Barbarei auf dem Boden dieses Rechtsstaates liegt. Die Genossen, die hier eine Erinnerung geschaffen haben, haben ein gutes Werk getan. Es war ein guter Gedanke, der österreichischen Justiz nicht zu trauen und die Missetäter selbst zu bestrafen. Die Schande der österreichischen Behörden, der österreichischen Justiz, der gesamten Bürokratie von unten bis hinauf zu dem Ministerpräsidenten, jenem hochmodernen, aufgeklärten Körber, hat man zugedeckt mit einer schönen Untersuchung, die ein neuerliches Vergehen am Recht und an der Gerechtigkeit war. Man hat sehr aufgeregt getan, es gab Untersuchungen durch den Polizeipräsidenten und den Minister des Innern. (Heiterkeit.) Man hat aber die Polizisten nicht herausfinden können, die das hier verübt haben. (Erneuerte Heiterkeit.) Wenn einer von Ihnen auf dem Rückweg von einer Versammlung mit einem Wachmann in Konflikt käme und an ihn anstreifen würde, um ihn aufmerksam zu machen, daß sein Rock nicht ganz sauber ist: das Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit, bestraft mit vielen Monaten Kerker, wäre ihm sicher und man hätte den Verbrecher. Aber hier, wo es sich um bewaffnete, numerierte Einbrecher gehandelt hat, wo es sich herausgestellt hat, daß niemand den Auftrag gegeben hat, einzubrechen, wo die Reputation der Polizei auf dem Spiele gestanden, hat man die Verbrecher nicht finden

können. Man hat gesucht, aber nicht die Schuldigen, sondern Gründe zur Vertuschung, zum Schutze der Schuldigen. Das ist gelungen, trotz unserer Bemühungen, und nicht einmal ein Disziplinarvergehen hat man gefunden. Alle diejenigen, die für die Ehre und Würde, für die Autorität des Staates, für die Achtung vor dem Gesetz zu sorgen haben, alle diese Instanzen sind solidarisch für das von den Polizisten begangene Verbrechen eingetreten. Sie haben sich selbst befleckt mit diesem Verbrechen. (So ist es!)

Es gibt allerdings noch Leute, die gemeiner sind, die noch niederträchtiger sind, die moralisch und geistig noch tiefer stehen. Die ganze Bevölkerung, auch Gegner, hat aufgeschrien vor Zorn. Aber Leute haben aufgeschrien nicht vor Empörung, sondern vor Schadenfreude, aus Gemeinheit. Das waren die christlichsozialen Politiker, das war der Herr Lueger. Die Tafel unten soll uns nicht nur mahnen, daß der Rechtsbruch das tägliche Brot in diesem Lande ist, sondern auch, daß wir Gegner haben, die so niedrig, gemein und schurkisch sind wie nirgends, daß der Dr. Karl Lueger im offenen Parlament die Untat uns aber wegen eines politisch harmlosen Wirtshausstreites „Meuchelmörder“ genannt hat. (Stürmische Pfuirufe!) Ich verstehe die Leidenschaft des Gegners, wie ich meine verstehe, und nehme es niemand übel, daß er mich so behandelt wie ich ihn. Aber wenn der erste Würdenträger der Stadt die gröbste, infamste Verleumdung gegen unsere Partei geschleudert hat, so lag das nicht auf politischem Gebiet. Ein Mensch, der das tut, ist entweder ein unheilbarer Narr oder ein niederträchtiger Schurke. (Laute Ausrufe der Entrüstung.) Erinnern Sie sich, wie man nach der vorletzten Landtagswahl die Frauen, die sich mit einem Opfermut sondergleichen an dem Kampfe beteiligten, Prostituierte genannt hat*). Das Monument, das hier gesetzt worden ist, soll uns auch erinnern an die Kultur der Anständigkeit der Kerle, die uns hier beherrschen. (Lebhafter Beifall.)

Ich danke den Genossen, die die Errichtung des Steines anregten, im Namen der Arbeiter von Favoriten, im Namen der Arbeiter von ganz Wien, im Namen aller derer, die an dieser Tafel neuen Entschluß, neue Kraft suchen werden und die dafür sorgen werden, daß sie ein Denkmal bleibe für jene Zeit, wo wir befreit sein werden von Gemeinheit und Unrecht. Sie ist ein Pranger für die Träger der Justiz und Sicherheit in Österreich, ein Erinnerungszeichen für uns, die nur eine Wohlfahrt, Recht, Freiheit und Sicherheit in diesem Österreich schaffen wollen. Wir werden nun das Denkmal ansehen und es in unsere Hut nehmen. Eines haben wir zu antworten, das, was uns den Sieg bringen wird: Hoch die internationale Sozialdemokratie!

---

*) Siehe Adlers Rede im Landtag über die „Marodeure des Klerikalismus“ vom 11. Juli 1901 (Bd. VIII, Seite 430) und seine Rede vom 5. Juli 1901 über die „Zeitungsstrolche“ (in diesem Bande).

Die Antwort der Favoritner.

Fünf Versammlungen am 12. November 1902*).

So ist es immer. Wenn Arbeiter irgendwo zusammenkommen, müssen die Polizeihäuptlinge ihre Notwendigkeit demonstrieren. Aber an diesem Abend hat sich gezeigt, was in solchen Fällen noch nicht da war. Hier war es nicht gewöhnliche Streberei der Polizisten, sondern es war Parteihaß am Werke: die spezielle Parteileidenschaft der Christlichsozialen, die nichts anderes ist als Roheit, Gemeinheit und Brutalität. (Stürmische Zustimmung.) Wenn es möglich ist, daß der Bürgermeister von Wien, das Haupt der christlichsozialen Partei, im Parlament die infame Verleumdung wagt, die sozialistische Partei als Meuchelmörder zu bezeichnen, weil bei einer Rauferei ein Mann gestochen wurde, was soll man dann von den Polizisten erwarten? Lueger-Horde und Polizisten, sie gehören zusammen. Ihre innerste Natur ist ja dieselbe. Lueger hat, als er in der Gemeinde zur Macht kam, damit angefangen, daß er einem geständigen und bekannten Naderer bloß deshalb, weil er ein Naderer war, die Salvator-Medaille**) verlieh, und er hat seine Partei damit für alle Zeiten gekennzeichnet. (Rufe: Spitzelpartei!)

Am Freitag wurde auf der Straße eine ganze Reihe harmloser Leute von Polizisten schwer verletzt, gestoßen, beschimpft, gehauen, geprügelt. Aber daran sind wir schon gewöhnt, und das ist es gar nicht, was diese Aufregung hervorgerufen hat. Am Freitag ist es aber zum erstenmal geschehen, daß Polizisten ein Verbrechen begingen, das nicht, wie sonst die Verbrechen, abgeleugnet werden kann. Hier in unser Haus ist eine Horde von Polizisten eingebrochen, ohne jeden Grund, ohne Auftrag, wie es heißt. Warum? Aus Haß gegen die Arbeiter, aus Haß gegen die Gegner Luegers, aus blinder Wut gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft. Sie sind hereingestürmt in dieses Haus, weil es den Christlichsozialen ein Dorn im Auge ist! (Stürmische Pfuirufe.) Sie fluchen und beschimpfen uns, dieses schöne Haus, sie wollen es uns verekeln durch Anwürfe aller Art, und die Wut, daß sie uns nicht ankönnen, hat diese zwanzig besoffenen Kerle hereingebracht. (Laute Zustimmung.) Wie diese Leute da hereinstürmten, wie sie in blinder Wut auf Menschen und Biergläser losgingen, da hatte

*) In fünf großen Versammlungen gaben die Favoritner Arbeiter Antwort nicht nur auf den Polizisteneinbruch, sondern auch auf die Infamie, mit der die christlichsoziale Presse einen Raufhandel in einem Favoritner Wirtshaus, bei dem ein in Zivil gekleideter Wachmann verwundet wurde, in einen sozialdemokratischen Mordversuch auf einen Wachmann hatte umlügen wollen, obwohl schon die volle Wahrheit festgestellt war.

**) Lueger hatte einem Friseur, Pfister, der einen seiner Kunden wegen Majestätsbeleidigung denunziert hatte, die Salvator-Medaille, das Ehrenzeichen der Gemeinde, verliehen, die seither von allen anständigen Menschen als „Pfister-Medaille" in Acht getan war.

man den Eindruck einer Horde von Wahnsinnigen, den Eindruck, daß das eine plündernde Schar von Feinden ist, die da kommen.

Aber so gemein, so niederträchtig und roh dies ist, was da geschehen ist, das ist noch nicht das Ärgste. Die Polizei in Wien verfügt über 2000 bis 3000 Wachleute, und es wäre kein Wunder, wenn sich unter dieser Armee von Leuten eine Anzahl roher Rüpel, eine Anzahl von Verbrechern befindet. Aber wenn diese Leute dann Verbrechen begehen, so haben diejenigen, die dieses Korps leiten, vor allem die Verbrecher herauszugreifen, sie zu verhaften und dem Gericht einzuliefern. Wenn sie es aber nicht tun — und sie haben es nicht getan —, so machen sie sich mitschuldig an diesem Verbrechen. (Stürmischer Beifall.) Der Polizeipräsident hat uns erklärt, daß er die Untersuchung führt, und der Ministerpräsident hat erklärt, daß er die Untersuchung kontrolliere. (Gelächter.) Wir sagen aber: Wir pfeifen auf diese Untersuchung; denn wir glauben nicht, daß sie objektiv geführt wird. Denn der Polizeipräsident hat das allergrößte Interesse daran — leider, weil er so unverständig ist —, seine Leute zu entlasten, anstatt sie zu strafen! Hätte der Mann einen Begriff von der Würde seines Amtes, so muß er sein Korps reinigen von allen Elementen, die so sind wie die zwanzig, die hier einbrachen. (Stürmischer Beifall.) Aber den Begriff hat er wohl nicht. Diese Polizisten sind ja systematisch dazu erzogen, systematisch auf den Mann dressiert. Man will die Bluthunde als Bluthunde haben. Man fürchtet, man könnte es ihnen abgewöhnen, wenn man sie der verdienten Strafe zuführte. Sie könnten zu einer anderen Auffassung kommen, als daß der Arbeiter nur dazu da ist, um für ihre Säbel als Objekt zu dienen. Man will die Neigung zur Gewalttätigkeit, das Machtbewußtsein in ihnen nicht beseitigen, man will es eher festigen, weil auf Unrecht und Gewalttat ihre Macht ruht — nach ihrer törichten Anschauung. (Stürmischer Beifall.)

Wenn wir in einem Lande leben würden, wo man Respekt hat vor dem Bürger und seinem Recht, in einem Lande, wo die Abgeordneten sich als Vertreter des Volkes fühlen, so würde gestern, als diese Sache im Parlament zur Sprache kam*), das ganze Haus aufgestanden sein und sich gegen den Minister gestellt haben. Der größte Feind unserer Partei — wenn er nur ein ehrlicher Mensch ist — hätte mit uns dagegen protestieren müssen, daß der Arbeiter ein Freiwild ist für die Säbel der

*) Pernerstorfer hatte wegen des Polizisteneinbruches interpelliert. Körber antwortete mit einer Verteidigung der Polizei, die von den Sozialdemokraten angegriffen worden sei, und erklärte, daß vom Polizeidirektor bereits eine Untersuchung im Zuge sei. Ein Antrag Pernerstorfers, über diese Debatte die Debatte zu eröffnen, wurde abgelehnt, ja als Pernerstorfer von den christlichsozialen Fanghunden in der Uniform der Sicherheitswache sprach, drohte ihm der Präsident das Wort zu entziehen.

Polizisten, und daß eine solche Gewalttat ungestraft begangen werden dürfe. Was heute uns geschieht, kann morgen den anderen geschehen, und es wird ihnen geschehen. Die Flutwelle des Klerikalismus, die heute den Lueger in die Höhe und in so nahe Gevatterschaft und Bundesgenossenschaft mit dem Körber bringt, die wird auch bewirken, daß diese Gewalttätigkeit nicht haltmacht bei den Arbeitern, sie wird zu den Bürgern auch vordringen, sobald sie rebellisch werden, und ich gestehe, ich gönne es ihnen vom Herzen, ich gönne es ihnen, weil sie sitzen blieben, als Körber mit ein paar elenden, verlegenen Ausflüchten sich über den Skandal hinweghalf, weil sie da sitzen blieben, wo man erwarten mußte, daß das ganze Haus, vielleicht mit Ausnahme der sittlich verkommenen Leute auf den Lueger-Bänken, sich für die Eröffnung der Debatte erheben werde. (Lebhafter Beifall.)

Und nun, was können wir tun? Wir können — und das werden unsere Abgeordneten tun — darauf bestehen, daß die Schuldigen verfolgt werden, und wenn das gelingt, daß wir ihre verantwortlichen Führer, daß wir den Polizeipräsidenten und den Ministerpräsidenten an den Pranger der Geschichte nageln für die Untat, die da begangen wurde. (Stürmischer Beifall.) Und noch eines können wir, das ist, daß wir dafür sorgen, daß die Zahl der Sozialdemokraten größer werde und die Zahl der Knechte kleiner. In diesem Lande ist es ein Fluch, zu arbeiten und zu leben, solange nicht die arbeitenden Menschen zu einer großen, imponierenden Macht geworden sind, solange es nicht möglich ist, mit solcher Macht aufzutreten, daß jede solche Schandtat verhindert werde.

Wir haben dem Herrn Justizminister und Ministerpräsidenten fünf Tage Zeit gegeben, zu tun, was seines Amtes ist. Da er es nicht getan hat, werden wir morgen die Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstatten*), und wir werden sehen, was sie zu verfügen geruhen wird! In Österreich wäre es ja schließlich auch nicht unmöglich, daß man uns auch die Rechnung für verdorbene Säbel vorlegt. (Heiterkeit.)

Unterdessen aber ist etwas anderes notwendig. Der Zustand, wie er heute besteht, kann nicht so bleiben. Es muß eine gewisse Beruhigung unter Ihnen eintreten. Sie müssen erkennen, daß die ganz berechtigte Wut, die Sie in sich haben, die Entrüstung, die jeder anständige Mensch mit Ihnen teilt, sich nicht erschöpfen kann in Flüchen und Beschimpfungen, nicht erschöpfen kann darin, daß wir den verächtlichen Gegner beurteilen wie er es verdient, sondern daß diese Kraft der Entrüstung umgewandelt werden muß in eine Kraft, die unsere Mühlen treibt, jene Mühlen, die langsam mahlen, aber gründlich mahlen, in eine Kraft, die unsere Organisationen groß macht, die neuen Geist, neuen Eifer, neue heilige Begeisterung für unsere große Sache in alle

*) Die Staatsanwaltschaft hat auf diese Anzeige geantwortet, daß sie die Schuldigen nicht feststellen könne.

Herzen bringt. (Stürmischer, andauernder Beifall.) Denn in all diesem österreichischen Elend gibt es nur einen Trost: Österreich ist ein elendiger, schmutziger, korrupter Sumpf, aber eines gibt es da, was groß ist, was siegen wird und dem die Zukunft gehört, das ist die österreichische Sozialdemokratie. Daß es Arbeiter hier gibt, die sich in den Dienst der Freiheit stellen, das sei unser Trost!

Und nun bitte ich Sie um etwas. Lassen Sie nicht noch mehr Opfer fallen, als bisher schon gefallen sind. 47 Leute haben sich schon als verwundet gemeldet und viele scheuen sich, ihre Namen zu nennen, um sich Scherereien zu ersparen. Genug Opfer sind also gefallen. Überlassen Sie den Kampf mit der Polizei und den Gegnern jetzt den Abgeordneten. Vor allem aber bitte ich Sie, gehen Sie nach der Versammlung ruhig nach Hause. Ihre Schädel sind zu gut dafür, als daß die Polizisten an ihnen sich Rache holen. Denn wie die auch toben in ihren Blättern, so fühlen sie doch sehr genau, daß sie diesmal im Nachteil sind, daß wir im Recht und sie im Unrecht sind vor der ganzen öffentlichen Meinung, und sie möchten gern eine Gelegenheit haben, die Geschichte umzudrehen. Was wir zu sagen haben, haben wir gesagt, und das übrige werden morgen unsere Abgeordneten sagen. Wir aber gehen wieder an unsere tägliche Arbeit. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

In der Frauenversammlung*).

Ich freue mich, daß Sie mit mir zufrieden sind, auch wenn ich kein Landtagsabgeordneter bin. (Heiterkeit.) Mir hat's nicht geschadet, wenn's dem Landtag nicht schad't! (Heiterkeit.) Das Landtagsabgeordnetenwählen ist nicht das Wichtigste, das wir zu tun haben. Wir haben mehr Kämpfe. Sie sollen mir nicht — auskühlen! (Heiterkeit.) Lueger hat uns gestern im Parlament Meuchelmörder genannt. Es war eine Rauferei in einem Wirtshaus. Der Bürgermeister von Wien ist **ein so infamer Schurke,** diese dumme Hochzeitsrauferei als „Meuchelmord" im Parlament auszugeben. (Pfuirufe.) Arbeiten Sie auch während der Zeit, wo keine Wahlzeit ist, so, als ob Wahlen wären. Versprechen Sie mir das! (Rufe von allen Seiten: Wir schwören es! Wir versprechen es!)

---

*) In der Frauenversammlung, die im kleinen Saale des Arbeiterheims stattfand, referierte Therese Schlesinger. Nach ihr sprach Adler einige Sätze.

Das System Bienerth.

Reichenberg.

„Arbeiter-Zeitung", 19. September 1909*).

Auf klassischem Boden der Sozialdemokratie werden morgen die Vertrauensmänner des deutschen Proletariats in Österreich

*) Am 6. November 1908 war Beck von der Thronfolgerkamarilla mit Hilfe der Christlichsozialen gestürzt worden, weil er nicht genügend energisch gegen den Professor Wahrmund vorging (siehe Adlers Rede zum Fall Wahrmund in der Budgetdebatte am 3. Juni 1908) und weil er wiederholt im nationalen Wirrwarr an die Hilfe der Sozialdemokraten appelliert hatte. (Siehe darüber namentlich die Fußnote zu Adlers Rede vom 3. Dezember 1908: „Für die Nationen! Wider die nationalistischen Hetzen!" im Bd. VIII, Seite 144 f.) Mitten im ärgsten nationalen Chaos, da es in ganz Böhmen nationale Exzesse gab, ließ man Beck fallen und am 7. November wurde der bisherige Innenminister Richard Freiherr v. Bienerth zum Ministerpräsidenten ernannt, der nach Geßmanns Plan alle bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie einigen sollte. Aber statt eines parlamentarischen Kabinetts konnte er dem Parlament doch nur ein Beamtenkabinett vorstellen.

Der Parteitag in Reichenberg, der vom 19. bis 24. September tagte, trat in einer Zeit völliger Verwirrung des Staates zusammen. Bienerth hatte das Parlament wieder einmal auseinandergejagt, indem er die Obstruktion der Slawischen Union als Ausrede benutzte. Vergebens hatte Adler in der Obmännerkonferenz am 9. Juli die Parteien dazu gebracht, die Bekämpfung der Obstruktion selbst in die Hand zu nehmen und so lange zu tagen, bis die Obstruktion niedergerungen sei. Die Obstruktionisten hatten sich darauf bereit erklärt, auf ihre Dringlichkeitsanträge zu verzichten. Aber die Regierung schloß kurzerhand die Session. Darauf erließ der sozialdemokratische Verband ein Manifest „An das arbeitende Volk aller Nationen Österreichs!", worin er die Schuld der Regierung und der bürgerlichen Parteien an der Sprengung des Parlaments feststellte. (Siehe über die ersten Phasen des Systems Bienerth Adlers Reden im achten Band dieser Schriften, und zwar „Das Standrecht in Prag" vom 15. Dezember 1908, die „Schließung des Parlaments" vom 8. Februar 1909, „Die Sprengung des Parlaments" vom 14. Juli 1909 — Bd. VIII, Seite 294 bis 327 — und die dazugehörigen Fußnoten zu der Situation beim Reichenberger Parteitag, namentlich die Fußnote auf Seite 315.)

Zum Reichenberger Parteitag, auf dem Adler überdies auch ein Referat über „Äußere Politik und Rüstungen" hielt (Bd. IX, Seite 29 f.), hat Adler in der „Arbeiter-Zeitung" diesen Begrüßungsartikel geschrieben.

zusammentreten. Nordböhmen ist eine der Geburtsstätten der österreichischen Arbeiterbewegung und der Bezirk Reichenberg zumal eines der ruhmvollsten Schlachtfelder proletarischer Kämpfe. In der Geschichte der nordböhmischen Arbeiterschaft spiegelt sich mit handgreiflicher Deutlichkeit der Gang der kapitalistischen Entwicklung, aber auch damit parallel der bewundernswerte Aufstieg des Proletariats zum klaren Klassenbewußtsein und zur politischen Wehrhaftigkeit. In einer Atmosphäre der besten sozialdemokratischen Tradition wird unsere Parteiversammlung tagen, in einer Luft, die getränkt ist von Kampfesmut und Kampfesfreudigkeit.

Der Parteitag wird reichliche Arbeit zu verrichten haben. Die Vertrauensmänner der Partei werden Rechenschaft legen über das, was in den letzten zwei Jahren geleistet wurde. Mit ruhigem Gewissen und bescheidenem Bewußtsein der redlich erfüllten Pflicht können sie dieser Selbstprüfung entgegensehen. Die deutsche Sozialdemokratie ist größer und stärker geworden in dieser Zeit. Nach der ungeheuren Kraftanspannung der Reichsratswahlen gab es kaum eine Pause der Ermüdung und Ruhe, sondern mit neuem Eifer wurde sofort das Werk der Propaganda und der Organisation wieder aufgenommen. Gerade in Deutschböhmen sind die Fortschritte, die wir gemacht haben, deutlich, und wenn die Neugestaltung unserer Organisation an der Spitze der Aufgaben steht, die der Parteitag zu erfüllen hat, so vor allem darum, weil dem Wachstum der Partei, ihrem intensiver und mannigfaltiger gewordenen Leben der alte Rahmen nicht mehr genügt. Auf den schwierigsten Posten waren unsere Vertreter im Parlament gestellt. In engster Solidarität und Kampfgemeinschaft mit unseren Genossen anderer Nationalität haben sie in unserem Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten in schwerster politischer Zeit ein Stück schwerster politischer Arbeit geleistet. Während die bürgerlichen Parteien sich selbst und das Parlament zerfleischten, während eine rat- und tatlose Regierung das Wirrsal sich bis zum Gipfel steigern ließ, tat der Sozialdemokratische Verband furchtlos und treu, besonnen und mutig seine Pflicht. Und die reaktionären Parteien, deren Traum es war, die Sozialdemokraten einzukreisen, zu demütigen, zu vernichten, mußten mehr als einmal von ihrem eigenen Wahnsinn an die sozialdemokratische Vernunft, von ihrer eigenen Schwäche an die selbstsichere Kraft der Sozialdemokratie appellieren. Zum zweitenmal ist nun die parlamentarische Arbeit unterbrochen dank der verbrecherischen Frivolität der Obstruktion und der feigen Schwäche derer, die die Obstruktion mit lautem Lamento verfluchen, aber zu kraftlos und zu faul sind, sie zu überwinden, dank vor allem einer Regierung, die die Impotenz zur obersten staatsmännischen Maxime erhoben hat. Aber der Boden des Parlaments wird wieder betreten werden müssen und die Sozialdemokratie wird von neuem mit Energie und Zähigkeit ihre Arbeit wieder aufnehmen, wird sein, was sie war: der feste Pol in der Flucht der Erscheinungen selbstmörderischen Wahnwitzes. Die sozialdemokratischen Abgeordneten können mit stolzer Ruhe

vor ihre Wähler treten, sie sind es nicht, die die Hoffnungen enttäuscht haben, die die Völker an das Haus des allgemeinen Wahlrechtes knüpfen. Nichts wäre erwünschter, als daß recht bald die Probe auf das Exempel gemacht würde. Wenn Herr v. Bienerth nicht seinen Bankrott erklären und abtreten will, dann ist es seine Pflicht, an die Wähler zu appellieren, und die Neuwahlen werden beweisen, wie die Massen über die breitmäuligen Demagogen und die unfähigen Staatsmänner urteilen.

Der Parteitag wird sich selbstverständlich über die politische Taktik der Partei aussprechen und er wird ihre Stellung zu dem neuesten Wirbelsturm chauvinistischer Aufgeregtheit deutlich umschreiben. Vermutlich wird die Erörterung der nationalistischen Ausschreitungen nicht einen besonderen Punkt der Tagesordnung bilden, wie einige Genossen vorschlagen, denn die Erscheinungen des nationalistischen Deliriums lassen sich von der Behandlung der Gesamtpolitik in Österreich leider nicht trennen. Soweit es sich aber um die Erörterung und Vertiefung des nationalen Programms der Sozialdemokratie selbst handelt, ist das eine ebenso notwendige wie schwierige Aufgabe, die aber klarerweise nur gemeinsam mit unseren Genossen anderer Zunge gelöst werden kann. Das hat in einer Debatte, deren sachlicher Ernst und von Verantwortungsgefühl getragene Besonnenheit wohl anerkannt werden darf, der Prager Parteitag unserer tschechischen Genossen auch seinerseits als einzig zweckentsprechend festgestellt. Die deutschen Sozialdemokraten waren sich der Notwendigkeit, die Grundlinien für ein gemeinsames nationales Programm gemeinsam zu erarbeiten, stets bewußt und haben bei aller pflichtmäßigen Wahrung der Bedingungen des nationalen Lebens des deutschen Volkes auch in den schwierigsten Lagen trotz mancher Meinungsverschiedenheit die engste Kampfessolidarität mit den Bruderparteien zu wahren gewußt. Gemeinsam trotzen wir dem Ansturm der Nationalisten von allen Seiten, getragen von Liebe zum eigenen Volke, gestärkt durch das unzerreißbare Band der internationalen Solidarität des Proletariats.

In dieser Zeit, wo alles wieder einmal wankt in diesem Lande, wo alles problematisch geworden ist, Reich, Staat und Länder, Verfassung und Verwaltung, in dieser Zeit, wo eine schwere wirtschaftliche Krise die Lebenshaltung der arbeitenden Massen heruntergedrückt hat, finden es unsere Regierenden für gut, mit neuen, geradezu wahnwitzigen Forderungen für den Militarismus hervorzutreten, sofort auch die Rechnung zu präsentieren in ebenso dreisten wie unreifen Finanzplänen, in denen nur eines deutlich ist: daß sie auf die Ausplünderung der breiten Massen hinauslaufen, derselben Massen, deren notwendigste Lebensbedingungen man dem Zugriff der Agrarier preisgibt. Die Sozialdemokratie wird darauf die Antwort nicht schuldig bleiben und der Parteitag wird sie unmißverständlich formulieren. Schon hat die Furcht vor der Sozialdemokratie die bürgerlichen Parteien eingestandenermaßen genötigt, den staatlichen Biersteuerplänen einen ungewohnt ein-

mütigen Widerstand zu leisten, und wir werden es verstehen, den Herren auch fernerhin den Rücken zu steifen. Die Bewilligung neuer Steuern im Galoppschritt, aber die Verschleppung der Alters- und Invalidenversorgung, das ist das sozialpolitische Programm der Regierung und ihrer bürgerlichen Stützen. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft wird ihre Antwort darauf finden.

Schwere Arbeit und harter Kampf steht vor uns. Aber zu arbeiten ist das klassenbewußte Proletariat gewohnt, in bitterem Kampf ist die Sozialdemokratie erwachsen und groß gediehen und in diesem Lande, wo alles fraglich, ist es allein die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die ohne Zagen und sicher ihrer Zukunft ihren Weg geht.

So wünschen wir denn guten Erfolg und reichliche Frucht der Arbeit unseres Reichenberger Parteitages!

Die neue Regierung Bienerth.

Erste Lesung des Budgets, 24. Jänner 1911*).

Diejenigen, welche gemeint haben — und die Sozialdemokraten gehörten dazu —, es lohne sich nicht, außer der Budgetdebatte eine besondere politische Debatte über die Regierungserklärung abzu-

*) Mehr als zwei Jahre lang regierte Bienerth bereits mit dem einzigen Programm: „Gegen die Sozialdemokratie!“ Dabei ließ er immer die Obstruktionen gewähren, ohne den Versuch zu machen, sie durch Verhandlungen beizulegen oder durch Energie niederzuringen. Als durch seine Unfähigkeit die Obstruktion am 5. Februar 1909 das Parlament durch Lärm störte, schloß er die Session und nahm in den Ferien einige neue Minister auf: Stürgkh als Unterrichtsminister, Hochenburger als Justizminister, Weiskirchner als Handelsminister und, obwohl er sich als deutschen Minister feiern ließ, auch den Polen Bilinski und den Tschechen Braf. (Siehe Bd. VIII, Seite 307, Note.) Im Juli 1909 gelang es Dr. Adler, die Obmänner der Parteien für den Plan zu gewinnen, die Obstruktion der „Slawischen Union“ niederzuringen. Als aber die Obstruktionisten kapitulieren wollten, schloß Bienerth am 11. Juli die Session. (Siehe Band VIII, Seite 316, Note.) Die Thronfolgerkamarilla wollte kein Parlament; so mußte Bienerth die Gesundung des Parlaments verhindern, um dann mit dem § 14 zu regieren.

In Wirklichkeit hatte Bienerth auch nie eine feste Mehrheit im Parlament. Von den 516 Abgeordneten gehörten den Regierungsparteien nur 243 an: 96 Christlichsoziale, 77 Deutschfreiheitliche und 70 Polen. Die fehlenden 16 Abgeordneten mußten, wenn es bei einer Abstimmung notwendig wurde, aus der Gruppe der Unio latina (Italiener und Rumänen) oder von den fünf Bukowinaer Ruthenen (die zum Unterschied von den radikalen Ruthenen aus Galizien regierungsfreundlich waren) verschafft werden. So war die Mehrheit der Regierung immer sehr schwankend und oft nur mit den Stimmen der vier Minister, die auch Abgeordnete waren, zu halten. Auch in der Majorität gab es immer irgendeine unzufriedene Gruppe, die mit Opposition drohte. So namentlich im Polenklub, der ehemals die festeste Stütze jeder Regierung, seit der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes aber innerlich so zersetzt war, daß die bäuerlichen

führen, dürften wohl nach dem allgemeinen Urteil heute recht behalten haben. Was der Ministerpräsident vorgebracht hat, verlohnt

und die städtischen Elemente nicht mehr der Parole der „Schlachzizen" (des Adels) folgten. Ursprünglich drohte der Regierung Bienerth die Gefahr von der bäuerlichen Gruppe, der „Volkspartei", die Anlehnung an die oppositionelle „Slavische Union" suchte und sich wiederholt bei Abstimmungen absentierte. Mit dieser kam eine Vereinbarung zustande, als die Regierung Bienerth eine dieser Partei nahestehende Bank sanierte.

Aber im Dezember 1910 kam es plötzlich zu einem Bruch mit der Majorität des Polenklubs, die auf das Drängen ihrer Wähler hin die endliche Ausführung des im Jahre 1901 beschlossenen Gesetzes über den Bau von Wasserstraßen verlangte. Das Gesetz, das Koerber durchgesetzt hatte, um die nationale Obstruktion mit einem wirtschaftlichen Programm zu besiegen, war nämlich nicht durchgeführt worden, weil man die halbe Milliarde, die die Kanäle kosten sollten, dem Militarismus und Marinismus nicht entziehen wollte. Aber gerade in Galizien hatte man sich von den Kanälen eine gewaltige Entwicklung der Produktionskraft des Landes versprochen und deshalb verlangte der Polenklub immer wieder die Durchführung des Gesetzes.

Aber Bienerth war in seine Politik der Passivität so eingeschworen und dabei so ungeschickt, daß er schon im Sommer 1910 einer Abordnung des Polenklubs statt der üblichen allgemeinen Vertröstungen rundheraus erklärte, die Regierung denke gar nicht daran, die Wasserstraßen zu bauen. Das war der Grund, warum schon im Sommer sich die Polen zurückhaltend verhielten und warum damals das Parlament plötzlich geschlossen wurde.

Lange wurde verhandelt, und da der Polenklub, wenn er sich im Lande nicht unmöglich machen wollte, nicht nachgeben konnte, mußte Bienerth am 12. Dezember zurücktreten. Aber bald zeigte sich, daß es der Krone, aber auch dem Polenklub mit der Krise nicht Ernst war. Der Polenklub verzichtete auf seine sachlichen Forderungen und begnügte sich damit, daß sein Obmann Minister wurde. Professor Glombinski wurde Eisenbahnminister und außerdem noch der polnische Sektionschef v. Zaleski polnischer Landsmannminister. Bienerth hatte auch mit den Tschechen verhandelt und ihnen für den Eintritt in die Regierungskoalition zwei Ministerien angeboten. Als die deutschbürgerlichen Parteien davon erfuhren, protestierten sie dagegen, worauf ihnen wieder Bienerth die endgültige Demission androhte. Schließlich einigte man sich dahin, daß die Tschechen nur einen Minister erhielten, den Sektionschef Marek als Minister für öffentliche Arbeiten.

Dafür wurden noch zwei deutsche Beamte aufgenommen, und zwar als Minister des Innern Graf Wickenburg, der bisher Sektionschef im Ackerbauministerium gewesen war, und als Ackerbauminister ein Hofrat v. Widmann. Außerdem blieben von den alten Ministern Weiskirchner, Hochenburger, Stürgkh und der Landesverteidigungsminister Georgi. Um den Kurs der neuen Regierung noch deutlicher zu unterstreichen, wurde Graf Thun zum Statthalter von Böhmen ernannt.

Am 17. Jänner 1911 stellte sich die neue Regierung dem Parlament mit einer inhaltlosen Erklärung vor. In der Budgetdebatte, die sofort begann, wurde natürlich vornehmlich über die Regierungserklärung gesprochen. Für die Sozialdemokraten sprachen Adler, Daszynski und Dr. Leo Winter (Prag).

wahrhaftig nicht, einer besonderen Erörterung unterzogen zu werden; es war nichts als eine Wiederholung alter bewährter Redensarten. Nicht ein Wort hat man über die Absichten, die Pläne, die Politik der neuen ins Amt getretenen Regierung vernommen. Die Regierung versichert, ihr Leitstern werde die gewissenhafteste Objektivität in der Verwaltung sein. Hat man je eine Regierung gesehen, die etwas anderes versichert hätte? Wir kennen diese Objektivität zur Genüge, insbesondere wenn sie in der Bienerthschen Inkarnation auftritt, die einfach die

Objektivität des Nichtstuns,

die Objektivität des Nichteingreifens, des Zusehens ist, die für die Unfähigkeit, einzugreifen, die Formel eines tiefen politischen Gedankens, des Geschehenlassens, wählt. Wir haben von den staatsmännischen Ideen des Ministeriums Bienerth auch in seiner dritten Erscheinung nichts zu erwarten. Wir haben nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, daß jetzt ein neuer Weg, daß überhaupt ein Weg beschritten wird, sondern wir haben es mit nicht mehr zu tun als mit dem Wunsche, zu bleiben.

Allerdings haben wir einige Personalveränderungen auf der Regierungsbank. Wenn man sieht, wie großaussehende politische Aktionen, wie die des Polenklubs, zuletzt in kleine Personalverschiebungen ausmünden, muß man sagen: Ein Tor ist, der sich davon täuschen läßt. Wahr ist, was Baron Bienerth sagte: Der Kurs bleibt der alte, das heißt kein Steuermann und kein Kurs. (Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Der nationale Streit in Böhmen soll eine neue Behandlung erfahren, indem man den Grafen Thun zum Statthalter gemacht hat. Gewiß ist eines: Von allen Personalnachrichten der „Wiener Zeitung" ist diese Ernennung eine, die auf die innere Politik den größten Einfluß übt. Gewiß ist Graf Thun nicht ein Statthalter wie ein anderer. Und wie lange der Ministerpräsident unter ihm dienen wird (Heiterkeit), ist eine Frage, die er wohl selbst noch nicht zu beantworten weiß. Für uns bedeutet

der Name Thun vor allem ein Stück Geschichte,

und zwar ein Stück der traurigsten Leidensgeschichte der Arbeiterschaft Böhmens, aber auch des Bürgertums. Für uns bedeutet der Name Thun die Erinnerung an den Ausnahmszustand, an willkürliche Prozesse, an schmählichste Verfolgung, an die furchtbarsten Exzesse des Feudalismus. Graf Thun kommt heute in anderem Gewande. Er behauptet, er habe etwas gelernt, und er erwartet von uns, daß wir vergessen sollen. Ob das möglich ist, wird von ihm abhängen. Wenn er aber mit der Ambition und der Aufgabe kommt, in dem nationalen Streit der Vermittler zu sein, so ist es ein trauriges Armutszeugnis für das Bürgertum (lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten), sowohl für das deutsche wie für das tschechische, daß ein Appell an den feudalen Herrn überhaupt möglich ist. Die Unfähigkeit, selbst Ordnung zu

machen und Frieden zu stiften, ermöglicht die Wiedergeburt dieses alten Feudalen, der durch Jahrzehnte die Verkörperung von allem war, was die Völker gedrückt hat und was die Völker gehaßt haben. Ich schließe mich den Worten meines tschechischen Parteigenossen Dr. Winter*) durchaus an, die Schlichtung des Streites in Prag, wenn sie auch mit Ausschließung der Volksmassen erfolgen soll, würde auch von uns allen, Tschechen wie Deutschen, auf das wärmste begrüßt werden, und ich stehe nicht an, Klage zu führen, daß das Proletariat auch auf diesem Gebiet an dem leiden muß, was das Bürgertum verbrochen hat. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der Brand um uns herum hat auch in unser eigenes Haus Feuer herübergeworfen. Aber wir alle, seien Sie überzeugt, werden es uns zur Warnung und zum Exempel dienen lassen. Den Proletariern in Österreich, den deutschen und den slawischen, wird es nicht so gehen wie dem Bürgertum. Das einzige, was Sie uns bieten können, ist

das abschreckende Beispiel.

Wir werden es uns zur Warnung dienen lassen und nicht dieselbe Unfähigkeit beweisen, die Sie bewiesen haben.

Wir haben keinen Einfluß darauf, wie die Dinge in Böhmen gehen. Sicher ist, daß man sie schlichten will ohne jene Voraussetzung, die eine Schlichtung überhaupt möglich macht. Der nationale Streit in Böhmen kann nur auf der breitesten, ehrlichsten und ernsthaftesten demokratischen Grundlage geschlichtet werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer die Demokratie nicht will, kann den nationalen Frieden nicht herstellen. Die Rolle, welche die Feudalen jetzt als Retter des Vaterlandes spielen sollen, deutet darauf hin, daß wir von diesen Voraussetzungen heute weiter entfernt sind als je. Sie läßt uns wieder erkennen, daß das Bürgertum in dieser Frage wie in unzähligen freiheitlichen und politischen Fragen aus Furcht vor der Demokratie seine eigenen Interessen und seine eigene Aufgabe im Stiche gelassen hat. Ich bin von der Regierungserklärung abgekommen. Aber wie soll ich mich denn, wenn ich von ernsten Dingen rede, mit dieser Regierungserklärung befassen? (Heiterkeit.) Die tragische Frage, welche die Völker Österreichs belastet, daß uns ein Boden eingeräumt ist, auf dem wir alle zusammenleben und uns entwickeln müssen, ohne daß ein Volk das andere behindern oder von einem anderen behindert werde, muß von uns beantwortet werden, sonst gehen die Völker an dieser Tragik zugrunde. Daß der Ministerpräsident die Frage nicht so tief zu fassen beabsichtigt, geht aus der ganzen Art hervor, wie sie behandelt wird. Man sagt, solange die Leute in Böhmen sich nicht vertragen, werden sie dann die Schwierigkeiten bei ihren Finanzen haben. Es ist das jene Taktik, wie sie das gegenwärtige Ministerium an allen Fragen übt. Es übernimmt keine Verantwortung, sondern sieht zu.

*) Dr. Leo Winter, der Abgeordnete von Prag und Smichow, der nachmalige Sozialminister der tschechoslowakischen Republik.

Die böhmische Frage ist, so furchtbar sie ist, nicht allein zu lösen, wir haben diese tiefgehenden Fragen an allen Punkten. Wenn sie im Süden zwischen Südslawen und Deutschen, zwischen Südslawen und Italienern nicht so in die Augen springen, so liegt der Grund darin, daß der Streit dort nicht so alt ist, daß die Nationen unten doch im ganzen jünger sind, daß die Frage sich dort noch nicht so zugespitzt hat.

Aber die Weltgeschichte steht nicht still, von Tag zu Tag wird diese Frage brennender. Und welche Sorte Weisheit bringt die Regierung diesen Fragen entgegen? Die bosnische Affäre bleibt eine Frage der Delegationen und des Ministeriums des Äußern, die uns nichts angeht. Und wir haben hier nichts zu tun, als nach zwei Jahren hinterher diese Erstreckung der Souveränitätsrechte*) auch zu unterschreiben. In das ganze Verhältnis zu den südslawischen Völkern, zu Italien haben wir gar nichts dreinzureden. Die Regierung hat in diesen Dingen Sünden auf sich gehäuft, die sich rächen werden, für die wir blutig büßen werden. Glauben Sie, daß Tatsachen wie der Agramer**) und der ebenso lächerliche wie verruchte Grazer Hochverratsprozeß***) nicht politische Dinge

*) Die Annexion Bosniens und der Herzegowina am 8. Oktober 1908.

**) Über den Agramer Hochverratsprozeß siehe Bd. IX, Seite 34 f.

Der Agramer Hochverratsprozeß hatte am 5. Oktober 1909 mit der Verurteilung von 31 Angeklagten zu fünf bis zwölf Jahren geendet; insgesamt mit der Verurteilung zu 184 Jahren Kerker. Und im Dezember 1909 mußten der Geschichtsschreiber Dr. Heinrich Friedjung und der Chefredakteur der christlichsozialen „Reichspost" Dr. Funder in dem Prozeß, den die 50 Mitglieder der kroatisch-serbischen Koalition des kroatischen Landtages vor den Wiener Geschwornen gegen sie angestrengt hatten, zugeben, daß die von ihnen produzierten Dokumente gefälscht waren. Jetzt wurde die Sache durch den Professor Masaryk in den Delegationen wieder zur Sprache gebracht, indem er nachwies, daß die Fälschungen zumindest unter Mithilfe der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad fabriziert wurden. Überdies wurde dies gerade Anfang Jänner in einem Prozeß in Belgrad dargetan. Der Fälscher der Dokumente, ein gewisser Wassitsch, war wegen Landesverrat und Spionage geklagt und es wurde bei einer Hausdurchsuchung ein gefälschtes Telegramm aufgefunden, von dem festgestellt wurde, daß es von dem Beamten der Gesandtschaft Swientochowski geschrieben war. Daß die Fälschungen aber nicht von einem untergeordneten Organ ausgingen, geht daraus hervor, daß sie sich nicht damit begnügten, die angeblichen serbischen Insurrektionspläne zu beweisen, sondern darauf ausgingen, die dem Außenminister Aehrenthal unbequemen Politiker zu kompromittieren. Das Urteil sprach auch mit großer Vorsicht davon, daß zwischen dem Angeklagten und den Organen einer fremden Mission eine engere Bekanntschaft bestand, derzufolge es dem Angeklagten möglich war, bei der erfolgten Verfertigung der Dokumente Dienste zu leisten. Graf Aehrenthal suchte sich gegenüber diesen Feststellungen mit leeren Redensarten hinwegzuhelfen.

***) Wie Adler später selbst mitteilt, ein Hochverratsprozeß gegen Triestiner, für den das Grazer Gericht delegiert wurde. Er hat weniger Aufsehen erregt als der Agramer Prozeß.

ersten Ranges sind? Es wurde von dem Agramer Prozeß schon wiederholt gesagt, daß wir ihn bezahlen werden müssen, nicht nur politisch, sondern auch handelspolitisch und ökonomisch (lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten), daß wir und unsere Kinder es noch spüren werden. Man hat dann den Triester Prozeß in Graz gemacht, eine lächerliche Farce, die an die zwanziger und dreißiger Jahre erinnert. Wo ist unser Justizminister? Fragen Sie ihn, ob er dafür verantwortlich ist, daß wir eine ganz neue Sorte von juristischen Sachverständigen haben:

Sachverständige in Hochverratssachen!

(Heiterkeit und Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Offiziere, die darüber einvernommen werden, ob ein Lied oder eine Sportuniform eine Gefahr ist! (Heiterkeit.) Sie lachen; aber was schlimmer ist, die ganze Welt lacht uns aus. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Aber diese Dinge müssen wir bezahlen, und die ganzen absurden Rüstungen gegen Italien sind durch diese Politik mit verschuldet. Es ist nicht wahr, daß wir Angriffe von Italien zu gewärtigen haben. Wenn es aber Stimmungen drüben gibt, so sind sie in erster Linie durch diese verbrecherische, provozierende Politik verschuldet. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Mit der Politik einer Regierung, die in diesen wichtigsten Lebensfragen kein Wort zu sagen hat, in eine Erörterung sich einzulassen, ist wahrhaft eine Kunst.

Wie haben die Parteien diese Regierung begrüßt? Die Radikalen rechts und links wissen heute noch nicht, ob sie Mandeln oder Weibeln sind. (Heiterkeit.) Wenn man einer Regierung so lange

treu und mit Pathos gedient hat

wie die Deutschradikalen und ihr Sprecher Wolf in Momenten, wo jede ehrliche Volkspartei dem Ministerium entgegentreten mußte, durch dick und dünn für das Ministerium Bienerth gegangen ist und nun sagt, es sei etwas Furchtbares geschehen, die Herren wissen noch nicht, wie sie sich einrichten werden, man habe das Eisenbahnministerium einem Polen und das Arbeitenministerium einem Tschechen ausgeliefert, so muß man doch sagen, das sind kindische Redensarten. Das Finanzministerium ist nicht weniger wichtig als das Arbeitenministerium und es ist seit vielen Jahren von einem Polen — nicht zu unserem Vergnügen, aber sehr zum Vergnügen des Herrn Wolf (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) — verwaltet worden. Ein Pole kann wohl im Eisenbahnministerium nicht mehr Unheil stiften als im Finanzministerium. Wie stellen sich die Herren eigentlich eine österreichische Regierung und Verwaltung vor?

Dr. **Kramarsch:** Mit Herrn Malik als Minister!

Dr. **Adler:** Gerade Sie, Herr Dr. Kramarsch, muß ich zitieren. (Lebhafte Heiterkeit.) Ich halte es für einen törichten Einfall eines sehr gescheiten Mannes,

die Verwaltung national zu parzellieren,

nach den Prozenten der Bevölkerung zu rayonieren, wie Herr Dr. Kramarsch uns wiederholt vorgeschlagen hat.

Dr. **Kramarsch:** Das ist keine Rayonierung, oder es ist ganz Österreich rayoniert!

Dr. **Adler:** Das ist etwas wesentlich anderes!

Dr. **Kramarsch:** Ist es praktisch unmöglich, daß fünf slawische Minister sind?

Dr. **Adler:** Man kann ja auch nach der Volkszählung alle fünf Jahre die Ministerstellen anders austeilen.

Dr. **Kramarsch:** Das wäre auch das Richtige!

Dr. **Adler:** Na, ich danke! Lassen Sie irgendeinen Verein, der eine ernste Verwaltung hat, irgendeine Beamtenkasse nach diesem Rayonierungsprinzip verwalten.

Dr. **Kramarsch:** Sie haben im Vorstand der sozialdemokratischen Partei auch eine Vertretung nach der Zahl.

Dr. **Adler:** Vertretung und Verwaltung sind sehr verschiedene Dinge. Minister und Verwalter müssen daher genommen werden, wo man den gescheitesten und brauchbarsten findet.

Dr. **Kramarsch:** Ist er bei uns nicht zu finden?

Dr. **Adler:** Ich zweifle nicht daran und habe gar nichts dagegen, wenn man zehn gescheite slawische Minister findet, alle zehn hinzusetzen.

Dr. **Kramarsch:** Ich habe auch nichts dagegen. (Heiterkeit.)

Dr. **Adler:** Das sieht Ihnen ganz gleich! (Heiterkeit.) Aber ich halte es für unmöglich...

Dr. **Kramarsch:** ... zehn gescheite Tschechen zu finden?

Dr. **Adler:** Nein, ich kenne selbst viel mehr. Aber ich halte es für verwaltungstechnisch unmöglich und mit einer vernünftigen Verwaltung unvereinbar, daß man die Ministerien nach der Bevölkerungsziffer einteilt. Von der anderen Seite aber wird ein mindestens ebenso absurder Maßstab angelegt. Glauben Sie, daß es wirklich möglich ist, die Tschechen, die Polen, irgendeine Nation prinzipiell von der Verwaltung auszuschließen? Ist es nicht eine Torheit, das zu verlangen? Die Herren meinen aber ihre Opposition gar nicht ernst; denn sie denken gar nicht an die Minister, sondern

viel wichtiger ist ihnen die Beamtenunterbringung,

die Verschiebungen in den Beamtenkörpern. Das gilt für die Herren links und rechts. Sie haben gemeinsam beide die Erklärungsdebatte verlangt, weil sie beide gemeinsam noch nicht wissen, wie sich das mit den Beamtenverschiebungen stellen wird. Das andere ist nur dekorativ. Die Hauptsache ist: Wen bringen wir unter? (Heiterkeit.)

Die Partei des Herrn Wolf braucht zwei Gattungen von Politik: eine für das Parlament und eine für die Geltendmachung des Einflusses in den Ministerien. Dafür ist die oppositionelle Haltung nicht ganz nützlich. Den W ä h l e r n g e g e n ü b e r aber ist es viel besser, in der o p p o s i t i o n e l l e n P o s e zu erscheinen. Und

nachdem man nichts Gewisses weiß, ob nicht in absehbarer Zeit Neuwahlen sein werden, ist es nützlich, sich für alle Fälle für die neue Rolle vorzubereiten. Auch bei den Tschechen dürfte sich der ziemlich starke Aufwand von Pathos durch die Ernennung des Grafen Thun und die Strömungen, die damit zusammenhängen, für die Zukunft wesentlich beruhigen.

Für uns existieren diese Dinge nicht. Wir haben keine Beamten unterzubringen, wir haben ganz andere Sorgen. Für uns bleibt das Ministerium Bienerth auch in seiner neuen Gestalt das alte, in jeder Beziehung unfruchtbare Gebilde, allerdings mit einigen Verschlimmerungen.

Das Bleibende im Wechsel

ist Graf Stürgkh*). Gegen verschiedene Herren ist der Ansturm von allen Seiten gekommen. Die Polen haben es vermocht, Herrn v. Bilinski, der sehr fest gesessen ist, zu entwurzeln. Graf Stürgkh, der von denjenigen selbst befeindet wurde, für die er ursprünglich ernannt wurde, von den Deutschen, bleibt. Man wird doch nicht einen Mann fallen lassen, weil er aus einem Liberalen ein Klerikaler geworden ist. Man wird es sich oben doch nicht gefallen lassen, daß man den getreuesten Diener der neuesten Politik den Herren opfert, man nützt sie aus, durch Jahre haben sie redlich gedient, aber der Dank ist, daß Graf Stürgkh bleibt. Und er hat großen Einfluß in allen Kulturfragen, nicht nur in Fragen der Schulen und der Universitäten, sondern das Schlimme ist, daß wir auch in manchen anderen Fragen hier einen Mann vor uns haben, der völlig unverläßlich ist, von dem wir nie wissen, was wir von ihm zu erwarten haben. Ich verweise da auf die niederösterreichische Spitalfrage, eine der wichtigsten Fragen, die nicht nur Wien, sondern auch alle Kronländer und Nationen angeht.

Wir haben das allergrößte Interesse daran, daß dieser widerwärtige Skandal, der sich in Niederösterreich abspielt, dieser nega-

*) Graf Karl Stürgkh, der seinerzeitige „verfassungstreue", liberale Großgrundbesitzer, der den fanatischen Kampf gegen die Wahlreform geführt hatte, war nach der Wahlreform zwar nicht Abgeordneter, aber in der Regierung Bienerth Unterrichtsminister. Am 3. November 1911 wurde er nach Gautsch Ministerpräsident. Am 21. Oktober 1916 wurde er bekanntlich von Friedrich Adler erschossen.

Er hatte sich als Abgeordneter immer für einen Liberalen ausgegeben, als Minister aber suchte er sich die Gunst der Klerikalen zu erwerben. Im November 1910 ließ er zwei Privatschulen des Vereines „Freie Schule" sperren, weil sich der Verein weigerte, nur die vom bischöflichen Ordinariat ausgewählten Religionslehrer den Religionsunterricht erteilen zu lassen, und bald danach bestätigte er die Maßregelung von Lehrern, die nichts getan hatten, als daß sie in Versammlungen der „Freien Schule" gegen die Auslieferung der Schule an die Klerikalen protestierten. Darauf veröffentlichte der Verein „Freie Schule" ein Denkschrift, in der er den Nachweis führte, daß die Schulverwaltung unter dem Grafen Stürgkh mehr als je ein Instrument der Klerikalisierung war, was schon die Verfolgung der nichtklerikalen Volksschullehrer und die des Professors Wahrmund bewies.

tive Kompetenzkonflikt zwischen Staat, Gemeinde und Land, der sich darin ausdrückt, daß wir

zu wenig Spitäler*)

haben und diejenigen, die wir haben, nicht erhalten können, daß die Lasten dafür auf denjenigen ruhen, die sie am allerwenigsten tragen können, ein Ende nimmt, und wir sind gewiß dafür zu haben, daß endlich in dem Einvernehmen zwischen den drei Instanzen Ordnung geschafft werde. Aber der Plan, der vom niederösterreichischen Landesausschuß ausgegangen ist und manches Vernünftige für sich hat, ist mit den Lastern, mit den bösen Eigentümlichkeiten der christlichsozialen Partei überhaupt behaftet, ist mit dem Versuch verquickt, die ganze Verwaltung in ihre eigenen Hände zu bekommen, eine Verwaltung, die niemals eine Parteiverwaltung werden darf. Mit Recht haben alle diejenigen, die an der Volksgesundheit und an den Fortschritten der Medizin ein Interesse haben, aufgeschrien, als man davon sprach, man wolle die Spitäler und Kliniken bürokratisieren, die Lehrer und Forscher denjenigen ausliefern, die weder für die medizinische, noch für eine andere Lehre und Forschung ein ernstes Interesse haben. Es wäre nun vor allem Pflicht des Unterrichtsministers gewesen, Farbe zu bekennen. Graf Stürgkh hat jedoch die eingebrachte Interpellation nicht beantwortet und den Professoren nur unverbindliche Redensarten gesagt, ohne eine Verpflichtung dafür zu übernehmen, daß er dieses Projekt nicht zustande kommen lassen werde ohne ernste Garantien für die Möglichkeit und Unversehrtheit des medizinischen Unterrichtes und der freien medizinischen Forschung.

Schuhmeier: Wie steht denn Stürgkh zur Professorenernennung? Eine Erzherzogin nimmt Einfluß auf die Ernennung von Professoren!

Dr. **Adler:** Das ist ein Kapitel, über das wir beim Unterrichtsbudget noch reden können ... Wir haben dann noch einen anderen Herrn, der bleibt. Der Handelsminister Dr. Weiskirchner**) wird auf seinem Platze von seiner Partei gestützt, welche nebenbei bemerkt, die einzige ist, die voll und ganz mit dem gegenwärtigen Ministerium einverstanden ist. Dr. Weiskirchner, der die Interessen der städtischen Bevölkerung, der Industrie und der industriellen Arbeiterschaft zu vertreten hätte, hat sich

*) Siehe zur Spitalfrage die Rede, die Adler ein Jahrzehnt vorher, am 9. Juli 1901, im niederösterreichischen Landtag gehalten hat. Noch immer war die Spitalschande aktuell.

**) Dr. Richard Weiskirchner, früher Magistratsdirektor in Wien, der erste Präsident des Abgeordnetenhauses nach der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, dann Handelsminister, nach Neumayers Rücktritt, März 1913, Bürgermeister von Wien, hat den Agrariern zuliebe den Geheimvertrag mit Ungarn geschlossen, durch den die Einfuhr argentinischen Fleisches verboten wurde. (Siehe Adlers Reden über die Teuerung vom 4. Oktober 1911 [Bd. VIII, Seite 447 ff.] und vom 5. Oktober [Bd. VIII, Seite 452, besonders 462 f.].)

als das Werkzeug agrarischer Eingriffe

in einem Maße bloßgestellt, das ihm in jedem anderen Lande ein weiteres Amtieren unmöglich gemacht hätte. Die christlichsoziale Partei hat ja immer den Kampf gegen das Übergewicht der Ungarn an die Spitze ihres Programms gestellt, und die Militärforderungen der Ungarn abzuwehren, war für sie immer das Wichtigste. Mit diesem dekorativ wirkenden Pathos gegen die Ungarn schmücken die Christlichsozialen ihre Reden ja noch immer. Die Wahrheit ist aber, daß sie die Militärforderungen der Ungarn wohl abweisen, dagegen den *Militärforderungen* gegenüber, die das Volk wirklich drücken, *die gehorsamsten Zuträgerdienste* leisten, daß sie den Forderungen *der ungarischen Agrarier Knechtesdienste* leisten und mithelfen, daß die ganze städtische Bevölkerung Österreichs nach dem Befehl der ungarischen Agrarier regiert werde. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Das Werkzeug dieser Politik, nicht offen, sondern in *geheimen Winkelzügen*, ist Doktor Weiskirchner. Er ist ein ausgezeichnet geschickter Mann, seiner Versatilität gleicht nicht bald die eines anderen. Er weiß *mit hundert Zungen zu reden, um jedem etwas anderes zu sagen*; das Wort „Doppelzüngigkeit" wäre, auf ihn angewendet, ein Euphemismus. (Lebhafte Heiterkeit.) Dr. Weiskirchner vermag es sehr gut, vor seiner Wählerschaft in Wien zu erscheinen und ihr zu versprechen: Fleisch, Fleisch, argentinisches Fleisch; und darauf wieder anderswohin zu gehen und die „Interessen der Landwirtschaft zu sichern, daß die Herren ganz beruhigt sein können". Er versteht es, förmliche *Agitationsreisen von einer Unternehmervereinigung zur anderen* zu veranstalten und dort Reden zu führen, die geradezu schon an *Aufreizung gegen den sozialpolitischen Fortschritt* streifen, sich solidarisch mit ihnen zu erklären; aber ich zweifle gar nicht, wenn unsere Gewerkschaften einmal den Einfall hätten, Herrn Weiskirchner zu einem Kongreß einzuladen (Heiterkeit), so würde er ihnen eine sozialpolitische Rede halten. Weiskirchner ist ein *Mann für alles und darum ein Mann für gar nichts*. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Heute will man die Sünde des gewiß verfassungswidrigen

Geheimvertrages

bezüglich der Fleischeinfuhr auf das Ministerium Beck abschieben. Das Ministerium Beck möge verantworten, was es zu verantworten hat, die heutige Regierung wird dadurch nicht entlastet. Die Klausel, die seinerzeit gemacht wurde, hat den gefährlichen Charakter, den sie heute bekommen hat, damals gar nicht an sich getragen. Sachlich war eine Klausel, daß man bei Meinungsverschiedenheiten Veterinärbestimmungen im strengeren Sinne auslegen werde, nicht so gefährlich und sie hatte jedenfalls keinen

Bezug auf die Einführung von Fleisch in einem Moment, wo die Bevölkerung kein Fleisch hat.

Dr. v. **Korytowski:** Die Klausel besteht seit 1886!

Dr. **Adler:** Die Anwendung dieses Abkommens auf die Frage der Fleischversorgung ist ein neuer Verrat, ist erst recht ein Verfassungsbruch und eine Preisgebung der wichtigsten Interessen der städtischen Bevölkerung. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Weiskirchner hat das Haus in der ganzen Frage der Handelsverträge zum Narren gehalten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Im Volkswirtschaftlichen Ausschuß hat er eine flammende Rede für die Handelsverträge gehalten und zwei Stunden darauf hat er mit Dr. Licht und Konsorten die Verschwörung gegen die städtische Bevölkerung angezettelt. Solchen Herren gegenüber muß man mindestens vorsichtig sein und sich die Taschen zuhalten. Das ist das Bild, das wir heute von Dr. Weiskirchner haben. Diese Preisgebung der städtischen Bevölkerung ist ein Verrat an seinem Amte, an seinen Wählern und an seiner Vergangenheit.

Dr. Weiskirchner ist

auch für die Sozialpolitik in Österreich verantwortlich.

Er ist ja hervorgegangen aus der christlichsozialen Partei, die einen Teil ihres Ansehens in der Öffentlichkeit auf ihre sozialpolitischen Tendenzen gebaut hat. Die ganze Sozialpolitik ist aber, seitdem sie in den Händen Dr. Weiskirchners liegt, zum Stillstand verdammt, und zwar so absolut, wie das seit Jahren nicht der Fall war. Gewiß, die Zeiten sind vorbei, wo man sich einbilden konnte, man könne die Arbeiterschaft durch wohlwollende Phrasen gewinnen. Die Arbeiterschaft ist kräftig geworden und heute sind die Klassengegensätze so stark geworden, daß wirkliches Wohlwollen auf der anderen Seite, weil es sich reell betätigen müßte — und nicht bloß in öligen Redensarten —, so ziemlich verschwunden ist. Die Zeiten sind vorüber, wo der Adel auf seinen Schlössern, weil er nicht gewußt hat, wie es in einer Fabrik aussieht, nicht wußte, wie man Profit macht, wenigstens unparteiisch der Sozialpolitik gegenübergestanden ist. Heute sind die Adeligen selbst Industrielle, sie sind vor allem Zuckerfabrikanten, Holzindustrielle, haben Mühlenwerke, Sägewerke, Eisenindustrie und alles mögliche, kurz, sie sind nicht mehr unparteiisch. Die schönen Zeiten, wo wir hier und im Herrenhaus die Reden des Belcredi, des eifernden Mannes der christlichen Sozialpolitik, wo wir die Zöglinge des Vogelsang*) gehört haben, wo Fürst Liechtenstein seine schöne Reden gehalten hat, sind vorüber. Heute hat die Politik des hohen Adels für die Arbeiterschaft, die nie viel Wert gehabt hat, jeden Anschein verloren. Heute sieht man im Gegenteil, daß sich zwar in diesem Hause des

*) Siehe unter anderem Bd. VIII, Seite 342, 352 ff.

allgemeinen Wahlrechtes gewisse volks- und arbeiter- und darum kulturfeindliche Tendenzen, die sich gegen die Sozialpolitik und den Arbeiterschutz richten, nicht hervortrauen, daß sich aber

im Herrenhaus der ganze Ausbeuterklüngel etabliert

hat; im Herrenhaus ist heute die Klassenvertretung der ganzen Ausbeuterschaft Österreichs. Wozu ist denn dieses Herrenhaus? Die Befürworter der ersten Kammer haben dem Herrenhaus die Objektivität zugesprochen und erklärt, daß dort nur die großen Interessen des Staates gewahrt werden. Heute sieht man aber, daß ein Zuckerfabrikant und Präsident einer Handelskammer das Gesetz über die Nachtarbeit der Frauen im Herrenhaus zu verderben sucht, heute sehen wir, daß die Herren Grafen, die beinahe anonym sind (Heiterkeit) — so wenig kennt man sie, man muß nachschauen, wer sie sind, allerdings nicht mehr im Gothaschen Kalender, sondern im „Kompaß*)", wo man sie komplett findet (lebhafte Heiterkeit und Beifall) —, das verderben, was hier halbwegs gerettet wurde. Objektivität, Wohlwollen ist beim Herrenhaus nicht. Aber vielleicht das Wissen? Die sozialpolitische Unwissenheit, wie sie sich bei allen diesen Gesetzen im Herrenhaus zeigt, ist so unerhört, daß man sich schämen muß. Das hat die letzte Debatte in geradezu kläglicher Weise gezeigt.

Die Arbeiterschaft und ihre Vertreter hier im Hause werden sich aber diese Angriffe des Herrenhauses nicht gefallen lassen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Herren mögen sich darüber nicht täuschen. Sie haben den Sturm erlebt, als es sich um die Nachtarbeit der Frauen handelte; sie werden einen ähnlichen Sturm noch in verstärktem Maße erleben, wenn das Herrenhaus es wagt, das Gesetz über den Kontraktbruch zu hindern. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Die Herren dort sollen nur nicht glauben, daß sich die Arbeiterschaft das allgemeine Wahlrecht und eine Vertretung im Parlament erobert hat, um sich vom Herrenhaus die Früchte dieses Wahlrechtes konfiszieren zu lassen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.) Die Herren im Abgeordnetenhaus aber sollen nicht glauben, daß es ihnen gelingen werde, die Welt über ihren wahren Charakter, ihre wahren sozialpolitischen Absichten zu täuschen, indem sie hier Wohlwollen heucheln und die Henkersarbeit dem Herrenhaus überlassen. An dem Verhalten des Herrenhauses zum Kontraktbruchgesetz können Sie sehen, welche niederträchtigen Flausenmacher das sind. Das Gesetz soll nicht gemacht werden, weil es nur im Zusammenhang mit dem ganzen sechsten Hauptstück der Gewerbeordnung gemacht werden muß. Wenn wir aber

---

*) Der „Gothasche Kalender" (richtiger Gothasche „Almanach") das Verzeichnis des Adels, der „Kompaß" das Verzeichnis der Aktiengesellschaften und großen Unternehmungen.

mit diesem Vorschlag kommen, dann heißt es: Das geht nicht, die Geschichte der englischen und der deutschen Arbeiterschutzgesetzgebung hat gezeigt, daß man nur stückweise vorgehen kann. Wir haben diese Litanei hundertemal gehört. Nun kommt man mit Einzelforderungen, wir bemühen uns, einzelnes zu bessern, da kommt man nun und sagt: Nur im Zusammenhang kann man das machen. Ja, glauben denn die Herren, daß sie es mit Grafen und Fürsten zu tun haben, die, kopf- und hirnlos, nicht wissen, was man ihnen erzählt? Die Arbeiterschaft versteht die Komödie und wird sie sich nicht gefallen lassen (lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten) und wir als ihre Vertreter hier werden die Träger dieser Abwehrbewegung sein.

Der Handelsminister selbst hat seit Monaten den Entwurf einer Verordnung fertig liegen, durch welche der sogenannte sanitäre Maximalarbeitstag festgelegt werden soll, eine ganz schwächliche Maßnahme, die in Deutschland schon seit zwanzig Jahren durchgesetzt ist, die überdies bereits alle möglichen Beiräte, nicht zum Vorteil der Sache, passiert hat, Beiräte, die heute mehr Verschleppungs- als Förderungsinstrumente sind; aber

der christlichsoziale Sozialpolitiker

versperrt auch diese Verordnung in seinem Pult. Ist er denn so fruchtbar an sozialpolitischen Großtaten, daß er für seinen Eifer keinen Platz mehr hat? Nein, er will es sich eben mit den Industriellen nicht verderben, deren Gast auf Kongressen er fortwährend ist. Was die Beiräte betrifft, möchte ich übrigens nur nebenbei bemerken, daß es nicht so weitergehen wird, daß die Arbeiterschaft aus allen Beiräten ausgeschlossen ist und daß in dem einzigen Beirat, in dem Arbeiter sitzen, im Arbeitsbeirat, in den Industriellen, Fachmännern und Regierungsvertretern ein Gegengewicht gegen die Forderungen der Arbeiterschaft besteht. Entweder wird man die Industriellen aus dem Arbeitsbeirat in den Industrierat zurücksenden oder den Arbeitern auch in den anderen Beiräten eine Vertretung gewähren müssen.

Alle diese Sorgen werden aber durch die große Frage der Finanzen überwogen, durch die ungeheure Frage, wie die Bevölkerung die ungeheuren Lasten, die ihr zugemutet werden, tragen soll. Wir kommen dem neuen Finanzminister mit all dem Respekt entgegen, der einem Manne von wissenschaftlicher Tüchtigkeit und erprobter Arbeitskraft gebührt. Aber man hat es hier nicht mit einer Person, sondern mit einem Minister zu tun. Da ist nun sehr zu fürchten, daß Dr. Meyer trotz seiner Tüchtigkeit das Los aller Finanzminister teilen wird. Vorläufig hat er bereits ein höchst gefährliches Wort gesprochen, er hat von der Sparsamkeit gesprochen. Wenn

ein Finanzminister von Sparsamkeit redet,

so liegt das an sich ja durchaus in seiner Rolle; aber an dieser Stelle und als das einzige Positive in einem Programm des Finanz-

ministers hat dieses Wort geradezu Schrecken hervorrufen müssen. Österreich ist ja der sparsamste Staat der Welt. Welcher Staat spart denn mehr, wenn es gilt, Schulen zu bauen, welcher Staat hat einen elenderen Zustand des Volksschulwesens? Sparen wir nicht an Spitälern, sparen wir nicht überhaupt, wenn es sich um etwas handelt, was die Kultur, die Ernährung, den Körper des Volkes angeht? Da wird gespart bis zum Hunger. Man lese aber demgegenüber, was heute den Delegationen an Forderungen für die Armee, für den Bau neuer Schiffe und dergleichen vorgelegt wird*). Der Finanzminister, der sparen will, spielt eine etwas komische Figur. Er möge seine Rede doch in den Delegationen halten! Wenn er dort oder im Ministerrat mit seiner Mahnung zum Sparen durchdringt, dann soll er auch im Abgeordnetenhaus diese Mahnung vorbringen! Dann werden wir ihm sagen, daß man nicht an produktiven Ausgaben sparen darf, welche die Produktions- und Arbeitskräfte des Volkes stärken und heben; dann werden wir ihm sagen, daß es Selbstmord ist, auf den unproduktiven Gebieten des Militarismus Milliarden zu verschwenden und die Sünden unserer törichten auswärtigen Politik durch eine Verschwendung zu bezahlen, die früher oder später zum Bankerott führen muß. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir werden ihm dies sagen mit der Entschlossenheit, keinen Groschen für diese Forderungen zu bewilligen, die dem Volke doppelt schaden, nicht nur direkt, sondern auch indirekt, weil sie die Mittel für die kulturelle Entwicklung des Volkes wegnehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Daraus können Sie entnehmen, welches Urteil die sozialdemokratische Partei über die Bilanz dieser Regierung hat. Dabei sollen kleine dekorative Erscheinungen mit Stillschweigen übergangen werden. Ich spreche hier nicht davon, daß unter dem liberalen deutschen Justizminister eine Konfiskationspraxis besteht wie seit nahezu einem Jahrzehnt nicht. Von der Preßgesetzgebung redet man heute überhaupt nicht mehr. Sie ist ganz in den Hintergrund gedrängt. Heute erlebt man auch wieder den artigen Spaß, in den Versammlungen Polizeikommissäre zu sehen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir haben sie lange nicht gesehen. Nun, uns schadet das nicht, aber wir lachen darüber. Aber welches Licht wirft das auf die Regierung und auf ihre Tendenzen! Wenn man alle diese Einzelheiten summiert, hat man den Eindruck, daß wir

in eine Periode des Kampfes eintreten,

des Kampfes nicht allein gegen diese vergängliche Regierung, sondern in eine ernste Periode des Kampfes der Arbeiterklasse nach allen Fronten, in den Dingen der Kultur gegen den Klerikalismus, in den Dingen der Sozialpolitik in bezug

*) Siehe die Rede Adlers vom 3. Februar 1911: „Die neuen Dreadnoughts“ im Kapitel „Militarismus und Krieg“.

auf den Arbeiterschutz und in den Dingen der Politik und Verwaltung in bezug auf die Freiheit, in eine Periode des Kampfes, die uns nicht schreckt, die vielmehr für uns das Lebenselement ist (lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten), eines Kampfes, den wir führen wollen, wie wir es, seitdem wir denken, gewohnt sind. Sie sollen nur kommen, wir sind ihnen gewachsen! Wir sind mit anderen Leuten fertig geworden als mit der Bienertherei, und wenn der alte Thun selbst wäre, was der junge Thun war, wir sind der ganzen Rückwärtserei gewachsen, von Bienerth hinüber zum Herrenhaus und bis nach Prag zur Statthalterei. Wir werden mit ihnen fertig werden, und Kampf, Kampf und wieder Kampf dieser Regierung, diesem System und diesem ganzen Wust von Verbindungen, von faulen Beziehungen, von unklaren Drahtziehereien und vor allem Kampf der Heuchelei, der Zweideutigkeit und der Lüge, die sich ausdrückt in den großen Worten, mit denen die Herren uns kommen, hinter denen aber nichts steckt als Unfruchtbarkeit auf der einen und der Polizeigeist auf der anderen Seite! (Anhaltender lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Attentat auf das Vereinsrecht.

Parlament, 8. März 1911*).

Wir sollen heute eine Arbeit zu Ende führen, die das Parlament in den verschiedensten Formen seit dem Jahre 1874 beschäftigt. Unser Vereins- und Versammlungsgesetz entstand

*) Am 8. März 1911 sollte das Abgeordnetenhaus eine Reform des Vereinsgesetzes verhandeln, die das Verbot der Teilnahme von Frauen an politischen Vereinen und das Verbot der Verbindung politischer Vereine beseitigen wollte. Eine Reform, die auf einen Initiativantrag des Abgeordneten Pernerstorfer zurückging und gegen den offenen und versteckten Widerstand der Regierung und der bürgerlichen Parteien im Ausschuß durchgegangen war.

Gerade an diesem Tage aber brachte die Regierung Bienerth einen Entwurf ein, der sich anstellte, als ob auch er eine solche Reform plane, aber in Wirklichkeit ein Attentat auf das Vereinsrecht war. Natürlich mußte sich die Debatte auch mit diesem Entwurf beschäftigen. In der Debatte kam auch Adler zu Wort. Um die Rede dem Verständnis näherzubringen, sei ein Überblick über das damals geltende Vereinsrecht gegeben:

Das geltende österreichische Vereinsgesetz stammte aus dem Jahre 1867. Es war in seiner Art für die damalige Zeit ein großer Fortschritt. Aber bald hatten sich in der Praxis die großen Fehler herausgestellt. Sie bestehen vornehmlich in den Bestimmungen über die politischen Vereine. „Ausländer, Frauenspersonen und Minderjährige" (die Großjährigkeit begann nach österreichischem Gesetz erst mit dem vollendeten 24. Lebensjahr) durften politischen Vereinen nicht angehören. Politische Vereine mußten den Behörden die Namen ihrer Mitglieder bekanntgeben, sie durften keine Ortsgruppen bilden und mit anderen politischen Vereinen nicht in Verbindung treten. Ob ein Verein

im Frühling unseres sogenannten Verfassungslebens,

wo die alten Herren noch jung waren. Heute sind die jungen Herren sehr alt, die mit der Verfassung in einen nominellen Zusammenhang gebracht waren, und ihre Urheber stellten sich darunter ein sehr liberales Werk vor. Sie setzten eine verständige Durchführung des Gesetzes voraus. Es hat sich aber gezeigt, daß die Paragraphen dieses Gesetzes in den Händen unserer Verwaltung zu einer kautschukartigen Materie geworden sind, daß man das Vereinsgesetz je nach den politisch maßgebenden Strömungen mehr oder weniger schroff angewendet hat, nicht, um die Vereinsbildung zu ermöglichen und zu fördern, sondern um sie zu erschweren und

---

ein politischer Verein war, entschieden die Behörden. Diese Beschränkungen wurden mit dem Erstarken des politischen Lebens fühlbar. Die zahllosen Anträge auf Abänderung des Vereinsgesetzes, die seit dem Beginn des parlamentarischen Lebens eingebracht wurden — der erste von Kronawetter schon im Jahre 1874 —, bezogen sich vornehmlich auf die politischen Vereine. Alle diese Anträge kamen aber höchstens in den Ausschuß; aus dem Ausschuß kam keiner mehr heraus.

Erst dem Antrag, den Pernerstorfer namens des sozialdemokratischen Verbandes am 20. Oktober 1909 einbrachte, war ein besseres Schicksal beschieden. Dieser Antrag verlangte einfach die Streichung der §§ 29 bis 35, die die Sonderbestimmungen für die politischen Vereine enthielten. Damit wären diese allen anderen Vereinen gleichgestellt worden. Im Verfassungsausschuß machten aber die Regierung und einzelne Parteien Bedenken geltend, von denen nur das eine Berücksichtigung verdiente, daß das Herrenhaus eine solche radikale Reform vereiteln oder zumindest verschleppen würde. Also kam dann im Ausschuß ein Konpromiß über das unbedingt notwendige Minimum der Reform zustande: das Verbot der Beteiligung der „Frauenspersonen" an politischen Vereinen wird aufgehoben, die Altersgrenze auf 21 Jahre herabgesetzt und den politischen Vereinen das Recht, Ortsgruppen und Verbände zu bilden, eingeräumt.

Aber kaum war der Beschluß im Ausschuß gefaßt und auf Verlangen der Sozialdemokraten auf die Tagesordnung gestellt, als schon ein Kesseltreiben dagegen anfing — offenbar auf Veranlassung der Regierung. Im „Deutschen Nationalverband" gab es plötzlich erregte Debatten über Frauenemanzipation, über Heiligkeit der Familie und über Frauenwürde und die deutschradikalen Spießer schämten sich dort nicht, allen Ernstes von den Gefahren der Teilnahme von Frauen am politischen Leben zu faseln. Eine Deputation des Nationalverbandes wurde zum Ministerpräsidenten geschickt und Herr v. Bienerth erklärte den Herren, daß der Antrag Pernerstorfer überflüssig sei, da die Regierung ohnedies an einer Vorlage über eine Reform des ganzen Vereinsgesetzes arbeite. Aber die Sozialdemokraten bestanden darauf, daß die lex Pernerstorfer auf der Tagesordnung verbleibe. Noch im Februar wurde die Beratung begonnen und nach dem Wiederzusammentritt des Parlaments fortgesetzt.

Nun sah sich die Regierung gezwungen, mit ihrer Vorlage herauszurücken. Die Vorlage sah auf den ersten Blick ganz modern aus. Sie kannte keine politischen Vereine mit ihren Beschränkungen mehr. Dafür enthielt sie die Bestimmung, daß „Ausländer und Minderjährige" von der

unmöglich zu machen. Insbesondere kehrte sich seine Anwendung durch Jahrzehnte selbstverständlich gegen die Arbeiterklasse. Es ist unnötig, die Leidensgeschichte, die die Arbeiterschaft auf diesem Gebiet durchzumachen hatte, hier zu wiederholen. Aber alle diese Bemühungen der Herrschenden und ihrer Organe waren vergeblich. Trotz des Mißbrauches des Vereinsgesetzes durch die Bürokratie hat die Arbeiterschaft ihr Recht und ihre Lebensmöglichkeit durchgesetzt. Wir waren die besten Lehrer und Ausleger dieser Gesetze. Mit schwerer Mühe ist es uns gelungen, einen Bezirkshauptmann um den anderen zum Lesen und Befolgen der Gesetze zu erziehen. Es war eine opfervolle Arbeit, und wir sind es müde, sie immer wieder zu verrichten. Nun sieht es so aus, als sollte ein

Teilnahme an Vereinen, die eine Einwirkung auf das Staatswesen oder dessen Einrichtungen, auf Fragen der Gesetzgebung oder der Verwaltung bezwecken, oder deren Tätigkeit eine solche Einwirkung in sich schließt, durch die politische Landesbehörde ausgeschlossen werden könnten. Damit waren auf einem Umweg die alten „politischen Vereine" in verschlechterter Form wieder eingeführt. Die nunmehrige Definition paßte nämlich so ziemlich auf alle Vereine, vor allem natürlich auch auf die Gewerkschaften. Das Gefährlichste an dieser Bestimmung war aber, daß die Beschränkungen nicht diesen Vereinen an sich anhafteten, sondern ihnen von den Behörden auferlegt werden konnten, somit der Willkür der Behörden und vor allem der verschiedenartigen Behandlung der Parteien von Gesetzes wegen schon Tür und Tor geöffnet war. Dieses freie Ermessen der Behörden kehrte dann noch einmal wieder: „Vereine, die vermöge ihres Zweckes, ihrer Einrichtung oder ihrer Tätigkeit gesetzwidrig sind, oder das Gemeinwohl gefährden, können durch die politische Landesbehörde aufgelöst werden." Hier kam der Versuch, ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten zu schaffen, verblümt zum Vorschein, wenn auch die Regierung jede derartige Absicht weit von sich wies und Graf Wickenburg, der Minister des Innern, meinte, es werde der Behörde damit nur die Möglichkeit gegeben, zu „individualisieren".

Das waren so die zwei schönsten — es gab noch andere schöne — Bestimmungen dieser Reform. Es ist begreiflich, daß die Sozialdemokraten keinen Zweifel darüber ließen, daß sie sich einem solchen Gesetz mit allen Mitteln widersetzen würden.

Der Deutschradikale Dr. v. Mühlwert stellte, als die Regierung mit ihrer Vorlage herauskam, den Antrag, die lex Pernerstorfer an den Ausschuß zurückzuverweisen — wo sie mit der Regierungsvorlage zusammen verhandelt werden solle —, angesichts der klaren Haltung der Sozialdemokraten wagte er es aber doch nicht, so offenkundig die Verantwortung für die Verschleppung der Reform, die im Programm aller Parteien dieses Parlaments stand, auf sich zu nehmen und zog daher unmittelbar vor der Schlußrede des Ausschußberichterstatters Pernerstorfer seinen Antrag auf Rückverweisung zurück.

Die Pernerstorfersche Reform wurde dann einstimmig angenommen.

Das Herrenhaus hat sie aber nicht mehr erledigt und das alte Gesetz blieb bis zum Umsturz in Geltung, ebenso wie ja erst nach dem Umsturz das Alter der Großjährigkeit auf das 21. Lebensjahr herabgesetzt wurde.

Teil dieser mühevollen Arbeit wieder vernichtet werden. Man sieht Erscheinungen wieder, die man seit Jahren nicht mehr zu beobachten hatte. Ich spreche nicht von dem armen Polizeikommissär, der jetzt wieder in den Versammlungen erscheint, der nicht ein Gegenstand der Beängstigung, sondern des Mitleides ist. Man sieht aber auch wieder Behelligungen von Versammlungen und Vereinen, an die man seit langer Zeit nicht mehr gewöhnt war. Das schlimmste aber ist, daß sich die Regierung selbst auf einem falschen Wege befindet. Wie aus der Beilage zur Regierungsvorlage selbst zu entnehmen ist, sind an den seit dem Jahre 1874 sich immerfort erhebenden Anträgen auf Reform des Vereinsgesetzes alle Parteien des Hauses beteiligt, die mit den Massen irgendwelche Berührung haben.

Die drückendsten Bestimmungen des Vereinsgesetzes betreffen den Ausschluß der Frauen, der Leute unter vierundzwanzig Jahren und das Verbot der Verbindung von Vereinen. Unter dem Eindruck der unbedingten Notwendigkeit, hier Wandel zu schaffen, ist der Ausschuß zusammengetreten und nach vergeblichen Bemühungen von Dezennien ist es ihm jetzt endlich gelungen, sich im Wege eines Kompromisses aller Parteien über

ein Minimum

zu einigen. Die Regierung erklärte nun, daß sie natürlich jedem Bestreben, das Vereinsgesetz zu reformieren, sehr sympathisch gegenüberstehe und die Sache selbst in die Hand zu nehmen beabsichtige. Bei diesem Satze des Regierungsvertreters sind wir alle erschrocken. (Heiterkeit.) Denn wir kennen die österreichische Regierung. Die Regierung hat das Vereinsrecht in der Administration vereitelt, sie hat ihm den Boden unter den Füßen weggezogen; nachdem wir diesen Boden pilotiert haben, hat sie gegen jede Verbesserung des Vereinsgesetzes passive Resistenz geübt. Als sich endlich das Parlament aufraffte, wenigstens ein Minimum zu schaffen, griff die Regierung zum äußersten Mittel: die Sache selbst in die Hand zu nehmen, um so

die Reform zu obstruieren.

(Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es ist bedauerlich, daß aus der Mitte des Hauses ein Vertreter einer Partei sich gefunden hat, um diesen Vereitlungsversuch der Regierung zu unterstützen. Man könnte einen Zusammenhang zwischen der Meinung Dr. v. Mühlwerths, daß den Frauen überhaupt noch nicht das politische Vereinsrecht zu geben sei, und diesem Versuch herstellen. Er hat jedoch heute von diesem Motiv noch nicht gesprochen. Doch waren die einzigen, die im Ausschuß gegen die Ausdehnung des Vereinsrechtes auf die Frauen gesprochen haben, die Mitglieder der Partei des Dr. v. Mühlwerth. Das Haus wird hoffentlich der Regierung nicht auf den Leim gehen und der angeblich großzügigen Reform die im Ausschuß einstimmig beschlossene bescheidene Reform opfern. Uns ist ein kleiner Gewinn lieber als die größte Niederlage. (Lebhafte Heiterkeit.)

Der Ausschuß hat sich also darauf beschränkt, zunächst den

Ausschluß der Frauen

aus den politischen Vereinen aufzuheben; eine Begründung ist überflüssig. Es gibt nur wenige ganz rückständige Menschen, die daran zweifeln, daß die Frau politisch berechtigt sein soll, so wie sie politisch verpflichtet und politisch belastet wird. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Und es hängt ganz von der Umgebung ab, in der wir jeder leben, welche Meinung wir uns über die Intelligenz und die Befähigung der Frau bilden, in die Politik dreinzureden. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein zweites Moment sind die Minderjährigen. Minderjährig im bürgerlichen Sinne ist eine breite Schicht des Volkes, die

volljährig und vollbelastet ist im sozialen und realen Sinne.

Minderjährig mögen die Herren Studenten bis zum vierundzwanzigsten Jahre sein, die jungen Kavaliere, die man für die Obligationen nicht verpflichten will, die sie eingegangen sind, volljährig aber sind die Menschen, die man mit vierzehn Jahren zur Arbeit drängt und die mit dem dreißigsten Jahre sich ihrem Ende nähern. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Die Zeit zwischen der bürgerlichen Volljährigkeit und dem durchschnittlichen Todesalter des Arbeiters ist kurz. Und es ist eine von allen Seiten verurteilte Torheit, jene Schicht des Volkes, die zu allermindest mit achtzehn Jahren erwerben muß, für sich verantwortlich ist, die mit zwanzig Jahren schon schwere Lasten tragen muß, heiraten darf und sogar heiraten soll, bis zum vierundzwanzigsten Jahre zu entrechten.

Dr. v. Mühlwerth hat ja darin recht, daß man auch das Bürgerliche Gesetzbuch hinsichtlich der Grenze der Minderjährigkeit abändern soll. Nur dürfen wir nicht mit dem Vereinsgesetz so lange warten, bis das geschieht.

Dr. **v. Mühlwerth:** Um die Eherechtsreform*) kümmern sich die Herren Roten gar nicht! (Lebhafte Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Jetzt sind wird beim Vereinsrecht!)

Dr. **Adler:** Sie können uns beim Wort nehmen! Bringen Sie die Eherechtsreform auf die Tagesordnung!

Dr. **v. Mühlwerth:** Kann denn ich dafür?

Dr. **Adler:** Wir haben aber den Grundsatz, daß wir jedesmal bei den Dingen, die gerade auf der Tagesordung sind, voll und ganz

*) Mit der Eherechtsreform haben die Deutschnationalen schon in der Monarchie das gleiche Spiel getrieben wie in der Republik. Auch Herr Dr. v. Mühlwerth hatte einen Antrag auf Angleichung der Ehen von Katholiken an die von Nichtkatholiken (Aufhebung des § 111 des Allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, der Katholiken auch nach der Scheidung das Eingehen einer neuen Ehe verbietet) eingebracht. So oft es aber zur Abstimmung kam, liefen die Deutschnationalen, namentlich die vom Nationalverband, davon, und das Ehehindernis des § 111 besteht bekanntlich auch heute noch.

unseren Prinzipien gemäß handeln. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Eines nach dem anderen! Jetzt reden wir vom Vereinsgesetz. Machen wir jetzt also das Vereinsgesetz! Kommen Sie mit der Eherechtsreform, so werden wir diese machen. Die Bestimmung, daß die politischen Vereine miteinander nicht in Verbindung treten sollen, hat zu den größten Vexationen geführt. Auch gewisse bürgerliche, namentlich die nationalen Vereine haben darunter zu leiden gehabt. Alle diese Dinge sind bei uns durch die Praxis, weil wir

auf das Gesetz, das so schlecht ist, gepfiffen haben,

heute momentan nicht mehr so gefährlich, aber sie können gefährlich werden. Das beweist ein Aktenstück neuesten Datums: die heutige Regierungsvorlage. Die Regierungsvorlage hat die Unterscheidung zwischen politischen und nichtpolitischen Vereinen nicht mehr; aber sie hat eine eigene Kategorie geschaffen, sie nennt sie nicht mehr politische Vereine, sondern „die im § 10 bezeichneten Vereine" (Heiterkeit), deren Tätigkeit „eine Einwirkung auf das Staatswesen oder dessen Einrichtungen, auf Fragen der Gesetzgebung oder der Verwaltung bezwecken oder deren Tätigkeit eine solche Einwirkung in sich schließt". Gegen solche Ausdrücke ist der gewöhnliche Kautschuk ein sehr starrer Körper. (Heiterkeit.) Und als ob das noch zu deutlich wäre, wird nicht gesagt, die in diese Kategorie gehörigen Vereine seien folgendermaßen zu behandeln, sondern es wird gesagt, sie können so behandelt werden. Der Minister meint, das sei eben der Fortschritt. Die Regierung sei nicht mehr gezwungen, Ausländer oder Minderjährige aus solchen Vereinen auszuschließen. Uns haben aber Gesetzesparagraphen nie so behindert wie das

Ermessen der Regierung.

(Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Der Ansicht der Landesbehörden es zu überlassen, ob sie unsere glänzend aufblühenden Vereine der Jugendlichen oder die mitunter auch nicht sehr beliebten nationalen Vereine, welche denselben Zweck verfolgen, schikanieren wollen, ob sie sie zwingen wollen, die jungen Leute hinauszuwerfen, und dafür bei einem Verein, der in Gunst steht, den irgendwelche konservative Kreise protegieren, nach ihrem Ermessen diese Ausschließung nicht vorzunehmen, das ist keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung. Auf diesen Leim gehen wir Ihnen nicht!

Wenn heute eine Gewerkschaft eine Resolution für den Achtstundentag beschließt oder über das Koalitionsrecht spricht, hat noch keine Behörde — so blöd sind sie schon lange nicht mehr — gesagt, daß sie damit das politische Gebiet betreten habe. Jetzt braucht die Regierung nur zu sagen, die Gewerkschaft habe sich mit politischen Gesetzen beschäftigt, sie habe eine Einwirkung auf Fragen der Gesetzgebung oder Verwaltung bezweckt, und sie kann aus einem solchen Verein alle Arbeiter unter vierundzwanzig Jah-

ren ausschließen. Vereine können jetzt aufgelöst werden — ein Verein ist ein Ding, das aufgelöst werden kann (Heiterkeit) —, wenn sie

„das Gemeinwohl gefährden".

Dagegen ist ja Kautschuk geradezu schon ein Diamant! (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Mit bezug auf die Bestimmung, daß ein Verein sich nicht in einem Zweig der Gesetzgebung oder der exekutiven Gewalt „eine Autorität anmaßen" dürfe, erinnere ich an den Fall der Wiener Bäckergewerkschaft, die Anfang der neunziger Jahre eine Enquete über die Verhältnisse im Bäckergewerbe veranstaltete und aus diesem Titel von der hohen Statthalterei — die doch weiß, nicht nur was Gemeinwohl, sondern auch was Anmaßung ist (Heiterkeit) — aufgelöst wurde. Der Minister wird sagen: Das war früher, jetzt sind wir gescheiter geworden. Gewiß, aber vor Rückfällen ist die Bürokratie nicht sicher (lebhafte Heiterkeit) und man soll den Herrschaften jedenfalls ein scharfes Messer nicht in die Hand geben. (Neuerliche Heiterkeit.) Gerade dadurch, daß der Entwurf dem Ermessen der Regierung so viel Spielraum gibt, ist er so gefährlich. Wenn eine Bestimmung des Entwurfes die Schaffung eines Verbandsverhältnisses von inländischen Vereinen mit ausländischen verbietet, so ist das wieder eine Bestimmung, die sich durchaus nicht auf die Arbeitervereine allein bezieht, da es in allen Schichten Körperschaften gibt, die internationale Beziehungen haben müssen. Ich erinnere nur an die internationalen Juristenvereine, die Volkswirtschaftsvereine, die Arbeiterschutzgesetzgebungsvereine und auch an die Friedensvereine. Alle diese könnten in Hinkunft aufgelöst werden. Wenn aber die Regierung sagt, sie verlange

nur die Möglichkeit der Auflösung,

sie werde damit nicht vorgehen, dann ist diese Bestimmung überflüssig. All das zeigt, daß in dem Moment, wo der Regierungsentwurf zum Gegenstand der Beratung gemacht und der Antrag des Verfassungsausschusses zurückverwiesen wird, eine Reihe von Fragen ganz überflüssigerweise aufgeworfen wird. Der Entwurf enthält ja auch eine Reihe von Erleichterungen gegenüber dem heutigen bürokratischen Verfahren. Allein darauf verzichten wir lieber, weil wir das Kleine in Sicherheit bringen wollen vor den Feinden der Reform und vor der allzu großen Freundschaft für das Vereinswesen, die die Regierung jetzt entfaltet und vor der man sich mehr fürchten muß als vor allen Feinden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.) Wir nehmen das wenige an, was der Ausschußentwurf bietet. Hoffentlich wird das Herrenhaus nicht wieder einen Strich durch die Rechnung machen und bei dieser Reform, über die alle Parteien des Hauses dem Wesen nach einig sind, sich nicht mit der ganzen Bevölkerung in Widerspruch setzen. Dann hat die Regierung freie Bahn, dann möge sie nach gemachten neuen Erfahrungen einen anderen Entwurf vorlegen. Wir sind jederzeit

bereit, auch auf diese Reform einzugehen. Jetzt aber machen wir, was bereits fertig ist. Die Parteien des Hauses mögen sich durch die Taktik der Regierung nicht kaptivieren lassen, die nicht eine vereinsfreundliche ist, sondern die vereiteln will, was alle Parteien des Hauses zusammen bereits gemacht haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Die Regierung im Bunde mit der Obstruktion.

Sieben Versammlungen, 3. April 1911*).

Das gleiche Wahlrecht konnte die Bedingungen für die Entwicklung Österreichs schaffen, aber es konnte nicht ein Regierungssystem beseitigen, das Österreich seit Jahrhunderten zugrunde richtet, ein System, das sich auf die Alleinherrschaft der Bürokratie, der Klerisei und des Säbels gründet. Das Instrument, um den Volkswillen zum Ausdruck zu bringen, ist besser geworden,

*) Die Methode der Gehässigkeit gegen das Parlament, die das System Bienerth ausmachte, mußte zur Auflösung des Parlaments führen. Die provisorische Geschäftsordnung, die sich das Parlament Ende 1908 gegeben hatte, machte die Obstruktion einiger Desperados, wie sie im Kurienparlament die Regel gebildet hatte, so ziemlich unmöglich. Aber Bienerth berief nun das Parhament immer so spät ein, daß es nicht zu wirklicher Arbeit kommen konnte, sondern an fixe Termine gebunden war, so zum Beispiel beim Budget. So war 1910 das Parlament nicht im September, wie sonst, sondern erst Ende November einberufen worden und hatte daher das Budget nicht mehr erledigen können. Durch die Demission der Regierung waren überdies noch einige Tage verloren worden. Unter dem Vorwand, daß es schwer sei, zu gleicher Zeit das Parlament und die Delegationen tagen zu lassen, wurde das Parlament dann wieder erst für Ende Februar zusammenberufen. Einige Tage vergingen mit den üblichen Demonstrationsanträgen der Parteien, und als das Parlament dazu kam, das Budgetprovisorium — das am 16. Dezember bis Ende März bewilligt worden war — neuerlich zu beraten, war die Frist natürlich zu kurz. Nun hatte die Obstruktion gewonnenes Spiel. Sie konnte mit bloßen Reden, ohne irgendwelche Gewalttätigkeiten, die Erledigung des Budgetprovisoriums bis zum 31. März verhindern. Und als die Tschechischradikalen anfingen, zwang Bienerth förmlich die tschechischen Agrarier und die Jungtschechen, mitzutun, indem er durch seine offiziöse Presse die Auflösung des Hauses androhen ließ; hätten sich diese Parteien gegen ihre Übernationalen gestellt, so hätten sie ihnen ja die beste Wahlparole gegeben. Trotzdem wäre es doch möglich gewesen, das Budgetprovisorium, wenn auch nicht bis zum 31. März, so doch bis zum 2. April fertigzustellen. Länger konnte die Obstruktion die Erledigung nicht verschleppen. Da erwachte aber plötzlich Herrn v. Bienerths konstitutionelles Gewissen und er erklärte, das bedeute, daß er zwei Tage ohne verfassungsmäßig bewilligtes Budget regieren müsse, und er müsse das Parlament auflösen. Zwei Tage ohne verfassungsmäßiges Budget — man nannte das hierzulande Ex lex — konnte er nicht regieren,

und selbst im Sterben kann dieses Parlament stolz sich erheben über jenes alte, verrottete Kurienparlament. Aber dieses erste Parlament des allgemeinen Wahlrechtes ist mitten in seiner Arbeit weggeschickt worden, wie man den unbequemen Gast wegschickt. Neuwahlen und der Appell an die Bevölkerung wären ja eine nützliche Sache. Aber hier handelt es sich nicht darum, daß die Bevölkerung gefragt wird, wie sie über dieses System denkt, sondern hier handelt es sich um die Tatsache, daß die nationalistischen Parteien in frivoler Zügellosigkeit das Parlament ruiniert haben und daß eine Regierung, die keinen Boden im Parlament, die keine Beziehung zum Parlament hat, die dem Parlament feindselig gegenübersteht,

im Bunde mit den slawischen Nationalisten

dem Parlament den Garaus gemacht hat.

---

aber mit dem § 14, also mit Ausschaltung des Parlaments auf dem Wege des Verfassungsbruches, das Budget sich selbst bewilligen, das hielt sein konstitutionelles Gewissen aus.

Daß die Auflösung jetzt erfolgte, hatte aber noch einen besonderen Grund. Die Sozialversicherung (Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter) war endlich im Subkomitee des Ausschusses zu Ende beraten worden und auch im Ausschuß war die Beratung bis zum letzten Hauptstück gediehen, so daß noch vor Ostern die zweite Lesung im Hause hätte beginnen können. Das war der Regierung nicht sehr angenehm, die das Gesetz seinerzeit vorgelegt hatte, um den Sozialdemokraten den Wind aus den Segeln zu nehmen, aber nun alles Geld des Staates für Dreadnougths und Kanonen haben wollte, die in den Delegationen bereits bewilligt wurden. Durch die Auflösung fiel nun die mehrjährige Arbeit des Ausschusses zusammen. Ebenso ging es mit einer Reihe anderer Gesetze, die im Abgeordnetenhaus fertiggestellt waren, wie die Vereinsgesetzreform, das Gesetz über die Unfallversicherung in den baugewerblichen Nebenbetrieben, über die Lohnzahlungen im Bergbau und über die Aufhebung der Strafe für den Kontraktbruch der Arbeiter, oder wie die Preßreform wenigstens im Ausschuß durchberaten waren.

Die Sozialdemokraten haben die Angelegenheit vor allem von den beiden Gesichtspunkten der Wiederanwendung des § 14 und der Vereitlung der Sozialversicherung beurteilt, und sie hatten das Verhalten der Obstruktion, die der Regierung den erwünschten Anlaß bot, und der Regierungsparteien, die die Regierung in ihrem verbrecherischen Verhalten unterstützten, gebrandmarkt. In einer Beratung beim Ministerpräsidenten hatten übrigens die Führer der Majoritätsparteien ihre Bedenken gegen die Auflösung ausgesprochen: Der Zeitpunkt sei jetzt ungünstig, da, wie der Vertreter der Deutschnationalen ausdrücklich erklärte, die Majoritätsparteien der Bevölkerung nur militärische Lasten gebracht hätten, aber nichts von dem, was sie von ihnen verlangte.

Am 27. März hatte die Regierung das Parlament vertagt. Am 31. März löste sie es auf. Die Auflösung war schon im Dezember beschlossen. Bienerth wartete nur auf die Gelegenheit. Dazu mußte er die Obstruktion förmlich erzwingen.

Er hoffte, das neue Parlament werde den Sozialdemokraten eine Niederlage bringen und die gestärkte Koalition der Christlichsozialen und

Erinnern Sie sich, wie die Regierung zum erstenmal das Haus geschlossen hat, damals, als die Choc-Buben*) ihre Musik aufführten. Einige Monate darauf trat das Parlament wieder zusammen und wieder brach die Obstruktion aus. Warum obstruieren diese Leute? Warum hindern sie die Arbeit? Weil sie mitessen wollen an dem großen Trog, an dem die anderen essen! Wieder war Herr v. Bienerth froh, daß er durch die Obstruktion der Verlegenheit entgeht, eine Abstimmung im Parlament zu wagen, wo sich zeigen würde, daß er keine Majorität im Hause hat. In einer denkwürdigen Sitzung der Obmänner aller Parteien gelang es uns Sozialdemokraten, einen Ausgleich zu treffen, gelang es uns, alle Parteien so mit uns fortzureißen und die Möglichkeit zu schaffen, daß die Obstruktion beseitigt werde und das Haus weiter arbeiten könne. Aber die Herren von der Majorität, die sich in der Obmännerkonferenz uns angeschlossen haben, gehen nach der Sitzung zu Herrn Bienerth und Herr v. Bienerth sagt, daß ihm der Ausgleich nicht gefalle, und schließt das Haus. Das Haus tritt wieder zusammen, die Obstruktion beginnt wieder. Erinnern Sie sich an jene Zeit vor Weihnachten des Jahres 1909, wo den Herren obstruierenden Slawen mitten in der Obstruktion einfällt, daß sie die Geschäftsordnung ändern wollen, um künftige Obstruktionen unmöglich zu machen. Ob der Antrag ehrlich gemeint war oder nicht, ist eine Frage für sich, aber sicher war, daß, wenn man das Parlament

---

Nationalverbändler werde ihm leichter die neuen Steuern für die erhöhten Militärausgaben bewilligen.

Die Sozialdemokraten setzten natürlich sofort mit der Aufklärung der Wähler über das frivole Spiel der Regierung ein, die im offenen Bunde mit den Obstruktionisten das Parlament zerstört hatte. Am 3. April fanden in Wien sieben Versammlungen statt, die alle massenhaft besucht waren und den Auftakt zu der Wahlbewegung bildeten. Im Favoritner Arbeiterheim sprach Adler.

Am 31. März wurde das Abgeordnetenhaus aufgelöst und am 1. April wurde schon die erste §-14-Verordnung publiziert, mit der die Regierung ein neunmonatiges Budgetprovisorium, das laufende Rekrutenkontingent (die Aushebung einer bestimmten Zahl von Rekruten) und zugleich auch die Aufnahme einer schwebenden Schuld von 76 Millionen Kronen für die außerordentlichen Kosten der Ausgestaltung des Heeres und der Marine sich selbst bewilligte. Der § 14, der der Regierung das Recht zu Notgesetzen gab, „wenn sich die dringende Notwendigkeit solcher Anordnungen zu einer Zeit herausstellt, wo der Reichsrat nicht versammelt ist", wurde wieder zum nackten Verfassungsbruch im Interesse des Militarismus mißbraucht. Und unter den Ministern, die diese §-14-Verordnung unterschrieben, war auch derselbe Dr. Hochenburger, der im Jahre 1898 denen, die den § 14 mißbrauchen, mit der Gefahr gedroht hatte, am nächsten Laternenpfahl aufgeknüpft zu werden. (Siehe Bd. VIII, Seite 474.)

*) Wenzel Choc, der tschechischradikale Abgeordnete von Prag-Weinberge, war neben Wenzel Klofac Obmann seines Klubs; die Obstruktionskrawalle kommandierte immer er; daher die Bezeichnung Choc-Buben. (Siehe Bd. VIII, Seite 309.)

wollte, man sie beim Wort nehmen mußte. Das haben wir Sozialdemokraten getan und wir haben diese Geschäftsordnung auf unseren Rücken genommen. Aber wer war es, der sich widersetzt hat? Schwer beweglich kamen endlich die Majoritätsparteien und dem toten Lueger will ich es ins Grab nachsagen, daß er der erste in der ganzen Runde war, der gesagt hat: „Ja, eigentlich hat der Adler recht, wir können nicht anders*)!" Aber

wer hat damals dieser Reform der Geschäftsordnung den größten Widerstand entgegengesetzt?

Die Regierung Bienerth! Geradezu mit Gewalt mußten wir den Herrn Baron Bienerth dazu zwingen, daß er darauf eingehe! Er wollte nicht; denn man könne nicht mitten im Winter das Herrenhaus zusammenberufen — vor den Jagden! Wir waren es, die diese Reform der Geschäftsordnung moralisch erzwungen haben, gegen die Regierung und gegen die Regierungsparteien!

Die Obstruktion war aus dem Hause verscheucht und zog sich in die Ausschüsse zurück. Sie sehen nun, welcher Qualität diese Herren Schusterschitz und Udrzal waren; diese Herren, die die Geschäftsordnung angeblich wollten, um das Parlament von der Obstruktion zu befreien, fangen nun wieder zu obstruieren an. Diese Obstruktion im Ausschuß war nicht schwer zu überwinden. Aber Herr v. Bienerth wollte nicht! Aus guten Gründen. Er wollte nicht, weil sich damals zeigte, daß seine Getreuesten, die Polen, Schwierigkeiten machen, und weil eine Abstimmung im Hause offenbart hätte, daß er keine Majorität habe. Also hat sich Herr v. Bienerth der Obstruktion gefügt — oder, wie er sagt, nicht gefügt — und das Haus wurde wieder geschlossen. Und nun die letzte Obstruktion. Es wird förmlich raffiniert darauf angelegt, dem Parlament so wenig Zeit als möglich zu lassen. Das Parlament wird im November einberufen, obwohl ein einstimmiger Beschluß des Hauses vorliegt, daß das Budget im September vorgelegt werden muß. Nun kann das Budget normalmäßig nicht mehr beraten werden. Dazwischen drängt sich die Sorge der Delegation. Sie wissen, was das ist. Das ist das Wichtigste, das Heiligste, was wir in Österreich haben; das ist jene Maschine, durch die die Kanonen, Bajonette und vor allem die großen Kriegsschiffe bewilligt werden. Millionen werden bewilligt und es bleibt wenig Zeit für das Parlament und für das Budget.

Aber nun wird die politische Situation eigentümlich. In Budapest hat die Majorität des Bienerth, das sind die Herren „Deutschen", die Christlichsozialen und die Polen,

bewilligt, was das Herz des Kriegsministers und des Marinekommandanten begehrt).**

Hunderte von Millionen. Sie haben sich geziert, aber sie haben bewilligt, und die Herren Slawen von der Opposition haben nur einen

*) Siehe unter anderem Bd. VIII, Seite 316.

**) Siehe die Rede in der Versamlung vom 7. Februar 1911: „Die neuen Dreadnoughts" im Kapitel „Militarimus und Krieg".

Schmerz gehabt: daß sie nicht mit dabei sein konnten beim Bewilligen. Dann kommen die Herren von Budapest zurück und nun handelt es sich darum, daß die Zeche, die dort gemacht wurde, hier bezahlt wird. Denn was der Militarismus dort frißt, das müssen wir hier berappen. Was man dort für Dreadnoughts bewilligt hat, das muß an Steuern aus der österreichischen Bevölkerung herausgequetscht werden. Da wird auf einmal den Herren ein wenig bang. Denn sie wissen nicht, wie bald sie wieder vor den Wählern stehen werden. Als nun Bienerth mit der Rechnung kommt und nicht mit der ganzen, sondern nur für den ersten Bissen — da wollen sie statt der 75 Millionen für dieses Jahr nur 50 bewilligen. Aber sie raffen sich bald zusammen und beschließen feierlich, alles zu bewilligen — um so mehr, als die Obstruktion langsam wieder anfängt. Aber Herr v. Bienerth sieht, daß die Regierungsmajorität doch nicht mehr ganz verläßlich ist, und darum nimmt er, wie so oft schon in diesen vier Jahren, die Obstruktion beim Wort, um auf bequemere Weise zu seinem Budget und zu seinen 75 Millionen zu kommen — auf dem Wege des § 14.

Was Herr v. Bienerth da getan hat, ist

nackter, bewußter Verfassungsbruch

und die Bedingungen dafür sind von ihm bewußt herbeigeführt worden. Das Haus wurde aufgelöst und damit ist alle angefangene Arbeit, an der das Wohl von Hunderttausenden hängt, ins Wasser gefallen. Wir alle, die wir alte Sozialdemokraten sind, wissen sehr wohl, daß das Ziel der Arbeiterschaft nicht solche Versicherungen sind, daß wir Höheres und Größeres anstreben, aber ebenso, wie wir in jeder Stunde unseres Kampfes unser letztes Ziel, die Befreiung vom Kapitalismus, anstreben, so kämpfen wir mit Zähigkeit für den kleinsten Fortschritt, der der Arbeiterschaft zugute kommt. Darum haben wir im Parlament nicht nur für die Sozialversicherung, sondern auch für eine ganze große Zahl großer und kleiner Gesetze das Äußerste an Fleiß und Gewissenhaftigkeit geleistet und wir können mit reinem Gewissen vor unsere Wähler treten, denn wir haben unsere Schuldigkeit voll und ganz getan! (Stürmischer Beifall.) Wir fürchten also das Urteil der Wähler nicht, und wenn wir über die Auflösung empört sind, so nicht darum, weil wir die Neuwahlen fürchten, sondern darum, weil soviel Kraft und Arbeit vergeudet und eine große Reform verzettelt wurde, auf die Millionen von Menschen warten (lebhafter Beifall) und das nur deshalb, weil Herr v. Bienerth nicht weiter regieren kann und weil er mit Sicherheit darauf rechnet, daß ein neues Parlament, das die Wahlen noch in weiter Ferne sieht,

die neuen Dreadnoughtsteuern pünktlich liefern

wird.

Bienerth glaubt, daß er vor das neue Parlament noch treten wird mit seinem ganzen Generalstab von Leuten, die die Verfassung mit Füßen getreten haben; er glaubt, daß das neue Haus besser für ihn sein wird, und um das zu bewirken, hat er mitgeholfen, einen neuen

Bund zu stiften: den Bund aller bürgerlichen Parteien, den Bund aller Parteien, die nicht Sozialdemokraten sind! Klerikale und Liberale, Agrarier, Städter, Kapitalisten und Großgrundbesitzer und Zünftler, **alle zusammen gegen uns! Alle gegen die Sozialdemokraten, alle gegen das arbeitende Volk!** (Stürmische Pfuirufe; Rufe: Die Arbeiter sind mehr wert als alle die Faulenzer!) Alle zusammen gegen die Arbeiter! Aber ich sage Ihnen: Dieses Bündnis gegen uns, das ist unser Stolz! Denn es ist

das Zeugnis, daß die Sozialdemokratie ihre Pflicht erfüllt hat.

(Stürmischer, andauernder Beifall.) Dieser Haß aller derer, die ausbeuten, aller derer, die auf die Dummheit spekulieren, aller dieser Knechte des Militarismus und der Klerisei, dieser Haß gegen uns ist das Ehrenzeichen, das wir auf der Brust tragen, **daß sich die Sozialdemokratie den Haß aller Reaktionäre redlich verdient hat.** (Neuerlicher stürmischer Beifall.) Ja, wir sind ihnen allen ein Stein des Anstoßes. Herr Bienerth sucht Material für diesen Bund zu liefern, und dieses unnatürliche Bündnis kann nicht besser eingeweiht werden als durch eine widernatürliche Lüge und niederträchtige Verleumdung, die man als Motto gesetzt hat bei der Stiftung dieses Bundes: daß die Sozialdemokraten der Obstruktion stillschweigend, ja sogar helfend beigestanden haben! Der Herr Ministerpräsident Baron Bienerth muß sich bewußt sein, und er ist sich dessen bewußt, daß er damit eine ganz bewußte Unwahrheit ausgesprochen hat. Er weiß es, und niemand weiß es so gut wie er, daß es Zeiten gegeben hat, wo die Sozialdemokraten allein dieses Haus gehalten haben, wo es zusammengebrochen wäre unter der Unfähigkeit der einen und der Frivolität der anderen; er weiß es, daß die Sozialdemokraten allein mit Hintansetzung des bloßen Parteiinteresses, weil sie das Parlament, als den gemeinsamen Boden aller Völker, erhalten wollten, sich in die Bresche gestellt und für dieses Parlament gekämpft haben zu einer Zeit, da den anderen allen der Mut schon längst zum Teufel gegangen war; er weiß es und er weiß auch, daß ihm diese unsere Arbeit für das Haus mitunter recht wenig angenehm war, daß ihm mitunter etwas weniger Eifer auf unserer Seite mehr Freude gemacht hätte.

Diese Lüge ist dem Kartell der reaktionären Parteien gegen die Sozialdemokratie mit auf den Weg gegeben worden. Die Regierung hat für ihre Parteien nichts anderes als ein bißchen Dispositionsfonds und einen großen Sack von Lügen. Politische Gedanken kann sie ihnen nicht liefern. Nicht ein Gedanke ist in diesem ganzen Wust von Phrasen zu finden, die die Regierung von sich gegeben hat, nicht ein Gedanke auch in dem, was wir bisher von Wahlaufrufen der Bürgerlichen gelesen haben. Lesen Sie die Wahlaufrufe der Christlichsozialen, der Deutschradikalen, des Deutschen Nationalverbandes! Überall nur große allgemeine Redensarten. Und merken Sie wohl! Das Wichtigste in diesen drei Kundgebungen ist

das, was nicht darin steht.

Kein Wort in allen diesen Aufrufen von Kanonen, kein Wort von Kriegsschiffen, kein Wort von neuen Steuern! Und doch dreht sich

das ganze politische Leben Österreichs heute einzig und allein um diese Dinge. Aber darüber wollen sie nicht befragt werden und wenn man in dem jetzt beginnenden Wahlkampf so einen Herrn recht in Verlegenheit bringen will, so braucht man ihn nur zu interpellieren, ob er einverstanden ist, daß man in Budapest alles bewilligt hat, und ob er als Abgeordneter sich verpflichtet fühlen wird, die neuen Steuern dafür zu bewilligen.

Das ist die Frage, um die sich der ganze Kampf dreht. Uns will man niederbeugen, hauptsächlich, weil wir so unangenehm gründliche Leute sind. Daß wir bei der Beratung der Steuern so unangenehme, kitzliche Fragen im Finanzausschuß stellten, daß wir die Bewilligung der Steuern nicht beschleunigt haben, haben sie uns vorgeworfen. Es ist ja wahr, wenn wir für die Steuern gewesen wären, so wären sie schon lange fertig (Heiterkeit); aber wir haben tatsächlich keine Eile gehabt und haben wirklich eine gründliche Beratung herbeigeführt. Aber das war nicht Obstruktion, um so weniger, weil ja die Herren selbst nicht wußten, was sie wollten, weil weder der Korytowski, noch der Bilinski, noch der stille Gelehrte, der arme Meyer, wissen, wie man ein Finanzprogramm aufstellt, auf Grund dessen man Gelder kriegt und Steuern einhebt, ohne daß es jemand zahlt — weil das die Wähler doch nicht wollen. (Heiterkeit und Beifall.) Sie wissen heute noch nicht, nach welcher Methode sie die Hunderte von Millionen aus der Bevölkerung herausziehen können. Ja, wozu man keine Gesetze braucht, das bringt man ganz leicht zuwege. Sie werden vom 1. Juli an, also

gleich nach den Wahlen,

Ihre Zigarren und Zigaretten beträchtlich teurer zahlen müssen. Dazu braucht man kein Gesetz. Wir haben allerdings den Antrag eingebracht, daß darüber das Parlament entscheiden soll, und das wäre jetzt im Budgetausschuß zur Sprache gekommen ... Aber man hat uns nach Hause geschickt und so ist man der Kritik ausgewichen.

Darum bekämpft man uns, weil wir eine Verlegenheit sind, weil wir den wirklichen Willen der Bevölkerung darstellen, und auch darum, weil es unserer Arbeit gelungen ist, daß in diesem Parlament mehr sozialpolitische Arbeit geleistet wurde — trotz aller Schwierigkeiten — als in einem Jahrzehnt des alten Kurienparlaments; weil wir sie schließlich gezwungen haben, dafür zu stimmen, als sie nicht mehr auskonnten. Allerdings ist jetzt eine andere Methode aufgekommen: sie verstecken sich hinter das Herrenhaus; im Abgeordnetenhaus sind sie sozialpolitisch, im Herrenhaus machen sie Ausbeuterpolitik — dieselbe Firma mit getrennten Filialen. Die ganze Strömung geht jetzt g e g e n d e n F o r t s c h r i t t i n d e r S o z i a l p o l i t i k, g e g e n d i e A r b e i t e r s c h a f t. Genug habt ihr schon! Immer mehr Lohn, immer kürzere Arbeitszeit, wohin soll das führen? Die Herren Ausbeuter fangen an, sich bedroht zu fühlen, und sie glauben, es müsse endlich wieder eine Ära der sozialpolitischen Reaktion kommen.

Der Scharfmacher soll König sein!

Man hört auf, sich zu genieren. Unverschämt und ungeniert wird das Scharfmachertum zum politischen Regenten!

Darum, Parteigenossen, wenden sich alle gegen uns und darum werden wir bei diesen Wahlen einen frischen, fröhlichen Krieg führen gegen die ganze reaktionäre Masse. (Brausender Beifall.) Der Kampf ist unser Element! Wir zweifeln nicht daran, daß die Arbeiterschaft zeigen wird, daß sie treu steht zu sich selbst, daß sie von sich und von ihren heiligsten Interessen nicht abgefallen ist, daß sie nicht faul und nicht verlottert ist; wir zweifeln nicht, daß sie gegen das Bündnis der Reaktion aufstehen und Mann für Mann in emsiger Arbeit bezeugen wird, daß sie sich das bißchen, was sie errungen hat, nicht nehmen lassen wird; wir zweifeln nicht, daß die Arbeiterschaft diesen Knechten der Reaktion, diesem Klüngel von Agenten der Hungerpolitik, von Agenten des Militarismus, der uns aussaugt und den Frieden stört, daß sie diesen Agenten eines Klerikalismus, der allmächtig wird in dem Moment, wo das sogenannte liberale Bürgertum von Herrn Geßmann geführt werden wird — zeigen wird, daß sie der vereinigten Reaktion trotzt und daß sie vorwärts will, bis ihr ganzes Recht erfüllt ist. In diesem Sinne, im Kampfe gegen alle gehen wir in die Wahlbewegung: gegen Bienerth, gegen die Bienertherei, gegen die reaktionäre Masse, nenne sie sich liberal, national oder klerikal! (Stürmischer, minutenlang andauernder Beifall.)

Hunde der Regierung Bienerth.

Wählerversammlung, 16. Mai 1911*).

Lassen Sie mich an das Wort, das unser Vorsitzender und Bezirkshauptmann (Heiterkeit) gesprochen hat, anknüpfen. Die Arbeit, die in allen Bezirken — aber hier in besonderem Maße — geleistet wurde, ist ein Ehrenzeugnis für die sozialdemokratische Arbeiterschaft, aber keines für die christlichsoziale behördliche Verwaltung. Es ist eine in Europa einzig dastehende Sache, daß, um auch nur die Vorbedingungen für eine Wahl zu treffen, ein solcher Aufwand

*) Die Wahlen in Niederösterreich fanden am 13., die Stichwahlen am 20. Juni statt. Bei diesen Wahlen, die der Ministerpräsident ausgeschrieben hatte, um die Sozialdemokratie zu zerschmettern, erlitten die Christlichsozialen in Niederösterreich eine vernichtende Niederlage: Bielohlawek, Geßmann, Liechtenstein, Pattai, Steiner, Weiskirchner, Wittek fielen in den als sicher angesehenen Wahlkreisen durch. In der Wählerversammlung im Arbeiterheim vom 16. Mai hielt Adler mit den bürgerlichen Parteien Abrechnung.

In seiner Eröffnungsrede erzählte Pölzer, der Obmann der Bezirksorganisation, daß 3378 Reklamationen durchgeführt wurden. Hätte die Reklamationsfrist noch acht Tage lang gedauert, so hätte man noch weiteren tausend Wählern, die vom Magistrat ausgelassen wurden, das Wahlrecht verschaffen können.

Hier seien die in dieser Rede genannten Personen vorgestellt: Doktor Robert Pattai, christlichsozialer Präsident des Abgeordnetenhauses;

von Arbeit gemacht werden muß. Hunderte von Menschen müssen durch Wochen und Wochen, Tag und Nacht unausgesetzt arbeiten, um die Leistung zu bewirken, die der Magistrat mit seinem kolossalen Beamtenapparat liefern soll. Es sind nicht nur Hunderte von Menschen damit beschäftigt, die die Schreibarbeiten machen, sondern Tausende in ganz Wien sind jahraus, jahrein tätig, um nicht etwa eine politische Leistung hervorzubringen, sondern um die politische Leistung erst möglich zu machen. Nur damit uns das Wahlrecht werde, das auf dem Papier des Gesetzes steht, muß diese ungeheure Arbeit gemacht werden. Das Pflichtbewußtsein, der Fleiß, die Energie und nicht zuletzt die Klugheit, die sich in dieser ganzen Arbeit aussprechen, sind allerdings eine ganz gute Schulung für eine Menge anderer Dinge, und so gereicht das, was uns zum Nachteil sein sollte, in anderer Weise zum Vorteil.

Als ich nach der Auflösung des Hauses zu Ihnen sprach, hatte gerade der Ministerpräsident die Wahlparole ausgegeben, der sich alle bürgerlichen Parteien angeschlossen haben. Sie lautet: Alle bürgerlichen Parteien vereinigt für das Ministerium Bienerth gegen die Sozialdemokratie! Eine Koalition sollte geschaffen werden,

um die Sozialdemokratie zu vernichten

(Heiterkeit), das heißt ja nur, ihr ein bis zwei Dutzend Mandate wegzunehmen und der Regierungsmajorität soviel Stimmen mehr zuzuführen. Der Sinn war: der große Bund aller Bürgerlichen gegen den Umsturz. Uns hat das sehr gefreut. Ich erinnere mich, daß ich mit wahrer Freude ausrief: Endlich haben wir sie alle zusammen gegen uns! Da freut einen das Leben wieder! (Heiterkeit.) Aber die Freude hat nicht lange gedauert, und der Bund schaut heute etwas struppiert aus. Sie sind nicht imstande gewesen, sich miteinander zu vereinigen, so gern sie das täten; ja, jede einzelne dieser Parteien wäre froh, wenn sie nur im eigenen Lager eine Einigkeit zusammenbrächte. So haben wir überall einen Luxus an Gegenkandidaten. Und wenn es mit der Zahl der Kandidaten zu machen wäre, hätten die Herren die besten Chancen. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn aber auch die Kräfte fehlen, um die Koalition zustande zu bringen, die Absicht ist selbstverständlich heute noch vorhanden, und keiner

---

Dr. Richard Weiskirchner, der vor Pattai Präsident war, Handelsminister, Stanislaus Glombinski, Allpole, Eisenbahnminister in der Regierung Bienerth; Dr. Otto Lecher, Sekretär der Brünner Handelskammer, deutschliberaler Abgeordneter von Brünn, der in den Obstruktionskämpfen gegen Badeni eine dreizehnstündige Rede gehalten hat; Doktor Julius Sylvester, deutschnationaler Abgeordneter von Salzburg, später Präsident des Abgeordnetenhauses, nach dem Umsturz in der ersten Regierung Staatsnotar; Dr. Otto Steinwender, Gymnasialprofessor, deutschnationaler Abgeordneter aus Kärnten, Mitverfasser des deutschnationalen Linzer Programms (mit Adler, Pernerstorfer), nach dem Umsturz Finanzminister in der Regierung Renner; Dr. Albert Geßmann, Abgeordneter von Mistelbach, der eigentliche christlichsoziale Führer, im Kabinett Beck Arbeitsminister.

der Herren, die die Repräsentanten der Regierungspolitik sind, kann den Mund aufmachen, ohne aufzurufen zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie und ohne gegen sie eine ganze Reihe von Beschuldigungen vorzubringen.

Vor allem dreht sich die Diskussion um die Frage:

Warum ist das Haus aufgelöst worden

und wer ist schuld? Da sagen alle: Schuld sind die slawische Obstruktion und die mit ihr verbündeten Sozialdemokraten. Aber die Herren sind auch in diesen Dingen nicht miteinander einig und haben einzelne, die einen ganz anderen Aufschluß geben. Der Herr Doktor Pattai, der sich nach und nach herauswächst als der verehrte Vater der christlichsozialen Partei, der aber, wie ich fürchte, sehr bald als ihr Schreckenskind gelten wird, der hat gesagt: „Warum das Haus aufgelöst wurde, hat einen sehr einfachen Grund. Die Regierung muß vom Parlament verlangen, daß soundso viel Millionen für die Militärforderungen bewilligt werden. Die bürgerlichen Parteien möchten sie ja gern bewilligen, aber sie haben sich nicht getraut, weil die Mandate bald ablaufen. Nun hat man das Haus aufgelöst, und da werden sie im Besitz der Mandate sein, der sie auf sechs Jahre vor ihren Wählern sicherstellt, und sie werden bewilligen. Damit sie das können, hat man das Haus aufgelöst!“ (So ist es!) Diese Auskunft Pattais ist, so wahr sie ist, so beschämend für die bürgerlichen Parteien und die hohe Regierung. Es ist

der Sinn dieser Wahl

der: Sind die Wähler gesonnen, die schweren Lasten auf sich zu nehmen, die unsere Militärfanatiker, Großmachtspolitiker und imperialistischen Narren haben auflaufen lassen? Kein Zweifel, daß es an dem guten Willen der Bürgerlichen nicht gefehlt hat, die Rechnung zu bezahlen. Die Aktionäre, die Großkapitalisten, die alle an dem Geschäft profitieren, das der Militarismus mit sich bringt, möchten sehr gern bewilligen, denn es geht aus dem Sack der anderen in den eigenen Sack, und die etwa zögern möchten, wie einzelne Mitglieder der deutschliberalen Partei und wie hie und da ein Christlichsozialer, der noch nicht ganz und gar Regierungsknecht geworden ist oder an seine Wähler denkt, sagen sich: Schließlich werde ich doch bewilligen. Ein reichsdeutscher Liberaler, Bamberger, hat einmal in dieser Lage gesagt: „Wir wehren uns, aber schließlich bewilligen wir,

Hunde sind wir ja doch!“

Weil sie aber wissen, daß die Sozialdemokraten keine Hunde sind, sich nicht einschüchtern lassen mit der Hundspeitsche, sich rücksichtslos wehren gegen jede Belastung des Volkes: darum sind wir ihnen ein Dorn im Auge, darum die possierlichsten Vorwürfe von Negation, Staats- und Familienfeindschaft und weiß noch was alles auf der einen Seite, auf der anderen Seite aber andere komische Vorwürfe. Herr Dr. Lecher hat traurig

gesagt: Das Unglück sei, daß wir nicht positive Politik machen wollen, und der Herr Dr. Sylvester hat es getadelt, daß wir nicht in die Arbeitsmehrheit eintreten wollen. (Lebhafte Heiterkeit.) Eine so große Partei! sagen sie. Was wäre das für eine schöne Arbeitsmajorität, wenn sie sich entschlösse, die Verantwortung mit zu übernehmen. Natürlich meinen sie nicht die Verantwortung für das, was wir wollen, sondern für das, was die Regierung will. (Lebhafte Zustimmung.) Dr. Lecher, ein Mann, der die Fehler seiner eigenen Partei und die Schwäche der Bürgerlichen ganz genau kennt, sagt: „Eine wirklich positive Politik wollen sie nicht machen und sie müssen sich damit begnügen, nichts nach Hause zu bringen als ein halbes Dutzend armseliger sozialpolitischer Gesetzchen.“ Das kleinste sozialpolitische Gesetzchen ist mir aber

lieber als die schönste und größte Steuervorlage,

die den Völkern das Mark aus den Knochen zieht. (Lebhafter Beifall.) Welche Merkwürdigkeit, daß ein bürgerlicher Politiker der Sozialdemokratie vorwirft, daß sie zu genügsam ist, sich mit kleinen Gesetzchen begnügt, statt die allerdings sehr großzügige Politik der Kriegsschiffe zu machen. Wir hätten allerdings mehr nach Hause gebracht als ein halbes Dutzend, wenn diese Gesetze nicht vereitelt worden wären, zum Teil vom Herrenhaus, zum Teil vom Abgeordnetenhaus. (So ist es!) Genossen! Sie werden mit uns einig sein, daß wir diese Gesetzchen nicht verachten. So sehr wir den vollständigen Umbau der Gesellschaft für notwendig halten, so sehr wir Revolutionäre sind, so sehr sind wir auch Arbeiter für die Reform Schritt für Schritt, weil wir wissen, daß der Weg zum großen Ziele Schritt für Schritt gemacht werden muß. Wenn sie uns höhnen, weil wir angeblich Utopien nachgehen, und uns dann höhnen, daß unsere Schritte so klein sind, so zeigen sie nur, daß sie hirnlos sind und den Charakter der Zeit noch nicht begriffen haben.

Die Sozialdemokratie soll an den verschiedensten Dingen schuld sein. Gestern hat der

Redeminister des Ministeriums

gesprochen. (Heiterkeit.) Sie fragen, wer das ist? Das ist Seine Exzellenz Herr Weiskirchner. (Heiterkeit.) Dieses Ministerium kann nicht anders sprechen als durch Dr. Weiskirchner. Die anderen sind keine Abgeordneten, außer dem Dr. Glombinski, aber der spricht polnisch. Dr. Weiskirchner hat nun die Gründe untersucht, warum das Parlament aufgelöst ist. Er ist dabei mit seinem intimsten — Freund trau' ich mich nicht zu sagen — Parteigenossen Pattai in den größten Widerspruch gekommen. Er hat gesagt, der Grund der Auflösung des Hauses sei, daß man das Budgetprovisorium auf zu kurze Zeit bewilligt habe. Im Dezember ist das große Unglück geschehen. Die Regierung wollte ein Budgetprovisorium für sechs Monate, man gab ihr aber nur eines für drei Monate, und

daran waren die Sozialdemokraten in erster Linie schuld, die in ihrer „Kurzsichtigkeit", wie Weiskirchner sagte, nicht berechnen konnten, was das für Folgen haben wird. Dadurch ist aber die Regierung ins Gedränge gekommen und hat auflösen müssen, weil sie ohne Budget dagestanden wäre und man ohne Auflösung den § 14 nicht hätte anwenden können. Diese Kurzsichtigkeit möchte ich nun beleuchten. Wie Dr. Weiskirchner die Situation schildert, war sie aber gar nicht. (So ist es!) Im Dezember mußte die Regierung um ein Budgetprovisorium einkommen. Sie hat wohl verlangt, man möge ihr für sechs Monate gestatten, Steuern einzuheben und Ausgaben zu machen. Darauf haben mehrere Parteien, vor allem die Sozialdemokraten, gesagt: „Nein, auf sechs Monate nicht!" Vor allem aus einem sehr wichtigen Umstand, den aber der Herr Weiskirchner vollständig übersieht. Es hat nämlich damals eine definitive Regierung gar nicht gegeben. Das Ministerium Bienerth hatte demissioniert und war nur mit der Fortführung der Geschäfte betraut. Weiskirchner hat zwar schon gewußt, daß er auch weiter Minister bleiben wird (Heiterkeit); aber das Parlament kann doch nicht einer Regierung Machtvollkommenheiten geben, ohne zu wissen, welche Regierung das ist. Ein Parlament würde sich blamieren, wenn es rein ins Blaue hinein, wenn es einer Regierung, die es nicht kennt, auf so lange Zeit Vollmachten gibt. So ist es gekommen, daß die „Kurzsichtigkeit" der Sozialdemokraten, der wir allerdings kräftig Ausdruck gegeben haben, auch von bürgerlichen Parteien, nicht nur von den Tschechen, geteilt wurde, und daß der Antrag auf sechs Monate im Budgetausschuß mit 29 gegen 11 Stimmen abgelehnt wurde. Wenn alle neun Christlichsozialen damals dagewesen sind, so sind unter den elf fanatischen Bienerth-Husaren nur zwei Deutschbürgerliche gewesen. Den Antrag, das Budgetprovisorium nicht auf sechs Monate zu bewilligen, hat Dr. Steinwender gestellt, der kein Sozialdemokrat ist und auch der slawischen Opposition nicht angehört. (Heiterkeit.) Es ist also das, was Dr. Weiskirchner über die Kurzsichtigkeit der Sozialdemokraten erzählt hat, nur eine Ausrede, die ungeschickt und nur

auf die Unwissenheit der Wähler berechnet

ist. (Sehr richtig!) Weil ich mich mit Dr. Weiskirchner beschäftige, so muß ich feststellen, daß er die Wahlparole der Regierung wieder in den Vordergrund gestellt hat. Diese Wahlparole soll sein: das Festhalten an dem Prinzip einer festen, objektiven, allen Parteieinflüssen entrückten Verwaltung. (Schallendes Gelächter.) Da muß nun vor allem eines auffallen. Wenn man für eine Regierung eintreten soll, muß man wissen, was sie will. Spricht sie das da in dieser Wahlparole aus? Nein, sie hat nur negative Eigenschaften. (Heiterkeit.) Unparteiisch, Parteieinflüssen unzugänglich: das ist, auch wenn es wahr ist, nur negativ und ist so, als ob jemand, der gefragt wird, was sein Beruf ist, antworten würde: Ich habe nichts gestohlen und wünsche ferner nichts zu stehlen. Aber kein Verbrechen zu begehen ist keine Beschäftigung und kann nicht das

Leben einer Regierung ausfüllen. (Lebhafte Zustimmung.) Eine Regierung, die behauptet, sie werde keine Verbrechen begehen — ob es wahr ist, werden wir sehen —, gibt keine Wahlparole aus, charakterisiert sich nicht, sondern verschweigt, was sie will. (So ist es!) Wäre sie ehrlich, so müßte sie sagen, ihr Ziel sei, ein Parlament zu bekommen, das die kostspielige Verstärkung des Heeres bewilligt, das neue schwere Steuern bewilligt und, nicht zu vergessen, das Veteranengesetz. (Lebhafte Heiterkeit.) Kurz, ein Parlament zu bekommen für alle Dinge, die die Regierungsparteien wollen und die vor allem die sogenannte Großmacht, das sogenannte Reich möchte. Das Programm dieser Regierung ist in Wirklichkeit: „Alles, was für diese Großmacht nötig ist, dem Parlament abzutrotzen oder abzulisten, das will ich, alles andere ist mir gleichgültig.“ (Lebhafte Zustimmung.)

Ist es aber nicht kurios, daß Weiskirchner, der nicht immer Handelsminister war, sondern auch eine genaue Kenntnis der Geschäftsführung des Magistrats hat, es wagt, an dem Tage, da bekannt wird, daß 42.000 Reklamationen eingebracht wurden, von einer objektiven und parteilosen Verwaltung zu sprechen? Man sage nicht, daß dafür nur der Magistrat und nicht das Ministerium verantwortlich ist; jeder Mensch weiß es und Dr. Weiskirchner weiß es noch besser, daß diese

Schandwirtschaft nur möglich ist, weil die Regierung die Dinge gewähren läßt.

(Laute Zustimmung.) Von der parteilosen Verwaltung spricht Weiskirchner, der in einem Ministerium sitzt mit dem „liberalen“ Stürgkh, der die Unterrichtsverwaltung zugunsten der Klerikalen führt. (So ist es!) Herr Weiskirchner spricht von einer von Parteieinflüssen unabhängigen Regierung; aber ist der Handelsminister selber in seiner Verwaltung unabhängig von Parteieinflüssen? (Sehr gut!) Welche passive Resistenz, welchen hartnäckigen Widerstand findet man gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt, seit Weiskirchner Minister ist? Das merkt man im Parlament, im Ausschuß, im Arbeitsbeirat, das merkt man, so oft man mit einem Sektionschef oder einem Hofrat oder mit Seiner Exzellenz selbst zu tun hat. Immer steht er

unter dem Einfluß der Großunternehmer und der Scharfmacher.

Und es bedarf des größten Kraftaufwandes, um nur den kleinsten Fortschritt im Arbeiterschutz zu erzielen. Aber Dr. Weiskirchner hat gestern für Konsumentenpolitik gesprochen und sich den Luxus geleistet, gegen den Reichsritter v. Hohenblum*) einen Protest vorzubringen, weil der sich die schnoddrige und freche Redensart erlaubt hat, daß die Frauen nur darum das Fleisch billiger haben

*) Dieser Hohenblum war damals als Präsident der agrarischen Zentralstelle eine sehr mächtige Person, um so mehr, als er an agrarischer Demagogie alle anderen übertraf und die bürgerlichen Abgeordneten terrorisierte.

wollen, damit sie sich die Hüte breiter machen können. Das ist eine Frechheit dieses Herrn, aber ich würde sehr wünschen, daß Weiskirchner die Energie, die er gegen diese Äußerung aufgewendet hat, gegen den Agrarismus aufbrächte, wenn er nicht nur Maul gegen Maul, sondern Tat gegen Tat setzen würde. (Laute Zustimmung.) Der Protest gegen eine Phrase tut den Agrariern nicht weh, aber die ganze Regierungstätigkeit Weiskirchners zeigt auf Schritt und Tritt ein Zurückweichen vor den Agrariern. (Lebhafter Beifall.) In der Fleischfrage, in der Zollfrage, bei den Handelsverträgen hat er etwas geleistet, was seine ganze Regierungsmethode und seine ganze Persönlichkeit als Politiker kennzeichnet. Er sagt, in keiner Wählerversammlung dürfe man an die Phrase von den breiten Hüten vergessen. Ich sage wieder:

In keiner Wählerversammlung soll man des 26. März 1909 vergessen!

Da ist auf der Tagesordnung des Volkswirtschaftlichen Ausschusses ein Ermächtigungsgesetz gestanden. Die Regierung sollte ermächtigt werden, mit Bulgarien und Mexiko Handelsverträge abzuschließen. Nun hat wieder ein so kurzsichtiger Sozialdemokrat, Genosse Seitz, gesagt, wir sollen der Regierung auch die Ermächtigung und den Auftrag geben, mit Serbien einen Handelsvertrag zu vereinbaren. Da ist Weiskirchner aufgestanden und hat in einer begeisterten Rede zugestimmt. Der Antrag Seitz wurde angenommen. Der Referent war Dr. Licht, ein Liberaler von Rothschilds Gnaden; im Ausschuß hat er zugestimmt und im Hause ist er umgefallen. Der Handelsminister, der sich vor wenigen Tagen für die vernünftige Politik ausgesprochen hat, hat wegen des Einspruchs der Agrarier sein eigenes Wort verleugnet und der Antrag ist abgelehnt worden. (Stürmische Entrüstungsrufe.) Damals hat man gesehen, welcher Charakter Weiskirchner ist. Man wußte aber noch nicht, warum er sich so rasch geändert hat. Später hat sich's herausgestellt, daß er durch einen Geheimvertrag mit Ungarn gebunden ist und sich verpflichtet hat, nicht mehr Vieh herüberzulassen, als den ungarischen Viehzüchtern paßt. (Rufe: Ein Judäomagyar! Ein Vaterlandsverräter!) Dieses Beispiel genügt, um zu verstehen, was es heißt, wenn dieser Mann von der parteilosen Regierung spricht und von der „kurzsichtigen“ Sozialdemokratie, die das glorreiche Ministerium verhindert haben soll, alle Segnungen auch über uns auszuschütten, die es für uns bereit hat. (Sehr gut!)

Die Parteien glauben ja selbst nicht, was sie sagen. Wer meint denn, daß die Christlichsozialen an die Parteilosigkeit der Regierung glauben? (Lebhafte Heiterkeit.) Es handelt sich ja darum, ein Regime zu erhalten, bei dem ihr Weizen blüht, und das wird natürlich um so notwendiger, als es ja bei ihnen selbst anfängt, ein bißchen unangenehm auszusehen.

Die Erbschaft, die Dr. Lueger hinterlassen hat,

wird von Dr. Geßmann gerade nicht in glücklicher Weise fort-

geführt. So sympathisch Dr. Lueger so vielen Wienern war, so unsympathisch ist ihnen Geßmann. Er ist zu gescheit, zu klug, er will fortwährend überlisten. Geßmann hat aber das große Verdienst, den Schleier gehoben zu haben von den Zuständen in der christlichsozialen Partei. Sie waren ja zum Teil zugedeckt durch die persönliche Beliebtheit und die abgöttische Verehrung für Dr. Lueger. Selbstverständlich liegen die Ursachen der Wirren tiefer. Diese Partei mußte an ihrer innerlichen Unmöglichkeit früher oder später kaputt gehen. Es widerspricht allen wirtschaftlichen und politischen Tatsachen, daß man Interessengegensätze der größten und schärfsten Art in einer Partei vereinigen könnte. So wie die Bibel sagt: „Man kann nicht Gott dienen und dem Mammon" — ich weiß nicht, wie Geßmann das mit sich ausmacht (lebhafte Heiterkeit) —, so wenig ist es möglich, daß man dem Hausherrn und städtischen Grundbesitzer und dem armen Mieter zugleich hilft, daß man dem Großindustriellen und dem Kleingewerbe und dem Arbeiter auch noch hilft. Es ist ausgeschlossen, sich von den Großerzeugern von Vieh und von Brotfrucht kommandieren zu lassen und zugleich zu behaupten, daß man das im Interesse der großen Massen der städtischen Bevölkerung tut, die billiges Brot und Fleisch braucht. Man kann den Wucherern und den Bewucherten nicht zugleich helfen. So hat sich in dieser Partei nach und nach eine Zersetzung vollzogen. Ich erinnere mich an die Zeit, als die Christlichsozialen anfingen. Damals hat der arme Kronawetter gesagt: „Was soll ich machen? Die versprechen jedem eine goldene Uhr, ja was, eine goldene Uhr? ein Haus!" (Lebhafte Heiterkeit.) Das sollte alles geschehen mit dem Befähigungsnachweis. Wer spricht heute davon? Heute sind sie bis aufs Hausiergesetz*) heruntergekommen und dazu sind sie unfähig. Wir „kurzsichtigen" Sozialdemokraten haben uns im Parlament an der Gesetzgebungsarbeit außerordentlich eifrig beteiligt. Wir hatten das Interesse, daß die Gesetze vernünftig ausfallen. Am Hausiergesetz haben wir uns nicht beteiligt. Es schaut aber auch danach aus. (Heiterkeit.) Diese Zersetzung nimmt überhand, weil die christlichsoziale Partei aus Enttäuschten besteht. Die Wähler wurden getäuscht und wurden enttäuscht, denn die wirtschaftliche Entwicklung hat nicht den Christlichsozialen recht gegeben, sondern den Sozialdemokraten, die gesagt haben: „Es ist Schwindel oder Selbsttäuschung, wenn man mit Zünfteleien entgegenarbeiten will der Ausbreitung des Kapitalismus und der Großindustrie!" (So ist es!) Aber es gibt auch eine Gruppe, die zufrieden ist. Wenn man das Kleinbürgertum nicht im ganzen gerettet hat, so konnte man doch einzelne retten. Einzelne konnte man zur Futterkrippe lassen, ihnen Ämter geben, sie avancieren lassen. Aber allen kann man das nicht tun, denn die Partei ist groß, und die nichts gekriegt haben, die schreien. Wenn sie nun zu zanken anfangen, packen sie allerhand Dinge aus. Man braucht nur zu lesen, was Geßmann über Vergani

*) Das Verbot des Hausierhandels, aber mit so viel Ausnahmen, daß das Verbot illusorisch wurde. Das Gesetz wurde am 10. Februar 1911 in einer dreistündigen verworrenen Abstimmung beschlossen.

und Vergani über Geßmann sagt, und man kann sich ein Urteil über beide bilden. (Sehr gut!) Aber das ist nicht das wichtigste. Die Anbetung des Gott Nimm*) ist vielleicht nur eine vorübergehende, als Einzelerscheinung nicht übertrieben zu wertende Sache. Das Entscheidende ist, daß das Raufen um den Futtertrog, um Ämter und Amterln, dieser Krieg aller gegen alle, diese Gevatterschaften zusammenhängen mit dem Wesen dieser Partei selbst.

Auch wenn sie alle ehrliche Leute wären,

so wäre die Partei auf die Dauer nicht lebensfähig, weil es widersinnig ist, daß eine Partei mit solchen Widersprüchen lebensfähig bliebe. Schauen Sie diese armen Leute an, die man christlichsoziale Arbeiter heißt und die von Enttäuschung zu Enttäuschung gehen. Aber immer wieder ducken sie sich, nicht alle mehr allerdings, und es werden wohl allen noch die Augen gründlich aufgehen.

Glauben Sie aber nicht, daß diese Fäulniserscheinungen, diese höchst unappetitlichen Dinge, die in der Partei vorgehen, dieser Streit um die Mandate und die Kandidaturen, daß das alles schon bedeutet, daß der Macht der Christlichsozialen und ihren Erfolgen bei den Wahlen ein Ende gemacht sei. Sie können sich streiten und werden noch immer Wahlerfolge haben. Sie siegen nicht, weil der Kandidat so ehrlich, so unterrichtet, ein so großer Staatsmann ist, sondern weil die Maschine da ist, weil die Transmissionen vom Wahlkataster bis zur Urne laufen. Diese Wahlmaschinerie arbeitet weiter, auch wenn sich die Herren streiten; vielleicht gelingt es uns, einzelne Teile dieser Maschine herauszunehmen und einmal andere aufzumontieren. Aber geben Sie sich nicht der Illusion hin, als ob wir es ohne eigene Arbeit der Zersetzung der Christlichsozialen überlassen könnten, daß sie zugrunde gehen! Es soll das auch nicht sein. Nicht an ihren eigenen Sünden sollen sie zugrunde gehen, sondern an der Kraft der Arbeiterschaft, nicht an ihrem Wahnsinn, sondern an unserer Vernunft, nicht an ihrem Verrat an allen Klassen der Bevölkerung, sondern an der Energie, mit der wir die Interessen des arbeitenden Volkes in Schutz nehmen. (Stürmischer Beifall.) Darum fordere ich Sie auf: Wählen Sie sozialdemokratisch! Jede Stimme, die Sie für die Wahrheit abgeben, ist ein Schlag gegen die Lüge, jede Stimme für das Recht ein Schlag gegen das Unrecht und jede Stimme für die Freiheit ein Schlag gegen die Vergewaltigung!

---

*) Am 19. März 1910, also wenige Tage nach dem Tode Luegers, hatte der christlichsoziale Stadtrat und Landtagsabgeordnete Hraba von den christlichsozialen Führern gesagt, es seien Leute, die „zum Gott Nimm beten". Außerdem sagte er, es habe sich ein Konsortium von Aasgeiern gebildet... Lueger habe diese Leute verachtet... Im Jahre 1911 brachte dann das christlichsoziale „Deutsche Volksblatt", dessen Herausgeber Ernst Vergani war, Enthüllungen über Geßmann, dem vorgeworfen wurde, er habe eine Baukreditbank gegründet, die durch die Unterstützung des jüdischen Bauwuchers hohe Prozente abwerfe.

Wir kämpfen gegen den Klerikalismus, gegen den verhüllten Absolutismus dieser Regierung, gegen den Agrarismus, der die Arbeiter ausraubt, gegen die Arbeiterfeindlichkeit der Regierung und der bürgerlichen Parteien. Mit uns ist das Volk und mit uns wird der Sieg sein! (Stürmischer Beifall.)

Siegesfeier in Wien.

Vertrauensmännerversammlung, 28. Juni 1911*).

Werte Genossen und Genossinnen! Die Parteivertretung und die Landesparteivertretung haben gemeint, daß es nicht nur ihrem, sondern aller Genossen Empfinden und Bedürfnis entsprechen wird, daß wir die Vertreter der Wiener Genossen zusammenberufen, um

*) Ende März hatte Bienerth das Parlament aufgelöst und in der amtlichen „Wiener Zeitung" einen Kommentar dazu geliefert, in dem er die Sozialdemokraten beschuldigte, als Verbündete der Tschechen das Parlament zerschlagen zu haben. Zugleich unternahm er den Versuch, ein Wahlübereinkommen der Deutschfreiheitlichen und der Christlichsozialen gegen die Sozialdemokraten zustande zu bringen. Tatsächlich waren auch die Führer des „Deutschen Nationalverbandes" wie der „Christlichsozialen Vereinigung" dazu bereit; das Kompromiß zerschlug sich aber, weil in den Alpenländern die klerikale Gefahr zu offenkundig war. In Deutschböhmen kam zwar ein weitgehendes Übereinkommen zwischen den deutschbürgerlichen Parteien zustande. In Wien aber war nach dem Tode Luegers die christlichsoziale Partei in völliger Auflösung, zumal ihre Korruption aus ihren eigenen Reihen enthüllt worden war. Siehe oben die Bemerkungen über den „Gott Nimm".

Die Wahlen am 13. und 20. Juni brachten der Sozialdemokratie zwar einen Verlust an Mandaten, der durch die Verluste in den Sudetenländern herbeigeführt worden war, statt 87 Mandaten hatte die Sozialdemokratie nur noch 81, die deutsche Sozialdemokratie statt 50 nur noch 44, aber trotzdem hatte die deutsche Sozialdemokratie ihre Stimmenzahl von 513.219 auf 541.989 erhöht. Aber das Entscheidende war, daß Bienerths eigentliche Partei, die christlichsoziale Partei, eine vernichtende Niederlage erlitten hatte. In Niederösterreich erhielt die Sozialdemokratie 26 statt der bisherigen 16 Mandate. Von den 33 Wiener Mandaten erhielten die Sozialdemokraten 19. Von den 20 Abgeordneten, die die Christlichsozialen in Wien hatten, verloren sie 16, und von den vieren, die gewählt wurden, hatte der eine, Dr. Heilinger, sein Mandat nur behalten, weil er sich von der christlichsozialen Partei losgesagt hatte. Alle ihre Führer lagen auf der Strecke: der Handelsminister Weiskirchner wurde von dem Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" Max Winter, der Bürgermeister Doktor Neumayr von dem Obmann der Buchdruckerorganisation Schiegl geschlagen, der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Pattai wurde von dem Redakteur der „Arbeiter-Zeitung" Karl Leuthner besiegt. Auch alle anderen christlichsozialen Führer, Liechtenstein, Kunschak, Wittek waren durchgefallen, in dem niederösterreichischen Ort Mistelbach auch Geßmann.

Am 28. Juni wurde Bienerth durch Gautsch ersetzt.

An diesem Tag hielten die Wiener Vertrauensmänner im Sofiensaal unter dem Vorsitz von Bretschneider eine Siegesfeier ab, in der Adler sprach. Zu Beginn wurde von den Arbeitersängern der „Festgesang" von Josef Scheu vorgetragen.

ihnen zu sagen, daß die Partei ihnen **d a n k t.** Die Sozialdemokratie hat in Wien ein großes Werk verrichtet, sie hat ein Joch abgeschüttelt, sie hat eine Schmach von Wien gewendet, sie hat das

Volk von Wien von Schande befreit.

(Lebhafte Zustimmung.) Diese Wiener Wahlen sind nicht das Werk und das Produkt eines Tages und nicht eines Jahres. Diese Wiener Wahlen, bei denen die sozialdemokratische Arbeiterschaft jene Lage in Wien geschaffen hat, die es möglich machte, die Christlichsozialen hinwegzufegen, sind das Resultat einer jahrzehntelangen Arbeit der Sozialdemokratie in Wien, der Sozialdemokratie von ganz Österreich! Parteigenossen! Wir können von den Wiener Wahlen nicht sprechen, ohne von den Wahlen im ganzen Reiche und von der Lage der Partei zu reden. Wir sind herausgefordert worden zum Kampfe, gezwungen worden, eine Schlacht zu schlagen in einem Augenblick, der der Regierung, der allen bürgerlichen Gegnern der günstigste erschien, die Sozialdemokratie zu schlagen, in einem Moment, den wir selbst als einen wenig günstigen für uns betrachteten. Wir sind herausgefordert worden, in einen Wahlkampf zu treten gegen eine Verbindung aller Bürgerlichen, befehligt und kommandiert von der Regierung Bienerth mit der ausdrücklichen Parole, der Effekt der Wahlen solle sein: Stärkung der Regierungsparteien, deren stärkste die Christlichsozialen waren, durch Besiegung der Sozialdemokratie und Raub von zwei bis drei Dutzend ihrer Mandate. Der Feldzug ist begonnen und geführt worden, damit das vereinigte Bürgertum der sozialdemokratischen Arbeiterschaft eine Schlacht liefere. Der Wahlkampf, den wir im Jahre 1907 durchzufechten hatten, ging unter ganz anderen Bedingungen vor sich, unter den a l l e r g ü n s t i g s t e n, d i e j e m a l s e i n e r P a r t e i b e s c h i e d e n w a r e n u n d s e i n k ö n n e n. Im Jahre 1907 waren wir die Bringer des allgemeinen Wahlrechtes. Genosse B r e t s c h n e i d e r hat die Tradition dieses Saales berührt, aber er hätte daran erinnern können, daß er selbst es war, der in diesem Saale verkündet hat: K e i n e R u h e i n Ö s t e r r e i c h, b i s d a s a l l g e m e i n e, g l e i c h e u n d d i r e k t e W a h l r e c h t e r k ä m p f t i s t! Diesen Kampf haben wir geführt in ganz Österreich, voran in Wien. Langsam haben wir Bundesgenossen gefunden, spät, als schon die Wage der Entscheidung zu unseren Gunsten gesenkt war, und der Mann, der heute wieder Ministerpräsident ist, war einer von denen, die am schwersten zu bekehren waren. A l s S i e g e r i m W a h l r e c h t s k a m p f h a b e n w i r d i e W a h l s c h l a c h t v o n 1 9 0 7 g e w o n n e n. Wir waren die einzige aller Parteien, die einen Ansatz zu einer Wahlorganisation hatte, die irgendwie eingerichtet war auf eine Massenbewegung, und so konnten wir eine Reihe von überraschenden Wahlerfolgen verzeichnen. Seitdem aber hat sich das Bürgertum in bewußten Gegensatz zu der Arbeiterschaft gestellt, hat sich in ganz Österreich gegen uns ralliiert und der Kampf bei dieser Wahl war als ein wahrer Klassenkampf zu führen. Bei der Hauptwahl waren es in allen Ländern und selbst hier in Wien a u s-

schließlich Sozialdemokraten, die sozialdemokratische Stimmen abgegeben haben. Wir haben bei dieser Wahl — so hat sich der Klassengegensatz zugespitzt — ohne Mitläufer gekämpft und in der ganzen Provinz sind alle Mitläufer Wegläufer geworden. Die

Arbeiterschaft war auf ihre eigenste Kraft angewiesen

gegenüber einer Übermacht, die nicht wählerisch war in ihren Mitteln, die gemeinste Demagogie und brutalste Gewalttätigkeit nicht scheute und den ganzen Verwaltungsapparat in den Parteidienst stellte. Gegen diesen Apparat, der draußen ebenso in den Händen der Bürgerlichen ist wie hier und draußen nicht weniger mißbraucht wird von den Machthabern wie hier von den Christlichsozialen, hatten unsere Genossen in Böhmen, Mähren und Schlesien zu kämpfen. Und wenn es uns gelungen ist, trotz des schmerzlichen Verlustes einiger unserer tüchtigsten Parlamentarier, unsere Stimmenzahl zu behaupten, den furchtbaren Kampf mit Ehren zu bestehen, ist das ein Beweis für die große Tüchtigkeit und Tapferkeit der sozialdemokratischen Arbeiter in ganz Österreich. (Lebhafte Zustimmung.)

Hier in Wien war es freilich ganz anders. Hier haben wir bei der Hauptwahl durch das starke Anwachsen unserer Stimmen die Möglichkeit geschaffen, daß dem Bürgertum die Zuversicht gekommen ist, ihm die Hoffnung aufgeleuchtet hat, daß man

mit den Christlichsozialen fertig werden

kann. Das war nicht immer so. Ich erinnere Sie an den 9. März 1897*), an dem wir, die wir geglaubt hatten, daß wir die Mehrheit haben, überall geschlagen wurden. Ich erinnere Sie an diesen Tag des großen Schmerzes und der großen Enttäuschung gerade am heutigen Tage des Sieges und der Freude. Wir haben uns damals nicht schlecht geschlagen als Anfänger, die wir waren. Wir hatten in Wien 88.350 Stimmen, eine schöne Zahl. Wir hatten genug, aber die anderen hatten zuviel. (Heiterkeit.) Wir haben erst am Abend des 9. März das Kräfteverhältnis und die Situation bei den Wahlen in Wien kennengelernt. Kein Tag in der Parteigeschichte ist für uns so fruchtbar gewesen wie dieser 9. März. (Sehr richtig!) Wie Schuppen ist es uns von den Augen gefallen. Damals lernten wir den Unterschied zwischen dem, was man das „Volk von Wien" nennt, und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, dem Kern von Wien, kennen. Damals haben wir unterscheiden gelernt zwischen einer Masse, die Stimmung hat, die mitgeht, aber auch weggeht, zwischen Leuten, die gelegentlich guten Willens sind und mit denen gehen, die Macht und Erfolg haben, und denjenigen, die Kämpfer sind in den Reihen des Proletariats in trüben wie in guten Tagen. Damals

*) Bei den ersten Wahlen in der fünften Kurie hat die Sozialdemokratie von den fünf Wiener Mandaten dieser Kurie kein einziges errungen. (Siehe den Artikel vom 10. März 1897, „Die Niederlage vom 9. März 1897", Bd. VIII, Seite 367.)

haben wir auch kennengelernt, worin die Macht der Christlichsozialen in Wien besteht. Am Tage nach der Niederlage schrieb die „Arbeiter-Zeitung": „Daß Lueger den Verwaltungsapparat in der Hand hat, das hat uns geschlagen. Lueger ist der Herr von Wien und darum ist er der Herr der Wahlurne geworden. Die Christlichsozialen haben nicht die Wähler, sondern die Legitimationen an ihrer Seite." Wir haben damals zum erstenmal erkannt, welchen ganz besonderen Kampf die Arbeiterschaft in Wien zu führen hat, wenn sie sich geltend machen und ihr Recht auf Vertretung hier erringen will. Nicht allein hat es gegolten, Überzeugung, Aufklärung, Wissen zu verbreiten, nicht allein, Sozialdemokraten, Anhänger zu gewinnen. Es hat gegolten, der Gewalt, dem Betrug gewachsen zu sein. Es galt, was in keiner Stadt nötig und was keiner Arbeiterschaft beschieden ist: das ganze System von Betrug, Gewalttat, Amtsmißbrauch, diese Maschine systematischen Amtsmißbrauchs, die im Wahlkataster anfängt und bei der Urne endet, wenn nicht zu zerbrechen, so durch unseren Zuwachs zu kompensieren. (So ist es!)

Das ist nun das Werk, das die Wiener sozialdemokratische Arbeiterschaft und ihre Organisationen, deren Vertreter hier versammelt sind, zuwege gebracht haben. Ihr, Genossen, habt nicht nur der Sozialdemokratie Anhänger geworben, nicht nur unermüdlich Propaganda gemacht und euch erfüllt mit dem Geiste der Sozialdemokratie! Ihr mußtet mehr tun: euch wehrhaft machen, stark sein, euch nicht beugen und die Maschine, wenn sie nicht zerschlagen werden kann, unbrauchbar machen. Das ist die Leistung. Sie zu vollbringen ist nicht an einem Tage möglich gewesen; zu ihr war nötig die feste Überzeugung von den Lebensnotwendigkeiten des Proletariats bei vielen Zehntausenden, die feste Überzeugung von der Möglichkeit des Gelingens und unverrückbarer Mut. (Laute Zustimmung.)

Die bürgerlichen Parteien, die sich freuen über die Befreiung von Wien, die könnten wir heute fragen, was eigentlich sie dazu getan haben. Sie haben das christlichsoziale Regime über sich ergehen lassen wie eine göttliche Fügung. Sie haben geträumt von der Wiedereroberung und gelegentlich und nicht sehr klug von ihren Träumen gesprochen. Haben sie sich aufgerichtet, haben sie es gewagt, den Kampf aufzunehmen?

Die Arbeiterschaft hat den Bann gebrochen,

und unsere Pflicht war es auch. Das haben wir erkannt, und am 10. März 1897 verkündete es die „Arbeiter-Zeitung": „Wien, das dem Lueger zu Füßen liegt, das ist für Wien eine Schmach, für die Wiener Sozialdemokraten ist es eine Aufgabe." Diese Aufgabe haben wir geleistet, und mit allem Pflichtgefühl, mit aller Zähigkeit, mit einer Hingebung, die, ich sage es Ihnen offen, mir oft die Tränen in die Augen gebracht hat. (Bewegung.) Wenn ich gesehen habe, wie unsere Frauen und Männer Nacht um Nacht, durch Wochen und Monate gearbeitet haben, nicht nur zur Zeit der Wahl, jahraus, jahrein, ungenannt und ungekannt ihre Arbeit verrichtet haben —

dieses Austragen von Flugschriften und Zeitungen, das ohne Möglichkeit der Kontrolle und ohne Möglichkeit einer Belohnung ist, die auch nur in der Anerkennung läge; wenn ich sah, daß sich aus dieser Masse ein Korps herausgebildet hat, in das viele Kämpfer eingereiht sind, nicht nur für Wien, sondern für ganz Österreich, die zu Hilfe gerufen werden, wo man Erfahrung und Tapferkeit braucht, erprobte Soldaten, die lehren, wie man das macht; wenn ich diese ungeheure Summe von Hingebung gesehen habe — da habe ich gesagt und Sie wohl alle: Das kann keine andere Partei! Einer solchen Sache zu dienen ist für jeden das Heiligste, ist das, was das Leben allein lebenswert macht. (Lebhafter Beifall.)

Wir haben in dieser, wie wir es bescheiden nennen,

Kleinarbeit, sie ist aber die große Arbeit,

und wir heißen sie nur Kleinarbeit, weil sie alle Tage verrichtet werden muß, unsere Pflicht getan. Aber Sie kennen mich: ich halte es nicht aus, Ihnen nur Gutes zu sagen. Ich will nicht verhehlen, daß auch da noch vieles zu tun ist. Ich will Sie heute nicht mit Weihrauch benebeln und nicht Ihren Willen lähmen durch Einseitigkeit oder Übertreibung. Sie wissen besser als ich, wo es fehlt, wieviel auch in Wien noch zu tun ist; Sie wissen besser als ich, was wir leisten könnten, wenn die volle Kraft der Wiener Arbeiterschaft angespannt wäre. (So ist es!)

Nun haben wir nicht nur den Trägern unserer Organisation zu danken, die draußen den Kampf geführt haben, wir müssen auch danken, ich möchte sagen, den Opfern, den Objekten aller dieser Anstrengungen, den K a n d i d a t e n. Kandidat zu sein ist keine besonders angenehme und leichte Sache, wenn man ein sozialdemokratischer Kandidat ist. Unsere Kandidaten haben, und es waren manche junge und unerfahrene unter ihnen, durchaus ihre Pflicht getan. (So ist es!) Wir müssen auch danken dem P a r t e i s e k r e t a r i a t. Ich möchte hier einmal feststellen, was Ihnen wohl bekannt ist, was aber heute auch anerkannt werden soll: daß niemals bisher Wahlen einen so guten Zentralapparat vorgefunden haben, wie er bei diesen Wahlen funktioniert hat. Wir haben nicht viel weniger als eine Million B r o s c h ü r e n in die Wählerschaft geworfen, die schnell improvisiert waren, die acht bis zehn Tage nach der Wahlausschreibung zu Ihrer Verfügung gestanden sind, worin alle Fragen, die im Wahlkampf von Bedeutung waren, gründlich und verständlich behandelt wurden. Wir hatten weiter eine Zentrale gehabt für die Herstellung von Flugblättern, die natürlich in die Millionen gingen. Der Apparat hat geklappt, wie es in ähnlicher Weise niemals noch für unsere Partei auch nur gedacht war. Ich kann und will nicht die Namen aller derer nennen, die sich daran beteiligt haben. Ich muß aber doch sagen, daß in der Zentrale ein Mann gewirkt hat, dem an der Organisation der Wahlen ein großes Verdienst zukommt, das um so mehr hervorzuheben ist, als er allen Grund gehabt hätte, sich der Arbeit zu entziehen oder sie einzuschränken: Genosse S e i t z. (Die Versammlung bringt Seitz lebhafte Ovationen dar.) Kurz nach einer Operation auf Tod und Leben, kaum erholt, hat er

sich, mehr als ihm physisch nützlich war, in die Arbeit gestürzt. (Neuerliche Kundgebungen für Seitz.) Und wenn ich von denen schweige, die auch sonst in der Öffentlichkeit wirken, so will ich doch als Vertreter der Schmiede unserer geistigen Waffen einen Namen nennen, einen unserer Arsenalverwalter, den Genossen Otto Bauer, der sein außerordentliches Wissen und seine Arbeitskraft voll in den Dienst der Sache gestellt hat. (Lebhafte Zustimmung.)

Jetzt lassen Sie mich nun eines Apparats erwähnen, der nicht nur für die Wahl, sondern für jede Parteiarbeit an allererster Stelle steht, ich meine

unsere Presse.

(Laute Zustimmung.) Wenn ich jetzt von der „Arbeiter-Zeitung“ spreche, so wissen Sie, daß ich es tun kann, ohne irgendwie auf Lob für mich Anspruch zu machen. Meine Kraft ist schon längst zu schwach geworden, um in der „Arbeiter-Zeitung“ regelmäßige Arbeit zu verrichten wie einstmals. Ich habe mit dem, was ich sonst zu tun habe, für meine Kraft genug. Ich stehe also der Leistung der „Arbeiter-Zeitung“ ganz objektiv gegenüber und ich möchte Sie darum einladen, mit mir anzuerkennen, daß die Leistung der „Arbeiter-Zeitung“ ganz enorm war. (Lebhafte Zustimmung.) Sie hat unsere Kraft vervielfacht; sie hat uns gegeben, was keine andere Partei von ihrer Presse hat. (So ist es!) Lassen Sie mich darum auch des Mannes gedenken, der die Seele des Blattes ist, unseres Friedrich Austerlitz*) (Rufe: Hoch Austerlitz!), den wir leider trotz besten Willens und Wollens als Kandidaten auf einen Posten gestellt haben, wo wir seine Niederlage erleben mußten, und den wir an dem Orte schmerzlich vermissen werden, wohin er schon lange gehört. (So ist es!) Um so mehr ist es uns Bedürfnis, anzuerkennen, was der Mann neben seiner Kandidatur gewirkt hat. Wenn er in zwei oder drei Versammlungen gesprochen hat, ist er bis fünf oder sechs Uhr morgens an seinem Schreibtisch gesessen und hat Broschüren und Flugblätter für Böhmen und Mähren und überall geschrieben. Er hat mit seiner unvergleichlichen Arbeitskraft, wie ich sie noch bei keinem anderen Menschen gesehen habe, ganz Unerhörtes geleistet, nicht für seinen Wahlbezirk allein, sondern für die ganze Partei. (Bravo! Bravo!) Ich sage ausdrücklich: Wir vermissen ihn schmerzlich im Parlament. (So ist es!) Aber mehr noch, als seine parlamentarische Tätigkeit uns geben könnte, leistet uns und ganz Österreich Friedrich Austerlitz in der Presse, hat er geleistet und wird er leisten. Und was er für die Wiener Wahlsiege getan, wissen Sie. Ich habe vom Kampfe um die Legitimationen gesprochen, dem Kampfe gegen Amtsmißbrauch und Betrug. Sie wissen, wie er die juristische Seele dieses Kampfes gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Wenn ich hier einzelne genannt, wenn ich einzelne Tatsachen hervorgehoben habe, so werden Sie mir das gewiß nicht übelnehmen und nicht glauben, daß ich die Leistung anderer darum zurückstelle.

*) Austerlitz, der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“, wurde erst nach dem Umsturz in das Parlament gewählt.

Aber gerade diejenigen Leistungen, die gar nicht an die Öffentlichkeit getreten, nicht einmal an die Parteiöffentlichkeit im vollen Umfang, zu erwähnen, war mir Pflicht und Bedürfnis. (Bravo!)

Was bedeuten nun die Wiener Wahlen?

Ihr Effekt liegt zutage: Herr Bienerth hat die Sozialdemokratie herausgefordert und Bienerth ist nicht mehr Ministerpräsident. (Heiterkeit.) Er wollte uns schwächen, er hat aber die Zahl unserer Mandate sehr unerheblich vermindert. Er wollte seine Freunde stärken, vor allem seine Parteigenossen, die Christlichsozialen, und er hat seine Partei vernichtet (Bravo!), unter die Räder gebracht, so gründlich, wie es noch nie geschehen ist. Wenn das Hauptverdienst an der Niederlage der Christlichsozialen die Sozialdemokratie hat, der zweite, der ein Verdienst daran hat, ist Bienerth. (Heiterkeit und Beifall.) Nur ihm konnte einfallen, in seiner Feindseligkeit gegen das Parlament, in diesem Moment die Wahl auszuschreiben, eine Parole auszugeben, die unmöglich ist. Und nur ihm konnte einfallen, zur Hauptwahl und Stichwahl das Unmögliche zu versuchen und dem Wiener Bürgertum zuzumuten, es solle sich unter die Parole beugen, die von ein paar Herren aus der Provinz ausgegeben wurde, die keine Ahnung von Wien haben. Nur ihm konnte einfallen, in Wien Politik zu machen auf Geheiß Geßmanns. Herrn Bienerth sind wir dankbar. (So ist es!) Er hat die Konstellation ermöglicht, die den Sieg bringen konnte. So war es möglich, den Kampf zu führen unmittelbar gegen die Häupter der Christlichsozialen, unmittelbar gegen die Verkörperung der Christlichsozialen, die das ganze Ministerium war, nicht nur Weiskirchner, der doppelt unterlegen ist. Ein Weiskirchner mehr oder weniger, darauf kommt es nicht an. Hier bedeutet es die Niederlage des ganzen Systems. Liechtenstein, Pattai, Weiskirchner und ihr Führer Geßmann unterlegen — das bedeutet, daß eine Partei in ihrer heutigen Gestalt aufgehört hat, zu existieren. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe das Verdienst des Ministerpräsidenten gerühmt, ich muß auch das Verdienst des Herrn Geßmann rühmen. (Heiterkeit und Beifall.) Es ist noch nicht lange her, daß Geßmann wieder einmal im Parlament den Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie gepredigt und gesagt hat: „Alle müssen sich vereinigen gegen die vaterlands-, nations- und religionsfeindliche, die Familie untergrabende Sozialdemokratie!" Ich hatte das Glück, unmittelbar nach ihm zu Worte zu kommen und ihm zu antworten: „Wir warten auf diesen Feldzug! Nichts wird uns angenehmer sein, aber eines erbitten wir uns: Exzellenz Geßmann muß der Generalissimus dieses Feldzuges sein!" (Schallende Heiterkeit.) Dieser Wunsch ist in Erfüllung gegangen (neuerliche, lebhafte Heiterkeit), und darum würden wir das Verdienst, das Geßmann hat, unterschätzen, wenn wir ihm nicht ausdrücklich dankten. (Sehr richtig!)

Wir hatten den Kampf in der Hauptwahl allein zu führen. Wir sind in die Stichwahl gekommen durch eigene Kraft und durch die unvermeidliche Zersetzung der christlichsozialen Partei. Wir

können nicht allein durch unsere Tugenden wachsen. (Heiterkeit und Sehr gut!) Wo wir nicht vorwärtskommen durch eigene Kraft, helfen uns die Laster der Gegner. Das ist aber ein Umstand, auf den wir mit derselben Bestimmtheit rechnen können wie auf unsere eigene Kraft. (Sehr richtig!) Neben uns kam in die Stichwahl eine Anzahl bürgerlicher Herren verschiedener Parteien. Nun war die Wendung da. Nun sah man zum erstenmal die Möglichkeit der Beseitigung der Christlichsozialen, nun hat das Bürgertum die Courage bekommen, mit uns zu gehen, endlich das von sich zu stoßen, was es schon so lange verachtet und gehaßt hat. So ist bei der Stichwahl der Sieg gemeinsam erfochten worden. Was nun kommt, ist auf Seite des Bürgertums schwer vorauszusagen, und ich möchte Sie

vor Illusionen ausdrücklich warnen.

Meinen Sie nicht etwa, daß diese Treue dem Gedanken der Freiheit auf immer gesichert sei. Wir haben bei der Stichwahl gewählt als Politiker, ohne alle Illusion. (So ist es!) Wir lieben diese bürgerlichen Parteien nicht, für die wir gestimmt haben, und wir haben um ihre Liebe nicht geworben. Wir haben zusammengewirkt zu einem gemeinsamen augenblicklichen politischen Zweck, zur Beseitigung der Christlichsozialen, zu einem wohltätigen Werke für ganz Wien. Das ist alles, und wir möchten weder Illusionen bei uns noch bei unseren Gegnern darüber erwecken, als ob irgendein anderer Zusammenhang zwischen diesen beiden Gruppen von Parteien bestände. Wir bleiben, was wir waren, die Arbeiterpartei, die proletarische Partei, die Partei der klassenbewußten Arbeiterschaft. Wir sind keine Art von Allianz, keinerlei Art von Koalition eingegangen, wir haben nichts anderes als bei einer lebenswichtigen Gelegenheit eine gemeinsame Anstrengung gemacht, einen schweren Stein, der uns im Wege lag und auch den anderen unbequem war, haben sie mit wegwälzen geholfen. Man soll nicht meinen, daß wir dem deutschen Bürgertum, gegen das wir in den Sudetenländern für das nackte Leben der Arbeiterschaft mit dem vollen Einsatz unserer Kraft kämpfen müssen, mehr zumuten, als es leisten kann. Oh, es gibt gewiß unter den gewählten Herren und unter ihren Wählern noch mehr, die den Kopf gelegentlich voll der Gedanken an Freiheit haben. Allen Respekt vor jedem, der es gut meint und guten Willens ist. Es ist unsere Pflicht, im entscheidenden Moment alle diese Kräfte zusammenzufassen und mitzureißen. Das ist selbstverständlich und wir werden es immer tun. Aber das soll uns nicht verdunkeln, was hier in Wien nicht minder als in ganz Österreich für die Arbeiterklasse nötig ist: das Bewußtsein des proletarischen Kampfes für die Ideale und Interessen des Proletariats, die die Ideale und Interessen der ganzen Menschheit sind und die nur verwirklicht und durchgesetzt werden können durch das Proletariat selbst. (Bravo! Bravo!) Wir danken denen, die uns geholfen haben. Wir erwarten keinen Dank für das, was wir geleistet; wir haben, was wir getan, niemand zuliebe getan. Was wir taten, geschah für die Arbeiter-

schaft, für die Sozialdemokratie, geschah in unserem Geiste. Wir wissen auch: wenn wir ins Parlament kommen, wird die Welt ganz anders aussehen als am 20. Juni. Da ist nicht mehr der Feind die Verdummung, der Klerikalismus, die christlichsoziale Gewalttat. Da gibt es nur Gruppen, die sich um das Ministerium sammeln, heiße es nun Bienerth oder Gautsch. Wenn wir fragen:

Wofür haben wir gekämpft?

in wessen Namen haben wir den Kampf geführt? so haben wir ihn geführt namens der sozialdemokratischen Forderungen, gegen die sich alle widersetzen, gegen den Militarismus, gegen den Agrarismus, gegen neue Steuerbelastungen, gegen die Aushungerung des Volkes durch eine Politik, die alles andere ist als eine Volkspolitik. Glauben Sie, daß für diese Kämpfe bei den Herren, die an die Stelle der Christlichsozialen getreten sind, Verlaß ist? Glauben Sie, daß die Parteien, die die Christlichsozialen ersetzen, morgen etwas anderes sein werden als Regierungsparteien? Es wäre mir sehr erwünscht, wenn ich die Herren beim Worte nehmen könnte, aber es wäre Selbsttäuschung. Gewiß, die Wahlen in Wien haben im Bürgertum eine leidenschaftliche Bewegung für große Dinge gezeigt, aber täuschen wir uns nicht! Das ist ein wesentlich negativer Prozeß, eine Bewegung gegen die Christlichsozialen, die nötig war, deren wir uns freuen, die zeigt, daß es noch reine Elemente im Bürgertum gibt, die noch einige Hoffnung bieten, daß die Schichten, die unter seinem Einfluß sind und die uns noch fernstehen, entwicklungsfähig sind, daß sie einst zu uns kommen werden. Wir könnten nicht leben, wenn wir nicht diese Siegeszuversicht hätten, daß wir noch gewinnen könnten, wenn wir meinten, daß alles außer uns verloren ist für alle Vernunft. (So ist es!)

Gewiß sind diese Wahlen ein Zeichen erwachender gesunder Erkenntnis. Aber für den speziellen parlamentarischen Kampf, den wir führen, wird sich im Hause wenig ändern. Nur eines ist allerdings angebahnt, was freilich etwas Großes ist. Die furchtbare Macht der Christlichsozialen, die

wie ein Alp auf der ganzen Verwaltung

gelegen ist, noch mehr wie auf der Gesetzgebung, die alle Ministerien verwüstet hat, die den ganzen Apparat des Landes in der Hand hat und mißbraucht, die die Gemeinde in der Hand hat und nicht nur für Parteizwecke, sondern auch für persönliche mißbraucht, hat einen ernsten Stoß bekommen. Wenn Sie aber glauben, wir seien mit ihr fertig, täuschen Sie sich! Bevor ein Jahr um ist, bei den Gemeinderatswahlen, sehen wir uns wieder. Es wird des Aufgebots der größten Kraft bedürfen, um weiterzuführen, was am 20. Juni erst begonnen wurde. (So ist es!)

Vielleicht ist das, was ich da sage, keine Festrede. (Heiterkeit und Widerspruch.) Vielleicht hat mich mein Hang zu politischen Erörterungen etwas weiter geführt, als ich wollte. Aber wenn ich mit vielen

Genossen beisammen bin, geht das mit mir durch. Wir können aber die Arbeit, die wir begonnen haben, nicht eine Minute unterbrechen, und darum spreche ich von den nächsten Wahlen. Nichts läge ja näher, als daß wir nach den zweieinhalb Monaten Wahlarbeit jetzt einmal ausschnaufen, und jeder hat geradezu das physische Bedürfnis danach. Aber, Genossen und Genossinnen, Sie dürfen das nur in sehr beschränktem Maße tun (Heiterkeit und Zustimmung) und dürfen absolut nicht glauben, daß Ihnen auch nur eine Minute Ruhe gegönnt ist bei der eigentlichsten Arbeit, die jeder einzelne zu verrichten hat. Sie dürfen das um so weniger tun, als wir nicht wissen, ob wir nicht in ganz kurzer Zeit die Kraft unserer Organisation — nicht nur für die Gemeinderatswahlen — werden von neuem auf die Probe stellen müssen. (So ist es!) Ich möchte es Ihnen von dieser Stelle aus und in diesem feierlichen Moment als heilige Pflicht ans Herz legen, nicht dem Gedanken zu verfallen: Die Stichwahlen werden uns auch dann herausreißen. Ich wiederhole:

Verlassen wir uns nur auf die eigene Stärke!

Sonst sind wir verloren! (Sehr richtig!) Benützen Sie die Zeit, um schwache Punkte zu stärken, Erfahrungen zu nützen; tun Sie dasselbe, was auch die Parteivertretung tut: rastlos sofort an die neue Arbeit gehen. (Bravo! Bravo!)

Nun, Genossen und Genossinnen, freuen wir uns, daß von Wien genommen ist die Schmach, daß, was 1897 nicht möglich war, heute geworden ist! Freuen wir uns, daß das schwarze Wien zum großen Teil das rote Wien geworden ist! Freuen wir uns, daß wir so zugenommen haben an Zahl und Kraft. Wir haben 1897 88.000 Stimmen gehabt — ohne Floridsdorf, das damals eine Stadt für sich war; ich sage das mit aller Ehrfurcht vor Floridsdorf (Heiterkeit), aber ich kann darum die heutige Stimmenzahl auch nur ohne Floridsdorf angeben. Wir haben heute ohne Floridsdorf 136.000 Stimmen. Wir sind um mehr als fünfzig Prozent gewachsen, um 48.000 Stimmen. Nun, Wien ist groß, größer geworden, aber die Partei, mit der wir zu kämpfen hatten, war uns 1897 beträchtlich überlegen. Unseren 88.000 stellte sie 117.000 Stimmen entgegen. Heute — ich spreche selbstverständlich nur von der Hauptwahl — hatte sie uns mit allen ihren Wilden nur 130.000 Stimmen entgegenzustellen. Wir, die damals Schwächeren, sind also weit stärker geworden, aus eigener Kraft, und das ist das wichtigste Ergebnis des Wahlkampfes. Wir stehen im Dienste einer großen Idee, wir stehen im Dienste, wie es erhebend im herrlichen Chor, der diese Feier eröffnete, heißt: des Wissens Macht, der Freiheit Drang, der Menschenliebe. Wir stehen im Dienste der Idee des Sozialismus, im Dienste einer Kraft, die die Arbeiterklasse und mit ihr die Welt befreien wird. Wir sind ein gutes Stück weitergekommen! Aber wie viel auch noch zu tun ist, wie ungeheuer auch die Kraft der Gegner ist und sich steigert, weil sie zum Bewußtsein kommen des Klassengegensatzes, den sie leugnen, den sie aber täglich brutaler zum Ausdruck bringen — in diesem Kampfe werden wir gestärkt, weil wir das Bewußtsein der Notwendigkeit unseres Sieges haben.

Genossen von Wien! Von ganz Österreich — ich wage zu sagen, von allen Nationen — liegt auf euch die größte Last der Arbeit und Verantwortung, weil Wien das größte Industriezentrum ist. Wien ist nicht nur die Haupt- und Residenzstadt des Kaisers, sondern auch die

Haupt- und Residenzstadt des österreichischen Proletariats.

(Lebhafter Beifall.) Wien ist das Herz des österreichischen Proletariats, hier sind in unserem industriell langsam wachsenden Lande die größten Massen der Proletarier. Hier haben sie die Möglichkeit, emporzukommen, sich geistig zu entwickeln, alle Gelegenheiten, sich zu entfalten und zu kämpfen. Sie, Genossen, sind also berufen, die Hauptträger unserer nächsten Kämpfe zu sein! Sie sind es heute schon. Unsere Wiener politische Organisation kann sich sehen lassen, aber auch die gewerkschaftliche Organisation von ganz Österreich hat ihr Zentrum, ihren Schwerpunkt in Wien und Niederösterreich. Nicht anders steht es um alle anderen Formen der proletarischen Tätigkeit. Hier müssen wir uns immer mehr erfüllen mit der Kraft zur Arbeit, die nicht allein der Wunsch, zu siegen, gibt, sondern der unbeugsame Wille, den Sieg zu erringen durch Arbeit Tag um Tag, durch unermüdbare Zähigkeit! (Tosender Applaus.)

Und so fordere ich Sie auf zu einem Hoch auf die Sozialdemokratie! Die Sozialdemokratie Wiens, die internationale Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Brausende Hochrufe.)

Ohne Bienerth.

Sieben Versammlungen, 18. Juli 1911*).

Das Parlament ist eröffnet und rüstet sich zur Arbeit; zunächst allerdings nur zu einer vorläufigen Arbeit, denn im August wird es auf Urlaub gehen. Immerhin wird man schon jetzt ein Bild bekommen, wessen man sich von ihm und der neuen Regierung versehen kann. Die erste Wirkung der Neuwahlen war das Verschwinden des Herrn Bienerth. (Bravo!) Der Mann hat sich verspekuliert und ist an seiner verfehlten Spekulation kaputt gegangen. Die Herren haben es sich so fein ausgerechnet gehabt, daß Herr Bienerth eine bedeutend größere Majorität bekommen soll, indem die Christlichsozialen in Wien und der Deutsche Nationalverband in der Provinz den Sozialdemokraten ein paar Dutzend Mandate wegnehmen, so daß Herr Bienerth leichter regieren kann; aber die Wahlen sind anders ausgefallen. (Heiterkeit.) Allerdings haben wir in den Sudetenländern sehr schmerzliche Verluste zu beklagen. In diesen Ländern sind wir überall gegenübergestanden einer Verbrüderung aller Parteien und Schichten, die nicht Arbeiter und nicht Sozial-

*) Am 17. Juli trat nach den Juniwahlen das Parlament zusammen und die Sozialdemokraten hielten am 17. und 18. Juli sieben Massenversammlungen ab, um ihre Stellung zum neuen Parlament zu besprechen. Im Favoritner Arbeiterheim sprach Adler.

demokraten sind, und wir haben zwar nicht eine Einbuße an Stimmen, aber eine Einbuße an Mandaten erlitten Aber glauben Sie nicht, daß der Mut unserer Genossen draußen gebrochen ist. Im Gegenteil, es zeigt sich heute schon, daß in der Arbeiterschaft in dieser Industriegegend sich endlich jener Trotz, jene Entschlossenheit durchbricht, die dort noch vielfach gefehlt haben und ohne die, das wissen wir in Wien am allerbesten, man nichts durchsetzt. Ein anderes Bild haben wir hier in Wien gehabt. Hier hat sich gezeigt, daß die einzige Kraft, die fertig werden kann mit den klerikalen Beherrschern Wiens und Niederösterreichs, die einzige Kraft, die nie versagt und immer wächst, die sozialdemokratische Arbeiterschaft ist. (Beifall.) Wir haben auch hier in der Stichwahl — und ich lege Wert darauf, das immer wieder hervorzuheben — mit niemand Kompromisse abgeschlossen und gewählt, wie es im Interesse der Arbeiterschaft notwendig ist.*) (Lebhafter Beifall.)

Aber der Deutsche Nationalverband, der sich freiheitlich nennt, hat in Böhmen, Mähren und Schlesien Kompromisse geschlossen mit den Klerikalen, Kompromisse, die kompromittieren, weil sie ausdrücklich mit Zurücksetzung und Aufhebung ihres Programms eingegangen wurden. (Pfui!) Die Deutschfreiheitlichen haben dort Mann für Mann ihre freiheitlichen Grundsätze abgeschworen, haben Erklärungen abgegeben gegen die freie Schule, gegen die Ehereform, haben jeden Kampf gegen den Klerikalismus abgeschworen, alles bloß, um die christlichsozialen Stimmen zu bekommen. Wenn die Christlichsozialen dank dem Haß, den sie sich durch ihre jahrelange Tätigkeit zugezogen haben, verschwunden sind mit ihren Häuptern aus dem Parlament, so können die Klerikalen unbesorgt sein: der Deutsche Nationalverband wird schon dafür sorgen, daß dem Klerikalismus nichts Übles widerfahre. Wenn die Herren meinen, daß sie sich über diese Frage hinwegschwindeln werden, da täuschen sie sich. Wir werden sie zwingen, Farbe zu bekennen, und diejenigen, die sich freiheitlich genannt haben, werden Gelegenheit haben, zu zeigen, wie weit ihr Freisinn geht. (Großer Beifall.)

Aber die für uns wichtigste Frage ist, wie sich das neue Parlament in allen Dingen stellt, wo es sich um die soziale Reform und die Lebenshaltung der breiten Massen handelt. Da ist zunächst die Frage**): Wie wird sich das Parlament stellen überall dort, wo es sich um die Ernährung und wo es sich um die Wohnungen des

*) Die Sozialdemokraten haben in der Stichwahl zwar überall gegen die Klerikalen gestimmt, aber die Freisinnigen haben nicht überall für die Sozialdemokraten gestimmt und wenn sie mit Sozialdemokraten in der Stichwahl waren, haben sie bei den Pfarrern um die klerikalen Stimmen gebettelt.

Außerhalb Niederösterreichs stand die deutsche Sozialdemokratie in 42 Stichwahlen, aber von diesen wurden nur zwei zugunsten der Sozialdemokratie entschieden. Christlichsoziale stimmten für Freiheitliche, Los-von-Rom-Leute für Klerikale, nur um die Sozialdemokratie niederzuringen.

**) Siehe Adlers Reden über die Teuerung am 4. und 5. Oktober 1911. (Bd. VIII, Seite 447 und 452 f.)

Volkes handelt? Nun passiert es heute, daß wieder eine Sendung von ein paar hunderttausend Tonnen argentinischen Fleisches angekündigt wird, und in der „Arbeiter-Zeitung" werden Sie morgen lesen, daß das Ackerbauministerium erklärt, es sei nicht in der Lage, zu verfügen, daß dieses Fleisch nach Österreich eingeführt werde. (Allgemeine Erregung und minutenlange tosende Pfuirufe.) Wir haben nun ein neues Ministerium, aber in dieser Beziehung ist die Richtung die alte. Die Geschichte dieser Fleischeinfuhr ist am belehrendsten, weil sie zeigt, wie man die Bevölkerung in raffinierter Weise irreführen kann. Sie erinnern sich, daß der christlichsoziale Handelsminister Weiskirchner (Pfui!) so getan hat, als wollte er der Bevölkerung dieses Fleisch in genügender Menge verschaffen, und daß er dann im Parlament eingestehen mußte, daß er mit Ungarn einen Geheimvertrag abgeschlossen hat, nach dem nicht mehr als zweitausend Tonnen nach Österreich hereingelassen werden sollen. Dieser von Weiskirchner abgeschlossene, von den Christlichsozialen gedeckte und gutgeheißene Geheimvertrag gibt dem Ackerbauminister den Scheingrund für sein Einfuhrverbot, und nun sind die Christlichsozialen die ersten, die eine Protestversammlung in der Volkshalle gegen die Einfuhrverhinderung ankündigen! (Pfuirufe und Gelächter.) Weiter kann die Heuchelei in der Politik nicht mehr getrieben werden. Wenn jemand schuld ist, daß der Ackerbauminister einen Vorwand hat, den Wienern das Fleisch zu entziehen, so ist es der christlichsoziale Vertreter des früheren Ministeriums. Wir werden ja sehen, wie sich die Sache im Parlament machen wird und ob man die Anträge, die die Sozialdemokraten schon im früheren Hause gestellt haben, auch jetzt so aufnehmen wird wie damals, da sich Herr Bielohlawek und Herr Kunschak erfrecht haben, die Teuerung einen Schwindel zu nennen.*)

Wir werden sehen — das will ich einfügen —, was der Wiener Gemeinderat gegen die furchtbare Wohnungsnot tut, gegen

*) In der Debatte über die sozialdemokratischen Teuerungsanträge im Herbst 1907 stimmten die Christlichsozialen, auch ihre sogenannten Arbeitervertreter, am 28. November 1907 gegen die Anträge. Zur Begründung führte Kunschak an, „daß die Preise einiger im Haushalt der Arbeiter zumeist gebrauchten Artikel, wie Kartoffeln und Kraut, wesentlich gesunken" seien. Deshalb stimmte er gegen die Aktion für billiges Fleisch. Die Arbeiter sollen nach dem Rezept des christlichsozialen Arbeiterführers Kraut und Kartoffeln essen; dann brauchte das Fleisch nicht billiger zu werden. Bielohlawek nannte damals die Teuerung einen „Teuerungsschwindel" und stellte sie als eine Erfindung der Sozialdemokraten und der Frauen hin.

Die obige Äußerung Kunschaks findet ihr Gegenstück in der Äußerung, die er am 7. Februar 1927 über die Löhne der Bauarbeiter gemacht hat. Er sagte damals wörtlich:

„Ich bin ein entschiedener Gegner des Wohnhausbaues durch die Gemeinde. Und zwar bin ich deswegen dagegen, weil die Gemeinde schlecht und teuer baut. Wir haben in Österreich die höchste Valorisie-

die die Gemeinde das Notwendige vorzukehren hat. Es wird sich ja zeigen, ob sich die Leute gebessert haben nach der ersten Lektion der Pädagogik, die ihnen die Stadt Wien zuteil werden ließ. Der Wiener Gemeinderat ist eine Körperschaft, in der die Haus- und Grundbesitzer dieselbe Rolle spielen wie im Parlament die großen Viehzüchter und Getreidefabrikanten. Wie diese das größte Interesse haben an teurem Fleisch und Brot, so haben die Beherrscher des Gemeinderates ein Interesse an teuren Wohnungen. Aber wir meinen, daß diese teuren Wohnungen nun endlich teuer genug geworden sind (Sehr richtig! So ist es!); wir meinen, daß in Wien ein unerträglicher Zustand geworden ist, weit unerträglicher als er mit dem kapitalistischen Grundausbeutungssystem überall verknüpft ist. (Stürmischer Beifall.) Die Wohnungspreise sind in Wien zu einer Höhe gediehen, daß jeder, der Einblick hat, erschrickt und erstarrt bei dem Gedanken, wie sie bei den Löhnen und Einkommen überhaupt noch getragen werden können. (Leidenschaftliche Entrüstungsrufe: Zehn Personen in einem Zimmer!)

Die Wohnungs- und Lebensmittelteuerung, das sind die Dinge, die heute am meisten auf uns drücken und gegen die zunächst, wenn auch nur Palliativmittel, gesucht werden müssen. Ob wir im Parlament dafür eine Unterstützung finden werden, weiß ich nicht. So viel aber ist sicher, daß alles das um so unerträglicher wird, um so schwerer es der Arbeiterschaft gemacht wird, ihre Lebenslage zu verbessern und ihren Lohn einigermaßen zu erhöhen. Wenn wir nun ein Parlament vor uns sehen, dessen größte Partei, der Deutsche Nationalverband, mit der ausdrücklichen Parole gewählt wurde: „Gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft und ihre Forderungen!", dann dürfen wir uns darauf gefaßt machen, daß jede Forderung für den Arbeiterschutz, jeder Schritt, um das Koalitionsrecht zu sichern und zu erweitern, jeder Schritt, um die Lebenslage der Arbeiterschaft zu heben, auf schweren Widerstand stoßen wird. Darauf machen Sie sich gefaßt: Wir werden in diesem Parlament das Bild des Klassenkampfes haben, wie wir es im Wahlkampf gehabt haben. (Lebhafte Zustimmung.) Darum müssen wir von allen politischen Dingen aus diesen Wahlen die Lehre ziehen, daß wir so, wie wir unsere politischen Organisationen ergänzen und verstärken müssen, vor allem unsere gewerkschaftlichen Organisationen mit um so größerem Eifer verstärken müssen, denn wir werden es in der nächsten Zeit mit schweren

---

rung der Bauarbeiterlöhne in Europa. Das erklärt sich daraus, daß bei uns nur die Gemeinde baut. Es ist klar, daß die Gemeinde gegenüber den Bauarbeitern sehr freigebig sein kann. Es kostet sie ja nichts. Die Steuerträger müssen ja alles zahlen. Wenn eine Forderung gestellt wird, zeigt sich die Gemeinde nobel, ohne Rücksicht auf die Lage der übrigen Arbeiterschaft."

So sprach nicht etwa der Unternehmersekretär, sondern der christlichsoziale „Arbeiterführer".

Kämpfen, vielleicht mit frechen Angriffen auf ganze Positionen der Arbeiterschaft zu tun haben. (Allgemeine lebhafte Zustimmung.) Ich kann Ihnen nicht versprechen, daß wir Ihnen in der nächsten Zeit über Erfolge, für Sie, die unmittelbar wirken, werden berichten können; ich kann nur mit allem Ernst und mit dem größten Nachdruck Sie auffordern, bereit zu sein zum schwersten Kampfe. (Stürmischer Beifall und Rufe: Zu jeder Stunde!) Ich kann Ihnen nichts anderes sagen, als daß Sie auf das beschränkt sein werden und das haben werden, was Sie selbst zu halten wissen durch ihre Organisation.

Nicht daß ich die Tätigkeit im Parlament unterschätze. Wir Sozialdemokraten arbeiten alle schwer und ernst im Parlament, wir halten es für eine heilige und wichtige Sache und verteidigen jeden Fußbreit Boden und sind froh, wenn wir einen Millimeter weiter vorrücken; wir werden diesen Kampf mit größter Schärfe und Intensität weiterführen; aber wir würden unrecht tun, wenn wir sie nicht aufmerksam machten, daß der Kampf im Parlament in der nächsten Zeit noch weniger ausreichen wird als bisher. Wir stehen einer Ralliierung des Unternehmertums gegenüber, wie sie in Österreich noch nicht da war, und — was noch schlimmer ist — gegen eine Unternehmerorganisation, die noch jung ist, unerfahren und die ihre Flegeljahre noch nicht hinter sich hat. (Beifall.)

Nun haben wir eine ganze Reihe von sozialpolitischen Anträgen und Dingen, die wir im vorigen Parlament sehr weit gefördert hatten. Selbstverständlich werden wir sie alle sofort erneuern und wir hoffen, sie mit Benützung der besten Gelegenheiten stückweise eines nach dem anderen durchzusetzen. Das Wichtigste ist freilich die Sozialversicherung. Da stehen wir vor einer großen Schwierigkeit. Das frühere Haus hatte das Gesetz im Ausschuß soviel wie fertig, und es ist eines der größten Verbrechen Bienerths, daß er das Haus aufgelöst hat mitten in dieser Arbeit. (Pfui Bienerth!) Es hat ihm übel angeschlagen. Das erste Wort der Sozialdemokraten mit dem neuen Manne, Herrn v. Gautsch, galt natürlich der Sozialversicherung. Wir sagten ihm, daß wir wünschen, daß die Arbeit sofort aufgenommen und im neuen Hause dort fortgesetzt werde, wo das alte aufgehört hat. Der Minister erwiderte, die Regierung wolle die Sozialversicherung; aber ob er sie gleich einbringen werde, kann er nicht sagen. Er will es in der allernächsten Zeit; man beschäftigte sich mit der Ausarbeitung der Vorlage. Nun kann das was Gutes und was Schlechtes bezeichnen. Die alte Vorlage hat durchaus nicht allen unseren Wünschen entsprochen; die Vorlage ist außerordentlich verbesserungsbedürftig und verbesserungsfähig; aber die Frage ist, ob sie aus den Händen der Regierung verbessert oder etwa gar verschlechtert kommt. Wir verlangen, daß die Sozialversicherung ehestens eingebracht und die Arbeit sofort fortgesetzt werde. (Großer Beifall.)

Wir stellen diese Forderung an ein altes Ministerium mit einer neuen Spitze. Wir können sagen, daß wir Herrn v. Gautsch

eigentlich ohne Übelwollen und ohne böse Vorurteile entgegenkommen; denn Gautsch hat während seines letzten Auftretens als Ministerpräsident manches gutgemacht, was er früher verbrochen hat. Er war der Mann, der seinerzeit gesagt hat: Man darf in Ungarn keine Wahlreform machen, weil das für Österreich schädlich wäre. Er war aber auch der Mann, der sich gedreht hat und seine neue Überzeugung kräftig vertreten hat. Wir erinnern uns alle, mit welch wirklichen Kraftworten er die Wahlreform gegenüber den Herren Junkern vertreten hat. Das war eine männliche Sprache, und wenn die Herren oben vergeßlich sind: das Volk hat ein gutes Gedächtnis — auch für gute Dinge. Von vornherein kommen wir Herrn v. Gautsch unvoreingenommen entgegen; aber freilich, es wäre sehr zu wünschen, daß er diese gute Meinung nicht allzu schnell dementieren würde. (Stürmischer Beifall.) Wenn wir die Thronrede lesen, die ja das Regierungsprogramm ist, so müssen wir schon sagen, daß unsere gute Meinung eine erkleckliche Abschwächung erfährt; denn in dieser Thronrede steht vor allem, was die eigentliche Mission des Herrn v. Gautsch ist: Wehrvorlage mit neuen Lasten und neuen Steuern. Mit welchen Mitteln er das erreichen wird, weiß er heute wohl noch selber nicht. Er sucht erst eine tragfähige Majorität. Man weiß noch nicht, wer die Majorität sein wird, die trägt, man weiß aber schon sehr genau, was sie tragen soll: Ausgaben für den Militarismus und neue Steuern; und wer sie tragen und ausgeben soll, das sind die neuen Massen. (Lebhafte Zustimmung.) Freilich wird sich der Kampf nicht so leicht abspielen. Unser Glück ist wieder unser Unglück: zunächst ist das Ding in Ungarn nicht in Ordnung. Aber dieses Unglück ist ein sehr zweifelhaftes; denn Parlamente, die zu Schlechtem nicht zu brauchen sind, sind gewöhnlich auch zu nichts Gutem zu brauchen. (Heiterkeit.)

Nun schwebt natürlich auch allen die Frage auf den Lippen, in welcher Verfassung die Sozialdemokraten ins Parlament kommen. Sie haben gelesen, daß der Sozialdemokratische Verband nicht in der alten Form erneuert wurde. Es ist bedauerlich, daß das nicht möglich war, aber Sie brauchen darum noch nicht daran zu zweifeln, daß für ernste politische Interessen alle Sozialdemokraten ohne Unterschied der nationalen Klubs tätig sein werden.*) (Allgemeiner Beifall.) In einigen tschechischen Parteiversammlungen in Wien wurde gestern zum Teil die Anklage gegen uns erhoben, daß wir Deutschen den Verband zerrissen hatten, daß wir uns separiert haben im Parlament. Ich will keine Polemik hier führen; aber das möchte ich konstatieren, daß die deutsche Sozialdemokratie die internationale Solidarität auch in

*) Im neuen Parlament haben die Sozialdemokraten der verschiedenen Nationen nicht mehr wie im vorigen einen gemeinsamen Verband gebildet, sondern es hat sich nach dem Beispiel der anderen Nationen gemäß dem Beschluß der Parteivertretung vom 21. Juni ein besonderer Klub der deutschen Sozialdemokraten konstituiert, der sich allerdings bemühte, mit den sozialdemokratischen Klubs der anderen Nationen enge Fühlung zu haben.

der Organisation in allen ihren Formen, politisch, gewerkschaftlich und genossenschaftlich, mit den größten Opfern durchgesetzt und aufrechterhalten hat. (Sehr richtig! Bravo!) Und ich möchte konstatieren, daß, wer immer den Separatismus erfunden hat, eine deutsche Erfindung ist er nicht. Wir konnten uns dem Eindruck nicht entziehen, daß es unsere tschechischen Genossen nur schwer ertragen haben und wiederholt in Gegensatz gekommen sind zu dem, was der gesamte Verband beschlossen hat, und die gesamte tschechische Parteipresse hat wiederholt von der Last gesprochen, die ihr die deutsche Führung auferlege. Wir haben uns für verpflichtet gehalten, unter solchen Umständen die schwer zu erhaltende Einigkeit im Verband etwas loser zu gestalten. Wir hoffen, und ich bin überzeugt davon, daß die Zeit kommen wird, wo das gesamte tschechische Proletariat einig mit uns gehen wird; aber, Parteigenossen, wir können mit Gewalt nicht an uns halten, was bei uns nicht bleiben will oder kann. (Beifall.) Wir wollen die Selbständigkeit der tschechischen Genossen nicht antasten und wir werden sehen, wie weit die eiserne politische Notwendigkeit der Dinge und die eiserne politische Notwendigkeit im Parlament es herbeiführen werden, daß gegenüber den bürgerlichen Parteien und den Gegnern der Regierung eine eiserne proletarische Phalanx dasteht. (Allgemeiner stürmischer Beifall.)

Militarismus und Krieg.

Der Deutschmeisterrummel.

Versammlung am 7. September 1896*).

Der Jubel beim Empfang des Zaren hat natürlich nur dem europäischen Frieden gegolten. (Heiterkeit.) Man glaubt, das Volk sei heute so eingelullt, daß man sich alles mit ihm erlauben könne, und man führt es systematisch von einem militärischen Gepränge zum anderen, um es zu betäuben. Es gibt noch bürgerliche Ideologen, die gegen den Militarismus im Namen der Menschlichkeit auftreten. Dieselben Leute wollen aber nicht einen Schritt tun, um die kapitalistischen Grundlagen des Militarismus zu beseitigen. Wir sehen klar, uns sind die Ursachen des Militarismus nicht verborgen geblieben. Und wenn die Machthaber Ströme von Champagner vergössen in ihrem Friedensdusel, wir wissen, daß nicht ein Mann weniger ausgehoben werden würde. Kaiser Wilhelm, der überhaupt für uns unbezahlbar ist, weil er so gern aus der Schule plaudert, hat wiederholt offen den Soldaten in seinen Ansprachen erklärt, was ihr Hauptzweck ist: die Bekämpfung des „inneren Fein-

---

*) Anfangs September 1896 wurden zu Ehren des sich aus Wien rekrutierenden, „Deutschmeister" genannten Infanterieregiments, das die Feier seines zweihundertjährigen Bestehens mit großem Tamtam beging, große patriotische Kundgebungen und Aufmärsche auf dem Deutschmeisterplatz vor dem dortigen Deutschmeisterdenkmal veranstaltet. Am 6. September richtete auch der Kaiser Franz Josef ein Glückwunschtelegramm an das Regiment.

Für den 7. September hatte die sozialdemokratische Partei in Wien vier große Volksversammlungen mit der Tagesordnung „Der Militarismus und das Volk" einberufen, um dem Deutschmeisterrummel der Schwarzgelben die wahre Gesinnung der arbeitenden Massen gegenüberzustellen.

Kurz vorher war auch der russische Zar Nikolaus II. in Wien. Er hatte am 25. August mit seiner Frau eine große Rundreise zum Besuch der Oberhäupter der Großmächte angetreten und hatte sich zunächst nach Wien begeben, wo er allerdings ohne viel Geschichten mit ganz formalen Trinksprüchen empfangen wurde. Am 5. September wurden sie in Breslau vom Kaiser Wilhelm II. empfangen, der bei der Festtafel im königlichen Schloß einen Trinkspruch auf den Zaren als den Träger alter Tradition und Hort des Friedens ausbrachte.

In der Versammlung beim Hamberger „Zur Blauen Weintraube" in Margareten, in der auch der belgische Genosse Vandervelde anwesend war, sprach Adler.

des", eventuell des Vaters und Bruders*). Was der Militarismus wirklich bedeutet, darüber hat seinerzeit Feldzeugmeister Freiherr v. Schönfeld ein wertvolles Geständnis gemacht, als er sagte, daß die Armee die Bestimmung habe, Schulter an Schulter mit dem Bürgertum die heiligen Güter

---

*) Einige Aussprüche des Kaisers Wilhelm II., auf die Adler hier anspielt, sind:

Was die Forderungen selbst betrifft, so werde ich diese durch meine Regierung genau prüfen und euch das Ergebnis der Untersuchung durch die dazu bestimmten Behörden zugehen lassen. Sollten aber Ausschreitungen gegen die öffentliche Ordnung und Ruhe vorkommen, sollte sich der Zusammenhang der Bewegung mit **sozialdemokratischen Vereinen** herausstellen, so würde ich nicht imstande sein, eure Wünsche mit meinem königlichen Wohlwollen zu erwägen. Denn für mich ist jeder **Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.** Merke ich daher, daß sich sozialdemokratische Führer in die Bewegung mischen und zu ungesetzlichem Widerstand anreizen, so würde ich mit unnachsichtlicher Strenge einschreiten und die volle Gewalt, die mir zusteht — und die ist eine große — zur Anwendung bringen.

Aus der Ansprache an die Deputation der ausständigen Bergarbeiter. 14. Mai 1889 zu Berlin.

Ich knüpfe hieran den Wunsch, daß dieses gute Beispiel, welches die Provinz gegeben hat, ohne Unterschied der Parteien und Konfessionen von allen Teilen meines Volkes befolgt werde, daß unsere Bürger endlich aus dem Schlummer erwachen mögen, in dem sie sich so lange gewiegt haben, und nicht bloß dem Staate und seinen Organen die **Bekämpfung der umwälzenden Elemente** überlassen, sondern selbst mit Hand anlegen.

Breslau, 13. September 1890.

Kinder meiner Garde, mit dem heutigen Tage seid ihr meiner Armee einverleibt worden, steht jetzt unter meinem Befehl und habt das Vorrecht, meinen Rock tragen zu dürfen. Tragt ihn in Ehren. Denkt an unsere ruhmreiche vaterländische Geschichte; denket daran, daß die deutsche Armee gerüstet sein muß gegen den inneren Feind sowohl als gegen den äußeren. Mehr denn je hebt der Unglaube und Mißmut sein Haupt im Vaterland empor, und es kann vorkommen, **daß ihr eure eigenen Verwandten und Brüder niederschießen oder — -stechen müßt.** Dann besiegelt die Treue mit Aufopferung eures Herzblutes.

Nach einem anderen Bericht: Und müßte ich euch einst vielleicht — Gott wolle es verhüten — dazu berufen, **auf eure eigenen Verwandten, ja Geschwister und Eltern zu schießen,** so denkt an euren Eid!

Bei der Rekrutenvereidigung der Garderegimenter in Potsdam am 23. November 1891.

Eine erhebende Feier hat sich gestern vor unseren Augen abgespielt; vor uns steht die Statue Kaiser Wilhelms I., das Reichsschwert erhoben in der Rechten, das Symbol von Recht und Ordnung. Er mahnt uns alle an andere Pflichten, an den ernsten Kampf wider die Bestrebungen, welche sich gegen die Grundlagen unseres staatlichen und gesellschaftlichen Lebens richten. Nun, meine Herren, an Sie ergeht jetzt mein Ruf: **Auf zum Kampf für Religion, für Sitte und Ordnung,**

des Eigentums zu schützen. Das Bürgertum weiß dies sehr genau, und die Antisemiten sind in dieser Beziehung gar nicht dümmer als die Liberalen. Lueger, der seinerzeit das richtige Wort vom Rothschild-Militär*) gebrauchte, kennt den Militarismus und seine Aufgaben sehr genau, und seine Anhänger wissen ebenfalls, warum sie sich nun, da sie am Ruder sind, für den „Rothschild-Militarismus" begeistern. Der Militarismus ist nämlich nicht nur der ideale Hort des Geldsackes, sondern auch das unmittelbare kapitalistische Interesse fordert die Förderung des Militarismus. Er „befruchtet" das Kapital und verhilft ihm zu vielen recht guten Geschäften. Die Kehrseite dieser Harmonie zwischen Militarismus und Kapital ist die ungeheuerliche Tatsache, daß die Arbeiter nicht

---

gegen die Parteien des Umsturzes! ... Wohlan denn, lassen Sie uns zusammen in diesen Kampf hineingehen. Vorwärts mit Gott, und ehrlos, wer seinen König im Stiche läßt.

Königsberg, 6. September 1894.

Doch in die hohe, große Festesfreude schlägt ein Ton hinein, der wahrlich nicht dazu gehört; eine **Rotte von Menschen,** nicht wert, **den Namen Deutscher zu tragen,** wagt es, das deutsche Volk zu schmähen, wagt es, die uns geheiligte Person des allverehrten Kaisers in den Staub zu ziehen. Möge das gesamte Volk in sich die Kraft finden, diese unerhörten Angriffe zurückzuweisen! Geschieht es nicht, nun dann rufe ich Sie, um der **hochverräterischen Schar** zu wehren, um einen Kampf zu führen, der uns befreit von solchen Elementen.

Sedanfeier, 2. September 1895 im Weißen Saal des Schlosses zu Berlin.

*) Am 11. April 1894 hatte sich an dem zu Ehren des neugewählten liberalen Bürgermeisters Dr. Grübl veranstalteten Bankett der Wiener Korpskommandant Feldzeugmeister Baron v. Schönfeld beteiligt und dort eine Rede gehalten, daß das Militär zum Schutze des Bürgertums da sei. („Sie können versichert sein, daß Sie uns hinter Ihrer Front finden werden, wenn Sie im ersten Treffen stehen, wenn die Existenz der Gesellschaft, der Genuß des sauer erworbenen Besitzes bedroht sind... Wenn der Bürger in erster Linie steht, eilt der Soldat zu Hilfe. Nur ein fest geschlossenes Bürgertum vermag derartige Gefahren abzuwenden.") Darauf sagte am 18. April im Parlament in der Debatte über die Meldepflicht der Landsturmpflichtigen Dr. Lueger:

Ich erkläre, daß das österreichische Militär nicht dazu da ist, um diejenigen zu schützen, die ihr Vermögen auf Kosten des Volkes erworben haben, und wenn diese Pflicht verletzt wird, dann ist das kein österreichisches Militär, dann möge es sich Rothschild-Militär nennen, aber nicht kaiserlich österreichisches Militär.

Übrigens hat Lueger auch noch im Mai, als von Gendarmen in Falkenau drei Bergarbeiter getötet und acht verwundet und in Polnisch-Ostrau vierzehn getötet und zwanzig verwundet wurden, in der Beratung des Pernerstorferschen Dringlichkeitsantrages gesagt: „Spielen Sie nicht mit dem Militär! Es besteht aus dem Volke und ist nicht zu dem Zwecke da, einige Kohlenbarone gegen ausgehungerte Arbeiter zu verteidigen, sondern vielleicht eher dazu, ausgehungerte Arbeiter gegen die Kohlenbarone zu schützen." Bald danach ist er aber sehr militärfromm geworden.

nur die Flinten und Kanonen im Schweiße ihres Angesichts erzeugen müssen, zum Heile des Geldsacks anderer, sondern daß sie sie auch dann noch drei Jahre tragen und bedienen müssen, zum Schutze des Geldsacks jener anderen gegen sich selbst. Man wirft uns vor, daß wir das Volk wehrlos machen wollen, und das Gegenteil davon ist richtig. Wenn es eine Einrichtung gibt, die das Volk wehrlos macht, so ist es der Militarismus. Wir wollen das Volk aus seiner Wehrlosigkeit erheben, und unsere Forderung der allgemeinen Wehrhaftigkeit bedeutet nicht die Heranziehung eines Volkes von Schwächlingen, die nicht wissen, wie eine Waffe aussieht, sondern eines Volkes von Männern, die die Waffe zu gebrauchen verstehen zum Schutze ihres Rechtes. Manche Seiten des Militarismus ließen sich sehr wohl verwerten für die körperliche und hygienische Erziehung des Volkes*), aber losgelöst vom Prinzip des Militarismus, unter dessen Fuchtel diese körperliche und hygienische Ausbildung ebenso einseitig ausfällt wie die Geistesbildung des Volkes unter dem Einfluß der heutigen Schule. Der Redner bespricht nun das Verhältnis des österreichischen Parlaments zum Militarismus, die Ohnmacht und die Feigheit der bürgerlichen Parteien allen Anforderungen des Militarismus gegenüber, wie sie es aber trotz ihrer Schwäche verstanden hätten, für das Bürgertum das Privileg des Einjährigendienstes zu ergattern. Sodann erörtert der Redner den Deutschmeisterrummel, den eine verächtliche Presse im Verein mit den Parteien, die früher das Bürgertum mißbrauchten, und mit den Parteien, die es jetzt mißbrauchen, entfacht habe, um die gedankenlose Menge zu berauschen, um sie zu verleiten, alles das zu vergessen, was jedem einzelnen seine Erfahrung über den Militarismus lehrt, und, statt nachzudenken, nachzulaufen — der Burgmusik**). Dem Militarismus könne niemand ernstlich zu Leibe als allein die Sozialdemokratie. Die ehrlichen bürgerlichen Ideologen samt denen, die mit ihrer gespielten Feindschaft gegen den Militarismus Reklame zu machen verstehen, werden wider ihn nichts ausrichten. Man weiß das oben auch sehr gut, und es wäre gar nicht so inkonsequent, wenn man den Reklamebedürfnissen gewisser Friedensfreunde entgegenkäme und die Orden für die Militärfreunde durch Orden für die Friedensapostel ergänzte. Die Leute tun ja dem Militarismus nichts. Diese Sueß, Pirquet***) und andere haben noch jedes Kriegsbudget bewilligt, sogar ohne die sonst übliche Zere-

*) Siehe auch die Rede Adlers auf dem Parteitag 1903, abgedruckt unter dem Titel: „Militarismus und Demokratie“ im Band IX dieser Schriften, Seite 11 f.

**) Jeden Vormittag spielte im inneren Hof der Hofburg eine Militärkapelle. Sie zog schon unter großem patriotischem Lärm unter Begleitung der schwarzgelben Nichtstuer auf und war eines der üblichen Mittel der patriotischen Beeinflussung.

***) Liberale Abgeordnete, von denen Professor Eduard Sueß der bekannte große Geologe und Erbauer der Wiener Wasserleitung, aber ein engstirniger Politiker war.

monie des Augenverdrehens. Wir wissen, daß die Arbeiter solange für fremde Zwecke das Gewehr werden tragen müssen, solange sie nicht gründlich gelernt haben werden, für eigene Zwecke einzutreten. Wir können gegen den Militarismus nichts anderes tun, als gute Sozialdemokraten erziehen, rastlos zu organisieren. Wenn Sie bedenken, unter welchen Umständen Sie sich drei Jahre lang für andere organisieren lassen mußten, so werden Sie begreifen, wie geringfügig die Opfer sind, die Ihre eigene Organisation Ihnen auferlegt. Durch Bekämpfung des Kapitalismus entziehen wir auch dem Militarismus seine Lebensbedingungen, und er wird in absehbarer Zeit zusammenbrechen. Das wissen wir, und deshalb brauchen wir auch keine Propaganda in den Kasernen zu machen. Sie ist überflüssig, denn die Propaganda für uns macht sich gerade in den Kasernen von selbst, nirgends ist der Kapitalismus mehr sein eigener Totengräber als gerade dort, wo er seine immer wachsende Massenanhäufung arbeitender Proletarierarmeen durch ebenso stetig wachsende Konzentration bewaffneter Proletariermassen ergänzt.

Haubitzen und Volksvertretung.

Versammlung am 13. Mai 1902*).

Dieses Lokal hier ist eine Erinnerung für viele von uns. Wir sind hier so eng beisammen, weil daneben das Assentierungslokal ist. Wir müssen uns drängen, es fehlt uns an Raum, wir müssen eben dem Militarismus Platz machen. So wie es uns hier in diesem Saale ergeht, ergeht's uns überhaupt. Wir wissen aber auch, ein Klassenstaat braucht die Gewalt. Er braucht die Gewalt zum Schutze des Ausbeutungssystems, und er braucht sie im Verhältnis zu den anderen Staaten. Dieselben Ursachen, die die großen Fabriken geschaffen haben, haben auch die großen Armeen, die kolossalen Geschütze, die enormen Festungen geschaffen. Es gibt sanftmütige Leute, die den Krieg abschaffen wollen, weil sie das viele Blut nicht sehen wollen. Aber an der Spitze dieser Friedens-

*) Bei der Beratung des Heeresbudgets in den Delegationen wurde die Frage der neuen Haubitzen vornehmlich erörtert. Die Regierung hatte zunächst einen Betrag von 38 Millionen Kronen für die Aufstellung von Haubitzendivisionen und zur Reorganisation der Gebirgsartillerie als erste Rate in das Budget eingestellt, doch waren die gesamten Kosten der Umgestaltung der Artilleriegeschütze mit 200 Millionen veranschlagt. Im Abgeordnetenhaus brachten Daszynski und Pernerstorfer im Namen des sozialdemokratischen Verbandes einen Dringlichkeitsantrag ein, die Regierung solle sich rechtfertigen, wie sie dazu ihre Hand bieten konnte. Am 14. Mai wurde der Antrag eingebracht. Am 13. Mai sprach Adler darüber in einer Massenversammlung beim Dreher.

Auf eine Anfrage erklärte der Finanzminister Böhm-Bawerk im Parlament, er beabsichtige die Kosten durch eine tilgbare Anleihe aufzubringen. Siehe darüber und über dieses Finanzkunststück Adlers Rede vom 24. Mai 1904. Über die Institution der Delegationen sagt Adler alles Nötige selbst.

freunde steht der Herrscher im Reiche des Massenmordes. (Bewegung.) Derselbe Zar, der seine Russen totprügeln läßt und in die Bergwerke verschickt, wenn er sie nicht hängen kann, wird von den Friedensfreunden und der anmutigen Baronin Suttner als ein gebenedeiter Friedensengel angebetet. Durch Predigten kann aber der Militarismus nicht beseitigt werden. (Zustimmung.) Solange es Klassenherrschaft gibt, wird es Militarismus geben.

Heute führt uns ein besonderer Anlaß zusammen. In allen europäischen Staaten machen die Militärforderungen den Hauptanteil des Budgets aus. Diese Lasten, nicht nur die Blutlast, sondern auch die Steuerlast, werden von den Massen des Volkes getragen, die indirekten Steuern, die Zölle, die Verzehrungssteuern dienen zur Fütterung dieses Molochs. Aber in anderen europäischen Ländern sind wir doch so weit, daß die Völker da doch etwas dreinzureden haben. Ich überschätze das nicht, was der deutsche Reichstag, die französische Kammer, das englische Parlament in dieser Hinsicht leisten, der Volkswille kommt auch dort nicht zum Ausdruck. Aber in anderen Ländern muß die Regierung um jede Militärforderung wenigstens bitter kämpfen! Dadurch kommt in alle Schichten der Bevölkerung bis in die entlegenste Bauernhütte das Bewußtsein von den stets wachsenden Forderungen des Militarismus. In Österreich redet kein Mensch von den Militärforderungen! Wir haben ein Parlament, aber mit dieser wichtigen Funktion hat es nichts zu tun. Ja, das Parlament ist wichtig, es kann wegen einer slowenischen Parallelklasse Regierungen stürzen (Heiterkeit), wenn die Regierung sich nämlich stürzen lassen will. (Neuerliche Heiterkeit.) Aber in diese wichtigen Dinge dürfen die Abgeordneten nichts dreinreden. Bei uns gibt es keine ernste Debatte über unsere äußere Politik, keine ernste Debatte über Militärforderungen, denn das alles sind ja „gemeinsame Angelegenheiten“ mit Ungarn! Was sind denn das, diese „gemeinsamen Angelegenheiten“? Wir zahlen alle in gleicher Münze Steuern, wir werden alle in gleich angestrichene Arreste eingesperrt, das sind in Österreich die gemeinsamen Dinge. (Heiterkeit.) Mit Ungarn haben wir gemeinsam — dasselbe Bajonett. (Lebhafte Zustimmung.)

Zur Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten haben wir die Delegationen. Das Parlament wählt einen Ausschuß von vierzig Mitgliedern, das Herrenhaus zwanzig Mitglieder. Sie sehen, wie demokratisch da unsere Verfassung ist. (Gelächter.) Diese sechzig Herren entscheiden über die wichtigsten Fragen. Wäre das Abgeordnetenhaus ein Volkshaus, so könnte in der Delegation eine anständige Volksmajorität sein. Die Wahl erfolgt, wie Sie wissen, nach Kronländern. Wären die zehn Sozialdemokraten nur die Vertreter eines Volkes, so bekämen sie vermutlich in der Delegation einen Sitz. Weil die Sozialdemokraten aber alle Völker Österreichs vertreten, deshalb wird keiner von ihnen in die Delegation gewählt. Jeder Großgrundbesitzer, der von sechs,

sieben Herren gewählt wurde, hat da mehr Rechte als die großen Massen des arbeitenden Volkes. (Pfui!) Nun sollte man denken, so ein Kavalier, der den anderen als Vertreter aufgedrängt wurde, werde es, da er für anderer Wohl und Wehe zu entscheiden hat, sehr genau nehmen. Wie werden diese Dinge aber in Wirklichkeit erledigt?

Vor vierzehn Tagen sind die Delegationen in Pest zusammengetreten. Sie hatten 207½ Millionen für den normalen Militäretat, 120 Millionen für den außerordentlichen Militäretat zu bewilligen und neue 38 Millionen Kronen für Neuforderungen aus Anlaß — aus einem Anlaß (Heiterkeit) — der Anschaffung neuer Feldhaubitzen zu bewilligen. Haubitzen sind, ich kann Ihnen das rasch nicht anders erklären, Kanonen, mit denen man ums Eck schießen kann. (Heiterkeit.) Das sind Geschütze, die man so aufstellen kann, daß die Geschosse sehr hoch hinauffliegen und dann über einem Hindernis sinken und enden. Sie sehen ein, das haben wir nötig. (Gelächter.) Dabei ist der Kriegsminister sehr sparsam. An Geschützen und Munition kann er nicht sparen, so spart er wenigstens an — Papier. Auf einem einzigen Blatt steht die „Begründung" für die 38 Millionen. (Bewegung.) Auf diesem Blatte ist aber gleichzeitig angekündigt, daß noch Forderungen für das Drei- und Vierfache kommen werden. Wir haben neue Gewehre, jetzt müssen wir auch neue Kanonen, die weiter tragen, bekommen. „Die Steigerung der Infanteriewirkung bedingt auch die Steigerung der Artilleriewirkung", heißt es da. „Rationellere Geschosse" müssen angeschafft werden. Aber damit nicht genug, es heißt weiter: „Erst mit neuen Feldgeschützen kann allen Bedingungen des Feldkrieges entsprochen werden." (Hört! Hört!) Die neuen Feldgeschütze werden aber diesmal noch gar nicht verlangt, sie werden erst noch probiert, man kündigt uns das nur nebenbei an. Heute werden nur die neuen „Hinterdeckungsgeschütze" verlangt! 1903 wird ein neuer Betrag angesprochen werden, der wird aber nicht mehr als — 40 Millionen kosten. (Sehr bescheiden. — Gelächter.) Sie sehen, das alles ist nur ein Anfang!

Die Forderungen für heuer wurden in einer Sitzung bewilligt. (Bewegung.) Vergebens fragen wir: Welche Anstrengungen wurden gemacht, um diese Mehrforderungen abzuwehren? Es wurde gar kein Widerstand geleistet! Die Großgrundbesitzer und Herrenhäusler waren für alles zu haben. Aber auch zwei bürgerliche Abgeordnete, die Herren Pergelt (Pfuirufe) und Tollinger*) (Pfuirufe) haben, ohne zu mucksen, dafür gestimmt. Herr Pergelt hätte das nicht nötig gehabt.

*) Der Liberale Dr. Pergelt aus Deutschböhmen und der Klerikale Dr. Tollinger aus Tirol sind auch in den Kämpfen um das Wahlrecht in den Jahren 1905 und 1906 als die ärgsten Volksfeinde aufgetreten, worüber in den bezüglichen Kapiteln des zehnten Bandes ja berichtet wurde; namentlich Tollinger hat dem berüchtigten Pluralitätsantrag seinen Namen gegeben.

Diese Liberalen prostituieren sich seit Jahren, ohne zur Regierung zu kommen! Schlimmer noch ist's, daß sich ein Klerikaler, der Herr Trollinger, dafür gefunden hat. Der gehört zu einer wirklichen Volkspartei, denn wir haben deren nur zwei in Österreich, Sozialdemokraten und Klerikale. Aber haben denn die Bauern ein Interesse am Militarismus? Wenn ein Klerikaler für den Militarismus stimmt, dann begeht er Verrat an den eigenen Klassengenossen! (So ist's!)

Man hätte erwartet, daß in der Delegation wenigstens die Forderungen an den Militarismus zur Sprache kommen. Die zweijährige Dienstzeit, in Deutschland längst bewährt, ist selbst von Militärs empfohlen worden. Dann hätte man der Heeresverwaltung ihr Sündenregister vorhalten sollen! Die Soldatenmißhandlungen sind eine ständige Zeitungsrubrik, und dabei gelangt kaum ein Tausendstel dieser Mißhandlungen an die Öffentlichkeit. Selbst wir in der „Arbeiter-Zeitung" können vieles nicht bringen, weil wir oft den Leuten sagen müssen: „Du, wenn wir das morgen veröffentlichen, kommen sie übermorgen über dich!" Wir haben ja viele sehr vernünftige, sehr anständige, humane Offiziere in der Armee. Aber leider, sie bleiben nicht immer so, weil es oben nicht genügend anerkannt wird. Der Herr Galgotzy*) (minutenlange erregte Zwischenrufe) ist vom Kriegsminister als edle Natur hingestellt worden. Kein Abgeordneter hat darauf die nötige kräftige Antwort gegeben. Auch für's „Anbinden" durfte Herr Krieghammer ohne Widerspruch schwärmen. Es waren eben nur Leute dort, die selbst das Anbinden kommandierten, aber noch nie angebunden wurden. (Zwischenruf: Man sollt's probieren!) Von der Affäre Mattachich**) und dem Militärstrafprozeß überhaupt war nicht die Rede. In anderen Ländern wäre nach den Enthüllungen der „Arbeiter-Zeitung" ein Sturm der Empörung durch die Presse und die Abgeordneten gegangen. Bei uns hat — außer unserem

---

*) Über die Soldatenmißhandlungen und namentlich über die schändlichen Strafen der Spangen und des Anbindens an eine Säule, die noch im Militärstrafprozeß vorgesehen waren, wurde immer wieder im Parlament und in den Delegationen gesprochen und der Landesverteidigungsminister Graf Zeno Welsersheimb mußte immer wieder die aufgeregten Abgeordneten beruhigen, so wieder in den Debatten über das Rekrutenkontingent im Februar 1902, wo krasse Fälle von Soldatenmißhandlungen vorgebracht wurden. Die ärgsten Fälle von Soldatenmißhandlungen wurden aus dem Armeekorps von Przemysl berichtet, wo der Feldzeugmeister Galgotzy die Soldaten, aber auch die Offiziere rücksichtslos behandelte. Da Galgotzy aber damals als Generalissimus in einem Kriege gegen Rußland angesehen wurde, erfreute er sich der Gunst des Hofes und wurde vom Kriegsminister Krieghammer geschützt, obwohl sogar in Preßprozessen skandalöse Fälle von Soldatenmißhandlungen in seinem Korps bewiesen wurden.

**) Es handelt sich um den Oberleutnant Geza Mattachich, der wegen seines Verhältnisses zur Prinzessin Luise v. Coburg von der Militärjustiz verfolgt wurde. Man hatte Mattachich angeklagt, die Unterschrift der Prinzessin auf Wechseln gefälscht zu haben, obwohl er es mit

Daszynski — selbst im Parlament niemand ein Wort darüber gefunden.

Es wurde aber auch nicht davon gesprochen, wer das alles zahlen soll! Die Diurnisten läßt man warten, der Finanzminister verlangt erst eine Fahrkartensteuer. Aber wegen dieser 38, eigentlich 280 Millionen regt sich der Herr Finanzminister nicht auf. Die Sozialdemokraten werden im Parlament den Versuch machen, den Finanzminister darüber zu befragen, wo er denn das nötige Geld hernehmen will? Wir werden sehen, wer im Abgeordnetenhaus die Courage haben wird, mit uns zu gehen! (Lebhafter Beifall.)

Diese Militärforderungen haben auch ihre andere Seite. Hätten wir ein Volksparlament, dann wären diese Bewilligungen nicht so einfach! Aber die Herren vergessen: Der Kampf ums Wahlrecht ist nur unterbrochen! (Brausende Zustimmung.) Die Stunde kommt, wo wir Sie wieder rufen werden! Solche Dinge wie die heute besprochenen führen diese Stunde herbei. Ich weiß, Sie sagen: „Wenn's nur bald wäre!“ (anhaltender Beifall), ich sage Ihnen: Wir warten nur auf den Moment, der uns paßt! Rüsten Sie sich für diese Stunde! Wir werden Sie rufen! (Stürmischer Beifall.)

Militarismus und Geschäft.

Versammlung am 24. Mai 1904*).

Als die Delegierten nach Budapest kamen, da erfuhren sie zu ihrer größten Überraschung, daß man diesmal statt der üblichen

---

ihrer Zustimmung tat. Er wurde vom Kriegsgericht zu Kerkerstrafe verurteilt, Luise Coburg auf Veranlassung ihres Gatten, des Herzogs Philipp v. Coburg, in eine Irrenanstalt gesteckt. Doch gelang es ihr mit Hilfe von Mattachich, zu flüchten. Wegen dieser Affäre hat seinerzeit die „Arbeiter-Zeitung“ einen energischen Feldzug geführt und Daszynski hat in Interpellationen und Reden die Verurteilung von Mattachich als Justizmord gebrandmarkt.

*) Nachdem in den Jahren 1902 und 1903 einige Dutzend Millionen Kronen — zusammen 53 Millionen — für neue Geschütze bewilligt worden waren, verlangte im Jahre 1904 die Heeresverwaltung auf einmal 391 Millionen an außerordentlichen Ausgaben und im Heeresausschuß der österreichischen Delegation erschien der Finanzminister Böhm-Bawerk — ein Professor der Nationalökonomie — und entwickelte folgenden Plan der Finanzierung der Rüstungen: Man solle die geforderten 391 Millionen bewilligen und die Heeresverwaltung werde durch 25 Jahre jährlich 27 Millionen aus dem Budget zurückzahlen. Dabei tat er so, als ob dafür die Heeresleitung auf weitere Ansprüche in den nächsten Jahren verzichten würde. Da aber der Leiter der Marinesektion dann ausdrücklich erklärte, das sei nicht richtig, mußte im Oktober der Herr Professor von seinem Amte als Finanzminister zurücktreten. In neun Protestversammlungen protestierten die Wiener Arbeiter gegen diese unerhörten Forderungen des Molochs. In der Versammlung, die am 24. Mai im Arbeiterheim stattfand, sprach Adler.

Portion von Millionen noch einige hundert Millionen mehr verlangt hat. Nicht einmal so viel Respekt hat man vor den Abgeordneten gehabt, ihnen, ehe man sie wegschickte, mitzuteilen, was man plant. Die Delegierten waren anfangs sehr aufgeregt, aber bald haben sie sich beruhigen lassen, und so ist heute die große Sorge der Staatslenker nur die, in welcher Form man die Anlehen aufbringen soll, da doch nicht einmal dazu der Reichsrat zu brauchen ist. Wir stehen einfach vor der Tatsache, daß die paar Herren, die in Budapest Volksvertretung spielen, die verbrecherische Kühnheit haben werden, diese ungeheuerlichen Mehrforderungen ohne weiteres zu bewilligen. (Pfuirufe.) Wir brauchen angeblich die Kanonen sehr dringend. Ein Staat, der durchaus hohl und innerlich zerrüttet ist, nicht imstande ist, seine einfachsten Lebensfunktionen zu verrichten, dessen Unterricht von oben bis unten Mangel an den notwendigen Mitteln leidet, der nicht einmal imstande ist, das Geld aufzubringen für das bißchen Altersversicherung der Arbeiter, wie sie in Deutschland schon lange besteht, ein Staat, der nach außen nicht die geringste Macht entfalten kann, vor dem sich niemand fürchtet, den auch niemand bedroht, weil sich jeder scheut, auch nur die Hand nach ihm auszustrecken, der draußen nur Mitleid und Hohn, aber keinen Haß erzeugt und der keinen Feind hat — seine Regierung ganz allein ausgenommen. Aber Kanonen brauchen wir unbedingt! Wir haben kein Geld, um unseren Greisen und Invaliden ein Stück Brot zu geben, aber was man für Kanonen und Unterseeboote von uns verlangt, das zahlen wir.

Aber man sagt uns doch, das wird alles ohne Mehrbelastung durchgeführt werden. (Heiterkeit.) Das verstehen Sie nicht. (Rufe: Nein!) Das kommt nur davon, daß Sie ganz ungebildet sind. Wenn Sie zum Beispiel Herrenhausmitglieder oder Großgrundbesitzer wären, dann hätte Ihnen Gott mit dem Amt auch den nötigen Verstand gegeben und Sie würden das sofort verstehen. Das ist doch auch sehr einfach. Wenn ein Mann, der eine große Familie, aber ein schmales Einkommen hat, die Lust hat, Champagner zu trinken, so ist das nicht sehr vernünftig. Nun hat der Mann schon zwei Jahre lang Champagner getrunken und er will noch 23 Jahre lang Champagner trinken. Wie ihm nun seine Frau Vorwürfe macht, sagt er: Das kostet mich doch nichts; das steht einmal im Budget und ich leihe mir jetzt auf einmal die 2000 Gulden aus, die ich in den nächsten 23 Jahren versaufen werde, und dafür refundierst du mir aus dem Budget alle Jahre das, was ich an Zinsen zu zahlen habe. (Heiterkeit.) Genau so macht es der Kriegsminister, der sagt: Ich habe schon früher 15 Millionen bekommen und jetzt wollte ich wieder 25 Millionen nehmen, deshalb nehme ich mir gleich auf einmal 400 Millionen für die nächsten 25 Jahre. Das ist doch keine Mehrbelastung, denn ich habe euch das ja ohnedies schon aus der Tasche genommen. Das ist natürlich ein ganz gewöhnlicher Schwindel, mit dem man sich's ersparen will, jedes Jahr zu verlangen, was man den Leuten auf einmal

nehmen kann, und der es ermöglichen soll, später wieder ungestört neue Forderungen zu stellen, obzwar man diese Forderungen vorweggenommen hat.

Und für diese Militärvorlage ist dank der Zusammensetzung der Delegationen schon von allem Anfang an die Majorität bestimmt. Die Großgrundbesitzer und die Herrenhäusler bilden die Mehrheit und die Vertreter der bürgerlichen Parteien brauchten also bei diesem Akt der Selbstkastrierung gar nicht mitzutun. Sie könnten sich in die Brust werfen und Opposition machen, weil ja die Majorität auch ohne sie da ist. Aber es scheint, daß man ihnen nicht einmal dazu die Erlaubnis geben will, Mannhaftigkeit auch nur zu heucheln. Sie werden über den Stock springen, sie werden die Millionen bewilligen, weil sie für einen Gnadenblick von oben jede Würde, jede Mannhaftigkeit und jede politische Überzeugung preiszugeben bereit sind. Sie erinnern sich noch, wie sie die letzte Wehrvorlage durchgepeitscht haben, damit sie dem Kaiser zum Frühstück schon bereitstehe, und sie werden die Millionen, die man jetzt fordert, bewilligen, wahrscheinlich noch vor dem großen Empfange ... Sie wissen, daß die Delegierten immer abgefüttert werden. Sind sie brav, so kriegen sie die Fütterung nach der Abstimmung; sind sie aber widerhaarig, dann müssen sie zuerst gefüttert werden und hernach gehen sie zur Abstimmung. (Lebhafte Zustimmung.)

Aber wenn sie die Militärforderungen bewilligen, so tun sie das, wie sie sagen, aus Opferwilligkeit, aus Patriotismus. Aber wir meinen, dieser Patriotismus ist Verrat am Vaterland, das sie zu lieben vorgeben. Wir lieben unser Land und unser Volk mehr als die Herren oben, wir lieben es, weil wir es selbst sind, während sie das Volk nur als Weide für ihr Parasitentum benützen, als ein Objekt für ihre Geschäfte brauchen. Für sie ist die ganze Volksvertretung ein Geschäft, und Geschäft ist ihnen der Patriotismus, Geschäft ihre Opferwilligkeit. Bei den Uniformen und bei den Patrontaschen beginnt das Geschäft und beim Zwieback wird es fortgesetzt. Sie machen natürlich kein Geschäft dabei, denn Sie haben die Uniformen nur zu tragen und die Gewehre nur auf die Schulter zu nehmen, und wenn es zum Schießen kommt, so sind Sie entweder bei denen, die schießen, oder bei denen, die erschossen werden. (Lebhafter Beifall.) Sie müssen die Gewehre machen und sie bezahlen, aber den Profit am Militarismus haben die anderen. Aber neben dem reellen Geschäft gibt es noch eines, das ebenso gut ist, aber schmutzig. Da gibt es nämlich Makler, Vermittler, Agenten, die Provisionen machen; das ist ein ganzes Gewebe von höchst einflußreichen Leuten, die Bestellungen und Lieferungen zuschanzen ... Ehe die Millionen ausgegeben werden, bevor auch nur ein Soldat ein Stück Zwieback davon ißt, haben schon Tausende von Leuten sich satt daran gefressen. Jetzt begreifen Sie, woher der Patriotismus dieser Leute kommt.

Die Triester Konferenz.

Am 21. Mai 1905*).

Das Referat Pittonis, das sich durch unübertreffliche Klarheit und Sachlichkeit auszeichnete, kann ich vom ersten bis zum letzten Wort unterschreiben. Was unsere italienischen Genossen von uns verlangen, das kann die österreichische Sozialdemokratie um so leichter erfüllen, als sie damit nur ihr eigenes Programm konsequent verfolgt. Aber die Autonomie von Welschtirol und die Erfüllung kultureller Forderungen ist nicht alles und vielleicht nicht das Wichtigste, was wir dem italienischen Proletariat zu bieten haben. Die österreichische Sozialdemokratie — selbstverständlich unter Mitwirkung unserer italienischen Genossen — führt seit Jahrzehnten einen Kampf gegen die österreichische Unterdrückung und Bevormundung und führt ihn mit solchem Erfolg, daß sie die politische Atmosphäre in diesem Lande vollständig umgestaltet hat. Daß ihr italienischen Genossen von hüben und drüben hier in diesem Triest diesen euren Kongreß abhalten könnt, daß sich eure Presse heute frei bewegen kann, daß das italienische Proletariat die Möglichkeit hat, sich zu organisieren, daß es nicht mehr, in mancher Beziehung vielleicht weniger behindert ist als unsere Brüder in Italien, ist das Verdienst der österreichischen Sozialdemokraten, und ich wage zu sagen, allein ihr Verdienst. Aber es ist notwendig, zu sagen: Wie wir mit euch sind in allen euren Kämpfen, so müssen wir verlangen, daß ihr auch mit uns seid! Wir müssen verlangen, daß ihr euch bewußt seid der Tatsache, daß eure Geschicke mit den unseren auf unabsehbare Zeit verknüpft sind, und daß es ein Unrecht gegen euch selbst wie gegen uns wäre, wenn ihr euch durch Zukunftsträume von den Aufgaben der lebendigen Gegenwart ablenken ließet. Ich verwahre mich ausdrücklich dagegen, daß ich in dieser Beziehung einen Vorwurf zu erheben hätte, aber es ist notwendig, daß das ausgesprochen wird. Was den Irredentismus anlangt, so weiß jedermann, daß nicht nur die Italiener Irredentisten sind. Alle wollten weg von diesem Staat, wenn sie es nur könnten. Wir alle leiden unter Österreich, aber diese Sehnsuchten gehören auf das Gebiet der Hoffnungen, vielleicht des Glaubens und auch hier ist der Glaube — Privatsache. Politisch kann diese Stimmung nicht in Betracht kommen. Politisch

*) Am 21. Mai 1905 wurde im Hafen von Triest ein neues österreichisches Kriegsschiff vom Stapel gelassen, wobei die Spitzen der offiziellen Welt Österreichs aufmarschierten. Zu gleicher Zeit versammelten sich wenige Schritte von dort die Vertreter des italienischen und des österreichischen Proletariats, um gegen die in beiden Staaten betriebene Kriegshetze zu protestieren. Das Referat auf dieser Konferenz erstattete Valentino Pittoni, der Redakteur des Triester „Lavoratore" und nachmalige Abgeordnete, nach dem Umsturz zuerst in Mailand, dann Administrator der Wiener „Arbeiter-Zeitung". Nach ihm sprach der Redakteur des „Lavoratore" Ciccotti, dann der Slovene Etbin Kristan (Laibach). Dann kam Adler zu Worte.

haben wir die Pflicht, uns in den gegebenen Verhältnissen einzurichten und dafür zu sorgen, daß für die in Österreich lebenden Völker, insbesondere die Arbeiterklasse, die Bedingungen ihrer Entwicklung heute geschaffen werden. Der Irredentismus, dessen Unernst Pittoni so treffend dargestellt hat, ist aber eine Gefahr, weil er den Vorwand bildet für dynastische Intrigen und militaristische Exzesse. Wenn unsere Genossen in Italien wünschen, daß wir gegen den Militarismus auftreten, wie sie das so glänzend getan, so können wir darauf hinweisen, daß unsere ganze Politik gegen den Militarismus gerichtet ist, daß sie aber auch darauf hinwirkt, allen aggressiven Expansionsgelüsten zu Leibe zu gehen, indem sie dazu beiträgt, dem Großmachtsschwindel von Österreich-Ungarn ein Ende zu machen. Die Sozialdemokratie hat das größte politische Interesse daran, daß die Lostrennung Ungarns von Österreich, die für das Proletariat beider Staaten eine Wohltat ist, sich vollziehe, und sie wirkt in dem Bewußtsein, daß sie damit jeder entfernten Möglichkeit einer kriegerischen Abenteurerpolitik ein definitives Ende bereitet. Die italienischen Sozialisten, deren Energie und Aufopferung wir bewundern, können versichert sein, daß wir das nationale Recht der Italiener in Österreich schützen werden, wo es verkürzt ist, und daß wir uns so wie sie allen militaristischen Plänen mit aller Kraft widersetzen werden. Wenn in der italienischen Parteipresse der Vorschlag gemacht wurde, für den Fall eines Krieges den Generalstreik zu proklamieren, so möchten wir vor einem solchen Beschluß warnen. Schon der internationale Sozialistenkongreß in Zürich 1893 hat einen derartigen Antrag abgelehnt. Wir wollen nicht mit Dingen drohen, von denen wir wissen, daß wir sie nicht machen können. Wir müssen unser Äußerstes daransetzen, um zu verhindern, daß es überhaupt zu einem Kriege komme; eine Eventualität, die ich übrigens als völlig ausgeschlossen betrachte. Wäre aber das Unmögliche einmal geschehen, dann wäre es zu spät für unser Eingreifen.

Adler*): Wenn Genosse Piscel die Anerkennung der Autonomie Welschtirols verlangt, so können wir diese Forderung mit um so mehr Entschiedenheit vertreten, als sie genau in die Linie der Politik unseres Programms fällt. Die Organisation der nationalen Autonomie findet in Österreich ihre größte Schwierigkeit an dem Rest der Feudalzeit, an den sogenannten „historischen Individualitäten", an den Kronländern. Die Kronlandsorganisation aufzulösen, an ihre Stelle national abgegrenzte Territorien zu setzen,

*) Nach Adler sprach Dr. Wilhelm Ellenbogen (Wien), dann Enrico Ferri (Rom), am Montag den 22. Mai erstattete Dr. Antonio Piscel, der Redakteur des „Popolo" in Trient, ein Referat über die Forderungen Welschtirols: dann sprachen Bissolati (Rom), Lazzarini (Albona), dann kam wieder Adler zu Worte. An der Konferenz hatten auch Vertreter der tschechischen und der ungarischen Partei teilgenommen. (Die Resolution, die da beschlossen wurde, ist im Bd. VIII, Seite 304, in der Fußnote zu Adlers Rede in der Budgetdebatte vom 15. Dezember 1908 über das Standrecht in Prag abgedruckt, wo Adler sich mit der italienischen Frage beschäftigt.)

das ist der Weg, den wir für notwendig halten. Der erste und leichteste Fall, ein Präjudiz für die zukünftige Gestaltung ist die Abtrennung Welschtirols, und wenn irgendeine Nation in Österreich ein Lebensinteresse geradezu an der Abgrenzung nationaler Territorien hat, so sind das neben den Italienern die Deutschen. Wir sind schon darum von jeher für diese Forderung eingetreten. Die Rüstungen, von denen Piscel und andere Genossen erzählten, sind nicht sehr aufregend. Die militärische Bürokratie folgt eben der Mode, und seit dem Russisch-Japanischen Kriege traut sich der Militarismus ohne Stacheldrähte nicht auf die Straße. An den Krieg glaubt aber kein Vernünftiger und der Genosse Bissolati scheint die Sachlage ziemlich zu verkennen, wenn er an eine solche Gefahr glaubt. Insbesondere wenn er an die Gefahr eines Krieges denkt, der Deutschland und Österreich gegen Italien und Frankreich einigen würde. Sollte die Bestialität eines solchen Krieges jemals wirklich werden, dann kann man sicher sein, daß Österreich seine beiden Verbündeten, Italien und Deutschland, wieder gegen sich sehen wird. Wir österreichische Sozialdemokraten machen nicht gern solche Ausflüge in Konjekturalpolitik und bescheiden uns, uns auf jene Dinge zu beschränken, die wir selbst beeinflussen können.

Dem Genossen Lazzarini, der es für überflüssig hält, daß wir uns mit der Rekonstruktion Österreichs beschäftigen, ist zu sagen: Man mag Österreich so wenig lieben wie wir alle, doch von den Wünschen nach seiner Destruktion kann das Proletariat Österreichs nicht leben. Wir machen nicht eine Politik für Österreich, sondern eine Politik für die Arbeiter, deren wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung eines staatlichen Rahmens bedarf und die nicht verdammt werden dürfen, auf dem Trümmerfelde, das heute dieses Österreich darstellt, zu verkommen. Darum setzen wir alle unsere Kraft daran, den Boden frei zu machen für ein neues Österreich der Völker.

Die neuen Dreadnoughts.

Versammlung am 7. Februar 1911*).

In unserer letzten Versammlung haben wir verhandelt über die Not, die in Wien und in allen größeren Städten Österreichs herrscht, und die nicht nur durch die Teuerung der Nahrungs-

*) Am 9. Jänner 1911 wurde die neue Regierung Bienerth ernannt. An Stelle des Polen Bilinski wurde Sektionschef Dr. Meyer Finanzminister, an Stelle von Wrba wurde der Pole Dr. Glombinski Eisenbahnminister; Stürgh blieb Unterrichtsminister, Hochenburger Justizminister, Weiskirchner Handelsminister.

Ende Jänner hatte der Marinekommandant Montecuccoli im ungarischen Delegationsausschuß mitgeteilt, daß die Marineverwaltung vier große Schlachtschiffe (Dreadnoughts) mit den dazugehörigen Kreuzern, Torpedos und dergleichen mit einem Kostenveranschlag von 312 Millionen Kronen bauen wolle, um es so auf 13 Schlachtschiffe zu bringen. So nebenbei hatte er angedeutet, daß auch das nicht genüge,

mittel, sondern auch durch eine immer empfindlicher werdende Wohnungsteuerung hervorgerufen wird. Weit über die proletarischen Schichten hinaus wird diese Not schwer empfunden, und im Reichsrat, im Landtag und in den Gemeindevertretungen wurde sie erregt behandelt. Sie erinnern sich der Debatten über die Fleischnot, über die hohen Zölle und die Wohnungsnot. Jetzt sehen wir, daß es in Österreich auch noch andere Sorgen gibt als um Brot und Luft. Wenn wir an die Regierung herangetreten sind, um für die Forderungen des Volkes Erfüllung zu verlangen, wenn wir Spitäler, Schulen, sozialpolitische Einrichtungen, und sei es auch nur die Gewerbeinspektion, forderten, so hat es immer geheißen: „Wir haben kein Geld!" Als man einen Wohnungsfonds gründete, hat der Minister geknapst und geknapst und den Betrag beschnitten, wo er nur konnte, mit der Begründung: Wir haben kein Geld! — Aber heute haben wir Geld, viel Geld. (Zwischenruf: Für Schiffe!) Heute handelt es sich nämlich nicht um das Leben der Menschen, heute handelt es sich um das Morden der Menschen. (Erregte Rufe: Nieder mit dem Moloch und seinen Knechten!) Es handelt sich heute, wo Forderungen erhoben wer-

---

sondern daß man noch weitere drei Schlachtschiffe samt Zugehör brauche, die weitere 300 bis 350 Millionen kosten würden. Am 1. Februar begann nun der Heeresausschuß der österreichischen Delegation seine Beratungen, und da erfuhr man vom Kriegsminister Dr. Schönaich, daß auch das alles noch nicht genüge. Der Chef des Generalstabes habe ein Operat über die Ausgestaltung des Heeres ausgearbeitet, wonach an „fortlaufenden Mehrauslagen", die auf acht Jahre aufzuteilen wären, 120 Millionen und an „einmaligen Mehrauslagen", auf zehn Jahre verteilt, 355 Millionen, zusammen also 475 Millionen in Aussicht genommen wären, wobei aber wieder die Flottenvermehrung nicht eingerechnet war.

Um aber die erschreckten Abgeordneten wieder zu beruhigen, erzählte Schönaich, die gemeinsame Ministerkonferenz habe im November 1910 beschlossen, statt der 475 Millionen „bloß" 200 Millionen für die Ausgestaltung des Heeres bis zum Jahre 1915 zu verlangen; über 1915 hinaus könne er aber keine Verpflichtung übernehmen. Als Entgelt für alles das bot der Minister bloß die zweijährige Dienstzeit, ratenweise eingeführt innerhalb von fünf Jahren. Bis zum Krieg gab es in Österreich nämlich noch die dreijährige Dienstzeit.

Und dann kam der Finanzminister Dr. Meyer, der bisher Präsident der Statistischen Zentralkommission gewesen war, und dieser hatte den Abgeordneten vorzurechnen, daß er die halbe oder gar ganz Milliarde ja gar nicht verlange, sondern nur 79 Millionen im heurigen Jahre, wovon auf Österreich etwa 50 Millionen kämen. Aber auch diese 50 Millionen verlange er gar nicht, sondern die wolle er durch eine Anleihe verschaffen, wofür an Zinsen nur 2·2 Millionen oder, da die Anleihe erst im zweiten Halbjahr aufgenommen werde, in diesem Jahre gar nur 1·1 Millionen zu zahlen wären. So hatte er die Kosten der Dreadnoughts, die in Wirklichkeit eine Milliarde oder eine halbe Milliarde betrugen — Hokuspokus, eins, zwei, drei —, umgerechnet auf eine Zinsenzahl von rund einer Million... Und die bürgerlichen Abgeordneten klatschten Beifall!

Natürlich protestierten die Arbeiter in Massenversammlungen gegen diesen Schwindel. In der Versammlung, die am 8. Februar im Favoritner Arbeiterheim stattfand, sprach Adler.

den, nicht um die Produktion zu heben und die kulturellen Kräfte des Volkes zu entwickeln, um das Bedürfnis des Großstaates Österreich-Ungarn, eine große, mächtige Armee und eine große, mächtige Marine zu haben. (Rufe: Für unsere kleine Küste! Schiffe für Breitensee*)! — Heiterkeit.)

Wir haben immer in Österreich schwere Lasten durch den Militarismus, schwere Lasten, die dadurch nicht leichter werden. daß man sie vergleicht mit den Lasten anderer Staaten und uns nachweist, daß diese noch mehr Millionen ausgeben. Wir haben Lasten, die für unsere Schultern noch zu schwer waren, weil wir schwache Schultern haben. Es ist wahr, daß Deutschland, Frankreich und England pro Kopf noch mehr Geld für die Marine und das Militär ausgeben. Es ist auch ein Verbrechen draußen, daß es geschieht, und auch dort leidet die Bevölkerung darunter und wehrt sich dagegen geradeso wie bei uns. Das Verbrechen der anderen ist noch keine Entschuldigung und keine Entlastung für die Verbrechen, die vom Militarismus an uns begangen werden. (Lebhafter Beifall.) Wir haben alle Lasten des Militär- und Großstaates und haben keinen einzigen Vorteil des Großstaates. Die Herren dürfen nicht vergessen, daß die Industrie da draußen frei ist von den lächerlichen Fesseln und Hemmungen, die wir in Österreich haben, und auch nicht vergessen, daß weite Gebiete unseres Reiches in der wirtschaftlichen Entwicklung so weit zurückgeblieben sind, daß die ganze wuchtige Last des Militarismus auf einigen industriellen Zentren ruht. Jetzt kommt man mit der Forderung von fast einer halben Milliarde, sage fünfhundert Millionen, für Kriegsschiffe und militärische Rüstungen. (Allgemeine große Erregung.) Wenn wir eine Volksvertretung hätten, die über militärische Dinge sprechen kann, so müßte jetzt ein Aufschrei von ihr ausgehen, der gehört würde im ganzen Lande. Sie wissen aber, daß Österreich, wie es wirtschaftlich rückständig ist, auch politisch rückständig ist bis zum Äußersten und daß wir zwar eine Vertretung haben, die die Steuern bewilligen muß, daß aber die Lasten und Ausgaben für Militär und Marine nicht bewilligt werden von der Volksvertretung, sondern von jener Delegation, die nur ein schwächlicher Ausschuß ist, der seinen Willen niemals äußern kann, weil er nullifiziert wird durch die Vertreter des Herrenhauses. Damit mache ich freilich der Mehrzahl der bürgerlichen Parteien ein ganz unverdientes Kompliment. Wir hören auch bei ihnen nichts von diesem entschiedenen Nein, das dem Kriegsminister und dem Marinekommandanten jetzt entgegengerufen werden sollte. (Entrüstete Rufe: *Die tun ja selber mit! Die schinden uns dafür selber die Steuern heraus!*)

Der merkwürdige Finanzminister.

Wir haben seit einigen Wochen eine funkelnagelneue Regierung: das Ministerium Bienerth im dritten Aufguß. (Heiterkeit.)

*) Breitensee ist ein ehemaliger Vorort von Wien, jetzt ein Teil des 13. Wiener Bezirkes.

Da ist uns in der Budgetdebatte auch der neue Finanzminister vorgestellt worden. Dr. Meyer, Professor Dr. Meyer, früher Sektionschef, ein Gelehrter, ein tüchtiger Statistiker und vor allem ein tüchtiger Beamter — das wird niemand leugnen —, aber ein sehr merkwürdiger Finanzminister. (Heiterkeit.) Das ist nicht sein Fehler, sondern der Fehler seines Geschäfts. Es wäre sehr schwer, einen zu finden, der dieses Geschäft so führte, wie es vernünftig geführt werden sollte. In seiner ersten Rede hat er uns gesagt, daß wir die Tugend des Sparens üben müssen, und uns an die Lebensregel erinnert, daß man das, was man ausgibt, auch einnehmen muß. Man hat ihm aus den Kassen zuviel herausgenommen. Damit hat er aber nicht gemeint, daß man die Kassen ausgeleert und umgedreht hat, um die Gelder für die Annexion Bosniens, für die Renovierung der Armee unter dem trügerischen Vorwand einer Kriegsgefahr zu verwenden. Davon hat er nicht gesprochen, daß hiedurch unsere Kassen leer wurden, sondern leer sind sie geworden durch die Verbesserung einiger Beamtengehalte, leer sind sie geworden durch den bloßen Gedanken, daß eine Alters- und Invalidenversicherung kommen werde. (Lebhafte Heiterkeit.) Das ist einer der größten Schwindel, die man jetzt aufführt. Sooft von österreichischen Finanzen die Rede ist, weist man immer auf die „kolossalen Kosten“ hin, die die Sozialversicherung verursachen wird. Es ist deshalb schon Schwindel, weil ihre Kosten in der ersten Zeit gleich Null sein werden und es Jahre dauern wird, bis für sie im österreichischen Budget eine überhaupt empfindliche Last zu tragen sein wird. Die ersten Jahre werden drei, vier, fünf Millionen für sie notwendig sein, dann wird es sehr lange dauern, bis die Sozialversicherung soviel erfordern wird wie die Herstellung eines Kreuzers, und so hoch wie die Kosten eines Dreadnoughts wird dem Staate wahrscheinlich die ganze Alters- und Invalidenversicherung im Jahre nie kommen. In Budapest hat nun der Finanzminister wieder gesprochen, und ausgerechnet derselbe Mann, der uns in Wien belehrt hat, daß man einnehmen muß, was man ausgibt, hat uns in Budapest nicht ausgerechnet, wie man die halbe Milliarde hereinbringt, sondern nur, wie man die Zinsen zahlen kann, die im — ersten halben Jahre fällig sind. (Stürmische Erregung.) Sie dürfen das dem Manne nicht persönlich anrechnen. Das ist das Schicksal eines österreichischen Finanzministers, daß er ein Schwächling sein muß für die Forderungen, die von oben kommen, und mich wundert nur, daß es noch Leute gibt, die das Metier übernehmen.

Wozu brauchen wir eine Armee und eine Marine?

Nun sagt man uns, die Armee sei rückständig. Wir fordern allerdings auch, daß jeder waffenfähige Mann die Waffe trage, aber wir fordern die Bewaffnung des Volkes, damit es fähig sei, sich gegen seine Feinde zu wehren (Zwischenrufe: Den wirklichen Feind!), mögen sie kommen woher immer. Auf dem Wege zu diesem Ziele verlangen wir auch die zweijährige Dienstzeit. Der Kriegsminister aber erklärt uns: Die Herabsetzung der Dienstzeit

auf zwei Jahre geht nur bei der Infanterie und nicht bei der Kavallerie und Artillerie, und er benützt die zweijährige Dienstzeit, um wieder ein Geschäft zu machen durch die Erhöhung des Präsenzstandes. Wir brauchen eine Armee und eine Marine, sagt man uns. Warum brauchen wir eine Marine? Weil wir unsere Küsten schützen müssen gegen Angriffe von Italien. (Schallende Heiterkeit.) Ich freue mich, daß Sie auch darüber lachen und daß Sie das nicht glauben. Aber in den offiziösen Zeitungen wird uns das jetzt immer erzählt und gewisse Leute sagen es mit geheimnisvoller Miene und glauben es oder tun so, als ob sie es glaubten, und „beweisen" damit, daß die Hunderte von Millionen bewilligt werden müssen. Nun sagt der Kriegsminister: Ein Krieg kostet mehr Milliarden als die Rüstungen Millionen. Durch Rüstungen hat man noch keinen Krieg verhindert; aber die richtige Antwort ist die: Wir wollen ja keinen Krieg führen. Welche Notwendigkeit, welchen Zwang oder Anlaß hat Österreich, einen Krieg zu führen? Österreich hat wirklich zu Hause genug zu tun, und wenn der Staat Österreich Eroberungen machen will, so möge er seine eigenen Völker für diesen Staat erobern. Es fehlt noch sehr viel, daß diese Völker diesen Staat lieben. Die Aussicht auf einen Krieg wäre das Schlimmste, das passieren könnte; aber kein Mensch denkt im Ernst an einen Krieg, bei uns nicht und in Italien nicht. Warum spricht man denn von Beunruhigungen zwischen Österreich und Italien — hüben und drüben? Nicht wegen der Beunruhigung rüstet man, nicht weil man den Krieg fürchtet, baut man Schiffe, sondern man erfindet Beunruhigung, streut Gerüchte aus über die Kriegslüsternheit beim anderen Staate, gewissenlos und verbrecherisch, um rüsten zu können. So macht man es nicht nur bei uns, sondern auch in Italien. Mit diesen Mitteln will man die bürgerlichen Parteien zusammentreiben, daß sie für die wahnsinnigsten Militärforderungen stimmen. Als die kolossalen Forderungen des Kriegsministers und des Marinekommandanten bekannt wurden, da waren sie auch den bürgerlichen Parteien zuviel. Da ist nun der Kriegsminister gekommen und hat eine lange Rede gehalten, deren Inhalt war, nicht daß es weniger kostet, sondern daß sich die Herren nicht einbliden sollen, daß das schon das Ende ist, es sei erst der Anfang. (Hört! Hört!) Da stand der Oberkurator Steiner von den Christlichsozialen, die heute die Führer des Bürgertums sind, auf und sagte, die Rede des Herrn Ministers habe eine Entspannung bei ihm hervorgerufen. (Heiterkeit.) Zuerst war er überspannt, jetzt ist er entspannt und es ist ihm schon leichter. Diese bürgerlichen Parteien — die Christlichsozialen und die Herren, die sich im Deutschen Nationalverband zusammengefunden haben — werden also für die Militär- und Marinekosten stimmen. Sie klammern sich in ihrer Kritik deshalb jetzt schon nur an Kleinigkeiten. Die paar Millionen, die die zweijährige Dienstzeit kostet, die drücken sie; gerade die tun es ihnen an; die Hunderte Millionen für Rüstungen und Schiffe machen ihnen nichts. Aber es kommen auch wieder einmal Wahlen und eine

Agitation mit der halben Milliarde für Rüstungen auf dem Buckel ist ein bißchen schwer (Heiterkeit), und sie wissen, daß sie sich zu viel demaskiert haben, die Lust, alles zu bewilligen, unvorsichtig preisgegeben haben. Und darüber denken sie nach. Nicht die Tatsache, daß der Bevölkerung neue Lasten auferlegt werden, bedrückt sie, sondern was sie bedrückt, ist die bittere Notwendigkeit, daß sie für alles stimmen müssen und dann dafür die Prügel bekommen. Ihre eigene Not ist es, die sie quält, die Enthüllung ihrer niederträchtigen Demagogie, die sie als Demokraten ausgibt und bei der ersten Gelegenheit zusammenbricht, wenn der Hof anschafft, möge die Last noch so groß sein. Und darum unterstützen die christlichsoziale Presse und ein Teil der deutschnationalen Presse diese niederträchtigen Gerüchte und Ausstreuungen, als wären wirklich Reibungen zwischen Österreich und Italien da, die zu einem Kriege führen könnten.

Die Lüge von der Kriegslüsternheit.

Alles von dieser Kriegslüsternheit ist nur eine Lüge, die erfunden wird, um die Geschäfte des Militarismus zu besorgen, und daß es eine Lüge ist, dafür werden die Proletarier beider Länder in kurzer Zeit den glänzendsten Beweis liefern. Vor einigen Tagen sind einige Genossen von uns in Triest mit den Genossen von Italien, Vertretern großer Gewerkschaften, zusammengekommen und haben darüber beraten, wie man dem niederträchtigen Schwindel von der Kriegslust ein Ende machen kann; denn was bei uns erzählt wird von der Kriegslüsternheit der Italiener, das wird in Italien erzählt von der Kriegslüsternheit der Österreicher. Wir wollen **eine große Manifestation** veranstalten, die dieser Lüge ein Ende macht. In Florenz oder Rom werden am Palmsonntag die Delegierten Österreichs, Ungarns und Italiens zusammenkommen, um zu manifestieren, daß die arbeitenden Massen in Österreich-Ungarn und Italien keinen Krieg wollen. (Lebhafter Beifall.) Wir haben beschlossen, einen Aufruf in Österreich und in Italien zu verbreiten und an einem Tage in beiden Ländern in jedem Zentrum große Versammlungen abzuhalten, in denen die Arbeiter erklären, wie sie über Krieg und Frieden denken und wie sie denken über den mordenden Militarismus, der uns im Frieden fast mehr mordet als im Kriege. (Stürmischer, sich immer wieder erneuernder Beifall.)

Der Gedenktag der Internationale.

„Arbeiter-Zeitung“, 27. September 1914*).

Morgen jährt sich zum fünfzigstenmal der Tag der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation. Am

*) Der Krieg war vor wenigen Wochen ausgebrochen und Adler benützte den Gedenktag der Internationale, um unter dem Schein eines

28. September 1864 hat zu London in St. Martins Hall ein Massenmeeting, woran nicht nur Engländer, sondern auch besonders zahlreich Deutsche, Franzosen, Italiener und Polen teilnahmen, die Gründung einer Internationalen Vereinigung beschlossen, um die Arbeitergemeinschaft zu fördern. In das Komitee, das dieser Vereinigung das Programm und das Statut geben sollte, wurde neben einer Anzahl von Leitern der englischen Gewerkschaften, neben Vertretern der vorgeschrittensten Arbeitergruppen aller Länder auch Karl Marx gewählt, der bald bestimmend wurde für den Geist und das Werk der neuen Organisation. Zum erstenmal fand die internationale Solidarität der Arbeiterklasse einen klar bewußten Ausdruck, wurde internationale proletarische Politik lebendige, wirkende Tatsache. Das Wachsen und die Leistung dieser internationalen Arbeiterassoziation ist ein ruhmreiches Stück der Geschichte des Proletariats. Der Rahmen der alten Assoziation wurde gesprengt durch das Gelingen ihres Werkes, durch das Anwachsen der proletarischen Organisationen zu großen Parteien, die nicht mehr in der zu eng gewordenen Form eines Vereines zusammengehalten werden konnten. Fünfundzwanzig Jahre nach der Gründung der ersten wird auf dem Pariser Kongreß die zweite Internationale gegründet, die nunmehr eine Zusammenfassung aller proletarischen Parteien und Gewerkschaften ist, welche auf prinzipiell gemeinsamem Boden stehen, auf dem Boden des mit klarem Bewußtsein in internationaler Solidarität geführten Klassenkampfes; mit dem Ziele der ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse durch das Mittel der Erringung der politischen Macht. Jahr um Jahr werden die Beziehungen zwischen den Arbeitern der verschiedenen Länder enger und inniger; deutlicher und lebendiger wird das Bewußtsein, daß die internationale Gemeinschaft eine Notwendigkeit ist, die dem Proletariat nicht etwa nur aus seinem menschlichen Empfinden, sondern aus seinem Lebensbedürfnis entspringt. Die internationale Herrschaft des Kapitals hat den internationalen Kampfesbund des Proletariats zur naturnotwendigen Folge. Die Aufgabe der Internationale war es, diese eiserne Notwendigkeit wirksam zu machen, wirksam im Bewußtsein der Arbeiterschaft, wirksam in der Organisation und wirksam in der planmäßigen Geltendmachung der wachsenden Kraft und Macht des international geeinigten Proletariats.

Vor allem ist das Objekt des Klassenkampfes die Lebenshaltung des Proletariats, der Kampf gegen die Ausbeutung. Aber der Kapitalismus hat noch ein anderes Gesicht als das des privaten Ausbeuters. Er ist auch Beherrscher der Staaten und der eigentliche Herr über Krieg und Frieden. Darum mußte die Internationale, und das wußten schon ihre Stifter ganz genau, sich auch um die äußere Politik kümmern, die, wie es in der ersten Adresse der Internationale heißt, „frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes

historischen Rückblickes — so daß die Kriegszensur nichts einwenden konnte — über die Internationale und den Krieg zu schreiben.

Blut und Gut vergeudet". Und gerade heute lesen wir mit besonderem Verständnis in dieser vor fünfzig Jahren nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes geschriebenen Adresse die Worte: „Der schamlose Beifall, die Scheinsympathie oder idiotische Gleichgültigkeit, womit die höheren Klassen Europas dem Meuchelmord des heroischen Polen und der Erbeutung der Bergfeste des Kaukasus durch Rußland zusahen; die ungeheuren und ohne Widerstand erlaubten Übergriffe dieser barbarischen Macht, deren Kopf zu St. Petersburg und deren Hand in jedem Kabinett von Europa, haben den Arbeiterklassen die Pflicht gelehrt, in die Geheimnisse der internationalen Politik einzudringen, die diplomatischen Akte ihrer Regierungen zu überwachen, ihnen, wenn nötig, entgegenzuwirken, wenn es aber unmöglich, ihnen zuvorzukommen, dann sich zu vereinigen in gleichzeitigen Anklagen und die einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes, welche die Beziehungen von Privatpersonen regeln sollten, als die obersten Gesetze des Verkehrs von Nationen geltend zu machen. Der Kampf für eine solche auswärtige Politik ist eingeschlossen im allgemeinen Kampf für die Emanzipation der Arbeiterklasse."

Redlich und tapfer hat die Internationale während dieser fünfzig Jahre ihre Pflicht erfüllt und das klassenbewußte Proletariat hat in allen Ländern mit Aufgebot aller seiner Kraft für die Verständigung unter den Völkern und für den Frieden zwischen den Staaten gewirkt und gekämpft. Aber noch hat es nirgends die Macht, noch ist ungebrochen die Gewaltherrschaft des Kapitalismus, der als kriegerischer Imperialismus die nationalen Gegensätze benützt, zu blutigem Haß aufpeitscht und schließlich die Staaten fast ohne ihren Willen, ja vielleicht gegen ihren Willen in jene ungeheure Katastrophe hineingetrieben hat, deren entsetzte Zeugen und wehrlose Opfer die Völker Europas sind. Das Proletariat konnte die Katastrophe des Weltkrieges nicht hindern, noch mehr: Auch die Proletarier jedes Landes sind verpflichtet, zu kämpfen, ihr äußerstes zu tun, um sich den Boden und die Bedingungen ihres Lebens zu erhalten; und die sich als Brüder gefühlt haben und heute noch fühlen, sind durch ein furchtbares Verhängnis gezwungen, einander mit der Waffe in der Hand gegenüberzustehen. Aber das Bewußtsein der proletarischen Solidarität kann in den Strömen von Blut und in dem nervenzerreißenden Grauen dieses Krieges nicht erstickt werden. Um auch noch in diesem Meer von Ungeheuerlichkeit das gemeinsam Menschliche, wo immer nur möglich, zu retten, zu stärken, zu erhalten, sind alle sozialistisch Denkenden unermüdlich am Werk. Und die Internationale? Ihre Stimme ist heute vom Donner der Kanonen übertönt, ihre Hand gelähmt, ihr Band unsichtbar und unwirksam geworden. Aber die Internationale ist keineswegs tot, wie höhnende Feinde und kleinmütige Freunde meinen. Sie wird sich geltend machen als W i l l e z u m F r i e d e n und sie wird wieder zum Wirken und zur Tat erwachen. Denn wenn dieser Krieg die Tatsache der Klassenherrschaft nicht aus der Welt schafft, so wird es auch dann ein Proletariat geben, das

nur leben, kämpfen und siegen kann in jener weltumfassenden Solidarität, in deren Zeichen die Arbeiterklasse endlich ihren Krieg führen und ihren Sieg erfechten wird, im Zeichen der Internationale.

Hoffnungsschimmer.

„Arbeiter-Zeitung", 14. Februar 1915*).

Was alle Völker, alle die Hunderte von Millionen, die unter dem unsagbaren Entsetzen dieses Krieges leiden, bewegt, ist der Friede. Ein dauernder Friede ist das tägliche Gebet aller, zweifellos derer, die in bewundernswertem Heldenmut dem Tode und allen unerhörten Strapazen die Stirn bieten, aber nicht minder derer, die schmerzvoll und fast beschämt nur mitleiden, aber nicht mitkämpfen können. Wir alle wollen durchhalten; aber wir wollen nicht nur durchhalten in der Abwehr des Feindes und in der Erhöhung der Widerstandsfähigkeit unseres Landes und unseres Volkes bis auf den letzten Rest unserer Kraft, sondern auch durchhalten in jeder Bemühung, die uns dem Ende dieses grenzenlosen Leidens für die Kulturwelt näherbringt. Darum muß jedes Anzeichen, das dafür spricht, daß dieses Empfinden von Tag zu Tag allgemeiner wird, in allen Ländern und in allen Klassen sorgfältig verzeichnet, geprüft und erwogen werden.

Die Sozialdemokratie in Deutschland und Österreich hat es an dem Rufe nach dem Frieden niemals fehlen lassen, und während das klassenbewußte Proletariat alle seine Entschlossenheit und Tüchtigkeit aufwendete, um das Land vor einer Niederlage zu bewahren, und zur Einschränkung der dem Kriege entspringenden Nöte alle seine Ausdauer und Organisationserfahrung einsetzte, hat es jede Gelegenheit benützt, um neben dem Willen zum Siege auch mit derselben Leidenschaft dem Willen zum Frieden Ausdruck zu geben. Es sei rühmend und dankbar festgestellt, daß die Sozialdemokraten Serbiens unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen von jeher und bis zur Stunde eine opfervolle Agitation für den Frieden führen. In England hat die bedeutendste sozialistische Partei, die Unabhängige Arbeiterpartei unter Führung des tapferen Keir Hardie, nicht aufgehört, gegen die chauvinistischen Kriegshetzer einen erbitterten Krieg zu führen, wie er in anderen, weniger demokratischen Ländern ganz unmöglich wäre. In Rußland haben — von den im Ausland lebenden Vertretern einzelner Gruppen sei in diesem Zusammen-

*) Dieser Artikel erschien als Leitartikel der „Arbeiter-Zeitung" mit der Namensnennung Adlers am 14. Februar 1915. In dem noch erhaltenen, im Besitz des ehemaligen Metteurs der „Arbeiter-Zeitung" Karl Keller befindlichen Manuskript des Artikels ist als Titel des Artikels zuerst „Ein Hoffnungsstrahl" angegeben. Dieser wurde dann gestrichen und darüber der Titel „Auf dem Wege zum Ende" geschrieben. Der Anfang des Artikels ist in der Handschrift Adlers im Faksimile im Anhang abgedruckt.

hang abgesehen — die offiziellen Vertreter der sozialdemokratischen Partei, ihre Abgeordneten in der Duma, gegen den Krieg protestiert, an der Abstimmung nicht teilgenommen und büßen ihre heroische Haltung in den Kerkern der zarischen Regierung, die ihre Immunität mit Füßen tritt; sie warten auf ihr Urteil, das in den nächsten Tagen gesprochen werden soll. Von den Belgiern sei nicht gesprochen, so wenig wie von den Polen. Der himmelschreiende Jammer, der über Belgien gekommen ist, der Kampf für die ganze Zukunft eines Volkes, den die Polen führen, dieser Kampf, in dem alle geschichtlichen Hoffnungen neben der Verzweiflung wohnen, ihr Land von Millionenheeren zerstampft zu sehen, gibt Belgiern und Polen eine besondere Stellung.

Anders war, soviel wir wissen, bisher die Haltung der französischen Sozialisten, deren Redner und Zeitungen sich gegen jeden Frieden aussprachen, der nicht die völlige Niederwerfung Deutschlands und Österreichs abschließen würde. Seit einigen Monaten ist nun auch da eine Änderung eingetreten, die sich in den letzten Tagen zu einer Reihe von Anzeichen verdichtet hat, die hoffen lassen, daß sich ein gewisser Wandel in den Gedankengängen und Stimmungen der sozialistischen Gruppen der Ententestaaten zu entwickeln beginnt. Vor allem in Frankreich. Die französischen Sozialisten haben sich von der ersten Minute des Krieges an, selbstverständlich wie wir Sozialdemokraten alle in allen Ländern, auf den Boden der Verteidigung ihres Landes gestellt. Das war nicht nur ihr Recht, sondern ihre Pflicht, wie es Recht und Pflicht der deutschen Sozialdemokraten war, bei den Abstimmungen im Deutschen Reichstag am 4. August und 2. Dezember mit der größten Wucht und Feierlichkeit zu bekennen, daß sie, da der Krieg, den sie verdammen, nun einmal da, ihre volle Kraft und ihren letzten Tropfen Blut an die Verteidigung des deutschen Bodens und des deutschen Volkes, das als uns wertvollstes Glied die deutsche Arbeiterklasse umfaßt, setzen. Und die sozialdemokratische Fraktion in Berlin hat auch für uns Österreicher gesprochen, die das Schicksal freilich in weit weniger einfache Verhältnisse gestellt hat und denen überdies jede Möglichkeit, zu sprechen, entzogen war. Wir haben also hüben wie drüben ein g u t e s G e w i s s e n als Sozialdemokraten wie als Glieder der Internationale, die immer mit aller Leidenschaft gegen den Krieg und für den Völkerfrieden eingetreten ist, die aber niemals und für niemand die Landespreisgebung als proletarische Pflicht vorgeschrieben hat. Jeder von uns hat in jenen furchtbaren Augustwochen die erdrückende Schwere des tragischen Konflikts empfunden, aber keiner, der nicht die proletarische Politik als ein Gedankenspiel im luftleeren und vor allem menschenleeren Raume ansieht, konnte eine andere Entscheidung treffen oder auch nur erwarten. Wenn von einzelnen Genossen trotzdem an der Entscheidung der deutschen Sozialdemokraten und, wohlgemerkt, nur an dieser, nicht etwa auch an der der Franzosen, gemäkelt wird, so wird man das bei allem Respekt vor jeder ehrlichen Überzeugung nur entweder als Äußerung eines naiven Doktrinarismus oder, was noch schlimmer

wäre, als demagogische Ausnützung des Grauens ansehen müssen, das angesichts des Entsetzlichen, das uns der Krieg gebracht, nicht nur uns alle, sondern auch die leidenden Massen täglich mehr beherrscht. Dieses Spiel wäre lange zu Ende, wenn nicht mancherlei und in diesen Zeiten noch mehr als sonst unvermeidliche Entgleisungen einer böswilligen Kritik erwünschten Stoff geben würden und wenn nicht die gründliche Abwehr solcher Demagogie durch die Einschränkung der Presse mehr behindert wäre als die Demagogie selbst, die sich mit halben Worten begnügt, durch keinen Sinn für Verantwortung gehemmt ist und schließlich in die ausländische, völlig urteilslose Presse flüchten kann.

Unsere französischen Genossen haben die Verteidigung ihres Landes mit gewohnter Leidenschaft aufgenommen, sie haben sie als eine Sache des gesamten Volkes angesehen und haben, wie das in einem demokratischen Lande fast selbstverständlich ist, auch die Verantwortung mitübernommen, indem sie zwei Mitglieder in das Ministerium delegierten. Das war aber nicht alles. Wenn wir Deutschen uns redliche Mühe gaben, die Franzosen zu verstehen, wenn wir erst recht die furchtbare Lage der belgischen Genossen, deren unglückliches Land der Schauplatz des Entsetzlichsten geworden war, zu begreifen suchten, so hat man es drüben an jedem Versuch, die deutschen Sozialdemokraten mit einiger Objektivität und Gerechtigkeit zu beurteilen, fehlen lassen. Eines der schlimmsten Übel ist ja freilich, daß der Krieg alle Verbindung zwischen uns zerstört und uns auf zum Teil sehr trübe Quellen angewiesen hat. Noch heute ist es ungemein schwer, sich die französische und englische Parteipresse zu verschaffen, und die offiziellen und nichtoffiziellen Depeschenbüros verbreiten mit größtem Behagen Nachrichten, die geeignet sind, die Sozialdemokraten der verschiedenen Länder gegeneinander zu hetzen. Daß sie dabei vor Entstellung und blanken Lügen nicht zurückschrecken, wird niemand überraschen, der überlegt, daß das nicht nur zu den Methoden moderner Kriegführung gehört, sondern daß auch die Vergiftung der internationalen Beziehungen der proletarischen Parteien und womöglich die Behinderung des Wiederaufbaues der Internationale ein den herrschenden sowie den kapitalistischen Interessengruppen erwünschtes Nebenprodukt ist. Sich dadurch irreführen zu lassen ist für erfahrene Leute unerlaubte Naivität und es muß als ein gemeinschädliches Beginnen entschieden zurückgewiesen werden, wenn man kindlich-gläubig gegenüber allen Übertreibungen und Lügen sogar des berüchtigten „Matin", hingegen ohne genaue Kenntnis der bekanntesten Tatsachen des Lebens der Internationale zügellose Anklagen gegen die „Tripelententesozialisten" erhebt, die jedes Maß übersteigen und an sich ein ebenso großer Exzeß, ein ebenso großes Vergehen gegen die in Zukunft noch mehr als je notwendige Verbindung des Proletariats sind wie die mit Recht oder Unrecht denunzierten Exzesse der anderen selbst.

Leider ist die gegenwärtig festzustellende Wahrheit bisher unerfreulich genug gewesen. Das Verhalten der deutschen und selbst-

verständlich auch der österreichischen Sozialdemokratie wurde von der französischen Parteipresse als Verrat an der Internationale bezeichnet, ohne jeden Schatten des Verständnisses dafür, daß wir nichts anderes getan, als was die französischen Sozialisten selbst tun mußten. Von allen französisch sprechenden Genossen war es, soviel wir wissen, der einzige Vandervelde, der sowohl in einer Rede in Amerika als wiederholt in Versammlungen, die er in England hielt, auseinandersetzte, daß die deutsche Sozialdemokratie, insbesondere angesichts der russischen Gefahr, am 4. August wohl nicht anders entscheiden konnte, als sie tat. Man legt Vandervelde sehr viel ungereimtes Zeug in den Mund und er wird wohl auch manches gesagt haben, was er vor der Vernunft nicht verantworten kann und was erst recht nicht mit der Rücksicht vereinbar ist, die ihm sein Amt als Vorsitzender des Internationalen Büros auferlegte. Aber man begreife die Lage eines Belgiers: was, wie die deutschen Strategen erklärten, Lebensnotwendigkeit für Deutschland war, war Todesnotwendigkeit für Belgien und erst recht für die belgische Arbeiterklasse. Es ist in jenen Wochen, da uns das Entsetzen, mit dem wir heute vertraut sind, noch neu war, auch von anderen Leuten, die weniger im Feuer standen als er, hüben und drüben, manches Törichte gesagt und geschrieben worden. Wenn wir diese Zeit der Ungeheuerlichkeiten überstanden haben werden, wird es erste Pflicht sein, einander nicht beim Wort zu nehmen.

Aber die Franzosen ließen es bei diesem Mangel an Objektivität nicht bewenden, sondern auch die Besten unter ihnen führten eine Sprache, die mit den wildesten Chauvinisten und Revanchepolitikern wetteiferte. Sembat, der, es ist noch kein Jahr her, ein Buch veröffentlichte, das wahrhaft ein Wunder des Verständnisses für deutsche Dinge und vor allem von mutiger Kritik des eigenen Landes ist, konnte sich, wenn die Berichte nicht lügen, nicht genugtun an leidenschaftlicher Wut gegen die Deutschen. Er und Guesde haben es nicht geleugnet, daß sie die Sozialdemokraten Italiens und Rumäniens veranlassen wollten, gegen die Neutralität ihrer Länder aufzutreten und für den Krieg zu wirken, eine Taktik, die unmöglich ist für einen Sozialisten, selbst wenn er Minister der nationalen Verteidigung ist. Und unser alter, verehrter Vaillant, der mit deutscher Bildung gesättigt ist wie wenige Franzosen, schrieb Artikel von so zügelloser Wildheit in der „Humanité", daß dieser Rückfall des greisen Kämpfers in alle Exzesse des jugendlichsten Blanquismus mehr noch erstaunlich als empörend war. Beherrscht von dem Wahne, daß die Sache der Entente die Sache der Demokratie und des Sozialismus sei, die Sache der Zentralmächte aber nur die der Reaktion und Völkerunterdrückung, vermochten sie es schließlich, sich in den Glauben an zarische Manifeste und die völkerbefreiende Mission Rußlands hineinzuleben. Jedes schüchterne Wort, das für die Ermöglichung des Friedens gesprochen wurde, hat zu jener Zeit, etwa bis Weihnachten, leidenschaftliche Zurückweisung erfahren. Deutschland, der „Imperialismus", ein Wort, das dort nicht in unserem Sinne gebraucht wird, sondern „Kaiserismus"

bedeutet, „muß niedergeworfen werden". Dem Militarismus, den sie nur in Deutschland sahen und nicht auch in Frankreich — wo sie ihn bis zum Juli so tapfer bekämpft — und nicht einmal in Rußland und England, „muß durch die Tripelentente ein Ende gemacht werden, Deutschland gedemütigt, Österreich vernichtet, früher kein Friede".

Das ist anders geworden. Wahrscheinlich hat der Zar ein großes Verdienst daran; mit einer gewissen Beschämung entdeckten die französischen Sozialisten, als sich die neuesten Schandtaten des zarischen Regiments gegen die Sozialisten nicht mehr verhüllen ließen, an der Seite welches Alliierten sie kämpften, sie, die diese Allianz immer bekämpft hatten als die Todsünde der Demokratie. Und dann kamen, soviel man sehen kann, aus der Masse des Proletariats, aus den politischen Organisationen einzelner Bezirke, Mahnungen zur Besinnung. Ein weiterer Anstoß zur Wendung kam von den Gewerkschaften, deren Aufruf wir gestern veröffentlicht haben. Das gegenwärtig politisch Wichtige darin ist nicht eigentlich der positive Vorschlag, eine internationale Konferenz zur Zeit und am Orte der Friedensverhandlungen einzuberufen, sondern wichtig ist das Bekenntnis zum Frieden, und trotz aller Anerkennung der Notwendigkeit, das Land zu verteidigen, das Fehlen jedes gehässigen oder auch nur feindseligen Wortes gegen die Deutschen. Es sind also nicht ganz ungünstige Vorzeichen, unter denen morgen in London eine Konferenz von Delegierten der sozialistischen Parteien von Frankreich, England, Belgien, Rußland und Serbien zusammentreten wird. Wir wollen diese Anzeichen durchaus nicht überschätzen, wir wissen selbst am besten und spüren es am eigenen Leibe, wie dieser Krieg den Verstand der Verständigsten umnebelt, das Gemüt der Besten vergiftet und allen Denkenden die Gedanken verwirrt hat, insofern sich ihr Denken nicht einzig auf die Forderung des Tages beschränkt: vom eigenen Volke die Niederlage abzuwehren. Aber es gibt ein Morgen, muß es für die Menschheit geben, und heilige Pflicht ist es auch, dieses Morgen vorzubereiten. Selbstverständlich setzen sich die, die vom Frieden reden, der Verleumdung aus, daß sie ihr Land in Nachteil setzen, indem sie Schwäche verraten, und selbstverständlich hat das Wiener Organ der christlichsozialen Kriegshetzer, über dessen Verantwortlichkeit für alles Übel man noch später einmal reden wird, sofort die französischen Sozialisten gehöhnt, daß sie nun wohl „mürbe" werden. Solche Reden sind nicht nur töricht, sondern auch verbrecherisch. Die französische Hetzpresse würde ihr Geschäft schlecht verstehen, wenn sie sich solche Äußerungen nicht telegraphieren ließe, um sie gegen die erwachende Vernunft auszunützen. In Wahrheit ist die „Kriegsmüdigkeit" in Frankreich nicht größer als überall, und was wir als hoffnungsvolles Vorzeichen vorsichtig und zögernd zu bezeichnen wagen, ist nicht ein Ausfluß des Schwächegefühls und der verminderten Siegeszuversicht und Entschlossenheit zum Kampfe, sondern eine erste, leider noch leise Regung menschlicher Vernunft und proletarischen Empfindens.

Die Sozialdemokratie und die Friedensvorschläge.

Friedensversammlung am 28. Dezember 1916*).

Es ist jetzt das drittemal, daß wir das Fest der Menschenliebe gefeiert haben mit Menschenmord, das drittemal, daß wir in ein neues Jahr eintreten, während draußen unsere Söhne und unsere Brüder, ja unsere Väter in Eiseskälte, in Sümpfen eingegraben, ausgesetzt sind der Pestilenz und ausgesetzt allen menschenmordenden Instrumenten, die die fortschreitende Technik ausdenken kann.

Neunundzwanzig Monate

dauert schon dieser Krieg und so viele blutige Tränen sind geflossen, daß sie jenes Meer bilden könnten, von dem ein englischer Staatsmann dieser Tage gesagt hat, daß auch ein Meer nicht ab-

*) Am 21. Oktober 1916 war Graf Stürgkh von Fritz Adler erschossen worden und der Kaiser Franz Josef hatte nun Körber an die Spitze der Regierung berufen. Aber als am 21. November Franz Josef starb und Karl Kaiser wurde, war dessen Bleiben nur provisorisch. Am 12. Dezember trat Körber zurück und nach einem vergeblichen Versuch einer Regierung Spitzmüller, wurde am 21. Dezember der tschechische Feudale Graf Heinrich Clam-Martinic, seinerzeit ein Vertrauensmann des Erzherzogs Franz Ferdinand, mit der Regierungsbildung betraut, der sich bereit erklärte, ohne Parlament weiterzuregieren. Tatsächlich blieb das Parlament bis zum 30. Mai 1917 ausgeschaltet. Während Kaiser Karl zugleich Tisza die ganze Macht überließ, spielte er nach außen den Friedensfreund.

Am 12. Dezember hatten die Regierungen der Mittelmächte an den am 7. November wiedergewählten nordamerikanischen Präsidenten Wilson das Ersuchen gerichtet, Friedensverhandlungen einzuleiten. Allerdings wurde darin ängstlich vermieden, die Bedingungen der Mittelmächte anzugeben. Es wurde nur gesagt, daß die Bedingungen bei der Beratung aufgestellt werden und eine geeignete Grundlage für die Herstellung des Friedens bilden würden. Dieser Vorschlag wurde von allen Regierungen des Vierverbandes in öffentlichen Kundgebungen abgelehnt, am 19. Dezember von England, wo am 7. Dezember an Stelle von Asquith Lloyd-George die Leitung der Regierung übernommen hatte. Am 19. Dezember trat auch Wilson an die Kriegführenden mit dem Verlangen heran, ihn wissen zu lassen, unter welchen Voraussetzungen sie Frieden schließen würden, er werde dann prüfen, ob die Möglichkeit einer Annäherung schon gegeben sei. Am 21. Dezember, an dem Clam-Martinic die Regierung in Österreich übernommen hatte, wurde auch an Stelle des Grafen Burian Graf Ottokar Czernin, auch einer vom Kreise Franz Ferdinands, zum Minister des Äußern ernannt.

Am 21. Dezember trat auch der Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten zusammen, um zur neuen Lage Stellung zu nehmen. Es wurde da eine Resolution beschlossen, in der von der Regierung Beweise verlangt wurden, daß es ihr voller Ernst sei mit dem Bestreben, das Ende dieser zwecklosen Schlächterei herbeizuführen. Sie dürfe sich durch eine kühle oder sogar in der Form ablehnende Haltung der gegnerischen Diplomatie nicht abschrecken lassen, auf dem eingeschlagenen

waschen könnte die Schuld des Mannes, der den Krieg verlängern würde. Aber es geht zu Ende. Diese Empfindung haben heute alle. Es geht zu Ende, weil die Völker erschöpft sind, weil die Zwecklosigkeit, der Wahnsinn der Fortsetzung dieser Schlächterei endlich auch begriffen wird von jenen, die allein die Macht haben, zu verfügen über Leben und Tod von Millionen Menschen in allen Ländern*).]

Wir Sozialdemokraten haben nicht erst diesen furchtbaren Krieg gebraucht, um der Mahnung zu bedürfen, für den Frieden zu arbeiten. Wir haben damals, als die Kriegsgefahr bedrohlich wurde, so gut wir konnten, unsere Pflicht getan, uns mit dem Aufwand unserer ganzen Kraft gegen den Krieg zu stellen, und mehr Macht haben wir nicht. Wer schuld ist an dem Kriege, darüber wird später die Rechnung aufgemacht werden und wenn diese Rechnung aufgemacht wird, wird man finden, daß es nichts nützt, zu erforschen, wer „angefangen" hat. [Nicht einer ist schuld, alle sind schuld, die geherrscht haben. Wenn man heute noch nicht untersuchen darf, wer angefangen hat, soviel ist heute schon sicher, daß jene Klasse von Herrschenden, die in allen Staaten verhüllt in eine Geheimkunst der Diplomatie die Fäden zieht, gemeinsam die Schuld trägt. Es wird die Sache jedes Volkes sein, abzurechnen mit

---

Wege weiterzuschreiten und müsse durch eine klare Darlegung ihrer Friedensbedingungen den Gegnern jeden Vorwand nehmen, sich dem einzigen Wege, der zum Frieden führen kann, dem Wege der Verhandlungen, zu entziehen. Die Abgeordneten würden dafür sorgen, daß womöglich allerorts die Arbeiterschaft Gelegenheit finde, auch in Versammlungen ihren Friedenswillen zu bekunden.

Der Passus über den Frieden wurde in der „Arbeiter-Zeitung" zunächst unterdrückt und konnte erst am 23. Dezember gebracht werden.

Bezeichnend ist auch das Schicksal, das die Note Wilsons zunächst in Österreich hatte. Sie wurde in Berlin den Zeitungen am 22. Dezember zugestellt und konnte also am 23. Dezember veröffentlicht werden. In Österreich wurde sie den Zeitungen erst am Sonntag den 24. Dezember zugestellt und da Montag die Weihnachten begannen, konnte sie erst am 27. Dezember in den Zeitungen erscheinen.

Die Versammlung, die am 28. Dezember im Favoritener Arbeiterheim stattfand, war massenhaft besucht. Das Referat Adlers fand natürlich stürmischen Beifall, besonders als Adler noch folgenden Gruß an Wilson vorschlug:

> Die heutige Versammlung der Sozialdemokraten Wiens begrüßt die erleuchtete und energische Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten, die in gleicher Linie wirkend wie das beachtenswerte Friedensangebot der Mittelstaaten, den Weg öffnet zur Beendigung der zwecklosen und kulturmordenden Schlächterei des Weltkrieges. Die Versammlung wünscht aus vollem Herzen, daß dem hohen Streben Wilsons voller Erfolg werde und daß sein Eingreifen der blutenden Welt den Frieden näherbringe.

*) Die eckigen Klammern bezeichnen die von der Kriegszensur beanstandeten Stellen, an deren Stelle bloß weiße Flecke in der Zeitung erschienen. Es sind in dieser einen Rede nicht weniger als sechzehn solche weiße Flecke gewesen.

seinen eigenen Schuldigen. Aber seien wir nicht Pharisäer, auch wir tragen Schuld, wir haben vielleicht nicht alles getan, was wir hätten tun können seit Jahren und Jahrzehnten, um die Macht zur Macht zu machen, die allein den Krieg hätte hindern können. Vielleicht, wenn wir in allen Ländern mit noch größerem Eifer

aus dem Proletariat eine Macht gemacht hätten,

wenn wir unsere Organisation schneller und intensiver und vielleicht mit mehr Klugheit ausgebaut hätten, vielleicht wären wir dann in jenem entscheidenden Moment, den wir herannahen gesehen haben, doch imstande gewesen, ein Halt zu gebieten dem hereinbrechenden Unheil.] Es war nicht möglich — in keinem Lande —, und nun konnte nichts anderes geschehen, als was in allen Ländern allen Völkern aufgedrängt war, ob sie wollten oder nicht, ob sie es mit klangvollen Worten begründeten oder nicht. Es konnte nichts geschehen, als was automatisch jedem Volke innewohnt: sich zu verteidigen, zu verteidigen gegen den Feind nach außen, zu verteidigen gegen die Not und gegen das Elend im Innern. Man kommt mit theoretischen Erwägungen, ob die Verteidigung des Landes eine Pflicht sei, nicht hinweg darüber, daß die Verteidigung automatisch eintritt. Schlimmer als der Krieg, das wußten wir,

ist für jedes Land die Niederlage

und die Menschen jener Gegenden, die zu Schlachtfeldern geworden sind, wissen zu erzählen, was das heißt. Wir hatten aber außer dieser Pflicht der Verteidigung noch eine andere Pflicht, nämlich die Pflicht, das Proletariat durchzuhalten, den einzelnen Proletarier, die einzelne proletarische Familie durchzuhalten, aber auch unsere Organisation. Darum haben wir versucht, so viel als möglich von dem Elend, das über uns hereingebrochen ist, abzuwenden, und unsere Parteigenossen waren überall die ersten, die zur Hilfstätigkeit bereitstanden, die ersten, weil wir geschulter sind in der Organisation und auch die Mittel und Wege, um zu helfen, besser kennen. In weitestem Umfang haben wir auch diese Pflicht erfüllt. Die Pflicht aber, die uns unsere Kongresse seit Jahrzehnten auferlegt haben, die Pflicht, die wir selbst als die wichtigste und heiligste erkannt haben, die Pflicht, dem Kriege ein Ende zu machen, sie konnten wir nicht erfüllen, [denn wir waren die Schwächeren zu der Zeit. Aber wie wir wissen, daß für alle unsere Gedanken die Zeit kommen wird,

so ist auch für diesen Gedanken des Friedens die Zeit gekommen.

Wir waren geknebelt durch mehr als zweieinhalb Jahre. Wir durften den Mund nicht öffnen, um auszusprechen, was auf jedes Menschen Zunge, in jedes Menschen Herz war. Welche Wandlung!] Heute hören Sie die Worte, daß die Fortsetzung des Krieges, daß das Anzünden des Krieges ein Verbrechen sei, [aus dem Munde aller zünftigen Diplomaten.]

Heute endlich hören Sie, daß es „sinnlos ist, den Krieg weiterzuführen", weil einer den anderen nicht überwinden kann, und daß

„ein weiteres Blutvergießen ein Verbrechen ist". Nicht nur der deutsche Reichskanzler sagt es, sondern auch die österreichische Regierung, die sich rühmt, den Anstoß zum Friedensangebot gegeben zu haben, versichert, daß der Zweck des Krieges für sie nicht in Eroberungsabsichten lag — was wir zur Kenntnis nehmen —, und sie sagt weiter, daß eine Fortsetzung des Krieges ein zweckloses Vernichten von Menschen und Gütern, ein unmenschliches Verbrechen an der Zivilisation wäre. [Spät kommt die Erkenntnis; aber seien wir froh, daß sie endlich kommt. Es liegt mir fern, zu erzählen, daß wir schwach sind, daß wir allein ausgeblutet, ausgehungert sind. Genau so ausgeblutet und ausgehungert wie wir, sind auch die anderen.]

Europa ist ausgeblutet und es ist beinahe wie bei einem Brand, der ausgetobt hat und kein Objekt mehr findet, um weiter zu wüten. Europa ist zu Rande, der Krieg brennt ab, erlischt, weil nichts Brennbares mehr da ist.

Sie werden sich wohl denken: der alte Optimist, der den Schrecken zu Ende wähnt! Gewiß, ich zweifle nicht daran, daß es zu Ende geht. Wie lange und unter welchen einzelnen Phasen das noch dauern kann, das weiß heute noch niemand. Aber gewiß ist, daß

das Friedensangebot der Mittelmächte

eine Initiative war, die gewirkt hat [und sie hätte noch ein Gutteil wirksamer sein können, wenn die Form den Feinden etwas mehr goldene Brücken gebaut hätte.] Heute bringen die Blätter die Nachricht, der deutsche Botschafter Graf Bernstorff in Neuyork habe erklärt, Deutschland verlange kein fremdes Gebiet, sondern nur die künftige Sicherheit gegen Angriffe und feindliche Bündnisse.

[Wenn wir sagten, daß wir den Frieden ohne Annexion verlangen, so sind wir nicht verhöhnt, sondern einfach ausgekratzt worden (Heiterkeit und Beifall), die Stimme ist nie an die Oberfläche gekommen.] Nun sagt das der Graf Bernstorff in Amerika! Hoffen wir, daß das Wort morgen nicht etwa schon abgeschwächt oder abgestritten wird... Hätte Bethmann-Hollweg das Wort in seiner Note an die Mächte gebraucht oder wäre es gar schon vor einem Jahre gesprochen worden, so hätte das den Erfolg des Friedensangebots beträchtlich erhöht. Aber wir haben gelernt, bescheiden zu sein, und begrüßen mit aller Freude und Leidenschaft das Friedensangebot der Mittelmächte, weil es endlich ausspricht, daß wir verhandeln wollen, [wenn es uns auch lieber gewesen wäre, daß dieses Angebot anders instrumentiert gewesen, daß nicht so viel Posaunen und Trommeln dabei gewesen wären, weil es den gegnerischen Staatsmännern dann unmöglich gemacht wäre, so abfällig zu antworten, wie sie es zunächst getan haben.] Aber wenn wir die Reden Bethmanns wie auch Lloyd-Georges und Briands richtig würdigen wollen, so dürfen wir nicht vergessen, daß sie nicht nur zum Ausland sprechen, sondern auch zum Inland, [zu jenen Klassen und Parteien,

die die Nutznießer des Krieges sind

und bleiben wollen. Für diese waren die Trommeln und Posaunen berechnet, durch die wieder die Wirkung nach außen gelitten hat.] Trotzdem und trotz alledem, was in Petersburg und Paris gesagt wurde, glaube ich fest daran, daß sich die Wirkung von Tag zu Tag verstärken wird und daß auch in den gegnerischen Ländern die Überzeugung da ist, daß sie nicht lange mehr dem Frieden werden widerstehen können.

Das ist die wichtigste Wirkung des Friedensangebotes, die wichtigste Wirkung des Eingreifens von Wilson, daß diejenigen, die den Frieden wollen, in allen Ländern — und das ist die große Masse, die überall leidet — ermutigt werden, daß sie Kräfte gewinnen, [bis endlich eine Macht aus ihnen wird, der nicht mehr Widerstand geleistet werden kann.] Die Sehnsucht nach dem Frieden war ja immer da, aber etwas anderes ist es, aus der Sehnsucht einen Willen zu machen, aus dem Wunsche eine bewegende Kraft.

[Da sagt man nun, diese Anregung hätte den richtigen psychologischen Moment erfordert. Ich glaube, für eine Anregung zum Frieden war immer der psychologische Moment da. Die Psychologie zum Frieden war in diesen neunundzwanzig Monaten immer da. Wenn man eine Urabstimmung in den Schützengräben aller Völker vorgenommen hätte, so hätte man ein klares Votum, einen klaren Ausdruck der Psychologie aller Völker in allen Staaten bekommen. (Beifall.) Aber sie wollten nicht, und was sie am meisten gefürchtet haben — in allen Staaten —, war die Furcht, schwach zu erscheinen. Das ist nun vorbei. Es besteht aber noch eine große Gefahr, die Gefahr der Rechthaberei — hüben wie drüben —, die Gefahr, daß man sich verbeißt auf seinem Wege. Wir haben in einem Beschluß des Klubs betont, die Regierung dürfe sich durch eine kühle oder sogar in der Form ablehnende Haltung der gegnerischen Diplomatie nicht abschrecken lassen, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen, und müsse durch eine

klare Darlegung ihrer Friedensbedingungen

den Gegnern jeden Vorwand nehmen. In allen Ländern gibt es noch Kräfte, die Grund haben, sich vor dem Frieden, vor der Abrechnung zu fürchten, und diesen darf man nicht den Weg ebnen, indem man sich an irgendeine Form, an irgendeinen Weg klammert.]

Es ist notwendig, daß mit aller Schärfe ausgesprochen werde: Wir wollen das Ende des Krieges, aber Friede bedeutet nicht nur, daß kein Krieg mehr ist, sondern wir wollen, daß auch die Vorbedingungen geschaffen werden,

daß der Friede bleibe,

und es war bedeutungsvoll, als am 12. November zum erstenmal Bethmann-Hollweg im Deutschen Reichstag davon sprach, daß, über den Krieg hinaus, Deutschland das Interesse habe, an einem neuen Völkerrecht mitzuwirken. Wir wollen einen Zustand der Völker, der

ein Zusammenleben für die Zukunft ermöglicht und im Friedensschluß schon die Ursachen weiterer Kriege vermeidet.

[Wir wollen mit einem Worte ein neues Völkerrecht, das das Recht der Völker zur Grundlage hat. Das werden wir erreichen, wenn nicht nur die Kanonen schweigen, sondern auch die Völker wieder sprechen können. Denn wir sind überzeugt, daß die Völker deutlicher und kräftiger sprechen werden, als sie je gesprochen haben, daß heute niemand einen künftigen Krieg mehr will nach all dem Elend und all der Verwüstung, die wir miterlebt haben.]

Wenn wir der Gefahr ausweichen, daß man sich an Formen klammert, wenn man gerade in dem Bewußtsein, daß man der Stärkere oder mindestens, daß man unbezwinglich ist, dem Feinde goldene Brücken baut, [wie es jeder ehrliche und vernünftige Sachwalter des Friedens tun würde,] dann glaube ich, wird Friede werden. Vorläufig aber stehen wir noch im Kriege und keiner von uns kann sagen, wie viel Blut noch fließen wird. [Jeder Tag bringt neue Ströme von Blut, jeder Tag mehrt das Elend. Die Herren hätten allen Grund, sich zu beeilen.] Wir aber haben die Pflicht, jedes Stück Möglichkeit im Willen des Proletariats auszudrücken, auszunützen, um zu sagen: Wir wollen den Frieden! In diesem Sinne haben wir unsere Anstrengungen zu vermehren und wir wissen, daß auch auf der anderen Seite der Wille zum Frieden in den Massen wächst. Wenn wir so oft mit unserer Regierung in Fehde liegen müssen, [wenn wir uns nicht wehren konnten gegen den Krieg, den sie uns auferlegt haben, den sie glaubten uns auferlegen zu müssen,] so haben wir heute wiederum die Pflicht,

sie zu bestärken auf dem guten Wege,

den sie jetzt betreten haben, und wir wollen nur unsere Forderung aussprechen, daß sie auf dem Wege zum Frieden bleiben. Allen denen, die im Ausland ebenfalls diesen Frieden fordern und diesen Weg zum Frieden, wollen wir demonstrativ unsere Anerkennung aussprechen und wollen ihnen demonstrativ zurufen: „Ihr alle, deren Stimmen draußen gehört werden, die ihr einen Druck ausübt für den Frieden, ihr könnt sicher sein, daß wir euch Erfolg wünschen und daß ihr die Begeisterung der Proletarier aller Länder hinter euch habt!“ Und so wollen wir auch anerkennen, was der Präsident der Vereinigten Staaten jetzt unternommen hat, und wir dürfen die Hoffnung haben, daß der Schrei nach dem Frieden, der aus allen Völkern kommt, endlich so mächtig wird, daß er nicht mehr überhört wird. Um aber überallhin und deutlich zum Ausdruck zu bringen, daß auch das Proletariat mit jedem Pulsschlag das Bemühen der Neutralen und insbesondere des Präsidenten Wilson um den Frieden verfolgt, möchte ich mir von der Versammlung die Ermächtigung erbitten, in ihrem Namen dem Präsidenten Wilson telegraphisch unseren Gruß und unseren Dank zu entbieten, daß auch unsere Stimme nicht fehle in dem Chor, der dem Präsidenten Wilson Dank zollt. (Lebhafter Beifall.)

Mit unserer Kundgebung wollen wir der Welt noch einmal sagen, daß das einzige, was wir wollen, der Friede ist.

[Wir wollen alle wieder unsere Väter haben, unsere Kinder, unsere Brüder, und schließlich wollen wir unsere Mütter und Frauen und unsere Töchter aus Beschäftigungen heraus haben, die nicht für sie sind! Wir wollen wieder einmal für uns arbeiten und nicht für die anderen! Was wir verloren haben, was uns dieser Krieg gekostet, das wissen wir heute noch nicht ganz, das werden wir erst wissen, wenn die zurückkommen, die übriggeblieben sind. Aber eines wissen wir heute schon: diejenigen, die glauben, daß die Sozialdemokratie in allen Ländern in diesem Kriege die Besiegte war, die irren sich. Das Proletariat war nicht mächtig genug, den Krieg zu verhindern, aber der Krieg hat neben allem Elend, das er über uns gebracht hat, die eine Wirkung gehabt,

daß er alle Herzen festgemacht und alle Gehirne erleuchtet hat,

und die nächste Generation und diejenigen, die von der heutigen Generation übriggeblieben sind, werden wissen, daß die Welt nicht wert ist, daß sie fortbesteht, wie sie heute ist ... Der Gedanke, der uns zusammenhielt, wird immer mehr geistiges Eigentum aller Menschen, die leiden, und wer leidet heute nicht! In jedes Herz ist eingegraben die Aufgabe, den Krieg zu bekämpfen, zu bekämpfen erst recht nach dem Kriege! Hoffen wir, daß wir nach der Arbeit für den Frieden bald zu einer kommen, zum Kampfe gegen den Krieg für eine menschliche, für eine sozialistische Zukunft.] (Lebhafter Beifall.)

Die russische Revolution und die Wiener Arbeiter.

Versammlung im Arbeiterheim, 27. März 1917*).

[In dem Meer von Blut, in dem die Menschheit seit fast drei Jahren zu ertrinken droht, zeigt sich zum erstenmal wie ein Lichtblick aus weiter Ferne ein großes Geschehen, das die größte Bedeutung hat für alle Völker dieser Erde. Erinnern wir uns, wie vor zwölf Jahren in diesem Saale, wo wir gerade unseren Parteitag hielten, die Nachricht von dem Oktobermanifest des Zaren kam, mit dem ein Parlament auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes in Rußland gewährt wurde. Aber das Wort des Blutzaren hat sich als Lüge erwiesen und die blutigste Reaktion hat das Volk um die Früchte der Revolution betrogen**).] Aber wenn unsere russischen Genossen, von denen wir in diesen Jahren der

*) Am 14. März 1917 hatte die Revolution in Rußland begonnen. Am 16. März mußte Zar Nikolaus abdanken und wurde am 21. März in Haft genommen. Rußland war Republik. Die Wiener Arbeiter versammelten sich am 27. März im Favoritner Arbeiterheim, wo Victor Adler sprach.

**) Die eingeklammerten Stellen wurden von der Kriegszensur gestrichen. Sie waren in der Zeitung durch weiße Flecken ersetzt.

Gegenrevolution so viele hier begrüßen konnten, verzweifeln wollten, suchten wir sie immer wieder aufzurichten, indem wir ihnen sagten, daß die Revolution und ihre Früchte aus der Geschichte Rußlands und der Menschheit nicht mehr zu streichen seien. Wie bei der Flut Welle um Welle kommt und zurückgeht und jede neue Welle doch ein neues Stück Boden erobert, so vollzieht sich eben der Fortschritt der Geschichte nicht geradlinig, sondern mit Rückschlägen, mit Siegen und Niederlagen. Und so ist es auch gekommen. Aus dem, was wir jetzt in Rußland sehen — soweit wir es aus den Nachrichten erfahren können, die man ja mit Vorsicht aufnehmen muß, wie man denn überall nur das durchläßt, was für Kinder gut und nützlich ist, und auch deshalb, weil die Lüge heute überall als patriotische Tugend gilt, erscheint doch das eine sicher, daß der Zarismus unter dem Druck der vereinigten Macht der oppositionellen Parteien zusammengebrochen ist, wie ein Kartenhaus zusammenbricht. Zwei Parteien wirkten da zusammen, die Partei des imperialistisch-liberalen Bürgertums, die die zarischen Regierungen anklagte, daß der Zarismus den Krieg zu führen durch seine Korruptheit unfähig war, und die Partei der Arbeiterschaft, die den Zarismus anklagte, nicht daß er den Krieg nicht richtig führt, sondern daß er ihn führt, und als die Duma davongejagt wurde, da vereinigten sich die beiden Strömungen. Die Strömung, die den Krieg wollte, aber ein bürgerlich freies Rußland, die konnte natürlich den Kampf nicht allein führen; gekämpft und die Schlacht gewonnen haben die proletarischen Massen in den großen Städten Rußlands, vor allem Petersburgs, und die zarische Regierung, die weder Frieden zu halten vermochte, noch den Krieg zu führen verstand, war im Nu weggefegt. Aber diesmal ist es tiefer gegangen als vor zwölf Jahren und man hat den Zarismus mit der Wurzel ausgerissen. Was nun kommen wird, das wissen wir nicht, und sich darüber in Prophezeiungen zu ergehen, wäre eine Torheit; was wir wissen, ist, daß die Revolution, die zunächst gesiegt hat, keine einheitliche ist, daß sich zwei Klassen zu ihr verbunden haben, [denen nur eines gemeinsam ist, daß sie ein modernes Rußland wollen, daß sie das alte, korrupte, blutbedeckte zarische Regiment beseitigen wollen. Auch das wissen wir, wer das Verdienst an diesem Siege hat: es sind unsere Brüder, die Proletarier Rußlands, die ihr Blut und ihr Leben dafür in die Schanze geschlagen haben.]

Wenn die bürgerliche Presse aller Länder nun meint, daß die „Unordnung“, die nun in Rußland eintrat, Rußlands Kraft gebrochen hat, so scheint das doch übertrieben. Wir haben nie geglaubt, daß der Zarismus, daß die Unterdrückung und die Allmacht der Bürokratie ein Moment der Kraft eines Staates ist, denn wir wußten, daß gerade die schwachen Staaten alle diese Laster haben, daß Gewalt und Absolutismus eine Quelle der Schwäche eines Staates ist, und deshalb erscheint es uns sicher, wie immer man über die Zukunft denken mag: Rußland wird nicht schwächer, wenn es seine Tyrannen los wird und seine korrupte Bürokratie zum Teufel gejagt hat, es wird nicht schwächer, wenn

die tüchtigsten und begabtesten Elemente des Bürgertums und der Arbeiterschaft das Heft in die Hand bekommen. Außerdem wird uns auch erzählt, daß das eine „englische Revolution“ sei, um den Krieg fortzuführen. Ich weiß es nicht, es ist wohl möglich, daß die englische Regierung in der Tat diese Entwicklung beschleunigt hat, weil ihr Bundesgenosse schuldig geblieben ist — nicht Geld, das er ja immer schuldig war (Heiterkeit), aber schuldig geblieben ist die militärische Machtentfaltung und den Erfolg im Kriege. Aber wenn das wahr sein mag, so viel ist sicher, daß der Erfolg weit über das hinausgegangen ist, was sie wollten, und daß die Revolution heute keine englische Revolution mehr ist, sondern eine richtig gehende russische Revolution, von der wir nicht sagen können, wohin sie führt, die aber die Geschicke Rußlands wendet, und eine Revolution, in der das führende, vorläufig siegreiche Element das ist, das die Revolution nicht macht für den Krieg, sondern für die Freiheit und für den Frieden. (Lebhafter Beifall.)

Wir meinen also, daß Rußland durch die Revolution nicht schwächer geworden ist und wir wissen, daß wir uns gegenüber nicht mehr das Rußland haben, das repräsentiert war durch das verhaßteste Regime, durch den Zaren, gegen den unser Land zu verteidigen auch für uns, die wir wirklich den Krieg nicht wollten, ein Grund war, uns zu wehren. Heute haben wir nicht mehr den russischen Zaren drüben, sondern Rußland ist das russische Volk, dem wir nicht Haß, sondern Liebe entgegenbringen, Liebe und Solidarität (lebhafter Beifall), das russische Volk, das nichts anderes als wir, nichts sehnlicher wünscht als den Frieden. Aber nicht nur für uns, sondern für alle Staaten ist diese russische Revolution das wichtigste geschichtliche Ereignis, jedenfalls das wichtigste Ergebnis dieses furchtbaren Krieges. Bisher war Rußland der böse Geist für Europa, die brennende Schande, die jeder fühlte, und das Bündnis mit Rußland war selbst für seine getreuesten Alliierten ein Makel, den sie spürten trotz aller Kriechereien der Herrschenden vor dem Zaren. Sie krochen vor ihm, weil er der Besitzer der großen „Dampfwalze“ war, die alles vor sich niederwerfen konnte, unerschöpflich an Mitteln und unerschöpflich vor allem an Kanonenfutter. Deshalb stellten sie alle Hoffnung auf ihn, aber sie hatten kein gutes Gewissen dabei. Heute steht es anders: Ein freies Rußland ist nicht der Schrecken für Europa, insofern als man gewissenlose Eroberungspolitik von ihm erwarten könnte, ein freies Rußland ist aber mächtiger geworden, kräftiger, wirtschaftlich und politisch entwicklungsfähiger und hört damit auf, eine Gefahr für Europa zu sein. Andere Bündnisse, andere Freundschaften werden entstehen müssen, denn ein liberales oder gar republikanisches Rußland wird eine ganz andere Anziehung in Europa ausüben und Europas Staatsmänner werden sich rüsten müssen, die Konkurrenz mit ihm aufzunehmen, und auch ein erneutes Österreich, von dem man soviel hört, wird sich konkurrenzfähig machen müssen.

[Als Bethmann-Hollweg sagte: „Wehe dem Staatsmann, der die Zeichen der Zeit nicht versteht!" war die russische Revolution noch nicht da. Das allerklarste Zeichen der Zeit, so klar, daß den Herren die Augen beißen müssen, ist die glorreiche russische Revolution, und wenn die Staatsmänner dieses Zeichen nicht zu deuten wissen, dann ist ihnen nicht zu helfen. Jeder weiß, daß Revolutionen nicht gemacht werden, und die Entwicklung der Völker kennt auch andere Formen als diese akuteste, schnellste, deutlichste, auf einen Moment zusammengedrängte Form der Umwälzung. Schon das ist Revolution, wenn Zersetzung eintritt, die nicht mehr aufzuhalten ist, wenn die Hindernisse für das staatliche Leben größer werden.]

Aber noch ein anderes Zeichen ist es, das die Staatsmänner sehen müßten, das ist, daß jetzt der Moment ist, Frieden zu machen! (Lebhafter Beifall.) Der Zar konnte vielleicht nicht Frieden machen, weil er für den Thron fürchten mußte. Die Völker Rußlands aber — bis auf eine kleine, allerdings mächtige Schicht — wollen den Frieden. Man sagt uns mit Recht, die Arbeiterschaft ist keine zahlreiche Klasse in Rußland, das Wesentliche ist die Bauernschaft. Aber kann jemand ernsthaft glauben, daß die Bauernschaft den Krieg will? Daß eine Gegenrevolution in Rußland kommen kann, das leugne ich nicht, aber daß sie mit dem Ziele, den Krieg weiterzuführen, sich auf die Bauernschaft stützen kann, das glaube ich nicht. Umgekehrt kann es sein, daß man in die Bauernschaft die Lüge trägt, daß der Zar gestürzt wurde, weil er ein Friedensfreund sei. Und wieweit diese Lüge Verbreitung findet, ob sich nicht die Geistlichkeit einer solchen Lüge bemächtigt, das weiß ich nicht. Aber ausgeschlossen ist, daß man die Bauernschaft zur Fortsetzung des Krieges aufrufen könnte. Noch ein Moment ist da, von dem man nicht weiß, was für eine Rolle es spielt: das ist die Armee. Man hat geglaubt, daß die Armee die Gegenrevolution machen könnte. Es wäre ja möglich gewesen, daß irgendein Großfürst oder ein General ein Armeekorps gegen Petersburg führt und die Revolution im Blute erstickt, aber es scheint, daß die Zeit dafür vorbei ist.

[Daß aber die Armee — die Soldaten, das Kanonenfutter — für die Fortsetzung des Krieges und gegen den Frieden die Waffen ergreifen sollte, das glaube ich nicht. Man kann nicht annehmen, daß die Menschen jenseits der Schützengräben so ganz anders geartet sind als wir selbst. (Beifall.)]

Nun handelt es sich darum, daß der Friede ermöglicht und nicht gewalttätig verhindert werde durch die Staatsmänner, es handelt sich darum, daß sich unsere Staatsmänner vor der siegreichen Revolution weniger fürchten als vor dem derzeit unterliegenden Rußland, daß sie erkennen, daß wenn — wie sie uns so oft gesagt haben — wir den Krieg nur für unsere Verteidigung und nicht um zu erobern führen, daß dann unsere besten Verbündeten die kämpfenden Proletarier Rußlands

sind (lebhafter Beifall), die gewiß nicht die Zertrümmerung Rußlands wollen, so wenig wie wir die Zertrümmerung unseres Staates wollen, die aber den Frieden wollen ohne Eroberung und ohne Demütigung, so wie wir. (Beifall.) Und wie die Mittelmächte vor drei Monaten aufrichtig ihre Hand zum Frieden geboten haben, so wäre jetzt der Moment, nochmals und deutlicher zu fragen. Wir sind nicht schwächer geworden seitdem, wir sind stärker geworden und wir haben den ungeheuren Trost, daß nun auch die drüben hungern und leiden, und wir und die anderen sind reif für das Ende des Krieges. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch die anderen endlich daraufgekommen sind.

Donnerstag wird der Kanzler des Deutschen Reiches sprechen — bei uns haben die Völker, aber damit freilich auch die Minister auf die Tribüne verzichten müssen*) —, aber Bethmann wird sprechen und ich halte es für bedeutungsvoll, daß unser Minister des Äußern vorgestern nach Berlin gefahren ist; hoffen wir, daß sich an die vernünftige Rede, die Bethmann vor wenigen Tagen über die innere Politik gehalten hat, ein vernünftiges und entschlossenes Wort über die äußere Politik anschließen wird. Er muß sich jetzt sagen: Wehe dem Staatsmann, wehe den Völkern, deren Staatsmänner die Zeichen der Zeit nicht erfassen können und die nicht tun, was das eiserne Gebot der Zeit ist!

[Unsere Gedanken aber wenden sich an die Proletarier in allen Ländern, wenden sich an jene Internationale, die zersprengt ist und die zum erstenmal in diesem Kriege in einem Gedanken einig ist, beherrscht von einem gemeinsamen Gefühl, dem Gefühl des Dankes, der Ehrfurcht und der Liebe für die russischen Proletarier, die mit ihrem Blute einen Schritt nach vorwärts getan haben, zum Frieden nicht nur, sondern zu einer Neugeburt Europas und seiner Geschichte. (Lebhafter Beifall.) Wir haben unseren Gruß durch Vermittlung des Internationalen Büros im Haag unseren russischen Brüdern geschickt**), und wenn er auch hier nicht gedruckt werden durfte, so wissen wir doch alle, daß ein Gedanke uns beseelt: Es lebe das revolutionäre, neugeborene Proletariat Rußlands, es lebe die Friedenspartei drüben und hüben, die einzige echte und wahre und kampfbereite, die es gibt. (Stürmischer Beifall.)]

---

*) Das österreichische Parlament ist erst am 30. Mai zusammengetreten.

**) Am 22. März beschloß der sozialdemokratische Parteivorstand, den russischen Genossen durch Vermittlung des Internationalen Sozialistischen Büros eine Erklärung zu übermitteln, die der Sozialdemokratie Rußlands den Sieg wünscht und die ernste Erwartung ausspricht, daß die Regierungen der Zentralmächte ihre Friedensbereitschaft offen bekunden und wirksam betätigen werden. Diese Erklärung durfte in Wien erst am 17. April veröffentlicht werden.

Für Demokratie und Frieden!

Erste Lesung des Staatsvoranschlages. 26. September 1917*).

Die neue Arbeitsperiode des Abgeordnetenhauses ist gestern mit einer Rede des Ministerpräsidenten eröffnet worden, die uns alle durch ihre Reichhaltigkeit fasziniert hat. Vom ganzen Herzen muß man wünschen, daß ein gewisser Prozentsatz der von ihm ausgesprochenen Wünsche in Erfüllung geht. Den guten Willen der Regierung in Ehren; aber der gute Wille ist nicht alles. Die Rede des Ministerpräsidenten war nicht nur ein Verzeichnis der Dinge, die anzustreben sind, sondern vor allem ein Verzeichnis der Rückständigkeiten, unter denen wir leiden. Sie war nicht nur ein Katalog unserer Hoffnungen, sondern ein

Katalog der Sünden Österreichs.

Wir stehen inmitten eines Leichenfeldes. Ich spreche da nicht von den Hunderttausenden, die in den Schützengräben geblutet haben, nicht von dem Verlust an Volkskraft, der allen Völkern zugefügt wurde, sondern von dem Leichen- und Trümmerfeld, das in unserem Innern durch die unverantwortlichen Exzesse des Kriegsabsolutismus geschaffen wurde. Ich will nicht die Schuldfrage in bezug auf die Veranlassung des Krieges aufwerfen, weil uns das dem Frieden nicht näherbringt. Darum aber verzichten wir nicht für die Zukunft auf die Untersuchung der Frage der Schuld an dem Kriege auch hier. Ich will aber doch hier daran erinnern, daß die sozialistischen Abgeordneten ein Jahr vor Ausbruch des Krieges auf der

---

*) Am 15. Juli 1917 war das am 30. Mai zusammengetretene Parlament in die Sommerferien gegangen und am 25. September trat es wieder zusammen. Die Regierung Seidler, die am 23. Juni als provisorische Regierung eingesetzt worden war, versuchte nun definitiv zu werden, indem man ein Konzentrationsministerium zu bilden suchte. Selbst den Sozialdemokraten bot der Ministerpräsident Seidler Ende Juli den Eintritt in eine Koalitionsregierung an; die Sozialdemokraten lehnten selbstverständlich ab. Am 30. August wurde ein „definitives" Ministerium Seidler ernannt, dem eine Anzahl von Beamten und Professoren und auch vier Minister ohne Ressort angehörten. Als am 25. September das Abgeordnetenhaus zusammentrat, war die Situation ganz ungeklärt. Klar war nur, daß der Deutsche Nationalverband am 24. September in einer Resolution gegen die „pazifistischen Kreise der Mittelmächte" auftrat und den Verständigungsfrieden, aber auch „grundstürzende Änderungen in der Regelung des Verhältnisses unter den Nationalitäten" ablehnte. In der ersten Sitzung hielt Dr. v. Seidler seine Programmrede, die eine Fülle von Reformen in leeren Phrasen ankündigte, aber über die eigentlichen Probleme des Staates, über die Demokratisierung und über den Frieden kein ernstes Wort sagte.

In der ersten Lesung des Staatsvoranschlages sprach Adler, der dem Wunsch nach Demokratie und Frieden Ausdruck gab.

Konferenz in Basel

eine Friedensresolution beschlossen, deren Teile bis ins einzelne eigentlich die Zielpunkte der heutigen Friedensbewegung bilden, und als wir von Basel zurückkehrten, da konnten wir in diesem Hause unseren Beschluß nicht einmal den Arbeitern zur Kenntnis bringen. Wir konnten vor den Arbeitern Österreichs nicht einmal aussprechen, was sie selbst durch die Delegierten in Basel ausgesprochen haben. Das war ein Jahr vor dem Kriege. Wir haben gekämpft bis zur letzten Minute, mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung gestanden sind. Sie wissen, wer unsere Gegner waren, Sie wissen, wie man uns bekämpft hat. Dann ist der Krieg gekommen und wir haben getan, was wir tun mußten, wir haben uns angepaßt den Verhältnissen und von der Arbeiterklasse zu erhalten gesucht, was sich durch unsere Mitarbeit erhalten ließ. Aber darum haben wir die Abrechnung nicht aufgegeben!

Aber so wie die eigentliche Schuldfrage heute lautet, wer sich dem Frieden widersetzt, so muß man heute fragen, wer und was ist in Österreich schuld daran, daß wir innerhalb des Krieges nicht zu friedlicher Arbeit, zu gemeinsamem Zusammenwirken kommen. Das ist die

innere Schuldfrage.

Wenn wir in Österreich nicht dazu kommen werden, das einzige, das dieser Krieg für uns günstiger gestaltet hat, zu benützen und eine Neugestaltung des Zusammenlebens der Völker durchzusetzen, so werden alle wirtschaftlichen Programme uns nicht helfen. Brot ist wichtig, es war nie wichtiger als jetzt, wo es so viele entbehren müssen; aber nicht vom Brot allein lebt der Mensch. Wir müssen den Moment benützen, wo die Dinge endlich in Fluß gekommen sind. Was durch Jahrzehnte und Generationen unbeweglich war, ist heute flüssig geworden. Es sind Möglichkeiten eröffnet, die nach abwärts und zur hilflosen, impotenten Verwirrung führen können, die aber, richtig erfaßt, zu einem Neubau führen, der unser und der Zukunft würdig ist.

Die Regierung hat dabei gewiß eine schwere Aufgabe. Diese Aufgabe wird aber nicht erfüllt dadurch, daß sie im Verfassungsausschuß ein paar Leitsätze für die nationale Abgrenzung oder die Kreiseinteilung vorlegt, die ja als Substrat und Anknüpfung sehr notwendig sind; aber das, was wir von einer Regierung brauchen, ist die suggestive Kraft, die Vertreter dieser Völker zusammenzuführen und sie in einer Diskussion zu vereinigen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nicht als ob ich meinen würde, daß das Parlament, das so viel kann, in diesen Dingen alles kann. Dieser „parlamentarische Kretinismus" liegt mir völlig fern. Ich weiß, daß es sich darum handelt, was in den Völkern draußen vorgeht, und diejenigen, die sich einbilden, daß es sich hier nur um Couloirabmachungen handelt und auf Ausschußabstimmungen ankommt, die geben sich groben Täuschungen hin. Aber was wir brauchen, ist

das Bewußtsein, daß die alte Zeit vorbei ist

und daß wir mit dem, was war, brechen müssen. Nicht das Gewesene ist das Substrat des historischen Weiterarbeitens, sondern das Gewordene — und geworden sind die Dinge ganz anders, das hat der Krieg nicht bewirkt, sondern enthüllt. Geworden ist, daß sich die Völker nicht mehr durch den Korporalstock und aus dem Bürokratenzimmer, aber auch nicht durch den Galgen kommandieren lassen. (Lebhafter Beifall.) Wir haben zu viel Blut gesehen, als daß noch ein Volk Blut fürchten würde. Wir haben zu viel Elend gesehen, als daß ein Volk sich noch schonen würde im Kampfe um sein Höchstes, um seine Existenz. (Beifall.) Wir müssen an unsere Arbeit gehen, durchdrungen von dem Gedanken, daß wir ein neues Österreich aufbauen müssen; aber je weniger dieses neue Österreich dem alten gleichschauen wird, um so besser wird es sein. (Lebhafter Beifall.) Wir haben vom Ministerpräsidenten gehört, die Regierung halte an dem alten österreichischen Staatsgedanken fest. Von den Reden österreichischer Ministerpräsidenten allein kann der österreichische Staatsgedanke nicht leben, mögen sie noch so warm und ehrlich gemeint sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Der österreichische Staatsgedanke ist ein schönes Wort, mit dem aber im Laufe der Entwicklung der Völker verschiedene Dinge verbunden wurden. Für uns Sozialdemokraten zum Beispiel ist der Staatsgedanke nicht der Volksstaat, auch nicht der freie Volksstaat, sondern der

freie Völkerstaat!

Die Förderung der Entwicklung der Völker, nicht die Opfer, die die Völker für diese Entwicklung bringen müssen, das ist der Staatsgedanke.

Wir haben vom Abgeordneten Zahradnik eine sehr temperamentvolle Rede gehört, der die Souveränität des tschechischen Volkes gewünscht hat und überzeugt ist, daß sie das Resultat des Friedens sein werde. Die Sozialdemokraten empfinden alle Sympathien für die Bestrebungen des tschechischen Volkes nach selbständiger Entwicklung und Betätigung aller seiner Kräfte. Aber die Tatsache können alle diese Wünsche nicht aus der Welt schaffen, daß wir zusammen leben müssen, und da macht sich das Wort „Souveränität" ein bißchen zweideutig. Wir Sozialdemokraten waren die ersten, die

die Ideen von 1848,

die Idee der nationalen Autonomie aufgegriffen und auf die Tagesordnung gesetzt haben, zunächst ungehört und verhöhnt. Heute ist das ein Schlagwort geworden. Wir sind von der Vorstellung durchdrungen, daß die Völker Österreichs nicht anders leben können als bei Gewährung der Selbständigkeit an jede Nation, ich möchte sagen, der Personalität an die Nation, und wir wollen darin so weit gehen, als es möglich ist, ohne Dinge unmöglich zu machen, die gemeinsam gemacht werden

müssen. Wenn aber die deutschen Sozialdemokraten den anderen Nationen — nicht als Spende oder Gnade — ihr Recht auf Selbständigkeit und freie Entwicklung innerhalb dieses Nationenverbandes anerkennen, so sind wir andererseits nicht geneigt, uns nehmen zu lassen, was wir den anderen gewähren. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Ebenso wie es für die Deutschen und für das Reich nicht von Vorteil ist, irgendeiner Nation eine Fremdherrschaft aufzudrängen — auch der tschechischen nicht —, ebenso wollen wir auch für unser Volk freie Entwicklung und wollen uns

keiner Fremdherrschaft in keinem Teile dieses Reiches

unterstellen. Das müssen die tschechischen Politiker aller Parteien begreifen und darin werden sie wohl eine Grenze finden müssen, wenn sie nicht Utopien nachjagen wollen, die sie nicht erreichen können, weder hier noch an irgendeinem Konferenztisch der Welt. Lassen Sie die gegenseitige Vergiftung, den Groll, der sich während der drei letzten Jahre angesammelt hat, nicht so weit gehen, daß es unsere Zukunft völlig unmöglich macht und ruiniert! Seien wir uns dessen bewußt, daß wir neu, sehr neu anfangen müssen, sehr tief die neuen Fundamente legen müssen. Der irrt sich sehr, der glaubt, daß er auf dem Alten nur ein Scheingebäude aufrichten kann. Lassen wir Deutschen den alten Traum fallen von der Mission, der wir entweder nicht gewachsen sind oder die wir vielleicht nicht haben, die aber keinesfalls geeignet ist, uns ein Recht auf Herrschaft irgendeiner Art zu geben.

Die Slawen, insbesondere die tschechischen Parteien, mögen alte Dinge ruhen lassen. Wir können nicht davon leben, was die Ahnen gemacht haben, sondern müssen bedenken, daß wir selbst Ahnen sind, und daß es von unserer Kraft, Weisheit und Entschlossenheit zur Gerechtigkeit, auch wenn manches alte Vorurteil dabei bluten muß, und von unserer Opferwilligkeit als Einzelnes und Ganzes abhängt, ob wir auf dem Boden, auf den wir nun einmal unweigerlich gestellt sind, ob wir wollen oder nicht, zusammen leben können.

Dr. Sylvester hat gemeint, die nationale Gerechtigkeit solle im Inland anfangen. Die Menschen halten leider die Gerechtigkeit für einen Exportartikel, der nur im Ausland zu verwerten ist (Heiterkeit), aber für den inländischen Konsum nicht passe. Es ist aber so, daß es keinen Staat gibt, der durch die nationale Frage so bis in sein Zentrum leidet wie Österreich. Wenn wir das Problem der nationalen Gerechtigkeit damit von uns schieben wollen, daß wir sagen, die anderen mögen anfangen, so versündigen wir uns nicht nur an dem Frieden, sondern vor allem an uns selbst.

Der Ministerpräsident hat natürlich auch von Ernährungsfragen sprechen müssen und hat sehr gute Worte für die städtische Bevölkerung gewählt. Die schönsten Worte können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß in der Praxis gerade in der letzten Zeit eine

gewisse Schwächlichkeit gegenüber den Agrariern sich gezeigt hat. Ich hätte auch gewünscht, daß der Ministerpräsident ein Wort darüber gesprochen hätte, was auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes nachzuholen ist, auf dem wir eine Periode, wenn nicht der Reaktion, so doch des Stillstandes hinter uns haben. Es gibt Anzeichen dafür, daß man jetzt unter dem vermeintlichen Druck des Krieges

an der Arbeiterschaft und ihren Organisationen

Vergewaltigungen ausüben will, die in Widerspruch zu der Anerkennung stehen, die man den Arbeitern überall gezollt hat. Wir brauchen keine Militarisierungen. **Wenn irgendeine Gesellschaftsschicht mit dem Säbel zu regieren ist, die Arbeiterschaft ist es nicht.** (Lebhafte Zustimmung und Beifall bei den Sozialdemokraten.) Das mögen die Herren sehr ernstlich zur Kenntnis nehmen. Wir sind durchaus nicht gesonnen, einen erheblicheren Teil der Verantwortung auf unsere Schultern zu nehmen, als uns für die ganze Ernährungsorganisation trifft, wir sind gesonnen, alle die Dienste zu verrichten, die wir für das Volk verrichten, aber wenn man uns wie Kulis behandeln will, wie Soldaten von Anno dazumal, da sagen wir: Nein, da tun wir nicht mit! Das ist nicht unsere Pflicht; im Gegenteil, dadurch, daß wir unsere Mithilfe verweigern, retten wir das Ganze. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die neuen Ministerien, die gegründet werden, sind ja sehr schön, ich hätte vielleicht die Zusammensetzung aller Arbeiterdinge in ein Arbeitsministerium gewünscht, denn es wird jetzt wieder eine Zersplitterung herauskommen, aber es ist besser als es war, und es wird sich vieles bessern. Insbesondere das Gesundheitsministerium wird endlich unser Sanitätswesen aus seiner Aschenbrödelstellung befreien, und ich hoffe, daß die Sozialpolitik nicht vollständig ersäuft werden wird in diesem Fürsorgeministerium. Das wird von den Personen abhängen, und was an uns liegt, wird geschehen, wir werden schieben und arbeiten soviel als möglich. Das nur vorläufig, denn wir werden darüber noch sprechen.

Die Voraussetzung für alle Arbeit, die Voraussetzung für die Entwicklung unseres Lebens ist, daß wir zum Frieden kommen. Das sozialistische Proletariat hat die Not von Anfang an ganz besonders empfunden. Als im Frühjahr der Ruf „Stockholm“ erging, ist ein Sturm durch die Massen gegangen: Jetzt ist es zu Ende! Das Signal dafür war

die russische Revolution.

Wenn dieser Krieg das Eingangstor zu Umwälzungen und neuen Dingen ist, die wir heute noch gar nicht ermessen können, ist die russische Revolution ein Ereignis von vielleicht noch einschneidenderer Bedeutung. Der Zarismus war der Unterstützer und die Grundlage aller reaktionären Dinge in der Welt. Für uns

und Deutschland hatte Rußland noch eine spezifische Bedeutung. Der Zarismus war der dunkle Hintergrund der Reaktion, auf dem sich unsere Zustände zwar nicht hell, aber ein bißchen lichter ausgenommen haben. Diesen Hintergrund haben wir verloren. Das Dunkelste, das es heute in Europa gibt, das sind leider wir. (Heiterkeit und Beifall.) Es wird nun niemand unseren Fortschritt an etwas messen, was tiefer steht, sondern daran, daß nicht nur im Westen, sondern auch im Osten der Tag angebrochen ist und daß es trotz allem nicht mehr dunkel werden wird.

Wir dürfen nicht mehr zurückbleiben, wir müssen vorwärts. Mögen der russischen Revolution Wechselfälle bevorstehen, die Revolution ist unbesiegbar, sie ist eine Tatsache, die nicht mehr aus der Weltgeschichte gelöscht werden kann, und wir sind verpflichtet, daraus die Konsequenzen zu ziehen. Wir Sozialdemokraten waren sehr befriedigt, daß bei Ausbruch der russischen Revolution unser Auswärtiges Amt und auch Deutschland erklärten, daß es ihnen fernliege, reaktionäre Versuche in Rußland zu begünstigen oder die russische Revolution zurückdämmen zu wollen. Das ist selbstverständlich und ich wünsche nur, daß man dabei bleibe. Die Politik unseres Auswärtigen Amtes wird verdächtigt, als ob sie ihre Stellung in dieser Beziehung geändert hätte, als ob sie aus konterrevolutionären Strömungen Profit ziehen zu können glaubte, als ob sie mit dem Trugbild eines Separatfriedens ihr Spiel treiben wollte. Ich bin überzeugt, daß Graf Czernin nicht daran denkt. Es ist durchaus notwendig und nützlich, daß wir gegenüber der russischen Revolution auf dem Standpunkt stehen bleiben, den die österreichisch-ungarische Politik vom Anfang an eingenommen hat.

Der Ruf zum Frieden

ist überall vernehmbar, auch bei unseren Gegnern im Kriege. Die Sozialdemokraten leiden unter der physischen Schwierigkeit, sich zu verständigen, ferner unter der zu Kriegszwecken aufgepeitschten Leidenschaft der Massen, sie leiden aber vor allem unter den Schlagworten, die hinausgegeben und als Friedensbedingungen in die Welt hinausgerufen werden. Eines jedoch ist sicher und das hat sich immer mehr durchgerungen: die Völker und auch unser Volk wollen nicht umsonst geblutet haben, das heißt die Völker wollen ausrotten mit der Wurzel, was diesen Krieg herbeigeführt hat. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Darum kann die Voraussetzung eines Friedens nur sein der feste Entschluß der Staatsmänner und Völker, ein neues Völkerrecht zu schaffen. Es ist eine wahre Genugtuung und eine große Hoffnung für uns, daß beinahe mit denselben Worten, mit denen sich vor fünfzig Jahren Karl Marx an die Internationale gewendet hat, um die Linien zu kennzeichnen, die für ein Zusammenleben der Völker möglich wären, der Papst in seiner letzten Kundgebung das Ziel ausgesprochen hat, daß nämlich die großen

Prinzipien der Gerechtigkeit, der Liebe und der Moral, die im Privatleben im Verhältnis der einzelnen zueinander maßgebend sind, auch maßgebend werden im Verhältnis der Staaten zueinander.

Die Voraussetzung des Friedens und von Friedensverhandlungen ist, daß dieses Ziel vorerst im Auge behalten wird. Man wird leichter einander näherkommen können, wenn man früher festgestellt hat, *am Ende soll nicht sein eine Absperrung und gegenseitige Bedrohung, sondern ein verträgliches Zusammenleben zu gemeinsamer Kulturarbeit aller Völker*. Darüber läßt sich auch unschwer eine Einigkeit erzielen. Schwerer ist es natürlich mit den Einzelheiten. So sehr wir nun anerkennen, was vom deutschen Reichskanzler und vom Grafen Czernin zum Lobe des Friedens und an Wünschen des Friedens gesagt wurde — *es genügt nicht*. Wir leben in einer Zeit, wo man

deutlich und klar sprechen muß.

Heute reden die Staatsmänner zur Welt und sie *sollten in solchen Worten reden*, die man im Ausland *nicht verschweigen, nicht verdrehen und nicht falsch interpretieren kann*. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Sowohl in der wirklich weitgehenden warmen Antwort, die der Kaiser an den Papst gerichtet hat, die wir rückhaltlos anerkennen als wirklich herzliche und offenbar empfundene Äußerung, die ein Friedensbekenntnis ist, als auch noch mehr in der Antwortnote des deutschen Reichskanzlers fehlt das Wort: *Wir wollen keine Eroberung machen!* So wie drüben das Wort Belgien, so fehlt bei uns das Wort Serbien und Rumänien. Wir wissen, daß das kein Vernünftiger will, aber man sollte es *auch nach außen sagen*, daß wir es wissen.

Es ist ein wichtiges Moment dafür, daß wir zum Frieden kommen. Daß es fehlt, ist eine Unterlassung. Meine Pflicht hier ist es, dafür zu sorgen, daß die *Massen* in England und in Frankreich *den Mut bekommen, sich dazu zu bekennen, daß der Friede möglich ist, ohne Verletzung und Unterdrückung eines Volkes*, daß der Friede möglich ist, weil bei den Zentralmächten nicht, wie sie meinen und wie man ihnen einredet, Sklaven leben, sondern daß auch da *freie Menschen sind, die die Demokratie wollen und die die Freiheit durchsetzen werden und den Frieden*. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.) Es ist furchtbar, was wir erlebt haben; aber so furchtbar es ist, tun wir unsere Pflicht. Dazu ist notwendig, nicht nur für die einzelnen, auch für die Parteien und für die Völker ein wenig Selbstverleugnung und sehr viel Mut, sehr viel Überzeugung, daß die alte Zeit vorbei ist, daß die *neue Zeit kommen muß, die mit dem Frieden beginnt und zur Freiheit führt*. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Vertagung des Reichsrates.

Obmännerkonferenz am 3. Mai 1918*).

Die Sozialdemokraten **warnen auf das ernsteste vor dem Schritt**, den der Ministerpräsident in Aussicht gestellt habe. Jedes Parlament, das sich respektiert und seiner Aufgabe bewußt ist, würde nicht eine Verschiebung, sondern eine Permanenz des Hauses beschließen. Eine Zerschlagung des Hauses, die befürchtet wird, würde von niemandem anders angedeutet außer als Folge, wenn Schritte zur Ausschaltung des Hauses gemacht werden sollten. Wenn man das Haus auf vier oder sechs Wochen vertage, dürfe man sich nicht der Hoffnung hingeben, daß man den Debatten, die jetzt befürchtet werden, entgehen könne. Was heute unangenehm wäre, könnte später unter dem Drucke des Termins noch viel unangenehmer sein. Die Hoffnung, daß sich bis dahin die Parteien beruhigen werden, könne man nur als eine beneidenswerte Naivität ansehen. Von der Regierung werde nun eine Maßregel geplant, **die den Deutschen nichts gibt** und die Tschechen reizt. Nach vier Wochen werde durch diese Maßregel ein Gegenstand mehr zur Debatte stehen. Aus dem Komplex der nationalen Fragen werde sachlich und territorial eine Frage herausgerissen. Es gehe auch nicht an, von Hetzagitation zu sprechen. Seine nationalen Interessen geltend zu machen sei das gute politische Recht jedes Volkes. Die sozial-

*) Der Staat zerfiel, aber die Regierung Seidler glaubte, ihn mit der Vogel-Strauß-Politik retten zu können. Um die Rebellion der Nationen zu verschleiern, wurde der Reichsrat vertagt. Das war nun schon das beliebteste Rezept.

Am 15. März war das österreichische Abgeordnetenhaus in die Osterferien gegangen; Mitte April sollte es wieder zusammentreten, nachdem die Ausschüsse vom 7. April an die Verhandlungsgegenstände vorbereitet hatten. Statt dessen wurde das Haus am 3. Mai vertagt, da sich der Präsident weigerte, dem Wunsche der Regierung gemäß die Sitzungen gegen den Willen der Parteien neuerlich zu verschieben. Die Vertagung wurde vom Ministerpräsidenten damit begründet, daß er Verhandlungen pflegen wolle, um „die politischen Knäuel zu lösen“ und „über die momentane Situation hinwegzukommen“. Diese Situation bestand darin, daß nun alle Nationen, außer den Tschechen, Polen und Südslawen schließlich auch die bisher ruhigen Deutschbürgerlichen aufgeregt waren.

Noch vor einer Woche schien es, als ob die Regierung des Herrn v. Seidler zurücktreten werde, um dadurch eine Lösung der Staatskrise zu erleichtern. Aber Seidler hatte das Vertrauen des Kaisers Karl, also wurde nicht er weggeschickt, sondern das Parlament, obwohl es jedem klar sein mußte, daß sein glorreiches Regieren den Staat zugrunde richtete. Seit dem ukrainischen Frieden, der den Ukrainern das von den Polen in Anspruch genommene Chelm gab, waren die Polen von Österreich abgefallen und nun hatten auch die Tiroler Deutschbürgerlichen in der „Meraner Resolution“ erklärt, daß die Deutschen keine Ursache haben, sich weiter für den Staat einzusetzen, und die Enthüllungen über die Verhandlungen des Kaisers mit der Entente und sein Brief an seinen Schwager Sixtus, worin er das Verlangen Frankreichs nach dem Elsaß als berechtigt

demokratische Partei habe seit Jahren immer wieder darauf gedrängt, eine Verfassungsrevision und eine Schaffung der neuen nationalen Ordnung in die Wege zu leiten. Die Spannung sei wohl auf das höchste gestiegen, aber weil dies der Fall ist, soll das Parlament ausweichen und fortgehen? Gegen ein solches Vorgehen erhebe seine Partei die **allerentschiedenste Einsprache.** Er bedaure es, daß die slawischen Parteien in der Obmännerkonferenz nicht erschienen seien, er bedaure es aber auch, daß man ihnen dies so leicht gemacht habe. Binnen vierundzwanzig Stunden dürfe man nicht eine so wichtige Sitzung wie die heutige Obmännerkonferenz einberufen. Was die Frage der Kreiseinteilung betrifft, sei diese für die Tschechen sogar ein Vorteil. Warum gebe man also das Pfand aus der Hand, warum präjudiziere man den nationalen Ausgleich und warum gebe man das, was für die anderen ein Vorteil sein sollte, womit sie auch einverstanden sein müßten, in einer Form hinaus, die wie ein Hieb empfunden wird? Er verweist schließlich auf die Wirkungen einer Vertagung des Parlaments im Ausland und erklärt, die Sozialdemokraten erheben von den gekennzeichneten Gesichtspunkten ihre Einsprache und ihre Warnung gegen eine solche Maßregel.

---

erklärt (allerdings selbst auf kein Gebiet, selbst nicht auf das besetzte Serbien verzichten wollte!), regten die Deutschbürgerlichen noch mehr auf.

Um die Deutschen zu versöhnen, erließ Dr. v. Seidler eine Verordnung, die den Schein eines Entgegenkommens an sie vorspiegeln sollte. Statt der von ihnen verlangten Zweiteilung Böhmens in ein deutsches und ein tschechisches Kronland ernannte er für national abgegrenzte Kreise zwölf Kreishauptleute, richtiger: er beförderte zwölf Bezirkshauptleute zu Kreishauptleuten als Gehilfen des Statthalters. Es war eine Verordnung, die den Tschechen nichts nahm, den Deutschen nichts gab, eine echt österreichische Lösung. Aber die Form, in der sie den Deutschen als nationales Zugeständnis gegeben wurde, regte die Tschechen auf, die ja jeden Anlaß zur Entrüstung über die Regierung begierig ergriffen, und die Deutschen wieder freute an der Verordnung nichts mehr, als daß sie die Tschechen aufregte.

Die Aufregung der Tschechen war übrigens auch für Seidler die Hauptsache, denn sie gab ihm den Vorwand, das Parlament zu vertagen, da die Tschechen in ihrer ersten Aufwallung bereit schienen, das Parlament zu zerschlagen.

Als die Vertagung schon mit den Deutschbürgerlichen vereinbart war, berief Seidler für den 3. Mai noch eine Obmännerkonferenz ein, um den Schein zu erwecken, daß er konstitutionell handle. In dieser erschienen die Tschechen und Südslawen nicht mehr. Die Deutschbürgerlichen billigten die Vertagung.

Darauf sprach Adler.

Seidler regierte noch bis Ende Juli und mußte dann Hussarek Platz machen, der wieder im Zusammenbruch der Regierung Lammasch Platz machte. Dann war es aus.

Nationalismus und Internationalismus.

Das Verbot tschechischer Versammlungen.

Drei Versammlungen am 28. Jänner 1894*).

Adler erinnert an die heftigen nationalen Kämpfe in Böhmen und an jene Episode, wo in Österreich nichts wichtiger war als die Entscheidung über die Amtssprache bei einem Bezirksgericht in Böhmen. Auch in Wien wiederholte sich alljährlich im Gemeinderat und Landtag eine heftige Szene bezüglich der Komensky-Schule**) im zehnten Bezirk, die vom Grafen Harrach protegiert wird. Die Herren tschechischen Grafen nehmen sich ihrer nationalen Genossen in Favoriten an, wenn es ihnen in den Kram

*) Die niederösterreichischen Behörden hatten die Organisation der tschechischen Arbeiter dadurch zu behindern versucht, daß sie ihre Versammlungen mit der Begründung verboten, sie hätten keine Beamten, die tschechisch verstehen, so daß sie also die Versammlungen nicht zu überwachen vermöchten. Gegen ein solches Verbot erhoben nun die Einberufer einer Versammlung in Inzersdorf, wo die Ziegelarbeiter der Wienerberger Ziegelwerke vornehmlich Tschechen waren, Beschwerde beim Reichsgericht, weil sie in ihrem staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Versammlungsrecht verletzt seien. Am 12. Jänner 1894 wurde diese Beschwerde abgewiesen und das Reichsgericht erkannte, daß durch das Verbot eine Verletzung des Versammlungsrechtes nicht stattgefunden habe. Es könne in der Bestimmung, daß der Gebrauch einer anderen als der deutschen Sprache untersagt sei, keine Verletzung des Gesetzes erblickt werden. Damit der behördliche Abgeordnete das Überwachungsrecht üben könne, müsse er auch die Sprache verstehen, woraus folgt, daß die Verhandlung in der Sprache erfolgen muß, deren Kenntnis von den Beamten nach den bestehenden gesetzlichen Vorschriften gefordert werden kann, derjenigen Sprache, deren sich die mit dem Aufsichtsrecht betraute politische Behörde erster Instanz im Verkehr mit Parteien als Amtssprache bedient. Für die Bezirkshauptmannschaft Hietzing-Umgebung sei diese Amtssprache das Deutsche, womit sich die von dieser Behörde gemachte Einschränkung bezüglich der Verhandlungssprache als gesetzlich begründet darstelle.

Für den 28. Jänner waren nun drei Protestversammlungen der Wiener Arbeiter gegen diese Verbote tschechischer Versammlungen und gegen die Entscheidung des Reichsgerichtes einberufen. Von diesen Versammlungen war eine tschechisch, zwei deutsch. In der Versammlung in Favoriten sprach auch Adler.

**) Die tschechische Privatschule, die der „Komensky-Verein“ errichtet hatte.

paßt. Wo es sich aber um das unzweifelhafte Recht tschechischer Arbeiter in Wien und Umgebung handelt, die von den Staatsgrundgesetzen Gebrauch machen wollen und daran gehindert werden, da schweigen sie, die feudalen Grafen. Freilich, die Komensky-Schule hat den Zweck, ein Mittelpunkt tschechisch-nationaler Agitation im Sinne von Harrach und Konsorten zu sein, die tschechischen Arbeiter als Schwanz der tschechischen Parteien zu erhalten und für diesen Zweck sind die Herren Grafen bereit, sogar Geld zu opfern. In dem Moment aber, wo die tschechischen Arbeiter sich auf eigene Füße stellen, Sozialdemokraten werden, da sind sie nicht mehr die Nationsgenossen der Grafen Harrach usw., da sind sie Proletarier, die geschurigelt werden müssen und die Herren klatschen dann Beifall dazu.

Hier handelt es sich nicht um eine eigentliche nationale Frage im Sinne der nationalen Zwistigkeiten, sondern um eine Frage der Klasse, des Klassenkampfes, da man den tschechischen Arbeitern das Recht verkürzen will, sich als klassenbewußte Arbeiter zu bewegen. Und das ist der Grund, warum wir verpflichtet sind, diesem Attentat mit aller Energie entgegenzutreten.

Die Gefahr, die in der letzten Entscheidung des Reichsgerichtes liegt, ist die, daß sie als prinzipieller Beschluß von Bezirkshauptleuten und Polizeidirektionen zitiert werden wird, um das Versammlungsrecht einzuschränken. Reichsgerichtliche Entscheidungen sind aber absolut nicht von gesetzlicher Wirkung begleitet; im Gegenteil, es gibt zu Dutzenden reichsgerichtliche Entscheidungen, die einander widersprechen; wenn aber schon das Reichsgericht in solchen Dingen eine Autorität hätte, dann möchten wir die löblichen Bezirkshauptmannschaften und Polizeidirektionen ersuchen, daß sie auch jene Urteile des Reichsgerichtes, welche mit dem Geiste des Staatsgrundgesetzes übereinstimmen, respektieren. So hat das Reichsgericht wiederholt erklärt, daß es eine Verletzung des Staatsbürgerrechtes ist, wenn man Arbeiter oder sonstige Personen ausweist, abschubiert, weil sie im Streik stehen und augenblicklich ohne Arbeit sind.

Das Reichsgericht hat seit Jahren sich damit beschäftigen müssen und trotzdem kommt es fast bei jedem Streik in Böhmen und Steiermark vor, daß der Herr Bezirkshauptmann die unbequemen Arbeiter einfach abschieben läßt. Was aber diesen speziellen Fall anlangt, so wird bei nächster Gelegenheit ein neues reichsgerichtliches Urteil provoziert und eine solche Reihe von Argumenten und Tatsachen vorgeführt werden, daß es unmöglich sein wird, in demselben Sinne zu urteilen wie heute.

Es ist übrigens bezeichnend für die Koalitionsregierung, die unter Offenheit und Wahrheit die möglichste Reaktion verbirgt, daß sie nun auch zur nationalen Frage offen Farbe bekannt hat, in einer Zeit, wo für die Tschechen in Österreich eine schlechte Zeit herrscht. So zeigt auch der Gang des Omladina-Prozesses*),

*) Siehe Bd. VIII, Seite 45.

über den die Presse nur spärliche Berichte bringt, daß das Gericht bemüht ist, einen Zusammenhang der radikal-nationaltschechischen Partei mit der Sozialdemokratie herzustellen; namentlich die deutsch-liberale Presse sucht ihn darzulegen. Um den nationalen Streitigkeiten ein Ende zu machen, gibt es nur ein Mittel: die ehrliche Demokratie, wie sie in der Schweiz besteht, wo drei Nationen friedlich nebeneinander leben. Ohne aber den Weg der Freiheit zu betreten, ist eine Beilegung des Streites unmöglich, er wird nur verewigt; die Regierer leben davon.

Wir werden ihnen diese Möglichkeit benehmen. Das deutsche und das tschechische, das polnische und ruthenische, das slowenische und das italienische Proletariat, das in chauvinistischen Vorstellungen auferzogen und befangen war, wird dem ein Ende bereiten. So wird die Sozialdemokratie nicht nur die Rettung für ökonomische und freiheitliche Interessen sein, sondern auch die Rettung für berechtigte nationale Interessen. Die Völker haben ein Recht zu leben wie die Individuen; heute wird dieses Recht nur hervorgehoben zum Schutze der Ausbeutung, um dem Ausschuß der Ausbeuter die Verfügung über die Geschäfte zu wahren, um die Völker abzulenken von den wirklichen Interessen, welche einzig und allein die Sozialdemokratie vertritt. Wir sind der Überzeugung, daß die heutigen Protestversammlungen in Wien und im ganzen Reiche bei den Behörden werden verstanden werden. (Beifall.)

National und antinational.

Tschechische Wählerversammlung, 28. Februar 1897*).

Man wirft uns vor, daß wir antinational sind, und wie wir von den verlogenen Deutschnationalen beschimpft werden, genau so fallen die Tschechischnationalen über uns her. Wenn es wahr wäre, daß die deutschen Sozialisten die deutsche Nation verraten und den Tschechen nützen, dann müßten ja die „Národní Listy“ ihre Freude an uns haben, aber die schimpfen über uns und verleumden uns. Und wenn es wahr wäre, daß unsere tschechischen Genossen die tschechische Nation verraten und den Deutschen nützen, wie es die Jungtschechen behaupten, dann müßte ja wieder die „Deutsche Zeitung“ sich darüber freuen, aber diese schimpft über sie. Das Ganze ist eben nur ein Schwindel, der jetzt gerade vor den Wahlen wieder aufgewärmt wird, um das Volk zu spalten. Der Badeni ist eben ein durchtriebener Mensch, ein Mittelstück zwischen einem polnischen Juden und einem polnischen Schlachzizen. Aber die Arbeiterschaft fliegt nicht auf diesen Schwindel. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es für jeden Arbeiter not-

*) An dem gleichen Tag, an dem Adler in der Wahlbewegung über christliche und jüdische Ausbeutung und über die sozialdemokratischen Wahlkosten sprach (siehe im Kapitel von den christlichsozialen Wahlargumenten), sprach er auch in einer Versammlung der tschechischen Arbeiter.

wendig ist, daß er sich nicht beschränkt auf die Kenntnis seiner Muttersprache. Welcher Arbeiter weiß denn heute, ob er nicht morgen unter Arbeitern wird arbeiten müssen, deren Sprache nicht seine Muttersprache ist. Wir legen daher ein besonderes Gewicht auf Sprachkenntnisse. Die tschechischnationalen Großmäuler lassen ihre Kinder Deutsch lernen und die deutschnationalen Großmäuler die ihren Tschechisch. Aber die Herren wünschen, daß die Arbeiter so wenig als möglich die andere Landessprache lernen, damit sie so wenig als möglich von den Unternehmern bleiben. Diesen Schwindel hat aber die Arbeiterschaft sehr gut durchschaut, und darum gehen das tschechische und das deutsche Proletariat geschlossen vor.

Die Kandidatur im Wiener Wahlbezirk Favoriten II.

„Arbeiter-Zeitung", 10. Februar und 10. März 1907*).

I.

Die Aufstellung der sozialdemokratischen Kandidaturen für Wien hatte eine Vorgeschichte, deren Inhalt eine bedauerliche Meinungsverschiedenheit zwischen der deutschen und der tschechischen Organisation in Wien war. Wir waren der Ansicht und es war stets Tradition der Partei, solche interne Vorgänge, die zwischen den kompetenten Korporationen der Partei ausgetragen werden, nicht ohne Not an die Öffentlichkeit zu bringen und es zu vermeiden, den Gegnern Anlaß zu absichtlicher Mißdeutung zu geben. Da es aber unsere tschechische Bruderpresse für angezeigt gehalten hat, diese Angelegenheit ausführlich zu erörtern, so fällt für uns jedes Bedenken weg, auch unsererseits darüber zu sprechen.

Die Wiener „Dělnické Listy" erzählen in einem Leitartikel vom 5. d. ausführlich die Geschichte des Konflikts. Die Landeskonferenz der tschechischen Sozialdemokraten in Niederösterreich stellte schon im Oktober die Forderung auf, es sei im oberen Favoritner Wahlbezirk (zwanzigster Wiener Wahlbezirk) ein tschechischer Genosse als gemeinsamer Kandidat der deutschen und tschechischen Organisation aufzustellen. Die deutsche Parteivertretung erklärte schon damals, auf diese Forderung zu ihrem Bedauern

*) In dem zehnten Wiener Bezirk Favoriten, in dem auch tschechische Arbeiter in größerer Zahl wohnen, hatten bei den ersten Wahlen unter dem allgemeinen Wahlrecht die tschechischen Sozialdemokraten den Anspruch erhoben, daß eines der beiden Mandate des Bezirkes ihnen überlassen werde und sie hatten gerade den proletarischeren Teil des Bezirkes, in dem Adler kandidierte, während in dem anderen Teil Reumann aufgestellt war, in Anspruch genommen. Da das Parteiblatt der Wiener tschechischen Sozialdemokraten, die „Dělnické Listy" (Arbeiterblatt), den Konflikt öffentlich erörterte, hat Adler in zwei Artikeln darüber auch öffentlich geschrieben.

nicht eingehen zu können, und in demselben Sinne äußerten sich die Mitglieder der Gesamtexekutive, wie auch die deutsche Landesexekutive, die Reichskonferenz der deutschen Sozialdemokratie und schließlich die Bezirkskonferenz für Favoriten selbst zu dieser Entscheidung kamen. Bei allen diesen Beratungen wurde eine höchst eingehende, zum Teil sehr lebhafte, aber durchaus sachliche Diskussion geführt, gelangte jedoch immer wieder zu demselben Ergebnis. So wurde denn die Kandidatur des Genossen Dr. Victor Adler definitiv aufgestellt. Die tschechischen Genossen, die in ihrer Konferenz am 27. Jänner neuerdings beschlossen hatten, an ihrer Forderung festzuhalten, erklärten nunmehr in der Bezirkskonferenz für Favoriten, daß sie über ihr weiteres Verhalten endgültig in einer in nächster Zeit abzuhaltenden Konferenz schlüssig werden würden.

Das sind die dürren Tatsachen, an die die Brünner „Rovnost" anknüpft in der Form eines offenen Briefes an Genossen Adler. Da dieser Brief die Argumentation der tschechischen Genossen wiedergibt und auch von ihrem Wiener Organ abgedruckt wird, wollen wir ihn in vollem Umfang mitteilen; er lautet:

Genosse Dr. Adler!

Sie entschuldigen, daß wir uns direkt an Sie wenden in einer Angelegenheit, die die tschechischen Genossen allerorten in höchstem Maße in Aufregung hält. Wozu sollen wir einen allgemeinen Artikel schreiben und von den deutschen Genossen und der deutschen Partei schreien, wenn Ihre Person in diesem neuesten Streite im Vordergrund steht und Sie auch der Genosse sind, der in unseren Reihen von allen deutschen Genossen das größte Ansehen genießt.

Die „Dělnické Listy" haben am Dienstag die Geschichte Ihrer Kandidatur im 20. Wiener Wahlkreis dargestellt. Sie konstatieren, daß das Verlangen der tschechischen politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, die in Wien an 18.000 Mitglieder zählen, außer den Tausenden, die in deutschen Organisationen sind, daß ihr Verlangen, es möge in diesem tschechischesten und zugleich arbeiterreichsten Bezirk irgendein tschechischer Genosse kandidiert werden, abgelehnt wurde. Warum? Die Wiener Mandate sind zum deutschen Besitzstand gerechnet und die deutschen Genossen befürchten, daß die Kandidatur eines tschechischen Sozialdemokraten einen ungünstigen Einfluß auf die anderen Wiener Bezirke, vielleicht auch auf Deutschböhmen ausüben würde. Ein anderer Grund besteht nicht, und wir meinen, daß auch die deutschen Genossen ihn nicht anführen können. Also bloß „taktische" Rücksichten.

Es konnte auch keine anderen Gründe geben. Die tschechischen Genossen in Wien bilden einen numerisch und moralisch so wichtigen und ansehnlichen Teil der Wiener Bewegung, daß man über sie nicht stillschweigend hinweggehen kann. Eine Organisation, die in der fremdsprachigen Stadt mit größtem Erfolg ihr Tagblatt herauszugeben vermag, die imstande war, soviel Beispiele genössischer Opferfreudigkeit und Liebe zur proletarischen Sache zu geben, kann nicht nullifiziert werden. Die tschechischen Arbeiter bilden in Wien einen der wichtigsten Pfeiler unserer Wiener Bewegung und tausende tschechische sozialdemokratische Stimmen werden in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen den Erfolg oder Mißerfolg unserer gemeinsamen Sache entscheiden. Auch die Vergangenheit spricht für die Forderung unserer tschechischen Genossen. Die Kandidatur des Genossen Němec gegen

Lueger im Jahre 1897 war, was das Verhältnis der Stimmen bei jenen Wahlen betrifft, für unsere Partei prozentuell am günstigsten. Die deutschen Genossen haben also die Forderung der tschechischen Genossen vollständig anerkannt.

Gründe der Vernunft und der Parteigenossenschaft sind also vorhanden. Tausende von tschechischen Arbeitern, von Genossen, die ihre Parteipflichten erfüllen, sind da — es gebührt ihnen also das Recht der Vertretung. Man gibt ihnen nichts umsonst; ihre Stimmen und ihre Arbeit werden diese eine Vertretung reichlich aufwiegen.

Aber die Gründe haben nicht entschieden, auch nicht die Prinzipien, die einem jeden eine Vertretung zuerkennen, sondern — die Taktik, taktische Rücksichten! Die Partei muß, insofern sie eine politische Partei sein und politische Macht erringen will, gewiß auch taktische Rücksichten beobachten. Aber wir haben es uns immer zur Ehre angerechnet, daß bei uns die Parteigrundsätze über taktische Rücksichten gestellt wurden.

Sicherlich ist Ihnen wohl bekannt unser rücksichtsloses Auftreten gegen das Staatsrecht, unser Verhalten in Prag und anderen Orten im Jahre 1897 bei den nationalen Krawallen — damals kannten die tschechischen Genossen keine taktischen Rücksichten. Die Prinzipien gingen voran! Unsere Genossen im Reiche haben auch lieber Mandate geopfert, ehe sie den „Mitläufern" Zugeständnisse machten.

Die deutschen Genossen in Wien aber haben am Beginn der neuen Zeit, die in Österreich angebrochen ist, bei ihrem ersten Schritte der „Taktik" der Partei eine bedenkliche Konzession gemacht. Und der Grund, warum wir Sie, Genosse Adler, apostrophieren, ist der, daß gerade Sie von der deutschen Partei als Kandidat in jenem strittigen Bezirk aufgestellt wurden, und der Grund, warum wir uns gestatten, auf diesem in der Partei ungewöhnlichen Wege zu sprechen, ist der, daß Sie im vorigen Jahre der Schiedsrichter bei den Parteizwistigkeiten in Brünn waren.

Sie kamen nach Brünn, um Frieden in der Partei zu schaffen, um den Streit beizulegen, der deshalb entstanden war, weil die deutsche Minorität in allen Institutionen, die die Partei verwaltet, herrschen wollte. In einem Institut, wo von 25.000 Mitgliedern kaum ein Viertel deutsch ist, wollten sie herrschen und in einem zweiten, wo das Verhältnis dasselbe ist, herrschen sie noch jetzt.

Mit Rücksicht auf den Eindruck draußen, mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse stimmten wir damals einem Frieden zu, der, das gestehen wir offen, die Verhältnisse noch lange nicht gerecht regelte. Damals haben Sie sich auf die Gerechtigkeit unserer Majorität, auf die Gerechtigkeit einer Minoritätsvertretung berufen. Wir als prinzipielle Leute sind auf diesen Grundsatz eingegangen. Heute können wir aber in Konsequenz dessen verlangen, daß mit gleicher Elle auch der Minorität der tschechischen Genossen in Wien gemessen werde. Die „Taktik" kann doch nicht unsere Grundsätze in den Staub treten! Unsere „Taktik" in Österreich bedeutet nicht, daß man alles Deutsche in der Partei so begünstigen muß, wie es im Staate Österreich geschieht!

Sie sind aber selbst als Kandidat der deutschen Genossen im 20. Wahlkreis aufgestellt. Gewiß deshalb, weil die deutschen Genossen damit rechnen, daß sich Ihre Person großer Beliebtheit bei den tschechischen Genossen erfreut. Sie haben immer als national gerecht gegolten. Sie waren immer der Ver-

mittler bei allen Streitigkeiten in der Partei und haben mehr als einmal uns recht gegeben.

Nun aber ist gerade Ihre Person in den Vordergrund dieses Streites gestellt, und das trifft uns um so schmerzlicher, als wir gerade in Ihnen immer einen Genossen gesehen haben, der streng auf den Grundsätzen der Partei steht, einen Genossen, der immer und allein auf die Interessen unserer österreichischen Internationale Rücksicht nimmt. Das ist Ihr Lebenswerk, das man im Ausland bewundert, daß Sie (allerdings unter der tätigen Mitwirkung unserer älteren Genossen) es vermocht haben, das Proletariat aller Nationen dieses sonderbaren Staates zu gemeinsamer Aktion zu vereinigen. Und gerade wenn dieses Werk damit gekrönt werden soll, daß das österreichische Proletariat sich rüstet, ein einflußreicher Faktor im Staate zu werden, gerade in diesem Augenblick kommen Sie selbst und versetzen durch Ihr Auftreten der Einigkeit unserer Partei einen schweren Schlag.

Niemand von uns wünscht, daß das gemeinsame Vorgehen der österreichischen Arbeiterschaft gefährdet werde, aber es gibt viele bedenkliche Zeichen, die uns zwingen, daß wir uns für die Zukunft vorbereiten. Wir können nur als Gleiche neben Gleichen gehen, als vollberechtigte Faktoren der sozialistischen Internationale, aber ganz entschieden werden wir nicht dulden, daß aus „taktischen" Rücksichten unsere prinzipiellen Anschauungen niedergetreten werden. Hinzutreten und hier ein entschiedenes Wort zu sagen, sind wir unseren Grundsätzen und unserer Zukunft schuldig, selbst wenn wir unseren eigenen Weg gehen sollten.

Wir hoffen, daß Sie alles erwägen werden. Sie haben immer zur rechten Zeit den rechten Weg gefunden.

Brünn, 7. Februar 1907.

Die Redaktion der „Rovnost".

Der Brief der „Rovnost" wendet sich an mich persönlich, und so muß ich wohl auch selbst darauf antworten. Allerdings finde ich, daß die Adresse dieser Erörterung durchaus nicht richtig gewählt ist. Denn die Aufstellung dieser Kandidatur in Favoriten II ist nicht meine persönliche Angelegenheit, sondern der Wille und das Werk der deutschen Sozialdemokratie in Wien und Niederösterreich und ist der Beschluß der Vertrauensmänner jenes Wahlbezirkes selbst. Persönlich kommt nur das einzige Moment in Frage, daß ich in Favoriten stets kandidiert habe, solange sich die Partei überhaupt an Wahlen beteiligt. Da ich aber annehmen darf, daß auch die tschechischen Genossen mich nicht als einen ungeeigneten Kandidaten überhaupt ansehen, sich ihr Widerspruch also nicht gegen meine Person, sondern gegen die Ablehnung ihrer Forderung richtet, kann und muß alles Persönliche aus der Erörterung ausscheiden.

Und nun zur Sache. Nichts ist uns deutschen Sozialdemokraten begreiflicher, als daß unsere tschechischen Genossen in Niederösterreich den Wunsch hegen, als nationale Organisation eine politische Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften zu erreichen. Sie haben sich zu unserer Freude eine achtunggebietende Organisation aufgerichtet, haben Seite an Seite mit uns alle unsere Kämpfe

geführt, haben sich ein heute durchaus lebensfähiges Tagblatt geschaffen, und wir deutschen Sozialdemokraten haben, dieses Zeugnis werden sie uns nicht versagen wollen, sie dabei nicht nur nicht gehindert, sondern, so weit unsere Kräfte reichten, auch pflichtgemäß unterstützt. Wenn es, wie unvermeidlich, gelegentlich zu Schwierigkeiten und Reibungen gekommen ist, haben die ältesten und erfahrensten Genossen alles getan, um sie zu beseitigen und den Frieden aufrechtzuhalten. Die nationale Scheidung der Organisation war am wenigsten die Sehnsucht der deutschen Sozialdemokraten; aber wir haben uns der Notwendigkeit ohne Widerstand gefügt und sie ehrlich durchzufüren geholfen. Als es noch Hindernisse gab für die öffentliche politische Betätigung der tschechischen Arbeiter, als man tschechische Versammlungen verbot, haben wir geholfen, diese Vergewaltigung zu beseitigen. Wir glauben also in aller Bescheidenheit, unsere Pflicht internationaler Solidarität stets redlich erfüllt zu haben. Wir sind weiter gegangen und daraus wollen merkwürdigerweise unsere tschechischen Genossen eine Waffe gegen uns machen: wir haben bei den Wahlen im Jahre 1897 im dritten Wiener Wahlkreis einen Kandidaten tschechischer Nationalität aufgestellt, den Genossen Nemec, und wir haben auch sonst gelegentlich tschechische Genossen als Zählkandidaten in einzelnen Bezirken nominiert. Aber die tschechischen Genossen sind im Irrtum, wenn sie insbesondere aus der Kandidatur Nemec' ein Präjudiz ableiten wollen. Damals (1897) war die Trennung der Partei in nationale Gruppen kaum noch angedeutet, geschweige durchgeführt wie heute; Genosse Nemec war Redakteur eines tschechischen Parteiblattes, aber er arbeitete in der Wiener Gesamtorganisation und, was das Wichtigste ist, seine Aufstellung war nicht das Ergebnis einer tschechischen „Forderung", wie sie heute aufgestellt wird, er sollte keineswegs Vertreter einer tschechischen Minorität, sondern der sozialdemokratischen Gesamtheit sein. Damit fällt dieses Argument in sich zusammen und es bleibt davon nichts übrig als die Tatsache, daß für die deutschen Sozialdemokraten die Zugehörigkeit des Genossen Nemec zum tschechischen Volke kein Hindernis war, ihn, den sie als einen tüchtigen und zum Abgeordneten wohlbefähigten Mann erkannten, in den Reichsrat zu schicken. Hoffentlich wird, was damals in Wien nicht gelungen, jetzt in Böhmen geschehen. Aber aus jenem Vorgang einen Vorwurf gegen uns zu schmieden, wird nicht sehr aussichtsvoll sein.

Die „Rovnost" behauptet, daß wir das „P r i n z i p" verletzen und der „T a k t i k" unterordnen. Da dürfen wir zunächst fragen: Welches ist das „Prinzip", das wir verletzt haben sollen? Die neue Wahlordnung hat in schweren Kämpfen dazu geführt, daß die Wahlbezirke möglichst national abgegrenzt wurden. Es wurden nicht nur für die Deutschen, sondern ebenso für die Tschechen und alle anderen Völker möglichst national einheitliche Wahlbezirke geschaffen. Ob die Zuteilung der Mandate an die einzelnen Nationen gerecht ist oder nicht, ist eine Frage, die hier nicht mitspielt; jedenfalls ist die Wählerschaft außerstande, das Gesetz zu ändern, was doch nur das Parlament kann. Zuzugeben ist, daß in einzelnen Wahl-

kreisen trotz alledem mehr oder minder beträchtliche nationale Minoritäten existieren, die in der andersnationalen Majorität aufzugehen verurteilt sind; das ist nicht nur in Niederösterreich und in Wien, sondern auch in Böhmen, in Dux wie in Pilsen, in Budweis, in Prag der Fall; das passiert den Deutschen auch in Kärnten, den Slowenen in Steiermark und so fort. Diese letzten Ungenauigkeiten nationaler Abgrenzung könnten nur durch ein Proportionalwahlsystem oder durch den nationalen Kataster, wie in Mähren, beseitigt werden, jedenfalls nur auf dem Wege eines *neuen Gesetzes*. Heute gibt es in Österreich von Gesetzes wegen nur national abgegrenzte Wahlkreise und die Wählerschaft *ist außerstande, eine Minoritätenvertretung zu schaffen, ohne der Majorität ihre Vertretung zu nehmen*. Ob in Zukunft eine *gesetzliche Minoritätsvertretung* auch zugunsten der Tschechen in Niederösterreich in Wien anzustreben ist und wie sie aussehen soll, darüber möge die sozialdemokratische Fraktion und unser gemeinsamer Parteitag beraten. Heute besteht die Tatsache, daß es auch in Wien nur *deutsche Wahlbezirke* gibt, in demselben Sinn, wie Budweis ein tschechischer Wahlkreis, Ferlach in Kärnten ein slowenischer Wahlbezirk ist, trotz ihrer deutschen Minoritäten. Auch Favoriten II ist im Sinne des bestehenden Gesetzes ein deutscher Wahlkreis trotz seiner nicht unbeträchtlichen tschechischen Minorität.

Die Tatsache, daß die große Majorität der Wählerschaft von Favoriten deutsch ist, wird kaum bestritten werden, und ebensowenig die weitere, für uns sehr wichtige Tatsache, daß auch die Majorität der *Arbeiterschaft* deutsch ist und daß die Zahl der *organisierten* deutschen Arbeiter in diesem Bezirk mindestens *dreimal* so groß ist wie die der organisierten tschechischen Arbeiter. Wir fragen nun: welches „*Prinzip*" ist es, das die tschechischen Genossen anrufen können, um die Forderung zu begründen, daß in einem vom Gesetz den Deutschen zugeteilten und wirklich seiner überwiegenden Majorität — der Bevölkerung wie der Sozialdemokraten — nach deutschen Bezirk ein der tschechischen Organisation angehöriger Genosse zum Abgeordneten gewählt werde? Daß die Minorität berechtigt ist, eine gesetzlich garantierte Vertretung zu fordern, geben wir gern zu, aber wenn es ungerecht ist, die Minorität nicht vertreten zu lassen, um wie viel ungerechter wäre es, der Majorität ihre Vertretung zu nehmen? Welches „*Prinzip*" verlangt von uns, so frage ich noch einmal, die Vertretung der deutschen Sozialdemokratie um einen Mann zu verkürzen und die Vertretung der tschechischen Sozialdemokratie um einen Mann zu vermehren? Wir wünschen der tschechischen Sozialdemokratie ausgiebigste Erfolge und was an uns liegt, um ihr dazu zu helfen, soll ebenso freudig geschehen, wie wir von den tschechischen Genossen solidarische Hilfe erwarten dürfen. Aber die tschechischen Genossen werden selbstverständlich ihre Mandate, wie wir alle, von den Gegnern erkämpfen müssen, nicht von den Freunden. Wir deutschen Sozialdemokraten werden überall, wo wir in der Minorität sind — und es gibt Bezirke, wo diese Minorität beträcht-

lich ist und entscheidend werden kann — wie ein Mann für den anderssprachigen Genossen eintreten und das scheint mir die einzige Praxis zu sein, die das Prinzip der internationalen Solidarität zuläßt.

Nun könnte man die Sache vielleicht anders beurteilen, wenn dadurch, daß der in seiner Majorität deutsche Bezirk durch einen deutschen Sozialdemokraten vertreten wird, irgendein Interesse der tschechischen Minorität unvertreten bleiben würde. Aber auch das scheint uns nicht der Fall zu sein: die gemeinsamen proletarischen Forderungen wird der deutsche Genosse, mag er sein, wer er will, ebenso kräftig und wirksam zu vertreten in der Lage sein, wie es ein tschechischer Genosse könnte, und die der Vertretung speziell nationalen Forderungen der tschechischen Sozialdemokraten werden die von ihnen in Böhmen und Mähren gewählten Abgeordneten gewiß nicht schlechter besorgen, als es ein in Favoriten gewählter zu tun vermöchte. Also auch nach dieser Richtung ist kein Grund da, auf eines der den deutschen Sozialdemokraten zukommenden Mandate zu verzichten, wobei auch der Umstand erwogen werden wolle, daß wir von der Wahlbezirkseinteilung sehr stiefmütterlich behandelt worden sind und, auch wenn wir vom Wahlglück begünstigt sein sollten, nicht annähernd die der deutschen Arbeiterschaft gebührende Vertretung haben werden.

Nun klagen uns die tschechischen Genossen an, daß wir das „Prinzip", dessen Nichtexistenz wir soeben nachgewiesen, den „taktischen Rücksichten" geopfert hätten, der Rücksicht, nicht unseren Erfolg in einer Anzahl anderer, niederösterreichischer und böhmischer Wahlkreise zu gefährden. Es war kein Prinzip zu opfern, das sei wiederholt; aber ohne weiteres sei ganz offen zugestanden, daß bei den deutschen Genossen neben den soeben dargelegten Gründen auch die Einsicht obwaltete, daß es eine Torheit wäre, unseren deutschnationalen Chauvinisten eine Waffe in die Hand zu geben, mit der sie die indifferente Masse aufpeitschen und als Stimmvieh gegen uns werben könnten. Ob dadurch Wahlkreise verlorengehen könnten, wissen wir nicht. Wenn es aber eine solche Gefahr gäbe, dann, glaube ich, müßten auch die tschechischen Genossen eine solche Gefahr zu vermeiden suchen und solche „taktische Rücksicht" gelten lassen. Oder nicht? Wie viele Mandate deutscher Sozialdemokraten ist es wert, den Wunsch zu verwirklichen, in Favoriten anstatt eines deutschen Genossen einen tschechischen Genossen gewählt zu sehen? Nein! Ich, der ich seit zwanzig Jahren mit den tschechischen Genossen in engster Fühlung stehe, mit ihnen in guten und in schlechten Zeiten gemeinsam gearbeitet habe, ich kann nicht glauben, daß sie bei ruhiger Überlegung sich der Einsicht verschließen können, daß wir deutschen Sozialdemokraten gehandelt haben, wie wir handeln mußten.

Es ist uns nicht leicht geworden, den Herzenswunsch der tschechischen Genossen unerfüllt zu lassen. Wir verstehen sehr gut, daß sie den schweren Mangel unseres Wahlgesetzes, das ihnen keine

Minoritätenvertretung zugesteht, schwer empfinden. Aber sie werden schließlich begreifen, daß dieser Mangel der Gesetzgebung nicht auf dem Wege gutzumachen ist, den sie sich ausgedacht haben, nicht von einer einzelnen Partei, gewissermaßen in eigener Regie, ausgeglichen werden kann. Sie werden begreifen, daß wir sie, die tschechische Sozialdemokratie, darum nicht minder „als Gleiche, als vollberechtigtes Glied der Internationale“ betrachten, weil wir ein Verlangen nicht erfüllen, das prinzipiell und praktisch gleichermaßen unerfüllbar ist. Mag heute manche Bitterkeit daraus erwachsen, mag es den tschechischen Genossen schwer werden, die durch die Diskussion aufgeregten Leidenschaften zur Ruhe zu bringen, mag auch das Schüren der bürgerlichen Hetzpresse auf manche weniger durchgebildete Kreise nicht ohne Wirkung sein: schließlich wird die Einsicht siegen, daß wir der deutschen und damit auch der tschechischen Sozialdemokratie einen schlechten Dienst erwiesen hätten, würden wir uns ihrem Wunsche gefügt haben. Denn jede Schädigung eines Zweiges der Internationale wirkt auf alle ihre Zweige zurück.

Wir dürfen ruhigen Gewissens sagen: Wir haben alles erwogen und sind uns bewußt, daß wir den rechten Weg gehen.

Victor Adler.

II.

Die Frage der tschechischen Kandidatur in Favoriten hat durch den Beschluß der Landeskonferenz der tschechischen Genossen einen vorläufigen Abschluß gefunden und ist, soweit praktisch die bevorstehenden Wahlen in Betracht kommen, erledigt. Die beschlossene Resolution zeigt deutlich die Spuren der Erregung unserer tschechischen Genossen darüber, daß ihr Wunsch nicht erfüllt wurde und, wie wir hinzufügen, nicht erfüllt werden konnte; aber sie ist auch ein Zeugnis dafür, daß in ihnen, trotz mancher Meinungsverschiedenheit im einzelnen, das Bewußtsein der proletarischen Solidarität lebendig ist. Es war uns auch nicht einen Moment lang zweifelhaft, daß die Hoffnungen unserer Gegner, aus dem Streite über das Favoritner Mandat zum Schaden der Sozialdemokratie Profit ziehen zu können, an dem gesunden Sinn der tschechischen Arbeiterschaft zuschanden werden würden.

Unter diesen Umständen erscheint eine nochmalige theoretische Auseinandersetzung gegenwärtig weder notwendig noch ersprießlich. Unsere tschechischen Bruderorgane „Právo Lidu“, „Dělnické Listy“ und „Rovnost“*) haben an meine Ausführungen über diesen Gegenstand eine ziemlich umfangreiche und zum Teil recht heftige Polemik geknüpft, auf deren wesentlichen Inhalt in ruhigeren Zeiten zurückzukommen sein wird. Es wäre ebenso unklug wie ungerecht, jedes erregte Wort, das in der Hitze dieser Diskussion gefallen ist, auf die Goldwage zu legen, und nur um festzustellen, wie hoch der

*) „Právo Lidu“ (Volksrecht) in Prag, „Dělnické Listy“ (Arbeiter-Zeitung) in Wien und „Rovnost“ (Gleichheit) in Brünn. Alle drei Blätter erscheinen noch immer; die „Rovnost“ ist aber kommunistisch.

Grad dieser Hitze gelegentlich gestiegen, soll angeführt werden, daß, um ein Beispiel herauszugreifen, die „Dělnické Listy" die deutschen Sozialdemokraten beschuldigen, daß sie „um Mandate das Prinzip in den Staub treten". Mit diesen starken Worten ist nichts anderes bezeichnet als die Tatsache, daß in einem seiner großen Majorität nach deutschen Wahlkreis ein deutscher Sozialdemokrat aufgestellt wird. Es ist selbstverständlich ganz unmöglich, im gegenwärtigen Moment die tschechischen Genossen zu überzeugen, daß das „Prinzip", das sie sich zurechtgelegt haben, um ihren Anspruch auf ein tschechisches Mandat in Favoriten zu begründen, nichts weniger als ein Prinzip sei. Aber wenn sie meinen, daß die deutschen Sozialdemokraten die Verpflichtung hätten, nicht nur die fehlende Minoritätsvertretung aus eigenem beizustellen, sondern auch die Verkürzung, die die Tschechen überhaupt bei Feststellung der Mandatsziffern erfahren haben, gutzumachen, so überschätzen sie doch ein wenig unsere Macht und unseren Reichtum an Mandaten. Wenn dem tschechischen Volke zu wenig Mandate zugebilligt wurden, ist das etwa zugunsten der deutschen Arbeiter geschehen? Oder sind diese nicht vielmehr noch weit stärker verkürzt worden, als das tschechische Volk in seiner Gesamtheit? Das „Právo Lidu" hält uns vor, daß die Deutschen auf 39.363 Einwohner, die Tschechen erst auf 55.118 Einwohner ein Mandat erhalten haben. Das ist ein durch nichts gerechtfertigtes politisches Unrecht, überdies ein politischer Fehler, und der sozialdemokratische Vertreter im Wahlreformausschuß ist den übergreifenden Ansprüchen der deutschböhmischen Chauvinisten nach Kräften entgegengetreten. Aber was beweist das für den Favoritner Fall? Gehören die deutschen Arbeiter oder gar erst die Wiener Arbeiter zu den Bevorzugten? Wieviel Mandate müßten Favoriten und Ottakring haben, wenn für diese proletarischen Bezirke die Durchschnittsziffer 39.363 maßgebend wäre? Es ist also ein Mißverständnis, wenn uns zugemutet wird, daß wir ein Unrecht, das an uns selbst in mindestens ebenso starkem Maße verübt wurde, im eigenen Wirkungskreise gutmachen sollen oder auch nur können. Das Gesetz muß eben, so bald als nur möglich, geändert werden, darum haben alle Proletarier, deutsche wie tschechische, das gleiche Interesse, und daran werden sie gemeinsam arbeiten.

Damit erledigt sich auch der Vorwurf, daß wir das ungerechte Gesetz „anerkennen". Wenn ein Gesetz „anerkennen" heißen soll, es für gut halten, dann sind wir weit davon entfernt es anzuerkennen; wenn „anerkennen" aber bedeutet, mit dem Gesetz als einer jetzt und bis auf weiteres bestehenden Tatsache rechnen und sich darauf einrichten, dann allerdings „anerkennen" wir die Tatsache, daß das Gesetz den Deutschen eine Anzahl von Mandaten zugemessen hat, wovon eine möglichst große Zahl für die deutsche Sozialdemokratie zu erobern unsere Pflicht ist.

Auf eine Bemerkung der Brünner „Rovnost" muß noch eingegangen werden, um einer Legendenbildung vorzubeugen. Die „Rovnost" schreibt: „Die tschechischen Genossen in Wien haben eine gesetzliche Vertretung angestrebt; aber es war gerade Doktor Adler, der von dieser Forderung abriet, damit die Wahlreform

nicht gefährdet werde. Man ging schließlich noch weiter. Der Widerstand der tschechischen Bürgerlichen gegen die Wahlreform wurde durch die Versicherung von sozialdemokratischer Seite verringert, daß die tschechischen Sozialdemokraten in Wien eine Vertretung erhalten werden. Darum wurde die Forderung einer Vertretung der tschechischen Minorität in Wien nicht bis zum Äußersten verteidigt. Vielleicht ist das genügend ..." Der erste Teil dieser Erzählung ist durchaus richtig. Als es sich in einem sehr frühen und sehr kritischen Stadium der Wahlreform darum handelte, ob die Wiener tschechischen Genossen die Forderung einer tschechischen Minoritätenvertretung in Niederösterreich zum Gegenstand einer Aktion und eventuell von Demonstrationsversammlungen machen sollen, mußte ihnen pflichtgemäß gesagt werden, daß es unklug und gefährlich wäre, die Schwierigkeiten für die Wahlreform auf diese Weise zu erhöhen und den sich gegen sie sträubenden deutschen Parteien billige Vorwände zu geben. Dagegen ist der zweite Teil der Geschichte völlig frei erfunden und wird von der „Rovnost" in offenbar gutem Glauben weitererzählt. Wer ist der „man", der „weiter gegangen" ist, und wer hat wem was „versichert"?? Daß diese angebliche Versicherung als Grund dafür aufgeführt wird, daß die Tschechischbürgerlichen die Forderungen der Tschechen nicht bis zum Äußersten verteidigten, läßt auf die eigentliche Quelle des Brünner Märchens schließen; in Wien hat man den tschechischen Genossen wieder vorerzählt, die deutschen Sozialdemokraten hätten das Zugeständnis des zweiten Favoritner Mandats nur gegen das Versprechen erhalten, es werde dort kein Tscheche gewählt werden. Selbstverständlich sind beide Behauptungen gleichermaßen erlogen und damit ist diese Sache ein für allemal abgetan, die nur zeigt, wer ein Interesse daran hat, Unfrieden und Mißtrauen zwischen deutschen und tschechischen Sozialdemokraten zu säen.

Der Streit um das Favoritner Mandat ist nun zunächst erledigt und die tschechischen Genossen, die in ihrem Unmut meinen, sie hätten ihr „Recht" der „Macht" der Deutschen unterordnen müssen, werden hoffentlich bald zur Überzeugung kommen, daß sie sich nicht der Macht, sondern der Notwendigkeit und der Logik der Dinge gefügt haben. In Wien und Niederösterreich werden wir, wie im ganzen Reiche, gemeinsam in den Kampf gegen den gemeinsamen Feind des Proletariats eintreten. Damit aber sollen diese taktischen und organisatorischen Schwierigkeiten, für die das Favoritner Problem nur ein kleines Symptom ist, weder vertuscht noch umgangen werden. Die Durchführung der nationalen Autonomie ist auch in unserer Parteiorganisation keine leichte und keine einfache Sache und wir werden ernst zu arbeiten haben, um sie zu bewältigen. Dabei die Einheit und vor allem die Einigkeit der Sozialdemokratie aller Nationen aufrechtzuerhalten, ist das wichtigste Interesse des Proletariats ohne Unterschied der Nation. An dieser Einheit und Einigkeit haben alle nationalen Organisationen des Proletariats das gleiche Interesse, die Deutschen nicht mehr wie die Tschechen, die Tschechen nicht minder wie die Deutschen. Wenn diese alte, einfache aber

entscheidende Wahrheit in der Hitze der Polemik mitunter vergessen zu werden scheint, ist das Unglück nicht groß; würde sie im Tun vernachlässigt, dann würde sich das freilich bitter rächen. Aber dafür, daß das nicht geschieht, wird die Einsicht in die lebendigen Notwendigkeiten des Proletariats sorgen. Nicht wechselnde Laune bestimmt das Verhältnis zwischen deutscher und tschechischer Sozialdemokratie, sondern die eiserne Not des gemeinsamen Kampfes erzwingt und wird erzwingen unsere unzerreißbare Solidarität. V. A.

Internationale Verbrüderung.

Das Fest am Bodensee, 9. Juli 1905*).

Jeder möge sich prüfen, ob er das Beste und Letzte bereits getan für unsere Sache, ob er bereit ist, nicht nur im letzten Kampfe, sondern heute, täglich und stündlich auf dem weiten Wege, den das Proletariat zu seinem Ziele zurücklegen muß, sich selbst mit jedem Nerv, mit jedem Blutstropfen zu opfern!...

Ich beneide die deutschen Sozialdemokraten darum, daß sie eine noch dümmere Regierung haben als wir. (Heiterkeit.) Schlimm genug, daß ein Österreicher, dessen Staatsmänner doch gewiß das Pulver nicht erfunden haben, das sagen muß! (Heiterkeit.) Eine europäische Blamage ist's, was in Berlin und Konstanz geschehen ist. (Laute Zustimmung.) Aber diese Blamagen sind nur die Folge der Angst der Herrschenden. Die Furcht ist ein schlechter Ratgeber und mit der Vernunft können sie es nicht mehr richten. (Heiterkeit.) Sie fürchten nicht unsere Arme — alle Gewalt haben ja noch sie. Aber sie fühlen instinktiv, daß an der sieghaften Macht der Idee, deren Verkörperung die Sozialdemokratie ist, ihre Waffen zersplittern werden. Gerade die letzten Mo-

*) Für den 9. Juli 1905 hatten die Sozialdemokraten der am Bodensee liegenden Staaten, Deutschland, Österreich und die Schweiz, ein internationales Verbrüderungsfest nach Konstanz einberufen. Die badische Regierung hatte das Militär in den Kasernen konsigniert und jedem Soldaten 25 scharfe Patronen gegeben, als ob die internationale Revolution drohte. Ja vom Festplatz war zur Kaserne eine eigene Telephonleitung gelegt worden. Noch vor Beginn des Festes überbrachten zwei Polizisten den Einberufern Adler und Greulich einen Erlaß des großherzoglich badischen Bezirksamtes, daß den ausländischen Sozialdemokraten das Auftreten in der Versammlung verboten sei. Nachmittags kam auch noch ein Telegramm der badischen Regierung, das für den Fall der Zuwiderhandlung die Ausweisung androhte. Nachmittag sollte am Hussenstein, wo Johannes Huß verbrannt worden war, die Versammlung stattfinden.

Dort sprach zunächst August Bebel. Nach seiner Ansprache zogen die Massen, da auch der geschlossene Zug verboten war, in losen Gruppen zu einem zehn Minuten entfernten Haus, das bereits zu dem Schweizer Dorfe Kreuzlingen gehörte. Auf einer Wiese am Haus fand nun die Versammlung statt. Nachdem Hermann Greulich kurz die Erschienen begrüßt hatte, sprach Adler.

nate mit den entsetzlichen Todeszuckungen des Zarismus gemahnen sie an ihr eigenes Schicksal, das sich erfüllen wird. Wir wollen in Frieden Revolution machen — nicht etwa aus prinzipieller Abneigung gegen die Gewalt. Wüßte einer, daß die Anwendung der Gewalt den Kapitalismus beseitigen könnte und übte nicht Gewalt — es wäre ein Verbrechen angesichts des Meeres von Blut und Tränen, in dem der Kapitalismus watet, angesichts der ungeheuerlichen Verbrechen, die er täglich um sich häuft. Wir aber wissen, daß der ein Tor ist, der an die Gewalt appelliert, ohne daß er sie hat, und daß sie nur angewendet werden kann, wenn eine Klasse in ihrer Gesamtheit sich ihres Willens und ihrer Kraft bewußt geworden ist. Darum lehnen wir ihre Anwendung heute ab. Ist's aber einmal so weit, dann wird ihre Anwendung hoffentlich überflüssig sein. Den Unterdrückten, den Geknechteten, denen, die am Boden liegen — wir geben ihnen Menschenwürde, Hoffnung, einen Willen zu gemeinsamem Handeln. Aus der Ohnmacht der einzelnen Proletarier schaffen wir den festen, unbesiegbaren Gesamtwillen des Proletariats. (Laute Zustimmung.)

Wir Österreicher kommen so gern über die Grenze — wir haben ein Land, aber ein Vaterland haben wir nicht. Es gibt keinen Staat Österreich. Ein deutscher Dichter hat zwar einmal gesagt: Der Österreicher hat ein Vaterland, er liebt's und hat auch Ursach', es zu lieben. Aber, Genossen, der das gesagt hat, war kein Österreicher und war — ein Dichter. (Stürmische Heiterkeit.) Ihr Deutschen habt es gut! Ihr könnt den Staat untergraben! Wir österreichischen Sozialdemokraten aber müssen aus dem jammervollen Chaos Österreichs erst schaffen, was wir untergraben wollen. (Stürmische Heiterkeit.) Wenn ihr von Österreich wahnwitzige Dinge hört, die ihr nicht versteht — glaubt, es gibt auch dort vernünftige und einsichtsvolle Leute, sie stehen in der Sozialdemokratie! In dem wahnwitzigen Hader der Nationalitäten in Österreich ist es eine ruhmvolle Tatsache, daß ich heute hier sprechen darf nicht nur im Namen der Tschechen, Italiener, Slowenen, die in Reih und Glied stehen im brüderlichen Heere der Sozialdemokratie. Sie haben durchaus ihr nationales Bewußtsein nicht aufgegeben; aber derlei Torheiten, wie der Streit, ob auf den Fahnen ein doppelköpfiger Adler oder eine andere Mißgeburt (Heiterkeit) stehen soll, sind ihnen fremd. Die Arbeiterklasse Österreichs kennt ihr Banner — es ist das rote Banner der Befreiung!

Was wir ersehnt, seit wir denken, die russische Revolution, ist endlich Tatsache geworden. In Rußland sind Kräfte lebendig geworden, die ankündigen, daß wir vor großen Dingen stehen. Wohl wissen unsere Gegner, wie unsere Kader sich füllen — nicht aber wissen sie, was noch fehlt. Lang und breit ist die Straße, die wir gehen müssen: aber wir werden sie gehen bis ans Ende, so gewiß die Zukunft der Arbeiterklasse und das Heil der Menschheit davon abhängen ...*)

*) Nachdem Adler geschlossen hatte, zogen die Teilnehmer wieder zurück nach Konstanz, wo das Fest der Verbrüderung stattfand.

Der Kampf um die Preßfreiheit.

Der § 23 des österreichischen Preßgesetzes.

Von **Dr. Victor Adler,**
Herausgeber der „Arbeiter-Zeitung"*).

Einleitung.

Wieder einmal steht die Reform der Preßgesetzgebung auf der Tagesordnung. Eine Reihe von Anträgen liegt dem Abgeordnetenhaus vor, ein eigener Ausschuß ist mit ihrer Vorberatung beschäftigt, und die Herren Politiker tun so, als

*) In der von L. A. Bretschneider herausgegebenen „Wiener Politischen Volksbibliothek", in der später auch die im zehnten Band abgedruckte Broschüre über das allgemeine Wahlrecht als viertes Heft herauskam, erschien im Jahre 1891 als zweites Heft Adlers Broschüre „Der § 23 des österreichischen Preßgesetzes". Der § 23, der das Verbreiten von Druckschriften außerhalb der hiefür bestimmten Räume verbot, war von allen Beschränkungen der Preßfreiheit die drückendste. Wohl wurde er meist ganz offen übertreten und wohl kam der geklagte Übertreter meist mit zwei bis drei Gulden Geldstrafe davon, aber schon deshalb, weil nicht jedes Bezirksgericht für Preßübertretungen zuständig war, sondern nur das am Sitze des Kreisgerichtes, das sogenannte delegierte Bezirksgericht (in Wien nur das des neunten Bezirkes), so daß also der Angeklagte stundenweit fahren mußte, war die Prozedur sehr beschwerlich. Auch war die Agitation behindert, da Flugschriften nur geheim verbreitet werden konnten und nach jeder Flugschriftenverteilung Gendarmen in voller Adjustierung in die Wohnungen der bekannteren Sozialdemokraten eindrangen, als ob es sich um gefährliche Verbrecher handelte, und die Entwicklung der Arbeiterpresse war durch das Verbot des Straßenverkaufs behindert. Dazu kam noch, daß auch der Verkauf in geschlossenen Räumen an eine Verkaufslizenz gebunden war, die oft ohne jede Begründung verweigert wurde. Von den weiteren Beschränkungen der Preßfreiheit, die in der Broschüre erwähnt werden, seien folgende angeführt: Vor allem das objektive Verfahren, wonach sich der Staatsanwalt „damit begnügte", statt den Verfasser eines Artikels oder den verantwortlichen Redakteur zu klagen — worüber das Schwurgericht zu entscheiden hatte —, die Zeitung bloß „objektiv" zu verfolgen, das heißt sie zu konfiszieren und ihren Verkauf zu verbieten. Wohl hatte auch darüber dann das Gericht zu entscheiden, aber nicht die Geschwornen, sondern ein Senat des Gerichtshofes und dieser entschied fast ausnahmslos im Sinne des Staatsanwalts: dann die Kaution, die für häufiger er-

wollten sie ernstlich einen Schritt nach vorwärts machen. Unter solchen Umständen erscheint es erwünscht, daß auch wir Sozialdemokraten sagen, was wir wollen und was wir erwarten.

In unseren Hainfelder Beschlüssen ist es allerdings deutlich genug gesagt, was wir wollen. Dort wird verlangt:

„Die Aufhebung aller Beschränkungen der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Auf-

scheinende Zeitungen erlegt werden mußte, und der Zeitungsstempel, der einen Kreuzer für jede Nummer einer Zeitung betrug. Alle diese Beschränkungen wurden allmählich aufgehoben: die Kautionspflicht fiel 1894 (wo auch die Verschleißbedingungen [§ 35] gemildert wurden), der Zeitungsstempel 1899, aber der § 23 erhielt sich bis nach dem Umsturz. Erst das Preßgesetz vom 7. April 1922, das am 1. Oktober 1922 in Kraft getreten ist, hat im § 9 bestimmt: „Zeitungen dürfen auch auf der Straße ... vertrieben werden.“

Die Unfreiheit der Presse wurde auch von der oppositionellen bürgerlichen Presse um so drückender empfunden, als die Regierung Taaffe mit Hilfe ihres geheimen Dispositionsfonds eine offiziöse Presse aushielt, der sie vielfach sogar die Freiheit von den Einschränkungen des Gesetzes verschaffte. So wurde im Laufe der Jahre eine ganze Reihe von Anträgen auf Reform des Preßgesetzes eingebracht, die aber alle am Widerstand der Regierung und an dem geringen Interesse der bürgerlichen Parteien scheiterten.

Die Sozialdemokratie entschloß sich daher, ihre Kraft auf die Abschaffung des § 23 und des § 3, Absatz 5, der die Bestimmungen über die Notwendigkeit der Verkaufslizenz enthielt, zu konzentrieren, um durch einen Druck auf das Parlament wenigstens diese Reform durchzusetzen. In ihrem Auftrag brachte Pernerstorfer, der zwar offiziell der Partei nicht angehörte, aber sich als ihr Vertreter im Parlament fühlte, folgenden Antrag im Abgeordnetenhaus ein:

§ 1. Der § 23 sowie Absatz 5 des § 3 des Preßgesetzes sind aufgehoben.

§ 2. Wer gewerbsmäßig Druckschriften oder Bildwerke öffentlich ausrufen, verteilen, feilbieten oder mit ihnen hausieren will, bedarf dazu einer Legitimation der Ortsbehörde. Diese Legitimation kann nur solchen Personen verweigert werden, welche wegen eines gewinnsüchtigen Verbrechens oder Vergehens ihrer bürgerlichen Rechte verlustig oder mit einer ansteckenden Krankheit behaftet sind.

Wenn die Verteilung von Druckschriften nicht gewerbsmäßig geschieht, ist eine Legitimation dazu nicht erforderlich.

§ 3. Alle Bestimmungen der Gewerbeordnung und des Gesetzes über den Hausierhandel, welche den gewerbsmäßigen Vertrieb von Druckschriften weiter einschränken als dieses Gesetz, treten außer Wirksamkeit.

Außerdem lagen dem Parlament folgende Anträge vor:

Ein Antrag des Deutschnationalen Dr. Foregger auf Abschaffung der Kaution, Einschränkung der Pflicht zur Ablieferung von Pflichtexemplaren an die Staatsanwaltschaft, Einschränkung des Rechtes auf Beschlagnahme ohne richterliche Verfügung, Beseitigung des § 23 und des Zeitungsstempels, Reform des Strafgesetzes, soweit es die freie Meinungsäußerung einschränkt.

Antrag des Jungtschechen Dr. Pacak, daß die Bewilligung zu gewerbsmäßigem Verkauf von Druckschriften unbescholtenen Personen nicht

hebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution, Stempel und das Verbot der Kolportage."

Aber gibt es denn in Österreich eine Zensur? Gibt es ein Preßmonopol für die Besitzenden? Haben wir nicht ein Staatsgrundgesetz und in demselben einen Artikel 13, welcher lautet:

„Jedermann hat das Recht, durch Wort, Schrift, Druck oder durch bildliche Darstellung seine Meinung innerhalb der gesetzlichen Schranken frei zu äußern.

Die Presse darf weder unter Zensur gestellt noch durch das Konzessionswesen beschränkt werden. Administrative Postverbote finden auf inländische Druckschriften keine Anwendung."

Das klingt doch außerordentlich freisinnig, und da es ein Grundgesetz ist, in welchem die Freiheit der Presse festgestellt wird, könnte ein Fremder, welchem die spezifisch österreichische Methode der Gesetzesfabrikation unbekannt ist, zur Meinung verleitet werden, in Österreich bestände wirklich etwas, was der Freiheit der Meinungsäußerung halbwegs ähnlich sieht. Aber unser Staatsgrundgesetz ist nicht nur ein Prunkmöbel, sondern auch ein Raritätenkasten mit geheimen Fächern und doppeltem Boden. Es enthält ja auch andere Prachtstücke: die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz, die unbeschränkte Freizügigkeit, die Unverletzlichkeit des Eigentums, des Hausrechtes und des Briefgeheimnisses, die Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre usw., aber jedes dieser Grundrechte trägt seine eigene Verneinung an sich, und in bezug auf die Rede- und Preßfreiheit sind es die Worte: „innerhalb der gesetzlichen Schranken", welche den eigentlichen Wert und Gehalt dieses Grundrechtes bestimmen oder vielmehr auf nichts reduzieren.

Die gesetzlichen Schranken des Preßgesetzes wurden aufgerichtet schon lange vor dem Staatsgrundgesetz in dem Preßgesetz vom 17. September 1862, in jener ersten Periode des österreichischen Liberalismus, welche durch den Namen Schmerling in ihrer ganzen Beschränktheit genügend gekennzeichnet wird. Die Aufstellung des Artikels 13 der Staatsgrundgesetze, die prinzipielle Anerkennung des Rechtes der freien Meinungsäußerung

---

untersagt, daß einzelne Druckschriften nicht ausgeschlossen werden dürfen, daß das Hausieren mit Druckschriften, ihr Verteilen an öffentlichen Orten nicht untersagt werden darf.

Wir lassen eine Übersicht folgen über den

Inhalt der Broschüre:

hätte, so sollte man glauben, logischerweise zu einer gründlichen Reform oder besser zu einer Beseitigung jenes Preßgesetzes führen müssen. Aber die politische Logik in Österreich hinkt stets auf beiden Füßen, und so wurde im Jahre 1868 nichts weiter getan, als daß einige der ärgsten Schärfen des Gesetzes beseitigt wurden. Wurde ja doch auch durch die Staatsgrundgesetze jenes Erzeugnis der ärgsten Reaktionszeit, die kaiserliche Verordnung vom 20. April 1854*), welche die staatsgrundgesetzlich garantierte freie Meinungsäußerung unter polizeiliche Aufsicht stellt, keineswegs beseitigt.

Es würde uns zu weit führen, bei dieser Gelegenheit wieder einmal deutlich zu machen, welches der eigentliche Grund der sogenannten „Halbheit" unserer liberalen Gesetzgebung ist, aber andeuten wollen wir, was sich umständlich beweisen und durch Tatsachen belegen ließe, daß der entscheidende Grund der Zweizüngigkeit und Zwieschlächtigkeit unserer gesamten politischen Gesetzgebung nicht nur in der Furcht nach oben, sondern vielmehr und vor allem in der Furcht nach unten zu suchen ist. Das österreichische Bürgertum hat die Resultate der Revolution von 1848 erst nach der Schlacht bei Königgrätz einheimsen können. Nicht seine eigene Stärke hat ihm zum Siege verholfen, sondern die Schwäche der anderen. Als es aber in den Jahren 1867 und 1868 daranging, seiner Herrschaft gesetzlichen Ausdruck zu geben, war es längst nicht mehr erfüllt von den Idealen des „tollen" Jahres. Im Jahre 1848 war es für die Gleichberechtigung aller Menschen auf die Barrikaden gestiegen oder hatte vielmehr erlaubt, daß die Proletarier dieses gefährliche Geschäft besorgen. Aber 20 Jahre später war das Bürgertum nicht mehr jener schlanke, freiheitsbegeisterte Jüngling, dessen Herz alle Menschen mit gleicher Liebe umfaßt; es hatte Fett angesetzt und war „vernünftig" geworden; es hatte vom Baume der Erkenntnis gegessen und entdeckt, daß die Gleichberechtigung aller Staatsbürger eigentlich zu bedeuten habe: die Gleichberechtigung aller Besitzenden. Der Legionär war zum Mastbürger geworden. Die alles umfassende Menschenliebe hatte dem Klassenegoismus Platz gemacht. In jenen 20 Jahren hatte in Österreich nämlich eine ökonomische Umwälzung begonnen, welche eine Industrie und mit ihr ein Proletariat schuf, und aus den Vorgängen im benachbarten Deutschland sowie aus den ersten Anfängen einer proletarischen Bewegung in Österreich selbst entsprang für die Gesetzgeber das deutliche Bewußtsein, daß die liberale Bourgeoisie nicht mehr allein auf der Welt sei und daß die politischen Freiheiten, welche sie schaffe, nicht nur ihrem eigenen Privatgebrauch in Handel und Wandel dienen, sondern auch, und zwar in sehr ausgiebiger Weise, von der Arbeiterklasse ausgenützt werden würden. Das ist der

*) Das sogenannte „Prügelpatent" — die Verordnung über das Strafrecht der Polizeibehörden, die damals noch die Prügelstrafe vorsah und deshalb auch, nachdem die Prügelstrafe längst abgeschafft war, im Volksmund noch den Namen des Prügelpatents behielt.

Grund, warum der Liberalismus den Mut nicht fand, gegenüber den dynastischen und feudalen Bedürfnissen nach Reaktion eine ganze Tat zu tun. Der Liberalismus selbst fürchtete sich; er fürchtete jene Freiheiten, die er schaffen sollte, und auf Schritt und Tritt ist es sein Bestreben, dieselben „vor Mißbrauch zu schützen“, das heißt aus ihnen ein Monopol für die Besitzenden zu machen.

Vielleicht ist dieser für die liberale Gesetzgebung charakteristische Zug auf gar keinem Gebiet deutlicher aufzuzeigen als auf dem der Preßgesetzgebung.

A. Die Kaution.

Da haben wir zunächst die schöne Institution der Kaution für Zeitschriften, die öfter als zweimal im Monat erscheinen. Jeder Mensch, der eine Zeitung herausgeben will, wird im vorhinein als verdächtig angesehen, strafbare Handlungen begehen zu wollen; es scheint, daß der Gesetzgeber selbst einsieht, es sei schwer, öffentliche Verhältnisse in Österreich zu besprechen, ohne „zu Haß oder Verachtung aufzureizen“*). Nur „anständige Leute“ sollen Zeitungen herausgeben, wie nur „anständige Leute“ das Wahlrecht haben sollen. Der Befähigungsnachweis für die politische Betätigung liegt — im Geldbeutel. Wer nicht einmal einige tausend Gulden Kaution aufbringen kann, ist ein Lump, der das Maul zu halten hat. Das sind die „gesetzlichen Schranken“ für das im Artikel 13 der Staatsgrundgesetze „jedermann“ gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung.

B. Der Zeitungsstempel.

Noch empfindlicher als die Kaution ist der Zeitungsstempel. Dem Finanzgenie österreichischer Gesetzgeber war es vorbehalten, Mittel zu finden, sowohl die Dummheit als die Aufklärung zu besteuern; neben dem kleinen Lotto steht würdig der Zeitungsstempel. Jedermann hat das „Recht, seine Meinung frei zu äußern“, wer aber von dieser Meinungsäußerung allwöchentlich Kenntnis nehmen will, hat jedesmal einen Kreuzer, gewissermaßen als Strafe, zu zahlen. Denn der Leser zahlt den Stempel, nicht der Herausgeber. Die Preise der österreichischen Zeitungen würden ohne Stempel 3 bis 8 Kreuzer betragen. Der Stempel belastet den Leser also mit einer indirekten Steuer von 12½ Prozent, einem Achtel, für die größeren Blätter und 33⅓ Prozent, also einem vollen Drittel, für die kleineren Blätter. Das ist so das richtige Ideal einer progressiven Steuer; je weniger einer hat, je weniger er konsumiert, desto mehr muß er im Verhältnis zahlen. Der Leser der „Neuen Freien Presse“ zahlt für Morgen- und Abendblatt zusammen, welche ohne Stempel 8 Kreuzer kosten würden, 1 Kreuzer

*) Der § 300 des Strafgesetzbuches, der wegen Vergehens der „Aufwiegelung“ den strafte, der „öffentlich oder vor mehreren Leuten ... zum Haß oder zur Verachtung oder zu grundloser Beschwerdeführung gegen Staats- oder Gemeindebehörden oder gegen einzelne Organe der Regierung ... aufzureizen sucht“.

Stempel, also 12½ Prozent; der Bauer oder Arbeiter muß für sein Wochenblättchen 33⅓ Prozent entrichten, also im Verhältnis fast dreimal soviel. Daß die Verteuerung durch den Stempel die Verbreitung der Zeitungen (und Kalender) beeinträchtigt und dadurch sie auch wieder mittelbar teurer macht, ist selbstverständlich und eine schätzenswerte Nebenwirkung dieser famosen Einrichtung.

Der Zeitungsstempel trägt heute 1,300.000 Gulden; was er dem Staate einbringt, ist also eine wahre Lappalie im Vergleich zu dem ungeheuren Schaden, welchen er der geistigen und politischen Entwicklung des Volkes zufügt. Das hindert aber nicht, daß dieselben Leute, welche auf den leisesten Wink der Regierung Millionen nach Millionen für die Militärauslagen bewilligen, genaue Rechner werden und haarscharf beweisen, der Staat würde bankrott werden ohne die „elende Million“, welche für den Zeitungsstempel eingeht. Gerade der Umstand, daß diese „geistige Verzehrungssteuer“ wenig empfindlich ist für die Besitzenden, eine schwere Last aber für die Besitzlosen, gerade dieser Umstand verursacht, daß der Kampf gegen den Zeitungsstempel trotz allen schönen Worten im letzten Moment stets jenem geduldigen und ergebenen Opfermut Platz macht, mit dem unsere „Volksvertreter“ die Lasten, welche sie dem Rücken des Volkes aufladen, zu bewilligen gewohnt sind. Der Zeitungsstempel verdankt seine Einführung in der heutigen Form nicht einem Gesetz, sondern einer Verordnung, welche 1857 erlassen wurde, zur reaktionärsten Konkordatszeit; sie war eine politische Maßregel zur Niederhaltung der Presse; das fiskalische Interesse war bei der Geringfügigkeit des Ertrages zu jener Zeit gewiß ganz nebensächlich. Der liberale Schwung der neuen Ära aber reichte nicht einmal dazu aus, dieses Hemmnis zu beseitigen. Unzählige Petitionen wurden im Laufe der Jahre eingebracht, ganze Ballen von Papier sammelten sich in den Papierkörben der verschiedenen Preßausschüsse. Umsonst! Es geschah, was immer im österreichischen Abgeordnetenhaus geschieht. Sooft eine freisinnige Maßregel in der harmlosen Form der „Resolution“ der Regierung empfohlen werden sollte, fand sie eine große, begeisterte Majorität. Sobald über dieselbe Sache ein Gesetzentwurf vorlag, welcher mehr bedeuten konnte als Sand in die Augen des Volkes, wurde er auf einen Wink der Regierung gehorsam abgelehnt. Am 18. Juni 1872 wurde eine Resolution angenommen, „die Regierung werde ersucht, die Aufhebung des Zeitungsstempels in die reiflichste Erwägung zu ziehen“. Am 20. Februar 1874 hat das Parlament selbst Gelegenheit, das zu tun, um was es die Regierung vor zwei Jahren ersucht hat. Der Antrag Fux auf Abschaffung des Zeitungsstempels kommt zur zweiten Lesung; eine Reihe großer Reden wird gehalten, der Kultur, der Wissensverbreitung, der Aufklärung, der Presse werden sehr hübsche Komplimente gemacht, aber der Finanzminister Pretis erklärt, auf die Million nicht verzichten zu können, und mit 129 gegen 114 Stimmen lehnt das Haus die Erfüllung seines eigenen Wunsches ab. Kronawetter hatte die namentliche Ab-

stimmung beantragt, und diesem Umstand ist es zu danken, daß wir es heute annageln können, daß auch Leuchten des Liberalismus und des Fortschrittes, wie Eduard Sueß und Ernst v. Plener gegen die Aufhebung des Zeitungsstempels gestimmt haben.

Seitdem ließ man es nicht mehr zu einer Diskussion über diesen Gegenstand kommen. Alle diesbezüglichen Anträge kamen entweder nicht einmal zur ersten Lesung oder verendeten still in irgendeinem Ausschuß. Dagegen ist es sehr bezeichnend, daß die Inseratensteuer, welche früher bestand, längst aufgehoben ist. Auch sie war drückend, insbesondere für die großen Zeitungen, die „Weltblätter", deren größte Einnahme neben der „Texteinschaltung" dem Inseratenteil entspringt. Sie störte vor allem das Geschäft; sie war eine Last für die Besitzenden, darum ist sie schon 1874 gefallen. Der Zeitungsstempel hindert „nur" die politische Bildung, er fällt „nur" für die besitzlosen Volksklassen ernstlich ins Gewicht; darum besteht er noch heute*).

C. Das „objektive Verfahren".

Aber nach dem Staatsgrundgesetz darf die Presse auch „nicht unter Zensur gestellt werden", und das bedeutet in der Praxis

☛ Konfisziert! ☚

Und das nennt sich „liberale" Gesetzgebung**)!

D. Die Verschleißlizenz.

Wenn von „Meinungsäußerung" die Rede ist, steht deren „Freiheit" in bezug auf ihren Inhalt erst in zweiter Linie; wie es mit ihr aussieht, haben wir kurz angedeutet. Noch wesentlicher ist aber die „Äußerung" an sich. Der Artikel 13 des Staatsgrundgesetzes gewährleistet die Freiheit, seine „Meinung durch Druck frei zu äußern". Was heißt das? Doch nicht etwa nur das Recht, seine Meinung drucken zu lassen! Damit wäre, wenn selbst alle die Zwangsanstalten nicht beständen, von denen bisher die Rede war, gar nichts geboten. Das Recht der Meinungsäußerung schließt das Recht der Verbreitung der Drucksache in sich. Eine Meinung, die gedruckt ist, ist darum noch lange nicht „geäußert". Das ist sie erst, wenn sie auch dem Leser durch den Druck mitgeteilt wird. Die schönste Preßfreiheit ist ganz wertlos, wenn die Verbreitung gehindert wird, wie die schrankenloseste Redefreiheit absolut nichts nützt, wenn niemand zuhören darf; es ist das Recht — Monologe zu halten.

Der geneigte Leser ist, an dieser Stelle angelangt, vielleicht geneigt, den Verfasser wegen Ehrenbeleidigung zu belangen, weil

*) F. v. Lißt, Lehrbuch des österreichischen Preßrechts, Leipzig, 1878, S. 381. (Anm. von v. a.)

**) Der konfiszierte Text ist in seinem Wortlaut nicht bekannt; wir geben daher die Stelle so, wie sie in der Broschüre aussieht.

er ihm Dinge auseinandersetze, die nicht einmal einem Botokuden unklar sein können. Aber der Leser erwäge gefälligst, daß es sich hier um die österreichische „Preßfreiheit“ handelt, bei deren Erforschung man daran irre wird, daß man seine Muttersprache verstehe. Denn wenn wir bis jetzt darlegen mußten, daß unsere Preßfreiheit dem berühmten Messer ohne Klinge gleiche, so kommen wir nunmehr zu dem Nachweis, daß dem Messer auch der Stiel fehle.

Das Recht auf Verbreitung einer Druckschrift ist nämlich nach österreichischem Gesetz durchaus nicht ein selbstverständlicher, integrierender Teil des Rechtes auf Freiheit der Meinungsäußerung durch den Druck, welche durch das Staatsgrundgesetz „jedermann“ gewährt ist. Das Recht auf Verbreitung ist nämlich niemand gewährt, dem sie nicht ausdrücklich gestattet ist. Durch diesen Umstand werden die Fesseln der Verbreitung der Meinung noch drückender als diejenigen, welche den Inhalt der Meinung betreffen.

Nämlich — „die Presse darf nicht durch das Konzessionswesen beschränkt werden“, heißt es im Staatsgrundgesetz: das bedeutet in der Praxis: Kaution und Verschleißlizenz. Von der Kaution haben wir oben gesprochen; die Verschleißlizenz bedeutet aber ein ganz anders einschneidendes Ding.

§ 3 des Preßgesetzes lautet:

Das Recht zur Erzeugung, zum Verlag von Druckschriften und zum Verkehr mit denselben wird durch die Gewerbegesetze geregelt.

Es steht aber jedermann frei, von ihm allein oder unter Mitwirkung anderer, jedoch nach einem von ihm entworfenen selbständigen Plan verfaßte Schriften in Selbstverlag zu nehmen und in seiner Wohnung oder einem anderen ausschließlich dazu bestimmten Lokal für eigene Rechnung zu verkaufen.

Von der Eröffnung eines solchen Lokals ist jedoch der Sicherheitsbehörde vorläufige Anzeige zu erstatten. Die Nichtbeachtung dieser Vorschriften ist als Übertretung mit einer Geldstrafe von zehn bis hundert Gulden zu ahnden.

Das Recht zur Herausgabe einer periodischen Druckschrift (§ 10) schließt auch das Recht zum Verlag derselben in sich.

Absatz 5.

Übrigens kann die politische Landesstelle den Verkauf periodischer Druckschriften, die Sicherheitsbehörde des Ortes aber den Verkauf von Schulbüchern, Kalendern, Heiligenbildern, Gebeten und Gebetbüchern bestimmten Personen für einen zu bezeichnenden Bezirk auf Widerruf bewilligen.

Wenn man also für eine Zeitung Kaution erlegt, den Stempel gezahlt hat und sie vom Staatsanwalt sündenfrei erkannt wurde, dann hat man das Recht, sie „in seiner Wohnung oder einem anderen ausschließlich dazu bestimmten Lokal“ zu verkaufen; außerhalb dieser „ausschließlich dazu bestimmten Lokale“ darf nicht einmal der Redakteur oder Herausgeber selbst sein Blatt zum Verschleiß bringen. Aber freilich, neben der Peitsche

gibt es auch das Zuckerbrot für die Kinder — wenn sie brav sind. Die politische Landesstelle darf den Verkauf von Zeitungen bestimmten Personen „auf Widerruf bewilligen"; und wirklich werden gewisse Zeitungen ganz allgemein in Tabaktrafiken, Papierhandlungen usw. zum Einzelverschleiß zugelassen. Die Regierung hat den Schlüssel zum Eingang in das Paradies des Einzelverkaufs, und sie öffnet nur, wem sie wohl will. Die Verschleißlizenz ist ein Machtmittel in der Hand der Regierung, welches noch weit wirksamer ist als das „objektive Verfahren". Man lernt schließlich schreiben; der Leser lernt zwischen den Zeilen lesen. Die Übung hat die Technik in der Expedition von Zeitungen so vervollkommnet, daß bei Blättern, welche häufig der Konfiskation verfallen, die Staatsanwaltschaft selten viel „erwischt". Oder aber es wird der Zensur die Maske vom Gesicht gerissen und der Staatsanwaltschaft ein bloßer Bürstenabzug als Pflichtexemplar überreicht, an welchem sie ihren „objektiven" Gelüsten ohne Schaden für das Blatt frönen kann; mit dem Druck aber wird erst begonnen, bis das Blatt die Zensur passiert hat. Eine erniedrigende, beschämende Methode allerdings, aber unvermeidlich gegenüber gewissen Staatsanwälten. Was soll man aber gegenüber dem Verbot des Verschleißes tun?

Ganz einfach, ist die Antwort, so viele „ausschließlich dazu bestimmte Lokale" errichten, als man für notwendig hält; von der Eröffnung aber der Behörde vorläufige Anzeige erstatten. Von den vielfachen Schikanen, die mißliebigen Blättern bei solchen Anzeigen zugefügt werden, wollen wir ganz schweigen. Der wichtigste Punkt ist, daß kleine und billige Tagesblätter nicht die ungeheuren Kosten für solche Verkaufslokale zu tragen imstande sind, daß die gesamte heute noch verschleißfähige Presse vor der Zuchtrute der Entziehung zittern muß und daß so die Regierung dieselben sicher im Zaume hält. Ohne Anklage, ohne Richterspruch, ohne Urteil ist die Regierung in der Lage, über jedes Blatt eine Geldstrafe zu verhängen, welche es ruiniert. Und vor allem kann sie das — ohne Verantwortung. Sie will es, das genügt. Sie steht niemand Rede, und niemand hat das Recht zu fragen. Wie bequem ist das!!

Freilich ist seit dem Jahre 1883, wo den beiden Blättern der Steyrermühlgesellschaft („Neues Wiener Tagblatt" und „Österreichische Volkszeitung") der Verschleiß entzogen wurde*), gegen

*) Am 27. Jänner 1883 hatte die niederösterreichische Statthalterei unter Berufung auf § 3, Absatz 5, des Preßgesetzes, den Zeitungsverschleißern die Erlaubnis zum Verschleiß des „Neuen Wiener Tagblattes" und der „Konstitutionellen Vorstadt-Zeitung" (der späteren „Österreichischen Volkszeitung" und nachmaligen „Volkszeitung") untersagt. Der liberale Abgeordnete und ehemalige Justizminister Dr. Herbst interpellierte deshalb am 30. Jänner 1883. Darauf erwiderte Graf Taaffe am 16. Februar 1883, indem er die oppositionelle Presse angriff, die Landesregierung könne den Verkauf von Druckschriften bestimmten Personen gegen Widerruf bewilligen, demnach auch den Widerruf aussprechen und diese Befugnis sei an keine besondere Bedingung geknüpft. Wenn Blätter mit einer seit geraumer Zeit wahrgenommenen Beharrlichkeit durch tendenziöse

kein anderes in derselben Weise vorgegangen worden. Aber es wurde auch keinem neuen Blatte der Verschleiß bewilligt und dadurch ein Monopol geschaffen, dessen Wert geradezu unberechenbar ist.

Wen aber trifft auch diese famose Einrichtung am härtesten? Die besitzlosen Volksklassen. Die wohlhabenden Leser der großen Bourgeoisblätter sind sehr wohl imstande, den Abonnementsbetrag für ein Quartal, für einen Monat zum mindesten, auf einmal bar auf den Tisch zu legen und sich das Blatt durch den Austräger auf den Frühstückstisch legen zu lassen. Anders der Arbeiter, der kleine Beamte, der kleine Handwerker, der zur Not sich täglich für seine Zeitung 3 bis 4 Kreuzer abkargen kann, aber selten einen ganzen Gulden dafür ausgeben kann. Dazu kommt, daß natürlich die Kosten für die Verschleißlokale ebenso wie für den Stempel der Leser trägt, nicht etwa das Zeitungsunternehmen. Das Blatt wird um so teurer, je kostspieliger seine Herstellung und Administration, je beschränkter seine Verbreitung ist. Und die Last trägt der Konsument. Wie die Hauszinssteuer mit allen ihren verschiedenen Zuschlägen, welche angeblich eine direkte Steuer ist, nicht den Hausbesitzer belastet, sondern den Mieter, und zwar um so drückender und härter, je ärmer dieser Mieter ist, genau ebenso wird diese ganz besondere Belastung der Presse nur dem kleinen Mann empfindlich.

Die Verschleißlizenz steht also nicht allein im Widerspruch mit der Preßfreiheit, mit dem Staatsgrundgesetz, sie ist auch ein Machtmittel in der Hand der Regierung, ein Hebel der politischen Korruption, und sie befördert ganz außerordentlich jede andere Art von Preßkorruption. Die Blätter, welche „öffentliche Meinung" verschleißen, wie der Selcher Würste, erhalten durch die Verschleißlizenz und ihre willkürliche Handhabung entweder den Antrieb, sich der Regierung zu verkaufen, oder, im Falle sie glauben, mit einer oppositionellen Haltung ein besseres Geschäft zu machen, sich um so schamloser der Bestechung durch Banken und Börsengruppen preiszugeben, um so schamloser ihre Existenz auf der

Schilderung von Vorgängen auf dem Gebiete des öffentlichen und privaten Lebens die Leidenschaften der großen Menge aufregen, wenn Presseerzeugnisse geradezu Anstoß erregende Ankündigungen und Darstellungen, die geeignet seien, auf das sittliche Gefühl weiter Kreise der Bevölkerung schädigend einzuwirken, verbreiten, so sei die Regierung nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet, die ihr zur Verfügung stehenden Mittel in Anwendung zu bringen. Herbst beantragte darauf, diese Antwort an den Ausschuß zur Prüfung zu überweisen und eine authentische Interpretation des § 3, Absatz 5, zu schaffen. Der Antrag wurde aber abgelehnt.

In der Debatte verwies der Alttscheche Dr. Zeithammer darauf, daß auch Herbst als Justizminister vor elf Jahren vier tschechischen Blättern in Prag den Einzelverschleiß entzogen habe. Darauf erwiderte wieder Herbst, das sei geschehen, weil diese Blätter die kaiserlichen Beamten „k. k. Lumpen" nannten und das kaiserliche Patent auf weiches Papier druckten und als Flugschriften in die Anstandsorte werfen ließen...

Pflege von Schwindelinseraten, Anpreisung von Geheimmitteln usw. aufzubauen. So zahlt das Volk doppelt die Zeche: die Verfälschung seiner geistigen Nahrung wird systematisch und offiziell gezüchtet, und diese verfälschte Nahrung muß es teuer kaufen.

Die Praxis, die Gewährung der Verschleißlizenz zu einer „Gnade" zu machen, hat es so weit gebracht, daß kein Blatt, welches Parteiinteressen ernstlich vertritt, auch nur darum einschreiten darf. Das Gesuch wäre aussichtslos, gewiß; wenn aber durch einen unerhörten Zufall ein Blatt die Verschleißlizenz erhielte, dann wäre es noch ärger daran: es wäre gebrandmarkt als verkauft an die Regierung, als Verräter an seiner Partei. Das sind die Zustände, welche unser Preßgesetz mit sich führt.

E. Das Verbot der Kolportage: § 23 des Preßgesetzes.

In Österreich wird also die Presse behandelt wie ein wutverdächtiger Hund: sie unterliegt nicht nur dem Maulkorbzwang, sie wird auch an der Leine geführt.

Dieses Mißtrauen gegen alles, was gedruckt ist, dieser Widerwille gegen das Lesen bezieht sich durchaus nicht nur auf die Zeitungen, auf die periodischen Druckschriften. „Man" wünscht überhaupt nicht, daß viel gedruckt werde, und läßt sich das Drucken schon nicht verhindern, so soll doch wenigstens so wenig als möglich gelesen werden. Das ist der Geist, von dem unsere Preßgesetzgebung erfüllt ist. Seine erste Fleischwerdung erlebte er bezeichnenderweise unter der Ägide des Feldmarschalls Fürsten Windischgrätz. Noch während der Belagerungszustand in Wien herrschte, am 20. Dezember 1848, dekretierte der Minister des Innern: „Das öffentliche Anschlagen von Plakaten und Flugschriften, das Austeilen, Ausrufen und Verkaufen derselben an öffentlichen Orten und auf der Straße sowie das Hausieren mit denselben ist für jedermann unbedingt verboten." Und nach dem heiteren Zwischenspiel der „Reichsverfassung" vom 4. März 1849, in welcher natürlich „jedermann" das Recht erhält, „seine Meinung frei zu äußern", und ebenso natürlich Gesetze „gegen den Mißbrauch der Presse" in Aussicht gestellt werden, erschien endlich am 27. Mai 1852 die berühmte „Preßordnung". Dieses während der Herrschaft der ärgsten Reaktion entstandene Gesetz enthält schon voll und ganz unsere noch heute geltenden Bestimmungen über die Kolportage; die liberale Gesetzgebung der Jahre 1862 und 1867 hat an den Prinzipien, welche Windischgrätz und Bach auf die Presse anwendeten, nicht gerüttelt. Ja, es liegen Äußerungen vor, welche klar beweisen, daß die Erzväter des Liberalismus in diesem Punkte nicht anders denken als die Helden der „finsteren Reaktion", welche sie sonst nicht genug verdammen können.

Sehen wir uns einmal das Ding an. Vor allem ist zu bemerken, daß, wenn der periodischen Presse gegenüber die im Staatsgrundgesetz ausdrücklich aufgehobene Zensur unter der Verkleidung des „objektiven Verfahrens" erscheint, sie in bezug auf die nichtperiodische Presse jede Verhüllung verschmäht. § 17 des Preß-

gesetzes bestimmt, es sei „von jeder anderen (nichtperiodischen) Druckschrift, welche nicht mehr als fünf Bogen im Drucke beträgt, wenigstens 24 Stunden vor der Austeilung oder Versendung bei der Sicherheitsbehörde des Ausgabeortes und an Orten, wo ein Staatsanwalt seinen Sitz hat, auch bei diesem ein Exemplar zu hinterlegen". Der Staatsanwalt und die Polizei haben also 24 Stunden Zeit, zu überlegen, ob sie die Druckschrift passieren lassen oder mit ihr „objektiv verfahren" wollen!! Und da behauptet man, in Österreich gäbe es keine Präventivzensur! Worauf stützt sich diese Behauptung? Einzig und allein auf den Artikel 13 der Staatsgrundgesetze; es gibt auf der ganzen Welt kein geduldigeres Papier als jenes, auf welchem diese Staatsgrundgesetze gedruckt werden. Natürlich kann auch da die Behörde milde Praxis üben und die Austeilung und Versendung auch vor Ablauf der Frist gestatten. Diese echt österreichische Methode macht die Sache natürlich nicht besser, sondern schlechter und erlaubt die Protegierung „anständiger" Personen und „anständiger" Parteien.

Dazu kommt, daß für die pünktliche Ausführung dieser Bestimmung nicht der Verfasser oder Herausgeber der Flugschrift oder Broschüre, sondern der Drucker derselben haftbar ist, daß er nicht einmal dem Besteller und Eigentümer der Druckschrift dieselbe vor Ablauf von 24 Stunden abliefern darf. Diese Bestimmung ist es, welche verursacht, daß es kein Land gibt, in welchem so wenig Broschüren erscheinen als in Österreich, daß man bei uns die Flugblattliteratur einfach nicht kennt. „Um so besser!" sagen natürlich die Mandarine mit zwölf Knöpfen.

Nun aber kommt jene Beschränkung der Presse, welche für Österreich ganz besonders auszeichnend ist. Den Zeitungsstempel hat noch ein anderer „Kulturstaat" — nämlich die Türkei; das Verbot der Kolportage existiert nur in Österreich einzig und allein.

In Frankreich, Italien, England, Deutschland, ja in Rußland werden Zeitungen an jeder Straßenecke ausgerufen und feilgehalten. In Österreich ist das eine Übertretung, die mit Geldstrafe von 5 bis 200 fl. bestraft wird.

Die bezügliche Bestimmung lautet:

§ 23 P.-G.

„Das Hausieren mit Druckschriften, das Ausrufen, Verbreiten und Feilbieten derselben außerhalb der hiezu ordnungsmäßig bestimmten Lokalitäten und das Sammeln von Pränumeranten oder Subskribenten durch Personen, welche nicht mit einem hiezu von der Sicherheitsbehörde besonders ausgestellten Erlaubnisschein versehen sind, ist verboten. Ebenso ist das Aushängen oder Anschlagen von Druckschriften in den Straßen oder an öffentlichen Orten ohne besondere Bewilligung der Sicherheitsbehörde untersagt.

Dieses Verbot bezieht sich jedoch nicht auf Kundmachungen von rein örtlichem oder gewerblichem Interesse, als: Theaterzettel, Ankündigungen von öffentlichen Lustbarkeiten, von Vermietungen, Ver-

käufen und dergleichen. Doch dürfen auch solche Ankündigungen nur an den von der Behörde hiezu bestimmten Plätzen angeschlagen werden. Die Verletzung dieser Vorschriften wird an dem Schuldtragenden als Übertretung mit einer Geldstrafe von fünf bis zweihundert Gulden bestraft. Die bei ungesetzlicher Verbreitung ergriffenen und die verbotswidrig angeschlagenen Druckschriften unterliegen dem Verfall.

Zwei Bestimmungen sind hier fixiert. Erstens der Straßenverkauf von Druckschriften ist unbedingt verboten und damit auch das Hausieren mit den Zeitungen (nicht nur in den Häusern, sondern ebenso in öffentlichen Lokalen, in Gast- und Kaffeehäusern). Zweitens zum Sammeln von Abonnements*) ist eine besondere polizeiliche Erlaubnis nötig, eine Erlaubnis, welche, wohlgemerkt, nicht ein für allemal und allgemein, sondern für jede einzelne Druckschrift besonders erworben werden muß. § 12 der bezüglichen „Amtsinstruktion" sagt außerdem, daß, wenn es sich um „ausländische Druckschriften handelt, die Sicherheitsbehörde an den politischen Landeschef Bericht zu erstatten und dessen Erledigung abzuwarten habe". Wie aus einer Petition des Wiener Buchhändlergremiums an den Reichsrat hervorgeht, lassen diese „Erledigungen" oft so lange warten, bis das ganze Lieferungswerk längst erschienen, wenn nicht längst veraltet ist. Außergewöhnlich vorsichtige „politische Landeschefs" verlangen, daß man ihnen vor der Bewilligung zur Sammlung von Pränumerationen auf ein Lieferungswerk — das ganze Buch vorlege, was sich zum Beispiel bei Meyers Konversationslexikon und derlei größeren Werken als besonders praktisch empfiehlt!

Wir betreten nämlich jetzt ein Gebiet, auf welchem der Scharfsinn aller Behörden die höchsten Triumphe feiert. Der § 23 des Preßgesetzes ist eine unerschöpfliche Quelle denkwürdiger Richtersprüche und kostbarer Entscheidungen. Es ist ja ganz natürlich, daß ein solcher Paragraph dem Belieben oder sagen wir der — Einsicht des Beamten den weitesten Spielraum gewährt. Doch davon später; jetzt sei nur festgestellt, daß der § 23 von allen Ketten, die unsere Presse fesseln, die schwerste ist und daß auch diese am härtesten die Presse der Arbeiter, der besitzlosen Volksklassen überhaupt belastet.

Billige Literaturerzeugnisse sind eben nur möglich durch Massenabsatz. Massenabsatz ist aber wieder nur möglich, wenn die Verbreitung auf alle Weise erleichtert wird. Der Arbeiter, der Bauer hat nicht Zeit und Gelegenheit, in die Buchhandlung zu gehen und ein Buch, eine Broschüre, eine Zeitung zu kaufen. Er erfährt gar nicht, daß die Literatur, für welche er Interesse hat, existiert. Ja sein Bedürfnis kommt ihm nicht einmal zum Bewußtsein, wenn es noch so dringend ist, wenn er aber nie

*) Wenn § 23 vom „Sammeln von Pränumeranten und Subskribenten" spricht, ist das Amtsstil und nicht wörtlich zu nehmen. So weit hat sich die Sammelwut wohl noch niemals vergessen, daß sie gleich die pränumerierenden Personen selber mitnimmt; auch dem eifrigsten Verleger handelt es sich nur um ihr Geld. (v. a.)

die für ihn nützlichen, ja notwendigen Schriften zu Gesicht bekommt. Es gibt gar kein besseres Mittel, um ein Volk in Dummheit zu erhalten, es politisch wehrlos, seine Interessen zu verfolgen, ja auch nur zu verstehen, unfähig zu machen, als wenn man ihm die Literatur, Presse, Broschüren und Bücher systematisch fernhält. Das aber erreicht der § 23 in ganz ausgezeichneter Weise. Es ist gar keine Übertreibung, wenn wir erklären, daß für einen sehr großen Teil unseres Volkes in Österreich die Erfindung Gutenbergs einfach nicht existiert. Unser Landvolk verlernt das Lesen, weil es keine Gelegenheit hat, es zu üben; das Gebetbuch, dessen Verbreitung erlaubt ist, wissen sie auswendig. Aber gerade das wird ja gewünscht. Man will auch solche Druckschriften, an denen der scharfsinnigste Staatsanwalt nichts Gefährliches finden kann, nicht unter die Leute kommen lassen. Die „Intelligenz" der wenigen soll herrschen, nicht die „brutalen Instinkte" der Massen. Es ist sehr charakteristisch, daß nicht einmal die Gesetzbücher in billigen Volksausgaben existieren, und gäbe es dergleichen, § 23 würde mit Erfolg ihre Verbreitung hindern. Für öffentliche Dinge ist der Beamte da, für „wissenschaftliche" der Lehrer und für religiöse der Pfarrer; wenn der Bauer die Steuerexekutionsbollette lesen kann, ist das genügend; und deren Verbreitung steht kein § 23 im Wege.

Am schwersten trifft natürlich der § 23 die Arbeiterpresse. Für Druckschriften sozialdemokratischer Tendenz von der Sicherheitsbehörde einen Erlaubnisschein zur Sammlung von Abonnements erwirken zu wollen, wäre natürlich purer Unsinn. Die Behörde ist an Gründe nicht gebunden, und keinesfalls braucht sie dieselben mitzuteilen. Der § 12 der „Amtsinstruktion" sagt ausdrücklich, es sei bei der Erteilung jener Scheine „auf die Beschaffenheit jener Druckschriften", welche verbreitet werden sollen, zu sehen; und das genügt vollkommen. Was folgt daraus? Zunächst, daß die Verbreitung der Volksliteratur, insbesondere der Arbeiterpresse, in Österreich eine sehr geringe ist. Das erhellt schon aus folgenden Ziffern, die wir aus den Angaben der Hübnerschen Tafeln berechnet haben. Die Zahl der Zeitschriften, welche auf eine Million Einwohner entfallen, beträgt in:

England	(im Jahre 1865)	90
Frankreich	(„ „ 1885)	114
Deutschland	(„ „ 1891)	129
Belgien	(„ „ 1888)	145
Schweiz	(„ „ 1886)	231
Vereinigte Staaten von Nordamerika .	(„ „ 1889)	259
Dänemark	(„ „ 1884)	400
Österreich		**70**

Und das sind Ziffern, welche nur die Zahl der Zeitschriften angeben; wenn wir die Zahl der gedruckten und verbreiteten Exemplare kennen würden, wäre mit noch viel größerer Sicherheit zu erkennen, daß Österreich das politisch am meisten rückständige Land ist. Bei den Ziffern für England und

Frankreich insbesondere ist ins Auge zu fassen, daß Zeitungen, welche Auflagen von 100.000 und 200.000 Exemplaren haben, dort durchaus nicht selten sind, während es kaum zwei bis drei österreichische Blätter gibt, die 30.000 Exemplare an einzelnen Tagen erreichen oder gar übersteigen.

Aber ein Zweites ist noch die Folge dieser gesetzlichen Bestimmungen. Insoweit die Volksliteratur und insbesondere die Arbeiterpresse in Österreich Verbreitung findet, geschieht das in ganz bewußter und planmäßiger Umgehung des § 23 des Preßgesetzes. Wir erklären ganz offen, daß die vielen Tausende von Zeitungsexemplaren, welche die Sozialdemokratie allwöchentlich unter die Massen wirft, zum allergrößten Teil mit Übertretung des Verbotes der Kolportage verbreitet werden; wir erklären weiter, daß jede andere Partei, welche ihre Presse wirklich in den Massen verbreitet, vor allem die klerikale Partei, genau dasselbe tut und tun muß.

Solange der § 23 des Preßgesetzes besteht, wird er von uns systematisch umgangen werden; wir müssen es tun und werden es tun. Ein Gesetz, welches einer politischen Partei verbietet, ihre Schriften zu verbreiten, muß es sich eben gefallen lassen, tagtäglich verletzt zu werden, genau wie eine Verordnung, die einem Menschen verbieten würde zu atmen. Und was wir da sagen, ist keineswegs ein Geheimnis, am allerwenigsten den Behörden. Im Polizeibezirk Wien allein haben die Bezirksgerichte alljährlich über zirka **300 Übertretungen** des § 23 P.-G. abzuurteilen, und es ist der Staatsanwaltschaft sehr wohl bekannt, daß das lange noch nicht **ein** Prozent der Fälle ist, in welchen diese „Übertretung" wirklich begangen wird. Die Herren Gesetzgeber und ihre Exekutivorgane haben die Wahl, entweder die öffentliche Kolportage zu gestatten respektive den § 23 P.-G. aufzuheben – oder zu sehen, daß das Gesetz täglich und stündlich auf jede mögliche Weise übertreten wird. Wenn die Herren glauben, daß auf diesem zweiten, dem bisherigen Wege „die Achtung vor dem Gesetz" in der Bevölkerung wirksam erhalten und verbreitet wird, mögen sie es ruhig dabei belassen. Unsere Sache ist es ja nicht, uns darüber zu echauffieren. Für uns, für die Arbeiterpresse, ist es einfache Pflicht und Existenzbedingung, uns mit diesem Gesetz abzufinden. Wir tun es, indem wir die Strafgelder auf das – Spesenkonto schreiben.

Eines wird allerdings erreicht; es wird verhindert, daß die Arbeiterblätter öfter als wöchentlich erscheinen. Dahin wirken ja schon Kaution und Stempel, aber noch entschiedener der § 23. Denn die ungesetzliche Kolportage erfordert eine gewisse Zeit zur Durchführung und läßt sich beim besten Willen und trotz der bewundernswerten Aufopferung unserer Parteigenossen nicht leicht öfter als wöchentlich einmal veranstalten. Dabei konstatieren wir ausdrücklich, daß diese Verbreitung nicht etwa geheim ist, wohl aber ungesetzlich!

Es ist nämlich „ungesetzlich" und „verbotene Kolportage", wenn ein Mann in unser Expeditionslokal kommt, dort zehn Exemplare

kauft und sie an zehn Arbeitsgenossen in der Werkstatt weitergibt. Vielleicht wird ein Freispruch möglich sein, wenn er beweisen kann, daß jeder der zehn Mann ihm im vorhinein sechs Kreuzer gegeben und ihn mit der Abholung beauftragt habe. Aber unter zehn Richtern werden sicher sechs entscheiden, selbst wenn dieser oft schwer zu erbringende Beweis geliefert wäre, unser Mann habe „ohne Erlaubnisschein Pränumeranten gesammelt“ und sei schuldig der Übertretung des § 23. Wird der Beweis aber nicht erbracht, dann hat der Angeklagte Druckschriften „außerhalb der hiezu ordnungsmäßig bestimmten Lokalitäten verteilt oder feilgeboten“ und ist um so sicherer schuldig.

Wir behaupten entschieden: erstens, daß keine Behörde, von der Polizei aufwärts bis zum Reichsgericht, weiß, wie der § 23 auszulegen sei; zweitens, daß eben darum jede Behörde in jedem einzelnen Falle ihn auslegt, wie es ihr gerade paßt; und drittens, daß es keinen Menschen in ganz Österreich gibt, der nicht den § 23 schon übertreten hätte.

Als klassischen Zeugen für die erste Behauptung gestatten wir uns, einen k. k. Polizeikommissär zu zitieren, Dr. A. Rosenbaum, der jahrelang im Preßbüro der Wiener Polizeidirektion tätig war und eine eigene Broschüre*) über den § 23 geschrieben hat, in welcher die Konfusion sämtlicher Behörden sehr zart und respektvoll, aber nicht minder erbaulich geschildert ist. Man denke, wie weit es gekommen sein muß, wenn ein k. k. Polizeikommissär findet, daß diese Dinge „einer tief eingreifenden Reform dringend bedürftig sind“, wenn man „den immer lauter werdenden Forderungen des gewerblichen, geselligen und geistigen Lebens gerecht werden will“.

Für unsere zweite Behauptung werden wir einige Fälle aus unserer eigenen Praxis anführen, um sie aber zu beglaubigen, zitieren wir wieder eine unanfechtbare Autorität. Ein österreichischer Richter, der k. k. Landesgerichtsrat Dr. O. Granichstädten, hat vor kurzem eine höchst verdienstvolle Sammlung von gerichtlichen Entscheidungen in Preßsachen**) herausgegeben, welche eines Ehrenplatzes in jedem Raritätenkabinett würdig ist. Es ist geradezu ein kulturhistorisches Monument, das da enthüllt wird. Man greift sich an den Kopf und sucht vergebens, sich den Gehirnzustand von heute lebenden Menschen vorzustellen, in deren Kopf solche Erwägungen Platz haben, wie sie in den meisten der 186 abgedruckten Urteile als „Gründe“ angeführt werden. Auch zum § 23 ist einiges Material zu finden, allerdings nicht sehr viel. In Nr. 109, 110 und 111 wurden uns Erkenntnisse mitgeteilt, welche dartun, daß es eine Übertretung des Verbots der Kolportage ist, wenn Broschen mit eingefügten Nachbildungen verkleinerter Staatsnoten oder Schnupftücher mit dem Bilde des

*) Über den nicht buchhändlerischen Vertrieb von Preßerzeugnissen. Wien 1888. Manz. (v. a.)

**) Das Urheberrecht, Preßgesetz und das objektive Verfahren, erläutert durch gerichtliche Entscheidungen. Wien 1892. C. Konegen. (v. a.)

Kaisers oder Zigarrenspitzen mit dem Bilde Schönerers verkauft werden; das sind nämlich lauter „Preßerzeugnisse“ oder „Druckschriften“! Nach dieser Auffassung macht sich jeder Bierwirt, dessen Deckelgläser die Aufschrift führen: „Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang, der bleibt ein Narr sein Leben lang“ oder ähnliches, der Übertretung des § 23 schuldig. Aber die ältesten Richter und Staatsanwälte trinken unbedenklich aus solchen Gläsern. Jeder richtet eben, wie es jedem jedesmal einfällt.

Recht nett ist auch der Fall Nr. 77. Am 21. November 1880 wurde bei einem Feste beim Schwender ein Programm verteilt, das scherzhaft abgefaßt war und auf dem als „verantwortlicher Redakteur Niemand Willes“ angegeben war. Der Drucker A. wurde von der Anklage, er habe „wissentlich einen falschen Namen angegeben“, freigesprochen, weil das Programm ja gar keine periodische Druckschrift sei. Hingegen der B., der dieses Programm in 300 Exemplaren an die Mitglieder der Festsektion behufs Verteilung an die Gäste übergeben, wurde wegen Übertretung des § 23 verurteilt. Und dann heißt es weiter: „Der von der Verteidigung ausgesprochenen Ansicht, daß im vorliegenden Falle die oberwähnten Restaurationslokalitäten zur Verteilung der Druckschriften ordnungsmäßig bestimmte waren, weil ein Pflichtexemplar der k. k. Staatsanwaltschaft drei Stunden früher übergeben worden sei, bevor die Verteilung der Druckschriften stattfand, hat sich der Gerichtshof nicht angeschlossen, da das Hinterlegen eines Pflichtexemplars bei der Staatsanwaltschaft allein noch nicht hinreicht, um eine Lokalität als zur Verteilung dieser Druckschriften ordnungsmäßig bestimmt erscheinen zu lassen.“

Wie kann man auch glauben, daß zur Verbreitung eines Festprogramms der Festsaal „die ordnungsmäßig bestimmte Lokalität“ sei!!

Selbstverständlich aber ist, daß auch diese absurde Kautschukbestimmung des § 23 gegen verschiedene Leute verschieden angewendet wird, das heißt die politische Tendenz bei ihrer Handhabung die Hauptrolle spielt. Wir möchten zunächst einmal wetten, daß der zuletzt erwähnte Fall (der Name ist nicht genannt) einen Arbeiterverein betroffen habe. Der „Wiener Männergesangsverein“ hingegen oder eine ähnliche Heilanstalt für Knopflochschmerzen hat gewiß nie einen ähnlichen Anstand gehabt. Dafür ist uns ein Fall bekannt, wo ein Genosse, der Zettel verteilte, in welchen nichts als die bloße Ankündigung eines Arbeiterfestes enthalten war, verhaftet wurde und wegen Übertretung des § 23 zwölf Stunden brummen mußte, obwohl „Ankündigungen von öffentlichen Lustbarkeiten“ ausdrücklich erlaubt sind. Aber es stand darauf: „Genossen, erscheint zahlreich!“ und nicht „Hereinspaziert, meine Herren und Damen!!“ und das war die Begründung. Denn wenn unsere Genossen sich versammeln, sei das mehr als eine öffentliche Lustbarkeit, und das ist freilich wahr.

Ein anderer Fall: Rein gewerbliche Drucksorten werden vom § 23 nicht getroffen, zum Beispiel gedruckte Rechnungen, Quittungen usw., ebensowenig wie Fahrkarten und dergleichen. Da fiel es dem Brünner „Volksfreund" ein, zur Deckung seines Defizits (welches dem Verbot der Kolportage geschuldet ist) eine Sammlung einzuleiten und kleine Marken als Quittung auszugeben, von denen jede auf 5 Kreuzer lautet. Nebenstehend ein ziemlich genaues Faksimile in Größe und Form. Sofort war die Brünner Polizei bei der Hand, beschlagnahmte alle Quittungsmarken und klagte die Herausgeber wegen „verbotener Kolportage von Druckschriften, § 23 P.-G." an; vom Polizeikommissär wurden sie auch wirklich verurteilt; das Bezirksgericht sprach sie frei; das Gericht zweiter Instanz, an welches der Staatsanwalt appellierte, hat noch nicht gesprochen!! Alle aber, Richter, Staatsanwälte, Polizisten, selbst der Polizeikommissär Dr. R u e b e r, wissen ganz genau, daß eine Unzahl Vereine, zum Beispiel der „Deutsche Schulverein", seit Jahren solche Marken ausgibt, daß ein „Schneeballen" für das Deutsche Haus in Brünn sich ähnlicher Drucksorten bediente; aber — „gerade wo die Paragraphen fehlen, da stellt der § 23 zur rechten Zeit sich ein!"



Minder harmlos ist es auch, wenn jemand angeklagt wird, das Verbot der Kolportage übertreten zu haben, weil er die beim B e r g a r b e i t e r k o n g r e ß vorgeschlagenen Resolutionen in hektographierten Abzügen an die Mitglieder des Kongresses verteilt habe, ein Vorgang, der in jedem Klub, in jeder wissenschaftlichen oder politischen Gesellschaft unter den Augen der Behörde tagtäglich vorkommt. Der Freispruch erfolgte, weil sich nicht erweisen ließ, daß der Angeklagte der Täter sei; daß die Tat selbst jedoch die Übertretung des § 23 involviere, stellte der Richter ausdrücklich fest.

Am deutlichsten wurde aber die p o l i t i s c h e Bedeutung des § 23 bei den letzten Wahlen. Die Verbreitung des W a h l a u f r u f e s d e r S o z i a l d e m o k r a t e n hat unsere Partei viele Hunderte von Gulden an Geldstrafen und viele Monate an Arrest gekostet. Die Antisemiten dürften auch einiges von Geldstrafen zu erzählen wissen, vielleicht auch die Klerikalen. Jede Partei, welche sich wirklich an die Massen wendet, also in erster Linie die Sozialdemokraten, m u ß den § 23 fortwährend als Hindernis vorfinden und — umgehen. Freilich, die Parteien der Geldprotzen, die geniert er gar nicht. Sie sind in der Lage, i h r e K o l p o r t a g e z u b e z a h l e n, und wer bezahlen kann, der darf alles, für den existiert auch der § 23 nicht. Die Parteien, die Geld haben, stecken einfach ihren Wahlaufruf in einen Umschlag, kleben eine Zweikreuzermarke auf und lassen von Diurnisten die Adressen schreiben. Die k. k. Post übernimmt die Kolportage; die Wahlflugblätter kommen den Wählern pünktlich zu und wandern ebenso pünktlich in den nächsten Papierkorb. Die Verbreitung der Million Wahlflugblätter allein in deutscher Sprache hätte uns, wäre sie auf diesem Weg überhaupt

möglich, mehr als 20.000 fl.[*]) gekostet! Da ist die Übertretung des § 23 entschieden noch immer billiger. In Wien und an anderen Orten wurden einzelne Genossen verhaftet und verurteilt; dagegen läßt sich schließlich nichts anderes einwenden, als daß das Gesetz nicht für alle Parteien gleich angewendet wird, daß bei Sozialdemokraten bestraft wird, was „braven" Leuten erlaubt ist. Wenige Wochen nach den Wahlen zum Beispiel wurde in ganz Wien auf allen Straßen und Plätzen der Text der Thronrede, mit der der Reichsrat eröffnet wurde, unter den Augen der Behörde verkauft. Und gelegentlich des Todes des Kronprinzen Rudolf feierte die Kolportage geradezu Orgien; Extraausgaben aller Zeitungen wurden zu Tausenden am Graben und Stephansplatz verkauft. Die Wächter der Sicherheit waren blind, und uns loyalen Menschen lief es kalt den Rücken hinunter, als wir so schnöde Gesetzesverletzung ohne jede Sühne sahen!

Aber es gibt noch ganz andere Auffassungen. In Nordböhmen, im Reichenberger, Gablonzer, Friedländer Bezirk, da schickten Bezirkshauptmann und Gemeindevorsteher ihre Gendarmen und Gemeindediener von Wirtshaus zu Wirtshaus, aber auch von Privathaus zu Privathaus, und den Leuten wurde das Wahlflugblatt der Sozialdemokraten ohne jeden Schatten eines gesetzlichen Grundes einfach gewaltsam weggenommen. Der Respekt vor der „Heiligkeit des Privateigentums" ist auch seitdem mächtig gewachsen bei den hungernden Hauswebern und Glasarbeitern da oben in Nordböhmen!

Das Verbot der Kolportage greift tief ein in das politische, ja das gesamte öffentliche Leben, und wirkt so lähmend wie keine andere Bestimmung unseres Knebelungsapparates. Der § 23 ist der Feind der Verbreitung von Wissen, von Bildung *an sich*; ohne jede Rücksicht darauf, *welche* Meinung geäußert wird, hindert er *jede* Meinungsäußerung, die Meinung der „Gutgesinnten" in der Praxis freilich etwas weniger als die der „Aufwiegler" und „Hetzer". Aber schließlich gibt es denn doch keine Partei, die nicht wenigstens vorgibt, sich an das Volk wenden zu wollen, welche nicht gern volkstümlich werden möchte, und die nicht Anstrengungen macht, es zu sein. Darum kann es keine politische Partei geben, die nicht für die Aufhebung des § 23 eintreten müßte und keinen Politiker, der es wagen könnte, ihr zu widersprechen.

Die Aussichten der Preßreform und unsere Taktik.

Nachdem wir das Labyrinth unserer Preßgesetzgebung flüchtig durchstreift, bleibt uns noch übrig zu fragen, was von der nächsten Zukunft zu erwarten sei. Sicher ist, daß es keinen Menschen, und sei er selbst Staatsanwalt oder Justizminister, in ganz Österreich gibt, der es wagen würde, sich auf der Gasse zu zeigen, nachdem er von unserem Preßgesetz auch nur ein gutes Wort gesagt. Alle sind darüber einig, daß es nichts gibt, was mehr absurd und be-

[*]) fl. war die Bezeichnung für Gulden (ehemals Florin). Ein Gulden war soviel wert wie bei Einführung der Kronenwährung zwei Kronen, also etwa drei Schilling.

schämend wäre als unsere Preßzustände, nichts, was mehr den geistigen Fortschritt der Massen hindert, nichts, was mehr das Niveau der politischen Bildung herabdrückt und niedrig erhält. Die in Europa beispiellose Versumpfung unseres öffentlichen Lebens hat, soweit nicht tiefere historische Ursachen wirken, zwei Hauptgründe: Die Beschränkung des Wahlrechtes und die Beschränkung der Verbreitung der Presse. Das fühlt jedermann, der jemals die politischen Verhältnisse des Auslandes kennengelernt und sie mit denen Österreichs verglichen hat. Was das Wahlrecht angeht, scheitert zunächst jeder Schritt nach vorwärts an der Feigheit der besitzenden Klassen, an der Angst, mit welcher sie sich an ihr Monopol klammern und an dem Wunsche der Regierung — bequem zu regieren. In Österreich ist eine Oktroyierung des allgemeinen Wahlrechtes, wie sie Bismarck in Deutschland vornahm, nicht zu erwarten. In der Psychologie österreichischer Staatsmänner fehlt jeder Zug, der irgendwie nach Mut aussehen würde; ihre Kunst erschöpft sich im Durchfretten und Fortwursteln*). Das Wahlrecht wird darum vom Proletariat im ernsten Kampf errungen werden müssen.

Und nur um wenig besser steht es mit der Preßreform; aber doch immerhin besser. Unter unseren Preßzuständen leiden freilich am meisten die besitzlosen Volksklassen, aber die Besitzenden doch auch. Jeder, der im öffentlichen Leben steht und nicht geradezu eine neunzackige Feudalkrone im Wappen führt oder einen faustdicken altliberalen Zopf mitschleppt, leidet empfindlich darunter, daß er seine Meinung nicht verbreiten kann. Jede politische Partei, ausgenommen die in jedem Sinne beschränktesten Aristokratien der Geburt, des Beamtentums und des Geldsackes, will auf die Stimmung des Volkes wirken, und jede findet an unserem Preßgesetz ein schier unüberwindliches Hindernis. Daher tauchen in jeder Session des Parlaments eine ganze Reihe von Anträgen zur Preßreform auf, welche in mehr oder minder gründlicher Weise alle geschilderten Übelstände beseitigen wollen. Stets werden sie mit größter, allseitiger Sympathie aufgenommen und stets bleiben sie unerledigt. Sie scheitern schließlich immer an der Feigheit der herrschenden Parteien, welche den Widerstand der Regierung als Sündenbock benützen. Jawohl, es ist den „Liberalen" aller Nationen ein sehr bequemer Vorwand, daß die Regierung nicht will; es ist eine ihnen außerordentlich angenehme und vorteilhafte Pose, wenn sie vor die Bevölkerung hintreten können und pathetisch erklären: „Seht, wir sind ja die Männer des Fortschrittes, wir wollen ja vorwärts — aber leider, die böse Regierung will nicht, sie will nicht!" Dabei blinzeln sie während ihrer schönsten Reden ängstlich nach der Regierungsbank, ob dort doch nur ja die Energie zu finden sein werde, ihren Reformeifer zu dämpfen. „Halts mich, sonst geschieht etwas!!" Das ist ihre Stimmung.

) Die Devise des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe. (Siehe Bd. X, S. 13).

Darum sind wir um so mißtrauischer gegen jeden Antrag auf Reform des Preßgesetzes, je umfassender, je weitgehender er ist. Wir wissen aus Erfahrung, daß alle solche Anträge stets mit gut gespielter Resignation begraben wurden, daß jeder Scheingrund, den ein Minister vorbrachte, als Vorwand genügte, um hinter den fadenscheinigsten Erwägungen den feigen Rückzug zu verbergen.

Es ist kein Zweifel, daß uns auch diesmal eine neue Aufführung der alten Komödie bevorsteht. Eine Reihe umfassender Preßanträge sind eingebracht. Der Antrag Foregger*) bringt nur eine Anzahl von „Grundsätzen" zum Ausdruck, ist also nicht mehr als eine Resolution und mithin der unverbindlichen Sympathien aller Parteien des Hauses sicher; er bedeutet die — Verschleppung. Der Antrag des Jungtschechen Pacák ist ernster zu nehmen; er legt eine Reihe von fertigen Gesetzentwürfen vor, welche Kaution und Stempel sowie das objektive Verfahren aufheben, die 24stündige Frist für Einreichung der Pflichtexemplare nichtperiodischer Druckschriften, die Beschränkungen der Verschleißlizenz und der Kolportage aufheben**). Diese Anträge sind einem Preßausschuß übergeben worden, nachdem eine Generaldebatte bei der ersten Lesung stattgefunden, bei welcher sich niemand gegen die Reform erklärte. Und doch wird aus der umfassenden Reform nach unserer festen Überzeugung nichts werden.

Wir haben den Vorgang, wie er kommen wird, in der „Arbeiter-Zeitung" geschildert und erlauben uns zu zitieren: „Eine Preßreform aus dem Vollen, dafür ist unser Abgeordnetenhaus nicht reif. Das »objektive Verfahren« ist gewiß eine böse Sache, aber wenn daran gerührt wird, so steht der Justizminister feierlich auf und erklärt, er sei auch nicht entzückt davon, aber die Reform des Strafgesetzes, des Strafprozesses müsse in einem Stücke geschehen, also — müsse gewartet werden. Sämtliche Abgeordneten, die was von der Sache verstehen, das heißt Juristen sind, zwinkern verständnisinnig und bleiben sitzen bei der Ab-

*) Siehe in der Fußnote am Anfang der Broschüre (Seite 301).

**) Außerdem enthalten diese Anträge auch Bestimmungen über das Berichtigungsverfahren. Wir gehen darauf ebensowenig ein wie auf die verschiedenen Vorschläge der Antisemiten, welche der Presse das Lügen abgewöhnen wollen. Alle diese Dinge sind kindisch; solange der Kapitalismus herrscht, wird die kapitalistische Presse ein Geschäft sein und auch dem Geschäft dienen. Das Geschäft bringt aber mit sich, daß in politischen Artikeln und in Inseraten gleichermaßen gelogen wird. Daran wird kein Gesetz etwas ändern, sondern jede Beschränkung wird eine Fessel für die Ehrlichen sein, ohne die Lügen auch nur im geringsten zu behindern. Gegen die Lüge gibt es nur ein gründliches Mittel: laut, deutlich und unaufhörlich die Wahrheit zu sagen und sie sagen zu dürfen, also volle „Preßfreiheit". Alle kleinbürgerlichen Spielereien sind nur darauf berechnet, Gimpel zu fangen und sich selbst auf den Tugendbold hinauszuspielen. Wollen die Antisemiten das Lügen in der Presse ernstlich einschränken, dann haben sie „im eigenen Wirkungskreis" ein weites Feld der Betätigung: sie mögen nämlich nur einmal selber aufhören, so konsequent und ungeheuerlich zu lügen wie bisher. (v. a.)

stimmung. Wird der Zeitungsstempel angegriffen, so wird der Finanzminister sich erheben und mit vibrierender Stimme versichern, auch er sei ja wie jeder Gebildete gegen diese Besteuerung der geistigen Nahrung des Volkes, aber — leider — er könne die Million nicht entbehren, die sie einbringt; übrigens wolle er »reiflich erwägen« und »seinerzeit« selbst die Abschaffung beantragen, etwa zugleich mit der der kleinen Lotterie. — Und wieder wird der Opfermut des ganzen Hauses auch diese Million aus den Taschen des Volkes auf den Altar des Vaterlandes niederlegen."

Wir fügen hinzu, daß, wenn die Aufhebung der Kautionspflicht beantragt zur Sprache kommt, der Justizminister haarklein nachweisen wird, daß der Kautionsverfall heute ein integrierender Teil unseres Preßstrafrechtes sei, daß also die Kaution ebensowenig „einseitig" aufgehoben werden könne als das „objektive Verfahren".

Weil aber alle diese Reformpläne in einem Antrag miteinander verknüpft sind, werden sie alle miteinander fallen, und die Herren Abgeordneten werden ihre Feigheit wie bisher hinter einem Wall von mutigen Redensarten und leeren Ausflüchten verbergen können.

Einen Punkt der Preßreform aber gibt es, bei welchem gar keine Ausrede auch nur gedacht werden kann: das ist die Aufhebung des Verbotes der Kolportage. Es gibt absolut kein noch so fadenscheiniges Argument, das dagegen vorgebracht werden könnte. Im Gegenteil, der Finanzminister wird reichere Stempelerträge haben, der Justizminister seine Richter von den albernen Kolportageprozessen entlasten. Es gibt nur einen einzigen Grund dagegen, und diesen auszusprechen wird man nicht die Frechheit haben: man will nicht, daß gelesen werde. Es wird ein stummer, passiver Widerstand geleistet werden, den zu überwinden wir aber selbst unserem Abgeordnetenhaus zutrauen.

Denn alle Parteien haben ein Interesse an der freien Verbreitung ihrer Druckschriften. Zwei Ausnahmen gibt es allerdings: die Großgrundbesitzer (darunter vor allem die polnischen Magnaten, welche sich damit trösten können, daß sie mit Glück ihre armen Hörigen gehindert haben, lesen zu lernen) und die Altliberalen, deren Typus der alte Herbst ist, welcher als Justizminister im Jahre 1868 sich ausdrücklich gegen die Aufhebung der Kolportage erklärte in folgenden denkwürdigen Worten: „Es würde dies nicht einmal im Interesse der bedeutenderen Journalistik liegen und würde vielmehr die Besorgnis eintreten, daß es mit dem, ich möchte sagen, berechtigten Ansehen und der Würde der Journalistik nicht recht vereinbar wäre, wenn die Zeitungen auch auf öffentlicher Straße zum Verkauf angeboten würden!"

Herbst hat damit aufgedeckt, in wessen Interesse die Beschränkung der Kolportage wirkt. Es sind die großen „Weltblätter", die Organe der Plutokratie, welchen sie ein Monopol verschafft.

Die „bedeutendere Journalistik" verliert auch heute kein Wort für die Freigebung der Kolportage und die „Neue Freie Presse" schweigt sich darüber in so auffallender Weise aus, daß auch dem Harmlosesten ihre Motive klar werden müssen. Das sind die „Fackelträger der Aufklärung".

Trotz dieses Widerstandes, trotz der Macht und des Einflusses der Protzenpresse aber meinen wir, daß es nicht möglich ist, daß das Parlament dieser Reform aus dem Wege geht, wenn sie isoliert vor dieselbe gestellt wird; wird die Frage klar und reinlich gestellt: „soll das Kolportageverbot aufrechtbleiben oder beseitigt werden?" wird jede Möglichkeit Flausen und Faxen zu machen beseitigt, dann muß selbst unser rückständiges Parlament sich für die Beseitigung aussprechen.

Die Taktik der Sozialdemokratie in der Frage der Preßreform mußte also, wenn ein praktischer Erfolg erzielt werden soll, darauf hinausgehen, den herrschenden Parteien jede Gelegenheit zum Auskneifen zu nehmen, ihnen den erwünschten Rückzug abzuschneiden. Das haben wir getan, indem wir die Freigebung der Kolportage von allen anderen Fragen abtrennten und als besonderen, allein zu behandelnden Punkt aufstellten. Wir vergeben uns dadurch gar nichts: daß wir von unseren Forderungen auch nicht ein Jota preisgeben, weiß jedermann. Wir müssen aber hinabsteigen bis zu dem Niveau unseres Parlaments, wollen wir einen Fortschritt durchsetzen. Wir müssen die Schönredner aller „fortschrittlichen" Parteien zwingen, endlich einmal Farbe zu bekennen. Darum haben wir die Frage der Kolportage allein auf die Tagesordnung gesetzt, und der Abgeordnete Pernerstorfer*) hat einen diesbezüglichen besonderen Antrag eingebracht, welcher dem Preßausschuß vorliegt. Er enthält die Beseitigung der Verschleißlizenz (§ 3, Absatz 5, P.-G.) und die Aufhebung des § 23 Pr.-G. Der Antrag will durchaus nichts Unerhörtes; er ist den Bestimmungen, welche im Deutschen Reiche durch die Gewerbeordnung festgesetzt sind, nachgebildet, und es gehört nicht der geringste Aufwand von Mut für unsere Abgeordneten dazu, daß sie ihn annehmen. Was in dem Deutschland der Bismarck und Puttkamer möglich ist, sollte doch der „Freiheit wie in Österreich**) nicht unerschwinglich sein.

Noch eine Bemerkung: Es liegt dem Abgeordnetenhaus auch ein Antrag der deutschnationalen Antisemiten vor, welcher nur den § 3, Absatz 5, P.-G., also die Verschleißlizenz aufhebt, den Zeitungsverschleiß aber dafür den Bestimmungen unserer Gewerbeordnung unterstellt. Dieser Antrag ist vielleicht gut gemeint, aber halb und wertlos. Aus dem Regen unseres Preßgesetzes kämen wir damit unter die Traufe der Gewerbeordnung, deren

*) Über diese Anträge siehe die Fußnote oben (Seite 301).

**) Über diese Phrase siehe Näheres in der Fußnote beim Bericht an den Internationalen Sozialistenkongreß in Brüssel im Jahre 1891 in dem zehnten Band dieser Sammlung, der vom Kampf um das Wahlrecht handelt. (Seite 81.)

§ 15 aus dem Handel mit Preßerzeugnissen ein „konzessioniertes Gewerbe“ macht, das dem „Befähigungsnachweis“ unterliegt. Im Antrag Pernerstorfer ist mit gutem Vorbedacht ausdrücklich bestimmt, daß alle Einschränkungen, welche Gewerbeordnung und Hausierhandelsgesetze dem Vertrieb von Druckschriften auflegen, aufgehoben sind. Das ist wichtig, denn die Fußangeln unserer sauberen Gewerbeordnung sind nicht um ein Haar besser als die Fallgruben des Preßgesetzes.

Der Antrag Pacák sagt, daß die Bewilligung zur Kolportage „unbescholtenen“ Personen nicht versagt werden darf. Der Ausdruck „unbescholten“ ist durchaus zu verwerfen, weil er vieldeutig ist und von verschiedenen Behörden verschieden aufgefaßt wird. Zum Beispiel gibt es nach Ansicht mancher Leute überhaupt keine „unbescholtenen“ Sozialdemokraten oder ist doch jeder, der irgendeines der zahllosen politischen „Verbrechen“ sich hat zuschulden kommen lassen oder als Arbeitsloser mit dem Vagabundengesetz in Konflikt gekommen ist, nicht mehr „unbescholten“.

Der Antrag Pernerstorfer vermeidet darum diesen zweideutigen und schielenden Ausdruck und macht nur gewinnsüchtige Verbrechen und Vergehen zu einem Ausschließungsgrund.

Wie gesagt, die Zumutung, welche wir an unser Parlament stellen, ist eine sehr bescheidene. Aber nicht unsere Forderungen sind so bescheiden, sondern unsere Erwartungen von diesem Parlament. Der Antrag Pernerstorfer ist die bequemste Eselsbrücke, mit der je schwächlichen Politikern unter die Arme gegriffen wurde! Und doch ist es nur wahrscheinlich, aber keineswegs sicher, daß das Abgeordnetenhaus sich auch nur dieser so sehr erleichterten Aufgabe gewachsen zeigen wird. Wenn nicht, dann wird das Urteil des Volkes über diese Herren an Klarheit nichts zu wünschen übriglassen. Sie wissen genau, was wir wollen, die Resolution, welche wir zum Schluß abdrucken, ist jedem einzelnen von ihnen mitgeteilt worden. Sie mögen sich selbst die Folgen zuschreiben, wenn sie auch den allerbescheidensten Anforderungen an ihren Mut und ihren Verstand nicht genügen. Wenn es aber gelingt, wenn die Beschränkung an der Verbreitung von Druckschriften fällt, dann werden wir einen Fortschritt zu verzeichnen haben, der für die gesamte geistige und politische Entwicklung Österreichs entscheidend sein wird. Nicht am wenigsten aber wird davon profitieren unsere Partei, die Sozialdemokratie. Daraus erklärt sich der Eifer und die Begeisterung, mit der allerorts unsere Parteigenossen diesen Kampf führen. Sie sind sich sehr wohl bewußt, daß es keine sozialdemokratische Forderung ist, die wir vertreten; daß wir jedoch die traurige, aber dringende Pflicht haben, das Bürgertum zu zwingen, wenigstens seine eigenen Forderungen durchzusetzen; daß wir durch den gewaltigen Druck der Bewegung des Proletariats ersetzen müssen, was ihnen an Mut fehlt. Und wir tun das nicht um ihretwillen, sondern um unsertwillen. Auf der Arbeiterpresse lastet das Verbot der

Kolportage am allerschwersten; sie wird sich ganz anders großartig entfalten, und mit ihr unsere Bewegung, wenn es wegfällt.

Die Resolution, welche eine Volksversammlung, einberufen vom politischen Verein „Gleichheit" in Wien, beschloß, faßt unseren Standpunkt klar und präzis zusammen, und mit ihr wollen wir unsere Ausführungen schließen:

Resolution.

„In Erwägung, daß unter allen Einschränkungen der politischen Freiheit in Österreich unsere durchaus reaktionäre und kulturwidrige Preßgesetzgebung die drückendste ist;

daß insbesondere das Verbot der Kolportage im § 23 dieses Gesetzes die Verbreitung von Zeitungen und Büchern zu einem Monopol der Besitzenden macht;

in Erwägung, daß von einem Parlament, welches weit entfernt davon ist, eine Volksvertretung zu sein und nur einige Interessenkreise privilegierter Schichten vertritt — weder der ernste Wille noch der Mut zu erwarten ist, einen entscheidenden Fortschritt auf dem Gebiet der politischen Freiheit durch Aufhebung jeder Preßknebelung zu machen;

daß voraussichtlich alle diesbezüglichen Anträge an dem Widerstand der Regierung scheitern werden, dem das Parlament sich gewohnheitsmäßig gehorsam fügt,

erklärt die heutige Volksversammlung: eine gründliche Reform der Preßgesetzgebung durch Beseitigung von Kaution, Stempel und jeder Form der Zensur ist allerdings eine politische Notwendigkeit, aber von dem reaktionären Abgeordnetenhaus nicht zu erwarten;

es ist zu befürchten, daß wie üblich unter dem Vorwand mehr zu wollen, das Parlament auch jene Reform unterlassen wird, welche auch den reaktionärsten Parteien als selbstverständlich erscheinen muß: die Freigebung der Kolportage, die Beseitigung des § 23 P.-G., welche im Interesse aller Parteien, welche nicht direkt und ausschließlich großkapitalistische Interessen vertreten, liegt;

fordert die heutige Volksversammlung darum die Abgeordneten insgesamt und jeden einzelnen insbesondere auf, einen selbständigen Dringlichkeitsantrag, der nur die Freigebung der Kolportage enthält, zu stellen und zu unterstützen und so alle Vorwände, Ausflüchte und Intrigen gegen diesen kleinen, aber bedeutungsvollen Fortschritt zu beseitigen.

Sollte das Parlament sich unfähig erweisen, auch nur diesen kleinen, selbständigen Schritt zu machen, dann würde es sich in den Augen des gesamten Volkes als bar jeden guten Willens und jedes Funkens von politischem Mute bloßgestellt haben."

Der Zeitungsstempel und das Parlament.

Versammlung im Hernalser Brauhaus am 25. Jänner 1899*).

Wir sind eine revolutionäre Partei, das heißt eine Partei, die die Gesellschaft vom Grund aus umgestalten will, und wir werden deshalb oft Utopisten genannt. Zugleich aber sind wir die prakti-

*) Am 1. Juni 1898 hatte die Regierung eine Vorlage über die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels eingebracht. Aber sie hatte es ebensowenig eilig wie das Abgeordnetenhaus. Auch ein Dringlichkeits-

scheste von allen Parteien, die Partei der kleinen Reformen. Wir kennen unser letztes Ziel sehr genau, auf dem Wege dahin sind aber noch eine Menge Dinge zu erledigen, die gar nicht sozialistisch sind, die aber wir machen müssen, weil die anderen sie nicht machen. (Beifall.) Wir leben in einem kulturell und wirtschaftlich rückständigen Land, aber noch weit hinter der wirtschaftlichen Entwicklung ist die politische Entwicklung zurückgeblieben. Die Aufgabe unserer Vertrauensmänner ist es, den günstigen Augenblick ausfindig zu machen, wo wir wieder einen Schritt vorwärtsmachen können, wo wir am leichtesten in den alten festen Wall der Vorrechte, des Unrechts und des bürokratischen Zopfes eine Bresche schlagen können. Da handelt es sich gar nicht darum, was das Wichtigste ist, sondern um das, was das Möglichste ist. Und dieselben Leute, die uns sonst Utopisten und Wolkenkuckucksheimer nennen, die schreien dann, daß wir Opportunisten sind. Wenn wir heute gegen den Zeitungsstempel mit solcher Wucht losgehen, so sind wir nicht blind dafür, daß auch andere Dinge geändert werden müssen. Aber wir meinen, daß der Zeitungsstempel jetzt schon reif ist; nicht reif für uns, für uns ist er schon lange reif, aber reif für die anderen, so daß er selbst jenen, die ihn vertreten, lächerlich geworden ist. Die Frucht ist reif, und darum schütteln wir den Baum. Der Redner besprach hierauf die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der letzten Zeit, besonders das Wiederaufleben der Obstruktion, an der sich die Sozialdemokraten nicht beteiligten. Wir sagten den beiden Parteien: Wir mischen uns nicht in eure Streitigkeiten; aber das verlangen wir von euch, daß ihr den Zeitungsstempel, der euch allen beim Hals herauswächst, erledigt. Wir dachten, wir würden dabei auf keinen Widerspruch stoßen. Aber wir hatten uns gewaltig geirrt. Da stand der Graf Dzieduszycki auf, ein alter, weiser Herr, der in seinem Vaterland dafür berühmt ist, daß er viel Bücher gelesen hat, ich glaube sogar, er hat viele geschrieben, aber die sollen nichts nutz sein (Heiterkeit), er gilt so gewissermaßen als der Philosoph unter den galizischen Grafen. (Heiterkeit.) Und dieser Mann stand nun auf und hielt eine weise Rede, die in dem Schluß gipfelte, es wäre eine Beleidigung der Presse, wenn man den Zeitungsstempel zu schnell abschaffen würde. Nun mußte man erwarten, daß nicht nur die Linke, sondern auch die Rechte, zumindest aber die Jungtschechen, die eine Unmasse Anträge gegen den Zeitungsstempel eingebracht haben, energisch für unseren

antrag des sozialdemokratischen Abgeordneten Resel, auf Aufhebung des Kolportageverbotes und des Zeitungsstempels, vom 3. Oktober 1898 blieb unerledigt, ebenso ein Antrag des Jungtschechen Dr. Pacak auf Abänderung der die Presse betreffenden Gesetze und ein christlichsozialer Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels. Am 25. Jänner 1899 ging der Presseausschuß wieder daran, die Anträge über die Presse zu beraten. Er beschloß neuerlich die Aufhebung des Zeitungsstempels. An demselben Tag fand abends im Hernalser Brauhaus eine Versammlung statt, in der Adler über das Thema „Der Zeitungsstempel und das Parlament" sprach.

Antrag eintreten würden. Aber die Opposition, die froh sein sollte, der Regierung ein Bein zu stellen, hat gesagt: Wir können nicht den Zeitungsstempel als ersten Punkt erledigen, wir sind gebunden durch den Schwur von Eger!*) Das Argument ist verblüffend: Die Herren sind so begeistert für die „heiligsten Güter der Nation", wie Herr Schönerer sagt, verabscheuen die Regierung so sehr, daß sie ihrer Sache das Opfer bringen, der Regierung die Kastanien aus dem Feuer zu ziehen. (Richtig!) Wenn der Schönerer nur so viel Übung im politischen Nachdenken hätte, daß man ihm mit Argumenten kommen könnte, dann müßte er sich doch sagen, daß, wenn die Regierung einen Grund hat, den Zeitungsstempel nicht abzuschaffen, es der ist, daß sie die oppositionelle Presse nicht groß werden lassen will; dann müßte er sich doch sagen, daß der nationalen Opposition die Aufhebung des Zeitungsstempels zwanzigmal mehr nützen würde als hundert namentliche Abstimmungen. (Beifall.) Und wenn der Herr Wolf gerufen hat: „Das ist ein Trinkgeld für die Sozialdemokraten!" (Rufe: Eine schurkische Verleumdung!) Nein, das ist nicht schurkisch, denn Herr Wolf hat damals wahrscheinlich wieder einmal nicht gewußt, was er redet, sondern dumm ist das! Wir wollen den Zeitungsstempel aufheben, und die Regierung will das nicht zugestehen. Und der Wolf nennt das ein Trinkgeld. (Gelächter.) Über dem Streit der nationalen Parteien steht für uns das sachliche Interesse des Volkes. Wir können nicht warten, bis die Herren ausgerauft haben, und während dieser Zeit Österreich im Dreck ersticken lassen. Der Spaß hört sich auf, wenn es sich um ernste, in das ganze Kulturleben tiefeinschneidende Fragen handelt. Dieselben Herren Obstruktionisten, die jetzt so wild sind, daß sie von ihrer Obstruktion nicht lassen können, haben früher gegenüber anderen Gegenständen, die ihnen am Herzen lagen, ein weiches Herz bewiesen. Jetzt plötzlich beim Zeitungsstempel geht es nicht. Ich glaube nicht, daß es aus Schlechtigkeit geschieht, die Leute sind einfach zu dumm. Ihr Gehirn ist so verklebt mit diesen nationalen Phrasen, daß sie für andere Dinge blind sind. Genosse Adler bespricht sodann die weiteren Reden, die im Preßausschuß gehalten wurden, vor allem die des Abgeordneten Pacak. Diese ist so recht ein Beispiel für jene Reden, bei denen man glauben könnte, nur ein Idiot oder ein Schurke könne so sprechen. Aber es stellte sich heraus, daß es nur ein Politiker ist, multipliziert mit einem Juristen; ja, da findet man das Ganze begreiflich. (Lebhafte Heiterkeit und Beifall.) Gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Rutowski**) bemerkt der Redner: Wir reißen uns wahr-

*) Am 12. Juli 1897 fand im Rathaus in Eger ein „Volkstag" statt, auf dem der heftigste Kampf gegen Badeni und seine Sprachenverordnungen beschlossen wurde. Der deutschfortschrittliche Abgeordnete Dr. Funke ließ die Anwesenden schwören, im Kampfe nicht zu wanken. Das war der berühmte „Schwur von Eger". Als die Versammelten das Rathaus verließen, wurden sie von Polizei auseinandergetrieben, da die Versammlung trotz des Verbotes abgehalten worden war.

**) Dr. Thaddäus Rutowski, ein Pole.

haftig nicht um den Ruhm, den Dreck wegzuräumen; bei uns ist es noch keine Großtat, wenn man den alten Zopf, der stinkt vor Alter und vor Moder, abschneidet; das bringt der Dzieduszycki auch zusammen. Aber das Geheimnis ist eben das, daß er es nicht tut, wenn er auch weiß, wie dringend notwendig das wäre. Es ist gar nicht wahr, daß diese Reform uns am meisten nützen würde. Von den 2½ Millionen, die der Zeitungsstempel einträgt, zahlt die sozialdemokratische Presse höchstens 150.000 fl. Das ist sehr viel für uns, aber blutwenig im Verhältnis zu den anderen. Wenn aber die Aufhebung des Zeitungsstempels uns am meisten nützen würde, so können ja wir nichts dafür. Das ist eben das Charakteristische, daß man überhaupt keine Reform machen kann, die nicht der Sozialdemokratie in allererster Linie Profit brächte. Im Grunde genommen beruht ja die ganze Siegessicherheit der Sozialdemokratie darauf, daß jeder Fortschritt in der Welt ihr nützt, weil sie die Partei jener Klasse ist, der die Zukunft gehört. (Stürmischer Beifall.)

Das Herrenhaus und der Zeitungsstempel.

Vier Volksversammlungen am 20. Dezember 1899*).

Die Arbeiterschaft muß es als tief beschämend empfinden, daß man über eine Sache, über die in der ganzen Welt nur gelacht wird, unter ernsten Leuten noch ein Wort verlieren muß. (Stürmi-

*) Das Abgeordnetenhaus war obstruiert. Nachdem die deutsche Obstruktion das Ministerium Thun-Kaizl gestürzt hatte, obstruierten die Tschechen wieder die Regierung Clary, die am 1. Oktober 1899 ins Amt getreten war. Immerhin gelang es der Sozialdemokratie, durchzusetzen, daß die Obstruktion den Gesetzentwurf über die Aufhebung des Zeitungs- und Kalenderstempels, den die Regierung am 18. Oktober wieder eingebracht hatte, zur Verhandlung ließ. Auch der sozialdemokratische Abgeordnete Resel und der polnische Abgeordnete Dr. v. Lewicki hatten ihre Anträge wieder eingebracht. Am 17. November wurde das Gesetz beschlossen. Nun setzte jedoch der Widerstand der Herrenhäusler ein. Am 14. Dezember hatte das Herrenhaus eine Sitzung. Aber der Präsident Fürst Windischgrätz hatte gerade den Beschluß des Abgeordnetenhauses nicht auf die Tagesordnung gestellt. Da setzte der Sturm der Sozialdemokratie ein. Tag für Tag schrieb die „Arbeiter-Zeitung" einen Artikel — bald beschwörend, bald drohend, bald an die Ehre der Herrenhäusler appellierend — und zugleich veranstalteten die Arbeiter eine Versammlung nach der anderen. Am 20. Dezember sollte die Budgetkommission des Herrenhauses doch die Vorlage beraten. Aber die Mehrheit wollte sie kurzerhand ablehnen. Da setzten die Anhänger der Vorlage durch, daß die Minister geholt werden, um Aufklärungen zu geben, ob die Finanzen des Staates die Aufhebung zuließen. Aber obwohl der Leiter des Finanzministeriums R. v. Kniazolucki, ebenso auch die Minister des Innern Dr. v. Koerber und der Justiz Dr. v. Kindinger sich für die Aufhebung aussprachen, vertagte sich der Ausschuß auf den nächsten Tag, wo er kurz vor der Haussitzung noch einmal beraten wollte. Für den

sche Zwischenrufe: Eine Schande, die wir nicht länger tragen! Weg damit!) Durch unsere unermüdliche und kraftvolle Agitation in Massenversammlungen und im Parlament haben wir es dahin gebracht, daß es heute keinen Menschen in Österreich gibt, der die Notwendigkeit der Abschaffung des Zeitungsstempels nicht begriffe. Selbst unser Parlament, das zu keiner Arbeit kommt, in dem alles stockt, alles verstopft und erstarrt ist, selbst dieses Parlament hat in dieser Sache einen einstimmigen Beschluß gefaßt. Das Herrenhaus aber hat gestern einen Beschluß gefaßt, nach dem es ganz den Anschein hat, als sollte uns diese Schande erhalten werden. (Stürmische Unterbrechung.) Ja, wenn die Herren Kavaliere dazu beitragen wollen, daß man nicht bloß „Weg mit dem Zeitungsstempel!", sondern auch „Weg mit dem Herrenhaus!" ruft, dann mögen sie diese kleine Reform hintertreiben. (Lang anhaltender, brausender Beifall.) — Dr. **Adler***) berichtet dann in seinem Schlußwort, daß die Kommission des Herrenhauses das Parlament bereits verlassen habe. Ob die Herren und wie sie ihre Arbeit beendigt, das werden wir erst morgen erfahren. Sie sollen es haben, wie sie es wünschen. Ihre Namen sollen nicht vergessen werden. Das kann unsere Presse schon leisten. Wenn sie die Herren Kavaliere nicht gescheit mache, populär können sie durch uns sicher werden. (Hundertstimmige Rufe: Pfui Stadnicki!) Die kleine Reform, die sie jetzt verhindern wollen, kann der Ausgangspunkt einer großen Bewegung werden. Die Arbeiter werden auch dann ihre Pflicht tun, wie immer. (Rufe: „Weg mit dem Zeitungsstempel!")

Zehn Jahre.

Von Viktor Adler.

„Arbeiter-Zeitung", 1. Jänner 1905.

Heute vor zehn Jahren**) haben wir den ersten Schritt auf einer schweren Bahn gemacht. Die Sozialdemokratie Österreichs bedurfte

Abend wurden nun vier Versammlungen einberufen, in denen die Arbeiter neuerdings energisch die Aufhebung des Zeitungsstempels verlangten. In Favoriten sprach Adler.

Am nächsten Tag entschloß sich die Mehrheit der Kammer, unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Erregung der Arbeiterschaft, doch, der Vorlage zuzustimmen. Das Herrenhaus beschloß sogar die dringliche Verhandlung. Als Kompensation hatten die Herrenhäusler verlangt, daß dafür die Kompetenz der Geschwornen für Presseehrenbeleidigungen aufgehoben werde, begnügten sich aber schließlich mit einer Resolution, in der das verlangt wurde.

Es war die höchste Zeit; denn an demselben Tag trat die Regierung Clary zurück und es kam die Regierung Wittek, die sofort mit dem §-14-Regime begann.

Vom 1. Jänner 1900 an hörte der Zeitungs- und Kalenderstempel auf, der nicht weniger als 110 Jahre die Presse bedrückt hatte.

*) Nach Adler hatte Schrammel gesprochen.

**) Am 1. Jänner 1895 ist die „Arbeiter-Zeitung", die bis dahin dreimal

eines Tagblattes, sie war weit hinausgewachsen über die Zeit, wo sie mit Wochenblättern das Werk der Agitation und Organisation verrichten konnte. Der Wahlrechtskampf hatte aufgezeigt, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft zu einer der stärksten politischen Triebkräfte emporgediehen war, dieser Kampf selbst entwickelte Tag für Tag mehr ihre Kräfte, die, sollten sie in lebendig wirksamen politischen Einfluß umgesetzt werden, mit jener Waffe bewehrt werden mußten, die die wirksamste ist im politischen Kampfe. Die absolute Unmöglichkeit, ein sozialdemokratisches Tagblatt in Wien zu gründen, war soeben erst beseitigt worden. Der jahrelange Feldzug, den die Sozialdemokratie für die Preßreform führte, hatte uns zwar vom Stempel, Kolportageverbot und objektiven Verfahren nicht zu befreien vermocht, aber die karge Preßnovelle des Jahres 1894 beseitigte wenigstens jene Bestimmung, die die Erlaubnis, eine Zeitung öffentlich zu verkaufen, von der Gnade der Regierung abhängig gemacht hatte. An demselben Tage, an dem diese Preßnovelle kundgemacht wurde, erschien der Aufruf der Parteivertretung der Sozialdemokratie, der die Gründung des Tagblattes ankündigte. „Weil nun ein tägliches Arbeiterblatt möglich ist, ist es unsere Pflicht, es zu schaffen.“ Mit offenem Auge traten wir an die fast verzweifelten Schwierigkeiten aller Art heran, die unserem, wir wußten es nur zu genau, tollkühnen Unternehmen im Wege standen. Wie wir sie überwinden würden, konnten wir nicht sagen; daß es gehen werde, weil die Partei ein Tagblatt haben müsse, das war unsere durch keine Schwierigkeit zu erschütternde Überzeugung.

Und heute, nach zehn Jahren, Jahren des heißen Ringens und vielfach der bitteren Sorge, heute können wir vor unsere Parteigenossen und Freunde hintreten und ihnen mit freudiger Genugtuung sagen, daß nun zum guten Teile geleistet ist, was unser Auftrag war, daß die „Arbeiter-Zeitung“ das schwerste Stück des Weges hinter sich hat und daß ihre Zukunft gesichert ist. Ein wahres Bedürfnis ist es uns heute, allen den Organisationen, allen den Hunderten, ja Tausenden von Genossen aus vollem Herzen zu danken, die uns geholfen haben, unser Blatt zu dem zu machen, was es geworden ist, und den Freunden im Inland wie im Ausland Dank zu sagen, die uns in den schwierigsten Zeiten opferwillig mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Das aber sei unser Dank, daß wir dem heiligen Amt, das wir zu verwalten haben, unsere ganze Kraft und all unser Können hingeben, daß wir die „Arbeiter-Zeitung“ immer mehr würdig machen der verantwortungsvollen Ehre, Bannerträger und Wortführer der österreichischen Sozialdemokratie zu sein.

Da wir aber beim Danken sind, Dank auch unseren Feinden. In der Tat, so sehr wir Kämpfende der Liebe der Freunde bedürfen, nicht mindere Wohltat ist es, daß uns die Feinde hassen. Stolz und Genugtuung ist es uns, daß wir mit gutem Gewissen sagen können,

---

wöchentlich erschienen war, in ein Tagblatt umgewandelt worden. Ihre Vorgängerin war die „Gleichheit“ gewesen, die im Ausnahmszustand eingestellt wurde, worauf vom 1. Jänner 18[illegible]0 an die „Arbeiter-Zeitung“, und zwar zunächst als Wochenblatt, herausgegeben wurde.

daß wir ihren Haß redlich verdient haben, denn wir führen einen unerbittlichen und unversöhnlichen Kampf gegen die dumme Impotenz und den bornierten Übermut der Machthaber, gegen die eigensüchtige Brutalität der Ausbeuter, gegen die lichtscheuen Teufeleien der Heuchler, gegen alle Lüge und allen Selbstbetrug, der in diesem Lande Trumpf ist; wenn die geifernde Wut gegen uns aufzischt, so nehmen wir das als Zeugnis dafür hin, daß wir unsere Pflicht getan.

Die sozialdemokratische Presse hat die Politik der Arbeiterklasse zu machen, sie ist ein wichtiger Träger der Bewegung, aber sie muß selbst von ihr getragen werden. Das unterscheidet ein wirkliches Parteiblatt von den Zeitungsdruckunternehmungen, mögen sie eingestandenermaßen bloße farblose Nachrichtenblätter sein oder ihr Geschäft in den Mantel einer politischen Absicht hüllen: die Geschäftspresse, auch die verbreitetste, redet im besten Fall in die Leser hinein, die Arbeiterpresse spricht vor allem aus den Massen heraus. Unsere Parteiorgane dienen gewiß der Verbreitung der sozialistischen Idee, aber vor allem sind sie das Mundstück des Willens und des Interesses der Arbeiterklasse. Der begabteste Journalist kann höchstens heute schreiben, was seine Leser morgen lesen und, wenn er geschickt ist, vielleicht ihm glauben werden; der sozialdemokratische Schriftsteller spricht aus, was Überzeugung, mehr oder minder bewußtes Wollen von Hunderttausenden ist. Indem aber die Arbeiterpresse den Willen des Proletariats formuliert, indem sie den Inhalt seiner Empfindungswelt ihm selbst zum deutlichen Bewußtsein und zum Ausdruck bringt, wirkt sie zurück auf diesen Willen, auf diese Empfindungen. Weil aber die sozialdemokratische Presse nicht zu irgendeinem amorphen Publikum ohne inneren Zusammenhang spricht, weil sie zu einer organisierten Masse redet, die zu geordnetem und planmäßigem Handeln fähig und bereit ist, darum ist sie etwas wesentlich anderes und mehr als das Organ irgendeiner öffentlichen Meinung, die selten zur Helligkeit eines gemeinsamen Bewußtseins anwächst. Weil dem aber so ist, so ruht auf unserer Parteipresse auch eine um so höhere Verantwortung, deren sie sich zu jeder Stunde voll bewußt sein muß. Wie ihre beste Kraft aus den Tiefen quillt, so ist ihre Leistung ernster Wirkung sicher: das ist die Würde der sozialdemokratischen Presse, das ist der Grund des Ansehens, das ihr auch der Gegner nicht versagen kann.

Schwer hat oft diese Verantwortung auf uns gelastet in diesen zehn Jahren. Es ist kein leichtes Stück Arbeit, die Politik der Arbeiterklasse in Österreich zu machen: in diesem Lande, das von allen guten Geistern verlassen scheint, wo der Fuß bei jedem Schritt in den Sumpf versinkt, dessen herrschende Schichten kurzsichtig und feige den Staat im Chaos verkommen lassen, wo die mächtigen Gegner der Arbeiterklasse fast mehr verächtliches Mitleid als leidenschaftlichen Haß herausfordern, wo alles weichlich und verludert, wo Klarheit, Festigkeit und Konsequenz ganz unerhört und fremdartig erscheinen. Trotzdem, oder noch mehr gerade darum: Wer dazu verdammt ist, mit offenen Augen in Österreich zu leben, muß verzweifeln, wenn er nicht Sozialdemokrat ist, wenn er nicht seine

Hoffnung setzt auf die Arbeiterschaft, das einzige, was gesund und kräftig geblieben ist in diesem Lande. Der Adel verkommend in Unbildung und Aberglauben; das Bürgertum in nationale Gruppen zerrissen, bald von chauvinistischem Rausch gepackt, bald von leidigem Katzenjammer niedergedrückt; die Bauern von bitterer Not geschüttelt, aber unfähig, sich aufzuraffen, unfähig auch, sich ihren klerikalen Ausbeutern zu entziehen: Nirgends Selbstvertrauen, nirgends fester zielbewußter Wille, nirgends auch nur der Mut, den Tatsachen ins Gesicht zu sehen. Dabei die wirtschaftliche Entwicklung gehemmt; die Verwaltung im Banne verzopfter Einrichtungen, die abzuschütteln mehr noch als die Einsicht der Mut fehlt; ein Unternehmertum, dessen Raubgierinstinkte nicht durch Einsicht, aber durch Mangel an Wissen und Energie im Zaume gehalten werden; ein Kleinbürgertum, das die Beute jesuitischer Demagogen geworden ist und dessen einziger Fortschritt die beginnende Enttäuschung ist, aber ohne die Kraft, sich zur Erkenntnis zu erheben: Will man ein Gesamtbild haben, man sehe auf das Parlament hin, diese Stätte der Verzweiflung und der Lächerlichkeit.

Und nun blicke man auf die Arbeiterschaft hin, auf die Entwicklung, die sie in den letzten zwei Jahrzehnten unter der Führung der Sozialdemokratie genommen hat. Wir sind die letzten, die blind sind gegen unsere eigenen Schwächen, wir empfinden es täglich mit Schmerzen, wie auch wir mit allen Lastern und Erbübeln des Österreichertums geschlagen sind; das Proletariat ist keineswegs immun gegen die Verseuchung, aber es ist kräftig genug, den Giftstoff auszuscheiden, seine Entwicklung ist traurig gehemmt, aber nicht unterbunden. Diese Arbeiterschaft, die von der hohen Weisheit unserer Regierenden mit dem Polizeistock geschurigelt, mit offener Gewalt und mit allen Niederträchtigkeiten der Korruption systematisch am Boden gehalten wurde, hat es vermocht, sich zu erheben und ihre Aufwärtsbewegung wird einst als der einzige große, kulturelle Fortschritt, den Österreich in diesen Jahren gemacht hat, erkannt werden. Aus Gedrücktheit und Verachtung hat sich der Arbeiter erhoben zum stolzen Bewußtsein seiner Menschenwürde; er hat den Willen gefunden, sein Recht in Anspruch zu nehmen und es in langem, zähem, opfervollem Kampfe zu erobern. Die Mittel der politischen Betätigung, Versammlungsrecht, Vereinsrecht, die man ihm vorenthielt, indem man das Gesetz mit Füßen trat, hat er sich erkämpft und hat den alten Kautschukparagraphen jugendliche Elastizität, aber nun zu seinen eigenen Gunsten zu geben gewußt. Die Fesseln der Presse hat er gelockert, indem er sie verächtlich ignorierte, über die Albernheit des Kolportageverbots hinwegschritt und den Preßverfolgungen die Stirne bot. Das elende Minimum von Koalitionsrecht hat er auszuweiten verstanden und sich eine umfassende gewerkschaftliche Organisation zu geben vermocht, die sein berechtigter Stolz, wie die Stütze und die Hoffnung seiner Lebenshaltung ist. Durch genaue Gesetzeskenntnis und unnachgiebigen Kampf für sein Recht hat er die Willkür der unwissenden und frivolen Bureaukratie gebrochen, für die er Freiwild gewesen, und hat sich den ihm schul-

digen Respekt in allen Ämtern erstritten. In diesem Österreich, das an der Unfähigkeit zugrunde geht, den Nationen ihr Recht zu geben und ihr Zusammenleben vernünftig zu ordnen, hat die klassenbewußte Arbeiterschaft eine große, geeinigte sozialdemokratische Partei aufgerichtet, die das Proletariat aller Zungen umfaßt, die nach einem wohldurchdachten umfassenden Programm ihre politische Arbeit planmäßig und gemeinsam verrichtet und die täglich mehr die Hoffnung und die Zuflucht aller ausgebeuteten Klassen wird. Diese Arbeiterschaft hat während dieser ganzen Zeit einen unausgesetzten, opfervollen Kampf um ihr Wahlrecht geführt und hat jedes Zugeständnis ausgenützt, um diesen Kampf wirksamer zu gestalten. Auf diese sozialdemokratische Arbeiterschaft sind in Hoffnung oder Furcht die Augen aller politisch Denkenden gerichtet; sie dringt Schritt für Schritt, langsam aber unaufhaltsam vor, wird durch keinen Sieg übermütig und durch keine Niederlage erschreckt.

Zugleich aber mit dieser Erhebung aus der Stumpfheit, mit dieser Aufrichtung einer gewerkschaftlichen und politischen Organisation geht eine vielgestaltige Entfaltung proletarischen Lebens. Eine ansehnliche Frauenbewegung wuchs empor, die proletarische Jugend sammelt sich unter verständiger Führung und sucht sich ernst und würdig auf die Aufgaben des erwachsenen Arbeiters vorzubereiten. Ein wahrer Heißhunger nach Wissen, nach Kunst, nach den höchsten und edelsten Schätzen der Kultur ist im Proletariat erwacht, und die wenigen Männer der Wissenschaft, die guten Willens sind, diesen Hunger in selbstloser Arbeit zu stillen, haben nicht Hände genug, um ihre Gaben darzureichen. Und diese ganze gewaltige Bewegung in allen ihren Formen ist beherrscht und geleitet von dem einen großen Gedanken der Sozialdemokratie, von dem Gedanken der Emanzipation der Arbeiterklasse durch ihre ureigene Tat.

Diese Tatsache der Erhebung der Arbeiterklasse ist der Trost, ist die Hoffnung von uns allen. So sehr man das völkerverwüstende Österreich hassen mag, die Völker, die auf diesem österreichischen Boden leben, sie muß lieben, wer sie kennt, wer diese Fülle von reichster Begabung, von Tapferkeit, von Fähigkeit zur Hingebung erkannt hat. Ganz zu ruinieren vermochte auch Österreich seine Völker nicht; sie sind unverwüstlich und sie werden emporblühen, wenn sie erst die Galeerenfessel vom Fuße zu streifen vermocht.

Dieser österreichischen Arbeiterbewegung zu dienen, auf vorgeschobenem Posten zu dienen und ihr die opferfordernde Bahn zu brechen, das ist das Amt, ist die Ehre unserer Zeitung. Wir können unserer Pflicht nur genügen, wenn wir das Vertrauen der organisierten Arbeiterschaft Österreichs haben, wenn wir als Soldaten in der internationalen Kampfreihe stehen. Den Wortführern des internationalen Sozialismus aber, die uns an diesem Tage des feiernden Gedenkens ihre Grüße gesendet, danken wir herzlich. Und mag uns auch manches ihrer Worte überschwenglicher Anerkennung fast noch mehr beschämen als rühren, wir wissen ihnen Dank für dieses Wort des Vertrauens, der Stärkung zu unserer harten Arbeit. Den Genossen und Genossinnen aber diesseits wie jenseits der Grenz-

pfähle, allen den armen, ausgebeuteten und gedrückten Menschen, denen wir in Blutbruderschaft verbunden sind, ihnen erneuern wir heute das Gelöbnis der Treue, der Hingebung an die Sache der weltumfassenden Kampfgemeinschaft, an die heilige Sache der internationalen Sozialdemokratie!

Nun aber, Genossen, hinein in den Kampf des zweiten Jahrzehnts. Schwere Zeiten liegen hinter uns, härtere noch stehen uns vielleicht demnächst bevor. Dieses sieche Österreich, das sich wie ein Todkranker auf dem Lager wälzt, weil es nicht den Mut zu dem Entschlusse hat, gesund zu werden, scheint wieder einmal vor einer neuen Wendung zu stehen, die, ach, so alt sein dürfte. Die sozialdemokratische Arbeiterschaft hat allen Grund, fest zu stehen und alle ihre Kraft zusammenzufassen, um der Forderung des Augenblicks gewachsen zu sein. Das, was da kommt, wird kaum eine unserer Hoffnungen erfüllen, kann aber neue Gefahren heraufführen. Und unsere gefährlichsten Gegner machen sich bereit; alle schlimmsten Mächte der Vergangenheit erheben sich, um die Quellen der Zukunft unserer Völker zu verschütten. Der einzige Schutz, der einzige kampffähige und kampfentschlossene Hort dieser Zukunft ist die sozialdemokratische Arbeiterschaft, der wir als Neujahrsgruß zurufen: Bereit sein ist alles! Rüstet euch!

Dem „Volksfreund" zu seinem Feste.

„Volksfreund", 1891*).

Ein einziges Fest ist es, das heute in Brünn gefeiert wird. Der „Volksfreund" hat eine Lebensdauer erreicht, die noch keinem politischen Arbeiterblatt in Österreich beschieden war. Zehn volle Jahre dient er treulich dem sozialdemokratischen Gedanken, und es waren sämtlich Kriegsjahre, welche doppelt zählen. Welcher Aufwand von geistiger Arbeit, von unbezwinglichem Mute, von rastloser Zähigkeit liegt in der Leistung dieser zehn Jahrgänge!

In jedem Lande ist die Leistung eines Arbeiterblattes unausgesetzter Kampf: Kampf gegen die Ausbeuterklasse und ihre Organe, Kampf gegen die Übergriffe einzelner Ausbeuter, Kampf gegen den Feind, den wir am tiefsten hassen, gegen den systematisch gezüchteten, mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln aufrechterhaltenen Unverstand der Massen.

---

*) Als der Brünner „Volksfreund" im Februar 1891 das Fest seines zehnjährigen Bestandes feierte, schrieb Victor Adler für die Jubiläumsausgabe des Blattes einen Aufsatz, der aber, wie fast der gesamte Inhalt der Festnummer des „Volksfreundes", konfisziert wurde. Der zehnte Todestag Victor Adlers, an dem auch die deutschen Genossen der Tschechoslowakei dankbar seiner engen Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung der Sudetenländer gedachten, erschien der dortigen Parteipresse als geeigneter Anlaß zur Veröffentlichung dieses bisher ungedruckten Aufsatzes, der auch, nach mehr als siebenunddreißig Jahren, noch ungemein zeitgemäß schien.

In jedem Lande erfordert die Führung eines sozialdemokratischen Blattes nicht nur Geist und Wissen, sondern auch Charakter und Opfermut in einem Grade, welcher eben nur in unserer Partei zu finden ist. Der Journalist, welcher seine Dienste der bürgerlichen Presse widmet, genießt Ansehen und Einfluß. Vor ihm öffnen sich alle Türen; mag seine Käuflichkeit und Ignoranz weltbekannt sein, alles beugt sich vor dem „öffentlich Meinenden". Der Redakteur eines Arbeiterblattes, der zumeist sich aus eigener Kraft hinaufgearbeitet hat zu Wissen und Urteil, der nichts sein nennt als das warme Herz, welches die Leiden des Volkes empfindet, die unbestechliche Überzeugung von der klar erkannten Wahrheit, den stolzen Mut und die unüberwindliche Siegessicherheit, welche dem Vorkämpfer der revolutionären Klasse Worte des schneidenden Hohnes für die Mächtigen, Worte der Aufklärung und Ermutigung für die Unterdrückten in den Mund legt — was bietet ihm die heutige Welt? Ein Proletarierleben voll rastloser Arbeit und — den Kerker, vielleicht die Verbannung.

Ein Arbeiterblatt in Österreich aber hat doppelte Lasten zu tragen. Mitten unter Ruinen, die nicht fallen wollen, muß das Banner der neuen Zeit aufgerichtet werden. Mitten unter der Verknechtung und Knechtseligkeit muß das freie Wort in die Welt gerufen werden. Wo es verpönt ist und bestraft wird, die Wahrheit zu sagen, muß die Wahrheit gesagt werden.

Die sozialdemokratischen Schriftsteller in Österreich müssen nicht nur schreiben lernen — unter polizeilicher Aufsicht, mit der Kette des Galeerensklaven am Fuß —, sie müssen ihre Leser auch das lesen lehren, was sie nicht schreiben dürfen.

Von den materiellen Schwierigkeiten, welche sich bei uns der Arbeiterpresse entgegensetzen, wollen wir nicht erst reden. Es gehört die ganze Opferfähigkeit, welche das Proletariat immer und überall bewiesen hat, dazu, um sozialdemokratische Blätter in Österreich möglich zu machen, um ihnen Bestand und Verbreitung zu sichern.

Als vor zehn Jahren der „Volksfreund" in Brünn gegründet wurde, war die österreichische Arbeiterbewegung im Ansteigen an Ausdehnung und Bedeutung begriffen. Aber schon zeigten sich die ersten Symptome jener unseligen Spaltung, welche alles, was gewonnen war, wieder zerstörte. In weiterer Folge wurden alle Organisationen vernichtet, Arbeiterblätter eingestellt und eine Reihe von Jahren hindurch war der „Volksfreund" das einzige deutsche sozialdemokratische Blatt in Österreich. In dem Kampf, welcher unsere Partei zerfleischte, stand der „Volksfreund" auf der Seite der sogenannten „Gemäßigten". Nichts liegt uns ferner, als die Gespenster jener bösen Zeit heraufzubeschwören, als alte, heute vernarbte Wunden aufreißen zu wollen. Aber wie immer man darüber urteilen mag, auf welcher Seite damals Wahrheit und Recht waren, jeder Genosse wird heute gerecht und objektiv anerkennen, der „Volksfreund" hat, was er für recht hielt, mit Geschick und Überzeugung verfochten und, was die höchste, sehr oft aber die

schwerste Pflicht jedes Genossen ist, niemals hat er über dem Streite der Meinungen im eigenen Lager den gemeinsamen Kampf, den gemeinsamen Gegner vergessen. In der dann folgenden schweren Zeit haben die Brünner Genossen das getan, was sie nach bester Überzeugung für ihre Pflicht hielten, haben sie die Fahne nicht sinken lassen, sie rein und unbefleckt erhalten.

Wie die Aufgabe der Arbeiterpresse in Österreich eine weit schwierigere ist, als überall sonst, so ist auch ihre Bedeutung für die Sozialdemokratie eine andere und größere. Denn nicht nur die Vertretung unserer Prinzipien liegt ihr ob, nicht nur den politischen Kampf hat sie zu führen, sie hat bei dem zurückgebliebenen Zustand unseres Vereinsrechtes auch den Kern zu bilden für die Organisationen. Und diese Aufgabe ist vielleicht die schwerste und verantwortungsvollste von allen. Der „Volksfreund" hat gerade in der trübsten Zeit, wo jedes Band fehlte, gehindert, daß die letzten Fäden rissen, er hat sehr viel dazu beigetragen, daß die Anknüpfung wieder möglich wurde, als die sozialdemokratische Bewegung aufs neue überraschende und große Fortschritte machte.

So ist es denn kein Wunder, daß wir ihn lieben, den „Volksfreund", und daß sie ihn hassen, die — anderen. Dankbare Anerkennung, Zeichen inniger Freundschaft werden dem Jubilar von allen Freunden des arbeitenden Volkes dargebracht werden, aber die bittere Galle, die kläffende Verleumdung, die niedrige Scheelsucht der Feinde des Volkes wird nicht fehlen. Das eine ist zu Ehren für ihn, wie das andere.

Zehn Jahre, welcher kleine Zeitabschnitt, aber welchen ungeheuren Fortschritt umfaßt er! Die ökonomische Umwälzung geht auch in Österreich in einem rapiden Tempo vorwärts. Die Dinge werden reif. Und dafür, daß die Menschen reif werden, dafür hat der „Volksfreund" wacker gearbeitet, unzählige Proletarierherzen hat er erwärmt, unzählige Proletariergehirne erhellt und sie reif gemacht, Kämpfer zu werden. Kämpfer zu werben für die heilige Sache der Menschheit, für die internationale Sozialdemokratie.

Und in diesem Sinne bringen wir österreichischen Sozialdemokraten den Brünner Genossen heute unsere Glückwünsche dar, in diesem Sinne wünschen wir, daß ihnen vergönnt sein möge, erfolgreich wie bisher den Kampf zu führen, in diesem Sinne hoffen wir, daß der „Volksfreund" den Sieg des Volkes erlebe.

Dr. Victor Adler (Wien).

Das Jubiläum des „Vorwärts".

Berliner „Vorwärts, 31. März 1909*).

Das Jubiläum des „Vorwärts" stellt uns die ebenso überraschende wie unleugbare Tatsache vor Augen, daß ein volles

*) Dieser Artikel ist unter dem Titel „Vor fünfundzwanzig Jahren" zum Jubiläum des Berliner „Vorwärts" erschienen. Alles Nähere zum Verständnis enthält der Artikel selbst. (Siehe auch Eduard Bernstein. „Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung", Band II, Seite 120.)

Vierteljahrhundert verflossen ist, seit wir die erste Nummer des „Berliner Volksblatt" in Händen hielten. Das war ein Ereignis nicht nur für Berlin, sondern auch für Wien! Hier hatte wenige Wochen vorher, Ende Jänner, die Verhängung des Ausnahmezustandes jeder sozialdemokratischen Agitation, jeder Organisation ein jähes Ende bereitet. Unsere Presse war dem Tode geweiht. Es war die schlimmste Zeit, die unsere Bewegung in Österreich durchzumachen hatte. Um so größere Bedeutung hatten damals alle Beziehungen zur deutschen Bewegung. Der Züricher „Sozialdemokrat" fand in Österreich seit seinem Bestehen geschickte Verbreiter und vor allem fleißige Leser; und wenn er auch nicht in die breiten Massen dringen konnte, so hatte er doch deutlichen und wertvollen Einfluß auf die führenden Genossen. Er war ein starkes Gegengewicht gegen die „radikale" Strömung, in deren Kreisen die Mostsche „Freiheit" kolportiert wurde. Wenn etwas dazu geholfen hat, in Österreich der Verführung der zügellosen Demagogie entgegenzuwirken und später, nach dem Zusammenbruch, den katzenjämmerlichen Kleinmut zu überwinden, so war es mit in erster Reihe das Beispiel des ebenso unvergleichlich heroischen wie bewundernswert geordneten Kampfes, den unsere deutschen Genossen gegen das Sozialistengesetz führten. Die heute auf der Höhe ihres Wirkens stehende Generation — Arbeitergenerationen zählen beträchtlich weniger als dreißig Jahre — kann sich schwer mehr davon eine Vorstellung machen, welche Glut, welcher Trotz, welche Hingebung die Bewegung von damals erfüllte, hüben in Österreich, wie drüben in Deutschland.

Damit soll nichts gegen die Methode der heute im Kampfe stehenden Jahrgänge gesagt sein, so wenig das Feuer der Jugend ein Vorwurf ist für die besonnene Kraft des Mannes. Und doch weckt in uns der Gedanke, den wir in jene bitterste und schönste Zeit zurücksenden, sehnsüchtiges Erinnern.

Als das „Berliner Volksblatt" gegründet wurde, in dem Berlin des kleinen Belagerungszustandes, zur Zeit, da die Puttkamerei eine ihrer wütendsten Orgien feierte, wurde das kühne Unternehmen auch in Österreich mit Spannung verfolgt, und daß es so glänzend gelang, war eines der Momente, die uns den Mut gaben, wenige Jahre später auch in Österreich von neuem die Parteipresse aufzurichten trotz Ausnahmezustand, trotz blindwütiger Sozialistenhatz. Freilich waren wir in völlig anderer Lage. In Deutschland war es der Partei gelungen, ihre Organisation trotz des Sozialistengesetzes aufrechtzuerhalten oder vielmehr sie völlig umzubilden und neu zu schaffen, straffer, elastischer, widerstandsfähiger zu machen, als sie je war. Sie vermochte das, und das ist einer der merkwürdigsten Züge, ohne Presse. Denn der Züricher „Sozialdemokrat", so Großes er für die Gesamtorganisation leistete, den lokalen Unterbau, den nur die lokale Presse fördern kann, vermochte er nicht zu begründen. Daß trotzdem diese lokale Organisation in allen Arbeiterzentren so bis ins Kleinste und Feinste ausgebaut werden konnte, daß die sozialdemokratischen Arbeiter-

massen auch ohne Presse aktionsfähig waren und täglich mehr wurden, ist ein Wunder für sich. Das „Berliner Volksblatt" war eine Notwendigkeit für die Politik der Partei; die Organisation der Berliner Genossen hat es fertig vorgefunden, als es gegründet wurde. In Österreich war das anders. Von jeher sind hier die Redaktionen der Parteiblätter die eigentlichen Zentren der Organisation gewesen. Die Brutalität der Reaktion hatte Presse und Organisation niedergetrampelt, und als von Ende 1886 an die Parteipresse wieder aufgerichtet wurde, mußte sie zugleich auch die Organisation von Grund aufbauen. Es würde zu weit führen, hier ausführlich zu berichten, wie auch die Presseverfolgungen in Österreich ganz andere Formen haben als in Deutschland. Es genügt festzustellen, daß, wenn wir es zuwege gebracht haben, mit den Staatsanwälten und ihren Konfiskationen fertig zu werden, und wenn wir heute annähernd aussprechen können, was die Arbeiterschaft will, das Verdienst und der Erfolg ist nicht allein der Geschicklichkeit und Konsequenz unserer Presse, sondern vor allem unserer Organisation, der Ausdauer und des Mutes unserer Genossen, die in jahrelangen Kämpfen verstanden haben, den Bütteln der Preßpolizei klar zu machen, daß jede Konfiskation ein Schlag ins Wasser ist.

Und noch eins fehlte uns und vielleicht das Wichtigste, was die deutschen Genossen besaßen; das allgemeine Wahlrecht. Wir mußten erst die Waffe erobern, die die deutsche Sozialdemokratie so glänzend zu gebrauchen wußte. Der glorreiche Wahltag des 20. Februar 1890 hat dem Sozialistengesetz ein Ende gemacht. Für uns Rechtlose in Österreich hat die Maifeier denselben Wert, das gleiche Werk geleistet. Der unvergeßliche Tag des 1. Mai 1890 brachte uns die Entscheidung, erwies alle Ausnahmezustände und alle Polizeiknüppelei als ebenso nutzlose wie schändliche Behelligungen der großen, unaufhaltsamen Bewegung...

Genug der Erinnerungen. Seitdem ist aus dem kleinen „Berliner Volksblatt", das vorsichtig tastend sich seinen Weg suchen mußte. der große „Vorwärts" geworden, der nicht nur der deutschen Partei dient, sondern ein Weltblatt ist, wie es kein zweites gibt, der in gewissem Sinne die Funktion eines Zentralorgans der sozialistischen Internationale ausübt. Möge er an seinem Jubeltag den Dank empfangen für das, was er an uns allen geleistet, möge er blühen, wachsen und gedeihen, zum Nutzen des deutschen Proletariats, zum Heile des kämpfenden Proletariats aller Länder.

Gewerkschaften und Genossenschaften.

Sie sind unser Trost!

Verbandstag der Metallarbeiter, 10. Juli 1904*).

Wenn man in Österreich Politik treiben muß, da müßte man verzweifeln, wenn man nicht sehen würde, wie trotz unseres Elends unsere Gewerkschaften aufblühen. Sie sind in diesem Niedergang unser Trost und unsere ganze Hoffnung ist, daß in der österreichischen Arbeiterschaft ein Kern von Tüchtigkeit, Intelligenz und Kraft steckt, der nicht zu vernichten ist, und wenn dieses Reich noch so blödsinnig und noch so verbrecherisch regiert wird. (Lebhafter Beifall.) In politisch wie wirtschaftlich schwerster Zeit haben Sie ungeheure Arbeit geleistet und sämtlichen Arbeitern ein Vorbild gegeben. Der Schweizer Genosse hat uns gesagt, daß die politische Freiheit für die Arbeiter noch nicht wirtschaftliche Freiheit bedeutet. Aber wenn es schon schwer ist, in einem freien Lande zu kämpfen, unser Schweizer Freund hat keine Vorstellung, wie schwer es ist in einem Lande, wo man die Lebensluft für die Organisation erst schaffen muß. Allerdings hat das für uns wieder den Vorteil, daß diese harte Arbeit uns lebendiger und energischer gemacht hat. Wir haben harte Lehrjahre hinter uns, wir Deutschen und Österreicher. Ein Jahr Schweizer Luft möchten wir haben und wir würden euch zeigen, was wir aus diesem Lande machen. (Heiterkeit und Beifall.) Daß jeder Sozialdemokrat Ihren Arbeiten mit größter Aufmerksamkeit folgen muß, halte ich für selbstverständlich, ebenso auch, daß wir alle uns als Ihr Organ betrachten, wir sind Fleisch vom selben Fleisch, Blut vom selben Blut. Deshalb freuen wir uns Ihrer Erfolge und wünschen, daß Ihr Verband, was er so gut angefangen hat, auch zu Ende führe, zum Besten der österreichischen Arbeiter. (Lebhafter Beifall.)

*) Auf dem siebenten Verbandstag der Metallarbeiter, der am 10. Juli 1904 im Favoritner Arbeiterheim zusammentrat, erschien auch Adler als Vertreter der Parteivertretung. Er hielt nur eine kurze Ansprache, aber sie ist für seine Schätzung der Gewerkschaften bezeichnend.

Partei und Gewerkschaft.

Ein Nachwort zum Kölner Gewerkschaftskongreß.

„Arbeiter-Zeitung“ vom 11. Juni 1905*).

Die Wichtigkeit des Kölner Gewerkschaftskongresses wird man kaum hoch genug einschätzen können. Er hat mit einem Schlage der Öffentlichkeit die ihr fast unbekannte Tatsache zum deutlichsten Bewußtsein gebracht, daß die gewerkschaftliche Organisation der deutschen Arbeiter in einem Aufschwung von unerhörter Kraft und Rapidität begriffen ist, daß diese Organisation dank ihrer in keinem anderen Lande — auch in England nicht — erreichten Zentralisation eine ganz außerordentliche Schlagfertigkeit besitzt und daß ihre Führung auf einer Höhe des geistigen Niveaus steht, wie sie eben nur von deutschen Sozialdemokraten erreicht werden kann. Aber fast mehr noch als diese mächtige und folgenreiche Entwicklung beschäftigt die Öffentlichkeit und insbesondere die Parteipresse das Verhältnis der Gewerkschaft zur Sozialdemokratie, wie es auf diesem Kongreß in Erscheinung getreten, und es verlohnt sich, dieser Sache einige Betrachtungen zu widmen.

Was viele sanguinische Gegner hofften, was manche pessimistische Parteigenossen fürchteten, es werde ein Gegensatz zwischen Gewerkschaft und Partei in Erscheinung treten, hat sich natürlich als Hirngespinst erwiesen. Das erste und das letzte Wort des Kongresses war: Gewerkschaft und Sozialdemokratie sind eins. Es wäre auch geradezu wider die Natur der Dinge, wenn dem anders wäre. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat sich nicht neben, sondern in der Sozialdemokratie entwickelt. Die fünf Viertelmillionen deutscher Gewerkschafter sind der beste Kern der drei Millionen sozialdemokratischer Wähler, wie sich umgekehrt der Mitgliederzuwachs um rund eine halbe Million, den die Gewerkschaft seit drei Jahren erfahren, fast ausschließlich aus den sozialdemokratischen Massen rekrutiert. Der jetzt in Lob und Tadel so vielbeliebte Vergleich der deutschen mit den englischen Gewerkschaften scheint uns darum durchaus falsch. Es gibt einen durchschlagenden Unter-

---

*) Der Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands fand vom 22. bis 27. Mai 1905 in Köln statt. Vertreten waren 1¼ Millionen organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen durch 213 Delegierte. Dabei kam es zu lebhaften Debatten über die Frage der Maifeier, doch wurden schließlich alle Resolutionen zurückgezogen mit der Begründung, daß die Frage vom Internationalen Kongreß in Amsterdam schon geklärt sei. Auch über den Massenstreik wurde dort verhandelt, worüber Bömelburg das Referat erstattete. (Siehe auch Adlers Artikel „Die Generalstreikdiskussion“ vom 11. September 1905, besonders den Schluß, wo er über den Kölner Gewerkschaftskongreß einige Worte sagt. Bd. VII, Seite 126.) Die „Arbeiter-Zeitung“ hatte außer kurzen laufenden Berichten auch eine Berliner Korrespondenz über die Ergebnisse des Kongresses veröffentlicht. Nun kam Adler neuerlich darauf zurück, zumal da auch aus Österreich nicht weniger als sieben Gewerkschaftsvertreter in Köln gewesen waren.

schied: der deutsche Gewerkschafter ist Sozialdemokrat und war es meist lange bevor er Gewerkschafter geworden. Die Personalunion zwischen Partei und Gewerkschaft besteht nicht nur bei den Führern der Gewerkschaft, die fast durchweg sozialdemokratische Abgeordnete sind, sondern umfaßt jedes einzelne Mitglied, das zugleich Gewerkschafter und Sozialdemokrat ist. Wenn also von Konflikten die Rede ist, so nur in dem Sinne, wie es eben Konflikte zwischen den sich kreuzenden Absichten und Funktionen eines und desselben Individuums gibt. Auch der einzelne kann durch den Widerstreit seiner eigenen Interessen und Funktionen in innere Kämpfe geraten; aber es sind eben *innere* Kämpfe, die nie zum Auseinanderfallen führen können.

Damit soll gar nicht geleugnet werden, daß solche innere Kämpfe bedenklich und hemmend für die Bewegung werden können. Eine gewisse Rolle spielt dabei die durchaus notwendige Teilung der Arbeit. Partei wie Gewerkschaft bedürfen eines Systems von Vertrauensmännern, Funktionären, Beamten, das der Gefahr unterliegt, zu einer Bürokratie auszuarten und damit in gewissem Grade den bürokratischen Lastern anheimzufallen: der Einseitigkeit, der Selbstüberschätzung, der Routine und der Verknöcherung. Diese Gefahr besteht nicht nur in Deutschland, sie besteht überall, und es sind keineswegs die schlechtesten Genossen, die ihr am meisten ausgesetzt sind. Ohne fanatischen Fleiß und restlose Hingebung an die besondere, ihm zugeteilte Aufgabe kann keiner unserer Funktionäre seine Pflicht ganz tun, und es ist kein Wunder, wenn er hie und da den Blick für das Ganze verliert, wenn ihm der richtige Standpunkt verlorengeht für die Abschätzung des Verhältnisses seines Tätigkeitskreises zur Gesamtbewegung. Jeder einzelne von uns, mag er politischer oder gewerkschaftlicher Funktionär sein, hat alle Mühe, sich vor diesen Gefahren zu bewahren, die die notwendige Folge des Wachsens und der Differenzierung der proletarischen Bewegung sind. Nun haben in Deutschland einige Umstände dazu beigetragen, die Träger der gewerkschaftlichen Organisation als eine gesonderte Gruppe von Parteigenossen herauszuheben. Man braucht nur daran zu denken, wie die Gewerkschaft durch die rückständigen Vereinsgesetze zur Absonderung gezwungen wurde, und wie, was kaum zu leugnen ist, die ältere Generation der Sozialdemokraten, die unter dem Sozialistengesetz groß geworden, dem Erstehen der Gewerkschaften mit einer gewissen Reserve, um nicht zu sagen Kälte, gegenüberstand. Die bekannte Rede Bebels (Gewerkschaftsbewegung und die politischen Parteien 1900), die auf weite Parteikreise überraschend genug wirkte und weit aus- und übergreifend für Neutralität der Gewerkschaften eintrat, hat da das Eis erst gebrochen. Das sind nun freilich längst überwundene Dinge und längst ist das Bewußtsein des Verhältnisses der Gewerkschaft zur Gesamtbewegung den deutschen Sozialdemokraten in Fleisch und Blut übergegangen. Aber die Spuren davon, daß die Gewerkschaft eine Zeitlang Mühe hatte, sich innerhalb der deutschen Sozial-

demokratie geltend zu machen, zeigen sich noch heute in gewissen Stimmungen, die in Köln deutlich zu merken waren. Man darf wohl hoffen, daß diese Stimmungen im Abklingen begriffen sind und daß sie nicht durch überhitzte Heftigkeit der Diskussion zu ernsten Verstimmungen hinaufgetrieben werden.

Nun hat es allerdings in Köln Momente gegeben, die recht unerquicklich waren. Besonders uns Österreicher hat die Art, wie die Maifeierdebatte geführt wurde, geradezu peinlich berührt. Die Nüchternheit ist eine schöne Tugend, wenn sie aber zur platten Trivialität wird, ist sie ein Laster, und so lobenswert der Sinn für das Nächstliegende, praktisch Nützliche ist, so schädlich ist die Kurzsichtigkeit, die blind ist für alles, was nicht vor der Nase liegt. Ja, nichts ist unpraktischer als der allzu praktische Sinn, der nicht mehr schätzen kann, was sich nicht unmittelbar wägen und zählen läßt. Die Genossen, die — mit Genugtuung sei es festgestellt — nicht ohne Widerspruch in recht geringschätziger Weise von der Maifeier sprachen, haben als Sozialdemokraten unrecht und fast noch mehr Unrecht als Gewerkschafter. Die Gewerkschaft ist keine bloße Versicherungsgesellschaft, sie ist vor allem auch Kampfgenossenschaft; sie kann der Begeisterung, sie kann der Symbole nicht entbehren. Je mehr sie in der Gegenwart zu wirken berufen ist, desto weniger kann sie des Ausblicks auf zukünftige Ziele entraten, und je mehr ihre Tätigkeit sich fachgemäß abschließen muß, desto weniger kann sie des Bewußtseins des Zusammenhanges mit der gesamten proletarischen Bewegung entbehren, der proletarischen Gesamtbewegung, von der Gewerkschaft und Partei nur der zur vollen Helligkeit des Bewußtseins erweckte Teil ist. Wenn ein Redner*) in Köln renommierend verlangte, man möge ihm den Gewerkschafter auf den Tisch des Hauses legen, der durch die Maifeier gewonnen worden sei, so hat er sehr töricht und gar nicht praktisch geredet. Jeder, der wirklich mit den Massen Fühlung hat, kann ihm sagen, wie der gewaltige Schwung der Maifeier in jenen stumpfen und dumpfen Schichten des Proletariats gewirkt hat, die bis dahin jeder aufklärenden und organisierenden Arbeit verschlossen blieben, wie durch die Maifeier proletarisches Urland aufgebrochen und dadurch erst der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Saat zugänglich gemacht wurde. Hunderttausenden hat erst die Maifeier die erste Ahnung gebracht, daß sie nicht einsame Opfer unabwendbarer Knechtung, sondern Glieder einer um die Befreiung ringenden gewaltigen Gemeinschaft sind. Solche Dinge können freilich kein Gegenstand der jetzt mit Recht so beliebten Statistik sein; aber Tatsachen, die sich nicht ziffermäßig erfassen lassen, sind darum nicht weniger Tatsachen, und oft die wichtigsten dazu.

Aber diese Strömungen und Gegenströmungen sind unseres Erachtens keineswegs dem deutschen Gewerkschafter eigentümlich, sondern sie sind und waren stets auch in der deutschen Partei zu

*) Der Vertreter der Zimmerer, Bringmann.

merken, wenn sie auch weniger unangenehme Formen hatten. Die Frage der Arbeitsruhe am 1. Mai ist in Deutschland mit aus diesem Grunde und nicht ganz ohne Schuld der Partei selbst in ein unrichtiges Fahrwasser geraten. Wir wissen sehr gut, daß dort manches schwieriger durchzusetzen ist als in Österreich, aber bei einer von Anfang an zielbewußten und konsequenten Taktik wäre den Genossen, die noch ganz andere Hindernisse überwunden haben, auch in bezug auf die Maifeier manches besser gelungen. Auch wir sind weit entfernt davon, der Durchsetzung der Arbeitsruhe ungemessene Opfer zu bringen, und unsere Organisationen wissen ganz genau, daß ihre Taktik auch in diesem Punkte den Verhältnissen und der Konjunktur angepaßt werden muß. Aber so sehr lebt das Recht auf die Maifeier in dem Bewußtsein jedes österreichischen Arbeiters, daß nicht leicht ein Lohnkampf zum Abschluß kommt, in dessen Friedensbedingungen die Freigabe des 1. Mai nicht ihren Platz fände. Wir haben eine Maifeier, und nicht nur in Wien, wie Genosse Robert Schmidt in Köln sehr fälschlich behauptete, wenn sie auch in Wien — und das wesentlich dank der Organisation der Zeitungssetzer, Ehre, wem Ehre gebührt — für die gesamte Öffentlichkeit am fühlbarsten zum Ausdruck kommt. In Deutschland hat man leider schon 1890 die Weste beim falschen Knopfloch zuzuknöpfen angefangen und kann nur schwer damit zurecht kommen. Man hat an einigen Stellen große, geradezu heroische Kämpfe geführt, aber sie blieben vielleicht mit auch darum ohne rechte Frucht, weil der richtige Schwung nicht auf der ganzen Linie zur Wirkung kam. Mag aber dem sein wie immer, gerade in den letzten Jahren ist die Maifeier in Deutschland lebendiger als je geworden, die alten Fehler sind gutgemacht und die Gewerkschaft würde sich sehr ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie sich einem Gedanken ernstlich widersetzen wollte, der Eigentum und Heiligtum des proletarischen Bewußtseins geworden ist.

Ein wenig anders steht es mit der Diskussion über den Generalstreik oder politischen Massenstreik, die man in Köln abführte. Der allgemeine Satz, daß der Massenstreik ein brauchbares Kampfmittel des Proletariats sei, wird heute wohl ebensowenig mehr bestritten als über seine Anwendung im besonderen Falle theoretische Einmütigkeit herrscht. Die Utopie des Generalstreiks als letztes Mittel des letzten Kampfes ist abgetan, war übrigens außer in romanischen Ländern nirgends lebendig; aber der Massenstreik zu bestimmt abgegrenztem Zwecke ist nach den guten und schlimmen Erfahrungen in Belgien, Holland und Italien nicht mehr von vornherein als Unmöglichkeit abzuweisen. Nach unserer Meinung ist für seine Anwendbarkeit entscheidend gewesen, daß der Massenstreik in Belgien 1902, in Italien 1904 in voller Ordnung und durchgängiger Disziplin beendet werden konnte, wie man auch sonst die Erfolge dieser beiden Aktionen bewerten mag. Daß der Massenstreik aber gerade in Deutschland und so außerordentlich rasch so sehr begeisterte Anhänger gewinnen konnte, wie sich in

den letzten Monaten zeigte, muß einigermaßen überraschen. Es war schon ein Schritt in dieser Richtung, als Genossin Klara Zetkin auf dem letzten deutschen Parteitag*) sagte: „Geschichtliche Umstände können uns zwingen, den politischen Massenstreik *nicht a priori aus der Reihe der möglichen, vielleicht absolut notwendigen* Kampf- und Aktionsmittel auszuscheiden.“ Aber nur ein paar Monate später, am Vorabend des Kölner Tages, schrieb Karl *Kautsky*: „*Das Bekenntnis zum politischen Massenstreik*, die Erklärung, in entscheidenden Momenten zu dieser letzten und äußersten Kraftanstrengung des kämpfenden Proletariats entschlossen zu sein, ist heute die *notwendige Voraussetzung jeder wirklichen proletarischen, gewerkschaftlichen wie sozialdemokratischen Realpolitik*.“ Dabei ist es bezeichnend, daß ganz ähnlich nich nur Genossen reden, die man
zeichnend, daß ganz ähnlich nicht nur Genossen reden, die man
stein so spricht, den man, so schief diese Bezeichnungen sein mögen, als „gemäßigt“ einschätzt. Vielleicht ist die Stellung zum Massenstreik die einzige Sache, über die Kautsky und Bernstein gegenwärtig mindestens praktisch einig sind. Ein Teil der Parteipresse bringt in verschiedenen Graden der Schärfe ähnliche Anschauungen zum Ausdruck und auch in Versammlungen lassen sich Stimmen in gleichem Sinne vernehmen. Diese rasche Bekehrung zur Idee des politischen Massenstreiks auf das Gutdünken einiger sozialdemokratischer Schriftsteller zurückführen zu wollen, wäre flach bis zur Dummheit. Überdies ist es ganz klar, daß die steigende Zuspitzung der politischen Gegensätze in Deutschland, die Schande des Hamburger Wahlrechtsraubes**), die, wie es scheint, immer drohender werdende Gefährdung des Reichstagswahlrechtes, die täglich brennender empfundene Justizschande und vor allem der Betrug an den Bergarbeitern geradezu dazu zwingen, sich nach Abwehrmitteln gegen entscheidende Angriffe der Reaktion umzusehen. Dazu kommt, daß die russische Revolution, deren Folgen für ganz Europa noch nicht abzusehen sind, die Empfindung weckt, daß wir vor kritischen Zeiten stehen. Trotz alledem mußte es überraschen, daß so sehr plötzlich das „Bekenntnis zum Massenstreik“ als gewissermaßen obligatorisch für jeden ernsten Genossen proklamiert wurde.

Jedenfalls ist der bei weitem größte Teil der in Köln ver-

---

*) Auf dem Parteitag in Bremen 1904, wo Karl *Liebknecht* beantragt hatte, die Frage des Generalstreiks auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages zu setzen. (Siehe Bd. VII, Seite 114, zu den Ausführungen *Kautskys*, Seite 124.)

**) Am 5. Juni 1908 hatte die Hamburger „Bürgerschaft“ (das Parlament) die vom Senat vorgeschlagene Vorlage genehmigt, die die Wahlberechtigten in drei Gruppen, je nach der Höhe des Eigentums, teilte. In der Begründung der Vorlage war ausdrücklich gesagt worden, es solle verhindert werden, daß in kurzer Zeit die niedrig besteuerten, unselbständigen Elemente fast alle Mandate an sich reißen.

sammelten Gewerkschafter noch lange nicht so weit. Denn Genosse Bömelburg konnte, ohne Widerspruch zu finden, aussprechen, daß er die wohlerwogene und keineswegs irgendwie utopistische Resolution über den Massenstreik als „bedauerliche Konzession an den Generalstreik“ ansehe, was sie allerdings in keiner Weise ist. Vielmehr hat der von den Anarchisten propagierte absolute Generalstreik in dieser Resolution die schärfste Ablehnung gefunden, während vom Massenstreik gesagt wird, daß er „ein äußerstes Mittel sein kann, um bedeutende gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären Anschlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen“. Man kann sich kaum vorsichtiger ausdrücken, und da Bömelburg selbst erklärt, er wolle nicht sagen, daß der Massenstreik nie angewendet werden wird, so ist seine Polemik gegen die Amsterdamer Resolution durchaus hinfällig. Schlimmer aber noch als diese Unklarheit ist, daß der Kölner Beschluß die Propagierung des politischen Massenstreiks als „verwerflich“ bezeichnet. Wer immer das Anathema durch das Wort „verwerflich“ ausspricht, hat gewöhnlich schon darum unrecht, weil er es unternimmt, den in diesem Punkt Andersdenkenden zu brandmarken. Wir gestehen offen, daß wir, obwohl wir den politischen Massenstreik für eine nicht allzu fern liegende Möglichkeit in jedem industriell entwickelten Staate halten und seine Anwendung unter Umständen für eine Notwendigkeit ansehen, trotzdem die Propaganda für ihn gegenwärtig weder für notwendig noch auch für nützlich halten. Wir wollen uns bescheiden und diesen Satz auf Österreich beschränken. In Österreich wird es auch ohne vorhergehende Propaganda, wenn die Zeit dazu kommt, schwerer sein, den Ausbruch des Massenstreiks auf den entscheidenden und richtigen Moment aufzuschieben, als ihn mit ganzer Wucht in Anwendung zu bringen. Wir geben zu, daß die Psychologie der Massen in Deutschland eine andere sein mag. Aber auch dort wird die psychologische Möglichkeit des Massenstreiks nicht von der vorhergehenden Agitation, sondern von der sich dem Bewußtsein der Massen unwiderstehlich aufzwingenden politischen Notwendigkeit erzeugt werden. Wir begreifen auch, daß eine besondere Propaganda des Massenstreiks den Gewerkschaften als eine gefährliche Ablenkung erscheinen mag, wie sie auch unter den heutigen Verhältnissen in der Partei selbst auf vielfachen Widerspruch stoßen wird. Auch hierin unterscheidet sich nämlich die Stimmung der Gewerkschafter keineswegs von der Stimmung der Sozialdemokraten überhaupt. So wenig uns also die Nützlichkeit einer solchen Propaganda sicher scheint, so sehr halten wir es für einen Fehler, sie für „verwerflich“ zu erklären; eine Verdammung, die notwendig das Gegenteil von dem hervorrufen muß, was sie bezwecken will und die überdies die Diskussion zu verbittern und zu vergiften geeignet ist.

Das Unbehagen, das Schwanken, das die Gewerkschafter gegenüber der Frage des Massenstreiks bekundeten, scheint uns wesentlich andere Gründe zu haben als den Mangel an Ent-

schlossenheit und den Überfluß an Ruhebedürfnis, der ihnen zugeschrieben wird. Wenn Bömelburg sagte: „Auch wenn man uns das Wahlrecht nimmt, werden wir nicht am Ende unseres Lateins sein", so war das nicht, wie ihm vorgeworfen wird, eine leere Redensart, so wenig es eine leere Redensart war, als die Sozialdemokraten im deutschen Reichstag sagten: „Wir pfeifen auf das Sozialistengesetz*)", obwohl auch in diesem Satze der Weg nicht konkret angegeben war, auf dem das Proletariat das Schandgesetz vereiteln werde Auch ist es begreiflich, wenn die Gewerkschaft nach Ruhe verlangt, nicht um zu versumpfen, sondern um den grandiosen Bau weiterzuführen, den sie so vielverheißend begonnen. Das Diskutieren des Massenstreiks ist ihnen so unbequem, daß sie in recht unvernünftiger und deutscher Proletarier wenig würdiger Weise gegen die „Literaten" losgehen, die von ihm jetzt soviel sprechen, die ihn aber wahrhaftig nicht erfunden haben. Alles das scheint uns mit der schiefen Stellung zusammenzuhängen, die der Gewerkschaftskongreß von vornherein zu der Frage genommen hat. Der Massenstreik ist nämlich, meinen wir, in keiner Weise Sache der Gewerkschaften und wird es nie sein können. Er ist seiner Natur nach unabhängig vom Streikregulativ, unabhängig vom Kassenstand, er liegt gar nicht in der gewerkschaftlichen Sphäre. Sein Eintreten kann da oder dort den Vorwand geben, einen Tarifvertrag für erloschen zu erklären; aber das wird nur dort geschehen, wo er ohnehin demnächst zum Teufel gehen müßte. Ein Tarifvertrag ist eben kein Schutz gegen Erdbeben. Der Massenstreik ist eine vis major**), wenn es je eine gibt. Er ist nicht der Gipfel der Gewerkschaftsbewegung, sondern ihre Ausschaltung. Der Gegenstand gewerkschaftlicher Kämpfe ist im Wesen der Lohnvertrag; mit ihm aber hat der politische Massenstreik nichts zu tun. Hier tritt nicht mehr eine noch so große Zahl von einzelnen Arbeitern einer beliebigen Zahl einzelner Unternehmer gegenüber, um von ihnen Zugeständnisse zu verlangen, sondern die Arbeiterklasse als Klasse stellt Forderungen an die herrschenden Klassen. Es ist der unmittelbare Klassenkampf, der an Stelle des durch die parlamentarischen Vertreter vermittelten Kampfes tritt.

Was kann die Gewerkschaft als Organisation mit diesem politischen Massenstreik zu tun haben? Die gewerkschaftliche Durchdringung des Proletariats wie die politische ist die Vorbedingung seiner Möglichkeit, seines Gelingens. Aber in dem Moment, wo diese durchaus politische und in keiner Weise gewerkschaftliche Aktion beginnt, kann die Gewerkschaftsorganisation nur zur Seite treten und erklären, daß ihr Amt hier zu Ende. Oder glaubt man, daß ein Massenstreik durch Aussicht auf Streikunterstützung zu gewinnen sei? Aber allerdings, zur Seite zu treten,

*) Ausspruch Wilhelm Brackes bei der Beratung des Sozialistengesetzes. (Siehe Bd. VI, Seite 46.)

**) Höhere Gewalt.

das ist in jenem Moment die Pflicht sozialdemokratischer Gewerkschafter. Die Gewerkschaft wird kein Hindernis für den Massenstreik sein, wenn er notwendig werden sollte, das war das einzige Wort, das unseres Erachtens in Köln zu sagen war. Denn wenn es je dazu kommt, werden die Arbeiter in den politischen Massenstreik eintreten, nicht weil, sondern obwohl sie in gewerkschaftlichen Verbänden organisiert sind, die zum Zwecke ganz anders gearteter Kämpfe geschlossen wurden. Daß ein Massenstreik, insbesondere wenn er erfolglos endet, für einzelne Gewerkschaften empfindliche Folgen nach sich ziehen kann, wenn etwa der Übermut der siegenden Gegner die Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen schwächere Verbände ausnützt, das ist eine ganz andere Sache, und solche Kalamität kann auch durch andere Ursachen über eine Gewerkschaft kommen. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Träger des Kampfes im Massenstreik nicht die Gewerkschaft sein kann.

Wenn über diesen Punkt erst volle Klarheit geschaffen ist, dann wird man vielleicht in der Gewerkschaft gegen die Idee des Massenstreiks und deren Propagierung nicht mehr Widerstand finden als in der politischen Organisation eben auch. So wenig aber der Gedanke grundsätzlich abzuweisen ist, so wenig kann es nützen, seine Propagierung mit einer gewissen aufdringlichen Gewaltsamkeit zu betreiben. Der Gedanke des einzelnen kann und soll den Ereignissen vorauseilen, die Stimmung und die Tatenlust der Massen jedoch sollten nicht abgebraucht werden, bevor die Ereignisse sie mit zwingender Notwendigkeit auslösen. Man kann auch zu zeitlich kommen und doch erst recht nicht bereit sein, wenn es am nötigsten wäre.

Man darf zum sozialdemokratischen Proletariat Deutschlands, weit über die Gewerkschaft hinaus, aber die Gewerkschaft mit inbegriffen, das feste Zutrauen haben, daß es im rechten Augenblick für seine höchsten Güter auch seinen höchsten Einsatz zu wagen wissen wird, ob das nun in der Form des Massenstreiks geschehen sollte oder mit anderen Mitteln, die von den Umständen geboten werden. Darum darf man sich auch durch die mancherlei unliebsamen Erscheinungen, die der Kölner Kongreß geboten hat wie andere Versammlungen und nicht nur in Deutschland, die Freude nicht vergällen lassen an dem gesunden und kräftigen Emporwachsen der deutschen Gewerkschaftsorganisation. V. A.

Der Gewerkschaftsstreit.

Deutschböhmischer Parteitag in Bodenbach, 25. März 1911*).

Ich begrüße den Kongreß namens der deutschen Parteivertretung auf das herzlichste. Wir sind wieder in einem Zeitpunkt der Krise des

*) Am 25. März 1911 trat in Bodenbach der Landesparteitag der deutschen Sozialdemokratie Böhmens zusammen. Er beschäftigte sich vor-

Parlaments zusammengetreten, und das bedeutet — man mag das Parlament so hoch oder so niedrig einschätzen wie man will — eine Krise für Österreich. Wir sind weit entfernt, den Schwerpunkt unserer Partei ausschließlich in das Parlament zu verlegen. Wir sind uns vollständig dessen bewußt, daß im Parlament nur verhältnismäßig wenig von dem geleistet werden kann, was wir brauchen. Aber wir verkennen nicht, daß die Entwicklung des Proletariats nicht nur von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig ist, sondern auch von der Schaffung günstiger, erträglicher Bedingungen für diese Entwicklung, und Sie wissen alle, wie diese Entwicklung fortwährend gestört wird durch die hysterische Verrücktheit unserer Gegner. Wir stehen einer Regierung gegenüber, die in der kalten Ablehnung jeder eigenen Initiative ihre eigene Kraft sieht, die dem Parlament gegenüber immer darauf sich stützt, daß ihre Existenz nicht von ihm abhängt, sondern von der Krone. Man sollte meinen, daß eine Regierung, die durch Jahre bewiesen hat, daß sie Österreich und seinen Problemen ratlos, tatlos und ideenlos gegenübersteht, selbst zu gehen hat und nicht zu verlangen, daß das Parlament gehe. Aber im gegenwärtigen Moment handelt es sich gar nicht um einen prinzipiellen Kampf, sondern nur um die sehr bescheidene Frage, ob es einer Gruppe von Abgeordneten belieben wird, am Montag im Budgetausschuß längere oder kürzere Reden zu halten. Und wenn wir genauer zusehen, so kämpft diese Opposition nicht gegen die wahnwitzigen Forderungen des Militarismus, die das Volk ausbeuten, sondern sie kämpft im Grunde nur darum, daß man ihnen selbst ermögliche, diese Forderungen zu bewilligen. Gestern wurde gemeldet, daß das Subkomitee für die Sozialversicherung sein Werk so weit beendet hat, daß in vier Wochen dieses Werk im Hause zur Beratung gezogen und noch in diesem Jahre nicht nur im Abgeordnetenhaus, sondern auch im Herrenhaus zu Ende beraten sein kann. Ich kann es bis jetzt noch nicht glauben, daß es den Herren Tschechischradikalen und tschechischen Agrariern völlig Ernst ist, bis ans Ende zu gehen, und vielleicht wird ihnen mit ein paar Stunden längerem Aufenthalt im Budgetsaal gedient sein. Aber wo sieht man bei unseren Gegnern noch Ernst und Vernunft oder gar ein Programm? Da unterscheiden sich die deutschen Parteien in nichts von den tschechischen Parteien. Und wenn Wahlen in die Nähe kommen, da haben sie ja nur einen programmatischen Wahlspruch: Rette sich, wer kann! Und das heißt bei unseren Freiheitlichen in der Praxis: Rettet euch zu den Klerikalen! Ob wir jetzt Neuwahlen bekommen, hängt nicht von uns ab, sondern davon, ob die Regierung und ihre Parteien gewissenlos genug sind, das große Werk, das nun vollendet werden soll, auf das Spiel zu setzen. Aber wenn aufgelöst wird, werden wir die Verantwortung dafür schon vor den Wählern feststellen. Und darum werden

---

nehmlich mit dem durch den Separatismus hervorgerufenen Gewerkschaftsstreit. Schon in seiner Begrüßungsrede kam Adler darauf zu sprechen. Zu der Frage des Gewerkschaftsstreites siehe das Kapitel „Der Separatismus“ im achten Band dieser Schriften; sowie auch das Kapitel von der Gesamtpartei.

wir auch mit voller Zuversicht in die Wahlen gehen. (Lebhafter Beifall.)

Aber dieser Kongreß tritt nicht nur in einer Zeit der parlamentarischen Krise zusammen. Was uns mehr berührt und worauf auch schon der Delegierte der tschechischen Partei hier hingewiesen hat, das sind die Schwierigkeiten, die in die Partei gebracht wurden durch den Streit innerhalb der tschechischen Partei. Diesen Streit, der nicht nur für die tschechische, sondern für die ganze Arbeiterschaft gleich unheilvoll ist. Wir wollen hier keine Rekriminationen erheben, aber wir müssen den Tatsachen klar in das Auge sehen. Wir stehen unentwegt und unbeirrt auf dem Boden des Kopenhagener Beschlusses. Für uns besteht darüber kein Zweifel, daß, so notwendig in der politischen Organisation die Autonomie ist, so grundsätzlich notwendig auf gewerkschaftlichem Boden die Vereinigung, die Zentralisation ist. Wir sind selbstverständlich ohnmächtig, eine Entwicklung aufzuhalten, die nicht auf dem Boden unserer Organisation entstanden ist, die in ihren Folgen zwar auch uns schwer trifft, in die einzugreifen uns aber versagt ist. So wie das, was man Separatismus nennt, politische Wurzeln hat, so hat es auch politische Folgen, und darum ist es notwendig, daß wir auch darüber sprechen. Wenn in der tschechischen Partei jemand geglaubt hat, daß der Separatismus ihr nützen werde, so wird er jetzt wohl schon anderer Ansicht sein. Wir stehen vor der Tatsache der größten Wirren in der tschechischen Partei. Das ist auch für uns ein schweres Unglück, denn wir sind mit dieser tschechischen Sozialdemokratie aufgewachsen und groß geworden und jeden Schaden, der ihr erwächst, empfinden wir als unseren eigenen Schaden, und doch stehen wir diesem Prozeß ganz machtlos gegenüber. Es trifft uns vor allem deshalb, weil auch in unserer Arbeiterschaft nun Zweifel darüber entstehen, ob die Internationale der Arbeiterschaft ein bloßes Wort oder auch Blut und Leben und Wirklichkeit ist. (Lebhafte Zustimmung.) Aber wir können das nicht beseitigen und müssen warten, was drüben geschieht. Aber was wir müssen und können, ist, unsere Anstrengungen verdoppeln, um zu vermeiden, daß der Kampf, wo er ausbricht, widerwärtige Formen annehme. Der Gewerkschaftsstreit ist ja nicht die einzige Wurzel der Differenzen zwischen uns, sondern sie haben auch politische Ursachen und alle diese Fragen drehen sich um das nationale Problem in Österreich. Vor etwa anderthalb Jahren haben die tschechischen Genossen in Prag und wir in Reichenberg beschlossen, den Versuch zu machen, zu einem gemeinsamen detaillierten nationalen Programm zu kommen. Nie war eine Zeit ungünstiger dafür als die jetzige. Ich will nicht untersuchen, wer mehr schuld daran ist, aber da es so ist und da ein solches gemeinsames Programm für die Einzelfragen zunächst unmöglich ist, werden wir wohl dazu gelangen müssen, daß die deutsche Sozialdemokratie für sich allein die praktischen Konsequenzen aus dem Brünner Nationalitätenprogramm ziehen muß — es ist selbstverständlich, daß wir das im proletarischen und im internationalen Geiste tun werden. Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß, so wie wir uns unserer

internationalen Pflichten voll bewußt sind, wir uns auch unserer Pflichten gegen das deutsche Proletariat bewußt sind. Wenn der Brand im Hause des Nachbarn wütet, müssen wir zunächst unser eigenes Haus bestellen, wenn wir auch alle bereit sind, dem anderen Hilfe zu leisten — der von uns freilich keine Hilfe haben will.

Der Parteitag wird reiche Arbeit haben. Wir stehen jetzt wieder vor der aufsteigenden Linie auch der wirtschaftlichen Konjunktur. Wir stehen politisch in einem sehr günstigen Moment. Sie sollen nur auflösen! Die Rechnung wird ihnen präsentiert werden! Aus den Sünden unserer Gegner muß für uns reiche Frucht erwachsen und wann immer es zum Wahlkampf kommt — sei es heute oder in sechs Monaten oder noch später —, so treten wir ein in den Kampf mit dem Bewußtsein, daß wir nicht nur die letzten Wochen, sondern die ganzen Jahre vorher auf dem Posten gestanden haben. (Lebhafter Beifall.)

Bericht der Landesparteivertretung.

Die Genossen, die wünschen, daß sich die Partei in den Streit innerhalb der tschechischen Partei einmenge*), verfallen nur in einen ähnlichen Fehler wie die tschechischen Genossen, deren Grundübel es ist, daß sie dem Aberglauben huldigen, die gewerkschaftliche Organisation müsse den Bedürfnissen der politischen Partei untergeordnet sein. Was wird denn besser, wenn wir uns einmischen? Glauben Sie, daß die Kämpfe dann rascher zu Ende sein werden? Glauben Sie, daß wir den tschechischen Zentralisten damit auch nur nützen? Daß fremdes Dazutun hier etwas entscheiden kann? Glauben Sie mir, wir können nichts anderes tun als den Brand ausbrennen lassen, der bei den tschechischen Genossen ausgebrochen ist. Wir können in den Kampf innerhalb der tschechischen Partei nicht eingreifen, ohne diesen Kampf länger dauern zu machen als er naturgemäß dauern wird. Man wirft uns mit Unrecht vor, daß wir etwas verschleiern. Die „Arbeiter-Zeitung" hat nichts verschleiert, sie hat alle Tatsachen festgestellt; allerdings hat sie nicht wie das „Právo Lidu" jede Tatsache, die Aufregung schaffen kann, noch aufgebauscht

*) Den Bericht der Landesparteivertretung erstattete Josef Seliger. Er beantragte eine Resolution, die alle Absplitterungsbestrebungen verurteilte, aber erklärte, daß die deutschen Sozialdemokraten doch im Kampfe gegen Unternehmertum und Klassenstaat die treuen Verbündeten und Helfer wie der Arbeiter aller anderen Nationen so auch des tschechischen Proletariats bleiben. — Kreibich (Reichenberg, der nachmalige Kommunist) beantragte eine Resolution, der Landesparteitag verurteile den Separatismus auf das entschiedenste und forderte die Parteigenossen auf, ihn überall auf das energischeste zu bekämpfen und die tschechischen Zentralisten in jeder Weise zu unterstützen. Dazu sprach Adler und nach ihm Bauer, worauf Kreibich seiner Resolution noch, um ihren Bedenken entgegenzukommen, anfügte, daß die Parteigenossen auch aufgefordert werden sollen, „alles daranzusetzen, um die tschechische Arbeiterschaft über die Schädlichkeit des Separatismus aufzuklären". Darauf wurde sowohl die Resolution des Referenten als auch der Antrag Kreibich angenommen.

und die Diskussion vergiftet. So haben wir dem Frieden gedient, so gut wir konnten. Nun sind die Verhandlungen abgebrochen, weil die Separatisten unentwegt, ohne jede Konzession, auf ihrem Standpunkt beharren. Nun werden gewiß Folgen innerhalb der tschechischen Partei eintreten und damit auch Folgen für uns. Die Resolution, die hier vorliegt, schließt mit der Erklärung der Solidarität mit dem tschechischen Proletariat. Nicht, daß wir die Verbündeten der tschechischen Separatisten sein wollen steht hier, wie es behauptet wurde. Aber daß wir das tschechische Proletariat als unsere Brüder ansehen, das müssen wir hier klar und deutlich erklären. Mögen also die anderen freveln, wir werden gewiß darunter leiden, aber wir werden trachten, unsere eigene Partei möglichst davor zu schützen. Wir werden aber trotz allem, was an uns gefrevelt wird, nicht vergessen, daß wir solidarisch sind mit den Proletariern aller Zungen, insbesondere auch mit den tschechischen Proletariern. Es wurde von der Fraktion gesprochen und davon, daß wir dort beisammen sitzen. Die Fraktion ist kein Gerichtshof und mit wem ich dort beisammen sitze, hängt nicht von mir ab. Glauben Sie, daß wir den Verband sprengen sollen und dürfen? Glauben Sie, daß es gleichgültig ist für die wichtigen Arbeiterfragen, die im Parlament verhandelt werden, ob wir ein einheitlicher Verband*) sind oder kleine nationale Verbände? Ich begreife Ihren Unmut, auch Ihre Leidenschaft. Emil Zola sagte einmal, wenn er die Morgenblätter lese, habe er das Gefühl, jeden Tag eine Kröte schlucken zu müssen. Auch wir haben, wenn wir gewisse Preßstimmen lesen, oft das Gefühl, eine Kröte zu schlucken. Aber wir können auf unsere persönlichen Empfindungen keine Rücksicht nehmen, wenn es sich um große Interessen handelt, und ich bitte auch Sie, Selbstbeherrschung zu üben und Ihrer wenn auch noch so begreiflichen Erregung nicht die Zügel schießen zu lassen. (Lebhafter Beifall.)

Genossen und Genossenschafter.

G e n o s s e n s c h a f t s t a g am 3. S e p t e m b e r 1 9 0 4**).

Wenn ich Sie im Namen der sozialdemokratischen Parteivertretung begrüße, bin ich mir bewußt, daß ich damit über den gewohnten Rahmen Ihrer Tätigkeit hinausgehe. Aber ich bin mir zugleich bewußt, daß ich Sie hier begrüßen kann als Genossenschafter; und wenn Sie G e n o s s e n s c h a f t e r sind, sind Sie in jedem Sinne auch G e n o s s e n. Sie haben in dieser Ihrer Funktion nichts mit der Politik zu tun und was der Gast aus Deutschland

*) Nach den Juniwahlen 1911 ist dann aber doch der einheitliche Verband nicht mehr geschaffen worden.

**) Den Verbandstag der Arbeiter-Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der am 3. September 1904 im Favoritner Arbeiterheim zusammentrat, begrüßte A d l e r als Vertreter der Parteivertretung. Der deutsche Vertreter, dessen Worte Adler zitiert, war K a u f m a n n (Hamburg), der Vertreter des Verbandes der deutschen Konsumvereine.

von Ihrer unbedingten Neutralität gesagt hat, dem braucht man nicht zu widersprechen. Bleiben Sie in den Konsumvereinen so „unbedingt neutral“ wie Sie wollen. Aber wenn Sie Ihrer Aufgabe nachkommen — und Sie kommen ihr nach —, die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu heben, wenn Sie der Aufgabe nachkommen, jeden einzelnen Arbeiter und die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit tüchtiger und stärker zu machen, so machen Sie sie dadurch auch kampffähiger und befördern so, ob Sie wollen oder nicht, bei der unbedingtesten Neutralität einen der Faktoren zur Durchführung unseres Programms. (Beifall.) Denn unser eigentliches Programm ist die Hebung, die Kampffähigmachung des Proletariats. Wir wissen sehr genau, daß Ihre Organisation, die Organisation des konsumierenden Proletariats, heute formell und sachlich nichts zu tun hat mit der Organisation des produzierenden Proletariats und mit der Organisation des kämpfenden Proletariats. Aber wie Sie heute bei der striktesten Neutralität für dasselbe Ziel arbeiten, dem auch unsere Arbeit gewidmet ist, so müssen Sie auch in Ihrem Endziel zusammenkommen mit dem Endziel, das wir uns gestellt haben: Genossenschaftliche Produktion und genossenschaftliche Regelung der Konsumtion! (Lebhafter Beifall.)

So können wir bei der vernünftigen und sachlichen Beurteilung unseres gegenseitigen Verhältnisses und bei dem ehrlichen Willen, einander nicht zu schädigen, sondern zu fördern, sehr gut miteinander auskommen. Wir Sozialdemokraten kommen hieher, nicht um von Ihnen irgend etwas zu verlangen. Wir verlangen von Ihnen nicht die Förderung unserer politischen Ziele, aber Sie werden uns gestatten, daß wir glauben, als Sozialdemokraten unsere Pflicht zu tun, wenn wir den Arbeitern Österreichs sagen: Hier liegt eine Pflicht, hier liegt eine Aufgabe für euch, eine Aufgabe, die ihr erfüllen müßt in eurem eigenen Interesse und im Interesse eurer Zukunft. Diese Konsumvereine bilden einen Kern jener sozialen Entwicklung, der wir alle dienen, sie sind mit, wie der englische Delegierte gesagt hat, ein wichtiges Moment jener demokratischen, alles Antisoziale bekämpfenden, also sozialen Organisation, die international sein muß und in der wir alle stehen. In diesem Sinne begrüße ich Sie, überzeugt, daß Sie wie wir und wir wie Sie der gemeinsamen Sache der Arbeiterklasse dienen. (Lebhafter Beifall.)

Verschiedenes.

Einige Laster der Weiber.

Vortrag, 23. Juni 1896*).

Als erstes, aber noch nicht schlimmstes Laster nannte Doktor Adler den „Fleiß der Frauen". Die Geschlechtsgenossinnen der Anwesenden würden es zum Beispiel als Frevel bezeichnen, daß die Frauen hier mit müßigen Händen sitzen. Die Frauen seien ja wohl heute gezwungen, jene häuslichen Arbeiten zu verrichten, die die Männer nicht machen können, und in denen sich ein so großer Teil des Fleißes der Frauen verzehrt. Der Fleiß der Frau sei ein einseitiger, ein falscher und zumeist überflüssiger. Besonders das Stricken der Strümpfe, das Nähen der Wäsche, überhaupt die weiblichen Handarbeiten, die heute alle in Fabriken billiger, das heißt mit einem weit geringeren Aufwand an Arbeitskraft hergestellt werden, erklärt Dr. Adler für überflüssig. Die Klatschsucht der Frauen sei die gewöhnliche Folge dieser Beschäftigungen. Genosse Adler führt diesen Gedanken auch in launiger Weise aus und kommt sodann auf ein anderes Laster der Frauen, den Idealismus zu sprechen. Aus ihm heraus erklärt Adler die Liebe der Weiber für die Literatur. Sie lieben mehr die Personen als die Dinge, mehr die Erscheinung als die Idee. Ein Eingehen auf technische Fragen und die Beschäftigung mit Naturwissenschaft wäre nützlicher. Die Weiber wissen eher die feinsten Unterschiede zwischen dem französischen und dem russischen Realismus, als wie eine Maschine in Bewegung gesetzt wird oder bei welchem Grad das Wasser gefriert. Genosse Adler erteilt den Russinnen und den Engländerinnen, die hierin eine Ausnahme machen, ein Lob und empfiehlt, ihnen nachzuahmen. Zum Schluß nennt Genosse Dr. Adler als letztes und schlimmstes Laster der Weiber die Sparsamkeit. Was sparen sie und wozu führt ihr Sparen? Sie sparen — und es handelt sich hier um das Sparen der Arbeiter und Kleinbürger — von dem, was sie brauchen müßten und sollten, wenn sie mehr hätten. Ja, wenn sie sparen könnten wie die Rothschilds, wie die Unternehmer sparen! Wenn die Weiber den Hunger ihrer Kinder betrügen und ihnen den Brei verdünnen, „weil's dann mehr ausschaut", wenn sie um zwei Kreuzer weniger Fett

*) Der Lese- und Diskutierklub für Frauen und Mädchen „Libertas" hielt am 23. Juni 1896 seine Generalversammlung ab.

brauchen oder ein paar Deka Fleisch „ersparen“, glauben sie weiß Gott was geleistet und gespart zu haben. Das einzige, was die Arbeiter haben, ist ihre Muskel- und Nervenkraft. Die müssen sie sparen. Sie sollen sparen wie die Unternehmer, wie der Staat: mit ihrer Arbeitskraft. Der Unternehmer spart die Arbeitskraft seiner Arbeiter auf und sperrt sie ein. Der Staat spart kreuzerweise an den Löhnen der Tabakarbeiterinnen; er entzieht ihnen die paar Gulden Pension und kauft sich Kanonen und Gewehre zur Bewachung seiner Ersparnisse. In Bier und Petroleum und Salz spart er und baut sich aus den Ersparnissen Arsenale und kauft sich Soldaten! So müßten die Arbeiter ihre Ersparnisse in die Kampforganisationen, in die Gewerkschaften tragen, damit auch sie gleich dem Staate und den Unternehmern eine Wehr, ein Arsenal und Soldaten haben, um die Arbeitskraft ihrer Kinder zu beschützen. Der einzelne kann nicht sparen. Das muß die Gesamtheit tun. Genosse Dr. Adler schließt seinen mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrag, weil ihm weiter keine Laster der Weiber einfallen. Es seien nicht viele, die er aufgezählt, aber um sie zu beseitigen, hätten die Frauen genug zu tun. Wegen vorgerückter Stunde konnte eine Diskussion nicht mehr stattfinden.

Die Studenten und die soziale Bewegung.

Vortrag in der „Freien Vereinigung“, 16. Oktober 1896*).

Ich habe sicherlich nicht ohne Bedenken Ihrer Einladung Folge geleistet, denn ich fürchte, daß das, was ich zu sagen habe, Ihnen nicht besonders angenehm sein wird. Aber schließlich war es doch gerade dieser Umstand, der mich bewog, Ihren Wunsch zu erfüllen, um einmal ganz nüchtern darzulegen, was der kämpfende Sozialismus von der Studentenschaft erwartet. Die soziale Bewegung ist eine Klassenbewegung, die Studenten aber sind Leute, die zunächst kein Klasseninteresse haben, weil ihre Lebensstellung ein Übergangsstadium und ihr Anschauungskreis noch kein geschlossener

*) Die „Freie Vereinigung“, eine Verbindung Wiener Hochschüler zum Zwecke sozialwissenschaftlicher Studien und Diskussionen, hatte eine große öffentliche Studentenversammlung einberufen, in der die Stellung der Studentenschaft zur sozialistischen Bewegung diskutiert werden sollte. Dr. Adler, der vom Ausschuß des Vereines ersucht worden war, einen Vortrag über diesen Gegenstand zu halten, sagte zu, in der Erwägung, daß es vielleicht nützlich sei, den Studenten zu sagen, was die Arbeiterschaft von der jungen „Intelligenz“ erwarte. Die Versammlung war sehr gut besucht. Christlichsoziale waren trotz der hochtrabenden Ankündigung der „Reichspost“ nicht gekommen. Von den Deutschnationalen waren einige Dutzend anwesend. Dagegen waren die jüdischnationalen Studenten in hellen Haufen erschienen, allerdings nur um Krawall zu machen. Sie belästigten diese Versammlung, indem sie nach Adlers Vortrag, statt zum Thema zu sprechen, Reden über den Zionismus hielten.

ist. Auf die Hochschule kommen die Studenten, den Kopf voll mit Idealen. Bei vielen verbirgt sich dahinter bloß der Wunsch nach Ehre, Einfluß und Geld, andere aber sind von wirklichem edlen Drang nach Wahrheit beseelt. Alle aber sind voll von Unkenntnis der wirklichen Welt. Ein großes Stück des sogenannten Idealismus ist nichts anderes als Unwissenheit über die Dinge um uns. Es gelingt den herrschenden Faktoren, einen Teil von ihnen in voller Unwissenheit der gesellschaftlichen Zustände zu erhalten, und das werden die gefügigen, naiven Werkzeuge der herrschenden Klassen, so sehr sie selbst auch Proletarier bleiben mögen. Die Unwissenheit dieser Leute bildet förmlich ein Machtmittel des Klassenstaates. Obwohl aber die Erziehung zum Nichtwissen eine systematische ist, ist es nicht möglich, daß nicht die besseren Elemente unter den Studenten sich erfüllen mit dem Wunsche, etwas zu tun gegenüber dem Weltbrand. Es ist ja fast unmöglich, da kalt, teilnahmslos zu bleiben. Der Student sieht bald, daß das treibende Element der sozialen Bewegung die Arbeiterschaft ist, aber nur schwer kann er zum Verständnis der Klassenbewegung gelangen. In der Bewegung zieht ihn zunächst das Pathetische, die Poesie an, aber die Prosa, die harte Wirklichkeit, stößt ihn ab. Wie sollen Sie sie nun kennenlernen, wie soll sich der Student in der sozialen Wirklichkeit betätigen? Ich werde Sie nicht in die politische Betätigung hineinhetzen. Im Gegenteil, Sie haben als Studenten ein großes Mittel, der Arbeiterschaft zu nützen, Sie müssen — studieren. Studieren in jedem Sinne. Das Herunterblicken auf das Berufsstudium als bloßes Brotstudium ist eine traurige Eigentümlichkeit des Studenten, während der Arbeiter, der von der Arbeit erdrückt wird, sie respektiert als den heiligen Hebel aller Kultur. Der Student glaubt immer, zu höheren Dingen geboren zu sein. Nun gibt es aber nichts Höheres, als ein tüchtiger Arbeiter in seinem Beruf zu werden. Sind Sie das, dann erst können Sie einen Teil des Dankes, den Sie der Arbeiterschaft schuldig geworden sind, dadurch abtragen, daß Sie auf Kosten der Arbeiterklasse sich bilden dürfen, daß Sie genießen, was die Arbeiterklasse entbehrt, daß Sie Nutznießer des Monopols auf Wissen sind. Als Ärzte, als Beamte mit wahrhaft sozialpolitischer Schulung könnten Sie einen Teil Ihrer Dankesschuld abtragen, und es ist daher vor allem nötig, daß Sie sich mit Eifer auf Ihren Beruf vorbereiten. Einige von Ihnen, die erklären, daß sie Sozialisten seien, werden aber sagen: Wir können nicht warten, wir wollen uns jetzt schon als Sozialdemokraten betätigen. Sie sind aber noch jung, jünger als Arbeiter in Ihrem Alter, denn Ihre Erziehung hat Sie hermetisch von allem Konkreten, Lebendigen abgeschlossen. Die Arbeiterklasse im Westen Europas ist auf die Mithilfe der Studenten auch nicht mehr angewiesen. Aber doch soll jeder einzelne von Ihnen in unseren Reihen willkommen sein, wenn er dort nichts anderes sein will als ein Soldat, der alle Selbstüberschätzung von sich tut, wenn er entschlossen ist, in der Bewegung zu arbeiten, prosaisch, nüchtern zu arbeiten. Es fragt

sich nur, mit welcher Vorbereitung diese Arbeit eine gedeihliche sein kann. Wer von Ihnen zu uns kommen wird, nachdem er etwas gelernt hat, wird willkommen sein; wer zu uns kommen will, anstatt etwas zu lernen, den können die Arbeiter nicht brauchen.

Zwei Zukunftsbilder.

„Arbeiter-Zeitung", 31. März 1903*).

Vor Jahresfrist etwa veröffentlichte Karl Kautsky eine kleine Schrift, die den deutlichen Titel trägt: „Die soziale Revolution." In ihrem ersten Teile untersucht er die Frage, ob die Gesellschaft auf ihrem Wege zum Sozialismus eine revolutionäre Phase zu durchschreiten haben werde oder ob diejenigen recht haben, die meinen, die Gesellschaft wachse allmählich in den Sozialismus hinein, die fortschreitende Sozialreform habe Triebkraft genug, um die notwendige Umwälzung bis zu ihrem Ende zu führen.

Was ist soziale Reform, was ist soziale Revolution?

Das Gemeinsame der beiden Prozesse ist, daß langsam oder rascher die politischen und juristischen Einrichtungen den Veränderungen der ökonomischen Grundlagen angepaßt werden. Das Unterscheidende ist weder das Tempo noch das Temperament dieser Umwälzung, sondern liegt darin, wer ihr Träger, wer ihr Exekutor ist. Wenn die herrschenden Klassen selbst, gleichgültig ob ganz freiwillig oder halb genötigt, jedenfalls aber noch im Besitz der politischen Macht, den Übergang vollziehen, so ist das soziale Reform, mag der Vorgang sich auch noch so akut und dramatisch gestalten. Wenn die bisher unterdrückten Klassen die politische Macht erringen und nun als Sieger die ökonomischen und politischen Notwendigkeiten in Gesetze und Einrichtungen umsetzen, so ist das soziale Revolution, mag dieser Prozeß sich noch so friedlich und noch so weitläufig abspielen.

Man mag den Wert von solchen Definitionen nicht allzu hoch veranschlagen, und es ist in der Tat ein wenig dankbares Geschäft, das Lebendige in Abstraktionen zu zwängen, von denen wir uns wieder mühsam befreien müssen, wenn wir über ihre starren Grenzen hinwegsehen wollen. Aber hinter dem scheinbaren Wortstreit steckt eine ernste, sachliche und praktische Frage, die Kautsky mit seiner unübertrefflichen Schärfe der Analyse gestellt und beantwortet hat: Lassen die heute sichtbaren Tendenzen zur Sozialreform vermuten, daß die heute Herrschenden auch bis ans notwendige Ende gehen werden oder muß das Proletariat sich rüsten, nicht nur täglich und im einzelnen auf die Machthaber Druck

*) Dieser Artikel ist nicht direkt im Zuge der Debatten über den Revisionismus geschrieben, aber doch wohl im Hinblick auf sie, wobei daran erinnert werden soll, daß der Dresdner Parteitag, auf dem diese Fragen zum Austrag kamen, im September 1903 stattfand. Den äußeren Anlaß gab aber das Erscheinen der Schrift von Anton Menger über die neue Staatslehre.

auszuüben, sondern auch die Macht an sich zu reißen, um zu vollenden, was jene nicht tun wollen, nicht tun werden? Es wird den Optimisten schwer sein, Kautsky zu widerlegen, wenn er nachweist, daß trotz aller Friedensschalmeien die Klassengegensatze sich nicht mildern, sondern verschärfen, daß allerdings die Macht und der Einfluß des organisierten Proletariats Schritt um Schritt wachsen, daß aber mindestens in gleichem, auf den meisten Gebieten aber in verstärktem Maße die Machtmittel des vom Kapitalismus beherrschten Staates wachsen. Mit Recht warnt er davor, aus der Arbeiterfreundlichkeit und den sozialistischen Neigungen der bürgerlichen Intelligenz optimistische und voreilige Schlüsse zu ziehen. Denn sie bildet nur jenen Teil der Bourgeoisie, der in ihrem Namen schreibt und spricht, nicht aber jenen, der ihr Handeln bestimmt; Menschen und Klassen aber muß man nicht an ihren Worten, sondern an ihren Taten messen. Die Demokratie aber, das Eindringen von Sozialisten ins Parlament, in die Gemeindestube, in einzelne Zweige der Verwaltung, was hat sie bewirkt, was kann sie bewirken? Sie bringt täglich den größten, unentbehrlichsten Nutzen, sie kann helfen, Schritt für Schritt die Lebenshaltung des Proletariats zu heben, sie kann seine Einsicht, seine Fähigkeit, zu verwalten und zu herrschen, wecken und steigern, aber den Einfluß des Proletariats entscheidend machen kann sie nicht, wo irgendwie eine Lebensfrage, das ist eine Herrschaftsfrage der heutigen Machthaber berührt wird. Ja, der nachgerade unabsehbare und seiner Natur nach endlose Streit im sozialistischen Lager entspringt im Grunde genommen aus der Antinomie, daß die fortschreitende Demokratie allerdings einzelne Funktionen der staatlichen oder gemeindlichen Verwaltung in die Hände von Sozialisten bringt, daß aber diese sozialistischen Funktionäre, so nützlich sie wirken mögen, mit Notwendigkeit Teile der Herrschaftsmaschine werden, der sie sich in allen entscheidenden Dingen ein- und unterordnen müssen.

Mit einem Worte: Sozialreform und Organisation können das Proletariat allerdings zum Kampfe um die Macht *fähig machen*, aber sie können *ihm diesen Kampf nicht ersparen*. Wann, unter welchen Umständen, in welchen Formen dieser Kampf kommen wird, das wissen wir nicht; aber daß all unser Tun, all unsere tägliche Arbeit nur Rüstung ist zu diesem Entscheidungskampf, das wissen wir, das muß unser Bewußtsein erfüllen.

Der zweite Teil von Kautskys Schrift*) trägt den Untertitel: „Am Tage nach der Revolution“, und er hat Verwunderung erregt. Ist Karl Kautsky unter die Utopisten gegangen? Er selbst verwahrt sich natürlich dagegen, aber er hält es für „eine gute Denkübung und für ein Mittel, politische Klarheit und Beständigkeit zu fördern, wenn wir versuchen, die Konsequenzen unseres Strebens zu ziehen und die Probleme zu erforschen, die uns aus der Eroberung der politischen Macht erwachsen dürften“. Nun muß ich allerdings gestehen,

*) *Die soziale Revolution*. Von Karl *Kautsky*. Zwei Hefte. 56 und 48 Seiten. 40 Pfennige und 30 Pfennige. Berlin 1902. Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“.

daß es mir vorläufig zur Denkgymnastik ausreichend erscheint, darüber nachzusinnen, wie wir überhaupt zu dieser Eroberung der politischen Macht gelangen können, aber ohne Zweifel ist es im höchsten Grade interessant, gerade Kautsky in jene transzendentalen Gedankengänge zu folgen, dem nüchternen Forscher, dessen einziges Laster gelegentlich ein Exzeß von Klarheit ist. In der Tat ist es überaus reizvoll zu sehen, wie bei dem Entwerfen dieser Zukunftspläne überall mit der Leidenschaft seines revolutionären Willens die Vorsicht seines historisch und ökonomisch geschulten Intellekts ringt. Kautsky hat es sich keineswegs leicht gemacht, sich nirgends mit leeren Worten genügen lassen und ist überall bemüht, konkret zu denken. Man mag gegen manche seiner Vorstellungen — Vorschläge wäre in seinem Sinne schon zuviel gesagt — Einwände erheben, undurchführbar und unmöglich wird keine einzige erscheinen, denn überall steht er auf dem festen Boden der heutigen Produktionsmöglichkeiten, des gegenwärtigen geistigen und kulturellen Zustandes des Volkes. Man kann zweifeln, ob seine Konstruktion den kürzesten, gangbarsten Weg anzeigt; daß es einer der möglichen Wege ist, weiß er mit überzeugender Kraft darzulegen.

Schade, daß Kautskys Schrift nicht um ein Jahr früher erschienen ist oder Anton Mengers Buch*) um ein Jahr später**). Nicht als ob erwartet werden könnte, Menger hätte an seiner „Neuen Staatslehre" deshalb auch nur ein Komma geändert, aber vielleicht hätte er sich doch genötigt gesehen, sich mit dem Standpunkt Kautskys auseinanderzusetzen, zu dem er in schroffstem Widerspruch steht. Wenn man jede Konstruktion eines zukünftigen Gesellschaftsbaues eine Utopie nennen will, so hat uns Kautsky eine ökonomisch-politische, Anton Menger eine juristische Utopie gegeben. Und darin liegt schon das Wesentliche alles dessen, was man über Mengers Werk kritisch sagen kann. Die Frage nach der sozialistischen Zukunft juristisch beantworten, das ist eine Utopie in der Utopie.

Es ist begreiflich, daß das Mengersche Buch das größte Aufsehen hervorruft. Der berühmte Professor des Privatrechtes hat vor einigen Jahren sein Lehramt an der Wiener Universität völlig freiwillig niedergelegt, um seine ganze Kraft dem Werke widmen zu können, das er soeben veröffentlicht hat. Und dieses Werk ist ein mutiges, rückhaltloses und rücksichtsloses Bekenntnis zum Sozialismus. Es legt die Grundlinien eines sozialistischen Rechtssystems dar, durch dessen Annahme er den heutigen „individualistischen Machtstaat" in den „volkstümlichen Arbeitsstaat" hinüberführen will, dessen erste und wichtigste Grundlage das Gemeineigentum an sämtlichen Produktionsmitteln sein wird. An revolutionärer Entschlossenheit läßt das Buch so wenig zu wünschen übrig wie an unbarmherziger Kritik

*) Neue Staatslehre. Von Anton Menger. Jena. Verlag von Gustav Fischer, 1903. 335 Seiten; 6 Kronen.

**) Das bezieht sich darauf, daß die „Neue Staatslehre", wie aus dem Vorwort ersichtlich ist, im Juli 1902 abgeschlossen war.

der heutigen Zustände, deren Barbarei und Heuchelei es mit feiner Ironie, hinter der man die leidenschaftliche Entrüstung empfindet, brandmarkt. Man sieht, es ist eine merkwürdige Spezies von Hofrat, die wir da vor uns haben.

Das Buch ist nach dieser Richtung eine Überraschung, trotzdem man wußte, was von Anton Menger zu erwarten sei. Hat er doch ein Stück Gegenwartsarbeit geleistet, die wir ihm bei aller Anerkennung seiner tapferen Gesinnung höher anrechnen als den sozialistischen Radikalismus seiner Endziele. Als Ende der achtziger Jahre der Entwurf eines bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich vorlag, übte er daran eine schneidende Kritik in jenem berühmten Buche: „Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen“, eine Kritik, in der er darlegte, daß es kein zweites Gesetzwerk gebe, „das die besitzenden Klassen so einseitig begünstigt und diese Begünstigung so unumwunden zu erkennen gibt“. Diese Schrift hat eine Bedeutung gewonnen weit über ihren Anlaß hinaus, und wenn Menger den Erfolg erlebte, daß wenigstens einzelne seiner Anregungen in dem definitiven Gesetzeswerk Beachtung fanden, so ist es noch viel wichtiger, daß seine Darstellung des heutigen Privatrechtes als eines Klassenrechtes, dessen Handhabung ein Stück Klassenjustiz ist, eine dauernde Wirkung übte und übt. Es war in diesem Sinne eine Tat, durch die sich Anton Menger die Anerkennung und den Dank der Arbeiterklasse erworben hat.

In der Tat ist Anton Menger ein zünftiger Jurist ganz eigener Art. Wie seine Kollegen ist er eifrig beflissen, die Macht zu stützen und Stützen der Macht zu erziehen. Nur ist die Macht, der er dient, nicht die, die heute in Amt und Würden thront, sondern er hat ein Ohr für die kommende Macht, der die Zukunft gehört, und ihr dient er mit seinem ehrlichen Herzen und seinem rastlosen Fleiße! Ihr will er die Wege ebnen und er ist überzeugt, daß dazu nichts notwendiger und dringender sei als „die künftigen Rechtsgestaltungen vorzubereiten“, wie er es in seiner Rektoratsrede ausdrückte. Denn es sei die Aufgabe der Juristen, die „Kongruenz zwischen Recht und Macht zu erhalten“, dann würde ihnen „bis zu einem gewissen Grade das Schiedsrichteramt zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft zufallen“. In der Tat, wenn der Klassenkampf friedlich schiedlich zu schlichten wäre, keinen unbefangeneren, gerechteren und gewissenhafteren Schiedsrichter könnten wir uns wählen als diesen k. k. Hofrat. Vorläufig muß er sich freilich damit begnügen, für die arbeitenden Klassen, die auf dem Wege zur Macht sind, ein „ganzes System von neuen Rechtsgestaltungen“ zu schaffen, und dieses System liegt uns nun vor. Seine Grundlage ist die politische, vor allem aber die wirtschaftliche Freiheit des Individuums, die verwirklicht ist durch das „Recht auf Existenz“ und die eingeschränkt ist durch die allgemeine Arbeitspflicht. Jedes individuelle Eigentum an Produktionsmitteln, Grund und Boden natürlich eingeschlossen, fällt weg, wodurch das Erbrecht praktisch entfällt. Das Obligationenrecht verschwindet fast restlos, soweit es Verpflichtungen zwischen den einzelnen Staatsbürgern betrifft. Das

Eherecht wird nur insofern berührt, als es von Vermögensrechten handelt. Dagegen wird das Strafrecht natürlich gründlich geändert: der Schutz des Eigentums, der heute strengere Strafen zur Verfügung hat als der Schutz von Leib und Leben, wird auf ein Minimum reduziert, hingegen wird die Arbeitspflicht mit Strafsanktionen zu umgeben sein. Der wesentlichste Zug des neuen Rechtes ist, daß das „Privatrecht sich in öffentliches Recht verwandelt", daß „alle privatrechtlichen Unterwerfungsverhältnisse verstaatlicht" sind. Das Ziel des Staates ist nicht mehr Macht und Glanz der Machthaber, sondern die Verwirklichung der wichtigsten und allgemeinen Lebenszwecke aller, die heute jeder einzelne innerhalb der Schranken des Privatrechts regelmäßig mit eigener Kraft und auf eigene Gefahr zu besorgen hat. Die Verwaltung wird immer mehr einen technisch-ökonomischen Charakter annehmen, und wenn auch die meisten Funktionäre durch Wahl bestellt werden, so wäre doch, insbesondere während der Übergangszeit, eine straffe Zusammenfassung der Staatsgewalt, eine starke Regierung unerläßlich. Nicht sehr viel erfahren wir darüber, auf welchem Wege der volkstümliche Arbeitsstaat herbeizuführen sei. Vom Wege der revolutionären Gewalt wird abgeraten, aber nicht etwa wegen der Heiligkeit der bestehenden Rechtsordnung. „Denn die herrschenden Familien und Parteien haben niemals gezögert, in entscheidenden Momenten selbst die besterworbenen Rechte zu zerstören, wenn es galt, ihre Herrschaft zu begründen oder dauernd zu befestigen... Oft genug wurden auch Privatrechte in ungeheurem Umfang zugunsten der politischen Interessen der herrschenden Familien und Parteien auf gewaltsame Weise vernichtet. Und doch handelte es sich bei diesen großen Umwälzungen nur um das Interesse enger Lebenskreise, während die Einführung des volkstümlichen Arbeitsstaates das Wohl des gesamten Volkes, ja der ganzen Menschheit berührt." Von der gewaltsamen Revolution ist also nicht etwa darum abzuraten, weil sie ungerecht wäre, sondern weil sie unzweckmäßig, ja unmöglich ist. Wie also sollen wir zum Ziele kommen? Darauf antwortet Menger mit wenig mehr als einer ziemlich dunklen Analogie mit der Einführung des Christentums und einem nicht minder dunklen Hinweis auf „das Element der Auflösung", das jeder militärische Mißerfolg für den Militärstaat werden müsse. Gerade aber weil die Gewalt unmöglich ist, meint Menger, ist die Möglichkeit eröffnet, daß die Einführung der neuen sozialen Ordnung in engem Anschluß an die überlieferten Begriffe von Recht und Staat erfolge...

Alles in allem: ein durchaus revolutionär gedachtes Buch eines Juristen. Allerdings nur eines Juristen. Und damit berühren wir die Schwäche des gedankenreichen und anregenden Werkes. Anton Menger ermangelt nicht nur jeder ökonomischen Schulung, sondern er lehnt jede ökonomische Betrachtungsweise mit einer Abneigung ab, die bis zur Idiosynkrasie geht. Schon in seinem „Recht auf den vollen Arbeitsertrag", 1886 erschienen, hat er über die „nationalökonomische Verbrämung, die namentlich bei den deutschen Sozialisten einen so breiten Raum einnimmt", gespottet, und in seinem neuen Buche kehrt das alte Wort wieder und die „nationalökono-

mische Verbrämung des Sozialismus" wird als „verfehlt und zwecklos" erklärt. Mit dieser Einseitigkeit hängt der starke Widerwille Mengers gegen jede geschichtliche Auffassung des sozialen Problems zusammen. Nur nebenbei erwähnen wir seine echt professorenhafte Schrulle, die ökonomischen und historischen Theorien von Marx-Engels bei jeder Gelegenheit erstens als Plagiat und zweitens als grundfalsch zu vermöbeln. Der moderne Sozialismus kann diese freundnachbarliche Feindseligkeit aushalten. Aber um Menger ganz zu verstehen, muß man wissen, daß er der beneidenswerte Besitzer der größten sozialistischen Bibliothek[1]) ist. Diese Bibliothek hat nun die seltene Eigenschaft, daß ihr Besitzer sie nicht nur mit vieler Mühe und Liebe gesammelt, sondern sie sogar benützt hat. Zuviel benützt sogar. Denn die vielen toten Bände kann er nicht lebendig machen, sondern schlägt sich mit ihnen herum, gleichwie mit Gespenstern. Er kann lesen wie kaum ein zweiter, und seine Fußnoten weisen mit unergründlicher Gelehrsamkeit darauf hin, wo, wann und von wem jedes Wort zuerst ausgesprochen wurde. Doktor Menger ist ein ungemein gründlicher Kenner der sozialistischen Bücher, aber er weiß wenig von der sozialistischen Bewegung, von ihren Wurzeln, ihren Triebfedern, ihrem innersten Leben. Auf dem Druckpapier ist alles gleich, was darauf zu lesen ist, aber die geschichtliche Bedeutung, das lebendige Gewicht jedes Gedankens läßt sich nicht durch noch so sorgfältige Textvergleichung erkunden. So ist die profunde Gelehrtheit Mengers ihm fast zum Hindernis geworden, die Dinge richtig zu sehen, an denen sein ganzes Herz hängt.

Kautsky sagt in seiner Utopie: „Die Schwierigkeiten für das proletarische Regime *liegen nicht auf dem Gebiet des Eigentums, sondern auf dem der Produktion.*" Für Menger, und das ist für den schroffen Gegensatz der beiden Gedankengänge bezeichnend, gibt es nur Probleme des Eigentums, das will sagen, der Rechtsordnung; das wirtschaftliche Problem sieht er nicht, kaum daß er gelegentlich das Wort von der Organisation der Produktion in den Mund nimmt. So fragt er auch nicht, wie das eigentlich kommt, daß die arbeitenden Klassen nun aufsteigen und auf dem Wege zur Macht sind. Freilich: Allgemeine Schulpflicht, allgemeines Wahlrecht und allgemeine Wehrpflicht haben sie erweckt, auch merkt er, daß das Entstehen der großen Städte ein wichtiger Faktor sei — aber diese Dinge mit der Entwicklung der Wirtschaft überhaupt und mit der der Produktion insbesondere Zusammenhang haben, das gehört bereits zur „nationalökonomischen Verbrämung". Rechtseinrichtungen wechseln mit dem Machtverhältnis; woher kommt aber die Änderung der Machtverhältnisse? Darauf hat Menger keine Antwort. So steht sein glänzendes Zukunftsgebäude in der Luft.

---

[1]) Diese sozialistische Bibliothek ist durch die Wiener Universität dann in die *Sozialwissenschaftliche Studienbibliothek* bei der Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte gelangt.

Trotzdem wird auch Mengers Werk seine Früchte tragen, wenn auch nicht in dem Sinne, wie sein Optimismus ihn hoffen läßt. Nicht nur beim Endziel kommt er in sehr vielen Punkten mit dem von ihm so wenig geschätzten Marxisten Kautsky zusammen, sondern auch die Motive für die beiden Werke sind merkwürdigerweise ähnliche. Kautsky erklärt, er habe seine Zukunftkonstruktion versucht, weil nicht nur unsere Gegner behaupten, wir würden durch unseren Sieg vor unlösbare Aufgaben gestellt werden, sondern weil auch in unseren eigenen Reihen sich Leute erhoben haben, die die Folgen des Sieges nicht schwarz genug malen können. Darum sei solche Konstruktion von Nutzen für die Propaganda. Menger, auch hier wieder potenzierter Utopist, hat schon in seinem ersten Buche gemeint, „die Völker werden sich nie zu einem eingreifenden sozialen Experiment entschließen, wenn nicht zuvor eine sozialistische Staatslehre geschaffen ist“, und in diesem Sinne soll sein neues Werk den sozialistischen Gedankenkreis den herrschenden und gebildeten Klassen näherbringen. Wir fürchten, nicht einmal Kautsky wird sein bescheidenes Ziel erreichen. So interessant und belehrend sein Büchlein ist, die Widerstrebenden wird er nicht überzeugen und die Schwachmütigen nicht stark machen. Wenn aber gar Menger vermeint, die mächtigen Macher der Gesetze zu seinem Staatsrecht verlocken zu können, so gibt er sich einer beneidenswert kindlichen Illusion hin. Nicht weil ihnen die Zukunft unsicher ist, sträuben sie sich, sondern weil sie die Gegenwart sicher und fest in rauhen Händen haben oder zu haben glauben. Gegen ihre Macht sind alle Argumente vergebens und wirksam allein ist die wachsende Gegenmacht. Die Verstärkung der Erkenntnis und der Energie des Proletariats, nicht die Erleuchtung seiner Gegner kann allein unsere Hoffnung sein. Nur insofern Konstruktionen des Endziels den Zweck erfüllen, unsere Sache in neuem Lichte zu sehen, insofern wir das Heute besser verstehen lernen können, wenn wir die Gedankengänge bis in das Morgen verfolgen, insofern sind solche Konstruktionen nützlich. Die Ahnungen der Zukunft sind so viel wert, als sie uns Kraft geben für den Kampf der Gegenwart. V. A.

Anhang*).

*) Dieses Faksimile ist der Anfang des Manuskripts des Artikels „Hoffnungsschimmer“, den die „Arbeiter-Zeitung“ am 14. Februar 1915 veröffentlicht hat. Der Artikel ist auf den Seiten 263 bis 268 dieses Bandes abgedruckt. Alles nähere ist in der Note bei diesem Artikel angeführt. Der Name Adlers auf dem Manuskript ist vom Chefredakteur Austerlitz dazugeschrieben.

Inhaltsverzeichnis.

Richtigstellungen.

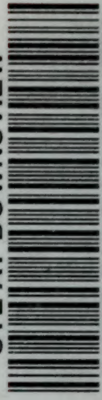
Ich benütze die Gelegenheit, um einige Irrtümer der letzten Bände richtigzustellen, Irrtümer, die zum Teil auf Druckfehlern beruhen, und auf die mich mein Freund Ludwig Brügel, der Autor der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, aufmerksam macht. G. P.

Im Bd. VI, S. 228, soll das Datum der Ermordung von Rosa Luxemburg richtig mit 16. Jänner 1919 angegeben werden.

In Bd. VIII, S. 180, soll es richtig heißen Josef Maria Baernreither, nicht Franz B.

Zu Bd. VIII, S. 256, ist zu bemerken, daß die Verletzung am Auge durch den Kaiser Franz Josef nicht Gautsch, sondern Wittek zugefügt wurde.

Bd. IX, S. 14. Heinrich Beer wurde nicht 1897, sondern erst 1907 zum Abgeordneten gewählt und war es bis 1911.


UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 13 01 08 10 012 4